OpenDoors
Im Dienst der verfolgten **Christen** weltweit

Weltverfolgungsindex 2020

Wo Christen am stärksten verfolgt werden

Inhaltsverzeichnis

Inhalt

1. Allgemeines zur Entstehung des Weltverfolgungsindex ... 3
1.1. Informationen aus erster Hand ... 3
1.2. Die größte verfolgte Religionsgemeinschaft weltweit ... 4
1.3. Definition von Verfolgung ... 4
1.4. Überkonfessionell ... 4
1.5. Differenzierte Analyse ... 5
1.6. Betroffene Lebensbereiche ... 6
2. Rangliste – Weltverfolgungsindex ... 8
3. Wesentliche Trends und Schwerpunkte ... 9
3.1. Ausbreitung militanter islamischer Gruppen in den instabilen Subsahara-Staaten Afrikas ... 9
3.2. Ausbreitung militanter islamischer Gruppen in Süd- und Südostasien ... 11
3.3. Wachsende Gefährdung der Christen durch das organisierte Verbrechen in Lateinamerika 11
3.4. Ausbau der digitalen Überwachung bedroht kirchliches Leben ... 12
3.5. Kirche in Syrien und Irak geschwächt – kaum Rückkehrwillige ... 13
3.6. Christliche Konvertiten sind am stärksten von Verfolgung betroffen ... 13
4. Informationen zu den einzelnen Ländern ... 14
5. Die Methodik hinter dem Index ... 662
5.1. Grundannahmen hinter dem WVI ... 662
5.2. Definition von Verfolgung ... 664
5.3. Erstellung des Weltverfolgungsindex ... 664
Anhang 1: WVI-Fragebogen – Fragen für die Blöcke 1-6 ... 667
Anhang 2: WVI-Wertungsbeispiel ... 671
Anhang 3: Definition von „Christ“ und Kategorien von Christen ... 677
Anhang 4: Erläuterungen zu den Lebensbereichen der Verfolgung ... 678
Anhang 5: Erläuterungen zu den Triebkräften der Verfolgung ... 682
Anhang 6: Auflistung der Verfolger ... 686
Anhang 7: Erläuterungen zum „Verfolgungsmuster“ ... 687
6. Open Doors in Kürze ... 689

1. Allgemeines zur Entstehung des Weltverfolgungsindex

Seit 28 Jahren ermittelt, analysiert und dokumentiert Open Doors mit dem Weltverfolgungsindex (WVI) die Situation der verfolgten Christen weltweit. Der Weltverfolgungsindex ist die einzige alljährlich durchgeführte systematische Untersuchung zur Religionsfreiheit von Christen. Er dient dem Ziel, ihre konkrete Situation bestmöglich zu erfassen und die Ursachen und Hintergründe der weltweiten Christenverfolgung zu identifizieren. Das Ergebnis dient zunächst als Basis für die Planung und Priorisierung der zahlreichen Hilfsprojekte von Open Doors. Darüber hinaus wird der Weltverfolgungsindex der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt, um einerseits auf die Lage der Christen aufmerksam zu machen sowie politischen und kirchlichen Entscheidungsträgern klare Anhaltspunkte für ihre Bemühungen zum Schutz verfolgter Christen und der Bewahrung der Religionsfreiheit zu liefern. Schließlich sollen mit den Informationen auch die Christen in den westlichen Ländern daran erinnert werden, ihren verfolgten Glaubensgeschwistern zur Seite zu stehen.

Der WVI wird nach einer langjährig bewährten Methodik erstellt, die stetig weiterentwickelt wird. Dazu gehört unter anderem ein differenzierter Fragenkatalog, der von einheimischen Christen sowie Fachleuten aus drei Bereichen beantwortet wird: für die jeweilige Region zuständige Forscher von Open Doors (in enger Abstimmung mit lokalen Kirchenleitern), Analysten des WVI-Teams sowie externe Experten. Die Aussagen aus diesen drei Quellen werden zusammengeführt, um die Position eines Landes auf dem Weltverfolgungsindex zu ermitteln. Der Entstehungsprozess wird zusätzlich durch externe Wissenschaftler überprüft.

1.1. Informationen aus erster Hand

Open Doors ist in rund 60 Ländern mit stark eingeschränkter Glaubensfreiheit tätig, um verfolgte, benachteiligte und Not leidende Christen geistlich und materiell zu unterstützen. Das ist zumeist nur im Verborgenen möglich, gerade im Hinblick auf Konvertiten. Durch eigene Mitarbeiter oder Partner vor Ort ist Open Doors direkt an der Seite der Christen und Untergrundgemeinden. Diese direkten Beziehungen zu betroffenen Christen bilden einen zentralen Bestandteil der Forschungsarbeit. Sie stellen eine wichtige Voraussetzung dar, die örtlichen Gegebenheiten und die Situation der verfolgten Christen in ihrem soziokulturellen, politischen und religiösen Umfeld bestmöglich zu verstehen und die Projekte auf ihre Bedürfnisse abzustimmen.

Die Platzierung eines Landes ergibt sich nicht nur aus bekannt gewordenen gewaltsamen Übergriffen auf Christen im Berichtszeitraum. Sie spiegelt vielmehr den grundsätzlichen Grad der Religionsfreiheit für Christen im jeweiligen Land wider und damit auch den Druck, dem Christen durch Diskriminierung, Ausgrenzung, Benachteiligung und Schikane ausgesetzt sind.

Eine Verschiebung in der Rangfolge im Index sagt nicht unbedingt etwas darüber aus, ob die Situation für Christen besser geworden ist. Durch eine Verschlechterung der Lage in anderen Ländern kommt es immer wieder dazu, dass ein Land trotz konstanter Situation „überholt“ wird. Einen besseren Anhaltspunkt bietet daher die Punktewertung.

1.2. Die größte verfolgte Religionsgemeinschaft weltweit

In den 50 Ländern mit der stärksten Christenverfolgung, die im aktuellen Weltverfolgungsindex aufgelistet sind, leben ca. 5 Milliarden Menschen, darunter über 640 Millionen Christen. Ihre Lage hat sich in den vergangenen Jahren kontinuierlich verschlechtert. Dazu beigetragen haben

- die islamistische Bewegung, die auch nach der weitgehenden Zerschlagung des IS in anderer Form weiter sehr aktiv ist. Dazu zählen sowohl gewaltbereite Gruppen wie der IS, Boko Haram, Al Shabaab u. a. als auch nicht-gewaltbereite Islamisten. Sie verfolgen eine klare politische Agenda mit dem Ziel, den Einfluss des Islam auszuweiten und letztlich alle Menschen in das „Haus des Islam“ einzugliedern.
- eine voranschreitende Radikalisierung in vom Islam bestimmten Regionen sowohl Afrikas als auch Asiens. Hier geraten auch moderate Muslime immer stärker unter Druck, was häufig maßgeblich auf ausländische Einflüsse – beispielsweise aus Saudi-Arabien – zurückzuführen ist. Eine friedliche Koexistenz von Muslimen und Christen wird dadurch immer schwieriger.
- eine deutliche Zunahme nationalistischer Tendenzen, die in hinduistischen und buddhistischen Ländern Asiens zusätzlich religiös aufgeladen sind. Besonders deutlich wird das am Beispiel Indien, wo sich die Situation der Christen seit dem letzten Regierungswechsel drastisch verschlechtert hat. Im Jahr 2019 hat aber auch die spürbare Zunahme an Restriktionen in China zur Verfolgung der Christen beigetragen. In ihrem Bemühen, alle Teile der Gesellschaft auf die politische Führung (und damit die kommunistische Partei) sowie die chinesischen Traditionen einzuschwören, geht das Regime von Präsident Xi Jinping auf breiter Front gegen Christen vor.

1.3. Definition von Verfolgung

Es existiert keine allgemein anerkannte rechtliche Definition des Begriffes Verfolgung. Bestimmte Situationen können als Verfolgung eingeordnet werden, wenn zum Beispiel Personen das Menschenrecht auf Religionsfreiheit nach Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte verwehrt wird. Der von Open Doors verwendete Verfolgungsbegriff lehnt sich an die international gebräuchliche Definition des UNHCR (United Nations High Commissioner for Refugees) an, da er auch andere Menschenrechtsverletzungen miteinbezieht. Darüber hinaus folgt die WVI-Methodik eher einer theologischen als einer soziologischen oder juristischen Definition. Nach diesem Ansatz ist Verfolgung definiert als „jegliche Art von erlebter Anfeindung aufgrund der Identifikation einer Person mit Christus. Dies kann feindselige Haltungen, Worte und Handlungen gegenüber Christen umfassen.“

Weitere Informationen hierzu unter: www.opendoors.de/was-ist-verfolgung

1.4. Überkonfessionell

Als überkonfessionelles Werk untersucht Open Doors für den Weltverfolgungsindex die Situation aller Christen ungeachtet ihrer kirchlichen Anbindung. Die langjährige Vernetzung mit Christen unterschiedlicher Konfessionen ermöglicht umfassende Einblicke und gleichzeitig die notwendige Differenzierung im Blick auf die verschiedenen Kategorien von Christen einschließlich der Situation christlicher Konvertiten in einem Land.

1.5. Differenzierte Analyse

Die unterschiedlichen Ursachen und Auswirkungen von Verfolgung werden mithilfe des Fragenkataloges sehr detailliert ermittelt. Der Fragebogen kann unter www.opendoors.de/wvi eingesehen werden. Open Doors berücksichtigt bei der Bewertung der einzelnen Länder sowohl die Zahl der Christen in Relation zur Gesamtbevölkerung als auch die unterschiedliche Intensität von Verfolgung nach geografischen Regionen und einzelnen Kategorien von Christen. Besonders bei Flächenländern oder Staaten mit traditionellen bzw. etablierten Kirchen herrschen in diesen Bereichen oft große Unterschiede.

Mit Hilfe dieser Vorgehensweise sollen auch irrtümliche Annahmen vermieden werden, die häufig anzutreffen sind. Ein Beispiel: Je mehr Übergriffe auf Christen in einer Region geschehen, umso stärker ist die Verfolgung. Was wie eine logische Schlussfolgerung scheint, entspricht nicht unbedingt der Wirklichkeit. Christliche Konvertiten auf den Malediven werden beispielsweise von Freunden, Nachbarn, Angehörigen und der Regierung so massiv unter Druck gesetzt, dass sie ihren Glauben weder ausüben noch überhaupt darüber sprechen können. Sie werden geistlich regelrecht erstickt, während Übergriffe wie Misshandlungen, Gefängnis oder Deportation sehr selten vorkommen, weil sie schlicht unnötig sind. Der soziale Druck ist so übermächtig, dass dies, insbesondere auf längere Sicht, eine viel wirksamere Form der Verfolgung sein kann als Gewalt. Die zweite falsche Annahme: Diejenigen, die am meisten Gewalt gegen die Kirche ausüben, sind gleichzeitig die Hauptverfolger. In Ägypten verüben beispielsweise Mitglieder des IS oder anderer islamistischer Gruppen immer wieder Bombenanschläge auf Kirchen und ermorden gezielt Christen, um das fast 2.000 Jahre alte christliche Erbe des Landes auszulöschen. Doch der stärkste Druck auf die Christen geht von der muslimischen Bevölkerungsmehrheit aus. Christen gelten als Bürger zweiter Klasse und sind von Kindesbeinen an mit einem Stigma behaftet, das sie in allen Lebensbereichen zu spüren bekommen. Diesem Druck standzuhalten, ist die größte Herausforderung der Kirche in Ägypten.

1.6. Betroffene Lebensbereiche

Der Fragenkatalog folgt der Annahme, dass ein Christ sein Leben mit Gott in fünf sich überschneidenden Lebensbereichen lebt. Die Antworten zu den fünf Bereichen werden ausgewertet und in einer Ergebnisliste zusammengefasst. Durch die Analyse der Lebensbereiche versucht Open Doors das Umfeld und die Lebenswirklichkeit verfolgter Christen in den verschiedenen Ländern besser zu verstehen.

1. **Privatleben:** Jeder Mensch hat das Recht auf ein geschütztes Privatleben. Im Bereich der Menschenrechte spricht man hier von der Gedanken- und Gewissensfreiheit, im Bereich der Religionsfreiheit vom »forum internum«. Können Christen zu Hause ungestört beten oder Bibel lesen? Müssen sie unangemeldete Hausbesuche mit Konsequenzen fürchten?

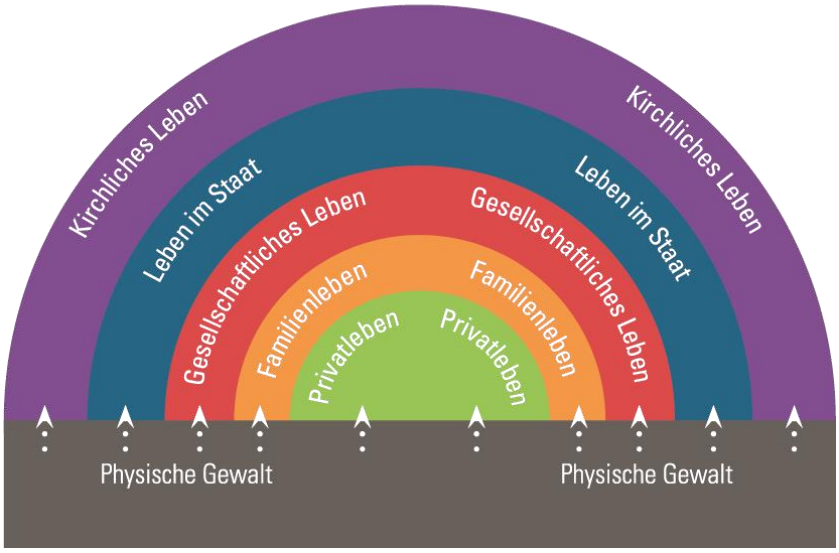
2. **Familienleben:** Jeder Mensch ist Teil einer Familie. Neben der individuellen Privatsphäre ist dieser Bereich der persönlichste von allen. Versuchen Staat oder Angehörige, einen Christen innerhalb seiner Familie an der Ausübung oder Weitergabe seines Glaubens zu hindern? Besonders für Christen muslimischer Herkunft, aber auch für andere Konvertiten ist diese Form der Verfolgung oft extrem belastend.

3. **Gesellschaftliches Leben:** Jeder Mensch lebt innerhalb eines sozialen Umfeldes mit bestimmten Eigenarten. Besonders in Ländern, wo die Zugehörigkeit zu einem Stamm oder einer ethnischen Gruppe große Bedeutung hat, kann dies für Christen zu Problemen führen. Können sich Christen im täglichen Leben ungehindert bewegen und am gesellschaftlichen Leben teilnehmen, z. B. den Dorfbrunnen nutzen? Nehmen lokale Behörden oder einflussreiche Persönlichkeiten – etwa lokale religiöse Führer – den Glauben der Christen zum Anlass, sie zu diskriminieren, zu bedrohen oder gar die übrige Gemeinschaft gegen sie aufzuhetzen?

4. **Leben im Staat:** Jeder Mensch lebt in einem Staat. In diesem Bereich werden Fragen nach der Rolle der Zentralregierung und der Provinzregierungen untersucht: Kontrollieren sie das Leben ihrer Bürger? Sind Christen frei und können ungehindert an der Zivilgesellschaft und am öffentlichen Leben teilhaben? Werden Christen zu Bürgern zweiter Klasse degradiert? Kommt es im Bereich der Gesetzgebung oder der Rechtsprechung zu Einschränkungen der Glaubensfreiheit?

5. **Kirchliches Leben:** Ein Christ ist normalerweise Teil einer Kirche oder einer Untergrundgemeinde. Haben die Christen die Freiheit, ihren Glauben in einer Gemeinschaft zu praktizieren? Wie stark sind die Einschränkungen? In den Menschenrechtsdebatten hat gerade der gemeinschaftliche Aspekt einen hohen Stellenwert, wenn es um die Ausübung der Glaubensfreiheit geht.

Ein weiterer und bedeutender Abschnitt des Fragenkatalogs betrifft das Thema **»physische Gewalt«.** Hier fließen Fragen aus allen der genannten fünf Lebensbereiche ein, bei denen es um gewaltsame Übergriffe gegen Christen aufgrund ihres Glaubens geht. Durch das gesonderte Betrachten dieses Bereiches und die gleiche Gewichtung wie die einzelnen Lebensbereiche (die höchstmögliche Wertung entspricht 1/6 der Maximalpunktzahl) wird vermieden, dass einzelne, mitunter spektakuläre Gewaltakte das Gesamtbild der herrschenden Verfolgung verzerren und dadurch der tatsächliche Grad der Verfolgung nicht richtig wiedergegeben wird.



zurück zum Inhaltsverzeichnis

2. Rangliste – Weltverfolgungsindex

Berichtszeitraum: 1. November 2018 – 31. Oktober 2019

		2020							2019	
Platz	Land	Privat-leben	Familien-leben	Gesellschaft-liches Leben	Leben im Staat	Kirchliches Leben	Auftreten von Gewalt	PUNKTE	Platz	Punkte
1	Nordkorea	16,7	16,7	16,7	16,7	16,7	11,1	**94**	1	94
2	Afghanistan	16,7	16,7	16,7	16,7	16,7	10,0	**93**	2	94
3	Somalia	16,5	16,7	16,6	16,6	16,5	9,4	**92**	3	91
4	Libyen	15,3	15,5	15,8	16,0	16,4	11,3	**90**	4	87
5	Pakistan	14,0	13,9	15,0	14,9	13,7	16,7	**88**	5	87
6	Eritrea	14,5	14,9	15,9	15,9	15,4	10,9	**87**	7	86
7	Sudan	14,2	14,6	14,5	15,7	16,1	10,4	**85**	6	87
8	Jemen	16,6	16,4	16,4	16,7	16,7	2,6	**85**	8	86
9	Iran	14,1	14,3	14,1	15,8	16,5	10,4	**85**	9	85
10	Indien	12,9	13,0	13,5	15,0	13,5	14,8	**83**	10	83
11	Syrien	13,5	14,2	13,0	13,9	14,4	12,6	**82**	11	82
12	Nigeria	12,2	11,9	13,5	12,8	13,0	16,7	**80**	12	80
13	Saudi-Arabien	15,1	14,9	14,1	15,5	16,5	2,4	**79**	15	77
14	Malediven	15,4	15,6	14,0	15,9	16,6	0,7	**78**	14	78
15	Irak	14,0	14,6	13,9	14,5	13,6	5,6	**76**	13	79
16	Ägypten	12,1	13,1	10,7	13,2	10,5	16,1	**76**	16	76
17	Algerien	13,5	14,3	10,4	12,8	13,2	9,3	**73**	22	70
18	Usbekistan	15,1	12,9	14,1	12,2	15,7	3,0	**73**	17	74
19	Myanmar	11,8	11,9	13,5	12,5	12,2	10,7	**73**	18	71
20	Laos	12,8	9,9	14,1	14,4	14,9	5,6	**72**	19	71
21	Vietnam	12,3	8,5	12,9	13,6	14,5	9,8	**72**	20	70
22	Turkmenistan	14,5	11,2	13,8	13,3	15,7	1,9	**70**	23	69
23	China	11,6	8,4	11,6	12,8	15,1	10,2	**70**	27	65
24	Mauretanien	13,9	14,0	13,0	13,7	13,4	0,2	**68**	25	67
25	Zentralafrikanische Republik	10,1	9,1	13,1	9,8	10,2	15,6	**68**	21	70
26	Marokko	12,4	13,3	10,8	11,7	14,1	4,1	**66**	35	63
27	Katar	13,6	13,4	10,8	12,2	14,1	2,2	**66**	38	62
28	Burkina Faso	9,4	9,7	10,2	9,4	11,8	15,6	**66**	neu	neu
29	Mali	9,2	8,2	12,8	10,0	11,7	13,7	**66**	24	68
30	Sri Lanka	11,5	9,0	11,0	10,9	9,6	13,1	**65**	46	58
31	Tadschikistan	13,9	12,3	11,9	12,4	13,1	1,1	**65**	29	65
32	Nepal	12,4	10,8	9,9	12,1	12,2	7,0	**64**	32	64
33	Jordanien	13,1	14,1	10,7	11,7	12,5	1,7	**64**	31	65
34	Tunesien	12,0	12,8	10,3	10,8	12,3	5,4	**64**	37	63
35	Kasachstan	13,2	11,5	10,7	12,4	14,0	1,7	**64**	34	63
36	Türkei	12,6	11,8	10,7	13,3	11,3	3,7	**63**	26	66
37	Brunei	13,8	14,3	10,7	10,3	13,5	0,6	**63**	36	63
38	Bangladesch	11,1	9,9	12,7	11,1	8,9	9,3	**63**	48	58
39	Äthiopien	10,0	9,2	10,6	10,8	10,4	11,9	**63**	28	65
40	Malaysia	12,1	14,6	12,7	12,0	9,6	1,5	**62**	42	60
41	Kolumbien	8,9	7,8	11,9	9,8	8,9	15,0	**62**	47	58
42	Oman	12,7	13,1	10,0	11,5	12,7	2,0	**62**	44	59
43	Kuwait	13,2	13,1	9,9	11,5	13,4	0,7	**62**	43	60
44	Kenia	11,7	10,5	10,9	8,3	10,9	9,1	**61**	40	61
45	Bhutan	12,8	10,9	11,8	11,6	13,9	0,0	**61**	33	64
46	Russische Föderation	12,2	8,3	10,7	10,4	12,1	6,9	**60**	41	60
47	Vereinigte Arabische Emirate	12,9	13,0	9,5	11,1	12,6	1,1	**60**	45	58
48	Kamerun	8,8	7,2	11,6	7,0	10,4	15,0	**60**	neu	neu
49	Indonesien	10,9	11,1	11,6	10,2	9,5	6,5	**60**	30	65
50	Niger	9,4	9,5	13,3	7,2	11,1	9,3	**60**	neu	neu

Erläuterung zum Punktesystem:
In jedem der sechs Bereiche werden zwischen 0 Punkte (= völlige Freiheit) und 16,667 Punkte (= massivste Verfolgung) vergeben, insgesamt also maximal 100 Punkte pro Land. Die Punktzahl eines Landes ist unter „SUMME PUNKTE" aufgelistet und bestimmt die Platzierung.

zurück zum Inhaltsverzeichnis

3. Wesentliche Trends und Schwerpunkte

3.1. Ausbreitung militanter islamischer Gruppen in den instabilen Subsahara-Staaten Afrikas

Nach dem Sturz des libyschen Präsidenten Gaddafi 2011 und dem daraus resultierenden Machtvakuum in **Libyen** (Rang 4, unverändert zum Vorjahr) hat sich in Subsahara-Afrika der islamistische Einfluss wie eine Welle ausgebreitet, unterstützt mit Geld, Waffen, Drogen und vom organisierten Verbrechen. In politisch labilen Staaten ohne funktionierende Rechtsstaatlichkeit erhält die betroffene christliche Bevölkerung keinen Schutz durch ihre Regierungen.

So sagte der Präsident von **Mali** (Rang 29 / 24 im Vorjahr) im November 2018, die Existenz seines Landes sei durch Dschihadisten gefährdet. Gewaltbereite Islamisten instrumentalisieren ethnische und sozioökonomische Spannungen, um ein Umfeld zu schaffen, in dem sie neue Rekruten gewinnen und ihren Einfluss verstärken können. Damit wächst ihr Gefahrenpotenzial für die globale Sicherheit, oft sind jedoch Christen ihr primäres Ziel.

Burkina Faso (Rang 28 / 61), bislang bekannt für seine religiöse Toleranz, erscheint zum ersten Mal auf dem Weltverfolgungsindex. Das gilt auch für **Kamerun** (Rang 48 / 56). Die Christen in Burkina Faso werden massiv angegriffen. Sie befinden sich nach eigenen Aussagen in einem Überlebenskampf. Priester und Pastoren wurden von gewalttätigen islamischen Aktivisten getötet, oft auch ihre Familien; viele wurden entführt. Dorfbewohner, die christliche Symbole trugen, wurden ausgesondert und auf der Stelle getötet. Dschihadisten ersetzen reguläre durch sogenannte „arabische“ Schulen. Kirchen, Geschäfte und Kliniken werden niedergebrannt.

„Die Islamisten haben die Einwohner per Ultimatum aufgefordert, entweder den Islam anzunehmen oder ihre Häuser zu verlassen“, berichtet eine Quelle. Eine andere sagte: „[Christen]... sind Teil einer Agenda der Dschihadisten. Diese säen gezielt Terror, ermorden Mitglieder der christlichen Gemeinschaften und zwingen die Übrigen zur Flucht. Dabei drohen sie, in drei Tagen zurückzukehren und sagen, sie wollten dann keine Christen mehr dort vorfinden.“

Typisch ist ein Vorfall im April 2019, bei dem Angreifer auf Motorrädern zu einem Gottesdienst in einem Dorf in Burkina Faso kamen. Sie beschlagnahmten alle Telefone und Ausweise, sammelten die Bibeln ein und verbrannten sie. Dann brachten sie den Pastor und sechs andere nach draußen, um sie zu erschießen; eine Person überlebte.

Im Norden haben bereits mehr als zweihundert Kirchen geschlossen; Tausende Christen befinden sich nun in Lagern für Vertriebene, haben Zuflucht bei Freunden in der Hauptstadt Ouagadougou gefunden oder sind in zentrale und südliche Regionen geflohen. Gruppen, die mit Al-Kaida im Maghreb verbunden sind, halten weiterhin ausländische Missionare als Geiseln – einige davon schon seit mehreren Jahren.

Die unheilvolle Vermischung eines radikalen Islam mit tief verwurzelten regionalen und lokalen Konflikten veranlasste den Sahel-Direktor von Human Rights Watch im Dezember 2018, bezüglich Mali zu sagen: „Die Morde an Zivilisten in Zentral- und Nord-Mali durch Milizen geraten außer Kontrolle.“ Mehrere islamistische Gruppen kontrollieren das Tagesgeschehen. Am kirchlichen Leben teilzunehmen ist hier enorm gefährlich.

Kamerun leidet unter politischer Instabilität und einer sehr angespannten Sicherheitslage. Im Norden – noch immer eine Hochburg von Boko Haram – herrscht Gewalt. Die islamische Radikalisierung ist dort zur Bedrohung für vertriebene Christen geworden, kirchliche Aktivitäten werden gestört. Vom Islam konvertierte Christinnen werden zur Heirat mit Muslimen gezwungen und stehen in der Gefahr, von Boko Haram entführt zu werden. Christliche Kinder werden von muslimischen Verwandten gezwungen, am Islamunterricht teilzunehmen.

Selbst wenn Boko Haram besiegt wird, muss zuerst die islamistische Ideologie überwunden werden, bevor sich ein gesellschaftlicher Frieden einstellen wird; bei den Jugendlichen in der Region hat die Ideologie bereits tiefe Spuren hinterlassen.

Mindestens 27 bekannte islamistische Gruppen sind in verschiedenen Teilen von Subsahara-Afrika tätig; nicht mitgerechnet dabei sind die Seleka, Ex-Seleka und andere Milizen, die in der **Zentralafrikanischen Republik** (Rang 25 / 21) immer wieder in Kämpfe verwickelt sind.

Dort wird die Situation zusehends komplexer, da mehrere kriminelle Gruppen von allen Seiten auftauchen. Morde und die Zerstörung von Eigentum und Kirchen sind weit verbreitet: Im November 2018 setzten Milizionäre die Kathedrale in Alindao in Brand und zerstörten das von der Kirche betriebene Flüchtlingslager. Zwei Priester und ein Pastor wurden zusammen mit mehr als 112 anderen, überwiegend Christen, getötet. Im Berichtszeitraum 1. November 2018 bis 31. Oktober 2019 hat Open Doors die Ermordung von 924 Christen um ihres Glaubens willen dokumentiert. Nur in Nigeria wurden mit 1.350 mehr getötete Christen gemeldet. Die Dunkelziffer dürfte wesentlich höher sein.

Über **Nigeria** (Rang 12, unverändert) berichtet die International Crisis Group, dass die Gewalt durch muslimische Fulani-Hirten dort sechsmal so viele Leben fordert wie die von Boko Haram. Die Lage ist im Vergleich zum Vorjahr unverändert, mit anhaltenden Angriffen im Norden und im Mittelgürtel auf Bauern, Kirchen und ganze Dörfer. Das UN-Hochkommissariat für Flüchtlinge (UNHCR) berichtet, dass die Gewalt, die sich von Nordosten nach Nordwesten und im Mittelgürtel ausbreitet, von einer Reihe bewaffneter und krimineller Gruppen ausgeht. Sie ziehen marodierend durch die Dörfer – sie töten, vergewaltigen, plündern, brandschatzen und entführen (sogar Mädchen ab 10 Jahren), um Lösegeld zu erpressen. Die Opfer berichten häufig, ihnen werde gesagt: „Bekehre dich [zum Islam] oder stirb!“

Diese Gewalt gegen ethnische Gruppen mit christlicher Mehrheit im gesamten Mittelgürtel Nigerias hat sich mittlerweile auf Gemeinschaften im Bundesstaat Plateau und weiter südlich ausgedehnt, die bislang als sicher galten.

Die islamisch-extremistische Ideologie hat zahlreiche Splittergruppen inspiriert, darunter auch die Gruppe „Islamischer Staat Provinz Westafrika“ (ISWAP). Sie hat sich von Nigerias Boko Haram abgespalten und operiert in vier Ländern. Um sich Unterstützung zu sichern, engagiert sich die Gruppe lokal in Bereichen, wo die Regierung nur ungenügend präsent ist und etwa staatliche Dienstleistungen nur lückenhaft erbracht werden. ISWAP-Kämpfer haben christliche Mitarbeiter humanitärer Organisationen enthauptet und in Videobotschaften angedroht, jeden gefangenen Christen zu töten, aus Rache für alle in früheren religiösen Konflikten in Nigeria getöteten Muslime.

Sie haben zahlreiche Frauen und Mädchen in ihrer Gewalt. Darunter ist auch Leah Sharibu, die vor fast zwei Jahren mit 104 ihrer Schulkameradinnen entführt worden war. Die damals 14-Jährige hatte sich geweigert, ihren christlichen Glauben aufzugeben und kam deshalb als Einzige nicht frei. Das Schicksal

der 112 zumeist christlichen Chibok-Mädchen bleibt unklar. Andere, 2019 entführte Mädchen wurden während der Telefonate mit ihren Eltern gefoltert, um höhere Lösegeldbeträge zu erpressen.

Berichten zufolge werden christliche Schülerinnen allerdings manchmal auch von Personen aus ihrem unmittelbaren Umfeld entführt, misshandelt und missbraucht. Sie werden gezwungen zum Islam überzutreten und häufig schnell mit älteren muslimischen Männern verheiratet. All das geschieht, ohne dass es zu Strafverfolgung durch die Behörden kommt.

Die Berichte zu Übergriffen gegen nigerianische und andere westafrikanische Mädchen ähneln denen aus **Ägypten** (Rang 16, unverändert). Dort hat ein ehemaliger Entführer gestanden, dass „Kidnapper für jedes entführte koptische Mädchen bezahlt wurden".

3.2. Ausbreitung militanter islamischer Gruppen in Süd- und Südostasien

Der Einfluss der islamisch-extremistischen Ideologie hat sich nicht nur über Subsahara- Afrika ausgebreitet, sondern führte auch zu völlig unerwarteten Gräueltaten wie in **Sri Lanka** (Rang 30 / 46). Bei Angriffen im April 2019 auf Kirchen sowie Hotels starben am Ostersonntag mehr als 250 Menschen – zumeist Christen –, über 500 wurden verletzt. 176 Kinder verloren an diesem Tag ein oder beide Elternteile. Für die Tat verantwortlich war die kleine, gewalttätige sri-lankische Gruppe NTJ, die zuvor als antibuddhistisch galt, aber Verbindung zum Islamischen Staat (IS) beansprucht. Die Anschläge brachten das Thema „Sicherheit" an die Spitze der jüngsten Wahlagenda und waren die schwersten weltweit seit dem 11. September 2001.

Auf den **Philippinen** (derzeit nicht auf dem Weltverfolgungsindex) starben im Januar 2019 bei zwei Anschlägen auf die Kathedrale der südlichen Insel Jolo durch die Gruppe Abu Sayyaf 20 Menschen. Mehr als 100 wurden verletzt. Abu Sayyaf hatte sich dem IS angeschlossen und war von Verhandlungen ausgeschlossen worden, die eine Woche vor dem Angriff zum Referendum über eine größere Autonomie für die mehrheitlich muslimische Region im Süden Mindanaos geführt wurden.

In **Pakistan** (Rang 5, unverändert) beherrscht der Islam alle Lebensbereiche. Angesichts der Stärke der islamisch-extremistischen Gruppen – allen voran die Tehreek-e-Labbaik, die nach dem Freispruch von Asia Bibi große Proteste organisierte und die Vollstreckung der Todesstrafe forderte – ist in naher Zukunft keine Lockerung der Blasphemiegesetze zu erwarten. Weiterhin befinden sich aktuell Christen wegen Blasphemieanschuldigungen im Gefängnis, teils angeklagt, teils bereits wegen Blasphemie verurteilt.

3.3. Wachsende Gefährdung der Christen durch das organisierte Verbrechen in Lateinamerika

Korruptionsskandale trafen 2019 viele Länder Lateinamerikas; das Versagen staatlicher Strukturen und das Misstrauen gegenüber den Behörden setzten sich fort, was zu größeren sozialen Unruhen führte. Dadurch begünstigt, kommt es immer seltener zur Strafverfolgung von Gruppen und Milizen des organisierten Verbrechens, was die Gefährdung der Kirchen und ihrer Leiter erhöht. Einige von ihnen wurden erpresst, entführt, erhielten Morddrohungen oder wurden umgebracht. Viele Pastoren sahen sich gezwungen, ihre Gemeinden zu verlassen, beispielsweise in **Kolumbien** (Rang 41 / 47) und **Mexiko** (Rang 52 / 39).

3.4. Ausbau der digitalen Überwachung bedroht kirchliches Leben

Es gibt heute in **China** (Rang 23 / 27) mehr Christen als Mitglieder der Kommunistischen Partei. Die Regierung von Präsident Xi Jinping betrachtet Christen als Bedrohung, weil sie eine höhere Macht verehren als ihn und die Partei; das gilt auch für andere religiöse Gruppen. Schätzungen zufolge befinden bzw. befanden sich mehr als eine Million uighurische Muslime in Haftanstalten in Xinjiang, wo es Hinweise auf „systematische Gehirnwäsche“ und Entrechtung gibt.

Es wäre allerdings unmöglich, die mehr als 90 Millionen Christen im Land allesamt in Haft zu nehmen. Sie zu überwachen, ist eher möglich. China und andere autoritäre Staaten mit stark eingeschränkter Religionsfreiheit erhöhen den Einsatz von Kameras, biometrischer Technologie und künstlicher Intelligenz. Das trifft Hauskirchen, sofern sie sich noch sonntags in großen Gebäuden treffen, genauso wie staatlich regulierte Kirchen. Auch die protestantischen Drei-Selbst Kirchen (TSPM) sind nicht vor Schikanen oder Schließung geschützt. Etliche mussten ihre Kreuze entfernen und sind einer umfassenden bürokratischen Überwachung ausgesetzt.

Mit Hilfe des neuen ‚social credit system‘ (SCS) wollen die Behörden alle Bürger im Land bewerten, um staatsdienliches Verhalten zu belohnen und schädigendes Verhalten zu bestrafen. Ein neues Gesetz im Rahmen des SCS zur obligatorischen Gesichtserkennung beim Kauf eines Mobiltelefons und der Nutzung des Internets macht es für Christen zusätzlich schwierig, unentdeckt zu bleiben.

Die Auswirkungen der seit fast zwei Jahren geltenden Vorschriften für religiöse Angelegenheiten nehmen weiter zu. Kindern unter 18 Jahren ist strengstens verboten, an christlichen Versammlungen teilzunehmen; dieses Verbot wurde landesweit in Kraft gesetzt, besonders streng in den Provinzen Henan (wo der Anteil der Christen zu den höchsten gehört) und Gansu.

Die Behörden haben im September 2018 neue Leitlinien erarbeitet, um die „ungeordnete“ Verbreitung religiöser Informationen im Internet einzudämmen. Dabei sind Online-Ressourcen eine wichtige Quelle der Ermutigung für Christen, besonders in entlegenen Gebieten. Ein Online-Auftritt ist jedoch nur mit Genehmigung durch die Provinzabteilung für religiöse Angelegenheiten erlaubt.

Indien (Rang 10, unverändert) setzt ebenfalls zunehmend biometrische Technologien ein. So soll die Einführung eines landesweiten Gesichtserkennungssystems, das laut Angaben der Regierung lediglich der Unterstützung der Polizeiarbeit dient, im Januar 2020 abgeschlossen sein. Die wiedergewählte und von der BJP geführte Regierung unter Premierminister Modi befördert weiter die Ausbreitung der ultra-nationalistischen Hindutva-Ideologie (jeder Inder muss ein Hindu sein). Der Erfolg der BJP zeigt sich in der jüngsten Entscheidung des Obersten Gerichtshofs für den Wiederaufbau des Hindu-Tempels in Ayodhya. Außerdem wird wiederholt der Vorschlag eingebracht, das Verbot von (angeblich durch Christen vorangetriebene) „Zwangskonvertierungen“ auszuweiten. Entsprechende Gesetze sind derzeit in neun Bundesstaaten in Kraft.

Im Berichtszeitraum des aktuellen Weltverfolgungsindex wurden mehr als 440 Gewalttaten und Hassdelikte gegen Christen verifiziert. Weil dies aufgrund polizeilicher Untätigkeit und sogar geheimer Absprachen in einem Klima der Straflosigkeit geschieht, befürchten Christen, weiterhin Ziel solcher Angriffe zu sein. Sie werden außerdem von den Massenmedien weiterhin als „Agenten des Westens“ bezeichnet, und die Finanzierung indischer NGOs durch ausländische Geldgeber wird genauestens geprüft.

3.5. Kirche in Syrien und Irak geschwächt – kaum Rückkehrwillige

Fast neun Jahre Bürgerkrieg in **Syrien** (Rang 11, unverändert) und der seit Jahren andauernde Konflikt im **Irak** (Rang 15 / 13) haben die christlichen Gemeinden stark dezimiert. Im Irak, wo die Zahl der Christen vor 2003 etwa 1,5 Millionen betrug, liegt sie heute bei rund 200.000 – ein Rückgang von 87% innerhalb einer Generation. Einige sind zurückgekehrt, um ihre Häuser wiederaufzubauen, hauptsächlich in der Ninive-Ebene. Aber ihre Rückkehr wird durch große Schwierigkeiten in den Bereichen Sicherheit, Bildung, Gesundheit und Arbeitsmarkt erschwert. Von Iran unterstützte schiitische Milizen bedrohen, schikanieren und schüchtern Christen weiterhin ein.

Im Sommer 2019, etwa zwei Jahre nach der Befreiung von Mossul von der Herrschaft des IS, lebten wieder 50-75 Christen in der Stadt. Weitere Christen arbeiten oder studieren dort. Der chaldäisch-katholische Patriarch Louis Sako hat davor gewarnt, dass schiitische Gruppen erneut versuchen, einen „demographischen Wandel“ in der Ninive-Ebene herbeizuführen (durch die gezielte Ansiedlung muslimischer Bevölkerung in den vormals überwiegend christlichen Orten).

Demonstrationen gegen die Korruption der herrschenden Elite im Irak sorgen für anhaltende allgemeine Instabilität und schrecken (christliche) Flüchtlinge davon ab, ins Land zurückzukehren.

In Syrien ist die Situation komplexer. Von den 2,2 Millionen Christen vor dem Konflikt sind laut Schätzungen noch rund 744.000 im Land. Viele der jungen Generation sind gegangen. Der maronitische Bischof von Damaskus, Samir Nassar, beschreibt das Profil der Kirche als „alternd – mit unsicherem Status“. In staatlich kontrollierten Gebieten ist inmitten der Zerstörung zu beobachten, wie wieder neues Leben entsteht und sich Anzeichen von Normalität einstellen.

Es gibt jedoch Kraftstoff-, Wasser- und Nahrungsmittelknappheit sowie nur kärglich ausgestattete medizinische Einrichtungen und Bildungs- wie Beschäftigungsmöglichkeiten. Viele Christen Syriens leben als Binnenflüchtlinge, andere als Flüchtlinge außerhalb des Landes. Die Männer unter den christlichen Flüchtlingen im Libanon und in Jordanien wollen aus Angst davor, zum Militärdienst eingezogen zu werden, nicht zurückkehren.

Darüber hinaus sind vom Einmarsch der Türkei in Nordostsyrien 40.000 oder mehr Christen in der hauptsächlich kurdischen Region direkt betroffen. Sie befürchten, dass mit der Rückführung syrischer Flüchtlinge aus der Türkei ein demographischer Wandel in der Region angestrebt wird, der die arabisch-sunnitische Präsenz zum Nachteil der Kurden und auch der Christen verstärken würde.

3.6. Christliche Konvertiten sind am stärksten von Verfolgung betroffen

Unter verfolgten Christen sind es die Konvertiten aus anderen Religionen, die am härtesten von Verfolgung betroffen sind – in sehr vielen Fällen durch die eigene Familie, die Gesellschaft, durch Mitglieder ihrer vorherigen Religionsgemeinschaft und durch die Regierung. Die Verfolgung von Konvertiten nimmt weltweit größere Ausmaße an, weil sich immer mehr Menschen dem Glauben an Jesus Christus zuwenden, ungeachtet ihrer vorherigen Religion oder Ideologie. Außerdem verknüpfen autoritäre Regierungen und religiöse nicht-christliche Leiter in verschiedenen Staaten die nationale Identität ihrer Bürger zunehmend mit einer Ideologie oder einer Religion. Konvertiten werden als „Abtrünnige“ betrachtet und hart verfolgt.

zurück zum Inhaltsverzeichnis

4. Informationen zu den einzelnen Ländern

1	Nordkorea	26	Marokko
2	Afghanistan	27	Katar
3	Somalia	28	Burkina Faso
4	Libyen	29	Mali
5	Pakistan	30	Sri Lanka
6	Eritrea	31	Tadschikistan
7	Sudan	32	Nepal
8	Jemen	33	Jordanien
9	Iran	34	Tunesien
10	Indien	35	Kasachstan
11	Syrien	36	Türkei
12	Nigeria	37	Brunei
13	Saudi-Arabien	38	Bangladesch
14	Malediven	39	Äthiopien
15	Irak	40	Malaysia
16	Ägypten	41	Kolumbien
17	Algerien	42	Oman
18	Usbekistan	43	Kuwait
19	Myanmar	44	Kenia
20	Laos	45	Bhutan
21	Vietnam	46	Russische Föderation
22	Turkmenistan	47	Vereinigte Arabische Emirate
23	China	48	Kamerun
24	Maurentanien	49	Indonesien
25	Zentralafrikanische Republik	50	Niger

zurück zum Inhaltsverzeichnis

Nordkorea: Platz 1

Zusammenfassung

Wenn Christen entdeckt werden, ist es unerheblich, ob sie Nachkommen der christlichen Gemeinschaften aus der Zeit vor dem Koreakrieg sind, oder auf andere Weise zum christlichen Glauben gefunden haben (beispielsweise während der großen Hungersnot in den 1990er-Jahren, die zehntausende Nordkoreaner dazu veranlasste, in China nach Hilfe zu suchen, die sie oft bei chinesischen Christen fanden). Werden Christen entdeckt, werden sie in Arbeitslager verschleppt und wie politische Gefangene behandelt oder sogar auf der Stelle getötet. Ihre Familien erwartet dasselbe Schicksal. Christen haben nicht den geringsten Platz in der Gesellschaft; andere Christen zum Gottesdienst zu treffen, ist nahezu unmöglich und wenn es jemand wagt, muss dies in äußerster Geheimhaltung geschehen. Die Kirchengebäude, die Besuchern in der Hauptstadt Pjöngjang gezeigt werden, dienen lediglich Propaganda-Zwecken.

Beispiele aus dem aktuellen Berichtszeitraum

Es gibt gegen Christen gerichtete Razzien und Tötungen, doch aus Sicherheitsgründen können dazu keine Details veröffentlicht werden. Pastor Dong Cheol Kim (festgenommen im Jahr 2015) und zwei koreanisch-amerikanische christliche Dozenten der Universität für Wissenschaft und Technik Pjöngjang (PUST), Tony Kim und Hak Song Kim (festgenommen im April beziehungsweise Mai 2017), wurden der Spionage beschuldigt. Sie wurden im Vorfeld des Gipfeltreffens zwischen den USA und Nordkorea im Juni 2018 aus der Haft entlassen. Berichten zufolge änderte die Universität ihre Einstellungspolitik und beschäftigt nur noch nicht-US-amerikanische Mitarbeiter, eine logische Folge des von den USA verhängten Reiseverbots. Es gibt noch mehr Berichte aus Nordkorea, aber aus Sicherheitsgründen können auch hier keine Einzelheiten genannt werden.

---

1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 94 Punkten steht Nordkorea auf Platz 1 des Weltverfolgungsindex 2020.

Nordkorea befindet sich seit dem Weltverfolgungsindex 2002 auf dem 1. Platz. Seit 2018 folgt Afghanistan knapp dahinter auf Platz 2. Die Situation für Christen in den beiden Ländern ist zwar sehr unterschiedlich, doch die Wertung ist sehr ähnlich. Wie in den vergangenen Jahren sind Christen in Nordkorea extremem Druck in allen im Weltverfolgungsindex aufgeführten Lebensbereichen ausgesetzt und erleben ein sehr hohes Maß an Gewalt, die sich direkt gegen sie richtet. Der plötzliche Anstieg diplomatischer Aktivitäten (angefangen im Februar 2018 mit den Olympischen Winterspielen in Pyeongchang/Südkorea) hat für die Christen nichts geändert. Polizeirazzien mit dem Ziel, Bürger mit abweichender Meinung – auch Christen – zu identifizieren und festzunehmen, haben Berichten nach zugenommen.

2. Triebkräfte der Verfolgung

Kommunistische Unterdrückung

Theoretisch ist Nordkorea ein kommunistisches Land, doch praktisch dominiert der Personenkult um die Familie Kim. Da das Land jedoch nach kommunistischer Verwaltungspraxis geführt wird, ist die Haupttriebkraft der Verfolgung weiterhin „Kommunistische Unterdrückung". Zudem hat der Machthaber seinen Regierungsschwerpunkt mehr von der Armee weg in Richtung der Koreanischen Arbeiterpartei verlagert. Hier wird erneut deutlich, wie groß der Einfluss des (Post-)Kommunismus noch immer ist. Die Ergebnisse des siebten Parteikongresses der Koreanischen Arbeiterpartei im Mai 2016 brachten weder wirtschaftlich noch ideologisch Änderungen mit sich. Christen werden weiterhin als gefährlich betrachtet und ihr Glaube als „Opium für das Volk" eingestuft – wie im klassischen Kommunismus. Laut dem nordkoreanischen Gesellschaftssystem Songbun sind sie zudem Teil der feindlichen Gesellschaftsklasse.

Diktatorische Paranoia

Seit 1948 wird Nordkorea von derselben Familie regiert, nun in der dritten Generation. Wie bereits erwähnt ist die ursprüngliche Ideologie des Kommunismus in den letzten Jahren in den Hintergrund getreten, obwohl der kommunistische Stil der Gesellschaftskontrolle fortbesteht. Nordkorea ist mittlerweile ein klares Beispiel für ein Land geworden, das von „Diktatorischer Paranoia" beherrscht wird. Jeder muss den Herrscher verehren, und Kim Jong Un ist aufgrund dieses ausgeprägten Personenkultes in der Gesellschaft unersetzlich – nicht zuletzt, da er auch die Arbeiterpartei, die Armee, die Verwaltung und alle Bereiche der Gesellschaft kontrolliert.

Im aktuellen Berichtszeitraum hat sich ein wachsender Personenkult um Kim Jong Un abgezeichnet. Im November 2018 wurde in Pjöngjang beim Besuch des kubanischen Präsidenten Miguel Díaz-Canel das erste offizielle Gemälde Kim Jong Uns enthüllt. Das Gemälde zeigt Kim Jong Un in schwarzem Anzug und Krawatte, nicht in kommunistischer Uniform.

Seine Macht mag nicht ganz so absolut wie die seines Vaters und Großvaters sein, doch niemand kann seine Autorität in Frage stellen. Zudem hat er seine Macht nicht zuletzt durch den erreichten Status als De-facto-Atommacht noch ausbauen können. Die gottgleiche Verehrung der Kim-Familie erlaubt keinerlei Raum für eine andere Religion. Wer es wagt, jemand oder etwas anderes als die Kim-Dynastie zu verehren, wird als Gefahr für den Staat angesehen. Christen gelten daher als Teil der „feindlichen Klasse" in Nordkoreas Gesellschaftssystem.

Der volle Titel von Kim Jong Un klingt beeindruckend: „Geliebter Genosse Kim Jong Un, Vorsitzender der Koreanischen Arbeiterpartei, Vorsitzender des Komitees für Staatsangelegenheiten der Demokratischen Volksrepublik von Korea und Oberbefehlshaber der Koreanischen Volksarmee." Kim Jong Un veränderte den National-Eid, indem er Erwähnungen zu den Errungenschaften seines Vaters und Großvaters kürzte und so größeres Gewicht auf seine eigenen Erfolge legte. Hierin zeigt sich die Festigung seiner Macht. Im Oktober 2017 beförderte Kim Jong Un seine Schwester, Kim Yo Jong, in das Politbüro und machte sie damit zum Teil der politischen Elite, die das Land regiert. Sie besuchte die Olympischen Winterspiele in Südkorea 2018 und nahm an zahlreichen Gipfeltreffen teil. Dies verdeutlicht die Lebenswirklichkeit Nordkoreas, in der die Führung des Landes und der Partei ein Familiengeschäft ist. Es bedeutet jedoch nicht, dass sie persönlich Einfluss nehmen oder Macht ausüben kann.

3. Verfolger

Die Triebkräfte Kommunistische Unterdrückung und Diktatorische Paranoia wirken so eng zusammen, dass sie nahezu eine Triebkraft ergeben. Da es schwierig ist, beide voneinander zu trennen, werden die Verfolger in diesem Fall zusammen vorgestellt:

Ausgehend von Kommunistischer Unterdrückung und Diktatorischer Paranoia

- **Regierungsbeamte:** Der Hauptverfolger in Nordkorea ist der Staat, in Form der Regierung und der Arbeiterpartei Koreas (WPK). Die Regierung wird auf Grundlage der kommunistischen Lehre geführt, daher ist auch die Regierung der stärkste Akteur der Verfolgung. Seit drei Generationen ist das Land darauf ausgerichtet, die machthabende Kim-Familie zu verehren, fortgeführt seit der Machtübernahme von Kim Jong Un im Dezember 2011. Das höchste Ziel aller Behörden ist das Überleben des Landes und seiner Anführer.
- **Politische Parteien:** Die Arbeiterpartei Koreas ist das Instrument, mit dem Kim Jong Un seine Macht über Nordkorea aufrechterhält. Seitdem er entschieden hat, die „Militär zuerst"-Politik zu ändern, hat die WPK an Bedeutung gewonnen. Ihre Regeln und Entscheidungen werden umgesetzt und Christen werden in der Partei-Ideologie als Feinde angesehen.
- **Gewöhnliche Bürger:** Christen werden als feindlicher Teil der Gesellschaft angesehen, der beseitigt werden muss – egal wie. Aufgrund der permanenten Indoktrinierung, die das gesamte Land durchdringt, sind Nachbarn und Familienmitglieder sehr wachsam. Es wird von ihnen erwartet, jedwede verdächtige Aktivität den Behörden zu melden, nicht zuletzt durch das Netzwerk von „Nachbarschaftsinformanten".
- **Die eigene (Groß-)Familie:** Selbst die eigenen Familienmitglieder können Christen bei den Behörden melden. Insbesondere Kinder können durch die allgegenwärtige Indoktrinierung in der Schule oder anderswo so stark beeinflusst werden, dass sie ihre eigenen Eltern in dem Glauben, etwas Gutes und Richtiges zu tun, melden. Aus diesem Grund erzählen viele Eltern ihren Kindern nichts von ihrem christlichen Glauben.

4. Regionale Brennpunkte der Verfolgung

In Nordkorea gibt es im klassischen Sinne des Wortes keine Brennpunkte der Verfolgung. Ein Aufstand ist undenkbar, und das Regime behält die Bevölkerung streng im Blick. Über mehrere Jahre mag die Grenzregion zu China ein Brennpunkt gewesen sein, da ein konstanter Strom von Flüchtlingen (mit Südkorea als finalem Zielland) diese Region auf ihrem Weg nach China passierten. Aber die erhöhten Anstrengungen beider Seiten (China und Nordkorea) haben diesen Strom zu einem Rinnsal verkümmern lassen. Die Grenze wird nun streng überwacht und selbst mit der Hilfe von Schleusern ist es schwierig geworden, einen illegalen Übertritt zu wagen.

5. Betroffene Christen

Da es in Nordkorea weder Gemeinschaften von ausländischen Christen und Arbeitsmigranten noch protestantische Freikirchen gibt, gehören alle Christen zu einer der beiden nachfolgenden Gruppen. Sie alle sind der stärksten Verfolgung ausgesetzt, die man sich vorstellen kann:

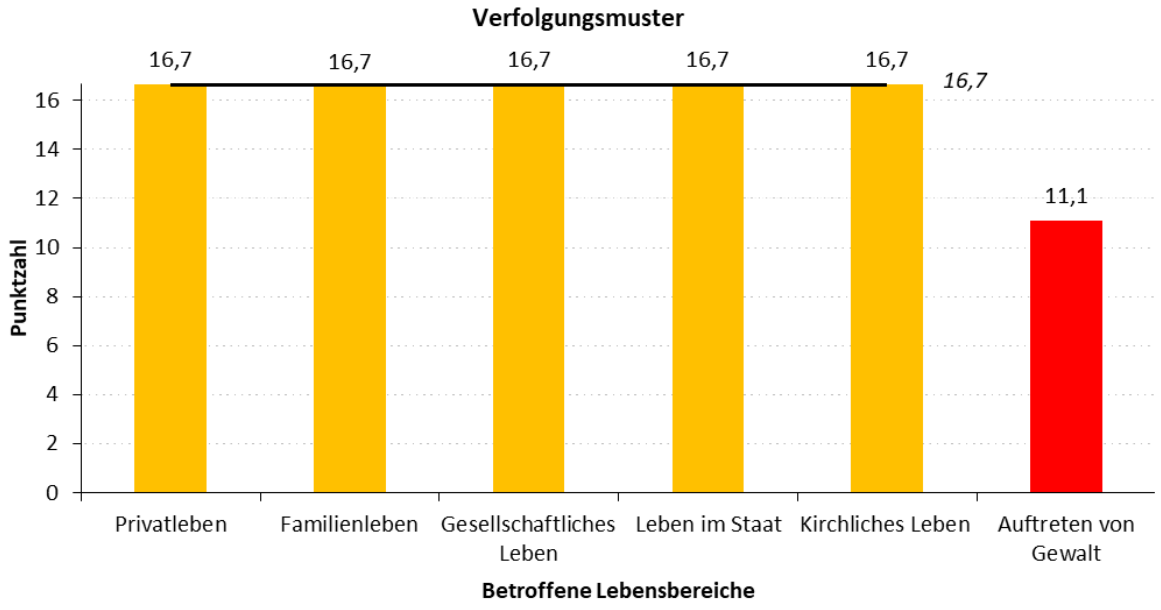
Christen aus traditionellen Kirchen

Diese Christen stammen noch aus der Zeit vor dem Koreakrieg (1950-1953). Viele Christen sind entweder im Krieg umgekommen oder in den Süden geflohen, doch andere sind geblieben. Sie und ihre Nachkommen bilden diese Gemeinden. Jeder Bürger wird in ein Klassensystem eingeordnet, das „Songbun“ genannt wird. Nach dieser Einstufung gehören Christen zur „feindlichen Klasse“ und werden nochmals in zwei Unterklassen unterteilt: Die „37“ für protestantische Christen und die „39“ für katholische Christen. Diesen Klassen gehören vor allem Christen an, von denen bekannt ist, dass ihre Eltern oder Großeltern Christen waren. Als Strafe dafür, das falsche „Songbun“ zu haben, wurden die meisten von ihnen in abgelegene Dörfer verbannt. Nur wenigen dieser historisch gewachsenen christlichen Gemeinden ist es gelungen, ihren Glauben zu verbergen und Untergrundkirchen zu bilden. Wegen des Prinzips der Sippenhaft sind die Nachkommen dieser Christen mit unüberwindbaren gesellschaftlichen und anderen Hindernissen konfrontiert und werden misstrauisch beobachtet.

Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

Diese Christen haben einen kommunistischen Hintergrund oder stammen aus dem Kimilsungismus. Viele von ihnen kamen in den 1990er-Jahren zum Glauben, als während der großen Hungersnot unzählige Nordkoreaner die Grenze zu China überquerten und in chinesischen Kirchen Hilfe fanden. (Auch danach überquerten noch viele Nordkoreaner die Grenze, ihre Zahl ist jedoch deutlich geringer.) Nachdem sie nach Nordkorea zurückgekehrt waren, blieben sie ihrem neu gefundenen Glauben treu.

6. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Nordkorea

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Der durchschnittliche Druck auf die Christen in Nordkorea ist in allen Lebensbereichen unvermindert hoch. Trotz aller diplomatischer Aktivitäten während des Berichtszeitraums wurde in jedem einzelnen Lebensbereich die maximale Punktzahl von 16,7 erreicht. Die Treffen mit internationalen Staatsoberhäuptern in den Jahren 2018 und 2019 haben den Christen im Land keinerlei Erleichterung gebracht.
- Die maximale Punktzahl in allen Lebensbereichen reflektiert die Realität eines Staates, der in allen Bereichen der Gesellschaft von Diktatorischer Paranoia beherrscht wird. Es gibt wohl kein anderes Land auf der Welt, für das der Begriff Paranoia zutreffender wäre – in Nordkorea ist alles davon betroffen.
- Der Wert für „Auftreten von Gewalt" hat weiterhin ein sehr hohes Ausmaß und erreicht 11,1 Punkte im Weltverfolgungsindex 2020 (10,9 im Weltverfolgungsindex 2019). Wird jemand als Christ entdeckt, wird er oder sie verhaftet, verhört und in ein Gefängnis beziehungsweise Arbeitslager gebracht. Es gibt auch Berichte von Tötungen.

Zu jedem der Lebensbereiche sind im Folgenden jeweils ausgewählte Teilaspekte genannt, die im betreffenden Lebensbereich für die Christen zu den gravierendsten Schwierigkeiten gehören.

Privatleben

- **Es ist gefährlich, christliches Material zu besitzen oder aufzubewahren:** Der bloße Besitz einer Bibel wird als Verbrechen gegen die Nation und die Führung betrachtet. Die nordkoreanische Polizei und die Geheimdienste durchsuchen Häuser ohne Vorwarnung. Wenn sie christliche Materialien finden, können Verdächtige sowie ihre Familien verbannt, in ein Arbeitslager eingewiesen oder eventuell sogar hingerichtet werden.
- **Es ist für Christen riskant, christliche Bilder oder Symbole zu zeigen:** Jegliche christliche Aktivität – und selbst der Verdacht beziehungsweise die Verbindung zu einer solchen Aktivität (wie das Tragen eines Kreuzes) – ist in der Demokratischen Volksrepublik Korea komplett verboten. Christliche Bilder oder Symbole zur Schau zu stellen, wird als ein selbstmörderischer Akt angesehen.
- **Es ist für Christen gefährlich, auf christliches Radio, Fernsehen oder christliches Material im Internet zuzugreifen:** Nordkorea tut alles, um sämtliche Sender und Medien zu kontrollieren. Menschen, die nicht genehmigte Medien oder Sendungen konsumieren, können bestraft werden. Das Regime sieht Radiogeräte als etwas sehr Gefährliches an, ganz zu schweigen von einem Smartphone oder dem Internet. Personen, die einen nicht registrierten Radioempfänger oder ein Smartphone besitzen, werden bestraft. Daher ist es sehr risikoreich, christliche Radiosendungen zu hören. Wenn Christen sich trauen, es trotzdem zu tun, schalten sie das Gerät nur nachts ein, versteckt unter Decken, ständig auf der Hut vor Überprüfungen durch die Behörden.
- **Es ist für Christen riskant, mit ihrer engsten Familie über den christlichen Glauben zu sprechen:** Nordkoreaner sind bereits seit der Krippe in verpflichtenden Schulungskursen vom Kimilsungismus umgeben. Die Menschen sind dazu erzogen, jeden zu melden, der sich gegen den Großen Führer und das Regime stellt. Familienmitglieder sind dabei keine Ausnahme. Besonders Kinder können durch ihre Lehrer dazu verleitet werden, ihre Eltern zu denunzieren, wenn sie sehen, dass sie sich entgegen dem verhalten, was sie in der Schule gelernt haben. Daher ist es sehr gefährlich, mit Familienmitgliedern über den christlichen Glauben zu sprechen, und viele Christen warten jahrelang auf den richtigen Moment, dies zu tun. Im Falle

der Kinder warten die Eltern oft bis ins Teenageralter, bis sie mit ihnen über den Glauben sprechen.

Angesichts der geschilderten Situation verwundert es nicht, dass die Verfolgung im Bereich „Privatleben“ den Höchstwert erreicht. Es ist höchst gefährlich, die Bibel zu lesen oder den christlichen Glauben in irgendeiner Art zu zeigen – und sei es nur, mit geschlossenen Augen den Kopf zu neigen. Christen tendieren dazu, christliche Literatur auswendig zu lernen und danach aufzuteilen (oder zu zerstören), um zu vermeiden, komplette Exemplare aufzubewahren. Andere Christen zu treffen ist äußerst riskant.

Familienleben

- **Christliche Taufen werden be- oder verhindert:** Die Taufe ist das klarste und sichtbarste Zeichen des christlichen Glaubens. Es ist unmöglich, in Nordkorea offen Taufen durchzuführen. Wenn eine Taufe entdeckt wird, werden die Personen, die getauft wurden, und diejenigen, die die Taufe durchgeführt haben, verhaftet und schwer bestraft, indem sie in ein Arbeitslager geschickt oder hingerichtet werden.
- **Eltern werden daran gehindert, ihre Kinder gemäß ihrem christlichen Glauben aufzuziehen:** Es ist für Eltern höchst gefährlich, ihren christlichen Glauben an ihre Kinder weiterzugeben. Tatsächlich gehören die Kinder zu den „gefährlichsten“ Personen für Christen. Öffentliche christliche Erziehung ist unmöglich, da die Kinder schon ab einem sehr jungen Alter vom Staat indoktriniert werden. Trotz dieser Einschränkungen versuchen Christen, die biblischen Geschichten als Märchen getarnt zu erzählen.
- **Kinder christlicher Eltern werden dazu gedrängt, an nichtchristlichem Unterricht oder dem allgemeinen Religionsunterricht teilzunehmen:** Der wichtigste Inhalt der nordkoreanischen Bildung bis zur weiterführenden Schule ist der Kimilsungismus. Auf allen Ebenen der Bildung (vom Kindergarten bis zur Universität) gibt es speziellen Unterricht über die Kim-Dynastie. Selbst in anderen Fächern wie Koreanisch, Englisch oder Geschichte werden glorreiche Episoden über die Kims als Unterrichtstexte genutzt. Christen werden ständig als Feinde dargestellt und Missionare als böse Menschen, Schwindler und Spione bezeichnet. Selbst im Curriculum des Doktorstudiums in Fächern wie der Nuklearphysik beinhalten 30 Prozent der Kursmaterialien Themen der Juche-Ideologie.
- **Wenn ein Christ entdeckt wird, wird normalerweise die ganze Familie verhört und in ein Arbeitslager gebracht:** Berichten von nordkoreanischen Flüchtlingen zufolge scheint es in einigen Fällen vorgekommen zu sein, dass die Eltern des nichtchristlichen Partners ihren Sohn oder ihre Tochter dadurch zu retten versuchen, dass sie eine Zwangsscheidung herbeiführen und jegliche Aufzeichnungen über eine Verbindung zu dem verhafteten Christen beseitigen. Dies ist allerdings nur möglich, wenn diese Eltern hochrangige Beamte sind oder anderweitig genügend Macht haben, und dieses Vorgehen hat keine Erfolgsgarantie.

Der maximale Wert in diesem Lebensbereich wird durch den folgenden Kommentar sehr gut zusammengefasst: „Kindern wird der Name Kim Il Sung beigebracht, bevor sie die Namen ihrer Eltern lernen.“ Wenn Christen entdeckt werden, verlieren sie alles. Sie werden nicht nur verhört, damit ihre Netzwerke aufgespürt werden können, sondern auch ihre Familien werden aufgrund des Prinzips der Sippenhaft festgenommen und müssen Jahre des Elends in Arbeitslagern erleiden. Familien werden gezielt auseinandergerissen, wenn der christliche Glaube eines der Familienmitglieder entdeckt wird. Wenn beide Ehepartner Christen sind, werden sie beispielsweise in verschiedene Arbeitslager

gebracht. Es ist unmöglich, öffentlich christliche Hochzeiten, Beerdigungen oder das Abendmahl zu feiern.

Gesellschaftliches Leben

- **Christen stehen durch ihr soziales oder privates Umfeld unter Beobachtung:** Alle Christen, die entdeckt und nicht hingerichtet wurden, stehen in den Gefängnislagern oder in den abgelegenen Gebirgsregionen unter strengster Überwachung. Selbst Personen, die selbst keine Christen sind, aber christliche Verwandte haben, leiden unter enger Überwachung und einem niedrigen „Songbun". Jeder Nordkoreaner steht unter strikter sozialer Kontrolle, da sich Nordkorea des alten kommunistischen Systems der Nachbarschaftswache, „Inminban" genannt, bedient. Deren lokale Leiter haben seit 2018 mehr Einfluss bekommen. Alles, was in einem Häuserblock geschieht, wird den Behörden von speziell ausgebildeten Nachbarn berichtet, so dass tatsächlich keine Aktivität, kein Besuch, keine Abweichung vom Normalen unbemerkt bleibt.
- **Christen werden unter Druck gesetzt, an nichtchristlichen religiösen Zeremonien oder Gemeinschaftsereignissen teilzunehmen:** Alle Bewohner Nordkoreas müssen an den allgegenwärtigen Ritualen der Juche-Ideologie teilnehmen, einschließlich des Verbeugens vor Statuen auf dem Weg zur Arbeit oder zur Schule und des Lobpreises der Kim-Dynastie. Christen müssen an diesen (und den anderen nationalen Zeremonien) teilnehmen, um zu überleben.
- **Christen erfahren wegen ihres Glaubens Benachteiligungen im Bereich der Bildung:** Jeder, der mit einem Christen verwandt ist, hat eine „Songbun"-Einstufung, die ihn daran hindert, Zugang zu guten Schulen, der Armee oder der regierenden Arbeiterpartei zu bekommen. Enttarnte Christen haben keinen Zugang zu Ausbildungskursen jeglicher Art, da sie zwangsweise durch die Regierung von der Gesellschaft isoliert werden. Selbst Menschen, die nur christliche Vorfahren oder Verwandte haben, erfahren Benachteiligungen und Einschränkungen in ihrer Ausbildung, selbst wenn sie es auf die universitäre Ebene schaffen.
- **Christen werden wegen ihres Glaubens verhört oder dazu gezwungen, sich bei der Polizei zu melden:** Willkürliche Verhöre durch die Polizei oder den Geheimdienst sind in Nordkorea an der Tagesordnung. Jeder Nordkoreaner kann davon betroffen sein. Da aber eines der Ziele dieser Verhöre das Aufspüren von „christlichen Spionen" ist, stehen Christen besonders in der Gefahr, entdeckt zu werden. Zudem überwachen Bürger ihre Nachbarn und melden diese bei den Behörden, wenn sie etwas Verdächtiges entdecken.

Egal wo sie sind, Christen müssen vorsichtig sein, nicht nur zu Hause. Ähnliche Vorsicht ist am Arbeitsplatz und besonders in allen Selbstkritik-Sitzungen geboten, die sich Berichten zufolge intensiviert haben. Dies zeigt den zunehmenden Druck seitens des Staates, der sich verstärkt auf die Ideologie stützt.

Leben im Staat

- **Die Verfassung oder eine vergleichbare nationale Gesetzgebung schränkt die Religionsfreiheit gemäß Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte ein:** Artikel 68 der Verfassung von 1972 (überarbeitet im Jahr 1998) besagt, dass Bürger Nordkoreas „Religionsfreiheit“ haben. Weiter heißt es: „Dieses Recht wird dadurch gewährt, dass die Errichtung von religiösen Gebäuden genehmigt und das Abhalten von religiösen Zeremonien erlaubt wird.“ Aber „niemand darf die Religion als Vorwand nehmen, fremde Mächte herbeizuziehen oder dem Staat und der sozialen Ordnung zu schaden.“ Artikel 3 besagt: „Die Demokratische Volksrepublik Korea ist in ihren Aktivitäten von der Juche-Idee geleitet, eine auf die Menschen zentrierte Weltsicht, eine revolutionäre Ideologie zur Erreichung der Unabhängigkeit der Masse.“ Juche ist eine „unsterbliche“ Idee, begründet durch den Staatsgründer Kim Il Sung. Die Präambel der Verfassung unterstreicht Kim Il Sungs Position in der Nation, in dem sie besagt: „Der große Führer, Kamerad Kim Il Sung, ist die Sonne der Nation und der Leitstern der Wiedervereinigung des Vaterlandes. Kamerad Kim Il Sung hat die Wiedervereinigung des Landes als das oberste Ziel der Nation gesetzt und hat all seine Arbeit und seine Bemühungen im Dienst der Umsetzung dieses Ziels gewidmet. Die Demokratische Volksrepublik Korea und die gesamte koreanische Bevölkerung werden den großen Führer Kim Il Sung als den ewigen Präsidenten der Republik bewahren, seine Ideen und Taten verteidigen und fortführen, und die Juche-Revolution unter der Leitung der Koreanischen Arbeiterpartei vollenden.“
- **Medienberichte über Christen sind inkorrekt oder voreingenommen:** Die nordkoreanischen Staatsmedien strahlen viele anti-christliche Programme aus, in denen Christen oder Missionare als böse Spione, Terroristen und Verräter der Nation dargestellt werden. Missionarische Aktivitäten in der Volksrepublik werden fortwährend als „terroristische Akte“ bezeichnet. Zudem werden Christen als Verbündete der USA und Südkoreas dargestellt.
- **Christen, Kirchen oder christliche Organisationen werden daran gehindert, öffentlich religiöse Symbole zu zeigen:** Christliche Symbole oder christliche Literatur zu zeigen, selbst im Zuhause, ist in Nordkorea höchstgefährlich. Wenn dies entdeckt wird, werden Christen willkürlich verhaftet, eingesperrt und/oder hingerichtet. Ein christliches Symbol in der Öffentlichkeit zu zeigen, kann als ein Versuch des Umsturzes gesehen werden und zieht so die schwersten Strafen nach sich.
- **Angeklagten Christen wird ein fairer Prozess verweigert:** Die meisten Christen treten niemals in einem Gerichtsprozess auf, da sie schlicht willkürlich verhaftet und ohne Gerichtsverfahren bestraft werden. Aber selbst wenn es hin und wieder Prozesse gibt, gibt es doch keine fairen Verhandlungen, da die Gerichte nur dazu da sind, den Willen der Partei – oder genauer des Führers – durchzusetzen und zu rechtfertigen. Selbst ausländischen Christen, die vor Gericht standen, wurde ein ordentliches Gerichtsverfahren verweigert.

Alles ist in Nordkorea auf die Juche-Ideologie und den Kimilsungismus/Kimjongilismus ausgerichtet. Folglich bringt es der Bereich „Leben im Staat“ auf die höchstmögliche Punktzahl. Nordkoreanische Polizeibeamte machen regelrecht Jagd auf Bürger, die sich während ihres Aufenthalts in China zum christlichen Glauben bekehrt haben oder christliche Literatur nach Nordkorea zu schmuggeln versuchen. Jeder ertappte und zurück nach Nordkorea gebrachte Flüchtling muss viele Fragen beantworten. Auch Fragen wie „Hast du in China Christen getroffen?“ und „Hast du in China eine Kirche besucht?“ gehören allen vorliegenden Berichten zufolge dazu. Im Bericht des US-Außenministeriums zur Religionsfreiheit 2018 wird das Koreanische Wiedervereinigungsinstitut zitiert: „Die Bürger werden

mindestens zweimal jährlich von den Behörden über Methoden aufgeklärt, wie sie Menschen aufspüren und identifizieren können, die den christlichen Glauben verbreiten."

Kirchliches Leben

- **Kirchliche Aktivitäten werden überwacht, ver- bzw. behindert oder gestört:** Alle kirchlichen Aktivitäten sind in Nordkorea illegal, außer die Gottesdienste in den offiziellen Kirchen in Pjöngjang, die als „Beweis" für die Religionsfreiheit des Landes dienen. Es gab viele Fälle in Nordkorea, bei denen Untergrundkirchen entdeckt und in der Folge mehrere Christen in Arbeitslager gebracht oder hingerichtet wurden. Aus Sicherheitsgründen können keine detaillierteren Angaben gemacht werden.
- **Pastoren oder andere christliche Leiter (oder ihre Familienmitglieder) erleben wegen ihres Glaubens Schikane:** Das Regime ist besonders daran interessiert, die Leiter der Untergrundkirchen aufzuspüren. Wenn ein christlicher Leiter gefasst wird, kann in den meisten Fällen ein ganzes Netzwerk von Christen aufgespürt und diese Kirche zerstört werden. Selbst wenn die Leiter Sicherheitsvorkehrungen treffen (wie beispielsweise die Namen und Adressen nicht zu notieren), sind die Behörden sehr geschickt darin, diese Informationen zu erlangen.
- **Kirchen werden daran gehindert, christliche Materialien zu importieren:** Touristen aus dem Ausland werden kontrolliert, um sicherzustellen, dass sie nur eine Bibel für den persönlichen Gebrauch mitbringen und diese auch nicht in Nordkorea zurücklassen. Daneben sind Bibeln und christliche Materialien verbotene Gegenstände, und ihre Einfuhr sowie ihre bloße Existenz (außerhalb der offiziellen Kirchen in Pjöngjang) ist verboten. Da es unmöglich ist, christliche Materialien in Nordkorea herzustellen, schätzen Christen Bibeln, Gesangsbücher und andere christliche Materialien immens, die vor der Gründung Nordkoreas veröffentlicht wurden.
- **Kirchen werden an dem Austausch mit der globalen Kirche gehindert:** Nordkoreanern ist es nicht erlaubt, das Land ohne die Erlaubnis der Regierung zu verlassen, und eine solche Erlaubnis zu bekommen ist für normale Menschen sehr schwierig. Um eine solche Genehmigung zu erhalten, müssen strikte Überprüfungen des Reisegrundes, des Familienhintergrundes, des persönlichen „Songbun" und vielem mehr erfolgen, was bedeutet, dass Christen nicht einmal davon träumen können, andere Christen im Ausland zu treffen oder an Konferenzen teilzunehmen. Ausländische Christen, die nach Nordkorea reisen, können sich ebenfalls nicht mit einheimischen Christen treffen, da Touristen streng überwacht werden. Berichte über südkoreanische Kirchenleiter, die sich mit ihren nordkoreanischen Kollegen getroffen haben sollen, zeigen, dass man nicht allen Details, die aus Nordkorea kommen, vertrauen kann. Die offizielle nordkoreanische Kirche – falls eine solche überhaupt existiert – kann kaum stellvertretend für alle Christen in Nordkorea angesehen werden. Viele Beobachter halten solche Besuche für reinen Schwindel. Berichte, wonach der orthodoxe Patriarch von Moskau plant, Nordkorea und die orthodoxe Kathedrale der Heiligen Dreifaltigkeit in Pjöngjang zu besuchen, müssen ebenfalls mit Vorsicht gesehen werden: Falls der Besuch stattfindet, wird er in einem hohen Maße inszeniert sein, und jedes Treffen mit orthodoxen oder anderen Christen – wenn überhaupt – wird sorgfältig vom Regime arrangiert sein.

Nicht-offizielle Kirchen können in sichtbarer Form nicht existieren. Es gibt vier unter der Kontrolle der Regierung stehende Kirchengebäude (ein katholisches, zwei protestantische und ein russisch-orthodoxes), die jedoch nur dafür da sind, internationalen Gästen vorzugaukeln, dass es Religionsfreiheit gibt. Sie funktionieren nicht als wirkliche christliche Gemeinden im Sinne des Wortes, da sie sich nur innerhalb der von der Regierung gesteckten Grenzen bewegen dürfen. Dasselbe gilt für

die legale Ausbildung von Kirchenleitern: Berichte aus dem Jahr 2012 deuten auf eine Art theologisches Seminar in Pjöngjang hin, doch Kirchen dürfen ihre Leiter nicht frei ausbilden. Kirchliche Angebote für Jugendliche sind generell verboten.

Auftreten von Gewalt

Die Verfolgung in Nordkorea bleibt gewalttätig. Es gibt gegen Christen gerichtete Razzien und Tötungen, doch aus Sicherheitsgründen können dazu keine Details veröffentlicht werden. Es muss zudem bedacht werden, wie schwierig es ist, Berichte aus den Arbeitslagern zu erhalten.

7. Verfolgungssituation für Männer und Frauen

Werden Christen in Nordkorea entdeckt, werden sie meistens inhaftiert, verhört, gefoltert und viele schließlich getötet. Männer und Frauen werden dabei nicht unterschiedlich behandelt. Doch Frauen, die über die Grenze nach China flohen, wurden oft missbraucht und zwangsverheiratet. Da diese Frauen von den chinesischen Behörden nach wie vor als illegale Einwanderinnen angesehen werden, werden sie zurückgeschickt, falls man sie erwischt. Frauen fliehen häufiger als Männer und mehr Frauen nehmen in China den Glauben an Jesus Christus an. Wenn bei diesen Frauen nach ihrer Rückkehr nach Nordkorea eine Schwangerschaft festgestellt wird, werden sie Berichten zufolge mit brutalsten Methoden zur Abtreibung gezwungen. Das betrifft sowohl christliche als auch nichtchristliche Frauen. Der Strom von Flüchtlingen hat jedoch in den letzten Jahren nachgelassen, da die Grenze auf beiden Seiten strenger kontrolliert wird und sich die Ernährungslage in Nordkorea verbessert hat.

Human Rights Watch hat im Oktober 2018 einen Bericht mit dem Titel „Sexuelle Gewalt gegen Frauen durch Funktionäre“ veröffentlicht. Obwohl es darin nicht um eine mögliche Religionszugehörigkeit geht, wird darin der weitverbreitete (sexuelle) Missbrauch von Frauen in der nordkoreanischen Gesellschaft betont und aufgezeigt, dass die Ansicht, Frauen seien weniger wert, in der koreanischen Kultur tief verwurzelt ist.

Wie Frauen Verfolgung erfahren:

- Wirtschaftliche Schikane im Berufs-/Geschäftsleben
- Verhaftung durch die Behörden
- Freiheitsstrafen
- Menschenhandel
- Sexuelle Gewalt
- Verbale Gewalt

Open Doors schätzt, dass bis zu 30 Prozent der nordkoreanischen Christen wegen ihres Glaubens in Arbeitslagern interniert sind, in denen weibliche Kriminelle und Gefangene unter sexueller Gewalt im Verlauf der Verhöre und des Gefängnislebens leiden. Berichte weisen darauf hin, dass Vergewaltigungen eine tägliche Erscheinung in den Konzentrationslagern Nordkoreas sind. Sowohl Human Rights Watch als auch das US-Außenministerium berichten jeweils, dass Vergewaltigungen und andere sexuelle Gewalt sowie Folter in den Gefängnissen der Frauen vorkommen und dass die Wärter dafür bekannt sind, weibliche Gefangene sexuell zu missbrauchen und auszunutzen. Diese sexuelle Ausbeutung wird durch eine Gesellschaft ermöglicht, die kulturell patriarchal aufgebaut ist; Frauen werden vergleichsweise schlecht behandelt und gelten als den Männern untergeordnet. Obwohl nur

wenige Informationen aus Nordkorea nach außen dringen, dokumentiert ein Bericht von Human Rights Watch das Ausmaß, in dem Vergewaltigungen und sexueller Missbrauch die Regel sind. Im Gesetz zum Schutze von Frauen und dem Familienrecht liegt der Fokus eher auf Wiedergutmachung als auf der strafrechtlichen Verfolgung von Tätern geschlechtsspezifischer Gewalt gegen Frauen; die Gesetze bieten keinen Opferschutz und keine unterstützenden Maßnahmen und beinhalten keine Haftbarkeit der Täter, was letztlich Straffreiheit für den Einsatz von häuslicher und sexueller Gewalt als ein Mittel religiöser Verfolgung schafft. Darüber hinaus gilt seit 2014 die Wehrpflicht für Frauen. Die Armee ist berüchtigt für ihre Kontrolle und lehnt sämtliche Religionsausübung ab; aber die Dauer des Militärdienstes ist kürzer als bei den Männern (ungefähr fünf Jahre).

Im harten Leben Nordkoreas, wo schätzungsweise 28 Prozent der schwangeren und stillenden Frauen als unterernährt gelten, gewinnen die Frauen zunehmend ökonomischen Einfluss in den Haushalten durch ihre Arbeit auf den Märkten. Dies trägt zum einen zu einem besseren Status der Frauen bei, schafft aber gleichzeitig neuen Druck für Frauen, die ihr Geschäft durch eine staatliche Razzia verlieren könnten.

Zudem sind viele Nordkoreanerinnen, die nach China geflohen sind, Opfer von Menschenhandel geworden. Durch die Verbesserung der chinesisch-nordkoreanischen Beziehungen wurde die Zusammenarbeit zwischen dem nordkoreanischen Geheimdienst und der chinesischen Polizei gestärkt. Als Ergebnis hat die Zahl der nach Nordkorea abgeschobenen Nordkoreanerinnen aus China zugenommen, und oft sind die Betroffenen Frauen aus Nordkorea, die im Kontakt mit Christen standen und versuchten, über China nach Südkorea zu entkommen. Geflüchtete leiden unter der Angst vor einer erzwungenen Rückführung und den verbundenen Problemen – ein fortwährender Kreislauf von Gewalt und Schikane durch Chinesen, die sie kaufen, und wiederholtem Menschenhandel.

Wie Männer Verfolgung erfahren:

- Diskriminierung/Schikane im Bildungsbereich
- Wirtschaftliche Schikane im Berufs-/Geschäftsleben
- Verhaftung durch die Behörden
- Zwangsrekrutierung zum Militärdienst
- Körperliche Gewalt

Nordkoreas Kontrolle über die Bevölkerung richtet sich größtenteils gegen den männlichen Haushaltsvorstand. Alle männlichen Erwachsenen bekommen von der Regierung zugeteilte Arbeitsplätze. Sie müssen ihre Anwesenheit bei der Arbeit melden und können sie nicht für private Angelegenheiten unterbrechen, da die Arbeitszuteilung ein System der Regierung ist, die kontrolliert wird. Auch die Verteilung von nationalen Lebensmittelrationen basiert auf dem männlichen Anteil eines Haushalts. Wegen dieses Systems sind die Hauptakteure auf dem Markt zumeist Frauen. Nordkoreas patriarchisches System unterdrückt die Freiheit der Männer.

Der verpflichtende 10-jährige Militärdienst (für männliche Jugendliche ab 17) bringt jedes Mal die Frage mit sich, ob jemand Verbindungen zum christlichen Glauben in seiner Familienhistorie habe. Wenn so eine Verbindung gefunden wird, werden die bevorzugten Arten des Militärdienstes dem Betroffenen vorenthalten.

Ein Aufstieg (gute Schule, bevorzugter Militärdienst, prestigeträchtige Arbeit, Parteimitgliedschaft) wird Männern mit christlichen Verbindungen in ihrem Familienstammbaum vorenthalten.

8. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Auch wenn die Huldigung der nordkoreanischen Herrscher theoretisch keinen Raum für andere Religionen zulässt, soll es Anhänger des Buddhismus und Konfuzianismus im Land geben. Doch diese Religionen gehören zum kulturellen Denken und werden meist privat ausgelebt, sodass sie keine Aufmerksamkeit der Behörden auf sich ziehen.

„Abergläubische Aktivitäten“ (was letztlich „Wahrsagerei“ meint) ist offiziell verboten. Doch selbst Mitglieder der Partei frönen dieser Praxis, um zum Beispiel ihre Karriere voranzutreiben.

Es gab zudem Berichte über die Verfolgung der Falun-Gong-Bewegung in Nordkorea. Dies entspricht nicht nur der antireligiösen Ideologie des Regimes, sondern hat auch den Nebeneffekt, China zufriedenzustellen, welches ebenfalls diese Bewegung hart verfolgt.

9. Der Ausblick für Christen

Kommunistische Unterdrückung in Verbindung mit Diktatorischer Paranoia

Die Verfolgung, die von diesen Triebkräften ausgeht, wird durch die wachsende Ideologie der Selbstständigkeit und des Selbstbewusstseins angefacht, jetzt, wo das Regime den (inoffiziellen) Status eine Atommacht zu sein, erlangt hat. Kim Jong Un konnte seine Herrschaft im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2019 und Weltverfolgungsindex 2020 weiter stärken und ihm gelang, was keinem seiner Vorfahren möglich war: ein Treffen mit einem amtierenden US-Präsidenten. Ob und wie sich die Beziehungen zwischen der Volksrepublik Korea und den USA entwickeln, muss sich zeigen. Enttäuschungen sind absehbar, da jetzt die Details weiterverhandelt werden müssen. Nordkorea sieht den Zustand der Menschenrechte als interne Angelegenheit und könnte dieses Thema sogar nutzen, um weitere Verhandlungen jederzeit zu beenden, sollten sich diese nicht so entwickeln, wie Pjöngjang es sich wünscht. In jedem Fall sind spürbare Verbesserungen für die Christen im Land nicht zu erwarten. Im Gegenteil: China schickt weiterhin jeden Nordkoreaner, dem es gelingt, sich nach China abzusetzen, sofort wieder zurück, ungeachtet der Tatsache, dass China das UN-Flüchtlingsabkommen unterzeichnet hat und es ohne weiteres möglich wäre, alle Überläufer mit minimalen Kosten und Mühen nach Südkorea zu schicken.

zurück zur Länderübersicht

Afghanistan: Platz 2

Zusammenfassung

Alle afghanischen Christen sind Konvertiten aus dem Islam und können ihren Glauben nicht offen leben. Den Islam zu verlassen, wird als Schande angesehen. Wenn ihr Glaubenswechsel entdeckt wird, müssen Christen muslimischer Herkunft mit schlimmsten Konsequenzen rechnen: Sie müssen entweder aus dem Land fliehen oder sie werden getötet. Ihre Familien, ihr Clan oder Stamm müssen sie loswerden, um ihre eigene „Ehre“ zu retten. Weder extremistische Milizen noch die eigene (Groß-)Familie zeigen in dieser Hinsicht Gnade. Konvertiten werden als geisteskrank betrachtet, da sie den Islam verlassen haben. Sie können in eine psychiatrische Klinik zwangseingewiesen und ihre Häuser zerstört werden.

Beispiele aus dem aktuellen Berichtszeitraum

Es gibt Berichte von einigen Christen, die im Berichtszeitraum getötet wurden, aber aus Sicherheitsgründen können keine Einzelheiten veröffentlicht werden.

Jegliche sichtbaren Äußerungen ihres Glaubenslebens bringen Christen in Gefahr. Da alle Veränderungen, die die Religion betreffen, beobachtet und weitergegeben werden, bedeutet dies oft, dass Konvertiten umziehen müssen, weil der Druck durch die Nachbarschaft und der Einfluss der Taliban und des sogenannten „Islamischen Staates“ (IS) groß sind. Sich auch nur mit anderen Religionen zu beschäftigen oder den Islam möglicherweise verlassen zu haben, kann mit dem Tod bestraft werden – dies hängt von der Familie ab. Christen werden nur Arbeit finden, solange man sie für afghanische Muslime hält. Sobald entdeckt wird, dass sie sich auch nur mit dem christlichen Glauben befassen, etwa indem sie sich im Internet darüber informieren, wird sofort gehandelt, indem man sie indoktriniert, bis sie (und ihre Kontaktpersonen) sich fügen. Das kann Folter einschließen.

---

1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit 93 Punkten belegt Afghanistan im Weltverfolgungsindex 2020 erneut Platz 2, fiel aber um einen Punkt gegenüber dem Vorjahr, was auf einen Rückgang des Wertes für „Auftreten von Gewalt“ zurückzuführen ist.

Im aktuellen Berichtszeitraum erlitten Christen in Afghanistan ein ebenso extremes Maß an Verfolgung wie in Nordkorea. In der Wertung unterscheiden sich die beiden Länder lediglich durch eine etwas niedrigere Punktzahl Afghanistans in Bezug auf das Auftreten von Gewalt. Nichtsdestoweniger spiegelt die sehr hohe Punktzahl für Auftreten von Gewalt eine weitere Zunahme der Aktivitäten aufständischer Gruppen wider. Der „Islamische Staat“ (IS) ist als weitere gewaltbereite islamische Miliz in Afghanistan neben den Taliban auf den Plan getreten, letztere kontrollieren auch einen immer größeren Teil des Staatsgebiets. Ein weiterer Grund für die hohe Punktzahl liegt darin, dass (während mindestens der Hälfte des Berichtszeitraums) die Vorbereitungen für die Präsidentschaftswahlen im September 2019 Anlass zu zahlreichen Angriffen gaben. Gleichzeitig verdeutlicht der leichte Rückgang

der Gewaltpunktzahl im Vergleich zum Vorjahr, dass es schwieriger geworden ist, detaillierte Berichte aus aufständischen Gebieten zu erhalten – es bedeutet nicht unbedingt, dass weniger Gewalt gegen Christen stattgefunden hat.

2. Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung

Weder erlaubt die Islamische Republik Afghanistan afghanischen Staatsbürgern, Christen zu werden, noch erkennt sie Konvertiten als solche an. Wechselt jemand seine Religion, wird das als Abfall vom Glauben betrachtet, der Schande über die Familie und die islamische Gemeinschaft bringt. Aus diesem Grund verbergen Konvertiten ihren neugefundenen Glauben so weit wie möglich. Die Taliban und der IS haben ihre Herrschaft über Teile des Landes ausgeweitet. Gemäß einem Bericht vom Juni 2018 des US-Generalinspektors für den Wiederaufbau Afghanistans werden von den 407 Bezirken des Landes 178 Bezirke in 12 Provinzen entweder von den Taliban beherrscht (59 Bezirke) oder beeinflusst (119). Ihr Einfluss nimmt also weiter zu, wie auch die hohe Zahl von Anschlägen und Gefechten mit Regierungstruppen im Kampf um die Vorherrschaft in verschiedenen Provinzen zeigt.

Die neue Führung der Taliban, die noch mehr zu extremistischen religiösen Ansichten neigt, hat die Anstrengungen erhöht, Gebiete unter ihre Kontrolle zu bringen. Auch die extreme Gewalt, die durch mit dem IS verbundene Gruppen („Islamischer Staat in der Provinz Khorasan“ = ISKP) verübt wurde, hat dazu geführt, dass die Zahl der vertriebenen oder bei Anschlägen getöteten Menschen sich sogar noch erhöht hat.

Alle afghanischen Christen sind Konvertiten mit muslimischem Hintergrund. Wenn sie entdeckt werden, drohen ihnen seitens ihrer Familie, Freunde und der Gesellschaft Diskriminierung und Feindseligkeit bis hin zur Ermordung. Höchstwahrscheinlich werden islamische Führungspersönlichkeiten wie Imame die Anstifter sein, und auch die lokalen Behörden können darin verwickelt sein. Laut einer Umfrage, die im November 2017 veröffentlicht wurde, haben die Bürger Afghanistans das stärkste Vertrauen in ihre religiösen Führer und in die Medien – weit stärker als ihr Vertrauen in Politiker. Mehr als 60 Prozent der Befragten sprachen sich dafür aus, dass religiöse Leiter eine größere Rolle in der Politik spielen sollten. In den südwestlichen und östlichen Teilen des Landes betrug der Anteil sogar 75 Prozent.

Ethnisch oder traditionell begründete Anfeindungen

Der Begriff „Nation“ ist der afghanischen Denkweise fremd. Zuerst kommt die eigene Familie, dann der Clan und dann der Stamm – und all diese sind viel wichtiger als das Land. Die Menschen sind tief darin verwurzelt, sich um ihre Familien, Dörfer und Stämme zu kümmern. Wagt es jemand, sich von seinem Stamm abzuwenden, um etwas Neues und vielleicht sogar Ausländisches anzunehmen, wird großer Druck ausgeübt, um die betreffende Person dazu zu bringen, wieder zu den traditionellen Normen zurückzukehren. Weigert sie sich, wird die Person als Verräter der Gemeinschaft betrachtet und folglich ausgeschlossen. Das trifft auf alle „Abweichungen“ zu, doch ganz besonders, wenn jemand den christlichen Glauben annimmt. Die christliche Religion wird in Afghanistan als westlich betrachtet sowie als feindlich gegenüber der einheimischen Kultur und Gesellschaft und dem Islam. Den Islam zu verlassen, gilt als Verrat. Wie der Länderbericht 2018 der US-Kommission zur internationalen Religionsfreiheit (USCIRF) festhält „blieben die muslimischen Einwohner Entwicklungshilfeprojekten

gegenüber argwöhnisch und betrachteten sie oft als heimliche Bemühungen, den christlichen Glauben auszubreiten oder zu missionieren“.

Organisiertes Verbrechen und Korruption

Der Mangel an Exportgütern hat zu einer großen Schieflage in der Handelsbilanz geführt, was das Land in andauernde finanzielle Not gebracht hat. Erstaunliche 80 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) stammen aus der Schattenwirtschaft. Korruption und Kriminalität sind allgegenwärtig. Davon sind auch Christen betroffen, da sie der einkommensschwachen Bevölkerungsmehrheit angehören. Eines der großen wirtschaftlichen Probleme Afghanistans besteht darin, dass der Anbau von Mohn zur Herstellung illegaler Drogen wie Opium viel lukrativer ist als der Anbau praktisch jeder anderen Kulturpflanze. Näheres dazu findet sich in dem im November 2018 veröffentlichten Bericht „A Drop from Peak Opium Cultivation“ der Vereinten Nationen. Die Taliban sind stark in die Drogenproduktion verwickelt; Schätzungen zufolge landen 70-80 Prozent aller Gewinne aus dem Drogenhandel in ihren Taschen. Die Einkünfte aus dem Mohnanbau finanzieren nicht nur bewaffnete Milizen, sondern heizen auch die Korruption an. Die 2018 durchgeführte Opium-Studie des Büros der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC), die im Juli 2019 veröffentlicht wurde, zeigt folgendes auf: 1. Opium wird neben legalen Nutzpflanzen zunehmend auf dem freien Markt angeboten. 2. Opium wird zu viel höheren Preisen verkauft als jede andere Kulturpflanze und Alternativen sind schwer zu finden. Jeder, der den Drogenbossen im Weg steht, wird einfach aus dem Weg geräumt; eine Praxis, die sich verstärkt hat.

3. Verfolger

Ausgehend von Islamischer Unterdrückung

- **Regierungsbeamte und politische Parteien:** Da Afghanistan laut Verfassung ein islamischer Staat ist, werden alle anderen Religionen als dem Land fremd angesehen und folglich stehen Regierungsbeamte allen Anzeichen des christlichen Glaubens feindlich gegenüber.
- **Anführer ethnischer Gruppen, islamische Leiter und gewalttätige religiöse Gruppen:** Ethnische und religiöse Leiter haben mehr Einfluss und Entscheidungsmacht als Regierungsbeamte. Der sich fortsetzende Aufstand der Taliban und inzwischen auch des IS verstärken den Druck auf die Christen, die sich ohnehin verstecken müssen. Wird ihr Glaube entdeckt, müssen sie fast immer mit dem Tod rechnen.
- **Familien:** Für die meisten Familien stellt ein Glaubenswechsel eine große Schande dar, und die Familienmitglieder werden alles in ihrer Macht Stehende tun, um den Konvertiten zum Islam zurückzubringen oder für die Schande büßen zu lassen.
- **Gewöhnliche Bürger:** Was für Familien gilt, kann auch über das erweiterte Umfeld (Nachbarn und Freunde) gesagt werden. Das Verlassen des Islam wird als Ablehnung der afghanischen Kultur und Gesellschaft angesehen und muss aufgehalten werden.

Ausgehend von ethnisch oder traditionell begründeten Anfeindungen

- **Regierungsbeamte und politische Parteien:** Da Afghanistan in erster Linie nach ethnischen Grundsätzen ausgerichtet ist, hat die Zugehörigkeit zu einer Volksgruppe und einem Stamm oberste Priorität und muss bewahrt und verteidigt werden.

- **Anführer ethnischer Gruppen, islamische Leiter und gewalttätige religiöse Gruppen:** Ein afghanischer Bürger wird durch die Zugehörigkeit zu seinem Volk und damit einhergehend häufig von religiöser Zugehörigkeit definiert. Dementsprechend haben Anführer ethnischer Gruppen einen starken Einfluss auf das Volk. Die gleichen Kräfte, die zu „Islamischer Unterdrückung" führen, sind auch hier aktiv.
- **Gewöhnliche Bürger und die eigene (Groß-)Familie:** Wenn jemand sein soziales Umfeld verlässt, beispielsweise indem er seine Religion wechselt und den christlichen Glauben annimmt, gilt er als Abtrünniger, der zurückgebracht werden muss. Gerade diejenigen Verfolger, die bereits in Bezug auf Islamische Unterdrückung genannt wurden, sind auch durch diese Triebkraft motiviert – denn in der afghanischen Kultur werden ethnische und religiöse Identität als ein und dasselbe betrachtet.

Ausgehend von Organisiertem Verbrechen und Korruption

- **Regierungsbeamte:** Die Regierung ist geschwächt, und die Beamten, insbesondere auf lokaler Ebene, tun alles, um die (begrenzte) Macht und Autorität, die sie besitzen, auszubauen. Wenn Christen enttarnt werden oder sich unrechtmäßigen Bräuchen entgegensetzen, befinden sie sich in einer unsicheren Position, in der sie nicht geschützt werden. Sie können sogar als lukrative Geisel genommen werden. Viele Regierungsbeamte profitieren davon, Schmiergeld dafür zu erhalten, dass sie wegsehen.
- **Gewalttätige religiöse Gruppen:** Es ist eine bekannte Tatsache, dass der Opiumanbau und -handel in der südlichen Provinz Kandahar, einer Hochburg der Taliban, besonders intensiv ist. Die Einnahmen aus dem Drogenhandel sind eine wichtige Quelle zur Finanzierung der Aufstände und jeder, der als Gefahr für dieses Geschäft angesehen wird (oder auch nur im Weg ist), wird mit allen notwendigen Mitteln verdrängt.
- **Kartelle oder Netzwerke des organisierten Verbrechens:** Die Drogenbosse – egal welcher Zugehörigkeit – schützen ihre Geschäfts- und Transportwege um jeden Preis. Selbst Christen, die ihren Glauben vor der Gesellschaft verbergen so gut es geht, werden keinen Schutz vor ihnen haben, wenn sie entdeckt werden.

4. Regionale Brennpunkte der Verfolgung

Nach Einschätzung der Unterstützungsmission der Vereinten Nationen in Afghanistan (UNAMA) und des Inspektors für den Wiederaufbau Afghanistans (SIGAR) befindet sich etwa die Hälfte des afghanischen Territoriums entweder in den Händen aufständischer Gruppen oder wird von ihnen umkämpft. Angesichts der aktuellen Entwicklung dahingehend, dass ausländische Truppen Afghanistan verlassen und einheimisches Sicherheitspersonal ausgebildet wird, besteht wenig Hoffnung, dass sich diese Verhältnisse kurzfristig verbessern werden. Ein Brennpunkt, der besonders hervorzuheben ist, liegt in der Provinz Ghazni. Dort waren die Kämpfe so erbittert, dass die Parlamentswahlen von 2018 nicht durchgeführt werden konnten. (Nichtsdestotrotz fanden dort die Präsidentschaftswahlen 2019 statt.)

5. Betroffene Christen

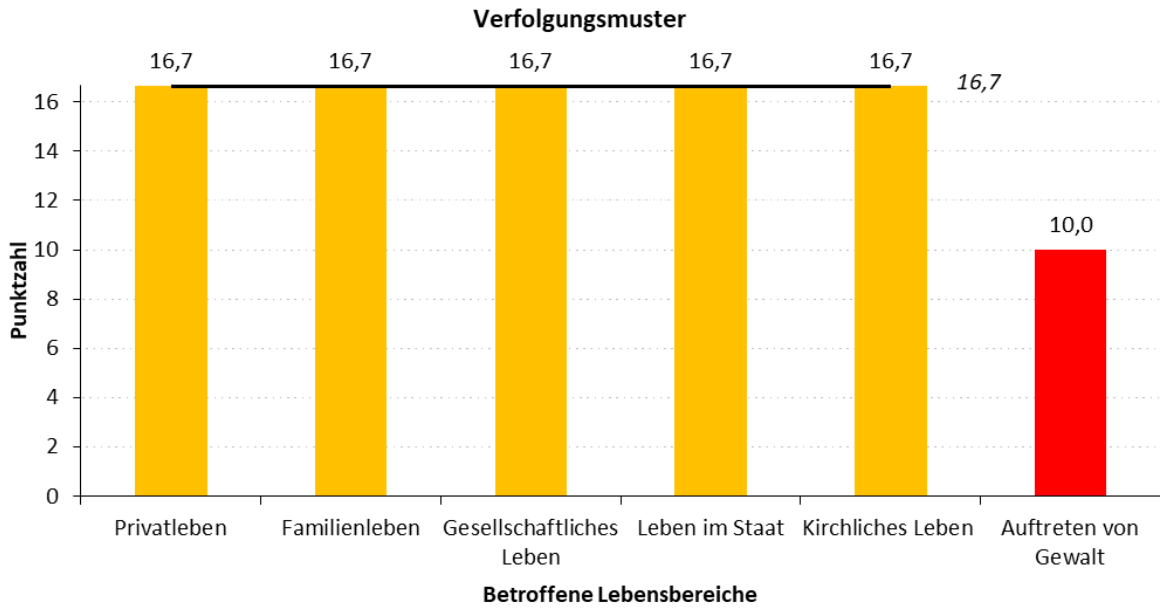
Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

Diese Christen werden für den Weltverfolgungsindex 2020 nicht berücksichtigt, da sie so wenige sind und so geschützt und isoliert leben, dass sie von der Situation im Land kaum beeinflusst werden.

Christen muslimischer Herkunft (Konvertiten)

Christen muslimischer Herkunft versuchen ihr Äußerstes, um nicht von Familie, Freunden, Nachbarn oder der Gesellschaft erkannt zu werden. Je nach Familie müssen sie sogar um ihr Leben fürchten. Es ist für sie nicht möglich, offen als Christen zu leben. Bereits der bloße Verdacht, jemand könnte Christ sein, führt zu ernsthafter Verfolgung.

6. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Afghanistan

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Die Wertung für den Druck auf Christen in Afghanistan beträgt weiterhin die Maximalpunktzahl von 16,7 in allen Lebensbereichen. Dies spiegelt die Tatsache wider, dass es in Afghanistan unmöglich ist, offen als Christ zu leben. Das Land wird immer mehr von islamischen Extremisten herausgefordert, wobei die Taliban immer mehr Gebiete kontrollieren oder um deren Kontrolle kämpfen und der IS Minderheiten ins Visier nimmt.
- Während Druck in den Bereichen „Privatleben“, „Familienleben“ und „Gesellschaftliches Leben“ typisch für ein streng islamisches Land ist, weist der Druck in den Bereichen „Leben im Staat“ und „Kirchliches Leben“ auf eine Regierung hin, die islamische Gesetze streng

interpretiert (trotz aller Versprechen gegenüber internationalen Gremien, Menschenrechte zu schützen), und darauf, dass Afghanistan weiterhin in Stammesgesellschaften organisiert ist.

- Der Wert für „Auftreten von Gewalt“ sank von 10,6 im Vorjahr auf 10,0 Punkte im Weltverfolgungsindex 2020. Dieser Rückgang ist darauf zurückzuführen, dass das Melden von Vorfällen aufgrund der instabilen Sicherheitssituation erschwert wurde. Das Ausmaß der Gewalt gegen Christen bleibt sehr hoch, und die Maßnahmen, die gegen Konvertiten zum christlichen Glauben ergriffen werden, hängen von der betreffenden Familie ab.

Zu jedem der Lebensbereiche sind im Folgenden jeweils ausgewählte Teilaspekte genannt, die im betreffenden Lebensbereich für die Christen zu den gravierendsten Schwierigkeiten gehören.

Privatleben

- **Die Hinwendung zum christlichen Glauben wird stark abgelehnt, verboten oder auch bestraft. Afghanistan ist eine islamische Nation:** Jegliche Abweichung vom Islam ist durch Gesetz und Tradition verboten und jeder Glaubenswechsel strafbar. Sowohl die Regierung als auch der durchschnittliche Bürger meinen, Afghanen könnten keine Christen sein, und es sei ungesetzlich, einen anderen als den muslimischen Glauben zu haben. Die Regierung hat jedoch festgestellt, dass die offene Bestrafung von Christen muslimischer Herkunft zu unerwünschter internationaler Aufmerksamkeit und diplomatischen Problemen führt. Aus diesem Grund wird mit ihnen „unverzüglich und stillschweigend“ umgegangen, wie ein Experte für das Land berichtet.
- **Es ist gefährlich, christliches Material zu besitzen oder aufzubewahren:** Jegliches christliche Material erregt Aufmerksamkeit. Christen bemühen sich darum, so wenig christliches Material wie möglich in ihren Häusern oder in ihrem Privatbesitz aufzubewahren, da immer die Gefahr von Durchsuchungen besteht, insbesondere in den von den Taliban regierten Regionen. Materialien werden nur unter größter Vorsicht über mobile Endgeräte oder im Internet (das nicht in allen Regionen verfügbar ist) genutzt.
- **Es ist für Christen riskant, christliche Bilder oder Symbole zu zeigen:** Niemand in Afghanistan würde Symbole oder andere Zeichen des christlichen Glaubens offen zeigen, da dies einen öffentlichen Aufschrei und schwerwiegende Konsequenzen nach sich ziehen würde. Sogar die wenigen ausländischen Christen in Kabul (die für die Analyse nicht berücksichtigt werden) vermeiden es, einen Hinweis auf ihren christlichen Glauben zu geben, und verdeutlichen so den Grad des Druckes.
- **Es ist für Christen riskant, mit ihrer direkten Familie über den christlichen Glauben zu sprechen:** Christen muslimischer Herkunft müssen sehr vorsichtig sein. Schon der Verdacht, jemand könnte sich einem anderen Glauben zugewandt haben, kann ernste Folgen wie Verhaftung und Zerstörung der Wohnung haben. Oft verheimlichen Eltern ihren Glauben vor ihren eigenen Kindern. Weil Christen muslimischer Herkunft nie wissen können, welche Mitglieder ihres Clans vom IS oder den Taliban rekrutiert wurden, sind sie äußerst vorsichtig, wem sie in Bezug auf ihren Glauben vertrauen. Die soziale Kontrolle ist hoch, sodass es sehr schwierig ist, den neuen Glauben langfristig zu verheimlichen. Das gilt besonders für Familien mit Kindern. Zudem befinden sich Christen muslimischer Herkunft in einer Zwickmühle, weil sie ihre Kinder nicht auf eine Medresse (Koranschule) schicken wollen, ihnen aber auch nichts von ihrem neuen Glauben erzählen können, da es einfach viel zu gefährlich ist.

Angesichts des hohen Drucks, mit dem Christen muslimischer Herkunft in Afghanistan konfrontiert sind, ist die Schwierigkeit, sich zu treffen, offensichtlich. Sie müssen äußerste Vorsicht walten lassen, wenn sie christliches Radio oder Programme im Internet hören, insbesondere da es sehr wenig Privatsphäre gibt (was in der afghanischen Kultur nicht unüblich ist). Für sich allein zu beten und Bibel zu lesen, ist nur möglich, wenn sie sich sicher sind, allein zu sein. Selbst in Städten, in denen sich in den vergangenen Jahren eine gewisse Offenheit entwickelt hat, haben Christen muslimischer Herkunft kaum Freiheiten.

Familienleben

- **Kinder von Christen muslimischer Herkunft werden automatisch unter der Mehrheitsreligion registriert.** Man kann sich nur mit islamischer Religionszugehörigkeit registrieren lassen. Jeder Bürger wird folglich als Muslim registriert. Alles andere wäre inakzeptabel und undenkbar.
- **Eltern werden daran gehindert, ihre Kinder gemäß ihrem christlichen Glauben aufzuziehen:** Eltern, die ihre Kinder im christlichen Glauben erziehen, riskieren Entlarvung. Wird festgestellt, dass diese Kinder eine andere Meinung als die Mehrheit haben und diese offen und unbedarft äußern, muss die christliche Familie die Heimat zu ihrer eigenen Sicherheit verlassen. Es stellt sich für die Eltern die Frage, ob sie dies riskieren wollen.
- **Ehepartner von Christen muslimischer Herkunft werden (erfolgreich oder nicht erfolgreich) von anderen unter Druck gesetzt, sich scheiden zu lassen:** Es wird Druck auf die Ehepartner ausgeübt, sich scheiden oder eine Ehe mit einem christlichen Ehepartner annullieren zu lassen. Dem stärksten Druck sind Frauen ausgesetzt, deren Ehemänner sich zum christlichen Glauben hingewandt haben. Ihre Eltern werden versuchen, eine Scheidung durchzusetzen und große Streitigkeiten in der Familie zu verursachen. Manchmal werden ehemalige Muslime in ein psychiatrisches Krankenhaus eingewiesen, weil die Familien davon überzeugt sind, dass niemand mit gesundem Verstand jemals den Islam verlassen würde.
- **Christlichen Ehepartnern wird im Falle einer Scheidung das Recht abgesprochen, das Sorgerecht für die Kinder in Anspruch nehmen zu können:** Christliche Ehepartner stehen nicht nur vor dem Verlust des Sorgerechts für ihre Kinder, da die afghanische Kultur verlangt, dass sie als Muslime aufgezogen werden; sie verlieren auch das Erbrecht.

Christen muslimischer Herkunft stoßen auf weitaus mehr Einschränkungen als die oben genannten. Eine Taufe ist eine Straftat, für die die Todesstrafe droht. Deshalb müssen Taufen heimlich stattfinden. Da die meisten Christen ihren Glauben geheim halten, werden sie nach islamischem Ritus beerdigt. Wenn herauskommt, dass eine Familie sich zu Jesus Christus bekehrt hat, werden ihre Kinder zur Adoption in eine muslimische Familie gegeben. Dort droht ihnen ein Leben voller Übergriffe vonseiten der neuen Familie und in der Schule. Wenn es eine Familie schafft, ihren Glauben geheim zu halten, müssen die Kinder mangels Alternativen dennoch eine Koranschule besuchen. Dies führt häufig zu viel Verwirrung bei den Kindern, wenn sie auch den christlichen Glauben ihrer Eltern kennen.

Gesellschaftliches Leben

- **Christen werden wegen ihres Glaubens belästigt, bedroht oder im Alltagsleben gestört.** Wenn eine Christin sich entscheidet, keine Kopfbedeckung zu tragen, erregt sie unerwünschte Aufmerksamkeit – die Gesellschaft wird sie zum Tragen eines solchen drängen. Ein solcher Druck ist nicht nur auf Kleidungsvorschriften begrenzt.
- **Christen werden unter Druck gesetzt, an nichtchristlichen religiösen Zeremonien oder Gemeinschaftsereignissen teilzunehmen:** Die Teilnahme an islamischen Ritualen wie dem

Gebet, Moscheebesuchen, Fasten und weiteren wird vorausgesetzt – egal, ob ein Afghane als Christ (beispielsweise in einer toleranten Familie) bekannt ist oder nicht. Christen muslimischer Herkunft werden zu Moscheegebeten gedrängt, besonders an Freitagen. Während die Menschen in Kabul in begrenztem Umfang mehr Freiheiten haben, ist dies in Gebieten außerhalb der großen Städte unmöglich.

- **Christen erfahren wegen ihres Glaubens Benachteiligungen im Bereich der Bildung:** Christliche Eltern haben Angst, ihre Kinder zur Schule zu schicken, weil sie sie vor falscher Indoktrinierung schützen wollen und befürchten, sie könnten versehentlich ihren christlichen Glauben verraten. Werden sie entdeckt, werden sie unter Druck gesetzt, die Schule zu verlassen, ohne die notwendigen Dokumente zu erhalten, um ihre Bildung an anderer Stelle fortzusetzen.
- **Christen werden wegen ihres Glaubens verhört oder dazu gezwungen, sich bei der Polizei zu melden:** Im Fall einer Entdeckung werden Christen auf jeden Fall zur weiteren Untersuchung und Befragung abgeführt. Diese Verhöre sind hart, ungeachtet dessen, ob die Christen es mit der Regierung, den Taliban oder dem IS zu tun haben. Die Polizei ist auch an Schmiergeld oder Geständnissen interessiert. Um dieses Ziel zu erreichen, kommen verdächtige Christen muslimischer Herkunft ins Gefängnis.

Jeder entdeckte Christ muslimischer Herkunft verliert den Zugang zu den gemeinschaftlich genutzten Ressourcen und zur Gesundheitsversorgung. Das soziale Umfeld übt erheblichen Druck aus, zum Islam zurückzukehren. Um Loyalität und Ordnung sicherzustellen, wird jeder beobachtet. Vermutet man bei jemandem ein Abweichen, wird er dazu genötigt, wieder zur verbreiteten religiösen und politischen Gesinnung zurückzukehren – sei es durch körperliche Folter oder mithilfe okkulter Praktiken, da viele Afghanen abergläubisch sind.

Leben im Staat

- **Die Verfassung oder eine vergleichbare nationale Gesetzgebung schränkt die Religionsfreiheit gemäß Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte ein:** Artikel 3 der Verfassung legt fest, dass kein Gesetz den Lehren und Grundlagen des Islam widersprechen darf. Dies führt zu Einschränkungen in vielen Lebensbereichen. Obwohl die Wortwahl einen großen Spielraum lässt und oft unklar bleibt, was als unangemessen oder gegen den Islam verstanden werden kann, kommt die Abwendung vom Islam der Lästerung des Islam und des Propheten gleich. Weder Christen noch Angehörige anderer religiöser – selbst muslimischer – Minderheiten haben Religionsfreiheit.
- **Christen werden aufgrund ihres Glaubens in der Bewegungsfreiheit stark eingeschränkt:** Alle Reisen von Personen, die im Verdacht stehen, Christ zu sein (oder Interesse am „christlichen Westen“ zu haben), werden überwacht und verhindert, wenn der Verdacht besteht, dass sie aus religiösen Gründen reisen (beispielsweise zur Teilnahme an einer Konferenz).
- **Medienberichte über Christen sind inkorrekt oder voreingenommen:** Christen sind selten das Thema der Medienberichterstattung; wenn aber doch, ist die Berichterstattung immer verzerrt und schürt antichristliche Gefühle. Aktuelle Konflikte (insbesondere die Einsätze der von den USA angeführten Militärallianz) werden oft als christlich-motiviert oder in Verbindung mit dem christlichen Glauben dargestellt.
- **Christen werden von staatlichen Behörden oder Interessensgruppen beschuldigt, die Mehrheitsreligion zu lästern oder zu beleidigen.** Die Strafe für Blasphemie folgt nicht so sehr dem Rechtsinteresse, als dem Interesse der Gesellschaft an Sanktionen, welches von den

lokalen religiösen Behörden oder islamisch-extremistischen Gruppen intensiv vorangetrieben und befriedigt wird. Berichten zufolge werden Blasphemie-Anklagen in vielen Fällen aus Gründen der persönlichen Feindschaft oder des Neides vor Gericht gebracht.

Christen werden benachteiligt, wenn sie mit Behörden zu tun haben. Sie haben Schwierigkeiten, eigene Unternehmen zu führen, und werden bei Gerichtsverhandlungen ungerecht behandelt. Stehen sie vor diesen Problemen, so offiziell nicht wegen ihres Glaubens, sondern wegen anderer ernster Verbrechen, die sie angeblich begangen haben (beispielsweise Verrat durch Zusammenarbeit mit ausländischen Geheimdiensten, Mord oder Drogenhandel).

Kirchliches Leben

- **Kirchliche Aktivitäten werden überwacht, ver- bzw. behindert oder gestört:** In Afghanistan gibt es keine öffentlich zugängliche Kirche. Die einzige genutzte Kapelle befindet sich im Keller der italienischen Botschaft in Kabul. Sie ist nur für die kleine Zahl ausländischer Christen in Kabul vorgesehen – überwiegend diplomatisches und militärisches Personal – die noch in der Stadt arbeiten. Jede Form einer organisierten Versammlung, von der die Taliban oder staatliche Überwachungsorgane erfahren, erregt starke Aufmerksamkeit. Gruppen von Christen (wie klein sie auch sein mögen) müssen bei der Wahl ihrer Treffpunkte extrem vorsichtig sein. Sie werden häufig eine Zeit lang beschattet, bis man sie ertappt, wie sie sich mit einer größeren Gruppe treffen oder aktiv werden, etwa indem sie Bibeln weitergeben. Selbst ausländische Christen müssen Vorsicht walten lassen und sich bei Treffen in kleine Gruppen teilen.
- **Christen werden daran gehindert, christliche Aktionen in ihren Gotteshäusern zu planen:** Gemeinschaften von Christen muslimischer Herkunft treffen sich nur mit größter Vorsicht und nur, wenn die Mitglieder einander kennen und sich vertrauen. Vorsichtsmaßnahmen wie Ortswechsel und andere machen es sehr kompliziert, sich als Gemeinde zu versammeln.
- **Pastoren oder andere christliche Leiter (oder ihre Familienmitglieder) erleben wegen ihres Glaubens Schikane:** Leiter von christlichen Gruppen sind in der Öffentlichkeit nicht bekannt. Ein Experte für Afghanistan berichtet: Wenn unter extremistischen Gruppen oder in der muslimischen Gesellschaft im Allgemeinen bekannt wäre, wer ein christlicher Leiter ist, würde er umgebracht werden, um die Christen in seinem Umfeld einzuschüchtern und diese Gemeinschaft zu zerstören.
- **Der Verkauf oder das Bereitstellen von Bibeln oder anderen christlichen Materialien wird verhindert:** Es gibt keine Möglichkeit, Bibeln und andere christliche Materialien zu verteilen oder zu verkaufen; selbst die elektronische Weitergabe kann lebensbedrohliche Konsequenzen nach sich ziehen, wenn sie zurückverfolgt wird.

Eine öffentliche Arbeit unter Jugendlichen ist nicht möglich, und Christen können keine gemeinnützigen Organisationen gründen. Sie können auch nicht Christen muslimischer Herkunft öffentlich in ihre Versammlungen einbeziehen, ihre eigenen Leiter ausbilden oder um die Registrierung oder den Bau einer Kirche bitten. Die afghanische Kirche befindet sich tief im Untergrund und ist offizieller Auffassung nach nicht vorhanden.

Auftreten von Gewalt

Das Ausmaß der Gewalt ist sehr hoch. Es gab Berichte von afghanischen Christen, die wegen ihres Glaubens getötet wurden, und von Afghanen, die allein aufgrund des Verdachts ermordet wurden, sie könnten Christen sein. Aus Sicherheitsgründen können keine detaillierteren Angaben gemacht werden.

7. Verfolgungssituation für Männer und Frauen

Wie Frauen Verfolgung erfahren:

- Entführung
- Diskriminierung/Schikanierung im Bildungsbereich
- Zwangsscheidung
- Zwangsverheiratung
- (Haus-)Arrest durch die Familie
- Menschenhandel
- Ermordung
- Psychische Gewalt
- Sexuelle Gewalt
- Verbale Gewalt

Obwohl Glaubenswechsel für gewöhnlich als ganze Familie stattfinden, halten Frauen es häufig geheim, wenn sie sich dazu entscheiden, den christlichen Glauben anzunehmen. Die religiöse Verfolgung von Christinnen wird durch die sehr schwache Rolle der Frauen in der afghanischen Gesellschaft und ihrer begrenzten Rechte auf sozialen Schutz erleichtert. Unter den afghanischen Frauen haben nur vier Prozent einen weiterführenden Schulabschluss oder darüber hinaus, wobei islamische Glaubenslehre Pflichtfach ist.

In diesem Zusammenhang sind Frauen, die den christlichen Glauben annehmen, noch anfälliger für Druck und Schikanen als Männer. Frauen sind in Afghanistan im Allgemeinen sehr wehrlos gegenüber allen Formen von körperlichem Missbrauch und verfügen über eine sehr geringe finanzielle und soziale Unabhängigkeit. In einem Artikel der BBC News vom 1. Juli 2018 wird berichtet: „Nach Schätzungen des Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen waren 87 Prozent der Frauen Opfer von mindestens einer Form körperlicher, sexueller oder psychischer Gewalt. 62 Prozent haben mehrere Formen von Missbrauch erlebt.“

Das Stellen unter Hausarrest durch die Familie ist ein weit verbreitetes und akzeptiertes Mittel, um christliche Frauen unter Druck zu setzen, ebenso die Androhung, sich von ihnen scheiden zu lassen. Sie können in Sklaverei oder Prostitution verkauft oder zur Heirat mit viel älteren Männern gezwungen werden. Man kann ihnen Nahrung und Wasser oder den Zugang zur Gesundheitsversorgung verweigern. Sie können in Zimmer eingesperrt, schwer geschlagen, verbrannt oder sexuell missbraucht werden. Laut einem UN-Bericht, der im Mai 2018 veröffentlicht wurde, ist Mord die zweithäufigste Gewaltform gegen Frauen in Afghanistan. Von Januar 2016 bis Dezember 2017 wurden 280 Fälle von Tötungen und „Ehrenmord“ von Frauen registriert.

In einer Studie der „Human Rights Watch“ aus dem Jahr 2009 wird geschätzt, dass 70 bis 80 Prozent der Frauen zwangsverheiratet werden und 57 Prozent der Mädchen vor dem gesetzlichen Heiratsalter von 16 Jahren verheiratet sind. Eine junge Christin muslimischer Herkunft kann verhältnismäßig einfach dazu gezwungen werden, einen nichtchristlichen und oft älteren Mann zu heiraten.

Da die Annahme des christlichen Glaubens so geheim wie möglich gehalten werden muss und Frauen häufig von sozialen Aktivitäten ausgeschlossen werden, sind Frauen auf der anderen Seite jedoch eher in der Lage, ihren neugefundenen Glauben zu leben, ohne erkannt zu werden, vielleicht sogar ihrem Ehemann oder Familienmitgliedern davon zu erzählen.

Wie Männer Verfolgung erfahren:

- Ausschluss aus der Gemeinschaft
- Erzwungene Flucht aus Stadt oder Land
- Verhaftung durch die Behörden
- Ermordung
- Sexuelle Gewalt
- Verbale Gewalt

Im öffentlichen Leben ist kaum etwas zu verbergen; viele Männer und Jungen werden von ihren eigenen Familien verfolgt, wenn ihr christlicher Glaube entdeckt wird. Christliche Männer müssen aufgrund ihres Glaubens mit Spott, Haft, Folter (die zu Körperbehinderungen führen kann), sexuellem Missbrauch durch Gleichaltrige und möglicherweise Tod rechnen. Männer und Jungen werden von Milizen ins Visier genommen, die sie als Kämpfer rekrutieren wollen.

Wird ein Familienmitglied verfolgt, sind alle anderen ebenfalls betroffen. Da sie eine Beziehung zum Christen muslimischer Herkunft haben, geraten sie selbst unter Verdacht.

Männliche Konvertiten müssen oft alternative Einkommensquellen finden, um nicht durch die fehlende Teilnahme an religiösen Bräuchen auf öffentlichen Plätzen bloß gestellt zu werden. Weil Männer das Einkommen sichern, sind ihre Familien finanziell von ihnen abhängig. Wenn Christen muslimischer Herkunft getötet werden, sind die weiblichen Familienmitglieder gezwungen, Arbeit zu finden, die zu Missbrauch führen kann.

8. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Schiitische Muslime werden von extremistischen sunnitischen Gruppierungen, insbesondere dem IS, angegriffen, um die bereits bestehenden religiösen Klüfte zwischen den islamischen Konfessionen zu verstärken. Auch die muslimische Minderheit der Sufis ist von religiöser Verfolgung betroffen. Der Anschlag auf die Gemeinschaften der Sikhs und Hindus in Dschalalabad im Juli 2018, bei dem 19 Menschen starben (einschließlich des einzigen Sikh, der für das Parlament kandidierte), veranschaulicht, dass religiöse Minderheiten ein besonderes Ziel für die Kämpfer des IS sind.

9. Der Ausblick für Christen

Islamische Unterdrückung

Die kleine christliche Gemeinde leidet ebenfalls unter all den Schwierigkeiten, mit denen die Gesellschaft im Allgemeinen konfrontiert ist, und ist als Teil der „Religion des Feindes“ doppelt verwundbar. Die Islamische Unterdrückung durch einheimische und ausländische Gruppen wird – neben derjenigen durch Familie und Gesellschaft – zweifellos die Haupttriebkraft der Christenverfolgung in Afghanistan bleiben.

Ethnisch oder traditionell begründete Anfeindungen

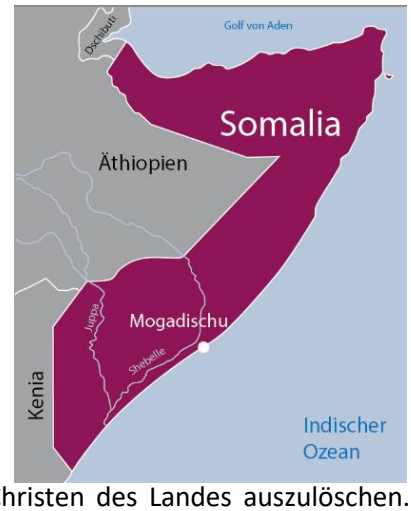
Afghanistan wird weiterhin eine Gesellschaft bleiben, die auf Stammesstrukturen beruht. Wer immer sich nicht den Traditionen seines Stammes fügt, indem er beispielsweise neuen (einschließlich religiösen) Ideen folgt, schließt sich damit selbst von der Identität des Stammes aus.

Organisiertes Verbrechen und Korruption

Solange die Produktion von und der Handel mit Opium einen beträchtlichen Teil des Einkommens der aufständischen Gruppen ausmacht und ebenso die Kassen von Machthabern und Politikern füllt, wird das organisierte Verbrechen blühen und gewaltsam gegen jeden vorgehen, der ihm im Weg zu stehen scheint (einschließlich der Christen).

zurück zur Länderübersicht

Somalia: Platz 3



Zusammenfassung

Die einzige Gruppe von Christen im Land, die für den Weltverfolgungsindex in Betracht gezogen wird, sind ehemalige Muslime. Sie werden von Al-Shabaab-Kämpfern als hochrangiges Ziel angesehen, und wenn sie entlarvt werden, tötet man sie oft auf der Stelle. Die islamisch-extremistische Miliz Al Shabaab hat sich der Lehre des Wahhabismus verschrieben und befürwortet die Scharia als Grundlage der Regelung aller Lebensbereiche in Somalia. Diese Gruppierung äußert immer wieder ihr Ziel, alle Christen des Landes auszulöschen. Ausländische islamistische Kämpfer sind ebenfalls im Land präsent. Doch die Verfolgung durch die Triebkraft „Islamische Unterdrückung“ ist nicht auf militante Gruppen beschränkt: Christen sind auch massiver Verfolgung vonseiten ihrer (Groß-)Familie und ihres sozialen Umfelds ausgesetzt. Jeder Übertritt zum christlichen Glauben wird als Verrat gegenüber der Familie und dem Stamm betrachtet. Wenn ein Somalier verdächtigt wird, den christlichen Glauben angenommen zu haben, wird er demzufolge von Familienmitgliedern und Stammesführern schikaniert, bedroht oder sogar getötet. Es ist lebensgefährlich, als Christ muslimischer Herkunft erkannt zu werden. Dies führt oftmals zur Hinrichtung auf der Stelle. Kirchliches Leben ist geradezu unmöglich.

Im Lauf der letzten Jahre hat sich die Situation eher verschlechtert. Islamistische Kämpfer haben ihre Jagd auf Christen, vor allem auf christliche Leiter, verstärkt. Ein Versuch der Wiedereröffnung einer Kirche in Hargeisa, Somaliland, im August 2017 scheiterte, als die Regierung auf Druck der lokalen muslimischen Bevölkerung gezwungen war, die Kirche wieder zu schließen.

Beispiele aus dem aktuellen Berichtszeitraum

Im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2020 waren Christen weiterhin sehr stark Angriffen von islamischen Extremisten ausgesetzt. Aus Sicherheitsgründen können keine Beispiele veröffentlicht werden.

---

1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit 92 Punkten steht Somalia auf Platz 3 des Weltverfolgungsindex 2020, das entspricht einem Anstieg von einem Punkt im Vergleich zum Vorjahr.

Somalia ist weiterhin prominent unter den ersten zehn Ländern des Weltverfolgungsindex vertreten. Der Druck auf die Christen ist unvermindert extrem hoch geblieben und es gibt gegen sie ein sehr hohes Maß an Gewalt. Sie stehen in Gefahr, von islamistischen Kämpfern und Stammesführern getötet zu werden. Älteste und Familienmitglieder überwachen jeden, der verdächtigt wird, Christ zu sein. Das Land ist in einem endlosen Bürgerkrieg, in gesellschaftlicher Fragmentierung, in Stammeskonflikten und islamischem Extremismus verstrickt. Al Shabaab demonstrierte ihre Macht in mehreren Anschlägen in Mogadischu und in der Ermordung des Bürgermeisters.

2. Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung

Somalia ist eine muslimisch dominierte Nation und die Gesellschaft erwartet, dass alle Somalier Muslime sind. Imame in Moscheen und Koranschulen sowie Al-Shabaab-Anführer erklären öffentlich, dass es keinen Platz für den christlichen Glauben, Christen und Kirchen in Somalia gebe. In der Verfassung des Landes ist der Islam als Staatsreligion festgeschrieben. Die Miliz Al Shabaab als gewalttätiger nichtstaatlicher Akteur tötet gezielt Somalier, die verdächtigt werden, den christlichen Glauben angenommen zu haben. Ausländische Dschihadisten sind ebenfalls im Land präsent. Allerdings geht Islamische Unterdrückung nicht allein von militanten Gruppen aus. Christen muslimischer Herkunft sind auch massiver Verfolgung vonseiten ihrer (Groß-)Familie und ihres sozialen Umfelds ausgesetzt. Christ zu sein, insbesondere als ehemaliger Muslim, ist eine enorme Herausforderung und kann dazu führen, von Extremisten brutal ermordet zu werden.

Ethnisch oder traditionell begründete Anfeindungen

In der somalischen Gesellschaft hat der Stamm einen großen Stellenwert; er regelt die Belange des täglichen Lebens und die Beziehungen der Gemeinschaften untereinander. Außerdem hat die Stammesstruktur einen tiefgreifenden Einfluss auf die Zusammensetzung der Regierung und die Durchführung der Wahlen. Dies zeigte sich bei den somalischen Wahlen 2017: Der Präsident wurde von einem Parlament gewählt, das wiederum von 14.025 Delegierten gewählt worden war, die von den Stammesältesten bestimmt wurden. Die Miliz Al Shabaab stützt sich auch auf diese Stammesstrukturen, um Informationen zu sammeln, Mitglieder zu rekrutieren und ihre Ideologie zu verbreiten. Scheiche und Imame werden über diese Strukturen gezwungen, den Dschihad zu lehren – ansonsten drohen ihnen Vertreibung oder Tod. Nach Ansicht vieler Somalier und Stammesführer muss jeder Somalier Muslim sein, weshalb die Hinwendung zum christlichen Glauben als Verrat an Familie und Stamm gilt. Falls demzufolge ein Somalier verdächtigt wird, den christlichen Glauben angenommen zu haben, wird er von Familienmitgliedern und Stammesführern schikaniert, bedroht oder sogar getötet.

Organisiertes Verbrechen und Korruption

In Somalia herrschen Unsicherheit und Gesetzlosigkeit. Kriminalität und Korruption greifen ungehindert um sich. Die Regierung kontrolliert nur einige Städte und überlässt Al Shabaab den Großteil der ländlichen Gebiete. Die Miliz erhebt Steuern und finanziert ihre Aktivitäten durch illegalen Handel. Diese Situation hat das Leben für Christen sehr schwierig gemacht, da sie keinerlei Schutz erfahren. Auf dem Korruptionsindex von Transparency International, der im Februar 2018 veröffentlicht wurde, wird Somalia als das korrupteste Land weltweit aufgeführt (auf Platz 180 von 180 Ländern).

3. Verfolger

Ausgehend von Islamischer Unterdrückung

- **Gewalttätige religiöse Gruppen:** Islamische Extremisten wirken ungehindert in vielen Regionen. Al Shabaab tötet Somalier, die verdächtigt werden, zum christlichen Glauben konvertiert zu sein. Diese Miliz ist so mächtig und gefährlich, dass sie sogar jenseits der Grenze Somalias Christen verfolgt, insbesondere in Kenia, wo die Gruppe für den Tod Hunderter Christen verantwortlich ist. Al Shabaab wird als Bedrohung für den Frieden und die Sicherheit der ganzen Region angesehen und weltweit als eine terroristische Organisation bezeichnet.
- **Nichtchristliche religiöse Leiter:** Muslimische religiöse Leiter erklären öffentlich, dass es keinen Raum für den christlichen Glauben gebe.
- **Familie und gewöhnliche Bürger:** Die Gesellschaft im Allgemeinen und auch Familienangehörige lehnen jeglichen Gedanken einer Hinwendung zum christlichen Glauben ab und behandeln Christen muslimischer Herkunft hart.

Ausgehend von Ethnisch oder traditionell begründeten Anfeindungen

- **Politische Parteien:** Die politischen Parteien basieren auf der ethnischen Identität. Sie haben sich zudem der Vorstellung verschrieben, dass Somalia für Somalis ist – und als Somali ist man Muslim.
- **Anführer ethnischer Gruppen:** Stammesführer erlauben keine Bekehrungen zu Jesus Christus. Sie dulden im Land keine christlichen Symbole.
- **Familie und gewöhnliche Bürger:** Familienangehörige und Normalbürger sind ebenfalls Verfolger ausgehend von „Ethnisch begründeten Anfeindungen“, da Familien und Bürger sich über die Stammeszugehörigkeit definieren.

Ausgehend von Organisiertem Verbrechen und Korruption

- **Kriminelle Kartelle:** Kriminelle Netzwerke profitieren von der Gesetzlosigkeit in Somalia und haben ein Netz illegaler Handelswege etabliert. Diese Kartelle sind stark mit Al Shabaab verbunden oder werden von ihnen selbst geführt. Von dem erwirtschafteten Geld der Kartelle werden Waffen gekauft, mit denen Christen oder andere Zivilpersonen ermordet werden.
- **Gewalttätige religiöse Gruppen:** Al Shabaab beteiligt sich am illegalen Handel und erhebt unerlaubt Steuern als Einnahmequelle auch für Einsätze gegen Christen im eigenen Land sowie in Nachbarländern.

4. Regionale Brennpunkte der Verfolgung

Keine Region in diesem Land ist für Christen sicher. Allerdings sind die von der Al Shabaab kontrollierten Teile des Landes am gefährlichsten.

5. Betroffene Christen

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

Da sich diese Gruppe auf Militärseelsorger (beispielsweise unter Angehörigen der Militärmission der Afrikanischen Union, AMISOM), ausländische Arbeiter in Mogadischu und einige Flüchtlinge in Hargeisa (Somaliland) beschränkt, wird sie nicht als separate Kategorie behandelt.

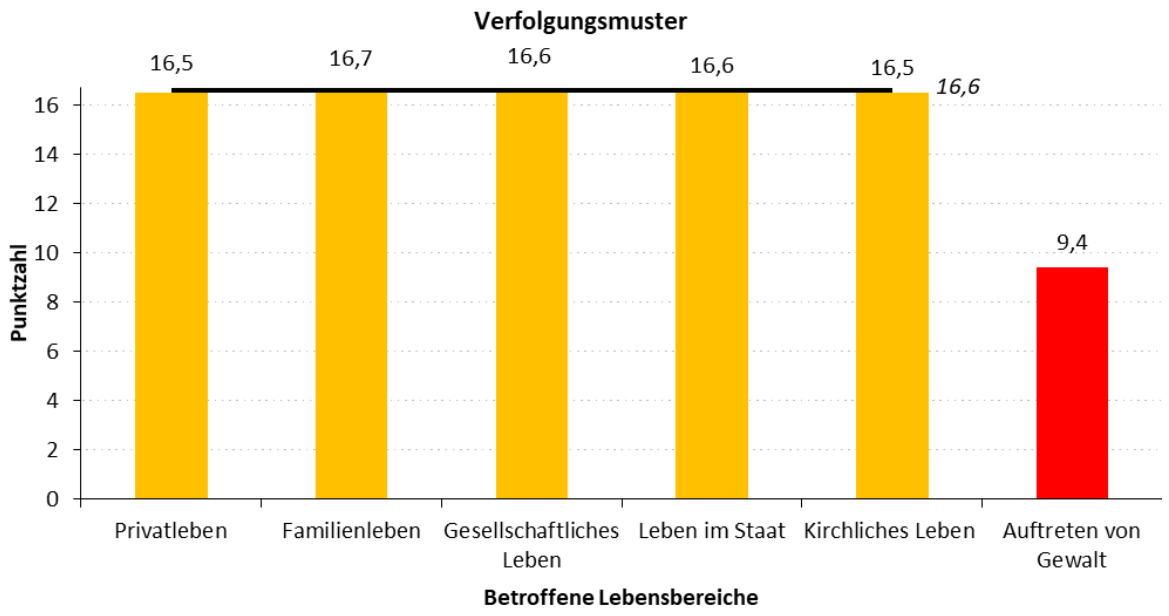
Christen aus traditionellen Kirchen

Diese Kategorie existiert in Somalia nicht. Eine der größten römisch-katholischen Kathedralen Afrikas wurde 1928 in Mogadischu erbaut. Doch seit 2008 ist dieses Gebäude nur noch eine Ruine.

Christen muslimischer Herkunft (Konvertiten)

Christen mit muslimischem Hintergrund sind der schlimmsten Verfolgung ausgesetzt und werden von Al-Shabaab-Kämpfern als hochrangiges Ziel angesehen. In der jüngsten Geschichte des Landes wurden Christen mit muslimischem Hintergrund (oder Menschen, die im Verdacht standen, den christlichen Glauben angenommen zu haben) nach ihrer Entlarvung oft auf der Stelle getötet.

6. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Somalia

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Der Durchschnittswert für den Druck auf Christen in Somalia (16,6 Punkte) ist im Vergleich zum Vorjahr gestiegen (16,5 Punkte). Damit wird deutlich, dass der Druck auf Christen insgesamt extrem hoch ist.
- Der Druck in allen Lebensbereichen beträgt ein extremes Maß und erreicht im Bereich „Familienleben“ die höchste Wertung (16,7), gefolgt vom gesellschaftlichen und staatlichen Leben (16,6). Damit wird klar, wie immens stark der Druck auf ehemalige Muslime ist, der von Familie und Nachbarschaft ausgeht.
- Die Punktzahl für Gewalt ist sehr hoch und von 8,9 Punkten auf 9,4 Punkte gestiegen.

Zu jedem der Lebensbereiche sind im Folgenden jeweils ausgewählte Teilaspekte genannt, die im betreffenden Lebensbereich für die Christen zu den gravierendsten Schwierigkeiten gehören.

Privatleben

- **Die Hinwendung zum christlichen Glauben, darunter auch der Übertritt zu einer anderen christlichen Denomination, wird stark abgelehnt, verboten oder bestraft:** Der Glaubenswechsel hat schwerwiegende Konsequenzen in Somalia. Ihre Hinwendung zum christlichen Glauben müssen ehemalige Muslime nicht nur vor ihrer erweiterten Familie und den Mitgliedern ihres Stammes verstecken, sondern auch vor ihren engsten Angehörigen. Die Familienmitglieder würden nicht nur verständnislos auf den christlichen Glauben reagieren, sondern auch Angst haben, selbst der Hinwendung zum christlichen Glauben verdächtigt zu werden.
- **Es ist für Christen riskant, allein ihren Glauben auszuüben – etwa zu beten, die Bibel zu lesen oder Ähnliches.** Christen in Somalia stehen großen Schwierigkeiten gegenüber, wenn sie versuchen, ihrem Glauben entsprechend zu leben. Sie können nur heimlich beten und müssen ihren Andachtsort immer wieder wechseln, um nicht entdeckt zu werden.
- **Es ist gefährlich, christliches Material zu besitzen oder aufzubewahren:** Christliche Symbole oder Schriften zu besitzen oder mit sich zu führen, würde als Beweis gegen eine Person verwendet werden, sollte sie gefasst werden. Der bloße Verdacht, Christ zu sein, ist in der Regel ein Todesurteil. Lediglich in sehr seltenen Fällen, etwa wenn christliches Material auf dem Handy Verdächtiger entdeckt wird, werden sie „nur“ verprügelt und gewarnt, in Zukunft kein Interesse an christlichen Materialien oder an Freundschaften zu Christen zu zeigen. Sollte die Person jedoch im Besitz einer Bibel oder von christlichen Schriften gefunden werden, wird sie mit Zustimmung ihrer Familienmitglieder, Verwandten, Nachbarn und sogar Freunde hingerichtet. Einem Experten für Somalia zufolge trauen sich Christen kaum, ihren Glauben in irgendeiner Form auszudrücken: „Es gibt ein weltweites Social-Media-Netzwerk somalischer Christen, die alle im Ausland leben, und allein einen Post dort zu ‚liken‘, bringt einen Somalier ernsthaft in Gefahr.“ In diesem Land reicht allein ein Verdacht, um in Gefahr zu geraten.
- **Es ist ein Risiko für Christen, über ihren Glauben zu sprechen:** Mit einem Normalbürger in Somalia über eine Hinwendung zu einem anderen Glauben oder das Verlassen des Islams zu sprechen, kann tödlich sein. Infolgedessen vermeiden Christen muslimischer Herkunft und auch andere Personen, über nichtmuslimische Glaubensinhalte zu reden. Ein Experte des Landes fügt hinzu: „Die Gesetze und Praktiken im Land würden es den Christen nicht erlauben sich zu entfalten. Sie sind darauf ausgelegt, Muslime auf Kosten anderer zu bevorzugen. Militante Gruppen im Land würden alles dafür tun, um sicherzustellen, dass Christen getötet werden. Somit sind überhaupt keine Gottesdienste oder Versammlungen möglich“.

Familienleben

- **Kinder von Christen muslimischer Herkunft werden automatisch unter der Mehrheitsreligion registriert:** Der Staat und die Gesellschaft erwarten, dass alle Somalier Muslime sind. Es gibt keinen Raum für eine andere Religion. Demzufolge wird ein Baby, geboren von somalischen Eltern, immer als Muslim angesehen. Jeglicher Versuch, dies in Frage zu stellen, hätte tödliche Konsequenzen.
- **Christen wird eine christliche Hochzeit aufgrund religiöser Gründe verweigert:** Christliche Hochzeiten oder christliche Feiertage in der Familie zu feiern, ist nahezu unmöglich. Dies ist eine weitere Einschränkung in einem Land, das als Parole „keinen Raum für Christen“ hat.
- **Eltern werden daran gehindert, ihre Kinder gemäß ihrem christlichen Glauben aufzuziehen:** Christen können ihre Kinder, insbesondere jüngere Kinder, nicht christlich erziehen, da die

Kinder wahrscheinlich christliche Lieder singen, Bibelverse zitieren oder im Namen Jesu Christi beten und somit sich und ihre ganze Familie verraten würden. Eltern sind daher in ihrem Handeln eingeschränkt. Ein Länderexperte schreibt: „Sie können ihren Kindern von ihrer Religion nicht erzählen. Verwandte und das Umfeld würden sicherstellen, dass Kinder im islamischen Glauben erzogen würden."

- **Kinder christlicher Eltern werden dazu gedrängt, am nichtchristlichen Unterricht oder dem allgemeinen Religionsunterricht teilzunehmen:** In den von Al Shabaab kontrollierten Gebieten, welche einen großen Teil des Landes ausmachen, müssen alle Kinder, Frauen und sogar Männer am Islamunterricht und anderen islamischen Lehrstunden teilnehmen. In den vom Staat kontrollierten Gebieten ist der Islamunterricht ein vorgeschriebenes Schulfach. Das bedeutet, dass christliche Kinder keine andere Wahl haben, als daran teilzunehmen. Somalische Kinder müssen am islamischen Pflichtunterricht teilnehmen und christliche Eltern finden es oft zu gefährlich, ihren Kindern ihren christlichen Glauben beizubringen.

Gesellschaftliches Leben

- **Christen werden im Alltag belästigt, bedroht oder behindert wegen glaubensbezogener Gründe, zum Beispiel, weil sie nicht den Vorschriften für Kleidung oder Bärte entsprechen:** Die somalische Gesellschaft ist sehr traditionsverbunden und hält sich an eine strenge Kleiderordnung. Auch Christen müssen sich daran halten. Ein Länderexperte erklärt: „Christen können in keiner Weise ihren Glauben sichtbar praktizieren, da dies im wahrsten Sinne des Wortes Todesgefahr oder zumindest gewaltsame Verfolgung mit sich bringt." Religiöse Familienfeiern, Veranstaltungen oder Gespräche sind für Christen immer gefährlich. Jeder, der in der Gesellschaft nicht als ein guter Muslim gilt, macht sich verdächtig und trifft auf ernsthaften Wiederstand.
- **Christen stehen in ihrer Dorfgemeinschaft oder ihrem privaten Umfeld unter Beobachtung. Sie werden beispielsweise bei der Polizei angezeigt, beschattet, ihre Telefongespräche werden mitgehört, E-Mails gelesen oder zensiert:** Christen muslimischer Herkunft werden von Angehörigen ihrer Gemeinschaft auf verschiedene Weise unter Druck gesetzt, insbesondere durch Überwachung. Ein Experte für das Land berichtet: „Dank der Überwachung können örtliche Anführer und Älteste sagen: ‚Diese Person handelt nicht unserem Glauben entsprechend.' Daraufhin erhalten mutmaßliche Konvertiten einschüchternde Anrufe von ‚besorgten' Mitgliedern der Gemeinschaft oder sogar von Al-Shabaab-Mitgliedern, die sagen, sie hätten Gerüchte über ihren Glaubenswechsel gehört oder ‚abweichendes' (dem Koran widersprechendes) Verhalten beobachtet. Sie werden gewarnt, sich zu ändern, oder sie würden ihr Leben aufs Spiel setzen." Um solche Bedrohungen und ähnliche Probleme zu überleben, müssen somalische Christen ihren Glauben verstecken, auch um Zugang zu sozialen Grundleistungen oder Bildung zu erhalten.
- **Christen stehen ständig in Gefahr, entführt und zwangsverheiratet zu werden:** Einige somalische Christen mussten ihre Häuser verlassen und aufgrund von Morddrohungen untertauchen. Ein Länderexperte erklärt: „Zwangsheirat ist die beste Option, andernfalls könnten sie getötet werden." Ein anderer Experte sagt: „Dies scheint die ‚einfachste Lösung' für Eltern zu sein, die bemerken, dass ihre Töchter sich auf nichtmuslimische Weise verhalten." Entführungen erleben nicht nur somalische Christen, sondern auch Christen in den Nachbarländern.
- **Christen werden von ihrem sozialen Umfeld unter Druck gesetzt, ihrem Glauben abzusagen.** Druck durch das soziale Umfeld ist einer der Wege der Verfolgung, um diejenigen, die

verdächtigt werden, den christlichen Glauben angenommen zu haben, zurückzubringen. Die somalische Gesellschaft ist geprägt durch eine Verbindung von sehr engem sozialem Austausch und Misstrauen. Alles, was vom akzeptablen muslimischen Verhalten abweicht, wird mit deutlichem Anpassungsdruck erwidert. Jeder Somalier sieht sich in der Verantwortung, dafür Sorge zu tragen, dass seine „Brüder“ „gute Muslime“ bleiben.

Leben im Staat

- **Die nationale Gesetzgebung schränkt die Religionsfreiheit gemäß Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte ein:** Dieser Lebensbereich ist entscheidend, wenn es darum geht, die Verfolgung in einem Land zu untersuchen, da Politik und Gesetze auf nationaler oder regionaler Ebene richtungsweisend dafür sind, wie Dinge auf lokaler Ebene umgesetzt werden. In der Verfassung Somalias ist klar und deutlich dargelegt, dass der Islam die Staatsreligion und dass die Scharia Grundlage aller Gesetze ist. Es gibt keine Bestimmungen, nach denen Nichtmuslime von der Anwendung der Scharia ausgenommen wären. Beamte auf staatlicher und lokaler Ebene setzen Gesetze durch, welche die Freiheit von Christen stark einschränken, weshalb sie keine andere Wahl haben, als ihren Glauben im Geheimen zu leben. Wichtig ist auch, dass die somalische Regierung überzeugt davon ist, dass es keine somalischen Christen gebe.
- **Beamte auf lokaler wie nationaler Ebene weigern sich, den Glaubenswechsel einer Person anzuerkennen und dementsprechend im Personalausweis oder staatlichen Personenverzeichnis zu dokumentieren:** Der zweite Artikel der somalischen Verfassung verbietet jeglichen Glaubenswechsel vom Islam zu einer anderen Religion. Artikel 2 besagt: „Staat und Religion: (1) Die Staatsreligion ist der Islam. (2) Keine andere Religion als der Islam darf im Land verbreitet werden.“ Das bedeutet, dass kein somalischer Staatsangehöriger den Glaubenswechsel vom Islam zu einer anderen Religion erklären kann.
- **Christen können ihre Ansichten oder Meinungen in der Öffentlichkeit nicht äußern:** Scheiche und andere muslimische religiöse Leiter im Land haben wiederholt gesagt, dass es keinen Raum für Christen in Somalia gebe. Für Christen ist es gefährlich, ihre Ansichten und Meinungen in der Öffentlichkeit zu äußern.
- **Christliche zivilgesellschaftliche Organisationen oder politische Parteien werden in ihrer Arbeit behindert oder verboten:** Im Land gibt es keine christlichen Parteien. Es gibt keinen Raum für Christen in diesem Land, geschweige denn christliche Parteien. Auch christliche ausländische Nichtregierungsorganisationen haben es schwer im Land tätig zu sein, da sie ein begehrtes Ziel für Al Shabaab sind.

Kirchliches Leben

- **Kirchliche Aktivitäten werden überwacht, ver- bzw. behindert oder gestört:** Es gibt keine als solche sichtbaren Kirchengebäude in Somalia. Viele Kirchen wurden in den letzten Jahrzehnten zerstört, wie beispielsweise die römisch-katholische Kathedrale in Mogadischu, die als eine der schönsten und größten Kathedralen Afrikas galt. Es gibt ständige Überwachung, um zu sehen, ob es inoffizielle Gemeinden (Hauskirchen) im Land gibt.

- **Auf allen Ebenen der Verwaltung ist es schwierig, als Kirche eine Registrierung zu erhalten:** Es gibt keine Verfahrensweise zur Antragstellung der Kirchenregistrierung und auch keine Bereitschaft, Genehmigungen für nichtmuslimische Vorhaben zu vergeben. Sollte die Regierung eine Registrierung doch erlauben, wäre zu befürchten, dass Al Shabaab dies zu Propagandazwecken für die Rekrutierung neuer Kämpfer nutzen und größere Unterstützung des somalischen Volkes gewinnen würde.
- **Kirchengebäude zu bauen oder zu renovieren, ist nicht möglich:** Christen können den Wiederaufbau von Kirchen nicht einmal in Betracht ziehen. Ein Versuch, die katholische Kirche in Mogadischu wieder zu eröffnen, war nicht erfolgreich. Ein weiterer Versuch zur Wiedereröffnung einer katholischen Kirche in Hargeisa verursachte einen öffentlichen Aufschrei und Feindseligkeit.
- **Christliche Aktivitäten außerhalb von Kirchengebäuden werden verhindert:** Ganz zu schweigen von Tätigkeiten im Freien, ist es Christen nicht einmal möglich, sich in einem Haus zu treffen. Es gibt für Christen keine Möglichkeit, einen Ort der Anbetung einzurichten und zu erhalten. Militante Gruppen, wie die Al Shabaab oder andere Salafisten, haben öffentlich erklärt, dass es in Somalia keinen Platz für Christen gebe.

Auftreten von Gewalt

Somalische Christen erleben wegen ihres Glaubens Gewalt vonseiten der Familie, des Stammes, von Behörden und Milizen. Al Shabaab hat bei unzähligen Gelegenheiten durch Worte und Taten verkündet, dass sie Christen sowohl in Somalia als auch in Nachbarländern angreifen werden. Um Überlebende und Angehörige zu schützen, können keine Einzelheiten zu Vorfällen veröffentlicht werden.

7. Verfolgungssituation für Männer und Frauen

Wie Frauen Verfolgung erfahren:

- Entführung
- Verweigerung des Zugangs zu christlichen Materialien
- Ausschluss aus der Gemeinschaft
- Verweigerung von Nahrungsmitteln/Wasser
- Beschlagnahme von Erbschaft und Besitz
- Diskriminierung/Schikane im Bildungsbereich
- Erzwungene Einhaltung von Kleidungsvorschriften
- Zwangsscheidung
- Zwangsverheiratung
- Erzwungene Flucht aus Stadt oder Land
- (Haus-)Arrest durch die Familie
- Ermordung
- Körperliche Gewalt
- Sexuelle Gewalt

Im islamischen Somalia führen Frauen größtenteils ein vorgeschriebenes Leben mit wenig Spielraum für einen persönlichen Glauben oder Meinungsfreiheit. Frauen sind in der Regel von Männern abhängig und ihnen unterworfen. In ihrem sozialen Umfeld haben sie kein Mitspracherecht.

Junge Christinnen muslimischer Herkunft bleiben eine der am stärksten gefährdeten Bevölkerungsgruppen. Es ist üblich, dass eine Frau, die verdächtigt wird, Christin zu sein, in der Öffentlichkeit vergewaltigt und gedemütigt, mit einem radikalen Scheich zwangsverheiratet oder gleich getötet wird. In keinem Gesetz wird häusliche Gewalt ausdrücklich erwähnt, und jeder, der für schuldig befunden wird, eine Frau getötet zu haben, muss der trauernden Familie gemäß der Scharia nur die Hälfte des Betrages, der für ein männliches Opfer fällig wird, zahlen. Des Weiteren sind Zwangsehen ein einfaches Mittel zur Nötigung in einem Land, in dem die provisorische Bundesverfassung kein gesetzliches Mindestalter für die Ehe vorsieht. 45% der Frauen zwischen 20 und 24 Jahren waren mit 18 Jahren bereits verheiratet.

Die Schulbildung für Mädchen ist oft kurz. Nur 5 % schaffen es in die weiterführende Schule. In der Schule können christliche Mädchen gezwungen werden, am Duksi-Unterricht (einer Form der religiösen Erziehung) teilzunehmen und sich in der Al Shabaab konforme Burkas zu kleiden.

Die wirtschaftliche Verwundbarkeit von Frauen wird oft ausgenutzt. Laut Gesetz können Mädchen und Frauen nur die Hälfte des Vermögens erben, auf das ihre Brüder Anspruch haben. Auch christliche Frauen leiden, wenn ihre Ehemänner getötet werden, weil die Witwen dazu gezwungen werden, muslimische Männer zu heiraten. Jeglicher Besitz wird beschlagnahmt und sie werden der Gnade der Familie des Mannes überlassen. Viele werden von ihren männlichen Familienangehörigen ausgenutzt und junge Töchter verheiratet. Die Familie verarmt oft am Ende.

Wie Männer Verfolgung erfahren:

- Entführung
- Verweigerung des Zugangs zu christlichen Materialien
- Verweigerung des Sorgerechts für Kinder
- Beschlagnahme von Erbschaft und Besitz
- Diskriminierung/Schikane im Bildungsbereich
- Erzwungene Einhaltung religiöser Kleidungsvorschriften
- Zwangsrekrutierung zum Militärdienst
- Ermordung
- Körperliche Gewalt

Somalia ist eine patriarchalische Gesellschaft mit hoher sozialer Kontrolle. Somalische Männer und Jungen, die lediglich des Glaubenswechsels verdächtigt werden, sind einem extremen Maß der Verfolgung ausgesetzt. Männer und Jungen können beschimpft, körperlich angegriffen, enteignet, mit dem Tod bedroht, gefoltert, lebendig verbrannt, erschossen und enthauptet werden. Dies sind keine leeren Drohungen und die Angst ist ein ständiger Begleiter für somalische christliche Männer und Jungen.

Männer werden schlimmer behandelt, da sie als Leiter angesehen werden, die den islamischen Glauben vertreten sollen; so sind sie zum Beispiel für den Glauben der Familie verantwortlich und deshalb wird von ihnen mehr erwartet. Sie können für den Glaubenswechsel der Ehefrau oder Schwester verantwortlich gemacht werden. Führungspositionen werden ihnen entzogen, ebenso ihre Frauen und Kinder. Zusätzlich werden von den Jungen der Besitz und der Umgang mit Waffen erwartet. Viele von ihnen sind von der Al Shabaab indoktriniert.

Der Anpassungsdruck ist stärker für diejenigen, die des Glaubenswechsels verdächtigt werden. So können sie beispielsweise bewusst ausgewählt werden, die Gebete in der Moschee zu leiten. Man erwartet von ihnen, sich einen Bart wachsen zu lassen, mehr als eine Frau zu heiraten oder islamische Rituale in der Öffentlichkeit durchzuführen. Christen wird ihr Erbe verwehrt und den Jungen die Schulbildung. Sie werden in islamische Umerziehungszentren gebracht, wo sie gezwungen werden, islamischen Kampfgruppen beizutreten.

In einer christlichen Familie ist der Mann der Ernährer der Familie. Somit beeinträchtigt sein Tod oder seine Abwesenheit die gesamte Familie und das Umfeld. Wenn die Männer umgebracht werden, ist die Familie oft schutzlos und wird als „ungläubig“ abgestempelt: Sie werden als ein schmutziger Fleck in der Gemeinschaft angesehen.

8. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

In Somalia haben religiöse Gruppen außerhalb des sunnitischen Islam keine Rechte von Bedeutung. In den von Al Shabaab kontrollierten Gebieten ist die Situation so extrem geworden, dass sich selbst schiitische Muslime sehr zurückhalten. Man hat es auch auf gemäßigte sunnitische Muslime abgesehen. Wie oben erwähnt, verbieten die Gesetze in Somalia die Verbreitung einer anderen Religion als des Islam und untersagen Muslimen den Glaubenswechsel. Die Verfassung besagt auch, dass die Scharia die Gesetzesgrundlage bildet. Zusammengefasst lässt sich sagen, dass jede religiöse Gruppe außer sunnitischen Muslimen vor außerordentlichen Herausforderungen steht, ihren Glauben zu leben. Al Shabaab griff in früheren Berichtszeiträumen, beispielsweise im Februar 2015, wiederholt jüdisches Eigentum an.

9. Der Ausblick für Christen

Islamische Unterdrückung

Die Islamische Unterdrückung ist in der Gesellschaft und in der Regierung verankert. Islamische Unterdrückung im Kontext islamisch-extremistischer Gruppen bleibt weiterhin das Hauptproblem für religiöse Minderheiten in Somalia und den umliegenden Ländern, solange keine politische Lösung angestrebt wird. Zusammengefasst:

- Al Shabaab wird weiterhin gegen Christen muslimischer Herkunft vorgehen.
- Es ist unwahrscheinlich, dass eine der stark beschädigten Kirchen jemals wieder geöffnet werden kann.
- Sollten die AU-Truppen das Land verlassen oder in ihrer Stärke abnehmen (wie es die UN nach 2020 plant), würde Al Shabaab gestärkt und könnte eine noch größere Bedrohung für die Christen im Land und darüber hinaus darstellen.

Ethnisch oder traditionell begründete Anfeindungen

Die somalische Gesellschaft ist in Stammeszugehörigkeiten strukturiert. Die Regierung kann keine Beschlüsse ohne die Unterstützung der Stämme treffen. Der Grund dafür ist, dass die Stämme Bezirke und Unternehmen kontrollieren und die Schlichter der meisten Aspekte des somalischen Lebens sind. Entscheidungen werden gemeinschaftlich innerhalb des Stammes und dessen komplexer Teilbereiche getroffen. Es ist schwierig, diese Situation in naher Zukunft zu ändern. Somit bleibt jegliche Verfolgung, die von diesen Triebkräften ausgeht, bestehen.

Organisiertes Verbrechen und Korruption

Somalia zählt zu den korruptesten Ländern der Welt. Auch die Unsicherheit ist ein großes Thema; die anhaltende Instabilität schränkt Geschäfte stark ein. Korrupte Regierungsbeamte erlauben illegale Vorgänge als Gegenleistung für Bestechungsgelder. Funktionsunfähige Institutionen ermöglichen ein Umfeld der Gesetzlosigkeit und das Fehlen jeglicher rechtlicher Rahmenbedingungen beeinträchtigt die Aussichten auf eine wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit. Es scheint, dass es keine Motivation gibt, dieses Problem zu bekämpfen. Und Al Shabaab nutzt diese zügellose Korruption, um die Regierung zu infiltrieren. Zudem nutzt die Miliz die Korruption, um ihre Vorhaben zu finanzieren. Dieses Problem wird wahrscheinlich weiter bestehen, solange Al Shabaab und ihre Unterstützer im Land erfolgreich sind.

zurück zur Länderübersicht

Libyen: Platz 4

Zusammenfassung

Auf libysche Christen muslimischer Herkunft wird seitens ihrer Familie und der gesamten Gemeinschaft gewaltsamer und intensiver Druck ausgeübt, ihrem neuen Glauben abzuschwören. Ausländer aus anderen Teilen des Kontinents werden ebenfalls von verschiedenen militanten islamischen Gruppierungen und organisierten kriminellen Gruppen angegriffen. Sie entführen Christen und es gab auch Fälle, in denen Christen auf brutale Weise getötet wurden. Doch selbst wenn ihnen ein solches Schicksal erspart bleibt, werden Christen aus dem Afrika südlich der Sahara schikaniert und von extremistischen Muslimen bedroht. Christen, die in der Öffentlichkeit ihren Glauben bekennen und versuchen, diesen mit anderen zu teilen, laufen ebenfalls Gefahr, verhaftet zu werden und gewaltsamen Widerspruch zu erfahren. Das Fehlen einer Zentralregierung, die Recht und Ordnung im Land durchsetzt, hat die Lage für Christen prekär gemacht. Das Ausmaß der Gewalt gegen Christen in Libyen ist als extrem hoch einzuordnen.

Beispiele aus dem aktuellen Berichtszeitraum

- Angesichts der Sicherheitsprobleme, die mit einer Hinwendung zum christlichen Glauben einhergehen, können die meisten Berichte über Konvertiten in Libyen nicht veröffentlicht werden.
- Christliche Gastarbeiter, die größtenteils aus afrikanischen Ländern südlich der Sahara stammen und in libyschen Untersuchungsgefängnissen festgehalten werden, wurden Berichten zufolge vergewaltigt und geschlagen. Obwohl die schlechte Behandlung und Gewalttätigkeit gegenüber den Häftlingen nicht auf christliche Flüchtlinge beschränkt ist, werden Christen noch stärker diskriminiert und brutaler behandelt.
- Immer noch finden Sklaverei und Menschenhandel statt – trotz des internationalen Aufschreis, der im November 2017 erging, als der amerikanische Fernsehsender CNN in Videoaufnahmen zeigte, wie Afrikaner aus Ländern südlich der Sahara versteigert und verkauft wurden.

---

1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit 90 Punkten steht Libyen auf Platz 4 des Weltverfolgungsindex 2020. Im Vergleich zum Weltverfolgungsindex 2019 entspricht dies einer Steigerung um drei Punkte.

Dieser Punkteanstieg ist hauptsächlich in der Zunahme berichteter Gewalt begründet, welche nun als extrem hoch einzustufen ist. Auch die Wertung in allen Lebensbereichen ist extrem hoch. Die anhaltende Anarchie hat dazu beigetragen, dass Christen im Land insgesamt gefährdet sind.

2. Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung

Diese Triebkraft äußert sich auf vielfältige Weise. Der Islam ist tief verwurzelt in Libyens Kultur. Deshalb erleben Muslime, die sich dem christlichen Glauben zuwenden, immensen Druck seitens ihrer Familien und der Gesellschaft. Dazu kommt, dass nach dem Sturz al-Gaddafis verschiedenste islamistische Gruppen mehr Einfluss gewonnen und Kontrolle über die Gesellschaft erlangt haben.

Ethnisch oder traditionell begründete Anfeindungen

Die Gesellschaft Libyens ist konservativ und von Stammesdenken geprägt. Den Islam zu verlassen und den christlichen Glauben anzunehmen, wird nicht nur als Verrat am Islam, sondern auch an Familie und Stamm gesehen. Bezüglich Ethnie und Rasse werden Migranten aus Ländern südlich der Sahara besonders intensiv diskriminiert.

Organisiertes Verbrechen und Korruption

Korruption ist so weit verbreitet, dass sie wesentlich zum anhaltenden Verfall der Rechtsstaatlichkeit und zur mangelnden Strafverfolgung beiträgt. Diese Triebkraft ist eng verknüpft mit „Islamischer Unterdrückung“, da einige der militanten islamischen Gruppierungen als organisierte kriminelle Gruppen arbeiten, beispielsweise im Menschenhandel.

3. Verfolger

Ausgehend von Islamischer Unterdrückung

- **Die eigene (Groß-)Familie:** Ein wichtiger Grund, warum sich Verwandte gegen zum christlichen Glauben konvertierte Familienmitglieder wenden, sind islamische Überzeugungen – obgleich die Problematik der Familienehre dabei auch eine Rolle spielt (siehe „Ethnisch oder traditionell begründete Anfeindungen“). Islamisch-extremistisches Denken beeinflusst die libysche Gesellschaft seit vielen Jahren und wahhabitische Lehren lassen wenig Raum für andere Überzeugungen.
- **Gewalttätige religiöse Gruppen:** Das bekannteste Beispiel für gewaltsame Handlungen religiöser Gruppen war die Enthauptung von 21 koptischen Christen im Februar 2015 durch den sogenannten „Islamischen Staat“ (IS), gefolgt von der Hinrichtung einer Gruppe äthiopischer Christen im April desselben Jahres. Unterdessen hat der IS zwar die Stadt Sirte als seine Hochburg verloren, er bleibt jedoch in der Region anwesend. Andere islamisch-extremistische Gruppen unterhalten zumeist Verbindungen zur international anerkannten Regierung im Westen des Landes, aber es gibt auch extremistische Einheiten innerhalb der Gruppierungen im Osten. Diese Gruppen sind für die gewaltsamsten Formen der Verfolgung verantwortlich und agieren völlig ungestraft, da es keine Zentralregierung gibt, die auch nur den Anschein von Recht und Ordnung im Land sicherzustellen vermag.
- **Nichtchristliche religiöse Leiter:** Auf lokaler Ebene sind Imame und Scheichs dafür bekannt, dass sie zum Hass gegen Christen aufwiegeln, besonders gegen Migranten und Christen muslimischer Herkunft. Auf nationaler Ebene üben wahhabitische Gelehrte über Satellitenfernsehen und Internet Einfluss aus. Im April 2019 warnte die Nichtregierungsorganisation „International Crisis Group“ vor dem zunehmenden Einfluss der Madchalisten, einer ultrakonservativen salafistischen Gruppe mit Wurzeln in Saudi-Arabien

und Anhängern in Ost- und West-Libyen. Auch wenn Madchalisten sich gegen politische Aktivitäten wenden, wie sie etwa die Muslimbruderschaft verfolgt, und gegen dschihadistische Operationen, wie sie beispielsweise der IS durchführt, sind sie doch Vertreter einer strikten Auslegung der Scharia. Berichten zufolge wächst ihr Einfluss, was dazu führt, dass strikte islamische Regeln in immer mehr Gegenden des Landes durchgesetzt werden.

- **Regierungsbeamte:** Libyen hat keine Zentralregierung und die Behandlung der Christen variiert von Region zu Region. Allerdings wird an der Scharia als Gesetz im ganzen Land festgehalten. Christen muslimischer Herkunft und Christen, die sich an Evangelisation beteiligt haben, können durch lokal herrschende Gruppen verhaftet werden. Inhaftierte christliche Migranten aus afrikanischen Ländern südlich der Sahara sehen sich oft schlimmerer Behandlung ausgesetzt als Migranten anderen Glaubens.
- **Gewöhnliche Bürger:** Gewöhnliche Bürger, die sich intoleranten und extremistischen Auslegungen des Islam verschrieben haben, tragen zur Verfolgung von Christen insbesondere in den Bereichen „Privatleben“, „Familienleben“ und „gesellschaftliches Leben“ bei. Diese Art der Verfolgung überschneidet sich mit jener ausgehend von den (Groß-)Familien, da Familien und Sippen eng verbunden sind und oft gemeinsam leben – auch, wenngleich in geringerem Maß, in städtischen Gebieten.
- **Politische Parteien:** Die meisten politischen Fraktionen unterstützen eine Anwendung der Scharia und streben an, dass Libyen auch weiterhin ein muslimisches Land bleibt.

Ausgehend von ethnisch oder traditionell begründeten Anfeindungen

- **Die eigene (Groß-)Familie:** Für Christen muslimischer Herkunft geht die größte Gefahr oft von der eigenen Familie aus. Um die Schande auszulöschen, die durch den Glaubenswechsel über die Familie gebracht wurde, wird diese versuchen, die Christen zu zwingen, ihren neuen Glauben zu widerrufen. Dies geschieht häufig durch sozialen Druck (etwa in Form von Familienausschluss, Zwangsheirat oder Verlust des Sorgerechts für die Kinder). Christen mit muslimischem Hintergrund erleben häufig schwere Gewalt.
- **Anführer ethnischer Gruppen:** Die Bevölkerung Libyens verteilt sich auf mehr als dreißig Stämme. Jeder Stamm besteht aus verschiedenen Klans und Familien, in denen eine hierarchische Struktur herrscht, wobei der Vater das Oberhaupt darstellt. Die Stammesführer, zumeist die ältesten Söhne einer Familie, haben die Pflicht, die (Groß-)Familie zu schützen, für deren Wohlergehen zu sorgen und die Familienehre zu erhalten. Sie üben Druck auf Christen muslimischer Herkunft aus, ihren neuen christlichen Glauben zu widerrufen, oder spornen Familien an, gegen abtrünnige Mitglieder vorzugehen.

Ausgehend von Organisiertem Verbrechen und Korruption

- **Kartelle oder Netzwerke des organisierten Verbrechens:** Wenngleich Verfolgung auch eng mit den Machenschaften korrupter Regierungsbeamter verbunden ist, sind vor allem kriminelle Gruppen an der Verfolgung von Christen beteiligt. Besonders Gruppen, die Menschenhandel und Entführungen mit Lösegeldforderung betreiben, achten beflissentlich darauf, Christen auszusondern und sie rauer zu behandeln als ihre Opfer anderen Hintergrunds. Diese Gruppen wenden unterschiedlichste Strategien an, um Migranten zu berauben, die versuchen, über Libyen nach Europa zu kommen. Viele werden nicht nur zwecks Lösegeldforderung entführt, sondern in die Sklaverei verkauft, und viele Frauen werden Opfer von sexuellen Übergriffen und Vergewaltigungen.

4. Regionale Brennpunkte der Verfolgung

Christen sind überall im Land gefährdet, besonders aber in den von islamisch-extremistischen Gruppen kontrollierten Gebieten. Der IS ist im Gebiet um die Stadt Sirte weiterhin anwesend. Andere Gruppen, wie etwa die „Libya Dawn Coalition“ kontrollieren das Gebiet um Tripolis und einzelne Stadtgebiete von Tripolis selbst. Im Osten halten sich extremistische Gruppen zumindest in Bengasi auf.

Christliche Migranten, die auf ihrem Weg nach Europa gefangen genommen und inhaftiert wurden, enden meist in einem der überfüllten Gefangenenlager im Umkreis von Tripolis. Andere kommen nicht einmal so weit, sondern werden von Menschenhändlern direkt in die Hände krimineller Beamter oder Gruppen übergeben. Letztlich müssen sie im Landwirtschaftssektor schwerste Zwangsarbeit leisten oder werden zur Prostitution gezwungen.

5. Betroffene Christen

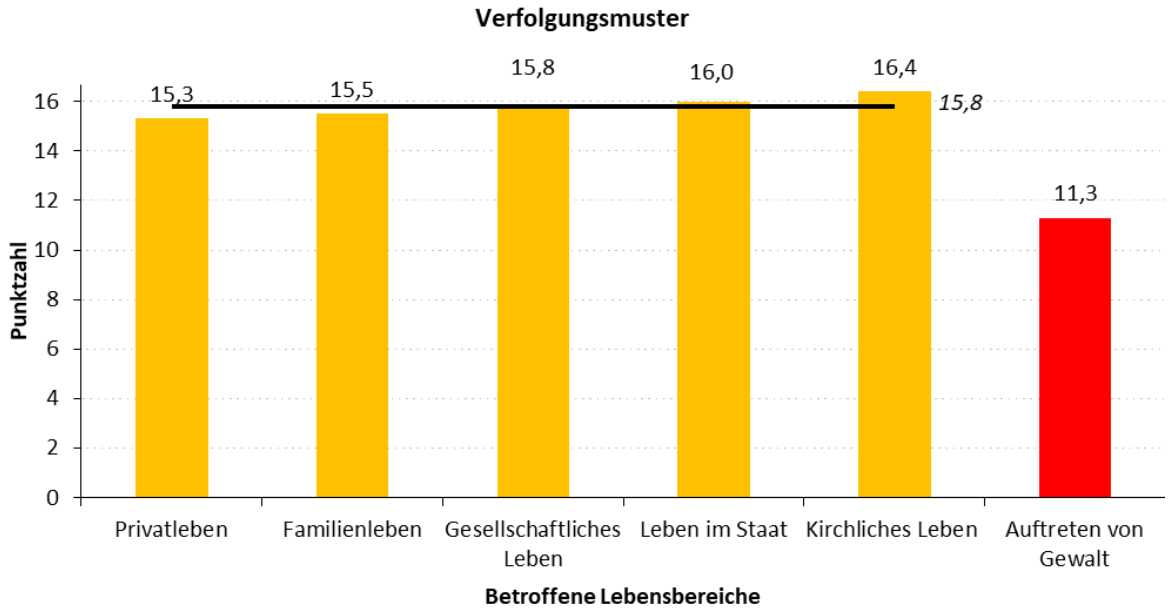
Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

Christliche Gastarbeiter (die meisten von ihnen kommen aus dem Afrika südlich der Sahara und einige aus Ägypten) dürfen ihre eigenen Kirchen haben. Libysche Bürger dürfen an diesen Gottesdiensten jedoch nicht teilnehmen. Bereits unter der despotischen Herrschaft al-Gaddafis war die Lage der Christen äußerst schwierig. Ausländische Christen beziehungsweise christliche Gastarbeiter haben eine gewisse Freiheit, doch nichtarabische Afrikaner erleiden doppelte Verfolgung: aus rassistischen und auch aus religiösen Gründen.

Christen muslimischer Herkunft (Konvertiten)

Die sehr kleine Gruppe libyscher Christen hält ihren Glauben geheim. Sie können keine Gottesdienste in offiziellen Kirchen besuchen. Ihre Anzahl ist sehr gering, doch mit dem Aufkommen christlicher Fernseh- und Internetangebote auf Arabisch wächst das Interesse am christlichen Glauben. Wie in den meisten muslimischen Ländern ist die Abkehr vom Islam mit starkem sozialem Druck verbunden. Als Christ muslimischer Herkunft in seiner Familie zu leben, ist risikobehaftet. Die meisten libyschen Christen wagen es nicht, sich mit anderen Christen zu treffen, denn alle religiösen Versammlungen – ausgenommen islamische – sind für Libyer verboten.

6. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Libyen

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Der durchschnittliche Druck auf Christen hat ein extremes Ausmaß und stieg von 15,5 im Weltverfolgungsindex 2019 auf 15,8 im Weltverfolgungsindex 2020. Der Grund für diesen Anstieg ist die Anarchie, die weiterhin aufgrund des Fehlens einer Zentralregierung besteht. Islamisch-extremistische Gruppen, aber auch Mitarbeiter der (in-)offiziellen Regierungen, können Christen, die aus Ländern südlich der Sahara kommen oder einen muslimischen Hintergrund haben, ungestraft schaden.
- Auch wenn der Druck in allen Lebensbereichen äußerst hoch ist, die höchste Stufe erreicht er in den Bereichen „Kirchliches Leben“ und „Leben im Staat“. Darin zeigt sich das Fehlen einer Zentralregierung. Wo Anarchie und islamischer Extremismus Hand in Hand gehen, da gibt es keine Meinungsfreiheit, keine Gleichbehandlung von Christen und keine Erlaubnis, Kirchengebäude zu errichten.
- Das Niveau für „Auftreten von Gewalt“ erreicht nun extremes Ausmaß, nachdem der Wert von 9,6 im Weltverfolgungsindex 2019 auf 11,3 im Weltverfolgungsindex 2020 gestiegen ist. Der Grund für diesen Anstieg liegt in der erhöhten Anzahl verifizierter Übergriffe. Gleichwohl bleibt der Mangel an verlässlichen inländischen Informationsquellen ein Problem.

Zu jedem der Lebensbereiche sind im Folgenden jeweils ausgewählte Teilaspekte genannt, die im betreffenden Lebensbereich für die Christen zu den gravierendsten Schwierigkeiten gehören.

Privatleben

- **Es ist gefährlich für Christen, ihrem Glauben in schriftlicher Form persönlich Ausdruck zu geben, etwa in Internetblogs oder auf Facebook:** Aufgrund der Unterdrückung durch die Intoleranz der Familienangehörigen, Gesellschaft und islamisch-extremistischen Gruppen wagen es Christen in Libyen kaum, andere etwas über ihren Glauben wissen zu lassen. Dies könnte unerwünschte Aufmerksamkeit nach sich ziehen – durch kriminelle Gruppen, die Wege suchen, um Menschen zu erpressen und zu entführen, oder durch islamisch-extremistische Gruppen, die die Anwesenheit von Christen nicht dulden – oder dazu führen, dass sie der Blasphemie beschuldigt werden, wenn sie beispielsweise Jesus Christus als „Sohn Gottes" bezeichnen. Besonders gefährlich ist eine öffentliche Äußerung des Glaubens für Christen muslimischer Herkunft, die durch ihren Glaubenswechsel Schande über ihre (Groß-)Familie gebracht haben.
- **Es ist für Christen riskant, christliche Bilder oder Symbole zu zeigen:** Durch christliche Symbole als Christ erkennbar zu werden, bringt Risiken mit sich. Es kann gefährlich sein, ein Kreuz zu tragen, oder wie im Falle der ägyptischen koptischen Christen am Arm oder Handgelenk ein Kreuz eintätowiert zu haben. Milizen und lokal regierende Gruppen unterhalten Kontrollstützpunkte, um zu überwachen, wer ihr Territorium betritt. Im alltäglichen Leben als Christ erkannt zu werden, kann Diskriminierung oder Belästigung nach sich ziehen. Besonders die Christen unter den Migranten, die aus afrikanischen Ländern südlich der Sahara kommen, müssen ihre christliche Identität verstecken, da sie ansonsten die Wahrscheinlichkeit erhöhen, von ihren Schleusern oder auch von Regierungsbeamten diskriminiert oder sexuell misshandelt zu werden. Es hat Berichte darüber gegeben, dass Christen aus Subsahara-Afrika ermordet wurden, nachdem ihr christlicher Glaube entdeckt wurde.
- **Es ist ein Risiko für Christen, über ihren Glauben mit anderen als mit ihren engsten Familienangehörigen zu sprechen:** Die libysche Gesellschaft ist konservativ und islamisch-extremistisches Denken hat einen wachsenden Einfluss im Land. Den christlichen Glauben mit einem Muslim zu teilen, könnte als Akt der Evangelisation interpretiert werden. Zwar ist nicht Missionierung, wohl aber „Anstiftung zur Spaltung" und „Beleidigung des Islam" ausdrücklich verboten.
- **Für Christen ist es risikobehaftet, andere Christen zu treffen.** Dies gilt insbesondere für libysche Christen muslimischer Herkunft. Würden sie bei solchen Treffen entdeckt, würde dies unerwünschte Aufmerksamkeit zur Folge haben, insbesondere durch nahe Verwandte.

Familienleben

- **Christen wird eine christliche Hochzeit wegen religiöser Gründe verweigert:** Libysche Christen muslimischer Herkunft werden von der Regierung weiterhin als Muslime betrachtet und dürfen keine christliche Zeremonie abhalten. Sie werden geächtet und müssen im Verborgenen bleiben. In einigen Landesteilen können ausländische Christen in ihren eigenen Kirchen heiraten. Doch insgesamt stellt eine Hochzeit ein Risiko dar, weil so islamisch-extremistische Gruppen oder, im Falle von Christen muslimischer Herkunft, die Familienangehörigen aufmerksam werden.

- **Beerdigungen von Christen werden verhindert oder zwangsweise nach nichtchristlichen Riten durchgeführt:** Christen muslimischer Herkunft werden in den meisten Fällen nach islamischen Riten beerdigt. Berichten zufolge werden Beerdigungen von christlichen Migranten aus afrikanischen Ländern südlich der Sahara ebenso verhindert.
- **Kinder christlicher Eltern werden dazu gedrängt, an nichtchristlichem Unterricht oder dem allgemeinen Religionsunterricht teilzunehmen:** Libyen ist ein islamisches Land und islamische Lehre beeinflusst alle Lehrpläne, auch wenn das Bildungsministerium im August 2018 die Lehrpläne der Medressen überprüfte, um sicherzustellen, dass dort nicht zum Hass gegen nichtislamische Minderheiten aufgerufen wird. Fast alle ausländischen Christen haben das Land verlassen. Die Hauptgruppe der verbliebenen Christen sind christliche Migranten aus den afrikanischen Ländern südlich der Sahara und einige ägyptisch-koptische Christen. Ihre Kinder müssen, wenn sie zur Schule gehen, dem Islamunterricht beiwohnen und sind gefährdet, Opfer von Belästigungen zu werden.
- **Wegen des christlichen Glaubens ihrer Eltern werden Kinder diskriminiert oder schikaniert:** Einige Christen muslimischer Herkunft halten ihren Glauben sogar vor den eigenen Kindern geheim – aus Furcht, sie könnten ihre Eltern aus Versehen verraten. Würde der christliche Glaube ihrer Eltern bekannt, würden Kinder von Christen muslimischer Herkunft sehr wahrscheinlich von ihren Altersgenossen tyrannisiert. Kinder von christlichen Migranten aus afrikanischen Ländern südlich der Sahara stehen in der Gefahr, aufgrund ihres Glaubens und wegen ihrer Herkunft schikaniert zu werden.

Gesellschaftliches Leben

- **Christen werden im Alltag belästigt, bedroht oder behindert, weil sie sich zum Beispiel nicht nach den Vorschriften für Kleidung oder Bärte der Mehrheitsreligion richten:** Christen sehen sich regelmäßig Schikane und Diskriminierung ausgesetzt und werden mit Argwohn betrachtet. Vor allem protestantischen Christen wirft man Verbindungen zum Westen und den westlichen Geheimdiensten vor, wie etwa zur amerikanischen CIA. Frauen müssen sich gemäß des Keuschheitsgebots kleiden, und die meisten libyschen Frauen bedecken entsprechend islamischer Tradition ihr Haar. Solche islamischen Normen müssen besonders christliche Frauen muslimischen Hintergrunds einhalten, um keine Aufmerksamkeit auf ihren Glaubenswechsel zu ziehen. Während des Fastenmonats Ramadan bekommen alle Christen den sozialen Druck zu spüren, während des Tages weder zu essen noch zu trinken; dies gilt im Besonderen für Christen muslimischen Hintergrunds, da sonst ihr Glaubenswechsel entdeckt werden könnte.
- **Christen stehen durch ihr soziales oder privates Umfeld unter Beobachtung:** Sie stehen unter ständigem Verdacht, was sich durch den Bürgerkrieg noch verstärkt hat. Alle Christen reisen nur äußerst vorsichtig; Christen muslimischer Herkunft meiden einige Landesteile und tendieren dazu, sich eher in Stadtgebieten aufzuhalten, wo ein Leben in Anonymität und Geheimhaltung eher möglich ist.
- **Christen werden von ihrem sozialen Umfeld unter Druck gesetzt, ihrem Glauben abzusagen:** Nicht nur Konvertiten erleben Druck, ihren Glauben zu widerrufen. Viele Christen aus den afrikanischen Ländern südlich der Sahara werden gezwungen, zum Islam zu konvertieren, oder tun das, um sich selbst zu schützen. Jene, die bei ihrem christlichen Glauben bleiben, werden vereinzelt und isoliert, einige wurden in solchen Situationen sogar an Ort und Stelle getötet.

- **Christen werden in der Erwerbstätigkeit, sei es im privaten oder öffentlichen Sektor, aufgrund ihres Glaubens diskriminiert:** Die normale Reaktion auf einen Glaubenswechsel ist der Verlust der Anstellung sowie die Ablehnung bei erneuter Arbeitssuche. Grundsätzlich stellt die Regierung keine Christen ein, jedenfalls nicht in höheren Positionen. Christen aus den afrikanischen Ländern südlich der Sahara erleiden doppelte Diskriminierung, aufgrund ihrer Hautfarbe und ihres Glaubens. Viele stehen in der Gefahr, ausgebeutet zu werden, und müssen unter härtesten Bedingungen arbeiten, einige sogar als Sklaven.

Leben im Staat

- **Christen werden aufgrund ihres Glaubens in der Bewegungsfreiheit stark eingeschränkt:** Aufgrund des Flickenteppichs verschiedener regierender Gruppen, die alle ihre eigenen Straßenkontrollen unterhalten, ist das Reisen für Christen sehr gefährlich. Bestenfalls laufen sie Gefahr, ein Bestechungsgeld zahlen zu müssen, schlimmstenfalls, entführt oder getötet zu werden.
- **Christen erleben Einschränkungen in der öffentlichen Meinungsäußerung:** Zwar hat der Fall al-Gaddafis Libyern allgemein mehr Freiheiten ermöglicht, ihre Meinung öffentlich zum Ausdruck zu bringen. Jedoch bleibt es risikobehaftet, Regierungsbeamte oder lokal regierende Gruppen zu kritisieren – das zeigt das Verschwinden kritisch eingestellter Journalisten und Internet-Blogger in den vergangenen Jahren. Da die meisten Christen ausländischer Herkunft sind, verwenden sie besondere Vorsicht darauf, nicht provokativ zu erscheinen. Christen muslimischer Herkunft im Speziellen sehen sich von öffentlichen Debatten ausgeschlossen, weil sie als Geächtete gelten.
- **Christen, Kirchen oder christliche Organisationen werden daran gehindert, öffentlich religiöse Symbole zu zeigen:** Selbst die wenigen registrierten Kirchen achten darauf, dass am Gebäudeäußeren keine religiösen Symbole angebracht sind. Eine öffentliche Zurschaustellung solcher Symbole würde als indirekte Form der Missionierung verstanden und könnte schwerwiegende Strafen durch die Behörden – oder gar öffentliche Lynchjustiz – nach sich ziehen.
- **Wer Christen schadet, wird absichtlich ungestraft gelassen:** Wer Christen muslimischer Herkunft verletzt oder sogar tötet, kann mit Straffreiheit rechnen. Besonders wenn dies durch Familienmitglieder geschieht, wird die Angelegenheit als eine Sache der Familienehre betrachtet. Straffreiheit im Falle der Tötung von Christen erfahren auch islamisch-extremistische Gruppen und Regierungsbeamte. Christen aus afrikanischen Ländern südlich der Sahara sind in dieser Hinsicht besonders gefährdet.

Kirchliches Leben

- **Kirchliche Aktivitäten werden überwacht, behindert, gestört oder sabotiert.** Christen muslimischer Herkunft können sich in keiner Kirche gefahrenfrei versammeln. Ausländische Kirchengemeinden müssen äußerst vorsichtig sein. Die meisten versuchen, gute Beziehungen zu ihren muslimischen Nachbarn zu unterhalten, aber eine insgesamt feindliche Einstellung gegenüber Christen erschwert es ihnen, einen positiven Einfluss auf die Gesellschaft zu nehmen.
- **Auf allen Ebenen der Verwaltung ist es schwierig, als Kirchengemeinde eine Registrierung zu bekommen:** Christen muslimischer Herkunft wagen es nicht, sich als Christen zu erkennen zu geben, geschweige denn eine offizielle Anerkennung ihrer kirchlichen Aktivitäten bei behördlichen Stellen zu beantragen. Kirchen, die geschichtlich bedingt eine Präsenz im Land

haben, wie etwa die Koptisch-Orthodoxe Kirche oder die Römisch-Katholische Kirche, haben eine offizielle Anerkennung. Gleichwohl sind auch für sie Kirchenneubauten oder Renovierungen kompliziert. Protestantische Kirchen konnten bisher keine gesetzliche Anerkennung erlangen und müssen ihre Aktivitäten in Privathäusern durchführen.

- **Kirchengemeinden werden davon abgehalten, Christen muslimischer Herkunft öffentlich aufzunehmen:** Unabhängig davon, wer in einem Landesteil herrscht, ob es die von der UN anerkannte „Regierung der nationalen Einheit“ oder eine lokale salafistische Miliz ist, können in keiner Region die Kirchengemeinden Christen muslimischer Herkunft aufnehmen. Evangelisation ist zwar nicht offiziell verboten, aber das Strafgesetz stellt es unter Todesstrafe, den Islam oder den Propheten Mohammed zu beleidigen. De facto bedeutet das, dass Kirchengemeinden äußerst zurückhaltend agieren müssen und Muslime weder einladen noch als Gäste empfangen dürfen.
- **Kirchengemeinden in Libyen werden daran gehindert, mit der weltweiten Kirche in Verbindung zu stehen.** Ausländern wird es beispielsweise verwehrt, libysche Kirchen zu besuchen, und libysche Christen werden daran gehindert, ins Ausland zu reisen, etwa um an christlichen Konferenzen teilzunehmen: Generell ist es sehr gefährlich für Christen aus dem Ausland, Christen in Libyen zu besuchen. Christen muslimischer Herkunft müssen sehr vorsichtig sein, wenn sie ins Ausland reisen, um keinen Verdacht zu erregen. Wenngleich es in den vergangenen Monaten als Ausländer immer noch möglich war, einige Stadtteile von Tripolis zu besuchen, haben die intensivierten Kämpfe um Tripolis alle Besuche faktisch unmöglich gemacht. Das macht es außerordentlich schwer, Christen im Land zu ermutigen oder zu unterstützen.

Normales kirchliches Leben ist für alle Christen beinahe unmöglich. Abhängig von der Region können sich christliche Migranten in Kirchen versammeln, setzen sich so aber ernsthaften Sicherheitsrisiken aus. Es ist strengstens untersagt, christliche Literatur und Bibeln in arabischer Sprache ins Land zu bringen. Muslimen das Evangelium weiterzusagen sowie jede Art von missionarischer Tätigkeit ist offiziell verboten.

Auftreten von Gewalt

Das Ausmaß der Gewalt gegen Christen in Libyen ist als extrem hoch einzustufen. Aufgrund der politischen Instabilität und des Fehlens von Recht und Ordnung im Land sind Christen einer sehr gewalttätigen, unmenschlichen und entwürdigenden Behandlung ausgesetzt. Einen klaren Hinweis darauf, was Christen derzeit durchmachen, gibt ein Bericht von Amnesty International, der bereits 2016 veröffentlicht wurde: Ein 26-Jähriger aus Eritrea, der in einem Gefangenenlager in al-Zawiya festgehalten wurde, wird mit den Worten zitiert: „Sie hassen Christen. Wenn du Christ bist, kann ich nur sagen: ‚Gott helfe dir, wenn sie es herausfinden …‘ Wenn sie ein Kreuz oder eine (religiöse) Tätowierung sehen, schlagen sie dich noch stärker.“ Ein anderer ehemaliger Häftling aus Nigeria sagte, dass Wachen im Gefangenenlager in Misrata die Männer nach Religion getrennt und die Christen dann ausgepeitscht hätten. Ein 22-jähriger Mann aus Eritrea, der in der Haft geschlagen wurde, nachdem sein Boot abgefangen worden war, sagte: „Sie schlugen mich, nahmen mein Geld und warfen meine Bibel und das Kreuz, das ich um meinen Hals trug, weg … Zuerst prüfen sie, ob man Geld in den Taschen hat, dann nehmen sie ein elektrisches Kabel und peitschen dich aus.“ Ein Bericht von Amnesty International, der im März 2019 veröffentlich wurde, zeigt, dass sich die Situation verschlechtert hat, da viele Migranten nach Libyen zurückgeschickt werden, wenn ihr Boot auf dem Weg nach Europa abgefangen wird.

- Das Ausmaß der Gewalt gegen Christen in Libyen hat ein extremes Ausmaß bedingt durch die anhaltende Anarchie, islamisch-extremistische Gruppen und eine Gesellschaft, die vom Stammessystem geprägt ist. Es gibt unbestätigte Berichte, denen zufolge mindestens 40 Christen aus dem Afrika südlich der Sahara aufgrund der rigorosen Behandlung in den Hafteinrichtungen starben oder getötet wurden. Für den Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2020 kann keine belastbare Zahl angegeben werden.
- Besonders christliche Migranten werden Opfer von Menschenraub und Vergewaltigung. Von vielen Christinnen wird berichtet, sie seien zur Prostitution gezwungen worden.
- Sowohl Christen muslimischer Herkunft als auch christliche Migranten werden wegen ihres Glaubens verhaftet. Sowohl Stammesgruppen als auch Regierungsbeamte sind für solche Verhaftungen verantwortlich.
- Die wenigen Kirchengebäude, die es im Land gibt, sind eine Zielscheibe für gewaltsame Angriffe, vor allem durch islamisch-extremistische Gruppen.
- Privathäuser, in denen Christen leben, stehen in der Gefahr, ins Fadenkreuz krimineller und islamisch-extremistischer Gruppen oder sogar von Regierungsbeamten zu geraten.

7. Verfolgungssituation für Männer und Frauen

Wie Frauen Verfolgung erfahren:

- Entführung
- Verweigerung des Zugangs zu christlichen Materialien
- Ausschluss aus der Gemeinschaft
- Zwangsverheiratung
- Erzwungene Flucht aus Stadt oder Land
- (Haus-)Arrest durch die Familie
- Menschenhandel
- Ermordung
- Psychische Gewalt
- Sexuelle Gewalt

Christinnen sind zumeist denselben Herausforderungen ausgesetzt wie Männer. Gleichwohl leben Frauen tendenziell in ihren Familien von anderen abgeschottet. Deshalb erleben sie die Härte von Verfolgung als gesteigert. Im Allgemeinen wird Frauen eine niedrigere Position im libyschen Familienleben zugewiesen als Männern. Dies rührt von Stammesgesetzen her, die der islamischen Scharia entsprechen. Von Frauen und Mädchen wird erwartet, dass sie ihre Sexualität strengen Normen unterwerfen. Sie sind sich im Klaren darüber, dass sie Schande über die Familie bringen, wenn sie dies nicht tun. Christinnen, die aufgrund ihres Glaubens manchmal als Form der Strafe zu Opfern sexueller Gewalt werden, stehen vor sozialen und kulturellen Barrieren, die verhindern, dass solche Verstöße strafrechtlich verfolgt werden. Hinzu kommt die Abneigung der Familie, den Vorfall öffentlich zu machen. Die Aussage einer Frau hat nicht diesselbe Beweiskraft wie die eines Mannes. Das Fehlen einer Gesetzgebung, die sexuelle Belästigung im Bildungsbereich und häusliche Gewalt unter Strafe stellt, vergrößert die Gefährdung von Frauen zusätzlich.

Für Christinnen muslimischer Herkunft ist es schwierig, solchen gefährlichen Situationen zu enkommen. Sie haben kaum Spielraum, autonom zu leben, da die Möglichkeit für Frauen ausdrücklich beschränkt ist, Oberhaupt eines Haushaltes oder einer Familie zu werden.

Im Übrigen sind auch christliche Migrantinnen aus afrikanischen Ländern südlich der Sahara gefährdet, Opfer von sexuellem Missbrauch zu werden, besonders dann, wenn sie von ihren männlichen Begleitern getrennt werden, wie das in den Haftanstalten für Migranten geschieht. Die traumatischen Erfahrungen, die Frauen und Mädchen so erleiden, haben zerstörerische Kraft für ihr zukünftiges Familienleben.

Wie Männer Verfolgung erfahren:

- Entführung
- Ausschluss aus der Gemeinschaft
- Wirtschaftliche Schikane im Berufs-/Geschäftsleben
- Vertreibung aus Wohnung/Wohnhaus
- Zwangsrekrutierung zum Militärdienst
- Menschenhandel
- Ermordung
- Psychische Gewalt
- Körperliche Gewalt

Im Allgemeinen stehen Männer in Libyen in höherer Gefahr, körperliche Gewalt zu erleben. Grund dafür ist ein „Kreislauf von Gewalt, Gräueltaten und Straffreiheit“, so ein Ankläger des Internationalen Strafgerichtshofs. Zwangsarbeit und Versklavung sind weitverbreitet unter Männern aus afrikanischen Ländern südlich der Sahara, die nach Westlibyen migriert sind, einschließlich christlicher Männer. Die häufig jungen Männer reisen ohne ihre Familie, weshalb sie in der Gefahr stehen, entführt zu werden, um in der Landwirtschaft Schwerstarbeit leisten zu müssen. Andere werden entführt oder verhaftet und nur gegen Zahlung eines Lösegeldes freigelassen. Wenn diese Männer eine Familie in ihren Herkunftsländern haben, sind ihre Familien finanziell gefährdet, weil sie von ihren Ehemännern und Vätern abhängig sind und Schutz und finanzielle Versorgung erwarten.

Christliche Männer stehen in der Gefahr, ihren Arbeitsplatz zu verlieren, körperlichen und geistigen Missbrauch zu erleben, entführt zu werden und nur gegen Lösegeld freizukommen. Weil sie für das Einkommen der Familie sorgen, haben christliche Männer häufig das Gefühl, ihrer Rolle in der Familie nicht mehr gerecht werden zu können, wenn sie aufgrund von Strafverfolgung nicht mehr arbeiten dürfen. Die Risiken für libysche Christen sind derart hoch, dass es schwer ist, christliche Gemeinschaften zu bilden, wenn sich nicht ihre ganze Familie dem christlichen Glauben zuwendet. Wer einen Glaubenswechsel vollzieht, steht in der Gefahr, zu Hause von den eigenen Eltern entführt zu werden.

8. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Ibaditen und Sufi-Muslime, die nicht zu den sunnitischen islamischen Traditionen gehören, werden von Gruppen wie dem IS und anderen militanten sunnitischen Gruppierungen mit gewaltsamen Angriffen verfolgt. Auch werden sie allgemein von der Gesellschaft diskriminiert. So erwähnt das US-Außenministerium im „International Religious Freedom Report 2017“ für Libyen, dass zwei geschichtsträchtige Sufi-Moscheen in Tripolis am 20. Oktober und 28. November 2017 von unbekannten Angreifern attackiert und schwer beschädigt wurden. Auch Atheisten und jeder, der die sunnitisch islamischen Lehren öffentlich in Frage stellt, sind in Libyen äußerst gefährdet.

9. Der Ausblick für Christen

Islamische Unterdrückung

Wohl kaum wird der durch Islamische Unterdrückung verursachte Druck in der nächsten Zeit abnehmen. Obwohl es Friedengespräche gibt, um den Bürgerkrieg zu beenden, ist es kaum denkbar, dass islamische Extremisten und andere Gruppen die Kontrolle an eine neue Zentralregierung übergeben werden. Ihr Einfluss und ihre (willkürliche) Umsetzung der Scharia werden eine gefährliche Bedrohung für die Christen unter ihrer Kontrolle bleiben. Auch wenn islamisch-extremistische Gruppen aus dem Land verdrängt würden, würde die Gesellschaft im Allgemeinen doch konservativ gesinnt bleiben und von der Regierung erwarten, die Scharia durchzusetzen.

Ethnisch oder traditionell begründete Anfeindungen

Ethnisch begründete Anfeindungen und Islamische Unterdrückung sind eng miteinander verwoben, wobei das Stammessystem dafür sorgt, dass das Land konservativ bleibt. In Kriegssituationen neigen Menschen dazu, sich an ihre Religion und ihre Bräuche zu klammern und nicht offen für neue Ideen, geschweige denn eine neue Religion zu sein. Den Islam zu verlassen und den christlichen Glauben anzunehmen, wird daher weiterhin als Verrat am Islam, der Familie und dem Stamm gesehen werden. Außerdem wird sich die Behandlung der Migranten, die aus afrikanischen Ländern südlich der Sahara kommen, in Zukunft wahrscheinlich nicht verbessern, weil diese Migranten mit rassistischen Vorbehalten und als religiös andersartig betrachtet werden. Daher werden ethnisch oder traditionell begründete Anfeindungen weiterhin eine entscheidende Triebkraft der Christenverfolgung sein.

Organisiertes Verbrechen und Korruption

Solange es keine Zentralregierung mit wirkungsvoller Autorität im Land gibt, wird die derzeitige Gesetzlosigkeit anhalten. Islamisch-extremistische Gruppen, aber auch Regierungsbeamte werden weiter mit Menschenhandel, Entführung und Erpressung Geld verdienen. Weil sie dafür besonders ins Visier genommen werden, bleiben Christen auch künftig verwundbar.

zurück zur Länderübersicht

Pakistan: Platz 5

Zusammenfassung

Im Jahr 1947, dem Jahr der Unabhängigkeit des Landes, wurde die Situation für die christliche Minderheit komplizierter, da Pakistan offiziell ein muslimischer Staat wurde. Traditionelle Kirchen besitzen relativ große Freiheit, Gottesdienste zu feiern. Sie werden jedoch stark überwacht und werden regelmäßig Ziel von gezielten Bombenanschlägen (der letzte große Anschlag geschah am 17. Dezember 2017 in Quetta). Kirchengemeinden, die sich aktiver nach außen engagieren, sowie Mitarbeiter in der Jugendarbeit, sind stärkerer Verfolgung vonseiten der Gesellschaft ausgesetzt. Alle Christen leiden unter Diskriminierung. Dies wird dadurch sichtbar, dass häufig Berufe, die als niedrig, schmutzig und unwert betrachtet werden, durch die Behörden für Christen „reserviert werden". Viele Christen sind ohnehin arm und etliche von ihnen sind in Schuldknechtschaft gefangen. Auf der anderen Seite gibt es auch viele Christen, die der Mittelschicht angehören – dies schützt sie jedoch nicht davor, marginalisiert oder verfolgt zu werden. Die berüchtigten Blasphemiegesetze Pakistans zielen insbesondere auf religiöse Minderheiten (auch muslimische) ab; gemessen am prozentualen Anteil der Christen an der Gesellschaft sind diese aber am stärksten betroffen. Dies gilt nicht nur für Christen aus den ärmeren Schichten.

Beispiele aus dem aktuellen Berichtszeitraum

- Einem Bericht von Morning Star News zufolge tötete im Mai 2019 ein Großgrundbesitzer einen christlichen Arbeiter, weil er es gewagt hatte, für einen anderen Arbeitgeber zu arbeiten. Dieser Fall zeigt den niedrigen sozialen Status, den die meisten Christen haben, und steht exemplarisch für ähnliche Fälle, über die meist nicht berichtet wird.
- Obwohl es keine großen (Bomben-)Anschläge gegen Kirchengebäude im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2020 gegeben hat, gab es Dutzende von „alltäglichen Angriffen" gegen Kirchen und Friedhöfe. Ein Beispiel ist die Schändung des christlichen Friedhofs in Okara am 12. Mai 2019.
- Die Brüder Qaisar und Amoon Ayub, beides Christen, wurden wegen angeblicher Blasphemie im Jahr 2010 durch einen Bezirksrichter in Lahore am 13. Dezember 2018 zum Tode verurteilt.

---

1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 88 Punkten belegt Pakistan Platz 5 auf dem Weltverfolgungsindex 2020.

Pakistan ist weiterhin eines der Länder, in denen es Christen am schwersten haben. Dies wird durch die unverändert sehr hohen und extrem hohen Werte für den Druck auf Christen in den einzelnen Lebensbereichen bestätigt, die sogar leicht angestiegen sind. Der Wert für „Auftreten von Gewalt" ist zudem auf dem maximalen Level geblieben. (Nur wenige Länder haben jemals diesen Maximalwert für Gewalt beim Weltverfolgungsindex erreicht.) Obwohl es seit Dezember 2017 keine größeren Angriffe gegen Kirchen oder Versammlungen von Christen gegeben hat, erreicht Pakistan weiterhin den

Maximalwert durch Tötungen und Angriffe gegen Kirchengebäude. Die berüchtigten Blasphemiegesetze fordern weiterhin ihre Opfer, und wer nur mit dem Gedanken spielt, sie zu ändern, riskiert sein Leben.

2. Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung

Die Gesellschaft Pakistans islamisiert sich zunehmend und das Land ist Heimat einer Vielzahl islamisch-extremistischer Gruppen. Ein hinzugezogener Experte zählte 65 verschiedene islamistische Gruppierungen von unterschiedlicher Größe und mit unterschiedlichem Einfluss; Tehreek-e-Labbaik (TLP) ist die jüngste in Erscheinung getretene Gruppe davon. Die christliche Gemeinschaft fühlt sich sowohl durch diese Gruppierungen als auch durch die islamische Kultur der pakistanischen Gesellschaft allgemein bedrängt. Es gibt Politiker, Richter und religiöse Leiter, die eine Änderung der berüchtigten Blasphemiegesetze in Erwägung ziehen oder sich sogar politisch dafür einsetzen. Jeder, der solche Versuche startet, wird jedoch öffentlich von denen bedroht, die eine extremistische, auf dem Wahhabismus beruhende Ausrichtung haben. Diese identifizieren sich stark mit den Unterstützern des sogenannten „Islamischen Staates“ (IS) und der Taliban und wollen ein Kalifat errichten, in dem „Ungläubige“ gemäß ihrer Ideologie behandelt werden. Trotz der stärkeren Bekämpfung einiger Gruppen durch das Militär blühen extremistische Gruppierungen auf und werden von verschiedenen politischen Lagern zu Verbündeten gemacht. Ihre Fähigkeit, hunderttausende, meist junge Menschen zu mobilisieren und auf die Straße zu bringen, ist ein politisches Werkzeug, mit dem sich politische Ziele kraftvoll durchsetzen lassen.

Verbotene extremistische Gruppierungen lösen sich zudem nicht einfach in Luft auf. In den meisten Fällen benennen sie sich um, gründen Wohltätigkeitsorganisationen oder beschränken sich auf Onlineaktivitäten. Eine andere Taktik ist, sich für anstehende Wahlen anderen extremistischen Parteien anzuschließen. Diese Gruppierungen umwerben die Bevölkerung mit sozialen Leistungen und versuchen, jungen Menschen die Perspektive zu geben, an der es in Pakistan so sehr fehlt. Der Großteil der Bevölkerung ist jünger als 25 Jahre, fast ein Drittel ist noch nicht 14 Jahre alt. Der Staat sieht sich hier der großen Aufgabe gegenüber, dieser jungen Generation eine Perspektive für die Zukunft aufzuzeigen.

Während die Lebenserwartung mit 68,1 Jahren nicht sehr hoch ist, steht die Fruchtbarkeitsrate bei 2,62. Auch wenn sich diese Zahlen langsam verändern, zeigen sie riesige soziale Herausforderungen auf. Wenn die Fruchtbarkeitsrate weiterhin so hoch bleibt, wird Pakistan bis etwa 2030 das bevölkerungsreichste muslimische Land der Welt sein und Indonesien ablösen. Diese gesellschaftlichen Strukturen führen dazu, dass jedes Jahr eine große Anzahl junger Menschen die Schule voller Träume für ihre Zukunft verlässt. Da das Land jedoch nicht einmal allen gut ausgebildeten jungen Menschen die Hoffnung auf einen Arbeitsplatz bieten kann, sind soziale Unruhen absehbar. Dies spielt wiederum den extremistischen islamischen Gruppen in die Hände, die den Jugendlichen ein Gefühl von Wertschätzung vermitteln, das sie so noch nie hatten.

Organisiertes Verbrechen und Korruption

Korruption zieht sich in Pakistan durch alle Ebenen der Behörden und der Armee. Die Armee ist eng mit der Wirtschaft des Landes verflochten und tritt in vielen Wirtschaftsbereichen als starker Wettbewerber auf. Sie genießt dabei unlautere Vorteile, wie ein populärer Scherz verdeutlicht: „Jedes

Land hat eine Armee, aber hier hat eine Armee ein Land.“ Es ist schwer, an detaillierte Daten zu gelangen, doch Schätzungen zufolge verfügt das Militär über ein Vermögen von etwa zehn Milliarden US-Dollar. Dazu kommen etwa fünf Millionen Hektar landwirtschaftliche Fläche. Die Absetzung von Präsident Nawaz Sharif und seine Verurteilung zu zehn Jahren Haft durch eine Entscheidung des Obersten Gerichtshofs aufgrund von Korruption, die durch die Panama-Papiere aufgedeckt wurde, zeigt, dass die Korruption jedoch keinesfalls auf das Militär beschränkt ist.

Unter dem organisierten Verbrechen leiden insbesondere auch Christen, da viele von ihnen arm und schutzlos sind. Dies kommt besonders bei Fällen von Blasphemie zum Tragen, wie sich im März 2018 zeigte, als 20 Verdächtige im Mordfall an einem christlichen Ehepaar freigesprochen wurden. Das Paar war am 4. November 2014 wegen angeblicher Blasphemie ermordet und in einem Ziegelofen verbrannt worden. Schuldknechtschaft ist eine alte Form der Sklaverei und in einigen Teilen Pakistans weitverbreitet, insbesondere in den ländlichen Gegenden. Arbeiter in dieser Lage sind völlig der Willkür des Arbeitgebers ausgeliefert. Da sie wegen horrender Zinsen ihre Schulden nicht zurückzahlen können, gibt es für sie keinen Ausweg. Sie können nicht gerichtlich gegen die Situation vorgehen und bleiben so ohne Schutz oder Hoffnung auf Veränderung.

Ethnisch oder traditionell begründete Anfeindungen

Pakistan leidet unter der ethnischen Zersplitterung nicht nur der Gesellschaft, sondern auch der Verwaltung des Landes. So werden beispielsweise die Provinz Belutschistan und die Region Sindh traditionell als außerhalb der Reichweite staatlichen Einflusses gesehen. Als Feudalherren herrschende Landbesitzer unterhalten in den ländlichen Regionen von Sindh und Punjab eigene Milizen, Gerichte und Gefängnisse. Korruption ist überall zu finden. All das hat auch Auswirkungen auf die schutzlose christliche Minderheit. Die Rechtsprechung in den föderal verwalteten Stammesgebieten (FATA) ist eingeschränkt – die zurückhaltende Einmischung von Polizei und Gerichten trägt erst recht zur Entfremdung der lokalen Bevölkerung bei.

Diktatorische Paranoia

Die Politik in Pakistan hat schon immer aus einer Mischung aus „Islamischer Unterdrückung“ und „Diktatorischer Paranoia“ bestanden. Jede Regierung musste mit einer Opposition, extremistischen Gruppierungen, einer starken, unabhängigen Armee und Korruptionsvorwürfen kämpfen. In der Folge tut sie alles, was ihr möglich ist, um an der Macht zu bleiben, besonders, da Politik in Pakistan auch Familienpolitik bedeutet: Die Partei PML-N wird von der Familie Sharif geführt (das N im Namen der Partei steht für den ehemaligen Premierminister Nawaz Sharif), die PPP von der Familie Bhutto. Nachdem Premierminister Nawaz Sharif im Juli 2018 aufgrund der Korruptionsvorwürfe zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt wurde, stellte sich sein Bruder als Kandidat zur Verfügung, um seine Rolle zu übernehmen. Nawaz Sharif und seine Tochter wurden nur zwölf Tage vor den Wahlen verhaftet. Imran Khan, der Vorsitzende der Pakistan Tehreek-e-Insaf (PTI), der mit keiner der großen Familien verbunden ist, hatte eine Klage gegen den damaligen Premierminister Sharif eingereicht, da durch die zugespielten Panama-Papiere Unregelmäßigkeiten in den privaten finanziellen Angelegenheiten des Premierministers öffentlich wurden. Imran Khans Wahl zum Premierminister im Juli 2018 verheißt nichts Gutes für die Minderheiten des Landes. Khan hat bereits durch viele Äußerungen klargemacht, dass sie ihm nicht wichtig sind.

3. Verfolger

Ausgehend von Islamischer Unterdrückung

- **Regierungsbeamte:** In Pakistan ist die Durchsetzung von Recht und Gesetz auf der lokalen wie nationalen Ebene schwach, besonders wenn es um Christen geht. Oft werden leere und falsche Versprechungen gemacht und gerade Christen fühlen sich verwundbar. Als ein Hoffnungsstrahl wird der Freispruch von Asia Bibi im Oktober 2018 durch den Obersten Gerichtshof gesehen, der trotz des Druckes durch islamisch-extremistische Gruppen erfolgte.
- **Nichtchristliche religiöse Leiter, gewalttätige religiöse Gruppen und revolutionäre oder paramilitärische Gruppen:** In Pakistan gewinnen mehrere islamisch-extremistische Gruppierungen an Einfluss und wachsen, da sie von politischen Parteien, dem Militär und der Regierung umworben werden. Einige gründen sogar ihre eigenen Parteien. Besonders die Armee folgt weiterhin einer Politik, bei der sie zwischen „guten“ und „bösen“ Taliban unterscheidet. Diese Strategie wurde inzwischen von der Regierung übernommen. Solange sich dies nicht ändert, werden islamisch-extremistische Gruppen ihren Einfluss ausweiten, nicht zuletzt in dem sie Tausende von Islamschulen betreiben (bei denen der Staat nicht genau weiß, was sie lehren und wie sie finanziert werden). Zunehmend werden pseudo-behördliche „Beratungsgremien“ für den Staat vollständig mit religiösen (islamischen) Gelehrten besetzt, die so die Regierung und die Gesetzgebung beeinflussen und lenken können.
- **Politische Parteien und ideologische Interessensgruppen:** Ideologische Interessensverbände, die häufig mit politischen Parteien und islamischen religiösen Gruppen verknüpft sind, üben enormen Druck aus und haben starken Einfluss. Dies zeigte sich auch bei den Wahlen im Juli 2018, obwohl Parteien, die direkt aus islamistischen Gruppen entstanden sind, nicht viele Stimmen bekamen.
- **Die eigene (Groß-)Familie:** Christen mit muslimischem Hintergrund sehen sich vielen Feindseligkeiten ausgesetzt; die größte Gefahr für sie kommt jedoch von ihren eigenen Familien, da der Abfall vom Islam als eine große Schande für Familie und Umfeld angesehen wird.
- **Gewöhnliche Bürger:** Islamisch-extremistische Gruppen sind in der Lage, Bürger überall im Land zu mobilisieren, insbesondere die Jugend. Sie ermutigen sie, gegen die Entscheidungen der Regierung zu demonstrieren und stacheln sie dazu an, gegen religiöse Minderheiten, Christen einbegriffen, aktiv zu werden.
- **Anführer ethnischer Gruppen:** Obwohl die meisten Christen und Muslime aus den gleichen Ethnien stammen und die Verfolgung meist in Verbindung mit der religiösen Identität steht, kann die ethnische Herkunft ebenfalls eine Rolle spielen.

Ausgehend von Organisiertem Verbrechen und Korruption

- **Regierungsbeamte:** Als kleine und schwache Gruppe in der Gesellschaft sind Christen doppelt verletzlich angesichts von „Organisiertem Verbrechen und Korruption“ und werden leicht zu Opfern. Tausende Christen leben weiterhin in Schuldknechtschaft und sind Ausbeutung ausgesetzt, da sie sehr arm sind, ohne die Perspektive, dass sich ihre Lage jemals ändert. Sie bescheren ihren Dienstherren großen Gewinn. Reiche Großgrundbesitzer arbeiten mit Politikern zusammen und lokale Würdenträger, sowohl aus religiösen als auch aus politischen Kreisen, profitieren stark von diesem System.

- **Revolutionäre oder paramilitärische Gruppen:** Organisierte Kriminalität ist häufig direkt mit militanten islamischen Gruppen verbunden und beeinflusst Wahlen sowie politische Prozesse in Pakistan und hat auch Auswirkungen auf das Leben der Christen. Das Haqqani Netzwerk, der IS, Tehrik-i-Taliban Pakistan, Jamaatul Ahrar (TTP-JA), Lashkar-e-Jhangvi und Al Kaida sind (neben anderen) in diesem Kontext zu erwähnen. Das örtliche organisierte Verbrechen stellt ein großes Problem in den urbanen und Stammesgebieten Pakistans dar. In Karachi sind Banden, Erpresser und die Mietmafia Teil derselben kriminellen Landschaft. Diese Organisationen haben zudem ihre politischen Verbindungen und damit auch politische Unterstützung. Massive Korruption, besonders im Rahmen der allgegenwärtigen Patronage, ist in Pakistan weitverbreitet und durchdringt nahezu jedes Segment der Gesellschaft, inklusive der Polizei, den Gerichten und der Politik.
- **Kartelle oder Netzwerke des organisierten Verbrechens:** Pakistan hat eine lange Geschichte der Korruption; sie wird teilweise durch die Armee befeuert, hat aber auch mehrere andere Akteure. Im Korruptionswahrnehmungsindex 2018 belegt Pakistan Platz 117 von 180. Kirchen werden nicht nur für politischen Nutzen angegriffen und unter Druck gesetzt, sondern auch aus finanziellen Motiven. Besonders historische Kirchen besitzen Ländereien in strategischen Regionen wie Stadtzentren, was sie anfällig für Angriffe macht, die Immobilienentwickler mit Hilfe von kriminellen Banden durchführen. Zudem hat die fortgesetzte Zerstörung von Kircheneigentum den Effekt, dass Kirchengemeinden gezwungen sind, Eigentum zu verkaufen, um Reparaturausgaben zu bezahlen.
- **Internationale Organisationen und Botschaften:** Im Jahr 2017 berief der damalige Innenminister Chaudhry Nisar Ali Khan ein Treffen der Botschafter islamischer Staaten in Islamabad ein, um das Thema von Blasphemie in sozialen Medien als vereinigte Umma (Gemeinschaft der Muslime) zu diskutieren und anzugehen. Multilaterale Organisationen folgen der diskriminierenden Politik des Landes bei der Einstellung neuer Mitarbeiter.

Ausgehend von Diktatorischer Paranoia

- **Regierungsbeamte und politische Parteien:** Wie bereits zuvor erwähnt, war die Politik in Pakistan lange eine Familienangelegenheit, ein Trend, der erst vor Kurzem gebrochen wurde. Dennoch gilt: Wer in Pakistan an der Macht ist, versucht, an ihr festzuhalten, und tut alles, was nötig ist, um genügend Unterstützung dafür zu bekommen. Ein politischer Akteur in dieser Angelegenheit, der jedoch selten offen agiert, ist die Armee. Die Art, in der die Armee bestimmte islamisch-extremistische Gruppen umwirbt, um sie als Werkzeug zu benutzen, führt dazu, dass auch Christen zu Zielen dieser Gruppen werden. Obwohl Angriffe auf Christen nicht Teil der Politik der Armee sind, wird dies als notwendiger Kollateralschaden gesehen.
- **Nichtchristliche religiöse Leiter, gewalttätige religiöse Gruppen und revolutionäre oder paramilitärische Gruppen:** Solange religiöse Führer und Gruppen durch die Regierung, politische Parteien und die Armee hofiert werden, unterstützen sie sie in ihrem Kampf, an der Macht zu bleiben. Wenn sie es als notwendig erachten, gegen die christliche Minderheit vorzugehen oder sie weiterhin zu diskriminieren, dann tun sie es. Christen werden schnell zu Sündenböcken gemacht oder einfach als „Tauschwaren“ im politischen System genutzt.

Ausgehend von ethnisch oder traditionell begründeten Anfeindungen

- **Regierungsbeamte und politische Parteien, revolutionäre oder paramilitärische Gruppen:** Ethnische und religiöse Motive sind untrennbar miteinander verbunden. Daher gilt hier genauso, was zuvor über die Islamische Unterdrückung geschrieben wurde.

- **Anführer ethnischer Gruppen und nichtchristliche religiöse Leiter:** Anführer ethnischer Gruppen verlangen kompromisslosen Gehorsam. Jede Abweichung, etwa der Glaubenswechsel, wird als Verrat angesehen. Sie setzen Christen muslimischer Herkunft selbst unter Druck und rufen andere dazu auf, ebenfalls den Druck zu erhöhen.
- **Gewalttätige religiöse Gruppen und ideologische Interessengruppen:** Diese Gruppen nutzen jedes ihnen zur Verfügung stehende Mittel, um ihre Agenda durchzusetzen und gegen Minderheiten zu agieren. Wenn ethnische Untertöne bei diesem Ziel helfen, setzen sie sie gerne ein.

4. Regionale Brennpunkte der Verfolgung

Während es in Pakistan viele politische Brennpunkte gibt, sind die besonderen Brennpunkte der Verfolgung von Christen nicht ganz so offensichtlich. Da die mit Abstand meisten Christen in der Provinz Punjab leben, geschehen viele Vorfälle von Verfolgung dort. Daneben ist aber auch die Provinz Sindh berüchtigt dafür, ein Brennpunkt der Schuldknechtschaft zu sein, was ebenfalls viele Christen betrifft.

5. Betroffene Christen

Christen aus traditionellen Kirchen

Diese kommen zum Beispiel aus der römisch-katholischen und der anglikanischen Kirche. Sie erleben zunehmend Anfeindungen. Es wird schwieriger, Genehmigungen für bestimmte Versammlungen zu erhalten. Sie müssen sich mit einer starken Kontrolle und Überwachung auseinandersetzen.

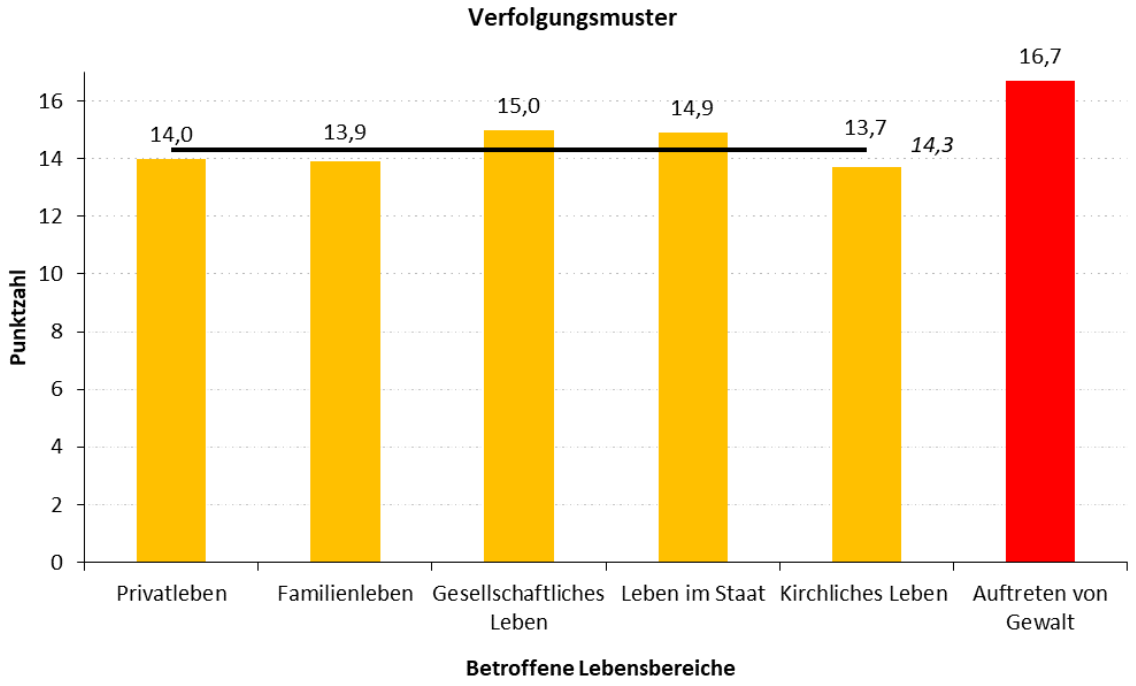
Christen muslimischer Herkunft

Christen mit muslimischem Hintergrund tragen die Hauptlast der Verfolgung. Diese geht sowohl von extremistischen islamischen Gruppierungen aus (von denen die Christen als Verräter angesehen werden) als auch von Familien und Nachbarn, die eine Abwendung vom Islam als Schande für die Familie und das Umfeld betrachten.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Evangelikale, Baptisten und Pfingstgemeinden werden stärker überwacht und oft drangsaliert und angegriffen, insbesondere, wenn sie aktiv versuchen, Muslime mit dem Evangelium zu erreichen.

6. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Pakistan

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Insgesamt hat der Druck auf Christen in Pakistan ein extremes Ausmaß. Der durchschnittliche Wert stieg auf 14,3 im Weltverfolgungsindex 2020 (von 14,1 im Weltverfolgungsindex 2019).
- In den Lebensbereichen „Leben im Staat“ (extremer Druck) und „Kirchliches Leben“ (sehr hoher Druck) hat sich die Punktzahl nicht verändert. Dies spiegelt unter anderem wider, dass Christen weiterhin stark unter den Blasphemiegesetzen und den Gesetzen für Nichtregierungsorganisationen des Landes leiden. Der Druck bleibt in den Bereichen „Privatleben“ und „Familienleben“ auf einem extrem hohen Wert und ist im Bereich „Gesellschaftliches Leben“ gestiegen. Den stärksten Druck erfahren Christen muslimischer Herkunft. Generell ist es jedoch normal für viele Christen, als Bürger zweiter Klasse betrachtet, vernachlässigt oder angegriffen zu werden. Die Blasphemiegesetze und die islamistischen Gruppen, die sie „verteidigen“, bleiben eine große Bedrohung für alle Christen.
- Der Wert für das Auftreten von Gewalt gegen Christen erreichte erneut das Maximum von 16,7. Dies ist seit dem Weltverfolgungsindex 2016 nun durchgehend der Fall gewesen. Obwohl keine größeren Angriffe auf Kirchen Schlagzeilen gemacht haben, gab es im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2020 viele weitere kleine Angriffe auf christliche Gemeinschaften, Versammlungen und Einzelpersonen – darunter Entführungen von Frauen, Vergewaltigungen, Zwangsverheiratungen, Zwangsräumungen und Vertreibungen im In- und Ausland.

Zu jedem der Lebensbereiche sind im Folgenden jeweils ausgewählte Teilaspekte genannt, die im betreffenden Lebensbereich für die Christen zu den gravierendsten Schwierigkeiten gehören.

Privatleben

- **Es ist ein Risiko für Christen, über ihren Glauben mit anderen als mit ihren engsten Familienangehörigen zu sprechen:** Viele Christen vermeiden es, mit Muslimen über ihren Glauben zu sprechen, da es gefährliche Konsequenzen haben kann. Während dies besonders für Christen muslimischer Herkunft gilt, ist es durchaus auch für andere Christen relevant, besonders im Angesicht der Blasphemiegesetze. Jegliche solcher Diskussionen können religiös motivierte Anschläge gegen sie, ihre Gemeinschaften und Kirchen nach sich ziehen
- **Es ist gefährlich für Christen, ihrem Glauben in schriftlicher Form persönlich Ausdruck zu geben, etwa in Internetblogs oder auf Facebook:** Es wird dann gefährlich, wenn das Geschriebene als ein Angriff oder eine Herausforderung der etablierten Lehren und Werte des Islam gesehen wird. Alle persönlichen Statements – zum Beispiel auf Facebook – können in Fällen der Anklage der Blasphemie benutzt (oder missbraucht) werden.
- **Es ist gefährlich, christliches Material zu besitzen oder aufzubewahren:** Während ausländische Christen nahezu jedes Material besitzen können, ist es für pakistanische Christen gefährlich, Material zu besitzen, das über ihren persönlichen Gebrauch hinausgeht, da dieses als Werkzeug angesehen werden kann, den christlichen Glauben gegenüber Muslimen zu bewerben und sie mit dem Evangelium erreichen zu wollen. Bücher, besonders mit apologetischem Inhalt, können als staats- und islamfeindlich deklariert werden und der Besitz dieser Literatur kann bestraft werden. Für Christen muslimischer Herkunft ist es sehr riskant, den Besitz christlichen Materials offen zu zeigen.
- **Es ist für Christen riskant, christliche Bilder oder Symbole zu zeigen:** Ein christliches Symbol zu zeigen, ist ein visueller Auslöser und kann ein Ausgangspunkt für die alltägliche Diskriminierung sein, die Christen erfahren. Selbst einen christlichen Namen zu haben, kann schon Anlass zur Provokation sein. Zudem erfahren Christen oft die Beschädigung ihres persönlichen Eigentums, wenn sie christliche Symbole, beispielsweise auf ihren Autos, zeigen. Berichte, nach denen Christen auf der Straße, im Verkehr oder auf der Arbeit angespuckt oder aggressiv beleidigt wurden, weil sie ein Kreuz trugen, sind Zeichen dafür, dass die Situation schwieriger wird.

Christen muslimischer Herkunft müssen hinsichtlich ihres Glaubenslebens immer sehr auf der Hut sein, besonders wenn sie die Einzigen in der Familie sind, die Jesus nachfolgen. Ihre Bibel oder andere Materialien können ihnen leicht von der Familie, Freunden oder Nachbarn weggenommen werden. Eine Art der Bestrafung für Christen muslimischer Herkunft durch die Familie ist Hausarrest. Eine mildere Form der Strafe ist es, sie unter Beobachtung zu stellen. Manche Christen mit muslimischem Hintergrund müssen auch aus Sicherheitsgründen untertauchen.

Familienleben

- **Kinder christlicher Eltern werden dazu gezwungen, an nichtchristlichem Unterricht oder dem allgemeinen Religionsunterricht teilzunehmen:** In kleinen Dörfern und abgelegenen Orten werden christliche Familien gezwungen, ihre Kinder zum islamischen Unterricht in eine lokale Medresse zu schicken. Der christliche Unterricht dagegen ist auf den Sonntagsgottesdienst einmal pro Woche beschränkt. Die meisten Kinder fühlen sich bereits früh dazu gedrängt, zum Islam „zurückzukehren“, weswegen die meisten Eltern ihren Kindern verbieten, mit nichtchristlichen Kindern über ihren Glauben zu reden. Christliche Kinder werden in der Schule zur Teilnahme an islamischen Riten und Festen gezwungen. Zudem werden sie beständig dazu aufgefordert, Muslime zu werden. Die Eltern werden oft besucht und dazu angehalten, ihre

Kinder zu islamischen Veranstaltungen zu schicken und sie Arabisch lernen zu lassen. Dies wird unter dem Vorwand vorgeschlagen, dass sich dadurch ihre Noten bessern würden. Das verunsichert die Kinder und erhöht die Gefahr einer „unfreiwilligen" Konversion. Ein detaillierter Bericht darüber, was Kinder und Jugendliche religiöser Minderheiten erleben, wurde durch die pakistanische Menschenrechtskommission im März 2019 veröffentlicht.

- **Wegen des christlichen Glaubens ihrer Eltern werden Kinder diskriminiert oder schikaniert:** In der Schule ist es christlichen Kindern oft nicht gestattet, die gleichen Wasserspender wie die anderen Kinder zu nutzen, weil sie diese angeblich verunreinigen würden. Mobbing ist an der Tagesordnung. Einige Schulbücher lehren den Hass auf Christen. Selbst in einigen christlichen Einrichtungen wollen manche nichtchristlichen Schüler keine Gemeinschaft mit Christen haben oder mit ihnen essen. Diese Einstellung ist nicht immer rein religiös begründet, sondern hat oft mit einem Kastendenken zu tun, da die Mehrheit der Christen aus einer niedrigen Kaste oder sogar den Unberührbaren stammen. Der Bericht zur internationalen Religionsfreiheit des US-Außenministeriums vermerkt auf Seite 20: „Angehörige der religiösen Minderheiten gaben an, dass öffentliche Schulen muslimischen Schülern Bonuspunkte für das Auswendiglernen des Korans gaben, es aber keine analoge Möglichkeit zur Erlangung von Bonuspunkten für Schüler der religiösen Minderheiten gegeben habe."
- **Christliche Paare werden aufgrund ihres Glaubens daran gehindert, Kinder zu adoptieren oder Pflegekinder aufzunehmen:** Generell gibt es in Pakistan keine formelle Adoption. Es gibt kein Gesetz, das die Adoption regelt. Die einzig legale Form ist, jemandes Vormund zu werden, was nicht im eigentlichen Sinne einer Adoption entspricht. Wenn ein Paar ein Kind inoffiziell adoptiert, wird erwartet, dass das Kind der Religion seiner eigentlichen Eltern folgt. Wenn diese unbekannt ist, gilt der Islam als Standard. Christen können nur adoptieren oder Vormund werden, indem sie eine christliche Adoptionseinrichtung nutzen, die überwacht wird, um sicherzustellen, dass sie keine Kinder nichtchristlichen Hintergrunds vermitteln.
- **Eltern wurden daran gehindert, ihre Kinder gemäß ihrem christlichen Glauben aufzuziehen:** Nicht zuletzt wegen des anhaltenden Druckes durch die Gesellschaft und der Situation, in der sich christliche Kinder selbst in der Schule wiederfinden, ist es schwer, Kinder gemäß dem christlichen Glauben zu erziehen und dem Druck zu widerstehen. Aus Angst vor Anklagen der Blasphemie gehen Eltern sogar so weit, ihren Kindern beizubringen, komplett über ihren Glauben zu schweigen.

Es ist nicht möglich, einen Wechsel zum christlichen Glauben behördlich eintragen zu lassen: Ein Kind wird automatisch als Muslim registriert, wenn der Vater als Muslim eingetragen ist – auch wenn der Vater seinen Glauben in der Realität längst gewechselt hat. Werden Christen mit muslimischem Hintergrund entdeckt, drohen ihnen die erzwungene Scheidung und der Verlust aller Erbansprüche.

Der Bericht zur internationalen Religionsfreiheit des US-Außenministeriums erklärt auf Seite 8: „Die Regierung sieht die Ehe einer nichtmuslimischen Frau mit einem nichtmuslimischen Ehemann als annulliert an, wenn die Frau zum Islam konvertiert, obwohl sie die Ehe eines nichtmuslimischen Mannes als weiterhin gültig anerkennt, wenn er zum Islam konvertiert. Kinder eines nichtmuslimischen Paares werden als außerehelich angesehen und sind nicht erbberechtigt, wenn ihre Mutter zum Islam konvertiert. Der einzige Weg für den Mann, die Ehe und den Status des Kinder anerkennen zu lassen, ist ebenfalls zum Islam zu konvertieren. Die Kinder eines muslimischen Mannes und einer muslimischen Frau, die beide zu einem anderen Glauben konvertieren, werden als unehelich angesehen und gemäß dem Gesetz kann die Regierung die Kinder in ihre Obhut nehmen."

Die Durchführung einer Taufe, einer christlichen Hochzeit oder eines Begräbnisses kann schwierig oder sogar unmöglich werden: Christen muslimischer Herkunft werden entweder körperlich angegriffen oder die islamische Gesellschaft und die eigene Familie verfluchen sie mit schwarzer Magie, Zaubertränken, Amuletten und anderen okkulten Praktiken. Entscheidet sich ein Christ mit muslimischem Hintergrund für die Taufe, wird er besonders unter Druck gesetzt, da die Taufe als endgültige Abkehr vom Islam angesehen wird. Auch wenn ein Pakistani mit christlichem Hintergrund getauft wird, sind häufig Schüsse von Hausdächern und aggressive Rufe gegen Christen zu hören. Dies geschieht, obwohl es nicht strafbar für einen pakistanischen Christen ist, getauft zu werden. Die Taufe wird jedoch als sichtbares Zeichen des Wachstums der christlichen Gemeinde gehasst.

Gesellschaftliches Leben

- **Christen stehen durch ihr soziales oder privates Umfeld unter Beobachtung:** Christen werden durch die Regierung und zunehmend auch durch nicht-staatliche Akteure überwacht. Da die Überwachung allgegenwärtig ist und jederzeit mit Angriffen gerechnet werden muss, informieren Christen die staatlichen Behörden (zum Beispiel die Polizei) regelmäßig über ihre Versammlungen. Dies ist ein zweischneidiges Schwert: Es sorgt für Schutz, erhöht aber auch die Überwachung.
- **Christen werden von ihrem sozialen Umfeld unter Druck gesetzt, ihrem Glauben abzusagen:** Selbst Ausländer haben berichtet, dass sie von lokalen Behörden einbestellt wurden, um zu erklären, warum sie an Jesus Christus glauben, und unter Druck gesetzt wurden, den Islam anzunehmen. Dies gilt umso mehr für pakistanische Christen und Christen muslimischer Herkunft.
- **Christen werden in der Erwerbstätigkeit, sei es im privaten oder öffentlichen Sektor, aufgrund ihres Glaubens diskriminiert:** An Arbeitsplätzen ist der Druck auf die christliche Minderheit oftmals so groß, dass viele Christen sich dazu gezwungen sehen, immer wieder ihre Arbeit zu wechseln, um sich einer erzwungenen Konversion zum Islam zu entziehen. Christen werden regelmäßig dazu gezwungen, Hilfsarbeiten wie Fegen oder Wassertragen zu verrichten. Aber selbst der Zugang zu diesen Jobs wird laut neuer Berichte für Christen immer schwieriger, da Reinigungsstellen, Kommunen oder Krankenhäuser zunehmend nur Muslime einstellen.
- **Christen werden wegen ihres Glaubens belästigt, bedroht oder im Alltagsleben gestört.** Christen werden als unrein betrachtet und deshalb wird die gemeinsame Nutzung etwa von Wasserstellen als Verunreinigung der Muslime gewertet. Dies ist ein Erbe des Kastensystems, das vielen Christen in Pakistan weiterhin Schwierigkeiten bereitet. So begann auch der Fall von Asia Bibi. Christen muslimischer Herkunft werden zudem auf viele andere Arten und Weisen diskriminiert.

Viele Krankenhäuser, Apotheken und andere Einrichtungen bieten Fürsorgeprogramme an, die Christen vermehrt verweigert werden. Anderen werden horrende Rechnungen für medizinische Behandlungen gestellt. Diese können sie nicht bezahlen und daher keine Behandlungen erhalten. In Krankenhäusern, die der Regierung gehören, haben Christen keinen Zugang zu kostenlosen Medikamenten, die durch „Zakat“ (islamische Spenden) finanziert werden. Häufig wollen Patienten die Zimmer nicht mit Christen teilen, sodass diese in Fluren oder Gängen warten müssen. Arbeiter in Schuldknechtschaft sind an ihre Arbeitgeber durch Verträge gebunden, die ihnen unbezahlbare und immer weiter wachsende Schulden aufbürden.

Leben im Staat

- **Die Verfassung oder eine vergleichbare nationale Gesetzgebung schränkt die Religionsfreiheit gemäß Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte ein:** Die islamische Republik Pakistans nahm 1973 eine islamische Verfassung und die Scharia, das islamische Recht, als bürgerliches Gesetz an. Der aktuelle Premierminister, Imran Khan, sagte, dass die Regierungsform zu Zeiten Mohammeds als das perfekte Regierungssystem für Pakistan gesehen werden sollte. Ein anderes Beispiel, wie die Menschenrechte eingeschränkt werden, findet sich in Artikel 19 zur Redefreiheit. Dieses Recht kann im „Interesse des Ruhmes des Islam“ eingeschränkt werden, was Raum für subjektive Interpretation lässt.
- **Christen werden wegen ihres Glaubens beim Kontakt mit Behörden (lokale Verwaltungen, Regierung, Armee, etc.) diskriminiert:** Diskriminierungen und Herausforderungen für Christen existieren auf jeder Ebene der Regierung und selbst in säkularen Umgebungen. Dies gilt ebenso für die Armee, obwohl Christen weiterhin in ihr dienen.
- **Christen werden von staatlichen Behörden oder Interessensgruppen beschuldigt, die Mehrheitsreligion zu lästern oder zu beleidigen:** Die jüngere Entwicklung der Islamisierung der Gesellschaft begann in den 1980er-Jahren, als General Zia 1986 die berüchtigten Blasphemiegesetze einführte. Schnell wurden diese Gesetze zur schlimmsten Bedrohung für die christliche Minderheit. Einem Pressebericht von 2010 zufolge waren zu diesem Zeitpunkt 801 der 1.031 wegen Blasphemie inhaftierten Personen Muslime (der Großteil dürfte zu muslimischen Minderheiten gehören). Von den weiteren 230 Inhaftierten waren 162 Christen (70,4 %), 15 Sikhs (6,5 %), 28 Buddhisten (12,2 %) und 25 Anhänger anderer Religionen. Somit waren 15,7 % der wegen Blasphemie inhaftierten Personen Christen, obwohl Christen nur etwa 2 % der Bevölkerung ausmachen. Die Blasphemiegesetze sind zudem dafür bekannt, missbraucht zu werden, um persönliche Streitigkeiten auszutragen, sich zu bereichern oder dem Nachbarn etwas heimzuzahlen. Die Tatsache, dass Asia Bibi, das wohl bekannteste Opfer der Blasphemiegesetze, am 31. Oktober 2018 durch das Oberste Gericht freigesprochen wurde, ist zwar ein positives Zeichen. Dennoch wurden weitere Christen der Blasphemie angeklagt; im Dezember 2018 wurden zwei Brüder durch ein erstinstanzliches Gericht sogar zum Tode verurteilt.
- **Christen erleben Einschränkungen in der öffentlichen Meinungsäußerung:** Christen legen sich ein hohes Maß an Selbstzensur auf oder ziehen sich aus dem öffentlichen Raum zurück. Christliche Ansichten werden gemeinhin ignoriert, da sie als der islamischen Lehre und als den islamischen Werten widersprechend und somit als inakzeptabel gesehen werden. Zwar gibt es immer noch Menschen, die die Stimme erheben, aber das Beispiel der nationalen Kommission zu Minderheiten und der Unterrepräsentation von Minderheiten in der politischen Arena sind klare Zeichen, wie wenig ihre Meinung geachtet wird. Der Bericht zur internationalen Religionsfreiheit des US-Außenministeriums stellt auf den Seiten 23 und 24 fest: „Am Jahresende bleibt der Status der nationalen Kommission zu Minderheiten unklar. Vertreter des Ministeriums für religiöse Angelegenheiten und interreligiöse Harmonie sagten, dass die Kommission weiter existiere und sich jährlich treffe. Aktivisten der Minderheiten gaben jedoch an, dass die Effektivität der Kommission durch ein Fehlen einer regelmäßigen Budgetzuteilung und eines unabhängigen Vorsitzenden wie auch durch Widerstand seitens des Ministeriums behindert werde. Nichtregierungsorganisationen und Mitglieder der Nationalversammlung gaben mehrere Vorschläge und Gesetzesentwürfe für die Errichtung einer neuen unabhängigen nationalen Kommission für Minderheitenrechte ab, wie vom obersten Gericht

2014 gefordert. Das Ministerium selbst brachte ebenfalls einen Gesetzesentwurf ein, der eine ‚nationale Kommission für interreligiöse Harmonie' schaffen sollte, und gab dabei an, dass die Angelegenheiten von Minderheiten seit 2010 an die Provinzen übertragen worden seien. Medienberichten zufolge traf sich ein Unterkomitee des ständigen Komitees zu religiösen Angelegenheiten der Nationalversammlung im April, um die Gesetzesentwürfe zur Schaffung der neuen Kommission zusammenzuführen. Das Ministerium versprach, mit den Parlamentariern zusammenzuarbeiten, um die Gesetzesentwürfe zusammenzuführen. Quellen berichteten, dass diese Arbeit am Ende des Jahres andauerte. Ein ähnlicher Gesetzesentwurf war in der Provinzversammlung von Sindh am Ende des Jahres noch anhängig."

Kirchliches Leben

- **Kirchengemeinden werden daran gehindert, christliche Aktivitäten außerhalb von Kirchengebäuden zu organisieren:** In den meisten Fällen trauen sich Kirchengemeinden nicht, Aktivitäten außerhalb ihrer Gemeindegelände zu organisieren. Aktivitäten von Kirchen werden regelmäßig überwacht. Die Regierung stellt zwar Sicherheitskräfte für viele Kirchen ab, diese jedoch beobachten auch genau, was in den Gemeinden geschieht und berichten regelmäßig an die Regierung. Es besteht der Verdacht, dass solche Aufklärungsberichte an extremistisch-islamische Organisationen und Kämpfer weitergegeben werden. Es gab in der Vergangenheit Berichte, dass das Sicherheitspersonal gewalttätig wurde und lokale Kirchenleiter angriff. Christliche Kirchen gleichen inzwischen Festungen mit hohen Mauern und schmalen Toren. Obwohl die Regierung Schutz versprochen hat, gab es in den vergangenen Jahren mehrere Angriffe auf Kirchen mit Dutzenden von Opfern.
- **Kirchengemeinden werden davon abgehalten, Christen muslimischer Herkunft öffentlich aufzunehmen**: Da der Übertritt vom Islam zum christlichen Glauben so stark abgelehnt und von Familie, Gesellschaft, Regierung und extremistischen Gruppen bekämpft wird, wäre es höchst gefährlich für eine Kirchengemeinde, Christen muslimischer Herkunft auch nur auf ihrem Gelände zu dulden. Wenn ein Christ muslimischer Herkunft an einem Gottesdienst teilnehmen will, muss dies geschehen, ohne dass jemand weiß, dass er oder sie ein Konvertit ist.
- **Christliche Predigten, Unterricht und/oder Publikationen werden überwacht:** Sowohl die Regierung als auch islamisch-extremistische Gruppen überwachen die Lehren der Kirchen auf Inhalte, die als gegen die Regierung oder gegen den Islam wahrgenommen werden. Ein Mittel der Überwachung ist die Bereitstellung von Wachpersonal für Kirchengebäude. Während sie tatsächlich als Wachpersonal arbeiten, sind sie parallel damit beschäftigt, zu lauschen, zu überwachen und zu berichten.
- **Pastoren oder andere christliche Leiter (oder ihre Familienmitglieder) erleben wegen ihres Glaubens Schikane:** Kirchenleiter sind die ersten Ziele für Schikane, da sie die sichtbarsten Vertreter der verhassten christlichen Minderheit sind. Dies bedeutet nicht, dass alle angegriffen werden, aber es meint, dass die Verfolger sehr wohl wahrnehmen, dass es der Kirche schadet, wenn einem Leiter Schaden zugefügt wird. Pastoren und Jugendmitarbeiter wurden gewarnt, dass ihre Aktivitäten von Behörden und Gruppen aus der Nachbarschaft überwacht würden.

Kirchen benötigen eine Registrierung und Genehmigung, um mit dem Bau neuer Projekte fortzufahren: Dies ist ein langer Prozess, da Kirchen oft mehr als zehn Jahre warten müssen, um eine Registrierung zu erhalten, und oft entmutigt werden, mit ihren Bauplänen fortzufahren. Bestechungsgelder werden erwartet und es sind Briefe von einflussreichen Mitgliedern des Parlaments und von Regierungsbehörden vonnöten. Auch wenn es kein Gesetz gegen den Bau von Kirchen gibt, wird der Prozess erschwert, um Christen zu entmutigen.

Das Gesetz für Nichtregierungsorganisationen vom 1. Oktober 2015 erlaubt es der Regierung, alle solchen Organisationen zu überwachen und nach Belieben zu schließen. Kirchengemeinden, die nicht als Nichtregierungsorganisation registriert sind, werden als illegal eingestuft und stehen in der Gefahr, geschlossen zu werden. Das Gesetz wurde eigentlich zum Schutz des Landes vor Terrororganisationen eingeführt, die sich als gemeinnützige Organisation ausgeben. Doch nun werden Kirchengemeinden und Terrororganisationen gemeinsam aufgeführt. Im Oktober 2018 wies Pakistans Innenminister 18 Nichtregierungsorganisationen an, das Land zu verlassen und alle Programme innerhalb von 60 Tagen einzustellen. Dies betraf unter anderem auch World Vision und die Catholic Relief Agency. Diese Praxis wurde nicht korrigiert, einige dieser Organisationen bemühen sich um eine erneute Registrierung.

Auch wenn der Druck steigt, wenn Kirchengemeinden Jugendliche erreichen wollen, gab es auf diesem Gebiet keine Fälle von offenen Behinderungen. Abgesehen von der pakistanischen Bibelgesellschaft wird anderen christlichen Organisationen stark vom Besitz einer Druckerpresse abgeraten. Die Arbeit der Bibelgesellschaft wird zudem stark überwacht: Jede Bibel hat eine Seriennummer, die nachverfolgt werden kann. Seit Oktober 2016 haben nur noch zwei von ursprünglichen 13 christlichen TV-Sendern eine Registrierung. Christen machen sich ebenfalls weiter Sorgen über Einschränkungen des Internets, die durch das Gesetz zur Vorbeugung von elektronischen Verbrechen von August 2016 ermöglicht werden, welches das Potential hat, einen der letzten Wege zur Verbreitung der christlichen Botschaft einzuschränken. Außerdem geht die Debatte über ein christliches Familienrecht weiter. Christen wurden dazu ermutigt beziehungsweise genötigt, Scheidungen in mehr Fällen als nur aufgrund von Ehebruch zuzulassen, und das Gesetz wird angepasst, ohne dass christliche Leiter in Pakistan signifikant daran beteiligt sind.

Auftreten von Gewalt

Christen werden in Pakistan als Bürger zweiter Klasse angesehen und Gewalt gegen sie ist oftmals keine großen Schlagzeilen wert, da sie allgegenwärtig ist. Kirchen werden angegriffen, Christen werden festgenommen (beispielsweise aufgrund der berüchtigten Blasphemiegesetze), entführt, vergewaltigt, zwangsverheiratet (insbesondere Mädchen) und aus dem Land vertrieben. Jedes Jahr werden zudem Christen wegen ihres Glaubens getötet. Aus diesem Grund erreichte die Wertung für das Auftreten von Gewalt zum fünften Mal in Folge die maximal erreichbare Punktzahl.

- Zum Beispiel tötete ein Großgrundbesitzer einem Bericht von Morning Star News zufolge im Mai 2019 einen christlichen Arbeiter, weil er es gewagt hatte, für einen anderen Arbeitgeber zu arbeiten. Dieser Fall zeigt den niedrigen sozialen Status, den die meisten Christen haben, und steht exemplarisch für ähnliche Fälle, von denen meist nicht berichtet wird. Amir Masih wurde am 2. September in Lahore eingesperrt, gefoltert und in Polizeigewahrsam getötet. Tötungen erfolgen über das Land verteilt, mit einem Schwerpunkt in Punjab, wo mehr Christen leben. Täter waren islamisch-extremistische Gruppen, Mobs und die Polizei.

- Dieses offenkundige Auftreten von Gewalt überdeckt die alltägliche Gewalt gegen christliche Frauen und Mädchen, die häufig entführt, vergewaltigt, zwangsverheiratet und zur Konversion gezwungen werden.
- Die Brüder Qaisar und Amoon Ayub, beides Christen, wurden wegen angeblicher Blasphemie im Jahr 2010 durch einen Bezirksrichter in Lahore am 13. Dezember 2018 zum Tode verurteilt.
- Angriffe auf Kirchen finden mit erschreckender Häufigkeit statt, auch wenn die Gebäude dabei nicht immer zerstört werden oder geschlossen werden müssen. Dennoch berichten viele Pastoren von häufiger Brandstiftung, zerbrochenen Fenstern, zerstörter Einrichtung und kleineren Schikanen wie der Abschaltung von Strom oder Wasser für Kirchen. Obwohl es keine großen (Bomben-)Anschläge gegen Kirchengebäude gegeben hat, kommt es häufiger zu regelmäßigen kleineren „Alltagsangriffen“ gegen Kirchen und Friedhöfe.
- Wird ein Christ der Blasphemie angeklagt, wird häufig sein Zuhause attackiert, sodass die Familie sich verstecken muss.

7. Verfolgungssituation für Männer und Frauen

Wie Frauen Verfolgung erfahren:

- Entführung
- Falsche Anklagen
- Zwangsverheiratung
- Menschenhandel
- Psychische Gewalt
- Sexuelle Gewalt

Besonders verwundbar sind in Pakistan Mädchen und junge Frauen im Alter von 13-20 Jahren mit christlichem (oder hinduistischem) Hintergrund. Christen berichten, dass ihre Töchter oft entführt, vergewaltigt, zur Ehe mit ihrem Entführer und zum Übertritt zum Islam gezwungen werden. Die Behörden unternehmen nichts dagegen und unterstützen zumeist sogar die muslimischen Familien, die die Mädchen entführt haben. Daher haben viele Eltern solcher Frauen und Mädchen zunehmend das Gefühl, es sei zwecklos, rechtliche Schritte zu unternehmen. Selbst wenn ein Fall vor das Gericht kommt, werden die Mädchen dazu gezwungen auszusagen, sie seien freiwillig konvertiert.

Der Jahresbericht von Human Rights Watch für 2018 schreibt: „Laut einem Bericht der Bewegung für Solidarität und Frieden in Pakistan werden jedes Jahr mindestens 1.000 Mädchen aus christlichen und hinduistischen Gemeinschaften dazu gezwungen, muslimische Männer zu heiraten.“ Wenn eine christliche Familie mutig genug ist, die Entführung und Heirat anzufechten, werden sie oft beschuldigt, das „freiwillig konvertierte“ Mädchen und ihre neue Familie zu belästigen. Die ist besonders bei jungen Christinnen in der Provinz Punjab der Fall. Während Kinderheirat verboten ist, steht das gesetzliche Heiratsalter bei 16 Jahren, und obwohl erzwungene Heirat eine Straftat ist und viele Anzeigen (gemäß einem Bericht von 2015) aufgegeben wurden, bleibt die Strafverfolgung ein Problem. Was zudem Raum für Straffreiheit für Gewalt gegen christliche Frauen schafft, ist die Tatsache, dass der Aussage einer Frau nicht dasselbe Gewicht zugemessen wird wie der eines Mannes.

Zudem gab es Berichte über gezielten Menschenhandel von christlichen Mädchen sowohl in Schuldknechtschaft als auch über einen „Prostitutionsring“, der christliche Mädchen nach China schmuggelte.

Sobald sie verheiratet ist, hat eine Frau nur wenig Schutz gegen jene, die sie dafür bestrafen wollen, ihre selbstgewählte Religion beizubehalten.

Teil einer christlichen Familie zu sein, schützt Frauen ebenfalls nicht davor, Verfolgung zu erfahren. Sie können fälschlicherweise der Blasphemie angeklagt, geschlagen und/oder sexuell belästigt werden.

Wie Männer Verfolgung erfahren:

- Entführung
- Diskriminierung/Schikane im Bildungsbereich
- Falsche Anklagen
- Verhaftung durch die Behörden
- Menschenhandel
- Ermordung
- Sexuelle Gewalt
- Psychische Gewalt
- Körperliche Gewalt

Christliche Männer stehen in Pakistan vielen Formen von Gewalt gegenüber. Die Blasphemiegesetze bieten weiterhin den Rahmen für einen Großteil der Verfolgung von christlichen Männern in Pakistan. Es gibt Hunderte von Anklagen von angeblicher Blasphemie gegen sie. Aber viel zu oft haben sie ihre Grundlage in einem unerwünschten Mietverhältnis, einer Arbeitssituation oder sogar einem Kricketspiel. Christliche Männer leben in konstanter Angst vor Blasphemieanschuldigungen, Beschädigung ihres Eigentums, Festnahmen, Haft, Schlägen, Folter und Exekution. Es gibt zudem Berichte, dass christliche Jungen Opfer von sexuellem Missbrauch wurden.

Christliche Männer und Jungen sind dazu gezwungen, Arbeitsplätze anzunehmen, die einen geringen Status haben und als unrein angesehen werden. Sie werden häufig als „Chura“ beleidigt. Das Wort kann mit „schmutzig“ übersetzt werden und wird für Straßenkehrer gebraucht. Obwohl es auch eine christliche Mittelklasse gibt und nicht alle Christen Arbeiten mit niedrigem Status verrichten müssen, sind Diskriminierung und soziale Ungleichheit allgegenwärtig. Islamische Gesetze und Praktiken fördern die Haltung in der Gesellschaft, dass Muslime mehr wert seien. Muslime werden dazu ermutigt, christlichen Männern Beförderungen in wichtige Positionen zu verweigern. Dies kann einen Mangel an Arbeitsplatzoptionen und Diskriminierung nach dem Erlangen einer Arbeitsstelle nach sich ziehen.

8. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Auch andere religiöse Minderheiten werden Opfer der Blasphemiegesetze und von Angriffen. Die hinduistische Minderheit leidet ebenso wie islamische Minderheiten wie Ahmadis, Schiiten und Sufis, die nicht als wahre Muslime angesehen werden, unter extremistischen Sunniten. Im Februar 2017 wurde beispielsweise ein Sufi-Schrein in der Provinz Sindh angegriffen. 75 Menschen wurden bei dem Angriff ermordet. Im November 2018 kostete ein Angriff nahe eines schiitischen Gebetssaals 33 Leben. Die Verantwortung für beide Angriffe übernahm der sunnitische IS.

Die Ahmadis sind für eine Vielzahl von islamisch-extremistischen Gruppen ebenso ein Ziel, wie die christlichen und hinduistischen Minderheiten. Doch ist die große Herausforderung für die Ahmadis, dass sie sich nicht „Muslime“ nennen dürfen, was sie aber ihrem Verständnis nach sind. In den meisten Kontakten mit der Regierung, vom Schulbesuch bis zur Einstellung durch den Staat, müssen Ahmadis Dokumente unterschreiben, die die Gültigkeit des Propheten Mohammed erklären, was nicht ihrem Glauben entspricht. Angriffe gegen diese Minderheiten geschehen mit einer erschreckenden Häufigkeit. Ein prominentes Beispiel der Diskriminierung der Ahmadi-Minderheit fand im Bereich der Regierung statt. Im Bericht zur internationalen Religionsfreiheit 2018 des US-Außenministeriums steht (Seite 9): „Die Verfassung verbietet eine Diskriminierung bei der Zulassung zu staatlichen Bildungseinrichtungen auf der Basis von religiöser Zugehörigkeit. Gemäß den Vorschriften sind die einzigen Faktoren, die eine Zulassung für staatliche Schulen beeinflussen, die Noten des Schülers und seine Heimatprovinz; dennoch müssen Christen ihre religiöse Zugehörigkeit auf Anmeldeformularen angeben. Diese Angabe ist auch für private Bildungseinrichtungen nötig, Universitäten eingeschlossen. Schüler, die sich selbst als Muslime identifizieren, müssen schriftlich ihren Glauben bekunden, dass der Prophet Mohammed der letzte Prophet sei. Von Nichtmuslimen wird verlangt, dass der Leiter ihrer lokalen religiösen Gemeinschaft ihre religiöse Zugehörigkeit bestätigt. In dem Gesetz sind keine Vorschriften für Atheisten vorgesehen.“

Wer verdächtigt wird, Atheist zu sein, kann ebenfalls sehr schnell Ziel der Blasphemiegesetze des Landes werden. Dies wurde im April 2017 deutlich, als ein Student in Mardan von einem aufgebrachten Mob gelyncht wurde. In diesem Fall, der in Pakistan für großes Aufsehen sorgte, wurde der Täter im Februar 2018 zum Tode verurteilt.

Ein Bericht, der im August 2019 erschien, zeigte wieder, dass nicht nur christliche Mädchen und Frauen, sondern auch hinduistische Mädchen unter Entführungen und erzwungenen Übertritten zum Islam leiden, weil Behörden und Gerichte kein Interesse zeigen.

9. Der Ausblick für Christen

Islamische Unterdrückung

Der Wettstreit zwischen den Taliban und dem IS erhöht den Druck auf beide Gruppen, mehr Anhänger für sich zu gewinnen. Ihre Rekrutierungsstrategie verlangt, dass sie sich als näher am Herzen des Islam erweisen müssen als andere Gruppen. In ihrem Bestreben, „islamischer“ zu erscheinen, ist es eine Strategie, „Dhimmis“ (Schutzbefohlene, die als „Ungläubige“ Kopfsteuer zahlen) anzugreifen, die nach der „reinen islamischen Lehre“ als Schwächste gelten.

Dieser Wettbewerb beginnt, auch die Politik zu beeinflussen, sodass Beobachter zu dem Schluss kommen, dass harte Zeiten auf Christen und andere religiöse Minderheiten zukommen. Das Streben nach einer noch stärkeren islamischen Identität heißt für extremistische islamische Gruppierungen auch, Christen stärker zu verfolgen und ihre Rechte und ihren Bewegungsspielraum noch weiter einzuschränken. Die Regierung ist nicht besonders daran interessiert, die Rechte der Minderheiten zu schützen. Dies wiederum passt gut zu der negativen Einstellung größerer Teile der Gesellschaft gegen Christen. Islamische Unterdrückung wird in Pakistan anhaltend stark bleiben.

Organisiertes Verbrechen und Korruption

Christen werden weiterhin diskriminiert und ausgebeutet werden. Die zunehmenden Medienberichte über ihre schlimmen Arbeitsbedingungen und die Diskriminierung durch das Kastensystem werden kaum eine Verbesserung der Lage bewirken.

Ethnisch oder traditionell begründete Anfeindungen

Die Zugehörigkeit zu einer ethnischen Gruppe wird weiterhin eine große Rolle in der Politik und dem sozialen Gefüge in Pakistan spielen, auch wenn religiöse Motive damit verwoben sind und immer mehr die Oberhand gewinnen.

Diktatorische Paranoia

Obwohl die alten Parteien nicht mehr an der Macht sind und der Einfluss politischer Familien mit der Verurteilung des ehemaligen Premierministers Sharif einen Rückschlag erlitten hat, wird diese Triebkraft der Verfolgung nicht unbedingt schwächer werden. Pakistanische Politiker sind dafür bekannt, sich an die Macht zu klammern und religiöse Minderheiten leiden zu lassen und als Sündenböcke zu missbrauchen. Der derzeitige Premierminister Imran Khan mag sich als keine Ausnahme erweisen, wenn er sich selbst unter dem Druck von Gruppen wie der TLP oder den Oppositionsparteien wiederfinden sollte. In Zukunft wird es besonders interessant zu sehen, ob die Armee (als ein Hauptverfolger innerhalb dieser Triebkraft) weiterhin eine wichtige Rolle spielen wird.

zurück zur Länderübersicht

Eritrea: Platz 6

Zusammenfassung

Junge Christen werden durch die Gesetze des Landes gezwungen, Teil des Militärs zu werden, ohne das Recht auf Kriegsdienstverweigerung zu haben. Insbesondere Protestanten habe große Probleme, gemeinschaftlich genutzte Ressourcen zu erhalten, vor allem Sozialleistungen vom Staat. Christen, die nicht den traditionellen Kirchen angehören, werden am stärksten durch die Regierung und die eritreisch-orthodoxe Kirche (EOC) verfolgt. Sowohl Christen mit muslimischem Hintergrund als auch Christen, die die EOC verlassen und sich einer protestantischen Freikirche angeschlossen haben, werden von ihren Familien und ihrem Umfeld misshandelt. Sicherheitskräfte der Regierung führten viele Durchsuchungen von Häusern durch und verhafteten hunderte Christen. Der extreme Druck und das sehr hohe Niveau an vom Staat ausgehender Gewalt bringt einige Christen dazu, aus dem Land zu fliehen.

Beispiele aus dem aktuellen Berichtszeitraum

- Hunderte Christen werden von dem Regime unter äußerst schlechten Bedingungen festgehalten; einige von ihnen in Schiffscontainern, die in der Sonne brütend heiß werden. Berichten zufolge wurden im Juli 2018 etwa 30 Christen freigelassen – die beschriebene Praxis setzt sich dennoch fort. Zwischen Juni und August 2019 wurden mehr als 150 Christen in Keren und Godayef verhaftet. Der Bericht dazu von „Vatican News“ vom 29. August 2019 schreibt: „Die 70 Gefangenen, die im Juni verhaftet wurden, werden im Gefängniskomplex Ashufera festgehalten. ‚Gefängnis‘ bedeutet hier ein System von unterirdischen Tunneln, das die Gefangenen durch Graben noch erweitern müssen.“
- Der Druck, den die EOC auf Gemeinschaften ausübt, die nicht den traditionellen Kirchen angehören, geht zum Teil auf theologische Unterschiede zwischen den Konfessionen zurück, hat aber auch historische Wurzeln. Die gut organisierte EOC mit ihrer langen Tradition betrachtet andere christliche Denominationen als „Neuankömmlinge“. Den geistlichen Leitern der EOC gilt Eritrea als Heimat der orthodoxen Kirche. Für sie ist die christliche Tradition des Landes durch die orthodoxe Kirche begründet und neben ihr haben andere Denominationen – insbesondere Pfingstkirchen – keinen legitimen Platz.
- Tausende Christen wurden in den vergangenen Jahren verhaftet und eingesperrt. Manche von ihnen sind noch nach mehr als zehn Jahren im Gefängnis. Einige der bekannten Gefängnisse und Gefangenenlager sind Mai Sirwa, Adi Abieto, Keren, Assab, Hashferai, Barentu, Mai Idaga und Alla oder sie befinden sich in den Polizeistationen in der Hauptstadt Asmara. Viele der Gefangenen werden gezwungen, überlang in kommerziellen Blumenfeldern zu arbeiten. Einige namentlich bekannte Christen, die seit über zehn Jahren inhaftiert sind, heißen: Haile Naigzhi, Leiter der „Eritrea Full Gospel Church“ (inhaftiert seit 2004); Kiflu Gebremeskel, Gründer und Pastor der „Southwest Full Gospel Church“ (seit 2004); Million Gebreselasie, Dr. med. und Pastor der „Massawa Rhema Church“ (seit 2004); Tekleab Menghisteab, Dr. med. und Priester (seit 2004); Gebremedhin Gebregiorsis, Priester (seit November 2004), Kidane Weldou, Pastor der „Full Gospel Church“ (vermisst seit 2005, aber vermutlich inhaftiert) und Abune Antonios, Patriarch der EOC (unter Hausarrest seit 2007).

1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 87 Punkten belegt Eritrea Platz 6 auf dem Weltverfolgungsindex 2020.

Der Anstieg um einen Punkt gegenüber dem Weltverfolgungsindex 2019 ist bedingt durch einen Anstieg im Bereich „Auftreten von Gewalt“ gegen Christen. Es gibt keinen Lebensbereich, in dem der Druck nicht extrem ist. Am stärksten ist der Druck in den Bereichen „Leben im Staat“ und „Gesellschaftliches Leben" (je 15,9 Punkte). Dadurch spiegelt sich wider, dass das Vorgehen der Regierung hauptverantwortlich für den Druck auf Christen im Land ist.

Obwohl es große Hoffnungen gibt, dass das Friedensabkommen mit Äthiopien und die Wiederöffnung der Grenzen die Menschenrechtssituation im Land verbessert und insbesondere auch Religionsfreiheit gewährleistet wird, bleibt die Situation für viele Christen in Eritrea derzeit unerträglich. Wie in den vorhergehenden Berichtszeiträumen führten Regierungstruppen zahlreiche Razzien gegen Christen durch. Dabei wurden christliche Materialien konfisziert und einige Hauskirchengebäude beschädigt. Hunderte Christen wurden in Gefangenenlager gebracht. Es wird berichtet, dass es tausende politische Gefangene in Eritrea gibt – unter ihnen befinden sich ebenfalls zahlreiche Christen. Viele hoffen darauf, dass durch die sich bessernde Beziehung zwischen Eritrea und Äthiopien der Druck auf Christen nachlässt und sogar Gefangene entlassen werden könnten. Viele Eritreer nutzten jedoch die Chance, nach Äthiopien zu fliehen, nachdem die Grenzen zwischen den beiden Ländern geöffnet wurden. Das weist darauf hin, dass es bisher keine Verbesserungen der Menschenrechte im Land gibt.

2. Triebkräfte der Verfolgung

Konfessioneller Protektionismus

Die eritreisch-orthodoxe Kirche (EOC) hat eine lange Tradition in Eritrea und setzt Christen anderer Konfessionen und Gemeinden manchmal unter Druck. Auf sie wird als „Neuankömmlinge“ herabgesehen. Besonders pfingstkirchliche Gemeinschaften werden als nicht legitim angesehen. Ein Feldforscher sagt dazu: „Es gibt große Vorbehalte unter orthodoxen Christen, Mitchristen, die einer anderen Denomination angehören, als Christen zu akzeptieren. Diese Vorbehalte manifestieren sich in unterschiedlichen Formen in verschiedenen Teilen des Landes. Während der Grund hierfür zum großen Teil in theologischen Differenzen besteht, spielt die Angst eine Rolle, der prägende Einfluss, welchen die orthodoxe Kirche seit Jahrhunderten auf das Leben der Bürger des Landes hat, könnte verloren gehen.“ Christen, die der EOC angehören, sind jedoch ebenfalls Verfolgung ausgesetzt – von der Regierung und durch „Islamische Unterdrückung“.

Diktatorische Paranoia

Seit dem Referendum von 1993 ist Eritrea eine unabhängige Nation. Seither übt die „People’s Front for Democracy and Justice“ (PFDJ) unter der Führung von Präsident Isaias Afewerki uneingeschränkte Macht aus. Das Regime ist ein absolut autoritäres System, das alles tut, um seine Macht zu erhalten: Christen wurden verhaftet, angegriffen und getötet, weil sie als „Agenten des Westens“ und damit als Bedrohung für den Staat und die Regierung gesehen werden.

Quellen im Land zufolge bereitet der Präsident seinen Sohn darauf vor, seine Nachfolge anzutreten. Ein Experte für Eritrea sagt: „Nach Jahrzehnten des blutigen Krieges um die Unabhängigkeit, der für zehntausende Tote sowie für tausende Verletzte verantwortlich ist, war das Letzte, was die Bevölkerung erwartet hätte, dass die machthabende Partei ein weiteres unterdrückerisches Regime darstellen würde. Dennoch formte die PFDJ entgegen ihren Versprechungen während des bewaffneten Kampfes ein absolut autoritäres Regime, in dem keine abweichende Meinung geduldet wird. Das wichtigste Ziel der Partei ist, um jeden Preis an der Macht zu bleiben.“ In diesem Kontext verfolgt die Regierung Christen.

Einige Analysten glauben, dass sich die eritreische Regierung dafür öffnet, Menschenrechte zu gewähren und eine Demokratie einzuführen. Diese Ansicht missversteht jedoch die Natur der eritreischen Regierung. Sie hat trotz der jüngsten Versuche, die Beziehungen mit angrenzenden und westlichen Ländern zu verbessern, nicht die geringste Bereitschaft gezeigt, sich im Hinblick auf ihre inneren Angelegenheiten zu verändern.

Islamische Unterdrückung

Ungefähr die Hälfte der eritreischen Bevölkerung besteht aus Muslimen. Diese wohnen größtenteils in den Tiefebenen entlang der Küste des Roten Meeres und der Grenze zum Sudan. Viele von ihnen zeigen eine Tendenz zum Extremismus, zum Teil auch aufgrund der wachsenden Präsenz des militanten Islam in der Region. Christen in diesen Teilen des Landes sind somit in einer besonders schwierigen Lage, insbesondere wenn sie muslimischer Herkunft sind. Eritreische Muslime verstehen sich zuerst als Muslime, dann als Eritreer.

Eine Hinwendung zum christlichen Glauben gilt als Verrat an der Gemeinschaft, der Familie und dem islamischen Glauben. Ein Experte stellt fest: „Diese Triebkraft ist in den Hochebenen nicht so stark wie in den abgelegenen Teilen des Landes, in denen der Großteil der Bevölkerung muslimisch ist. Obwohl extremistische Gruppen einen islamischen Staat formen wollen, wurde die Verbreitung solcher Vorstellungen durch die Regierung verhindert, die extremistische Gruppierungen nicht duldet, da sie in ihnen eine Gefährdung ihrer Macht sieht. Trotzdem bedrohen einige solcher Gruppen das christliche Leben, insbesondere der Christen, die in den Tiefebenen des Landes leben. Christen können ihren Glauben dort nicht frei ausüben und sie haben es nicht einfach, für ihre Kinder Schulen zu finden, die von den extremistischen Lehren dieser Gruppen frei sind.“

Organisiertes Verbrechen und Korruption

Eritrea ist eines der korruptesten Länder der Welt. Laut dem im Februar 2018 veröffentlichten Jahresbericht von „Transparency International“ belegt Eritrea Rang 165 von 180 Ländern. Dies betrifft insbesondere das Militär, das viele Bereiche des Lebens im Land kontrolliert. Ein Experte sagt: „Die Armee ist der stärkste Zweig der Regierung, und Korruption und der Missbrauch von Macht greifen auf verschiedenen Ebenen um sich. Ein Beispiel ist, dass von Christen Bestechungsgelder verlangt werden, ertappt man sie bei einem Fluchtversuch. Können sie diese Gelder nicht bezahlen, droht ihnen willkürliche Gefangenschaft oder sogar der Tod.“

3. Verfolger

Ausgehend von Konfessionellem Protektionismus

- **Christliche Leiter anderer Kirchen:** Die EOC ist die älteste christliche Gemeinschaft im Land, und die meisten Christen des Landes gehören ihr an. Ihre Leiter üben einen großen Einfluss auf viele Bereiche des Lebens aus. Das Problem dabei ist, dass die Kirche neue christliche Gemeinden im Land nicht willkommen heißt, insbesondere Pfingstgemeinden. Leiter der EOC sind dafür bekannt, aktiv zu versuchen, die Ausbreitung anderer christlicher Glaubensgemeinschaften zu verhindern.
- **Die eigene (Groß-)Familie:** Verlässt jemand die EOC, um sich einer anderen Denomination anzuschließen, machen Familienangehörige ihm das Leben schwer. Eine solche Hinwendung zu einer anderen Denomination wird von ihnen als Verrat an den Familienwerten und am Glauben der Vorväter angesehen. Deswegen ist es keine Überraschung, wenn ein Verwandter einen Regierungskontakt informiert, wenn ein Angehöriger sich einer anderen Denomination zugewendet hat.
- **Regierungsbeamte:** Einige Regierungsbeamte versuchen, ihren eigenen orthodoxen Glauben zu verteidigen, und verfolgen aus diesem Grund Christen anderer Denominationen.

Ausgehend von Diktatorischer Paranoia

- **Regierungsbeamte:** Eritrea ist keine Demokratie. Die Regierung des Landes ist dafür bekannt, die Freiheit ihrer Bürger zu unterdrücken. Regierungsbeamte belästigen und verhaften Christen, insbesondere Christen, deren Denomination nicht von der Regierung anerkannt ist. Ein Experte für das Land hält fest: „Es ist sehr wichtig zu verstehen, dass Eritrea praktisch nur von einem Mann regiert wird. Wegen verschiedener Begebenheiten während der Jahre des bewaffneten Kampfes für die Unabhängigkeit haben der Präsident und die meisten seiner engen Mitarbeiter eine negative Einstellung bezüglich der Rolle der Kirche im Alltag der Eritreer. Es besteht ein starkes Gefühl unter den Anführern des Landes, einschließlich des Präsidenten, dass Kirchen (orthodoxe wie protestantische) ein Hindernis für die neue nationale Identität sind, die die herrschende Gruppe im Land schaffen will. Es muss auch festgehalten werden, dass die Nähe zum Kommunismus der derzeitigen Anführer des Landes ein wichtiger Grund ist, warum sie organisierte religiöse Institutionen ablehnen. Das Ausmaß der Beteiligung von Regierungsbeamten auf verschiedenen Ebenen an Verfolgung variiert von Region zu Region, aber es muss darauf hingewiesen werden, dass alles, was von Kirchen oder ihren Mitgliedern als Bedrohung für die derzeit bestehende absolute Kontrolle angesehen wird, bestraft wird. Die Inhaftierung von Christen, die sich weigern, an der nationalen Militärausbildung an der berüchtigten ‚Sawa Military Academy' teilzunehmen, ist ein gutes Beispiel für die Verfolgung von Christen durch Regierungsbeamte auf lokaler und nationaler Ebene."
- **Politische Parteien:** Die herrschende Partei PFDJ ist verantwortlich für viele der Schwierigkeiten, denen sich Christen in Eritrea gegenübersehen. Ein Experte für das Land erklärt: „Die PFDJ ist die einzige legale politische Partei in Eritrea. Der Verfassungsentwurf von 1997 wurde noch immer nicht bestätigt – was die Partei entscheidet, tritt in Abwesenheit von Opposition oder demokratischen Prozessen einfach gesetzlich in Kraft. Als herrschende Partei des Landes war es die Aufgabe der PFDJ, die Rechte von Christen im Land zu respektieren und zu schützen. Doch in der Realität ist genau die Partei, die religiösen Gruppen Schutz gewähren

sollte, diejenige, die für Verfolgung verantwortlich ist. Die PFDJ setzt Nötigung, Verhaftungen, Folter, Einschüchterungen und Morde ein, um Gehorsam sicherzustellen, während sie gleichzeitig versucht, verschiedene Gruppen im Land (einschließlich religiöser Gruppen) gegeneinander auszuspielen.

- **Nichtchristliche religiöse Leiter:** Zumeist geht Verfolgung von islamischen Leitern als Teil der Triebkraft Islamische Unterdrückung aus. Ihr Einfluss auf die Verfolgung von Christen geht oft jedoch Hand in Hand mit den Behörden.

Ausgehend von Islamischer Unterdrückung

- **Nichtchristliche religiöse Leiter:** In den Tiefebenen des Landes (in östlichen und westlichen Regionen) schüren Imame in Moscheen und Medressen (Koranschulen) manchmal antichristliche Stimmungen. Sie spielen so eine wichtige Rolle in der Verbreitung einer gegen Christen gerichteten Haltung unter ihren Anhängern, was wiederum zu Verfolgung führt.
- **Die eigene (Groß-)Familie:** Christen muslimischer Herkunft sind oft in ihrem eigenen Zuhause Verfolgung ausgesetzt. Deshalb verheimlichen sie ihren Glauben häufig und können keine religiösen Materialien besitzen. Da das gesellschaftliche Leben kaum Privatsphäre bietet, hat die erweiterte Familie weitgehende Macht über die Angehörigen.

Ausgehend von Organisiertem Verbrechen und Korruption

- **Regierungsbeamte:** Regierungsbeamte, insbesondere Sicherheitskräfte, werden für Straftaten nicht zur Verantwortung gezogen und untergraben die Autorität des Gesetzes in Eritrea. Es ist bekannt, dass sie Christen Geld abpressen.
- **Netzwerke des organisierten Verbrechens:** Die Existenz von kriminellen und korrupten Netzwerken im Militär und in der Partei macht das Leben für viele Eritreer und insbesondere für Christen sehr schwer. Sie haben niemanden, der für ihre Rechte eintreten würde.

4. Regionale Brennpunkte der Verfolgung

„Diktatorische Paranoia“ ist im gesamten Land vorhanden. Islamische Unterdrückung jedoch findet sich vor allem in den Tiefebenen, sowohl im Westen als auch im Osten des Landes. Brennpunkte des „Konfessionellen Protektionismus“ sind die Hochebenen.

5. Betroffene Christen

Alle vier im Weltverfolgungsindex erfassten Gruppen von Christen sind in Eritrea vertreten. Die verschiedenen Gruppen sind in unterschiedlichen Ausmaßen und Formen von Verfolgung betroffen.

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

Aufgrund des von der Regierung ausgeübten Druckes sinkt die Zahl der ausländischen Christen zunehmend. Diese Christen haben Schwierigkeiten, sich im Land frei zu bewegen und sich mit anderen Christen zu treffen.

Christen aus traditionellen Kirchen

Diese Gruppe ist die größte im Land und umfasst die eritreisch-orthodoxe Kirche, Anglikaner, die evangelisch-lutherische sowie die römisch-katholische Kirche. Die Christen aus traditionellen Kirchen leben hauptsächlich in den überwiegend von Christen bewohnten Gebieten in Zentral- und Süderitrea. Sie erleiden Verfolgung durch Islamische Unterdrückung und die Regierung.

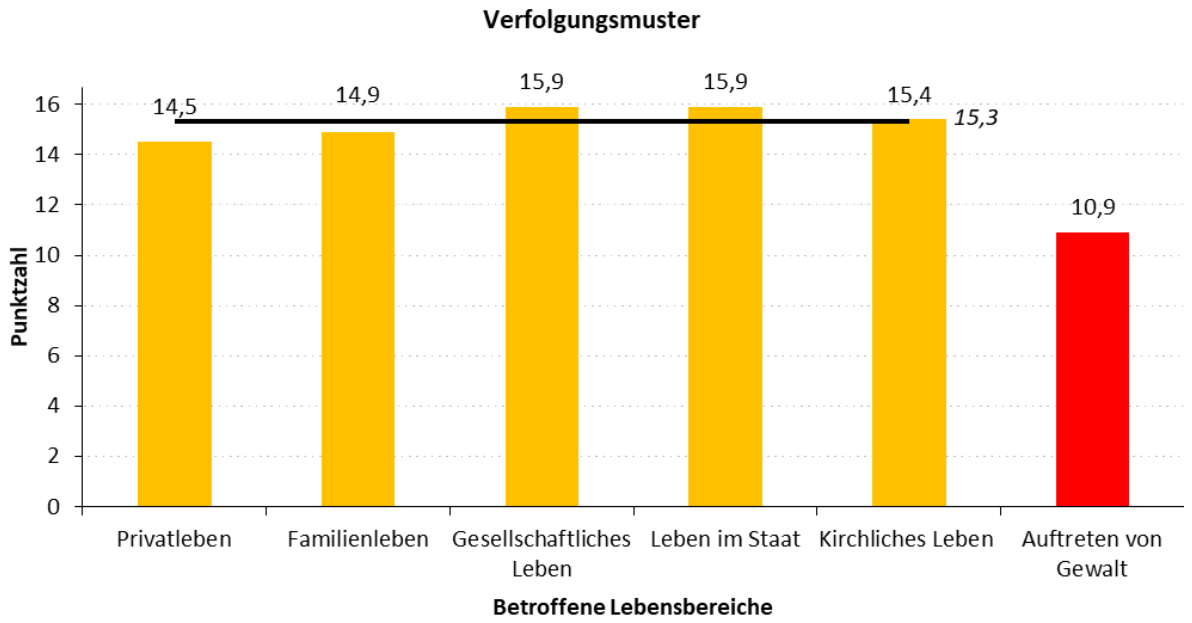
Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

Diese Gruppe schließt sowohl Christen, die traditionelle Kirchen (insbesondere die EOC) verlassen und sich protestantischen Freikirchen angeschlossen haben, als auch Christen mit muslimischem Hintergrund ein. Der ersten Kategorie widerfährt starke Verfolgung durch die EOC, der zweiten Kategorie durch ihre muslimischen Familien und die muslimische Gesellschaft.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Diese Gruppe erfährt die stärkste Verfolgung im Land. Baptisten, Evangelikale und Pfingstgemeinden werden von der Regierung als „Agenten des Westens“ angesehen. Pfingstgemeinden werden besonders hart von Regierungsbeamten und der EOC verfolgt.

6. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Eritrea

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Der durchschnittliche Druck auf Christen in Eritrea ist mit 15,3 Punkten extrem.
- Es gibt keinen Lebensbereich, in dem der Druck nicht extrem ist. Am stärksten ist er in den Bereichen „Leben im Staat“ und „Gesellschaftliches Leben“ (je 15,9 Punkte). Dadurch wird widergespiegelt, dass das Vorgehen der Regierung hauptverantwortlich für den Druck auf Christen im Land ist. Es zeigt auch, dass Christen starke Verfolgung durch das soziale Umfeld erleiden, insbesondere durch Konfessionellen Protektionismus.
- Die Punktzahl für Auftreten von Gewalt ist sehr hoch und von 9,4 Punkten auf 10,9 Punkte gestiegen. Noch immer müssen viele Christen aufgrund ihres Glaubens im Gefängnis ausharren. Von einigen ist nicht bekannt, wo sie sich befinden und ob sie überhaupt noch am Leben sind.

Zu jedem der Lebensbereiche sind im Folgenden jeweils ausgewählte Teilaspekte genannt, die im betreffenden Lebensbereich für die Christen zu den gravierendsten Schwierigkeiten gehören.

Privatleben

- **Es ist gefährlich für Christen, ihrem Glauben in schriftlicher Form persönlich Ausdruck zu geben, auch in Internetblogs oder sozialen Medien:** Allgemein gesprochen ist die Meinungsfreiheit in Eritrea in allen Formen eingeschränkt. Dem persönlichen Glauben in sozialen Medien Ausdruck zu verleihen, ist riskant und kann zur Verhaftung führen. Auch eine verstärkte Überwachung kann die Folge solcher Posts sein. Die Behörden versuchen so, das Umfeld der Person aufzudecken, um eine Gruppen- oder Massenverhaftung vornehmen zu können. Dies trifft auf alle Christen zu, selbst die aus registrierten Kirchen. Ein Experte sagt dazu: „Die Regierung schränkt die Meinungsfreiheit stark ein – allgemein und bei Christen ganz besonders. Eine Bezeugung des Glaubens wird als Zeichen des Widerstands gewertet.“
- **Für Christen ist es riskant, sich mit anderen Christen zu treffen.** Die Einschränkung der Religionsfreiheit gegen Christen geht so weit, dass Beamte Häuser nur aufgrund des Verdachts durchsuchen lassen, der Bewohner gehöre einer der sogenannten „neuen Formen des Christentums“ an. Die regierende Partei strebt danach, den Alltag von Angehörigen der christlichen Minderheiten zu überwachen. Parteikader und Sicherheitskräfte des Landes können Privathäuser ohne richterliche Genehmigung durchsuchen. Das Ziel sind dabei vor allem Christen, die sich im Geheimen treffen, und ihre Gebetsgruppen. Das macht es Christen sehr schwer, sich zum Gebet und Bibelstudium zu treffen.
- **Es ist für Christen gefährlich, auf christliches Radio, Fernsehen oder christliches Material im Internet zuzugreifen:** Die Regierung greift stark in das Privatleben einzelner Menschen ein. Viele Häuser von Christen wurden im Berichtszeitraum Ziel von Durchsuchungen, die zu Verhaftungen und der Beschlagnahmung von christlichem Material führten. Das bedeutet, dass es immer riskant ist, christliches Radio oder Fernsehen zu empfangen, da Beamte der Regierung jederzeit an der Tür klopfen könnten oder eine Person überwachen. Ein Experte für das Land beschreibt: „Selbst ohne das sensible Element der Religion werden Medien zensiert und alles, was als Bedrohung der herrschenden Partei angesehen wird, wird beseitigt. Die Regierung hat die absolute Kontrolle darüber, auf welche Medien und Inhalte die Bürger Zugriff haben. Wenn herausgefunden wird, dass ein Christ einen Medienkanal nutzt, der von der Regierung verboten ist, wird diese Person sehr wahrscheinlich verhaftet werden.“

- **Es ist für Christen sogar riskant, allein ihren Glauben auszuüben – etwa zu beten, die Bibel zu lesen oder Ähnliches.** Der private Besitz von christlichen Materialien wie der Bibel, Bibelkommentaren, CDs mit Predigten oder Kleidung mit christlichen Aufdrucken wird von der Partei als Verrat angesehen und führt zu willkürlicher Gefangenschaft für unbestimmte Zeit, ohne dass ein Gericht darüber entscheiden muss.

Familienleben

- **Eltern werden daran gehindert, ihre Kinder gemäß ihrem christlichen Glauben aufzuziehen:** Es ist sehr schwer für Christen, ihre Kinder gemäß ihrem Glauben aufzuziehen. Ein Experte beschreibt es so: „Das Land ist unter absoluter Kontrolle der herrschenden Partei. Eines der Probleme dieser absoluten Kontrolle ist, dass das Recht von Eltern (insbesondere von Eltern, die nicht den traditionellen Kirchen angehören) beschnitten wird, ihre Kinder so zu erziehen, wie es ihrem Glauben entspricht."
- **Kinder christlicher Eltern werden dazu gedrängt, an antichristlichem Unterricht oder dem allgemeinen Religionsunterricht teilzunehmen:** Durch die Propaganda der Regierung in Schulen werden Schulkinder indoktriniert. Bei der militärischen Ausbildung von Jugendlichen gibt es vieles, was christlichen Werten direkt widerspricht. Auch während der Grundschul- und Sekundarschulbildung werden Kinder indoktriniert. Dies betrifft jedoch nicht ausländische Christen.
- **Wegen des christlichen Glaubens ihrer Eltern werden Kinder diskriminiert oder schikaniert:** Dieses Problem hat viele Ebenen. Kinder von Eltern, die als „Pentes" bekannt sind (ein abwertender Name für Christen aus Pfingstgemeinden), sind häufig beträchtlichem Druck von ihren Lehrern und Mitschülern ausgesetzt. Einige Kinder sind stigmatisiert, besonders, wenn ihre Eltern im Gefängnis sind oder waren. Im Berichtszeitraum wurden auch einige Fälle berichtet, in denen Kinder von evangelikalen Eltern schlecht behandelt wurden.
- **Kinder und Ehepartner von Christen sind langen Zeiten der Trennung von ihren Eltern oder Partnern ausgesetzt, wenn diese aufgrund ihres Glaubens verfolgt werden:** Manche Familienmitglieder sind gezwungen, aus dem Land zu fliehen, und lassen schutzbedürftige Verwandte zurück. Ein Experte für das Land schreibt: „Verschiedene Berichte legen nahe, dass tausende Christen in verschiedenen Gefängnissen und Lagern eingesperrt sind, nur weil sie Christen sind. Und die, die eingesperrt sind oder aus dem Land fliehen müssen, um ihr Leben zu retten, sind nicht die einzigen Opfer: Die Familien und Kinder dieser Häftlinge und Fliehenden sind ebenfalls Opfer, denn sie können keinen Kontakt mit ihren Angehörigen haben."

Der Konfessionelle Protektionismus führt zur Verweigerung von Erbschaften und anderen familienbezogenen Rechten für einige Christen. Die Islamische Unterdrückung führt dazu, dass Christen in Regionen, die hauptsächlich von Muslimen dominiert werden, vielfältige Schwierigkeiten erleben. Beispielsweise können Christen muslimischer Herkunft keine öffentliche christliche Heirat durchführen und im Todesfall werden sie nach muslimischem Ritus begraben. Planen Christen, die der „neuen Religion" folgen (hiermit sind vor allem Christen aus Pfingstgemeinden gemeint), eine Hochzeit, beginnen die Probleme bereits bei der Suche nach einem Veranstaltungsort für die Feier. Die meisten Hallen werden von der Regierung kontrolliert. Wird der protestantische Glauben der Eheschließenden nicht verschwiegen, vermieten Hallenbesitzer nicht an Protestanten, weil sie Angst vor Konsequenzen vonseiten der Regierung haben. Die meisten Besitzer sind jedoch auch aus eigener Überzeugung nicht bereit, ihre Halle für eine protestantische Hochzeitsfeier zur Verfügung zu stellen.

Ein anderes Problem ist die Suche nach einem Pastor, der die Trauung durchführt. Es ist zu Vorfällen gekommen, bei denen das Hochzeitspaar, der Pastor und Gäste verhaftet wurden. Pastoren, die nicht der EOC angehören, riskieren ihre Freiheit, wenn sie ein protestantisches Paar trauen. Nach der Hochzeit erkennt das Land die Ehe außerdem nicht an, da nicht registrierte Kirchen nicht die Erlaubnis haben, Hochzeiten durchzuführen.

Gesellschaftliches Leben

- **Christen werden im Alltag belästigt, bedroht oder behindert wegen glaubensbezogener Gründe, zum Beispiel weil sie nicht den Vorschriften für Kleidung oder Bärte folgen:** Dies betrifft vor allem Christen aus nicht registrierten evangelikalen Gruppen. Ein Experte für das Land betont, dass dieser Druck auftritt, wenn alle Triebkräfte der Verfolgung gemeinsam wirken: „Hierfür sind alle Verfolger verantwortlich. Sowohl die Regierung als auch muslimische und orthodoxe Leiter stellen Christen vor Herausforderungen."
- **Christen stehen unter Beobachtung durch ihr soziales oder privates Umfeld. Sie werden beispielsweise bei der Polizei angezeigt, beschattet, ihre Telefongespräche werden mitgehört, E-Mails gelesen oder zensiert:** Es gibt in Eritrea ein Netzwerk von Bürgern (insbesondere Frauen, die früher Freiheitskämpferinnen waren und nun der herrschenden Partei angehören), das damit beauftragt ist, die Aktivitäten von Nachbarn zu überwachen. Diese Informanten berichten dem zuständigen Beamten von jeder Person oder jedem Haushalt, die oder der verdächtigt wird, geheime Treffen oder Gottesdienste auszurichten. Der Großteil der Verhaftungen im Berichtszeitraum waren ein Ergebnis dieser Berichte.
- **Christen werden wegen ihres Glaubens verhört oder dazu gezwungen, sich bei der Polizei zu melden.** Die Polizei ist dafür bekannt, Christen – besonders evangelikale – dazu zu verpflichten, sich bei ihr zu melden. Die Netzwerke von Informanten, die nach Hauskirchen im Land Ausschau halten, sind sehr effizient. Wenn eine Hauskirche identifiziert wurde, wird eine Razzia durchgeführt, und die Mitglieder der Kirche werden ohne Prozess für Tage, Wochen, Monate oder sogar Jahre in Gewahrsam gehalten.
- **Christen werden von ihrem sozialen Umfeld unter Druck gesetzt, ihrem Glauben abzusagen.** Für protestantische Christen kommt dieser Druck von verschiedenen Seiten. Für nicht registrierte Kirchen kommt er außerdem von der Regierung. Wenn verhaftete Christen freigelassen werden, werden sie gezwungen, ein Formular zu unterschreiben, das ihre Abkehr vom Glauben bestätigt. Konvertiten mit orthodoxem oder muslimischem Hintergrund sind außerdem hohem Druck vonseiten ihres sozialen Umfelds ausgesetzt, ihren Glauben zu widerrufen.

Es ist bekannt, dass die Regierung Nachbarn anwirbt, um Informationen über christliche Aktivitäten im Ort zu sammeln. Daraus ergeben sich eigenartige Allianzen: Im Auftrag der Regierung überwachen beispielsweise Muslime die Aktivitäten protestantischer freikirchlicher Christen in ihrer Region, vor allem jedoch die Missionstätigkeit unter Muslimen. Um ein Geschäft betreiben zu können, müssen Christen einen Nachweis über ihren Militärdienst vorweisen können. Außerdem haben Christen keinen Zugang zu weiterführenden Schulen und höherer Bildung, wenn sie nicht für den Militärdienst registriert sind.

Aufgrund des stark gemeinschaftsorientierten Lebensstils in Ostafrika ist es undenkbar, dass der Glaube keine Auswirkungen auf das gesellschaftliche Leben und den Alltag eines Christen hat. Weil sie Angst haben, dass ihre Kinder auch den christlichen Glauben annehmen könnten, erlaubt der Großteil der eritreischen Familien seinen Kindern nicht, mit Kindern von christlichen Konvertiten zu spielen. Die

Intensität der Drohungen und Hindernisse ist in ländlichen Gegenden höher, denn Toleranz und Akzeptanz sind hier weitaus seltener zu finden als in urbanen Gegenden. In den meisten Fällen offenbaren Christen in ländlichen Gebieten ihren Glaubenswechsel nicht, weil sie Angst vor Diskriminierung haben. In manchen Fällen geht der ausgeübte Druck auf Christen anderer religiöser Herkunft so weit, dass sie dazu gezwungen werden, ihrem neuen Glauben abzuschwören oder die Dorfgemeinschaft zu verlassen. Es gab auch Fälle, in denen Christen mit anderem religiösem Hintergrund der Zugang zu grundlegenden Bedürfnissen wie Gesundheitsfürsorge, Trinkwasser und Schulen für die Kinder verwehrt wurde.

Leben im Staat

- **Die nationale Gesetzgebung schränkt die Religionsfreiheit gemäß Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte ein:** Die Regierung hat klar zum Ausdruck gebracht, dass nur die vier offiziell anerkannten Religionsgruppen im Land geduldet sind und aktiv sein dürfen: der Islam, die EOC, die lutherische und die römisch-katholische Kirche. Der Patriarch der EOC wird von der Regierung ernannt, und jeder Widerspruch eines religiösen Oberhauptes kann zu dessen Amtsenthebung und Verhaftung führen, wie es im Jahr 2007 geschah. Andere Kirchen, die sich 1997 zur Registrierung gemeldet hatten, als die Regierung diese anordnete, erhielten einen Übereinstimmungsstatus. Dieser brachte ihnen zunächst einige Vorteile. Diese Vorteile wurden mit der Zeit allerdings immer weniger. Diese Verweigerung der Anerkennung wird von lokalen Leitern und der Polizei als Rechtsgrund genutzt, um Christen, die zu nicht registrierten Gemeinschaften gehören, zu belästigen und einzuschüchtern. Es geschieht sehr häufig, dass Parteikader und die Polizei Bürger verhaften und verhören, die sie verdächtigen, einer nicht registrierten religiösen Gruppe anzugehören. Bestätigt sich der Verdacht, wird er oder sie in den meisten Fällen in eines der Gefangenenlager gebracht, die sich in entlegenen Regionen des Landes befinden. Bei der Entlassung aus einem solchen Gefängnis wird der Person befohlen, ihren Glauben zu widerrufen und sich in regelmäßigen Abständen bei der Polizei zu melden. Bei Verstoß gegen diese Meldeauflagen droht erneute Haft.
- **Christliche zivilgesellschaftliche Organisationen oder politische Parteien werden wegen ihrer christlichen Überzeugungen in ihrer Arbeit behindert oder verboten.** Eritrea ist eines der wenigen Länder auf der Welt, die eine Zivilgesellschaft und politische Parteien als Staatsfeinde ansehen. Von außen betrachtet gibt es in Eritrea positive Veränderungen, seit der neue äthiopische Premierminister gewählt wurde: Die Beziehung zu dem Nachbarland hat sich verbessert und ein Friedensabkommen wurde unterzeichnet. Für Christen hat sich jedoch nichts verändert. Es gibt keine Umstände, die eine bessere Bewertung auf dem Weltverfolgungsindex nach sich ziehen würden.
- **Christen werden aufgrund ihres Glaubens in der Bewegungsfreiheit stark eingeschränkt:** Sowohl Reisen innerhalb als auch außerhalb des Landes ist für Christen sehr schwierig. Einige Christen müssen sich jeden oder jeden zweiten Tag melden, um zu beweisen, dass sie das Land nicht verlassen haben. Ein Experte für das Land berichtet, dass kein Eritreer unter 40 Jahren sein Dorf oder seine Stadt verlassen darf, wenn er kein Dokument besitzt, das beweist, dass er Militärdienst geleistet hat: „Es gibt Straßensperren, bei denen jeder aussteigen muss und sein Dokument vorzeigen muss. Dies gilt sowohl für öffentliche als auch für private Autos. Hat jemand kein solches Dokument, wird die Person auf der Stelle ins Militärgefängnis gebracht und muss im Anschluss seinen Militärdienst beginnen. Nur wer älter als 40 Jahre ist, benötigt kein Dokument.“ Dies betrifft vor allem Christen, die in anderen Städten oder Dörfern an christlichen Aktivitäten beteiligt sind.

- **Christen werden durch das Gesetz und in der Praxis dazu gezwungen, gegen ihr Gewissen zu handeln, beispielsweise durch den Militärdienst oder andere Tätigkeiten:** Die Regierung ist dafür bekannt, dass sie Christen zwingt, gegen ihr Gewissen zu handeln. Gemäß Artikel 6 der Bekanntmachung zum Wehrdienst Nr. 82/1995 aus dem Jahr 1995 ist jeder eritreische Staatsbürger zwischen 18 und 50 Jahren verpflichtet, am Wehrdienst teilzunehmen. Die Bekanntmachung lässt keine Ausnahme für Bürger zu, die sich aus religiösen Gründen nicht einschreiben wollen. Religiöse Gruppen erleben demnach große Schwierigkeiten, wenn sie den Dienst verweigern.

Kirchliches Leben

- **Kirchliche Aktivitäten werden überwacht:** Alle Kirchen im Land erleben irgendeine Form der Überwachung. Am stärksten werden jedoch die nicht registrierten Kirchen überwacht und in ihren Tätigkeiten behindert. Die Regierung versucht, diese Gruppen zu schwächen, indem sie Leiter einsperrt. Der Fokus liegt dabei besonders auf vollzeitlichen Gemeindeleitern und Bibellehrern. Sie stehen in Gefahr, verhaftet zu werden, worauf Folter, der mögliche Hungertod und harte Zwangsarbeit für unbestimmte Zeit folgen können. Nicht registrierte Kirchen können keine öffentlichen Aktivitäten durchführen wie Taufen, Hochzeiten, Beerdigungen, Bibellehre, Gottesdienste, evangelistische Veranstaltungen, Wahlen von Gemeindeleitern, Sonntagsschule, Jugendgruppen, Unterstützung bedürftiger Menschen oder andere soziale Projekte.
- **Christliche Predigten, Unterricht und/oder Publikationen werden überwacht:** Sicherheitsbeamte kontrollieren Predigten und Lehre darauf, ob jemand etwas gegen die Regierung sagt. Christliches Material kann ausschließlich von der Bibelgesellschaft gekauft werden und ist streng zensiert. Die Geheimpolizei kommt regelmäßig zu Gottesdiensten der registrierten Kirchen und nimmt Predigten auf, um sicherzustellen, dass sie regierungskonform bleiben. Das betrifft auch Seminare, die auf Grundstücken von registrierten Kirchen durchgeführt werden oder von ihnen ausgerichtet werden. Bevor christliches Material veröffentlicht werden kann, wird es geprüft, um sicherzustellen, dass es nicht dem entgegenspricht, was die Regierung als akzeptabel ansieht.
- **Die Durchführung von Veranstaltungen außerhalb von Kirchen ist schwierig bis unmöglich:** Alle Kirchengemeinden müssen sicherstellen, dass sie nicht die öffentliche Ordnung stören. Während der Feiertage können orthodoxe Kirchen Veranstaltungen im Freien organisieren, stehen aber weiter unter Druck, nichts zu predigen, was gegen die Regierung geht. Für nicht registrierte Gemeinden sind solche Veranstaltungen undenkbar.
- **Eine Registrierung zu erhalten, ist schwierig bis unmöglich.** Religiöse Gruppen müssen sich in Eritrea entweder registrieren lassen oder ihre Tätigkeit einstellen. Eine offizielle Registrierung zu erlangen, ist jedoch nahezu unmöglich. Seit 2002 haben die Behörden keiner weiteren Gruppe neben den vier bisher anerkannten religiösen Gruppen die Registrierung zugestanden. Christen aus diesen Gemeinden müssen ständig sichergehen, dass sie nicht beschattet werden. Seit der Unabhängigkeit Eritreas konnten Christen aus protestantischen Freikirchen noch nie in Freiheit und ohne das Risiko, verhaftet, eingesperrt oder sogar getötet zu werden, Gottesdienst feiern. Die Regierung mischt sich zudem in die Ernennung religiöser Leiter der registrierten Kirchen ein. Beispielsweise steht der eritreisch-orthodoxe Patriarch, Abune Antonios, seit Mai 2007 unter Hausarrest.

Auftreten von Gewalt

- Mindestens zwei Christen starben während des Berichtszeitraums im Gefängnis. Ein Experte schreibt in seinem Bericht: „Beide starben im Gefängnis, nachdem sie viele Jahre dort eingesperrt waren.“ Es muss zudem festgehalten werden, dass die Möglichkeit besteht, dass viele Christen im Gefängnis inzwischen gestorben sein könnten, was aber unmöglich zu erfahren ist, da die Regierung sich weigert, Details über ihren Aufenthaltsort oder ihr Befinden zu veröffentlichen.
- Verhaftungen sind an der Tagesordnung und hunderte Christen befinden sich im Gefängnis oder in Haftanstalten. Sie werden vom Regime unter äußerst schlechten Bedingungen festgehalten, einige von ihnen in Schiffscontainern, die in der Sonne brütend heiß werden. Tausende Christen wurden in den vergangenen Jahren verhaftet und eingesperrt. Manche von ihnen sind noch nach mehr als zehn Jahren im Gefängnis.
- Am 12. Juni 2019 wurden 21 Gesundheitseinrichtungen der katholischen Kirche von der Regierung als Vergeltungsmaßnahme geschlossen, nachdem vier Bischöfe am 29. April einen Brief veröffentlicht hatten, in dem sie eine „entschlossene und historische Veränderung“ im Land durch die Einrichtung eines umfassenden Plans zur Wahrheit und Versöhnung forderten. Die Schließung versuchte die Regierung durch ein Gesetz von 1995 zu rechtfertigen, das besagt, dass alle sozialen Institutionen, einschließlich Schulen und Kliniken, vom Staat geführt werden müssen.
- Wenn Regierungsbeamte christliche Häuser durchsuchen, folgen auf die Durchsuchungen häufig Plünderungen.

7. Verfolgungssituation für Männer und Frauen

Wie Frauen Verfolgung erfahren:

- Entführung
- Ausschluss aus der Gemeinschaft
- Verweigerung des Sorgerechts für Kinder
- Beschlagnahme von Erbschaft und Besitz
- Zwangsscheidung
- Zwangsverheiratung
- Verhaftung durch die Behörden
- (Haus-)Arrest durch die Familie
- Menschenhandel
- Körperliche Gewalt
- Sexuelle Gewalt

Christinnen sind zwischen dem steigenden Druck der Regierung und dem üblichen sozialen und häuslichen Druck gefangen, dem sie als Teil einer nicht akzeptierten Minderheit ausgesetzt sind, wenn sie Konvertiten oder evangelikale Christen sind. Frauen müssen in Eritrea verpflichtenden Militärdienst leisten. In dieser streng überwachten Umgebung wird genau geprüft, wie jemand sich verhält und was er glaubt. Weibliche Wehrpflichtige sind meist ohnehin Opfer von verschiedenen Formen von Gewalt gegen Frauen. Verhaftete oder eingesperrte Christinnen sind zudem Druck von Gefängniswärtern aufgrund ihres Geschlechts ausgesetzt.

Entführungen und Zwangsehen sind besonders in ländlichen Gegenden immer noch weit verbreitet. Obwohl dies selbst unter Angehörigen der gleichen Religion praktiziert wird, werden Christinnen gezwungen, zum Islam zu konvertieren, wenn sie von einem Muslim entführt und zwangsverheiratet werden. Zudem gibt es keine Gesetzgebung in Eritrea, die sich mit häuslicher Gewalt beschäftigt, sodass Christinnen anderer religiöser Herkunft häufig körperliche Gewalt erleben, Hausarrest erhalten, Drohungen bekommen, der Regierung gemeldet zu werden, das Sorgerecht für ihre Kinder verlieren und zwangsgeschieden werden.

Wie Männer Verfolgung erfahren:

- Ausschluss aus der Gemeinschaft
- Wirtschaftliche Schikane im Berufs-/Geschäftsleben
- Verhaftung durch die Behörden
- Zwangsrekrutierung zum Militärdienst
- Menschenhandel
- Ermordung
- Körperliche Gewalt

Wie auch Frauen sind männliche Christen Opfer des verpflichtenden Militärdienstes, der sie in eine streng beaufsichtigte Umgebung bringt. Aus diesem Grund versuchen viele junge Eritreer, aus dem Land zu fliehen. Viele hoffen darauf, dass das Friedensabkommen zwischen Eritrea und Äthiopien diese Situation ändern wird.

Da die meisten Leitungspositionen in Untergrundgemeinden von Männern besetzt sind, entsteht eine Lücke in der Leiterschaft, wann immer einer von ihnen verhaftet wird. Wenn ein Mann derjenige war, der seine Familie versorgt, bringt seine Verhaftung seine gesamte Familie in Probleme.

8. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Außer Christen erleben auch Angehörige anderer religiöser Minderheiten Verfolgung. Hier sind beispielsweise Muslime zu nennen, die sich gegen die Regierung stellen, sowie die Zeugen Jehovas. Die Menschenrechtsorganisation „Christian Solidarity Worldwide“ berichtete im April 2018, dass zwei Anhänger der Zeugen Jehovas im Gefängnis gestorben seien. 2017 wurden muslimische Lehrer verhaftet, weil sie Schulen führten.

9. Der Ausblick für Christen

Diktatorische Paranoia

- Ein Experte für das Land hält fest: „Die Regierung Eritreas sieht sich unterschiedlichen Herausforderungen gegenüber. Es gewinnt beispielsweise eine Social-Media-Kampagne an Schwung, die unter dem Titel ‚Genug ist genug‘ politische Veränderungen im Land fordert. Auch eine wachsende Anzahl einflussreicher Künstler und anderer Personen meldet sich zu Wort. Ein Beispiel ist der kürzlich erschienene Protestsong von Korchach, einem der bekanntesten Musiker des Landes, in dem der Sänger in einer Zeile auch die Regierung anspricht: ‚Euer Maß an Bosheit wird inakzeptabel‘.“ Zudem verlassen immer mehr junge Eritreer das Land. Viele haben die Möglichkeit genutzt, die die geöffnete Grenze nach

Äthiopien bietet, und sehen nun, wie schlecht es im internationalen Vergleich um die eritreische Wirtschaft bestellt ist.

- Nach dem Ende der Präsidentschaft von Omar Al Bashir im Sudan gibt es immer lauter werdende Rufe nach ähnlichen Veränderungen in Eritrea. All diese Faktoren setzen Präsident Isaias Afewerki unter Druck. Der Ruf nach Wahrheit und Versöhnung, den die Bischöfe im April 2019 veröffentlichten, wird von der Regierung als klare Forderung nach einer neuen Regierung gesehen.
- So wie es derzeit aussieht, könnte der Präsident an der Macht bleiben. Berücksichtigt man jedoch, was in der Region passiert (beispielsweise die Massenproteste, welche die repressiven Regierungen im Sudan und Äthiopien ihre Macht gekostet haben), ist es nicht abwegig, größere Probleme für die eritreische Regierung zu erwarten. Dieser Druck auf die Regierung könnte jedoch auch zu einer noch stärkeren Verfolgung von Christen führen, da das Regime Kirchen (und besonders protestantische Freikirchen) als Teil einer Bewegung für Veränderung ansehen könnte.

Konfessioneller Protektionismus

Die EOC ist weiterhin sehr wichtig in Eritrea. Einige konservative Christen sehen Evangelikale als Gefahr für ihren Einfluss in der Gesellschaft. Aus diesem Grund stellen sie sich häufig auf die Seite der Regierung und unterdrücken die Entwicklung der protestantischen Freikirchen. Dieses Problem wird sich voraussichtlich fortsetzen.

Islamische Unterdrückung

Es gibt zwei mögliche Szenarien, bei denen Islamische Unterdrückung eine stärkere Triebkraft im Land werden könnte. Einerseits könnte dies passieren, sollte das Land ins Chaos stürzen und der Einfluss von Saudis und Katarern im Land steigen. Einige Experten glauben, dass extremistische Muslime sich seit Jahren in Stellung bringen, da sie das Regime als christliche Regierung ansehen. Falls die Regierung also auseinanderfallen sollte und die Armee korrupt und loyal zur Partei bliebe, könnten solche extremistischen Muslime, die sich nicht um Menschenrechte und Religionsfreiheit kümmern, an die Macht kommen. Ein zweites mögliches Szenario ist, dass die Regierung sich dem Druck von Ländern aus dem Nahen Osten beugt, wonach Stimmen im Land bereits rufen. Das würde den Weg öffnen für einen stärkeren Einfluss extremistischer islamischer Lehren und Islamschulen und würde die muslimische Bevölkerung radikalisieren.

Organisiertes Verbrechen und Korruption

Die Existenz des organisierten Verbrechens ist mit der Herrschaft des amtierenden Regimes verknüpft. Es ist in die Sicherheitskräfte und das Militär des Landes eingedrungen und wird ein starker Verfolger für Christen bleiben, sollte sich nicht etwas Grundlegendes im Land ändern.

zurück zur Länderübersicht

Sudan: Platz 7

Zusammenfassung

Wie der vorangegangene Berichtszeitraum war der Berichtszeitraum für den Weltverfolgungsindex 2020 für Christen im Sudan in vielerlei Hinsicht schwierig: Den Gemeinden werden Kirchengebäude entzogen, die sie seit Jahren für den Gottesdienst benutzen; die Regierung hat viele christliche Leiter verhaftet oder eingeschüchtert, und das derzeitige politische Chaos im Land hat die Christen in Bedrängnis gebracht. Obwohl die Armee und prodemokratische Aktivisten eine Reihe von Vereinbarungen unterzeichnet haben, bleiben Unklarheiten.

Auch die ethnisch-kulturelle Zusammensetzung des Landes ist kompliziert: Araber stehen ethnischen Afrikanern und Muslime stehen Christen gegenüber. Die Abspaltung des Südsudans im Jahr 2011 hat diese Probleme nicht gelöst. Dies gilt insbesondere für ethnische Afrikaner, da eine beträchtliche Zahl von ihnen Christen sind und immer noch im Land leben. Christen aller Denominationen im Sudan haben Angst davor, Gespräche über ihren Glauben mit sudanesischen Muslimen zu führen, da dies als ein „Akt zur Förderung des Glaubensabfalls vom Islam“ ausgelegt werden könnte. Das Ausmaß der Verfolgung, mit der Christen muslimischer Herkunft und ethnische Afrikaner konfrontiert werden, ist enorm. Es gab Verhaftungen; viele Kirchen wurden abgerissen und andere stehen auf einer amtlichen Liste von Gebäuden, deren Abriss noch bevorsteht; viele Christen wurden wahllos in Gebieten wie den Nuba-Bergen angegriffen, wo es einen anhaltenden Konflikt zwischen Regierungstruppen und Rebellengruppen gibt.

Um nicht entdeckt zu werden, verzichten Christen muslimischer Herkunft oft darauf, ihre Kinder als Christen zu erziehen, weil dies die Aufmerksamkeit der Regierung und der Dorfvorsteher auf sich ziehen könnte (da Kinder versehentlich den Glauben ihrer Eltern preisgeben könnten). Diese Angst erstreckt sich sogar auf Beerdigungen, bei denen verstorbene Christen muslimischer Herkunft oft nach islamischen Riten auf muslimischen Friedhöfen bestattet werden, obwohl christliche und muslimische Friedhöfe getrennt sind.

Beispiele aus dem aktuellen Berichtszeitraum

- Die Regierung hat Kirchen abgerissen und geschlossen.
- Christen muslimischer Herkunft sind besonders gefährdet, da das Gesetz den Wechsel vom Islam zu einer anderen Religion offiziell mit dem Tod bestraft. Sie verzichten in der Regel auf den Besitz von christlicher Literatur oder den Zugriff auf christliches Fernsehen oder Websites. Wenn sie entdeckt werden, könnte dies von Familie oder Beamten als Beweis gegen sie verwendet werden.
- Christliche Kinder werden oft in der Schule oder auf Spielplätzen aufgrund des Glaubens ihrer Eltern schikaniert.
- Insbesondere in den Regionen Nuba-Berge, Darfur, Süd-Kurdufan und Blauer Nil, in denen Christen wahllos von staatlichen Sicherheitskräften ins Visier genommen werden, ist ein sehr hohes Maß an Gewalt gegen Christen zu verzeichnen.

1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit 85 Punkten belegt der Sudan im Weltverfolgungsindex 2020 Platz 7. In den Berichtszeiträumen zum Weltverfolgungsindex 2017, 2018 und 2019 betrug der Wert jeweils 87 Punkte.

Einer der Hauptgründe, warum die Wertung sich um zwei Punkte verbessert hat, war die Veränderung der politischen Situation in der zweiten Hälfte des Berichtszeitraums. Diese Verbesserungen gehen auf die Proteste der sudanesischen Bevölkerung gegen die Herrschaft von Al Bashir zurück. Der Sudan ist ein Land, in dem Christen sowohl als Einzelpersonen als auch kollektiv ernsthaften Einschränkungen unterworfen sind. Nach der Abspaltung des Südsudans hatte Präsident Al Bashir angekündigt, die Scharia, das islamische Recht, vollumfänglich umzusetzen. Als eines der Ergebnisse ließ die Regierung unter Al Bashir eine Reihe von Kirchen abreißen. Auch hat diese diktatorische, islamistische Regierung ihre Politik der Christenverfolgung in der Nuba-Region fortgesetzt. Der Sudan ist ein Staat, der von der US-Regierung folgerichtig als „besonders Besorgnis erregendes Land“ bezeichnet wurde.

2. Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung

Diese Triebkraft der Verfolgung wurzelt in der Ideologie der Muslimbrüder, die vom Gründer der (bis April 2019) regierenden Partei, Hassan al-Turabi, vertreten wurde, der Omar Al Bashir in einem unblutigen Putsch von 1989 half, die Macht zu festigen. Die sudanesische Regierung arbeitete dann auf Kosten anderer religiöser Gruppen des Landes an der Bildung eines islamischen Staates und wird seit drei Jahrzehnten beschuldigt, islamisch-extremistische Kämpfer zu unterstützen. Die USA haben den Sudan am 12. August 1993 erstmals als staatlichen Förderer des Terrorismus bezeichnet, weil er wissentlich lokale und internationale Terroristen beherbergte und zuließ, dass das Land zu einem Transitland für Terroristen und Waffen wurde. Osama Bin Laden hielt sich beispielsweise dort auf, bevor er nach Afghanistan zog.

Historisch gesehen ist der Islam – einschließlich seiner fundamentalistischen Tendenzen (wie der mahdistischen Bewegung des 19. Jahrhunderts) – fest in der sudanesischen Gesellschaft verwurzelt. Obwohl die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung im Land sunnitische Muslime sind, hatte die Regierung des Sudans unter Al Bashir auch enge Beziehungen zum schiitischen Iran. Die Scharia ist die Grundlage des sudanesischen Rechtssystems, und die Elite des Sudans hat sich zum Ziel gesetzt, ein islamisches Regime im Land durchzusetzen. Der Glaubensabfall vom Islam wird kriminalisiert, darauf steht die Todesstrafe. Blasphemiegesetze werden landesweit zur Verfolgung von Christen eingesetzt. Diese Triebkraft hat auch ein nationalistisches Element.

Diktatorische Paranoia

Bis April 2019 wurde der Sudan von einem autoritären Regime regiert, seit Al Bashir 1989 durch einen Putsch an die Macht kam. Der Einfluss der Regierung auf das private und öffentliche Leben war enorm. Das Land hat tief verwurzelte Schwierigkeiten: Die Darfur-Krise hält weiter an, der Konflikt mit der Sudanesischen Volksbefreiungsbewegung-Nord (SPLM-N) zeigt keine Anzeichen für eine dauerhafte Lösung, obwohl Waffenstillstandsabkommen geschlossen wurden. Einige argumentieren, dass die Abkommen auf den Druck der US-Regierung zurückzuführen seien und die sudanesische Regierung ihnen in der Hoffnung nachkam, dass die Sanktionen aufgehoben würden. Wann immer die Regierung des ehemaligen Präsidenten Al Bashir vor sozioökonomischen und politischen Problemen stand,

versuchte sie die Unterstützung der gesamten Bevölkerung durch Hetzreden gegen den Westen wiederzubeleben. Dies wiederum hatte negative Auswirkungen auf die sudanesischen Christen, da die Regierung die Christen als Agenten der westlichen Länder betrachtet.

Es scheint eine symbiotische Beziehung zwischen „Islamischer Unterdrückung“ und „Diktatorischer Paranoia“ zu bestehen, da die Führer des Regimes unter Al Bashir hauptsächlich Personen waren, die sich einer extremistischen islamistischen Ideologie verschrieben hatten; in der Tat diente die „Nationale Kongresspartei“ (NCP) als Mittel zur Stärkung der islamistischen Politik. Dies bedeutet, dass die Rolle der Regierung bei der Verfolgung von Christen nicht nur von totalitären Tendenzen, sondern auch von Sympathien für den Islamismus geprägt war. In den letzten drei Jahrzehnten wurde die Bereitschaft des Ex-Präsidenten immer deutlicher, in opportunistischer Weise Überzeugungen und Versprechungen preiszugeben, um an der Macht zu bleiben. Fast alle seine Entscheidungen – ob es sich nun um die Unterstützung bewaffneter Milizen oder um die Niederschlagung aller Formen von Widerspruch handelte – waren vor allem, wenn nicht gar allein, vom Wunsch motiviert, um jeden Preis an der Macht zu bleiben. Dies gelang ihm, obwohl der Internationale Strafgerichtshof ihn wegen Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Völkermord wegen der Ereignisse im Sudan unter seiner Führung anklagte und im März 2009 einen Haftbefehl gegen ihn erließ.

Das Land wurde im jährlich von der internationalen Nichtregierungsorganisation „Freedom House“ veröffentlichten Bericht über den Grad an Freiheit, „Freedom in the World“, von 2019 als „nicht frei“ eingestuft (mit 7 von 100 Punkten). Diese Situation wird sich wahrscheinlich ändern, nachdem Al Bashir von der Macht verdrängt wurde. Für eine Analyse ist es jedoch zum jetzigen Zeitpunkt noch zu früh.

Organisiertes Verbrechen und Korruption

Die sudanesische Regierung unter Ex-Präsident Al Bashir setzte alle verfügbaren Mittel ein, um an der Macht zu bleiben, einschließlich der Mobilisierung von Stammesmilizen. Es gibt Vorwürfe wegen schwerer Menschenrechtsverletzungen gegen die nichtarabischen Bürger, und Christen gehören zu den Minderheiten, die Opfer dieser Art von organisierter Kriminalität sind.

Ethnisch oder traditionell begründete Anfeindungen

Die sudanesische Bevölkerung besteht aus etwa 19 verschiedenen ethnischen Gruppen und fast 600 Untergruppen. Die meisten Bewohner der südlichen Teile des Landes sind ihrer Ethnie nach afrikanischer Herkunft, die Araber leben überwiegend in den nördlichen Teilen des Landes. Die Sudanesen sind tief religiös, die meisten Menschen bekennen sich zu einem religiösen Glauben, vor allem zum Islam oder Christentum, doch gibt es auch immer noch traditionelle Stammesreligionen. Seit vielen Jahren versuchen die Araber aus dem Norden, nicht nur den Islam, sondern auch eine spezifische kulturelle und ethnische Identität im Zusammenhang mit dem Arabismus zu verbreiten. Dies führte zu einem jahrzehntelangen Bürgerkrieg und war letztlich für die Unabhängigkeit des Südsudans verantwortlich. Aber auch heute noch geschieht dies im ganzen Land.

3. Verfolger

Ausgehend von Islamischer Unterdrückung

- **Nichtchristliche religiöse Leiter:** Imame in Moscheen und Medressen predigen christenfeindliche Ansichten, insbesondere extremistische islamische Geistliche, die den Sudan zu einem islamischen Staat machen wollen. Es gibt auch einen schiitischen Einfluss durch den Iran.
- **Normale Bürger:** Anhänger des Wahhabismus und Verfechter der Scharia (als Grundlage für die Regelung aller Lebensbereiche im Sudan) schränken das Leben der Christen ein. Der Islam ist tief in der sudanesischen Gesellschaft verankert und jeder wird ermutigt, die Regierungspolitik von einer Religion, einer Kultur und einer Sprache mitzutragen. Dies führt schnell zur Verfolgung von Christen.
- **Regierungsbeamte:** Die staatlichen Sicherheitskräfte verhaften und belästigen Christen immer wieder, schüchtern sie ein und zerstören Kirchen. Milizen werden auch von der Regierung organisiert, um Christen und andere Nichtmuslime anzugreifen. Ehemalige Muslime werden von der Familie schwer verfolgt und können zum Tode verurteilt werden, wenn sie der Regierung gemeldet werden (da der Glaubensabfall mit der Todesstrafe geahndet wird).
- **Gewalttätige religiöse Gruppen:** Die von der Regierung organisierten Milizen sind für die Ermordung von Christen und für die Zerstörung von Eigentum von Christen im ganzen Land verantwortlich.
- **Großfamilie:** Sowohl auf individueller als auch auf familiärer Ebene beteiligen sich die Bürger an der Verfolgung von Christen im Land. Das sagt ein Länderexperte: „Familienmitglieder befürchten, dass der Glaubenswechsel eines Familienmitglieds zum christlichen Glauben dazu führen könnte, dass die ganze Familie ohne eigenes Verschulden von der Teilnahme an Gemeinschaftsaktivitäten ausgeschlossen wird. So tun sie alles Nötige, um Druck auf die Christen auszuüben, damit sie ihren neuen Glauben aufgeben.“

Ausgehend von Diktatorischer Paranoia

- **Regierungsbeamte:** Von der Regierung unterstützte Gruppen (und alle Anhänger einer islamistischen Ideologie) weigern sich, einen Glaubenswechsel zuzulassen und stehen Christen keinen Platz im Land zu. Was in dieser Hinsicht noch beunruhigender ist, ist die mutmaßliche Verbindung zwischen der Regierung und gewalttätigen islamischen Gruppen. Regierungsbeamte zwingen die Christen auch dazu, sonntags zur Schule zu gehen. Vor zehn Jahren wurde vom Internationalen Strafgerichtshof ein Haftbefehl gegen Al Bashir wegen verschiedener Verbrechen erlassen, darunter viele gegen die christliche Minderheit. Während Al Bashir in seiner Position als Staatsoberhaupt angeklagt wurde, waren auch zahlreiche Beamte auf verschiedenen Regierungsebenen daran beteiligt.
- **Politische Parteien:** Die seit langem regierende National Congress Party (die 1996 gegründet wurde und von Omar Al Bashir bis zu seiner Absetzung im April 2019 angeführt wurde) ist islamistisch und hat sich auch für die Verfolgung von Christen eingesetzt (und daran beteiligt).

Ausgehend von Organisiertem Verbrechen und Korruption

- **Netzwerke des organisierten Verbrechens:** Obwohl offiziell illegal, werden viele Gruppen, die Verbrechen gegen Christen begehen, vom Staat unterstützt.
- **Regierungsbeamte:** Der Sudan ist eines der korruptesten Länder Afrikas. Politiker und Korruptionsnetzwerke haben sich gegen Christen verschworen und die Rechtsstaatlichkeit untergraben. Sie arbeiten Hand in Hand, damit Christen ihre Kirchen und anderes Eigentum vor den Gerichten verlieren.
- **Anführer ethnischer Gruppen:** Ethnische Führer arbeiten auch gegen Christen innerhalb der bestehenden Netzwerke von Vetternwirtschaft und Korruption.

Ausgehend von ethnisch oder traditionell begründeten Anfeindungen

- **Anführer ethnischer Gruppen:** Einige ethnische Anführer haben Unterstützung von der Regierung erhalten, insbesondere dort, wo ihre ethnischen Gruppen Ethnizität und Islam als ein und dasselbe betrachten. Wenn sie also sehen, dass eines ihrer Mitglieder sich zu Jesus Christus bekehrt, werden sie ihn/sie verfolgen. Diese von der Regierung unterstützten Gruppen mit arabischstämmigem Hintergrund versuchen auch, Druck auf Nichtaraber, insbesondere auf afrikanischstämmige Christen, auszuüben. Die meisten Bewohner der südlichen Landesteile sind ihrer Ethnie nach afrikanischer Herkunft und christlich (oder Anhänger traditioneller Stammesreligionen); Araber leben überwiegend im Norden. Seit vielen Jahren versuchen die Araber aus dem Norden, nicht nur den Islam als Religion, sondern auch die mit dem Arabismus verbundene kulturelle und ethnische Identität zu verbreiten. Dies spielte eine wichtige Rolle in dem jahrzehntelangen Bürgerkrieg, in dem Millionen Menschen getötet und Millionen weitere verletzt und aus ihren Häusern vertrieben wurden.

4. Regionale Brennpunkte der Verfolgung

Die Verfolgung ist außerhalb der Hauptstadt noch schlimmer.

Über die einfachen Schikanen und Bedrohungen hinaus, denen Christen in ihrem täglichen Leben ausgesetzt sind, ist es sehr wichtig, zwischen dem, was in den Nuba-Bergen und der Region Blauer Nil vor sich geht, und dem, was in anderen Teilen des Landes geschieht, zu unterscheiden. Seit Juni 2011 führt die sudanesische Regierung Bodenoffensiven und Luftangriffe gegen angebliche „Rebellen“ durch. Die meisten Experten der Region wissen jedoch, dass die Absicht der sudanesischen Regierung und der Milizen, die diese Angriffe durchführen, ein Ziel verfolgt, nämlich die ethnische Säuberung von Minderheiten und vor allem von Christen. Samuel Totten, ein US-Forscher zu Fragen des Völkermords, nennt dies „Völkermord durch Zermürbung“. Über einen Zeitraum von acht Jahren wurden Tausende von Christen bei Angriffen durch von der Regierung unterstützte Gruppen getötet und viele Tausende aus ihren Dörfern vertrieben, und zwar aus dem einzigen Grund, dass sie eine andere Religion haben als diejenigen, die das Land regieren.

5. Betroffene Christen

Im Sudan sind alle christlichen Gemeinschaften von Verfolgung betroffen. Die Verfolgung von Christen, die ethnische Afrikaner oder ehemalige Muslime sind, ist jedoch massiv. Viele von ihnen werden verhaftet und wegen Verbrechen wie Spionage angeklagt; viele Kirchen werden abgerissen; viele Christen wahllos in Gebieten wie den Nuba-Bergen angegriffen, in denen Regierungskräfte gegen Rebellengruppen kämpfen. Viele Kirchen sind von der Schließung bedroht.

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

Ausländische und eingewanderte Christen werden gezwungen, ihre Kirchen zu schließen. Dabei handelt es sich hauptsächlich um Gruppen aus den westlichen Ländern und dem Südsudan. Ihren Kirchen wurde die Registrierung verweigert und viele wurden abgerissen. Einige ausländische Christen werden verhaftet und ohne ein ordnungsgemäßes Gerichtsverfahren inhaftiert.

Christen aus traditionellen Kirchen

Christen, die traditionellen Kirchen wie der koptisch-orthodoxen und der römisch-katholischen Kirche angehören, erfahren Verfolgung, die sowohl aus Islamischer Unterdrückung als auch aus Diktatorischer Paranoia resultiert. Nach dem Programm des Kirchenabrisses im Land zu urteilen, war das Ziel der Regierung unter Al Bashir, die meisten, wenn nicht sogar alle Kirchen im Land zu schließen, einschließlich der Kirchen, die zu den traditionellen christlichen Kirchen gehören.

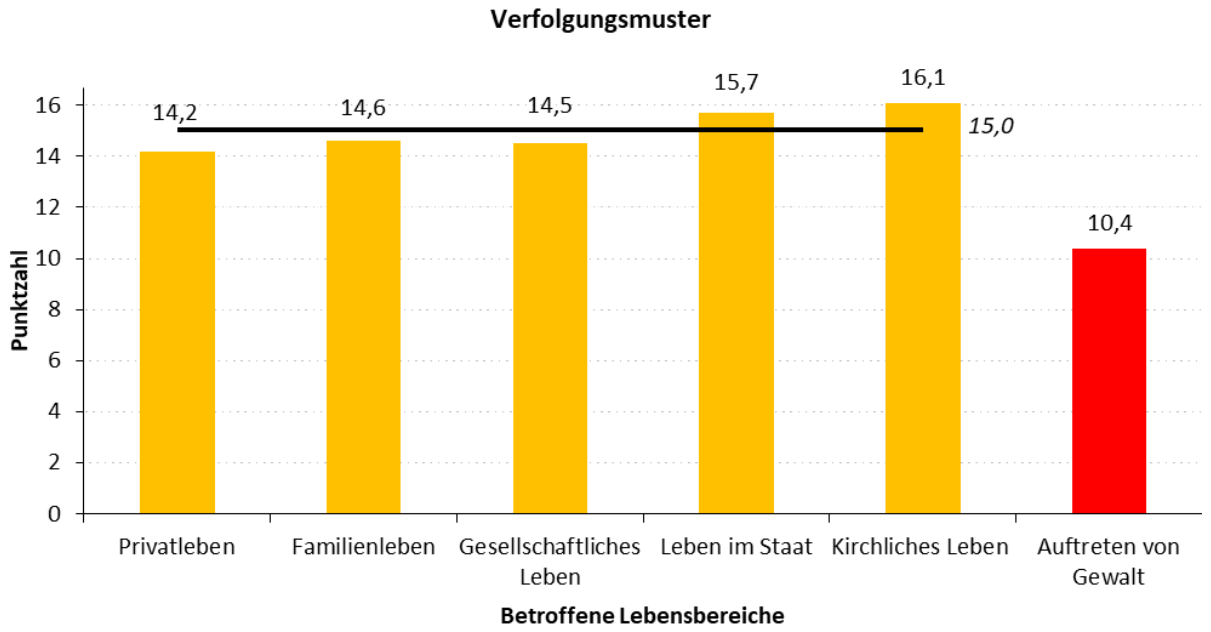
Christen muslimischer Herkunft (Konvertiten)

Diese Gruppe, die hauptsächlich aus ehemaligen Muslimen besteht, erfährt den stärksten Druck. Die Konvertiten spüren nicht nur den Druck der Verfolgung in den Lebensbereichen „Kirchliches Leben“ und „Leben im Staat“, sondern auch in schwerer Form durch Familie und Nachbarn in ihrem unmittelbaren Lebensumfeld, im Familien- und Privatleben.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Sudanesen, die baptistischen, evangelikalen und pfingstkirchlichen Denominationen angehören, werden ebenfalls ausgehend von Islamischer Unterdrückung und Diktatorischer Paranoia verfolgt. Diese Gruppe ist auch mit der Aussicht konfrontiert, die meisten ihrer Kirchen im Land schließen zu müssen.

6. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Sudan

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Der durchschnittliche Druck auf die Christen im Sudan beträgt ein extrem hohes Maß mit 15,0 Punkten.
- Der Druck ist am stärksten im Bereich „Kirchliches Leben“, was zeigt, wie die Regierung unter Al Bashir kontinuierlich das kirchliche Leben im Land auf verschiedene Weise ins Visier genommen hat, gefolgt vom Bereich „Leben im Staat“, ein Zeichen dafür, dass Christen Muslimen nicht gleichberechtigt sind.
- Der Wert für Gewalt betrug 10,4 Punkte, gegenüber 10,6 Punkten im Weltverfolgungsindex 2019.

Zu jedem der Lebensbereiche sind im Folgenden jeweils ausgewählte Teilaspekte genannt, die im betreffenden Lebensbereich für die Christen zu den gravierendsten Schwierigkeiten gehören.

Privatleben

- **Es ist gefährlich für Christen, ihrem Glauben in schriftlicher Form persönlich Ausdruck zu geben, auch in Internetblogs oder sozialen Medien:** Das Land bleibt ein riskanter Ort, den christlichen Glauben offen zu bekennen. Wenn Christen Details über ihren Glauben in schriftlicher Form äußern, ist es wahrscheinlich, dass sie verfolgt und angegriffen werden. Deshalb ziehen es Christen oft vor, sich privat zu treffen und zu beten, nicht öffentlich. Dies betrifft alle Kategorien von Christen im Land.
- **Es ist riskant für Christen, sich mit anderen Christen zu treffen:** Treffen mit anderen Christen bergen (besonders für ehemalige Muslime) immer die Gefahr der Entführung

oder Verhaftung durch staatliche Sicherheitsbeamte. Ein Länderexperte fügt hinzu: „Dies ist eines der Probleme, mit denen alle christlichen Gemeinschaften im Land konfrontiert sind. Es gibt diese ständige Überwachung und Nachverfolgung durch die Gesellschaft und die Polizei."

- **Es ist riskant für Christen, über ihren Glauben mit anderen als den unmittelbaren Familienmitgliedern zu sprechen:** Christen neigen dazu, aus Sicherheitsgründen nicht mit Gästen oder anderen Mitgliedern der lokalen Bevölkerung über ihren Glauben zu sprechen: Dies kann zu Verhaftungen oder Angriffen durch Mobs führen. Ein Experte sagt: „Es könnte als Missionierung angesehen werden und ist ein Problem, das jeder vermeiden muss."
- **Glaubenswechsel sind verboten:** Der Sudan ist bekannt dafür, Konvertiten des Glaubensabfalls zu beschuldigen. Ein Experte für das Land erklärt: „Aufgrund der Gefahr, dass Familie, Gesellschaft und Beamte sie entdecken und dies als Beweismittel gegen sie verwenden, verzichten [ehemalige Muslime] darauf, christliche Schriften zu besitzen oder auf christliches Fernsehen oder Websites zuzugreifen." Es gab Fälle, in denen ehemalige Muslime von Familienangehörigen wegen ihrer Hinwendung zum christlichen Glauben unter Hausarrest gestellt wurden. Artikel 126 des Strafgesetzbuches gibt einen klaren Hinweis auf die Bestrafung aktiver Christen, insbesondere von ehemaligen Muslimen: „Wer die Abkehr vom Islam propagiert oder ihn öffentlich durch Worte oder eine Handlung, die ein eindeutiges Anzeichen darstellt, ablehnt, begeht die Straftat des Glaubensabfalls." In der Vergangenheit gab es Fälle, in denen ehemalige Muslime zum Tode verurteilt wurden, weil sie einfach nur Gespräche führten. Darüber hinaus haben Christen Angst vor Gesprächen über ihren Glauben mit sudanesischen Muslimen, da diese als „Handlungen, die den Glaubensabfall vom Islam fördern" ausgelegt werden könnten.

Familienleben

- **Kinder von Christen werden wegen des Glaubens ihrer Eltern schikaniert oder diskriminiert:** Christliche Kinder werden oft in der Schule oder auf Spielplätzen aufgrund des Glaubens ihrer Eltern belästigt. Infolgedessen zögern Christen (besonders ehemalige Muslime) oft, mit ihren Kindern über ihren Glauben zu sprechen. Die Art und Weise, wie sie sich kleiden, oder das Zeigen christlicher Symbole werden allgemein als Zeichen der Minderwertigkeit gegenüber den islamischen Gruppen des Landes angesehen und können zu Verfolgung führen.
- **Christliche Eltern werden daran gehindert, ihre Kinder gemäß ihrem christlichen Glauben aufzuziehen:** Ehemalige Muslime verzichten oft darauf, ihre Kinder als Christen zu erziehen, weil dies die Aufmerksamkeit der Regierung wecken könnte (da die Kinder versehentlich den Glauben ihrer Eltern verraten könnten). Ein Experte für das Land erklärt mit Blick auf das Schulsystem: „Es ist sehr schwierig, Kinder gemäß dem christlichen Glauben zu erziehen. Das Schulsystem, das Sozialsystem und die Gesellschaft im Allgemeinen verkomplizieren viele Dinge. In öffentlichen Schulen der Gebiete des Landes, in denen Muslime die Mehrheit bilden, verlangt die Regierung die Teilnahme am Islamunterricht. In staatlichen Schulen in Gebieten, in denen Muslime nicht die Mehrheit sind, haben die Schüler die Wahl, ob sie den Islam oder den christlichen Glauben lernen wollen. Christlicher Religionsunterricht wird jedoch in den meisten staatlichen Schulen nicht angeboten. Der von der Regierung angegebene Grund dafür ist ein Mangel an

Lehrern oder christlichen Schülern. Unabhängig vom Grund bedeutet dies in der Praxis, dass viele christliche Schüler den Islamunterricht besuchen."

- **Christen werden daran gehindert, eine christliche Hochzeit zu feiern:** Der Sudan ist kein einfacher Ort für Christen, um zu heiraten. Bei einer Ehe zwischen einem Muslim und einem Christen wird von dem Christen erwartet, dass er zum Islam übertritt. Während das Gesetz (bis zu einem gewissen Grad) erlaubt, dass Nichtmuslime nicht der Anwendung des islamischen Rechts unterworfen werden, findet in der Praxis eine christliche Hochzeit nicht so reibungslos statt wie die Hochzeit zwischen Muslimen.
- **Christlichen Ehepartnern von Nichtchristen wird bei Scheidungsfällen das Sorgerecht für die Kinder verwehrt:** Dies ist im Zusammenhang mit der Tatsache zu sehen, dass im Sudan die Scharia gilt. Die Regelung soll sicherstellen, dass die nächste Generation mehrheitlich muslimisch bleibt. Häufig ist dies die erste Reaktion, wenn ein Elternteil sich zu Jesus Christus bekehrt. Im Falle der Trennung eines ehemaligen Muslims und eines nichtchristlichen Elternteils nimmt die muslimische Familie das Kind daher gewaltsam in ihre Obhut.

Gesellschaftliches Leben

- **Christen werden im Alltag belästigt, bedroht oder behindert, weil sie sich zum Beispiel nicht nach den Vorschriften für Kleidung oder Bärte der Mehrheitsreligion richten:** Im Bundesstaat Khartum gelten Gesetze zur öffentlichen Ordnung, die weitgehend auf der strengen Auslegung des islamischen Rechts durch die Regierung beruhen und „unschickliche Kleidung" und andere „Vergehen gegen Ehre, Ansehen und öffentliche Moral" verbieten. Es ist bekannt, dass die islamische Moralpolizei Christen schikaniert und verhaftet, weil sie sich nicht an die offizielle Kleiderordnung gehalten haben. Dieses Problem hat in der Vergangenheit zu Verhaftungen vieler Christen geführt.
- **Christen stehen unter Beobachtung durch ihr soziales Umfeld oder private Gruppen. Sie werden beispielsweise bei der Polizei angezeigt, beschattet, ihre Telefongespräche werden mitgehört, E-Mails gelesen oder zensiert:** Christen, insbesondere ehemalige Muslime, werden von muslimischen religiösen Führern, Politikern und Mitgliedern der Bürgerwehr überwacht. Der Sudan war bisher ein Polizeistaat, aber seit April 2019 besteht die Hoffnung, dass die Absetzung des ehemaligen Präsidenten dies ändern wird.
- **Christen werden aus religiösen Gründen daran gehindert, an kommunalen Institutionen, Gremien usw. teilzuhaben**: Die Christen im Sudan stehen in muslimisch dominierten Kommunen vor vielen Hürden und können nicht vollständig mitwirken.
- **Christen wurden aufgrund ihres Glaubens daran gehindert, an Gemeinschaftsressourcen teilzuhaben (etwa am Zugang zu sauberem Trinkwasser):** Es ist die allgemeine Einstellung von Gesellschaft und Regierung, dass sudanesische Bürger muslimisch sein sollten. Die Regierung nutzt alle verfügbaren Möglichkeiten, um Christen herabzuwürdigen und zu bestrafen, indem sie ihnen die Nutzung von Gemeinschaftsressourcen untersagt. Christen in den Nuba-Bergen und anderen Gebieten im Süden des Landes werden von Regierungskräften aus der Luft bombardiert und es gibt sogar Haus-zu-Haus-Durchsuchungen nach Christen durch staatlich geförderte Milizen. Für Christen, die in diesen Gebieten leben, ist es kaum möglich, ein normales Leben zu führen und ohne Angst an den Gemeinschaftsressourcen teilzuhaben.

Leben im Staat

- **Die Gesetze beschränken die Religionsfreiheit, wie sie in Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte formuliert ist:** Auf nationaler Ebene sind die Rahmenbedingungen für Christen nicht günstig, da sie als Bürger zweiter Klasse gelten. Auch wenn Artikel 38 der Interimsverfassung die Religionsfreiheit garantiert, glaubt die Regierungspartei, dass das Land Muslimen gehöre. Ausgehend davon sind fast alle Gesetze und Richtlinien von der Scharia abgeleitet und nicht flexibel, um Religionsfreiheit zu gewährleisten. Auch die anderen Gesetze schränken die Religionsfreiheit durch ihre zusätzlichen Rückbezugsklauseln ein (das heißt, die Gesetze gelten vorbehaltlich der Scharia-Konformität). Christen – insbesondere aus dem Südsudan und Missionare aus dem Westen – werden häufig von staatlichen Sicherheitskräften überwacht.
- **Christen erleben Einschränkungen in der öffentlichen Meinungsäußerung:** Die Meinungsfreiheit im Land ist stark eingeschränkt. Die Kirche wird daran gehindert, ihren Glauben, ihre Bräuche und ihre Meinungen in der Öffentlichkeit zum Ausdruck zu bringen, weil die Behörden befürchten, dass sie den Christen dadurch die Möglichkeit geben würden, andere zu beeinflussen, ebenfalls den christlichen Glauben anzunehmen. Die Zensur betrifft alle; für Christen ist das Risiko, sich zu äußern, jedoch höher, da der Staat üblicherweise jedem, der gegen diejenigen vorgeht, deren Kommentare als Kritik an der Regierung oder lokalen Beamten verstanden werden könnten, (ganz oder teilweise) Straffreiheit gewährt.
- **Christliche zivilgesellschaftliche Organisationen oder politische Parteien werden in ihrer Tätigkeit behindert oder aufgrund ihrer christlichen Überzeugungen verboten:** Behinderungen und Verbote treten dort auf, wo Organisationen als kritisch gegenüber staatlichen Institutionen wahrgenommen werden oder sich offen missionarisch betätigen; viele internationale NGOs werden des Landes verwiesen, wenn sie als christlich eingestuft werden. Trotz der Herausforderungen gibt es immer noch einige christliche Organisationen, die im Land tätig sind. Das Land hat zahlreiche politische Parteien, aber keine hat eine christliche Agenda.
- **Christen könnten kein eigenes Unternehmen ohne Einmischung wegen religiöser Gründe führen:** Ein Experte für das Land erklärt: „Da im Sudan das islamische Recht angewendet wird, ist es für Nichtmuslime sehr schwierig, Lizenzen für die Eröffnung eines Unternehmens zu erhalten, verglichen mit muslimischen Geschäftsinhabern. Neben der rechtlichen Einschränkung ist auch anzumerken, dass die meisten christlichen Geschäftsinhaber von Kunden aufgrund ihrer Religion diskriminiert werden. In den meisten Fällen ist es für christliche Geschäftsleute sehr schwierig, von der Regierung ausgeschriebene Projekte zu gewinnen, da die verantwortlichen Regierungsbeamten der zuständigen Behörden diskriminierend eingestellt sind.“

Kirchliches Leben

- **Aktivitäten von Kirchen werden überwacht, behindert, gestört oder blockiert:** Während Christen in der Hauptstadt und anderen Großstädten hauptsächlich von staatlichen Stellen überwacht und behindert werden, unterliegen Kirchen in den abgelegenen Landesteilen, insbesondere in den vom Bürgerkrieg betroffenen Gebieten, einer stärkeren Behinderung und Überwachung durch staatliche und nichtstaatliche Gruppen.

- **Christen erfahren bei der Wahl ihrer eigenen religiösen Leiter Einmischung:** In der Zeit vor der Absetzung von Präsident Al Bashir (also vor April 2019) mischte sich die sudanesische Regierung zunehmend in die interne Arbeit von religiösen Institutionen ein. Aufgrund der vom Ministerium für Unterweisung und religiöse Stiftungen erlassenen Vorschriften sahen sich die Pastoren gezwungen, sich selbst zu zensieren und ihre Aktivitäten einzuschränken. An einigen Stellen zwangen sudanesische Sicherheitskräfte die Christen, ihre christlichen Schulen zu übergeben.
- **Christliche Gemeinschaften werden daran gehindert, Kirchengebäude zu bauen oder zu renovieren oder traditionelle Gebäude einzufordern, die ihnen zuvor genommen worden waren:** Für Christen ist es schwierig, neue Kirchen zu bauen, wobei das Haupthindernis die Regierungsstellen sind, die für die Erteilung der erforderlichen Genehmigung zuständig sind. Selbst wenn eine Genehmigung erteilt wird, stehen Christen dann täglich vor Herausforderungen durch lokale islamische Führer und extremistische Muslime.
- **Kirchen werden daran gehindert, christliche Aktivitäten außerhalb der Kirchengebäude zu organisieren:** Dies ist ein weiterer Bereich, in dem die christliche Gemeinde am meisten leidet. Welche Aktivitäten Kirchen auch immer durchführen wollen, sie werden von den örtlichen Behörden aufgefordert, nur innerhalb von Kirchengebäuden zu arbeiten. Die Durchführung von kirchlichen Aktivitäten außerhalb der Gebäude ohne ausdrückliche Genehmigung der örtlichen Behörden führt zur Verhaftung von Personen, die daran teilnehmen.

Darüber hinaus mischt sich die Regierung immer wieder in kirchliche Angelegenheiten ein und spielt eine wichtige Rolle bei der Bildung alternativer Kirchenausschüsse, welche die von der Kirche gewählten Ausschüsse ersetzen. Es gab Fälle, in denen die Regierung diese gegnerischen Ausschüsse unterstützt und ihnen erlaubt, Kirchen hinter dem Rücken der Hauptgemeinde zu verkaufen.

Auftreten von Gewalt

- Christen werden oft sonntags angegriffen, wenn sie in die Kirche gehen oder wenn sie von der Kirche nach Hause kommen. Diese Angriffe sind so verbreitet, dass sie oft nicht angezeigt werden.
- Pastoren werden wegen ihrer Äußerungen gegen die Verfolgung im Land strafrechtlich belangt. Darüber hinaus werden Christen wahllos von staatlichen Sicherheitskräften in der Region des Nuba-Gebirges verhaftet, obwohl die Regierung behauptet, dass sie gegen Rebellen vorgehe.
- Die Regierung setzt die Schließungen und Beschlagnahmungen von Kirchen und Kirchenbesitz fort (ein Plan, der seit 2017 umgesetzt wird). Auch wurden in den Nuba-Bergen mehrere Kirchen zerstört.
- Obwohl das Land im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2020 mehr oder weniger von regierungsfeindlichen Protesten in Beschlag genommen wurde, kam es vor, dass christliche Häuser oder Geschäfte von extremistischen Muslimen oder staatlichen Sicherheitskräften angegriffen wurden. Dies galt insbesondere für die Nuba-Berge, wo die Sicherheitskräfte der Regierung wahllos Zivilisten (von denen die meisten Christen sind) angreifen.

7. Verfolgungssituation für Frauen und Männer

Wie Frauen Verfolgung erfahren:

- Beschlagnahme von Erbe und Besitz
- Erzwungene Einhaltung von religiösen Kleidungsvorschriften
- Zwangsscheidung
- Zwangsverheiratung
- (Haus-)Arrest durch die Familie
- Sexuelle Gewalt

Christinnen im Land stehen vor großen Herausforderungen. Ihr Lebensumfeld enthält ihnen viele Grundrechte vor, nur weil sie Frauen sind. Jeder Mangel an Schutzgesetzen ermöglicht religiöse Verfolgung. Auch wenn Männer in den meisten Fällen die Ernährer sind, hängt die Existenz der Familie meist von der Frau ab. Die Frauen spielen eine wichtige Rolle bei der Erziehung der Kinder, bei der Teilnahme an gesellschaftlichen Aktivitäten, wobei sie die Familie vertreten, und sie helfen dem Mann auf dem Hof oder bei der Viehzucht. Die Verfolgung von Frauen und Mädchen hat enorme negative Auswirkungen auf die Familie und die Gesellschaft.

Im Sudan sind christliche Mädchen gezwungen, sich wie Muslimas zu kleiden, und Mädchen, die wegen „unanständiger Kleidung“ verhaftet werden, werden während des Verhörs oft sexuell belästigt und erniedrigt. Das Gesetz verbietet unangemessene Kleidung, Verstöße werden mit maximal 40 Peitschenhieben, einer Geldstrafe oder beidem bestraft. Das Gesetz legt nicht fest, was als „unanständige Kleidung“ gilt.

Junge Mädchen stehen in der Gefahr, zwangsverheiratet zu werden, zumal nach UNICEF-Schätzungen 12 % der Frauen im Alter von 20 bis 24 Jahren vor ihrem 15. Lebensjahr verheiratet wurden. Darüber hinaus verfügen die meisten Frauen über keinerlei Schulbildung und sind daher schlecht gerüstet, um nach einer Alternative zu suchen. Im Jahr 2015 waren unter den sudanesischen Frauen aller Glaubensrichtungen 84,6 % ohne Bildung, 12,5 % hatten lediglich eine Grundschulbildung und nur 2,9 % hatten eine Sekundar- oder Hochschulbildung abgeschlossen.

Auch christliche Mädchen stehen in der Gefahr, vergewaltigt oder Opfer häuslicher Gewalt zu werden, besonders, wenn sie sich vom Islam abgewandt und den christlichen Glauben angenommen haben. Das Ausmaß der häuslichen Gewalt ist extrem hoch, und die geltenden Gesetze verbieten häusliche Gewalt nicht. Es gibt keine zuverlässigen Statistiken über die Häufigkeit von Vergewaltigungen und häuslicher Gewalt. Menschenrechtsorganisationen nannten erhebliche Hindernisse, einschließlich kultureller Normen, polizeiliche Zurückhaltung bei der Untersuchung und die weit verbreitete Straffreiheit der Täter bei der Meldung sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt, einschließlich einer erheblichen Kluft zwischen dem Gesetz und seiner Umsetzung. Tatsächlich wurden Frauen, die Anzeige wegen häuslicher Gewalt erstattet hatten, beschuldigt, gelogen oder falsche Informationen verbreitet zu haben, andere wurden sogar belästigt oder verhaftet. In bestimmten Gerichtsverfahren wird die Aussage von Frauen nicht als gleichwertig mit der von Männern angesehen; die Aussage von zwei Frauen ist erforderlich.

Söhne und Töchter haben im Sudan keine gleichen Erbrechte, und christlichen Frauen wird manchmal ihr Erbe oder ihr Besitz wegen ihres Glaubens verweigert. Außerdem werden sie, sobald die Bekehrung einer Frau zu Jesus Christus entdeckt wird, von anderen Familienmitgliedern isoliert.

Wie Männer Verfolgung erfahren:

- Erzwungene Flucht aus Stadt oder Land
- Inhaftierung durch die Behörden
- Zwangsrekrutierung zum Militärdienst
- Ermordung
- Körperliche Gewalt
- Verbale Gewalt

Bewaffnete islamisch-extremistische Gruppen sind weiterhin in vielen afrikanische Nationen aktiv und treiben die Verfolgung von Christen voran. Die sudanesische Regierung zielt auf männliche Christen mit einer Vielzahl von schweren Anschuldigungen ab, darunter auch „Terrorismus". Gemeindeleiter sind die häufigsten Ziele, und die staatlichen Sicherheitskräfte überwachen ihre Aktivitäten täglich.

Meistens sind Männer und Jungen betroffen, wenn sich Verfolgung in gewaltsamen Formen zeigt. Sie werden dann geschlagen, verhaftet, getötet und vertrieben.

Männer sind in der Regel Familienoberhaupt und Ernährer der Familie, und wenn die Männer aufgrund von Verfolgung nicht in der Lage sind, für ihre Familien zu sorgen, gerät die Familie in finanzielle Schwierigkeiten. Darüber hinaus sind Männer in abgelegenen Landesteilen für ihre Familien wichtig, um für Sicherheit zu sorgen; ihre Abwesenheit kann dazu führen, dass Familienbesitz geplündert wird und Ehefrauen und Töchter sexueller Gewalt ausgesetzt sind.

8. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Auch andere religiöse Minderheiten wie die jüdische Gemeinde stehen im Sudan vor großen Problemen. So wurden 2017 Fußballfans gesehen, die Adolf Hitler priesen und den Holocaust leugneten. Ein Imam sagte während einer Predigt, dass Juden für alles Böse verantwortlich seien. Die Bahai-Religionsgemeinschaft ist im Land nicht anerkannt und kann nur im Geheimen arbeiten. Auch die Zeugen Jehovas werden belästigt. Schiitischen Muslimen ist es nicht gestattet, Gottesdienste zu halten. Kurz gesagt, jede religiöse Gruppe außer dem sunnitischen Islam steht vor enormen Herausforderungen, ihren Glauben auszuüben.

9. Der Ausblick für Christen

Diktatorische Paranoia

Die sudanesische Regierung, die für ihre schlechte Menschenrechtsbilanz bekannt ist, verletzt weiterhin die Rechte der Christen im Land. Seit 1999 steht der Sudan auch auf der Liste der „besonders Besorgnis erregenden Länder" des US-Außenministeriums. Der Druck der internationalen Gemeinschaft half bei der Freilassung einiger Christen, die wegen ihres Glaubens festgehalten wurden; die Regierung hat jedoch ihre grundsätzliche Haltung und ihr Verhalten gegenüber Christen nicht geändert. Die Plünderung und Zerstörung von Kirchen, Krankenhäusern und Schulen ist weit verbreitet, insbesondere in der Region der Nuba-Berge. Es bleibt abzuwarten, ob diese Triebkraft der Verfolgung auch in Zukunft so stark sein wird, nachdem Al Bashir nicht mehr an der Macht ist.

Islamische Unterdrückung

Neben der autoritären Regierung richten sich extremistische Imame und sogar extremistische bewaffnete Gruppen wie die Dschandschawid-Miliz gegen Christen. Diese Milizen werden von der sudanesischen Regierung finanziert und ausgebildet. Diese Triebkraft der Verfolgung wird auch in den kommenden Jahren bestehen bleiben.

Organisiertes Verbrechen und Korruption

Die organisierte Korruption im Land hat dazu beigetragen, die Interessen der regierenden Partei und des Präsidenten zu schützen. Der Ex-Präsident stand hinter der Gründung der Dschandschawid-Miliz, die zu seiner treuesten Kraft im Land wurde. Diese Miliz war für die Ermordung, Vergewaltigung und Vertreibung von Zivilisten in der Region Darfur verantwortlich – einschließlich christlicher Zivilisten. Obwohl in einer Situation nach Al Bashir zu erwarten ist, dass diese Miliz eine weniger dominante Rolle spielen wird, wird sie wahrscheinlich stark genug bleiben, um Christen zu verfolgen.

Ethnisch oder traditionell begründete Anfeindungen

Viele soziale, politische und wirtschaftliche Probleme im Land haben eine Vielzahl von Gründen. In der Vergangenheit hat Al Bashir die Ethnizität (arabisch) und die Religion (islamisch) genutzt, um seine Anhänger zu sammeln. Er präsentierte Christen erfolgreich als Schurken und das Christentum als Quelle der Probleme, die die sudanesische Gesellschaft zu bekämpfen hatte. Trotz seines Sturzes im April 2019 besitzen ethnische Gruppen nach wie vor einen enormen politischen Einfluss im Land. Es ist jedoch sehr unwahrscheinlich, dass das nächste Staatsoberhaupt die Fehler des ehemaligen Präsidenten wiederholen wird, da dies die gesamte prodemokratische Bewegung untergraben würde.

zurück zur Länderübersicht

Jemen: Platz 8

Zusammenfassung

Die christliche Gemeinde im Jemen besteht überwiegend aus jemenitischen Christen mit muslimischem Hintergrund, die ihren Glauben im Verborgenen leben müssen. Sie erleben Verfolgung von den Behörden (einschließlich Verhaftung und Verhör), der Familie und von extremistisch-islamischen Gruppen, die „Abtrünnigen“ mit dem Tod drohen, wenn diese nicht zum Islam zurückkehren. Stammesgesetze verbieten Stammesangehörigen, den Stamm zu verlassen, und die Abkehr vom Islam kann mit Tod oder Vertreibung bestraft werden. Sowohl männliche als auch weibliche Christen muslimischer Herkunft, die mit Muslimen verheiratet sind, riskieren die Scheidung und den Verlust des Sorgerechts für ihre Kinder.

Die Christen leiden unter der allgemeinen humanitären Krise im Land, aber einheimische Christen sind zusätzlich gefährdet, da die Nothilfe hauptsächlich über islamische Organisationen und lokale Moscheen verteilt wird, die dem Vernehmen nach alle diskriminieren, die nicht als gläubige Muslime gelten.

Beispiele aus dem aktuellen Berichtszeitraum

- Mehrere Christen wurden im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2020 aus Gründen festgenommen, die mit ihrem Glauben in Verbindung stehen. Quellen zufolge sind in diesen Fällen oft sowohl religiöse als auch nichtreligiöse Faktoren beteiligt.
- Mindestens ein Dutzend Christen wurden aufgrund ihres Glaubens und der Kriegssituation psychisch oder körperlich misshandelt. Die Bedrohung ging meist von Familien und dem weiteren sozialen Lebensumfeld aus.
- Mehrere Christen mussten aus Angst vor Ermordung wegen ihres Glaubens oder aus kriegsbedingten Gründen ihre Häuser verlassen und innerhalb des Landes umziehen.

---

1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit 85 Punkten belegt der Jemen auf dem Weltverfolgungsindex 2020 Platz 8, die gleiche Position wie auf dem Weltverfolgungsindex 2019.

Die Wertung verringerte sich um einen Punkt, da im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2020 eine geringfügig niedrigere Anzahl von Gewalttaten gegen Christen gemeldet wurde. Wie andere Zivilisten leiden auch Christen stark unter dem Krieg und dem zunehmenden Einfluss islamischer Extremisten, was die Lage der ohnehin gefährdeten einheimischen Christen noch verschlimmert. Die meisten ausländischen und eingewanderten Christen haben das Land verlassen und eine christliche Gemeinde zurückgelassen, die heute hauptsächlich aus einheimischen Christen mit muslimischer Herkunft besteht.

2. Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung

Die Verfassung erklärt den Islam zur Staatsreligion und die Scharia zur Quelle jeder Gesetzgebung. Missionierung durch andere Glaubensrichtungen als den Islam ist verboten und Muslime dürfen nicht zu einer anderen Religion konvertieren. Jemeniten, die den Islam verlassen, droht die Todesstrafe. Der anhaltende Konflikt, die politische Instabilität und die mangelhafte Durchsetzung rechtsstaatlicher Prinzipien in vielen Teilen des Landes zeigen, dass der Druck auf Christen im Jemen hauptsächlich von nichtstaatlichen Akteuren ausgeht – einschließlich vonseiten der Familie oder des Stammes, aber auch von extremistisch-islamischen Gruppen. In beiden Fällen ist die Durchsetzung islamischer Werte ein Hauptmotiv – der Islam ist ein zentraler Bestandteil der Identität jemenitischer Stämme, während militante Organisationen wie „Al Kaida auf der Arabischen Halbinsel“ (AQAP) und der „Islamische Staat“ (IS) versuchen, eine puristische Form des Islam durchzusetzen. Ausgehend von der Triebkraft „Islamische Unterdrückung“ sind letztere die Hauptverfolger, die gezielt Christen angreifen und töten.

Ethnisch oder traditionell begründete Anfeindungen

Die jemenitische Gesellschaft ist stark stammesbezogen und die Regierungsgewalt ist oft zweitrangig gegenüber der traditionellen Stammesführung. Der Islam ist mit der ethnischen Identität verflochten. Es gibt viele Gebiete im Jemen, in denen Stammesälteste Recht und Gerechtigkeit gemäß ihren islambasierten Traditionen durchsetzen, unabhängig davon, was nationale Verfassung oder Regierung sagen. Darüber hinaus ist es unwahrscheinlich, dass die Regierung in Konflikte zwischen den Stämmen eingreift, selbst wenn Stämme Menschen körperlich angreifen oder inhaftieren. Da die Regierung derzeit die Kontrolle über weite Teile des Landes verloren hat, hat ihr Einfluss auf die Stämme weiter abgenommen. Stammesgesetze und -bräuche verbieten es Mitgliedern des Stammes, diesen zu verlassen; Frauen dürfen keine Männer heiraten, die nicht zum Stamm gehören, vor allem keine Christen. Ungehorsam kann mit Tod oder Vertreibung bestraft werden. Einige Stammesführer haben ihre eigene Armee, deren Kämpfer extremistisch und antichristlich sind. Ein politischer Analyst fasst die Situation wie folgt zusammen: „Der Islam ist die übergreifende Identität aller Stämme im Jemen, und es ist der Stamm, der oft vergeltende ‚Gerechtigkeit‘ an denen vollzieht, die versuchen könnten, den Islam zu verlassen.“

Diktatorische Paranoia

Während der vergangenen 36 Jahre wurde der Jemen meist von einer Diktatur beherrscht. Obwohl der Jemen nicht so viele Gräueltaten durch die Hand von Diktatoren erlebt hat wie andere Länder, wurde sowohl im öffentlichen als auch im privaten Bereich viel Gewalt eingesetzt, um die Macht zu behaupten. Im Kontext des Krieges ist der Überlebenstrieb der kriegsführenden Parteien unweigerlich stark. Berichte aus dem Jahr 2018 weisen darauf hin, dass die Huthi-Regierung in von Huthis kontrollierten Gebieten immer härtere Maßnahmen gegen Einzelpersonen oder Vereinigungen ergriffen hat, die von der herrschenden Autorität als Bedrohung angesehen werden. Dazu gehören auch Mitglieder religiöser Minderheiten, einschließlich Christen muslimischer Herkunft.

3. Verfolger

Ausgehend von Islamischer Unterdrückung

- **Nichtchristliche religiöse Leiter:** Imame und Scheichs, die Dorfgemeinschaften leiten, nutzen oft die Tatsache, dass ein hoher Prozentsatz der Dorfbewohner Analphabeten sind und leicht beeinflusst werden können, um gegen ein Dorfmitglied vorzugehen. Wenn sich herausstellt, dass ein Dorfbewohner Christ ist, kann dies dazu führen, dass die ganze Gemeinschaft sich gegen ihn stellt und dies zur Verbannung oder zumindest zum Druck führt, die Gemeinschaft zu verlassen.
- **Gewalttätige religiöse Gruppen:** In einigen Gebieten des Jemen operieren militante Gruppen wie AQAP und der IS ungestraft oder sogar in stillschweigender Zusammenarbeit mit dem Staat, insbesondere in Gebieten, die der Hadi-Regierung verbunden sind. Lokale Christen sind besonders gefährdet durch extremistisch-islamische Gruppen, ebenso wie alle anderen, die von diesen Gruppen als „Abtrünnige“ wahrgenommen werden.
- **Die eigene (Groß-)Familie und gewöhnliche Bürger:** Feindseligkeit durch die Gesellschaft und Familie (oder die Angst davor) ist ein Hauptfaktor hinsichtlich des Drucks auf jemenitische Christen. Unter den weithin geltenden Werten von Gemeinschaft oder Familie muss jedes Mitglied, das der Gemeinschaft oder Familie Schande bereitet (etwa durch Verlassen des Islam), in die Pflicht genommen werden, um die Ehre der Gemeinschaft/Familie wiederherzustellen.
- **Regierungsbeamte:** Regierungsbehörden inhaftieren jemenitische Christen wegen ihres Glaubens und geben dann öffentlich oft andere Gründe an (da sie behaupten, gegenüber anderen Religionen tolerant zu sein).
- **Revolutionäre:** Huthi-Rebellengruppen (unter anderem) haben Christen und Bahai festgenommen, um sie wegen Missbilligung des Islam zu verhören. Allerdings geht es ihnen meistens eher um ihren Machterhalt.

Ausgehend von Ethnisch oder traditionell begründeten Anfeindungen

- **Anführer ethnischer Gruppen und islamische Leiter:** Stammesgesetze und -bräuche verbieten Mitgliedern des Stammes, diesen zu verlassen; Ungehorsam kann mit Tod oder Vertreibung bestraft werden. Das Gleiche gilt für jedes Stammesmitglied, das den Islam verlässt, da religiöse und ethnische Identität miteinander verflochten sind. Einige Stammesführer haben ihre eigenen Kampftruppen.
- **Die eigene (Groß-)Familie und gewöhnliche Bürger:** Hier gelten die gleichen Mechanismen wie bei der Islamischen Unterdrückung: Gemeinschafts- und Familienehre müssen über alles andere respektiert werden. Es gab Vorfälle, in denen Bürger ihre Töchter, die den christlichen Glauben angenommen hatten, zur Heirat mit Muslimen gezwungen haben. In einer solchen Ehe sind Frauen oft Missbrauch ausgesetzt und haben nur wenig Freiheit, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Außerdem gibt es im Jemen eine Art Kastensystem, in dem jene, die mehrheitlich arabischstämmig sind, auf andere herabblicken und jene ausgrenzen, die überwiegend ostafrikanische Wurzeln und eine dunklere Haut haben – zum Beispiel die Muhammaschun oder Achdam, wie sie auch genannt werden. Wenn ein Mitglied dieser Randgruppe zudem Christ ist, wird er/sie geächtet und völlig aus seiner/ihrer Gemeinschaft ausgeschlossen. Dies beinhaltet den Ausschluss von Bildung, Gesundheitsversorgung und anderen öffentlichen Einrichtungen.

Ausgehend von Diktatorischer Paranoia

- **Gewalttätige religiöse Gruppen und Revolutionäre:** Im Kontext des Bürgerkriegs tun Huthi-Rebellen, Al-Kaida- und IS-Mitglieder alles, um ihre territoriale Macht zu stärken. In den von Huthis kontrollierten Gebieten werden von der Huthi-Regierung harte Maßnahmen gegen jede Person oder Vereinigung ergriffen, die von der herrschenden Autorität als Bedrohung angesehen wird. Dazu gehört auch die Verhaftung von Angehörigen religiöser Minderheiten, darunter Christen muslimischer Herkunft und Bahai, welche von den Machthabern als ihrer Ideologie gegenüber feindlich gesinnt angesehen werden.
- **Regierungsbeamte:** Die jemenitischen Behörden wenden zur Machterhaltung starke Gewalt an. Obwohl die staatlichen Institutionen schwach sind, gibt es immer noch Berichte über von staatlicher Stelle verübtes Unrecht gegen Christen. Zudem hat der Staat Gewalt gegen Christen zugelassen, was zu einer Situation von Straflosigkeit geführt hat.

4. Regionale Brennpunkte der Verfolgung

Die Situation ist für Christen im Jemen allgemein gefährlich. Einige Gebiete sind besonders bedrohlich, wie beispielsweise der Süden, in dem Al Kaida stark aufgestellt ist. Christen haben ebenfalls darauf hingewiesen, dass es in den von schiitischen Huthis kontrollierten Gebieten im Westen mehr Druck gebe als in Gebieten unter der Kontrolle der sunnitischen Hadi-Regierung.

5. Betroffene Christen

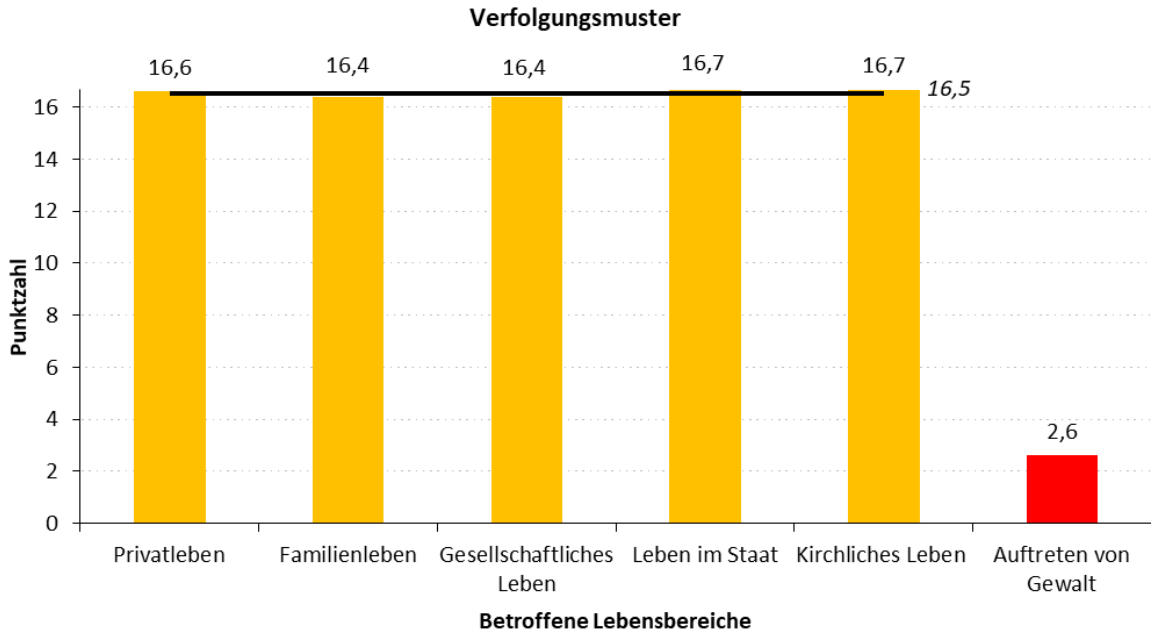
Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

Vor dem Ausbruch des Bürgerkriegs im Jahr 2015 waren die meisten Christen im Jemen ausländische oder eingewanderte Arbeiter (aus Nordafrika, West-, Süd- und Ostasien sowie aus arabischen Ländern) und Flüchtlinge (hauptsächlich Äthiopier). Die Mehrheit war römisch-katholisch oder anglikanisch (mit einigen Orthodoxen im Falle äthiopischer Flüchtlinge). Praktisch alle westlichen Arbeitskräfte haben das Land infolge des verheerenden Krieges aus Sicherheitsgründen verlassen. Christliche Migranten, vor allem aus Afrika und auch aus Asien, bleiben im Land, obwohl viele von ihnen ebenfalls weggegangen sind. Christliche Migranten werden – höchstwahrscheinlich in einer Mischung von rassistischer und religiöser Verfolgung – von der Gesellschaft auf kommunaler und nationaler Ebene schikaniert und diskriminiert, bis hin zu direkter Gewalt durch islamisch-extremistische Bewegungen. Da die Zahl der christlichen Migranten deutlich zurückgegangen ist und die Kirche nun hauptsächlich aus indigenen Christen besteht, wird die Kategorie der ausländischen Christen in der Analyse des Weltverfolgungsindex derzeit nicht bewertet.

Christen muslimischer Herkunft (Konvertiten)

Mindestens 95 % der jemenitischen Kirche bestehen aus Christen muslimischer Herkunft. Obwohl es nur ein paar Tausend jemenitische Christen gibt, ist die Zahl der Christen gestiegen, was heißt, dass für neue Christen mehr lokale Beratung und Unterstützung zur Verfügung steht als bisher. Christen muslimischer Herkunft sind im ganzen Land nach wie vor stark gefährdet. Dies ist zurückzuführen auf eine Kombination aus traditionellen Familien-, Gemeinschafts- und Stammeseinstellungen, Straffreiheit, mit der islamisch-extremistische Gruppen rechnen können, und der Weigerung staatlicher (oder de-facto-staatlicher) Behörden, jegliche Form von Abweichung zu tolerieren, aus Angst, dass dies zu einer größeren Destabilisierung führen könnte.

6. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Jemen

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Der durchschnittliche Druck auf die Christen im Jemen ist nach wie vor extrem hoch (16,5 Punkte), genauso wie beim Weltverfolgungsindex 2019. Der extreme Druck erklärt sich durch den Krieg und den Druck auf die einheimische Kirche, die größtenteils aus Christen muslimischer Herkunft besteht.
- Das Ausmaß des Drucks ist in allen Lebensbereichen extrem. Sowohl im Bereich „Leben im Staat“ als auch im Bereich „Kirchliches Leben“ wurde die höchstmögliche Punktzahl (16,7) vergeben, direkt gefolgt von der Wertung im Bereich „Privatleben“ mit 16,6 Punkten. Dies ist typisch für eine Situation, in der die meisten Christen im Land einen muslimischen Hintergrund haben und Islamische Unterdrückung die Haupttriebkraft der Verfolgung ist, die keinen Raum für offene kirchliche Aktivitäten oder private Gottesdienste lässt.
- Die Wertung für Gewalt gegen Christen sank von 3,1 Punkten beim Weltverfolgungsindex 2019 auf 2,6 Punkte 2020. Das Ausmaß der Gewalt zu erforschen, ist nahezu unmöglich, weil infolge des Kriegs der Zugang zu genauen und verifizierten Informationen fehlt. Daher ist es wahrscheinlich, dass die Zahlen in Wirklichkeit höher sind.

Zu jedem der Lebensbereiche sind im Folgenden jeweils ausgewählte Teilaspekte genannt, die im betreffenden Lebensbereich für die Christen zu den gravierendsten Schwierigkeiten gehören.

Privatleben

- **Der Wechsel zum christlichen Glauben wird abgelehnt und ist sogar lebensgefährlich:** Alle Jemeniten gelten als Muslime. Für eine muslimische Familie ist es eine Schande, wenn eines ihrer Mitglieder den Islam verlässt. Christen muslimischer Herkunft laufen Gefahr, körperlicher Gewalt oder sogar einem Ehrenmord zum Opfer zu fallen, wenn ihre Familien oder ihr weiteres soziales Umfeld ihren Glauben entdecken.
- **Es ist riskant für Christen, private christliche Handlungen (wie Gebet oder Bibellese) durchzuführen:** Christen muslimischer Herkunft können ihren Glauben nicht offen ausüben. Wenn Menschen in ihrem Umfeld den Eindruck haben, dass sie Christen sein könnten, kann dies schwerwiegende Folgen haben. Die private Ausübung ihres Glaubens ist für Christen in Gebieten, die von extremistischen Muslimen kontrolliert werden, oder in Gebieten, die von sunnitischen Streitkräften „befreit" wurden, besonders riskant geworden. AQAP und der IS kontrollieren große Teile des Landes.
- **Es ist gefährlich, privat christliche Schriften zu besitzen oder zu lagern:** Die Entdeckung von christlichen Schriften durch Familienmitglieder kann zu Ehrenmorden führen. Familien können ihre Söhne und Töchter ohne jegliche rechtlichen Folgen töten, da dies als Wiederherstellung der Familienehre angesehen wird. Es ist auch gefährlich, christliche Inhalte über verschiedene Medien abzurufen.
- **Es ist riskant für Christen, sich mit anderen Christen zu treffen:** Es ist für einheimische Christen sehr riskant, sich zu treffen, und es ist große Sorgfalt geboten, um keinen Verdacht zu erregen, was feindselige Reaktionen hervorrufen und möglicherweise die Sicherheit anderer Christen muslimischer Herkunft gefährden könnte.

Familienleben

- **Kinder von Christen muslimischer Herkunft werden automatisch unter der Mehrheitsreligion registriert:** Christen muslimischer Herkunft können ihre Kinder nicht als Christen registrieren lassen.
- **Christliche Taufen werden verhindert:** Alle christlichen Rituale oder Feiern müssen geheim gehalten werden. Weil die Taufe als endgültige Besiegelung der Hinwendung zum christlichen Glauben gilt, wird sie von der Familie und der lokalen Gesellschaft als besonders schwerwiegend angesehen. Aus diesem Grund wird gegen Taufen noch härter vorgegangen als gegen andere christliche Rituale; eine Taufe kann schlimme Konsequenzen haben.
- **Eltern werden daran gehindert, ihre Kinder gemäß ihrem christlichen Glauben aufzuziehen:** Jemenitische Christen muslimischer Herkunft und deren Kinder stehen unter starkem Druck vonseiten ihrer Verwandtschaft und der Gesellschaft, dafür zu sorgen, dass die Kinder nach islamischen Normen erzogen werden. Falls der neue Glaube der Eltern entdeckt wird, besteht ein großes Risiko, dass ihnen die Kinder weggenommen werden.
- **Kinder christlicher Eltern werden auf allen Bildungsebenen dazu gezwungen, an nichtchristlichem Unterricht oder dem allgemeinen Religionsunterricht teilzunehmen:** Kinder jemenitischer Christen muslimischer Herkunft haben keinen Zugang zu christlicher Bildung innerhalb des staatlichen Schulsystems, sondern müssen am Islamunterricht teilnehmen. Es gab Fälle, in denen muslimische kommunale Leiter christliche Kinder gezwungen haben, zum Islamunterricht in die Moschee zu kommen. Dies ist eher in Dörfern der Fall, in denen die Häuser nahe beieinander liegen und die religiösen Führer einen stärkeren Einfluss in den Familien ausüben.

Es ist unmöglich, christliche Hochzeiten im Jemen offen zu feiern, und Christen muslimischer Herkunft müssen nach islamischem Ritus heiraten. Bei Scheidungen können Christen leicht das Sorgerecht für ihre Kinder verlieren, wenn Familienmitglieder Muslime sind.

Gesellschaftliches Leben

- **Christen sind von Entführung und/oder Zwangsheirat bedroht:** Eine gängige Art und Weise, wie missbilligende Familien versuchen, die religiösen Ansichten eines jungen Christen muslimischer Herkunft zu „korrigieren", ist eine arrangierte Ehe mit einem konservativen muslimischen Ehepartner. Dies kann vor allem Christinnen betreffen, insbesondere in ländlichen Gebieten.
- **Christen werden von ihrem Umfeld unter Druck gesetzt, ihren Glauben zu widerrufen:** Ein Christ, dessen Glaube Familienmitgliedern oder dem weiteren sozialen Umfeld bekannt geworden ist, wird sehr wahrscheinlich unter Druck gesetzt, den christlichen Glauben zu widerrufen. Eine Verweigerung kann zur Tötung oder im günstigsten Fall zu einer Gefängnisstrafe führen.
- **Christen haben aufgrund ihres Glaubens weniger Zugang zur Gesundheitsversorgung:** Der fehlende Zugang zu einer angemessenen Gesundheitsversorgung ist für viele Jemeniten ein großes Problem. In der gegenwärtigen humanitären Krise sind Christen muslimischer Herkunft in ihren Gemeinschaften zusätzlich gefährdet, da die Nothilfe hauptsächlich über muslimische Mitarbeiter internationaler NGOs und lokaler Moscheen verteilt wird, die dem Vernehmen nach alle diskriminieren, die nicht als gläubige Muslime gelten. Außerdem ist die Vetternwirtschaft stark ausgeprägt. Dies ist eine ernsthafte Bedrohung für das Überleben von Christen und anderen Nichtmuslimen.
- **Christen werden aus religiösen Gründen auf allen Bildungsebenen benachteiligt:** Der fehlende Zugang zu einer adäquaten Schulbildung ist für viele Jemeniten eine große Herausforderung. Christen muslimischer Herkunft sind zusätzlich gefährdet, wenn ihr Glaube bekannt ist. Unterricht über den Islam und die islamische Kultur ist Teil der Lehrpläne in der Grund- und Sekundarstufe sowie an Hochschulen. Diese Kurse verringern automatisch die Wahrscheinlichkeit, dass Christen ihre Ausbildung erfolgreich abschließen können.

Leben im Staat

- **Christen werden von öffentlichen Ämtern ausgeschlossen oder Beförderungen werden aus Glaubensgründen verhindert:** Laut Verfassung ist es Nichtmuslimen offiziell verboten, Präsident zu werden. Allerdings müssen die lokalen Christen ohnehin ihren Glauben im Verborgenen leben und würden nicht versuchen, einen solchen Posten zu erreichen. Eine Beförderung ist für Christen sehr schwierig, da in der jemenitischen Gesellschaft zählt, welche Beziehungen man hat. Wenn die Führungskräfte den Verdacht haben, dass ein Mitarbeiter Christ ist, dann ist es für ihn praktisch unmöglich, eine Beförderung zu erhalten.
- **Christen muslimischer Herkunft können ihren Glaubenswechsel nicht in offiziellen Dokumenten eintragen lassen:** Nach dem jemenitischen Strafgesetzbuch ist der Wechsel vom Islam zu einer anderen Religion ein Glaubensabfall, der ein Kapitalverbrechen darstellt. Wenn jemenitische Christen versuchen würden, ihre Religion in offiziellen Dokumenten ändern zu lassen, würde sie dies den Behörden preisgeben und wäre daher äußerst gefährlich.
- **Wer Christen schadet, wird absichtlich ungestraft gelassen:** Bei Verbrechen gegen Christen, einschließlich so genannter „Ehrenverbrechen", ist es sehr wahrscheinlich, dass die Täter angesichts der schwachen Rechtsstaatlichkeit in weiten Teilen des Jemen ungestraft

davonkommen. Die Stammesrechtssprechung (die weit verbreitet ist) geht davon aus, dass das Familienoberhaupt die Bestrafung ausführt. In offiziellerem Kontext ist es sehr wahrscheinlich, dass islamische Prinzipien angewendet werden, die Christen muslimischer Herkunft stark benachteiligen. Selbst gegen diejenigen, die 2016 in Aden vier Nonnen und 12 Mitarbeiter eines christlichen Altersheimes hingerichtet hatten, wurde nicht ermittelt.

- **Vor Gericht angeklagten Christen wird keine Gleichbehandlung gewährt:** In den von AQAP und dem IS kontrollierten Gebieten ist die Zeugenaussage von Christen weniger wert als die von Muslimen. In den Huthi-Gebieten gibt es keine freien und fairen Gerichtsverhandlungen; dies ist allerdings nicht unbedingt auf Christen beschränkt, sondern trifft jeden, der als Bedrohung für das Regime wahrgenommen wird.

Kirchliches Leben

- **Christliche Gemeinschaften werden daran gehindert, Kirchengebäude zu bauen oder zu renovieren oder Ansprüche auf historische Kirchengebäude geltend zu machen, die ihnen zuvor genommen worden waren:** Die drei offiziellen Kirchengebäude (alle in Aden), die ausländischen Christen oder Flüchtlingen (hauptsächlich Äthiopiern) dienten, wurden durch den Krieg (und durch gezielte Angriffe) beschädigt und sind geschlossen. Der Bau von Kirchen (oder anderen Gebäuden) im Jemen bedarf der Genehmigung durch die offizielle Regierung. Da Kirchen keinen Rechtsstatus erhalten, ist es nicht möglich, die Genehmigung zum Bau eines Gotteshauses zu bekommen. Die offizielle Regierung hat zwar die Kontrolle über viele Teile des Landes verloren, in der Vergangenheit wurden aber selbst persönliche Gesuche des Papstes um Kirchengenehmigungen von der Regierung ignoriert. Christen muslimischer Herkunft können aufgrund ihrer prekären Rechtssituation keinerlei Genehmigungen einholen.
- **Gemeinden werden daran gehindert, christliche Aktivitäten außerhalb von Kirchengebäuden zu organisieren:** Es gibt keine Kirchengebäude mehr, die noch in Betrieb sind. Der gesellschaftliche und „staatliche“ Druck hindert Christen daran, Aktivitäten außerhalb von Kirchengebäuden zu organisieren. Da Christen muslimischer Herkunft keine eigenen Versammlungen haben dürfen, treffen sie sich nur an geheimen Orten. Wenn sie sich offen treffen würden, würden sie sich einer erheblichen Gefahr aussetzen.
- **Kirchen werden daran gehindert, christliche Schriften aus dem Ausland zu importieren:** In Anbetracht der Tatsache, dass die Verteilung religiöser Materialien gesetzlich verboten ist und hart bestraft wird, ist es für Christen praktisch unmöglich, christliche Materialien einzuführen – sowohl aus logistischen Gründen als auch aufgrund des Drucks durch Islamisten und die Behörden, welche die Regionen kontrollieren, in denen die Christen leben. Importierte Waren werden strengen Kontrollen unterzogen und christliches Material (insbesondere in größeren Mengen) kann blockiert, beschlagnahmt und vernichtet werden.
- **Kirchen werden bei der Gründung, Verwaltung, Führung und dem Erhalt von Schulen oder gemeinnützigen, humanitären, medizinischen, sozialen oder kulturellen Organisationen, Institutionen und Vereinigungen behindert:** Obwohl jemenitische und ausländische Christen in einer Reihe von humanitären, Bildungs-, Entwicklungs- und anderen Wohltätigkeitsprojekten tätig sind, kann dies normalerweise nicht offen unter christlichem „Zeichen“ geschehen, da es höchstwahrscheinlich als versuchte Missionierung angesehen würde. Wenn Kirchen gemeinnützige Organisationen gründen und gemeinnützige Arbeit anbieten, laufen sie Gefahr, angegriffen zu werden, wie es das Altenpflegeheim in Aden 2016 erlebte.

Auftreten von Gewalt

Die Situation im Jemen ist aufgrund des Bürgerkriegs sehr chaotisch, was dazu führt, dass über gewalttätige Übergriffe gegen Christen kaum berichtet wird und solche Berichte nur schwer zu bekommen sind. Das derzeitige Ausmaß der Kämpfe im Land (und der generelle Argwohn gegenüber Personen, die Informationen erfassen) hat die Erhebung und Überprüfung von Daten erheblich beeinträchtigt. Aus Sicherheitsgründen können nur wenige Details veröffentlicht werden.

Berichten zufolge wurden mehrere Christen im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2020 verhaftet oder zu einer Gefängnisstrafe verurteilt. In solchen Fällen spielen oft sowohl religiöse als auch nichtreligiöse Faktoren eine Rolle. Einige Christen muslimischer Herkunft wurden körperlich oder psychisch misshandelt und mehrere Christen mussten innerhalb des Landes fliehen (manche kehrten später zurück); einige wenige Christen haben Berichten zufolge das Land verlassen. Die Motivation zur Flucht kann von der Angst vor einem Attentat (wegen ihres Glaubens) bis hin zu kriegsbedingten Gründen variieren und ist oft eine Kombination von beidem. Wenn Familien entdecken, dass ein Familienmitglied den Islam verlassen hat, sind die meisten so wütend und beschämt, dass sie bereit sind zu töten – möglicherweise durch einen extremisierten Verwandten oder eine lokale militante Gruppe.

7. Verfolgungssituation für Frauen und Männer

Wie Frauen Verfolgung erfahren:

- Verweigerung des Zugangs zu christlichen Materialien
- Verweigerung des Sorgerechts für Kinder
- Zwangsscheidung
- Zwangsverheiratung
- (Haus-)Arrest durch die Familie
- Reiseverbote/Einschränkung der Reisefreiheit
- Körperliche Gewalt
- Psychische Gewalt
- Sexuelle Gewalt

Der Jemen ist eine sehr patriarchalische Gesellschaft, in der Frauen sehr wenig Rechte haben. Von Frauen wird erwartet, dass sie ihren Vätern, Brüdern, Onkeln und Ehemännern gehorchen. Im Jemen können Frauen nicht ohne Erlaubnis ihrer männlichen Vormunde heiraten, haben keine gleichen Rechte bei Erbschaft, Scheidung oder Sorgerecht und wenig gesetzlichen Schutz. Jemenitische Frauen sind vollständig darauf angewiesen, einen männlichen Beschützer in ihrem Leben zu haben, da es Gesetze gibt, die dem Mann den Status des Haushaltsvorstands zuweisen.

Vor dem Hintergrund fehlender Religionsfreiheit gilt der Glaubenswechsel von Frauen als schändliche Handlung gegen die ganze Familie. In einer Kultur, in der die Unterdrückung von Frauen normal ist, sind Christinnen muslimischer Herkunft zusätzlich gefährdet. In einem typischen Szenario werden ihnen zunächst das Telefon und andere Kommunikationsmittel weggenommen. Als nächstes werden sie an einen anderen Ort gebracht und möglicherweise mit einem streng religiösen Muslim als zweite oder dritte Frau verheiratet und in ihrem neuen Zuhause als Geisel gehalten.

Die Zwangsverheiratung mit einem strikten Nichtchristen ist eine gängige Lösung, um eine junge Christin muslimischer Herkunft in die Spur zu bringen. Da es kein Mindestalter für die Ehe gibt, werden Mädchen bereits ab acht Jahren verheiratet, um sicherzustellen, dass sie zum Zeitpunkt der Eheschließung Jungfrauen sind, und die Gesetzgebung kriminalisiert die Vergewaltigung in der Ehe nicht. Das Gesetz behandelt auch keine anderen Formen geschlechtsspezifischer Gewalt wie Schläge, gewaltsame Isolation, Gefangenschaft sowie Früh- und Zwangsheirat. Jedes dieser Schutzversäumnisse kann für die religiöse Verfolgung von Christinnen ausgenutzt werden.

Frauen werden auch vor Gericht ungleich behandelt, wo die Aussage einer Frau nur das halbe Gewicht der Aussage eines Mannes hat.

Frauen und Mädchen haben einen eingeschränkteren Zugang als Männer zu Informationen über den christlichen Glauben und zur Teilnahme an einer christlichen Gruppe. Da die Familien die Aktivitäten der weiblichen Haushaltsmitglieder genau beobachten, wird deren Kommen und Gehen und ihren Telefonaten mehr Aufmerksamkeit geschenkt, weshalb es für eine Christin muslimischer Herkunft oft schwieriger ist, ihren neuen Glauben zu erforschen und/oder mit anderen zu praktizieren. Dies führt dazu, dass weniger Frauen und Mädchen Christen werden und in den örtlichen Gemeinden aktiv sind.

Darüber hinaus ist die familiäre Kontrolle von Mädchen in weiten Teilen des Landes die kulturelle Norm, wenn auch weitaus weniger in Großstädten wie Sanaa und Aden. Wenn eine Christin mit einem Nichtchristen verheiratet ist und die Verwandtschaft wegen des christlichen Glaubens der Ehefrau auf eine Scheidung drängt, ist es sehr wahrscheinlich, dass das Sorgerecht für jegliche Kinder dem Ehemann oder anderen muslimischen Familienmitgliedern gewährt wird, unabhängig vom Alter der Kinder. Normalerweise würde die Mutter bis zur Pubertät das Sorgerecht erhalten, aber einer islamischen Erziehung wird ein höherer Stellenwert beigemessen.

Wie Männer Verfolgung erfahren:

- Ausschluss aus der Gemeinschaft
- Inhaftierung durch die Behörden
- Zwangsrekrutierung zum Militärdienst
- Körperliche Gewalt

Das Leben im Jemen ist mit einem anhaltenden Krieg und ohne Religionsfreiheit allgemein ungeheuer schwierig. Am häufigsten erleben jemenitische männliche Christen muslimischer Herkunft Druck vonseiten der Familie und Gemeinschaft. Der Druck variiert in seiner Intensität je nach Familienhierarchie; am stärksten erfahren ihn Frauen und Mädchen, gefolgt von jüngeren Männern und dann älteren Männern (was die kulturellen Ebenen von Status und Freiheit widerspiegelt).

Der Krieg hat Familienmitglieder getrennt und Christen und andere können sich im Land nicht frei bewegen. Alle Männer, einschließlich Christen, können gezwungen werden, Milizen beizutreten, wenn sie im wehrfähigen Alter sind. Selbst Jungen im Alter von zehn Jahren werden von Milizen rekrutiert. Wenn Jungen in die Armee und in den Krieg verschleppt werden, wirkt sich das auf ihre Bildung und Zukunft aus – nicht nur wegen der Lebensjahre, die ihnen damit genommen werden, sondern auch wegen des stark kontrollierten islamischen Umfelds, in dem die Ausbildung stattfindet.

Männer sind einem größeren Risiko ausgesetzt als Frauen, wegen ihres Glaubens getötet, entführt und gefoltert zu werden oder ihren Arbeitsplatz zu verlieren. Sie werden auch eher von den lokalen Behörden inhaftiert und es ist generell wahrscheinlicher, dass sie im öffentlichen Bereich Verfolgung

erleben. Dies betrifft auch ihre Familien, da der Mann in der Regel der einzige Versorger des Haushalts ist. Wenn Männer inhaftiert oder getötet werden, bedeutet das den Verlust des Familienernährers. Ohne Unterstützung wird die Familie des Mannes erhebliche finanzielle Schwierigkeiten bekommen und kann ausgebeutet werden. Männer werden eher von extremistischen Muslimen ins Visier genommen und können infolgedessen gezwungen sein, sich lange Zeit versteckt halten zu müssen, getrennt von ihren Familien. Alternativ muss die ganze Familie umziehen, was allerdings zu Instabilität innerhalb der Familie führt. Dies kann zu mehr Armut in der christlichen Gemeinschaft führen.

8. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Andere religiöse Minderheiten, die im Jemen verfolgt werden, sind Bahai und Juden. Ismailitische Muslime klagen, dass auch sie diskriminiert werden.

Extremistische Muslime betrachten Bahai als Ungläubige; andere diskriminieren sie, weil die Religion angeblich Verbindungen zum Iran hat, wo die Religion im 19. Jahrhundert gegründet wurde. Bahai im Jemen werden vereinzelt inhaftiert, misshandelt und gefoltert, meist von Huthi-Behörden. Sie stehen auch unter Druck, ihren Glauben zu widerrufen. Mindestens 22 Bahai werden seit Mitte September 2018 von den Behörden in Sanaa festgehalten. Sie werden des Abfalls vom Glauben angeklagt – weil sie die staatlich anerkannte Religion ablehnen – und ihnen wird außerdem vorgeworfen, den Bahaismus zu lehren und Spionage zu betreiben, worauf die Todesstrafe steht.

Die winzige jüdische Gemeinde ist die einzige einheimische nichtmuslimische religiöse Minderheit; allerdings gibt es angeblich nur noch 40 Mitglieder der Glaubensgemeinschaft im Land. Die meisten von ihnen leben in der Hauptstadt Sanaa, die von Huthi-Rebellen kontrolliert wird. Nach Angaben des jemenitischen Informationsministers Muammar al-Iryani sehen die Huthi-Rebellen die kleine, verbliebene jüdische Gemeinschaft als Feind an und betreiben „ethnische Säuberungen, zu denen auch der Versuch gehört, den Jemen von allen Juden zu befreien“. Der Minister sagte, die jemenitische Regierung habe keine Kenntnis vom Schicksal der verbleibenden Juden des Landes. Sektiererische Botschaften und antisemitische Aussagen werden weiterhin gedruckt, auch in Schulbüchern, die von den Huthi-Behörden herausgegeben werden. (In diesen Lehrbüchern wird auch die extremistisch-islamische Lehre gefördert.) In einem Buch für Drittklässler über koranische Kultur sind die Wörter „Amerika“ und „Israel“ von den Worten umgeben: „Unser Feind, das Haupt des Bösen und der größte Satan“. Letztendlich ist der Slogan auf der Huthi-Flagge selbsterklärend: „Gott ist groß, Tod über Amerika, Tod über Israel, Fluch über die Juden, Sieg für den Islam.“

Im Bericht des US-Außenministeriums zur internationalen Religionsfreiheit (IRF) von 2018 heißt es: „Im Januar verurteilte das von Huthis kontrollierte Nationale Sicherheitsbüro (NSB) Hamid Kamal Muhammad bin Haydara, einen Bahai, wegen Spionage zum Tode. Er war seit 2013 inhaftiert und wurde des Glaubensabfalls, der Missionierung und der Spionage für Israel beschuldigt. Er blieb im Gefängnis, in Erwartung seiner Hinrichtung am Jahresende. Nach Angaben der Internationalen Bahai-Gemeinschaft (BIC) verhafteten im Oktober bewaffnete Soldaten in Sanaa den Bahai-Sprecher Abdullah Al-Olofi und hielten ihn drei Tage lang an einem unbekannten Ort fest. Nach Angaben der BIC hat ein von Huthis kontrolliertes Gericht in Sanaa im September mehr als 20 Bahai wegen Glaubensabfall und Spionage angeklagt. Eine Gruppe unabhängiger UN-Experten berichtete, dass die Behörden in diesem Fall 24 Personen verhaftet haben, von denen mindestens 22 Bahai sind. Amnesty International berichtete, dass die Anklagen möglicherweise zu Todesurteilen führen könnten.

Die fünf UN-Experten sagten, dass die Anklagen ‚fallen gelassen und diskriminierende Praktiken auf Grundlage der Religion verboten werden müssen', und fügten hinzu: ‚Wir bekräftigen unsere Forderung an die De-facto-Behörden in Sanaa, die Verfolgung der Bahai unverzüglich einzustellen.'"

Der IRF-Bericht 2018 wird fortgesetzt: „Laut BIC befanden sich im Oktober sechs Bahai im Gefängnis des Landes, weil sie ihren Glauben ausgeübt hatten. In einer Rede im März forderte der Huthi-Führer Abd al-Malik al-Huthi seine Anhänger auf, ihr Land gegen die Bahai zu verteidigen, die er als Ungläubige bezeichnete. Medienberichten zufolge haben Huthi-Behörden die Studenten- und Fakultätsausweise der Universität von Sanaa geändert, um die Huthi-Flagge und den Wahlspruch ‚Tod über Amerika, Tod über Israel, Fluch über die Juden, Sieg für den Islam' einzufügen. Der Huthi-Kulturreferent Yahya Abu Awadah führte einen Pflichtkurs in den Lehrplan der Universität ein mit dem Titel ‚Der arabisch-israelische Konflikt'. Das Kursmaterial schloss die Verherrlichung der Hisbollah und die Verurteilung des Zionismus ein."

9. Der Ausblick für Christen

Islamische Unterdrückung

Es ist zu erwarten, dass gewalttätige islamistische Gruppen wie Al Kaida und der IS noch lange Zeit eine ernsthafte Bedrohung für das Land bleiben werden, da von zentraler Stelle kaum Sicherheit gewährleistet werden kann. Die islamistischen Gruppen werden außerdem von der Spaltung innerhalb der Anti-Huthi-Koalition profitieren, da sie die Lücke, die die ehemaligen Koalitionstruppen hinterlassen haben, leicht schließen können – es sei denn, diese können eine politische Lösung für ihre Differenzen finden. Die Situation für Christen wird sich verschärfen, weil diese Entwicklungen eine stärkere Polarisierung der Gesellschaft und die Verbreitung extremistischer Ansichten ermöglichen – beides Faktoren, die besonders nachteilig für Christen muslimischer Herkunft sind. Da die Mehrheit der christlichen Gemeinschaft einen muslimischen Hintergrund hat (angesichts dessen, dass die meisten ausländischen Christen das Land verlassen haben), wird sie in Zukunft noch mehr gefährdet sein. Inmitten der Unsicherheit des Krieges wird jedoch berichtet, dass die Zahl der Christen muslimischer Herkunft langsam wächst.

Ethnisch oder traditionell begründete Anfeindungen

Landesweit verstärken sich die religiösen und stammesbezogenen Spaltungen, die ein wichtiges Hindernis für Frieden und Stabilität darstellen. Stammesgruppen waren gezwungen, Partei zu ergreifen, als Al Kaida und der IS 2019 begannen, sich gegenseitig zu bekämpfen, was natürlich ein Risiko für die Christen im Land bedeutet. Dies hat zu Chaos und Spaltung unter den Stammesgruppen im Land geführt. Wenn das Land weiter zerfällt, werden sich die Menschen wahrscheinlich noch mehr um ihren eigenen Stamm sammeln, was den Druck auf Christen muslimischer Herkunft erhöhen könnte.

Diktatorische Paranoia

Im Kontext des Krieges ist der Überlebenstrieb der kriegsführenden Parteien unweigerlich stark. So hat die Huthi-Regierung immer härtere Maßnahmen gegen Einzelpersonen und Vereinigungen ergriffen, die von der herrschenden Autorität als Bedrohung angesehen werden. Dazu gehören auch Mitglieder religiöser Minderheiten, einschließlich Christen muslimischer Herkunft.

Mit dem Fortschreiten des Krieges ist die Regierung im Norden immer feindseliger gegenüber westlichen Regierungen und Organisationen geworden, was auf die Unterstützung des Westens für die von Saudi-Arabien geführten Koalitionstruppen und die Regierung im Süden zurückzuführen ist. Zudem stellen die lange Dauer des Krieges und die Wirtschaftsblockade die nördliche Regierung vor zunehmende Herausforderungen bei der Finanzierung ihrer Militäraktion.

Da der christliche Glaube mit dem Westen assoziiert wird, führt all dies zu einer Zunahme des Drucks auf die einheimischen Christen. Diese Christen werden eher inhaftiert, um Geld zu erpressen oder Druckmittel oder eine bessere Verhandlungsposition gegenüber westlichen Regierungen oder Organisationen zu gewinnen. Im Allgemeinen ist davon auszugehen, dass sich der durch den Krieg entstandene Zustand der Gesetzlosigkeit, Paranoia und des Sektierertums weiter verschlechtern wird, was den Mangel an Schutz für Christen verstärken wird.

zurück zur Länderübersicht

Iran: Platz 9

Zusammenfassung

Ehemalige Muslime, die den christlichen Glauben angenommen haben, tragen die Hauptlast der Verfolgung – insbesondere durch die Regierung, und in einem geringeren Ausmaß durch ihre Familien und die Gesellschaft. In diesen Christen muslimischer Herkunft sieht die Regierung einen Versuch westlicher Länder, den Islam und die islamische Regierung Irans zu untergraben. Leiter von Gruppen solcher christlichen Konvertiten werden verhaftet, vor Gericht gestellt und wegen „Verbrechen gegen die nationale Sicherheit“ zu langen Haftstrafen verurteilt. Die traditionellen armenischen und assyrischen Kirchen sind zwar durch den Staat anerkannt und geschützt, ihre Mitglieder werden jedoch als Bürger zweiter Klasse behandelt. Ihnen ist der Kontakt mit (farsisprachigen) Christen muslimischer Herkunft verboten, ihre Gottesdienste dürfen diese Konvertiten nicht besuchen.

Beispiele aus dem aktuellen Berichtszeitraum

- Im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2020 wurden mindestens 169 Christen verhaftet, 114 von ihnen in einer einzigen Woche Ende 2018. Viele Christen, besonders solche mit muslimischem Hintergrund, wurden vor Gericht gestellt und zu langen Gefängnisstrafen verurteilt. Andere warten noch auf ihren Prozess. Ihre Familien sind während dieser Zeit öffentlichen Demütigungen ausgesetzt.
- In mehreren Hauskirchen wurden während des Berichtszeitraums Razzien durchgeführt. Die meisten dieser Hauskirchen können nicht mehr wie bisher als Hauskirchen fungieren.
- Gerichte verlangen hohe Kautionssummen. Inhaftierte Christen, die diese Summen aufbringen können und gegen Kaution entlassen werden, verlieren das Geld jedoch, wenn sie nach ihrer Entlassung aus dem Land fliehen.
- Berichten zufolge werden junge Frauen oder Mädchen, die an Gottesdiensten von Hauskirchen teilnehmen, von Sicherheitsbehörden bei ihren Eltern gemeldet und behauptet, sie hätten in unangemessener Weise Umgang mit Männern gehabt. Unverheiratete Frauen öffentlich anzuprangern ist ein wirksames Mittel, um ihren Ruf und sozialen Status zu schädigen. Dies gilt insbesondere für konservativ geprägte Gebiete.

---

1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 85 Punkten belegt Iran auf dem Weltverfolgungsindex 2020 Platz 9.

Auf dem Weltverfolgungsindex der Vorjahre (2019 und 2018) betrug die Wertung Irans ebenfalls 85 Punkte. Der Druck auf Christen hat in allen Lebensbereichen weiterhin ein extremes Ausmaß. Der Wert für das „Auftreten von Gewalt“ bleibt mit 10,4 Punkten sehr hoch, obwohl die Anzahl an Verhaftungen gegenüber dem Vorjahr stark zugenommen hat.

2. Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung

Der schiitische Islam ist die offizielle Staatsreligion. Alle Gesetze müssen mit der offiziellen Auslegung der Scharia übereinstimmen. Die Verfassung verbietet dem Parlament, Gesetze zu verabschieden, die dem Islam widersprechen. Weiterhin heißt es in der Verfassung, dass ihre Vorschriften bezüglich der „islamischen Natur“ des politischen Systems und des Rechtswesens, sowie bezüglich der Festlegung des schiitischen Islam dschafaritischer Prägung (die Dschafariya ist eine schiitische Rechtsschule) als Staatsreligion nicht geändert werden dürfen. Um die islamischen Bestimmungen zu schützen und die Vereinbarkeit der vom Parlament verabschiedeten Gesetze mit dem Islam zu gewährleisten, muss ein Wächterrat, der aus schiitischen Rechtsgelehrten und Geistlichen besteht, alle Gesetzesentwürfe prüfen und genehmigen.

Der Wächterrat prüft auch alle Kandidaten für die höchsten öffentlichen Ämter wie die Präsidentschaft und das Parlament. Dies erklärt, warum selbst die Reformer innerhalb der Regierung konservativ sind, und warum Christen und andere religiöse Minderheiten von hohen Ämtern und anderen einflussreichen Positionen im System ausgeschlossen werden.

Nach Ansicht der Regierung, und in geringerem Maße auch der allgemeinen Gesellschaft, sind ethnische Perser per Definition Muslime. Daher gelten persische Christen als Abtrünnige. Das macht fast alle christlichen Aktivitäten illegal, vor allem, wenn sie in Farsi stattfinden: Evangelisation, biblischer Unterricht, die Herausgabe christlicher Bücher oder Verkündigung in Farsi. Allerdings ist die iranische Gesellschaft viel weniger fanatisch als ihre Führung. Dies ist zum Teil auf den weit verbreiteten Einfluss des gemäßigteren und mystischen Sufismus zurückzuführen, sowie auf den Stolz des iranischen Volkes auf die vorislamische persische Kultur.

Diktatorische Paranoia

Der unbedingte Wille zum Machterhalt geht mit „Islamischer Unterdrückung“ einher. Das islamische Regime ist vor allem bestrebt, die Werte der Islamischen Revolution von 1979 zu beschützen. Der christliche Glaube gilt als verwerflicher westlicher Einfluss und als ständige Bedrohung der islamischen Identität der Republik. Nur die traditionellen armenischen und assyrischen Kirchen werden vom Regime als Christen akzeptiert, obwohl auch ihre Mitglieder als Bürger zweiter Klasse behandelt werden. Jede andere Form des christlichen Glaubens wird als gefährlicher westlicher Einfluss behandelt, was erklärt, warum viele Christen, vor allem Christen muslimischer Herkunft, wegen „Verbrechen gegen die nationale Sicherheit“ verurteilt werden.

Organisiertes Verbrechen und Korruption

Inhaftierten Christen, besonders Christen mit muslimischem Hintergrund, wird manchmal eine Entlassung gegen Kaution angeboten. Dabei geht es oft um hohe Geldbeträge, die Berichten zufolge zwischen 2.000 und 200.000 US-Dollar liegen. Die betroffenen Christen oder deren Familien müssen für diese Beträge ihre Häuser oder Geschäfte mit Hypotheken belasten. Kommt die Person auf Kaution frei, ist oftmals unklar, wie lange ihr Besitz einbehalten wird – eine Unsicherheit, die Christen zum Schweigen bringen kann, da sie den Verlust ihres Familienbesitzes fürchten müssen. Das iranische Regime drängt Christen, die in ihrer Hauskirche aktiv sind und für ihr Engagement dort oder bei evangelistischen Aktivitäten verhaftet wurden, das Land zu verlassen und damit ihre Kaution aufzugeben. Teilweise geht dies auch mit Drohungen einher.

Konfessioneller Protektionismus

In den Medien und auf internationaler Ebene unterstreichen die iranischen Behörden gerne die Präsenz von Vertretern der armenischen und assyrischen Kirche, um den Eindruck religiöser Toleranz im Land zu vermitteln. Solche Kirchenvertreter äußern sich öffentlich zu „der Freiheit, die alle Christen genießen", auch wenn in Wirklichkeit nur ein kleiner Teil der christlichen Gemeinde ein sehr begrenztes Maß an Freiheit genießt. Derartige Aussagen werden oft benutzt, um anderen christlichen Konfessionen die Legitimation abzusprechen – vor allem protestantischen Christen muslimischer Herkunft, die sich den staatlichen Einschränkungen nicht beugen und ihre Religionsfreiheit in stärkerem Maße ausüben wollen.

3. Verfolger

Ausgehend von Islamischer Unterdrückung

- **Regierungsbeamte:** Regierungsbeamte sind für die vielen Verhaftungen und Verurteilungen von Christen, insbesondere Christen mit muslimischem Hintergrund, verantwortlich. Alle christlichen Gruppen werden durch die Geheimdienste streng überwacht, selbst die offiziell anerkannten traditionellen armenischen und assyrischen Kirchen. Durch diese enge Überwachung und die Verhaftungen derer, die das Evangelium weitergeben, übt die Regierung Druck aus, um sicherzustellen, dass Christen nicht unter Muslimen missionieren.
- **Nichtchristliche religiöse Leiter:** Lokale muslimische Geistliche rufen manchmal zu Gewalt gegen Minderheiten auf.
- **Politische Parteien:** Die islamischen Rechten (die Prinzipalisten) dominieren das Parlament und den Wächterrat, der sein Veto gegen jedes vom Parlament verabschiedete Gesetz einlegen kann. Solange der rechte Flügel Iran als islamisches Land für schiitische Muslime betrachtet, das von westlichen (christlichen) Ländern und deren Kultur bedroht ist, werden Christen, insbesondere Christen mit muslimischem Hintergrund, verfolgt werden.
- **Paramilitärische Gruppen:** Die Prinzipalisten stärken ihre Unterstützerbasis durch die Freiwilligen-Miliz der Revolutionsgarde, genannt Basidsch. Dies ist eine fanatische paramilitärische Gruppierung der Rechten, die für ihre Loyalität zum Obersten Religionsführer bekannt ist. Die Miliz verfügt über Büros und Stützpunkte im ganzen Land. Sie sichert die Unterstützung für die Prinzipalisten. Wenn sie dazu aufgefordert wird, übt sie Gewalt gegen alle Feinde des Staates aus, Christen inbegriffen.
- **Die Gesellschaft/die eigene (Groß-)Familie:** Obwohl die iranische Gesellschaft viel gemäßigter ist als ihre Führung, üben religiöse Familien oft Druck auf Angehörige aus, die vom Islam zum christlichen Glauben konvertiert sind.

Ausgehend von Diktatorischer Paranoia

- **Regierungsbeamte:** „Diktatorische Paranoia" und Islamische Unterdrückung lassen sich in Iran nicht klar trennen. Andere Ideologien und Religionen zu verdrängen, hilft den führenden iranischen Geistlichen, ihre Macht zu erhalten. Ihr Ziel ist es, ein nach den Regeln des schiitischen Islam regiertes Land zu schaffen. Laut des Länderberichts zu Iran im Bertelsmann Transformation Index 2018 wird Iran de facto von „einigen einflussreichen Geistlichen und ihren Familienangehörigen gesteuert, die Monopole auf lukrative Wirtschaftsbereiche, insbesondere den Import bestimmter Waren, halten".

- In diesem Bericht heißt es auch, dass „der Privatsektor nur etwa 20 Prozent der Gesamtwirtschaft ausmacht“, womit die große Rolle des Staates und die enormen wirtschaftlichen Interessen der Machthaber aufgezeigt werden.

Ausgehend von Organisiertem Verbrechen und Korruption

- **Regierungsbeamte:** Die Regierung nutzt Kautionszahlungen, um verurteilte Christen verarmen zu lassen, und drängt sie so dazu, das Land zu verlassen. Berichten zufolge nutzen einige Beamte das System aus, um sich selbst zu bereichern.

Ausgehend von Konfessionellem Protektionismus

- **Christliche Leiter anderer Kirchen / Anführer ethnischer Gruppen:** Die armenischen und assyrischen Christen verfügen über drei Repräsentanten im iranischen Parlament. Sie tendieren dazu, Iran als ein freies Land darzustellen, in dem Minderheiten die gleichen Rechte haben wie alle anderen Bürger. Sie gehen sogar so weit, die iranische Regierung und die Sicherheitsbehörden zu loben, sie würden andere ethnisch-christliche Minderheiten im Ausland schützen, obwohl Christen im eigenen Land zu langen Haftstrafen verurteilt werden. Jedoch ist dies wahrscheinlich der einzige Weg, um als ethnisch-christliche Minderheit inmitten des Drucks der Regierung zu überleben.

4. Regionale Brennpunkte der Verfolgung

Die von der Regierung ausgeübte Kontrolle ist in städtischen Gegenden am höchsten. Ländliche Gebiete werden weniger stark überwacht. In der Anonymität von Städten haben Christen jedoch mehr Freiheiten, Treffen und Aktivitäten zu organisieren, als in ländlichen Gebieten, in denen die Kontrolle durch die Gesellschaft stärker ist.

5. Betroffene Christen

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

Zu dieser Gruppe gehören ausländische Christen und Arbeitsmigranten aus Asien (z. B. von den Philippinen oder aus Südkorea) und dem Westen, darunter viele Angehörige der katholischen, lutherischen oder presbyterianischen Kirche. Einige der wenigen ausländische Gemeinden mussten schließen, nachdem einheimische Christen muslimischer Herkunft an den Gemeindeversammlungen teilgenommen hatten. Gemeinsame jährliche Gebetstreffen zwischen Kirchenleitern verschiedener Konfessionen wurden in der Vergangenheit ebenfalls abgesagt, weil der Druck vonseiten des iranischen Sicherheitsapparates zu hoch war.

Christen aus traditionellen Kirchen

Volksgruppen wie die Armenier oder Assyrer sind traditionell mehrheitlich Christen; sie leben als Minderheiten im Land, sind aber relativ frei in der Ausübung ihres Glaubens und dürfen Angehörigen ihres eigenen Volkes in ihrer jeweiligen Muttersprache predigen. Es ist ihnen jedoch verboten, (farsisprachige) Menschen muslimischer Herkunft miteinzubeziehen oder sie an den armenischen und assyrischen Gottesdiensten teilnehmen zu lassen. Obwohl sie offiziell anerkannt und gesetzlich geschützt sind, werden sie als Bürger zweiter Klasse behandelt. Zudem riskieren sie Freiheitsentzug, körperliche Misshandlungen, Schikanen und Diskriminierung, wenn sie sich an Muslime wenden.

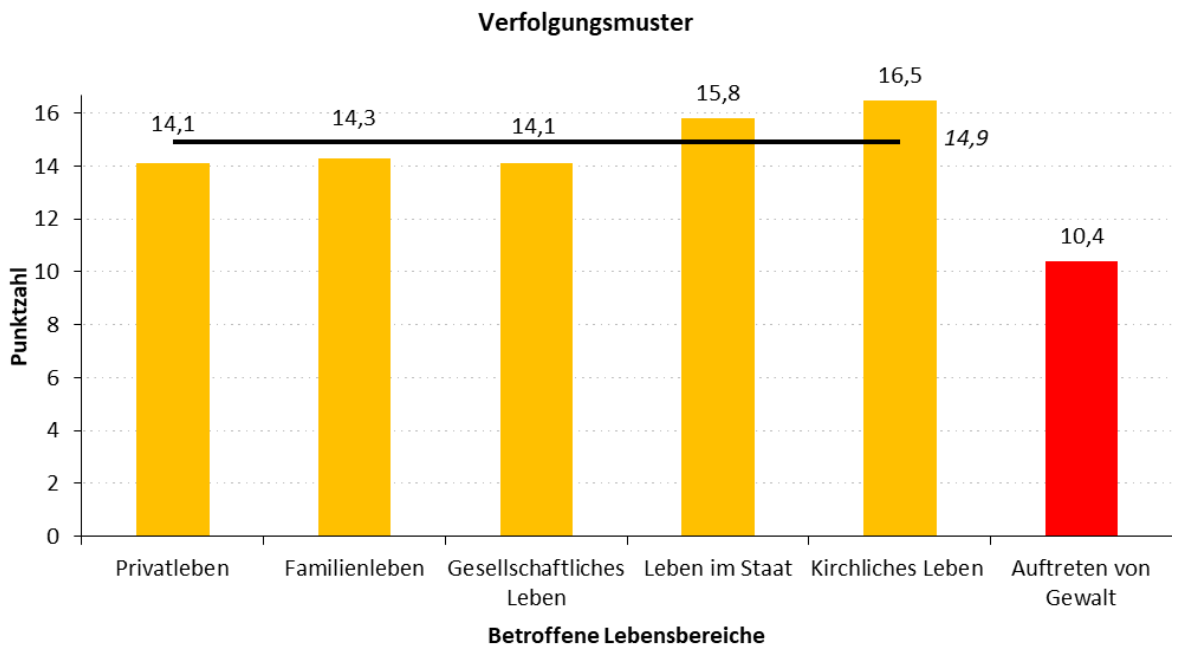
Christen muslimischer Herkunft

Ehemalige Muslime, die den christlichen Glauben angenommen haben, machen die größte Kategorie von Christen in Iran aus. Sie tragen die Hauptlast der Verfolgung, insbesondere durch die Regierung und in einem geringeren Ausmaß durch ihre (Groß-)Familien und die Gesellschaft. Im Gegensatz zu den traditionellen Kirchen betrachtet die Regierung sie als einen Versuch westlicher Länder, den Islam und die islamische Regierung Irans zu untergraben. Die Taufe wird als öffentliches Zeichen der Hinwendung zum christlichen Glauben und somit als Angriff auf den Islam gesehen und ist deshalb verboten. Außerdem werden die meisten Kinder von Christen muslimischer Herkunft automatisch als Muslime registriert. Besonders die Leiter von Gruppen von Christen muslimischer Herkunft werden verhaftet, vor Gericht gestellt und wegen „Verbrechen gegen die nationale Sicherheit“ zu langen Haftstrafen verurteilt. Ähnliche Strafanzeigen erhalten seit 2014 jedoch vermehrt auch Mitglieder von Hauskirchen, die keine Leitungsfunktion innerhalb der Gruppen ausüben. Aufgrund dieses hohen Drucks müssen Christen muslimischer Herkunft sehr vorsichtig sein, und viele von ihnen leben ihren Glauben isoliert, ohne Gemeinschaft mit anderen Christen zu haben. Es gibt zudem eine wachsende Gemeinschaft iranischer Christen muslimischer Herkunft weltweit, da viele von ihnen im Laufe der Jahre aus dem Land geflohen und andere Iraner im Ausland ebenfalls Christen geworden sind.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Eine weitere Gruppe von Christen besteht aus Evangelikalen, Baptisten und Mitgliedern von Pfingstgemeinden. Zwar ist es schwierig, klar zwischen ihnen und den Gemeinschaften von Christen muslimischer Herkunft zu trennen, doch haben die Christen protestantischer Freikirchen oft einen armenischen, assyrischen, jüdischen oder zoroastrischen Hintergrund; andere sind Kinder oder Enkel von Christen muslimischer Herkunft. Sie sind der gleichen schweren Verfolgung durch die Regierung ausgesetzt und werden von der Gesellschaft diskriminiert, insbesondere, wenn sie sich bei evangelistischen Aktivitäten oder in Hauskirchen engagieren.

6. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Iran

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Der Durchschnittswert für den Druck auf Christen hat weiterhin das gleiche extreme Ausmaß wie im Weltverfolgungsindex 2019 (14,9 Punkte). Die iranische Regierung übt in großem Umfang Druck auf Christen aus.
- Auch wenn der Druck in allen Lebensbereichen ein extremes Ausmaß hat, erreicht er die höchste Stufe im „Kirchlichen Leben“ und im „Leben im Staat“. Darin spiegelt sich, dass der Druck hauptsächlich von der Regierung ausgeht. Das gesamte kirchliche Leben ist stark eingeschränkt, auch das der offiziell anerkannten armenischen und assyrischen Christen, die das Evangelium nicht weitergeben und in ihren Gottesdiensten kein Farsi sprechen dürfen.
- Der Wert für das Auftreten von Gewalt beträgt wie im Vorjahr 10,4 Punkte.

Zu jedem der Lebensbereiche sind im Folgenden jeweils ausgewählte Teilaspekte genannt, die im betreffenden Lebensbereich für die Christen zu den gravierendsten Schwierigkeiten gehören.

Privatleben

- **Es ist gefährlich für Christen, ihrem Glauben in schriftlicher Form persönlich Ausdruck zu geben, etwa in Internetblogs oder auf Facebook:** Der iranische Geheimdienst sucht in sozialen Netzwerken nach Äußerungen, die mit dem christlichen Glauben zu tun haben, und sammelt diese als belastende Beweise für Inhaftierungen. Einige Kirchenleiter wurden bereits bei Verhören mit ihren privaten Nachrichten und Posts im Internet konfrontiert. Dies betrifft zwar vor allem Christen muslimischer Herkunft, doch auch für Christen aus traditionellen Kirchen und protestantischen Freikirchen ist es riskant, sich im Internet über ihren christlichen Glauben zu äußern, da dies als Missionierungsversuch interpretiert werden könnte – insbesondere wenn diese Äußerungen auf Farsi geschrieben sind.
- **Es ist gefährlich, christliches Material zu besitzen oder aufzubewahren:** Für alle Christen kann es gefährlich sein, christliche Literatur in Farsi zu besitzen – besonders in größerer Anzahl, da dies darauf hindeutet, dass sie zur Weitergabe an muslimische Iraner gedacht ist. Christen aus traditionellen Kirchen dürfen christliche Literatur in ihrer Muttersprache (Armenisch oder Assyrisch) besitzen.
- **Für Christen ist es gefährlich, sich mit anderen Christen zu treffen:** Besonders für Christen muslimischer Herkunft ist es gefährlich, wenn sie dabei entdeckt werden, wie sie sich mit anderen Christen treffen. Doch auch für ausländische Christen ist es riskant, sich mit iranischen Christen zu treffen – besonders mit Christen muslimischer Herkunft – da der Geheimdienst jede Bewegung von Ausländern im Land genau beobachtet. Iranische Christen, die Kontakt zu ausländischen Christen haben, werden als Sicherheitsbedrohung angesehen.
- **Es ist für Christen gefährlich, auf christliches Radio und Fernsehen oder christliches Material im Internet zuzugreifen:** Der Zugriff auf christliche Inhalte ist gefährlich, da alle Medien sehr stark überwacht werden. Die Behörden überwachen christliche Programme und Internetseiten, um Christen muslimischer Herkunft aufzuspüren.

Christen muslimischer Herkunft können ihren christlichen Glauben nicht öffentlich leben. Jeder Hinweis darauf, dass sie Christen sein könnten, kann ernsthafte Folgen haben. Wenn in ihrer Familie außer ihnen niemand an Jesus Christus glaubt, müssen sie sehr vorsichtig sein, wie sie im privaten Kontext ihren Glauben leben.

Familienleben

- **Christliche Paare werden aufgrund ihres Glaubens daran gehindert, Kinder zu adoptieren oder Pflegekinder aufzunehmen:** Für Christen ist es unmöglich, ein muslimisches Kind zu adoptieren. Armenische und assyrische Paare dürfen nur Kinder aus ihrer eigenen Volksgruppe adoptieren und das auch nur, wenn sie den Adoptionsantrag bei einem armenischen oder assyrischen Waisenhaus stellen. Wollen sie jedoch ein Kind aus einem staatlichen Waisenhaus adoptieren, wird ihr Antrag abgelehnt.
- **Kinder christlicher Eltern werden dazu gedrängt, an nichtchristlichem Unterricht oder dem allgemeinen Religionsunterricht teilzunehmen:** Die Kinder von Christen muslimischer Herkunft werden automatisch als Muslime registriert und müssen das iranische Bildungssystem absolvieren, welches auf dem Islam basiert und nach der Revolution 1979 noch einmal stärker islamisiert wurde. Einige Christen muslimischer Herkunft haben bereits versucht, dagegen Einspruch zu erheben, was aber nur dazu geführt hat, dass sie vor Gericht gestellt und ihre Kinder bedroht wurden. Aus Angst vor noch mehr Verfolgung, versuchen viele Christen deshalb erst gar nicht rechtlich gegen diese Regelung vorzugehen. Darüber hinaus werden die Kinder von armenischen oder assyrischen Christen gezwungen, in der Grundschule am Koran- und Islamunterricht teilzunehmen. Fächer wie „Geschichte des Islam“ oder „Lehren des Korans“ sowie Arabisch sind Pflichtkurse für alle Oberstufenschüler, unabhängig von ihrer jeweiligen Religionszugehörigkeit. Außerdem muss man bei der Bewerbung an einer Universität seine Religionszugehörigkeit angeben. Gibt eine Person muslimischer Herkunft an, dass sie Christ ist, wird sie nicht an der Universität aufgenommen. Somit ist es praktisch unmöglich für Christen muslimischer Herkunft, zu studieren – es sei denn, sie lügen bei der Bewerbung bezüglich ihres Glaubens.
- **Kinder und Ehepartner von Christen sind langen Zeiten der Trennung von ihren Eltern oder Partnern ausgesetzt, wenn diese aufgrund ihres Glaubens verfolgt werden:** Kirchenleiter und zunehmend auch immer mehr Gemeindemitglieder werden oft zu langen Gefängnisstrafen verurteilt, was ihre Familie häufig negativ belastet.
- **Muslime verlieren nach ihrer Hinwendung zum christlichen Glauben ihren Erbschaftsanspruch – dasselbe gilt für Christen, die zu einer anderen Denomination übertreten:** Das iranische Zivilrecht enthält einige diskriminierende Gesetze – zum Beispiel das Erbschaftsrecht. Laut Artikel 881 des Zivilgesetzbuchs kann jemand, der kein Muslim ist, beispielsweise nicht von einem Muslim erben. Auch wenn ein Nichtmuslim stirbt und nur ein einziger seiner Erben Muslim ist, fällt diesem der gesamte Nachlass zu – zuungunsten der anderen nichtmuslimischen Erben. Diese Regelung gilt unabhängig von Verwandtschaftsgrad oder Beziehung des muslimischen Erben mit dem Verstorbenen. Dieses Gesetz benachteiligt so nicht nur religiöse Minderheiten, sondern führt auch dazu, dass Menschen aus materiellen Gründen zum Islam konvertieren.

Gesellschaftliches Leben

- **Christen stehen unter Beobachtung durch ihr soziales oder privates Umfeld. Sie werden beispielsweise bei der Polizei angezeigt, beschattet, ihre Telefongespräche werden mitgehört und E-Mails gelesen oder zensiert:** Alle der oben genannten Gruppen von iranischen Christen werden überwacht. Der iranische Geheimdienst nutzt hoch entwickelte Überwachungstechnologien. Wenn eine Person verdächtigt wird, eine Hauskirche zu leiten oder an evangelistischen Aktivitäten teilzunehmen, wird diese Person beschattet und häufig in vielerlei Weise belästigt. Diese Überwachung reicht weit über die Grenzen Irans hinaus. Es gibt zuverlässige Berichte über iranische Spitzel in westlichen Ländern, die dem iranischen Geheimdienst Informationen über christliche Aktivitäten zukommen lassen.
- **Christen werden wegen ihres Glaubens verhört oder dazu gezwungen, sich bei der Polizei zu melden.** Christen, besonders wenn sie verdächtigt werden, das Evangelium weiterzugeben, werden häufig zu Verhören vorgeladen – einige wurden bereits unzählige Male verhört. Das Ziel dieser Verhöre ist es, Christen einzuschüchtern, ohne sie vor Gericht zu stellen oder inhaftieren zu müssen. Je nach Schwere der Anschuldigungen und den vorhandenen „Beweisen“ kann es jedoch auch dazu kommen, dass Christen nach diesen Verhören eingesperrt und strafrechtlich angeklagt werden.
- **Christen werden im Alltag aufgrund ihres Glaubens belästigt, bedroht oder eingeschränkt. Gründe dafür sind zum Beispiel, wenn sie nicht den religiösen oder traditionellen Kleidungsvorschriften oder Vorschriften für Bärte der muslimischen Mehrheit folgen:** In Iran herrscht Kopftuchpflicht für alle Frauen. Christen müssen sehr weise ausloten, wie sie sich so verhalten, dass sie von ihrem sozialen Umfeld keine Probleme bekommen. Der Druck auf Christen ist während islamischer Feiertage, im Ramadan, oder dann, wenn christliche Feste mit schiitischen Trauertagen zusammenfallen, besonders intensiv. Vor allem Christen muslimischer Herkunft werden teilweise täglich schikaniert, wenn ihr Glaubenswechsel bekannt ist, beispielsweise von ihren Nachbarn, Vorgesetzten oder Kollegen.
- **Christen werden wegen ihres Glaubens im Geschäftsleben behindert, etwa bei der Vergabe von Krediten, Subventionen oder staatlichen Aufträgen oder durch den Boykott ihrer Geschäfte:** Mehr als 60 % des Wirtschaftssektors werden direkt von der iranischen Regierung kontrolliert. Klientelpolitik und Vetternwirtschaft sind sehr weit verbreitet. Christen aus traditionellen Kirchen, wie armenische und assyrische Christen, werden im Geschäftsleben diskriminiert. Den anderen Christen in Iran ist es gar nicht möglich, Handel zu treiben.

Durch ständige Benachteiligung werden alle Christen in Iran mehr oder weniger unter Druck gesetzt, ihren Glauben aufzugeben. Vor allem in Dörfern, ländlichen Regionen und in konservativ geprägten Städten werden Christen muslimischer Herkunft als unrein angesehen. Streng konservative Muslime geben Christen nicht die Hand, berühren sie nicht und nehmen kein von ihnen zubereitetes Essen zu sich. Am Arbeitsplatz, sowohl an staatlichen als auch an privaten Arbeitsstätten, müssen alle Christen mit Schikane und Diskriminierung rechnen, besonders gilt das aber für Christen muslimischer Herkunft, deren christlicher Glaube entdeckt wird.

Leben im Staat

- **Christen werden aufgrund ihres Glaubens von öffentlichen Ämtern oder Beförderungen ausgeschlossen:** Hohe Positionen in der Gesellschaft oder in der Regierung werden nur an schiitische Muslime vergeben; Minderheiten werden in Iran stark benachteiligt. Alle Christen sind von öffentlichen Ämtern ausgeschlossen, mit Ausnahme von drei Sitzen im Parlament, die für Christen der armenischen und assyrischen ethnischen Minderheit reserviert sind.
- **Christen erleben Einschränkungen in der öffentlichen Meinungsäußerung:** Es gibt keine Meinungsfreiheit in Iran und Kritik an der Regierung kann schwerwiegende Folgen haben. Armenische und assyrische Christen müssen sehr vorsichtig sein, dass sie nicht die Regierung kritisieren oder sich so äußern, dass es als Evangelisationsversuch interpretiert werden könnte. Wo sich iranische Christen schon im Privaten sehr vorsichtig verhalten müssen, gilt dies umso mehr für die öffentliche Meinungsäußerung, insbesondere für Christen muslimischer Herkunft.
- **Medienberichte über Christen sind inkorrekt oder voreingenommen:** Die staatlichen iranischen Medien werden strikt überwacht und dürfen keine abweichenden Meinungen oder Ansichten veröffentlichen. Immer wieder sprechen sich Regierungsbeamte gegen Christen aus, wobei sie typischerweise „Zionismus“ und Hauskirchen anführen. Diese Äußerungen rufen Wellen von Hassreden gegen Christen hervor. Von der Regierung multimedial verbreitete Hetze und Hassreden gegen iranische Christen, vor allem gegen Protestanten und christenfeindliche Rhetorik von Imamen, hatten während des Berichtszeitraums zum Weltverfolgungsindex 2020 weiterhin ein hohes Ausmaß.
- **Wer Christen schadet, wird absichtlich ungestraft gelassen:** Regierungsbeamte setzen bei Verhaftungen und Verhören von Christen oft Gewalt ein. (Sexuelle) Belästigung ist weit verbreitet und auch wenn solche Handlungen nach iranischem Recht unter Strafe stehen, wird nicht dagegen vorgegangen. Dazu kommt, dass Verbrechen straffrei bleiben, die an Christen muslimischer Herkunft von ihrer eigenen Familie begangen werden.

Kirchliches Leben

- **Kirchliche Aktivitäten werden überwacht, gestört oder verhindert.** Viele, wenn nicht alle, öffentliche Gottesdienste werden geheimdienstlich überwacht. Armenische und assyrische Christen werden zwar überwacht, jedoch nicht davon abgehalten, ihre Gottesdienste zu besuchen, solange sie sie in ihrer eigenen Muttersprache abhalten und keine Christen muslimischer Herkunft teilnehmen lassen. Die Regierung hat ihre Anstrengungen weiter verstärkt, farsisprachige Christen aus dem Land zu vertreiben. In den letzten Jahren wurden viele Kirchen geschlossen, enteignet oder dazu gezwungen, Gottesdienste in Farsi aufzugeben. Auch wurden ihre Kirchenleiter oft verhaftet. Offiziell gibt es nahezu keine farsisprachigen Kirchen mehr im Land. Die strenge Überwachung von Hauskirchen löst bei deren Mitgliedern zunehmend Furcht aus.
- **Kirchen werden davon abgehalten, Christen muslimischer Herkunft öffentlich aufzunehmen:** Allen Kirchen ist es verboten, ethnische Perser regelmäßig an ihren Aktivitäten teilnehmen zu lassen. Diese Maßnahme war Teil eines von 2008 bis 2010 eingeführten Sicherheitsprogramms. Kirchen wurden vom Geheimdienst besucht und Kirchenleiter von Regierungsbeamten vorgeladen. Sie mussten eine Liste der Gottesdienstbesucher vorlegen und ihnen wurde verboten, ethnische Perser an ihren Gottesdiensten teilnehmen zu lassen. Außerdem wurden Gottesdienste auf Farsi verboten. Kirchenleiter, die sich weigerten, diese

Regelungen zu befolgen, wurden unter großen Druck gesetzt und dazu gezwungen, das Land zu verlassen. Die Regelungen gelten noch immer. Inzwischen halten sich alle übriggebliebenen Kirchen daran und wissen, dass sie keine Christen muslimischer Herkunft aufnehmen dürfen.

- **Christen werden daran gehindert, Kirchenleiter auszubilden:** Den armenischen, assyrischen, katholischen und anglikanischen Kirchen in Iran ist es möglich, Geistliche einzusetzen, die im Ausland ausgebildet wurden. Protestantische Freikirchen und Hauskirchen müssen ihre Leiter jedoch selbst ausbilden. Die Verfolgung von Kirchenleitern, sei es durch Gefängnisstrafen oder erzwungener Emigration, hat zu einem Mangel an erfahrenen christlichen Lehrern im Land geführt. Diese Unterdrückung und Einmischung vonseiten des Staats behindert das Wachstum und die geistliche Reife der christlichen Gemeinschaft in Iran, auch wenn christliche Medien und Internetseiten versuchen, auf diese Not zu reagieren.
- **Kirchen werden daran gehindert, Schulen, wohltätige, humanitäre, medizinische, soziale oder kulturelle Organisationen, Einrichtungen oder Vereine zu gründen und zu führen:** Ausländische Kirchen, die Schulen, Krankenhäuser und andere soziale oder humanitäre Einrichtungen gegründet hatten, wurden nach der Islamischen Revolution 1979 dazu gezwungen, diese der islamischen Regierung zu überlassen. Seitdem ist es ihnen verboten, Einrichtungen dieser Art zu gründen oder zu führen. Diese Regelung gilt seit den 1990er-Jahren auch für protestantische Freikirchen. Die einzigen verbliebenen kirchlichen Einrichtungen und Vereine dieser Art gehören zu den armenischen und assyrischen Kirchen. Sie werden sogar von der Regierung subventioniert. Die Leiter von armenischen und assyrischen Schulen sind jedoch in den meisten Fällen Muslime.

Auftreten von Gewalt

- Die physische Auslöschung von Christen will und kann sich die pragmatische Regierung Irans politisch nicht leisten. Deshalb setzt sie auf eine langsame, schleichende und leise Beseitigung von Christen. Es gab im Berichtszeitraum für den Weltverfolgungsindex 2020 keine Berichte von um ihres Glaubens willen getöteten Christen.
- Die Zahl der verhafteten Christen im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2020 ist im Gegensatz zum Vorjahr jedoch deutlich gestiegen. Bei einer Verhaftungswelle Ende 2018 wurden 114 Christen festgenommen. Viele von ihnen warten noch auf ihren Gerichtsprozess und die Verkündung ihres Strafmaßes. Einige von ihnen wurden entlassen, nachdem sie eine Erklärung unterschrieben, mit der sie sich verpflichteten, keinen Kontakt zu Christen zu haben.
- Viele Christen werden bei Verhören geschlagen, (sexuell) belästigt oder sehr stark unter Druck gesetzt – beispielsweise durch Einzelhaft, Schlafentzug, Verhöre über lange Zeiträume hinweg, Androhung von Gewalt gegen Familienmitglieder (unter anderem Vergewaltigung) oder Morddrohungen gegen sie selbst oder gegen ihre Familie.
- Hauskirchen wurden vom Geheimdienst durchsucht und zerstört. Kirchengebäude zerfallen mit der Zeit, weil dringend benötigte Reparaturen nicht durchgeführt werden dürfen.
- Zahlreiche inhaftierte Christen müssen Hypotheken aufnehmen, um die hohen Kautionszahlungen für ihre Entlassung aufbringen zu können. Weil sie befürchten, dass ein Gerichtsurteil zu einer langen Gefängnisstrafe führt, fliehen viele iranische Christen nach ihrer vorläufigen Entlassung aus dem Land, wobei sie ihre Kaution – und somit häufig auch ihren Grundbesitz – verlieren. Andere Christen verlieren ihre Privathäuser, weil diese bei Hausdurchsuchungen zerstört werden.

7. Verfolgungssituation für Männer und Frauen

Wie Frauen Verfolgung erfahren:

- Ausschluss aus der Gemeinschaft
- Verweigerung des Sorgerechts für Kinder
- Diskriminierung/Schikanierung im Bildungsbereich
- Wirtschaftliche Schikane im Berufs-/Geschäftsleben
- Erzwungene Einhaltung von Kleidungsvorschriften
- Zwangsscheidung
- Zwangsverheiratung
- Verhaftung durch die Behörden
- Körperliche Gewalt
- Sexuelle Gewalt
- Verbale Gewalt

Frauen genießen in Iran nur einen sehr beschränkten gesetzlichen Schutz, was die Lage für christliche Frauen, die wegen ihres Glaubens eingesperrt werden, besonders gefährlich macht. Die Zahl von Christinnen muslimischer Herkunft, die verhaftet werden, ist gestiegen, seitdem die Regierung begonnen hat, nicht nur Leiter von Hauskirchen, sondern auch andere Mitglieder dieser Gemeinden ins Visier zu nehmen. Einigen Schätzungen zufolge machen Frauen die Mehrheit der Mitglieder von Hauskirchen in Iran aus. Sie laufen Gefahr, von den Behörden festgenommen und von Mitgliedern des Sicherheitsdienstes sexuell belästigt zu werden. Eine Christin berichtete: „Die Sicherheitsbeamten verhielten sich sehr aggressiv und gewalttätig, als sie unsere Hauskirche durchsuchten. Sie behandelten uns – vor allem uns Frauen – so, als ob sie es mit Prostituierten zu tun hätten. Das Schlimmste war für uns Frauen die Art und Weise, wie sie uns anschauten. Wir fühlten uns nackt – als ob sie durch unsere Kleidung hindurchsehen würden.“ Frauen in dieser Weise öffentlich bloßzustellen, ist ein wirksames Mittel, um ihren Ruf und sozialen Status zu schädigen.

Es gibt kaum Schutz vor sexuellem Missbrauch und häuslicher Gewalt. Häusliche Gewalt ist nicht gesetzlich verboten; von den Behörden wird Missbrauch innerhalb der Familie vielmehr als Privatangelegenheit betrachtet und deshalb selten öffentlich gemacht. Zwar ist Vergewaltigung illegal, doch muss ein Opfer als Beweis des Verbrechens vier männliche und zwei weibliche Zeugen anführen. Dieser fehlende gesetzliche Schutz vor Gewalt führt dazu, dass gewaltsame religiöse Verfolgung von christlichen Frauen – unter anderem im häuslichen Kontext – in vielen Fällen ungestraft bleibt. Da iranische Frauen nicht frei und allein reisen können, wird die Flucht aus einer gefährlichen Situation schwierig, ebenso wie die Suche nach einer sicheren Unterkunft.

Es kann außerdem passieren, dass eine Christin muslimischer Herkunft gezwungen wird, einen muslimischen Ehemann zu heiraten. Dies geschieht jedoch vermutlich nicht oft. Mädchen gelten ab 13 Jahren laut Gesetz als heiratsfähig. Doch schon ab neun Jahren kann ein Mädchen mit dem Einverständnis des Gerichts sowie seines Vaters verheiratet werden. Wenn eine verheiratete Frau mit Kindern den christlichen Glauben annimmt, wird ihr meistens das Sorgerecht für die Kinder entzogen, was großes Leid für Mutter und Kinder verursacht. Die Möglichkeit, dass eine Frau das Oberhaupt einer Familie oder eines Haushalts wird, ist gesetzlich explizit eingeschränkt. Frauen und Männer sind im Erbschaftsrecht nicht gleichberechtigt; gesetzliche Hürden machen es Frauen unmöglich, ihren

geerbten Anteil an Grundbesitz zu übernehmen. Eine alleinstehende christliche Frau ist auf dem Arbeitsmarkt nicht gern gesehen und wird benachteiligt.

Nach den iranischen Kleidungsvorschriften muss eine Frau in der Öffentlichkeit ein Kopftuch („Hijab“) und einen langen Mantel („Manteau“) tragen oder sich mit einem großen Tuch um Kopf und Körper verhüllen („Tschador“). Verstöße gegen diese Vorschrift werden mit Prügel und Geldstrafen geahndet.

Wie Männer Verfolgung erfahren:

- Wirtschaftliche Schikane im Berufs-/Geschäftsleben
- Falsche Anklagen
- Erzwungene Flucht aus Stadt oder Land
- Inhaftierung durch die Behörden
- Ermordung
- Körperliche Gewalt
- Psychische Gewalt

2019 wurden mehr Männer durch die Regierung verhaftet, vor Gericht gestellt und verurteilt als Frauen. Ein Grund dafür könnte sein, dass Männer mehr Leitungspositionen innerhalb der verschiedenen (Untergrund-)Kirchen in Iran innehaben, obwohl Kontaktpersonen darauf hinweisen, dass Hauskirchen auch oft von Frauen geleitet werden. In Städten werden Männer häufiger verhaftet als in ländlichen Gegenden, wo sie stattdessen gezwungen werden, aus ihren Dörfern zu fliehen.

Männer sind in ihren Familien meist die Hauptverdiener, besonders wenn die Kinder noch klein sind. Wenn sie sich dem christlichen Glauben zuwenden, riskieren sie, ihre Arbeitsstelle zu verlieren, vor allem, wenn sie verhaftet werden. Wenn sie ein Geschäft eröffnen wollen und ihr christlicher Glaube dabei entdeckt wird, wird ihr Geschäftsantrag meistens abgelehnt. Das setzt Familien zusätzlich unter finanziellen und psychologischen Druck. Der körperliche und seelische Missbrauch beinhaltet unter anderem: Einzelhaft, Schlafentzug, Verhöre über lange Zeiträume hinweg, Androhung von Gewalt gegen Familienmitglieder (unter anderem Vergewaltigung) oder Morddrohungen.

Wenn alleinstehende christliche Männer durch Überwachung und Bedrängung unter erhöhten Stress geraten, fliehen sie häufig aus dem Land, wodurch ihre Herkunftsfamilien emotional und finanziell in Mitleidenschaft gezogen werden.

Im Gegensatz zu Frauen werden Männer nicht als „irregeleitet“ erachtet, sondern als Menschen, die vorsätzlich falsche Entscheidungen treffen. Daher sind ihre Strafen härter und sie erleiden mit höherer Wahrscheinlichkeit körperlichen Missbrauch und Folter. Ihnen stehen lange Haftstrafen bevor und viele sind gezwungen, in westliche Länder auszuwandern. Das schwächt die Kirche, denn diese Männer fehlen ihr als erfahrene Gemeindeleiter.

8. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Bahai, Sunniten, Sufis (Derwische) und andere religiöse Minderheiten werden in Iran ebenfalls verfolgt. Seit vielen Jahren wurde kein Christ mehr vom Regime getötet, wahrscheinlich aus Angst vor den daraus resultierenden Folgen auf internationaler Ebene. Jedoch wurden viele Regimekritiker aus anderen Gruppen hingerichtet – vor allem unter dem Vorwurf des Terrorismus (anstelle von

„Apostasie“). Auch ethnische Minderheiten wie Kurden, Belutschen und iranische Araber werden von der Regierung verdächtigt und verfolgt. Beispiele:

- Im Oktober 2019 wurden drei junge Bahai zu insgesamt 20 Jahren Gefängnis verurteilt.
- Im September 2019 wurden mindestens 16 Bahai vom Universitätsstudium ausgeschlossen.
- Zwei Männer der ahwasisch-arabischen Minderheit wurden im August 2019 gefoltert und hingerichtet, obwohl sich Amnesty International für sie eingesetzt hatte.
- Im Februar 2019 berichtete die Bahai-Gemeinde, dass zu diesem Zeitpunkt mindestens 97 ihrer Mitglieder inhaftiert waren.
- Im Juni 2018 berichtete Amnesty International über die Hinrichtung eines Busfahrers, der den sufistischen Derwischen angehörte. Laut diesem Bericht wurde ihm vorgeworfen, mit seinem Bus drei Polizisten überfahren zu haben. Er beteuerte, er sei zum Zeitpunkt des Vorfalls nicht einmal in der Nähe des fraglichen Ortes gewesen.

9. Der Ausblick für Christen

Islamische Unterdrückung

Solange das gegenwärtige islamische Regime die Kontrolle über alle staatlichen Institutionen behält und die iranische Wirtschaft fest im Griff hat, ist es unwahrscheinlich, dass sich die Dinge in Iran grundlegend ändern werden. Positiv ist die Entwicklung in dem Sinne, dass immer mehr Iraner dem Regime nicht mehr vertrauen und offen Veränderung fordern. Möglich ist ein Wechsel von der Staatsreligion hin zu einer Form des Säkularismus, dessen Einfluss deutlich zunimmt. Noch ist dieser jedoch zu schwach, als dass man davon in naher Zukunft eine wirkliche Veränderung erwarten könnte.

Diktatorische Paranoia

Da mehr Interaktion mit der übrigen Welt möglich wird – durch das Internet und auch die vielen tausenden Iraner im Ausland – dürften die Sicherheitsdienste ihre Überwachung intensivieren. Infolgedessen könnten religiöse Minderheiten wie Christen und Anhänger der Bahai genauer beobachtet werden – insbesondere solche, die Kontakte zu westlichen Glaubensgenossen pflegen. Es wird berichtet, dass christliche Medien und Websites in Farsi besonders genau beobachtet werden.

Organisiertes Verbrechen und Korruption

Die iranische Regierung wird aller Wahrscheinlichkeit nach weiterhin versuchen, mit unverhältnismäßig hohen Kautionszahlungen inhaftierte Christen finanziell zu ruinieren. Es ist wahrscheinlich, dass die iranischen Behörden Verfolgung nutzen, um sich selbst zu bereichern.

zurück zur Länderübersicht

Indien: Platz 10

Zusammenfassung

Alle Christen in Indien sind Verfolgung ausgesetzt, da extremistische Hindus sie als Fremdkörper im Land betrachten. Sie wollen ihr Land von Islam und dem christlichen Glauben reinigen und schrecken auch nicht davor zurück, erhebliche Gewalt einzusetzen, um ihr Ziel zu erreichen. Christen, die einen hinduistischen Hintergrund haben, tragen in Indien die Hauptlast der Verfolgung. Sie werden beständig unter Druck gesetzt, zum Hinduismus zurückzukehren, insbesondere durch die Rückbekehrungs-Kampagnen „Ghar Wapsi“ (etwa „Zurück zu den Wurzeln“ oder „Heimkehr“). Oft werden sie auch körperlich angegriffen, manchmal sogar getötet.

Beispiele aus dem aktuellen Berichtszeitraum

- Am 9. Januar 2019 rissen extremistische Hindus ein Kirchengebäude im Dorf Narnepadu (Bezirk Guntur, Bundesstaat Andhra Pradesh) nieder, weil es auf der Westseite des Dorfes gebaut worden war. Ihrer Meinung nach verstieß das gegen die hinduistischen Prinzipien der Platzierung und Positionierung.
- Am 10. April 2019 wurde ein Christ aus einer indigenen Stammesgemeinschaft im Bundesstaat Jharkhand mit Schwertern, Sicheln und Eisenstäben angegriffen. Er wurde von einer Gruppe extremistischer Hindus umgebracht, die sich für den Schutz von Kühen einsetzen, die Hindus als heilige Tiere gelten. Sie unterstellten ihm, ein Rind geschlachtet zu haben. Bei dem Angriff wurden drei weitere Christen verletzt.
- Am 2. Oktober 2019 wurde eine christliche Geburtstagsfeier im Dorf Vasalamarry von extremistischen Hindus angegriffen. Das Dorf liegt 40 Meilen außerhalb von Hyderabad im indischen Bundesstaat Telangana. Lokalen Berichten zufolge stürmte ein Mob von 30 Nationalisten in das christliche Haus, in dem sich die Gäste zu der Geburtstagsfeier versammelt hatten. Die Extremisten zerstörten die Dekoration, verängstigten die Gäste und zerstörten mehrere Haushaltsgegenstände der christlichen Familie.

---

1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 83 Punkten belegt Indien den 10. Platz auf dem Weltverfolgungsindex 2020.

Dass die Punktzahl sich einzupendeln scheint, bedeutet nicht, dass eine Verbesserung der Lage für Christen in Indien zu erwarten ist – vielmehr sieht die Zukunft keinesfalls positiv aus. Die gleichbleibende Punktzahl ist eher ein Hinweis darauf, dass das Ausmaß der Verfolgung in Indien nach wie vor extrem ist. Seitdem die amtierende Regierung unter Premierminister Narendra Modi im Mai 2014 an die Macht kam (und im Mai 2019 wiedergewählt wurde), hat sich der Rang Indiens auf dem Weltverfolgungsindex erhöht. Extremistische Hindus konnten ihre Angriffe gegen Nichthindus verstärkt und ungestraft durchführen.

2. Triebkräfte der Verfolgung

Religiös motivierter Nationalismus

Die Entschlossenheit und Gewaltbereitschaft hinduistischer Organisationen haben über die Jahre zugenommen. Sie vertreten, dass Indien dem Hinduismus gehöre, und fordern, andere Religionen sollten aus dem Land vertrieben werden. Extremistischer Hinduismus ist mit Abstand die stärkste Triebkraft der Verfolgung in Indien – er ist allgegenwärtig, lautstark und sehr gewalttätig. Aber auch von diversen anderen extremistischen Gruppen geht Verfolgung aus, wie etwa von extremistischen Buddhisten in Ladakh, dem Neobuddhismus in Maharashtra und Uttar Pradesh sowie extremistischen Sikhs im Punjab. „Religiös motivierter Nationalismus“ beeinflusst seit 2014 auch Stammesgruppen und führt dazu, dass sie ihre Religionen als zum Hinduismus zugehörig betrachten.

Ethnisch oder traditionell begründete Anfeindungen

In den Staaten Chhattisgarh, Jharkhand, Odisha, Madhya Pradesh, im südlichen Gujarat, Arunachal Pradesh, Assam, Tripura, Nagaland und Manipur gibt es Gebiete mit Stammesgesellschaften. Die extremistische Hindu-Bewegung RSS hat diese Stammesgesellschaften erfolgreich infiltriert und sie gegen die Christen in diesen Gebieten aufgebracht. In diesen Stammesgebieten haben Menschen den christlichen Glauben angenommen und tun es noch immer. Das ist nichts Neues; in den Stammesgebieten gibt es seit mindestens 100 bis 150 Jahren Kirchen. In dieser Zeit erlebten die Christen nur wenig Widerstand.

Seit Ende der 1990er-Jahre arbeiten die RSS, die hindunationalistische Organisation Vishva Hindu Parishad (VHP) und ihre Mitgliedsorganisationen jedoch systematisch daran, die Stammessysteme zu spalten und Widerstand gegen Christen zu schaffen. Immer häufiger werden Christen hinduistischer Herkunft bedroht, gesellschaftlich ausgeschlossen, vertrieben, von der Wasserversorgung ausgeschlossen, vergewaltigt und sogar ermordet. In einer Reihe von Fällen wurde der Bau von Kirchengebäuden durch Dorfbewohner gewaltsam gestoppt. „Ethnisch oder traditionell begründete Anfeindungen“ werden so schnell zu einer ernsthaften Bedrohung für die Christen in Indien.

Diktatorische Paranoia

Nach dem Sieg bei den Wahlen im Mai 2019 bildete die „Bharatiya Janata Partei“ (BJP) eine neue Regierung unter Premierminister Narendra Modi, der als der starke Mann gefeiert wird, der Indien anführen soll. Infolgedessen sind diktatorische Tendenzen zu erkennen. Kontrolle der sozialen Medien, hetzerische Reden und das Sperren solcher Medien, welche die von der Regierung veröffentlichten Pläne und Zahlen in Frage stellen, sind nur einige der Anzeichen für eine wachsende diktatorische Bewegung innerhalb der Regierungskreise. Angriffe (einschließlich falscher Nachrichten) gegen Journalisten, Oppositionsführer, Menschenrechtsaktivisten und Medienchefs werden durch den Staatsapparat ausgelöst. Auch die Propaganda gegen „fremde“ Religionen wie den Islam und den christlichen Glauben nimmt zu.

Sowohl Ethnisch begründete Anfeindungen als auch „Diktatorische Paranoia“ sind stark mit Religiös motiviertem Nationalismus verknüpft.

3. Verfolger

Ausgehend von Religiös motiviertem Nationalismus

- **Nichtchristliche religiöse Leiter:** Hinduistische Leiter sind am stärksten dafür verantwortlich, Vorurteile gegen Christen unter der hinduistischen Mehrheit zu verbreiten. Bekannte Beispiele dafür sind: Yogi Adityanath, der Gründer von „Hindu Yuva Wahini“, einer Miliz, die für die meisten Angriffe in Uttar Pradesh verantwortlich ist; Sakshi Maharaj, der Teil der gesetzgebenden Versammlung ist; Sadhvi Pragya, Sadhvi Prachi und Narendra Maharaj. Diese Personen sind für ihre offenen Hassreden gegen Christen bekannt. Sie fungieren als Vermittler zwischen religiös-nationalistischen Ideologien und deren Umsetzung vor Ort; sie verbreiten Fehlinformationen über und planen gewalttätige Taten gegen Christen und andere Minderheiten und führen diese aus.
- **Gewalttätige religiöse Gruppen:** Verschiedene extremistische Hindu-Gruppen sind in Indien aktiv: BJP, Vishva Hindu Parishad (VHP), Rashtriya Swayamsevak Sangh (RSS), Sangh Parivar und andere. Es sind fast immer solche Gruppen, die hinduistisch motivierten Druck auf Christen ausüben. Andere gewalttätige Gruppen sind maoistische Naxaliten und islamistische Gruppen, wie etwa der sogenannte „Islamische Staat“ (IS), obwohl letztere in Indien noch keine Christen angegriffen haben.
- **Gewöhnliche Bürger:** Auf dörflicher Ebene spielen Mitglieder der Dorfgemeinschaft eine große Rolle bei der Verfolgung von Christen, sowohl von Christen hinduistischer Herkunft als auch von anderen Christen. Meistens sind es diese lokalen Dorfbewohner, die Christen anfeinden, beispielsweise indem sie sie verprügeln, Kirchen niederbrennen oder Friedhöfe schänden.
- **Politische Parteien:** Die BJP hat die Mehrheit in der Zentralregierung Indiens. Die Partei ist der politische Arm des RSS, einer hindu-nationalistischen und paramilitärischen Organisation, die für ihre hinduistisch-extremistische Ideologie bekannt ist. Der RSS ist die Mutterorganisation allerlei Arten des indischen Hindu-Extremismus. Alle führenden Politiker der regierenden BJP haben eine Verbindung zum RSS. Tatsächlich sind BJP-Mitglieder üblicherweise auch Mitglieder des RSS oder einer seiner 35 Ableger. Die BJP hat immer wieder militante Flügel des Hindu-Nationalismus, auch „Hindutva“ genannt, im ganzen Land direkt politisch unterstützt. Der „Chief Minister“ (vergleichbar mit einem deutschen Ministerpräsidenten) des Bundesstaats Jharkhand, Raghubar Das; Adityanath als Chief Minister von Uttar Pradesh, Manohar Lal Khattar als Chief Minister von Haryana, Rajnath Singh als Innenminister von Indien und andere Minister der BJP haben sich öffentlich gegen Christen und andere Minderheiten ausgesprochen. Mit der BJP an der politischen Macht fühlen sich extremistische Hindus ermächtigt, Christen zu verfolgen, und genießen dabei faktisch Straffreiheit.
- **Regierungsbeamte:** Die Regierung unter Premierminister Modi, voreingenommene Regierungsbeamte und Hindu-Extremisten (wie Familienmitglieder oder Organisationen von RSS) sind die wichtigsten Akteure der Verfolgung von Christen. Nach dem Machtantritt Modis und seiner Partei, der BJP, im Mai 2014 entwickelte sich eine Verkettung von RSS-Extremisten, Medien und von der Regierung kontrollierten Beamten, die zusammen gegen den christlichen Glauben kämpfen. Diese Machtverbindung ist vornehmlich für die zunehmende Verfolgung von Christen verantwortlich.

- **Anführer ethnischer Gruppen:** Anführer ethnischer Gruppen üben meist Druck auf Christen aus, weil sie die Kultur der Vorfahren verlassen und damit in ihren Augen die Religion der Gruppe beleidigen.
- **Familienmitglieder:** Nahe Verwandte von Christen hinduistischer Herkunft betrachten eine Hinwendung zum christlichen Glauben als Schande für die Familie und handeln dementsprechend.

Ausgehend von Ethnisch oder traditionell begründeten Anfeindungen

- **Anführer ethnischer Gruppen:** Die Anführer eines Stammes sind üblicherweise Hindus. Sie stellen sich jeder christlichen Präsenz in ihrer Mitte entschieden entgegen. Es besteht eine enge Verbindung zu der Triebkraft Religiös motivierter Nationalismus.
- **Nichtchristliche religiöse Leiter:** Lokale hinduistische Anführer sind gegen jede christliche Präsenz in ihrer Mitte. Es besteht eine enge Verbindung zu Religiös motiviertem Nationalismus.
- **Gewalttätige religiöse Gruppen:** Militante hinduistische Gruppen auf lokaler Ebene lehnen jede christliche Präsenz in ihrer Mitte vehement ab. Es besteht eine enge Verbindung zu Religiös motiviertem Nationalismus.
- **Gewöhnliche Bürger:** Einheimische Stammesangehörige sind traditionell Hindus. Nicht selten bilden sie Mobs, um Christen in ihren Dörfern anzugreifen. Es besteht eine enge Verbindung zu Religiös motiviertem Nationalismus.
- **Familienmitglieder:** Familien aus Stammesgemeinschaften lehnen die Hinwendung zum christlichen Glauben scharf ab. Es besteht eine enge Verbindung zu Religiös motiviertem Nationalismus.
- **Regierungsbeamte:** Regionale Regierungsbeamte stellen sich gegen Christen. Sie erachten sie nicht als dem Stamm zugehörig, dessen Kultur traditionsgemäß hinduistisch ist. Es besteht eine enge Verbindung zu Religiös motiviertem Nationalismus.

Ausgehend von Diktatorischer Paranoia

- **Politische Parteien:** Die BJP ist hervorragend im Einsatz moderner Technologie und sozialer Medien, um ihre Agenda zu verbreiten. Ihre Mitglieder sind auch Experten darin, Nachrichten zu fälschen, um ihre Gegner zu bekämpfen. Nach Angaben führender Mitglieder der BJP soll es bis 2021 keine Muslime und Christen mehr in Indien geben. Es besteht eine enge Verbindung zu Religiös motiviertem Nationalismus.
- **Regierungsbeamte:** In Bundesstaaten und Regionen, die von extremistischen Hindus kontrolliert werden, stellen sich die regionalen Regierungsbeamte gegen Christen. Es besteht eine enge Verbindung zu Religiös motiviertem Nationalismus.
- **Anführer ethnischer Gruppen:** In den meisten Bundesstaaten und Regionen dominieren Hinduisten die Regierung und stellen sich gegen Christen. Es besteht eine enge Verbindung zu Religiös motiviertem Nationalismus.
- **Nichtchristliche religiöse Leiter:** Einheimische hinduistische Anführer unterstützen antichristliche Maßnahmen der Regierung mit Nachdruck. Es besteht eine enge Verbindung zu Religiös motiviertem Nationalismus.
- **Gewalttätige religiöse Gruppen:** Hinduistisch extremistische Gruppen wie RSS und „Virat Hindustan Sangam“ (VHS) stellen sich Christen vehement entgegen. Es besteht eine enge Verbindung zu Religiös motiviertem Nationalismus.

- **Gewöhnliche Bürger:** Hinduistische Mobs unterstützen die Regierung der BJP. Sie führen immer mehr Angriffe gegen Christen aus, da sie mehr oder weniger straffrei bleiben. Es besteht eine enge Verbindung zu Religiös motiviertem Nationalismus.

4. Regionale Brennpunkte der Verfolgung

In Indien gibt es keine speziellen Krisenherde der Verfolgung. Die am schlimmsten betroffenen Gebiete sind die Bundesstaaten, in denen die BJP die Regierung formt. Dies kann sich aufgrund der Wahlen jedoch alle fünf Jahre ändern.

5. Betroffene Christen

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

Es existieren mehrere Gruppen ausländischer Christen in Indien. Zu ihnen gehören nicht nur Christen aus der westlichen Welt, die in Indien leben und ihre eigenen Kirchengemeinden haben, sondern auch Flüchtlinge. Ein Beispiel ist die afghanische Gemeinde, die sich in Neu-Delhi versammelt. Diese Arten von Gemeinschaften ziehen nur selten den Zorn extremistischer Hindus auf sich. Dies liegt einerseits daran, dass sie eine sehr homogene ethnische Zusammensetzung aufweisen, andererseits sind diese Gemeinschaften zumeist nicht sehr aktiv darin, das Evangelium an Inder weiterzugeben.

Christen aus traditionellen Kirchen

Beispiele hierfür sind Christen der römisch-katholischen, orthodoxen und anglikanischen Kirche. Diese Gemeinschaften zeugen davon, dass Christen schon seit vielen Jahrhunderten in Indien vertreten sind. Diese Kirchen wachsen nur langsam, weil sie kaum Außenstehende ansprechen, sondern vor allem innerhalb ihrer Gemeinschaften tätig sind. Trotzdem wird auch diese Gruppe manchmal von extremistischen Hindus angegriffen, indem Kirchen verwüstet sowie religiöse Statuen und Kreuze zerstört werden. Die traditionellen Kirchen in Indien besitzen häufig bedeutendes Vermögen und Grundstücke. Abgesehen davon führen sie einige der besten Bildungseinrichtungen und medizinischen Institute und besitzen viel Land, da die indische Verfassung Christen besondere Mittel zur Verfügung stellt, um eigene Bildungszentren zu gründen und zu verwalten. Die Regierung unter Premierminister Modi hat Versuche unternommen, ihnen das Recht auf die Verwaltung ihrer Institute zu entziehen. Diese Institute sind für das Bildungswachstum der christlichen Minderheiten und anderer benachteiligter Bevölkerungsgruppen von entscheidender Bedeutung. Die Regierung hat es auch auf die Grundstücke der Kirche abgesehen. In vielen Städten hat die Regierung diese bereits in Besitz genommen.

Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

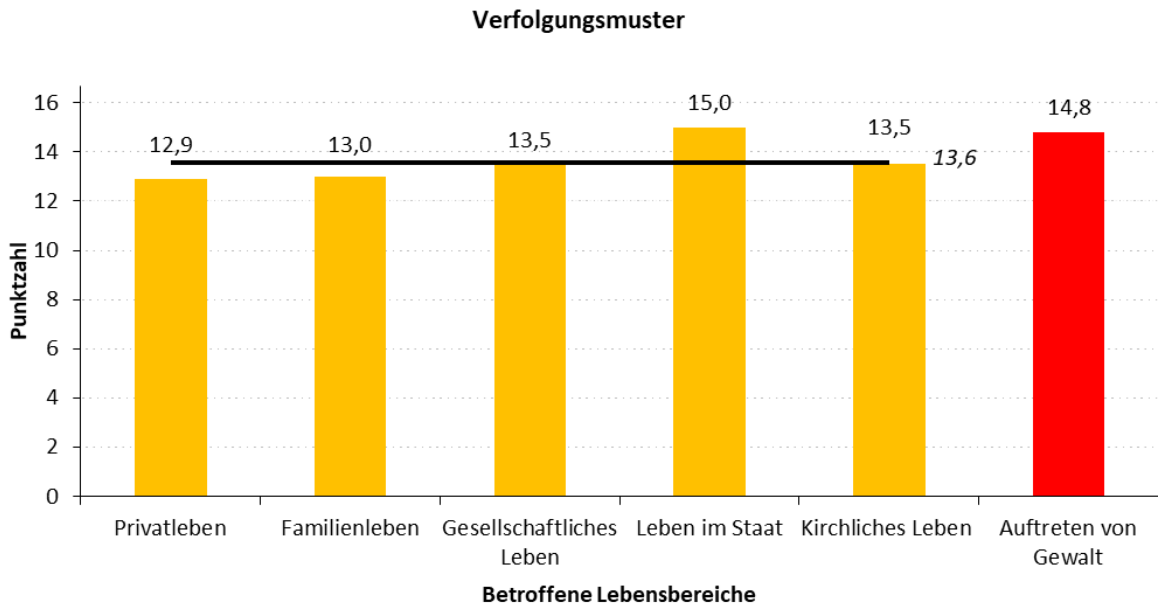
Christen hinduistischer Herkunft haben am stärksten unter der Verfolgung in Indien zu leiden. Diese Christen werden täglich drangsaliert und stehen konstant unter Druck, zum Hinduismus zurückzukehren. Sie werden oft massiv tätlich angegriffen, manchmal sogar getötet. Sie leben meist in ländlichen Gebieten, wo sie dem Druck von Familie und Freunden, ihrem sozialen Umfeld, von lokalen Hindu-Geistlichen sowie Hindu-Extremisten ausgesetzt sind.

Christen anderer religiöser Herkunft (ehemalige Muslime, Buddhisten oder Sikhs) erleben ebenfalls Druck aus ihrem sozialen Umfeld; ihre Zahl ist jedoch deutlich kleiner. Christen mit muslimischem Hintergrund erleben nur dort Verfolgung, wo Muslime einen großen Teil der Bevölkerung stellen.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Nach Christen hinduistischer Herkunft sind Christen aus Freikirchen (etwa Baptisten, Evangelikale oder Pfingstgemeinden) das zweitwichtigste Ziel von Hindu-Extremisten, da sie aktiv das Evangelium weitergeben. Sie sind regelmäßig Angriffen ausgesetzt.

6. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Indien

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Der durchschnittliche Druck auf Christen ist sehr hoch und stieg von 13,5 Punkten auf dem Weltverfolgungsindex 2019 auf 13,6 Punkte auf dem Weltverfolgungsindex 2020. Die Unterdrückung von Christen (insbesondere hinduistischer Herkunft) durch Hindus ist auf allen Ebenen der Gesellschaft zu spüren, von der persönlichen bis hin zur staatlichen und kirchlichen Ebene. Christen erfahren ständigen Widerstand gegen Glaubenswechsel und Taufen. In mindestens neun Staaten wurden mittlerweile Anti-Bekehrungs-Gesetze eingeführt. Gottesdienstbesucher werden bedroht und Treffen sehr häufig gestört.
- Obwohl alle Lebensbereiche einen hohen Grad an Druck aufweisen, findet sich der höchste Druck im Bereich „Leben im Staat“. Christen erleben in diesem Bereich zunehmende Einschränkungen: Immer mehr Bundesstaaten erwägen die Einführung eines Anti-Bekehrungs-Gesetzes, um Glaubenswechsel durch Gewalt und/oder Verlockungen und Anreize zu unterbinden; Medien berichten zunehmend negativ und die Straffreiheit für militante Hindus hat noch weiter zugenommen.
- Der Wert für das „Auftreten von Gewalt“ ist von 15,2 Punkten im Vorjahr auf 14,8 Punkte auf dem Weltverfolgungsindex 2020 gesunken. Dies liegt daran, dass im aktuellen Berichtszeitraum weniger Christen getötet worden sind. Dennoch erreichen die meisten der

zwölf Kategorien, nach denen das Auftreten von Gewalt analysiert wird, die maximal mögliche Punktzahl. Körperliche Gewalt und Angriffe auf Zusammenkünfte von Christen sind zwei der häufigsten Formen der Verfolgung in Indien.

Zu jedem der Lebensbereiche sind im Folgenden jeweils ausgewählte Teilaspekte genannt, die im betreffenden Lebensbereich für die Christen zu den gravierendsten Schwierigkeiten gehören.

Privatleben

- **Für einige Christen ist es sehr riskant, ihren Glauben preiszugeben.** Sich zum christlichen Glauben zu bekennen, kommt in den Augen hinduistischer Extremisten Evangelisation gleich. Sie reagieren außerdem aggressiv auf jegliche Beiträge in sozialen Medien. Früher betraf dies nur Christen hinduistischer Herkunft, doch inzwischen müssen alle Christen in dieser Hinsicht vorsichtig sein.
- **Es ist riskant für Christen, private christliche Handlungen (wie Gebet oder Bibellese) durchzuführen.** Bisher erfuhren Christen in ihrem sozialen Umfeld nur Probleme während ihrer eigenen Gebetszeiten. Besonders Christen hinduistischer Herkunft mussten sorgfältig darauf achten, wie sie Zuhause beteten. Doch in den letzten fünf Jahren haben sich die Vorbehalte gegen sichtbares christliches Verhalten in Indien verstärkt. Auch protestantische Christen werden wegen des Verdachts der Evangelisation nun überwacht. Das ist nicht mehr nur in ländlichen Gebieten zu beobachten. Mit Ausnahme von zwei oder drei Bundesstaaten im Nordosten des Landes ist es überall in Indien riskant, beim Gebet gesehen zu werden.
- **Es ist für Christen riskant, mit anderen Menschen als ihrer direkten Familie über den christlichen Glauben zu reden.** Über den christlichen Glauben mit einer größeren Gruppe als der Familie zu sprechen, wird allgemein als eine Form der Evangelisation angesehen. Das betrifft nicht nur Christen hinduistischer Herkunft, sondern auch Protestanten. Die Intoleranz demgegenüber ist in den letzten fünf Jahren gewachsen. Die Feindseligkeit gegen Christen, die von ihrem Glauben erzählen, hat sich aufgrund von hinduistischem Extremismus verstärkt.
- **Die Hinwendung zum christlichen Glauben wird stark abgelehnt, verboten oder auch bestraft.** Der Glaubenswechsel ist in Indien derzeit eines der wichtigsten Themen, das extremistische Hindus gegen Christen verwenden. Mit der Beschuldigung der „Zwangsbekehrung“ greifen sie Pastoren, Kirchenleiter und ihre Gemeinden an. Vorwürfe der Zwangsbekehrung führen in der Regel zu körperlicher Gewalt. Christen werden daraufhin zur örtlichen Polizeistation gebracht und dort festgehalten. In sieben Bundesstaaten gibt es derzeit Anti-Bekehrungs-Gesetze: in Odisha, Madhya Pradesh, Chhattisgarh, Himachal Pradesh, Jharkhand, Gujarat und Uttarakhand. Ähnliche Gesetze werden derzeit in den Staaten Arunachal Pradesh und Rajasthan besprochen. Es gibt Gerüchte, dass hinduistische Extremisten ähnliche Anti-Bekehrungs-Gesetze auf Bundesebene einführen wollen, bisher führten diese Bemühungen jedoch zu keinen handfesten Ergebnissen. Weitere Anzeichen für die Bedeutung der Bekämpfung von Glaubenswechseln sind die groß angelegten Rückbekehrungs-Kampagnen „Ghar Wapsi“ („Zurück zu den Wurzeln“ oder „Heimkehr“), die extremistische Hindus in ganz Indien organisieren. Außerdem zeigt sie sich in der Unmöglichkeit für ausländische Christen, ein Missionsvisum zu erhalten.

Familienleben

- **Christliche Paare werden daran gehindert, Kinder zu adoptieren.** Obwohl der Oberste Gerichtshof Indiens im Jahr 2015 das Jugendschutzgesetz („Juvenile Justice Act“)

verabschiedet hat, das die Adoption hinduistischer Kinder durch nichthinduistische Eltern erlaubt, ist es für Christen immer noch extrem schwierig (wenn nicht gar unmöglich), Kinder zu adoptieren. Die Verfahren sind manchmal absichtlich sehr kompliziert, um Adoptionen durch Christen zu verhindern. Mitglieder der Ausschüsse, die über die Adoptionen entscheiden, sind Christen gegenüber manchmal sehr voreingenommen. Obwohl das Jugendschutzgesetz eine Verbesserung für Christen zu versprechen schien, hat es diese bisher nicht erreicht.

- **Kinder christlicher Eltern werden dazu gezwungen, an nichtchristlichem Unterricht teilzunehmen.** Selbst an christlichen Schulen werden christliche Kinder dazu gezwungen, an hinduistischen Unterrichtselementen teilzunehmen. Beispiele dafür sind Unterricht in hinduistischer Mythologie und Literatur und Yogastunden. Staatliche Schulen gehen wesentlich weiter und fordern, dass christliche Kinder an hinduistischen Festlichkeiten und Ritualen teilnehmen.
- **Christliche Taufen werden be- oder verhindert.** Aufgrund des hohen Drucks durch extremistische Hindus müssen Taufen in Indien mit möglichst wenig Öffentlichkeit durchgeführt werden. Die Taufe gilt als das endgültige Anzeichen dafür, den Hinduismus für den christlichen Glauben aufgegeben zu haben. Dies betrifft auch Pastoren. Taufen durchzuführen, ist für sie aufgrund der möglichen Konsequenzen mit viel Besorgnis verbunden. Selbst traditionelle Kirchen fürchten die Reaktionen von Regierungsbeamten und Polizisten auf Taufen. Aus diesem Grund werden Taufen im Freien als zu riskant eingestuft.
- **Kinder christlicher Eltern werden diskriminiert oder schikaniert.** Sie werden in ihrem sozialen Umfeld zunehmend benachteiligt und (körperlich) belästigt. Dies ist auf einen wachsenden Einfluss des hinduistischen Extremismus zurückzuführen, für den Christen unerwünscht sind. Kinder von Christen hinduistischer Herkunft sind besonders betroffen, aber auch andere christliche Kinder erleben diese Schikanen.

Gesellschaftliches Leben

- **Christen stehen durch ihr soziales Umfeld oder private Gruppen und Organisationen unter Beobachtung.** In den vergangenen fünf Jahren hat die Überwachung von Christen und ihrem Verhalten zugenommen. Dies geschieht durch die Behörden, aber auch durch eine Vielzahl von hindu-extremistischen Organisationen (Bajrang Dal, Hindu Yuva Vahini, Shiv Sena, Vishva Hindu Parishad und weitere). Ziel ist es, jede Form der Evangelisation zu unterbinden.
- **Christen werden wegen ihres Glaubens im Alltag belästigt, bedroht oder gestört.** In den vergangenen fünf Jahren stieg die Zahl der Vorfälle von Belästigung, Bedrohung und Beeinträchtigung auf sozialer Ebene auf Rekordniveau. Die Feindseligkeit gegenüber Christen vonseiten der Gesellschaft ist in Indien ein ernsthaftes Problem.
- **Christen werden daran gehindert, gemeinschaftliche Ressourcen zu nutzen.** Es wird von zahlreichen Vorfällen gesellschaftlicher Diskriminierung berichtet. Dabei wurden Christen beispielsweise Wasser und andere gemeinschaftlich genutzte Ressourcen wie Weideland verweigert. Sie sind vom gesellschaftlichen Leben der Dorfgemeinschaft ausgeschlossen und werden bisweilen dazu gezwungen, aus ihrer Heimat zu fliehen.
- **Christen werden von ihrem sozialen Umfeld unter Druck gesetzt, ihrem Glauben abzusagen.** Das soziale Umfeld von Christen setzt diese unter Druck, den hinduistischen Glauben (wieder) anzunehmen. Extremistische Hindus veranstalten Rückbekehrungs-Kampagnen („Ghar Wapsi“: „Zurück zu den Wurzeln“ oder „Heimkehr“).

Christen in Indien werden außerdem in der Erwerbstätigkeit, sei es im privaten oder öffentlichen Sektor, diskriminiert. Sie werden häufig von extremistischen Hindus und der Polizei verhört.

Leben im Staat

- **Die Verfassung oder eine vergleichbare nationale Gesetzgebung schränkt die Religionsfreiheit gemäß Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte ein.** In sieben Bundesstaaten sind Anti-Bekehrungs-Gesetze gültig und in zwei weiteren Staaten bereits verabschiedet, aber noch nicht in Kraft getreten. In Tamil Nadu wurde ein solches Gesetz verabschiedet, später aber aufgehoben. Diese Gesetze regulieren und schränken die Religionsfreiheit ein. Artikel 25 der indischen Verfassung, der die Religionsfreiheit gewährt, unterliegt der öffentlichen Ordnung, die jedoch nicht näher definiert wurde. Die Klausel zu Artikel 25 gibt dem Staat die Erlaubnis, Gesetze zu verabschieden, die die Religionsfreiheit einschränken.
- **Medienberichte über Christen sind inkorrekt oder voreingenommen.** Die indischen Medien (besonders die, die in indischen Dialekten publizieren) sind in der Regel sehr voreingenommen gegen Christen. In ländlichen Gebieten sind sie feindselig; Hassreden und Propaganda von hinduistischen Extremisten erhalten viel Raum.
- **Christen sind Opfer von Hetzkampagnen.** Hinduistische Extremisten wenden sich seit den 1990er-Jahren gegen Muslime und Christen. Ein Beispiel dafür sind Äußerungen eines extremistischen Hindu-Führers im Dezember 2014. Er hofft, den Islam und das Christentum bis 2021 aus Indien verdrängt zu haben. Das würde bedeuten, rund 250 Millionen Menschen aus Indien zu beseitigen. Das ist eine extreme Sichtweise und unrealistisch; dennoch ist es eine Tatsache, dass die meisten Hindu-Führer dazu neigen, Pauschalurteile gegen Muslime und Christen zu treffen. Weitere Beispiele für Hassreden finden sich regelmäßig in Stellungnahmen von radikalen Hindu-Führern wie Yogi Adityanath, Mohan Bhagwat, Pravin Togadia, Vinay Katiyar, Sadhvi Prachi, Sakshi Maharaj, Indresh Kumar und Suresh Chahvan; einige Regierungsmitglieder wie Rajnath Singh (Verteidigungsminister Indiens), Giriraj Singh, Mukhtar Abbas Naqui (Minister für Minderheiten) sind ebenfalls offen beteiligt. Sie beschuldigen Christen kontinuierlich, Hindus zum christlichen Glauben zu „locken“.
- **Wer Christen schadet, wird absichtlich ungestraft gelassen.** In den vergangenen fünf Jahren stieg die Zahl von Vorfällen, die ohne Strafe blieben, drastisch an. Die Zentralregierung unter Premierminister Narendra Modi ignoriert permanent die Straftaten hinduistischer Extremisten gegen Christen. Extremistische Hindus (insbesondere auf dem Land) greifen Versammlungen von Christen an, schlagen die Christen zusammen und bringen sie dann zur Polizeistation. Die Täter werden meist (auf Kaution) freigelassen oder von ihren Straftaten freigesprochen, während die Opfer im Gefängnis sitzen und später mit Gerichtsverfahren schikaniert werden, die jahrelang andauern können.

Christen in Indien bekommen auch bei Reisen Schwierigkeiten. Christliche zivilgesellschaftliche Organisationen und politische Parteien werden behindert. Christen werden der Blasphemie beschuldigt (Indien hat ähnliche Blasphemiegesetze wie Pakistan). Vor Gericht werden Christen unfair behandelt. Indische Behörden verhindern die Anwesenheit internationaler Beobachter in Gerichtsverfahren.

Kirchliches Leben

- **Kirchliche Aktivitäten werden überwacht, ver- bzw. behindert oder gestört.** Der Staat überwacht christliche Aktivitäten kontinuierlich und hat viele Einschränkungen vorgenommen (etwa durch Einschränkungen bei der Finanzierung aus dem Ausland und bei Einladungen von ausländischen Missionaren, durch Schwierigkeiten bei der Registrierung, durch Anti-Bekehrungs-Gesetze und Blasphemiegesetze und Ähnlichem). Extremistische Hindus gehen verstärkt gegen Christen vor – es gibt viele Vorfälle, bei denen Hindus in Mobs Überfälle durchführen, Christen verprügeln, Verhaftungen veranlassen und Christen befehlen, ihr Zuhause zu verlassen. Da extremistische Hindus diese Straftaten meist ungestraft ausführen können, steigt die Angst unter Christen.
- **Christliche Predigten, christlicher Unterricht und/oder christliche Publikationen werden überwacht.** Extremistische Hindus und örtliche Behörden bemühen sich darum, jegliche christlichen Materialien zu kontrollieren (einschließlich digitaler Medien im Internet). Auch Evangelisten und christliche Mitarbeiter werden permanent überwacht.
- **Kirchen werden an dem Austausch mit der weltweiten Kirche gehindert.** Die Zentralregierung in Neu-Delhi hat sehr strenge Vorschriften erlassen, um ausländische Missionare effektiv an der Einreise nach Indien zu hindern: Sie benötigen ein Sondervisum, das fast unmöglich zu beschaffen ist. Ausländische Besucher, selbst Touristen, sind stark eingeschränkt und müssen eine Erklärung unterschreiben, dass sie keine Predigten halten oder andere zum Glaubenswechsel ermutigen werden. Viele Christen, die aus dem Ausland kommen und sich mit einem Arbeitsvisum in Indien aufhalten, werden des Landes verwiesen (es könnten mehr als 100 im aktuellen Berichtszeitraum sein), und Ausländer indischer Abstammung werden des Landes verwiesen, wenn sie Mitglied von Kirchen oder christlichen Gruppen in Indien sind.
- **Es ist für Christen riskant, die Stimme gegen Verfolgung zu erheben.** Die Gefahren, die Christen auf sich nehmen, wenn sie sich offen gegen ihre Verfolger äußern, haben in den letzten fünf Jahren enorm zugenommen. Hinduistische Extremisten werden durch die Untätigkeit der Regierung ermutigt und sind überzeugt, Verbrechen ungestraft begehen zu können. So kommt es in sozialen Medien vermehrt zu Morddrohungen, der Verbreitung von persönlichen Details und Angriffen auf die Familie. Wenn ein Christ versucht, sich gegen extremistische Hindus oder parteiische Gerichte zu wehren, bietet das den hinduistischen Angreifern Grund, ihre Übergriffe zu verstärken.

Christen in Indien bekommen zudem bei der Gründung oder dem Betreiben von Schulen und Wohltätigkeitsorganisationen Schwierigkeiten.

Auftreten von Gewalt

- Nach Informationen von Partnern vor Ort wurden im Berichtszeitraum neun Christen getötet. Vier von ihnen wurden von kommunistisch-revolutionären Aktivisten, sogenannten Naxaliten, umgebracht. Aber auch extremistische Hindus, Familienmitglieder und Dorfbewohner sind für einige Morde verantwortlich. Die meisten Christen wurden in Chhattisgarh, Jharkhand und Odisha getötet, die anderen in Assam und Bihar.
- Es wurden mehr als 175 Vorfälle gemeldet, bei denen insgesamt rund 1.500 Christen körperlich angegriffen wurden. Hauptverantwortlich waren extremistische Hindus, Familienmitglieder und Dorfbewohner. Angriffe dieser Art fanden überall in Indien statt. Die Bundesstaaten mit den meisten Vorfällen sind jedoch Odisha, Chhattisgarh, Bihar, Maharashtra, Assam und Uttar Pradesh. Die Bundesstaaten, in denen von weniger Vorfällen berichtet wurde, sind Andhra

Pradesh, Gujarat, Haryana, Karnataka, Madhya Pradesh, Manipur, Punjab, Rajasthan, Tamil Nadu, Telangana und Westbengalen.

- Es wurde von mehr als 94 Vorfällen berichtet, in denen etwas mehr als 300 Christen festgenommen wurden. Festnahmen fanden überall in Indien statt. Die Bundesstaaten mit den meisten Vorfällen sind jedoch Uttar Pradesh, Jharkhand, Bihar und Haryana. Die Bundesstaaten, in denen von weniger Vorfällen berichtet wurde, sind Chhattisgarh, Delhi, Goa, Gujarat, Himachal Pradesh, Karnataka, Madhya Pradesh, Maharashtra, Odisha, Punjab, Rajasthan, Telangana, Uttarakhand und Westbengalen. 2013 wurden in Odisha sieben Christen zu lebenslanger Haft verurteilt. Zwei von ihnen wurden während des aktuellen Berichtszeitraums wieder freigelassen.
- 34 Kirchen, Schulen, Kirchengebäude und weitere kirchliche Grundstücke wurden angegriffen und beschädigt. Diese Vorfälle fanden überall in Indien statt. Die Bundesstaaten mit den meisten Vorfällen sind jedoch Tamil Nadu, Telangana, Odisha, Bihar und Maharashtra. Die Bundesstaaten, in denen von weniger Vorfällen berichtet wurde, sind Andhra Pradesh, Assam, Chhattisgarh, Daman und Diu, Gujarat, Punjab, Uttar Pradesh und Westbengalen.
- Es gibt 54 Berichte darüber, dass Häuser, Geschäfte oder Eigentum von Christen angegriffen wurde. Diese Vorfälle fanden überall in Indien statt. Die Bundesstaaten mit den meisten Vorfällen sind jedoch Odisha, Assam, Gujarat, Chhattisgarh und Maharashtra. Die Bundesstaaten, in denen von weniger Vorfällen berichtet wurde, sind Andhra Pradesh, Bihar, Haryana, Himachal Pradesh, Manipur, Punjab, Rajasthan, Tamil Nadu, Tripura and Uttar Pradesh.

Die Verfolgung in Indien ist äußerst gewalttätig. Die Zahl der gemeldeten Vorfälle ist sehr hoch; es sei jedoch darauf hingewiesen, dass dies nur die Spitze des Eisberges ist – über viele Vorfälle wird in den Medien nicht berichtet und sie werden von unseren Feldforschern nicht dokumentiert.

7. Verfolgungssituation für Männer und Frauen

Wie Frauen Verfolgung erfahren:

- Entführung
    - Ausschluss aus der Gemeinschaft
    - Verweigerung gemeinschaftlich genutzter Ressourcen
    - Verweigerung von Nahrungsmitteln/Wasser
    - Diskriminierung/Schikanierung im Bildungsbereich
    - Falsche Anklagen
    - Zwangsscheidung
    - Zwangsverheiratung
    - Vertreibung aus Wohnung/Wohnhaus
    - Erzwungene Flucht aus Stadt oder Land
    - (Haus-)Arrest durch die Familie
    - Inhaftierung durch die Behörden
    - Menschenhandel
    - Ermordung
    - Körperliche Gewalt

- Psychische Gewalt
- Sexuelle Gewalt
- Verbale Gewalt

Indien ist ein religiös vielfältiges Land mit einer demokratischen Gesellschaft und einer Verfassung, die in der Theorie Gleichberechtigung für alle Einwohner garantiert, unabhängig von Hautfarbe, religiöser Ausrichtung, Geschlecht und Kaste – religiöse Diskriminierung ist verboten. Die Realität sieht jedoch häufig anders aus: Es existieren gleichzeitig andere Gesetze, die dieser Verfassung widersprechen. Sie halten die gesellschaftlichen Regeln aufrecht, die seit jeher gelten, sind ihrer Natur nach patriarchalisch und nutzen die schwächeren Klassen der Gesellschaft aus. Frauen und Mädchen gelten als schwach und emotional, sodass die Verfolgung von Christinnen häufig auf ihren Körper ausgerichtet ist: durch Belästigung, Vergewaltigung und andere Formen sexuellen Missbrauchs. In vielen Gegenden wird die Sexualität einer Frau von den männlichen Mitgliedern ihrer Familie kontrolliert. Jede Schädigung ihres Ansehens kann in der Beschämung der Familie resultieren. Für Frauen und Mädchen kommt das psychischer Folter gleich, da ihre sexuelle Reinheit den Stolz und das Ansehen der Familie beeinflusst. In diesem Zusammenhang führte das Kinderhilfswerk „World Vision India“ eine Umfrage unter 45.844 Kindern im Alter zwischen zwölf und 18 Jahren in 26 indischen Bundesstaaten durch. Es stellte fest, dass jedes zweite Kind Opfer sexuellen Missbrauchs geworden war. 99 % der Fälle sexuellen Kindesmissbrauchs wurden nicht gemeldet.

Junge Christinnen aus Stammesgebieten können Opfer sexueller Übergriffe verschiedenster Form werden, wobei auch von gezieltem Menschenhandel berichtet wird. Körperliche Gewalt gegenüber Frauen umfasst auch Säureangriffe und Mordversuche.

Christinnen mit anderem religiösen Hintergrund riskieren es, durch ihre eigene Familie oder ihr soziales Umfeld eingesperrt oder zu Heirat oder Scheidung gezwungen zu werden.

Es wird von zahlreichen Vorfällen gesellschaftlicher Diskriminierung berichtet. Dabei werden Christinnen beispielsweise Wasser und andere gemeinschaftlich genutzte Ressourcen wie Weideland verweigert.

Christinnen werden oft körperlich missbraucht, vernachlässigt und nicht besser als Tiere behandelt. Die Frauen der unteren Schichten wurden schon immer von den Hindus der höheren Kasten, die heute hauptsächlich an der RSS-Ideologie festhalten, ausgenutzt. Viele Frauen dieser Kasten haben sich dem christlichen Glauben zugewandt. Damit werden sie in doppelter Weise zur Zielscheibe von Verfolgung: Zum einen weil sie als „Unberührbare“ gelten, zum anderen weil sie Christen geworden sind. Es heißt: „Indiens patriarchische Gesellschaft ist für Frauen möglicherweise ein schlimmerer Feind als religiöser Fanatismus. Zusammen ergeben sie einen tödlichen Cocktail.“

Wie Männer Verfolgung erfahren:

- Ausschluss aus der Gemeinschaft
- Verweigerung gemeinschaftlich genutzter Ressourcen
- Verweigerung von Nahrungsmitteln/Wasser
- Beschlagnahmung von Erbschaft und Besitz
- Diskriminierung/Schikane im Bildungsbereich
- Wirtschaftliche Schikane im Berufs-/Geschäftsleben
- Wirtschaftliche Schikanierung durch Geldstrafen

- Falsche Anklagen
- Erzwungene Flucht aus Stadt oder Land
- Vertreibung aus Wohnung/Wohnhaus
- Inhaftierung durch die Behörden
- Zwangsrekrutierung zum Militärdienst
- Reiseverbote/Einschränkung der Reisefreiheit
- Ermordung
- Körperliche Gewalt
- Psychische Gewalt
- Verbale Gewalt

Trotz des rechtlichen Schutzes wird christlichen Männern und Leitern, die über den christlichen Glauben sprechen, oder Männern, die Christen werden wollen, auf unterschiedliche Weise Gewalt angetan. Die Verfolgung von Männern und Jungen geschieht unter anderem in verbaler, psychischer und körperlicher Gewalt. Männer und Jungen werden als körperlich stark angesehen. So zielt die Verfolgung christlicher Männer sowohl auf ihre körperliche Stärke als auch auf ihre Rolle als Entscheidungsträger und Familienoberhaupt ab. Dazu gehören Schläge und psychische Folter. So müssen sie beispielsweise mit ansehen, wie ihre Familienmitglieder gefoltert werden.

Eine verbreitete und wirksame Form der Verfolgung in Indien ist die soziale Ausgrenzung, einschließlich des Ausschlusses aus der Familie, der Ablehnung durch das ganze Dorf, der Vertreibung aus dem Dorf, des Ausschlusses von der Teilnahme an Ratssitzungen und vom Zugang zu staatlichen Programmen und des Ausschlusses von staatlichen Hilfsprogrammen und Sozialleistungen. Männer sind meist die Hauptverdiener der Familie. Aufgrund ihres christlichen Glaubens verlieren einige von ihnen ihre Arbeitsstelle oder werden in entfernte Städte versetzt, auf der Arbeit verstärkt belastet und/oder von Kunden gemieden. Zur wirtschaftlichen Benachteiligung gehört die Beschlagnahmung von Erbschaften.

Falsche Anschuldigungen, wie der Vorwurf, Hindus zur Annahme des christlichen Glaubens bewegen zu wollen, Frauen belästigt oder vergewaltigt zu haben oder hinduistische Götter und Göttinnen verunglimpft zu haben, werden als Möglichkeit zur Verfolgung genutzt. Diese Beschuldigungen werden üblicherweise gegen Pastoren und Prediger erhoben – derzeit stark risikobehaftete Tätigkeiten. Ein Gefängnisaufenthalt ist sowohl für Christen selbst als auch für ihre Familien eine Schande. Extremistische Hindus richten ihre Angriffe auf Gemeindeleiter, um ein Zeichen zu setzen, und nehmen deshalb auch die Familien der Leiter ins Visier.

8. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Extremistische Hindus haben sowohl den Islam als auch den christlichen Glauben als ausländische Religionen bezeichnet, die möglichst aus dem Land vertrieben werden sollten. Daher wird die muslimische Minderheit in einer ähnlichen Weise durch extremistische Hindus verfolgt wie die christliche. Buddhisten und Sikhs sind für Hindu-Extremisten akzeptabler, da diese Religionen auf indischem Territorium entstanden sind.

Beispiele:

- Am 7. April 2019 wurde der Muslim Shaukat Ali gezwungen, im Schlamm zu knien und Schweinefleisch zu essen. Eine Gruppe Hindus war wütend, weil der Mann Kuhfleisch verkaufte. Kühe sind für Hindus heilige Tiere. Darum zahlten sie es dem Mann mit dem religiösen Leitgedanken der „gerechten Strafe“ heim und zwangen ihn, das im Islam als unrein geltende Tier zu essen.
- Am 15. Mai 2019 wurde der Muslim Nayeem Shah in der Region Jammu und Kashmir von hinduistischen Extremisten umgebracht. Shah transportierte Vieh in einem Fahrzeug, als er an einem späten Dienstagabend von Unbekannten abgefangen wurde. Angeblich wurde er von einem Dorfverteidigungstrupp erschossen.
- Am 11. Juli 2019 wurden einige Schüler einer Koranschule, die auf dem Gelände des „Government Inter Colleges“ in Uttar Pradesh Kricket spielten, von einer Gruppe Hindus angegriffen. Sie zwangen die Schüler, „Jai Shri Ram“ („Heil dem Herrn Rama“) zu rufen und schlugen sie mit den Kricket-Schlägern.

9. Der Ausblick für Christen

Religiös motivierten Nationalismus

Hindu-Extremisten üben ständig Gewalt gegen Muslime und Christen aus. In der Vergangenheit haben ausgedehnte Pogrome viele Muslime und Christen das Leben gekostet. Militante Hindus werden sich nicht davor scheuen, weiterhin solche Angriffe gegen religiöse Minderheiten zu planen. Bisher war es Hindu-Extremisten möglich, ihre Gräueltaten straffrei auszuführen. Weil Modi die Wahlen im Mai 2019 gewann, ist zu erwarten, dass diese Hindus sich ermutigt fühlen, ihre Gewalt noch zu intensivieren.

Ethnisch oder traditionell begründete Anfeindungen

Hindus in Stammesgebieten werden sich aller Voraussicht nach weiterhin gegen jede christliche Präsenz in ihrer Mitte einsetzen. Mit der Wiederwahl der Regierung unter der BJP könnte ihr Widerstand sogar noch gewalttätiger werden.

Diktatorische Paranoia

Indien wird häufig als die größte Demokratie der Welt gesehen. Die derzeitige Regierung ist jedoch ein Meister darin, Informationen zu ihrem Vorteil zu manipulieren und so ihre Gegenspieler auszumanövrieren. Mit der Wiederwahl der BJP im Mai 2019 ist zu erwarten, dass extremistische Hindus sich ermutigt fühlen, ihre Gewalt noch zu intensivieren. Die Zentralregierung wird wahrscheinlich weiterhin den Blick abwenden und Anzeigen von Angriffen gegen Muslime und Christen nicht nachgehen.

zurück zur Länderübersicht

Syrien: Platz 11

Zusammenfassung

Als Personen des öffentlichen Lebens stehen besonders Leiter der traditionellen Kirchen in Gefahr, entführt zu werden. Doch auch Gemeinden von Baptisten, Evangelikalen und Pfingstlern sind in dieser Hinsicht verwundbar. Sie sind bekannt für ihre Nähe zum Westen und verfügen oft nur über eine lose Organisation und keine starken Leiterschaftsstrukturen. Zudem haben sie keinen prominenten Fürsprecher im Ausland (wie etwa einen Papst oder Bischof), der öffentlich für sie eintreten könnte.

In den von islamisch-extremistischen Gruppen kontrollierten Gebieten sind die meisten historischen Kirchengebäude entweder zerstört oder zu Islamzentren umfunktioniert worden. Der christliche Glaube darf nicht öffentlich sichtbar werden. Kirchen und Klöster dürfen nicht repariert oder wiederaufgebaut werden, unabhängig davon, ob es sich um einen Kollateral- oder einen absichtlich herbeigeführten Schaden handelt. In den von der Regierung kontrollierten Gebieten gab es wegen des Krieges weniger Überwachung von Christen. Doch mit der Rückgewinnung der Macht der Behörden geht auch eine zunehmende Überwachung von möglichen Regimekritikern und anderen einher, die die gesellschaftliche Stabilität gefährden könnten (wie Christen muslimischer Herkunft). Wofür Denominationen, Kirchengemeinden und lokale Gemeindeleiter jeweils politisch stehen, hat großen Einfluss auf das Maß an Verfolgung und Unterdrückung, die sie von den Gruppen erfahren, die gegen Präsident al-Assad kämpfen.

Christen muslimischer Herkunft werden von ihren Familien besonders unter Druck gesetzt, da ihr Abfall vom Islam eine große Schande über die Familie bringt. Dies gilt besonders in mehrheitlich von Sunniten bewohnten Regionen, wo ihnen die Verstoßung durch ihre Familien, oder Schlimmeres droht. In den Kurdengebieten ist der von der Familie ausgehende Druck etwas weniger stark, da die kurdischen Sunniten in der Regel weniger fundamentalistisch eingestellt sind. Im Regierungsbezirk Nord-Aleppo gibt es sogar anerkannte kurdische christliche Gemeinden.

Beispiele aus dem aktuellen Berichtszeitraum

In den chaotischen Umständen des Krieges ist oft nicht klar ersichtlich, ob Handlungen gegen Christen religiös motiviert sind oder nicht. Es gibt häufig mehrere, verschiedene Motive, darunter Machtkämpfe. Dies schließt jedoch nicht zwangsläufig eine antichristliche Motivation aus.

- Am 11. Juli 2019 gab es einen Bombenanschlag auf die syrisch-orthodoxe Kirche der Heiligen Jungfrau Maria in Kamishli im Nordosten des Landes. Berichten der staatlichen Medien zufolge wurden elf Zivilisten verletzt, das Tor zur Kirche verbeult und umliegende Geschäfte massiv beschädigt.
- Am 8. Juli 2019 verschwand die armenische Christin Suzan Der Kirkour (60 Jahre alt), die im Gouvernement Idlib gelebt hatte. Als ihre Leiche einen Tag später gefunden wurde, ergab die Autopsie, dass Suzan etwa neun Stunden lang gefoltert und mehrmals vergewaltigt worden war. Danach wurde sie gesteinigt.

- Am 12. Mai 2019 geriet die christliche Stadt al-Suqailabiyya unter schweren Beschuss. Fünf Kinder, die während des Sonntagsschulunterrichts in der Nähe eines Klosters gespielt hatten, und ihr Sonntagsschullehrer starben im Geschützfeuer. Vier weitere Kinder wurden verletzt. Eine Woche später starb ein sechstes Kind an seinen Verletzungen. Al-Suqailabiyya liegt in von der Regierung kontrolliertem Gebiet, nah an der Grenze zur Provinz Idlib, die von der Gruppe „Hayat Tahrir al-Sham“ (HTS) kontrolliert wird. Laut der Syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte seien „diejenigen hinter dem Angriff vermutlich islamische Kämpfer, die gezielt die religiöse Gemeinschaft angegriffen haben“.
- „Syrians for Truth and Justice“ berichtete, dass im November 2018 „HTS 400 Häuser und 50 Geschäfte in der Provinz Idlib, die Christen gehört hatten, beschlagnahmt habe“. Berichten zufolge erachtet die gewalttätige islamistische Gruppe diese Art Eigentum als Kriegsbeute. Wenn HTS schon in einem Monat so viel Eigentum beschlagnahmt hat, wird die Gesamtzahl im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex wahrscheinlich höher sein. Weil sie ihren Besitz verloren haben oder ihre Rechte verletzt wurden, sind die meisten Christen in Idlib in von der Regierung kontrollierte Gebiete oder ins Ausland geflohen.

---

1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 82 Punkten belegt Syrien den 11. Platz auf dem Weltverfolgungsindex (WVI) 2020. Damit hat sich die Punktzahl und Platzierung gegenüber dem Vorjahr nicht geändert.

2. Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung

Die Haupttriebkraft der Verfolgung in Syrien ist „Islamische Unterdrückung“. Sie ist für die meisten Handlungen gegen Christen verantwortlich. Militante Anhänger islamisch-extremistischer Gruppen wie die der Al Kaida verbundenen Gruppe HTS oder von „Dshaish al-Islam“ sind derzeit die stärksten Verfolger von Christen in Syrien. Im Nordwesten Syriens und über den nördlichen Teil des Landes bis al-Hasaka operieren sie offen.

Vor dem Bürgerkrieg hatten Christen eine relativ große Freiheit, ihren Glauben zu praktizieren. Das änderte sich mit dem Auftreten islamisch-extremistischer Gruppierungen. Das Kalifat des sogenannten „Islamischen Staates“ (IS) schloss Ende 2014 große Teile Syriens und des Irak ein, und eine strenge Version der Schariagesetze wurde eingeführt. Die meisten Christen flohen aus den vom IS kontrollierten Gebieten. Doch seit Anfang 2016 verlor der IS mehr und mehr Gebiete, bis sein Kalifat im März 2019 endgültig zerschlagen wurde. Die Gefahr von Vergeltungsschlägen durch den IS existiert allerdings weiterhin; die Gruppe führt immer wieder ausgeklügelte Angriffe mit unkonventionellen Spreng- und Brandvorrichtungen (USBVs) in großen Teilen Syriens aus.

Militante Islamisten kontrollieren zurzeit weniger als 25 Prozent der Fläche Syriens. Islamische Unterdrückung ist jedoch auch in Gebieten präsent, die von der Regierung kontrolliert werden, und betrifft insbesondere Christen muslimischer Herkunft. Sie erfahren Verfolgung vonseiten ihrer Familie und ihres sozialen Umfelds. Ein gewisser Druck wird auch auf gebürtige Christen ausgeübt.

In christlichen Vierteln Aleppos erschienen während des Ramadans 2019 beispielsweise Poster, die christliche Frauen dazu drängten, sich zu verschleiern.

Ethnisch oder traditionell begründete Anfeindungen

Die in Syrien herrschende Stammeskultur ist von der Loyalität dem eigenen Stamm oder der Familie sowie den alten Normen und Werten gegenüber bestimmt. Wie in vielen Ländern des Nahen Ostens ist die Stammeskultur stark vom Islam beeinflusst. Dies wirkt sich besonders auf Christen muslimischer Herkunft aus. Die Stärke dieser Verfolgungstriebkraft variiert je nach Größe einer Stadt und nach Region. Die kurdischen Gebiete im Norden sowie die Wüstenregion in der Landesmitte sind besonders stark betroffen.

In den kurdischen Gebieten ist die ethnische Herkunft ein wichtiger Faktor im Konflikt zwischen Türken und Kurden. Die türkischen Streitkräfte, die im März 2018 die zumeist kurdischen Gebiete um Afrin im Nordwesten des Landes einnahmen, nutzten laut Berichten „dschihadistische Gruppen einschließlich Kämpfern des IS und Al Kaidas, um alle Kurden und andere ethnische und religiöse Minderheiten entlang der Grenze zu vertreiben“. Zu diesen religiösen Minderheiten gehören auch Christen, zumeist Armenier und Assyrer.

Diktatorische Paranoia

Inzwischen ist diese Triebkraft weniger bei der Regierung, sondern hauptsächlich bei bewaffneten Gruppierungen zu beobachten, die Teile Syriens kontrollieren und entschlossen sind, mit allen Mitteln an der Macht zu bleiben. Vor dem Bürgerkrieg zeigte sich die Triebkraft „Diktatorische Paranoia“ vor allem in dem Verhalten der Regierungsbeamten, die Kirchen überwachten, beispielsweise Predigten auf politische Inhalte hin überprüften. Die Behörden versuchten auch, den Glaubenswechsel vom Islam zum christlichen oder jedem anderen Glauben zu verhindern, da ein Glaubenswechsel als Bedrohung für die gesellschaftliche Stabilität und als Quelle für Konflikte zwischen Gruppierungen gesehen wurde. Letzteres ist weiterhin relevant: Das wichtigste Ziel für die Regierung ist es, die gesellschaftliche Stabilität zu sichern, anstatt religiöse Minderheiten wie Christen zu schützen. Die Regierung geht vor allem dann gegen Christen (oder jede andere Gruppe) vor, wenn sie, oder eine andere lokale Institution, sie als Bedrohung für den Status Quo wahrnimmt. Dazu können Evangelisation oder kirchliche Angebote für Muslime zählen. Wegen des Krieges ging die Überwachung der syrischen Bürger durch die Regierung zurück. Doch jetzt, wo die Regierung wieder die Oberhand gewonnen hat, nimmt die Überwachung Berichten zufolge wieder zu.

Organisiertes Verbrechen und Korruption

Diese Triebkraft ist in Syrien im Kontext des Krieges zu sehen, mit dem Anarchie und Straffreiheit einhergehen. Korruption ist weit verbreitet und betrifft sogar den Zugang zu Nahrungsmitteln und medizinischer Hilfe. Menschen nutzen die Gelegenheit, sich selbst zu bereichern, beispielsweise durch Entführungen mit Lösegeldforderungen. Syrer verschiedener religiöser Hintergründe sind davon betroffen. Für die Entführung von Christen gibt es finanzielle, aber auch politische und ideologische Motive. Christen stehen in dem Ruf, wohlhabend und regimetreu zu sein. Hinzu kommt, dass sie Teil einer besonders verwundbaren nichtmuslimischen Minderheit sind. Christen haben keine politische Macht oder Beziehungen zu Personen in hohen Ämtern, weshalb sie ein „leichtes Ziel“ sind.

Konfessioneller Protektionismus

Während des Krieges entstanden viele Beziehungen zwischen traditionellen Kirchen und protestantischen Freikirchen. Meist wurden diese Beziehungen durch persönliche Kontakte zwischen Priestern und Pastoren geknüpft. Einige Leiter der traditionellen Kirchen lehnen es jedoch ab, Beziehungen zu protestantischen Freikirchen zu knüpfen. Sie beschuldigen manche der Mitglieder protestantischer Freikirchen, ihr Heimatland zu verraten und westliche politische Ziele zu verfolgen. Dadurch machen sie sich in den Augen der Behörden verdächtig. Außerdem gibt es Berichte, dass viele Leiter traditioneller Kirchen Christen muslimischer Herkunft offiziell und inoffiziell nicht als Christen anerkennen würden.

3. Verfolger

Ausgehend von Islamischer Unterdrückung

- **Gewalttätige religiöse Gruppen und revolutionäre oder paramilitärische Gruppen:** Manche der Oppositionsgruppen sind islamistischer eingestellt als andere. Beispielsweise hatten in der Anfangszeit der „Freien Syrischen Armee“ (FSA) einige FSA-Einheiten ziemlich klare politisch-revolutionäre Ziele, ohne dass religiöse Aspekte dominierten. Doch als sich der Konflikt in die Länge zog, gab es deutliche Hinweise auf eine islamische Radikalisierung. Die Gruppen mit einer extremistischen islamistischen Zielsetzung stellen unter den verschiedenen revolutionären und paramilitärischen Gruppierungen die größte Bedrohung für Christen und andere Minderheiten (etwa Muslime, die für häretisch gehalten werden) dar. Diese meist salafistischen Gruppen haben alle zu gewalttätiger Verfolgung von Christen und anderen Minderheiten beigetragen – insbesondere (aber nicht nur) der IS und die der Al Kaida verbundene Gruppe HTS – und stellen weiterhin eine extreme Bedrohung für christliches Leben, besonders in Nordsyrien, dar.
- **Nichtchristliche religiöse Leiter:** In den immer kleiner werdenden Gebieten, die von oppositionellen islamistischen Gruppierungen kontrolliert werden, verfolgen islamische Leiter typischerweise eine Politik der Marginalisierung von Christen und anderen Minderheiten. Häufig werden diese auch dazu gezwungen, in andere Regionen zu fliehen. In diesen Gebieten ist es jedoch schwer, zwischen religiösen Leitern und gewalttätigen religiösen Gruppen zu unterscheiden. In sozialen Medien kursierten Videos, die zeigten, wie türkische Scheichs dafür beteten, dass türkische Soldaten die kurdischen Gebiete erobern und zurück zum Islam bringen möchten – koste es, was es wolle. Hassreden gegen Christen durch islamische Leiter kommen auch in von der Regierung kontrollierten Gebieten vor, obwohl sie eigentlich verboten sind und auch schon zur Entziehung der Lizenz zum Predigen in Moscheen geführt haben. Muslimische geistliche Leiter üben direkt oder indirekt (durch die Familien oder Sicherheitskräfte) Druck auf Christen muslimischer Herkunft aus.
- **(Groß-)Familie, Anführer ethnischer Gruppen und gewöhnliche Bürger:** Wie in anderen Ländern des Nahen Ostens bedeutet eine Hinwendung vom Islam zum christlichen Glauben in Syrien, massiv von der Familie, dem Stamm und der Gesellschaft unter Druck gesetzt zu werden. Feindschaft vonseiten der Familie ist die Hauptquelle, von der auf Christen muslimischer Herkunft Druck ausgeübt wird. Die Angst vor einer gewalttätigen Reaktion der (Groß-)Familie spielt hierbei eine bedeutsame Rolle. Führer ethnischer Gruppen als Verfolger ausgehend von Islamischer Unterdrückung sind größtenteils Stammesführer.

Ausgehend von Ethnisch oder traditionell begründeten Anfeindungen

- **(Groß-)Familie, Anführer ethnischer Gruppen und nichtchristliche religiöse Leiter:** Die Familie, der Stamm, Anführer ethnischer Gruppen und nichtchristliche religiöse Leiter setzen Christen muslimischer Herkunft unter Druck. Sie wirken besonders stark als Verfolger ausgehend von „Ethnisch oder traditionell begründeten Anfeindungen" in den kurdischen Gebieten im Norden, sowie in der Wüstenregion in der Landesmitte. Zudem berichten assyrische Gemeinschaften davon, durch sehr bestimmt auftretende kurdische Behörden marginalisiert zu werden.
- **Gewöhnliche Bürger:** Einen anderen Glauben anzunehmen wird, wenn es entdeckt wird, als Verrat an den Werten der Gesellschaft gesehen und führt zu starkem Widerstand. Ethnische Herkunft und Religionszugehörigkeit sind eng verwoben. Deshalb sind hier dieselben Dynamiken am Werk wie unter Islamischer Unterdrückung beschrieben.

Ausgehend von Diktatorischer Paranoia

- **Gewalttätige religiöse Gruppen und revolutionäre oder paramilitärische Gruppen:** Diktatorische Paranoia als Triebkraft der Verfolgung ist gegenwärtig in Syrien hauptsächlich bei bewaffneten Gruppierungen zu beobachten, die Teile des Landes kontrollieren und entschlossen sind, mit allen Mitteln ihre Macht zu erhalten. Militante islamische Gruppen haben zudem viele Grundstücke von Christen in ihren Besitz gebracht. Ältere Christen, die ihre Häuser nicht verlassen haben, stehen beständig in der Gefahr, von Kämpfern dieser Gruppen getötet oder entführt zu werden, damit diese ihre Häuser ebenfalls in Besitz nehmen können. Im Nordosten des Landes haben zudem die kurdischen Behörden in vielen Fällen versucht, sich die Häuser von geflohenen Christen anzueignen. Auch in von der Regierung kontrollierten Gebieten gab es Versuche, Besitz von Kirchen zu annektieren, wie etwa das Kloster von Aleppo.
- **Regierungsbeamte:** Präsident Baschar al-Assad betont die Verpflichtung seines Regimes zu Pluralismus und interreligiöser Toleranz. Besonders zu traditionellen christlichen Kirchen hat er eine positive Einstellung. Im Allgemeinen jedoch nutzen diejenigen, die in Syrien einflussreiche Positionen besetzen, Machtspiele und Kontrolle, um ihren Einfluss zu erhalten. Sunnitische Beamte der Lokalbehörden überwachen alle anderen religiösen Gruppen besonders genau und sind dafür bekannt, die Aktivitäten evangelikaler Christen und Christen muslimischer Herkunft einzuschränken, um gesellschaftliche Unruhen zu unterbinden. Dabei kommt es auch zu Verhören und Überwachung. Die Initiative dazu geht manchmal von der Familie des Christen muslimischer Herkunft oder sogar von Leitern traditioneller Kirchen aus. Nicht zuletzt berichten manche, dass christlichen Soldaten in der syrischen Armee gefährlichere Aufgaben übertragen werden und dass christliche Beamte schlechter behandelt werden als ihre Kollegen.

Ausgehend von Organisiertem Verbrechen und Korruption

- **Gewalttätige religiöse Gruppen, Kartelle oder Netzwerke des organisierten Verbrechens:** Christen wurden zur Zielscheibe von Entführungen durch Netzwerke des organisierten Verbrechens, einschließlich des IS. Dies kommt inzwischen jedoch nur noch sporadisch vor. Auch wenn hier ein religiöser Aspekt eine Rolle spielt, ist das eigentliche Motiv für die Banden und Kriminellen zumeist Geld – und Christen gelten als reich. Korruption ist im Land weit verbreitet und Bestechungsgelder sind Teil des alltäglichen Lebens, wann immer ein Syrer mit den Behörden zu tun hat. Will man etwa einen militärischen Kontrollpunkt passieren, muss

man häufig Bestechungsgelder zahlen oder wird ernsthaft bedroht. Christen drusischer Herkunft stehen außerdem in Gefahr, von militanten drusischen Gruppierungen entführt zu werden. Hier spielen wieder sowohl finanzielle als auch religiöse Motive eine Rolle. Diese Christen drusischer Herkunft sind besonders verletzlich, da sie nicht von Milizen oder lokalen Behörden geschützt werden.

4. Regionale Brennpunkte der Verfolgung

Besonders in den letzten Stützpunkten militanter islamischer Kontrolle in den Provinzen Idlib im Nordwesten und al-Hasaka im Nordosten sind Christen Druck ausgesetzt. Dort greift der IS weiterhin Zivilisten und Kirchen an. Zwar stehen Christen muslimischer Herkunft im ganzen Land unter Druck, jedoch im Nordwesten und Nordosten ist es für sie besonders gefährlich.

5. Betroffene Christen

Christen aus drei der vier im WVI unterschiedenen Kategorien existieren in Syrien und sind von Verfolgung betroffen, die in Zusammenhang mit dem Bürgerkrieg steht.

Christen aus traditionellen Kirchen

Hierbei handelt es sich zumeist um Syrisch-Orthodoxe und Römisch-Katholische Christen. Als größte christliche Gruppe im Land werden Mitglieder traditioneller Kirchen gezielt angegriffen. Sie leben im ganzen Land und damit auch in den Kampfgebieten. Aus dieser Gruppe sind aufgrund ihrer öffentlichen Präsenz besonders die Leiter betroffen. Geistliche der traditionellen Kirchen sind leicht an ihrer Kleidung erkennbar, was sie manchmal zu einem einfachen Angriffsziel macht. Angehörige dieser Konfessionen sind auch wegen der markanten Kirchengebäude oft leichter zu identifizieren als Christen anderer Kategorien. Hinzu kommt, dass viele von ihnen engere wirtschaftliche oder soziale Kontakte zu staatlichen Stellen pflegen. Wofür Denominationen, Kirchengemeinden und lokale Gemeindeleiter jeweils politisch stehen, hat großen Einfluss auf das Maß an Verfolgung und Unterdrückung, die sie von den Gruppen erfahren, die gegen Präsident al-Assad kämpfen. Entscheidend dafür ist, wie sich eine Gemeinde oder ein Christ in der Vergangenheit in politischer Hinsicht positioniert hat: Wurde Präsident Assad offen unterstützt, war man um Neutralität bemüht, hat man sich distanziert oder gar gegen ihn opponiert?

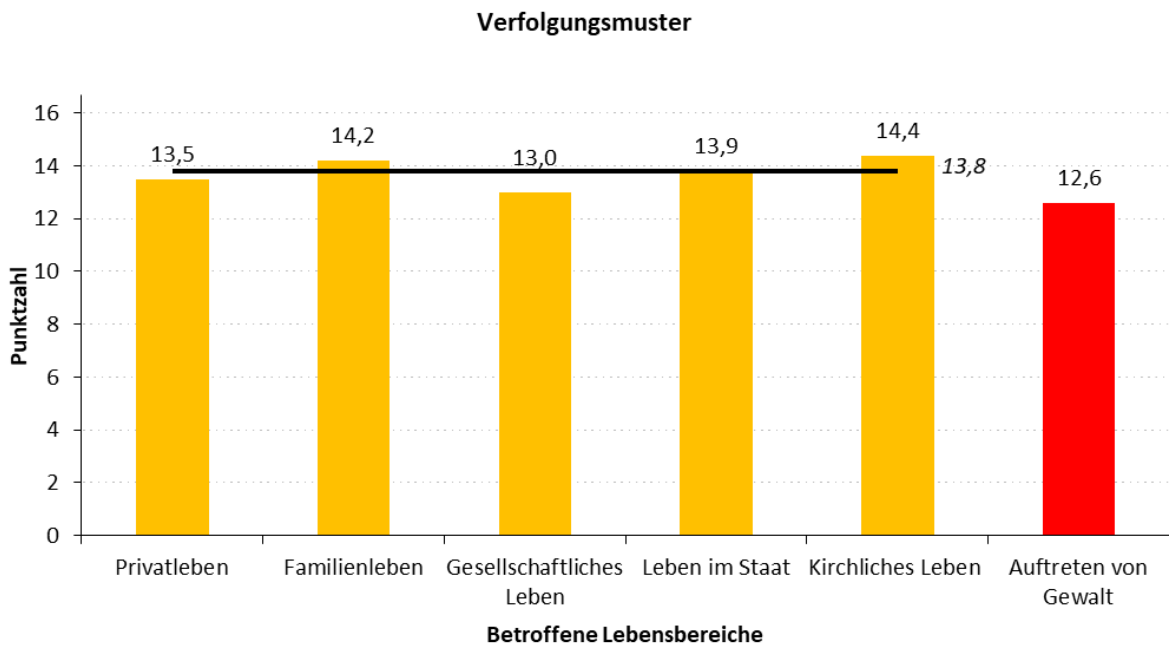
Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

Christen muslimischer oder drusischer Herkunft werden von ihren Familien besonders unter Druck gesetzt, da ihr Abfall vom Islam eine große Schande über die Familie bringt. Dies gilt besonders in mehrheitlich von Sunniten bewohnten Regionen, wo ihnen die Verstoßung durch ihre Familien oder Schlimmeres droht. Als Folge der wachsenden Radikalisierung des Islam ist die Intensität der Verfolgung von Christen muslimischer Herkunft durch die eigene Familie und die Gesellschaft besonders in den von Rebellen kontrollierten Gebieten gestiegen. In den Kurdengebieten ist der von der Familie ausgehende Druck etwas weniger stark, weil die kurdischen Sunniten in der Regel weniger fundamentalistisch eingestellt sind. Da die Behörden gegenwärtig andere Prioritäten zu setzen haben, wird von ihnen anders als in früheren Jahren kaum noch Druck auf Christen muslimischer Herkunft ausgeübt.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Baptisten, evangelikale Christen und Christen aus Pfingstgemeinden sind stark gefährdet, da sie für ihre Nähe zum Westen bekannt sind und oft nur über eine lose Organisation und keine starke Leiterschaftsstruktur verfügen. Zudem haben sie keinen prominenten Fürsprecher im Ausland (wie etwa einen Papst oder Bischof), der ihr Anliegen öffentlich vorbringen könnte. Die meisten dieser Gemeinschaften haben keine vollständige offizielle Anerkennung und keinen legalen Status. Protestantische Freikirchen gibt es in verschiedenen Regionen des Landes, vor allem in von der Regierung kontrollierten Gebieten und den Kurdengebieten. Diejenigen, die sich in Gebieten befinden, die von islamistischen Gruppierungen besetzt sind, sind am stärksten von Gewalt betroffen. In von der Regierung kontrollierten Gebieten gibt es auch gewissen Druck durch die traditionellen Kirchen.

6. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Syrien

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Der durchschnittliche Druck auf Christen in allen Lebensbereichen hat ein extremes Ausmaß und liegt wie im Vorjahr bei 13,8 Punkten.
- In drei Lebensbereichen hat die Verfolgung ein extremes Maß: Am stärksten ist der Druck in den Bereichen „Kirchliches Leben“ (14,4 Punkte), „Familienleben“ (14,2) und „Leben im Staat“ (13,9). In den Bereichen „Privatleben“ (13,5 Punkte) und „Gesellschaftliches Leben“ (13,0) war der Druck auch sehr hoch. Dies ist typisch für eine Situation, in der Islamische Unterdrückung in Kombination mit Diktatorischer Paranoia die Hauptverfolgungstriebkräfte sind.
- Druck durch Islamische Unterdrückung entsteht hauptsächlich durch das soziale Umfeld in den Bereichen „Privatleben“, „Familienleben“, „Gesellschaftliches Leben“ und „Kirchliches Leben“.

- Der Wert für das „Auftreten von Gewalt“ sank im Vergleich zum Vorjahr von 13,0 auf 12,6 Punkte. Dies beruht vor allem auf einem leichten Rückgang an Angriffen auf christliche Gebäude (fünf Angriffe im Berichtszeitraum des WVI 2020, sieben im Vorjahr).

Zu jedem der Lebensbereiche sind im Folgenden jeweils ausgewählte Teilaspekte genannt, die im betreffenden Lebensbereich für die Christen zu den gravierendsten Schwierigkeiten gehören.

Privatleben

- **Es ist ein Risiko für Christen, über ihren Glauben mit anderen als mit ihren engsten Familienangehörigen zu sprechen:** In Gebieten, die von islamistischen Oppositionsgruppen kontrolliert werden, ist es für alle Christen gefährlich, mit Nichtchristen über ihren Glauben zu sprechen. Im Rest des Landes ist dies besonders für Christen muslimischer Herkunft riskant. Doch auch andere Christen müssen vorsichtig sein, da ein Gespräch über den Glauben als versuchte Evangelisation interpretiert werden könnte, was gesetzlich verboten ist. Der zerbrechliche Frieden zwischen den unterschiedlichen Religionen wurde in der Vergangenheit dadurch gesichert, dass alles, was als Angriff auf den Glauben oder als Evangelisationsversuch verstanden werden könnte, vermieden wurde.
- **Eine Hinwendung zum christlichen Glauben wird abgelehnt, verboten oder bestraft:** Gemäß den staatlichen Gesetzen ist es Muslimen verboten, einen anderen Glauben anzunehmen, da dies islamischem Recht widerspricht. Deshalb unterbinden die Regierung und andere religiöse Gruppen einen Glaubenswechsel massiv, auch wenn dieser nicht als kriminell gilt. In Gebieten, die von islamistischen Oppositionsgruppen besetzt werden (zum Beispiel die Provinz Idlib, die momentan von HTS-Kämpfern kontrolliert wird), kann die Abkehr vom Islam im Allgemeinen mit dem Tod bestraft werden. In den von Kurden kontrollierten Gebieten sind ehemalige Muslime dem Druck der Gesellschaft und Öffentlichkeit ausgesetzt. Der stärkste Druck geht dabei von ihren Familien aus.
- **Es ist gefährlich, christliches Material zu besitzen oder aufzubewahren:** Dies gilt vor allem für Christen muslimischer Herkunft. Es kann ernsthafte negative Konsequenzen haben, wenn ein Mitglied ihrer Familie oder ihres sozialen Umfelds, das dergleichen ablehnt, entdeckt, dass sie eine Bibel oder andere christliche Materialien besitzen. In Gebieten, die von islamistischen Gruppen kontrolliert werden, kann es sehr gefährlich für Christen muslimischer Herkunft werden, wenn bei ihnen christliche Materialien entdeckt werden, da dadurch ihr Glaubenswechsel ans Licht kommen könnte.
- **Es ist gefährlich für Christen, ihrem Glauben in schriftlicher Form persönlich Ausdruck zu geben, etwa in Internetblogs oder auf Facebook:** In den Gebieten, die von islamistischen Oppositionsgruppen kontrolliert werden, ist dies für alle Christen riskant. Im Rest des Landes lösen solche Äußerungen vor allem bei der Familie und dem sozialen Umfeld von Christen muslimischer Herkunft feindselige Reaktionen aus. In kurdischen Gebieten können diese Reaktionen weniger heftig ausfallen, da dort bis auf die Zone, die momentan von der Türkei kontrolliert wird, mehr Toleranz herrscht. In von der Regierung kontrollierten Gebieten ist es für gebürtige Christen (das heißt von Christen christlicher Herkunft) nicht gefährlich, ihrem Glauben in schriftlicher Form Ausdruck zu geben – solange es sich um reine Äußerungen des Glaubens und nicht um kontroverse Aussagen handelt; und solange politische Themen, andere Glaubensansichten oder Evangelisation nicht erwähnt werden.

Familienleben

- **Christlichen Ehepartnern von Nichtchristen wird im Falle einer Scheidung das Recht abgesprochen, das Sorgerecht für die Kinder in Anspruch nehmen zu können:** Reicht der muslimische Ehepartner eines Christen mit muslimischem Hintergrund oder – was seltener vorkommt – eines gebürtigen Christen die Scheidung ein, bekommt normalerweise der Muslim das Sorgerecht zugesprochen. Christliche Mütter treten deshalb manchmal zum Islam über, damit sie ihre Kinder behalten können.
- **Kinder von Christen muslimischer Herkunft werden automatisch unter der Mehrheitsreligion registriert.** Da ihre Eltern ihre Glaubenszugehörigkeit nicht offiziell ändern lassen können, werden Kinder von syrischen Christen muslimischer Herkunft automatisch als Muslime registriert.
- **Die Geburt, Hochzeit oder den Tod von Christen registrieren zu lassen, wird be- oder verhindert:** In Syrien gibt es keinen rechtlichen Rahmen für Hochzeiten zwischen einer Christin muslimischer Herkunft und einem Christen. Ihre christliche Hochzeit gilt als illegal. Die Kinder von Christen muslimischer Herkunft gelten von Geburt an als Muslime. Stirbt ein Christ muslimischer Herkunft, ist es normal für seine muslimische Familie, ihn nach islamischem Ritus zu beerdigen.
- **Christliche Paare werden aufgrund ihres Glaubens daran gehindert, Kinder zu adoptieren oder Pflegekinder aufzunehmen:** In Gebieten, die von islamistischen Oppositionsgruppen kontrolliert werden, gilt, dass Christen überhaupt nicht adoptieren dürfen. In den anderen Gebieten dürfen laut Gesetz nur katholische Christen ein Kind adoptieren – und auch nur, wenn das Kind selbst katholisch ist. Christen anderer Denominationen dürfen keine Kinder adoptieren. Das islamische Recht sieht darüber hinaus auch keine Adoptionen muslimischer Kinder vor.
- **Wegen des christlichen Glaubens ihrer Eltern werden Kinder diskriminiert oder schikaniert:** In den von der Regierung kontrollierten Gebieten haben islamische Inhalte im Bildungsbereich zugenommen. Kinder von Christen stehen deshalb mehr unter Druck. Kinder, die ursprünglich aus von Islamisten kontrollierten Gebieten stammen, sind dementsprechend vorgeprägt, so dass sie Vorbehalte gegenüber sogenannten „Ungläubigen“ mitbringen: gegenüber Alawiten, Christen und Kurden. Kinder von Christen muslimischer Herkunft gelten als Muslime und werden häufig schikaniert und diskriminiert, wenn der christliche Glaube ihrer Eltern bekannt ist. In den Gebieten, die von islamistischen Oppositionsgruppen oder kurdischen Kräften kontrolliert werden, sind Christen aller Kategorien von Diskriminierung betroffen.

Christen muslimischer Herkunft erleben besonders intensive Verfolgung in diesem Lebensbereich, wenn ihr neuer Glaube bekannt wird. In den kurdischen Gebieten ist der Druck jedoch etwas weniger stark. Christen muslimischer Herkunft haben zudem keine Möglichkeit, ihre Religionszugehörigkeit in ihren Ausweispapieren ändern zu lassen. Eine Ausnahme stellen die kurdischen Gebiete dar, in denen dies kürzlich möglich gemacht wurde. Christen mit muslimischem Hintergrund können sich außerdem nicht christlich taufen, trauen oder bestatten lassen. In den Gebieten, die von militanten Islamisten kontrolliert werden, betreffen diese Probleme alle Christen. Im ganzen Land wird christlichen Ehepartnern von Muslimen im Falle einer Scheidung meistens das Sorgerecht für die Kinder entzogen.

Gesellschaftliches Leben

- **Christen stehen durch ihr soziales oder privates Umfeld unter Beobachtung. Sie werden beispielsweise bei der Polizei angezeigt, beschattet, ihre Telefongespräche werden mitgehört, E-Mails gelesen oder zensiert:** Die Beobachtung und Überwachung von Christen erstreckt sich auf ganz Syrien. Besonders sind Christen betroffen, bei denen bekannt ist, dass sie muslimischer Herkunft sind, und bei Christen aus protestantischen Freikirchen. Zudem wird jede Predigt überwacht und kontrolliert. Es ist sehr wahrscheinlich, dass von den Behörden und ihren Informanten im gesamten Land regelmäßig informelle Routine-Überwachungen aller christlichen Gemeinschaften durchgeführt werden. Die Situation ist jedoch in den Gebieten besonders ernst, die von islamistischen Oppositionsgruppen kontrolliert werden.
- **Christen werden von ihrem sozialen Umfeld unter Druck gesetzt, ihrem Glauben abzusagen:** Dies geschieht dann, wenn bekannt wird, dass ein Muslim den christlichen Glauben angenommen hat, und gilt insbesondere für konservativere muslimische Familien. Sie setzen dadurch die Bestimmungen des islamischen Rechts um, die bezüglich Apostasie besagen, dass jemand, der sich vom Islam lossagt, die Möglichkeit bekommen soll umzukehren. Druck dieser Art wurde in der Anfangszeit des Bürgerkrieges in von Islamisten kontrollierten Gebieten auch auf Christen ausgeübt: Der IS stellte Christen beispielsweise vor die Wahl, entweder zum Islam zu konvertieren, zu fliehen, eine Schutzsteuer zu bezahlen oder getötet zu werden. Die meisten der Christen in Syrien stammen nicht aus Gebieten, die von Islamisten kontrolliert wurden oder werden, weshalb sie durch solcherlei Forderungen nicht betroffen waren. Die meisten derjenigen, die dieser Bedrohung ausgesetzt waren, flohen aus den entsprechenden Gebieten. Dies geschah schon vor dem Berichtszeitraum des WVI 2020. Ihr Widerwillen in ihre Häuser zurückzukehren, zeigt jedoch unter anderem ihre Angst, dass die Islamisten als Bedingung ihrer Rückkehr von ihnen erwarten, den Islam anzunehmen.
- **Christen erfahren wegen ihres Glaubens Benachteiligungen im Bereich der Bildung (beispielsweise eingeschränkter Zugang zu Bildung):** Dies gilt in ganz Syrien für die Familien von Christen muslimischer Herkunft – insbesondere in Bezug auf ihren Zugang zu christlicher Bildung. Im staatlichen Bildungssystem hängt der jeweilige Religionsunterricht von der Konfessionszugehörigkeit ab; und Christen muslimischer Herkunft gelten als Muslime. In einigen von der Opposition kontrollierten Gebieten stehen auch Christen unter diesem Druck, etwa wenn christliche Schulen zwangsweise schließen müssen oder die Lokalbehörden in den Kurdengebieten anordnen, dass kurdische Bildungspläne eingehalten werden müssen. In Idlib werden Christen in allen Bildungsstufen stark diskriminiert. Darüber hinaus werden an allen Universitäten, die von HTS kontrolliert werden, islamische Inhalte gelehrt, um die nächste Generation an Muslimen zu indoktrinieren.
- **Christen werden in der Erwerbstätigkeit, sei es im privaten oder öffentlichen Sektor, aufgrund ihres Glaubens diskriminiert:** Dies betrifft Christen muslimischer Herkunft, deren Glaubenswechsel bekannt wird, kann aber – besonders in Gebieten, die von der Opposition kontrolliert werden – auch Christen betreffen. In Gebieten, die von der Regierung kontrolliert werden, ist Benachteiligung aufgrund religiöser Herkunft offiziell untersagt, so dass Christen hier hohe Ämter im Militär- und Staatsapparat besetzen. Alawiten, Mitglieder der in Syrien regierenden Denomination, bekleiden jedoch unverhältnismäßig viele hohe Positionen im Militär und im Sicherheitsdienst. Manche Christen bekleiden auch in kurdischen Gebieten staatliche Ämter. Im Großteil des Landes wird eine allgemeinere Art des wirtschaftlichen Druckes in Form von Arbeitslosigkeit ausgeübt. In Aleppo beherrschen sunnitische Muslime

den Markt und stellen oft keine Christen ein. Außerdem werden Christen drusischer Herkunft in den Gebieten im Süden Syriens, die eine drusische Mehrheit haben, diskriminiert.

In von islamistischen Rebellen besetzten Gebieten ist die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben für alle Christen extrem eingeschränkt. Wird bekannt, dass sich ein Muslim dem christlichen Glauben zugewandt hat, stößt er im ganzen Land auf diese Schwierigkeiten. Im Herrschaftsbereich der militanten Islamisten gelten die islamischen Kleidervorschriften für alle Bürger, auch für Christen. Dort werden Christen auch Schutzgeldzahlungen und die Beachtung besonderer Vorschriften für Handel und Ernährung einschließlich eines strikten Alkoholverbots aufgezwungen.

Leben im Staat

- **Die Verfassung oder eine vergleichbare nationale Gesetzgebung schränkt die Religionsfreiheit gemäß Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte ein:** Die syrische Verfassung von 2012 gibt ausdrücklich an, dass der Präsident ein Muslim sein muss. Außerdem wird islamisches Recht als eine Hauptquelle der Gesetzgebung festgelegt. Dadurch ist ein Fundament für die Diskriminierung von Nichtmuslimen gelegt. Die Verfassung lehnt zwar eigentlich Diskriminierung (einschließlich der Diskriminierung aufgrund von religiöser Zugehörigkeit) ab und verpflichtet den Staat, alle Religionen zu respektieren und zu gewährleisten, dass die freie Religionsausübung geschützt wird. All dies jedoch nur unter der Bedingung, dass diese Religionen „nicht die öffentliche Ordnung stören“. Der Glaubenswechsel vom Islam zu einer anderen Religion wird nicht anerkannt. In Gebieten, die von islamistischen Oppositionsgruppen besetzt werden, gilt die Scharia, was die Freiheiten aller religiöser Gruppen, die nicht sunnitisch sind, massiv einschränkt.
- **Beamte auf lokaler wie nationaler Ebene weigern sich, den Glaubenswechsel einer Person, wie er im Personalausweis oder staatlichen Personenverzeichnis angegeben ist, anzuerkennen:** Wegen der Scharia als Hauptquelle der Gesetzgebung ist der Glaubenswechsel vom Islam zu einer anderen, nichtislamischen Religion oder Denomination in Syrien illegal. Kein Christ muslimischer Herkunft würde beantragen, dass sein Glaubenswechsel offiziell anerkannt wird, weil er weiß, dass dies sowieso nicht erlaubt würde und ihn nur unnötig in Gefahr bringen würde. In Idlib ist dieses Problem momentan besonders gravierend.
- **Christen werden durch das Gesetz und in der Praxis dazu gezwungen, gegen ihr Gewissen zu handeln, beispielsweise durch den Militärdienst oder andere Tätigkeiten:** In von der Regierung kontrollierten Gebieten, müssen alle Männer zwischen 18 und 42 Jahren im Militär dienen. Andernfalls droht ihnen Gefängnisstrafe oder Zwangseinberufung. Dies ist einer der Hauptgründe, warum christliche syrische Flüchtlinge zögern, nach Syrien zurückzukehren. Das Problem der Wehrpflicht betrifft nicht nur Christen, doch manche behaupten, dass Christen und andere Minderheiten im Militär besonders gefährdet seien. In von der Regierung kontrollierten Gebieten kann eine Person außerdem zusätzlich unter Druck geraten, sich Milizen und Bürgerwehren anzuschließen. Der Weltrat der Aramäer („World Council of Arameans“) äußerte im Januar 2018 beispielsweise Besorgnis, dass Christen in kurdischen Gebieten in Nordsyrien von der kurdischen YPG ausgenutzt werden würden.
- **Christen, Kirchen oder christliche Organisationen werden daran gehindert, öffentlich religiöse Symbole zu zeigen:** Traditionelle Kirchen, Baptisten-, Pfingst- oder evangelikale Gemeinden sind hiervon vor allem in den Gebieten betroffen, die von islamistischen Oppositionsgruppen kontrolliert werden. Viele Kirchen wurden entweiht, vor allem durch die Entfernung der Kreuze. Viele der in diesen Gebieten verbliebenen Christen scheuen sich,

öffentlich christliche Symbole zu zeigen, da dies als provokant aufgefasst werden könnte. Christen muslimischer Herkunft sind in ganz Syrien vorsichtig damit, christliche Symbole zu zeigen, um nicht als provokativ gesehen zu werden.

Aufgrund der gegenwärtigen Zersplitterung des Landes haben die herrschende Ungerechtigkeit und der Mangel an Strafverfolgung weiter zugenommen. In von der Regierung kontrollierten Gebieten erleben Christen im öffentlichen Leben generell keine unmittelbare Diskriminierung im Bereich „Leben im Staat". Sie können jedoch im öffentlichen Dienst auf erschwerte berufliche Aufstiegsmöglichkeiten stoßen. Die Weitergabe des Evangeliums und die Abkehr vom Islam sind verboten und Christen muslimischer Herkunft können Diskriminierung erfahren, wenn ihr neuer Glaube bekannt wird. In von extremistischen Kräften kontrollierten Gebieten werden alle Nichtmuslime einschließlich der Christen als Bürger zweiter Klasse behandelt.

Kirchliches Leben

- **Christliche Predigten, Unterricht und/oder Publikationen werden überwacht:** Seit Beginn der Syrienkrise wurden Versammlungen jeglicher Art, darunter auch Gottesdienste, überwacht. Von Kirchenleitern wird erwartet, dass sie ihre Gemeindemitglieder dazu aufrufen, die Regierung al-Assads zu unterstützen. Die meisten Kirchenleiter akzeptieren die Tatsache, dass kirchliche Aktivitäten und Lehren regelmäßig überwacht werden. Sie zensieren sich selbst, indem sie für Muslime als Provokation und Hetze empfundene Aussagen (etwa die Weitergabe des Evangeliums an Muslime oder negative Äußerungen über den Islam) vermeiden. Dazu kommt, dass dem Ministerium für religiöse Stiftungen (MRE) die Befugnis verliehen wurde, christlichen Büchern vor ihrem Verkauf eine Freigabe zu erteilen. Das Ministerium überwacht außerdem zusammen mit dem Ministerium für Bildung die Lehrpläne der syrischen Schulen – auch der christlichen Schulen. In islamistisch kontrollierten Gebieten hat öffentliche christliche Lehre keinen Platz.
- **Kirchliche Aktivitäten werden überwacht, ver- bzw. behindert oder gestört:** Dies gilt hauptsächlich für die Gebiete, die von islamistischen Oppositionsgruppen kontrolliert werden. Dort stellten im Laufe des immer noch anhaltenden Konflikts die meisten, wenn nicht sogar alle Kirchen ihren Betrieb ein oder wurden entweiht. In Gebieten, die von der Regierung kontrolliert werden, werden kirchliche Aktivitäten regelmäßig überwacht, vorgeblich um die Kirchen zu schützen. Diese Überwachungsmaßnahmen könnten jedoch gegen Kirchen verwendet werden, wenn provokante Predigten oder Aktivitäten festgestellt würden. Der meiste Druck liegt auf kirchlichen Gruppen und Versammlungen von Christen muslimischer Herkunft. In kurdischen Gebieten ist dieser Druck etwas weniger stark, mit Ausnahme des Gebiets, das momentan von türkischen Truppen besetzt ist.
- **Kirchen werden daran gehindert, christliche Aktivitäten außerhalb von Kirchengebäuden zu organisieren:** Gemeinden werden daran gehindert, christliche Aktivitäten außerhalb der Kirchengebäude zu organisieren, da mit negativen Konsequenzen gerechnet wird. Deshalb schränken sie sich in dieser Hinsicht auch selbst ein. Inoffizielle Treffen von Christen in Privathäusern und nicht in offiziell anerkannten Kirchengebäuden haben jedoch vermutlich im Vergleich zu der Zeit vor dem Konflikt stark zugenommen – insbesondere in Gebieten, wo Kirchengebäude aufgrund von Restriktionen (zum Beispiel in einigen von Oppositionsgruppen kontrollierten Gebieten) oder Kriegsschäden nicht mehr genutzt werden können. In Gebieten, die von islamistischen militanten Gruppen kontrolliert werden, ist es Gemeinden verboten,

Aktivitäten außerhalb von Kirchengebäuden durchzuführen. Christen muslimischer Herkunft können nicht öffentlich christliche Aktivitäten außerhalb von Kirchen abhalten.

- **Kirchen werden davon abgehalten, Christen muslimischer Herkunft öffentlich aufzunehmen:** Schon seit jeher ist in Syrien die Aufnahme von Christen muslimischer Herkunft in offiziell anerkannte Kirchen nicht gern gesehen. Dies wird damit begründet, dass dies zu Sektierertum führen oder Konflikte zwischen unterschiedlichen Glaubensgemeinschaften heraufbeschwören könnte. Außerdem könnte es potenziell ein Grund für strafrechtliche Verfolgung sein. Protestantische Freikirchen sind im Allgemeinen offener gegenüber Christen muslimischer Herkunft eingestellt. In Gebieten, die von islamistischen Oppositionsgruppen kontrolliert werden, ist die öffentliche Aufnahme von Christen muslimischer Herkunft jedoch undenkbar und sehr gefährlich.

In den von Islamisten beherrschten Gebieten sind die meisten Kirchen entweder zerstört oder zu islamischen Zentren umfunktioniert worden. Der christliche Glaube darf nicht öffentlich gezeigt werden. Kirchen und Klöster dürfen nicht repariert oder wiederaufgebaut werden, unabhängig davon, ob es sich um einen Kollateral- oder einen absichtlich herbeigeführten Schaden handelt. In von der Regierung kontrollierten Gebieten gab es wegen des Krieges weniger Überwachung von Christen. Dies ändert sich jedoch mit der erneut zunehmenden Macht der syrischen Regierung. Eheschließungen von Christen muslimischer Herkunft sind im ganzen Land illegal und nicht möglich.

Auftreten von Gewalt

In den chaotischen Umständen des Krieges ist oft nicht klar ersichtlich, ob Handlungen gegen Christen religiös motiviert sind oder nicht. Vorfälle, die als „Kollateralschäden“ bezeichnet werden könnten (das sind Vorfälle, bei denen bei Kämpfen zwischen Regierungs- und Rebellentruppen entweder Christen verletzt wurden oder das Eigentum von Christen beschädigt wurde) werden hier nicht aufgeführt. Es gibt oft mehrere, verschiedene Motive, darunter Machtkämpfe. Dies schließt jedoch nicht zwangsläufig eine antichristliche Motivation aus. Für die Auswertung für den WVI wurden nur Vorfälle herangezogen, bei denen es den Tätern im Voraus klar war, dass christliche Zivilisten getroffen werden würden (zum Beispiel, wenn ein mehrheitlich christliches Dorf angegriffen wurde), oder bei denen die örtliche christliche Gemeinschaft annimmt, dass antichristliche Motive vorlagen, weil die Angreifer wie beispielsweise HTS oder andere gewalttätige islamistische Gruppen einer antichristlichen Ideologie folgen.

- Mindestens zehn Christen wurden im Berichtszeitrum wegen ihres Glaubens getötet (Beispiele siehe oben).
- Im Kamishli gab es einen Autobombenanschlag auf eine Kirche. Weitere Vorfälle andernorts im Berichtszeitraum beinhalten die Schließung einer Kirche von Christen muslimischer Herkunft, die Schließung eines christlichen Zentrums, sowie die Entweihung mindestens einer Kirche durch von der Türkei unterstütze Milizen.
- Bei dem Anschlag auf die Kirche in Kamishli wurden laut offiziellen Medienberichten elf Menschen verletzt.
- Ein weiteres Beispiel aus dem aktuellen Berichtszeitraum ist die Verhaftung eines Christen muslimischer Herkunft. Er wurde verhaftet, nachdem seine persönliche Geschichte und sein Glaubenswechsel veröffentlicht worden waren.

7. Verfolgungssituation für Männer und Frauen

Wie Frauen Verfolgung erfahren:

- Entführung
- Verweigerung des Sorgerechts für Kinder
- Verweigerung des Rechts, einen christlichen Ehepartner zu heiraten (gilt für Christinnen muslimischer Herkunft)
- Beschlagnahme von Erbschaft und Besitz
- Wirtschaftliche Schikane im Berufs-/Geschäftsleben
- Erzwungene Einhaltung religiöser Kleidungsvorschriften
- Zwangsscheidung
- Zwangsverheiratung
- (Haus-)Arrest durch die Familie
- Menschenhandel
- Ermordung
- Körperliche Gewalt
- Sexuelle Gewalt

Im Kontext von Krieg und Einschränkungen der Religionsfreiheit, stehen Frauen und Mädchen aus religiösen Minderheiten, also auch Christinnen, in Gefahr von sexueller Belästigung und Vergewaltigung. Das kann in von der Regierung kontrollierten Regionen genauso geschehen wie in Rebellengebieten, wobei die Bedrohung in letzteren größer ist. Es gibt zwar auch Berichte von sexueller Gewalt gegenüber Männern und Jungen, doch sind Frauen um ein Vielfaches davon stärker betroffen. Durch die Wiedereinführung von weiblicher Sklaverei durch islamistische Gruppen wurde sexuelle Gewalt gegen Frauen normalisiert. Die Gruppenvergewaltigung von der armenischen Christin Suzan Der Kirkour und ihr anschließender Mord im Juli 2019 ist nur ein Beispiel für eine religiös motivierte Handlung gegen Christinnen.

Gefahr für christliche Frauen und Mädchen kommt jedoch nicht nur von gewaltbereiten islamistischen Gruppen. Christinnen mit muslimischem Hintergrund können bei Bekanntwerden ihres Glaubenswechsels Gewalt auch von der Familie erfahren. Frauen sind in der islamischen Kultur von Ehre und Scham besonders gefährdet. Die Abwendung vom Islam ist ein großes Tabu und verletzt die Familienehre schwer. Konsequenzen können Übergriffe und sogar Ehrenmorde sein. Außerdem gibt es allgemein für Mädchen und Frauen in der Praxis (oder auch laut Gesetz) nur wenig Schutz vor Gewalt in der Familie. Außerdem droht Christinnen muslimischer Herkunft Entführung und/oder die Zwangsverheiratung mit einem Muslim.

Für Christen mit muslimischem Hintergrund kommt der meiste Druck gewöhnlich von Familie und Umfeld. Dieser Druck betrifft am stärksten Frauen und Mädchen, danach junge Männer. Am wenigsten sind ältere Männer betroffen. Das spiegelt die unterschiedlichen Stufen von Status und Freiheit innerhalb der islamischen Kultur wider.

Gemäß der Scharia darf eine Muslima keinen Christen heiraten (wohl aber ein Muslim eine Christin). Das macht eine Heirat zwischen einer Christin muslimischer Herkunft und einem Christen aus einer der anderen Kategorien illegal.

Christinnen mit muslimischem Hintergrund, die mit einem Muslim verheiratet sind, droht die Scheidung, insbesondere, wenn die Schwiegereltern von ihrem neuen Glauben erfahren. Sehr wahrscheinlich wird ihnen dann das Sorgerecht für die Kinder entzogen. Obwohl es stark auf die Einstellung der muslimischen Familie ankommt, spricht die Scharia dem muslimischen Mann das Sorgerecht für die Kinder zu. Das Risiko, die Kinder an die Verwandten zu verlieren, ist also sehr hoch. Dies ist besonders problematisch für Christinnen, die mit Christen muslimischer Herkunft verheiratet sind, da letztere gemäß Scharia noch immer als Muslime gelten. Deshalb ist es für Christinnen muslimischer Herkunft und Christinnen, die mit einen Muslim verheiratet sind, äußerst schwierig, ihre Kinder christlich zu erziehen. Eine christliche Frau, die mit einem Muslim verheiratet ist, hat nur dann Anspruch auf das Erbe ihres Ehemannes, wenn sie zum Islam konvertiert.

Wie Männer Verfolgung erfahren:

- Entführung
- Wirtschaftliche Schikane im Berufs-/Geschäftsleben
- Zwangsrekrutierung zum Militärdienst
- Ermordung

Eine große Sorge syrischer Christen ist, dass junge Männer gezwungen werden, in der syrischen Armee oder anderen Milizen wie den kurdischen Truppen zu dienen. Diese Sorge gilt nicht nur für Christen, doch einigen Berichten zufolge sind Christen innerhalb der militärischen Strukturen besonderen Gefahren ausgesetzt – sie werden etwa an besonders gefährlichen Positionen eingesetzt. In Syrien sind alle Männer ab dem 18. Lebensjahr zum Militärdienst verpflichtet. In von der Regierung kontrollierten Gebieten kann eine Person außerdem zusätzlich unter Druck geraten, sich Milizen und Bürgerwehren anzuschließen. Einige Christen verweigern den Wehrdienst aus Gewissensgründen und ziehen deshalb eine Auswanderung in Betracht.

Erleiden christliche Männer Verfolgung, so leidet darunter auch ihre Familie erheblich, besonders wenn sie getötet oder entführt werden. In der syrischen Gesellschaft sind Männer traditionellerweise die Haupternährer der Familie und kommen finanziell für ihre Familie auf. Verlieren sie ihre Arbeitsstelle oder werden sie entführt oder getötet, ist die ganze Familie auf finanzielle Unterstützung von außen angewiesen, damit sie überleben kann.

Entführungen von männlichen Gemeindeleitern haben die christlichen Gemeinden nachweislich negativ beeinflusst. Wann immer ein Gemeindeleiter entführt oder getötet wurde, gingen die Zahlen von Christen, die auswanderten, in die Höhe.

8. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Traditionell besteht die syrische Gesellschaft aus verschiedenen ethnischen und religiösen Gemeinschaften. Viele andere religiöse Minderheiten sind ebenfalls Verfolgung in verschiedener Intensität ausgesetzt, etwa Schiiten, Alawiten, Drusen, Juden, Jesiden und Zoroastrier.

Schiitische, alewitische und drusische Gemeinschaften werden von sunnitischen Dschihadisten nicht nur deswegen verfolgt, weil ihr Glaube als ketzerisch angesehen wird, sondern im Fall der Alawiten auch, weil ihnen Verbindungen zu dem jeweiligen Präsidenten aus der al-Assad-Familie vorgeworfen werden.

Insbesondere die drusische Gemeinschaft ist Opfer von Entführungen, Bombenangriffen und Morden durch den IS geworden. Schiiten und Alawiten sind jedoch auch betroffen. Als Teil von Syriens antizionistischem Narrativ wurden Juden während des Großteils der Geschichte des modernen Syriens benachteiligt. Jesiden und Zoroastrier sind zwei von Syriens Regierung nicht anerkannte kurdische Religionsgemeinschaften. Ihre Kinder werden als Sunniten registriert, in der Schule müssen sie am Islamunterricht teilnehmen. Ihre Lage war vor dem Bürgerkrieg wahrscheinlich schwieriger, da ihre Regionen inzwischen mehr und mehr durch die kurdischen Streitkräfte kontrolliert werden, was ihnen mehr Freiheiten gibt.

Beispiele:

- Laut einem Bericht der BBC vom 30. Juli 2018 entführte der IS im Juli mehr als 30 drusische Frauen und Kinder im Südwesten Syriens. Von den Entführungen wurde berichtet, nachdem „am 25. Juli eine Serie von Selbstmordattentaten in einem Gebiet stattfand, dass mehrheitlich von der drusischen Minderheit bewohnt wird. Mehr als 200 Menschen wurden getötet."
- Der Bericht zur internationalen Religionsfreiheit des US-Außenministeriums 2018 beschreibt die folgenden Angriffe auf schiitische und ismailitische Muslime im Jahr 2017: „In einem Bericht vom September werden zwei Explosionen im März in der Nähe des Bab-as-Saghir-Friedhofs, einer bekannten schiitischen Pilgerstätte, festgehalten. Die Explosionen fanden innerhalb von zehn Minuten auf dem Parkplatz des Friedhofs statt, auf dem Busse für Pilger geparkt waren. Sie töteten 44 Zivilisten und verletzten 120 weitere. Der Großteil von ihnen waren schiitische Pilger aus dem Irak. HTS bekannte sich zu dem Angriff. Laut dem gleichen Bericht explodierte am 14. April eine Bombe in einem Lastwagen in al-Rashidin in der Nähe von Aleppo. Sie tötete Evakuierte aus den vor allem von Schiiten bewohnten Orten al-Fu'ah und Kafriya, die glaubten, der Lastwagen würde Lebensmittel liefern. 95 Menschen starben, darunter 68 Kinder und 13 Frauen. 276 weitere wurden verletzt, unter ihnen 42 Kinder und 78 Frauen. Schaulustige beleidigten die Religion der Opfer. Zu dem Angriff bekannte sich niemand, HTS und Ahrar al-Scham dementierten sogar explizit, etwas mit dem Anschlag zu tun zu haben. Im Mai griffen Kämpfer des IS den Ort Aqariv al-Safiyah an und versuchten, das nahegelegene Dorf al-Manbouja anzugreifen. Beide Orte in Hama sind mehrheitlich von ismailitischen Muslimen bewohnt. Die Angreifer töteten 52 Zivilisten, fast alle Ismailiten. Überlebende berichteten, dass sie von den IS-Kämpfern aufgrund ihrer Religion beleidigt worden seien."

9. Der Ausblick für Christen

Islamische Unterdrückung

Der territoriale Sieg über den IS im März 2019 bedeutet für die in den betreffenden Gebieten lebenden Menschen beachtliche Erleichterung. Das bedeutet jedoch nicht, dass die Triebkraft Islamische Unterdrückung dadurch entscheidend schwächer werden wird. Der IS hat seine terroristischen Taten fortgeführt – und das nicht nur im Nahen Osten – und beweist, dass er immer noch ein ernstzunehmender Faktor in der Weltpolitik ist. Der IS treibt jedoch nicht allein die Islamische Unterdrückung voran, auch dschihadistische Milizen der sunnitischen Opposition tragen dazu bei. Islamistische Kämpfer, die Afrin kontrollieren, führten etwa ein strengeres islamisches Recht ein, das Christen zögern lässt, zurückzukehren. Wenn zudem die Rückkehr von Flüchtlingen und Binnenflüchtlingen beschleunigt wird, wie von der libanesischen Regierung vorgesehen, könnten

Christen gezwungen werden, in die Gebiete zurückzukehren, in denen sie unter der Kontrolle militanter Islamisten besonders verwundbar sind. Christliche Leiter befürchten laut „Middle East Concern“ seit dem Einmarsch türkischer Truppen in den Nordosten Syriens im Oktober 2019, „dass Teile der türkischen Truppen und ihrer Verbündeten in der syrischen Opposition eine islamistische Agenda verfolgen, die nicht nur feindlich gegenüber Kurden gesinnt ist, sondern gegenüber allen Minderheiten, die keine sunnitischen Muslime sind. Diese Angst würde sich noch verstärken, wenn die Sicherheit von Gefängnissen, in denen extremistische Straftäter sitzen, nachlassen würde. Sie befürchten auch, dass der Wiederbesiedlungsplan der Türkei, nachdem Syrer, die aus anderen Gebieten geflohen sind, im Nordosten des Landes angesiedelt werden sollen, ein Programm der ‚demografischen‘ Steuerung in der Region darstellt, mit dem die Präsenz von sunnitischen Arabern verstärkt werden soll – zuungunsten von Kurden und anderen, auch Christen.“ Grundbesitz und Eigentum von Christen könnte gestohlen und in Besitz genommen werden.

Darüber hinaus gibt es Berichte einer wachsenden Zahl von Muslimen, die sich dem christlichen Glauben zuwenden. Das könnte zu einer steigenden Zahl von Fällen führen, in denen Christen muslimischer Herkunft verfolgt werden.

Ethnisch oder traditionell begründete Anfeindungen

Während des Bürgerkrieges haben sowohl nationale als auch internationale Kräfte in den ländlichen Regionen gerne die Karte der Stammeszugehörigkeit ausgespielt. Als Folge sind die Stämme zersplittert und haben sich zum Teil als konkurrierende Clans gegeneinander in Stellung gebracht, was die Abhängigkeit des Einzelnen vom eigenen Stamm noch vergrößert. In diesen Umständen bieten Stammeswerte, die sich zumeist auf den Islam gründen, Sicherheit und sind besonders wichtig. In den kurdischen Gebieten ist die ethnische Herkunft ein wichtiger Faktor im Konflikt zwischen Türken und Kurden. Die türkischen Streitkräfte, die im März 2018 die zumeist kurdischen Gebiete um Afrin im Nordwesten des Landes einnahmen, nutzten laut Berichten sunnitische dschihadistische Gruppen, „um alle Kurden und andere ethnische und religiöse Minderheiten entlang der Grenze zu eliminieren“. Zu diesen religiösen Minderheiten gehören auch Christen, zumeist Armenier und Assyrer. Eine ähnliche Herangehensweise scheint sich in der türkischen Invasion nach Nordostsyrien im Oktober 2019 abzuzeichnen.

Die so gestärkte Triebkraft Ethnisch begründete Anfeindungen betrifft alle Christen der Region und wird sicherlich nicht den Druck verringern, den christliche Konvertiten von ihren Familien und ihrem Umfeld erleben. Eine Verbesserung der Situation ist kurzfristig nicht zu erwarten.

Diktatorische Paranoia

Die stärksten Verfolger ausgehend von der Triebkraft Diktatorische Paranoia sind derzeit die bewaffneten oppositionellen Gruppen in den von ihnen kontrollierten Gebieten. Die meisten islamistischen Gruppierungen sind besiegt oder in den Nordwesten des Landes verdrängt, und die syrische Regierung hat geschworen, den strategisch wichtigen Ort Idlib im Nordwesten des Landes zu befreien. Die türkischen Truppen haben jedoch auch das Ziel, ihre Macht im Nordwesten und Nordosten Syriens zu erhalten und auszudehnen. Die Sicherheitsfirma „GardaWorld“ nimmt an, dass die Kämpfe „in Nordsyrien in den kommenden Monaten“ andauern werden, „wenn Regierungstruppen in die Provinz Idlib vordringen und die von der Türkei angeführten Oppositionstruppen versuchen, eine Pufferzone in den kurdischen Gebieten entlang der türkischen Grenze einzurichten.“

Christen werden vom syrischen Regime derzeit nicht stark überwacht, da die Regierung noch immer damit beschäftigt ist, die oppositionellen Gruppen zu bekämpfen. Das könnte sich jedoch bald wieder ändern, da das Regime immer mehr Gebiete zurückerobert. Es ist anzunehmen, dass neue Sicherheitsrichtlinien eingeführt werden, die die Religionsfreiheit einschränken (besonders für Christen muslimischer Herkunft, aber auch für Christen aus protestantischen Freikirchen).

Im Oktober 2018 unterzeichnete Präsident al-Assad neue Vorschriften zur staatlichen Kontrolle der Islamlehre in Syrien. Die neuen Gesetze erweitern die Autorität des Ministeriums für religiöse Stiftungen (MRE). Damit soll sichergestellt werden, dass muslimische Geistliche die religiöse Bühne nicht nutzen, um politische Ansichten zu verbreiten. Viele dieser Geistlichen werden verdächtigt, die militanten Gruppen zu unterstützen, die gegen die Regierung arbeiten. Dem MRE wird damit bedeutend größerer Einfluss in unter anderem den Bereichen Bildung und Gesetzgebung gegeben. Auf der einen Seite scheint Assad damit seine Kontrolle über den sunnitischen Teil der Bevölkerung stärken zu wollen, auf der anderen Seite könnte er auch versuchen, den Islam zu nutzen, um das zersplitterte Land wieder zu einen. Trifft letzteres zu, könnte das dazu führen, dass Christen sich in Syrien deutlich weniger willkommen fühlen.

Organisiertes Verbrechen und Korruption

Der Einfluss des organisierten Verbrechens hat laut inländischen Beobachtern hinsichtlich Entführungen und Lösegelderpressungen von Christen nachgelassen. Dennoch ist er nicht ganz verschwunden. Obwohl die Anzahl der gemeldeten Entführungen rückläufig ist, wird diese Triebkraft der Verfolgung in einem Land, in dem Korruption üblich und weit verbreitet ist und Rechtsstaatlichkeit meist fehlt, in naher Zukunft kaum bedeutend an Kraft verlieren.

zurück zur Länderübersicht

Nigeria: Platz 12

Zusammenfassung

Für die Christen in Nigeria ergeben die Triebkräfte der Verfolgung eine erdrückende Kombination aus Islamischer Unterdrückung, Ethnisch oder traditionell begründeten Anfeindungen, Diktatorischer Paranoia sowie Organisiertem Verbrechen und Korruption.

Seit vielen Jahren gibt es in Nigeria einen andauernden Prozess der erzwungenen (oder aufgezwungenen) Islamisierung. Dieser Prozess wird von einigen auch als „Dan-Fodio-Dschihad“ bezeichnet. Bevor sich die britische Kolonialregierung in Nigeria einrichtete, begann Usman Dan Fodio (ein islamisch-extremistischer Gelehrter aus dem Volk der Fulani) im Jahr 1804 einen islamischen Dschihad in Gobir und gründete 1808 das Kalifat von Sokoto. Er versprach, den Islam von der Sahara im Norden bis hin zum Atlantik im Süden mit der Gewalt des Schwertes durchzusetzen. Diese erzwungene Islamisierung bekam 1999 mit der Einführung der Scharia in den nördlichen Bundesstaaten Nigerias einen starken Schub. Seitdem hat sich diese Islamisierung allmählich durch gewaltsame, aber auch gewaltfreie Mittel fortgesetzt.

Unter der Regierung von Präsident Muhammadu Buhari hat diese Entwicklung seit 2015 eine nie dagewesene Dynamik gewonnen. Die Regierung schuf weiteren Spielraum, indem sie eine starre Haltung der Straffreiheit für grausame Gewalttaten zulässt, der viele Nigerianer zum Opfer fallen, zumeist Christen. Die meisten Gewalttaten werden im Norden des Landes verübt. Urheber sind Boko Haram, Splittergruppen des „Islamischen Staats in der Provinz Westafrika“ (ISWAP) und Fulani-Viehhirten. Allerdings breiten sich die Angriffe auch in den Süden aus. Menschen werden ermordet, körperlich verletzt und ihres Eigentums beraubt. Dies bedeutet für Christen oft auch den Verlust von Grundbesitz und folglich ihrer Erwerbsquellen.

Im nördlichen Nigeria, besonders in den Scharia-Staaten, werden Christen diskriminiert und wie Bürger zweiter Klasse behandelt. Christen mit muslimischem Hintergrund erleben zudem die Zurückweisung durch ihre eigenen Familien und den Druck, ihren christlichen Glauben aufzugeben. Darüber hinaus verfolgt die Regierung unter Präsident Buhari seit 2015 eine Politik, die darauf abzielt, nur Muslime zu ausgewählten wichtigen Ämtern zuzulassen, darunter zu Sicherheitsorganen wie Militär, Luftwaffe, Polizei, Einwanderungsbehörde, Diplomatischer Sicherheitsdienst (DSS), Zoll, Zivilschutz, Strafvollzug usw. Das Gleiche gilt zunehmend auch für die Justiz in Nigeria.

Dieser Prozess der Islamisierung geschieht vor dem Hintergrund des Klimawandels und der Umweltzerstörung – beides treibt die Fulani-Hirten mit ihrem Vieh Richtung Süden. Die so entstehenden Spannungen zwischen Hirten und Bauern sind ein altbekanntes Thema in der Geschichte der Menschheit, werden jedoch von politischen und religiösen Leitern instrumentalisiert, die Islamisierung voranzutreiben. Insbesondere jetzt, wo christliche Jugendliche beginnen, sich gegen die zunehmend gewalttätigeren Übergriffe von Boko Haram, ISWAP, Fulani-Hirten und Banden zu wehren, werden die Darstellungen verwirrend und unübersichtlich. Die Gefahr der Verschleierung von Verfolgung wird größer. Das wird durch die Einstufung der Vorgänge im Land als „Konflikte zwischen Gemeinschaften“ oder „zivile Unruhen“ weiter verschärft. Es wäre akkurater, in einigen Teilen des

Landes von „regionalen ethnischen Säuberungen“ zu sprechen, mit der Absicht, diese auf das ganze Land auszuweiten.

Beispiele aus dem aktuellen Berichtszeitraum

- Am 13.02.2019 in Gusau im Bundesstaat Zamfara: Kriminelle entführten und töteten einen anglikanischen Priester aus der Diözese Sokoto, seine Frau und Kinder wurden ebenfalls entführt, ihr Verbleib ist unbekannt.
- Am 29.04.2019 in Madagali im Bundesstaat Adamawa: Gegen 17.40 Uhr überfielen Boko-Haram-Kämpfer die überwiegend christliche Kuda-Gemeinde in der Madagali Local Government Area (LGA) des Bundesstaates Adamawa. Mehr als 30 Häuser wurden in Brand gesteckt und 23 Menschen ermordet, 20 von ihnen waren Christen. Die Bewohner verließen das Dorf, um in Gulak und anderen verhältnismäßig sichereren Teilen des Staates Adamawa Zuflucht zu suchen.
- Am 08.05.2019 in der LGA Lau im Bundesstaat Taraba: Ein Konflikt zwischen einem Fulani-Hirten und einem Kona-Bauern war der Auslöser für wochenlange Angriffe und Vergeltungsschläge, die 65 Tote (die meisten davon Christen) und 18 niedergebrannte Dörfer (mit der Zerstörung von 15 Kirchen, zwei Grundschulen und einer Klinik) zur Folge hatten. Die Sicherheitskräfte, die in dem Gebiet eingesetzt waren, griffen nicht ein. Stattdessen wurden im Juni 2019 viele Jugendliche der Kona verhaftet, als sie gegen die Gewalt und wegen der Untätigkeit der Behörden protestierten.
- Am 28.09.2019 in Riyom im Bundesstaat Plateau: Drei Binnenflüchtlinge (IDPs) wurden von Bewaffneten umgebracht. Ihr Dorf war 2018 von Fulani-Hirten zerstört worden, sie selbst waren in anderen Dörfern untergekommen. Als sie in ihr eigenes Dorf zurückkehren konnten, begannen sie, ihre Häuser wieder aufzubauen. Nachts bewachte deshalb eine Gruppe junger Männer das Dorf und sorgte für die Sicherheit in der Gegend. Drei von ihnen wurden in einem Hinterhalt überfallen.
- Am 03.10.2019 in Chikun im Bundesstaat Kaduna: Bewaffnete Fulani-Hirten entführten sechs Schulmädchen und zwei Lehrer der von Christen geführten Schule Engravers College Kakau. Die Entführer stürmten das Internat gegen Mitternacht, als die meisten Schüler und Lehrer schliefen. Sie wurden nach der Zahlung von Lösegeld freigelassen. In den letzten Jahren führten bewaffnete Gruppen entlang der Fernstraße zwischen Kaduna und Abuja unzählige Entführungen gegen Lösegeld durch, einige ihrer Opfer töteten sie. Zum ersten Mal war nun eine Schule betroffen.

---

1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 80 Punkten belegt Nigeria Platz 12 auf dem Weltverfolgungsindex (WVI) 2020.

Im Vorjahr lag Nigeria ebenfalls mit 80 Punkten auf Platz 12. Der durchschnittliche Druck bleibt bei 12,7 Punkten. Dies spiegelt den sehr hohen Druck auf die Christen wider, die in überwiegend muslimischen Gemeinden im Norden leben. Der Wert für den Bereich „Auftreten von Gewalt“ bleibt bei 16,7 Punkten, was dem Maximalwert entspricht. Die Gewalt gegen Christen, die von Boko Haram, ISWAP und Fulani-Hirten sowie von „nicht näher identifizierten Bewaffneten“ verübt wurde,

verursacht großes Leid unter den Christen in den nördlichen und zentralen Teilen des Landes, und breitet sich auch in den Süden aus.

2. Triebkräfte der Verfolgung

Die Christenverfolgung in Nigeria ist eine Mischung aus vier (sehr) starken Triebkräften der Verfolgung:

- Islamische Unterdrückung
- Diktatorische Paranoia
- Organisiertes Verbrechen und Korruption
- Ethnisch oder traditionell begründete Anfeindungen

Leitsatz und Ziel dieser Mischung von Triebkräften sind eines: Islamisierung um jeden Preis. In den nördlichen Staaten, in denen die Scharia gilt, werden Christen zunehmend in die Position von ‚Bürgern zweiter Klasse' gedrängt. Die Informationen, die (weiter unten im Bericht) zu den fünf Lebensbereichen gegeben werden, beziehen sich auf das, was in den nördlichen Bundesstaaten und in geringerem Maße in den muslimisch dominierten Gebieten in den zentralen Staaten Nigerias geschieht. Anführer traditioneller Gruppen verknüpfen ihr Amt oft damit, dass sie auch als islamische Leiter fungieren.

Der Islamisierungsprozess in Nigeria wird von den drei ethnischen Gruppen der Fulani, Hausa und Kanuri in einer Art Koalition intensiv vorangetrieben. Obwohl sich einige ihrer Mitglieder dem christlichen Glauben zugewandt haben, sind die anderen einer starken Agenda des politischen Islam verhaftet. Ein Experte für das Land stellt fest: „Diejenigen, die heute die politische Kontrolle über Nigeria haben, sind Teil dieser ethnischen Gruppen." Auf die Frage nach dem Risiko eines ethnischen Konflikts war die Antwort: „Ich wage zu behaupten, dass die anderen [außerhalb der Koalition] nur zusehen. Wenn die Fulani, Hause und Kanuri zu weit gehen, könnte es zu einem Krieg kommen. Ich fürchte, wenn es so weitergeht wie bisher, entwickelt es sich in diese Richtung, weil sich viele ausgeschlossen fühlen."

Im Nordosten des Landes nimmt die Gewalt, die im Namen von Boko Haram und ISWAP an Zivilisten und besonders an Christen verübt wird, immer noch stark zu. Dasselbe gilt für Gewalttaten, die von Fulani-Hirten in den zentralen und einigen südlichen Bundesstaaten (wie Edo, Delta, Enugu, Anambra, Ekiti und Osun) verübt wird. Dazu kommen noch Übergriffe nichtidentifizierter Bewaffneter. Ihr Schlachtruf: „Konvertiere oder stirb!" legt nahe, dass ein Teil von ihnen Zwangsislamisierung unterstützt.

Während sich der Prozess der Islamisierung bis vor kurzem nur auf der Ebene einzelner Bundesstaaten bewegte, scheint er unter Präsident Buhari zunehmend auf nationaler Ebene (Bundesregierung) vorangetrieben zu werden. Dies zeigt sich insbesondere in der Strategie der Regierung bei der Nominierung von Kandidaten für Schlüsselpositionen und in der Art und Weise, wie Straffreiheit zugelassen wird, die hauptsächlich gewalttätige islamische Gruppen sowie Gruppen von Kriminellen begünstigt.

Wenn sich die aktuellen Entwicklungen (die gefährliche Mischung von vier Triebkräften der Verfolgung) im Land so fortsetzen, könnte ein Chaos entstehen, in dem die Unterscheidung der ‚guten' und ‚bösen' Akteure unmöglich wird. Letztendlich würde aus so einem Chaos ein neues Nigeria entstehen, das einem militanten Islam entspringt und sich entsprechend weiterentwickeln wird.

3. Verfolger

Verfolger ausgehend von Islamischer Unterdrückung, Diktatorischer Paranoia, Ethnisch begründeten Anfeindungen und Organisiertem Verbrechen und Korruption

Regierungsbeamte

Unter der Regierung von Präsident Muhammadu Buhari hat sich die Islamisierung verstärkt. Es scheint, als nutze er seine Machtposition, um Muslime in Schlüsselpositionen im Land einzusetzen und eine Kultur der Straffreiheit zuzulassen (wenn nicht sogar zu fördern). So bleibt die Verfolgung von Christen weitgehend unbemerkt („Verschleierung von Verfolgung"). Die Regierungen der 12 Scharia-Staaten haben diesen Weg bereits eingeschlagen, mit dem Präsidenten als Vorbild könnten sie sich ermutigt fühlen, ihre Staaten weiter zu islamisieren, statt die Grundrechte ihrer christlichen Bürger zu garantieren (Religionsfreiheit, Versammlungsfreiheit und Meinungsfreiheit).

Beispiele zur Veranschaulichung der genannten Punkte: Die Bundesregierung hat Christen aus einigen Ämtern entfernt oder zwingt sie zum Rücktritt, und ersetzt sie durch muslimische Beamte. Im Bundesstaat Zamfara wurde eine christliche Oberrichterin aus dem Amt gedrängt, anstatt bestätigt zu werden. Gleiches geschah zuvor im Bundesstaat Kano. Dort arbeitet das dominierende Volk der Hausa mit Nachdruck an der Islamisierung der Magurzawa-Minderheit. Dafür werden auch Regierungsgelder verwendet. Die Regierung baut in allen Local Government Areas (LGA) Moscheen, konfisziert jedoch Kircheneigentum und verweigert Baugenehmigungen für Kirchen sowie ihr Recht auf Wiederaufbau der Gebäude, die von Muslimen zerstört wurden. Es geht soweit, dass christliche Soldaten im Kampf gezielt in gefährlichen Gefechtspositionen eingesetzt werden. Ein Experte für das Land gibt an, dass „laut Aussagen der Familien von Hinterbliebenen die im Kampf mit Terroristen getöteten Soldaten und Offiziere zu 75 % Nichtmuslime sind."

Anführer ethnischer Gruppen

Anführer ethnischer Gruppen treten auf zwei Ebenen als Verfolger in Erscheinung: Zum einen entscheiden sie, ob und wie sie Verfolgung vorantreiben, wenn Mitglieder ihrer Gruppe sich von ihrer eigenen Religion (dem Islam oder einer traditionellen afrikanischen Religion [ATR]) ab- und dem christlichen Glauben zuwenden. Zum anderen entscheiden sie, ob und wie sie Verfolgung zwischen ethnischen Gruppen unterschiedlicher Religionen vorantreiben. In Nigeria spielt beides eine Rolle, insbesondere im Umfeld des Islam. Vor allem im Norden Nigerias ist die Zugehörigkeit zu den überwiegend muslimischen Hausa-Fulani entscheidend für die zurückliegende und aktuelle Christenverfolgung.

In Zeiten, als traditionelle afrikanische Religionen dominierten, war es üblich, dass deren Anhänger Konvertiten verfolgten, die sich von der traditionellen Religion abgewandt und den christlichen Glauben angenommen hatten. Diese Verfolgung hat jedoch allmählich nachgelassen und geht heute hauptsächlich noch von den muslimischen Hausa-Fulani (zusammen mit den Kanuris) aus. Während es im Süden Nigerias ethnische Stammesführer gibt, haben die meisten nördlichen Stämme religiöse Leiter oder Emire. Viele von ihnen folgen einer Agenda der Islamisierung ihrer ethnischen Gruppen und darüber hinaus.

Beispiele zur Veranschaulichung der oben genannten Punkte: Im Bundesstaat Borno lebt eine indigene islamische Volksgruppe, die auf das Kanem-Bornu-Reich zurückgeht; der ethnisch-religiöse Herrscher wird Shehu [Scheich] von Borno betitelt. Der ethnisch-religiöse Anführer der Fulani, die als

dschihadistische Gruppe ins Land eindrangen, nennt sich Sultan von Sokoto. Das Sokoto-Kalifat will im Norden Nigerias in 18 Staaten ethnisch basierte Emirate einführen. Im Bundesstaat Kaduna wurden auch christliche Siedlungen im Süden Kadunas in ein Emirat gezwungen. Ein Experte für das Land äußert sich so: „Wir sind Zeugen einer neuen Entwicklung, bei der das Volk von Adara und andere ethnische Gruppen im südlichen Kaduna die Schaffung eines Emirat-Systems in ihren Gebieten ablehnte und die Adara diese Angelegenheit daraufhin vor Gericht brachten."

Nichtchristliche religiöse Leiter

Viele nichtchristliche, insbesondere muslimische religiöse Leiter haben die Verfolgung von Christen vorangetrieben durch Verbreitung von religiöser Ideologie, von Intoleranz und durch Aufwiegelung.

Gewalttätige religiöse Gruppen

Es gibt mehrere Gruppen, doch im Rahmen des Länderprofils sind die bedeutendsten Boko Haram, ISWAP, Fulani-Hirten und nicht näher identifizierte Bewaffnete (Räuber/Entführer). Die Miyetti Allah Cattle Breeders Association of Nigeria (MACBAN) muss jedoch besonders erwähnt werden. Nicht alle Fulani-Hirten sind gewalttätig. Einige sehen sich sogar als Opfer, weil sie zwar Fulani, jedoch nicht in gewalttätige Angriffe verwickelt sind. Die Aktivitäten von MACBAN haben jedoch durch Verbindungen zu mächtigen Förderern wie dem Präsidenten von Nigeria und dem Sultan von Sokoto in letzter Zeit stark an politischem Gewicht gewonnen. MACBAN bietet den Fulani-Hirten Schutz und Rechtfertigung für ihre Gewalttaten. Der Präsident von Nigeria und der Sultan von Sokoto unterstützen die expansive Agenda der Fulani-Kämpfer anhaltend und stillschweigend.

MACBAN nimmt für sich in Anspruch, die Interessen aller Viehzüchter in ganz Nigeria zu vertreten. In ihrer Zusammensetzung und Ausrichtung sind sie jedoch eindeutig ethnisch geleitet. Es ist wichtig zu wissen, dass viele der Fulani-Hirten nur als Fassade für einflussreiche Leute dienen, denen das Vieh tatsächlich gehört. Dies ist ein weiteres komplexes Thema. Es gibt heutzutage viele Nicht-Fulani und auch christliche Fulani, die in Nigeria viele Kühe besitzen. Diese rechnet MACBAN jedoch nicht zu seinen vertrauenswürdigen Klienten. MACBAN tritt für muslimische Fulani ein, und rechtfertigt dabei auch deren Gewalt gegen Bauern.

Die Bauern unter den Fulani sind unterschiedlich ausgerichtet. Über die gemeinsame ethnische und religiöse Identität hinaus haben nicht alle Verbindungen zu den Fulani-Hirten. Die Hirten sind eher Anhänger von Naturreligionen oder damit vermischten Formen des Islam und von traditioneller Religion. Fulani-Siedler sind meist Muslime, obwohl es auch christliche Fulani gibt.

Viele muslimische Fulani-Siedler arbeiten mit muslimischen Hausa zusammen, um Christen in ihrem Umfeld politisch, sozial und wirtschaftlich zu unterdrücken.

Gewöhnliche Bürger und Mobs

Neben der Feindseligkeit seitens staatlicher und organisierter regierungsunabhängiger Akteure treibt die „Gewalt der Straße" die Verfolgung an: Dabei kommt es im Norden Nigerias zu Ausschreitungen, bei denen Muslime Christen wegen Bagatellen oder mit der Anschuldigung der Blasphemie angreifen. Dies geschieht meistens im Zusammenhang mit der Triebkraft „Islamische Unterdrückung". Eine Muslima aus dem Süden, die im Norden aufgewachsen ist, berichtete, Muslime im Norden Nigerias hätten sich bei ihr Geld geliehen und ihr versprochen, es bei den „nächsten Unruhen" zurückzuzahlen. Diese Anekdote belegt, dass die Angriffe nicht nur spontan geschehen, sondern vorsätzlich angezettelt

werden, um 'Ungläubige' auszuplündern. Seit Jahrzehnten verlieren Christen durch die wiederkehrende Gewalt Eigentum, Kirchengebäude und ihr Leben.

Die eigene (Groß-)Familie

In Bezug auf Glaubenswechsel vom Islam hin zum christlichen Glauben ist die eigene (Groß-)Familie die größte Bedrohung. Sie erfährt oft als erste davon, und wird (je nach Stellung im sozialen Umfeld) häufig als erste die Familienehre verteidigen. Dies trifft insbesondere in den nördlichen Staaten zu, aber auch im Zentralgürtel in Regionen mit muslimischer Mehrheit. Dort ist der Islam ein allumfassendes Identitätsmerkmal oder die islamische religiöse Identität ist politisch aufgeladen (nicht nur aufgrund der Ereignisse in jenen Staaten, sondern auch zunehmend durch die Entwicklungen auf nationaler Ebene unter der Präsidentschaft von Muhammadu Buhari).

Politische Parteien

Die Trennlinie zwischen den beiden wichtigsten politischen Parteien in Nigeria verläuft entlang der religiösen Unterschiede, wobei nicht die Ideologie, sondern die religiöse Gesinnung ausschlaggebend ist. Die Partei „People's Democratic Party" (PDP) wird von der nigerianischen Öffentlichkeit als pro-christlich, die „All Progressive Congress"-Partei (APC) als pro-islamisch angesehen. Nigerias derzeitige Regierungspartei (APC) ist tatsächlich ein Bündnis zwischen Muslimen im Norden und im Süden. Dies spiegelt sich in ihrer Handhabung von Regierungsführung und Programmen wider, die an sich pro-islamisch und anti-christlich ausgerichtet sind.

Kartelle oder Netzwerke des organisierten Verbrechens

Als Akteure der Triebkraft „Organisiertes Verbrechen und Korruption" können Regierungsbeamte auf verschiedenen Ebenen tätig sein, und auch andere führende Personen aus verschiedenen Bereichen der Gesellschaft.

Weitere Verfolger sind kriminelle Gruppen (in Nigeria sind diese häufig zugleich religiös-extremistische Gruppen wie Boko Haram, ISWAP, Fulani-Hirten und nicht näher identifizierte Bewaffnete [Räuber/Entführer]). Sie sind nicht immer direkt für die Verfolgung von Christen verantwortlich; manchmal sind sie nur indirekt beteiligt – indem sie etwa zur Eskalation von Chaos beitragen. Dadurch wird die Verfolgung verschleiert, aber die Macht von Zwangsislamisierung verstärkt.

Internationale Organisationen und Botschaften

Diplomatische Auslandsvertretungen können zum Teil als Mitverantwortliche des Kräftespiels der Verfolgungs-Triebkräfte „Islamische Unterdrückung" und „Diktatorische Paranoia" betrachtet werden. Ihre Weigerung, Religion als einen wesentlichen Faktor im nigerianischen Konflikt zu berücksichtigen, ist nicht nachvollziehbar.

Einem Länderexperten, der an der Hintergrundrecherche für Nigeria im Berichtzeitraum 2020 beteiligt war, sagte 2018 ein europäischer Botschafter, nachdem er über ein Massaker an Christen durch Fulani-Hirten im Bundesstaat Benue unterrichtet worden war: „Wir dürfen das nicht als religiösen Konflikt bezeichnen." Die gleiche Meinung vertraten 2019 US-Entwicklungshelfer. Der gleiche Experte für das Land sagt dazu: „Die West-Mächte treiben die säkulare Intoleranz nicht nur in der Theorie, sondern auch in der Praxis voran." Demselben Experten wurde, nachdem er für ein Projektteam relevante Kontakte zu Personen vor Ort hergestellt hatte, eine Beteiligung an einem von der EU geförderten Projekt zur Bekämpfung von gewalttätigem Extremismus verweigert – weil er Christ ist. Im Jahr 2018

entzog ihm die EU-Delegation die Nominierung für einen Menschenrechtspreis, da er ein Treffen zwischen EU-Menschenrechtsparlamentariern und von Gewalt betroffenen Christen arrangiert hatte, was als „zu christlich“ eingestuft wurde. Dazu sagte er: „Obwohl die EU-Abgeordneten von dem Treffen beeindruckt waren (sie bezeichneten es als das emotionalste Treffen ihrer einwöchigen Reise), war die Delegation nicht glücklich darüber, dass es enthüllte, wie verwässert ihre Berichte über die wahre Situation der Verfolgung in Nigeria waren.”

4. Regionale Brennpunkte der Verfolgung

In den zwölf im Norden gelegenen Scharia-Staaten und im Zentralgürtel ist die Verfolgung am stärksten. Auch in einigen südlichen Staaten (u.a. Edo, Delta, Enugu, Anambra, Ekiti und Osun) kam es zu gewalttätigen Übergriffen.

Die Verfolgungssituation in den zwölf Scharia-Staaten lässt sich mit „Unterwerfung unter das Dhimmi-Sein (als Schutzbefohlene der Muslime, wofür sie eine Schutzsteuer entrichten müssen)“ beschreiben, dem klassischen islamischen Konzept der Bürgerschaft zweiter Klasse. Es gibt jedoch einige Unterschiede zwischen den Staaten. Die zwölf Scharia-Staaten im Norden des Landes sind: Bauchi, Borno, Gombe, Jigawa, Kaduna, Kano, Katsina, Kebbi, Niger, Sokoto, Yobe und Zamfara. Der Anteil der christlichen Bevölkerung dort liegt bei 15% (von 76.390.000 Einwohnern sind 11.399.000 Christen). Zusätzlich zu Gewalt erleben Christen Druck in allen Lebensbereichen. Mehr Information dazu gibt es im Abschnitt „Betroffene Lebensbereiche“.

Die Verfolgungssituation in den Bundesstaaten im Zentralgürtel (und zunehmend in einigen südlichen Staaten) weist teilweise Züge einer ethnischen Säuberung auf. Im dem 2015 veröffentlichten Bericht „Nigeria – Ethnic cleansing in the Middle Belt Region“ wird erklärt: „‚Ethnische Säuberung‘ beschreibt die Vertreibung von Rivalen oder derer, die sich in Rasse, ethnischer Zugehörigkeit oder Religion unterscheiden, aus einem bestimmten Gebiet durch rechtswidrige Methoden. Dazu gehören: Mord, Sachbeschädigung, Folter, willkürliche Festnahmen und Inhaftierung, Einsperren der Zivilbevölkerung in Ghettos, gewaltsame Abschiebung, Vertreibung und Deportation der Zivilbevölkerung, außergerichtliche Hinrichtungen, Vergewaltigungen, willkürliche militärische oder andere organisierte Angriffe oder die Androhung solcher Angriffe auf die Zivilbevölkerung oder sogar Völkermord.“

Die sieben Bundesstaaten in Zentralnigeria sind Adamawa, Benue, Kogi, Kwara, Nassarawa, Plateau und Taraba. Der Anteil der christlichen Bevölkerung liegt bei 50 % (von 29.312.000 Nigerianern sind 14.645.000 Christen). Der Druck auf Christen in den verschiedenen Lebensbereichen spielt auch hier eine bedeutende Rolle (insbesondere in den muslimischen Mehrheitsgebieten), doch die Verfolgung äußert sich vor allem durch die Gewalttaten verschiedener religiös-ideologischer Interessengruppen und krimineller Gruppen.

Als ‚ethnische Säuberung‘ kann man auch die Aktionen von Boko Haram in den nordöstlichen Staaten bezeichnen (im Süden von Borno und im Norden von Adamawa, das an Kamerun grenzt), und neuerdings auch die Aktivitäten von ISWAP (im Norden von Borno in der Nähe zum Tschad), einer Gruppe, die sich im Jahr 2016 von Boko Haram abgespalten hat.

‚Ethnische Säuberungen‘ zwingen eine große Zahl Christen (und auch andere Nigerianer) dazu, in offiziellen und inoffiziellen Flüchtlingslagern zu leben. Dies führt zum Verlust von Familienbesitz und Grundstücken und damit zum Verlust einer guten Zukunft. Verschärft wird diese Situation dadurch,

dass die nigerianische Regierung kaum etwas unternimmt, um diesen Binnenflüchtlingen zu helfen und die krisenhafte Situation unvermindert fortbestehen lässt.

In gewisser Weise wird das ganze Land zunehmend zu einem Krisenherd der Verfolgung, wie mehrere Abschnitte dieses Länderprofils aufzeigen. Die Zwangsislamisierung unter Präsident Buhari bekommt einen solchen Auftrieb, dass sich die Frage stellt, wie lange es noch dauern wird, bis sich die Verhältnisse in den nördlichen und zentralen auf die südlichen Bundesstaaten Nigerias übertragen. Die 17 südlichen Bundesstaaten sind: Abia, Akwa Ibom, Anambra, Bayelsa, Cross River, Delta, Ebonyi, Edo, Ekiti, Enugu, Imo, Lagos, Ogun, Ondo, Osun, Oyo und Rivers. Der Anteil der christlichen Bevölkerung liegt bei 71 % (von 93.249.000 Nigerianern sind 65.828.000 Christen). Die Region um die Hauptstadt Abuja weist eine christliche Bevölkerung von 40 % auf.

5. Betroffene Christen

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

Ausländische Christen in Nigeria sind nicht von unfreiwilliger Isolation betroffen und werden deshalb für die Bewertung und Analyse im Rahmen der Erstellung des Weltverfolgungsindex nicht als eigenständige Kategorie betrachtet.

Christen aus traditionellen Kirchen

Dazu gehören römisch-katholische und protestantische Kirchen wie Anglikaner, Methodisten und Lutheraner.

Wie in verschiedenen Abschnitten dieses Länderprofils erläutert, sehen sich diese Kirchen vor allem in den nördlichen Staaten (und auch im Zentralgürtel) gewalttätigen Angriffen auf ihr Leben und ihren Besitz durch militante Gruppen und Diskriminierung durch die lokalen Behörden ausgesetzt. Im Rahmen der Gewalttaten verschiedener religiös-ideologischer und krimineller Gruppen im Norden und Zentrum des Landes wurde erwartet, die Zahl der Christen würde abnehmen. Es gibt jedoch Anzeichen dafür, dass die christliche Bevölkerung trotz der Gewalt eher wächst.

So hat die Römisch-Katholische Kirche neue Diözesen gegründet, und die Anzahl protestantischer Christen wächst Untersuchungen zufolge schneller als erwartet.

Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

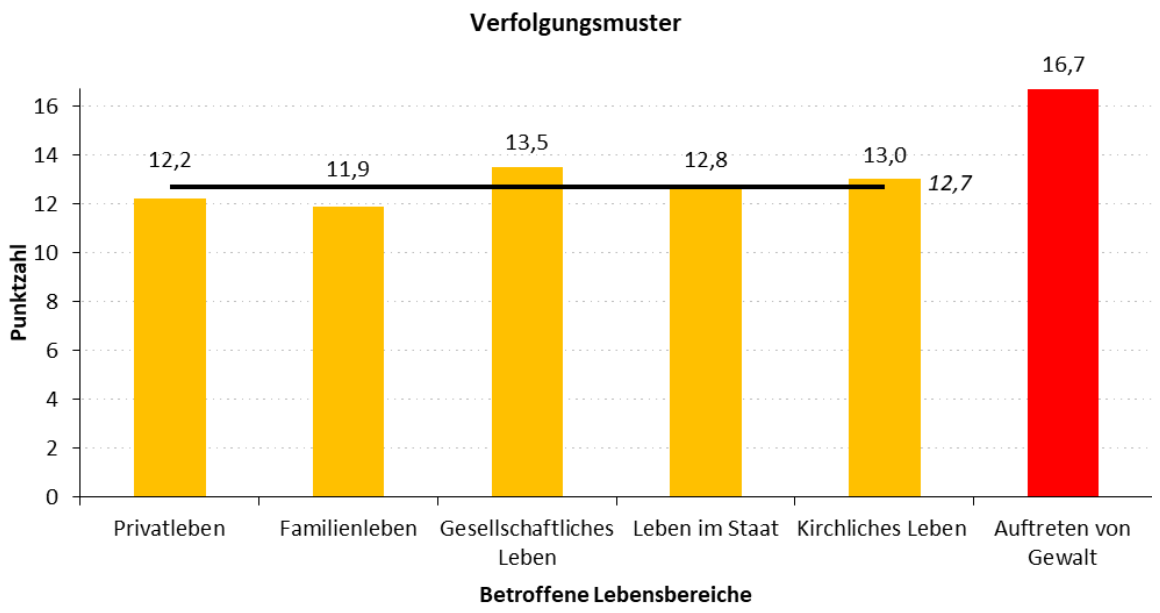
Die meisten dieser Christen sind muslimischer Herkunft. Sie erhalten in der Regel Zuflucht an sicheren Orten, da viele um ihr Leben fürchten. Christen muslimischer Herkunft aus dem Norden des Landes (einschließlich der mehrheitlich muslimischen Gebiete der zentralen Region) müssen oft aus ihren Häusern und Staaten fliehen, um ihrer Ermordung und Schikane zu entkommen. Im Süden ist dies weit weniger wahrscheinlich, im Südwesten jedoch geschieht dies in begrenztem Umfang ebenfalls.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Evangelikale und Pfingstgemeinden machen mittlerweile gut 30 % der nigerianischen Gemeinde aus. Die meisten befinden sich im Süden. In den nördlichen und zentralen Staaten müssen Christen aus evangelikalen und Pfingstgemeinden genauso wie die aus traditionellen Kirchen mit Diskriminierung vonseiten der lokalen Behörden rechnen sowie mit gewaltsamen Angriffen militanter Gruppen auf ihr Leben und ihren Besitz. Ihre und die Situation der Christen aus traditionellen Kirchen ist ähnlich. Einige

von ihnen sind sehr evangelistisch und gehen auch an gefährliche Orte, was ihnen meist schwere und gewalttätige Verfolgung einbringt. Ungeachtet dieser Gewalt nimmt die Zahl der evangelikalen und Pfingstgemeinden in Nigeria zu.

6. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Nigeria

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Der durchschnittliche Druck auf Christen in Nigeria hat ein sehr hohes Ausmaß und liegt mit 12,7 Punkten auf dem gleichen Wert wie im vergangenen Jahr.
- Die Wertung übertrifft in allen Lebensbereichen 11 von maximal erreichbaren 16,7 Punkten und zeigt damit ein sehr hohes Maß von Verfolgung. Am stärksten ist der Druck im Bereich „Gesellschaftliches Leben“ (13,4 Punkte).
- Im Bereich „Auftreten von Gewalt“ erhielt Nigeria wie im Vorjahr die Maximalwertung von 16,7 Punkten.

Zu jedem der Lebensbereiche sind im Folgenden jeweils ausgewählte Teilaspekte genannt, die im betreffenden Lebensbereich für die Christen zu den gravierendsten Schwierigkeiten gehören.

Privatleben

- **Der Glaubenswechsel hin zum christlichen Glauben wird abgelehnt, verboten oder auch bestraft:** Christen muslimischer Herkunft aus dem Norden des Landes (einschließlich in der zentralen Region Nigerias) müssen oft aus ihren Häusern und Staaten fliehen, um nicht getötet oder schikaniert zu werden. Sie finden in der Regel Hilfe in sogenannten Zufluchtshäusern. Im Süden ist dies weit weniger wahrscheinlich, obwohl es im Südwesten in begrenztem Umfang ebenfalls auftritt.
- **Es ist gefährlich, christliche Materialien zu besitzen oder aufzubewahren:** Christen muslimischer Herkunft aus dem Norden des Landes (einschließlich in der zentralen Region Nigerias) fürchten, von ihren Familien und dem sozialen Umfeld entdeckt zu werden.
- **Es ist für Christen riskant, christliche Bilder oder Symbole zu zeigen:** Jegliche öffentliche Identifikation mit dem Christentum ist für Christen muslimischer Herkunft im Norden (und im Zentralgürtel) gefährlich. Für andere Christen kann dies bei Angriffen gefährlich sein. Christen werden häufig an ihrem christlichen Namen erkannt. Der Pass kann dabei häufig über Leben und Tod entscheiden, wie z. B. an Straßensperren, die von gewalttätigen islamischen Gruppen (einschließlich nicht näher identifizierter Bewaffneter) errichtet werden.
- **Es ist für christliche Konvertiten riskant, mit ihrer direkten Familie über ihren Glauben zu reden:** Im Norden (und im Zentralgürtel) ist es für Christen muslimischer Herkunft sehr riskant, ihren Glauben ihrer muslimischen Familie mitzuteilen.

Familienleben

- **Wegen des christlichen Glaubens ihrer Eltern werden Kinder diskriminiert oder schikaniert:** Das trifft auf die nördlichen Staaten zu (und den Zentralgürtel). Ein Experte für das Land berichtet: „An öffentlichen Schulen, in Büros, Krankenhäusern usw. gibt es eine allgegenwärtige Diskriminierung von Christen, selbst wenn sie nur biblische oder englische Namen tragen.“ Ein anderer Experte drückt es so aus: „In allen Lebensbereichen werden christliche Kinder in den Scharia-Staaten schlecht behandelt. Sie werden in ihrer Heimat als Bürger zweiter Klasse behandelt, um sie zu entmutigen und ihnen das Selbstwertgefühl zu nehmen.“
- **Kinder und Ehepartner von Christen sind langen Zeiten der Trennung von ihren Eltern oder Partnern ausgesetzt, wenn diese aufgrund ihres Glaubens verfolgt werden:** Das geschieht häufig in den nördlichen Staaten (und im Zentralgürtel). Wegen der Gewalt durch Boko Haram, ISWAP, Fulani-Hirten und nicht näher identifizierte Bewaffnete gegen Christen und christliche Gemeinden werden viele Christen von ihren Angehörigen getrennt. Viele verlieren alles, wofür sie gearbeitet haben, und werden gezwungen, ihre Familien in einem Flüchtlingslager oder anderen sicheren Orten unterzubringen. Sie selbst ziehen in Städte oder andere Dörfer, um dort auf Farmen zu arbeiten oder für einfache (schlecht bezahlte) Jobs, um für ihre Familien zu sorgen. Oder sie werden gezwungen, ihre Familien in andere Teile des Landes umzusiedeln, während sie selbst in den risikoreichen Regionen bleiben, um ihren Arbeitsplatz zu behalten.

Manchmal werden Eltern entführt oder die Kinder durch Entführung von ihren Eltern getrennt. Leah Sharibu steht stellvertretend für viele Kinder, die über einen längeren Zeitraum von Militanten ihren Eltern entrissen wurden. Doch nicht nur durch Milizen werden im Norden christliche Mädchen entführt, zwangsbekehrt und zwangsverheiratet. Zudem sind auch Fälle bekannt, dass christliche Mädchen im Süden entführt und in den Norden verkauft wurden.

- **Eltern werden daran gehindert, ihre Kinder gemäß ihrem christlichen Glauben zu erziehen:** Das geschieht besonders häufig in den nördlichen Staaten (und im Zentralgürtel). Dafür gibt es verschiedene Erklärungen. Erstens ist dies für Christen muslimischer Herkunft sehr schwierig wegen des hohen Risikos, dass ihre Familien ihren neuen Glauben entdecken. Dazu kommt, dass oft die Kinder weggenommen werden oder diese Person fliehen muss und den Kontakt zu den Kindern verliert, wenn bei einem Elternteil die Hinwendung zum christlichen Glauben entdeckt wird. Zweitens nehmen manchmal muslimische Verwandte die Kinder zu sich, um sie im muslimischen Glauben zu erziehen, wenn eine christliche Frau Witwe wird. Dies kann sogar dann geschehen, wenn eine verwitwete Mutter ihre Kinder über mehrere Jahre im christlichen Glauben erzogen hat. Drittens müssen christliche Eltern manchmal ihre christliche Identität vor ihren Kindern verstecken, um Verfolgung zu vermeiden. Viertens müssen viele Eltern ihre Kinder in Flüchtlingscamps großziehen. Leben im Camp auch muslimische Flüchtlinge, kann es christlichen Eltern schwer gemacht werden, ihre Kinder in christlichem Glauben und Werten zu unterrichten.
- **Kinder christlicher Eltern werden dazu gedrängt, an nichtchristlichem Unterricht oder dem allgemeinen Religionsunterricht teilzunehmen:** In den nördlichen Bundesstaaten (und Teilen des Zentralgürtels) können christliche Kinder gezwungen sein, am Islamunterricht teilzunehmen. In einigen nördlichen Bundesstaaten wird christliche Religion nicht unterrichtet. Die Association of Christian Schools in Nigeria, die Nigerian Christian Graduate Fellowship und die Christian Association of Nigeria haben gemeinsam die Einführung eines landesweiten Lehrplans verhindert, welcher den Unterricht des christlichen Glaubens ausschließen, aber die Fächer Islam und Arabisch verpflichtend machen wollte.

Gesellschaftliches Leben

- **Christen stehen in Gefahr, entführt und/oder zwangsverheiratet zu werden:** Um die Zahl der Christen zu reduzieren und die der Muslime zu erhöhen, haben Entführungen und Zwangsehen von christlichen Mädchen zugenommen, sogar verheiratete Christinnen sind hin und wieder Opfer. Ein Länderexperte sagte, dass Entführungen zum Zwecke der Zwangsverheiratung manchmal mit der aktiven Duldung der Emire geschehen.
  Entführungen zum Zwecke der Zwangsverheiratung geschehen nicht nur im Nordosten (im Rahmen von Angriffen von Boko Haram oder ISWAP), sondern auch in anderen nördlichen Landesteilen (und im Zentralgürtel) und in einigen südlichen Bundesstaaten, wie etwa bei Überfällen von Fulani-Hirten oder nicht identifizierten Bewaffneten. Speziell Kirchenleiter wurden im aktuellen Berichtszeitraum ins Visier genommen. Kinder von Pastoren werden ebenfalls zum Ziel, um ihre Väter zu demütigen und die christliche Gemeinschaft zu provozieren. Christinnen muslimischer Herkunft stehen besonders in Gefahr, entführt und in eine Ehe gezwungen zu werden.

- **Christen werden wegen ihres Glaubens im Alltag belästigt, bedroht oder behindert, etwa weil sie die Vorschriften der Mehrheitsreligion für Kleidung oder Bärte nicht einhalten:** Das betrifft ein Gebiet über die nördlichen Bundesstaaten hinaus (einschließlich Teile des Zentralgürtels), da sich die Gewalt in die südlichen Bundesstaaten auszuweiten droht. In den überwiegend von Muslimen bewohnten Gebieten werden Christen wegen ihrer Kleidung, Sprache und ihrer Art, Gottesdienst zu feiern, belästigt. Einige sehen Christen als Ungläubige und Bürger zweiter Klasse. Möchten Christinnen in einem überwiegend muslimischen Bundesstaat oder Dorf ein Büro, Krankenhaus, eine Schule etc. aufsuchen, so müssen sie eine bestimmte Kleiderordnung befolgen. Es kann passieren, dass Kinder Steine auf Frauen oder Mädchen werfen; sie können sogar durch die Hisbah (Religionspolizei) verhaftet werden. Selbst Männer können dafür festgenommen werden, einen „unmoralischen Haarschnitt“ zu haben.
- **Christen wird wegen ihres Glaubens der Zugang zu kommunalen Ressourcen erschwert:** Solche Behinderungen sind in nördlichen Bundesstaaten (und in Teilen des Zentralgürtels) Teil der Strategie, um Christen zum islamischen Glauben zu nötigen; dann würden sie von den Ressourcen des Landes profitieren. Diese Strategie hat mehrere Elemente: Erstens erreichen Zusatzleistungen der Regierung die christlichen Gemeinschaften nicht in dem Umfang, wie sie sollten. Sie erhalten oft nur einen symbolischen Betrag. In Bundesstaaten mit einem etwa gleichen Bevölkerungsanteil von Muslimen und Christen unterstützt die Regierung die Infrastrukturentwicklung in muslimisch dominierten Gebieten mehr als in christlichen. Einige christliche Kommunen in ländlichen Gebieten haben keinerlei Wasserversorgung, für Wasser sind die Menschen stundenlang unterwegs. Sogar in Städten erhalten christliche Viertel manchmal keine kommunalen Dienste wie etwa Anschluss an sanitäre Einrichtungen. Zweitens gibt es im Norden (und im Zentralgürtel) viele christliche Binnenflüchtlinge. Die nigerianische Notfallbehörde verteilt humanitäre Hilfe jedoch ungerecht und Christen werden oft übergangen. Sind Christen von Notfällen betroffen, reagiert sie langsam. Und wenn sie reagiert, sind die erbrachten Hilfsgüter oder -maßnahmen bei weitem nicht ausreichend. Drittens wird Konvertiten der Besitz von Land, eine in Nigeria sehr wertvolle Ressource, verwehrt.
- **Christen erfahren wegen ihres Glaubens Benachteiligungen auf allen Ebenen im Bereich Bildung:** In den nördlichen Staaten (und in Teilen des Zentralgürtels) werden Christen in der Bildung oft benachteiligt. Trägt jemand einen christlichen Namen wie Esther, Grace, David oder Salomon, oder einen Stammesnamen, wird der Zugang zu Bildung sehr erschwert. Christen oder Angehörigen ethnischer Minderheiten wird in überwiegend muslimischen Gebieten häufig der Zugang zu Schulen verweigert; werden sie zugelassen, erhalten sie oft nicht die gewünschten Kurse.
  Ein Länderexperte sagte, er habe mit Universitäts- und College-Studenten gesprochen, die sich beschwerten, dass sie nicht das Fach ihrer Wahl studieren können. Sobald ihr Name als christlich eingeordnet wird, werden sie automatisch ausgeschlossen; zum Beispiel bei der Zulassung zu einem Medizinstudium. Christen mussten ihre Namen in muslimische Namen ändern, um zugelassen zu werden. Prüfungsergebnisse und Zertifikate können jahrelang zurückgehalten werden, um Christen zu frustrieren. Ein anderer Analyst stellte den Zusammenhang zwischen Verfolgung und Migration her: „Viele junge Christen sind frustriert, weil sie keine Zulassung zu Universitäten und keine Arbeit erhalten. Sie müssen also außerhalb ihres Landes nach Möglichkeiten für ein besseres Leben suchen.“

Leben im Staat

- **Personen, die Christen Schaden zugefügt haben, wurden bewusst von der Strafverfolgung ausgenommen:** Ein Länderexperte bestätigte: „Einer der Gründe, warum die Angriffe auf Christen und ihren Besitz ständig zunehmen, ist, dass die Täter nicht zur Rechenschaft gezogen werden. Wenn Angreifer verhaftet wurden, wurden sie oft schnell wieder freigelassen.“ Er sieht dies als ein Zeichen dafür, dass die Regierung entweder gleichgültig ist oder diejenigen unterstützt, die Verbrechen gegen Christen begehen. Ein anderer Experte stellte fest, dass die meisten Angreifer von Personen in hohen Regierungspositionen gedeckt werden, was sie unantastbar macht. Wer Christen angreift, wird in der Regel nicht verhaftet.
- **Die Verfassung (oder eine vergleichbare nationale Gesetzgebung) schränkt die Religionsfreiheit ein, wie sie in Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte festgelegt ist:** Laut Verfassung gilt in Nigeria Religionsfreiheit. Abschnitt 10 der Verfassung von 1999 verbietet die Einführung einer Staatsreligion. Nach Abschnitt 15 ist die Diskriminierung aufgrund von Herkunft, Geschlecht, Religion, sozialem Stand, ethnischer oder sprachlicher Zugehörigkeit verboten. Mit der Übernahme des Scharia-Rechtssystems in den nördlichen Bundesstaaten wird die Scharia jedoch über die Verfassung gestellt. Die Anwendung der Scharia wirkt sich negativ auf die Christen aus.
- **Medienberichte über Christen sind inkorrekt oder voreingenommen:** Dies ist ein großes Problem in den nördlichen Staaten (und in Teilen des Zentralgürtels), ist aber im ganzen Land anzutreffen. Angriffe auf christliche Gemeinschaften werden oft als „kommunale Zusammenstöße“ gemeldet. Bei Vergeltungsangriffen werden oft Christen als die Initiatoren dargestellt. Die Medienberichterstattung seitens der Regierung und muslimischer Medien verzerrt und verschweigt oft bewusst die Verfolgung und Angriffe auf Christen durch Muslime. Manchmal werden Berichte zuerst von der Regierung gefälscht und dann in den Medien präsentiert.
  Einem Länderexperten zufolge tragen hinsichtlich systematisch falscher Berichterstattung über die Verfolgung von Christen die westlichen Medien die größte Schuld. Die nigerianische Regierung investiert massiv in Kampagnen zur Beeinflussung der internationalen Medien. Ein anderer Analyst drückt es so aus: „Muslime erzählen über Jahre ihre Version der Vorfälle. Es hat ihnen nie gepasst, Christenverfolgung anzuerkennen, weil sie nicht als die Aggressoren gesehen werden wollen. Tatsächlich stellen sie sich nicht als Aggressoren, sondern als Opfer dar; doch die Tatsachen vor Ort sprechen eine andere Sprache.“
- **Angeklagten Christen wird eine Gleichbehandlung vor Gericht verweigert:** Die lokalen Gerichte in den nördlichen Staaten (und in Teilen des Zentralgürtels) tragen zur Unterdrückung von Christen bei. In der Rechtsprechung herrscht eine große Ungleichheit, da die Mehrheit der Richter Muslime sind, die in einem zunehmend radikalisierten islamischen Umfeld leben. Sollte es ein Problem zwischen einem Christen und einem Muslim geben, weiß der Muslim, dass er meistens bevorzugt wird. Christen haben Gefängnisstrafen für Verbrechen verbüßt, für die ein Muslim rasch freigesprochen oder für die er gar nicht erst angeklagt wird. Manchmal werden Christen sogar vor Scharia-Gerichten angeklagt, die gar keine Zuständigkeit für Christen haben. Ihre Beweise zählen nur halb wie die eines Muslims.

Kirchliches Leben

- **Kirchliche Aktivitäten werden überwacht, ver- bzw. behindert oder gestört:** Dies geschieht in den nördlichen Staaten (und im Zentralgürtel). Erstens werden die Aktivitäten der Kirchen durch ständige Angriffe und durch die Zerstörung von Kirchengebäuden sowie durch Ermordungen oder Entführungen von Pastoren und Christen gestört. Wenn eine Kirche sich engagiert und dies einigen mächtigen Muslimen missfällt, wird es nur eine Frage der Zeit sein, bis die Kirche in Brand gesetzt wird. Zweitens werden kirchliche Aktivitäten von Zeit zu Zeit überwacht, verhindert oder erschwert. Kirchliche Aktivitäten werden aufgrund des geringen Maßes an Sicherheit oft nicht durchgeführt. Manchmal kann man den von den Behörden zum Schutz der Christen eingesetzten Sicherheitskräften nicht trauen, sie agieren eventuell selbst als Informanten und/oder bieten keinen Schutz. Drittens wird Christen in mehreren der nördlichen Bundesstaaten der Erwerb von Land für den Bau einer Kirche verwehrt.
- **Kirchen werden davon abgehalten, Christen muslimischer Herkunft öffentlich aufzunehmen:** In den nördlichen Bundesstaaten (und in Teilen des Zentralgürtels) könnte die offene Integration von Konvertiten in eine Gemeinde Gewalt gegen die Kirche und ihr Eigentum hervorrufen. Viele der Konvertiten vom Islam zum christlichen Glauben müssen wegen der Gefahr von Angriffen an sichere Orte in anderen Teilen Nigerias gebracht werden.
- **Pastoren und andere christliche Leiter (oder ihre Familienmitglieder) werden aufgrund ihres Glaubens schikaniert:** Dies geschieht in den nördlichen und in mehreren südlichen Bundesstaaten (und im Zentralgürtel). Pastoren und ihre Familienangehörigen werden zunehmend Ziel von Angriffen (z.B. Entführung oder Ermordung). Im Jahr 2019 erstellte die Leitung der Christian Association of Nigeria (CAN) Statistiken über Kirchenführer, die entweder entführt, getötet oder angegriffen wurden (insbesondere diejenigen, die sich zur Verfolgungssituation äußerten). Die Forschungsabteilung von Open Doors, World Watch Research (WWR), war bisher nicht in der Lage, eine Kopie dieser Daten zu erhalten.
- **Es ist für Kirchen und christliche Organisationen riskant, sich öffentlich zu Verfolgern zu äußern:** In einer Atmosphäre des Chaos, der Straflosigkeit und der zunehmenden Zwangsislamisierung ist es sehr riskant, sich öffentlich gegen die Verfolgung von Christen auszusprechen – vor allem in den Gebieten, in denen offene Gewalt herrscht (z.B. in den nördlichen Staaten einschließlich Teilen des Zentralgürtels und in einigen südlichen Staaten). Wie stark sich der Einzelne für Gerechtigkeit einsetzen kann, hängt vom jeweiligen Bekanntheitsgrad der Person ab. In den am stärksten von Gewalt betroffenen Gebieten haben Menschen mit hohem Bekanntheitsgrad mehr Möglichkeiten als Menschen mit niedrigem Bekanntheitsgrad.

Auftreten von Gewalt

- Die Gesamtzahl der getöteten Christen in Nigeria ging von 3.731 im Vorjahr auf 1.350 im aktuellen Weltverfolgungsindex 2020 zurück. Dafür gibt es verschiedene Gründe: Erstens wurden weniger Tötungen von Christen in Nigeria registriert, weil die Fulani-Hirten ihre Taktik geändert haben. Anstatt hauptsächlich Angriffe gegen christliche Anwesen und Kommunen durchzuführen, liegt der Schwerpunkt nun bei Entführungen (gegen Lösegeld) und Tötungen an Straßensperren (das Vorzeigen des Personalausweises kann den Tod bedeuten).

Dies ist auch die Strategie anderer bewaffneter Gruppen, von denen viele glauben, dass sie ebenfalls Fulani sind (zumindest ein Teil von ihnen). Zweitens sind die Daten nicht vollständig. In Ländern, in denen Verfolgung inmitten von Chaos und Konflikten geschieht, ist die Erhebung von Daten immer schwierig, doch World Watch Research, die Forschungsabteilung von Open Doors, erlebte bei der Datenerhebung für den aktuellen Berichtszeitraum außergewöhnliche Schwierigkeiten.

- Die Gesamtzahl der angegriffenen Christen in Nigeria liegt für den WVI 2020 bei 1.804. Im WVI 2019 lag sie bei 21.850. Dieser große Unterschied bedarf einer Erklärung. Im WVI 2020 verwendete WWR die Zahl 1000 als symbolische Zahl für die Anzahl der Christen, die körperlich oder psychisch misshandelt wurden (einschließlich Schläge und Todesdrohungen), da es einfach zu viele waren, um sie zu zählen. Es könnten sehr wohl viele Tausende gewesen sein. Die Anzahl der Frauen und Mädchen, die entführt, vergewaltigt oder anderweitig sexuell belästigt oder zur Heirat mit Nichtchristen gezwungen wurden, wird mit 804 angegeben. Dies ist eine reale Zahl, ist aber als absolutes Minimum zu verstehen. In dem Chaos und den Kämpfen in so vielen Teilen des Landes gibt es immer auch sehr schwerwiegende gewalttätige Übergriffe gegen Frauen und Mädchen. Auch Männer und Jungen sind stark betroffen, aber oft in anderer Weise. (Siehe „Verfolgungssituation für Männer und Frauen“ unten.)
- Die Zahl der verhafteten Christen betrug 245, im Vorjahr waren es 116. Die Zahlen aus geheimen Gefangenenlagern sind unbekannt.
- Die Gesamtzahl der angegriffenen christlichen Häuser/Läden wird auf 2.500 geschätzt, gegenüber 29.444 im Vorjahr. Dieser große Unterschied hat verschiedene Ursachen (zusätzlich zu den bereits genannten im Abschnitt davor zu den getöteten Christen mit der ‚symbolischen‘ Zahl 1000):

Im aktuellen Berichtszeitraum wurden allein in den Staaten Kaduna, Taraba, Nasarawa, Benue und Adamawa mehr als 1.500 Häuser von Christen zerstört. Nicht mitgerechnet sind hier Häuser und Grundstücke, die in den Staaten Borno und Yobe zerstört wurden. Die Zerstörungen gehen von zwei Gruppen aus: 1) Fulani-Hirten, die vor allem im Zentralgürtel verheerende Verwüstung anrichten. Im Regierungsbezirk Barkin Ladi im Bundesstaat Plateau sind die Menschen aus vielen Kommunen in Flüchtlingslagern untergebracht. Ihre Häuser sind völlig zerstört, eine Rückkehr ist für sie noch nicht möglich. 2) Boko Haram: Obwohl die Regierung behauptet, die Gruppe sei besiegt, greift Boko Haram noch immer Dörfer in den von Christen besiedelten Regionen im südlichen Borno und im nördlichen Adamawa an. Angriffe der ISWAP tragen zur Gewalt im Norden von Borno bei.

Tausende von christlichen Geschäften und Betrieben wurden geschlossen, und es ist schwierig, dazu Zahlen zu liefern. Besonders betroffen sind Kommunen, die Angriffe von Fulani-Hirten und auch Gewalt durch Boko Haram und ISWAP erfahren haben. Die Angriffe, Beschädigung und Plünderung von christlichem Eigentum geschehen direkt oder indirekt. **Direkt:** Betriebe werden gezielt ausgesucht und direkt angegriffen. **Indirekt**: Aufgrund fehlender Sicherheit sind viele Christen gezwungen, ihre Geschäfte oder Betriebe zu schließen. Zahlen dazu liegen nicht vor und machen eine Schätzungen unmöglich, deshalb wird die ‚symbolische’ Zahl 1000 verwendet.

Eine Anmerkung zu Vergeltungsmaßnahmen durch christliche Gruppen

Die Situation in Nigeria ist komplex, unterschiedliche Berichte über die Gewalt können verwirrend sein. Während die Christen auf die Fulani-Aggression hinweisen, sprechen die Fulani oft von Vergeltung für die von Christen gegen sie oder ihr Vieh begangene Gewalt. Auch Christen beanspruchen für sich, ihre Gewalt gegen Fulani-Gemeinschaften seien Akte der Vergeltung.

Im nigerianischen Kontext ergibt es keinen Sinn, Zeit damit zu verbringen, die ursprünglichen Täter zu identifizieren. In den meisten Fällen lösen kleine Vorfälle große Angriffe aus. Ein Beispiel ist der Vorfall am 08.05.2019 in der LGA Lau, Taraba State, über den weiter oben bereits berichtet wurde. Ein Streit zwischen einem Fulani-Hirten und einem Kona-Bauern war Auslöser für wochenlange Angriffe und Vergeltungsschläge, mit 65 Toten (55 davon Christen) und 18 niedergebrannten Dörfern (und dabei der Zerstörung von 15 Kirchen, zwei Grundschulen und einer Klinik). WWR-Quellen berichteten, dass zunächst ein Fulani-Hirte sein Vieh auf dem Grundstück eines Kona-Bauern weiden ließ, und vom Bauern (einem Christen) gefragt wurde, warum das Vieh seine Ernte fresse. Der Fulani-Mann zog darauf seine Waffe, schoss aber versehentlich auf seinen eigenen Bruder und tötete ihn. Danach zog er sich zurück und mobilisierte eine Gruppe von Fulani-Kämpfern, die dieses und mehrere andere Dörfer angriffen und viele Tote hinterließen. Sicherheitskräfte in der Region griffen nicht ein. Allerdings verhafteten sie im Juni 2019 viele Kona-Jugendliche, als Frauen und Jugendliche gegen die schlechte Sicherheitssituation demonstrierten. Kurz gesagt, oft besteht ein großes Ungleichgewicht zwischen dem Auslöser und dem Umfang der Vergeltung. Sehr oft sind christliche Bauern die Opfer.

7. Verfolgungssituation für Männer und Frauen

Wie Frauen Verfolgung erfahren:

- Entführung
- Diskriminierung/Schikane im Bildungsbereich
- Wirtschaftliche Schikane im Berufs-/Geschäftsleben
- Erzwungene Einhaltung religiöser Kleidungsvorschriften
- Wirtschaftliche Schikane durch Geldstrafen
- Zwangsverheiratung
- Verführung mit dem Ziel der Zwangskonversion
- Menschenhandel
- Ermordung
- Psychische Gewalt
- Sexuelle Gewalt
- Verbale Gewalt

Im Nordosten Nigerias und im Zentralgürtel bilden die Angriffe auf christliche Frauen und Mädchen und auch deren Leid – besonders mit Blick auf die geschlechtsspezifische Komponente – eine Kategorie für sich. Boko Haram und ISWAP im Nordosten sowie Fulani-Hirten im Zentralgürtel (und sogar in einigen südlichen Staaten) haben mit ihren Angriffen christliche Gemeinschaften terrorisiert, ihre Frauen entführt und sexuell missbraucht, einige zu Sexsklaven gemacht, einige getötet und trotzdem Lösegeld von den Angehörigen kassiert. Mit dem Ziel, christlich dominierte Gebiete zu entvölkern, wurden zunehmend christliche Mädchen entführt und zwangsverheiratet; auch verheiratete

Christinnen zählen zu den Opfern. In extremen Fällen werden jugendliche Mädchen mit Gewalt als Selbstmordattentäterinnen rekrutiert und eingesetzt.

Die Tatsache, dass in einigen Staaten die Ehe von Minderjährigen per Gesetz erlaubt ist sowie kulturelle und religiöse Normen, welche Mädchen vom Schulbesuch abhalten, verstärken dieses Problem noch. Zusätzlich führt die Angst, „einer christlichen Tochter könnte etwas zustoßen“, christliche Eltern dazu, ihre Töchter als eine Art „Schutz“ früh zu verheiraten.

Christliche Schüler in Schulen in vielen nördlichen Staaten sind gezwungen, islamische Schuluniformen zu tragen. Im Bundesstaat Kano müssen alle Mädchen in den Schulen Hosen und Hijab tragen. Die Tatsache, dass es für Mädchen gefährlich ist, zur Schule zu fahren (oder den Unterricht zu besuchen), hat zur Folge, dass ihre Eltern sie bevorzugt zu Hause behalten. Dies führt dazu, dass ungebildete Mädchen im Allgemeinen ihre Rechte nicht kennen. Darüber hinaus schicken Eltern wegen der Entführungen christlicher Mädchen ihre Töchter außerhalb der Scharia-Staaten zur Schule.

Wenn Frauen vergewaltigt werden, fällt es ihren Ehemännern oft schwer, das Trauma zu überwinden; viele Familien sind daran zerbrochen. Wenn Mädchen entführt werden, fällt die ganze Familie in eine tiefe Traurigkeit. Die Männer sehen es als oft als ihr persönliches Versagen, dass sie ihre Kinder nicht schützen konnten. Die Familien bleiben so in der Gemeinschaft mit einem tiefen Trauma und Stigma zurück. Dies kann wiederum zu weiteren Herausforderungen führen, wenn medizinische Versorgung wegen fehlender Ressourcen nicht geleistet werden kann. Ganz allgemein werden Frauen oft als minderwertig gegenüber Männern behandelt, vor allem in ländlichen Regionen, was Misshandlungen Vorschub leistet.

Innerhalb der Hausa-Volksgruppe herrscht die allgemeine Auffassung, dass Frauen nicht außerhalb des Hauses arbeiten und nicht für sich selbst sorgen sollen. Zunehmende Armut kann sie gegenüber dem Druck von Verfolgern noch verletzbarer machen und sie können in ihrem Bemühen zu überleben in vielerlei Probleme geraten. Zusätzlich zu der starken emotionalen und sozialen Belastung bringt Verfolgung so in manchen Gemeinschaften, in denen Witwen die Hauptverdiener der Familien sind, auch wirtschaftliche Schwierigkeiten mit sich.

Wie Männer Verfolgung erfahren:

- Entführung
- Diskriminierung/Schikane im Bildungsbereich
- Wirtschaftliche Schikane im Berufs-/Geschäftsleben
- Erzwungene Flucht aus Stadt oder Land
- Verhaftung durch die Behörden
- (Haus-)Arrest durch die Familie
- Zwangsrekrutierung zum Militärdienst oder durch Milizen
- Ermordung
- Körperliche Gewalt
- Psychische Gewalt

Im Nordosten Nigerias greifen Boko Haram und ISWAP christliche Männer und Jungen oft gezielt an, um sie zu töten; im Zentralgürtel (und in einigen südlichen Staaten) geschieht dies durch Fulani-Hirten.

Verschärft wird diese Situation durch die Aktivitäten nicht identifizierter Bewaffneter, zum Beispiel an Straßensperren. Von denen, die solche Angriffe überleben, werden viele entführt und gezwungen, sich militanten Gruppen anzuschließen. Durch gewalttätige Angriffe (auf Dörfer und Kirchen) und Morde soll die gegenwärtige Generation von Männern und Jungen ausgelöscht und darüber hinaus langfristig die Geburtenrate in christlichen Familien abgesenkt werden, weil die Männer fehlen. Zusätzlich stehen Jungen in der Gefahr, als Kindersoldaten rekrutiert werden, und es gibt Berichte, dass regelmäßig Leiter von Kirchen und ihre Mitglieder entführt werden, um Lösegeld zu erpressen.

Solche Angriffe haben eine verheerende Wirkung auf die Kirchen und christliche Familien. Männer sind in der Regel die Hauptverdiener. Die Abwesenheit der Männer oder ihre Arbeitsunfähigkeit setzt die Frauen der Zwangskonversion, Vergewaltigung und schierer Hoffnungslosigkeit aus. Selbst von den Männern, die nicht physisch bedroht sind, sind viele frustriert, da sie keine Zulassung zu Universitäten und keine Arbeit bekommen. Deshalb fühlen sie sich gezwungen, das Land auf der Suche nach besseren Möglichkeiten zu verlassen.

Es gibt eine weitere Dimension in der Strategie, Männer und älteren Jungen zu töten, Mütter und jüngeren Geschwister aber am Leben zu lassen. Die verbliebenen Familien sind sehr gefährdet und ein sichtbarer Beweis für die überwältigende Macht der Täter. Dies zeigt sich besonders darin, dass die Täter nie zur Rechenschaft gezogen werden.

8. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Die Geschichte der Verfolgung in Nigeria ist hauptsächlich die Geschichte der Christenverfolgung. Aber es gibt noch weitere, die mit Feindseligkeiten konfrontiert sind.

Nicht alle Fulani sind gewalttätige Kämpfer. Viele von ihnen, vor allem diejenigen, die seit vielen Jahren sesshaft geworden sind und mit ihren christlichen Nachbarn zusammenleben, wollen einfach nur ihr Tagewerk verrichten, werden aber zunehmend mit Gewalt durch Vergeltungsangriffe christlicher Jugendlicher konfrontiert.

Auch die Schiiten (Islamische Bewegung Nigerias) erleben Verfolgung. Sie werden von sunnitischen Gruppen angegriffen. Mitglieder werden getötet und Anführer von der Regierung inhaftiert. Die Regierung versteht ihr Handeln nicht als Verfolgung. Aus ihrer Sicht geht sie gegen eine Gruppe vor, die angeblich versucht, ein Staat innerhalb eines Staates zu sein; und als Bewegung mit eigenen Gesetzen im Land zu operieren.

Auch die (im Judentum verankerte) Separatistenbewegung aus Biafra wird verfolgt.

9. Der Ausblick für Christen

Der Ausblick aus der Perspektive von vier (sehr) starken und miteinander vermischten Triebkräften von Verfolgung: Islamische Unterdrückung, Diktatorische Paranoia, Organisiertes Verbrechen und Korruption und Ethnisch begründete Anfeindungen:

Die vorherrschende Bedrohung für die Kirche in Nigeria ist der allgegenwärtige und immer weiter voranschreitende Prozess der Zwangsislamisierung des Landes. Das ist nicht neu, hat sich aber während der Präsidentschaft von Muhammadu Buhari noch verstärkt. Der abschließende Abschnitt unten folgt einem Frage- und Antwortformat:

In welche Richtung haben sich im Land in den letzten 12 Monaten Veränderungen im Umgang mit Christen und/oder den Kirchen ergeben?

Die Art und Weise, wie Christen gesehen und behandelt werden, hat sich in den letzten 12 Monaten in Nigeria verschlechtert. Dies wird auf zwei Ebenen deutlich: Im Konzept der Regierung hinsichtlich Ernennungen von Staatsbediensteten sowie bei der Zuteilung von Ressourcen und politischem Kapital werden Christen nicht berücksichtigt. Zweitens werden diejenigen, die Christen angreifen und christliche Besitztümer zerstören, nicht aufgehalten und nicht strafrechtlich verfolgt. Noch tragischer wird dies durch die häufige Weigerung, den christlichen Kommunen Sicherheitskräfte zuzuteilen. Werden aber doch Sicherheitskräfte zugeteilt, so sind es zumeist Muslime, die kompromittiert und nicht bereit sind, Christen zu schützen, denn diese sind in ihren Augen Ungläubige.

Laut Analysten ist das Ausmaß der Angst von Christen sehr hoch und wächst schnell. Warum?

Die Angst wächst unter der derzeitigen Regierung rapide. Im Allgemeinen sind die Christen besorgt, dass es eine islamische Agenda zur Beherrschung des Landes gibt und Nigeria zu einem islamischen Staat gemacht werden soll. Die Angst wird noch verstärkt durch die nicht enden wollende, ständig wachsende Bedrohung durch identifizierte und nicht identifizierte Bewaffnete, von denen sich viele offensichtlich für die Ausbreitung des Islam einsetzen. Außerdem steigt die Zahl der Nigerianer, die für den Hadsch nach Saudi-Arabien gehen. Es wird nicht beobachtet, wen sie dort treffen und was sie besprechen. Auch der zunehmende Einfluss des Islam in Regierungskreisen macht die Christen immer mehr zu Bürgern zweiter Klasse. Dies wird durch die Weigerung, den nigerianischen Christen Sicherheit zu garantieren, noch verschlimmert.

Wie würden Sie das Wachstum der Kirche im Land in den letzten 12 Monaten beschreiben?

Generell wächst der christliche Glaube in Nigeria rasch. Erstens gibt es das physische Wachstum und das Vordringen des christlichen Glaubens in Gebiete, die als ausschließlich muslimisch galten. Dies zeigt sich in der Zahl neu gebauter Kirchen, neu eröffneter Ausbildungsstätten, der Ausbildung von mehr Pastoren und der Hinwendung von Kommunen zum christlichen Glauben. Die zweite Ebene des Wachstums ist das wachsende Bewusstsein der Christen, dafür zu sorgen, dass die christliche Identität Teil des politischen Prozesses werden muss, um soziale und politische Maßnahmen zu beeinflussen. Ein dritter Aspekt ist die Art und Weise, wie soziale Medien heute zur Verbreitung des christlichen Glaubens genutzt werden. Das hat enorm zugenommen und Millionen junger Menschen den Weg zum christlichen Glauben eröffnet.

Betrachtet man die Brennpunkte der Gewalt, bedarf dieses Bild einer leichten Korrektur. Gewalt nimmt Einfluss auf den Gottesdienstbesuch. Um ein paar Beispiele zu nennen: Es gibt bestimmte Orte in Jos (Plateau State), wo Kirchengebäude aufgrund der gewalttätigen Feindseligkeit von Muslimen aufgegeben werden mussten. In den Staaten Borno und Yobe gibt es in den großen Städten noch immer eine große Anzahl von Menschen, die in die Kirche gehen, aber in einigen der ländlichen Gebiete ist dies aufgrund der Angriffe von Boko Haram und ISWAP nicht möglich.

Gibt es irgendwelche „Frühwarnsignale“, die darauf hinweisen, dass auf die Kirchen und einzelnen Christen in Nigeria in Zukunft möglicherweise stärkere Verfolgung zukommt?

Ein Experte für das Land erklärt, dass seit Präsident Buhari 2015 an die Macht kam, „die Morde einen neuen Höhepunkt erreicht haben. Dabei hatte man gedacht, dass der neue Präsident, der als Kandidat für Recht und Ordnung eintrat, die Sache schnell in den Griff kriegen würde.

Das war leider nicht der Fall. Er hat zwar dem Kampf gegen Boko Haram im Nordosten etwas Aufmerksamkeit geschenkt, aber gleichzeitig hat er die Augen vor den Angriffen der Fulani-Hirten im Zentralgürtel verschlossen. Der Präsident hat 2015, 2016, 2017 buchstäblich geschwiegen. Hinzufügt werden muss, dass es ihm gesundheitlich nicht gut ging, so dass nicht viel getan wurde. Als er 2018 sprach, rechtfertigte er die Angriffe damit, dass es sich bei den Angreifern um Fulani von außerhalb des Landes handele, die mit Waffen aus Libyen geflohen seien. Als er bei einer Pressekonferenz vor den Augen der Welt Seite an Seite mit Präsident Trump im Rosengarten des Weißen Hauses stand, sagte Präsident Buhari, dass Fulanis keine AK 47, sondern Stöcke trügen. Das war unglaublich. Und doch töten die Fulani Männer und Frauen in seinem Land mit AK 47."

Ein anderer Beobachter gab an: „Die Christen kommen zu dem Schluss, dass der Präsident und einige seiner Hauptakteure nicht am Schutz der Christen interessiert sind, sondern an der Verteidigung der Aktionen seiner Fulani-Stammesbrüder."

Die zunehmende Präsenz gewalttätiger islamischer Gruppen im Land und in Nachbarländern lässt weitere Gefahr für die Zukunft erahnen. Boko Haram, ISWAP, Fulani-Hirten und nicht identifizierte Bewaffnete besitzen Waffen aller Art und in Mengen, die die Frage aufwerfen, woher sie kommen. Länderexperten behaupten, dass es ausländischen Einfluss aus Saudi-Arabien, Katar, Iran und möglicherweise der Türkei gibt, um die Ideologie des extremistischen Islam in Nigeria zu finanzieren und zu fördern.

Eine weiteres Warnzeichen ist, dass der gesamte Sicherheitsapparat in Nigeria unter Präsident Buhari (seit 2015) unter die Kontrolle von Muslimen gebracht wurde. Während dieses Prozesses ignorierte der Präsident den öffentlichen Aufschrei der Bürger wegen der Sicherheitslage, die nach wie vor unberechenbar ist und sich weiter verschlechtert.

Auch der Klimawandel wird Nigeria durch die Ausweitung der Wüstenbildung beeinflussen. Während der Klimawandel und die Umweltzerstörung in Nigeria genutzt wurden, um die Verfolgung von Christen zu verschleiern (mit Verweis auf den Kampf um Weidegründe), werden die anhaltenden Auswirkungen die turbulente Situation im Land weiter erschweren. Es muss eine Lösung gefunden werden.

Wenn sich die derzeitige Situation in unveränderter Weise weiterentwickelt, könnte es zu einem totalen Chaos kommen. Aus der Asche könnte ein neues Nigeria entstehen, aber eines, das auf den bitteren Früchten des gewalttätigen Dschihadismus aufgebaut ist und in dem die nigerianische Kirche extrem geschwächt, wenn nicht sogar völlig zerstört ist. Ein solches Szenario wäre nicht nur für Nigeria, sondern auch für die gesamte Region und darüber hinaus katastrophal. Eine Vorschau darauf, wie das aussehen könnte, präsentierte das kurzlebige Kalifat des Islamischen Staates (IS) in Syrien/Irak.

zurück zur Länderübersicht

Saudi-Arabien: Platz 13

Zusammenfassung

Die meisten Christen in Saudi-Arabien leben und arbeiten nur vorübergehend im Land. Der Großteil der ausländischen Christen stammt aus Ländern mit niedrigen oder mittleren Einkommen wie Indien, den Philippinen und afrikanischen Ländern, doch manche kommen auch aus der westlichen Welt. Die asiatischen und afrikanischen Arbeiter werden nicht nur ausgebeutet und schlecht bezahlt, aufgrund ihrer ethnischen Herkunft und ihres geringen sozialen Status sind sie regelmäßig auch verbaler und körperlicher Gewalt ausgesetzt – hierbei kann außerdem ihr christlicher Glaube eine Rolle spielen. Ausländische Christen sind in ihren Möglichkeiten, sich zum Gottesdienst zu versammeln und ihren Glauben mit Muslimen zu teilen, extrem eingeschränkt, da Verhaftung und Ausweisung drohen.

Die wenigen saudischen Christen muslimischer Herkunft stehen jedoch unter noch stärkerem Druck, besonders durch ihre Familien. Auch ausländische Muslime, die zum christlichen Glauben konvertieren, sehen sich starker Verfolgung ausgesetzt, die wahrscheinlich ähnlich hoch ist wie in ihrem Heimatland. Aufgrund des extrem hohen Drucks sprechen ausländische Christen nicht über ihren Glauben. Die meisten von ihnen sind wie auch die saudischen Christen muslimischer Herkunft sind gezwungen, ihren Glauben geheim zu halten. Dennoch wächst die kleine Zahl der saudi-arabischen Christen allmählich. Sie werden immer mutiger darin, ihren Glauben weiterzugeben, etwa im Internet oder in christlichen Satelliten-Fernsehprogrammen. Solch öffentliche Bekenntnisse haben jedoch häufig zu ernsthaften Konsequenzen vonseiten ihrer Familien oder der Behörden geführt.

Beispiele aus dem aktuellen Berichtszeitraum

Aus Sicherheitsgründen können hierzu nur wenige detaillierte Angaben gemacht werden.

- Vergewaltigungen und sexuelle Belästigung sind unverändert ein massives Problem in Saudi-Arabien; Christinnen, die als Hauspersonal arbeiten, sind besonders gefährdet.
- Viele Christen muslimischer Herkunft stehen unter enormem Druck ihrer Familien. Mehrere saudische Christen wurden Berichten zufolge wegen ihres Glaubens körperlich missbraucht, meist innerhalb ihrer Familie.
- Es gab Berichte über Verhaftungen mehrerer saudischer und ausländischer Christen.

---

1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 79 Punkten nimmt Saudi-Arabien Rang 13 auf dem Weltverfolgungsindex (WVI) 2020 ein. Der Anstieg um zwei Punkte und zwei Positionen im Vergleich zu WVI 2019 erklärt sich durch eine höhere Punktzahl für den Druck, da mehr Informationen aus dem Land eingegangen sind. Die Punktzahl für Gewalt ist im Vergleich zum Vorjahr gleichgeblieben. Die durchschnittliche Punktzahl für den Druck verbleibt auf einem extremen Niveau in Saudi-Arabien, einem der wenigen Länder, in denen Kirchengebäude immer noch verboten sind, wobei die Punktzahl für die Gewalt relativ gering ist.

2. Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung

Das Wüstenkönigreich ist vom Wahhabismus geprägt und kontrolliert die islamischen heiligen Städte Mekka und Medina. Der Koran und die Sunna (wörtlich: „Traditionen“) sind in Saudi-Arabien zur Verfassung erklärt worden und werden von religiösen Führern nach der strengen Lehrrichtung der Hanbaliten interpretiert. Saudi-Arabiens Rechtssystem basiert auf islamischer Rechtsprechung, der Scharia. Auf dieser Rechtsgrundlage darf nur der offiziell anerkannte wahhabitische Islam öffentlich praktiziert werden; andere Religionen offen auszuüben, ist verboten.

Alle saudischen Bürger gelten als Muslime; ausländische Anhänger anderer Religionen dürfen ihren Glauben nur im privaten Rahmen ausüben. Auf Apostasie, den Abfall vom Islam, steht weiterhin die Todesstrafe, auch wenn in den letzten Jahren keine Beispiele von gerichtlich angeordneten Hinrichtungen aus diesem Grund bekannt geworden sind.

Ethnisch oder traditionell begründete Anfeindungen (vermischt mit Islamischer Unterdrückung)

Ausgehend von dieser Triebkraft wird in aller Regel Druck ausgeübt, um den fortwährenden Einfluss jahrhundertealter traditioneller Bräuche von Stämmen oder ethnischer Volksgruppen in Gemeinschaften und Haushalten durchzusetzen. Im Fall von Saudi-Arabien sind die ethnisch begründeten Anfeindungen stark durch den Islam geprägt. Davon betroffen sind vor allem Christen muslimischer Herkunft.

Diktatorische Paranoia

Die saudische Monarchie hat die absolute Macht und Autorität im Land. So kann der Monarch jedes von ihm gewünschte Gesetz umsetzen, solange es mit der Scharia und dem Koran übereinstimmt. In einem unerwarteten Schritt beförderte König Salman im Juni 2017 seinen Sohn zum Kronprinzen. Nach Ansicht von Beobachtern unternahm er diesen Schritt wohl eher, um die monarchische Vorherrschaft der Familie zu bewahren als aufgrund einer klar definierten Vision für das Land. Ein Hauptziel der Herrscher, vor allem des Königs und des Kronprinzen, ist die Erhaltung des Status quo, indem sie ihre eigene Macht behaupten. Das beinhaltet die sorgfältige Kontrolle aller Strömungen, die als regimekritisch angesehen werden oder soziale Spannungen entfachen könnten. Die beiden obersten Autoritäten des Landes haben viele Veränderungen vorgenommen, die zwar vor allem einheimische Bürger betreffen, sich jedoch auch auf Ausländer im Allgemeinen auswirken. Dabei zielen die Änderungen nicht in erster Linie auf die wenigen Christenunter ihnen ab. Ein Beispiel dafür ist die Erhöhung der Visagebühren für alle Angehörigen von in Saudi-Arabien lebenden Ausländern, die dazu führt, dass mehr ausländische Christen das Land aus wirtschaftlichen Gründen verlassen. Das schmälert die christliche Präsenz und die damit Möglichkeiten, den christlichen Glauben ins Land zu tragen.

3. Verfolger

Islamische Unterdrückung

- **Regierungsbeamte:** Saudi-Arabien möchte als Verteidiger des Islam gesehen werden, als Land mit einer hundertprozentig muslimischen Bürgerschaft. Verfolgung gilt jedem, der dieses Bild trübt. Die Behörden tragen durch Aufrechterhaltung und Umsetzung von hochgradig repressiven Gesetzen, die die Religionsfreiheit einschränken, stark zur Verfolgung bei. Allerdings bleibt der Staat oft verhältnismäßig passiv und verlässt sich auf den noch stärkeren gesellschaftlichen Druck, um sicherzustellen, dass Christen und andere religiöse Minderheiten in Schach gehalten werden. Dies betrifft:

  i) Ausländische Christen und Arbeitsmigranten: Für die vielen Gruppen, die sich regelmäßig in privaten Räumlichkeiten zu Gottesdiensten treffen, geht die größte Gefahr von Nachbarn und dem sozialen Umfeld aus. Die staatlichen Behörden schalten sich normalerweise nur dann ein, wenn das soziale Umfeld dies verlangt.
  ii) Christen muslimischer Herkunft (vor allem saudische Staatsbürger): Die Behörden können ihnen gegenüber zwar hart durchgreifen und tun dies auch; in der Praxis geschieht dies jedoch oft nur auf Veranlassung von Angehörigen der Familie oder des sozialen Umfelds hin.

  Die Religionspolizei war früher dafür zuständig, die Einhaltung religiöser Regeln durchzusetzen. Sie bestrafte jeden, der sich nicht an die Kleiderordnungen hielt (etwa Männer in Shorts oder Frauen mit nicht vollständig bedecktem Haar), und übte Druck auf diejenigen aus, die sich während der Gebetszeiten außerhalb der Moschee aufhielten. In den letzten Jahren hat sich die Macht der Religionspolizei jedoch deutlich verringert.
- **Nichtchristliche religiöse Leiter:** Oft betrachten prominente Führungspersönlichkeiten oder Personen mit hohem Ansehen in ihrem sozialen Umfeld wie Imame, Universitätsprofessoren oder Ärzte es als ihre Aufgabe, die Gesellschaft vor schlechten Einflüssen zu bewahren. Das funktioniert gewissermaßen wie ein Stammessystem in einer Gemeinschaft, die im Alltag kaum noch derartige Merkmale aufweist (z.B. in den Städten). Die Angst vor feindseligen Äußerungen oder Handlungen islamischer Führer trägt dazu bei, dass sich Christen muslimischer Herkunft zu großer Vorsicht gezwungen sehen. Obwohl nicht viele Fälle bekannt sind, in denen religiöse Führer im Berichtszeitraum WVI 2020 Übergriffe gegen Christen unmittelbar angezettelt haben, tragen sie vor dem vor dem Hintergrund der allgemein herrschenden Feindseligkeit (insbesondere gegenüber Konvertiten) durch ihre besondere Autorität erheblich zum Druck auf die Christen bei. Dazu gehören zum Beispiel Aufrufe zur radikalen Einhaltung der wahhabitischen Regeln, einschließlich des Appells, Druck auf jeden auszuüben, der die Lehren dieser strengen Form des Islam missachtet.
- **Gewöhnliche Bürger:** Generell gibt es in der Gesellschaft eine ausgeprägte antichristliche (und gegen alles nicht-islamische gerichtete) Haltung. Obwohl die Gesellschaft im weiteren Sinne keine unmittelbare Bedrohung darstellt, gehen aus ihrer Mitte häufig Impulse für staatliche oder familiäre Interventionen aus. Wenn sich Nachbarn beispielsweise darüber beschweren, dass ausländische Christen bei ihren Treffen übermäßigen Lärm verursachen oder rücksichtslos parken, könnten sich die Behörden gezwungen sehen, Maßnahmen zu ergreifen.

Eine ähnliche Reaktion ist wahrscheinlich, wenn Arbeitskollegen oder Nachbarn eine Person aus ihrem Umfeld verdächtigen zum christlichen Glauben übergetreten zu sein. Sie würden höchstwahrscheinlich die Familie des Konvertiten informieren, die dann schwerwiegende Maßnahmen ergreifen könnte. Diese Bedrohung durch die Gesellschaft gilt gleichermaßen im Kontext des Internets und der sozialen Medien.

- **Die eigene Familie:** Die Entscheidung eines Familienmitglieds für den christlichen Glauben gilt als eine große Schande, , die von der Familie getilgt werden muss. Handelt es sich um einen verheirateten Mann, werden ihm Frau und Kinder weggenommen; von der Familie des Ehemannes wird in diesem Fall erwartet, dass sie geeignete Maßnahmen ergreift, um den Ehemann zum wahren Islam zurückzuführen. Feindseligkeit vonseiten der Familie und Gesellschaft (beziehungsweise die Angst davor) ist eine der am meisten verbreiteten Arten, wie saudische Christen Verfolgung erleben. (Dies betrifft vor allem saudische Christen muslimischer Herkunft, da die meisten ausländischen Konvertiten ihre Familien nicht bei sich haben. Allerdings ist das Ausmaß der Verfolgung durch die Gesellschaft im Allgemeinen vergleichbar mit dem der saudischen Christen.)
- **Anführer ethnischer Gruppen:** Stammesführer setzen den Islam als Teil ihrer Jahrhunderte alten Stammeswerte durch. Jeder Stamm geht auf eigene Art mit Abweichungen um. Wird der Glaubenswechsel eines ihrer Mitglieder öffentlich, sind sie in der Regel bereit, zu jedem Mittel zu greifen, um ihn oder sie zum ursprünglichen Glauben des Stammes (Islam) zurückzubringen. Dazu gehört die erzwungene Entlassung eines Konvertiten aus dem Arbeitsleben, Scheidung, erzwungene Rückkehr von einem Auslandsstudium, Zwangsheirat etc.
- **Gewalttätige religiöse Gruppen:** Hier handelt es sich um unabhängige Gruppen, die keinen Respekt vor Stämmen oder der Regierung haben und versuchen, die Gesellschaft zu radikalisieren, wie z.B. die Gruppe des Islamischen Staates (IS). Al-Kaida ist im Jemen aktiv, und es wird angenommen, dass sie auch in Saudi-Arabien eine Bedrohung darstellen. Diese zumeist sunnitischen Gruppen haben eine starke Gruppenkultur; sie versuchen, schiitische Muslime und Ausländer zu bekehren und beeinflussen die Menschen in ihrem gesellschaftlichen Umfeld. Wenn lokale Gruppen von christlichen Konvertiten hören, werden sie alles Erdenkliche tun, um diese Christen zu verfolgen. Vor allem saudische Christen wissen, dass diese Gruppen wahrscheinlich unbestraft bleiben, wenn sie gegen einen „Abtrünnigen“ vorgehen. Im Allgemeinen ist die Regierung recht erfolgreich darin, terroristische und gewalttätige religiöse Gruppen in Schach zu halten, die eine Gefahr für die Herrscher und die nationale Stabilität darstellen. Deshalb gibt es also keine ständige Bedrohung durch gewalttätige religiöse Gruppen. Allerdings gibt es Unsicherheiten und Unklarheiten in den saudischen Beziehungen zu einigen religiösen Gruppen, die Gewalttaten in der Region verübt haben. Obwohl die Aktivitäten solcher Gruppen höchstwahrscheinlich begrenzt sind, bedeutet das hohe Maß an Feindseligkeit solcher Gruppen (besonders) gegenüber Konvertiten und ausländischen Christen, dass sie immer noch eine Bedrohung für das christliche Leben darstellen.

Ethnisch oder traditionell begründete Anfeindungen (vermischt mit Islamischer Unterdrückung)

- **Anführer ethnischer Gruppen:** Jeder Stamm geht auf eigene Art mit Abweichungen um. Wenn der christliche Glaube eines Stammesangehörigen öffentlich wird, greifen Stammesmitglieder auf alle erdenklichen Mittel zurück, um eine Rückkehr zum Islam zu erzwingen.

- **Die eigene Familie:** Das Verlassen des Islam ist eine große Verletzung der Familien- und Stammesehre und wird ziemlich sicher zu gewalttätigen Reaktionen der direkten oder erweiterten Familie eines Konvertiten führen.
- **Regierungsbeamte:** Die Regierungsbehörden ziehen es normalerweise vor, sich nicht in Glaubensfragen einzumischen, aber sie werden es tun, wenn die Stammesführer dem zustimmen. Außerdem werden sie wahrscheinlich nicht eingreifen, wenn Stammesführer gewalttätig gegen eines ihrer Mitglieder agieren, das zum christlichen Glauben übergetreten ist.
- **Nichtchristliche religiöse Leiter:** Religiöse oder örtliche Führer sehen es als ihre Verantwortung, ihre Gemeinschaft von christlichen und anderen unerwünschten Einflüssen frei zu halten. Dies funktioniert ähnlich wie in einem Stammessystem - vor allem dort, wo der Stamm weniger Einfluss hat, wie zum Beispiel in Städten.
- **Gewöhnliche Bürger:** In der Stammesgesellschaft ist es gefährlich, gegen traditionelle Meinungen und Lebensweisen zu verstoßen. Das erweiterte Umfeld stellt eine stetige Bedrohung für Konvertiten dar; denn sobald jemand von ihrem Glaubenswechsel erfährt, wird er mit hoher Wahrscheinlichkeit die Familie des „Abtrünnigen“ informieren.

Diktatorische Paranoia

- **Regierungsbeamte:** Die saudischen Herrscher, insbesondere der König und der Kronprinz, setzen ihr Möglichstes daran, den Status quo zu erhalten. Sie wollen in jedem Fall die eigene Macht behaupten und kontrollieren deshalb sorgfältig alle Strömungen, die als regimekritisch angesehen werden oder soziale Spannungen entfachen könnten. Besonders saudische Christen muslimischer Herkunft „beflecken“ den stolzen Ruf des Landes als Hüter der beiden heiligen Moscheen, daher wird die Existenz dieser Christen geleugnet. Staatsbeamte handeln oft gegen Christen, wenn sie von Familienmitgliedern oder Menschen aus dem sozialen Umfeld dazu aufgefordert werden.

4. Regionale Brennpunkte der Verfolgung

Das Verfolgungsniveau in Saudi-Arabien ist im Allgemeinen landesweit gleich, obwohl die soziale Kontrolle in ländlichen Gebieten wahrscheinlich höher ist. Eine mögliche Ausnahme sind Wohnkomplexe westlicher Ausländer, bei denen es weniger Kontrolle und Druck gibt, sich an strenge islamische Normen zu halten.

5. Betroffene Christen

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

Die meisten in Saudi-Arabien lebenden Christen sind Ausländer, die nur zeitweise im Land leben und arbeiten. Dabei handelt es sich sowohl um Christen aus Ländern der westlichen Welt und des Mittleren Ostens als auch aus Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen wie Indien, den Philippinen oder afrikanischen Ländern. Die asiatischen und afrikanischen Gastarbeiter werden nicht nur ausgebeutet und schlecht bezahlt; aufgrund ihrer ethnischen Herkunft und ihres geringen sozialen Status sind sie regelmäßig auch verbaler und körperlicher Gewalt ausgesetzt und stehen unter ständigem Druck, zum Islam zu konvertieren. Ausländische Christen sind in ihren Möglichkeiten, sich zum Gottesdienst zu

versammeln und ihren Glauben mit Muslimen zu teilen, extrem eingeschränkt, da Verhaftung und Ausweisung drohen.

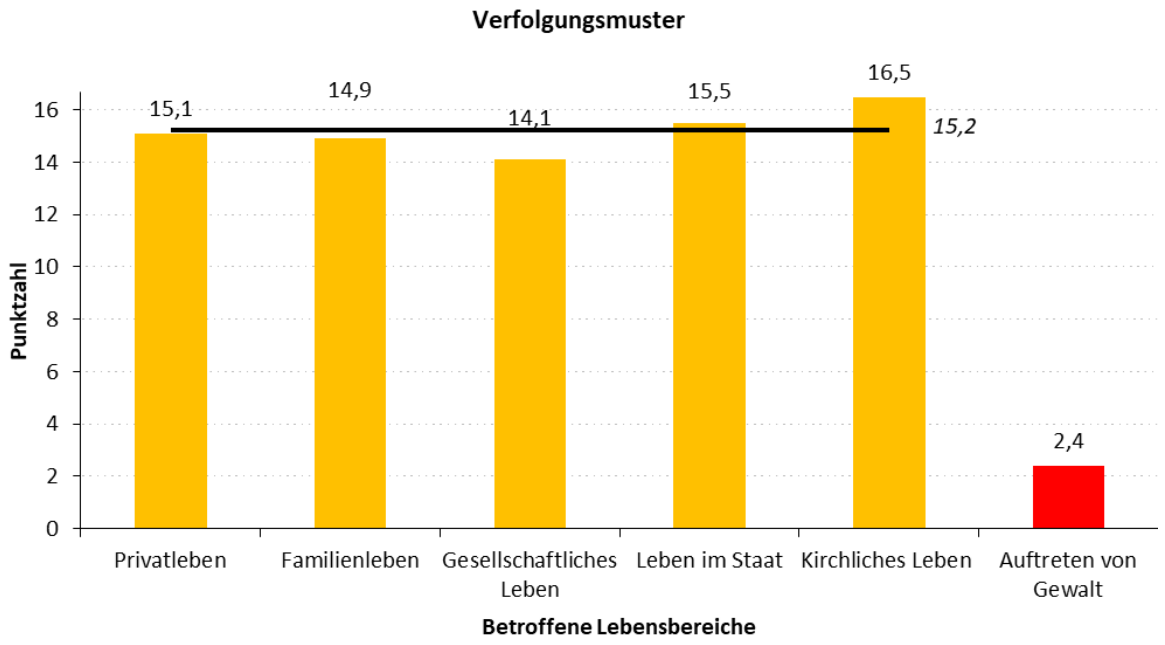
Christen anderer religiöser Herkunft

Christen anderer religiöser Herkunft entstammen meist muslimischem Hintergrund und sind vor allem unter arabischen Migranten zu finden. Oftmals sind sie enttäuscht über die Radikalisierung der islamischen Gesellschaft.

Wenn diese im Ausland lebenden Konvertiten früher als Muslime bekannt waren und Teil von Kleinstgemeinschaften ihres Heimatlandes sind, sind sie in der Regel der gleichen (oder stärkerer) Verfolgung ausgesetzt wie in ihrem Heimatland. Deshalb leben die meisten als geheime Christen, um den Verlust des Arbeitsplatzes sowie körperlichen oder geistigen Missbrauch zu vermeiden.

Die wenigen saudische Christen muslimischer Herkunft müssen ihren Glauben im Allgemeinen strengstens geheim halten. Viele von ihnen sind durch christliches Satellitenfernsehen zum Glauben gekommen oder sind Jesus Christus in Träumen und Visionen begegnet. Das geschieht manchmal, während sie sich auf der islamischen Pilgerreise nach Mekka befinden, dem sogenannten Hadsch. Außerdem trägt das Internet dazu bei, dass Einheimische Zugang zu christlichem Material erhalten – auch wenn dieser Zugang stark eingeschränkt ist, da die Nutzung des Internets in Saudi-Arabien von den Behörden streng kontrolliert wird. Dennoch ist die kleine Zahl der saudi-arabischen Christen gewachsen und sie sind mutiger geworden. Einige teilen ihren Glauben mit anderen sogar über das Internet oder christliche (Satelliten-)Fernsehprogramme. Ein solches öffentliches Zeugnis hat aber häufig zu ernsthaften Konsequenzen vonseiten der eigenen Familie oder der Behörden geführt.

6. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Saudi-Arabien

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das

Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Der durchschnittliche Druck auf Christen liegt auf einem extremen Niveau und steigt, bedingt durch mehr Informationen aus dem Land, von 14,9 Punkten aus dem WVI 2019 auf 15,2 im WVI 2020.
- Die Wertung in allen Lebensbereichen ist exrem hoch. Der höchste Druck herrscht in den Bereichen „Kirchliches Leben“, „Leben im Staat“ und „Privatleben“. Das ist typisch für eine Situation, bei der Islamische Unterdrückung die Haupttriebkraft der Verfolgung darstellt und mit Diktatorischer Paranoia verknüpft ist.
- Die Verfolgung, die von einer Mischung aus Islamischer Unterdrückung und Ethnisch begründeter Anfeindungen ausgeht, ist vor allem in den Bereichen „Privatleben“, „Familienleben“ und „Gesellschaftliches Leben“ präsent. Besonders Christen mit muslimischem Hintergrund sind davon betroffen – sie erfahren Verfolgung durch ihr soziales Umfeld.
- Der Wert für „Auftreten von Gewalt“ bleibt wie im Vorjahr bei 2,4 Punkten im WVI 2020.

Zu jedem der Lebensbereiche sind im Folgenden jeweils ausgewählte Teilaspekte genannt, die im betreffenden Lebensbereich für die Christen zu den gravierendsten Schwierigkeiten gehören.

Privatleben

- **Es ist für Christen riskant, ihren Glauben in schriftlicher Form persönlich zu bekunden (auch auf Blogs oder über Facebook, etc.):** Es kann für alle Christen riskant sein, über ihren Glauben in sozialen Medien zu schreiben, da dies als Evangelisieren von Staatsangehörigen wahrgenommen werden kann. Das ist für nicht-sunnitische islamische Glaubensrichtungen streng verboten. Ausländische Christen müssten in einem solchen Fall Konsequenzen für ihre Arbeitssituation befürchten. Die drohenden Konsequenzen dürften für Christen muslimischer Herkunft besonders schwerwiegend sein, da sie auf diesem Weg einen Beweis für ihren Glaubensabfall vom Islam liefern würden.
- **Es ist für Christen riskant, christliche Bilder oder Symbole zu zeigen:** Es kommt einer Provokation gleich, christliche Bilder und Symbole in der Öffentlichkeit zu zeigen. Westliche Christen aus dem Ausland vermeiden dies, da es zu Ärger bei den Einheimischen und/oder Ausweisung führen kann. Für saudische oder andere Christen mit muslimischem Hintergrund käme die Zurschaustellung christlicher Symbole einem Eingeständnis von Apostasie gleich und könnte so heftige Reaktionen von Staat, Gemeinde und Familie auslösen.
- **Es ist für Christen riskant, mit Familienmitgliedern über ihren Glauben zu reden, die nicht zum engsten Kreis gehören (erweiterte Familie, andere):** Da die stärkste Verfolgung von Christen muslimischer Herkunft durch ihre Familie und ihr soziales Umfeld geschieht, lassen die meisten von ihnen bei Gesprächen über religiöse Themen extreme Vorsicht walten. Das betrifft auch den erweiterten Familienkreis, denn oft rührt von dort der Druck her, der zu Gewalttaten durch Familienangehörige führt. Die einzige Ausnahme ist, wenn auch unter den Freunden Christen sind; aber auch in diesem Fall würde man derartige Gespräche an einem geheimen Ort führen. Ausländer müssen um jeden Preis den Anschein vermeiden, ihr Ziel sei es, Muslime für den christlichen Glauben zu gewinnen.

- **Christen werden von anderen Familienmitgliedern oder gleich gesinnten Christen isoliert (beispielsweise durch Hausarrest:** Für saudische Konvertiten stellt das Bekanntwerden ihres Glaubens eine erhebliche Bedrohung dar. Ächtung oder Isolation von Familienmitgliedern sind weit verbreitet (und stellen angesichts der Akzeptanz von mehr gewaltsamen Maßnahmen eine vergleichsweise milde Reaktion dar). Die Isolierung von anderen Christen ist oft selbst auferlegt, weil sie nur sehr zögerlich Vertrauen fassen und Angst vor den Auswirkungen haben, wenn breitere Kreise von ihrem neuen Glauben erfahren. Auch christliche Hausmädchen und ausländische Arbeiter in Wohnquartieren sind aufgrund der Arbeitsbedingungen oft von der Gemeinschaft mit anderen Christen abgeschnitten.

Familienleben

- **Christliche Taufen werden be- oder verhindert:** Saudische oder andere Christen muslimischer Herkunft können nicht offen getauft werden. Wenn eine Taufe bei den Behörden oder innerhalb des sozialen Umfeldes bekannt wird, hat dies starke Auswirkungen, da die Taufe ein klarer Beweis für den Glaubensabfall ist. Die öffentliche Taufe eines ausländischen Christen würde gegen das Verbot der öffentlichen Ausübung der nicht-islamischen Religion verstoßen und würde voraussichtlich zur raschen Abschiebung der betroffenen Ausländer führen.
- **Christen werden aus religiösen Gründen daran gehindert, eine christliche Hochzeit zu feiern:** Es gibt keinen Spielraum für die Formalisierung einer nicht-islamischen Ehe in Saudi-Arabien, wie auch keinerlei öffentliche nicht-islamische Religionsausübung erlaubt ist. Jede christliche Hochzeitszeremonie innerhalb Saudi-Arabiens müsste daher privat durchgeführt werden und die Ehe könnte nicht offiziell bei den saudischen Behörden registriert werden. Christen muslimischer Herkunft müssen nach islamischen Riten heiraten und Christen, die Muslime heiraten wollen, müssen zum Islam konvertieren.
- **Beerdigungen von Christen werden behindert oder unter Zwang anhand nicht-christlicher Riten durchgeführt:** Generell besteht kein Spielraum für nicht-islamische Bestattungen, da dies eine nicht-islamische Religionsausübung darstellen würde, die im wahhabitischen Königreich verboten ist. Jeder saudische oder andere Christ muslimischer Herkunft wird bei seinem Tod als Muslim betrachtet und nach islamischen Riten bestattet. Bei ausländischen Christen werden die Leichen nach dem Tod in der Regel in ihr Heimatland überführt. Für Ausnahmefälle und Notfälle gibt es eine inoffizielle nicht-muslimische Bestattungseinrichtung, die vor der Öffentlichkeit verborgen bleibt.
- **Kinder von Christen werden wegen des Glaubens ihrer Eltern schikaniert oder diskriminiert:** Wird der Glaube von Kindern eines Christen mit saudischem oder anderem muslimischen Hintergrund bekannt, wird in der Regel erheblicher Druck ausgeübt – insbesondere dann, wenn dem christlichen Elternteil das Sorgerecht für die Kinder entzogen wird. Saudischen Kindern wird von klein auf beigebracht aufeinander zu achten, um sicherzustellen, dass die islamischen Rituale durchgeführt werden. Wird dies vernachlässigt, ist die Ächtung erheblich. Da Nicht-Muslime als unrein gelten, will sich die Gesellschaft von ihnen fernhalten, um nicht selbst verunreinigt zu werden.

Gesellschaftliches Leben

- **Christen werden im Alltag aus religiösen Gründen belästigt, bedroht oder behindert (z.B. weil sie sich nicht an die Vorschriften für Kleidung oder Bärte halten):** Christlichen muslimischer Herkunft sind in Gefahr, sobald ihr Glaube bekannt wird. Der Islam ist im täglichen Leben sehr präsent, und dies führt zu verschiedenen Einschränkungen. Frauen müssen eine Abaya (traditionelles islamisches Kleidungsstück, eine Art Überkleid) und eine Kopfbedeckung tragen. Christen und alle anderen Ausländer folgen dieser Kleiderordnung, wie sie der Islam verlangt, um Belästigungen oder Einschränkungen zu vermeiden. Dies ist zwar nicht mehr gesetzlich vorgeschrieben, aber immer noch die übliche Praxis. Frauen können mittlerweile unterschiedliche Farben für ihre Abaya wählen. Die saudische Kleiderordnung für Männer wird auch an saudischen Schulen und Gebetsstätten durchgesetzt.
- **Christen werden von ihren lokalen Gemeinschaften oder von privaten Gruppen überwacht (dazu gehören auch Meldungen an die Polizei, Beschattung, das Abhören von Telefonleitungen, das Lesen/Zensieren von E-Mails usw.):** Die Überwachung von Christen muslimischer Herkunft, deren christlicher Glaube entdeckt wurde, ist sehr verbreitet und wird insbesondere von dem örtlichen sozialen Umfeld durchgeführt. Ausländer stehen vor allem hinsichtlich der Einhaltung sozialer Normen im Blickpunkt der Gesellschaft. Arbeitgeber und andere Personen, die derselben ethnischen/nationalen Gruppe angehören, kontrollieren Migranten, was die Harmonie in der Gemeinschaft und die gegenseitige Unterstützung für das Leben in der saudischen Kultur sicherstellen soll. Telefongespräche, E-Mails und soziale Medien werden eng überwacht.
- **Christen werden aus religiösen Gründen daran gehindert, am öffentlichen Leben, Foren usw. teilzunehmen:** Es gibt absolut keinen Raum für eine offen christliche (oder andere nicht-muslimische) Form der Repräsentation. In Saudi-Arabien existieren keine nicht-islamischen kommunalen Einrichtungen. Im Prinzip gelten diese Einschränkungen auch Christen muslimischer Herkunft. Allerdings wäre es in der Praxis sehr unwahrscheinlich, dass ein Konvertit versuchen würde, sich aktiv in kommunalen Einrichtungen zu engagieren, wenn sein Glaube bekannt wäre, da er sich dadurch selbst in Schwierigkeiten bringen würde.
- **Christen werden am Arbeitsplatz im öffentlichen oder privaten Bereich aus religiösen Gründen diskriminiert:** Wenn der neue Glaube eines christlichen Konvertiten aus dem Islam bekannt ist, droht ihm mit hoher Wahrscheinlichkeit der Verlust seiner Arbeitsstelle. Bei Ausländern wird ihr Glaube im Rahmen des Bewerbungsverfahrens erfasst. Jede Erwähnung des christlichen Glaubens kann dazu führen, ihre Einstellung zu verhindern. Christen, die ihren Glauben aktiv ausleben, und dadurch andere Menschen beeinflussen, können ihren Arbeitsplatz verlieren.

Leben im Staat

- **Die Verfassung (oder vergleichbare nationale oder staatliche Gesetze) schränkt die Religionsfreiheit ein, basierend auf der Formulierung in Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte:** Die Religionsfreiheit ist im saudischen Recht weder geschützt noch vorgesehen. Das Grundsystem des Konsultativrates verankert den Islam als Staatsreligion und die Scharia als Grundlage für die Gesetzgebung. Der Koran und die Sunna (Traditionen) gelten als Verfassung Saudi-Arabiens. Nur der wahhabitische Islam darf öffentlich praktiziert werden. Schiitische Moscheen sind zwar erlaubt, unterliegen in der Praxis aber starken Einschränkungen. Alle saudischen Staatsbürger werden vom Staat zu Muslimen erklärt.

- **Christliche Organisationen der Zivilgesellschaft oder politische Parteien werden aufgrund ihrer christlichen Überzeugung in ihrer Arbeit behindert oder sind verboten:** In Saudi-Arabien gibt es keine politischen Parteien. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass sich Christen (und insbesondere diejenigen mit muslimischem Hintergrund) um die Gründung einer Nichtregierungsorganisation oder Partei mit einer offen christlichen Identität bewerben, da sie wissen, dass eine solche Organisation zwangsläufig untersagt werden würde.
- **Christen werden daran gehindert, ihre Ansichten oder Meinungen in der Öffentlichkeit zu äußern:** Blasphemie, Verleumdung von Religionen und nicht-islamische Mission sind verboten, ebenso wie jede öffentliche Form nicht-islamischer Anbetung. Öffentlich kritische Meinungen zu äußern ist kaum möglich, und ausländische Christen laufen dabei Gefahr, ihren Arbeitsvertrag zu verlieren oder ausgewiesen zu werden. Die meisten Christen (sowohl saudische als auch ausländische) achten sehr darauf, Provokationen zu vermeiden; sie üben eine vorsorgliche „Selbstzensur“ und vermeiden insbesondere jede direkte Kritik am Islam.
- **Christen, Kirchen oder christliche Organisationen werden daran gehindert, religiöse Symbole öffentlich zu zeigen:** Saudi-Arabien erlaubt keine öffentliche Zurschaustellung nicht-islamischer Religion, wie z.B. das Zeigen christlicher Symbole. Deshalb lassen Unternehmen keine Weihnachtsfeiern zu, Weihnachtsschmuck wird an der Grenze beschlagnahmt. Logos von Unternehmen werden auch auf nicht-muslimische religiöse Bilder hin geprüft.

Kirchliches Leben

- **Kirchliche Aktivitäten werden überwacht, behindert, gestört oder blockiert:** Das Verbot nicht-islamischer Gottesdienste in jeglicher öffentlichen Form stellt für die Kirchen eine ständige Einschränkung dar. Bei den Tausenden von informellen Zusammenkünften für Ausländer, die sich an privaten Orten treffen, gibt es immer wieder Hinweise auf eine routinemäßige Überwachung durch die Behörden, auch wenn diese meist diskret handeln, um nicht auf ihre Aktivitäten aufmerksam zu machen. Die Möglichkeiten zur Durchführung christlicher Gottesdienste sind durch die strikte Trennung der Geschlechter stark eingeschränkt. So ist es Männern und Frauen aus unterschiedlichen Familien verboten, gemeinsam im selben Raum Gottesdienste zu feiern. Der rechtliche Status privater Religionsausübung bleibt unklar, da es hierzu kein formell festgeschriebenes Recht gibt; er wird hauptsächlich aus offiziellen Verlautbarungen in den Medien abgeleitet. Regelmäßige Zusammenkünfte von saudischen Christen sind aus Angst vor Überwachung nicht möglich.
- **Christliche Gemeinschaften werden beim Bau oder der Renovierung von Kirchengebäuden oder bei der Zurückforderung bzw. erneuten Nutzung historischer religiöser Gebäude und Gotteshäuser behindert, die ihnen früher genommen wurden:** Das Verbot nicht-islamischer Gottesdienste in jeglicher öffentlichen Form bedeutet, dass kein Kirchengebäude zur Nutzung als Kirche gebaut oder gemietet werden kann.
- **Kirchen werden daran gehindert, christliches Material aus dem Ausland zu importieren:** Die Einfuhr von nicht-islamischen religiösen Materialien in arabischer Sprache nach Saudi-Arabien ist verboten.

- **Kirchen, christliche Organisationen, Institutionen oder Gruppen werden daran gehindert, Massenmedien zur Präsentation ihres Glaubens zu nutzen (z.B. über lokales oder nationales Radio, via Fernsehen, Internet, soziale Medien, Mobiltelefone):** Die öffentliche Ausübung einer anderen Religion als des Islam ist verboten. Christliche Organisationen sind nicht zugelassen. Die Medien, einschließlich des Internets, werden routinemäßig auf politisches, pornografisches und religiöses Material hin untersucht, das als anstößig oder gegen den Islam gerichtet eingestuft wird.

Auftreten von Gewalt

Im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2020 waren die Meldungen über antichristliche Gewalt mit denen des WVI 2019 vergleichbar, was zu der gleichen Gesamtpunktzahl für Gewalt führte. Grundsätzlich verhalten sich Christen äußerst vorsichtig, um ernsthafte Repressalien zu vermeiden. Dadurch bleibt der Wert für das „Auftreten von Gewalt“ relativ niedrig.

- In Saudi-Arabien leben mehr als 1,4 Millionen ausländische Christen, von denen eine große Zahl als Hausangestellte beschäftigt sind. Wie in früheren WVI-Berichtszeiträumen stellen Vergewaltigung und sexuelle Belästigung in Saudi-Arabien ein ernstes Problem dar. Asiatische und afrikanische Christen, vor allem Hausmädchen, die in saudischen Häusern arbeiten, sind sehr verletzlich und werden oft schlecht behandelt, u.a. aufgrund diskriminierender Ansichten bezüglich Rasse und Religion.
- Überprüfbare Statistiken sind aufgrund des gesellschaftlichen Tabus und des Mangels an Rechtsschutz/Gerechtigkeit kaum vorhanden.

7. Verfolgungssituation für Männer und Frauen

Wie Frauen Verfolgung erfahren:

- Beschlagnahmung von Erbschaft und Besitz
- Zwangsscheidung
- Zwangsverheiratung
- Verhaftung durch die Behörden
- Verhaftung und (Haus-)Arrest durch die Familie
- Ermordung
- Körperliche Gewalt
- Psychische Gewalt
- Sexuelle Gewalt
- Verbale Gewalt

Für saudische und andere Christen mit muslimischem Hintergrund geht Verfolgung am häufigsten von der Familie und dem sozialen Umfeld aus. Dies bekommen üblicherweise Frauen und Mädchen am stärksten zu spüren (gefolgt von jüngeren und auch älteren Männern), entsprechend dem generellen Status und Grad der Freiheit innerhalb der saudisch-islamischen Kultur.

In Saudi-Arabien sind die offizielle Religion und das Gesetz islamisch, und es wird erwartet, dass alle Bürger Muslime sind. In der strikt islamischen Gesellschaft Saudi-Arabiens, in der Frauen Männern untergeordnet sind, werden Frauen streng überwacht. Den Ruf der Familie zu erhalten hat höchste Priorität.

Die Abkehr vom Islam ist eine der größten Sünden, die ein Muslim begehen kann; Christinnen mit muslimischem Hintergrund sind einem erheblichen Druck ausgesetzt. Dieser wird zwar durch ihren Glauben ausgelöst, durch ihre Zugehörigkeit zum weiblichen Geschlecht jedoch zusätzlich verstärkt. Wenn ihr Glaubenswechsel entdeckt wird, riskieren sie körperliche Gewalt, verbale Belästigung, Hausarrest und die Zwangsverheiratung mit konservativen Muslimen als „korrektive" Maßnahme (manchmal als Zweitfrau). Innerhalb solcher Ehen leiden Frauen nicht selten unter sexuellem und psychologischem Missbrauch. Außerhalb des Kontextes von Ehen berichten Quellen, dass Fälle von Vergewaltigung und sexuellen Übergriffen in Saudi-Arabien für die Tausenden nicht-saudischer (insbesondere asiatischer und afrikanischer) christlicher (oder nicht-islamischer) Hausmädchen im ganzen Land alltäglich sind. In dieser Position werden sie häufig missbraucht und praktisch wie Sklaven behandelt. Dies hängt stark mit der untergeordneten Stellung der Frau in der saudischen Gesellschaft zusammen sowie mit dem ungeschützten Status von Frauen, die auf sich selbst gestellt sind (etwa wenn sie außerhalb ihres Hauses arbeiten).

Da die Konvertiten durch ihren Wechsel zum christlichen Glauben Schande über ihre Familie bringen, besteht die Gefahr von Ehrenmorden. Wenn eine Konvertitin verheiratet ist, riskiert sie die Scheidung und den Verlust des Sorgerechts für ihre Kinder. Das bedeutet zudem den Verlust des sozialen Sicherheitsnetzes und auch generell von Schutz. Daher ist es nicht verwunderlich, dass viele Frauen ihr Christsein verheimlichen oder das Land zu ihrer eigenen Sicherheit verlassen. In einem Fall überlebte eine saudische Konvertitin einen Anschlag und versuchte daraufhin, aus dem Land zu fliehen. Sie konnte ihren Plan allerdings nicht umsetzen, da sie die Erlaubnis eines männlichen Familienmitglieds benötigte, um zu reisen – was ihr verweigert wurde. Im August 2019 wurden die Reisebeschränkungen gelockert, so dass Frauen nun auch ohne Zustimmung eines männlichen Familienmitglieds einen Reisepass beantragen können. Während Frauen diese Entwicklung zwar begrüßen, üben ihre Familien dennoch weiterhin eine enge Kontrolle über sie aus, indem sie typischerweise ihr Geld und ihren Besitz zurückhalten oder die Frauen im Haus einsperren.

Wie Männer Verfolgung erfahren:

- Ausschluss aus der Gemeinschaft
- Verhaftung durch die Behörden
- Ermordung
- Körperliche Gewalt
- Psychische Gewalt
- Verbale Gewalt

Saudi-arabische christliche Männer zahlen einen beträchtlichen Preis, wenn ihr Glaube bekannt wird. Die streng islamische Prägung der saudischen Gesellschaft führt dazu, dass jede Abweichung vom Standardverhalten schnell offenbar wird. Männliche Konvertiten sehen sich dem Druck ihrer Familien und der Gesellschaft im Allgemeinen ausgesetzt. Sie riskieren öffentliche Schande, körperliche Gewalt, und emotionalen Missbrauch – einschließlich Morddrohungen und des Verlustes jeglicher Form von Hilfe und Zugang zum Gemeinschaftsleben. Konvertiten werden materielle Anreize geboten, um sie zur Rückkehr zum Islam zu bewegen; dadurch soll die Schande, die ihr Glaubensabfall über die Familie gebracht hat, wieder getilgt werden. Wenn jedoch klar wird, dass sich ein Konvertit nicht ändern wird, ist die Gefahr der Ermordung nur allzu greifbar.

Werden Konvertiten festgehalten oder inhaftiert, sind ihre Familien von ihrer Abwesenheit auf wirtschaftlicher Ebene betroffen, da in saudischen Familien in der Regel die Männer die Ernährer sind. Angesichts dieses Drucks und der potenziell lähmenden Auswirkungen, die sie auf ihre Familien haben könnten, entscheiden sich die meisten Bekehrten dafür, ihren Glauben heimlich zu leben. Dies geht so weit, dass sie nicht einmal ihren eigenen Kindern von ihrem Glauben erzählen, aus Angst, dass Mitglieder der Großfamilie oder Schulpersonal ihre Abkehr vom Islam entdecken könnten.

8. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Eine größere religiöse Minderheit, die in Saudi-Arabien mit Diskriminierung und Verfolgung konfrontiert ist, sind schiitische Muslime. Sie sind vor allem in der östlichen Provinz ansässig. Von saudischen Herrschern während des größten Teils der Landesgeschichte bis heute als Ketzer angesehen, erleben Schiiten Diskriminierung im Justizsystem, im Bildungswesen, hinsichtlich Anstellungsmöglichkeiten im öffentlichen Dienst und bei Regierungsämtern sowie bei religiösen Aktivitäten. Schiiten streben nach mehr politischer Partizipation und mehr religiöser Toleranz. Doch nach den konfessionellen Spannungen in der Region, einschließlich des Krieges gegen die vom Iran unterstützten Rebellen im Jemen, schwindet die Hoffnung der Schiiten auf Toleranz und Pluralismus. Schiitische Geistliche und Aktivisten, die sich für die Gleichbehandlung schiitischer Muslime einsetzen, riskieren Verhaftung und sogar Hinrichtung unter dem Vorwurf, sich der Regierung widersetzt zu haben.

Der britische Online-Nachrichtendienst „Middle East Eye“ berichtete beispielsweise am 19. April 2018: „In einem Bericht von 2017 sprach Amnesty International (zusammen mit Human Rights Watch) davon, dass in den letzten Jahren eine Zunahme von Todesurteilen gegen politisch Andersdenkende in Saudi-Arabien, einschließlich gegen Angehörige der schiitischen muslimischen Minderheit, zu verzeichnen gewesen sei. Die Organisationen gaben an, es seien derzeit mindestens 38 Mitglieder der saudischen Schiiten-Gemeinschaft, welche insgesamt zehn bis fünfzehn Prozent der Landesbevölkerung ausmacht, zum Tode verurteilt.“

9. Der Ausblick für Christen

Islamische Unterdrückung / Ethnisch begründete Anfeindungen

Die „Vision 2030“-Pläne wurden beeinflusst i) durch Forderungen der jüngeren Generation, ii) durch die Notwendigkeit, sich aus der Abhängigkeit von der Ölindustrie zu lösen, und iii) durch die Verschiebungen in regionalen und globalen politischen Allianzen. Die Pläne sind nicht neu, aber wenn dem Kronprinzen ihre Umsetzung gelingt, könnten sich bedeutende Veränderungen in der Gesellschaft vollziehen, die zu mehr Offenheit und einem Übergang zu einer gemäßigteren Form des Islam führen. Soziale und wirtschaftliche Reformen dürften anhaltende Auswirkungen haben, insbesondere wenn sie von der demografischen Struktur und vom großen Bevölkerungsanteil, den junge Menschen ausmachen, sowie vom technologischen Fortschritt getragen werden; Saudis gehören zu den aktivsten Nutzern von Social Media weltweit. Die allgemeine Erwartung ist, dass einige Teile der saudi-arabischen Gesellschaft zukünftig größere Freiheit empfinden könnten, Toleranz gegenüber Nicht-Muslimen zu zeigen.

Nichtsdestoweniger ist der ultra-konservative Islam in Saudi-Arabien immer noch sehr lebendig und aktiv und wird keine allzu umfassenden gesellschaftlichen Veränderungen zulassen. Reformen könnten sogar zu einer Polarisierung der Gesellschaft führen, was in einer Zunahme der Verfolgung von Minderheiten, einschließlich Christen, durch ultra-konservative Kräfte wie islamische Leiter und Stammesführer resultieren könnte.

So prognostiziert die Forschergruppe der Ratingagentur „Fitch Ratings“ in ihrem Länderrisikobericht für das vierte Quartal 2018 in Saudi-Arabien ein erhöhtes Risiko, dass konservative Kräfte versuchen könnten, angesichts fortschreitender Reformen die Oberhand zu gewinnen. Aufgrund der Herausforderungen, mehr konservative Elemente an Bord des Reformprogramms zu holen (und einer möglichen Gegenreaktion der Konservativen), könnten sich der König und der Kronprinz gezwungen sehen, ihre strenge islamische Glaubwürdigkeit zu behaupten oder wieder zu bekräftigen. Dies könnte dazu führen, dass die Kontrolle ausländischer Christen deutlich verschärft wird.

Außerdem warnen Beobachter davor, dass eine wachsende Zahl saudischer Christen und eine zunehmende Offenheit gegenüber dem Christentum in nicht allzu ferner Zukunft zu einem Anstieg der Verfolgungsfälle gegen Konvertiten führen könnte.

Es ist jedoch zu erwarten, dass die schwerwiegenden religiösen Einschränkungen, die typisch sind für eine Verfolgung durch Islamische Unterdrückung vermischt mit Ethnisch begründeten Anfeindungen, auch in 2020 (und darüber hinaus) fortbestehen und der massive Druck auf religiöse Minderheiten, einschließlich der Christen, anhält.

Diktatorische Paranoia

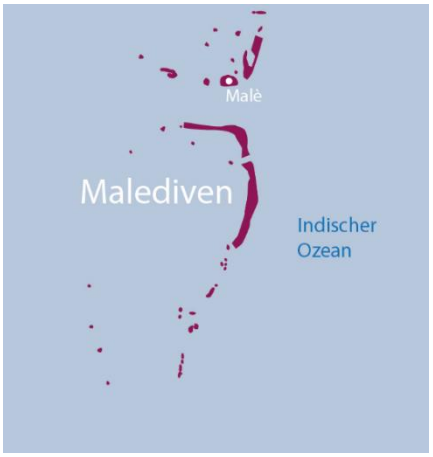
Kronprinz Mohammed bin Salman hat einige soziale Restriktionen gelockert, die sich auf die Jugend des Landes auswirken. So wurden zum ersten Mal seit 35 Jahren Kinos geöffnet, und Frauen dürfen seit Juni 2018 selbst Auto fahren. Dieser scheinbare Wandel, weg von den traditionellen Wurzeln und hin zu einer jüngeren und toleranteren Führung des Landes, entspringt dem Bemühen, die junge saudische Generation und ihre Forderungen nach mehr Freiheit einzubinden. Auch die Befugnisse der Religionspolizei wurden beschnitten; gerade dieser Zweig der Sicherheitskräfte war für Razzien in christlichen Migranten-Hauskirchengemeinden verantwortlich. Überdies verkündigte der Kronprinz im Oktober 2017, das Königreich müsse zu einem „moderaten Islam zurückkehren, der allen Religionen und der ganzen Welt gegenüber offen ist“. Er empfing und besuchte Vertreter des Vatikans sowie der koptischen, anglikanischen und evangelischen Kirchen – Indikatoren für eine größere Offenheit gegenüber einem direkten interreligiösen Engagement.

In Saudi-Arabien arbeitende ausländische Christen hoffen darauf, dass dies letztendlich zu mehr Toleranz gegenüber anderen Religionen führen wird. Allerdings haben die Gespräche noch nicht zu einer wesentlichen Verbesserung in der Behandlung ausländischer Christen geführt und auch nicht die Absicht zu erkennen gegeben, die Religionsfreiheit einheimischer Christen zu erweitern. Kommentatoren warnen davor, diese Reformen könnten größtenteils „kosmetischer Natur“ sein. Denn es war ebenfalls der Kronprinz, der den Krieg im Jemen begann, der zur derzeit größten humanitären Krise der Welt führte und zur gesteigerten Verfolgung der dortigen Christen beigetragen hat. Zudem zeigt das Einfrieren der diplomatischen Beziehung zu Kanada, nachdem das kanadische Außenministerium im August 2018 auf Menschenrechtsverletzungen hingewiesen hatte, wie entschlossen das saudi-arabische Regime seine politischen Vorstellungen verfolgt und sich gegen Einmischung von außen wehrt.

Unter dem Einfluss der konservativeren Elemente im Königreich könnten sowohl der König als auch der Kronprinz zu dem Entschluss kommen, den islamischen Charakter des Landes stärker zu betonen (siehe Abschnitt über die islamische Unterdrückung oben). Das könnte dazu führen, dass die eine Triebkraft (Diktatorische Paranoia) die andere (Islamische Unterdrückung) verstärkt, was einen höheren Druck auf die Christen zur Folge haben könnte.

zurück zur Länderübersicht

Malediven: Platz 14



Zusammenfassung

Die Malediven haben eine der höchsten Bevölkerungsdichten der Welt, besonders auf der Hauptinsel Malé. Die eng miteinander verwobenen, homogenen Gemeinschaften dienen als natürliche Wächter über jede auffällige Veränderung ihrer Mitglieder. Das gilt natürlich auch für religiöse Entscheidungen. Eine Hinwendung zu Jesus Christus kann daher leicht dazu führen, dass man den muslimischen Führern oder Behörden gemeldet wird. Auch ausländische Christen, die meist im Tourismussektor arbeiten und aus Indien und Sri Lanka kommen, stehen unter genauer Beobachtung, was eine Zusammenkunft unter Christen deutlich erschwert.

Beispiele aus dem aktuellen Berichtszeitraum

- Um die Sicherheit der sehr wenigen Christen auf den Malediven zu wahren, können keine Beispiele veröffentlicht werden.
- Auf den Malediven ist es laut Artikel 9(d) der Verfassung Nichtmuslimen unmöglich, offizielle Staatsbürger zu werden. Wird einem Bürger die Konversion zum christlichen Glauben nachgewiesen, verliert er sein Bürgerrecht und wird gemäß der Scharia bestraft. Angesichts eines solch extremen Drucks ist es naheliegend, dass sich Konvertiten gut versteckt halten. Einige maledivische Christen haben ihr Land verlassen, um dem massiven Druck zu entfliehen.

---

1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 78 Punkten belegen die Malediven den 14. Platz auf dem Weltverfolgungsindex 2020. Damit bleiben Punktzahl und Platzierung gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Der Druck auf die Christen hat sich im aktuellen Berichtszeitraum nicht wirklich verändert, was sich in der nach wie vor sehr hohen Punktzahl widerspiegelt. Christen muslimischer Herkunft haben praktisch keine Möglichkeit, ihren Glauben zu leben. Ausländischen Christen (häufig Arbeitsmigranten) ist es praktisch kaum vergönnt, einen gemeinsamen Gottesdienst zu feiern, ohne befürchten zu müssen, abgeschoben oder verhaftet zu werden. Deshalb sind die Malediven eines der wenigen Länder, das im Bereich „Kirchliches Leben“ fast die maximal erreichbare Punktzahl aufweist. Die neue Regierung, die Mitte November 2018 das Amt übernommen hat, hat bisher keine spürbaren Verbesserungen in Bezug auf die Religionsfreiheit vorgenommen und mit der Schließung der Nichtregierungsorganisation „Maldives Democratic Network“ im Oktober 2019 sogar ein deutliches Zeichen für ihre islamische Legitimität gesetzt.

2. Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung

Die islamische Regierung versteht sich unvermindert als Beschützerin des Islam und Hüterin einer Reihe von Gesetzen, die es Malediven grundsätzlich verbieten, sich vom Islam abzuwenden und einer anderen Religion nachzufolgen. Malediver zu sein, bedeutet, Muslim zu sein – Abweichungen sind undenkbar. Eine Hinwendung zum christlichen Glauben hat weitreichende Folgen, u.a. den Verlust des Bürgerrechts. Offiziell gibt es keine maledivischen Christen, nur im Land wohnende ausländische Christen. Allerdings war im vergangenen Jahr eine Veränderung im Umgang mit den von Kritikern als „Abtrünnige“ Bezeichneten zu beobachten. Das Ministerium für islamische Angelegenheiten veranschaulichte den traditionellen Ansatz der Islamisierung im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2019 durch ein Grundsatz- und Strategiepapier, das sich u.a. mit der Frage der (vom Islam) Abtrünnigen beschäftigte. Erwartungsgemäß erklärte die Regierung in diesem Papier, dass sie Apostasie zu keiner Zeit tolerieren könne. Im gleichen Zeitraum bekräftigte der Verteidigungsminister unmissverständlich, dass er niemals Religionsfreiheit zulassen würde, da die Malediven ein „Land mit angemessenen islamischen Werten“ seien.

Die neue Regierung setzte ein deutliches Zeichen, indem sie die Polizei dazu veranlasste, sich mit den Verantwortlichen zu treffen, die Nutzer in sozialen Netzwerken als „abtrünnig“ brandmarkten, und riet ihnen, solche Aussagen nicht zu wiederholen. Ob dies eine Änderung der Einstellung oder nur des Tonfalls widerspiegelt, bleibt abzuwarten. Die schwierige Situation der christlichen Minderheit auf den Malediven hält vorerst an.

Diktatorische Paranoia

Während der Kampagne für die Wiederwahl 2018 behauptete Präsident Yameen, dass internationaler Druck und oppositionelle Kräfte versuchten, die zu 100 Prozent islamische Prägung der Malediven zu gefährden. Seine Niederlage und Verhaftung aufgrund von Korruptionsvorwürfen lassen seine Rückkehr in die Politik eher unwahrscheinlich erscheinen. Es scheint, dass Präsident Solih einen anderen Ansatz verfolgt und vielleicht sogar den aufrichtigen Wunsch hat, mehr Demokratie und Freiheiten durchzusetzen, was darauf hindeutet, dass sich die Diktatorische Paranoia auf dem Rückzug befindet, was jedoch nicht für sämtliche Freiheiten gilt. Die Religionsfreiheit wird weiterhin eingeschränkt, da unter „Schutz der Religion“ lediglich der Schutz des Islam verstanden wird. Auch der Schutz vor dem Angriff auf die „religiöse Einheit“ ist besorgniserregend, da dieser Wortlaut erkennen lässt, dass die Behörden sich gegen jede wahrgenommene Abweichung von ihrem Verständnis des Islam stellen werden. Diese Gesetze und die Rhetorik zeigen nicht nur, dass der Islam um jeden Preis beschützt wird, sondern dass „Islamische Unterdrückung“ mit „Diktatorischer Paranoia“ verknüpft ist. Der Islam wird benutzt, um politische Freiheiten einzuschränken.

Organisiertes Verbrechen und Korruption

Korruption ist auf den Malediven auf allen Regierungsebenen stark verbreitet. Es gibt fast nichts, das nicht mit einem angemessenen Bestechungsgeld, Gefälligkeiten und/oder Androhungen ermöglicht werden könnte. Verträge und andere Abmachungen können willkürlich gebrochen werden. Regierungsbeamte heuern junge Männer aus Straßengangs an, um ihre Ziele mit allen Mitteln zu erreichen (u.a. mit dem Zusammenschlagen von Menschen, gezielten Eigentumsdelikten, Handel mit Schmuggelware). Regierungsbeamte aller Ebenen kontrollieren zahlreiche kriminelle Banden und sehen es besonders auf Kritiker der Regierung oder der strengen Auslegung des Islam ab. Eine

präsidiale Kommission, die die Kette von Entführungen, Morden und Einschüchterungen von liberalen Bloggern und Intellektuellen untersuchte, erklärte im März 2019 in einer seltenen Enthüllung, dass die „Angriffe von einer einzigen Gruppe angezettelt wurden und von religiösen, militanten Elementen mit Bandenbeteiligung motiviert waren“. Während die Veröffentlichung des vollständigen Berichts noch aussteht, erklärte der Kommissionsvorsitzende, Husnu Suood, in einem Interview, dass es eine „Bandenbeteiligung“ gebe. Es ist allgemein bekannt, dass bestimmte Banden mit Politikern, Parteien und Sicherheitskräften verbündet sind und zur gewaltsamen Einschüchterung von Abweichlern eingesetzt werden. Auch extremistische Muslime, die Christen und Atheisten aufspüren wollen, haben Kontakte und Einfluss bei Gangs und korrupten Netzwerken der Polizei. Hinzu kommen die Aktivitäten krimineller Einzelpersonen oder ganzer Banden, die lediglich den eigenen Vorteil suchen, ohne dabei religiöse oder sonstige übergeordnete Ziele zu verfolgen.

3. Verfolger

Ausgehend von Islamischer Unterdrückung

- **Regierungsbeamte:** Die Regierung der Malediven besteht darauf, das Land nach konservativen islamischen Prinzipien zu führen. Alle Staatsbürger müssen zu 100 Prozent Muslime sein. Das ist ein grundlegendes Thema, das auch die neue Regierung nach ihrem überraschenden Wahlsieg nicht ändern wird. Daher gibt es keine Religionsfreiheit, außer in sehr begrenzter Weise für Gastarbeiter. Sie werden jedoch streng überwacht und so stark eingeschüchtert, dass sie es kaum wagen, sich selbst hinter verschlossenen Türen zu treffen.
- **Nichtchristliche religiöse Leiter:** Radikale Islamprediger und Geistliche, sowohl einheimische als auch aus dem Nahen Osten, üben eine starke gesellschaftlich-religiöse Kontrolle über ihre Anhänger aus und beeinflussen auch andere mit ihren extremen Ansichten über den Islam, so dass es für Christen, insbesondere ehemalige Muslime, unmöglich ist, ihren christlichen Glauben zu zeigen. Zu groß ist die Angst, überwacht oder gar den staatlichen Behörden überstellt zu werden.
- **(Groß-)Familie und gewöhnliche Bürger:** Werden christliche Konvertiten entdeckt, geht Verfolgung auch von der (Groß-)Familie und dem sozialen Umfeld aus. Die eng verflochtene Gesellschaft und die Tatsache, dass Malé eine der Städte mit der höchsten Bevölkerungsdichte der Welt ist, verstärkt den Einfluss dieser Verfolger spürbar, genauso wie die Tatsache, dass man die weniger besiedelten Atolle nicht leicht verlassen kann und somit die soziale Kontrolle ebenfalls hoch ist.
- **Politische Parteien:** Politische Parteien wie die Jumhoree-Partei versuchen, politische Unterstützung zu gewinnen, indem sie Behauptungen über die drohende Christianisierung und die Gefahren, die andere Religionen auf die Malediven bringen, aufstellen.
- **Gewalttätige religiöse Gruppen:** Es ist nicht klar, ob Dschihadisten, die aus den Kämpfen aufseiten des „Islamischen Staats“ (IS) im Ausland zurückkehren, sich bereits organisiert und Gruppen gebildet haben, doch die Präsenz der Dschihadisten stellt eine wachsende Bedrohung dar.
- **Kartelle des organisierten Verbrechens:** Während die meisten Banden nicht besonders an religiösen Fragen interessiert sind und viel mehr davon getrieben sind, Geld zu verdienen und Macht durch Brutalität auszuüben, sind manche Banden durchaus religiös motiviert.

Ausgehend von Diktatorischer Paranoia

- **Regierungsbeamte:** Die Politik auf den Malediven wird seit langer Zeit von Regierungen dominiert, die sich mit aller Kraft an die Macht klammern. Ob der neugewählte Präsident mit dieser Tradition brechen wird, bleibt abzuwarten. Beamte und Behörden werden sich weiterhin in gewohnten Bahnen bewegen, und die Opposition wird jede Gelegenheit nutzen, die neue Regierung als „unislamisch" darzustellen und als eine Gefahr für die Identität des Landes anzuprangern. Einige Anzeichen deuten sogar auf eine Zunahme Diktatorischer Paranoia hin; dies würde zu Lasten der Minderheiten sowie aller derer gehen, die als Abweichler wahrgenommen werden.
- **Nichtchristliche religiöse Leiter:** Die islamischen Führer sind vielleicht nicht unbedingt daran interessiert, dass eine politische Partei oder ein bestimmter Politiker an der Macht bleibt, aber sie sind definitiv daran interessiert, den Status quo zu erhalten. Wenn dies bedeutet, die autoritären Maßnahmen eines Führers oder einer Partei zu unterstützen, werden sie es tun.
- **Politische Parteien:** Die Führer der politischen Parteien auf den Malediven schreiben eine lange Geschichte des geradezu verzweifelten Festhaltens an der Macht. Es bleibt abzuwarten, ob Präsident Solih und die MDP (Maledivische Demokratische Partei) diese Form aufbrechen können.
- **Kartelle des organisierten Verbrechens:** Wie bereits oben erwähnt, werden Banden zum Schutz ihrer illegalen Aktivitäten die benötigten politischen Akteure unterstützen. Die Malediven weisen eine lange Geschichte von Verbindungen zwischen Gangs, Politik und Religion auf.

Ausgehend von Organisiertem Verbrechen und Korruption

- **Regierungsbeamte und politische Parteien:** Angeblich haben Beamte der ehemaligen Regierung (d.h. vor November 2018) und verschiedene politische Parteien Banden eingesetzt, da sie es für notwendig hielten und darüber hinaus alle Seiten von dieser Verbindung profitierten.
- **Kartelle des organisierten Verbrechens:** Es ist bekannt, dass radikale Muslime sich mit Banden verbünden und sie dazu benutzen, Christen und Atheisten oder jeden, der nicht-muslimischer Aktivitäten verdächtigt wird, aufzuspüren. Es bleibt abzuwarten, wie die Situation mit einer neuen Regierung Banden dazu veranlassen wird, ihre Operationen anzupassen.

4. Regionale Brennpunkte der Verfolgung

Die Verfolgung findet außerhalb der den internationalen Touristen vorbehaltenen Inseln statt.

5. Betroffene Christen

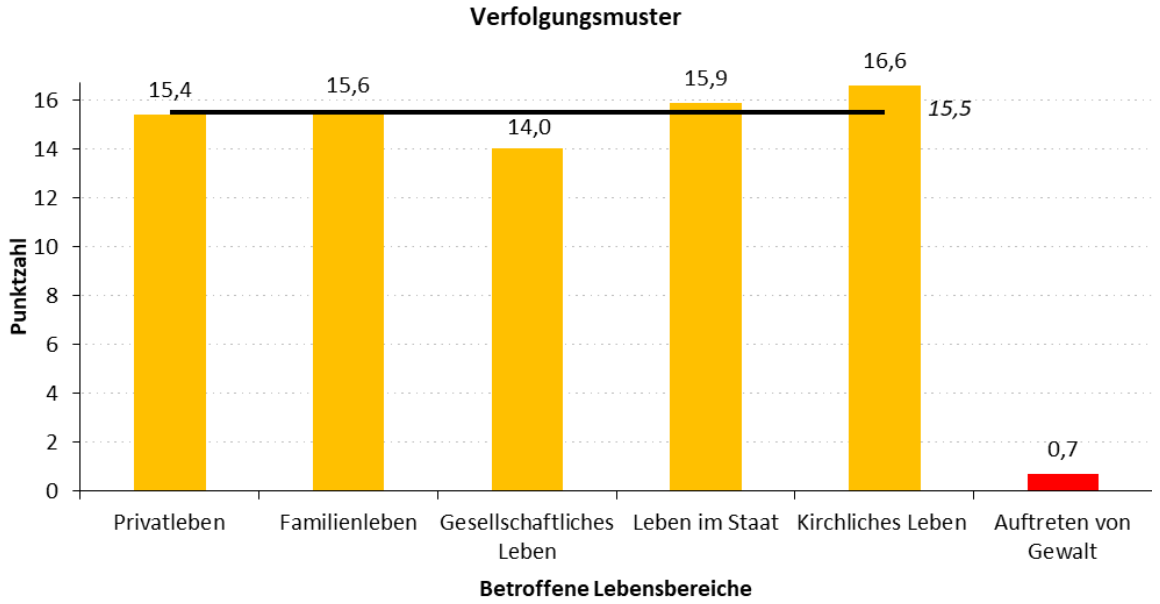
Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

Sie stammen häufig aus Indien, Sri Lanka oder Bangladesch. Sie werden streng überwacht. Doch solange sie strikt unter sich bleiben, dürfen sich die meisten von ihnen zu Gottesdiensten versammeln. Ausländische Christen haben keinen Kontakt zu maledivischen Christen muslimischer Herkunft.

Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

Christen muslimischer Herkunft erleben mit Abstand die stärkste Verfolgung, da sie „offiziell“ gar nicht existieren. Nach allgemeinem Verständnis ist jeder Malediver ein Muslim. Wer den Islam verlässt, verliert seine Staatsbürgerschaft.

6. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Malediven

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Der Druck auf die Christen auf den Malediven blieb in fast allen Lebensbereichen sehr hoch und liegt damit auf einem extrem hohen Durchschnittsniveau. Die durchschnittliche Punktzahl stieg von 15,4 auf 15,5.
- Am stärksten ist der Druck im Bereich „Kirchliches Leben“, wo er fast die Höchstpunktzahl erreicht hat. Das zeigt, dass in der Praxis keine Zusammenkünfte möglich sind und selbst die meisten ausländischen christlichen Gastarbeiter es vorziehen, aus Angst vor den Folgen keine Treffen zu organisieren. Auch in den Bereichen „Leben im Staat“, „Familienleben“ und „Privatleben“ ist die Wertung extrem hoch. Der Druck auf ehemalige Muslime ist besonders im „Privatleben“ und „Familienleben“ sehr intensiv. Jeder Politiker betont gebetsmühlenartig, dass die Malediven zu 100 Prozent muslimisch bleiben sollen. So bleibt kein Raum für Abweichungen. Wie die in diesem Länderdossier berichteten Vorfälle zeigen, ist die neue, im November 2018 eingesetzte Regierung nicht von diesem Ziel abgewichen.
- Die Wertung für „Auftreten von Gewalt“ gegen Christen ist auf 0,7 Punkte gefallen. Hierin bestätigt sich erneut, dass die Verfolgung auf den Malediven nie sehr gewalttätig war, zeigt aber auch, dass es schwierig ist, Berichte über Vorfälle zu erhalten.

Zu jedem der Lebensbereiche sind im Folgenden jeweils ausgewählte Teilaspekte genannt, die im betreffenden Lebensbereich für die Christen zu den gravierendsten Schwierigkeiten gehören.

Privatleben

- **Es ist gefährlich, christliches Material zu besitzen oder aufzubewahren:** Jeder Malediver, dessen Lebensstil nicht den von der Regierung festgelegten islamischen Vorgaben entspricht, wird bestraft. Ehemalige Muslime müssen stets äußerste Vorsicht walten lassen, um ihren Glauben möglichst gut zu verbergen. Bibeln und andere christliche Schriften müssen sorgfältig versteckt und können nur heimlich gelesen werden. Die Familien würden den Glauben an Jesus Christus niemals akzeptieren, und der Besitz christlicher Literatur kann mit Gefängnisstrafen geahndet werden. Selbst für christliche Ausländer ist es gefährlich, christliche Schriften zu besitzen, vor allem in der Landessprache Dhivehi oder in größeren Mengen, da dies den Verdacht der Behörden weckt, die Schriften würden zur Evangelisation von Einheimischen verwendet. Tatsächlich werden beim Betreten des Landes alle Einreisenden dazu verpflichtet, alle mitgeführten nichtmuslimischen Schriften zu deklarieren.
- **Es ist gefährlich für Christen, ihrem Glauben in schriftlicher Form persönlich Ausdruck zu verleihen:** Angesichts der Tatsache, dass alle Malediver Muslime sein müssen und angesichts der Leichtigkeit, mit der Blogger und andere Social-Media-Nutzer beschuldigt werden, „Abtrünnige“ zu sein, ist es für Konvertiten sehr riskant, ihren Glauben in irgendeiner Form zu offenbaren. Selbst die Christen unter den Gastarbeitern können ihren Glauben in keiner Weise sicher offenlegen, geschweige denn anderen davon erzählen.
- **Es ist für Christen riskant, christliche Bilder oder Symbole zu zeigen:** Die Behörden und das soziale Umfeld sind ständig auf der Suche nach Bildern und Symbolen, die als anti-islamisch empfunden werden. Zum Beispiel mussten im September 2018 die Skulpturen einer neu gebauten Unterwasserkunstgalerie, die von einem Resort in Auftrag gegeben wurde, zerstört werden, da sie als „Götzen“ und damit als anti-islamisch angesehen wurden. Christen muslimischer Herkunft oder Christen allgemein, die anti-islamische Symbole zeigen, geraten schnell in Schwierigkeiten.
- **Es ist ein Risiko für Christen, über ihren Glauben mit anderen als mit ihren engsten Familienangehörigen zu sprechen:** Da das Christentum verboten ist, wird kein Christ das Risiko eingehen, mit einem anderen Malediver über seinen Glauben zu sprechen. Wie im Bericht zur internationalen Religionsfreiheit 2018 des US-Außenministeriums auf Seite 4 steht: „Das Gesetz besagt: ‚Nichtmuslimen, die im Land leben oder es besuchen, ist es verboten, ihren religiösen Überzeugungen offen Ausdruck zu verleihen, öffentliche Versammlungen abzuhalten, um religiöse Aktivitäten durchzuführen oder Malediver in solche Aktivitäten einzubeziehen.‘ Laut Gesetz drohen denjenigen, die andere religiöse Überzeugungen als den Islam zum Ausdruck bringen, Gefängnisstrafen von bis zu fünf Jahren oder Hausarrest, Geldstrafen zwischen 5.000 und 20.000 Rufiyaa (320 bis 1.300 Dollar) sowie die Abschiebung.“

Das Gesetz verbietet ausländischen Christen, anderen von ihrem Glauben zu erzählen. Dies ist sogar in den Arbeitsverträgen festgelegt. Unter diesen Umständen ist es eine besondere Herausforderung, sich mit anderen Christen zu treffen, da dies einerseits für den Einzelnen gefährlich ist und andererseits den Aufenthaltsort einer christlichen Versammlung offenbaren und gefährden kann. In einigen Fällen entdeckten selbst Ehepartner erst nach Jahren, dass beide aktive Christen waren, da sie beide ihren Glauben aus Furcht vor dem anderen geheim hielten. Theoretisch sind private Treffen für ausländische

Christen erlaubt, doch die Teilnehmer müssen sehr vorsichtig sein, um keinen Verdacht zu wecken. Aufgrund der häufigen Drohungen verzichten viele Christen lieber auf gemeinsame Treffen.

Im November 2016 kam von religiösen Gelehrten die Aussage: „Wer auf den Malediven Religionsfreiheit haben will, sollte in ein anderes Land ziehen, das diese Freiheit gewährt. Es steht Menschen, die einer anderen Religion angehören wollen, frei, das Land zu verlassen. Es ist nur Nichtmuslimen erlaubt, eine Religion ihrer Wahl auszuüben. Verlässt ein Muslim den Islam, ist das Gotteslästerung. Wenn er nicht umkehrt, soll er getötet werden."

Familienleben

- **Christliche Taufen werden verhindert:** Da das Christentum im Land verboten ist, können Taufen nicht stattfinden und müssten außerhalb der Malediven durchgeführt werden, und auch dann noch im Geheimen, damit der Glaubenswechsel nicht bekannt wird.
- **Beerdigungen von Christen wurden verhindert oder zwangsweise nach nichtchristlichen Riten durchgeführt:** Ausländische Christen lassen sich normalerweise in ihrem Herkunftsland beerdigen. Doch wenn sie sich dafür entscheiden, auf den Malediven begraben zu werden, kann das nicht nach christlichen Bräuchen geschehen. Für Christen muslimischer Herkunft ist eine christliche Bestattung ausgeschlossen.
- **Kinder christlicher Eltern werden dazu gedrängt, an nichtchristlichem Unterricht oder dem allgemeinen Religionsunterricht teilzunehmen:** In Artikel 36(c) der Verfassung wird beschrieben: „Das Bildungssystem ist darauf angelegt, Gehorsam und Liebe zum Islam zu vermitteln [...]." Kinder von ehemaligen Muslimen sind gezwungen, am Islamunterricht teilzunehmen. Obwohl Kinder von ausländischen Christen vom Besuch des islamischen Unterrichts ausgenommen sind, durchdringt der Islam das gesamte Schulleben und den Unterricht, so dass Kinder ausländischer Christen lieber internationale Schulen besuchen, wenn die Eltern sich das leisten können.
- **Wegen des christlichen Glaubens ihrer Eltern werden Kinder diskriminiert oder schikaniert:** Die einheimische Menschenrechtsorganisation „Maldivian Democracy Network" beschrieb 2015 in einem Bericht, dass islamische Schulbücher Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit schürten und den „Dschihad" bzw. den Krieg gegen alle, die angeblich den Islam „behindern", verherrlichten. Das vorherrschende soziale Klima zeigte sich im Januar 2018, als Eltern ihre Bedenken über „blasphemische" Inhalte in Schulbüchern weiterführender Schulen äußerten. Kurz darauf wurden in den sozialen Medien Bilder mit Erklärungen über römische Götter im Zusammenhang mit den Planetennamen aus Schulbüchern der achten Klasse geteilt, was zu einer prompten Reaktion der Regierung führte. Beide Beispiele zeigen, wie viel Druck Kinder von Christen jeden Tag empfinden, erst recht Kinder von Christen muslimischer Herkunft.

Artikel 9(d) der Verfassung legt fest, dass ein Nichtmuslim kein Staatsbürger der Malediven werden darf. Dementsprechend können Malediver, denen der Glaube an Jesus Christus zur Last gelegt wird, ihre Staatsbürgerschaft verlieren und nach den Gesetzen der Scharia bestraft werden. Da jeder Malediver Muslim sein muss, ist eine Registrierung für Konvertiten gänzlich ausgeschlossen. Ausländischen Christen ist es verboten, religiöse Handlungen (einschließlich christlicher Hochzeiten) in der Öffentlichkeit abzuhalten. Ehemalige Muslime entscheiden sich häufig dafür, ihren neuen Glauben nicht mit ihren Kindern zu teilen, aus Angst, diese könnten anderen versehentlich vom Glaubenswechsel der Eltern erzählen. Wenn christliche Konvertiten entdeckt werden, werden sie häufig unter Druck gesetzt, sich scheiden zu lassen und verlieren sowohl das Sorgerecht für ihre Kinder

als auch ihre Erbrechte. Darüber hinaus werden sie mit großer Wahrscheinlichkeit von ihren Familien isoliert. Unter diesen Umständen ist es schwer, sich überhaupt ein christliches Familienleben vorzustellen.

Gesellschaftliches Leben

- **Christen werden wegen ihres Glaubens belästigt, bedroht oder im Alltagsleben gestört.** Die gesellschaftliche Kontrolle ist auf den Malediven extrem stark, da die Bevölkerungsdichte zu den höchsten der Welt zählt, besonders in der Hauptstadt Malé. Die maledivische Gesellschaft ist im Laufe der Jahre strenger muslimisch geworden. Es gab eine Veränderung in der Art, wie sich maledivische Frauen kleiden: In früheren Jahren war es unüblich, Frauen mit einer schwarzen Burka zu sehen, aber jetzt ist das Tragen der Burka durch den arabischen Einfluss durchaus üblich geworden. Dies betrifft auch die Christen. In einem berühmten Beispiel aus dem Jahr 2018 beschwerte sich eine muslimische Frau in einem Video in sozialen Netzwerken, da sie keinen Schleier tragen wollte. Nachdem man sie identifiziert hatte, musste sie ihre Insel verlassen und untertauchen, weil sie zahllose Drohungen, darunter auch Morddrohungen, erhielt. Während des Ramadans ist es selbst Gastarbeitern nicht erlaubt, tagsüber zu essen oder zu trinken; die Zeitungen zeugen davon, wie viele Menschen während des Ramadans für Verstöße in Gewahrsam genommen oder mit einer Geldstrafe belegt werden.
- **Christen stehen durch ihr soziales oder privates Umfeld unter Beobachtung:** Wie schon erwähnt, ist die soziale Kontrolle auf den Malediven extrem stark ausgeprägt. Malediver, die verdächtigt werden, Christen zu sein, wurden bei der Polizei angezeigt. Christlichen Arbeitsmigranten ist es nicht erlaubt, ihren Glauben öffentlich zu praktizieren, und ausländische Christen muslimischer Herkunft haben praktisch keine Privatsphäre.
- **Christen werden unter Druck gesetzt, an nichtchristlichen religiösen Zeremonien oder Gemeinschaftsereignissen teilzunehmen:** Alle Staatsbürger gelten als Muslime, und es wird von ihnen erwartet, dass sie an islamischen Ritualen und gemeinschaftlichen Veranstaltungen teilnehmen. Dies betrifft auch die Besuche in der örtlichen Moschee. Jeder Einheimische, der die Moschee nicht besucht, wird zur Rede gestellt. Ausländische Christen haben mehr Freiheit, aber es gibt Zeiten, in denen sie sich ebenfalls anpassen müssen. So dürfen sie zum Beispiel während des Ramadans in der Öffentlichkeit weder essen noch trinken.
- **Christen erfahren wegen ihres Glaubens Benachteiligungen im Bereich der Bildung:** Die Kinder von Christen muslimischer Herkunft werden häufig in der Schule schikaniert oder diskriminiert, sobald der Glaubenswechsel entdeckt wird. Demnach können sie gezwungen werden, die Schule zu verlassen, sodass ihnen nur noch die Möglichkeit bleibt, eine Schule im Ausland zu besuchen, wenn sie ihre Schulbildung fortsetzen möchten und ihre Eltern es sich leisten können. Viele ausländische Christen wählen diese Option für ihre Kinder, um dem alltäglichen Druck zu entgehen.

Die Arbeitskollegen ausländischer Christen setzen sie beständig unter Druck, zum Islam zu konvertieren. Sie versuchen ihnen zu beweisen, dass Jesus nicht der Erlöser ist. Teilweise setzen sie dazu sogar Geld ein oder stellen eine Beförderung in Aussicht. In ihrem Bemühen, ihren Glauben zu verstecken, versuchen Christen muslimischer Herkunft, sich möglichst an die Menschen um sie herum anzupassen.

Leben im Staat

- **Die Verfassung oder eine vergleichbare nationale Gesetzgebung schränkt die Religionsfreiheit gemäß Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte ein:** Die Verfassung und andere Gesetze schränken die Religionsfreiheit ein. Die Verfassung erklärt den sunnitischen Islam zur offiziellen Staatsreligion, mit Verweis darauf, dass das Land zu „100 Prozent“ muslimisch sei. Die Regierungsvorschriften basieren auf dem islamischen Recht. Darauf sind die Malediver sehr stolz. Eine der Vorschriften lautet: „Es ist illegal, eine andere Religion außer den Islam zu verbreiten.“ Strafen für Verstöße bewegen sich von Hausarrest bis hin zu fünf Jahren Gefängnis, abhängig von der Schwere des Vergehens. Ist der Schuldige ein Ausländer, wird er in der Regel abgeschoben.
- **Christen erleben Einschränkungen in der öffentlichen Meinungsäußerung:** Jegliche Meinungen, die der gängigen Auffassung vom Islam widersprechen (sogar moderate islamische Stimmen) erfahren harsche Kritik und sogar Gewalt. Besonders durch das „Diffamierungsgesetz“, das eine eigene Klausel gegen anti-islamische Äußerungen beinhaltet, ist die Redefreiheit von Christen noch stärker eingeschränkt. Verstöße dagegen können bis zu sechs Monate Gefängnis nach sich ziehen.
- **Christliche zivilgesellschaftliche Organisationen oder politische Parteien werden behindert oder verboten:** Es sind keine christlichen zivilgesellschaftlichen Organisationen im Land erlaubt, geschweige denn politische Parteien. Ausländischen Christen ist es verboten, sich politisch zu betätigen, und sie dürfen keine christlichen Nichtregierungsorganisationen leiten.
- **Christen sind Opfer von Hetzkampagnen:** Alles, was über Christen vermittelt wird, ist fast ausnahmslos negativ und kritisch. Negative Beschreibungen zielen im Allgemeinen auf im Ausland lebende Christen und nicht auf vereinzelte in der maledivischen Gesellschaft ab, da man bei allen Staatsbürgern davon ausgeht, dass sie Muslime sind. Ausländische Christen werden zur Zielscheibe von Hetzkampagnen oder Hassreden, wenn sie als Verbreiter ihres Glaubens wahrgenommen werden. Jemanden wegen seines christlichen Glaubens zu denunzieren, selbst wenn nur ein Verdacht besteht, oder beispielsweise das Haus oder Geschäft eines Christen zu sabotieren, zieht nicht nur keine Strafe nach sich, es gilt sogar als patriotische Pflicht.

Es versteht sich von selbst, dass es nicht möglich ist, christliche Symbole an Kirchen oder Treffpunkten zu zeigen, da es auf den Malediven überhaupt keine Kirchen gibt. Wenn ein Christ muslimischer Herkunft sich vor Gericht verantworten muss, was eine seltene Angelegenheit ist, kann er oder sie überhaupt keine Fairness erwarten, unter anderem deshalb, weil das maledivische Rechtssystem für seine Korruptheit und Ineffizienz berühmt ist.

Kirchliches Leben

- **Kirchliche Aktivitäten werden beobachtet, gestört oder verhindert:** Das Gesetz verbietet die Einrichtung von Kultstätten für nichtislamische religiöse Gruppen. Das Gesetz besagt: „Nichtmuslimen, die im Land leben oder es besuchen, ist es verboten, ihre religiösen Überzeugungen offen auszudrücken, öffentliche Versammlungen abzuhalten, um religiöse Aktivitäten durchzuführen, oder Malediver in solche Aktivitäten einzubeziehen. Laut Gesetz drohen denjenigen, die andere religiöse Überzeugungen als den Islam zum Ausdruck bringen, eine Gefängnisstrafe von bis zu fünf Jahren oder Hausarrest, Geldstrafen bis 1.300 Dollar und die Abschiebung.“ Für Christen muslimischer Herkunft kommt ein offizieller Versammlungsort nicht in Frage.

- **Die Arbeit mit Jugendlichen wurde eingeschränkt:** Es ist überhaupt keine christliche Arbeit unter Jugendlichen erlaubt. Ausländische Christen halten sich selbst in der christlichen Erziehung ihrer Kinder zurück.
- **Christliche Predigten, Unterricht und/oder Publikationen werden überwacht:** Ausländische Christen werden überwacht, ebenso wie ihre Treffen, ihre Predigten und ihr Unterricht. Vor allem in Malé, der Hauptstadt, gibt es überall Überwachungskameras, auch dort, wo sich Christen bekanntermaßen versammeln. Die Malediven bestehen aus kleinen Atollen, so dass alles bekannt und überwacht ist.
- **Kirchen werden daran gehindert, christliche Materialien zu importieren:** Das Einführen christlicher Literatur ist gesetzeswidrig. Jeder Einheimische, der bei der Einfuhr von christlichem Material auf die Malediven ertappt wird, wird verhaftet und ins Gefängnis gesteckt. Ausländische Christen dürfen im Allgemeinen nur sehr begrenzte Mengen an christlicher Literatur für ihren persönlichen Gebrauch nutzen. Bringen sie mehr als erlaubt ins Land, wird die Literatur beschlagnahmt und sie können festgenommen oder abgeschoben werden. Sollten die Behörden sich dafür entscheiden, das Gesetz genau zu befolgen, kann sogar die einzige Bibel, die von einem Ausländer mitgebracht wird, beschlagnahmt werden.

Die Malediven erzielen beinahe die Höchstpunktzahl im Bereich „Kirchliches Leben“. Für Malediver ist der Übertritt zum christlichen Glauben illegal, umso mehr das Versammeln als Kirchengemeinde. Es ist vorgekommen, dass öffentliche Versammlungen von ausländischen Christen rigoros aufgelöst wurden. Im Dezember 2015 erließ die Regierung ein Verbot, Weihnachtsfeiern in Gästehäusern der bewohnten Inseln abzuhalten mit der Begründung, dass dies gegen den Islam und die maledivische Kultur verstoße. Die Lokale Regierungsbehörde unter der Leitung vom damaligen Innenminister Umar Naseer wandte sich mit einem Schreiben an die Präsidenten der Insel- und Atollräte sowie die Bürgermeister von Malé und Addu mit der Bitte, die Besitzer von Gästehäusern aufzufordern, keine Weihnachtsfeiern für Touristen abzuhalten. In dem Brief hieß es, dass die Weihnachtszeit eine Hauptsaison für den Tourismus sei und der Behörde bekannt geworden sei, dass „Touristen Aktivitäten abhielten, um Weihnachten auf den Malediven zu feiern“. Es bleibt abzuwarten, wie die neue Regierung (seit November 2018 im Amt) dieses Vorgehen beeinflusst oder gar verändert. Die Ausbildung christlicher Leiter ist undenkbar und christliche Gemeinschaften dürfen keine ausländischen Gemeindearbeiter anstellen.

Auftreten von Gewalt

Aus Sicherheitsgründen können keine Details über gewalttätige Vorfälle mit Christen veröffentlicht werden.

7. Verfolgungssituation für Männer und Frauen

Wie Frauen Verfolgung erfahren:

- Entführung
- Erzwungene Einhaltung von Kleidungsvorschriften
- Zwangsverheiratung
- (Haus-)Arrest durch die Familie
- Körperliche Gewalt
- Psychische Gewalt

- Sexuelle Gewalt
- Verbale Gewalt

Aufgrund der sehr strengen Auslegung des Islam auf den Malediven müssen christliche Männer und Frauen heimliche Gläubige sein. Wenn eine christliche Frau oder ein christliches Mädchen als Christin entdeckt wird, wird jede Anstrengung unternommen, sie durch Zwangsheirat, Drohungen oder andere Formen von Gewalt zum Islam zurückzubringen. Darüber hinaus ist bekannt, dass einheimische Bürger, die im Verdacht stehen, nicht religiös oder nicht muslimisch zu sein, von bewaffneten Banden entführt und mit verbundenen Augen an entlegene Orte gebracht werden, wo eine inoffizielle Gerichtsverhandlung abgehalten wird.

Trotz der engen sozialen Kontrolle auf den Inseln häufen sich Missbrauch, Vergewaltigung und sexuelle Belästigung überraschend in einer Kultur, die geschlechtsspezifische Gewalt in der Familie generell entschuldigt; eine 2014 veröffentlichte Studie des Asian Development Bank Department of Gender, Family Development and Social Security fand (S. 13) dass „jede dritte Frau im Alter von 15-49 Jahren häusliche Gewalt erlebt hat, und dass 70 Prozent der Frauen glauben, dass es Umstände gibt, unter denen es gerechtfertigt ist, dass Männer ihre Frauen schlagen“. Davon sind auch christliche Frauen betroffen. Darüber hinaus betrifft die Verfolgung indirekt die Familien, da sie es ihnen nicht erlaubt, im Glauben gemeinsam zu wachsen.

Zusätzlich haben angesichts des repressiven Umfelds christliche Frauen und Mädchen keine andere Wahl, als sich an traditionelle Kleidungsvorschriften zu halten.

Wie Männer Verfolgung erfahren:

- Verhaftung durch die Behörden
- Körperliche Gewalt
- Psychische Gewalt
- Verbale Gewalt

Christ zu sein, ist auf den Malediven für Männer und Frauen so gefährlich, dass Ehemänner, Frauen und Kinder vielleicht nicht einmal den Glauben des anderen kennen. Dies bedeutet, dass den Christen auch ein gutes Vorbild dafür fehlt, wie eine christliche Ehe aussieht, da sie nicht Teil einer christlichen Gemeinschaft sein können. Wenn ein Mann als Christ erkannt wird, wird er wahrscheinlich mit Körperverletzung, Schikanen, Drohungen und Inhaftierung durch die Regierungsbehörden konfrontiert.

8. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Es gibt keine anerkannten religiösen Minderheiten irgendeiner Art auf den Malediven. Alle Staatsbürger gelten gesetzlich als Muslime. Wer nachweislich eine andere Religion oder Philosophie als den Islam unterstützt (z. B. den Hinduismus, Buddhismus oder Atheismus), wird genauso verfolgt wie Christen. So ziehen es die meisten vor, im Ausland zu leben, um keine Gefängnisstrafe oder gar den Tod zu riskieren.

9. Der Ausblick für Christen

Islamische Unterdrückung

Die Malediven haben eine der höchsten Pro-Kopf-Quoten von Terroristen, die im Ausland kämpf(t)en. Die Regierung ist sich dieser Bedrohung zwar äußerst bewusst, doch setzt sie weiterhin auf eine schwere Bestrafung derer, die es wagen, interne Staatsangelegenheiten dieser Art zu veröffentlichen, wie es im Juni 2017 geschehen ist. Zudem betont die Regierung, den Status des Landes als „100 Prozent muslimisch“, weiterhin wahren zu wollen. Die Tatsache, dass der ehemalige Präsident Yameen während des Wahlkampfes den Kanzler der islamischen Universität als Kandidaten für die Vizepräsidentschaft auswählte, bestätigt, dass er den Schutz der religiösen Reinheit des Landes als oberste Priorität ansah. Aber auch jetzt, nach der von ihm verlorenen Wahl im September 2018, bleibt der Schutz und die Verteidigung des Islam die oberste Priorität der Regierung, wie man am plötzlichen Verbot der Nichtregierungsorganisation Maldivian Democracy Network (siehe oben) sehen konnte. Auch wenn die Malediven stark vom internationalen Tourismus abhängig sind, steht das Bemühen, die einzigartige Attraktivität der Touristenorte zu fördern, zunehmend im Widerspruch zu der entschiedenen Betonung einer strengen Interpretation des Islam. In einer solchen Atmosphäre müssen ausländische Christen weiterhin sehr vorsichtig sein, und einheimische Christen müssen ihren Glauben weiterhin verstecken.

Diktatorische Paranoia

Ex-Präsident Abdulla Yameen hielt die Malediven in einer stetigen Spannung und rief in einem letzten Versuch, die Macht zu behalten, sogar den Ausnahmezustand aus. Mit der Wahl der Opposition in die Regierung könnte sich diese Triebkraft etwas abschwächen. Das Land hat jedoch eine lange Tradition von Diktatoren und Politikern, die sich an die Macht klammern. Minderheiten und Andersdenkende können keine Verbesserung im Bereich der Religionsfreiheit in naher Zukunft erwarten.

Organisiertes Verbrechen und Korruption

Die junge Generation der Inselbewohner fühlt sich weiterhin immer mehr „entrechtet und ausgeschlossen“ und „abgeschnitten vom Gesellschaftsgefüge“, wie es ein Bericht der Weltbank bereits 2014 formulierte. Die wachsende Globalisierung, das Internet und wirtschaftliche Expansion haben „junge Frauen und Männer mit einer Welt außerhalb des Inselstaats konfrontiert, die neue Vorstellungen und Werte mit sich bringt und die ihnen sehr stark bewusstmacht, was sie alles erreichen können“, so der Bericht. „Doch sowohl männliche als auch weibliche Jugendliche sind mit den Fesseln der begrenzten Inselwirtschaft konfrontiert. Sie werden kaum gefördert, und es fehlt an gesellschaftlichem Engagement. Sie haben mit strengen Verhaltensnormen und zunehmend konservativeren Werten zu kämpfen und wachsen in einem mangelhaften Bildungs- und Berufsbildungssystem heran, das sie nur unzureichend auf den Arbeitsmarkt vorbereitet.“ Der Bericht argumentiert, diese Probleme verwehrten vielen jungen Maledivern den „Eintritt ins Erwachsensein“. Diese sozialen Probleme führen zu einer wachsenden Radikalisierung. Das belegt die Anzahl der Malediver, die sich den Kämpfen im Irak und in Syrien angeschlossen haben. Damit wächst auch die Islamische Unterdrückung. Andere schließen sich Banden an, die eng mit den Machthabern und Politikern des Landes verknüpft sind, und werden als Schläger gegen jeden eingesetzt, der als Feind oder Bedrohung wahrgenommen wird. Solange diese junge Generation keine Perspektive für die Zukunft hat, wird sich daran nichts ändern.

zurück zur Länderübersicht

Irak: Platz 15

Zusammenfassung

Die assyrische Kirche des Ostens, die syrisch-orthodoxe Kirche, die syrisch-katholische Kirche, die chaldäisch-katholische Kirche und die armenisch-orthodoxe Kirche sind alle stark von Verfolgung betroffen, besonders durch extremistische islamische Bewegungen und nichtchristliche religiöse Leiter. Sie werden auch von den Behörden diskriminiert. Im Zentral- und Südirak zeigen Christen oft keine christlichen Symbole (wie z. B. ein Kreuz), da dies zu Belästigungen oder Diskriminierungen an Checkpoints, in der Universität oder am Arbeitsplatz sowie in Regierungsgebäuden führen kann. Sogar Christen in den Kurdengebieten des Irak entfernten Berichten zufolge Kreuze aus ihren Autos, um keine unerwünschte Aufmerksamkeit zu erregen. Bereits vor einigen Jahren konnte das katholische Seminar in Bagdad aufgrund von Entführungsdrohungen und Angriffen durch islamische Extremisten nicht mehr weiterarbeiten und war gezwungen, in die Kurdengebiete umzuziehen. Evangelische Kirchen, Baptisten- und Pfingstgemeinden in Bagdad und Basra sind ebenfalls erheblich von der Verfolgung durch islamisch-extremistische Bewegungen und nichtchristliche religiöse Leiter betroffen und erleben regelmäßig Diskriminierungen durch die Behörden. Christen, die ihren Glauben offen ausleben, wurden regelmäßig zu Zielen im Zentral- und Südirak. Auch Blasphemiegesetze können gegen Christen angewendet werden, wenn sie im Verdacht stehen, missionarisch unter Muslimen zu arbeiten.

Christen muslimischer Herkunft erfahren den größten Druck durch die eigene (Groß-)Familie und halten ihren Glauben oft geheim, da sie in der Gefahr stehen, von Familienmitgliedern, Clanführern und ihrem sozialen Umfeld bedroht zu werden. Als Konvertiten zum christlichen Glauben riskieren sie, ihre Erbrechte zu verlieren, oder auch die Mittel zu heiraten. Eine offene Abkehr vom Islam führt im ganzen Land zu schwierigen Situationen und kann selbst in den eher moderaten Kurdengebieten riskant sein. Ein Wechsel der Denomination (z. B. aus einer orthodoxen Kirche zu einer freikirchlich-protestantischen Gemeinde) wird ebenfalls häufig mit dem Entzug von Rechten oder dem Verlust des Arbeitsplatzes bestraft. Es ist bekannt, dass Leiter orthodoxer und katholischer Kirchen sich weigern, Eheschließungen für Mitglieder durchzuführen, die evangelische Kirchen besuchen.

Beispiele aus dem aktuellen Berichtszeitraum

- Drei Christen muslimischer Herkunft wurden während des aktuellen Berichtszeitraums aufgrund ihres Glaubens getötet. Aus Sicherheitsgründen können keine weiteren Informationen weitergegeben werden.
- Bei zwei unterschiedlichen Begebenheiten im Dezember 2018 schüchterten schiitische Milizen Christen in Bartella und Karakosch ein, indem sie neben Kirchen mit ihren Waffen in die Luft feuerten. Die Kämpfer bedrohten den syrisch-katholischen Priester Benham Benoka und setzten ihm eine Waffe an den Kopf. Von lokalen Behörden oder der Polizei erhielt er keine Hilfe, und sein Drängen, eine Untersuchung einzuleiten, blieb ergebnislos, wie die Hilfsorganisation „Middle East Concern“ (MEC) berichtet.
- Zwei ältere christliche Frauen wurden im Mai 2019 in ihrem Zuhause in Bartella zum Ziel eines Gewaltverbrechens. Die Mutter (89) und ihre Tochter (69) mussten ins Krankenhaus eingeliefert werden, und Juwelen und andere Wertgegenstände wurden gestohlen. Zwei

Verdächtige mit schabakischem Hintergrund wurden verhaftet. MEC berichtet: „Christen sehen diesen Vorfall als Teil einer systematischen Kampagne gegen Christen, die zum Ziel hat, die demografische Zusammensetzung der Region zu verändern."

---

1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 76 Punkten belegt der Irak Platz 15 auf dem Weltverfolgungsindex 2020.

Damit ist die Wertung im Vergleich zum Weltverfolgungsindex 2019 (79 Punkte) um 3 Punkte gesunken und der Irak rückt von Platz 13 auf Platz 15. Der durchschnittliche Druck auf Christen ist weiterhin extrem hoch bei 14,1 Punkten. Der Wert für das Auftreten von Gewalt sank jedoch von 8,1 Punkten auf 5,6 Punkte. Dies ist hauptsächlich auf einen Rückgang von Berichten über ermordete Christen sowie weniger dokumentierte Angriffe auf Kirchen zurückzuführen. Der Wert für das Auftreten von Gewalt ist jedoch immer noch hoch und der Einfluss des sogenannten „Islamischen Staat" (IS) in der Bevölkerung ist weiter zu spüren. Christen werden weiterhin körperlich und seelisch verletzt, bedroht und sexuell belästigt. Gewalttaten gegen Christen nichtmuslimischer Herkunft wurden hauptsächlich von Kämpfern islamistischer Milizen verübt (zumeist schabakischer Herkunft), während Christen muslimischer Herkunft hauptsächlich mit Gewalt seitens ihrer eigenen (Groß-)Familien konfrontiert sind. Obwohl einige christliche Familien in ihre Häuser zurückgekehrt sind, wandern weiterhin viele Christen aus, weil sie unter Angst leiden und ihnen Hoffnung auf eine positive Zukunft fehlt.

2. Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung

Islamisch-extremistische Gruppen streben eine religiöse Säuberung des Irak an und möchten den Irak zu einem vollständig islamischen Land zu machen. Nach der US-geführten Invasion des Irak im Jahr 2003 verschlechterte sich die Situation rapide. Anti-westliche (und damit auch christenfeindliche) Stimmungen führten zu einem beträchtlichen Ausmaß an Gewalt durch islamische Extremisten und Gruppen von Aufständischen. Diese Situation hat sich durch mangelnde Strafverfolgung und Gesetzlosigkeit noch verschlimmert. Darüber hinaus ist die Zahl der islamistischen Milizen im Norden und im Westen gewachsen, beeinflusst durch den Bürgerkrieg in Syrien.

Unter dem Einfluss islamisch-extremistischer Milizen wurde das islamische Bewusstsein zu einem neuen Faktor im Land, einschließlich der Kurdengebiete im Norden. Bedingt durch regionale Entwicklungen nimmt die Bedeutung des Islam in den irakischen und kurdischen Regierungen zu. Mehrere schiitische Parteien haben gute Beziehungen zur Islamischen Republik Iran, und besonders Christen mit muslimischem Hintergrund berichten bereits seit einiger Zeit, dass sie in Gebieten nahe der iranischen Grenze von iranischen Geheimdiensten beobachtet werden. Generell wird die Prägung der Gesellschaft des Irak islamischer. Islamische Grundsätze und Rhetorik beherrschen den Alltag, und islamische Leiter (vor allem Schiiten) beeinflussen weiterhin das soziale, religiöse und politische Leben durch ihre Lehren, politischen Haltungen und Führungspositionen vieler Stämme. Dies spiegelt sich in den gesellschaftlichen Normen und Praktiken wider, die alle Menschen im Irak betreffen und auch für Nichtmuslime zum Maßstab werden. Die soziale Kontrolle von Frauen nimmt zu, und christliche Frauen

sind selbst in Bagdad und Basra gezwungen, sich zu verschleiern, um sich außerhalb ihres Zuhauses sicher bewegen zu können.

Ethnisch oder traditionell begründete Anfeindungen

Die irakische Gesellschaft ist immer noch stark durch Stammesdenken geprägt, vor allem in Gegenden, die durch religiöse Spannungen und Gewalt beeinflusst sind (hauptsächlich die früher vom IS kontrollierten Gebiete). Die Zugehörigkeit zu einem Stamm ist oft wichtiger als die Befolgung staatlicher Gesetze. Uralte Normen und Werte üben einen bestimmenden Einfluss auf die Stammesgesellschaft aus. Wo sich dieses Stammesdenken mit dem Islam vermischt, sind insbesondere Christen muslimischer Herkunft betroffen. Der Stammeshintergrund eines Christen muslimischer Herkunft kann andere Christen davon abhalten, ihm oder ihr zu helfen, um nicht selbst in Schwierigkeiten zu geraten. Stammesgruppen haben in einigen Gebieten Einfluss innerhalb von (und zuweilen auch auf) Regierungsbehörden.

Organisiertes Verbrechen und Korruption

Korruption ist bis in die höchsten Schichten tief in der irakischen Gesellschaft verwurzelt. Sie spielt bei der Verfolgung von Christen im Irak eine wichtige Rolle, sowohl in den Gebieten, die von der irakischen Regierung kontrolliert werden, als auch in den Kurdengebieten. Diese Triebkraft motiviert Verfolger dazu, Christen besonders in den Bereichen Arbeitssuche und Registrierung christlicher Unternehmen zu benachteiligen und sogar ihres Besitzes zu entrauben. In vielen mehrheitlich islamischen Gebieten können Christen ihre Häuser nur zu 60 % des Wertes verkaufen. Weitere Beispiele: 1. Die Beschlagnahmung von Ländereien, die Christen gehören: In den von der irakischen Regierung kontrollierten Gebieten wurden mindestens 70 % der Ländereien von Christen, die aus dem Land geflohen sind, illegal beschlagnahmt. Dies geschah durch organisierte, kriminelle Gruppen, zu denen sehr einflussreiche Politiker und religiöse Leiter gehören. Ähnliche Phänomene können auch in den Kurdengebieten beobachtet werden, wobei die Täter einflussreiche Stammesführer aus dem herrschenden Klan waren. Die Verwundbarkeit religiöser Minderheiten wie die der Christen wird ausgenutzt. 2. Die Tötung und Entführung von Christen: Seit 2003 ist dies immer wieder in Wellen geschehen und hat zu großer Unsicherheit geführt. Diese beiden Gründe sind die Hauptursachen für die Auswanderung irakischer Christen und für das Schrumpfen der christlichen Gemeinschaft im Irak.

Diktatorische Paranoia

Das Ziel, um jeden Preis an der Macht zu bleiben, ist ein wesentliches Thema in der irakischen Zentralregierung und wird von Klientelpolitik, Korruption und Vetternwirtschaft verstärkt. Dieses Bestreben verhindert die Entwicklung einer pluralistischen Gesellschaft, in der sich Christen (und andere religiöse Minderheiten) wirklich willkommen fühlen könnten. Aus dem Nordirak gab es im Juni 2018 Berichte darüber, dass kurdische Behörden assyrisches Land beschlagnahmt hätten.

Christen berichten zudem, dass einige Kräfte in der Zentralregierung in Bagdad eine langfristige, systematische Kampagne zum demografischen Wandel in traditionell christlich geprägten Regionen forcieren, indem dort Ländereien und Häuser schiitischen und sunnitischen Muslimen zugesprochen werden. Christliche Leiter in Kirche und Politik bestreiten jedoch, dass Grundstücke von Christen mit betrügerischen Mitteln oder unter Zwang den Besitzer wechseln. Christen in den kurdischen Gebieten beklagen eine missbräuchliche Ausnutzung des Wahlsystems bei den Parlamentswahlen von 2018. Kurdische und schiitische Parteien vergaben die fünf für Christen reservierten Sitze dabei an christliche Kandidaten, die nicht von christlichen Parteien aufgestellt wurden, sondern von Parteien, die den

Themen der christlichen Minderheiten keine Priorität einräumen. Auch 2019 war dies für christliche Leiter weiter ein Thema.

Konfessioneller Protektionismus

Während des Besatzungszeit des IS war diese Triebkraft nur schwach ausgeprägt, da Kirchen vieler verschiedenen Konfessionen in dieser Phase bemüht waren, sich gegenseitig zu helfen. Vierzehn christliche Konfessionen sind im Irak vom Staat anerkannt, zwei davon sind protestantisch. Wenn sich eine neue Konfession um Registrierung/Anerkennung bewirbt, werden die offiziell anerkannten Kirchen um eine Stellungnahme gebeten. Oft sprechen sie sich deutlich gegen die Registrierung protestantischer Freikirchen aus. Historische Kirchen versuchen oft, ihre Mitglieder vom Besuch neuere Kirchengemeinden abzuhalten. Manche traditionellen katholischen Kirchen verbieten protestantischen Christen, ihre Toten auf katholischen Friedhöfen zu beerdigen. Im Zentralirak und im Süden kommt es vor, dass Christen, die von einer historischen Kirche zu einer Freikirche wechseln, Drohungen und Widerstand von Familienmitgliedern, Stammesführern und ihrem sozialen Umfeld erleben. Dabei geht es um den möglichen Verlust des Arbeitsplatzes, der Erbrechte oder die finanzielle Möglichkeit zur Heirat. Bischöfe traditioneller christlicher Gemeinschaften haben sich in der Vergangenheit mehrfach geweigert, Angehörige ihrer Konfession zu trauen, weil sie freikirchliche Gemeinden besucht hatten. Familien und Gemeinschaften distanzieren sich oft von Christen, die ihre Konfession gewechselt haben.

3. Verfolger

Ausgehend von Islamischer Unterdrückung

- **Gewalttätige religiöse Gruppen:** Gewalttätige religiöse Gruppen wie der IS und schiitische Milizen sind bekannt für gezielte Entführungen oder Morde an Christen aus traditionellen Kirchen. Einige Milizen sind auch eine besondere Gefahr für Christen muslimischer Herkunft.
- **Die eigene (Groß-)Familie:** Sehr starke Verfolgung geht von der Großfamilie aus, die großen Druck auf Christen muslimischer Herkunft ausübt, um sie zu einer Rückkehr zum Islam zu bewegen. Manchmal kann dies sogar Mordversuche beinhalten. Christen muslimischer Herkunft drohen körperliche Gewalt und Folter, Hausarrest, Enterbung von und Vertreibung aus ihren Familien, Verbannung aus ihren Stämmen, Familien und ihrem Umfeld, erzwungene Scheidung (betrifft vor allem Frauen), erzwungene Eheschließung mit einem streng konservativen Muslim (betrifft vor allem Frauen) und Verlust des Sorgerechts für Kinder.
- **Regierungsbeamte:** Regierungsbeamte, die extremistischen islamischen Gruppen angehören, können es Christen sehr schwer machen, die behördlich notwendigen Dokumente zu erhalten. Angesichts der stark konservativen Prägung der Gesellschaft und der engen Zusammenarbeit mancher Sunniten mit islamistischen Aufständischen verschwimmt die Grenze zwischen extremistischen und moderaten Muslimen. Regierungsbeamte haben christenfeindliche Plakataktionen initiiert, bei denen Muslime zum Boykott christlicher Feste aufgefordert wurden; sie sollten Christen anlässlich des Weihnachtsfestes keine guten Wünsche zusprechen oder Weihnachtsdekorationen verwenden. In von der Regierung kontrollierten Gebieten wurden christliche Frauen durch Plakate an Kirchen dazu aufgefordert, einen Hidschab zu tragen.
- **Anführer ethnischer Gruppen:** Wird der Glaubenswechsel eines Christen muslimischer Herkunft bekannt, üben Anführer ethnischer Gruppen in aller Regel starken Druck auf ihn aus,

den Glauben wieder aufzugeben. Einige Stammesführer haben dem Mord an christlichen Konvertiten zugestimmt.

- **Politische Parteien:** In den Parlamentswahlen im Mai 2018 haben eine schiitische politische Gruppe und kurdische Parteien die Wahlen manipuliert, um Christen den ihnen zustehenden Anteil von fünf Sitzen im Parlament zu entziehen. In der Vergangenheit haben einige schiitische politische Parteien Gesetze wie das neue nationale Identifikationsgesetz eingebracht, die Christen diskriminieren. Dieses Gesetz legt fest, dass die Kinder eines Ehepartners, der zum Islam konvertiert, automatisch als Muslime gezählt werden. Abgesehen von islamischen politischen Parteien haben immer wieder auch ethnische und paramilitärische Gruppen sowie Stammesgruppen Parteien mit einer ausgrenzenden Agenda gegründet.
- **Nichtchristliche religiöse Leiter:** Zu den Verfolgern zählen auch extremistische islamische Anführer, sowohl schiitische als auch sunnitische, welche direkten Einfluss auf die Politik und andere Aspekte des Lebens im Irak ausüben. Dies spiegelt sich erstens in diskriminierenden Richtlinien, Gesetzen und administrativen Vorgängen gegen Christen wider und zweitens in den sehr häufig auftretenden Hassreden von muslimischen Leitern, die Christen ausgrenzen.
- **Gewöhnliche Bürger:** Gewöhnliche Bürger haben in der Vergangenheit mit dem IS zusammengearbeitet oder sind Teil einer Miliz geworden, die Christen verfolgt, so zum Beispiel in Mossul. Dies hat das Vertrauen von Christen zu ihren Nachbarn und anderen Menschen in ihrem sozialen Umfeld schwer beschädigt. Auch gewöhnliche Bürger setzen Christen muslimischer Herkunft überall im Irak unter Druck, zum Islam zurückzukehren.
- **Kartelle oder Netzwerke des organisierten Verbrechens:** Abgesehen von politischen Parteien und einigen militanten Gruppen sind auch kriminelle Netzwerke an der Konfiszierung von mehr als 30.000 Grundstücken von Christen in Bagdad und anderen Gegenden beteiligt, wie im „International Religious Freedom Report 2018“ berichtet wird. Mafiös organisierte Gruppen schließen sich mit Immobilienbüros zusammen und beschlagnahmen die Grundstücke von Christen, indem sie Dokumente fälschen – und kommen dabei meist ungestraft davon. In einigen Fällen wurden die christlichen Besitzer oder Mieter sogar direkt bedroht, woraufhin sie aus ihren Häusern flohen.

Ausgehend von ethnisch oder traditionell begründeten Anfeindungen

- **Revolutionäre oder paramilitärische Gruppen:** Die Volkszugehörigkeit bleibt ein Faktor in der Verfolgung von Christen in den kurdischen Gebieten, aber auch überall sonst im Irak. Nach der Rückeroberung der Gebiete vom IS drängten kurdische Truppen und vom Iran unterstützte Milizen, einschließlich der schiitischen Minderheit der Schabak, Christen dazu, ihre Grundstücke zu verkaufen oder hinderten Christen daran, in ihre Städte oder Dörfer zurückzukehren. Mit der Enteignung von Christen trugen sie zu der Vertreibung von Christen aus dem Irak bei.
- **(Groß-)Familie, Anführer ethnischer Gruppen und nichtchristliche religiöse Leiter:** Ethnisch begründete Anfeindungen betrifft die Auferlegung jahrhundertealter Normen und Werte, die im Stammeskontext geprägt wurden; diese Anfeindungen vermischen sich häufig mit Islamischer Unterdrückung. Die Zugehörigkeit zu einem Stamm und die Befolgung der dort geltenden Regeln hat höheres Gewicht als die Befolgung staatlicher Gesetze. Die Akteure dieser Triebkraft sind insbesondere Familien von Christen muslimischer Herkunft sowie Stammesführer und Anführer ethnischer Gruppen oder islamische Leiter.
- **Politische Parteien:** Ethnische Gruppen sowie Stammesgruppen haben bisweilen Parteien mit einer ausgrenzenden Agenda gegründet. Im Stammeskontext geraten vor allem christliche

Konvertiten unter Druck: Ist bekannt, dass ein Konvertit einem bestimmten Stamm angehört, kann es passieren, dass andere Christen ihm aus Angst nicht helfen, da die Stammesgruppen auch auf behördlicher Ebene großen Einfluss haben. Kurdische Behörden und Bürger waren in die sogenannte demografische Entwicklungspolitik oder „Kurdifizierung" in der Ninive-Ebene und anderen Teilen der Kurdengebiete verwickelt. Dieser geplante und gezielte Versuch, Land von Christen anzukaufen oder zu konfiszieren, bedroht die Identität der historischen christlichen Enklaven und Ortschaften und ist ein weiterer Schritt hin zur Auslöschung der christlichen Minderheit im Irak.

Ausgehend von Diktatorischer Paranoia

- **Politische Parteien, Regierungsbeamte und gewöhnliche Bürger:** Regierungsbeamte auf allen Ebenen bedrohen Berichten zufolge Christen und „ermutigen" sie, auszuwandern. Auch im Norden haben gewöhnliche Bürger Berichten zufolge in der Öffentlichkeit die Frage aufgeworfen, warum immer noch Christen im Irak sind. Durch ihr Versäumnis, eine pluralistische Gesellschaft zu fördern, tragen auch politische Parteien zur Verfolgung von Christen bei. Christen in den kurdischen Gebieten beklagen einen Missbrauch des Wahlsystems bei den Parlamentswahlen von 2018, als kurdische und schiitische Parteien für die fünf Sitze, die für Christen reserviert sind, ihre eigenen christlichen Kandidaten aufstellten.
- **Gewalttätige religiöse Gruppen, Anführer ethnischer Gruppen und Revolutionäre oder paramilitärische Gruppen:** Andere Verfolger sind Anführer ethnischer Gruppen (z. B. kurdische Leiter), ethnische Milizen (z. B. die Schabak) und gewalttätige religiöse Gruppen (wie der IS, Al Kaida und Chorasan). Um ihre Macht zu sichern oder auszubauen sind sie bereit, alles zu tun.

Ausgehend von Konfessionellem Protektionismus

- **Christliche Leiter anderer Kirchen:** Verfolgung geschieht auf geringerem Niveau auch durch Leiter historischer Kirchen, die manchmal die offizielle Anerkennung neuer christlicher Konfessionen verhindern. In einem Fall brachte ein katholischer Leiter durch seinen Einfluss die Polizei dazu, einen protestantischen Pastor zu belästigen, der in einem traditionell katholischen Dorf tätig war. Der Pastor und sein Team wurden auf Grund falscher Anschuldigungen festgehalten und der Pastor wurde gezwungen, das Dorf zu verlassen. Einige katholische Kirchen in den Kurdengebieten verbieten den protestantischen Christen, ihre Toten auf christlichen Friedhöfen zu beerdigen. In Bagdad müssen protestantische Denominationen, die (noch) nicht von der zentralen Regierung anerkannt sind, bezahlen, um ihre Toten beerdigen zu können. Das Land wird vom Staat gestellt, und die Verwaltung des Friedhofes liegt in der Hand der einzigen anerkannten protestantischen Denomination in Bagdad. In der Regierung der Kurdengebiete wird die Abteilung für christliche Angelegenheiten von der chaldäischen (katholischen) Kirche dominiert, die manche administrativen Vorgänge beeinflusst oder behindert.
- **Die eigene (Groß-)Familie:** Christen, die ihre Konfession wechseln (oft von einer historischen Kirche zu einer neueren, protestantischen Kirche), erfahren häufig Missbilligung von Familienangehörigen. Sehr wahrscheinlich wird Druck ausgeübt, um die Person dazu zu bringen, zu der traditionellen Kirche zurückzukehren.

Ausgehend von organisiertem Verbrechen und Korruption

- **Gewalttätige religiöse Gruppen, politische Parteien, Regierungsbeamte, Kartelle oder Netzwerke des organisierten Verbrechens:** Gewalttätige religiöse Gruppen, Regierungsbeamte und kriminelle Gruppen beuten Christen durch Korruption und Verbrechen aus. Regierungsbeamte, die Verbindungen zu kriminellen Gruppen haben, missbrauchen ihre Macht und fälschen Dokumente. Kriminelle Gruppen verbünden sich mit Immobilienbüros, um sich Grundstücke von Christen anzueignen – meistens von Christen, die geflohen sind. Das passiert schon seit Jahren und geht in Bagdad immer noch weiter. Durch diese Triebkraft motivierte Verfolger sind hauptsächlich Menschen, die politische Macht haben oder ihr nahestehen, oder auch schiitische Milizen, die vom Iran unterstützt werden. Immer wieder kommt es zu Entführungen von Christen durch organisierte kriminelle Netzwerke, sowohl aus finanziellen als auch aus religiösen Motiven; die Zahl ist jedoch insgesamt zurückgegangen.
- **Politische Parteien:** Abgesehen von kriminellen Netzwerken und einigen militanten Gruppen sind auch politische Parteien an der Konfiszierung von mehr als 30.000 Grundstücken von Christen in Bagdad und anderen Gegenden beteiligt. Das geschieht unter Missachtung der Versprechen des Premierministers, die Aneignungen zu untersuchen.
- **Gewöhnliche Bürger:** Einige Bürger sind an dem Prozess der Enteignung christlicher Grundstücke beteiligt, indem sie sie kaufen und dorthin ziehen. Christen und andere Nichtmuslime berichten von Korruption, Vetternwirtschaft und einer ungerechten Anwendung des Arbeitsrechtes, die zu einer Verschlechterung der ökonomischen Situation von Nichtmuslimen führen. Dies ist wiederum einer der Gründe für sie, auszuwandern.

4. Regionale Brennpunkte der Verfolgung

Der Irak besteht aus 18 Provinzen/Gouvernements, von denen in nur fünf offiziell Christen leben. Abgesehen von kleinen Gruppen christlicher Konvertiten mit muslimischem Hintergrund haben Christen alle anderen Gouvernements verlassen.

Die meisten Christen im Irak leben in den kurdischen Provinzen. Auch im Gouvernement Ninive gibt es viele Christen. Die Ninive-Ebene ist eines der sogenannten „umstrittenen Gebiete“ zwischen der Zentralregierung und der kurdischen Führung. Nach dem Referendum vom September 2017 über die kurdische Unabhängigkeit wurde der Großteil der Ninive-Ebene wieder der Kontrolle der Zentralregierung unterstellt. Einige Christen leben in Bagdad und Basra. Christen muslimischer Herkunft gibt es in allen Provinzen des Landes. Die Verfolgung dieser Christen ist in den arabischen Gebieten stärker als in den kurdischen Gebieten.

5. Betroffene Christen

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

Ausländische Christen zählen laut Methodik nicht als eigenständige Kategorie, da sie im Irak üblicherweise keine unfreiwillig isolierte Gruppe darstellen.

Christen aus traditionellen Kirchen

Kirchen wie die assyrisch-orthodoxe Kirche, die chaldäisch-katholische Kirche, die syrisch-katholische Kirche und die armenische Kirche sind alle erheblich von Verfolgung durch extremistische islamische

Gruppierungen und nichtchristliche religiöse Leiter betroffen. Sie werden auch von den Behörden diskriminiert. Im Zentral- und Südirak zeigen Christen oft keine christlichen Symbole (wie z. B. ein Kreuz), da dies zu Belästigungen oder Diskriminierungen an Checkpoints, in der Universität oder am Arbeitsplatz, sowie in Regierungsgebäuden führen kann. Es wurde berichtet, dass Christen selbst in der Autonomen Region Kurdistan Kreuze aus ihren Autos entfernt haben, um ungewollte Aufmerksamkeit zu vermeiden.

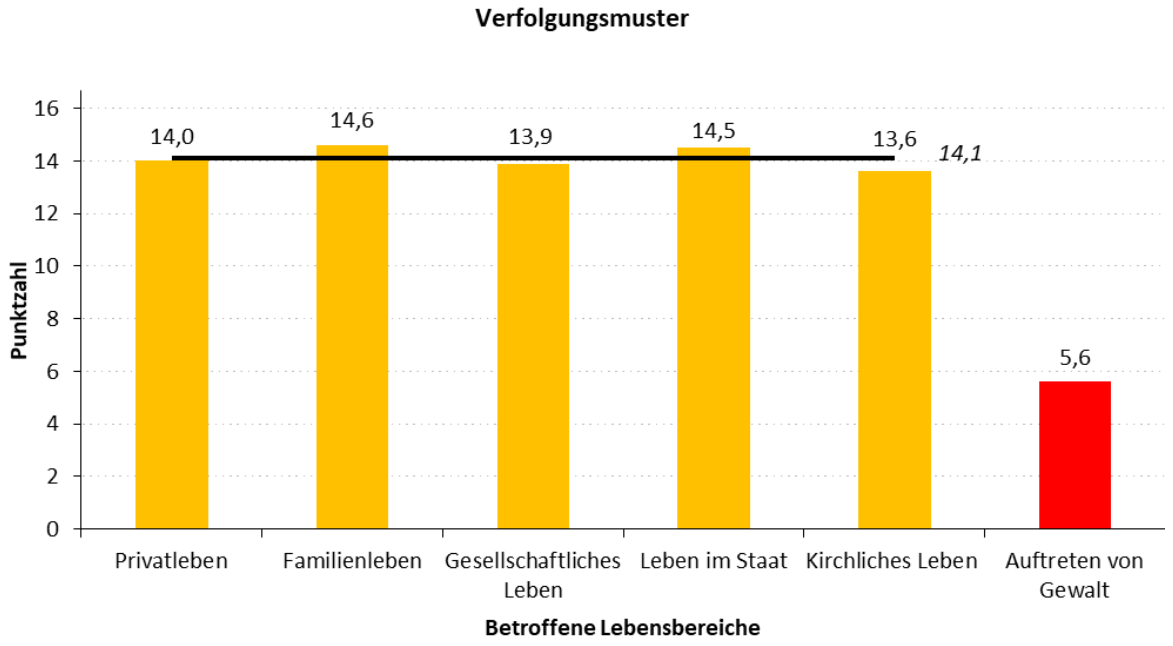
Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

Diese Kategorie besteht aus Christen mit muslimischem Hintergrund sowie Christen, die aus einer traditionellen Kirche stammen und zu einer anderen Denomination übergetreten sind und nun zusammen mit protestantisch-freikirchlichen Christen Gottesdienst feiern. Christen muslimischer Herkunft erleben den meisten Druck durch die eigene (Groß-)Familie und halten oft ihren neuen Glauben geheim, da sie riskieren, von ihren Familienangehörigen, Stammesführern und den Menschen in ihrem Umfeld bedroht zu werden. Die Denomination zu wechseln (z. B. von einer orthodoxen Kirche zu einer freikirchlich-protestantischen Gemeinde) wird ebenfalls häufig mit dem Entzug von Rechten oder mit dem Verlust des Arbeitsplatzes bestraft. Ein Bischof weigerte sich, Mitglieder seiner Kirche zu trauen, die freikirchlich-protestantische Gemeinden besucht hatten.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Evangelische, Baptisten- und Pfingstgemeinden in Bagdad und Basra sind ebenfalls erheblich von der Verfolgung durch islamisch-extremistische Bewegungen und nichtchristliche religiöse Leiter betroffen und erleben Diskriminierungen durch die Behörden. In gewissem Maße sind auch freikirchliche Christen von Widerstand durch die eigene (Groß-)Familie betroffen. Christen, die ihren Glauben offen bekennen, wurden regelmäßig zu Zielscheiben im Zentral- und Südirak. Auch Blasphemiegesetze können gegen sie angewendet werden, wenn sie im Verdacht stehen, missionarisch unter Muslimen zu arbeiten. Für evangelikale Christen gibt es keine gesetzliche Grundlage, um Bibelschulen zu eröffnen oder zu diesem Zweck auswärtige Organisationen zu engagieren.

6. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Irak

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Der durchschnittliche Druck auf Christen im Irak hat weiterhin ein extremes Ausmaß und liegt mit 14,1 Punkten auf dem gleichen Niveau wie im vorherigen Berichtszeitraum. Der Druck ist in jedem Lebensbereich extrem, außer im Bereich des kirchlichen Lebens, wo er mit einer Wertung von 13,6 Punkten immer noch sehr hoch ist. Dies ist typisch für eine Situation, in der viele verschiedene Triebkräfte der Verfolgung zusammenwirken:
- Der Druck durch Islamische Unterdrückung herrscht in allen fünf Lebensbereichen und betrifft besonders Christen muslimischer Herkunft. Ethnisch begründete Anfeindungen (verbunden mit Islamischer Unterdrückung) treten besonders in den Lebensbereichen Familienleben und Privatleben auf. Organisiertes Verbrechen und Korruption betreffen besonders die Bereiche Gesellschaftliches Leben und Leben im Staat. Konfessioneller Protektionismus tritt vor allem in den Bereichen Kirchliches Leben, Familienleben und Privatleben auf.
- Die Gewalt gegen Christen ist immer noch sehr hoch (5,6 Punkte), obwohl die Wertung von 8,1 Punkten im Vorjahr gesunken ist. Dieser Rückgang ist hauptsächlich auf eine geringere Anzahl von Berichten über ermordete Christen sowie weniger Berichte über Angriffe auf Kirchen zurückzuführen.

Zu jedem der Lebensbereiche sind im Folgenden jeweils ausgewählte Teilaspekte genannt, die im betreffenden Lebensbereich für die Christen zu den gravierendsten Schwierigkeiten gehören.

Privatleben

- **Es ist für Christen riskant, über ihren Glauben zu sprechen:** Für Christen muslimischer Herkunft ist es sehr riskant, mit entfernten Angehörigen und anderen Menschen über ihren christlichen Glauben zu sprechen. Die traditionellen Kirchen haben im Lauf der Jahrhunderte erfahren müssen, dass sie außerhalb ihrer Gemeinschaften nicht über den Glauben diskutieren können oder irgendeine Aktivität durchführen können, die als Evangelisation verstanden werden könnte. Auch für Mitglieder anderer christliche Gemeinschaften sind Gespräche über den christlichen Glauben mit Nichtchristen immer mit dem Risiko verbunden, der Evangelisation beschuldigt und deswegen belästigt oder sogar gewalttätig angegriffen zu werden.
- **Es ist für Christen riskant, ihrem Glauben in schriftlicher Form persönlich Ausdruck zu geben, etwa in Internetblogs oder auf Facebook:** Als Christ muslimischer Herkunft kann es sehr gefährlich sein, seinen Glaubenswechsel über soziale Medien bekanntzumachen. Für alle anderen Christen ist es meist kein Problem, ihrem Glauben schriftlich Ausdruck zu verleihen. Beiträge zu posten, die anderen den christlichen Glauben nahebringen wollen, sind jedoch problematisch. Nach Jahrhunderten der religiösen Verfolgung und immer wiederkehrenden Wellen der Gewalt, sowohl durch Nachbarn als auch durch Ausländer, tendieren Christen aus traditionellen Kirchen dazu, dies aus Angst vor Feindseligkeit zu unterlassen. Protestantische Freikirchen riskieren ernsthaften Widerstand, sind aber trotzdem offener im Bekenntnis ihres Glaubens und geben das Evangelium aktiver weiter.
- **Es ist für Christen riskant, christliche Bilder oder Symbole zu zeigen:** In einem Land, das stark von religiös motivierter Gewalt (und in der Vergangenheit sogar von Völkermord) betroffen ist, geht mit dem Zeigen religiöser Symbole immer die Gefahr von Belästigung, Entführung oder Gewalt einher. Dies gilt besonders für die zentralen und südlichen Regionen des Landes, aber auch für einige Teile der Ninive-Ebene, wie Mossul. Einheimische Christen, die keine Konvertiten sind, zeigen christliche Symbole und Bilder in ihrem privaten und öffentlichen Leben, sofern sie nicht in einer streng konservativen islamischen Umgebung leben. Für Christen muslimischer Herkunft würde ein solches Verhalten bedeuten, ihren Glaubenswechsel zu verraten und ist deshalb im gesamten Land sehr riskant, sowohl im privaten als auch im öffentlichen Leben.
- **Es ist für Christen riskant, sich mit anderen Christen zu treffen:** Sich mit anderen Christen zu treffen, ist besonders für Christen muslimischer Herkunft gefährlich. Dadurch könnte ihr Glaubenswechsel bekannt werden. Das gilt im gesamten Land, jedoch in unterschiedlichem Maß. In den etwas toleranteren kurdischen Gebieten und den christlich geprägten Dörfern der Ninive-Ebene wäre dies weniger riskant als in streng konservativ islamisch geprägten Gebieten.

Christen mit muslimischem Hintergrund sind in der persönlichen Ausübung ihres Glaubens von allen Christen am stärksten eingeschränkt. Sie können in einer muslimisch geprägten Gegend weder über ihren Glauben sprechen noch christliches Material besitzen, ohne mit Feindseligkeit bis hin zu Gewalt konfrontiert zu werden. Zusätzlich dazu, dass sie als Abtrünnige gelten, wird es als aktive Missionierung und Verrat gesehen, wenn man über den christlichen Glauben redet. Der Druck in diesem Lebensbereich ist besonders hoch im Zentral- und im Südirak und ist auch in den Kurdengebieten in einer milderen Form existent.

Familienleben

- **Christlichen Ehepartnern wird im Falle einer Scheidung das Recht abgesprochen, das Sorgerecht für die Kinder in Anspruch zu nehmen:** Christen muslimischer Herkunft können keine Nichtmuslime heiraten, da sie offiziell weiter als Muslime gelten. Im Falle einer Scheidung gilt das islamische Familienrecht, was das Sorgerecht für Kinder, Erbansprüche, Beerdigungen, etc. betrifft.
- **Kinder von Christen muslimischer Herkunft werden automatisch unter der Mehrheitsreligion registriert.** Laut Artikel 26 des Gesetzes von 2015 zum Personalausweis werden Kinder unter 18 mit einem muslimischen Elternteil als Muslime registriert. Das trifft selbst dann noch zu, wenn eine nichtmuslimische Mutter von einem Muslim vergewaltigt wurde und das Kind durch diese Vergewaltigung gezeugt wurde. Wird ein Kind einmal als Muslim registriert, kann die Religionszugehörigkeit nicht mehr zum christlichen Glauben geändert werden. In einigen Fällen hat das dazu geführt, dass Christen ausgewandert sind. Christen mit muslimischem Hintergrund stehen vor derselben Herausforderung, da sie ihre Religionszugehörigkeit nicht offiziell ändern können, und ihre Kinder daher automatisch als Muslime registriert werden.
- **Die Registrierung von Geburt, Hochzeit, Tod usw. von Christen wird behindert oder unmöglich gemacht:** Behördliche Bescheinigungen in den genannten Bereichen sind für Christen muslimischer Herkunft faktisch nicht zu bekommen, da die Behörden sie weiterhin als Muslime betrachten. Eine Ehe von einem Christen muslimischer Herkunft mit einem Nichtmuslim wird daher nicht anerkannt. Seine/ihre Kinder werden als Muslime behandelt, was zahlreiche rechtliche und soziale Konsequenzen für das Leben der Kinder nach sich zieht. Dieses Thema betrifft auch die Christen, die vom IS gezwungen wurden, zum Islam zu konvertieren. Sie werden nun als Muslime angesehen, weil sie vor Gericht ihre Konversion erklären mussten. Alle rechtlichen und sozialen Aufzeichnungen werden vom zuständigen Gericht geändert. Nicht registrierte Freikirchen haben keine Möglichkeit, Hochzeiten oder Todesfälle ihrer Mitglieder registrieren zu lassen.
- **Kinder christlicher Eltern werden dazu gedrängt, an christenfeindlichem Unterricht oder dem allgemeinen Religionsunterricht teilzunehmen:** Dies gilt besonders für christliche Kinder, deren Eltern einen muslimischen Hintergrund haben. Sie werden als Muslime angesehen und müssen am verpflichtenden Islamunterricht auf allen schulischen Ebenen teilnehmen. In geringerem Ausmaß kann dies auch einheimische Christen betreffen, besonders in mehrheitlich islamisch geprägten Gegenden der Zentralregierung und streng konservativen Gegenden wie Mossul. Druck von Lehrern oder anderen Schulkindern kann hierbei eine starke Rolle spielen. Im gesamten Land müssen alle Schulen (auch christliche Schulen) regelmäßigen Islamunterricht anbieten und die Schüler in diesem Fach testen. Wer diese Prüfungen nicht besteht, kann nicht in die nächste Klasse versetzt werden. Der nationale Lehrplan ist zudem auf den Islam ausgerichtet – das betrifft nicht nur den Religionsunterricht, sondern beispielsweise auch das Fach Geschichte.

Christen muslimischer Herkunft müssen ihren neuen Glauben meist vor ihrer Familie verstecken, weil dieser Schande über die Familie bringt. Andernfalls riskieren sie, bedroht und isoliert zu werden. Christliche Familien ohne muslimischen Hintergrund stehen zwar weniger unter Druck als Christen muslimischer Herkunft, sind aber dennoch auf verschiedene Weise eingeschränkt. Im Zentral- und Südirak werden Kinder aus christlichen Familien in staatlichen Schulen oft diskriminiert. Abgesehen davon, dass sie schlechtere Noten als muslimische Kinder bekommen, werden sie gezwungen, den Koranunterricht zu besuchen. Sie dürfen ihren Glauben auch dann nicht erklären, wenn sie danach

gefragt werden. Christliche Eltern müssen vorsichtig sein, was sie ihren Kindern von ihrem Glauben mitteilen. Wenn die Kinder in der Schule über ihren Glauben reden würden – vor allem im Islamunterricht – könnte die Familie der Blasphemie beschuldigt werden. Christliche Kinder, die sich weigern, den Islamunterricht zu besuchen, werden oft schikaniert und unter Druck gesetzt, Muslime zu werden. Es kann zudem passieren, dass christliche Schulkinder dazu gezwungen werden, sich gemäß islamischen Vorschriften zu kleiden. An einer Universität in Mossul wurden einige christliche Mädchen dazu gezwungen, sich zu verschleiern. Christen muslimischer Herkunft wurden gezwungen, ihre Kinder entweder als Muslime registrieren zu lassen, oder gar keine Dokumente für sie ausstellen zu lassen, „sie undokumentiert zu lassen, was Einfluss auf ihr Recht auf staatliche Förderungen hat", wie das Außenministerium der Vereinigten Staaten in seinem internationalen Bericht zur Religionsfreiheit für 2018 bemerkt hat.

Gesellschaftliches Leben

- **Christen werden wegen ihres Glaubens im Alltag belästigt, bedroht oder schikaniert, zum Beispiel, weil sie sich nicht entsprechend der Vorschriften für Kleidung oder Bärte verhalten:** Diskriminierung von Christen ist im Irak weitverbreitet. Der Krieg und die zahlreichen Milizen, die nicht von der Zentralregierung kontrolliert werden können, führen dazu, dass Verfolger ungestraft bleiben. Selbst in den kurdischen Gebieten ist Diskriminierung Teil des Alltags. Sie erfolgt aufgrund der Nichtbeachtung von Kleidungsvorschriften, dem Platzieren von Kreuzen in Autos und ähnlichem und ist weitverbreitet. Auf christliche Frauen aller Kategorien wird in Bagdad und Basra Druck ausgeübt, ein Kopftuch zu tragen. Selbst im Norden des Landes (Dohuk, Zakho und in einigen Gebieten Erbils) wächst der soziale Druck auf Frauen, sich zu verschleiern. Außerdem beinhaltet der Lehrplan für Grundschulen Elemente, die falsch und beleidigend sind und Hass und Spaltung fördern. Christliche Frauen sind besonders betroffen, wenn Kinder beispielsweise lernen, dass unverschleierte Frauen „krank" sind.
- **Christen stehen in Gefahr, entführt und/oder zwangsverheiratet zu werden:** Christinnen muslimischer Herkunft riskieren ihr Leben, wenn ihr Glaubenswechsel bekannt wird. Es kann vorkommen, dass sie mit einem Muslim verheiratet werden. Die Angst vor Vergewaltigungen und anderen Formen von Gewalt gegen Frauen, die zu einer Heirat mit einem Vergewaltiger führen könnten, ist in allen christlichen Gemeinschaften weitverbreitet. Diese Situation wird durch folgendes Gesetz unterstützt: Vergewaltigung wird im Irak nicht bestraft, wenn der Vergewaltiger die Frau heiratet, die er vergewaltigt hat und damit ihre Familienehre wiederherstellt. Dadurch können Frauen, auch Christinnen, gezwungen werden, den Mann zu heiraten, der sie vergewaltigt hat.
- **Christen erfahren wegen ihres Glaubens Benachteiligungen im Bildungsbereich (beispielsweise eingeschränkter Zugang zu Bildung):** Die Hauptbenachteiligung, die Christen im Bildungsbereich erfahren, ist der Fokus auf den Islam im Bereich der religiösen Bildung und die Nichtbeachtung der anderen religiösen Gemeinschaften und ihres Beitrags zur Geschichte des Irak. Dadurch wird bei Muslimen eine Sichtweise erzeugt, die Christen als untergeordnet betrachtet. Christen und andere nichtmuslimische Gemeinschaften werden als Fremdkörper in der Geschichte und Kultur des Irak betrachtet.
  Einige Lehrpläne in öffentlichen Schulen und Universitäten definieren Christen sogar als Ungläubige und Feinde und rufen zum Dschihad gegen sie auf. Berichten zufolge gibt es zudem nur wenige Christen, die Stipendien oder höhere Positionen innerhalb des Bildungssystems und an Universitäten erhalten. Christliche Studenten beklagen sich, dass einige muslimische Professoren an Universitäten Prüfungen absichtlich auf christliche Feste wie Weihnachten und

Ostern legen. Assyrische Schulen weisen darauf hin, dass sie benachteiligt werden, indem sie nicht die volle finanzielle Unterstützung erhalten, auf die sie Anspruch haben, oder die Schulbücher, die sie benötigen.

- **Christen werden am Arbeitsplatz im öffentlichen oder privaten Sektor aus religiösen Gründen diskriminiert:** Da die Religionszugehörigkeit auf jedem Personalausweis vermerkt ist, ist es sehr einfach, Christen im öffentlichen Leben zu diskriminieren. Selbst hochqualifizierte Christen werden im Blick auf Arbeitsplätze oder hochgestellte Positionen benachteiligt. Auch wenn einige Christen wichtige Positionen im Parlament und der Regierung innehaben, fühlen Christen sich generell bei der Besetzung von Regierungsämtern und bei Wahlen unterrepräsentiert. Dies betrifft vor allem öffentliche Positionen (besonders auf provinzieller und lokaler Ebene) und schränkt den Zugang von Minderheiten zu den von der Regierung angebotenen wirtschaftlichen Möglichkeiten weiter ein. Für Christen muslimischer Herkunft ist es noch schwieriger: Sie verlieren mit hoher Wahrscheinlichkeit ihre Arbeitsstelle, sobald ihr Glaubenswechsel bekannt wird (etwa, weil sie im Ramadan nicht fasten). In einem solchen Fall erhalten sie kein Arbeitszeugnis oder andere Dokumente und haben es sehr schwer, eine neue Anstellung zu finden, besonders bei größeren Firmen.

Leben im Staat

- **Die Verfassung schränkt die Religionsfreiheit ein, basierend auf der Formulierung in Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte:** Auch wenn die Verfassung grundlegende Menschenrechte und die Religionsfreiheit anerkennt und der Irak alle Abkommen und Vereinbarungen zu Menschenrechten unterzeichnet hat, verstoßen mehrere Gesetze gegen die Prinzipien, die Christen Religionsfreiheit gewähren. So legt die Verfassung beispielsweise fest, dass der Irak ein islamisches Land ist und kein Gesetz erlassen werden darf, das dem Islam oder islamischen Grundsätzen entgegensteht. Das Gesetz erlaubt die Konversion von einem anderen Glauben zum Islam, jedoch nicht die Konversion vom Islam zu einem anderen Glauben und erkennt diese auch nicht an. Das Gesetz zu Personalausweisen legt fest, dass alle Kinder einer Person als Muslime gelten, wenn sie zum Islam konvertiert, selbst Kinder aus einer früheren Ehe. Nach dem Familienrecht unterliegt in einer Ehe, in der einer der Ehegatten Muslim ist, das Recht auf Scheidung, Sorgerecht und Erbschaft fast automatisch den Gesetzen des muslimischen Glaubens.
- **Christen werden aufgrund ihres Glaubens von öffentlichen Ämtern oder Beförderungen ausgeschlossen:** Repräsentanten christlicher Gemeinschaften beklagen immer wieder, dass sie im öffentlichen Dienst unterrepräsentiert sind, besonders auf provinzieller und lokaler Ebene. Christen in den kurdischen Gebieten beklagen einen Missbrauch des Wahlsystems bei den Parlamentswahlen von 2018, als kurdische und schiitische Parteien für die fünf Sitze, die für Christen reserviert sind, ihre eigenen christlichen Kandidaten aufstellten. Allgemein gesprochen verhält es sich wie im Großteil des Nahen Ostens: Christen wird nicht erlaubt, die höchsten Ämter in bestimmten Institutionen, wie dem Militär, zu bekleiden. Manchmal wurden Christen aufgefordert, Muslime zu werden, um eine Beförderung zu erhalten.
- **Christen sind Opfer von Hetzkampagnen:** Lokalen Christen zufolge hetzen nichtchristliche religiöse Leiter und Kleriker regelmäßig gegen Christen, etwa in Predigten in Moscheen. Dies kann unmittelbar zu Gewalt gegen Christen führen. Christen wurden außerdem wiederholt zum Ziel von Hassreden und Hetzkampagnen im nationalen Fernsehen und online durch extremistische Gruppierungen.

- **Angeklagten Christen wird eine Gleichbehandlung vor Gericht verweigert:** Vor Gericht erleben Christen die gleiche Diskriminierung wie im öffentlichen Leben und in der Politik. Sie werden als Bürger zweiter Klasse behandelt, sofern sie nicht persönliche Beziehungen in höhere Regierungsebenen haben.
- **Personen, die Christen Schaden zufügen, werden bewusst von der Strafverfolgung ausgenommen:** Die meisten Verfolger von Christen werden nicht für ihre Verbrechen zur Rechenschaft gezogen. Christen mit muslimischem Hintergrund betrifft das noch stärker, besonders, wenn es um Ehrenverbrechen innerhalb der Familie geht. Die Regierung hat keine Kontrolle über die Milizen, die im Land aktiv sind, besonders in der Ninive-Ebene. Enteignungen, Zerstörungen, Entführungen und Morde in der IS-Zeit und auch in der Zeit danach wurden nicht verfolgt. Trotz der hohen Anzahl beschlagnahmter christlicher Häuser und Grundstücke wurde kaum jemand dafür bestraft (offiziellen Schätzungen zufolge betrifft dies 78 % aller Grundstücke von Christen, die das Land verlassen haben).

Kirchliches Leben

- **Die Arbeit mit Jugendlichen wird gezielt eingeschränkt:** Die Arbeit mit Jugendlichen ist nur innerhalb von Kirchengebäuden erlaubt. Auch Jugendcamps oder ähnliche Events dürfen nur innerhalb der Mauern eines kirchlichen Gebäudes stattfinden und sind nicht im Freien gestattet. Die Arbeit mit Jugendlichen darf nur auf christliche Jugendliche ausgerichtet sein, Arbeit mit der mehrheitlich muslimischen Jugend ist nicht möglich. Nicht registrierte christliche Gemeinschaften, die sich in Häusern oder Läden treffen, können mit der lokalen Polizei in Konflikt geraten, wenn muslimische Nachbarn solche Treffen in ihrer Nähe nicht dulden.
- **Kirchen werden daran gehindert, offen Menschen zu integrieren, die zum christlichen Glauben übergetreten sind:** Es ist nicht möglich, Christen muslimischer Herkunft in eine Kirche in der Stadt zu integrieren, aus der sie stammen. Meist müssen christliche Konvertiten ihren Heimatort aus Sicherheitsgründen verlassen und andere Christen in der Anonymität einer Großstadt kennenlernen – oder das Land ganz verlassen. Es ist bekannt, dass Kirchen, die Konvertiten aufnehmen, ins Visier der Behörden geraten und von der Schließung bedroht sind. Eine Ausnahme stellen hierbei die Kurdengebiete dar, in denen einige kurdische Kirchen konvertierte Kurden aufnehmen konnten. Doch trotz der etwas größeren Freiheit werden sie auch hier eng überwacht und sind einer gewissen Gefahr ausgesetzt.
- **Für Kirchen und christliche Organisationen ist es riskant, gegenüber Anstiftern von Verfolgung die Stimme zu erheben:** Es ist generell schwierig für Kirchen oder christliche Organisationen, ihre Stimme gegen Verfolger zu erheben – mit Ausnahme von Verbrechen, die vom IS begangen wurden. Im Irak stecken hinter schweren Vorfällen von Verfolgung üblicherweise hochrangige religiöse und politische Führer mit beachtlichem Einfluss und militärischer Macht.
  Christliche Leiter formulieren Kritik und Anschuldigungen mit großer Vorsicht. Einige, die sich in dieser Hinsicht klarer geäußert haben, haben Drohungen erhalten und wurden aufgefordert, sich still zu verhalten. Einige Kritiker der Regierung, ihrer Milizen oder der politischen Parteien wurden bereits getötet.
- **Kirchliche Aktivitäten werden überwacht, behindert, gestört oder unterbunden:** Ist eine Gemeinschaft von Christen muslimischer Herkunft bekannt, wird sie mit großer Sicherheit überwacht, behindert und gestört. Davon gibt es einige wenige Ausnahmen in den kurdischen Gebieten. Obwohl hier etwas größere Freiheit herrscht, werden auch hier Christen

muslimischer Herkunft eng überwacht. In Teilen der Ninive-Ebene ist das christliche Leben ausgestorben: Mossul, Tel Keppe und andere Orte beherbergten früher lebendige christliche Gemeinschaften, die es jetzt nicht mehr gibt. Die allermeisten Kirchen sind noch immer Ruinen und die Regierung unterstützt die Wiederansiedlung der Christen in der Ninive-Ebene nicht ausreichend. Einige Kirchengemeinden werden laut Berichten überwacht, besonders protestantische Freikirchen.

Auftreten von Gewalt

- Drei Christen wurden im Berichtszeitraum wegen ihres Glaubens getötet. Da dies Christen muslimischer Herkunft betrifft, können aus Sicherheitsgründen keine detaillierteren Angaben gemacht werden.
- Zur Gewalt zählen auch sexuelle Übergriffe, die ein großes Problem im Irak darstellen (siehe auch „Wie Frauen Verfolgung erfahren“ unten). Einem Bericht zufolge geben 77 % aller Frauen an, bereits sexuell belästigt worden zu sein. Christinnen sind davon besonders stark betroffen, da es kaum eine Strafverfolgung gibt und sie nicht ausreichend geschützt werden. Hinzu kommt die in der islamisch geprägten Gesellschaft verbreitete Sicht, dass christliche Frauen für Annäherungsversuche offen sind. Schabakische Milizen oder mit ihnen verbundene Gruppen sind bekannt dafür, Christen sexuell zu belästigen. Auch viele Christinnen in Bagdad leiden unter sexueller Belästigung. Es ist jedoch sehr schwierig, Berichte zu diesem Thema zu überprüfen, da es ein großes Tabuthema ist. Die Dunkelziffer in diesem Bereich dürfte sehr hoch sein. Es gab außerdem einen Bericht von einer Zwangsehe. Junge Christinnen muslimischer Herkunft werden in der Regel an einen konservativen Muslim verheiratet, wenn ihr Glaubenswechsel entdeckt wird. Insgesamt gab es 13 Fälle von Christinnen, die körperlich oder seelisch missbraucht wurden. Zwei ältere Frauen, eine Mutter und einer Tochter, wurden im Mai 2019 in Bartella, einem ehemals christlich geprägten Ort, von schabakischen Milizen verprügelt und beraubt. Lokale christliche Leiter sehen das als Teil einer Strategie, die Christen einschüchtern und sie zum Auswandern bewegen soll. In mehreren Fällen wurden Christen muslimischer Herkunft körperlich angegriffen und verletzt oder mit dem Tod bedroht.
- In drei Fällen wurden Christen im Zusammenhang mit ihrem Glauben verhaftet. Aus Sicherheitsgründen können keine weiteren Informationen weitergegeben werden.
- In die Kategorie Gewalt fallen auch Kirchenschließungen, Konfiszierungen und erzwungene Standortwechsel von Kirchen. Eine Hauskirche musste umziehen, weil der Vermieter die Miete drastisch erhöht hatte, nachdem er herausgefunden hatte, dass sich in seinem Eigentum Christen muslimischer Herkunft trafen.
- In den vergangenen Jahren wurden tausende Häuser christlicher Eigentümer geplündert oder konfisziert. Betrachtet man die Korruption und Straffreiheit im Land, ist dies ein anhaltendes Problem. Auch hier ist die Dunkelziffer wahrscheinlich sehr hoch, und die Wertung im Weltverfolgungsindex deckt nur die bekannten Fälle ab. Dazu gehört etwa der oben beschriebene Angriff auf ein christliches Zuhause in Bartella im Mai 2019, der aus Sicht der einheimischen Christen darauf abzielte, Christen einzuschüchtern und zum Verlassen der Gegend zu bringen. Dazu kam ein Angriff auf einen von Christen geführten Laden in Bagdad durch Milizen im Sommer 2019.

7. Verfolgungssituation für Männer und Frauen

Wie Frauen Verfolgung erfahren:

- Verweigerung des Sorgerechts für Kinder
- Verweigerung der Eheschließung mit einem christlichen Ehepartner (gilt für Christinnen muslimischer Herkunft)
- Beschlagnahme von Erbschaft und Besitz
- Wirtschaftliche Schikane im Berufs-/Geschäftsleben
- Erzwungene Einhaltung religiöser Kleidungsvorschriften
- Zwangsscheidung
- Zwangsverheiratung
- (Haus-)Arrest durch die Familie
- Ermordung
- Körperliche Gewalt
- Sexuelle Gewalt

Nach Jahren der Gewalt hat sich im Irak ein brüchiger Frieden etabliert. Die Angst vor Gewalt schwindet auch lange nach dem letzten Vorfall nur langsam – um von gewalttätigen Protesten neu befeuert zu werden. Der IS war während des Krieges bekannt für seine brutale Behandlung von Frauen, insbesondere Angehörigen religiöser Minderheiten, die als Sexsklavinnen gehalten und verkauft wurden. 2015 veröffentlichte das „Iraqi Media Women Forum“ die Ergebnisse seiner nationalen Umfrage zu sexueller Belästigung. Darin gaben 77 % der befragten Frauen an, sexuelle Belästigung erlebt zu haben, und 91 % der belästigten Frauen sagten, dass lokale Traditionen und Bräuche sie davon abhielten, Gerechtigkeit durch das Justizsystem zu suchen. In manchen Gebieten tragen christliche Frauen und Mädchen inzwischen zu ihrer eigenen Sicherheit Schleier. Unverschleierte Frauen in Bagdad und Basra sind in großer Gefahr, belästigt, mit Steinen beworfen, entführt oder getötet zu werden.

Für christliche Frauen wird die Problematik noch dadurch verstärkt, dass Übergriffe auf Christen generell ungestraft bleiben, sei es bei Diebstahl, Entführung, sexuellem Missbrauch oder Korruption. Verfügt der Täter über Beziehungen und einen höheren Status, was häufig der Fall ist, gewinnt er den Prozess, besonders unter dem Stammesjustizsystem, welches die staatliche Justiz außer Kraft setzen kann.

Christinnen muslimischer Herkunft sind besonders schutzlos der Verfolgung wegen ihres Glaubens ausgesetzt. Aber auch andere christliche Frauen sind mit Ungleichbehandlung konfrontiert, zum Beispiel, wenn ihre Männer zum Islam übertreten. Bei Christinnen muslimischer Herkunft kommt der Druck am häufigsten vonseiten der eigenen (Groß-)Familie. Ihnen drohen Misshandlungen in Form von Hausarrest, sexueller Belästigung, Vergewaltigung und sogar Ermordung, wenn ihr Glaube bekannt wird. Aufgrund von Vorurteilen und Rache sowohl gegen den Täter als auch gegen das Opfer melden Opfer sexueller Gewalt ihre Täter meist nicht den Behörden. Da Vergewaltigungen im Irak nicht strafrechtlich verfolgt werden, wenn der Vergewaltiger die Frau heiratet, die er vergewaltigt hat und damit die Familienehre wiederherstellt, können Frauen (auch Christinnen) an den Mann zwangsverheiratet werden, der sich an ihr vergangen hat.

Wenn eine Frau mit einem muslimischen Ehemann verheiratet ist und Christin wird, riskiert sie Missbrauch und Morddrohungen von ihrem Ehemann oder seiner Familie, was einige zur Flucht veranlasst. Immer wieder kommt es vor, dass Konvertiten von ihren Familien zuhause eingesperrt werden. Hiervon sind besonders Mädchen betroffen. Sie sind zudem mit Reisebeschränkungen konfrontiert. Reiseverbote können von den Behörden, aber auch von der Familie verhängt werden, um z. B. zu verhindern, dass Christinnen muslimischer Herkunft das Land verlassen. Wird gegen dieses Verbot verstoßen, kann ein Gerichtsverfahren wegen „unerlaubten Reisens“ eingeleitet werden.

Christinnen muslimischer Herkunft dürfen offiziell keine christlichen Männer heiraten, da der irakische Staat sie nach wie vor als Muslimas betrachtet und sie als solche keinen Nichtmuslim heiraten dürfen. Auch sind Christinnen muslimischer Herkunft von Zwangsscheidungen bedroht. In diesem Zusammenhang ist die Haltung der Familie des Ehepartners maßgeblich.

In staatlichen Schulen werden christliche Mädchen oft wegen ihres Glaubens verspottet, da sie als schwächer gelten. Berichten zufolge stehen sie unter dem Druck, zum Islam zu konvertieren. Wenn sie Konzepte, die ihrem christlichen Glauben widersprechen, offen in Frage stellen, kann dies ihre Noten beeinträchtigen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass christliche Frauen – vor allem Frauen muslimischer Herkunft – in allen Bereichen der Gesellschaft unter Ungleichbehandlung leiden.

Wie Männer Verfolgung erfahren:

- Wirtschaftliche Schikane im Berufs-/Geschäftsleben
- Vertreibung aus Wohnung/Wohnhaus
- Erzwungene Flucht aus Stadt oder Land
- Verhaftung durch die Behörden
- Ermordung
- Körperliche Gewalt
- Psychische Gewalt
- Verbale Gewalt

Christliche Männer sind besonders gefährdet, Opfer verschiedener Formen von Gewalt zu werden. Davon sind besonders solche betroffen, die früher Muslime waren und deshalb nur unter erschwerten Bedingungen ihre Familien versorgen können. Diskriminierung am Arbeitsplatz betrifft alle Kategorien von Christen, besonders diejenigen, die im öffentlichen Dienst stehen. Christen im Zentral- und Südirak wurden unter Druck gesetzt, ihren Arbeitsplatz aufzugeben, insbesondere wenn sie für ausländische Organisationen arbeiten oder auf höheren gesellschaftlichen Ebenen (z. B. bei staatlichen Firmen) beschäftigt sind. Aus dem Norden berichten Christen darüber, wie sie darum kämpfen mussten, überhaupt eine Anstellung zu finden. Auch fühlten sie sich verwundbar und anfällig für Ausbeutung an ihrem Arbeitsplatz. In der sehr traditionellen und stammesbewussten irakischen Gesellschaft sind Männer oft die Hauptverdiener für ihre Familien, und der Verlust ihres Arbeitsplatzes kann erhebliche Auswirkungen auf christliche Familien haben. Die Folgen davon können für ihre Familien sehr weitreichend sein, da diese nicht nur ohne Einkommen bleiben, sondern auch oft mit einem emotionalen Trauma konfrontiert sind, wenn der Mann flieht oder getötet wird.

Dies betrifft Christen muslimischer Herkunft in besonderem Maß. Sie sind zudem in einer Kultur, in der Ehre alles bedeutet, besonders durch ihre Familien gefährdet, etwa indem sie aus dem Haus geworfen

oder sogar getötet werden. Die Familie eines Christen muslimischer Herkunft kann auch Spott und Druck seitens der muslimischen Familie des Ehepartners ausgesetzt sein. Auch Christen mit nichtmuslimischem Hintergrund laufen Gefahr, für ihren Glauben getötet zu werden, wobei die Täter meist islamische Extremisten sind.

Dies alles verstärkt den ohnehin starken Antrieb, auszuwandern. Der Verlust der christlichen Männer betrifft nicht nur ihre direkten Familien, sondern auch die Ortsgemeinden, die infolgedessen mit einem Mangel an potenziellen Leitern konfrontiert sind.

8. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Andere religiöse Minderheiten, die im Irak verfolgt werden, sind Jesiden, Kakai, Mandäer, Bahai und Juden. Es ist bekannt, dass insbesondere Jesiden Opfer von Gräueltaten durch den IS wurden. Die Anzahl jesidischer Frauen und Mädchen unter den vom IS zu Sexsklavinnen degradierten Frauen liegt sogar höher als die der christlichen. Gleiches gilt für die Zahl der vom IS Getöteten. Die „Unrepresented Nations and People's Organization (UNPO)“ berichtete am 7. Juni 2018, dass im „August 2014 um die 3.100 Jesiden in dem Mount Sinjar Gebiet getötet wurden, während 6.800 entführt wurden, um entweder Sexsklavinnen oder Kämpfer zu werden“. Fast 3.000 jesidische Frauen und Mädchen werden derzeit noch vermisst und sind vermutlich noch immer in Gefangenschaft.

Obwohl die irakische Verfassung Religionsfreiheit für Christen, Jesiden und Mandäer garantiert, beschützt sie nicht ausdrücklich Anhänger anderer Religionen und Atheisten. Die Praktizierung des Bahai-Glaubens und des Wahhabismus sind sogar gesetzlich verboten. Bahai werden als Abtrünnige vom Islam gesehen und erfahren noch stärkere Verfolgung als die meisten Christen, mit Ausnahme von Christen muslimischer Herkunft. Die Praktizierung des Bahai-Glaubens kann mit einer Gefängnisstrafe bis zu 10 Jahren bestraft werden.

Laut dem Strafgesetzbuch dürfen Juden keine Arbeitsstellen im Dienst der Regierung haben (etwa in staatlichen Unternehmen) oder der Armee beitreten. Die weitverbreitete Diskriminierung von Juden führt dazu, dass sie sich aus Angst vor Gewalt nicht öffentlich als solche bekennen.

Beispiel: Laut internationalem Bericht des US-Außenministeriums zur Religionsfreiheit für 2017 hat der IS gezielt schiitische Pilger und Pilgerstätten attackiert. So kamen am 14. September 2017 bei einem Bombenangriff in Nasariyah im Südirak mindestens 80 Schiiten ums Leben.

9. Der Ausblick für Christen

Islamische Unterdrückung

Unter Berücksichtigung einer von der Economist Intelligence Unit erstellten Prognose ist nicht damit zu rechnen, dass die Verfolgung durch Islamische Unterdrückung in näherer Zukunft signifikant abnehmen wird. Die Ideologie des IS ist immer noch sehr lebendig und nicht auf ein Gebiet beschränkt. Um zu beweisen, dass mit ihm immer noch zu rechnen ist, führt der IS weiterhin Angriffe im Westen und im Nahen Osten durch oder inspiriert sie. Unterdessen sind Tausende von fliehenden IS-Kämpfern „verschwunden“ und in der Zivilbevölkerung der Ninive-Ebene untergetaucht. Dies verstärkt das Gefühl der Unsicherheit bei religiösen Minderheiten wie den Christen. IS-Kämpfer sammeln sich neu und es wird berichtet, dass viele Schläferzellen existieren. Im August 2018 wurde geschätzt, dass es im Irak noch etwa 17.000 IS-Kämpfer gab. Mehrfach kam es zu Angriffen auf Dörfer und die Angst besteht,

dass in naher Zukunft noch weitere folgen werden. Eine weitere Bedrohung stellen Al-Kaida-Anhänger, schiitische Milizen und andere militante islamistische Gruppen dar.

Um die Kontrolle über das eigene Gebiet zurückzugewinnen entschied sich die Zentralregierung dafür, die „Popular Mobilization Units“ in die Armee einzugliedern und sie dadurch unter ihre Kontrolle zu bringen (unter diesen Milizen ist hauptsächlich die schiitische schabakische 30. Brigade zu erwähnen). Dagegen gab es jedoch entschiedenen Widerstand, der in Kämpfen zwischen der Armee und den Milizen gipfelte. Schabakische Milizen haben Christen vorgeworfen, die geplante Eingliederung zu unterstützen. Bis jetzt scheint die Regierung mit ihrem Vorhaben keinen Erfolg zu haben. Sollte die Situation weiter eskalieren, droht ein größerer Konflikt zu entstehen, der auch Christen betreffen könnte.

Druck kommt auch von schiitischen Führern und Regierungsbeamten, die hin und wieder beleidigende öffentliche Erklärungen gegen Christen abgeben. Unterdessen erwacht Berichten zufolge in den Kurdengebieten im Norden ein islamisches Bewusstsein.

Auch in Politik und Gesellschaft im Allgemeinen wird die Rolle des Islam weiterhin stark betont. Dies setzt den Christen enge gesellschaftlich-politische Grenzen. Auf rechtlicher Ebene sind Christen und andere religiöse und ethnische Minderheiten über einige Änderungsvorlagen des obersten irakischen Gerichts besorgt. Diese sehen die Aufnahme weiterer vier Richter mit vollem Stimmrecht in das Gremium vor, die alle Vertreter der islamischen Rechtslehre sein sollen. Da das Gericht eine wichtige Rolle bei der Auslegung der Verfassung und der Gesetzgebung spielt, sehen Bürgerrechtsbewegungen den Vorschlag als Schritt zur weiteren Islamisierung des Landes. Folglich ist davon auszugehen, dass Islamische Unterdrückung weiterhin eine Bedrohung für die Christen im Irak darstellen wird, die zu einem hohen Maß an Angst führen und Christen zur Auswanderung drängen wird.

Ethnisch oder traditionell begründete Anfeindungen

Nach dem Sieg über den IS und dem Rückzug der Peschmerga-Truppen aus Kirkuk stellten die parlamentarischen Wahlen im Irak im Mai 2018 einen Versuch dar, die ethnischen und religiösen Konflikte zu vermindern. Doch das Wegfallen eines gemeinsamen Feindes und das daraus resultierende Machtvakuum werden voraussichtlich die zwischen ethnischen und religiösen Gruppen existierenden Gräben weiter vertiefen. Dies könnte den Einfluss ethnisch begründeter Anfeindungen verstärken. Der Druck auf alle Christen wird sich daher verstärken (selbst in den Kurdengebieten), vor allem auf Christen muslimischer Herkunft; sie sind die Hauptleidtragenden, wenn diese Triebkraft stark ausgeprägt ist.

Diktatorische Paranoia

Inmitten dieser wachsenden Spannungen zwischen verschiedenen Volksgruppen drohen Christen zwischen die Fronten sich gegenseitig bekämpfender Gruppen zu geraten. Das könnte dazu führen, dass Christen in sicherere Gebiete umsiedeln. Sie könnten auch in den politischen Machtkampf mit hineingezogen oder ausgenutzt werden, eine Entwicklung, die der Triebkraft Diktatorische Paranoia Vorschub leisten würde. Der Einfluss Irans im Irak – auch durch vom Staat finanzierte schiitische Milizen – könnte Auswirkungen auf irakische Christen haben, die schon immer als „Agenten des Westens“ gesehen wurden. Zudem werden einige Milizen beschuldigt, Waffen von Iran zu erhalten und die iranischen Revolutionsgarden auf ihrem Gebiet zu dulden. Das macht den Irak zu einer potenziellen Konfliktzone für militärische Auseinandersetzungen zwischen dem Irak und den USA.

Diktatorische Paranoia ist als Triebkraft der Verfolgung auch da wirksam, wo die irakische Regierung die Förderung einer pluralistischen Gesellschaft verhindert, in der religiöse Minderheiten wie Christen wirklich willkommen wären.

Organisiertes Verbrechen und Korruption

Im Oktober 2019 brachen landesweit Massenproteste gegen Korruption, Arbeitslosigkeit und den Einfluss Irans aus. Sie führten zum Rücktritt von Premierminister Adel Abdul Mahdi und vorgezogenen Neuwahlen, die Anfang 2020 stattfinden sollen. Christliche Repräsentanten wurden 2018 bei den Wahlen von schiitischen und kurdischen Parteien unter Druck gesetzt, deren Interessen zu vertreten. Korruption ist tief in der irakischen Gesellschaft verwurzelt, sowohl in den Gebieten, die von der irakischen Regierung kontrolliert werden, als auch in den Kurdengebieten. Trotz der Proteste der Bevölkerung ist es ein langer Weg zur Besserung. Im Falle eines Machtkampfes dürfte diese Triebkraft der Verfolgung weiter an Bedeutung gewinnen.

Konfessioneller Protektionismus

Es ist schwer zu sagen, wie sich die Triebkraft Konfessioneller Protektionismus entwickeln wird. Bis vor Kurzem haben Christen vieler verschiedener Denominationen gut zusammengearbeitet, vor allem im Bereich der Nothilfe. Die Beziehung zwischen Christen aus traditionellen Kirchen und „neuen“ Kirchen bleibt jedoch komplex, und manche Berichte deuten auf eine erneute Zunahme der Spannungen hin. Fraglos besteht weiterhin die Notwendigkeit, miteinander zu kooperieren. Doch die zunehmenden Spaltungen entlang der Stammeslinien und die Angst um das Überleben könnten auch in die entgegengesetzte Richtung wirken. Oft ist Konfessioneller Protektionismus nur ein Faktor in der größeren Diskussion über die Zukunft der Christen im Land und ihre gesellschaftspolitische und nationale Identität.

zurück zur Länderübersicht

Ägypten: Platz 16

Zusammenfassung

Laut Berichten ägyptischer Christen geht die Verfolgung hauptsächlich von ihrem sozialen Umfeld aus. Beispiele reichen von christlichen Frauen, die auf offener Straße belästigt wurden, bis hin zu einer ganzen christlichen Nachbarschaft, die von einem wütenden Mob dazu gezwungen wurde, aus ihren Häusern zu fliehen – ihr Besitz wurde beschlagnahmt. Diese Vorfälle ereignen sich vor allem in den ländlichen Gebieten Oberägyptens, wo salafistische Gruppen aktiv sind. Ihr Einfluss ist besonders groß in ländlichen Gegenden, wo es viel Armut und Analphabetentum gibt.

Eine prominente Stellung in der ägyptischen Gesellschaft und sogar in der Verfassung nimmt die Al-Azhar-Universität ein. Laut dem Groß-Imam der Universität, Ahmad al-Tayyib, erlaubt der Islam es Muslimen nicht, den christlichen Glauben anzunehmen.

Auch wenn sich die ägyptische Regierung immer wieder positiv über Christen äußert, werden Christen vor allem in Oberägypten doch regelmäßig Opfer von Angriffen, weil die lokalen Behörden sie oft nicht schützen, und die entsprechenden Gesetze nicht angewandt werden. Aufgrund des diktatorischen Wesens des Regimes dürfen sich weder Kirchenleiter noch Christen öffentlich zu diesem Missstand äußern.

Außerdem werden Kirchen und christlichen Nichtregierungsorganisationen Einschränkungen auferlegt, was den Bau von neuen Kirchengebäuden oder sozialen Einrichtungen angeht. Dies steht im Kontrast dazu, wie Moscheen und islamische Organisationen behandelt werden. Alle Christen haben Schwierigkeiten, einen Ort für gemeinsame Gottesdienste zu finden. Die Schwierigkeiten resultieren sowohl aus staatlichen Restriktionen als auch aus der Feindseligkeit vonseiten des sozialen Umfeldes und Gewalt durch Mobs.

Christen muslimischer Herkunft haben große Schwierigkeiten, ihren Glauben zu leben, da sie enormem Druck vonseiten ihrer (Groß-)Familie ausgesetzt sind, zum Islam zurückzukehren. Der Staat macht es ihnen zudem unmöglich, eine offizielle Anerkennung ihres Glaubenswechsels zu erhalten.

Beispiele aus dem aktuellen Berichtszeitraum

- Am 2. November 2018 wurden sieben christliche Pilger getötet und mindestens 19 weitere verletzt, als die Busse, mit denen sie in der Provinz al-Minya unterwegs waren, von Islamisten beschossen wurden. Im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2020 wurden mindestens 16 weitere Christen wegen ihres Glaubens getötet oder kamen unter rätselhaften Umständen ums Leben – die meisten davon in Oberägypten.
- Im Juni 2019 wurden koptische Christen von einem wütenden Mob angegriffen, da einer von ihnen eine angeblich „blasphemische“ Äußerung auf Facebook veröffentlicht hatte. Die Polizei nahm einige der Kopten fest und inhaftierte denjenigen, der den Facebookeintrag geschrieben hatte.
- Die Regierung erkennt zwar seit dem 2016 erlassenen Gesetz zum Bau von Kirchen immer wieder einige Kirchengemeinden an, Tausende von ihnen warten jedoch immer noch darauf,

offiziell anerkannt zu werden. Der Antrag auf die formelle Anerkennung zieht manchmal Gewalt durch Mobs oder die Schließung der Kirche durch die Sicherheitsbehörden nach sich.
- In mindestens fünf Kirchen brachen Brände aus – die Gemeinden bezweifeln, dass dies zufällig geschah.

---

1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 76 Punkten belegt Ägypten Platz 16 auf dem Weltverfolgungsindex 2020 – dieselbe Punktzahl und Platzierung wie im Vorjahr. Obwohl im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2020 nur ein großer Angriff auf Christen von Islamisten verübt wurde, blieb das Ausmaß des „Auftretens von Gewalt“ doch extrem hoch. Mindestens 23 Christen wurden getötet und 124 weitere angegriffen.

2. Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung

Die Triebkraft „Islamische Unterdrückung“ hat in Ägypten viele Gesichter. Die islamische Kultur unterstützt eine Sichtweise in der ägyptischen Gesellschaft, wonach Christen als Bürger zweiter Klasse betrachtet werden. Diese Sichtweise führt zur Diskriminierung von Christen im politischen Bereich und im Umgang mit staatlichen Behörden. Sie schafft zudem ein Umfeld, in dem der Staat die Grundrechte der Christen nicht ausreichend anerkennt und durchsetzt. Im Familienleben stehen Christen muslimischer Herkunft unter großem Druck, ihren Glauben zu widerrufen. Auch vonseiten ihrer Nachbarschaft oder am Arbeitsplatz leiden Christen im Alltag unter Islamischer Unterdrückung. Es gab zudem mehrere gewalttätige Angriffe islamisch-extremistischer Gruppen, die auf Christen abzielten. Diese Gruppen sind jedoch hauptsächlich auf der nordöstlichen Sinai-Halbinsel aktiv.

Diktatorische Paranoia

Der traditionell autoritäre Führungsstil ist vielleicht die einzige Konstante in Ägyptens politischem System, das in nur drei Jahren, zwischen 2011 und 2014, drei Regimewechsel erlebte. Die jeweiligen Machthaber glichen sich in ihrem autoritären Regierungsstil. 2011 wurde die langjährige Diktatur Husni Mubaraks durch massive Proteste der Bevölkerung beendet, was schließlich zur umstrittenen Wahl der Muslimbruderschaft führte. Die von Mohammed Mursi geführte Regierung agierte nicht demokratisch und wurde 2013 durch einen nationalen Aufstand mit Unterstützung des Militärs abgesetzt.

Gegenwärtig wird das Land von einer Zivilregierung unter dem früheren General Abd al-Fattah al-Sisi regiert, der bei der Präsidentschaftswahl im Mai 2014 an die Macht kam und im März 2018 wiedergewählt wurde. Seine Regierung betrachtet die Einhaltung grundlegender Menschenrechte und demokratischen Pluralismus offenbar als nachrangig gegenüber den schwerwiegenden Herausforderungen in den Bereichen Wirtschaft, Politik, Gesellschaft und Sicherheit. In diesem Kontext ist Religionsfreiheit für Christen nicht vollständig gewährleistet.

Ethnisch oder traditionell begründete Anfeindungen

Obwohl nur wenige argumentieren, dass es einen ethnischen Unterschied zwischen (christlichen) Kopten und (muslimischen) Arabern gäbe, treten Christen und Muslime als zwei verschiedene Gruppen in der ägyptischen Gesellschaft auf. Wie in vielen anderen arabischen Ländern beeinflusst das Stammesdenken stark dieses Gruppendenken, was schnell zu verbaler oder körperlicher Gewalt gegen die andere Gruppe führen kann. In Oberägypten kommt es zum Beispiel häufig zu Übergriffen durch Mobs, wenn Christen versuchen, die offizielle Anerkennung eines Kirchengebäudes durchzusetzen. Islamische Unterdrückung und „Ethnisch begründete Anfeindungen" vermischen sich in solchen Fällen, was dazu führt, dass sich die christliche Minderheit stets vorsichtig verhalten muss.

3. Verfolger

Ausgehend von Islamischer Unterdrückung

- **Die eigene (Groß-)Familie:** Die Hinwendung einer Person vom Islam zum christlichen Glauben wird von ihrer Familie als Verrat am Islam verstanden, da der Islam als allumfassende Grundlage der Gesellschaft gilt, die nicht verlassen werden darf. Diese tief islamischen Überzeugungen sind ein wichtiger Grund dafür, warum sich Verwandte gegen Familienmitglieder wenden, die den christlichen Glauben annehmen.
- **Nichtchristliche religiöse Leiter:** Islamisch-extremistische Hassprediger spielen eine entscheidende Rolle dabei, die Atmosphäre der Intoleranz aufrechtzuerhalten und Feindseligkeit gegenüber Christen zu schüren.
- **Gewalttätige religiöse Gruppen:** Militante islamische Gruppen wie der „Islamische Staat" (IS) sind für viele der gewalttätigsten und grausamsten Taten gegen Christen verantwortlich.
- **Gewöhnliche Bürger und Mobs:** Gewöhnliche Bürger, deren Ansichten von intoleranten und extremistischen Imamen geprägt sind, treiben die Verfolgung von Christen maßgeblich voran und sind für den größten Teil des Drucks verantwortlich, dem Christen in ihrem täglichen Leben, in ihrer Nachbarschaft und bei der Arbeit ausgesetzt sind. Feindseligkeit aus der Gesellschaft und Vorurteile gegenüber Christen sind in den ärmeren und ländlichen Teilen Ägyptens stärker ausgeprägt.
- **Regierungsbeamte:** Auch Regierungsbeamte wirken als Verfolger, weil sie es versäumen, die Rechte der Christen zu verteidigen, indem sie Christen zum Beispiel nicht vor Angriffen von Mobs schützen. Auch durch diskriminierende Handlungen tragen sie zur Verfolgung von Christen bei. Durch ihre Weigerung, die Hinwendung vom Islam zum christlichen Glauben anzuerkennen, verletzen sie die Grundrechte von Christen maßgeblich.

Ausgehend von Diktatorischer Paranoia

- **Regierungsbeamte:** Regierungsbeamte, unter ihnen Justizbeamte, lokale Verwaltungsbeamte sowie Angehörige verschiedener Zweige des Sicherheitsapparates in Ägypten, gehören in diesem Zusammenhang zu den Hauptverfolgern. Die Regierung von Präsident Abd al-Fattah al-Sisi versucht, die Unterstützung durch die Mehrheit der Bevölkerung abzusichern und an der Macht zu bleiben. So hat die Regierung trotz gegenteiliger Versprechen die bestehenden Einschränkungen der Religionsfreiheit ägyptischer Christen beibehalten. Kirchenleiter werden vom ägyptischen Staat ständig überwacht. Außerdem wird die Meinungsfreiheit aller ägyptischen Bürger sehr stark durch die Regierung al-Sisis eingeschränkt. Deshalb können sich Christen nicht öffentlich gegen die Ungerechtigkeiten und Verfolgung aussprechen.

Ausgehend von Ethnisch oder traditionell begründeten Anfeindungen

- **Die eigene (Groß-)Familie:** Ausgehend von einem auf dem Islam basierenden Stammesdenken betrachten Großfamilien die Hinwendung eines Familienmitglieds zum christlichen Glauben als Verrat und als Schande für die Familie, die es wiedergutzumachen gilt.
- **Anführer ethnischer Gruppen:** Die Tendenz, den Übertritt vom Islam zum Christentum als Verrat sowohl des Islam als auch der Familie zu sehen, wird durch extremistische und intolerante Imame und Anführer ethnischer Gruppen bestärkt, wenn sie die örtliche muslimische Bevölkerung dazu aufrufen, ihren Glauben vor der anderen Gruppe, den Christen, zu schützen.
- **Gewöhnliche Bürger und Mobs:** Die Gesellschaft fungiert als eine Art Wächter; sie sorgt dafür, dass die Ehre und Macht der Gruppe erhalten bleiben. Das gilt besonders für ländliche Gegenden. So können schon Behauptungen, dass Christen mehr öffentlicher Raum zugestanden wird (beispielsweise dadurch, dass ihre Kirche anerkannt wurde), zu Angriffen von Mobs führen.

4. Regionale Brennpunkte der Verfolgung

Oberägypten, der südliche Teil des Landes, ist dafür bekannt, konservativer und extremistischer zu sein als der Norden. Die meisten Vorfälle und Angriffe von Mobs gegen Christen ereignen sich in dieser Region, insbesondere in der Provinz al-Minya, wo die meisten Angriffe auf Christen geschehen – vor allem in ökonomisch benachteiligten, ländlichen Gegenden.

Während islamisch-extremistische Gruppen wie die Muslimbruderschaft im ganzen Land Unterstützer haben, sind gewalttätige islamisch-militante Gruppen nur im Nordosten der Sinai-Halbinsel offen aktiv. Der jüngste größere Vorfall ereignete sich im Januar 2019, als ein Polizist beim Entschärfen einer Bombe, die in der Nähe einer Kirche in Kairo platziert worden war, getötet wurde.

5. Betroffene Christen

Christen aus traditionellen Kirchen

Die größte Kirche dieser Kategorie ist die Koptisch-Orthodoxe Kirche. Es gibt jedoch auch langbestehende protestantische Denominationen im gesamten Land. Die zahlenmäßig starke koptische Minderheit genießt trotz erheblicher Schwierigkeiten (wie Diskriminierung bei der Ausbildung, Gesundheitsversorgung und Gesetzgebung, die das Gemeindeleben erheblich einschränken) ein gewisses Maß an Toleranz seitens des Staates und der muslimischen Mehrheitsbevölkerung aufgrund ihrer historischen Präsenz und ihrer beträchtlichen Größe von mehreren Millionen Mitgliedern. In den letzten Jahren hat sich die Lage jedoch verschlechtert, da auch Christen traditioneller Kirchen von ihren Nachbarn sowie islamisch-extremistischen Gruppierungen angegriffen wurden.

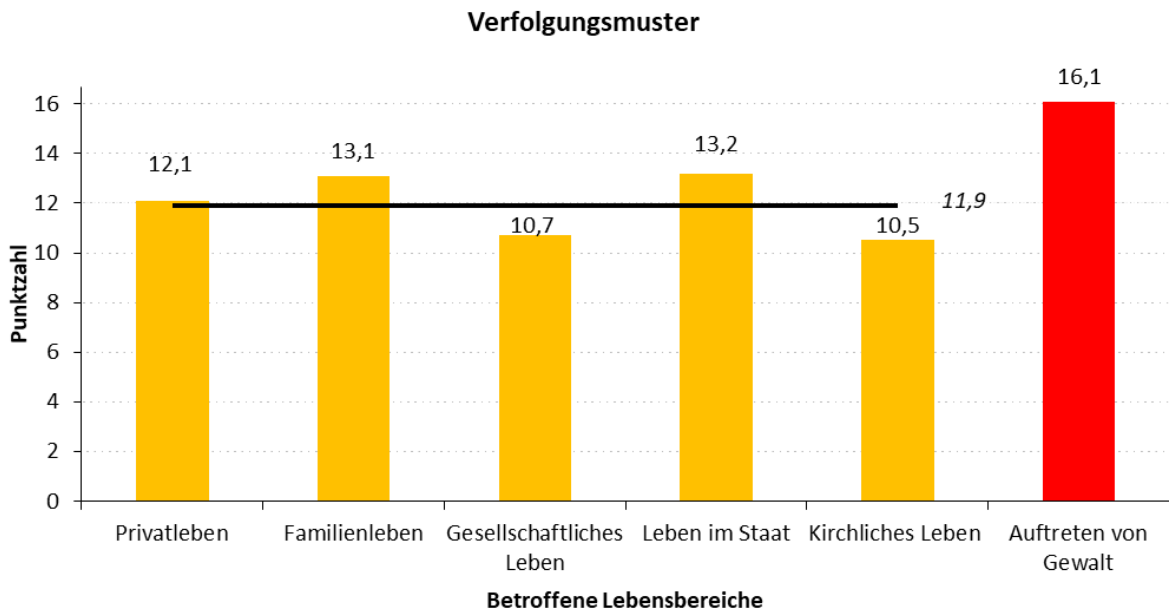
Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

Es gibt eine kleine, aber wachsende Zahl von Christen muslimischer Herkunft, die die Hauptlast der Verfolgung tragen, zumeist durch die eigene Familie. Diese bestraft sie dafür, dass sie den Islam verlassen haben, oft durch Schläge oder Vertreibung von ihrem Wohnort.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Es gibt mehrere evangelikale und pfingstkirchliche Gruppen im Land, manche von ihnen Christen muslimischer Herkunft in der zweiten, dritten oder noch weiter zurückführenden Generation. Andere stammen aus einem orthodoxen Hintergrund. Sie erfahren Druck sowohl durch die muslimische Gesellschaft als auch – in einem geringeren Maße – durch die Koptisch-Orthodoxe Kirche.

6. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Ägypten

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Der durchschnittliche Druck auf Christen erreicht ein sehr hohes Niveau. Mit 11,9 Punkten hat sich diese Kategorie im Vergleich zum Vorjahr nicht maßgeblich geändert (12,0 Punkte im Weltverfolgungsindex 2019).
- In allen Lebensbereichen ist das Niveau des Druckes auf Christen sehr hoch, am höchsten jedoch in den Bereichen „Familienleben“ und „Leben im Staat“. Die mit 13,1 Punkten sehr hohe Wertung des Bereichs „Familienleben“ resultiert insbesondere aus den Schwierigkeiten, mit denen Christen muslimischer Herkunft in Bezug auf christliche Hochzeiten, Taufen und Beerdigungen konfrontiert sind. Die ebenfalls sehr hohe Wertung von „Leben im Staat“ spiegelt das Maß der Diskriminierung von Christen – insbesondere von Christen muslimischer Herkunft – im Umgang mit den Behörden wider. Es besteht immer die Gefahr, der Blasphemie beschuldigt zu werden, gefolgt von Gewalt durch Mobs, wobei die Polizei und andere Behörden sich oft auf die Seite der Ankläger und Angreifer stellen, um die öffentliche Ordnung zu bewahren.
- Der Wert für „Auftreten von Gewalt“ hat ein extremes Niveau mit einem Anstieg von 15,9 Punkten im Vorjahr auf 16,1 Punkte auf dem diesjährigen Weltverfolgungsindex.

Zu jedem der Lebensbereiche sind im Folgenden jeweils ausgewählte Teilaspekte genannt, die im betreffenden Lebensbereich für die Christen zu den gravierendsten Schwierigkeiten gehören.

Privatleben

- **Die Hinwendung zum christlichen Glauben, darunter auch der Übertritt zu einer anderen christlichen Denomination, wird stark abgelehnt, verboten oder auch bestraft:** Der Glaubenswechsel vom Islam zum christlichen Glauben („Apostasie") ist offiziell nicht gesetzlich verboten. Ein Grundsatzurteil des Kairoer Verwaltungsgerichts aus dem Jahr 2008 besagt jedoch, dass die freie Religionsausübung gewissen Einschränkungen unterliege und dass der Glaubenswechsel vom Islam zu einem anderen Glauben eine Verletzung der Prinzipien des Islam und deshalb verboten sei. Auch laut den Blasphemiegesetzen ist ein Glaubenswechsel strafbar. Die Feindseligkeit innerhalb der Gesellschaft gegenüber Christen muslimischer Herkunft ist sehr hoch. Bloße Gerüchte eines Glaubenswechsels können zu Gewalt durch Mobs führen, insbesondere in ländlichen Gegenden. Der Glaubenswechsel wird als sehr große Schande für die Familienehre gesehen. Häufig verstoßen Familien Personen, die sich dem christlichen Glauben zuwenden, wollen sie dazu bringen, ihren neuen Glauben zu widerrufen, oder versuchen sogar, sie zu töten.
- **Es ist gefährlich für Christen, ihrem Glauben in schriftlicher Form persönlich Ausdruck zu geben, etwa in Internetblogs oder auf Facebook:** In jüngster Vergangenheit wurden mehrere Christen muslimischer Herkunft verhaftet, die ihren christlichen Glauben auf Social Media öffentlich gemacht hatten. Aus Angst vor den Reaktionen ihrer Familie und ihrem sozialen Umfeld äußern sich die meisten Christen muslimischer Herkunft nicht öffentlich im Internet zu ihrem christlichen Glauben. Darüber hinaus kommen auch die Blasphemiegesetze häufig zum Einsatz, um gegen diejenigen vorzugehen, die den Islam kritisieren. Mehrere Christen wurden bereits verhaftet oder fielen Angriffen durch Mobs zum Opfer, weil sie angeblich auf Social Media den Islam beleidigt hatten. Trotzdem teilen viele Christen eine große Anzahl an Bibelversen, christlichen Bildern oder andere christliche Inhalte im Internet.
- **Es ist für Christen riskant, christliche Bilder oder Symbole zu zeigen:** Die Verwendung von christlichen Symbolen und Bildern, zum Beispiel in Autos, ging aufgrund von Angst vor Gewalt gegen Christen zurück. Die meisten, wenn nicht gar alle koptischen Christen tragen ein tätowiertes Kreuz auf ihrem Handgelenk oder Arm. Es dient als Erkennungszeichen beim Betreten einer Kirche. Das macht sie jedoch auch für Angreifer leichter erkennbar. Christen muslimischer Herkunft müssen besonders vorsichtig sein, denn das Tragen christlicher Symbole könnte dazu führen, dass ihr neuer Glaube entdeckt wird oder, dass ihre Familien oder ihr soziales Umfeld ihnen unangenehme Fragen stellen.
- **Es ist ein Risiko für Christen, mit anderen als mit ihren Familienangehörigen über ihren Glauben zu sprechen:** Um nicht der Blasphemie bezichtigt zu werden, sprechen die meisten Christen nur mit Personen, die sie gut kennen oder denen sie vertrauen, über ihren Glauben. Ein Gespräch über den Glauben könnte leicht als Missionierungsversuch verstanden werden, was von der ägyptischen Gesellschaft stark abgelehnt wird. Für Christen muslimischer Herkunft ist es besonders riskant, Gespräch über den Glauben zu führen, da dabei ihr neuer christlicher Glaube entdeckt werden könnte.

Christen muslimischer Herkunft erfahren zu Hause starke Einschränkungen. Jegliche Form privaten Gottesdienstes (z. B. das Singen von Anbetungsliedern) ist für sie riskant und es wird großer Druck auf sie ausgeübt, an den täglichen islamischen Gebeten, am Fasten während des Ramadan und anderen Verpflichtungen der islamischen Religion teilzunehmen. Im Gegensatz zu Christen muslimischer Herkunft sind koptische Christen wenig oder gar keinem Druck in diesem Lebensbereich ausgesetzt.

Familienleben

- **Kinder von Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten) werden automatisch unter der Mehrheitsreligion registriert:** Für Christen muslimischer Herkunft ist es schwierig bis unmöglich, ihre Religionszugehörigkeit in ihrem Personalausweis zu ändern. Kinder haben automatisch dieselbe Religionszugehörigkeit wie ihr Vater. Deshalb werden Kinder eines christlichen Vaters muslimischer Herkunft automatisch als Muslime registriert. Wenn beide Elternteile den christlichen Glauben annehmen, ist ihre Ehe nach ägyptischem Recht nicht mehr gültig. Ihre Kinder werden als unehelich angesehen.
- **Kinder christlicher Eltern werden dazu gedrängt, an nichtchristlichem Unterricht oder dem allgemeinen Religionsunterricht teilzunehmen:** Kinder christlicher Eltern muslimischer Herkunft müssen am Islamunterricht teilnehmen, da der Glaubenswechsel ihrer Eltern nicht anerkannt wird. Aber auch andere christliche Kinder sehen sich in der Schule mit Schwierigkeiten konfrontiert, da der gesamte ägyptische Lehrplan sehr stark von islamischen Lehren und Inhalten beeinflusst ist. Zwar dürfen christliche Kinder ihren eigenen Religionsunterricht besuchen, doch müssen sie ebenso wie ihre muslimischen Mitschüler Teile des Koran und anderer islamischer Literatur auswendig lernen. Teilweise enthält das Unterrichtsmaterial der ägyptischen Schulen auch Lehren, die sich gegen das Christentum wenden. Kindern aus privilegierten christlichen Familien bleibt dies alles manchmal erspart, da ihre Eltern es sich leisten können, sie auf christliche Privatschulen zu schicken. Doch das ist nur wenigen christlichen Familien finanziell möglich.
- **Ehepartner von Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten) werden (erfolgreich oder nicht erfolgreich) von anderen unter Druck gesetzt, sich scheiden zu lassen:** Dieses Problem betrifft vor allem Christen muslimischer Herkunft. Der Druck vonseiten der Familie oder des sozialen Umfelds auf Ehepartner von Christen muslimischer Herkunft ist aufgrund der rechtlichen Auswirkungen einer Scheidung hoch. Doch selbst wenn es nicht zu einer Scheidung kommt, verliert der Ehepartner christlichen Glaubens gemäß der Scharia sein Erb- und Vormundschaftsrecht.
- **Die Geburt, Hochzeit oder den Tod von Christen registrieren zu lassen, wird be- oder verhindert:** Christen muslimischer Herkunft sehen sich hier mit den größten Schwierigkeiten konfrontiert. Wenn sie kirchlich heiraten wollen, bleibt ihnen oft nur, dies heimlich oder im Ausland zu tun, da ihr Glaubenswechsel weder von den Behörden noch von der Gesellschaft anerkannt wird. Nach der Scharia sind Ehen zwischen christlichen Männern und muslimischen Frauen unmöglich. Da ihr Glaubenswechsel vom Islam zum christlichen Glauben nicht anerkannt wird, gelten christliche Frauen muslimischer Herkunft weiterhin als muslimisch. Wenn sie mit einem christlichen Mann Kinder haben, gelten diese Kinder folglich als unehelich. Christen muslimischer Herkunft müssen ihre Kinder als Muslime registrieren lassen.

Besonders in ländlichen Gebieten werden Christen muslimischer Herkunft vonseiten ihrer (Groß-) Familie enorm unter Druck gesetzt, ihren christlichen Glauben zu widerrufen. Unter koptischen Christen ist der Druck in diesem Lebensbereich sehr viel niedriger, aber schon der Druck auf Christen, die zu einer anderen Denomination übergetreten sind, kann körperliche Übergriffe und Todesdrohungen beinhalten.

Gesellschaftliches Leben

- **Christen werden im Alltag belästigt, bedroht oder behindert wegen glaubensbedingter Gründe, zum Beispiel weil sie nicht den Vorschriften für Kleidung oder Bärte entsprechen:** Diskriminierung von und Feindschaft gegen Christen ist weit verbreitet und in allen Lebensbereichen zu spüren. Christen werden von Beamten aller Ebenen und von großen Teilen der Gesellschaft nicht als gleichberechtigte Bürger mit demselben Anspruch auf Schutz und Sicherheit akzeptiert. Auch wenn jede ägyptische Frau gewisse Formen von (sexueller) Belästigung erfahren kann, sind christliche Frauen diesbezüglich besonders gefährdet, da sie sich nicht verschleiern. Das Niveau des Druckes und der Diskriminierung ist unterschiedlich; oft ist der Druck auf Christen in Städten geringer als in ländlichen Gegenden.
- **Christen stehen unter Beobachtung durch ihr soziales oder privates Umfeld. Sie werden beispielsweise bei der Polizei angezeigt, beschattet, ihre Telefongespräche werden mitgehört, E-Mails gelesen oder zensiert:** Die Überwachung von Christen geschieht auf mehreren Ebenen. Örtliche Behörden oder islamistische Gruppen wissen, in welcher Nachbarschaft oder wo im Dorf Christen wohnen. Sie beobachten die Christen, um sicherzugehen, dass sie den Islam nicht dadurch beleidigen, dass sie das Evangelium weitergeben oder auf andere Art und Weise Anstoß erregen. Dieses Problem existiert vor allem in armen Stadtvierteln und ländlichen Gebieten – insbesondere in Oberägypten – und weniger häufig in urbanen Gegenden. In den letzten Jahren wurden immer wieder Christen angegriffen, da sie angeblich den Islam beleidigt oder eine Beziehung mit einer muslimischen Frau gehabt hatten. Da in ärmeren Stadtvierteln bzw. ländlichen Gebieten weniger Polizeikräfte im Einsatz sind und diese Orte von der Regierung nicht so stark überwacht werden, bleiben Angriffe auf Christen durch Mobs häufig unbestraft. Auch auf staatlicher Ebene werden Christen überwacht. Die Sicherheitsbehörden und Geheimdienste bespitzeln Christen muslimischer Herkunft – und versuchen, sie dazu zu zwingen, Informationen über christliche Gruppen für Christen muslimischer Herkunft preiszugeben.
- **Christen wurden Geldstrafen wegen ihres Glaubens auferlegt – beispielsweise die Zahlung der Dschizya, von Gemeinschaftssteuern oder Schutzgeld:** Der Brauch des sogenannten „traditionellen Versöhnungsrats“ ist hier relevant. Kommt es zu Angriffen auf Christen oder Kirchen, zwingen die (örtlichen) Behörden die betroffenen Christen oft dazu, vor einem solchen Versöhnungsrat zu erscheinen und von einer Strafanzeige gegen ihre Angreifer abzusehen. Sie müssen den Beschlüssen des Rats zustimmen, die meistens die Täter bevorteilen und auf Kosten der christlichen Opfer gehen. Manchmal werden Christen sogar gezwungen, ihre Häuser zu verkaufen und ihr Dorf zu verlassen. Obwohl das Anliegen dieses Rats eigentlich die friedliche Aussöhnung aller beteiligten Parteien ist, schafft dieser Brauch in Wahrheit ein Klima der Straffreiheit, was weitere Angriffe unterstützt.
- **Christen werden in der Erwerbstätigkeit, sei es im privaten oder öffentlichen Sektor, aufgrund ihres Glaubens diskriminiert:** Diese Diskriminierung geschieht auf mehreren Ebenen. Christen bekommen keine Anstellungen bei den Geheimdiensten oder hohe Positionen in der Armee oder Polizei. Auch in hohen Regierungsämtern sind Christen

unterrepräsentiert. Im privaten Sektor hängt die Diskriminierung davon ab, wie tolerant der Arbeitgeber ist, doch werden Christen auch in diesem Sektor regelmäßig benachteiligt. Dies führt dazu, dass Kopten und andere Christen häufig selbst unternehmerisch tätig sind, da sie sich nicht darauf verlassen können, im öffentlichen Bereich oder bei privaten (nichtchristlichen) Arbeitgebern eine Anstellung zu finden. Und obwohl Christen mehr als zehn Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachen, gab es in den letzten zehn Jahren keinen einzigen christlichen Spieler in der ägyptischen Nationalmannschaft und Christen werden Möglichkeiten vorenthalten, in den besten Fußballvereinen des Landes zu spielen.

Leben im Staat

- **Die Verfassung oder eine vergleichbare nationale Gesetzgebung schränkt die Religionsfreiheit gemäß Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte ein:** Die Scharia ist gemäß der ägyptischen Verfassung die „Hauptquelle der Gesetzgebung". Konvertiten, die sich vom Islam ab- und dem christlichen Glauben zugewandt haben, sind folglich nicht von der Verfassung geschützt, obwohl es in Artikel 64 heißt, dass „die Glaubensfreiheit vollkommen" sei. Christen, die als solche rechtlich anerkannt sind, dürfen ihre personenstandsrechtlichen und religiösen Angelegenheiten selbst handhaben, doch in Fällen zwischen einem Muslim und einem Nichtmuslim gilt die Scharia.
- **Beamte auf lokaler wie nationaler Ebene weigern sich, den Glaubenswechsel einer Person anzuerkennen und dementsprechend im Personalausweis oder staatlichen Personenverzeichnis zu dokumentieren:** Obwohl ein Glaubenswechsel nicht gesetzlich verboten ist, wird in der Praxis doch massiv dagegen vorgegangen. Wenn ein Christ muslimischer Herkunft seine Religionszugehörigkeit offiziell ändern lassen will, stellen ihn die Behörden mit großer Wahrscheinlichkeit unter Beobachtung und berufen sich auf die Blasphemiegesetze, um strafrechtlich gegen ihn vorzugehen.
- **Christen erleben Einschränkungen in der öffentlichen Meinungsäußerung:** Christen müssen vor allem zwei Dinge beachten, wenn sie ihre Meinung öffentlich äußern: Zum einen dürfen sie den Islam in keiner Weise beleidigen oder kritisieren. Jeder Vorwurf der Blasphemie – ob begründet oder nicht – kann zu Verfolgung und gewaltsamen Angriffen durch Mobs führen. Zum anderen hat sich die Regierung von Präsident Abd al-Fattah al-Sisi zu einer strikten Diktatur entwickelt. Sich gegen die Regierung zu äußern, kann zu Verhaftung, Folter und Gefängnisstrafen führen.
- **Wer Christen schadet, wird absichtlich ungestraft gelassen:** In vielen Teilen des Landes ist es üblich, dass diejenigen, die Christen schikanieren oder ihre Häuser plündern, unbestraft bleiben – entweder weil die Behörden bewusst „ein Auge zudrücken" oder weil der Fall vor dem Versöhnungsrat (siehe Abschnitt „Gesellschaftliches Leben") verhandelt wird. Außerdem gilt es als Privat- und Familienangelegenheit, wenn ein Christ muslimischer Herkunft von seiner eigenen Familie schlecht behandelt wird. Konvertiten werden von der Regierung nicht geschützt. Ihre Familie kann sie sogar töten – und kommt so gut wie immer straffrei davon.

Die Religionsfreiheit wird vom Staat nicht gewahrt, und das ägyptische Rechtssystem ist gegenüber Nichtmuslimen voreingenommen. Es behandelt Christen, besonders Christen muslimischer Herkunft, als Bürger zweiter Klasse und schränkt ihre Möglichkeiten ein, ihren Glauben individuell und in Gemeinschaft zu leben und ihr Leben in Übereinstimmung mit ihrem Glauben zu führen.

Kirchliches Leben

- **Kirchen werden davon abgehalten, Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten) öffentlich aufzunehmen:** Verkündigung des Evangeliums und ein Wechsel des Glaubens werden in Ägypten stark abgelehnt. Kirchen nehmen nur sehr selten Christen muslimischer Herkunft auf, um Schwierigkeiten mit der ägyptischen Regierung und Gesellschaft zu vermeiden – bezichtigen diese die Kirchen doch schnell der Missionierung. Vorwürfe dieser Art können zu Angriffen auf Kirchen und Kirchenschließungen aus „Sicherheitsgründen" führen.
- **Kirchliche Aktivitäten werden überwacht, ver- bzw. behindert oder gestört:** Die Polizei und der Geheimdienst verlangen üblicherweise einen Terminplan mit allen Veranstaltungen einer Gemeinde. Darüber hinaus können sie – mit der Begründung, die nationale Sicherheit zu schützen – jede beliebige Gemeindeveranstaltung verbieten. Außerdem mischen sich manchmal Polizisten in Zivil unter die Gottesdienstbesucher, um zu überwachen, was in den Kirchen gepredigt wird. Auch sind viele Gemeinden mit Widerstand oder sogar Gewalt vonseiten der ägyptischen Gesellschaft konfrontiert, insbesondere wenn sie ihr Kirchengebäude nach dem 2016 erlassenen Gesetz zum Bau von Kirchen registrieren lassen wollen.
- **Christliche Gemeinschaften werden daran gehindert, Kirchengebäude zu bauen oder zu renovieren oder historische religiöse Stätten zu beanspruchen, die ihnen früher genommen wurden:** Die Regierung hat seit dem 2016 erlassenen Gesetz zum Bau von Kirchen zwar tausende Kirchen anerkannt, viele Kirchen warten jedoch immer noch auf ihre Legitimierung. In vielen Dörfern, in denen Christen leben, gibt es nicht einmal eine Kirche. Wollen Christen eine Kirche bauen, müssen sie immer noch sehr viele administrative Hindernisse (wie Unbedenklichkeitsbescheinigungen) überwinden. In vielen Fällen geht auch von der Gesellschaft großer Widerstand gegen den Kirchenbau aus.
- **Kirchen werden daran gehindert, christliche Aktivitäten außerhalb von Kirchengebäuden zu organisieren:** Je nachdem, in welchem Teil Ägyptens sie sich befinden, ist es Kirchen manchmal möglich, Aktivitäten im Freien (beispielsweise Aktivitäten für Kinder) durchzuführen, wenn sie kein großes Aufsehen damit erregen. Häufig jedoch verzichten Kirchen auf öffentliche Prozessionen. Sie befürchten Angriffe von islamisch-extremistischen Gruppen oder Mobs, die solche Umzüge als sichtbare Bedrohung für den Islam verstehen könnten.

Auftreten von Gewalt

- Im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2020 ereignete sich nur ein großer Angriff auf Christen. Am 2. November 2018 wurden sieben Christen getötet. Doch wurden Berichten zufolge bei anderen Vorfällen insgesamt noch mindestens 16 weitere Christen getötet – der Großteil davon in Oberägypten. In einigen Fällen war ihr christlicher Glaube der klare Grund für ihre Tötung. In den anderen Fällen scheint es sehr plausibel, dass sie getötet wurden, weil Christen aufgrund ihres Glaubens in Ägypten als Bürger zweiter Klasse gelten und – insbesondere in Oberägypten – der Mord an einem Christen häufig nicht bestraft wird.
- Viele Christen wurden wegen ihres Glaubens an Jesus Christus angegriffen und einige dabei sehr schwer verletzt. Viele christliche Mädchen wurden entführt und sexuell missbraucht, andere dazu gezwungen, einen muslimischen Mann zu heiraten. Außerdem wurden Hunderte christliche Mädchen Opfer von sexueller Belästigung. Berichten zufolge werden christliche Mädchen systematisch angegriffen, ihre Entführer bekommen ein Kopfgeld für jedes entführte Mädchen.

- Mehrere Christen wurden verhaftet. In den meisten Fällen waren sie von einem Mob angegriffen worden. Ihre Festnahme erfolgte, um die Situation zu deeskalieren und ihre Angreifer zufrieden zu stellen. Mindestens ein Christ wurde zu einer Gefängnisstrafe verurteilt, nachdem er der Blasphemie beschuldigt worden war.
- Mehrere Kirchen wurden von der Polizei geschlossen, häufig nachdem ein Mob die Kirche angegriffen hatte bzw. weil die Kirche keine offizielle Registrierung hatte. Mindestens fünf Kirchen wurden niedergebrannt.
- Mehrere Häuser und Geschäfte von Christen wurden von Mobs angegriffen und zerstört. Teilweise ereigneten sich diese Angriffe gegen Einzelpersonen, teilweise gegen mehrere christliche Familien gleichzeitig.

7. Verfolgungssituation für Männer und Frauen

Wie Frauen Verfolgung erfahren:

- Entführung
- Verweigerung des Sorgerechts für Kinder
- Wirtschaftliche Schikane im Berufs-/Geschäftsleben
- Erzwungene Einhaltung religiöser Kleidungsvorschriften
- Zwangsverheiratung
- (Haus-)Arrest durch die Familie
- Körperliche Gewalt
- Psychische Gewalt
- Sexuelle Gewalt
- Verbale Gewalt

Ägypten hat unter den Ländern des Nahen Ostens den Ruf, die höchste Rate von sexueller Belästigung und Gewalt zu haben. Gemäß einer Untersuchung der UN zur Situation von Frauen aus dem Jahr 2013 wurden fast alle ägyptischen Frauen bereits Opfer sexueller Belästigung – unabhängig davon, wie sie sich kleideten oder welcher Religion sie angehörten. In diesem Umfeld, in dem Frauen keinen gesellschaftlichen Schutz erfahren, sind christliche Frauen besonders verwundbar.

Obwohl solche Missbrauchsfälle, Zwangsverheiratungen, Entführungen und Vergewaltigungen weit verbreitet sind und alle Frauen in Ägypten in unterschiedlichem Maße betreffen (auch abhängig von der Region), gibt es Berichte, dass ganz gezielt christliche Frauen entführt und verheiratet werden. Dies betrifft vor allem ländliche Gegenden, Dörfer und Städte im Süden des Landes. Die Angst vor Entführungen hat große psychologische Auswirkungen auf christliche Familien, besonders in den ländlichen Gegenden: Weibliche Familienmitglieder haben Angst davor, allein das Haus zu verlassen, und müssen immer von männlichen Verwandten begleitet werden, um sie zu beschützen. Es gibt auch Berichte, dass christliche Mädchen in Ehen gelockt werden: Diese Mädchen stammen meist aus sozial schwachen Familien. Traditionelle Bräuche sind hier nicht hilfreich: Frühes Heiraten ist in ländlicheren und traditionelleren Gemeinschaften der Normalfall.

Christinnen muslimischer Herkunft werden besonders durch die Antikonversionsgesetze, das Personenstandsrecht und die traditionellen Gebräuche beeinträchtigt. Ihre muslimischen Ehemänner lassen sich häufig von ihnen scheiden, was die Frauen ohne finanzielle Unterstützung zurücklässt. Ihnen kann das Sorgerecht für ihre Kinder entzogen werden, genauso wie ihr Erbrecht. Außerdem geht von ihrer eigenen Familie eine Gefährdung aus, da von Frauen erwartet wird, dass sie der Familienehre keine Schande bereiten. Besonders für Frauen ist es schwierig, aus diesen gefährlichen Situationen zu entkommen, da es nicht üblich für Frauen ist, allein zu reisen oder zu wohnen.

Im Arbeitsleben stehen Christinnen möglicher doppelter Diskriminierung gegenüber, da sie sowohl Christen als auch Frauen sind. Die Tatsache, dass sie als Christen bekannt sind, kann sich negativ auf ihre Karriere auswirken und dazu führen, dass sie bei Beförderungen übergangen werden.

Wie Männer Verfolgung erfahren:

- Entführung
- Beschlagnahme von Erbschaft und Besitz
- Wirtschaftliche Schikane im Berufs-/Geschäftsleben
- Verhaftung durch die Behörden
- Körperliche Gewalt
- Psychische Gewalt

Ägyptische Christen fühlen sich oft als Bürger zweiter Klasse in dem mehrheitlich muslimischen Land behandelt. Außerdem setzt die Arbeitslosigkeit Männer überall im Land stark unter Druck, besonders aber in Oberägypten. In ländlichen Gegenden ist es für junge christliche Männer schwer, Arbeit zu finden. Manchmal fordern muslimische Geschäftseigentümer ihre muslimischen Kunden offen dazu auf, nicht bei Christen einzukaufen, da einige Muslime glauben, dass es unrein sei, von einem Christen zubereitete Mahlzeiten zu essen. Wegen ihrer eindeutig christlichen Namen dürfen manche Christen keine Regierungspositionen bekleiden oder in Fußballvereinen spielen. Manche Muslime nutzen auch die wirtschaftliche Situation als eine Art religiöse Falle für christliche junge Männer aus: Sie bieten ihnen zunächst finanzielle Hilfe an. Später, wenn diese ihre Schulden nicht zurückzahlen können, versprechen sie ihnen den Erlass ihrer Schulden, wenn sie zum Islam übertreten.

Die sozialen Medien werden immer mehr zu einem Ort, der körperliche Gewalt gegen Christen auslösen kann. So griff eine große Gruppe von Muslimen in der Provinz al-Minya beispielsweise das Haus eines Christen und seiner Brüder an – Grund dafür war ein Beitrag auf der Facebookseite seines Sohnes, der in einer anderen Region Ägyptens lebt. Die Angreifer verstanden den Beitrag als Beleidigung des Islam. Obwohl der Sohn des Christen ein Video veröffentlichte, in dem er sich für den Beitrag entschuldigte und erklärte, dass sein Facebook-Account gehackt worden sei, wurden er, seine Brüder und drei seiner Onkel wegen Blasphemie von der Polizei verhaftet.

Wenn Verfolgung einen Christen darin einschränkt, finanziell für seine Familie aufzukommen, zum Beispiel durch Gefängnisstrafen, Schläge, Entführungen mit Lösegelderpressungen oder Mord, beinträchtigt das die gesamte Familie stark, da Männer die Hauptverdiener sind. Wenn ein Mann sich durch die Angriffe auf seinen Glauben überwältigt fühlt und er sich nicht im Stande sieht, seine christlichen Überzeugungen zu verteidigen, kann es zu einer inneren Zerrissenheit kommen – Verlust des Selbstvertrauens und Selbstwertgefühls ist die Folge; eine starkes Schamgefühl macht sich breit. In Verbindung mit der allgemeinen wirtschaftlichen Lage kann dies sogar die Stabilität von Familien beeinträchtigen und zu mehr häuslicher Gewalt und Scheidungen führen.

8. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Andere religiöse Gruppen, die in Ägypten Verfolgung erleben, sind die muslimischen Minderheiten der Schiiten und Sufis, außerdem Bahai, Mormonen und Zeugen Jehovas. Besonders schiitische Muslime werden von sunnitischen Kämpfern angegriffen, was es für sie gefährlich macht, ihren Glauben offen zu leben. Mormonen, Bahai und Zeugen Jehovas wird die Anerkennung durch die Behörden verweigert, was es ihnen erschwert, Gotteshäuser zu haben. Der missionarische Eifer und entsprechende Aktivitäten einiger solcher Gruppen gelten als illegal, und so sind ihre Anhänger sowohl vonseiten der Regierungsbeamten als auch der Gesellschaft, einschließlich Ägyptern mit christlichem Hintergrund, mit Feindseligkeit konfrontiert.

Die „Internationale Humanistische und Ethische Union“ schreibt in ihrem Bericht zur Gedankenfreiheit („Freedom of Thought Report“): „Der ägyptische Personalausweis beinhaltet eine Rubrik zur Religionszugehörigkeit. Nur Mitglieder der drei ‚göttlichen Religionen‘ werden anerkannt. Viele ältere Ägypter, die den Bahai oder anderen religiösen Minderheiten angehören, haben außerdem auch keine Geburts- und Heiratsurkunden. Eine kleine – jedoch bei Weitem nicht ausreichende – Verbesserung der Situation trat 2009 ein, als zwei Bahai erlaubt wurde, einen Querstrich (‚–‘)bei der Religionszugehörigkeit auf ihrem Ausweis einzutragen. Personen, die in eine muslimische Familie hineingeboren werden, sich aber später vom Islam abwenden, dürfen ihre Religionszugehörigkeit auf ihrem Personalausweis nicht ändern.“

Ein Beispiel für Gewalt gegen andere religiöse Gruppen trug sich im November 2017 zu, als sunnitische Kämpfer eine volle Sufi-Moschee auf der Sinai-Halbinsel angriffen, wobei mehr als 300 Menschen getötet wurden.

Auch Atheisten, besonders wenn sie in den sozialen Medien aktiv sind, werden sehr häufig Opfer von Verfolgung.

9. Der Ausblick für Christen

Islamische Unterdrückung

Auch wenn es seit dem Angriff im November 2018 keine anderen geglückten großen Anschläge auf Christen mehr gab, werden die Christen in Ägypten doch weiterhin durch Ausgrenzung und rechtliche Hürden unter Druck gesetzt. Vor allem in Oberägypten wird die Unterdrückung sehr wahrscheinlich andauern. Christen muslimischer Herkunft werden weiterhin die Hauptlast der Verfolgung vonseiten ihrer eigenen Familie, der Gesellschaft und der Regierung tragen.

Ethnisch oder traditionell begründete Anfeindungen

Es ist unwahrscheinlich, dass die Christen von der Mehrheit der Bevölkerung jemals als gleichwertige Bürger mit gleichen Rechten anerkannt werden. Gemeinhin wird von Ägyptern erwartet, sunnitische Muslime zu sein, und jede Abweichung wird als Verrat betrachtet. Christen muslimischer Herkunft werden auch hier weiterhin sehr gefährdet für Verfolgung sein.

Diktatorische Paranoia

Die meisten Christen sind glücklich darüber, dass der aus der Muslimbruderschaft stammende Präsident Mohammed Mursi abgesetzt wurde. Doch auch der regierende Präsident Abd al-Fattah al-Sisi scheint weder willens noch politisch dazu in der Lage, die Situation der Christen und ihre Sicherheit maßgeblich zu verbessern.

zurück zur Länderübersicht

Algerien: Platz 17

Zusammenfassung

Wie in den meisten Ländern dieser Region sind die Hauptverfolger auch in Algerien die Gesellschaft, extremistische Islamlehrer und Regierungsbeamte, die den Sichtweisen dieser Lehrer anhängen. Algerische Christen, von denen die meisten Konvertiten mit muslimischem Hintergrund sind, erfahren vor allem von Familienmitgliedern und der erweiterten Verwandtschaft Verfolgung. So sind vor allem die Familie und das soziale Umfeld – einschließlich traditioneller (ethnischer) Anführer und Ältester – maßgeblich für die Verfolgung verantwortlich. Regierungsbeamte auf verschiedenen Ebenen der Verwaltungshierarchie üben ebenfalls Druck auf Christen aus, ihren Glauben aufzugeben. Sie schränken die Freiheit der Christen ein, ihre Meinung zu äußern und ihren Glauben in der Öffentlichkeit zu praktizieren.

Es gibt Gesetze, die Gottesdienste von Nicht-Muslimen regeln. Dazu gehören auch Vorschriften, die es gesetzlich verbieten, „den Glauben eines Muslims zu erschüttern“ oder zu versuchen, ihn zu „verführen, eine andere Religion anzunehmen“. Christen leiden im Alltag des Weiteren unter Schikane und Diskriminierung. Die entferntere Verwandtschaft und Nachbarn versuchen Christen muslimischer Herkunft dazu zu zwingen, islamische Verhaltensnormen und Riten zu befolgen. Der Druck und die Gefahr, denen Christen ausgesetzt sind, sind in ländlichen und religiös eher konservativen Regionen des Landes besonders hoch. Diese Regionen waren in den 1990er-Jahren eine Hochburg für islamistische Aufständische im Kampf gegen die Regierung.

Beispiele aus dem aktuellen Berichtszeitraum

- Während des Berichtszeitraums ging die algerische Regierung weiter gegen protestantische Gemeinden vor. Elf Kirchen wurden von der Regierung geschlossen – zusätzlich zu denen, die bereits im vergangenen Berichtszeitraum geschlossen wurden. Einige durften nach ein paar Monaten wieder öffnen.
- In einer neuen Welle verstärkten Drucks wurden mindestens 90 Christen bei einem öffentlichen Protest gegen die Schließung der Full Gospel Church in Tizi Ouzou roh behandelt und festgenommen.
- Berichten zufolge wurden mehrere christliche Familien von Mitgliedern ihrer Ortsgemeinschaft belästigt.

---

1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 73 Punkten steht Algerien auf Platz 17 auf dem Weltverfolgungsindex 2020.

Damit stieg die Wertung im Vergleich zum Weltverfolgungsindex 2019 um 3 Punkte an. Der Druck auf Christen wurde für alle Lebensbereiche außer einem als „sehr hoch“ (oder darüber) eingestuft. Der Anstieg der Gesamtpunktzahl lässt sich vor allem auf einen Anstieg im Bereich Gewalt zurückführen, insbesondere auf gewalttätige Verhaftungen und die Angst, die mit ihnen einhergeht.

2. Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung

Je mehr Einfluss der Islam in den vergangenen Jahren auf die Regierung Algeriens gewonnen hat, desto stärker wurde die Freiheit von Christen eingeschränkt. Druck von islamistischen Bewegungen auf die Regierung und die Gesellschaft hat in Verbindung mit Druck von Familienmitgliedern auf Christen muslimischer Herkunft zu andauernden Schwierigkeiten für Christen geführt. Angespornt durch den „Arabischen Frühling“ in anderen nordafrikanischen Ländern üben islamistische Gruppierungen Druck auf eine Regierung aus, die dazu gezwungen ist, mit islamischen Parteien zusammenzuarbeiten. Trotz dieser Zusammenarbeit ist die Partei „Islamische Heilsfront“ (FIS) jedoch noch immer verboten. Islamisten treten immer offensichtlicher in Erscheinung und überwachen die Aktivitäten von Christen und anderen nichtmuslimischen Minderheiten (wie die kleinen jüdischen oder Bahai-Gemeinden).

Diktatorische Paranoia

Diese Triebkraft der Verfolgung zeigt sich in der autokratischen Regierung Algeriens, die Christen Restriktionen auferlegt. Mit einer weiter steigenden Anzahl geschlossener Kirchen und der Anwendung körperlicher Gewalt gegen christliche Demonstranten scheint es, dass die Regierung ihren Druck auf die Kirche weiter verstärkt. Die Gründe für diese neue Welle der Gewalt sind nicht bekannt, aber einige Maßnahmen der Regierung können als Versuch betrachtet werden, die islamistischen Teile der Bevölkerung zu beschwichtigen.

Des Weiteren bieten die anti-kolonialistischen und revolutionären Wurzeln der regierenden Partei, die seit der Unabhängigkeit an der Macht ist, einen ideologischen Blickwinkel, von dem aus sie christliche Missionstätigkeiten misstrauisch beäugt, insbesondere dann, wenn diese in Verbindung mit Kirchen und christlichen Gruppen aus dem Westen durchgeführt werden.

Ethnisch oder traditionell begründete Anfeindungen

Die meisten algerischen Christen leben in der Kabylei, einer Region im Norden des Landes. Zwischen dieser Region und der Zentralregierung gibt es seit der Unabhängigkeit Algeriens politische Spannungen. In der schwierigen Beziehung zwischen der algerischen Regierung und den Bewohnern der Kabylei spielen unter anderem ethnische Identität, Kultur und Sprache eine bedeutende Rolle. Die meisten Bewohner der Kabylei gehören zum Volk der Berber, wohingegen die vorherrschende ethnische Identität des Landes arabisch ist. Die ethnisch begründeten Spannungen und Anfeindungen weiten sich auch auf das religiöse Leben aus und tragen so zur Christenverfolgung in der Kabylei bei.

3. Verfolger

Ausgehend von Islamischer Unterdrückung

- **Die eigene (Groß-)Familie:** Familienmitglieder sind die treibende Kraft hinter der Verfolgung von Christen muslimischer Herkunft. Dazu gehören unter anderem körperlicher Missbrauch, Vertreibungen, Hausarrest (vor allem für Frauen), erzwungene Scheidungen und der Verlust von Erbansprüchen und Sorgerecht.
- **Anführer ethnischer Gruppen:** Dorfälteste stellen sich oft aktiv gegen die sichtbare Präsenz der Kirche. Auch setzen sie Familien unter Druck, gegen Konvertiten in ihrem Haushalt vorzugehen.
- **Nichtchristliche religiöse Leiter:** Extremistische Auslegungen des Islam sind in Algerien allgegenwärtig. Salafistische Leiter predigen Intoleranz gegenüber Nichtmuslimen.
- **Gewöhnliche Bürger und Mobs:** Im arabischen Teil der Gesellschaft ist die Feindseligkeit gegen Christen tief verwurzelt. In der Kabylei und anderen berberischen Regionen ist sie nur geringfügig schwächer.
- **Politische Parteien:** Auch wenn die Macht der nicht regierenden politischen Parteien begrenzt ist, können islamistische Parteien dennoch Druck auf die Regierung ausüben, gegen nichtsunnitische religiöse Gruppen vorzugehen.
- **Gewalttätige religiöse Gruppen:** Obwohl es in den vergangenen Jahren keine größeren Vorfälle gab, ist die Bedrohung mit Gewalt durch islamisch-extremistische Gruppen jederzeit präsent.

Ausgehend von Ethnisch oder traditionell begründeten Anfeindungen

- **Die eigene (Groß-)Familie:** Stammesdenken über Konzepte wie „Familienehre“ wird aktiv beschützt. Christliche Konvertiten, besonders Frauen, haben mit harten Konsequenzen zu rechnen, da ihr Glaubenswechsel im Denken ihrer Angehörigen Schande über die Familie bringt und andere Stammesregeln verletzt.
- **Anführer ethnischer Gruppen:** Stammesbeziehungen spielen eine wichtige Rolle im täglichen Leben. Mit ihrem Glaubenswechsel widersetzen sich Christen muslimischer Herkunft der Stammestradition und werden deshalb verfolgt. Anführer ethnischer Gruppen wie Dorfälteste setzen Familienangehörige und das soziale Umfeld unter Druck, gegen solche Konvertiten vorzugehen.
- **Gewöhnliche Bürger und Mobs:** Stammesdenken, -werte und -normen stammen aus uralten Traditionen und werden in der islamischen Gesellschaft des Landes am Leben gehalten. Wer den christlichen Glauben annimmt, bricht mit diesen Traditionen und kann von der Gesellschaft deswegen unter Druck gesetzt werden, etwa indem er seine Arbeitsstelle verliert.
- **Regierungsbeamte und politische Parteien:** Regierungsbeamte und die regierende Partei spielen als Verfolger eine bedeutende Rolle. Ihre Feindseligkeit gegenüber den kulturellen, sprachlichen und politischen Forderungen nicht-arabischer Gruppen und ihre daraus resultierenden Bemühungen, diese Forderungen zu unterdrücken, bedeuten auch für christliche Gemeinden in der Kabylei, dass sie Einschränkungen und Verfolgung ausgesetzt sind. Das Wachstum der Kirche, speziell in dieser Region, wird als Bedrohung gegenüber der überwiegend arabischen und islamischen Identität des Landes wahrgenommen.

Ausgehend von Diktatorischer Paranoia

- **Regierungsbeamte:** Algerien ist eines der wenigen Länder Nordafrikas, in denen sich das Regime dauerhaft an der Macht halten und weitreichende demokratische Reformen umgehen konnte, auch wenn das Land nun nach einer neuen Balance sucht. Seit der Unabhängigkeit ist die Partei „Nationale Befreiungsfront“ trotz mehrerer Präsidentenwechsel an der Macht geblieben. Die Nationale Befreiungsfront wurde oft durch politische Islamistenbewegungen herausgefordert. Um deren Anhänger für sich zu gewinnen und ihre eigene Legitimität zu unterstreichen, schränkt die Regierung die Freiheit von Christen ein.

4. Regionale Brennpunkte der Verfolgung

Die meisten Christen in Algerien haben einen muslimischen Hintergrund. Der Großteil von ihnen lebt in der Kabylei im Norden des Landes. Die Bewohner der Kabylei sind Berber, die auch ihre eigene Sprache sprechen, und stehen damit im Gegensatz zu dem Rest des Landes, der von Algeriern mit arabischem Hintergrund bewohnt wird. Viele Jahre lang wurden die Bewohner der Kabylei von der algerischen Regierung diskriminiert und vernachlässigt. Dies schuf eine Umgebung, in der sich eine christliche Gemeinschaft entwickeln konnte, auch wenn der Druck von Regierung und Gesellschaft stark blieb.

Im arabischen Teil des Landes, besonders im Süden, sind die Umstände für Christen sehr schwierig und es gibt nur wenige Kirchen. Gewalttätige islamische Gruppen genießen keine große Unterstützung in der Bevölkerung, aber der Islam hat sehr große Macht im Land, auch weil die salafistische Bewegung wächst.

5. Betroffene Christen

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

Neben einigen westlichen ausländischen Christen gehören zu dieser Kategorie hauptsächlich christliche Migranten aus afrikanischen Ländern südlich der Sahara. Diese kleine Anzahl an Studenten erfährt Diskriminierung an Universitäten und im städtischen Alltagsleben.

Christen aus traditionellen Kirchen

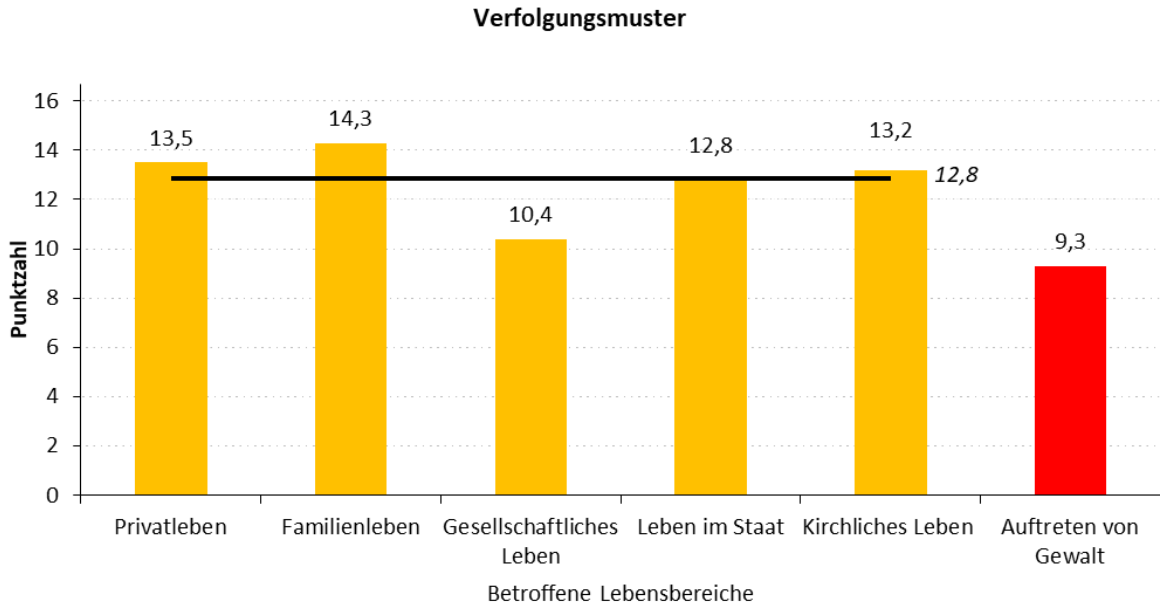
Die einzige Kirche, die zu dieser Kategorie gezählt wird, ist die Römisch-Katholische Kirche. Protestantische Kirchen bestehen heutzutage fast vollständig aus Christen mit muslimischem Hintergrund (siehe nächster Abschnitt). Katholische Gemeinden sehen sich außerhalb ihrer Gottesdiensträume mit Einschränkungen konfrontiert, sind aber zugelassen, sofern sie registriert sind. In katholischen Kirchen (einschließlich der Kathedrale in Algier, dem Sitz des Erzbischofs) können Gottesdienste ohne staatliche Einmischung durchgeführt werden.

Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

Die große Mehrheit der Christen in Algerien sind Christen mit muslimischem Hintergrund. Sie stehen unter anhaltendem Druck. Das Gesetz verbietet alle öffentlichen Versammlungen, bei denen ein anderer Glaube als der Islam praktiziert wird; davon ausgenommen sind die registrierten Kirchen. Eine solche Registrierung wird unabhängigen christlichen Gemeinden jedoch häufig verwehrt. In der Berber-Region gibt es eine große Zahl inoffizieller Gruppen, die sich regelmäßig treffen. Nichtmuslime

versammeln sich zum Gottesdienst meist in Privathäusern. Die sehr junge algerische Kirche, die zumeist aus Christen der ersten Generation besteht, ist in vielfältiger Form Diskriminierungen durch den Staat und Familienmitglieder ausgesetzt. Obwohl einige protestantische Kirchen unter dem Dachverband der Protestantischen Kirche Algeriens (EPA) bereits zur Kolonialzeit entstanden, bestehen sie heute vorwiegend aus Christen muslimischer Herkunft.

6. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Algerien

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Der durchschnittliche Druck auf Christen blieb sehr hoch und stieg von 12,4 Punkten im vergangenen Jahr auf 12,8 Punkte an. Dieser Anstieg ist vor allem auf den erhöhten Druck vonseiten der Regierung zurückzuführen.
- Am stärksten ist der Druck in den Bereichen des Familienlebens (14,3 Punkte), des Privatlebens (13,5) und des kirchlichen Lebens (13,2). Dies zeigt, unter welch hohem Druck christliche Konvertiten stehen: Sie leben in ständiger Gefahr, von ihren Familien als Christen entdeckt und ausgegrenzt zu werden, und sehen sich Widerstand vonseiten der Gesellschaft und der Regierung gegenüber.
- Der Wert für das Auftreten von Gewalt ist im Vergleich zum Vorjahr von 7,6 auf nun 9,3 Punkte gestiegen, nachdem er aufgrund von Kirchenschließungen bereits im Weltverfolgungsindex 2019 um 2,0 Punkte gestiegen war. Der jetzige Anstieg ist vor allem auf die (gewalttätigen) Verhaftungen von mehreren Christen zurückzuführen.

Zu jedem der Lebensbereiche sind im Folgenden jeweils ausgewählte Teilaspekte genannt, die im betreffenden Lebensbereich für die Christen zu den gravierendsten Schwierigkeiten gehören.

Privatleben

- **Es ist gefährlich für Christen, ihrem Glauben in schriftlicher Form persönlich Ausdruck zu geben, etwa in Internetblogs oder auf Facebook:** Einige algerische Christen haben öffentlich in sozialen Medien über ihren Glauben gesprochen, in mehreren Fällen kam es daraufhin zu Anklagen wegen Blasphemie und zu (körperlicher) Gewalt durch extremistische Muslime. Für Christen muslimischer Herkunft ist es besonders riskant, über ihren Glauben zu reden, da ihre Familie sie aus ihrem Zuhause verbannen oder sie zur Scheidung zwingen könnte, was auch den Verlust des Sorgerechts für ihre Kinder bedeuten würde.
- **Es ist für Christen riskant, christliche Bilder oder Symbole zu zeigen:** Alle Christen im Land achten darauf, keine christlichen Symbole wie Kreuze öffentlich zu zeigen, da Feindseligkeit gegen Christen weit verbreitet ist. Für Christen muslimischer Herkunft kann das Tragen solcher Symbole zur Entdeckung ihres Glaubenswechsels durch ihre Familie führen und Fragen und Belästigungen zur Folge haben.
- **Es ist ein Risiko für Christen, über ihren Glauben zu sprechen:** Die Gesetze des Landes gegen Evangelisation und Blasphemie wirken sich auf die Freiheit von Christen aus, auch nur privat über ihren Glauben mit engsten Familienangehörigen zu sprechen. Die Verordnung 06-03 reguliert den Gottesdienst von Nichtmuslimen und wird von der Regierung besonders streng durchgesetzt. Evangelisation wird dadurch zu einem kriminellen Vergehen, das eine Strafe von einem bis drei Jahren im Gefängnis nach sich ziehen kann. Außerdem wird der christliche Glaube in der algerischen Gesellschaft sehr negativ betrachtet, sodass selbst ein Gespräch über den Glauben zu Belästigungen oder Schlimmerem führen kann.
- **Es ist gefährlich, christliche Materialien zu besitzen oder aufzubewahren:** Sowohl Christen muslimischer Herkunft als auch christliche Migranten aus Afrika südlich der Sahara und andere Christen müssen in dieser Hinsicht sehr vorsichtig sein. Eine Bibel zu besitzen und zu lesen kann zu Druck von der Familie oder Belästigungen vonseiten des sozialen Umfelds führen. Aus diesem Grund nutzen viele Christen (Bibel-)Apps auf ihren Smartphones.

In Algerien ist jeder Versuch, einen Muslim von einem anderen Glauben zu überzeugen und ihn zum Verlassen des Islam zu ermutigen, gesetzlich verboten. Allerdings ist der Glaubenswechsel weg vom Islam an sich nicht kriminalisiert – Apostasie gibt es nicht als Verbrechen. Juristisch sind es also diejenigen, die die Konversion verursachen oder versuchen, jemanden zur Konversion zu bewegen, die strafrechtlich verfolgt werden – und nicht der Konvertit selbst. Das Hauptproblem für Christen muslimischer Herkunft ist daher die Verfolgung innerhalb der Familie, die sehr schlimm sein kann. Kirchenleiter berichten, dass vor allem Christinnen muslimischer Herkunft manchmal von ihren muslimischen Familien zu Hause eingesperrt werden. Sie dürfen keinerlei Kontakt zu anderen Christen haben, geschweige denn sich mit ihnen treffen. Da es christliche Sender gibt, die nach Algerien ausstrahlen, werden ihnen Fernsehen und Radio verboten. Im arabischen Teil des Landes ist die Verfolgung noch schwerwiegender und Christinnen mit muslimischem Hintergrund stehen in der Gefahr, getötet zu werden. Vielen Christen ist es nicht möglich, anderen Familienmitgliedern oder Gästen von ihrem Glauben zu erzählen oder schriftlich darüber zu berichten. Oft sind sie häuslicher Gewalt schutzlos ausgesetzt.

Familienleben

- **Christliche Paare werden aufgrund ihres Glaubens daran gehindert, Kinder zu adoptieren oder Pflegekinder aufzunehmen:** Adoption ist in Algerien nur für Muslime möglich.
- **Kinder christlicher Eltern werden dazu gedrängt, an nichtchristlichem Unterricht oder dem allgemeinen Religionsunterricht teilzunehmen:** Religiöse Bildung, die auf islamischen Prinzipien basiert, ist in allen Grund- und Sekundarschulen Pflicht. Privatschulen (wenn Eltern sie bezahlen können) können etwas flexibler sein und ein christliches Kind von diesem Unterricht befreien, doch der gesamte Lehrplan ist dennoch vom Islam durchdrungen.
- **Christlichen Ehepartnern wird im Falle einer Scheidung das Recht abgesprochen, das Sorgerecht für die Kinder in Anspruch nehmen zu können:** In vielen Fällen will ein muslimischer Ehemann oder eine muslimische Ehefrau sich scheiden lassen, wenn ihr Partner den christlichen Glauben annimmt, oder wird von Familienangehörigen gezwungen, sich scheiden zu lassen. Die Kinder werden vom Konvertiten ferngehalten. Diese Praxis wird häufig durch Gerichte oder Beamte unterstützt.
- **Kinder von Christen muslimischer Herkunft werden automatisch unter der Mehrheitsreligion registriert.** Ist der Vater eines Kindes Muslim, gilt das Kind in Algerien automatisch ebenfalls als Muslim. Da Christen muslimischer Herkunft von der Regierung weiterhin als Muslime angesehen werden, gelten auch ihre Kinder als Muslime. In seltenen Fällen kann das Kind einen christlichen Namen bekommen. Das hängt jedoch vom Beamten ab, der den Fall bearbeitet.

Für die algerische Regierung ist jeder Bürger ein Muslim. Es gibt Fälle, in denen muslimische Dorfbewohner Christen verwehrt haben, ihre verstorbenen Angehörigen zu beerdigen. Christliche Eheschließungen sind nur innerhalb der Kirche gültig, werden aber nicht vom Staat anerkannt – die Behörden registrieren diese Ehen als muslimisch.

Gesellschaftliches Leben

- **Christen stehen unter Beobachtung durch ihr soziales oder privates Umfeld. Sie werden beispielsweise bei der Polizei angezeigt, beschattet, ihre Telefongespräche werden mitgehört, E-Mails gelesen oder zensiert:** Einzelne Personen werden häufig überwacht. Die Polizei und andere Teile des Sicherheitsapparats setzen die Verordnung 06-03 streng durch, mit der nichtmuslimische Gottesdienste und andere Aktivitäten reguliert werden. Wer sich aktiv in christliche Aktivitäten einbringt, wird beobachtet. Christen in Leitungspositionen müssen sehr vorsichtig kommunizieren, da ihre Telefone wahrscheinlich abgehört und ihre E-Mails gelesen werden. Wenn sich Christen außerhalb von Kirchengebäuden treffen, müssen sie sehr diskret vorgehen, da offensichtlich christliche Aktivitäten der Polizei gemeldet werden. In der Kabylei ist dieser Druck weniger stark, aber der christliche Glaube sieht sich in allen Teilen des Landes Gegenwind ausgesetzt.
- **Christen erfahren wegen ihres Glaubens Benachteiligungen im Bereich der Bildung:** Dies betrifft insbesondere Konvertiten, deren Glaubenswechsel bekannt ist, doch auch christliche Migranten aus Afrika südlich der Sahara erleben diese Probleme, verbunden mit Rassismus. Auch andere Christen können Diskriminierungen und Benachteiligungen im Bildungsbereich ausgesetzt sein. Kinder von Christen, die in von einem konservativeren Islam geprägten Gebieten leben, müssen ihren Glauben geheim halten, weil sie sonst von Lehrern diskriminiert werden könnten und möglicherweise keinen Zugang zu Universitäten erhalten.
- **Christen werden in der Erwerbstätigkeit, sei es im privaten oder öffentlichen Sektor, aufgrund ihres Glaubens diskriminiert:** Eine der Konsequenzen eines Glaubenswechsels für

christliche Konvertiten ist der Verlust der Arbeitsstelle. Viele Konvertiten müssen ihren Glauben verstecken, wenn sie sich für einen Job bewerben, oder laufen Gefahr, diskriminiert zu werden. Christen haben keinen Zugang zu höheren Positionen in der Regierung, egal ob sie einen muslimischen Hintergrund haben oder nicht.

- **Christen werden wegen ihres Glaubens verhört oder dazu gezwungen, sich bei der Polizei zu melden:** Einzelne Christen werden aktiv überwacht und befragt.

Algerische Christen reden meist nur von „Dorfbewohnern, die nicht mit uns sprechen", wohingegen christliche Menschenrechtsorganisationen regelmäßig von verbalen und körperlichen Übergriffen berichten. Der „International Religious Freedom Report 2018" (erstellt im Auftrag des US-Außenministeriums) besagt, dass „einige Christen, die früher Muslime waren, berichteten, sie und andere in ihrem sozialen Umfeld würden versuchen, unauffällig zu bleiben, weil sie sich um ihre persönliche Sicherheit sorgten und die möglichen rechtlichen, familiären, beruflichen und sozialen Konsequenzen fürchteten. Andere Konvertiten praktizierten ihre neue Religion laut Berichten der christlichen Gemeinschaft dagegen offen." Inwiefern Letzteres möglich ist, hängt von der Region ab, in der ein Konvertit lebt. Die Gebiete der Berber sind tendenziell offener als arabische Regionen.

Leben im Staat

- **Die Verfassung oder eine vergleichbare nationale Gesetzgebung schränkt die Religionsfreiheit gemäß Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte ein:** Die Verfassung Algeriens bestimmt den Islam als Staatsreligion und Regierungsbehörden müssen in Übereinstimmung mit islamischen Werten handeln. Der Glaubenswechsel vom Islam zum christlichen Glauben ist gesetzlich nicht verboten, aber Evangelisation ist ein kriminelles Vergehen. Die Verordnung 06-03 schränkt die Religions- und Glaubensfreiheit für Kirchen und einzelne Christen massiv ein.
- **Christen wurden wegen ihres Glaubens beim Kontakt mit Behörden (lokale Verwaltungen, Regierung, Armee, etc.) diskriminiert:** Christen muslimischer Herkunft oder christliche Migranten aus Afrika südlich der Sahara sind stark in Gefahr, diskriminiert zu werden, wenn sie in Kontakt mit Behörden treten. Laut Berichten hat sich diese Haltung jedoch in einigen Orten in der Kabylei verbessert, wo beispielsweise einige Kinder mit christlichem Namen registriert werden konnten.
- **Christen, Kirchen oder christliche Organisationen werden daran gehindert, öffentlich religiöse Symbole zu zeigen:** Alles, was „den Glauben eines Muslims erschüttern" könnte, ist unter Verordnung 06-03 verboten. Kirchen und christliche Organisationen erlegen sich deshalb eine Selbstzensur auf.
- **Wer Christen schadet, wird absichtlich ungestraft gelassen:** Christen muslimischer Herkunft können von ihren Familienangehörigen missbraucht und misshandelt werden, ohne dass diese dafür eine Strafe fürchten müssten. Der Großteil dieses Missbrauchs wird nicht öffentlich, da Regierungsbeamte es als Privatangelegenheit betrachten.

Kirchliches Leben

- **Kirchliche Aktivitäten werden überwacht, gestört oder verhindert.** Die Regierung überwacht kontinuierlich alle kirchlichen Aktivitäten und mehrere Kirchen wurden im Berichtszeitraum geschlossen. Das hat sich trotz der Veränderungen in der Regierung fortgesetzt.
- **Die Arbeit mit Jugendlichen wurde eingeschränkt:** Kirchen dürfen keine Aktivitäten mit muslimischen Jugendlichen durchführen. Die Strafen dafür wären für jeden Beteiligten

beträchtlich. Minderjährige dürfen nicht eigenständig eine Kirche besuchen, es muss immer ein Erwachsener anwesend sein.

- **Kirchen oder christliche Organisationen werden daran gehindert, christliche Materialien zu drucken oder Druckmaschinen zu besitzen:** Der Druck von christlichen Materialien ist unter Verordnung 06-03 verboten. Die Regierung überwacht Kirchen und christliche Organisationen und setzt die Verordnung in dieser Hinsicht streng durch.
- **Kirchen werden daran gehindert, mit der weltweiten Kirche in Verbindung zu stehen. Beispielsweise wird es Ausländern verwehrt, Kirchen zu besuchen, oder Christen, ins Ausland zu reisen, etwa um christliche Konferenzen zu besuchen:** Es ist aufgrund der ständigen Überwachung von Kirchen schwierig für ausländische Christen, ein Visum zu erhalten und algerische Kirchen zu besuchen. Algerische Christen wissen, dass sie befragt werden können, wenn sie in ein anderes Land reisen.

Auftreten von Gewalt

Gewaltsame Verfolgung von einzelnen Christen geht in Algerien weiterhin in erster Linie von nahen Familienangehörigen und Verwandten aus. Die Gesellschaft im Allgemeinen trägt unter dem Einfluss extremistischer islamischer Lehrer ebenfalls zur gewaltsamen Christenverfolgung in Algerien bei.

- Zusätzlich zu den Belästigungen und dem Missbrauch von Christen muslimischer Herkunft durch ihre Familien wurden viele Christen während eines Protests gegen Kirchenschließungen von der Polizei aggressiv behandelt. Diese Art von Gewalt gab es in den vorherigen Jahren nicht.
- Mindestens 90 Christen wurden beim Protest gegen die Kirchenschließungen in Tizi Ouzou im Oktober 2019 verhaftet.
- Elf Kirchen und zwei Bibelschulen wurden von den Behörden geschlossen.
- Mindestens zehn Grundstücke von Christen wurden beschädigt. Die genaue Anzahl ist unbekannt, aber es ist sehr wahrscheinlich, dass dies insgesamt mehr als zehn Grundstücke betroffen hat.

7. Verfolgungssituation für Männer und Frauen

Wie Frauen Verfolgung erfahren:

- Ausschluss aus der Gemeinschaft
- Verweigerung des Sorgerechts für Kinder
- Diskriminierung/Schikane im Bildungsbereich
- Wirtschaftliche Schikane im Berufs-/Geschäftsleben
- Erzwungene Einhaltung von Kleidungsvorschriften
- Zwangsscheidung
- Zwangsverheiratung
- (Haus-)Arrest durch die Familie
- Ermordung
- Körperliche Gewalt
- Psychische Gewalt
- Sexuelle Gewalt

Auch wenn es seit 2016 ein Gesetz zum Schutz gegen Gewalt gegen Frauen gibt, werden algerische Frauen weiterhin durch Gesetze und Gesellschaft benachteiligt. Für Christinnen kommt dies zu der Verfolgung hinzu, die sie für ihren christlichen Glauben erfahren. Christinnen erleben Druck in verschiedenen Bereichen des öffentlichen Lebens, etwa Belästigungen bei der Arbeit oder ihrer Bildungseinrichtung, der Verlust der Arbeitsstelle, Belästigungen, weil sie keinen Schleier tragen, die Möglichkeit sexueller Übergriffe und Todesdrohungen. Ein Experte für das Land beobachtet, dass christliche Frauen durch „traumatische Situationen“ gehen, die „sowohl sie als auch ihre Familien beeinflussen“.

Für Christinnen muslimischer Herkunft ist das größte Problem die Verfolgung innerhalb der Familie. Den christlichen Glauben anzunehmen ist in dieser Hinsicht sehr gefährlich. Kirchenleiter berichten, dass besonders Christinnen muslimischer Herkunft von ihren muslimischen Familien für ihren christlichen Glauben geschlagen, belästigt, bedroht und/oder eingesperrt werden.

Die Familien schränken den Zugang der Frauen zu Gemeinschaft mit anderen Christen ein und halten sie außerdem davon ab, christliches Radio oder Fernsehen zu empfangen. Im arabischen Teil des Landes ist die Verfolgung noch schwerwiegender und Christinnen mit muslimischem Hintergrund stehen in der Gefahr, getötet zu werden.

Aufgrund dieses Drucks und der Gewalt entscheiden sich viele Christinnen muslimischer Herkunft dazu, ihren Glauben geheim zu halten. Sollte ihre Familie den Glauben einer Christin muslimischer Herkunft entdecken, ist es wahrscheinlich, dass sie gezwungen wird, einen muslimischen Mann zu heiraten. Damit soll sie wieder zum Islam zurückgeführt werden. Ist sie bereits verheiratet, wenn sie Christin wird, riskiert sie die Scheidung und den Verlust des Sorgerechts für ihre Kinder. Zusätzlich zu der emotionalen Belastung, die eigenen Kinder zu verlieren, haben es solche Frauen finanziell sehr schwer und können obdachlos werden.

Wie Männer Verfolgung erfahren:

- Verweigerung des Zugangs zu christlichen Materialien
- Verweigerung des Sorgerechts für Kinder
- Wirtschaftliche Schikane im Berufs-/Geschäftsleben
- Vertreibung aus Wohnung/Wohnhaus
- Erzwungene Flucht aus Stadt oder Land
- Verhaftung durch die Behörden
- Körperliche Gewalt
- Psychische Gewalt
- Verbale Gewalt

Männliche Christen in Algerien erleben regelmäßig Druck im wirtschaftlichen Bereich, der durch Belästigungen bei der Arbeit oder den Verlust der Arbeitsstelle verursacht wird. Da Männer in algerischen Familien zumeist die Hauptverdiener sind, kann der Verlust der Arbeit die ganze Familie beeinflussen und Angst und Hoffnungslosigkeit schaffen. Familien sind häufig weitere Verfolger, etwa durch Schläge, Beleidigungen und Drohungen. Im aktuellen Berichtszeitraum waren es vor allem Männer, die bei den friedlichen Protesten gegen Kirchenschließungen verhaftet wurden.

Wie Konvertitinnen stärker verfolgt werden als andere Christinnen, erleben auch männliche Konvertiten die stärkste Verfolgung im Vergleich zu anderen männlichen Christen. Sie werden zudem eher aus dem Haus gejagt als weibliche Konvertiten. Sie werden nicht nur von ihren Familien ausgegrenzt und abgelehnt, sondern auch von ihrem sozialen Umfeld. Ein Beispiel: Als eine Familie entdeckte, dass ihr 24-jähriger Sohn eine Bibel besaß, schlugen sie ihn und brachten ihn mit Gewalt in die örtliche Moschee. Er wurde so stark unter Druck gesetzt, dass er seinen Glauben an Christus verleugnete. Nun lebt er seinen christlichen Glauben im Geheimen. In einem ähnlichen Fall wurde ein 38-jähriger Konvertit ebenfalls zu einem lokalen Imam gebracht und aufgefordert, seinen christlichen Glauben aufzugeben. Er weigerte sich jedoch, musste daraufhin aus seinem Dorf fliehen und lebt nun versteckt. Würde seine Familie ihn finden, würde sie ihn töten.

8. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Neben Christen sind algerische Juden und Ahmadiyya-Muslime in unterschiedlichem Ausmaß Verfolgung ausgesetzt. Algerische Juden müssen aufgrund von Gewaltandrohungen extremistischer Muslime um ihre Sicherheit fürchten und es gab Vorfälle von Grabschändung auf jüdischen Friedhöfen. Ahmadiyya-Muslime sehen sich mit stärkerer Verfolgung konfrontiert, einschließlich Strafanzeigen wegen „Verunglimpfung von Dogmen und Grundsätzen des Islam“. Regierungsbeamte begegnen ihnen mit Feindseligkeit und ihnen wird das Recht verwehrt, Vereinigungen zu bilden. Laut dem „International Religious Freedom Report“ des US-Außenministeriums von 2018 über Algerien „leitete die Regierung Ermittlungen gegen mindestens 85 Ahmadi-Muslime ein", von denen mindestens 26 angeklagt wurden.

Auch Atheisten und jeder, der die sunnitisch-islamischen Lehren öffentlich in Frage stellt, sind Feindseligkeiten ausgesetzt.

9. Der Ausblick für Christen

Islamische Unterdrückung

Der extremistische Islam gewinnt in Nordafrika eindeutig an Einfluss und die Zukunft Algeriens hängt zum Teil auch von den Entwicklungen in den Nachbarländern ab. Zu den Hauptsorgen gehört, dass extremistische Muslime die Ermordung von Sicherheitskräften und Zivilisten mit ihrer Interpretation des Islam unerbittlich zu rechtfertigen suchen. Dass der Einfluss dieser extremistischen Muslime zurückgeht, ist genauso unwahrscheinlich wie die Annahme, dass die algerische Gesellschaft ihre Sichtweise zu Konversion und Konvertiten ändern könnte.

Diktatorische Paranoia

Die Regierung wird wahrscheinlich Christen, insbesondere solche mit muslimischem Hintergrund, weiterhin diskriminieren. Die Motive der Regierung sind nicht bekannt, aber zum Teil können die Maßnahmen der Regierung als Versuch betrachtet werden, die muslimische Bevölkerung und extremistische islamische Bewegungen zu beschwichtigen. Die wachsende Präsenz von Christen, besonders aus protestantischen Freikirchen, schafft Unruhe in der Bevölkerung. Es scheint nicht wahrscheinlich, dass die Regierung sich öffnet und Christen mehr Freiheiten gewährt.

Ethnisch oder traditionell begründete Anfeindungen

Die meisten algerischen Christen sind Berber aus der Kabylei im Norden des Landes. Die politischen Spannungen zwischen dieser Region und der Zentralregierung Algeriens werden vermutlich nicht nachlassen; dieser ethnische Konflikt wird auch künftig alle Beziehungen zur Regierung erschweren.

zurück zur Länderübersicht

Usbekistan: Platz 18

Zusammenfassung

Alle christlichen Kirchen und Gemeinschaften erfahren auf die eine oder andere Art Verfolgung. Russisch-Orthodoxe Kirchengemeinden bekommen vonseiten der Regierung am wenigsten Probleme, da es nicht zu ihrer üblichen Vorgehensweise gehört, evangelistisch in die usbekische Bevölkerung hineinzuwirken. Es sind die einheimischen Christen mit muslimischem Hintergrund, die am stärksten von Verfolgung betroffen sind, die vom Staat, der Familie, von Freunden und dem erweiterten sozialen Umfeld ausgeht. In nicht-registrierten Kirchengemeinden sind Christen regelmäßig Polizeirazzien, Bedrohungen, Verhaftungen und Geldstrafen ausgesetzt.

Beispiele aus dem aktuellen Berichtszeitraum

- Am 9. Februar 2019 wurde eine Frau von ihrem Ehemann ermordet, weil sie sich kurze Zeit zuvor dem christlichen Glauben zugewandt hatte. Umida (Name geändert), eine Christin muslimischer Herkunft, hatte versucht aus dem Land zu fliehen und bei befreundeten Christen in Istanbul Unterschlupf zu suchen, als sich ihr Ehemann auf dem Flughafen von Taschkent ihr in den Weg stellte und ihr die Kehle durchschnitt.
- Am 25. November 2018 führten Beamte in Zivil eine Razzia im Sonntagmorgengottesdienst einer Baptistengemeinde im Stadtteil Yashnobod in der Hauptstadt Taschkent durch. Zum ersten Mal bei dieser Art Razzien wurde bekannt, dass unter den Zivilbeamten auch Mitglieder der Armee waren, nämlich Angehörige der Nationalgarde. Andere an der Razzia beteiligten Behörden waren die Geheimpolizei des Staatssicherheitsdienstes (SSS), das Justizministerium und die örtliche Polizei des Stadtteils Yashnobod. Vierzehn der Gottesdienstbesucher wurden mit Gewalt in einen Bus und damit zur Polizeistation von Yashnobod gebracht. Dort wurden sie unter Druck gesetzt, ein Dokument zu unterzeichnen und zu erklären, sie hätten an „einem nicht genehmigten Treffen“ teilgenommen. Als sie sich weigerten, wurden ihre Personalien aufgenommen, und man verhörte sie neuneinhalb Stunden lang bis um 21:00 Uhr abends. Die Behörden dokumentierten außerdem alle Gottesdienstbesucher, indem man von jeder Person Name, Adresse und Arbeitsstelle abfragte und sie fotografierte. Am 27. November führte die Polizei in der Wohnung eines dieser Christen eine Folgekontrolle durch und verlangte dabei die Vorlage des Reisepasses und der Besitzurkunde für die Wohnung.
- Am 19. November 2018 stürmte die Polizei in Pop, einer Stadt in der nordöstlichen Provinz Namangan, ein Treffen von protestantischen Christen, die sich in einer Wohnung zum Essen und Bibellesen getroffen hatten. Sie durchsuchten die Wohnung, ohne einen Durchsuchungsbeschluss zu haben und konfiszierten legal gekaufte Bücher, einschließlich Bibeln. Die Polizeibeamten verhafteten alle acht Teilnehmer des Treffens und führten sie zur Polizeistation Pop ab, wo sie bis um 3:00 Uhr nachts befragt wurden. Die Polizei zwang die meisten der Teilnehmer dazu, Stellungnahmen zu unterzeichnen und erklärten ihnen, sie würden möglicherweise wegen des Besitzes religiöser Schriften strafrechtlich verfolgt.

1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 73 Punkten belegt Usbekistan Platz 18 auf dem Weltverfolgungsindex (WVI) 2020. Dies ist ein Rückgang von einem Punkt gegenüber dem Weltverfolgungsindex 2019.

Auch wenn die Wertung etwas niedriger ist als im Vorjahr, bleibt die Situation für die Christen in Usbekistan ernsthaft angespannt. Extrem hohes Niveau erreicht der Druck in den Bereichen „Privatleben“, „Gesellschaftliches Leben“ und „Kirchliches Leben“. Es bleibt weiterhin nicht absehbar, ob es unter Präsident Mirziyoyev eine Kursänderung in der Politik geben wird, die Auswirkung auch auf die Christen haben könnte.

2. Triebkräfte der Verfolgung

Diktatorische Paranoia

Religiöse Aktivitäten außerhalb staatlicher und staatlich kontrollierter Institutionen sind nicht erlaubt. Protestantische Christen werden oft als „Extremisten“ bezeichnet, da sie ihren Glauben nicht innerhalb staatlich sanktionierter Strukturen ausüben. Sie werden üblicherweise als Teil einer ausländischen Sekte betrachtet, die nur ein Ziel hat, nämlich das derzeitige politische System auszuspionieren und zu zerstören. Auf Grundlage dieser Sichtweise müssen sie nicht nur kontrolliert, sondern, wenn nötig, auch ausgelöscht werden. Die Sicherheitsbehörden haben ihre Überwachungsmaßnahmen verschärft, um „Extremisten“ zu entdecken. Davon sind auch Christen und Kirchen betroffen.

Islamische Unterdrückung

Wenn einheimische muslimische Bürger sich dem Glauben an Jesus Christus zuwenden, erfahren sie vonseiten ihrer Familie, Freunde und Nachbarschaft in der Regel starken Druck und vereinzelt auch physische Gewalt. Damit sollen sie gezwungen werden, zu ihrem früheren Glauben zurückzukehren. Manche Christen werden für längere Zeit eingesperrt und geschlagen. Es kommt auch vor, dass sie aus der Gesellschaft ausgeschlossen werden. Lokale Mullahs wenden sich in ihren Predigten gegen diese Christen und erhöhen so den Druck auf sie. Daher setzen die meisten Christen muslimischer Herkunft alles daran, ihren Glauben zu verbergen. Sie werden zu sogenannten „secret believers“ (Christen, die ihren Glauben heimlich leben).

3. Verfolger

Ausgehend von Diktatorischer Paranoia

- **Regierungsbeamte:** Das Gesetz verbietet jegliche nichtregistrierte religiöse Aktivität sowie die Weitergabe religiöser Inhalte in jeder Form. Religiöse Literatur kann nur von staatlich registrierten religiösen Vereinigungen auf deren dafür registriertem Gelände verwendet werden. Protestantische Gruppen gelten als verdächtig. Sie werden schikaniert und ihnen wird untersagt, christliche Literatur zu verbreiten. Viele Christen wurden unter dem Vorwurf verhaftet, sie hätten versucht, einheimische Muslime zu bekehren. Christen außerhalb der orthodoxen Kirchen werden inhaftiert, mit Geldstrafen belegt und geschlagen – einfach deshalb, weil sie christliches Material besitzen oder an illegalen Versammlungen (alle Versammlungen, die nicht von der Orthodoxen Kirche initiiert sind) teilgenommen haben.

Behörden konfiszieren (oder stehlen) regelmäßig das Eigentum von Christen. Eine Maßnahme zur Verhinderung der Ausbreitung des Evangeliums ist das Verbot, in usbekischer Sprache zu predigen; nur Predigten in Russisch sind erlaubt. Russisch, wird jedoch nur von der älteren Generation gesprochen. So wird es der christlichen Kirche erschwert zu wachsen.

- **Politische Parteien:** Eine kleine Anzahl politischer Parteien sind erlaubt. Die Regierungspartei, welche die Regierung von Präsident Mirziyoyev kontrolliert, ist naturgemäß Teil der Verfolgung von Christen, da der Großteil der Verfolgung durch die Regierung gebilligt wird.
- **Gewöhnliche Bürger (insbesondere auf lokaler Ebene):** Mobs haben mit Unterstützung von lokalen Beamten immer wieder christliche Feiern und Feiertage gestört.

Ausgehend von Islamischer Unterdrückung

- **Die eigene (Groß-)Familie:** Der Druck, unter den Konvertiten von der Großfamilie, Freunden und Nachbarn gesetzt werden, ist vor allem in ländlichen Gebieten extrem hoch. Dazu gehören Drohungen, Schläge, Hausarrest und Ausgrenzung.
- **Anführer ethnischer Gruppen:** Mit Unterstützung der Behörden können die durch die Regierung autorisierten Leiter der „Mahalla" (ortsteilbasierte Selbstverwaltungsorgane) missionarische Aktivitäten unterbinden und dazu Christen in verschiedener Weise verfolgen.
- **Nichtchristliche religiöse Leiter:** Die meisten muslimischen Geistlichen äußern offen ihre Feindseligkeit gegenüber Christen, die nicht der Russisch-Orthodoxen Kirche angehören und besonders gegen Christen, die einen muslimischen Hintergrund und sich vom Islam abgewandt haben.
- **Gewöhnliche Bürger:** Christliche Konvertiten muslimischer Herkunft werden von ihrem sozialen Umfeld äußerst schlecht behandelt.
- **Regierungsbeamte:** Auf kommunaler Ebene gibt es eine Verbindung zwischen dem Druck durch lokale Beamte und durch Muslime. Oft kennen sich entsprechend aktive Muslime und örtliche Behördenvertreter. Damit stehen Christen muslimischer Herkunft stärker auf örtlicher Ebene unter Druck als auf staatlicher Ebene, wo Beamte für sich in Anspruch nehmen, säkular zu sein.

4. Regionale Brennpunkte der Verfolgung

Die Verfolgung, die von Regierungsbeamten ausgeht, erreicht überall im Land das gleiche Niveau. Dagegen ist der Druck, den Familie, Freunde und Nachbarn auf Christen muslimischer Herkunft ausüben, außerhalb der städtischen Gebiete stärker, insbesondere im Ferganatal.

5. Betroffene Christen

Christen aus traditionellen Kirchen

Die Russisch-Orthodoxe Kirche hat sich an die von der Regierung geschaffenen Einschränkungen angepasst und bleibt deshalb mehr oder weniger ungestört. Ihre Gottesdienste werden gelegentlich überwacht, können aber ungehindert abgehalten werden. Ihre Mitglieder können sich treffen, ohne Angst vor einer Verhaftung haben zu müssen. Das Drucken oder Importieren von christlichem Material ist jedoch eingeschränkt.

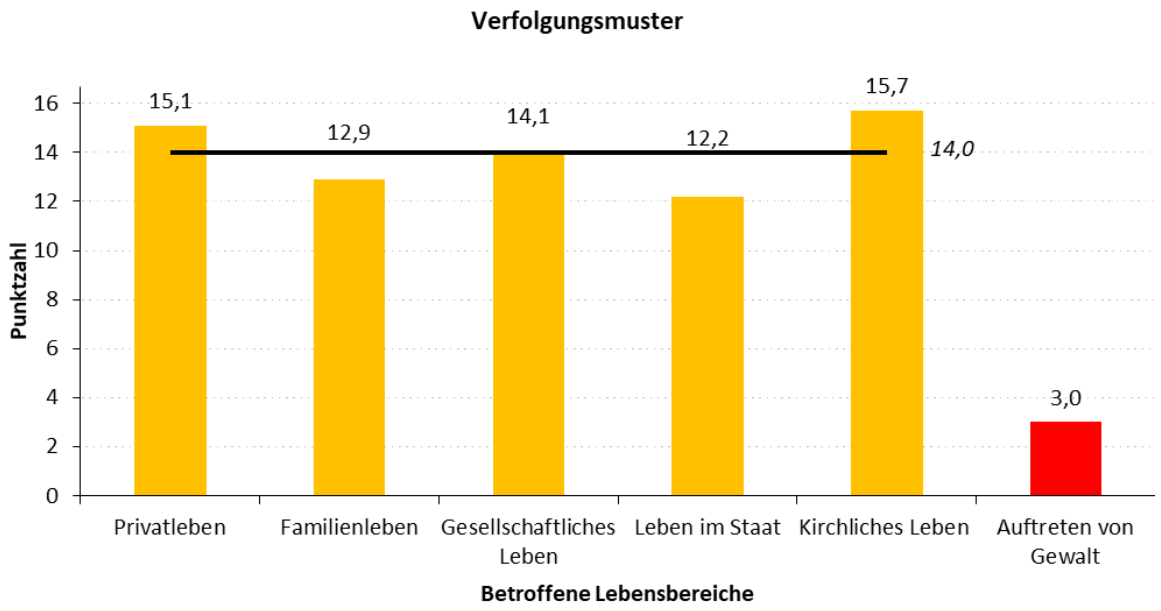
Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

Christen muslimischer Herkunft tragen in Usbekistan die Hauptlast der Verfolgung. Neben dem Leid, das sie vonseiten des Staates erfahren, werden sie auch durch ihre Familien, Freunde und die Kommune stark unter Druck gesetzt.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Nach den christlichen Konvertiten ist diese Gruppe von Christen die am zweitstärksten verfolgte – ganz besonders dann, wenn die Gemeinde nicht registriert ist. Baptisten, Evangelikale und pfingstkirchliche Gruppen leiden unter Razzien, Bedrohungen, Verhaftungen und Geldstrafen.

6. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Usbekistan

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Der durchschnittliche Druck auf Christen ist extrem hoch, sank dieses Jahr jedoch etwas von 14,1 Punkten im Vorjahr auf aktuell 14,0 Punkte. In den Bereichen „Leben im Staat“ und „Kirchliches Leben“ gab es einen leichten Punktrückgang – darin zeigt sich, dass eine geringere Wirkkraft von der „Diktatorischen Paranoia“ ausgeht, eine der Triebkräfte von Verfolgung in Usbekistan.
- Zwei Lebensbereiche weisen sehr hohe Werte auf („Familienleben“ und „Leben im Staat“), drei erhalten eine extrem hohe Punktzahl („Gesellschaftliches Leben“, „Privates Leben“ und „Kirchliches Leben“ – in aufsteigender Reihenfolge). Die Tatsache, dass sich die höchste Wertung im Bereich „Kirchliches Leben“ findet, macht deutlich, wie der Staat auch weiterhin durch eine Vielzahl von Restriktionen extrem hohen Druck ausübt.

- Der Wert für das „Auftreten von Gewalt“ sank von 3,2 Punkten im Vorjahr auf aktuell 3,0 Punkte, da weniger Berichte von gewalttätigen Übergriffen registriert wurden.

Zu jedem der Lebensbereiche sind im Folgenden jeweils ausgewählte Teilaspekte genannt, die im betreffenden Lebensbereich für die Christen zu den gravierendsten Schwierigkeiten gehören.

Privatleben

- **Es ist für Christen riskant, mit Personen außerhalb der engen Familie über ihren Glauben zu sprechen:** Es ist bereits äußerst riskant für einen Christen muslimischer Herkunft, seinen Familienmitgliedern von seinem neu gewonnenen Glauben zu erzählen, und es ist praktisch unmöglich, dies im Beisein von Nichtfamilienmitgliedern zu tun. Das Konzept von Familienehre bzw. Schamkultur sorgen dafür, dass die Familie dies um jeden Preis zu verhindern sucht. Seitens des Staates würde dies auch als versuchte Missionierung gesehen und es würde zur Verhaftung des Christen führen.
- **Es ist gefährlich, christliches Material zu besitzen oder aufzubewahren:** Bei Christen muslimischer Herkunft kommt der Druck am häufigsten vonseiten der (Groß-)Familie, wenn diese christliche Materialien findet. Solche christlichen Materialien werden als klarer Beweis eines Glaubenswechsels verstanden. Werden sie entdeckt, kann dies heftige Reaktionen nach sich ziehen. Auch ist der Druck vonseiten der Regierung hoch, da es illegal ist, religiöse Materialien zu besitzen. Sogar eine Bibel muss einen Stempel tragen, der sie als in Usbekistan veröffentlicht kennzeichnet. Mehr als eine Bibel pro Person zu besitzen, ist gesetzeswidrig. Ebenso gesetzeswidrig ist es, eine Bibel außerhalb der eigenen Wohnung bei sich zu tragen oder die Bibel oder andere religiöse Schriften in der Öffentlichkeit zu lesen. Eine Familie wurde mit einem Bußgeld belegt, weil im Bett ihres Sohnes ein christliches Gedicht gefunden wurde, das er für den Kindergottesdienst auswendig gelernt hatte.
- **Für Christen ist es riskant, ihren Glauben offen zu zeigen:** Christen muslimischer Herkunft, die ihren neuen Glauben offenlegen, werden sofort den Zorn von Familie, Freunden und Ortsgemeinschaft auf sich ziehen. Andere Christen, die über ihren Glauben sprechen, werden umgehend des Evangelisationsversuchs bezichtigt. Da der Staat gegen jede Form der Evangelisation eintritt, müssen Christen in dieser Hinsicht sehr vorsichtig sein. Jeder, der seinen christlichen Glauben offen zeigt, erregt unmittelbar die Aufmerksamkeit des Staates und seiner Akteure.
- **Für Christen ist es gefährlich, sich mit anderen Christen zu treffen:** Christen muslimischer Herkunft laufen Gefahr, die unerwünschte Aufmerksamkeit des sozialen Umfelds auf sich zu ziehen, wenn sie sich mit anderen Christen treffen. Viele einheimische Christen treffen sich, um die Gefahr zu verringern, nur unter vier Augen und wechseln häufig ihren Treffpunkt. Gebet und Lobpreis müssen sehr leise oder komplett still vonstattengehen. Aufgrund der Überwachung in Usbekistan, sind alle Christen, die nicht zur Russisch-Orthodoxen Kirche gehören, in dieser Hinsicht sehr vorsichtig. Offiziell dürfen christliche Aktivitäten nur in Gebäuden registrierter Kirchen und nicht etwa in Hauskirchen stattfinden.

Familienleben

- **Kinder christlicher Eltern werden dazu gedrängt, an nichtchristlichem Unterricht teilzunehmen:** Das muslimische Umfeld (Familie, Freunde, Kommune) setzt die Kinder von Christen muslimischer Herkunft unter Druck, islamische Unterweisung zu erhalten – sogar gegen den ausdrücklichen Wunsch der christlichen Eltern. Antireligiöse Propaganda ist gang und gäbe an Schulen und Universitäten, zum Beispiel in Form von Vorträgen, an denen die Teilnahme verpflichtend ist.
- **Christliche Taufen werden be- oder verhindert:** Der Druck auf christliche Konvertiten, sich nicht taufen zu lassen, ist immens, da dies oft als endgültiges Zeichen für die Abkehr vom Islam gesehen wird. Das muslimische Umfeld geht bis zum Äußersten, um Taufen von Konvertiten zu verhindern. Auch der Staat verhindert diese, weil man befürchtet, dass Spannungen und Probleme in den Kommunen die Folge sein könnten. Zudem schränkt der Staat nichtregistrierte Gruppen in allen ihren Aktivitäten ein, einschließlich Taufen. Jedoch sind Taufen nicht gesetzlich verboten.
- **Christliche Paare werden daran gehindert, Kinder zu adoptieren:** Muslimische Familien und Kommunen verhindern die Adoption eines ethnisch zentralasiatischen Kindes, wenn bekannt ist, dass der Antragsteller ein Christ ist. Die Regierung verhängt zwar keine Einschränkungen bezüglich Adoption, doch wurde ein Fall bekannt, bei dem ein Junge zurück ins Waisenhaus kam, nachdem er einem Sozialarbeiter berichtet hatte, seine Adoptiveltern hätten ihm vom christlichen Glauben erzählt.
- **Eltern werden daran gehindert, ihre Kinder gemäß ihrem christlichen Glauben aufzuziehen:** Die Großfamilie von Christen muslimischer Herkunft wird versuchen, deren Kinder zum Islam zurückzubringen und sie dahingehend zu erziehen. Da Usbekistan offiziell ein säkularer Staat ist, sieht das Schulsystem keinen Religionsunterricht vor. Und weil Kirchengemeinden jede Arbeit unter Kindern und Jugendlichen gesetzlich verboten bleibt, ist der einzige Ort, an dem Eltern ihren Kindern christliche Lehre vermitteln können, ihr Zuhause. Dabei müssen Eltern äußerste Vorsicht walten lassen, um nicht allzu große Aufmerksamkeit der Großfamilie oder örtlichen Behörden zu erregen.

Gesellschaftliches Leben

- **Christen stehen durch ihr soziales oder privates Umfeld unter Beobachtung:** Christen muslimischer Herkunft stehen unter ständiger Beobachtung durch ihre Kommune. Auf dieser Ebene überwachen Muslime genauestens die Aktivitäten protestantischer Gruppen und erstatten den lokalen Polizeibehörden darüber Bericht. Von lokaler bis nationaler Ebene überwachen Regierungsbeamte ständig die christlichen Aktivitäten, mit Ausnahme die der Russisch-Orthodoxen Kirche.
- **Christen werden aufgrund ihres Glaubens zu Geldstrafen verurteilt:** Staatliche Behörden verhängen Geldbußen für sehr viele mögliche Verstöße: z.B. für illegale Versammlungen, für den Besitz christlicher Literatur oder dafür, dass sie christliche Lieder auf ihrem Handy haben. Selbst eigentlich legale Gruppen (wie etwa Baptisten) sehen sich solcher Verfolgung ausgesetzt.
- **Christen werden von der örtlichen Polizei oder Bürgerwehren verhört:** Christen muslimischer Herkunft, deren Glaubenswechsel entdeckt wird, werden von ihrer Familie und der Kommune schikaniert und (manchmal in harter Weise) verhört. Wenn eine Razzia bei Versammlungen oder in Privathäusern durchgeführt wird, was häufig der Fall ist, werden alle Anwesenden

verhört. Christen muslimischer Herkunft, deren Glaubenswechsel entdeckt wird, müssen sich immer wieder auf der Polizeistation vor Ort melden. Damit will man sie einschüchtern. Es ist außerdem möglich, dass sie auf der Straße angehalten, durchsucht und verhört werden.

- **Christen werden wegen ihres Glaubens belästigt, bedroht oder im Alltagsleben gestört:** Christen muslimischer Herkunft werden von ihren Freunden, ihrer Familie und der Kommune (einschließlich dem örtlichen Imam) bedroht. Örtliche muslimische Gemeinschaften schikanieren außerdem protestantische Christen, die man der Evangelisierung bezichtigt. Evangelikale Christen werden von den Behörden u. a. schikaniert, bedroht oder diskriminiert.

Leben im Staat

- **Die Verfassung oder eine vergleichbare nationale Gesetzgebung schränkt die Religionsfreiheit gemäß Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte ein:** Das Gesetz verpflichtet religiöse Gruppen, sich bei der Regierung zu registrieren und erklärt alle religiösen Aktivitäten von nichtregistrierten Gruppen für illegal. Das Gesetz schränkt die öffentliche Redefreiheit sowie Evangelisation ein, zensiert religiöse Literatur und begrenzt den Besitz religiösen Materials aller Art und Formate. Razzien in privaten Wohnungen von Christen haben entweder zu Bußgeldern, Zwangsarbeit und Gefängnisstrafen oder einer Kombination davon geführt.
- **Christliche zivilgesellschaftliche Organisationen werden behindert:** Weder gibt es christliche politische Parteien noch christliche zivilgesellschaftliche Organisationen in Usbekistan. Allein ein Registrierungsantrag dafür wird bereits als Straftatbestand interpretiert, als Versuch, eine extremistische Organisation zu gründen. Er kann zur Verhaftung führen. Jeder christlichen Organisation wird das Bestreben unterstellt, Menschen zum christlichen Glauben zu bekehren.
- **Christen erleben Einschränkungen in der öffentlichen Meinungsäußerung:** Für alle Christen, die nicht der Russisch-Orthodoxen Kirche angehören, kann die öffentliche Meinungsäußerung zu Androhungen von Repressalien sowohl durch die Regierung als durch die örtliche Bevölkerung führen. Die Verfolgung ist derart stark, dass Konvertiten und Christen, die nicht der Russisch-Orthodoxen Kirche angehören, im Grunde ihren Glauben geheim halten müssen, da jeder öffentliche Ausdruck ihres Glaubens von der Regierung als Evangelisierung verstanden wird. Russisch-Orthodoxe Christen äußern sich für gewöhnlich nicht öffentlich über ihren Glauben. Muslime erachten christliche Predigten oder die Weitergabe des Evangeliums als nicht wünschenswert und werden alles daran setzen, dieses zu unterbinden.
- **Wer Christen schadet, bleibt unbestraft:** Behörden, die Christen verfolgen, tun dies mit dem Rückhalt des Gesetzes. Im Allgemeinen interpretieren sie die Anwendung des Gesetzes, wie sie es für richtig halten. Die Behörden können damit rechnen, mit völliger Straffreiheit zu handeln. Auch wer Christen muslimischer Herkunft und evangelistisch tätigen Christen schadet, geht straffrei aus. Dies geschieht zumeist seitens der muslimischen Kommune auf örtlicher oder regionaler Ebene.

Christen in Usbekistan werden in ihrer Reise- und Bewegungsfreiheit eingeschränkt. Medienberichte über Christen sind oft falsch oder voreingenommen. Eine internationale Beobachtung von Gerichtsverhandlungen, in denen sich Christen verantworten mussten, wurde behindert.

Kirchliches Leben

- **Christen werden daran gehindert, kirchliche Aktivitäten außerhalb von Kirchen zu organisieren:** Alle christlichen Aktivitäten sind außerhalb der Gebäude registrierter Kirchen verboten. Unabhängig davon würde das muslimische Umfeld sich solcher Aktivitäten umgehend widersetzen und diese den Behörden melden.
- **Die Arbeit mit Jugendlichen wurde eingeschränkt:** Christliche Arbeit unter Kindern und Jugendlichen ist verboten, einschließlich Sonntagsschulen und Jugendcamps. Das muslimische Umfeld würde jedes Anzeichen von Jugendveranstaltungen oder Sommercamps bei den Behörden zur Anzeige bringen.
- **Kirchen werden davon abgehalten, Christen muslimischer Herkunft öffentlich aufzunehmen:** Das Gesetz stellt Missionierung unter Strafe. D. h. jeder Versuch eine Person für einen anderen Glauben zu gewinnen, wird geahndet – mit bis zu drei Jahren Haft. Es ist daher gefährlich für Kirchengemeinden, Christen muslimischer Herkunft offen zu integrieren. Ein Glaubenswechsel erfährt heftigen Widerspruch, vor allem seitens Muslimen in ländlichen Gebieten.
- **Kirchen werden daran gehindert, christliche Materialien zu importieren:** Alle religiösen Materialien müssen von der Regierung genehmigt werden. Nur wenige überwinden diese Hürde. Selbst die „Vereinigten Bibelgesellschaften“ (UBS) haben damit Schwierigkeiten. Muslime erstatten Bericht, falls sie entdecken, dass Christen christliches Material auf illegalem Wege ins Land schmuggeln.

Christen in Usbekistan haben zudem auch Probleme beim Druck, Vertrieb und Verkauf religiöser Materialien und deren Genehmigung. Es gab Vorfälle, bei denen religiöse Materialien konfisziert wurden.

Auftreten von Gewalt

- Am 9. Februar 2019 wurde eine Frau von ihrem Ehemann ermordet, weil sie sich kurze Zeit zuvor dem christlichen Glauben zugewandt hatte. Sie hatte versucht, das Land zu verlassen.
- Es wurden elf Fälle von Angriffen auf Christen in Usbekistan berichtet. Diese ereigneten sich meist dann, wenn die Polizei bei christlichen Versammlungen von nicht offiziell registrierten Gemeinden und Gruppen Razzien durchführte. Eine 70-jährige Christin muslimischer Herkunft wurde von ihren beiden Söhnen und ihrer Tochter entführt.
- Mindestens 15 Christen kamen in Haft.
- Es gab keine Berichte über Angriffe auf Kirchengebäude in Usbekistan, aber es gab Razzien gegen nichtregistrierte Versammlungen in privaten Wohnräumen.
- Im September 2019 wurde ein Konvertit, der sich vom Islam ab- und dem christlichen Glauben zugewandt hatte, von seinen muslimischen Verwandten geschlagen. Sie waren zu seinem Haus gekommen und hatten all sein Vieh – Schafe, Hühner, Enten, Hasen und einen Hund – getötet und seine Scheune niedergebrannt.

7. Verfolgungssituation für Männer und Frauen

Wie Frauen Verfolgung erfahren:

- Entführung
- Ausschluss aus der Gemeinschaft
- Beschlagnahme von Erbschaft und Besitz

- Wirtschaftliche Schikane durch Geldstrafen
- Wirtschaftliche Schikane im Berufs-/Geschäftsleben
- Zwangsscheidung
- Zwangsverheiratung
- Erzwungene Flucht aus Stadt oder Land
- (Haus-)Arrest durch die Familie
- Verhaftung durch die Behörden
- Ermordung
- Körperliche Gewalt
- Psychische Gewalt
- Sexuelle Gewalt
- Verbale Gewalt

Obwohl das Gesetz in Usbekistan Männern und Frauen gleiche Rechte gewährt, werden gemäß der traditionellen islamischen Kultur Frauen niedriger als Männer geachtet, was ihnen im familiären Kontext eine untergeordnete Stellung zuweist. Von Frauen wird die völlige Unterordnung unter ihre Eltern und, wenn sie verheiratet sind, unter ihre Männern erwartet. Wie in einem im November 2015 veröffentlichten UN-Bericht hervorgehoben wird, „geschieht die Diskriminierung von Frauen durch das Fortbestehen tief verwurzelter patriarchaler Haltungen und Stereotypen bezüglich der Rolle und Verantwortlichkeiten von Frauen in der Familie und Gesellschaft. So wird die Nachrangigkeit von Frauen in Familie und Gesellschaft aufrechterhalten.“ In diesem gesellschaftlichen Kontext haben Frauen nicht die Freiheit, ihre Religion selbst zu wählen und müssen mit Verfolgung rechnen, wenn sie sich dem christlichen Glauben zuwenden. Die engmaschige Gesellschaftsstruktur führt im Umkehrschluss dazu, dass Frauen auch deshalb Verfolgung ausgesetzt werden, weil man so ihren Ehemännern oder anderen Familienmitgliedern psychischen Schaden zuzufügen sucht.

Das Einsperren durch die Familie bzw. Hausarrest ist ein verbreitetes und gesellschaftlich akzeptiertes Mittel, um Christinnen muslimischer Herkunft unter Druck zu setzen. Ihnen wird der Anschluss an soziale Netzwerke, insbesondere christliche Netzwerke, verwehrt oder eingeschränkt, weil man meint, eine Konvertitin würde dann wieder zum Islam zurückkehren. Weil es Ziel ist, eine Frau zum Islam zurückzuzwingen, stehen Konvertitinnen in konservativen Regionen in der Gefahr, entführt und mit einem Muslim zwangsverheiratet zu werden. Wenn sie zum Zeitpunkt ihres Glaubenswechsels bereits verheiratet sind, lassen sich muslimische Ehemänner üblicherweise von ihnen scheiden und verweigern ihnen Recht auf ihr Eigentum. In extremen Fällen sind diese Christinnen gezwungen, zu fliehen, wie das Beispiel einer usbekischen Mutter vom Februar 2019 zeigt: Sie hatte versucht, vor ihrem gewalttätigen Ehemann bei befreundeten Christen in der Türkei Unterschlupf zu finden; doch ihr Ehemann stellte sich ihr auf dem Flughafen in den Weg und schnitt ihr die Kehle durch.

Christliche Frauen und Mädchen leiden täglich unter den verschiedensten Formen von Druck innerhalb des Familienverbundes, einschließlich verbaler, physischer, psychischer und sexueller Gewalt. Zusätzlich erfahren sie wirtschaftliche Schikane, durch Bußgelder und auch an ihrem Arbeitsplatz. Frauen in ländlichen Gegenden sind aufgrund der fehlenden sozialen und kommunalen Infrastruktur völlig auf ihre Familien angewiesen und haben nur wenig Aussichten auf einen Arbeitsplatz.

Wie Männer Verfolgung erfahren:

- Beschlagnahme von Erbschaft und Besitz
- Diskriminierung/Schikane im Bildungsbereich
- Wirtschaftliche Schikane im Berufs-/Geschäftsleben
- Wirtschaftliche Schikane durch Geldstrafen
- (Haus-)Arrest durch die Familie
- Verhaftung durch die Behörden
- Reiseverbote/Einschränkung der Reisefreiheit
- Körperliche Gewalt
- Psychische Gewalt
- Verbale Gewalt

Gemeindeleiter, darunter viele Männer, sind die üblichen Ziele für Verfolgung. Normalerweise erhalten sie Bußgelder, werden verhaftet, verwehrt man ihnen Ausreisevisa oder stellt sie sogar unter Hausarrest. Geldbußen können sie für sehr viele mögliche Verstöße erhalten, z.B. für illegale Versammlungen, für den Besitz christlicher Literatur oder dafür, dass sie christliche Lieder auf ihrem Handy haben. Die Verfolgung von Gemeindeleitern ist eine bewusst gewählte Taktik, da diese einen Welleneffekt erzeugt und sich allmählich Angst und Furcht in den Gemeinden verbreiten.

Christliche Männer sehen sich mit Ungleichbehandlung in jedem ihrer Lebensbereiche konfrontiert. Einigen Männer bleibt eine Beförderung verwehrt, während andere ihren Arbeitsplatz ganz verlieren. Christliche Geschäftsleute stehen unter ständiger staatlicher Überwachung, weil man herausfinden will, ob sie an illegalen Handlungen beteiligt sind. Außerdem erfahren sie Druck vonseiten der muslimischen Ortsgemeinschaft, die versucht, ihre Geschäfte zu behindern. Da Männer zumeist die Hauptversorger sind, kann diese Form von wirtschaftlicher Bedrängnis eine lähmende Wirkung auf die ganze Familie haben. Um dies zu vermeiden, entscheiden sich viele christliche Geschäftsleute, ihren Glauben geheim zu halten.

Christen muslimischer Herkunft leiden unter verbalen, physischen und psychischen Misshandlungen. An ihrem Arbeitsplatz oder Studienort erfahren sie regelmäßig Spott. Der verpflichtende Militärdienst setzt christliche Männer zusätzlich einer feindseligen Umgebung und Schikanen aus.

8. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Jede Glaubenspraxis oder Ausübung der Religionsfreiheit ohne staatliche Erlaubnis ist illegal. Darunter fallen auch Gespräche über Glaubensinhalte, Versammlungen aus religiösen Gründen oder das Studium heiliger Schriften in Privathäusern. Vollstreckungsbeamte führen Razzien gegen Menschen aller Glaubensrichtungen durch, die sich in dieser Weise treffen. Sie können straffrei die Opfer der Razzien bedrohen, verhaften, mit Bußgeldern belegen und körperliche Verletzungen zufügen. Jede Art religiöser Texte, einschließlich islamischer Texte und der Bibel, werden konfisziert, sofern sie gefunden werden. Auch Muslime, die sich zum Koranstudium oder dem Erlernen von Gebeten im privaten Kontext treffen, müssen im Fall ihrer Entdeckung langjährige Haftstrafen fürchten. Strenge Einschränkungen gelten auch für die Einhaltung des Fastenmonats Ramadan oder für die Teilnahme an der Hadsch nach Mekka.

Staatliche Überwachung und Unterdrückung treffen unterschiedlichste Gruppierungen, ob Muslime oder Christen, Zeugen Jehovas, Juden oder Bahais: Sie alle leiden in hohem Maß darunter.

Beispiele von Verfolgung anderer religiöser Gruppen:

- Im Dezember 2018 musste Fazliddin Parpiyev, ein 33-jähriger Imam aus Taschkent, aus dem Land fliehen, zwei Monate nachdem er Verletzungen der Religions- und Glaubensfreiheit gegen Muslime des Landes beklagt und sich an Präsident Schawkat Mirziyoyev gewandt hatte. Das Komitee für religiöse Angelegenheiten, die Geheimpolizei des Staatssicherheitsdienstes (SSS), die Polizei, die Staatsanwaltschaft und die Beamten des Muftiats setzten ihn und seinen Vater sofort unter Druck und bedrohten ihn, nachdem er seinen Video-Appell veröffentlicht hatte.
- Am 17. April 2019 trafen Beamte aus der südlichen Provinz Qashqadaryo, möglicherweise Beamte der SSS-Geheimpolizei, im Arbeitslager in der Provinz Bukhara ein, in dem der Muslim und politische Häftling Chayrullo Tursunow festgehalten wird. Sie folterten ihn über einen Zeitraum von sechs Stunden und drohten, seine Haftstrafe von 16 Jahren zu verlängern. Sie versuchten, ihn zu einer falschen Zeugenaussage gegen einen entfernten Verwandten zu zwingen, der seit 2006 außerhalb Usbekistans lebt. Tursunov weigerte sich, die vorformulierte Aussage zu unterzeichnen.
- Am 23. August 2019 hielten usbekische Sicherheitsbeamte Dutzende muslimische Männer auf einem lokalen Markt in Taschkent fest. Bevor sie freigelassen wurden, rasierte man ihnen die Bärte ab. Ein Verkäufer auf dem Malika-Markt in der usbekischen Hauptstadt, der namentlich nicht genannt werden will, berichtete, er habe sich unter Dutzenden von Männern befunden, die von der Polizei festgenommen und auf eine Polizeistation gebracht wurden, wo sie gezwungen wurden, ihre Bärte abzurasieren.

9. Der Ausblick für Christen

Diktatorische Paranoia

Die derzeitige Regierung übt ein sehr hohes Maß an Kontrolle über das Land aus. Beamte auf allen Ebenen sind die stärksten Verfolger von Christen in Usbekistan. Sie haben alle Arten von rechtlichen Restriktionen aufgestellt, überwachen alle religiösen Aktivitäten, stürmen Treffen und verhindern die Verbreitung religiöser Literatur. Die Chancen sind sehr gering, dass sich diese Situation ändert.

Islamische Unterdrückung

Der Islam ist nicht die Staatsreligion, er ist aber die traditionelle Religion eines Großteils der Bevölkerung in Usbekistan. Islamisch motivierter Druck auf christliche Konvertiten kommt hier nicht von islamisch-extremistischen Gruppierungen, sondern von der eigenen Familie, Freunden und der Ortsgemeinschaft bzw. dem sozialen Umfeld; sie alle üben weitreichenden Einfluss aus. Dass sich dies ändert, ist so gut wie unmöglich.

zurück zur Länderübersicht

Myanmar: Platz 19

Zusammenfassung

In überwiegend von Christen bewohnten Staaten wie Kachin, Karen oder im Norden des Shan-Staats werden selbst etablierte, traditionelle Kirchen angegriffen. Mehr als 100.000 Christen leben in Flüchtlingslagern im Land und haben keinen Zugang zu Nahrungsmitteln und medizinischer Versorgung. Die Kämpfe weiteten sich 2018 noch aus, sodass weitere tausende Menschen in die Lager kamen. Sie waren bis jetzt nicht in der Lage, nach Hause zurückzukehren. In einigen Fällen drangen buddhistische Mönche in Grundstücke von Kirchen ein und bauten buddhistische Schreine auf dem Anwesen der Kirche. Christliche Konvertiten erfahren Verfolgung von ihrer buddhistischen, muslimischen oder in traditionellen Stammesreligionen verwurzelten Familie, weil sie ihren Glauben verlassen und sich damit vermeintlich selbst aus dem gemeinschaftlichen Leben ausgeschlossen haben. Gemeinschaften, die rein buddhistisch bleiben wollen, machen das Leben für christliche Familien unmöglich, indem sie ihnen nicht erlauben, die Wasserquellen der Gemeinschaft zu nutzen. Protestantische Freikirchen erleben ebenfalls Gegenwind, besonders, wenn sie sich in ländlichen Gebieten befinden und/oder dafür bekannt sind, das Evangelium aktiv zu verbreiten. Die Regierung versucht, gegen extremistische buddhistische Mönche vorzugehen, sendet aber gemischte Signale, da im Berichtszeitraum Weltverfolgungsindex 2020 noch deutlicher wurde, dass extremistische Mönche die Unterstützung der Armee genießen.

Beispiele aus dem aktuellen Berichtszeitraum

- Im März 2019 veröffentlichte Human Rights Watch einen Bericht darüber, wie überwiegend christliche Kachin-Mädchen und -Frauen gehandelt und als Bräute nach China verkauft werden („Gebt uns ein Baby und wir lassen euch gehen“).
- Im Januar und Februar 2019 verschwanden im Staat Rakhine ein Pastor und ein Kirchenältester, die angeblich von der aufständischen Arakan-Armee entführt und dann getötet wurden. Die Leiche des Ältesten wurde gefunden, aber der Verbleib des Pastors ist weiterhin ungeklärt.
- In den meisten Schulen sind alle Schüler dazu verpflichtet, vor dem Unterricht buddhistische Lehren oder Gebete aufzusagen, auch wenn sie keine Buddhisten sind.
- Christliche Konvertiten werden auf verschiedene Arten und Weisen diskriminiert. In einem Fall verweigerte ein Lehrer einer christlichen Schülerin eine Liste mit Fragen, die er den anderen Schülern ausgehändigt hatte, um sich auf eine Klassenarbeit vorzubereiten. In einem anderen Fall verteilte eine Familie das verdiente Geld von dem Verkauf eines Grundstücks an alle Geschwister bis auf denjenigen, der Christ geworden war.

1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 73 Punkten belegt Myanmar Platz 19 auf dem Weltverfolgungsindex 2020.

Dies stellt einen Anstieg von 2 Punkten im Vergleich zu den 71 Punkten aus dem Weltverfolgungsindex 2019 dar, in dem es auf Platz 18 stand. Der Druck auf Christen ist langsam weiter gestiegen und Christen mit buddhistischem, muslimischem oder Stammeshintergrund erleben weiterhin starken Druck vonseiten ihrer Familie und ihres Umfelds; die Situation in der Wa-Region hat sich bemerkenswert stark verschlechtert und viele Kirchen wurden geschlossen (trotz der Tatsache, dass die myanmarischen Behörden keinen Einfluss in diesem Teil des Landes haben). Dies beeinflusste den Bereich des kirchlichen Lebens, dessen Punktzahl weiter ansteigt.

Es muss zudem bedacht werden, dass es schwierig ist, Berichte aus den vom Krieg zerrissenen Gebieten der christlichen Minderheit zu erhalten. Dies wird auch von anderen internationalen Organisationen bestätigt und zeigt sich in der Verhaftung und Verurteilung von Reportern.

2. Triebkräfte der Verfolgung

Religiös motivierter Nationalismus

Der Buddhismus ist eng mit der nationalen Identität Myanmars verknüpft und es gibt buddhistische Gemeinschaften, die rein buddhistisch bleiben wollen. Diese Haltung wird üblicherweise von extremistischen Buddhisten betont und von der Regierung toleriert – und in gewissem Maß sogar unterstützt. Die Bevölkerungsmehrheit in Myanmar (ca. 60 %) ist ethnisch gesehen birmanisch, auch „bamar“ genannt. Bamar zu sein, heißt buddhistisch zu sein. Jeder, der von diesem Erbe abweicht, wird als Außenseiter der Gemeinschaft und potenziell gefährlich eingestuft. Druck auf Christen kommt von zwei Seiten: Zum einen von der Gesellschaft, einschließlich der als „Ma Ba Tha“ bezeichneten Bewegung extremistischer buddhistischer Mönche. Das Verbot der Bewegung im Jahr 2017 und ein zweites im Jahr 2018 hatte keine wirklichen Konsequenzen. Im Juli 2018 kündigte das Ministerium für religiöse Angelegenheiten an, dass es die Regulierung extremistischer buddhistischer Gruppen von der buddhistischen Führung (der „Sangha“) übernehmen werde. Es ist jedoch zweifelhaft, wie wirksam diese Ankündigung und die Kontrolle sein werden. Der andere Faktor für den Druck auf Christen ist die Regierung, die versucht, ein Friedensabkommen mit einer Vielzahl von ethnischen Gruppen abzuschließen, von denen viele Christen sind. Die Einführung der „Gesetze zum Schutz von Rasse und Religion“ sind ein Zeichen für den weiterhin starken Einfluss extremistisch-buddhistischer Gruppierungen.

Diktatorische Paranoia

Myanmar blickt auf eine lange Geschichte von Militärregierungen zurück. Während die 2015 gewählte Regierung nicht als paranoid bezeichnet werden kann, ist Myanmar eines der wenigen Länder, in denen nicht die Regierung „Diktatorische Paranoia“ ausübt, sondern das Militär fast diktatorische Macht hat. Gemäß der Verfassung des Landes, die von der burmesischen Armee 2008 geschrieben wurde, werden ein Viertel der Sitze im Parlament von Armeeangehörigen besetzt. Zudem besetzt die Armee die wichtigsten Regierungsstellen, einschließlich des Verteidigungsministeriums, des Innenministeriums und des Ministeriums für Grenzangelegenheiten. Trotz aller Hoffnungen auf Demokratie hat die Armee ihren Kampf gegen aufständische Gruppen und ethnische Minderheiten, zu denen auch Christen gehören, intensiviert. Die Tatsache, dass der Krieg trotz aller Tagungen der

Friedenskonferenz nicht nur weitergegangen ist, sondern sich 2018 sogar verschlimmert hat, zeigt, wo die wahre Macht in Myanmar liegt.

Das Militär wird alles tun, um die Macht zu behalten, und sich dabei – falls notwendig – auch auf den buddhistischen Nationalismus oder das ethnische Erbe berufen. Die Regierung unterhält weiterhin sogenannte „Na-Ta-La-Schulen“ (Schulen in Grenzgebieten zur Entwicklung Jugendlicher aus einheimischen Volksgruppen), die für Minderheiten der Bevölkerung attraktiv sind, da sie keine Gebühren erheben. Diese Schulen werden genutzt, um junge Menschen zu beeinflussen und sie in den Buddhismus einzuführen. Das Militär setzt seine Taktik der Schwächung aufständischer ethnischer Minderheiten fort, etwa indem Jugendliche aus diesen Minderheiten drogenabhängig gemacht werden. Diese Praxis betrifft auch die Christen in Kachin. Weite Teile der Region Kachin gehören zu einem der zwei größten Anbaugebiete für Opium in Asien (zusammen mit Regionen in Vietnam, Laos und Thailand). Teile des Landes sind weitgehend in der Hand der Armee Myanmars. Da viele Rohstoffe wie Erz, Jade und Edelholz in den hauptsächlich von Christen bewohnten Territorien wie im Shan-Staat oder bei den Chin und Kachin vorkommen, erleben die Christen dort großen Druck vonseiten des Militärs – nicht nur aus ökonomischen Interessen. Sie werden schikaniert, attackiert und als Träger missbraucht. Unternehmen werden oftmals vom Militär oder von hochrangigen Politikern geleitet; die Vetternwirtschaft boomt. Es gibt kein Interesse daran, die Reichtümer des Landes mit der Bevölkerung zu teilen.

Kommunistische Unterdrückung

Im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2019 und auch im aktuellen Berichtszeitraum wurde die größte Rebellengruppe, die „United Wa State Army“ (UWSA), gewaltsam gegen Christen aktiv. Hunderte von Kirchen bleiben geschlossen, mehrere Christen sind immer noch entführt oder wurden vertrieben. Vermutlich von China unterstützt, richtete die Gruppe sich gegen christliche Gruppen, die als „Missionare“ wahrgenommen wurden – meist baptistische Gruppen wie die Baptistenversammlung von Lahu oder die Kachin Baptist Convention. Diese Bekämpfung durch eine kommunistische Gruppe ähnelt dem harten Durchgreifen der chinesischen Behörden, die derzeit gegen den christlichen Glauben in China vorgehen. Da die Behörden Myanmars in der de-facto semi-autonomen Wa-Region mit etwa 450.000 Einwohnern im Shan-Staat keine Macht ausüben, fällt diese Art der Verfolgung nicht unter „Religiös motivierten Nationalismus“.

Organisiertes Verbrechen und Korruption

In einigen der Staaten, in denen die meisten Christen leben, wie Kachin oder dem Shan-Staat, gibt es auch die wertvollsten Rohstoffe Myanmars, wie etwa Jade und Edelholz. Laut einem im August 2019 veröffentlichten UN-Bericht bringen dieses und andere Geschäfte, an denen die Armee beteiligt sind, enorme Summen ein – ein Einkommen, das manchmal mit ethnischen Aufstandsgruppen im Austausch gegen Waffenstillstände oder andere Vereinbarungen geteilt wird. Zudem ist diese Region Teil des bekannten „Goldenen Dreiecks“, eines der weltweit größten Anbaugebiete für Opium. Regierungsbeamte, die Armee und Rebellengruppen werden beschuldigt, von Drogenproduktion und -handel zu profitieren. Jeder, der dagegen vorgeht oder den Händlern, Ausbeutern und Dealern im Weg steht, ist in ernsthafter Gefahr. Dies gilt auch für die Christen in diesen Regionen.

3. Verfolger

Ausgehend von Religiösem Nationalismus

- **Nichtchristliche religiöse Leiter:** Buddhistische Mönche wiegeln die Dorfgemeinschaften in mehrheitlich buddhistischen Gemeinschaften auf, Christen zu verfolgen. Die extremistische buddhistische Bewegung Ma Ba Tha versucht weiterhin, den Buddhismus als nationale Religion Myanmars zu „schützen". Dieses Ziel ist zudem mit dem Schutz der ethnischen „burmesischen Rasse" verknüpft. Die beiden Verbote der Ma Ba Tha ändern nichts, da die Gruppe andere Wege findet, ihren Einfluss geltend zu machen.
- **Regierungsbeamte:** Lokale Regierungsbeamte sind oftmals parteiisch und auf der Seite buddhistischer Geistlicher, besonders in ländlichen Gebieten. Minderheiten wie Christen, die häufig sowohl zu einer religiösen als auch ethnischen Minderheit gehören, werden so benachteiligt und haben keine Möglichkeit, Gerechtigkeit zu bekommen. Die Armee kämpft weiterhin gegen christliche Aufständische und Minderheiten.
- **Anführer ethnischer Gruppen:** Besonders unter den ethnischen Minderheiten wird jede Hinwendung zu einem anderen Glauben als Schwächung der Gruppe und als Bedrohung des Kampfes gesehen, in dem sich viele ethnische Gruppen befinden. Die Führer werden daher starken Druck gegen den Glaubenswechsel und auf die Konvertiten ausüben.
- **Gewalttätige religiöse Gruppen:** Gruppen wie die bereits erwähnte Ma Ba Tha rufen nicht nur dazu auf, die buddhistische Dominanz zu schützen und zu erhalten, sie zetteln auch Gewalt an. Während die muslimische Minderheit das Hauptziel darstellt, sind auch Christen von ihrem „Aufruf zum Handeln" betroffen. Aufständische werden ebenfalls manchmal zu Verfolgern, wenn sie der Meinung sind, dass Kirchen sie nicht genug unterstützen, oder wenn Pastoren jungen Menschen raten, nicht an den Kämpfen teilzunehmen.
- **Die eigene (Groß-)Familie:** Familien, die stark im Buddhismus, Islam oder im animistischen Stammesdenken verankert sind, verfolgen aktiv Familienmitglieder, die sich dem christlichen Glauben zuwenden, da eine Abkehr von der traditionellen Religion als Verrat gesehen wird.
- **Gewöhnliche Bürger:** Wenn jemand in einem Dorf zum christlichen Glauben kommt, wird dies als Störung der Harmonie angesehen und stark abgelehnt. Die Gemeinschaften üben Druck auf die Konvertiten aus, damit sie ihren christlichen Glauben aufgeben.
- **Politische Parteien:** Alle politischen Parteien, die nicht die Minderheiten vertreten, stehen auf die eine oder andere Weise für die buddhistische Vorherrschaft ein. Die oppositionelle USDP ist eng mit der myanmarischen Armee verbunden und hat das Gesetz zum Schutz von Rasse und Religion von 2015 erlassen.

Ausgehend von Diktatorischer Paranoia

- **Nichtchristliche religiöse Leiter:** Die Armee ist die Hauptkraft hinter dieser Triebkraft der Verfolgung. Besonders im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2020 genoss sie die öffentliche und starke Unterstützung der buddhistischen Religionsführer, die „Schutz" für die Verfassung und das Land fordern.

- **Regierungsbeamte:** Die Armee wird weiterhin die privilegierte Position verteidigen, die ihr die Verfassung zugesteht, die sie selbst im Jahr 2008 entworfen hatte, bevor Teile der Macht an eine zivile Regierung abgegeben wurden. Trotz des internationalen Aufschreis aufgrund der Gräueltaten gegenüber der Minderheit der Rohingya klammert sich die Regierung um Aung San Suu Kyi an die Macht und zeigt in der Nichtbeachtung jeglicher Kritik Zeichen von Diktatorischer Paranoia.
- **Gewalttätige religiöse Gruppen:** Gruppen wie Ma Ba Tha stehen an vorderster Front, wenn es darum geht, den verfassungsmäßigen Status der Armee und die Vorherrschaft der Burmesen zu unterstützen. Sie wollen dieses Gleichgewicht um jeden Preis erhalten.
- **Politische Parteien:** Was oben über den Religiös motivierten Nationalismus gesagt wurde, gilt auch hier.
- **Anführer ethnischer Gruppen:** Wo sie an der Macht sind, neigen die Führer von ethnischen Minderheiten und Aufständischen dazu, alles zu tun, um an der Macht zu bleiben. Wer als Bedrohung dieser Macht angesehen wird, wird bekämpft, auch wenn es ein Mitchrist ist.

Kommunistische Unterdrückung

- **Revolutionäre oder paramilitärische Gruppen:** Revolutionäre und paramilitärische Gruppen wurden 2018 zu sehr sichtbaren Verfolgern, als die UWSA (mit etwa 40.000 Kämpfern die größte Rebellengruppe des Landes) in einer Razzia gegen „neue Kirchen“ dutzende Kirchen schließen und fast einhundert Christen festnehmen ließ.
- **Internationale Organisationen und Botschaften:** Der Shan-Staat grenzt an China, das vermutlich die UWSA unterstützt. Das Vorgehen gegen Christen im Jahr 2018 wurde offenbar von den chinesischen Bemühungen inspiriert, den christlichen Glauben einzudämmen.
- **Kartelle des organisierten Verbrechens:** Berichten zufolge profitiert auch die UWSA stark vom Drogenhandel. Ihr Durchgreifen könnte also gemischte Motive gehabt haben.

Ausgehend von Organisiertem Verbrechen und Korruption

- **Revolutionäre oder paramilitärische Gruppen:** Die meisten Ressourcen Myanmars kommen in Staaten vor, die eine überwiegend christliche Bevölkerung haben oder in denen Christen zumindest eine große Minderheit darstellen. Die Armee arbeitet mit lokalen Machthabern, Politikern und Aufständischen zusammen, um von diesem Reichtum zu profitieren. Dies geschieht auf Kosten der Bevölkerung. Auch die Kämpfe gehen weiter und wenn Christen oder andere in den Weg geraten, werden sie einfach vertrieben. Wagen sie es, ihre Stimme gegen die vorherrschende Ungerechtigkeit zu erheben oder zu versuchen, jungen Menschen eine Zukunftsperspektive zu geben, werden sie aktiv ins Visier genommen, besonders von denen, die vom illegalen Drogenhandel profitieren.
- **Regierungsbeamte:** Wie bereits erwähnt, sind bestimmte Zweige der Armee in verschiedene Formen des illegalen Handels involviert; dieser wird manchmal von Strohleuten wie den Grenzschutztruppen durchgeführt. Wenn christliche Siedlungen im Weg sind oder sie sich gegen Drogen und illegalen Handel aussprechen, werden sie vertrieben und zu Binnenflüchtlingen gemacht.
- **Kartelle des organisierten Verbrechens:** Der illegale Handel wird oft von gut vernetzten lokalen Machthabern organisiert, die auch zu Verfolgern werden können, wenn sie ihren Profit bedroht sehen.

- **Politische Parteien:** Einige politische Führer sind ebenfalls in den illegalen Handel verwickelt, insbesondere auf lokaler Ebene.

4. Regionale Brennpunkte der Verfolgung

Myanmar ist wohl die Nation, die unter dem längsten Bürgerkrieg der Welt leidet. Wenn es um die Verfolgung von Christen geht, muss der Kachin-Staat im Norden des Landes genannt werden. Die Kämpfe dort gehen weiter. Mehr als 100.000 Menschen – meist Christen – leben in Flüchtlingslagern, die meisten von ihnen seit Jahren. Der Zugang für humanitäre Hilfe ist blockiert. Auch im benachbarten Shan-Staat, in dem es vor allem im Norden eine große Minderheit von Christen gibt, gehen die Kämpfe weiter. Auch der Shan-Staat ist 2018 in den Vordergrund gerückt, als in der Wa-Region die aufständische UWSA begann, gegen Christen zu vorzugehen. Obwohl der Konflikt mit den Karen und Karenni nicht im Fokus der internationalen Aufmerksamkeit steht, schwelt er noch immer und viele sind zu Binnenflüchtlingen oder Flüchtlingen in Thailand geworden. Über die Chin, die ebenfalls überwiegend christlich sind, ließe sich eine ähnliche Geschichte erzählen, nur dass ihre Zuflucht der Wahl Indien ist.

5. Betroffene Christen

Christen aus traditionellen Kirchen

Dazu gehören beispielsweise die Römisch-Katholische Kirche, aber auch traditionelle Kirchen unter den christlichen Minderheiten wie die Kachin Baptist Church. Diese Christen erleben Verfolgung in Form täglichen Drucks, gelegentlich aber auch gewalttätige Angriffe, sei es vom Militär oder von extremistischen buddhistischen Mönchen. Diese errichten in manchen Gegenden Tempel auf Grundstücken von Kirchen.

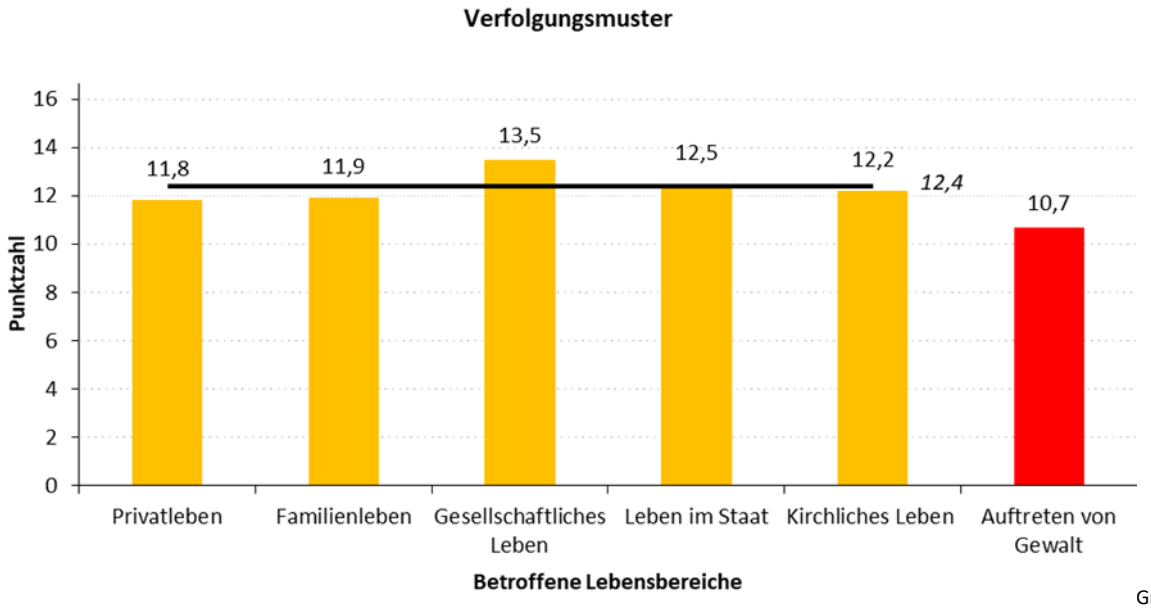
Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

Christen buddhistischer, muslimischer oder animistischer Herkunft erfahren die stärkste Verfolgung, sowohl vonseiten der Behörden als auch von Familie, Freunden und Nachbarn. Den Buddhismus zu verlassen, ist für Mitglieder des Bamar-Volkes nicht akzeptabel. Obwohl viel über die Rohingya und ihre Vertreibung nach Bangladesch berichtet wurde, ist weithin unbekannt, dass es eine kleine Gruppe Christen mit muslimischem Hintergrund unter den Rohingya gibt. Auch sie waren von der plötzlich aufflammenden Gewalt betroffen und mussten fliehen. Diese Christen sind nicht nur wegen ihrer ethnischen Zugehörigkeit Verfolgung ausgesetzt, sondern auch, weil ihre muslimischen Familien und ihr Umfeld sie unter enormen Druck setzen, zum Islam zurückzukehren.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Viele evangelikale und Pfingstgemeinden werden vor allem in ländlichen Gebieten von dem sozialen Umfeld, in dem sie leben, verfolgt. Sie werden überwacht und es kommt manchmal vor, dass Zusammenkünfte oder das Abhalten der Sonntagsschule verhindert werden.

6. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Myanmar

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Der Druck auf Christen in Myanmar ist im Berichtszeitraum weiter gestiegen. Der durchschnittliche Wert stieg von 12,1 Punkten auf 12,4 Punkte an.
- Besonders christliche Konvertiten sind durch den sehr hohen Druck in den Bereichen „Gesellschaftliches Leben“, „Familienleben“ und „Privatleben“ beeinträchtigt. Alle Christen sind sehr hohem Druck in den Bereichen „Leben im Staat“ und „Kirchliches Leben“ ausgesetzt.
- Der Druck geht einerseits von einer Betonung des Buddhismus aus, der alle Minderheiten des Landes ausgrenzt. Dazu kommt auf der anderen Seite der anhaltende Krieg gegen Aufständische, der unter anderem die christlich geprägten Staaten Kachin, Shan und Karen betrifft. Dieser Krieg wird von der Weltöffentlichkeit unter anderem aufgrund der prekären Lage der Rohingya und dem damit verbundenen Medieninteresse kaum wahrgenommen. Die Handlungen der kommunistischen United Wa State Army gegen Kirchen im nördlichen Shan-Staat trugen ebenfalls zu einem weiter hohen Ausmaß der Gewalt bei.
- Der Wert für Gewalt gegen Christen fiel von 11,1 Punkten im Weltverfolgungsindex 2019 auf 10,7 im Weltverfolgungsindex 2020. Aufgrund von anhaltenden Kämpfen, insbesondere in den Staaten Kachin und Shan, ist es sehr schwer geworden, genaue Berichte von Angriffen auf Christen wegen ihres Glaubens und auf Kirchen in diesen vom Krieg zerrissenen Gebieten zu erhalten.

Zu jedem der Lebensbereiche sind im Folgenden jeweils ausgewählte Teilaspekte genannt, die im betreffenden Lebensbereich für die Christen zu den gravierendsten Schwierigkeiten gehören.

Privatleben

- **Es ist ein Risiko für Christen, über ihren Glauben mit anderen als mit ihren engsten Familienangehörigen zu sprechen:** Sobald der Verdacht besteht, dass das Gespräch auf eine Evangelisation hinausläuft, ist dies riskant. Dies gilt für Angehörige der christlichen Minderheiten, die mit Angehörigen der buddhistischen Mehrheit Glaubensfragen diskutieren, aber auch für Christen muslimischer Herkunft. Sie müssen besonders vorsichtig sein.
- **Eine Hinwendung zum christlichen Glauben wird abgelehnt, verboten oder bestraft:** Myanmars derzeitige Gesetze machen es dem Einzelnen schwer, seinen Glauben zu wechseln. Das Gesetz zur religiösen Bekehrung, Teil des „Gesetzes zum Schutz von Rasse und Religion", verlangt, dass Bürger Myanmars, die ihre Religion wechseln wollen, die Genehmigung eines neu eingerichteten Registrierungsgremiums für den Glaubenswechsel einholen müssen, das in allen Townships eingerichtet wird. Der potenzielle Konvertit muss sich außerdem einem Verhör unterziehen und sich für einen Zeitraum von höchstens 90 Tagen ab dem Datum der Antragstellung, der auf Wunsch des Antragstellers auf 180 Tage verlängert werden kann, mit religiösen Studien beschäftigen. Wenn der Antragsteller nach diesem Zeitraum immer noch konvertieren möchte, stellt der Registrierungsausschuss eine Bescheinigung über den Glaubenswechsel aus. Während dieser Zeit wird der Antrag auf einem Schwarzen Brett veröffentlicht und die Konvertierten werden höchstwahrscheinlich von allen um sie herum stark unter Druck gesetzt, ihren Antrag zurückzuziehen. Aus diesem Grund erfolgt der Glaubenswechsel in der Regel im Geheimen ohne das Antragsverfahren. Konvertiten sind außerdem der Verfolgung durch ihre Familie und Gemeinschaft ausgesetzt und werden manchmal verstoßen und aus dem Haus der Familie vertrieben.
- **Es ist für Christen riskant, christliche Bilder oder Symbole zu zeigen:** Je nachdem, wo ein Christ lebt und – für Konvertiten – je nach der Familie, in der er oder sie lebt, kann es riskant sein, christliche Bilder oder Symbole zu zeigen. Während dies natürlich nicht für die überwiegend christlichen Staaten wie Kachin gilt, ist es für einen Konvertiten an anderen Orten gefährlich, entdeckt zu werden. Deshalb haben sie selten christliche Bilder zu Hause oder tragen selten Schmuck, der zum Beispiel ein Kreuz zeigt.
- **Es ist für Christen riskant, Gottesdienste durchzuführen:** In einigen buddhistischen Dörfern, besonders im Rakhine-Staat und im zentralen Teil Myanmars, ist es Christen nicht erlaubt, Teil der Gemeinschaft zu sein. An solchen Orten müssen christliche Konvertiten sehr vorsichtig sein, um nicht entdeckt zu werden, besonders wenn sie die einzigen Christen in der Familie sind. Wenn sie entdeckt werden, sind sie gezwungen, das Dorf zu verlassen. Aber selbst an anderen Orten ziehen es Konvertiten vor, vorsichtig zu sein, da der Glaubenswechsel zum christlichen Glauben als schändlich angesehen wird und jeder sichtbare Akt der christlichen Anbetung auf harten Widerstand von Familien und sozialem Umfeld stoßen würde.

Treffen mit anderen Christen sind in der Regel nicht gefährlich, doch für christliche Konvertiten können sie eine besondere Herausforderung darstellen. Wenn sie nicht aus ihrer Familie vertrieben werden, werden bekannte Konvertiten genau beobachtet, geächtet und unter Umständen mit Hausarrest belegt, um sie an der Gemeinschaft mit anderen Christen zu hindern. In stark buddhistischen Dörfern sind Pastoren oft besondere Ziele.

Familienleben

- **Kinder christlicher Eltern werden dazu gedrängt, an nichtchristlichem Unterricht oder dem allgemeinen Religionsunterricht teilzunehmen:** In den meisten Schulen müssen die Schüler vor Unterrichtsbeginn einen Teil der Lehren Buddhas aufsagen. Dhama-Schulen werden von buddhistischen Mönchen geleitet, die den Kindern buddhistische Prinzipien beibringen. Diese Schulen breiten sich immer mehr im Land aus. Von Kindern wird erwartet, dass sie an den buddhistischen Festen des Wassers und des Lichts teilnehmen und auch finanziell dazu beitragen. In Na-Ta-La-Schulen werden Kindern buddhistische Gebete beigebracht, ihr Kopf wird geschoren und sie müssen jeden Morgen um Essen betteln.
- **Christliche Taufen werden be- oder verhindert:** Wegen der Anti-Konversions-Gesetze kann es gefährlich sein, Taufen öffentlich durchzuführen. Daher führen Kirchen die Taufe in der Regel diskret durch. Für Christen mit buddhistischem oder muslimischem Hintergrund gibt es keine andere Wahl, es muss heimlich geschehen.
- **Wegen des christlichen Glaubens ihrer Eltern werden Kinder diskriminiert oder schikaniert:** Christliche Kinder werden in der Schule regelmäßig von buddhistischen Kindern gemobbt. Gerade in Dorfschulen ist es normal, dass christlichen Kindern für alles die Schuld gegeben wird. Kinder von Christen erhalten in der Schule zudem weniger Möglichkeiten und werden weder für höhere Schulen noch besondere Ehrungen ausgewählt.
- **Eltern werden daran gehindert, ihre Kinder gemäß ihrem christlichen Glauben aufzuziehen:** Christliche Eltern erleben es als Herausforderung, ihren Kindern christliche Werte beizubringen, weil sie sich dem Druck des buddhistischen Umfelds in ihrer Nachbarschaft ausgesetzt sehen. Den Eltern wird ständig gesagt, dass ihr Kind, wenn es am Christsein festhält, eine härtere Zukunft hat; durch die Zugehörigkeit zu einer religiösen Minderheit werden ihnen weniger Möglichkeiten geboten.

Es ist nicht zwangsläufig so, dass Christen mit anderem religiösen Hintergrund der Verlust des Sorgerechts oder des Erbrechts droht; insbesondere Frauen droht jedoch häufig die Scheidung, falls sie verheiratet sind. Das Kittima-Adoptionsgesetz von 1941 schränkt die Möglichkeit der Adoption auf Buddhisten ein. Alle anderen Formen der Adoption sind nicht offiziell und damit nicht rechtlich bindend. Auch Christen muslimischer Herkunft sind dem Problem der weiteren muslimischen Minderheit ausgesetzt, dass ihnen die Staatsbürgerschaft verweigert wird. Muslimische Rohingya, und damit auch die Christen muslimischer Herkunft unter ihnen, werden als Bengalen angesehen und nicht registriert. Die meisten von ihnen leben inzwischen in Flüchtlingslagern im Nachbarland Bangladesch.

Gesellschaftliches Leben

- **Christen werden unter Druck gesetzt, an nichtchristlichen religiösen Zeremonien oder Gemeinschaftsereignissen teilzunehmen:** Dieser Druck beinhaltet tägliche Gebete, Beiträge zu und Teilnahme an buddhistischen Zeremonien und das Reinigen buddhistischer Altäre. Diesem Druck kann man sich nur schwer entziehen, da er tief in der Kultur verwurzelt ist und in der Schule, am Arbeitsplatz und in der Regierung allgegenwärtig ist. Wenn Christen aufhören, buddhistischen Mönchen Almosen zu geben, sich weigern, zur Renovierung oder zum Bau buddhistischer Tempel beizutragen, oder von der Teilnahme an buddhistischen Festen absehen, werden sie Schikane erfahren, zu Spenden gezwungen und mit der Vertreibung aus dem Dorf bedroht.

- **Christen werden von ihrem sozialen Umfeld unter Druck gesetzt, ihrem Glauben abzusagen:** Konvertiten stehen in diesem Aspekt am stärksten unter Druck. Aus Angst vor Verfolgung machen sie ihren Glaubenswechsel normalerweise nicht bekannt. Werden Konvertiten entdeckt, beginnt der Druck meist subtil, beispielsweise werden andere Dorfbewohner daran gehindert, ihnen zu helfen. Letztendlich können Konvertiten aus dem Dorf vertrieben werden. Es gibt jedoch sogar auch Druck auf Christen, die nicht konvertiert sind, zum Buddhismus zu konvertieren. In dem Versuch, den Buddhismus zu verbreiten, werden Gemeinschaftsressourcen zum Bau von Pagoden in christlichen Gebieten verwendet und buddhistische Mönche in christliche Dörfer geschickt. Der Unterricht – der von buddhistischen Mönchen geleitet wird – wird manchmal kostenlos für Familien religiöser Minderheiten angeboten.
- **Christen werden in der Erwerbstätigkeit, sei es im privaten oder öffentlichen Sektor, aufgrund ihres Glaubens diskriminiert:** Christen haben weniger Chancen, von Firmen angestellt zu werden, wenn es buddhistische Bewerber gibt. Christen werden auch regelmäßig bei Beförderungen übergangen. In der parlamentarischen Arena gab es eine Verbesserung, da unter der derzeitigen Regierung einer der Vizepräsidenten ein ethnischer Chin-Christ und der Sprecher des Unterhauses ein Christ ist. Christen sind in der Regierung, im öffentlichen Dienst und in der Armee jedoch selten anzutreffen und werden in der Regel nicht über ein bestimmtes Niveau befördert.
- **Christen werden wegen ihres Glaubens belästigt, bedroht oder im Alltagsleben gestört:** Besonders Christen, die sich in Hauskirchen versammeln, werden beobachtet, von kommunalen Entscheidungen und Ressourcen ausgeschlossen und unter Druck gesetzt, ihren Glauben zu verleugnen. Dies wirkt sich auch auf das tägliche Leben aus, wenn ihnen etwa Hilfe beim Sammeln von Bambus für die Reparatur ihres Hauses verweigert wird oder ihnen der Zugang zu Wasser untersagt wird.

Gebiete, in denen viele Christen leben, werden bewusst durch eine schwache Infrastruktur und Gesundheitsfürsorge benachteiligt. Die Regierung baut hier bevorzugt Na-Ta-La-Schulen, die vom Staat geführt werden, statt normale Schulen. In Konfliktgebieten ist humanitäre Hilfe für Christen nicht oder nur in geringen Maßen erlaubt, und die internationale Überwachung (oder gar der Zugang) wird blockiert. Kinder von Konvertiten werden von Lehrern und Schülern in der Schule diskriminiert, beispielsweise dürfen sie sich nicht wie der Rest der Klasse auf eine Prüfung vorbereiten und werden im Extremfall sogar aus dem Unterricht ausgeschlossen. Ein weiteres Problem, mit dem Christen konfrontiert sind, sind die lokalen mündlichen Gesetze („Gamma-Gesetze“), die in mehreren Gemeinden und Dörfern von buddhistischen Mönchen und Beamten verkündet werden, um Christen einzuschränken. Eine bevorzugte Behandlung von Unternehmen/Firmen im Besitz von Buddhisten bei der Vergabe von Darlehen und staatlichen Subventionen ist üblich und für christliche und muslimische Geschäftsinhaber wird die Registrierung ihrer Unternehmen kompliziert. Manchmal rufen Mönche zum Boykott von Geschäften/Einrichtungen auf, die Christen und Muslimen gehören.

Leben im Staat

- **Die Verfassung oder eine vergleichbare nationale Gesetzgebung schränkt die Religionsfreiheit gemäß Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte ein:** Abschnitt 361 der Verfassung aus dem Jahr 2008 besagt, dass „die Union anerkennt, dass der Buddhismus als der Glaube, der von der großen Mehrheit der Bürger der Union praktiziert wird, eine spezielle Stellung einnimmt“.

In Abschnitt 362 wird jedoch auch die Existenz des christlichen Glaubens, des Islam, des Hinduismus und Animismus anerkannt. Diese „spezielle Stellung des Buddhismus“ wird von extremistischen Buddhisten missbraucht.

Um zusätzliche Unterstützung von diesen Gruppen und der Mehrheit der Bamar zu erlangen, hat die frühere Regierung im August 2015 vier Gesetzesentwürfe gegen Glaubenswechsel verabschiedet. Diese Gesetze zielen darauf ab, den Buddhismus durch die Einschränkung von Glaubenswechseln und interreligiösen Ehen, einem Verbot der Polygamie und die Einführung einer Geburtenkontrolle zu schützen. Laut der Gesetze müssen buddhistische Frauen eine Erlaubnis ihrer Eltern und der Behörden vorweisen, wenn sie einen Mann mit einer anderen Religionszugehörigkeit heiraten wollen; der nichtbuddhistische Mann muss zunächst zum Buddhismus konvertieren. Das Gesetz besagt auch, dass jeder, der die Religion wechseln will, von der „Konversions-Registrierungs-Behörde“ die Erlaubnis dazu einholen muss. Diese Behörde besteht aus örtlichen Religions- und Einwanderungs- sowie einem Verwaltungsbeamten, der Vorsitzenden für Frauenangelegenheiten und einem örtlichen Verantwortlichen für Ausbildung. So weiß die Gemeinschaft, wenn eine Person konvertieren will und gibt ihr drei bis sechs Monate „Bedenkzeit“, um sie davon zu überzeugen, den offiziellen Antrag wieder zurückzuziehen.

Das Gesetz zielt in erster Linie auf die muslimische Minderheit ab, aber auch alle anderen Minderheiten sind davon betroffen. Es soll sowohl Bürger davon abbringen, einen Glaubenswechsel in Betracht zu ziehen, als auch Konvertiten daran hindern, ihren neuen Glauben zu bekennen. Einige Stämme besitzen zusätzliche traditionelle Gesetze, die von einigen Gemeinschaften dazu genutzt werden, Christen aus ihren Dörfern zu vertreiben.

- **Personen, die Christen Schaden zufügen, werden bewusst von der Strafverfolgung ausgenommen:** Die Armee und die buddhistisch-nationalistische Bewegung sind völlig ungestraft geblieben und operieren in einer Kultur der Straflosigkeit. Das deutlichste Beispiel dafür ist die strikte Ablehnung aller Völkermordanschuldigungen im Zusammenhang mit den Rohingya und die christliche Minderheit Kachin (wo es auch um die Frage von Verbrechen gegen die Menschlichkeit geht). Es zeigt auch, dass Christen weder eine faire Behandlung vor Gericht noch eine internationale Überwachung ihrer schlimmen Situation erwarten können.
- **Christen werden wegen ihres Glaubens beim Kontakt mit Behörden (lokale Verwaltungen, Regierung, Armee, etc.) diskriminiert:** Die myanmarische Armee und pro-militärische Regierungsbeamte sind sehr von buddhistisch-nationalistischen Einstellungen beeinflusst und betrachten Christen oft als Bürger zweiter Klasse. Christen sehen sich bei der Bewerbung um staatliche Dienste härteren Anforderungen gegenüber. So müssen sie beispielsweise zusätzliche Unterlagen einreichen, oder ihr Antrag wird sich – manchmal auf unbestimmte Zeit – verzögern. Beschwerden, die von Christen an die Polizei herangetragen werden, werden in den meisten Fällen ignoriert. Christen haben außerdem einen schlechteren Zugang zu Krediten oder Zuschüssen als nichtchristliche Geschäftspartner oder Kunden.
- **Christen werden aufgrund ihres Glaubens von öffentlichen Ämtern weitgehend ausgeschlossen – wenngleich ein öffentliches Amt ihnen nicht grundsätzlich verwehrt bleibt, gibt es doch eine „gläserne Decke“, die begrenzt, wie weit Christen aufsteigen können. So wird die Beförderung von Christen behindert:** Christen werden normalerweise nur dann von Firmen eingestellt, wenn keine Buddhisten zur Verfügung stehen. Wenn sie eingestellt werden, werden sie häufig bei einer Beförderung übergangen. Es gibt ein paar christliche Politiker, sogar in recht hohen Positionen, wie oben erwähnt; dies ist jedoch eine Ausnahme von der Regel und hat Christen bei ihren Bewerbungen anderswo nicht geholfen.

Junge Männer, die in die Armee Myanmars eingezogen werden oder sich dem Druck entgegenstellen, sich einer ethnischen Rebellengruppe anzuschließen, sehen sich vielen Schikanen und Ächtung ausgesetzt, die sich auf ihre Familien erstrecken können, die wiederum Druck auf sie ausüben, gegen ihr Gewissen zu handeln und in die Gruppen einzutreten. Die Medienberichterstattung über Christen ist oft verzerrt. Buddhistische Nationalisten und Hardliner verbreiten ein negatives Bild über Christen, indem sie sie so darstellen, als würden sie Menschen durch Täuschung zur Bekehrung zwingen und Konvertiten dazu benutzen, sich zu bereichern. Konvertiten werden oft als Verräter bezeichnet, weil sie den Buddhismus verlassen haben.

Kirchliches Leben

- **Es ist für Kirchen und christliche Organisationen riskant, sich gegen Verfolger zu stellen:** Dissens, insbesondere jede Kritik an der Situation der ethnischen und religiösen Minderheiten, wird hart angegangen. Eine Beschwerde ist vergeblich und kann zu einer Anklage führen, wie in den folgenden beiden Fällen sichtbar: 1) Zwei Christen wurden im Oktober 2017 ins Gefängnis gesteckt, weil sie Journalisten geholfen hatten, Informationen über die Zerstörung einer Kirche im Kachin-Staat zu sammeln. 2) Zwei Reuters-Journalisten, die über Verbrechen gegen die Menschlichkeit gegen Rohingya-Muslime berichteten, erhielten im September 2018 Gefängnisstrafen. Wenn die Armee involviert ist, ist es ein noch größeres Risiko, sich zu äußern.
- **Christen werden beim Bau oder der Renovierung von Kirchengebäuden behindert:** Genehmigungen für den Bau oder die Renovierung von Kirchengebäuden zu erhalten, ist sehr schwierig und wird oft unmöglich gemacht. Obwohl es in verschiedenen Teilen Myanmars Kirchengebäude gibt, bleibt es schwer, eine Genehmigung zum Bau einer neuen Kirche zu erhalten, da es viele Einschränkungen gibt. Es gibt bis zu acht verschiedene Genehmigungen, die eingeholt werden müssen, um eine Kirche legal bauen zu dürfen. Die Anträge müssen verschiedene vom Militär geführte Abteilungen durchlaufen und von regionalen und lokalen Behörden genehmigt werden, die häufig von ehemaligen Armeeoffizieren geleitet werden. Die Folge ist, dass die Genehmigung für den Landbesitz der Kirchen fast nie zustande kommt und die Anträge von den zuständigen Beamten nicht bearbeitet werden. Manchmal wird von den Christen Schmiergeld verlangt, um den Prozess zu beschleunigen, ohne Garantie, dass am Ende eine Genehmigung erteilt wird. In christlichen Mehrheitsgebieten wie Kachin, Chin und Naga sind die notwendigen Dokumente noch schwieriger zu beschaffen und eine Nichterteilung wird als gutes Mittel zur Schwächung der christlichen Minderheiten angesehen.
- **Kirchen werden daran gehindert, christliche Aktivitäten außerhalb von Kirchengebäuden zu organisieren:** Kirchen brauchen eine Genehmigung der Dorfältesten, wann immer sie eine Aktion außerhalb ihres Gebäudes durchführen wollen. Da Christen dafür bekannt sind, evangelistisch aktiv zu sein, selbst wenn ihnen dies verboten wurde, wird alles, was sie tun, mit Argwohn beobachtet.
- **Kirchliche Aktivitäten werden überwacht, ver- bzw. behindert oder gestört:** Lokale Gemeinschaften und Behörden überwachen regelmäßig die kirchlichen Aktivitäten und greifen ein und behindern sie, wenn sie als zu gewagt angesehen werden. In den Grenzgebieten werden die Kirchen von der Regierung und der Armee besonders streng überwacht. Auch buddhistische Mönche, die mit Ma Ba Tha verbunden sind, überwachen christliche Aktivitäten.

Landraub ist ein weiteres Problem, dem Christen sich gegenübersehen. Deshalb nutzen viele Christen Firmengebäude beziehungsweise Büros oder treffen sich in Hauskirchen, um an Sonntagen einen Ort für den gemeinsamen Gottesdienst zu haben. Kirchenleiter und Pastoren werden häufig von extremistischen Buddhisten ins Visier genommen, da dies als wirksames Mittel zur Lähmung der Kirche angesehen wird. Ein Pastor sagte kürzlich, dass er ständig das Gefühl habe, dass alle darauf warteten, dass er einen Fehler mache. Alle religiösen Publikationen im Land werden vom Ministerium für Religion überprüft und zensiert. Einige Kirchengemeinden haben angefangen, eigene Materialien zu drucken, jedoch wird ihnen der Besitz von Druckmaschinen schwer gemacht. Veröffentlichungen in Sprachen der ethnischen Minderheiten kommen außerdem nicht infrage und auch für andere Publikationen gelten strenge Zensurregeln. Christliches Material zu importieren, ist sehr schwer und Bücher in Sprachen der ethnischen Minderheiten ins Land einzuführen sogar unmöglich. Die meisten Kirchen dürfen keine Ausländer für religiöse Zwecke einladen.

In Gegenden, in denen vorrangig ethnische Minderheiten leben, haben die Gemeinden noch größere Schwierigkeiten. Kirchen werden häufig als Orte für regierungsfeindliche Treffen oder als Treffpunkte für Aufständische aus ethnischen Minderheiten angesehen. In Gebieten, die vom Bürgerkrieg betroffen sind, wie den Staaten Kachin und Shan, werden Kirchen oft angegriffen, da die Menschen dort Zuflucht vor den Kämpfen suchen. Im Gebiet der Wa wurden christliche Leiter nur freigelassen, nachdem sie ein Dokument unterzeichnet hatten, in dem sie versprachen, ihre christlichen Aktivitäten streng auf Treffen in Häusern zu beschränken. Kirchengebäude wurden angegriffen und alle christlichen Materialien konfisziert.

In den Staaten Chin, Naga und Kachin müssen christliche Leiter für große Gottesdienstversammlungen zuerst die Erlaubnis der Generalverwaltung (GAD) einholen. Dasselbe gilt für Konferenzen und andere christliche Aktivitäten. Es hat Fälle gegeben, in denen Pastoren von den Behörden die Anweisung erhalten haben, für jede Art von religiöser Aktivität zehn Tage im Voraus eine Genehmigung einzuholen. In anderen Teilen des Landes treffen sich die Christen diskret, um dort, wo die lokalen Behörden bekanntermaßen von extremistischen buddhistischen Gruppen beeinflusst werden, nicht aufzufallen. Im Shan-Staat gab es Vorfälle, bei denen es Pastoren verboten wurde, Kirchen in ihren Häusern zu versammeln.

Auftreten von Gewalt

- Drei Christen wurden im Berichtszeitraum getötet. Im Januar und Februar 2019 wurden ein Pastor und ein Ältester im Staat Rakhine getötet. Ein weiterer Christ wurde im März 2019 im Bundesstaat Kachin getötet.
- Es gab Dutzende von Christen, die wegen ihres Glaubens angegriffen wurden, in vielen Fällen Christen buddhistischer oder muslimischer Herkunft. Dies kann durch Familien, aber auch durch ethnische Aufständische geschehen. Die myanmarische Armee kämpft ohne Rücksicht auf die Zivilbevölkerung in einigen überwiegend christlichen Staaten.
- Immer wieder werden Christen von der Armee Myanmars oder von ethnischen Aufständischengruppen wie der UWSA verhaftet. Letztere hat 2018 mehr als hundert Menschen entführt, von denen einige noch immer nicht aufgefunden werden konnten.

- Die meisten Kirchen sind geschlossen geblieben, nachdem die UWSA im September 2018 mehr als 200 Kirchen geschlossen und etwa hundert christliche Leiter und Bibelschüler in einem offensichtlichen Versuch, den christlichen Glauben zu bremsen, festgenommen hat. Den meisten Kirchen der Lahu- und Kachin-Baptisten wurde Berichten zufolge im September 2019 erlaubt, wieder zu eröffnen. Mehr als 50 Kirchen- und Schulgebäude bleiben in dem von der UWSA kontrollierten Gebiet im Bundesstaat Shan geschlossen, darunter alle katholischen Kirchen und Schulen.
- In einem Dorf wurde das Haus eines christlichen Leiters von einem buddhistischen Mob angegriffen, während eine Versammlung abgehalten wurde. Aus Sicherheitsgründen können keine weiteren Angaben dazu gemacht werden.

7. Verfolgungssituation für Männer und Frauen

Wie Frauen Verfolgung erfahren:

- Entführung
- Beschlagnahme von Erbschaft und Besitz
- Zwangsverheiratung
- (Haus-)Arrest durch die Familie
- Verführung mit dem Ziel der Zwangskonversion
- Menschenhandel
- Ermordung
- Körperliche Gewalt
- Psychische Gewalt
- Sexuelle Gewalt

Christen fühlen sich in ganz Myanmar als „Bürger zweiter Klasse“, ohne den gleichen rechtlichen Schutz und die gleichen Rechte wie die buddhistische Mehrheit zu haben. Gemäß dem oben genannten und 2015 eingeführten Gesetz muss ein nichtbuddhistischer Ehemann den buddhistischen Glauben seiner Frau respektieren. Ein solcher Schutz gilt jedoch nicht für Christen. Folglich werden christliche Frauen, die mit nichtchristlichen Männern verheiratet sind, dazu gedrängt, der Religion des Ehemannes zu folgen. Dies behindert das Wachstum der Kirche in Myanmar.

Das Gesetz, das sich vor allem an die muslimische Minderheit richtet, wirkt auch als Hindernis für Christinnen buddhistischer Herkunft (insbesondere, wenn sie ihren Glauben heimlich leben), da sie immer noch als Buddhistinnen gelten und als solche behandelt werden. Wenn sich die Tochter in einer interreligiösen Ehe entscheidet, Christin zu werden, arrangiert der nichtchristliche Vater oft die Heirat mit einem Buddhisten. Die Mutter hat keine Macht, dies zu verhindern, ebenso wenig wie die Tochter. Jugendliche und weibliche Konvertiten sind anfällig für Hausarrest, da sie als diejenigen mit der geringsten Macht im familiären Kontext angesehen werden. Dies schränkt ihren Zugang zur sozialen Gemeinschaft, einschließlich christlicher Gemeinschaft, ein.

Beschämt durch den neu gefundenen Glauben der Konvertiten, ist die Enterbung ein zusätzliches Mittel, um Druck auf Frauen auszuüben, zum Buddhismus zurückzukehren.

Frauen, insbesondere wenn sie ethnischen oder religiösen Minderheiten angehören, sind Militärpersonal schutzlos ausgeliefert und anfällig für Vergewaltigungen und körperliche Übergriffe. Unbestätigten Berichten zufolge werden Militärs ermutigt, christliche Frauen zu heiraten und sie zum Buddhismus zu bekehren, was durch das Versprechen von Geld oder eine Beförderung im Rang gefördert wird. Viele Frauen sollen sich mit diesem Schicksal abgefunden haben und sehen den Eintritt in solche Ehen als einen Weg, der schrecklichen Armut und Unsicherheit zu entkommen.

Berichte weisen auch darauf hin, dass christliche Frauen im Kachin-Staat nach China verschleppt werden, um dort zu „Bräuten" zu werden, wo sie mit dem Ziel vergewaltigt werden, geschwängert zu werden. „Rund 130.000 Kachin, von denen mehr als 90 Prozent Christen sind, wurden in der zweiten Hälfte des Jahres 2018 innerhalb ihres Staates vertrieben", berichtete das „Wall Street Journal" im Dezember 2018. Kachin-Christen sind diesen Gräueltaten seit vielen Jahren ausgesetzt – sie werden sogar innerhalb der Flüchtlingslager angegriffen, wo die Armee weitere Folterungen verübt. In einem Fall im Jahr 2015 wurden zwei freiwillige Lehrerinnen vergewaltigt und getötet; ihre verstümmelten Körper wurden nur 100 Meter von einem provisorischen Armeelager entfernt gefunden.

Wie Männer Verfolgung erfahren:

- Entführung
- Ausschluss aus der Gemeinschaft
- Beschlagnahme von Erbschaft und Besitz
- Erzwungene Flucht aus Stadt oder Land
- Zwangsrekrutierung zum Militärdienst oder durch Milizen
- Menschenhandel
- Ermordung
- Körperliche Gewalt
- Psychische Gewalt

In Myanmar werden Männer kulturell ermutigt, als Hauptverdiener der Familien Arbeit zu finden. Wenn sie ihre Arbeit verlieren oder aus ihrem Dorf oder ihrer Stadt vertrieben werden, weil sie Christen sind, leidet die ganze Familie. Eine solche Verfolgung ist für männliche Konvertiten real und greifbar.

Besonders in der Armee werden manche männliche Christen so intensiv verfolgt, dass viele ihren Glauben verlieren. Die Armee ist auch dafür bekannt, dass sie Christen Zwangsarbeit auferlegt, um sie daran zu hindern, den Sonntagsgottesdienst zu besuchen und Zugang zur christlichen Gemeinschaft zu erhalten. Männer werden auch für die Rekrutierung in Milizen ins Visier genommen. Wer sich weigert, wird geschlagen und bedroht.

Einige männliche Christen zahlen den höchsten Preis für ihren Glauben. Exakte Statistiken sind schwer zu ermitteln, aber Christen werden entführt und getötet, angeblich auch von der Arakan-Armee.

Na-Ta-La-Schulen haben das Ziel, christliche Kinder zu konvertieren – ein effektiver Weg, um den christlichen Glauben an der Ausbreitung auf die nächste Generation zu hindern. Die Jungen an diesen Schulen werden zu buddhistischen Mönchen erzogen. Wenn sie in den Na-Ta-La-Schulen anfangen, werden ihre Köpfe rasiert, sie erhalten Mönchskleidung und sie gehen in der örtlichen Gemeinde um Essen betteln.

Kirchenleiter sind besonders im Visier, da dies ein Mittel darstellt, um der ganzen Gemeinde Schaden zuzufügen. Ähnlich wie Familien ohne ihren Ehemann oder ihre Vaterfigur fühlen sich Gemeinden ohne ihre Leiter hilflos und verletzlich. Die Behörden üben manchmal Druck auf Pastoren aus, mit der konkreten Absicht, eine Kirche zu schließen.

8. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Auf die Verfolgung der muslimischen Minderheit der Rohingya wurde in diesem Länderprofil bereits mehrfach eingegangen. Im Dezember 2019 scheint es nicht sehr wahrscheinlich, dass sie aus Bangladesch, wohin sie geflohen sind, um ihr Leben zu retten, freiwillig nach Myanmar zurückkehren werden. Diese Politik passt zu dem – von der Armee und religiösen Leitern geförderten und von vielen Einwohnern unterstützten – zunehmenden Religiös motivierten Nationalismus. Nicht-Rohingya-Muslime in anderen Teilen des Landes sind ebenfalls mit Verfolgung und Diskriminierung konfrontiert. Abgesehen davon sind keine anderen religiösen Gruppen bekannt, die verfolgt werden. Die Bemühungen, die Situation der Rohingya vor internationale (Straf-)Gerichte zu bringen, werden die Krise stärker ins Rampenlicht rücken, aber es ist unwahrscheinlich, dass sich vor Ort etwas ändert. Es besteht auch die Gefahr, dass die Situation anderer religiöser und ethnischer Minderheiten übersehen wird.

9. Der Ausblick für Christen

Religiös motivierten Nationalismus

Im Schatten der Rohingya-Krise verbirgt sich die Notlage der christlichen Minderheiten, gegen die die Armee Myanmars ihre Angriffe verstärkt und Tausende von Menschen vertreibt. Es gibt weit über 100.000 Binnenflüchtlinge, die in den vergangenen Monaten und Jahren durch den Konflikt vertrieben wurden. Währenddessen fährt die Regierung mit ihrer Strategie des „Teilen und Herrschens“ fort. Thein Swe, Gewerkschaftsminister des Ministeriums für Arbeit, Einwanderung und Bevölkerung, sagte, die Regierung sei nicht in der Lage, die Ergebnisse der Volkszählung 2014 zu veröffentlichen, da es Verwirrung darüber gebe, wer zu welcher ethnischen Gruppe gehöre:

Im Fall der Kachin sagte er, dass es zwischen sechs und zwölf Sub-Ethnien geben könnte, „je nachdem, auf wen man hört. Andere bestreiten, dass die Chin 53 Sub-Ethnien haben.“

Die Tatsache, dass die Armee den Fortschritt einschränkte, indem sie Gespräche über Rechte ethnischer Minderheiten bei der Panglong-Konferenz im Juli 2018 verweigerte, ist nicht überraschend. Sie hat kein Interesse an Frieden, Versöhnung und einem föderalen Myanmar, wie auch immer dies aussehen könnte. Die jüngste Ankündigung, ein Kriegsgericht einzurichten, steht weder in Zusammenhang mit den Völkermordvorwürfen, noch kann sie als versöhnlicher Schritt angesehen werden, wie die anhaltenden und sogar verstärkten Kämpfe zeigen.

Extremistische buddhistische Gruppen wie Ma Ba Tha werden von anderen buddhistischen Gruppen und Politikern genau beobachtet, doch ihr Einfluss und ihre Rhetorik gegenüber nichtbuddhistischen Minderheiten bleiben ungebrochen. Laut einem Bericht der Zeitung „The Irrawaddy“ vom 23. Juli 2018 reagierte die Gruppe auf ihr erneutes Verbot, indem sie Formulare an ihre Untergruppierungen im Land verschickte und sie fragte, ob die Vereinigung mit der Kampagne zum „Schutz der Rasse und

Religion“ fortfahren solle. Mit den Formularen sollte außerdem herausgefunden werden, ob die Mitglieder dem Verbot Folge leisten wollten. Das geschah, da die Vereinigung konsensbasiert arbeitet.

Ihre extremistische Haltung wird wohl am besten durch einen Bericht gezeigt, der Ashin Wirathu zitiert, einen der unverblümtesten und extremistischsten buddhistischen Mönche: „Ich warne die Menschen nur vor Muslimen. Wenn du einen Hund hast, der Fremde anbellt, die in dein Haus kommen, tut er das, um dich zu warnen. Ich bin wie dieser Hund. Ich belle.“ Religiös motivierter Nationalismus wird ungebrochen weitergehen und könnte sich gegenüber Christen sogar verstärken, da die meisten Muslime aus dem Land vertrieben wurden.

Diktatorische Paranoia und Organisiertes Verbrechen und Korruption

Die Rolle der Armee wird wahrscheinlich sowohl in der Politik als auch im Kampf gegen Aufständische weiter an Bedeutung gewinnen. Ein weiterer Anreiz, die starke Position zu behalten, liegt darin, dass die Armee in großem Maße in legalen und illegalen Handel verwickelt ist. Letzterer betrifft insbesondere die größtenteils von Christen bewohnten Gebiete wie den Kachin-Staat. Die Gewalt ist trotz aller Fortschritte hinsichtlich der Demokratisierung des Landes und Vereinbarungen zur Waffenruhe gestiegen. Es gibt viele Probleme, die friedliche Lösungen erschweren: Armeeangehörige und einige der Aufständischen aus den ethnischen Minderheiten sind in Drogenhandel und den Abbau von Rohstoffen wie Jade und Edelholz involviert. Der Aufbau von Vertrauen wird unmöglich sein, solange die Armee weiterhin die große christliche Minderheit in Kachin angreift und auch die Kämpfe in Karen andauern. Der Versöhnungsprozess ist sehr langsam und es wird befürchtet, dass er zu einem Stillstand kommt, insbesondere da alle Ressourcen der Regierung und des Militärs auf die Minderheit der Rohingya und die Arakan-Armee konzentriert sind. Die Aussichten für die Vision eines demokratischen und föderalen Staates sind nicht sehr vielversprechend. Es sollte nicht vergessen werden, dass Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi nicht die Kontrolle über das ganze Land hat, und die Armee vollkommen selbstständig handeln kann.

Kommunistische Unterdrückung

Ende 2018 blieb es schwierig, abzuschätzen, inwiefern diese Triebkraft weiterhin eine dominante Rolle in der Wa-Region spielen wird. Es wurde durch die Schließung dutzender Kirchen und Bibelschulen und die Verhaftung und Vertreibung christlicher Leiter und Studenten jedoch bereits viel Schaden angerichtet. Soviel scheint sicher: Die Wa-Region wird mit Blick auf Religion nie wieder so aussehen wie zuvor.

zurück zur Länderübersicht

Laos: Platz 20

Zusammenfassung

Die kommunistischen Behörden überwachen streng alle religiösen Aktivitäten, auch die der registrierten Kirchen. Da alle Treffen den Behörden gemeldet werden müssen, sind Hauskirchen gezwungen, im Geheimen zu agieren, da sie als „illegale Versammlungen“ betrachtet werden. Sogar von den Gemeinden der offiziell anerkannten „Lao Evangelical Church“ (LEC) haben 75% keine festen kirchlichen Strukturen und führen ihre Gottesdienste in Privatwohnungen durch. Christliche Konvertiten tragen die Hauptlast der Verfolgung. Man wirft ihnen vor, sich von der (buddhistisch-animistischen) Gesellschaft zu isolieren. Daher erleben sie Verfolgung vonseiten ihrer eigenen Familie (gemeint ist die erweiterte Familie, da der laotische Haushalt meist aus drei Generationen unter einem Dach besteht) sowie durch lokale Behörden. Beide, Familien und Behörden, hetzen die örtliche Gemeinschaft auf oder bitten örtliche religiöse Führer um Unterstützung.

Beispiele aus dem aktuellen Berichtszeitraum

- Im Berichtszeitraum zum Weltverfolgungsindex 2020 wurden mindestens fünf Hauskirchen gezwungen, ihre Treffen einzustellen, nachdem die Behörden dies angeordnet und die Ortsgemeinschaft sie bedroht hatten. Drei Hauskirchen wurden zumindest teilweise zerstört. Mindestens 12 Christen wurden in der Zeit von Weihnachten 2018 verhaftet. Drei US-amerikanische Christen wurden im April 2019 in der Provinz Luang Namtha verhaftet und nach einer Woche des Landes verwiesen, weil sie christliche Materialien verteilt hatten.
- Das „Gesetz zu Vereinigungen“ (Nr. 238) trat am 1. November 2017 in Kraft und hat seitdem das kirchliche Leben verkompliziert. Als eine direkte Folge verstärkte die Polizei den Druck auf Christen, ihre Treffen einzustellen. Das neue Gesetz schreibt Kirchen zwei Bedingungen vor, um als legal eingestuft werden: Die Kirche muss im Besitz eines registrierten Versammlungsortes für ihren Gottesdienst sein und sie braucht einen registrierten Pastor. Allerdings ist es nahezu unmöglich, diese Vorgaben zu erfüllen. Zunächst ist niemand willens, Land an eine Kirche zu verkaufen. Zweitens bestimmt das neue Gesetz, dass die Errichtung einer Kirche durch den Premierminister genehmigt werden muss. Und drittens kann Land ganz einfach von der Regierung konfisziert werden.
- Im August 2016 verabschiedete Premierminister Thongloun Sisoulith eine neue Vorschrift: Das Dekret 315 zur Lenkung und zum Schutz religiöser Aktivitäten. Dekret 315 erklärt die Regierung zur finalen Entscheidungsinstanz über die Rechtmäßigkeit religiöser Aktivitäten. Die Regierung veröffentlichte im August 2017 eine Aktualisierung, welche das Leben für Christen auch im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2020 schwer machte.

1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 72 Punkten steht Laos auf dem Weltverfolgungsindex (WVI) 2020 auf Platz 20.

Der Anstieg um einen Punkt gegenüber dem Weltverfolgungsindex 2019 ist bedingt durch einen Anstieg im Bereich Gewalt gegen Christen. Der Druck, den staatliche Behörden auf Christen ausüben und der sehr hohe Druck auf Konvertiten vonseiten der Familie, Freunde, Nachbarn und lokalen Behörden ist auf gleichem Niveau geblieben. Indem Laos hohen Druck auf Christen ausübt, folgt das Land dem Beispiel anderer Länder, die immer noch von kommunistischen Parteien regiert werden – besonders seinem großen Nachbarn, China.

2. Triebkräfte der Verfolgung

Kommunistische Unterdrückung

Laos ist eines der fünf letzten marxistisch-leninistischen Länder der Welt. Es hält standhaft an seiner kommunistischen Ideologie fest und widersetzt sich folglich jedem Einfluss, der als fremd oder westlich angesehen wird. Um die Kontrolle zu behalten, baut die kommunistische Regierung einen enormen Druck auf die Gesellschaft auf, die kleine christliche Minderheit eingeschlossen. Die Regierung hat eine negative Sicht auf Christen und betrachtet sie als Feinde und Agenten des Auslands. Der christliche Glaube wird als eine westliche Ideologie gesehen, die den Kommunismus in Frage stellt. Die laotische Regierung kontrolliert alle Informationsquellen, inklusive Zeitungen und Radio.

Ethnisch oder traditionell begründete Anfeindungen

In den Dörfern der einheimischen Stämme werden animistische und andere Stammesriten befolgt, besonders in den ländlichen Gebieten (die mindestens 60 Prozent des Landes ausmachen). Sich von den Stammesriten abzuwenden, wird als Verrat betrachtet. Dorfälteste und Familienmitglieder in einigen Landesteilen sehen es als notwendig an, Christen des Dorfes zu verweisen, da sie fürchten, dass dieser fremde Glaube die Schutzgeister des Dorfes verärgern könnte. Von lokalen Beamten ist bekannt, dass sie immer wieder Christen zwingen, ihrem Glauben abzuschwören. Dorfälteste stacheln manchmal die örtlichen Behörden an, Christen zu verhaften.

Diktatorische Paranoia

Die Regierung ist verschwiegen und niemand außerhalb des innersten Zirkels der Regierung scheint zu wissen, was wirklich vor sich geht. Die Kommunistische Partei – wenn auch keine einzelnen Mandatsträger – wird alles tun, was ihr notwendig scheint, um an der Macht zu bleiben. Christen müssen äußerste Vorsicht walten lassen, wenn sie über ihren Glauben reden. Sie müssen immer innerhalb stillschweigend verstandener Grenzen bleiben und es gibt „rote Linien“, welche die Christen nicht überschreiten sollten, um negative Reaktionen vonseiten der Behörden zu vermeiden. Lokale Beamte nutzen oft die feindselige Einstellung der Gesellschaft gegenüber Christen, um eine Überwachung zu rechtfertigen. Häufig gehen lokale Behörden stärker gegen Christen vor als die Behörden auf nationaler Ebene.

Religiös motivierter Nationalismus

Laos ist eines der fünf Länder, die der Theravada-Tradition des Buddhismus folgen, der ältesten der buddhistischen Traditionen. Der buddhistische Glaube ist tief in der Gesellschaft verankert. Nach weithin herrschender Überzeugung sind Laos und der Buddhismus untrennbar miteinander

verbunden, und der Buddhismus sollte immer die beherrschende Stellung im Land einnehmen. Das Ziel der lokalen buddhistischen Führer, ihr Land „rein“ zu halten, und das Ziel der kommunistischen Machthaber, die Kontrolle zu behalten, ergänzen einander sehr gut. Beide wollen die Gesellschaft bestimmen und Abweichungen von der Norm verhindern.

Konfessioneller Protektionismus

Die „Lao Evangelical Church“ (LEC) ist die vorherrschende kirchliche Gruppe im Land und hat bis vor kurzem die Ausbreitung anderer Denominationen blockiert. Jetzt, da andere Denominationen ins Land kommen, besonders protestantische, benutzt die Regierung die LEC, um Informationen zu sammeln und hin und wieder, um die anderen Denominationen unter Kontrolle zu halten. Allerdings gab es in jüngster Zeit eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Kirchen.

3. Verfolger

Kommunistische Unterdrückung

- **Regierungsbeamte:** Kommunistische Behördenvertreter – größtenteils auf der regionalen und lokalen Ebene – verfolgen Christen, da der christliche Glaube als Störung des dörflichen Friedens angesehen wird.
- **Politische Parteien:** Aus der Sicht von Mitgliedern der Kommunistischen Partei, wiederum vor allem auf lokaler Ebene, missachten Christen die Doktrin, dass Religion Opium fürs Volk sei; außerdem betrachten sie das Christentum als schädlichen westlichen Einfluss. Deshalb gehen sie gegen Christen vor.
- **Anführer ethnischer Gruppen und nichtchristliche religiöse Leiter:** Diese Anführer und Leiter befolgen zumindest auf dem Papier die kommunistische Doktrin. Wenn sie also Druck auf Christen ausüben, werden die Behörden sie wahrscheinlich unbehelligt lassen.
- **Christliche Leiter:** Einige Christen denken, die staatlich anerkannte LEC habe sich auf einen Kompromiss mit der Kommunistischen Partei eingelassen, weshalb sie kein verlässlicher Partner sei, mit dem man zusammenarbeiten könne. Allerdings hat die LEC immer wieder nichtregistrierte Kirchen und Gemeinden unterstützt und ihnen geholfen. Bisweilen hat sie jedoch ihre Monopolstellung ausgenutzt, etwa in der Ausbildung von Kirchenleitern.

Ethnisch oder traditionell begründete Anfeindungen

- **Die eigene (Groß-)Familie:** Sehr häufig erleben christliche Konvertiten Verfolgung durch ihre eigene Familie. Die Entscheidung, nicht mehr den üblichen, animistischen Riten zu folgen, hat weitreichende Folgen. Sie verbannt Konvertiten aus der eng verbundenen Gemeinschaft, wie sie vor allem im überwiegend ländlichen Teil von Laos zu finden ist.
- **Anführer ethnischer Gruppen und nichtchristliche religiöse Leiter:** Meist wird Verfolgung gegen Konvertiten von lokalen Anführern ethnischer Gruppen veranlasst, zum Teil auch zusammen mit Dorfältesten. Christen werden als Unruhestifter und als Gefahr für die ganze Gemeinschaft betrachtet. Daher werden sie unter Druck gesetzt, ihren „fremden“ Glauben aufzugeben, und unter Umständen, falls diese Vorgehensweise keinen Erfolg bringt, aus dem Dorf ausgeschlossen.
- **Gewöhnliche Bürger:** Der Entschluss eines Konvertiten, die Geister nicht mehr zu verehren, beeinflusst das ganze soziale Umfeld; man glaubt, der Zorn der Geister könnte sich gegen die gesamte Bevölkerung richten. Daher beobachten gewöhnliche Bürger, besonders in den

ländlichen Gegenden, die Christen misstrauisch und vertreiben sie teilweise sogar aus ihren Dörfern.

- **Regierungsbeamte:** Regierungsbeamte beteiligen sich oft am gemeinschaftlichen Vorgehen gegen Christen, indem sie Stillschweigen bewahren oder – auf lokaler Ebene – die Verfolgung unterstützen, manchmal sogar entgegen höherer Befehle.

Diktatorische Paranoia

Im Bereich der Triebkraft Diktatorische Paranoia sind die Verfolger praktisch identisch mit denen unter „Kommunistische Unterdrückung“ wie weiter oben beschrieben.

Religiöser Nationalismus

- **Regierungsbeamte:** Während Laos offiziell kommunistisch ist, folgen viele Menschen buddhistischen Ritualen, die oftmals mit animistischen Einflüssen vermischt sind. Falls Bürger nicht ohne eine Religion auskommen können, bevorzugen es Beamte, wenn sie einem einheimischen Glauben anhängen und nicht einem „fremden“ wie dem christlichen Glauben folgen.
- **Die eigene (Groß-)Familie:** Wer sich entschließt, den Buddhismus zu verlassen und sich dem christlichen Glauben zuzuwenden, der verlässt den Kreis der Familie und der Gesellschaft im Allgemeinen. Familien unternehmen daher große Anstrengungen, um Konvertiten wieder in den Schoß der Tradition zurückzubringen.
- **Anführer ethnischer Gruppen und nichtchristliche religiöse Leiter:** Christen werden wie bereits erwähnt als Gefahr für den Dorffrieden betrachtet. Daher üben diejenigen, die für die Wahrung des Friedens verantwortlich sind, Druck auf Christen aus, damit sie aufhören, Anstoß zu erregen.
- **Gewöhnliche Bürger:** Das soziale Umfeld in ländlichen Gebieten betrachtet jeden, der von der Tradition abweicht, als potenzielle Gefahr, vor allem wenn es um etwas so wichtiges wie Religion geht. Man setzt Konvertiten unter Druck, zu ihrem traditionellen Glauben zurückzukehren.

Konfessioneller Protektionismus

- **Christliche Leiter:** Es gibt Versuche von Behörden, die Aktivitäten von Hauskirchen mithilfe bestimmter registrierter Kirchen zu überwachen.

4. Regionale Brennpunkte der Verfolgung

Provinzen wie Luang Namtha, Phongsaly und Houphan im Norden und Savannakhet im Süden sind für Christen schon seit langem schwierige Orte, da hier die lokalen Behörden fest entschlossen zu sein scheinen, das christliche Zeugnis auszulöschen.

5. Betroffene Christen

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

Diese Gemeinden vermischen sich nicht mit den lokalen Gemeinden, außer in seltenen Fällen in den Städten. Zu ihnen gehören Gemeinden von Mitarbeitern im diplomatischen Dienst. Sie erleben Druck zum Beispiel durch das Überwachungssystem der Polizei.

Christen aus traditionellen Kirchen

Dazu gehören die Römisch-Katholische Kirche, die LEC und die Siebenten-Tags-Adventisten. Obwohl diese Kirchen offiziell von den Behörden anerkannt sind, werden sie überwacht und im Falle der LEC werden sie bei der Auswahl ihrer Leiter und beim Drucken christlicher Literatur eingeschränkt. Teilweise zwingt die Regierung sie dazu, nichtregistrierte Kirchen zu überwachen.

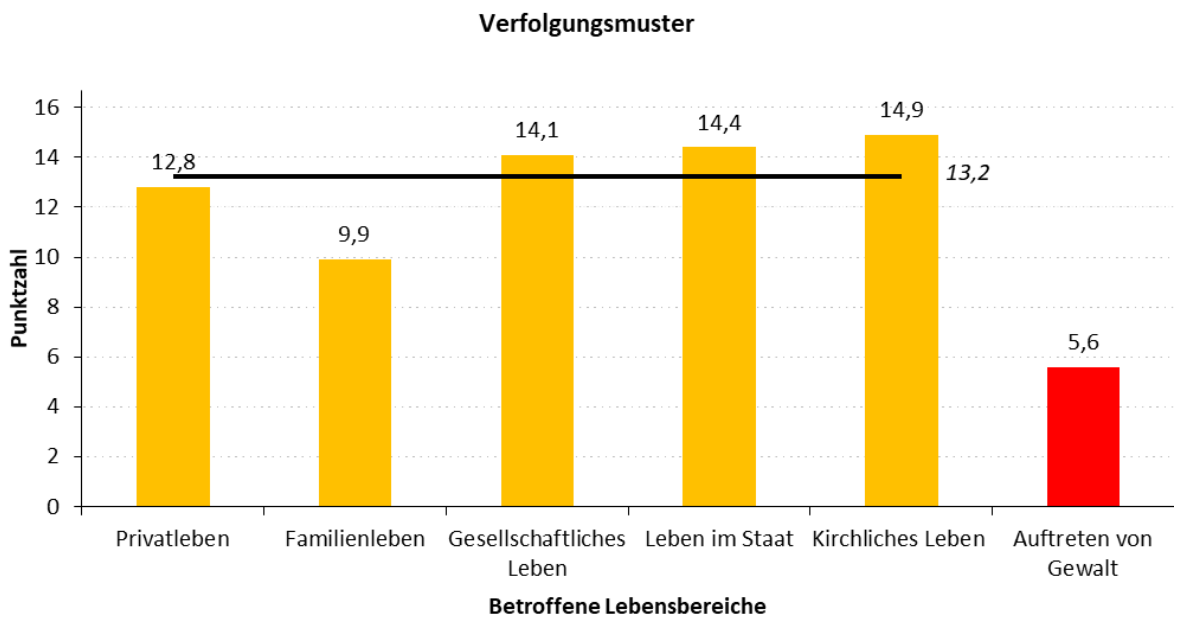
Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

Konvertiten stammen aus einem buddhistischen oder ethnisch-animistischen Hintergrund und erleben die stärkste Verfolgung, sowohl durch lokale Behörden als auch durch Familie, Freunde und Nachbarn. Da jeder Glaubenswechsel ein Indikator dafür ist, dass die Verbreitung des christlichen Glaubens zunimmt, begegnet die Regierung Bekehrungen mit großem Misstrauen.

Christen aus protestantischen Freikirchen

In Laos gibt es evangelikale, baptistische, lutherische, methodistische sowie Pfingstgemeinden und viele andere Denominationen. Da die Regierung keine „illegalen“ Versammlungen erlaubt, müssen die zuvor genannten Gruppen sich unter einer der drei von der Regierung anerkannten Kirchen registrieren. Gemeinden, die dies nicht tun, müssen sich heimlich treffen. Mitglieder dieser Gemeinden erleben Diskriminierungen auf den unterschiedlichsten Ebenen der Gesellschaft.

6. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Laos

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Der durchschnittliche Druck auf Christen in allen Lebensbereichen ist mit 13,2 Punkten sehr hoch.
- Der Druck ist in den Bereichen „Kirchliches Leben“, „Gesellschaftliches Leben“ und „Leben im Staat“ am stärksten (nämlich extrem hoch). Der Druck auf christliche Konvertiten ist besonders intensiv in den Bereichen „Privatleben“ und „Gesellschaftliches Leben“ während alle Christen hohem Druck in den Bereichen „Leben im Staat“ und „Kirchliches Leben“ ausgesetzt sind. Dieser Druck resultiert aus dem Bestreben der Behörden, den kommunistischen Werten wieder Geltung zu verschaffen und die Anzahl der Glaubenswechsel kleinzuhalten. Er spiegelt auch die Versuche der Regierung wider, an der Macht zu bleiben und alle Kräfte zu bekämpfen, die als fremd wahrgenommen werden.
- Der Wert für das „Auftreten von Gewalt“ stieg von 4,1 Punkten 2019 auf 5,6 Punkte im Weltverfolgungsindex 2020, da mehr Berichte über Angriffe und Zerstörung von Kirchen eingegangen sind.

Zu jedem der Lebensbereiche sind im Folgenden jeweils ausgewählte Teilaspekte genannt, die im betreffenden Lebensbereich für die Christen zu den gravierendsten Schwierigkeiten gehören.

Privatleben

- **Es ist für Christen riskant, über ihren Glauben mit anderen als mit ihren engsten Familienangehörigen zu sprechen:** Jede Diskussion über den Glauben kann als (Zwangs-)Bekehrung interpretiert werden, welche in Laos verboten ist. Vor allem in den Dörfern sind Christen daher sehr zurückhaltend, sich über ihren Glauben zu unterhalten – selbst im Blick auf ihre Familienangehörigen, wenn diese keine Christen sind.
- **Für Christen ist es gefährlich, sich mit anderen Christen zu treffen:** Da alle Versammlungen von der Regierung als potenziell gefährlich angesehen werden, muss jedes Treffen von den lokalen Behörden genehmigt werden. Diese versuchen jedoch, derartige Treffen zu verhindern oder erklären sie als illegal. Die meisten Dörfer werden durch einen Dorfvorsteher geleitet („pho ban“ oder „nai ban“). Ihm zur Seite stehen ein oder zwei von den Dorfbewohnern gewählte Assistenten, die alle Aktivitäten im Dorf überwachen und den Frieden bzw. die Kultur wahren sollen. Distrikt- und Provinzvorsteher nutzen manchmal ihre Position aus und bedrohen Christen wegen ihrer christlichen Aktivitäten wie Anbetung, Gebet und Bibellesen mit dem Ausschluss aus dem Dorf. Viele Laoten glauben, dass sie von „phi“ (Geistern) beschützt werden. Die Angst davor, diese Geister zu beleidigen, führt dazu, dass sich Familienmitglieder gegen Christen wenden. Oft hindern sie Christen daran, sich mit anderen Christen zu treffen oder das Haus zu verlassen.
- **Es ist für Christen riskant, christliche Bilder oder Symbole zu zeigen:** Konvertiten achten sehr genau darauf, keine Aufmerksamkeit auf ihren christlichen Glauben zu lenken, aus Furcht vor Diskriminierung, Überwachung oder Vertreibung. Die meisten Christen in den dörflichen Gebieten können keine christlichen Symbole aufstellen oder -hängen – man würde sie

beschuldigen, entweder Unglück zu bringen oder die Geister zu erzürnen; falls sie dies doch tun, droht ihnen Vertreibung.

- **Es ist gefährlich, christliches Material zu besitzen oder aufzubewahren:** Besonders für Neubekehrte ist es gefährlich, christliche Materialien aufzubewahren, da diese ihren neugefunden Glauben offenbaren würden. Es ist verboten, eine Bibel zu besitzen, die im Ausland gekauft wurde. Ebenso verboten sind Bibelübersetzungen in Stammessprachen, sofern sie nicht gesetzlich genehmigt oder im Nachbarland Vietnam erworben wurden.

Alle Christen werden streng überwacht und zeitweilig werden die registrierten Kirchen benutzt, um Christen im Auge zu behalten. Die Verbreitung von Gedankengut, welches von der Staatsideologie abweicht oder vermeintlich den nationalen Interessen und der Landeskultur zuwiderläuft, kann den Staat zu harten Maßnahmen veranlassen. Sobald Schriften mit solchem Inhalt von der Familie oder dem sozialen Umfeld entdeckt werden, werden Christen buddhistischer oder animistischer Herkunft bloßgestellt und unter Druck gesetzt, zu widerrufen. Christen mit buddhistischem oder animistischem Hintergrund müssen immer vorsichtig sein, wie sie ihren Glauben leben, besonders, wenn sie die einzigen Christen in ihrer Familie sind. In entlegenen Gebieten haben die Häuser nur einen Raum und an vielen Orten leben drei Generationen unter einem Dach. Das macht es schwierig, einen Platz zu finden, um die Bibel zu lesen, zu beten oder Gottesdienst zu feiern, ohne bemerkt und unterbrochen zu werden. Falls Christen buddhistischer oder animistischer Herkunft beim Gebet oder ähnlichen Handlungen entdeckt werden, erfahren sie sehr wahrscheinlich körperliche oder verbale Misshandlung oder werden gar aus ihren Häusern vertrieben.

Familienleben

- **Kinder christlicher Eltern werden dazu gedrängt, an nichtchristlichem Unterricht oder dem allgemeinen Religionsunterricht teilzunehmen:** Buddhistische Lehren werden oftmals als Teil der laotischen Kultur betrachtet und sind daher Teil des Lehrplans in den Schulen. In einem Fall mussten christliche Schüler an einem buddhistischen Tempelritual teilnehmen, das sich mit ihrem christlichen Glauben nicht vereinbaren ließ. Kindern aus christlichen Familien wurde sogar wegen ihres Glaubens die Aufnahme in bestimmte Schulen verweigert. Einigen wurde vom Lernen abgeraten, da sie ohnehin keine Aussicht hätten, in Zukunft eine Arbeit zu finden, falls sie Christen blieben.
- **Christliche Taufen werden be- oder verhindert:** Taufen können nur unter größtmöglicher Vorsicht durchgeführt werden, vor allem in ländlichen Gebieten. Selbst der LEC bleibt es verwehrt, Taufen offen durchzuführen.
- **Wegen des christlichen Glaubens ihrer Eltern werden Kinder diskriminiert oder schikaniert:** Zu dem bereits Erwähnten ist hinzuzufügen, dass Kinder aus christlichen Familien manchmal auch durch Druck zum Abbrechen der Schule gedrängt werden. Aber selbst, wenn sie den Unterricht weiterhin besuchen, sind sie häufig dem Mobbing von Mitschülern ausgesetzt, weil sie als „anders“ gelten.
- **Beerdigungen von Christen wurde verhindert oder zwangsweise nach nichtchristlichen Riten durchgeführt:** Beerdigungen im dörflichen Umfeld der Stammesgebiete beinhalten üblicherweise animistische Praktiken. Um nicht die Geister zu erzürnen und dadurch Krankheit und Unfälle über das Dorf zu bringen, müssen die Verstorbenen „auf die richtige Art“ beerdigt werden. Dies gilt auch für Christen. Zudem ist es für Christen buddhistischer Herkunft generell schwierig, sich buddhistischen Praktiken bei den Beerdigungszeremonien zu entziehen.

Christen erleben manchmal, dass ihre Dokumente und persönlichen Unterlagen zur Familie (in Karten- oder Buchform) konfisziert werden. Dadurch wird die Registrierung von Familienereignissen wie Geburten, Hochzeiten oder Todesfälle unmöglich. Immer wieder verweigern Dorfälteste Christen ein Empfehlungsschreiben, das zur Ausstellung eines Familienstammbuches benötigt wird, mit der Begründung, die betreffende Familie sei zum Christentum übergetreten. In einigen Landesteilen werden Hochzeiten von Christen verhindert oder nicht zugelassen. Familien üben Druck auf christliche Konvertiten aus, indem sie mit Ehescheidung oder dem Entzug der Erbrechte (wenn sie verheiratet sind) drohen.

Gesellschaftliches Leben

- **Christen wird der Zugang zu kommunalen Institutionen aufgrund ihres Glaubens verwehrt:** Mindestens alle drei Monate finden Versammlungen der kommunalen Gemeinde statt, wovon die Christen systematisch ausgeschlossen werden. Die lokalen Behörden nutzen diese Versammlungen auch, um regelmäßig vor der Gefahr zu warnen, die von Christen ausgeht und um der Ortsgemeinschaft davon abzuraten, die Christen zu unterstützen. Sogar in der Hauptstadt Vientiane werden Christen von derartigen Versammlungen üblicherweise ausgeschlossen.
- **Christen werden am Arbeitsplatz im öffentlichen oder privaten Bereich aus religiösen Gründen diskriminiert:** Es gab Fälle, dass Christen auf Grund ihres Glaubens eine Arbeitsstelle verweigert wurde und christliche Geschäftsleute diskriminiert wurden. Die Einstellung von Mitarbeitern geschieht normalerweise auf Empfehlungsbasis und Laoten empfehlen für gewöhnlich jemand aus ihrer eigenen Familie. Auf diese Weise bleiben Christen von den meisten Arbeitsstellen ausgeschlossen. Und falls sie doch eingestellt werden, verbergen sie meist ihren Glauben, aus Angst vor Diskriminierung und Missbrauch. Für den Weltverfolgungsindex 2020 gab es Berichte, wonach christliche Fabrikarbeiter aufgrund ihres christlichen Glaubens entlassen wurden. In einem anderen Fall blieb christlichen Landarbeitern ihr Tageslohn verwehrt, weil dieser vom Dorfältesten einbehalten wurde.
- **Christen stehen durch ihr soziales oder privates Umfeld unter Beobachtung:** Provinzen wie Luang Namtha, Phongsaly und Houphan im Norden und Savannakhet im Süden sind für Christen bereits in der Vergangenheit schwierige Orte gewesen, da hier die lokalen Behörden fest entschlossen zu sein scheinen, das christliche Zeugnis auszulöschen. Der christliche Glaube wird als westlich angesehen, als eine Gefahr für die kommunistische Ideologie und den Staat. Das soziale Umfeld hilft häufig bei der Überwachung christlicher Aktivitäten.
- **Christen werden aufgrund ihres Glaubens zu Geldstrafen verurteilt:** Lokale Behörden verhängen Geldstrafen gegen Christen für illegale Treffen. In einigen Fällen wurden die Besitztümer von Christen (z. B. Autos und technische Ausrüstung) beschlagnahmt. Christen werden häufig Opfer von Erpressung. Pastoren sehen sich genötigt, zu Weihnachten den Behörden ungefragt Geschenke zu geben, um sich mit ihnen gut zu stellen. Anträge auf jegliche Art von behördlichen Dokumenten können zusätzliche Gebühren für Christen mit sich bringen. Wenn Christen inhaftiert sind, wird erwartet, dass sie vor ihrer Entlassung eine Geldstrafe bezahlen. Das Gleiche gilt, wenn sie konfiszierte Gegenstände zurückerhalten wollen.

Das soziale Umfeld erwartet, dass Christen an buddhistischen und animistischen Zeremonien teilnehmen. Die grundlegende Zeremonie ist ein öffentliches Ereignis, bei dem die Geister herbeigerufen werden; den geehrten Personen werden Wohlergehen, Glück und Gesundheit zugesprochen. Die Zeremonie dient dazu, die Geister zur Rückkehr in ihre Behausung zu bewegen und

das Gleichgewicht im Dorf wiederherzustellen. Ein weißer Faden um das Handgelenk soll den Schutz vor Geistern sicherstellen. Die Christen sind bestrebt, sich von derartigen Zeremonien in Zusammenhang mit der Geisterwelt fernzuhalten. Das erzeugt jedoch oft Spannungen im Dorf, da Dorfälteste und Nachbarn von allen Mitgliedern der Dorfgemeinschaft erwarten, dass sie an den Zeremonien teilnehmen. Anderenfalls fürchten sie, von den Geistern verflucht zu werden. Falls die Christen sich also standhaft weigern, den Zeremonien beizuwohnen, wird ein Mönch oder ein geistlicher Leiter beauftragt, sie zu verfluchen.

Christen wirft man vor, Zwiespalt zu säen; sie werden meist als Abweichler von der Norm gesehen. Christliche Familien, die aus ihren Dörfern verbannt wurden, berichten immer wieder von Nachbarn, die auch Christen werden wollten. Wenn ihnen jedoch bewusst wird, welche negativen Konsequenzen der christliche Glaube für ihr Leben in der Gemeinschaft hätte, zögern sie. Kommunistische Führer fürchten die Ausbreitung des christlichen Glaubens und bezeichnen ihn als westliche Ideologie, die die Nation schwächen würde. Diese negative Sicht auf den christlichen Glauben führt dazu, dass Hilfeleistungen verzögert, Drohungen ausgesprochen und Restriktionen durch die Gesellschaft und die örtlichen Behörden auferlegt werden.

Leben im Staat

- **Die Verfassung oder eine vergleichbare nationale Gesetzgebung schränkt die Religionsfreiheit gemäß Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte ein:** Artikel 9 der Verfassung (in der geltenden Fassung von 2003) betont die Pflicht des Staates, alle Religionen zu respektieren und zu schützen, insbesondere Buddhisten und Mönche. Artikel 43 besagt zudem, dass laotische Bürger das Recht und die Freiheit haben, an eine Religion zu glauben oder auch nicht. Dennoch wurde seit der Veröffentlichung des Dekrets 92 im Jahr 2002 diese Regelung der Religionsausübung missbraucht, um die tatsächliche Wahrnehmung der Religionsfreiheit zu erschweren. Das Dekret verlangt eine vorherige Zustimmung der Regierung zu jeder Form religiöser Aktivität. Ohne diese Zustimmung wird jegliche Aktivität als illegal betrachtet. Der Wechsel zu einem neuen Glauben, christliche Verkündigung und kirchliche Aktivitäten erfordern alle die Zustimmung der Regierung. Basierend auf den Erfahrungen von christlichen Leitern erteilt die Regierung diese Zustimmung äußerst selten. Das Dekret 92 wurde im August 2016 durch das Dekret 315 ersetzt, welches die Rolle der Regierung als oberste Entscheidungsinstanz über die Zulässigkeit religiöser Aktivitäten definiert. Im August 2017 veröffentlichte die Regierung schließlich eine Aktualisierung, genannt das „Gesetz für Vereinigungen“, welches am 15. November 2017 in Kraft trat und weitere Restriktionen und Probleme für Christen mit sich brachte. Das neue Gesetz – welches auch für Hilfsorganisationen gilt – schreibt zwei Bedingungen vor, um als legal eingestuft werden: Die Kirche muss im Besitz eines registrierten Versammlungsortes für ihren Gottesdienst sein und sie braucht einen registrierten Pastor. Allerdings ist es nahezu unmöglich, diese Vorgaben zu erfüllen.
- **Christen erleben Einschränkungen in der öffentlichen Meinungsäußerung:** Dem vom US-Außenministerium herausgegebenen Bericht zur internationalen Religionsfreiheit für 2018 zufolge gaben „religiöse Gruppen ... an, dass Beamte der Provinzregierung ihre Leiter aufforderten, keine Beschwerden an Ausländer weiterzugeben, im Austausch gegen mehr Religionsfreiheit. Berichten religiöser Gruppen zufolge hat die Zentralregierung ihre Bemühungen fortgesetzt, Personen, die verhaftet, ausgewiesen, bestraft, benachteiligt oder auf andere Weise Opfer von Missbrauch wegen ihrer religiösen Ansichten geworden waren,

aus dem Blickfeld internationaler Beobachter zu halten." Die öffentliche Äußerung religiöser oder anderer, vom Denken der Regierung abweichenden Ansichten hat einen hohen Preis.

- **Christliche zivilgesellschaftliche Organisationen oder politische Parteien werden behindert oder verboten:** Es gibt in Laos keine unabhängige Zivilgesellschaft. Die Regierung verbietet alle Parteien, mit Ausnahme der Kommunistischen Partei. Zivilgesellschaftliche Akteure und Nichtregierungsorganisationen müssen amtlich eingetragen werden und dürfen keine religiöse Basis und kein Glaubensbekenntnis haben.
- **Wer Christen Schaden zufügt, wird bewusst von der Strafverfolgung ausgenommen:** In ländlichen Gebieten fungiert der Dorfälteste auch als Richter. Viele Christen finden sich in einer hoffnungslosen Situation wieder: Denn wenn sie Verfolgung erleben und diese bei den Behörden melden, geschieht entweder nichts oder die Verfolgung intensiviert sich noch, was meist dazu führt, dass sie das Dorf verlassen müssen. Beamte, die Christen verfolgen, bleiben häufig unbestraft. Selbst als Diplomaten in Vientiane diese Situation und solche Fälle von Machtmissbrauch bei laotischen Behörden vorbrachten, wurden keine Maßnahmen gegen die Täter ergriffen.

Für den Besuch einer anderen Provinz benötigt man eine Genehmigung des Leiters der eigenen Provinz und der Provinz, die man besuchen möchte. Solch eine Genehmigung für Gemeindetätigkeiten zu bekommen, ist nahezu unmöglich. Folglich müssen Christen diese Besuche ohne Genehmigungen durchführen, was das Risiko von Geldstrafen, Verhaftung oder Vertreibung mit sich bringt. Die Medien stellen die Christen weiterhin als Überbleibsel der Kolonialzeit und ein Ärgernis für die Geister dar.

Kirchliches Leben

- **Kirchliche Aktivitäten werden überwacht, behindert, gestört oder blockiert:** Alle kirchlichen Aktivitäten werden überwacht. Die Geheimpolizei besucht Gottesdienste, hält Besucherzahlen fest, verfasst Notizen zu den Predigten und protokolliert die Vorgänge. Gottesdienste in staatlich anerkannten Kirchen werden nur selten behindert, unterbrochen oder blockiert. Der vom US-Außenministerium herausgegebene Bericht zur internationalen Religionsfreiheit für 2018 stellt fest: „Geistliche Amtsträger erklärten, wenngleich Dekret 315 religiöse Rechte zu umreißen half, so erlegte es gleichzeitig Forderungen auf, die viele religiöse Gruppen als lästig, unrealistisch und die Religionsausübung einengend empfanden." In städtischen Gebieten ist die Regierung etwas toleranter, was die Religionsausübung betrifft, hat aber in ländlichen Gebieten oft hart durchgegriffen. So griffen lokale Behörden und die Polizei häufig an mehreren Orten in das Recht ein, Gottesdienst zu feiern, und sind gut darüber informiert, welche Gruppen sich wann zum Gebet treffen.
- **Kirchen werden daran gehindert, christliche Aktivitäten außerhalb von Kirchengebäuden zu organisieren:** Diesbezüglich ist die Regierung sehr vorsichtig und verweigert Genehmigungen für christliche Aktivitäten außerhalb von Kirchengebäuden. Eine Antragstellung dazu kann sogar zu Einschüchterungen und Geldstrafen vonseiten der Regierung führen, wenn diese dahinter Evangelisationsversuche vermutet. Der vom US-Außenministerium herausgegebene Bericht zur internationalen Religionsfreiheit für 2018 erklärt: „Mit vorheriger Genehmigung und der Auflage, nicht offen zu evangelisieren, wurde es laotischen und ausländischen Christen das zweite Jahr in Folge von den Regierungsbehörden erlaubt, eine öffentliche, religiöse Open-Air-Musikveranstaltung zu organisieren. Das ‚Vientiane Internationale Gospelmusik Festival' fand vom 2. bis 4. November 2018 in einem Einkaufszentrum im Zentrum von Vientiane statt. Es traten einheimische und ausländische Künstler und Musikgruppen auf. Laut Aussagen von

LEC-Vertretern wurde den Veranstaltern jedoch von der Regierung mitgeteilt, es sei das letzte Mal gewesen, dass sie eine Zulassung für das Festival bekommen hätten. Die LEC-Vertreter fügten hinzu, das Wort ‚Gospel' sei nicht in laotischer Sprache und nur in englischen Materialien verwendet worden."

- **Christliche Predigten, Unterricht und/oder Publikationen werden überwacht:** Behörden überwachen nicht nur die Besucherzahlen, sondern auch die Lehre in den Kirchen. Jede Aussage, die auch nur vage politische Anklänge hat, kann zu Schwierigkeiten für die Kirche führen. Was gedruckte Materialien angeht, kann die Regierung deren Vernichtung anordnen, wenn sie als Bedrohung für die nationale Sicherheit erachtet werden. Örtliche Behörden stürmten mehrfach Kirchen und konfiszierten Bibeln und andere christliche Literatur. Gemeinden müssen detaillierte Berichte übermitteln, um Genehmigungen für ihre Treffen und Gottesdienste zu erhalten.
  Gemeindeleiter und Pastoren werden häufig Opfer von willkürlichen Verhaftungen, Gewahrsam, Entführungen und teilweise Folter. Die Überwachung ist allgegenwärtig; Pastoren werden vielfach zu den örtlichen Polizeistationen gerufen, nur um dort beschimpft und eingeschüchtert zu werden. Das Problem liegt vor allem bei den Stadtverwaltungen und Regionalregierungen. Diese und lokale Regierungsbeamte nehmen Pastoren und Leiter und deren Familien ins Visier, um sie davon abzuhalten, den christlichen Glauben zu verbreiten.
- **Kirchen werden daran gehindert, christliche Materialien zu importieren:** Alle christliche Literatur, die veröffentlicht (oder legal importiert) wird, muss sowohl von der Regierung als auch der LEC zugelassen werden. Die Regierung kontrolliert alle schriftlichen Materialien, die in großen Mengen und zu religiösen Zwecken veröffentlich werden. Sie verbietet außerdem den Import und Export von allen nichtzugelassenen gedruckten oder elektronischen religiösen Materialien.

Dorfgemeinschaften hindern Gemeinden oft daran, Gottesdiensträume zu bauen und einzurichten. Von Zeit zu Zeit setzen sie auch Gewalt ein, um die Errichtung einer Kirche zu verhindern. Äußerst umfangreiche Verwaltungsvorgaben müssen erfüllt werden, bevor eine Kirche gebaut werden kann. Dies gilt besonders für die nördlichen Provinzen. In einigen ländlichen Gebieten ist sogar ein lokaler leitender Beamter verpflichtet, an Gottesdiensten teilzunehmen, um die Christen zu überwachen. Selbst von den Gemeinden der offiziell anerkannten LEC verfügen 75% über keine festen kirchlichen Strukturen und führen ihre Gottesdienste laut dem Landesbericht 2017 des US-Außenministeriums in Privatwohnungen durch. Seit Inkrafttreten des Gesetzes für Nichtregierungsorganisationen im Jahr 2014 überwacht die Regierung zunehmend die gemeinnützigen Aktivitäten christlicher Organisationen im Land. Das „Gesetz zu Vereinigungen", in Kraft seit November 2017, gibt der Regierung mehr Möglichkeiten, Kirchen und besonders ihre Bemühungen, das Umfeld zu erreichen, einzuschränken. Die Überwachung ist allgegenwärtig.

Auftreten von Gewalt

- Es gab mehrere Fälle, bei denen Christen angegriffen und aus ihren Dörfern und Gemeinschaften vertrieben wurden, weil man ihnen „Evangelisation" vorwarf.
- Mindestens 12 Christen wurden um Weihnachten 2018 in Haft genommen. Drei US-amerikanische Christen wurden im April 2019 in der Provinz Luang Namtha verhaftet und nach einer Woche des Landes verwiesen, weil sie christliche Materialien verteilt hatten. Es gab außerdem Berichte, wonach Christen der Hmong-Minderheit verhaftet und festgehalten wurden.

- Berichten zufolge wurden in den Provinzen Bokeo, Luang Prabang und Luang Namtha Kirchengebäude angegriffen und einige zerstört. Aus Sicherheitsgründen kann keine weitere Auskunft dazu gegeben werden.
- In einigen Fällen wurden Christen ihre Felder weggenommen, wodurch sie und ihre Familien faktisch von jeder Unterhaltsquelle abgeschnitten wurden.

7. Verfolgungssituation für Männer und Frauen

Wie Frauen Verfolgung erfahren:

- Verweigerung des Zugangs zu christlichen Materialien
- Ausschluss aus der Gemeinschaft
- Zwangsscheidung
- Zwangsverheiratung
- Erzwungene Flucht aus Stadt oder Land
- Inhaftierung durch die Regierung
- Körperliche Gewalt
- Sexuelle Gewalt

Obwohl Männer und Frauen in Laos tendenziell in ähnlichem Maß Druck und soziale Ausgrenzung erfahren, sind Frauen in einigen Bereichen besonders gefährdet. Christinnen stehen in der Gefahr geschlagen, vergewaltigt oder sexuell belästigt zu werden. Wenn dies geschieht, werden solche Fälle für gewöhnlich nicht offen verhandelt, vor allem aufgrund der Scham aufseiten der Opfer.

Da Frauen in Laos formell keine Leitungspositionen innehaben, sehen sie sich mit eher verborgenen Formen der Verfolgung konfrontiert, etwa mit sozialer Isolation oder Zwangsheirat, eine immer noch übliche Praxis in laotischen Stammesgruppen. Es wird davon ausgegangen, dass diese Eheschließungen sowohl kulturelle als auch religiöse Motive haben. Konvertitinnen werden gezwungen nichtchristliche Ehepartner zu heiraten, in der Hoffnung, sie würden ihrem christlichen Glauben den Rücken kehren.

In laotische Familien sind Männer üblicherweise die Hauptverdiener, gleichzeitig sind sie am stärksten von Haftstrafen für Christen betroffen. Darunter leiden ihre Frauen sowohl emotional als auch wirtschaftlich. Die Familien müssen für gewöhnlich größere Geldsummen für die Freilassung zahlen, was sie finanziell zusätzlich lähmt. Ohne ihren Ehemann liegt es allein bei der Frau, ihre Familie zu versorgen oder Obdach zu finden, für den Fall, dass der Dorfälteste sie aus dem Dorf vertreibt. Dabei sind Frauen nicht von Verhaftungen ausgenommen. Eine ältere Frau wurde im Dezember 2018 inhaftiert.

Wie Männer Verfolgung erfahren:

- Wirtschaftliche Schikane durch Geldstrafen
- Wirtschaftliche Schikane im Berufs-/Geschäftsleben
- Verhaftung
- Zwangsrekrutierung zum Militärdienst
- Körperliche Gewalt

Leitende Gemeindemitarbeiter, in Laos überwiegend Männer, zählen zu den Hauptzielen der Verfolgung. Pastoren sind besonders gefährdet, wenn Kirchen angegriffen oder Christen inhaftiert

werden. Um ihre Freilassung zu erreichen, muss die Familie oder die Gemeinde vielfach beträchtliche Summen bezahlen. Der ökonomische Druck, den diese Bußgelder verursachen, aber auch die Abwesenheit des Pastors, schwächt und ängstigt die Gemeinden. Auch die Familien werden durch diese Verhaftungen in Mitleidenschaft gezogen, da in Laos immer noch vorwiegend die Männer für das Auskommen der Familie sorgen. Gemeindeleiter berichten von rigoroser und entwürdigender Behandlung in Haft.

Christliche Männer sind auch am Arbeitsplatz Verfolgung und ungerechter Behandlung ausgesetzt, wodurch der ökonomische Druck zusätzlich erhöht wird. Arbeitsstellen, beispielsweise in der Regierung oder dem Militär, bleiben ihnen verwehrt, manche verlieren ganz ihren Arbeitsplatz. In der militärischen Ausbildung wird allen Soldaten eingebläut, allein der Kommunistischen Partei gegenüber loyal zu sein und die Feinde der Partei zu hassen. Zu diesen Feinden zählen Gruppen, welche die Kultur und Traditionen in Laos zu ändern drohen – darunter auch der christliche Glaube, der als westliche und unwillkommene Religion betrachtet wird.

8. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Dekret 315, von der laotischen Regierung umgesetzt (siehe „Leben im Staat“), hat nicht nur für Christen Konsequenzen, sondern auch für andere religiöse Gruppen wie Buddhisten oder Animisten. Buddhisten haben teilweise Probleme bei der Registrierung von Mönchen, besonders wenn sie sich außerhalb der regulären Lehre des Buddhismus bewegen. Unter den ethnischen Gemeinschaften sind es die Hmong (welche entweder Christen oder Animisten sind), die von der Regierung am stärksten unter Druck gesetzt werden. Muslime, Hindus und Bahai stellen winzig kleine Minderheiten in dem Land dar. Es gab keine Berichte über die Verfolgung von Anhängern dieser Religionen.

9. Der Ausblick für Christen

Kommunistische Unterdrückung in Verbindung mit Diktatorischer Paranoia

Es werden keine Initiativen geduldet, die nicht durch die kommunistischen Behörden kontrolliert werden können. Dies wird auch in Zukunft weiterhin für die christliche Minderheit gelten und spiegelt die ungebrochene Macht der Kommunistischen Partei in Laos wider. Die Behörden gehen weiterhin rigoros gegen jede als Abweichung oder als anders wahrgenommene Meinung vor, den christlichen Glauben eingeschlossen.

Religiös motivierter Nationalismus

Laos ist eines der wenigen buddhistischen Länder der Welt. Den Glauben zu verlassen bedeutet, die Gemeinschaft zu verlassen und sich zu isolieren. Dies wird sich in den nächsten Jahren nicht ändern.

Ethnisch oder traditionell begründete Anfeindungen

Die Angst vor den Geistern durchdringt und dominiert das Leben der meisten Laoten, besonders in den ländlichen Gegenden. Wer sich weigert sie zu verehren, schließt sich nicht nur selbst aus der Gemeinschaft aus, sondern wird auch beschuldigt, Unheil und die Rache der Geister über die ganze Gemeinschaft zu bringen. Dieser Glaube und die daraus resultierende Verfolgung von christlichen Konvertiten werden sich in absehbarer Zeit nicht ändern.

zurück zur Länderübersicht

Vietnam: Platz 21

Zusammenfassung

Christen aus traditionellen Kirchen wie Katholiken genießen ein gewisses Maß an Freiheit, es sei denn, sie werden politisch aktiv, was zu Verhaftungen führen kann. Immer wieder werden große Grundstücke katholischer Gemeinden (z. B. um Klöster, Schulen oder Krankenhäuser) durch staatliche Stellen konfisziert, um dort zu bauen. Sowohl Christen aus protestantischen Freikirchen als auch Christen, die früher traditionellen einheimischen Religionen folgten, werden stärker verfolgt, besonders, wenn sie in den dörflichen Regionen in Zentral- und Nordvietnam leben. Die meisten von ihnen gehören zu den ethnischen Minderheiten des Landes (wie den Hmong) und sind mit sozialer Ausgrenzung, Diskriminierung und gewalttätigen Angriffen konfrontiert. Manchmal werden ihre Häuser zerstört und sie werden gezwungen, ihr Dorf zu verlassen. Mehrfach flohen Christen ins Ausland und baten um Asyl, z. B. im benachbarten Kambodscha, aber sie wurden auf den Druck Vietnams hin wieder zurückgeschickt.

Beispiele aus dem aktuellen Berichtszeitraum

- Im Januar 2019 zerstörten die Behörden Häuser im Besitz von Katholiken und ein Heim für Kriegsveteranen, das von der Katholischen Kirche nahe Ho-Chi-Minh-Stadt betrieben wurde. Im Dezember 2018 und im März 2019 führten die Behörden Razzien in verschiedenen Hausgemeinden in mehreren Provinzen durch und verboten Pastoren und Gemeindemitgliedern, sich weiterhin zu treffen. Bei mehreren anderen Vorfällen wurden katholische Gemeinden und Klöster in Hanoi, Hue und Ho-Chi-Minh-Stadt angegriffen und unter Druck gesetzt, den Abriss und die Enteignung ihres Landes zu akzeptieren, teilweise durch von der Regierung angeheuerte Schläger.
- Christliche Kinder aus ethnischen Minderheiten werden in Schulen diskriminiert und bekommen nicht die gleiche Aufmerksamkeit wie andere; außerdem werden ihre medizinischen Bedürfnisse oft ignoriert. Einige können wegen ihres christlichen Glaubens noch nicht einmal eine Schule besuchen. Als Schüler aus einem Stamm im zentralen Hochland Christen wurden, drohte ihnen ihr Schuldirektor damit, sie der Schule zu verweisen. Lehrer versuchen auch, christliche Schüler zu entmutigen, indem sie ihnen sagen, dass sie als Christen nach ihrem Abschluss ohnehin keine Anstellung fänden; daher sei es besser, dass sie ihren Glauben aufgäben.

---

1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit 72 Punkten steht Vietnam auf Platz 21 des Weltverfolgungsindex 2020, gegenüber 70 Punkten und Platz 20 auf dem Weltverfolgungsindex 2019.

Die Punktzahl für das „Auftreten von Gewalt“ stieg im Berichtzeitraum um 0,7 Punkte an, der Druck in nahezu allen Lebensbereichen nahm leicht zu. Die neuen Vorschriften zur Religion, die seit dem 1.

Januar 2018 umgesetzt werden, haben nichts Entscheidendes geändert, außer dass sie eine neue Quelle der Unsicherheit geschaffen haben (obwohl sie auf dem Papier wie eine Verbesserung aussahen). Strengere Regulierungen der Online-Kommunikation haben dazu beigetragen, die Freiheiten von Christen weiter einzuschränken. Druck auf und Gewalt gegen Christen aus ethnischen Minderheiten gehen unvermindert weiter und es bleibt schwierig, Berichte aus diesen Regionen zu bekommen.

Die 39 vietnamesischen Flüchtlinge, die im Oktober 2019 außerhalb von London erstickt und erfroren gefunden wurden, waren größtenteils Katholiken aus Nghe An und benachbarten Provinzen. Dieser Vorfall unterstreicht den Druck, den Behörden auf Christen in dieser Region aufbauen, obwohl diese spezifische Gruppe wohl hauptsächlich aus wirtschaftlichen Gründen geflohen ist.

2. Triebkräfte der Verfolgung

Kommunistische Unterdrückung, in Verbindung mit Diktatorischer Paranoia

Vietnam – oder wie der offizielle Name lautet: die „Sozialistische Republik Vietnam“ – ist eines der fünf Länder, die immer noch von einer kommunistischen Partei regiert werden. Der vietnamesische Kommunismus ist mehr als nur Schein, wie ein Beobachter bemerkte, als er sagte, dass die marxistisch-leninistische Ho-Chi-Minh-Ideologie „quasi-religiös“ befolgt werde. Die Regierung überwacht christliche Aktivitäten und übt einen hohen Druck auf alle Christen aus.

Die Katholische Kirche ist mit Abstand die größte christliche Gemeinschaft im Land. Aber die Regierung hat eine angespannte Beziehung zu ihr, da Katholiken mit einer fremden Macht, dem Vatikan, verbunden sind und darüber hinaus oft als Überbleibsel aus der französischen Kolonialzeit gesehen werden. Vorurteile wie „Katholiken sind französisch und Protestanten amerikanisch“ halten sich weiterhin, besonders in den ländlichen Regionen. Die Enteignung von Kirchenland und der Umstand, dass besonders Katholiken darin aktiv sind, soziale Ungerechtigkeiten hervorzuheben, unterstreicht die schwierige Beziehung zwischen den kommunistischen Führern und der Katholischen Kirche. Besonders misstrauisch ist die Regierung gegenüber den Minderheiten, die im zentralen und nördlichen Hochland leben und als „Montagnards” bekannt sind. Viele von ihnen sind evangelische Christen und Berichten zufolge hat sich ihr Wachstum fortgesetzt. Anzumerken ist, dass sich alle nicht-katholischen Christen in Vietnam als „evangelikal" bezeichnen, viele von ihnen sind charismatische oder Pfingstgemeinden.

Es wird geschätzt, dass zwei Drittel aller protestantischen Christen Mitglieder ethnischer Minderheiten sind; darunter Minderheiten aus dem nordwestlichen Hochland (wie die Hmong, Dzao, Thai und andere) und dem zentralen Hochland (unter anderem Ede, Jarai, Sedang und Mnong). In einer Rede vom Februar 2012, in der er die Ziele der Regierung hinsichtlich ihrer Religionspolitik zusammenfasste, forderte Premierminister Nguyen Xuan Phuc eine strengere Überwachung von Angelegenheiten mit Bezug zu Land- und Besitzrechten und drang darauf, den Protestantismus durch die Regierung weiterhin zu „managen“, um dessen ungewöhnliches Wachstum einzudämmen. Weiterhin betonte der Premierminister die Notwendigkeit, die Entstehung von „religiösen Brennpunkten“ zu verhindern und „gegnerischen Kräften“ entgegenzutreten, die Religion benutzten, „um unsere Nation zu zerstören“. Diese Gegenmaßnahmen beinhalten den Gebrauch von Gewalt, entweder explizit durch Polizeirazzien oder implizit durch die (stille) Zustimmung bei Gewalt gegen religiöse Gemeinschaften und Einrichtungen (was auch den Einsatz von gewaltbereiten kriminellen Gruppen umfasst).

Obwohl das neue Religionsgesetz, das am 1. Januar 2018 in Kraft getreten ist, auf dem Papier einige Verbesserungen gebracht hat, zeigte seine Umsetzung vor Ort bisher keine Erleichterung. Da das vorrangige Ziel der kommunistischen Behörden darin besteht, alle Gruppen und Organisationen in Schach zu halten, um die eigene Macht zu erhalten, sind keine großen Veränderungen zu erwarten. Die Registrierung und der Betrieb von christlichen Kirchen werden mindestens so umständlich bleiben, wie sie es heute schon sind. Auch wird das Reden über den eigenen Glauben gefährlich bleiben, besonders für die Christen aus den ethnischen Minderheiten, die unter strenger Beobachtung der Behörden stehen.

Ethnisch oder traditionell begründete Anfeindungen

Wenn Dorfbewohner oder Dorfälteste herausfinden, dass jemand Christ geworden ist, zwingen sie ihn dazu, den jahrhundertealten Werten und Normen der Gemeinschaft wieder zu folgen. Um die Kultur des Stammes zu bewahren, verstoßen Stammesführer oft die Christen aus den Gemeinschaften, da sie diese als Verräter ihrer Kultur und Identität betrachten. Die Gemeinschaft selbst reagiert ebenfalls oft gewalttätig auf diese Christen und schließt sie aus den Dörfern aus. Die Behörden arbeiten mit den lokalen Stammesführern zum Nachteil der christlichen Konvertiten zusammen.

3. Verfolger

Ausgehend von Kommunistische Unterdrückung

- **Regierungsbeamte und politische Parteien:** Die Regierung verfolgt Christen auf der nationalen, regionalen und lokalen Ebene. Die Kommunistische Partei tut dies oft, indem sie die Ideologie strikt umsetzt und diejenigen belohnt, die den Kommunismus hochhalten.
  Gesetze werden erlassen, dann lokal angewendet und nicht selten missinterpretiert, indem sie noch strikter umgesetzt werden. Wenn die Regierung Gewalt als geboten ansieht, bevorzugt sie es oft, lokale Schläger anzuheuern, die nicht in direkter Verbindung mit ihr stehen, aber auf lokaler Ebene als „Rote-Flagge-Gruppen“ bekannt sind.
- **Anführer ethnischer Gruppen:** Hin und wieder können Stammesführer, gewöhnliche Bürger und selbst die eigene Familie zu weiteren Verfolgern werden. Dies steht aber zumeist mit „Ethnisch oder traditionell begründeten Anfeindungen“ im Zusammenhang und nicht mit „Kommunistischer Unterdrückung“.

Ausgehend von Ethnisch oder traditionell begründeten Anfeindungen

- **Großfamilie:** Nichtchristliche Verwandte agieren als Verfolger, indem sie die Familienbande kappen und Erbschaften verweigern; in manchen Fällen werden christliche Ehepartner zur Scheidung gezwungen und ihnen wird das Sorgerecht für die Kinder vorenthalten. All dies wird normalerweise zuerst angedroht, um den christlichen Konvertiten zurück in die Familie zu bringen, aber wenn die Drohung nicht zum erwünschten Erfolg führt, kann der Christ aus der Familie und dem Dorf vertrieben werden. Dorfbewohner verfolgen Christen – auch in Zusammenarbeit mit lokalen Behörden –, indem sie Christen verprügeln, sie aus ihren Dörfern vertreiben oder christliche Versammlungen stören, indem sie beispielsweise Steine auf die Versammlungsorte werfen.
- **Anführer ethnischer Gruppen:** Stammesführer sehen Christen als Verräter der Stammesidentität an. Um die Stammeskultur zu schützen, schneiden sie die Christen von der

Versorgung ab oder werfen sie aus dem Dorf, zerstören ihre Felder und Ähnliches, um sie zu ihrem angestammten Glauben zurückzubringen.

4. Regionale Brennpunkte der Verfolgung

Die Verfolgung von Christen unter den ethnischen Minderheiten ist besonders stark im zentralen und nordwestlichen Hochland in den folgenden Provinzen: Bac Giang, Bac Ninh, Bin Phuoc, Dak Lak, Dak Nong, Dien Bien, Gia Lai, Ha Giang, Ha Nam, Hoa Binh, Kon Tum, Lai Chau, Lam Dong, Lao Cai, Nghe An, Ninh Thuan, Phu Yen, Quang Binh, Quang Ngai, Son La, Thanh Hoa, Tra Vinh und Yen Bai.

5. Betroffene Christen

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

Da sie keine lokale Gemeinde besuchen können, sind ausländische und eingewanderte Christen unfreiwillig isoliert. Zu dieser Gruppe gehören Gastarbeiter aus Taiwan, Korea und den Philippinen. Sie erleben Druck in Form von Überwachung.

Christen aus traditionellen Kirchen

Dies sind besonders Christen der Römisch-Katholischen Kirche und der Evangelischen Kirche Vietnams (ECVN). Während es ersterer 2016 gelang, eine katholische Universität zu eröffnen, haben Probleme durch Beschlagnahmung von Land durch Behörden zugenommen und die Verhaftung von katholischen Aktivisten zeigt, dass Christen aus traditionellen Kirchen weiterhin massiven Widerständen gegenüberstehen.

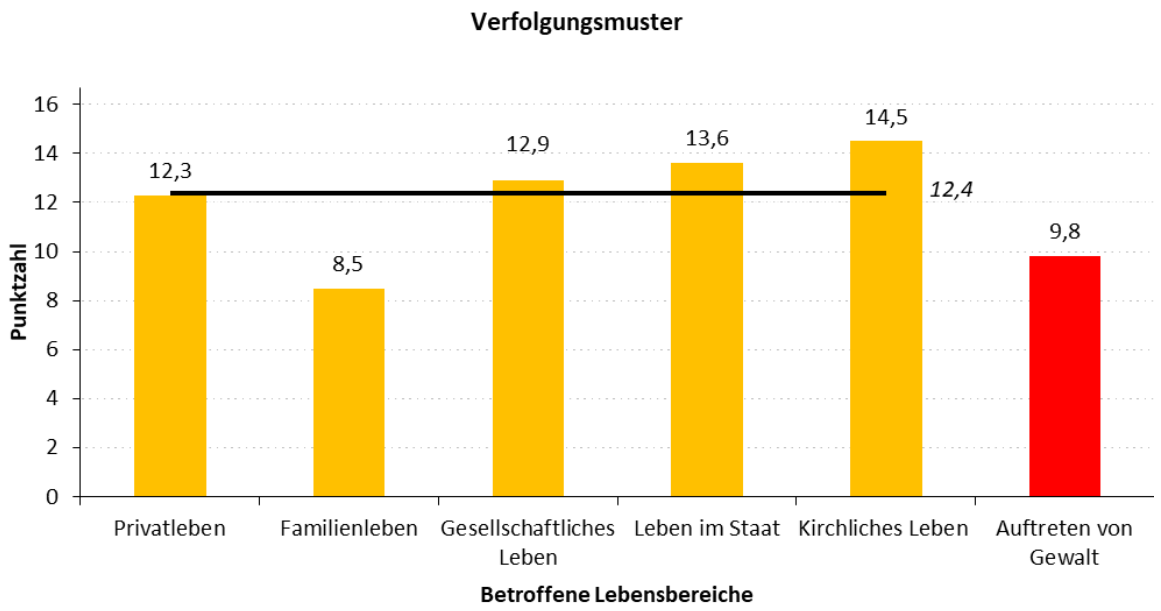
Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

Christliche Konvertiten kommen entweder aus einem buddhistischen oder einem ethnisch-animistischen Hintergrund und erleben die stärkste Verfolgung, nicht nur durch die Behörden, sondern auch durch ihre Familien, Freunde und Nachbarn. Da die meisten von ihnen aus den ethnischen Minderheiten stammen, sind die Behörden ganz besonders argwöhnisch.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Diese Kategorie besteht größtenteils aus evangelikalen und Pfingstgemeinden. Baptisten, Mennoniten und viele andere versammeln sich in Hauskirchen. Sie werden streng überwacht und auf den verschiedenen Ebenen der Gesellschaft diskriminiert.

6. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Vietnam

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Der Druck auf die Christen in Vietnam blieb in fast allen Lebensbereichen sehr hoch, so dass der durchschnittliche Druck aktuell bei 12,4 Punkten liegt (gegenüber 12,3 in den beiden vorangegangenen Berichtszeiträumen).
- Der Druck ist am stärksten im Bereich „Kirchliches Leben“ (extrem hoch), gefolgt von den Bereichen „Leben im Staat“ und „Gesellschaftliches Leben“. Der Druck auf christliche Konvertiten ist besonders intensiv in den Bereichen „Privatleben“ und „Familienleben“, während alle Christen hohem Druck in den Bereichen „Leben im Staat“ und „Kirchliches Leben“ ausgesetzt sind. Dieser Druck wird durch eine vermehrte Verwendung der kommunistischen Rhetorik bestärkt, durch das neue Religionsgesetz mit seinen umständlichen Auflagen und das anhaltende Misstrauen gegenüber Konvertiten zum christlichen Glauben sowie allen ethnischen und religiösen Minderheiten.
- Die Wertung für das Auftreten von Gewalt gegen Christen stieg von 9,1 Punkten beim Weltverfolgungsindex 2019 auf 9,8 Punkte beim Weltverfolgungsindex 2020. Es wurden ein Mord und mehrere Angriffe auf Kirchen gemeldet. Die Regierung setzte auch ihre Politik der Verhaftung christlicher Dissidenten fort.

Zu jedem der Lebensbereiche sind im Folgenden jeweils ausgewählte Teilaspekte genannt, die im betreffenden Lebensbereich für die Christen zu den gravierendsten Schwierigkeiten gehören.

Privatleben

- **Es ist ein Risiko für Christen, über ihren Glauben mit anderen als mit ihren engsten Familienangehörigen zu sprechen:** In ländlichen Gegenden ist es gefährlich, über den Glauben zu diskutieren, weil dies als Aufwiegelung der Gemeinschaft angesehen werden kann. So kann das Reden über den Glauben zu Verhaftung oder Gewalt führen. In der Stadt gibt es etwas mehr Freiheit, aber es kann immer noch bedeuten, von der Polizei einbestellt und befragt zu werden.
- **Für Christen ist es gefährlich, sich mit anderen Christen zu treffen:** Da alle Versammlungen bei den Behörden angemeldet werden müssen, haben diese freie Hand bei der Entscheidung, wann und wie sie den Christen Schwierigkeiten bereiten (z. B. wegen Nichteinhaltung der Meldepflicht und damit einer Gesetzesübertretung). Andere Christen zu treffen, ist daher selbst für die Mitglieder registrierter Kirchen riskant.
- **Es ist für Christen riskant, christliche Bilder oder Symbole zu zeigen:** In Stammesgemeinschaften wollen einige Nachbarn keine „fremden" Symbole in ihrem Dorf, da dies die Geister, die ihre Gemeinschaft schützen, beleidigen könnte. Ausländische Christen (die z. B. als Lehrer, als Mitarbeiter von Nichtregierungsorganisationen oder als Sozialarbeiter tätig sind) in ländlichen Gebieten verzichten ebenfalls auf das Zeigen christlicher Symbole, da dies die Menschen aus ihrem Umfeld beleidigen kann.
- **Eine Hinwendung zum christlichen Glauben wird abgelehnt:** Während Glaubensübertritte nicht gesetzlich verboten sind, werden sie stark abgelehnt. Der christliche Glaube wird von Familienmitgliedern, die ihre Ahnen verehren, als Gefahr angesehen, da sie fürchten, dass sich in ihrem jenseitigen Leben niemand um sie kümmern wird. In einigen Fällen warfen Verwandte christliche Familienmitglieder aus der Gemeinschaft und ächteten sie. Auch in stark kommunistischen Familien wird der christliche Glaube als Bedrohung angesehen.

Da Familien in Vietnam, besonders im ländlichen Bereich, üblicherweise mit drei Generationen unter einem Dach leben, müssen christliche Konvertiten ganz besonders vorsichtig sein, wie sie ihren Glauben leben und mit wem sie ihn teilen. Außerdem müssen Konvertiten zum christlichen Glauben vorsichtig sein, wenn sie christliche Literatur aufbewahren. Unter diesen Umständen kann es sehr schwierig sein, andere Christen zu treffen, und in vielen Fällen behindern Familienmitglieder Konvertiten, Gemeinschaft mit anderen Christen zu haben. Dies gilt nicht nur für Christen buddhistischer oder animistischer Herkunft, sondern auch für Christen aus Familien mit starken Bindungen an die Kommunistische Partei. Über den Glauben zu sprechen, wird oft als Opposition zur Kommunistischen Partei angesehen. Christliche Blogger, die sich für mehr soziale Gerechtigkeit und Religionsfreiheit im Land einsetzten, wurden von den Behörden schnell festgenommen, verurteilt, inhaftiert oder abgeschoben.

Familienleben

- **Kinder christlicher Eltern werden dazu gedrängt, an nichtchristlichem Unterricht teilzunehmen:** Christliche Kinder sind in der Schule kommunistischem Unterricht ausgesetzt und zu Hause werden christliche Familien unter Druck gesetzt, sich an der Verehrung der Ahnen zu beteiligen. Im zentralen Hochland wurden erwachsene Kinder von Pastoren unter Druck gesetzt, ihre Eltern dazu zu bringen, nicht mehr zu lehren und zu predigen. Sollte ihnen dies nicht gelingen, würden sie ihre Arbeit verlieren.
- **Wegen des christlichen Glaubens ihrer Eltern werden Kinder diskriminiert oder schikaniert:** Kindern aus christlichen Familien wird wegen ihres Glaubens oder dem ihrer Eltern manchmal

der Besuch einer Schule verweigert. Kindern von Christen aus ethnischen Minderheiten werden oftmals wegen ihres Glaubens Stipendien verweigert, die eigentlich für Kinder aus armen Familien aus Minderheiten vorgesehen sind. Sie werden von den Lehrern oft schroff behandelt und sind leichte Ziele für Schikanierung.

- **Beerdigungen von Christen werden verhindert oder zwangsweise nach nichtchristlichen Riten durchgeführt:** Begräbnisse müssen nach traditionellem Ritus durchgeführt werden, besonders bei Christen aus den ethnischen Minderheiten. Die Ahnenverehrung wird als wichtig angesehen, besonders in den ländlichen Gebieten, und es besteht eine große Angst, die Geister zu verärgern.
- **Christen verlieren durch ihre Hinwendung zum christlichen Glauben ihre Erbrechte:** Dies ist eine der häufigeren Konsequenzen, mit denen Konvertiten zum christlichen Glauben konfrontiert werden, wenn sie ihren angestammten Glauben verlassen. Verheirateten Konvertiten kann die Scheidung drohen, und es ist üblich für Familien, diejenigen zu enteignen, auszuschließen und ihnen die Unterstützung zu versagen, die zum christlichen Glauben übertreten.

Es gab Berichte, dass Christen aus Minderheiten ihre Geburtsurkunden vorenthalten wurden und dass in anderen Fällen Beamte sie zwangen, ihre Nachnamen in „Ho“ (nach dem kommunistischen Revolutionsführer Ho Chi Minh) zu ändern. Es gab viele Berichte von Christen, die um die Beglaubigung von Dokumenten für Ausbildung, Schule und Beruf baten. Als die lokalen Behörden aber herausfanden, dass die Antragssteller Christen waren, weigerten sie sich, die Dokumente zu beglaubigen – besonders, wenn diese Christen in der Vergangenheit Warnungen ignoriert hatten, keine christlichen Versammlungen mehr zu besuchen. In den registrierten Kirchen und in den Städten werden Taufen normalerweise nicht behindert, obwohl die meisten Kirchen es vorziehen, sie drinnen durchzuführen, um nicht zu viel Aufmerksamkeit zu erregen. Aber für Christen mit animistischem Hintergrund sind Taufen aufgrund des Druckes von Familie, Gesellschaft und Behörden nur selten möglich.

Gesellschaftliches Leben

- **Christen stehen unter Beobachtung durch ihr soziales Umfeld:** Lokale Gemeinschaften helfen häufig bei der Überwachung christlicher Aktivitäten, und die Behörden fördern den Einsatz von Nachbarschaftswachen. Örtliche Behörden ermutigen die Gemeinschaften, christliche Gruppen in ihrer Tätigkeit zu beschränken, da sie als fremd und gefährlich angesehen werden. Auch Online-Aktivitäten werden massiv überwacht, wie auch die Telefonleitungen einiger Kirchenleiter.
- **Christen werden in der Erwerbstätigkeit, sei es im privaten oder öffentlichen Sektor, aufgrund ihres Glaubens diskriminiert:** Der Arbeitsplatz ist einer der Orte, wo Christen am häufigsten Diskriminierung erleben. Dies ist nicht nur auf öffentliche Arbeitgeber beschränkt, sondern auch für private Arbeitgeber normal. Christen, die sich um eine Arbeitsstelle bewerben, und diejenigen, die zur Beförderung anstehen, erleben oft Ausgrenzung und Einschränkungen. Christen können zu Vorstellungsgesprächen eingeladen werden, aber wenn der potenzielle Arbeitgeber von ihrem Glauben erfährt, ist die Wahrscheinlichkeit hoch, dass sie nicht eingestellt werden.
- **Christen werden wegen ihres Glaubens verhört oder dazu gezwungen, sich bei der Polizei zu melden:** Es ist üblich, dass Pastoren und Gemeindeleiter von der Polizei vorgeladen und verhört werden. In Nordvietnam drohte die Polizei Gemeindemitgliedern damit, ihre Krankenversorgung zu streichen, wenn sie sich weiter als Gemeinde treffen. In den Dörfern

werden die Christen normalerweise von den Dorfältesten aufgefordert, über ihre Aktivitäten zu berichten. Auch die Mitglieder der lokalen Gemeinschaft stellen sie zur Rede. Wenn sie etwas Verdächtiges bemerken, melden sie es der Polizei oder den Dorfvorstehern.

- **Christen erfahren wegen ihres Glaubens Benachteiligung im Bereich der Bildung:** In den Schulen müssen Schüler einem Foto von Ho Chi Minh Respekt zollen. Es wurde von Fällen berichtet, in denen Schulleiter Konvertiten zum christlichen Glauben mit einem Schulverweis drohten. Christlichen Schülern wird regelmäßig gesagt, sie sollten ihre Ausbildung aufgeben, da sie als Christen nach ihrem Abschluss sowieso niemand einstellen würde.

Es gibt viele Berichte, wonach Christen, besonders aus den ethnischen Minderheiten, staatliche Förderung verweigert wird, sei es in Form von Nothilfe, landwirtschaftlichen Mikrokrediten oder Stipendien.

Leben im Staat

- **Die Verfassung oder eine vergleichbare nationale Gesetzgebung schränkt die Religionsfreiheit gemäß Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte ein:** Vietnam folgt seiner kommunistischen Ideologie und verehrt den Staatsgründer Ho Chi Minh (oder „Onkel Ho“, wie er liebevoll genannt wird). Dies ist jedoch nicht vergleichbar mit der Verehrung der Führer in Nordkorea. Gegen jedweden Glauben außerhalb der kommunistischen Ideologie wird vorgegangen, und Religion wird durch ein Gesetz namens „Dekret 92“ unter Kontrolle gehalten. Das neue, umfassende „Gesetz zu Religion und Glaube“ wird seit Januar 2018 angewendet.
  Eine Analyse des Gesetzes durch das US-Außenministerium aus dem Jahr 2017 besagt: „Das neue Gesetz reduziert die Wartezeit auf eine Anerkennung von religiösen Gruppen und an diese angeschlossenen Gruppen von 23 Jahre auf 5 Jahre, verringert die Anzahl der auf religiöse Angelegenheiten bezogenen Vorgänge, die eine vorherige Genehmigung durch die Behörden benötigen, bemüht sich um eine Klärung des Prozesses, durch den religiöse Organisationen ihre Aktivitäten registrieren und anerkennen lassen können, und spezifiziert, zum allerersten Mal, das Recht auf einen rechtlichen Status von religiösen Gruppen und an diese angeschlossenen Gruppen. Das Gesetz legt zudem fest, dass es religiösen Gruppen erlaubt ist, Aktivitäten im Bereich der Bildung, der Gesundheit, des Sozialen und des Humanitären in Einklang mit den entsprechenden Gesetzen durchzuführen, spezifiziert aber nicht, welches Gesetz ausschlaggebend ist in Fällen, bei denen dieses Gesetz anderen Gesetzen widerspricht oder wo andere Gesetze keine klaren Regelungen haben, wie z. B. das Gesetz zur Bildung.“
  Während es einige Abschnitte im neuen Gesetz gibt, die als eine Verbesserung für die Christen angesehen werden können, zeigt die praktische Umsetzung vorerst keine Erleichterung für die Kirchen. Vor allem die Regelungen zur Registrierung bereiten den Kirchen weiterhin große bürokratische Schwierigkeiten.
- **Christen werden wegen ihres Glaubens beim Kontakt mit Behörden (lokale Verwaltungen, Regierung, Armee, etc.) diskriminiert:** Christen werden weithin als anti-nationalistisch und gegen die Regierung und ihre kommunistischen Ziele und Ideologie arbeitend angesehen. Deshalb müssen sie kontrolliert und diskriminiert werden. Mitglieder der Kommunistischen Partei dürfen sich nicht zu einer Religion bekennen. Wie der IRF-Länderbericht 2018 des US-Außenministeriums auf Seite 11 feststellt: „Angehörigen des Militärs war es zu keiner Zeit im aktiven Dienst erlaubt, die Bibel zu lesen oder religiöse Riten zu praktizieren; sie mussten sich

persönlich beurlauben lassen, um solche Aktivitäten durchzuführen, berichteten Experten für Religionsfreiheit."

- **Christen sind Opfer von Hetzkampagnen:** Die Medien berichten vorurteilsbehaftet und es gibt häufig Hetze gegen Christen; beispielsweise werden Christen als Werkzeug dargestellt, die kolonialistische Ideologie wiedereinzuführen, entweder französisch-katholisch oder amerikanisch-protestantisch. Christliche Aktivisten wurden Verleumdungskampagnen in den lokalen Medien (in Bezug auf Menschenrechte oder Umweltfragen) ausgesetzt und störender bzw. regierungsfeindlicher Aktivitäten beschuldigt.
- **Angeklagten Christen wird eine Gleichbehandlung verweigert:** Weil Täter gegen Christen fast nie angeklagt werden, heuern die lokalen Behörden für Gewaltakte gegen Christen oft Schläger an, die nie vor Gericht gestellt werden. Christen, die vor Gericht gingen, bekamen kein faires Verfahren. Ein Beispiel dafür ist die Vielzahl an katholischen Bloggern, die zu Gefängnisstrafen verurteilt wurden, oder die Proteste, die durch den Formosa-Zwischenfall hervorgerufen wurden, bei dem ein taiwanesisches Stahlwerk eine Naturkatastrophe auslöste und (hauptsächlich katholische) Fischer und Aktivisten auf die Straße gingen, um gegen die Vertuschung durch die Regierung zu protestieren. Als sie versuchten, Gerechtigkeit zu bekommen, schlugen die Behörden zu.

Die nationalen Personalausweise (wie auch die Familienbücher) enthalten einen Abschnitt zur religiösen Zugehörigkeit. Christliche Konvertiten haben es schwer, ihre religiöse Zugehörigkeit ändern zu lassen, und die, die es versucht haben, bekamen oft den Eintrag „nicht religiös" oder gar keine Dokumente. Bewegungen von christlichen Leitern werden überwacht, und der Zugang zu Dörfern im Norden und in Zentralvietnam ist eingeschränkt.

Kirchliches Leben

- **Kirchliche Aktivitäten werden überwacht, ver- bzw. behindert oder gestört:** Kirchen werden streng überwacht und hin und wieder werden Versammlungen behindert oder gestört. Laut Gesetz müssen die Kirchen ihre Aktivitäten bei den Behörden anmelden. Für Kirchen in ländlichen Gebieten ist die Überwachung noch stärker, da auch Nachbarn und Dorfvorsteher die Kirche kontrollieren.
- **Es ist schwierig, als Kirche eine Registrierung oder einen Rechtsstatus zu bekommen:** Die Registrierung einer Gemeinde verlangt einen enormen administrativen Aufwand und es gibt keine Garantie dafür, tatsächlich eine Genehmigung zu erhalten. Dies ist einer der Wege, mit dem die Regierung das Wachstum der Gemeinden kontrolliert und sie unter der Herrschaft des Kommunismus hält. Selbst Partnergemeinden registrierter Kirchen haben Schwierigkeiten, durch die Regierung und lokale Behörden anerkannt zu werden.Laut dem IRF-Länderbericht 2018 des US-Außenministeriums (Seite 14) ist es zwei protestantischen Kirchen gelungen, die Registrierung im Jahr 2018 zu erhalten: „Am 11. September stellte die CRA bei einer Zeremonie in Ho-Chi-Minh-Stadt der Vietnam Full Gospel Denomination eine ‚Bescheinigung über die Registrierung für religiöse Aktivitäten' aus. Am 14. Dezember stellte die CRA der Vietnam United Gospel Outreach Church, ebenfalls in Ho-Chi-Minh-Stadt, eine ‚Bescheinigung über die Registrierung für religiöse Aktivitäten' aus."
- **Kirchen werden daran gehindert, christliche Materialien zu importieren:** Alles veröffentlichte Material muss von der Regierung genehmigt werden. Da die Einfuhren stark eingeschränkt sind, müssen die Materialien in Vietnam (neu) gedruckt werden. Übersetztes Material muss überprüft werden; die Genehmigung hängt davon ab, als wie sensibel und gefährlich die

Behörden den Inhalt einschätzen. Um nur ein Beispiel zu nennen: Die Herstellung einer Bibel in Hmong-Sprache wird wahrscheinlich auf weit mehr Hindernisse stoßen als eine Bibel in vietnamesischer Sprache.

- **Kirchen, christliche Organisationen oder Einrichtungen werden daran gehindert, ihre Überzeugungen in den Medien zu teilen:** Die Regierung hat die volle Kontrolle über alle wichtigen Medien. Social-Media-Unternehmen sind verpflichtet, Daten auf lokalen Servern im Land zu speichern, und das neue Internetgesetz wird als sehr restriktiv auch für die Kirchen angesehen. Es gibt einige ausländische religiöse Programme im Kabelfernsehen, die aber ohne Untertitel ausgestrahlt werden (was bei anderen ausländischen Programmen nicht der Fall ist).

Die Vergabe von Baugenehmigungen für Kirchen wird durch die Behörden äußerst restriktiv gehandhabt. Die Beschlagnahmung von Land durch die Behörden geht weiter und besonders die Katholische Kirche hat Probleme, ihren Besitz zu behalten, wie mehrere Vorfälle im Mai, Juli und Dezember 2018 zeigten. Sie besitzt verschiedene große Grundstücke (Kirchengebäude, Schulen und Krankenhäuser), besonders in den größeren Städten, und es gab mehr als nur einen Konflikt, als Behörden wiederholt versuchten, diesen Besitz zu beschlagnahmen, vorgeblich zur Stadtentwicklung. Das neue Religionsgesetz verlangt von jeder Kirchengemeinde, dass sie Unterlagen bereithält, die beweisen, dass sie als anerkannte christliche Gruppe registriert ist, die Mitglieder das Recht haben, sich zu versammeln, und das Grundstück im Besitz der Kirche ist. Diese Unterlagen werden dann zur Bestätigung an die Behörden geschickt. Dies ist ein extrem langwieriger Prozess und die Behörden können die Zustimmung verweigern, indem sie angeben, dass das Grundstück nicht für religiöse Zwecke gedacht oder ein Wohngebiet sei oder dass die Gemeinde keine registrierte religiöse Gruppe sei.

Zudem müssen jeweils im Oktober alle registrierten Kirchen eine Liste der Themen für ihre Gottesdienste des ganzen kommenden Jahres vorlegen. Es gab Berichte, wonach Jugendtreffen gestürmt wurden.

Die Veröffentlichung und Verbreitung christlicher Literatur ist möglich, aber hochgradig eingeschränkt. Jedwedes „illegale“ Material wird durch die Polizei konfisziert. Außerdem ist es sehr schwierig, eine Genehmigung zu erhalten, um Ausbildungskurse anzubieten.

Wie der IRF-Länderbericht 2018 des US-Außenministeriums auf Seite 20 feststellt: „Die Regierung beschränkte weiter die Anzahl der Studenten, die sich in katholische und protestantische Seminare einschreiben dürfen. Die Kirchenleitung sagte, die erlaubten Zahlen seien nicht ausreichend, um die Nachfrage zu befriedigen. ECVN-Leiter sagten, dass 23 Studenten in den letzten fünf Jahren ihre Bibelschule abgeschlossen haben. Die Regierung erlaubte ihnen weiterhin, alle zwei Jahre neue Studenten aufzunehmen.“

Auftreten von Gewalt

- Ein Hmong-Christ starb in einem Krankenhaus, nachdem er in Polizeigewahrsam gewesen war. Aus Sicherheitsgründen können keine weiteren Informationen zu diesem Fall gegeben werden.
- Über 100 Christen wurden angegriffen, manchmal in Verbindung mit Polizeirazzien auf Kirchen und Kirchengelände.
- Neben den weithin bekannten Fällen von verhafteten Dissidenten gab es Berichte über die Festnahme von mehr als 30 Hmong-Christen. Aus Sicherheitsgründen können keine Details dazu veröffentlicht werden.

- Im Januar 2019 zerstörten die Behörden Häuser im Besitz von Katholiken und ein Heim für Kriegsveteranen, das von der Katholischen Kirche nahe Ho-Chi-Minh-Stadt betrieben wurde. Im Dezember 2018 und im März 2019 führten Behörden Razzien in verschiedenen Hausgemeinden in mehreren Provinzen durch und verboten Pastoren und Gemeindemitgliedern, sich weiterhin zu treffen.
- Bei demselben Vorfall im Januar 2019 zerstörten die Behörden auch mehr als 100 Häuser katholischer Christen, die auf dem Kirchengelände lebten.

7. Verfolgungssituation für Frauen und Männer

Wie Frauen Verfolgung erfahren:

- Zwangsscheidung
- Zwangsverheiratung
- Psychische Gewalt
- Sexuelle Gewalt

Die Gleichstellung der Geschlechter ist ein Thema, dem in Vietnam viel Aufmerksamkeit gewidmet wird. Im Gegensatz zu vielen Ländern, in denen Frauen wirtschaftlich erheblich benachteiligt sind, gibt es in Vietnam eine Erwerbsbeteiligung von 71 Prozent. Dennoch tragen Frauen einen ungleich höheren Anteil an der Arbeit im Haushalt. Wie in weiten Teilen des kommunistischen Asiens wird von Frauen traditionell erwartet, dass sie sich um ihre Eltern kümmern, was einen erheblichen Aufwand an Zeit und Energie erfordert. Trotz sozialistischer Gleichheitsideale bleiben konfuzianische Werte bestehen, verkörpert durch Aussprüche wie „Ein Junge ist etwas, zehn Mädchen sind nichts“. Christinnen in Vietnam sind mit verschiedenen Formen von Druck und Gewalt konfrontiert. Einige christliche Frauen, besonders Konvertitinnen und Frauen in Stammeskulturen, werden von ihren Familien gezwungen, Nichtchristen zu heiraten. Jugendleiter berichten häufig, dass junge Konvertitinnen nach der Heirat nicht mehr in die Kirche gehen. Tatsächlich veranlassen diese Ehen einige Frauen, ihren christlichen Glauben aufzugeben. Auch innerhalb der Ehe sind Frauen mit Unterdrückung und Scheidungsdrohungen von ihren Ehemännern konfrontiert. Dies verstärkt das Gefühl, dass sie nicht gleichgestellt sind, was Angst und Verzweiflung hervorruft.

Da Frauen und Mädchen gesellschaftlich in einer schwächeren Position sind als Männer, sind Mädchen und junge Frauen stärker dem Risiko des sexuellen Missbrauchs ausgesetzt. Quellen berichten, dass junge Frauen besonders gefährdet sind, wenn sie sich in Polizeigewahrsam und in ländlichen Gebieten befinden. Es wurden auch Fälle von Vergewaltigung gemeldet. Es ist jedoch schwierig, die Zahl der Opfer von sexueller Belästigung und Nötigung zu ermitteln; aufgrund der besonders heiklen Art der Entehrung und der daraus resultierenden Scham verzichten die Opfer in der Regel darauf, Fälle von Missbrauch zu melden.

Wie Männer Verfolgung erfahren:

- Entführung
- Wirtschaftliche Schikanierung im Berufs-/Geschäftsleben
- Falsche Anklagen
- Inhaftierung durch die Behörden
- Körperliche Gewalt
- Psychische Gewalt

Obgleich Männer in der Regel höhere Positionen am Arbeitsplatz einnehmen als Frauen, erleben auch christliche Männer Diskriminierung und Schikanierung im Beruf; einige verlieren wegen ihres Glaubens sogar ihre Arbeitsstelle. Da die Männer in Vietnam die Hauptverdiener sind, lähmt dies die gesamte Familie wirtschaftlich und schwächt ihren Platz in der Gesellschaft. Wenn die Männer kirchliche Leiter sind, werden ihre Gemeinden geschwächt und stehen möglicherweise sogar vor der Schließung.

Christliche Männer in Vietnam sind Ziele für Verhaftungen (aus Glaubensgründen) und Entführungen, was viele zur Flucht aus ihren Dörfern veranlasst. Nach einem Bericht von Amnesty International aus dem Jahr 2019 befinden sich derzeit 128 Gefangene aus Gewissensgründen in Haft, darunter mehrere katholische Aktivisten, die sich für die Religionsfreiheit eingesetzt haben. Ein solcher Aktivist wurde Berichten zufolge verhaftet, weil er „Informationen und Dokumente mit dem Ziel der Untergrabung Vietnams erstellt oder verbreitet hat“. Im Allgemeinen werden christliche Häftlinge, sobald sie in Haft sind, hart behandelt, körperlich geschlagen und unter Druck gesetzt, ihren christlichen Glauben aufzugeben. Einem Bericht zufolge wurde ein Häftling von der Polizei vergiftet, bevor er geschlagen wurde. Seine Familie fand ihn bei seinem Besuch an das Krankenhausbett gekettet, in das er gelegt worden war.

8. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Die kommunistische Regierung agiert gegen alle Religionen: Buddhisten, Caodaisten, Hoa-Hao-Buddhisten und Muslime. Dies beginnt bei Belästigungen und kann mit Gefängnisstrafen und der Vertreibung aus Häusern, Dörfern oder sogar aus dem Land enden. Besonders Mitglieder der ethnischen Minderheiten des Landes stehen hier im Fadenkreuz der Behörden. Wie von allen kommunistischen Regierungen bekannt, bemühen sich die Behörden darum, alle religiösen Gruppen unter Kontrolle zu halten. Solange sie organisatorisch einem von der Regierung kontrollierten Gremium unterstehen und sich damit mit Wissen der Regierung treffen, werden sie in Ruhe gelassen, allerdings wird der Inhalt der Predigten kontrolliert. Unabhängige Gruppen jedoch, besonders ihre Leiter, geraten unter massiven Druck durch die Regierung. Dies kann zu schweren gesundheitlichen Problemen führen und sogar mit der Verhaftung von widerspenstigen Mönchen einer der vielen buddhistischen Sekten enden.

Wie der Bericht von Human Rights Watch 2019 sagt: „Im Februar 2018 stellten die Behörden fünf unabhängige Hoa-Hao-Buddhisten, darunter Bui Van Trung und seinen Sohn Bui Van Tham, vor Gericht und verurteilten sie zu drei bis sechs Jahren Gefängnis, weil sie die Regierung kritisiert und einen öffentlichen Protest gegen die religiöse Unterdrückung durchgeführt hatten. Im Juni brachen Männer in Zivilkleidung in das Haus des caodaistischen religiösen Aktivisten Hua Phi in der Provinz Lam Dong ein, schlugen ihn und schnitten ihm den Bart ab. Im September wurde der 91-jährige prominente Religionsführer Thich Quang Do unter dem Druck der Polizei gezwungen, das Thanh-Minh-Zen-Kloster in Ho-Chi-Minh-Stadt zu verlassen, um in seine Heimatstadt in der thailändischen Provinz Binh zurückzukehren.“

9. Der Ausblick für Christen

Kommunistische Unterdrückung

Es ist nicht überraschend, dass das neue „Gesetz zu Religion und Glaube“ keine greifbaren positiven Veränderungen gebracht hat. Die Registrierung und der Betrieb von christlichen Kirchen werden mindestens so umständlich bleiben wie heute schon, und über den eigenen Glauben zu sprechen, wird weiterhin gefährlich sein. Bürgerrechte und Religionsfreiheit werden schwierige Themen bleiben und die Kommunistische Unterdrückung wird weiterhin für die Christen deutlich zu spüren sein. Dieser Druck könnte sich sogar noch erhöhen, wenn sich die Beziehungen zum großen Nachbarn China verbessern. Die Unterdrückung von Christen wird auch deshalb weitergehen, weil Beamte in dem Versuch, ihren Vorgesetzten zu gefallen, den Druck auf die Christen erhöhen.

Ethnisch oder traditionell begründete Anfeindungen

Die meisten Vietnamesen folgen uralten Traditionen der Geister- und Ahnenverehrung. Wer sich entscheidet, bei diesen Traditionen nicht mehr mitzumachen, schließt sich selbst aus der Familie und der Gemeinschaft aus und wird unter starken Druck gesetzt, wieder Teil der Gemeinschaft zu werden. Da Familienbande besonders in ländlichen Gegenden immer noch stark sind, wird dieser Druck auf Christen, die aus einem solchen Kontext kommen, nicht abnehmen.

zurück zur Länderübersicht

Turkmenistan: Platz 22

Zusammenfassung

Selbst in Russisch-Orthodoxen und Armenisch-Apostolischen Kirchen kommt es vor, dass die Sonntagsgottesdienste überwacht werden. Druck und Import christlicher Materialien unterliegen Einschränkungen. Christen mit muslimischem Hintergrund sind am stärksten von der Verfolgung betroffen, die sowohl vom Staat als auch von Familie, Freunden und der Gesellschaft ausgeht. Christen aus nichtregistrierten Gemeinden leiden immer wieder unter Polizeirazzien, Drohungen, Verhaftungen und Geldstrafen.

Beispiele aus dem aktuellen Berichtszeitraum

- Im November 2018 wurde eine zum christlichen Glauben konvertierte Frau auf die Polizeiwache gerufen, wo sie wegen Besitz christlicher Literatur und Treffen in ihrem Haus verhört wurde. Ihr wurde mit Verhaftung gedroht.
- Kirchliche Aktivitäten werden oft von den Familien von Konvertiten zum christlichen Glauben, der lokalen muslimischen Bevölkerung und den örtlichen Behörden gestört oder behindert.
- Seit der Einführung eines neuen Religionsgesetzes am 12. April 2016 wird das kirchliche Leben strenger kontrolliert.

---

1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 70 Punkten liegt Turkmenistan auf Platz 22 des Weltverfolgungsindex 2020; im Vergleich zum Weltverfolgungsindex 2019 entspricht dies einem Anstieg um einen Punkt.

Die Christen in Turkmenistan leiden weiterhin unter einem hohen Maß an Kontrolle durch die autoritäre Regierung – dies trifft sie besonders in den Bereichen „Privatleben“ und „Kirchliches Leben“.

2. Triebkräfte der Verfolgung

Diktatorische Paranoia

Außerhalb staatlicher und staatlich kontrollierter Institutionen sind keine religiösen Aktivitäten erlaubt. Protestanten werden häufig als „Extremisten” gebrandmarkt, weil ihre religiösen Aktivitäten außerhalb der staatlich genehmigten Strukturen stattfinden. Mitglieder protestantischer Gemeinden werden oft als Anhänger einer fremden Sekte angesehen, die nur ein Ziel hat, nämlich das aktuelle politische System auszuspionieren und zu zerstören. Auf Grundlage dieser Sichtweise müssen sie nicht nur kontrolliert, sondern, wenn nötig, sogar ausgelöscht werden.

Islamische Unterdrückung

Wenn sich einheimische muslimische Bürger zu Jesus Christus bekehren, sehen sie sich häufig Druck und vereinzelt auch körperlicher Gewalt von ihrer Familie, ihren Freunden und der örtlichen Gemeinschaft ausgesetzt, die auf diese Weise versuchen, sie zur Rückkehr zu ihrem vorherigen Glauben zu zwingen. Manche von ihnen werden von ihren Familien für lange Zeit eingesperrt, geschlagen und eventuell sogar von der Gesellschaft ausgestoßen. Mullahs vor Ort predigen gegen sie und erhöhen somit den Druck. Daher tun diese Christen alles, um ihren Glauben zu verbergen, und werden zu sogenannten „secret believers“ (Christen, die ihren Glauben heimlich leben).

3. Verfolger

Ausgehend von Diktatorischer Paranoia

- **Regierungsbeamte:** Beamte auf allen Ebenen sind religiösen Gruppen gegenüber sehr feindselig eingestellt. Alle religiösen Aktivitäten werden genau überwacht, um festzustellen, ob sie zulässig sind. Wenn dies nicht der Fall ist, sind Razzien, Festnahmen, Beschlagnahmungen und Geldstrafen üblich.
- **Politische Parteien:** Nur wenige politische Parteien sind zugelassen. Die Partei, welche die Regierung von Präsident Berdimuhamedow stellt, beteiligt sich insofern an der Verfolgung von Christen, als ein großer Teil der Verfolgung von der Regierung gebilligt wird.
- **Gewöhnliche Bürger:** Vor allem auf lokaler Ebene beobachten Bürger alle religiösen Aktivitäten und erstatten den Behörden Bericht.

Ausgehend von Islamischer Unterdrückung

- **Großfamilie:** Besonders in ländlichen Regionen üben muslimische Familienmitglieder hohen Druck auf Konvertiten zum christlichen Glauben aus. Dies kann zu Drohungen, Schlägen, Hausarrest oder Ächtung führen.
- **Anführer ethnischer Gruppen:** Turkmenische Stammesführer fördern mit Unterstützung der Behörden alle genannten Formen der Verfolgung. Mahalla-Versammlungen (lokale Selbstverwaltung eines Stadtviertels) erhalten in vielen Fällen die behördliche Befugnis, im Namen des Staates Christen zu verfolgen, insbesondere um missionarische Aktivitäten zu unterbinden.
- **Nichtchristliche religiöse Leiter:** Muslimische Kleriker sind offen in ihrer Feindseligkeit gegenüber Christen, die nicht der orthodoxen Kirche angehören und insbesondere gegenüber Konvertiten aus dem Islam.
- **Gewöhnliche Bürger:** Sie üben auf der gesellschaftlichen Ebene zusätzlichen Druck auf Christen muslimischer Herkunft aus, zum Islam zurückzukehren. Ehemalige Muslime, die den christlichen Glauben angenommen haben, werden von ihrem sozialen Umfeld und religiösen Leitern massiv verfolgt.
- **Regierungsbeamte:** Auf kommunaler Ebene besteht eine Verbindung zwischen der lokalen Regierung und durch den Islam motivierte Verfolgung. Häufig kennen sich entsprechend aktive Muslime und örtliche Beamte gegenseitig. Deshalb ist die Verfolgung von Christen muslimischer Herkunft auf kommunaler Ebene stärker als auf der staatlichen Ebene, wo die Beamten von sich behaupten, säkular zu sein.

4. Regionale Brennpunkte der Verfolgung

Das Ausmaß der Verfolgung durch Regierungsbeamte ist in Turkmenistan landesweit gleich. Der Druck von Familie, Freunden und der Kommune auf Christen muslimischer Herkunft ist außerhalb der städtischen Gebiete stärker.

5. Betroffene Christen

Christen aus traditionellen Kirchen

Die Russisch-Orthodoxe Kirche hat sich mit den Einschränkungen durch die Regierung arrangiert und wird daher mehr oder weniger in Ruhe gelassen. Sonntagsgottesdienste mögen zwar überwacht werden, aber sie können ungehindert stattfinden und die Gemeindemitglieder können sich treffen. Druck und Import christlicher Literatur sind eingeschränkt.

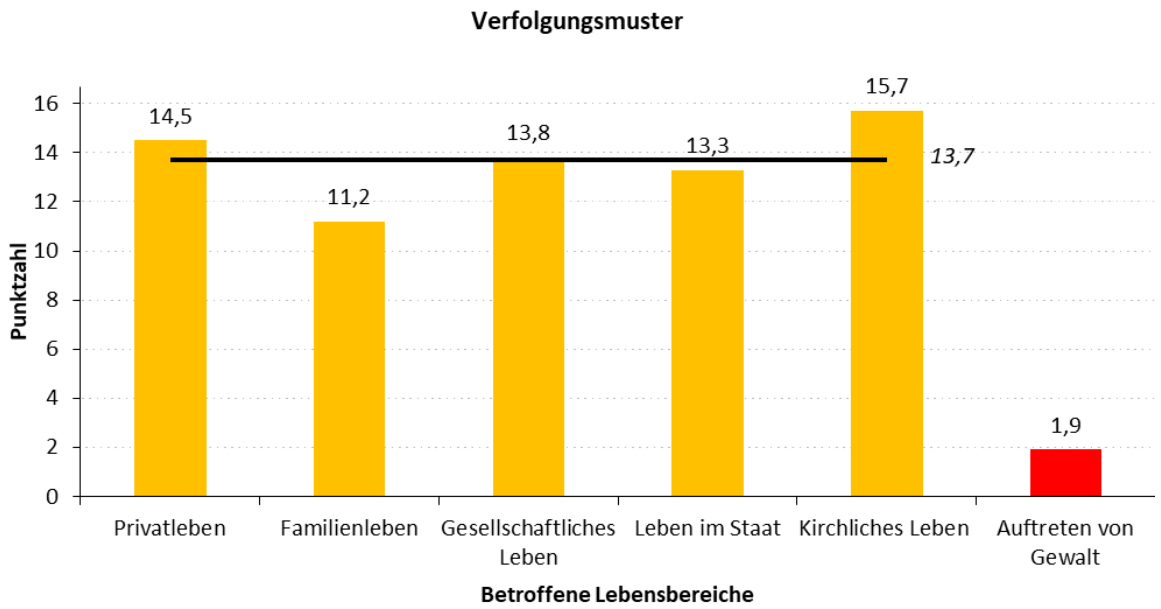
Christen muslimischer Herkunft

Christen mit muslimischem Hintergrund sind in Turkmenistan am stärksten von Verfolgung betroffen. Außer vom Staat werden sie auch von ihren eigenen Familien, ihren Freunden und der Kommune stark unter Druck gesetzt. Der von der Kommune ausgehende Druck ist am schwerwiegendsten, weil er das alltägliche Leben bestimmt.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Nach den Christen muslimischer Herkunft ist diese Gruppe von Christen die am stärksten verfolgte – vor allem wenn die Gemeinde nicht registriert ist. Baptisten, evangelikale und pfingstkirchliche Gruppen leiden unter Razzien, Bedrohungen, Verhaftungen und Geldstrafen.

6. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Turkmenistan

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Der durchschnittliche Druck auf Christen ist sehr hoch und stieg von 13,5 Punkten im Vorjahr auf 13,7 beim Weltverfolgungsindex 2020. Der Druck erhöhte sich in den Bereichen „Familienleben“ und „Kirchliches Leben“, während er leicht abnahm in den Bereichen „Privatleben“ und „Leben im Staat“. Der Druck im Bereich „Gesellschaftliches Leben“ blieb gleich.
- Extrem hoch sind die Wertungen für die Bereiche „Kirchliches Leben“ (15,7), „Privatleben“ (14,5) und „Gesellschaftliches Leben“ (13,8). Die höchste Punktzahl im kirchlichen Leben spiegelt die vielen Restriktionen wider, die Christen vom Staat auferlegt werden.
- Die Punktzahl für das Auftreten von Gewalt ist gering. Sie stieg für den Weltverfolgungsindex 2020 von 1,3 auf 1,9 an, doch es wurden weiterhin nur wenige gewaltsame Vorfälle gemeldet.

Zu jedem der Lebensbereiche sind im Folgenden jeweils ausgewählte Teilaspekte genannt, die im betreffenden Lebensbereich für die Christen zu den gravierendsten Schwierigkeiten gehören.

Privatleben

- **Es ist gefährlich, christliche Materialien privat zu besitzen oder aufzubewahren:** Im Falle von Christen muslimischer Herkunft geht die Verfolgung von der Familie oder Kommune aus, wenn diese christliche Materialien finden. Christliche Materialien werden als eindeutiger Beweis für eine Bekehrung angesehen. Wenn solche Materialien gefunden werden, werden sie zerstört und der/die Christ/in muslimischer Herkunft wird drangsaliert. Die Regierung fordert strikt, dass alle religiöse Literatur – unabhängig davon, ob sie ins Land eingeführt oder vor Ort gedruckt wird – von den staatlichen Behörden überprüft werden muss. Andernfalls gelten die Materialien als illegal und verboten. Auf der Suche nach illegalen religiösen Materialien führt die Polizei regelmäßig in Häusern und Kirchen Razzien durch. Ein Gemeindeleiter sagte: „Alle elektronischen Geräte, Computer, Mobiltelefone etc. werden beschlagnahmt und auf ihren Inhalt hin überprüft."
- **Für Christen ist es riskant, christliche Bilder oder Symbole zu zeigen:** Christen muslimischer Herkunft wissen, dass dies unerwünschte Aufmerksamkeit von ihrer Familie und ihrem sozialen Umfeld erregt, und auch für Christen aus protestantischen Kirchen ist es riskant, weil sie damit rechnen müssen, dass die muslimische Gemeinschaft ihnen versuchte Evangelisation vorwirft. Christen muslimischer Herkunft und protestantische Christen ziehen auch unerwünschte Aufmerksamkeit von staatlichen Angestellten auf sich, wenn sie offen christliche Symbole tragen.
- **Es ist riskant für Christen, christliche Radio- oder Fernsehsendungen zu hören bzw. zu sehen oder christliche Materialien im Internet abzurufen:** Christen muslimischer Herkunft müssen sehr vorsichtig sein, wenn sie dies zu Hause tun. Werden sie entdeckt, sind heftige Reaktionen seitens der anderen Familienmitglieder zu befürchten. Der Zugriff auf ausländische christliche Medien ist für alle Christen in Turkmenistan schwierig. Der Zugang zum Internet erfolgt über staatliche Internetanbieter und wird daher überwacht.

- **Den Glauben zu wechseln ist verboten und strafbar und ruft Widerstand hervor:** Eine Konversion zum christlichen Glauben wird als Verrat an der Familie und der Kultur sowie am Islam angesehen. Dies kann auch zu körperlicher Gewalt führen. Offiziell gibt es kein Hindernis für einen Glaubenswechsel, da die Gesetze säkular sind. Die Regierung lehnt jedoch alles ab, was zu Spannungen in der Bevölkerung führen könnte.

Alle Fragen im Bereich „Privatleben" wurden mit 3 oder mehr Punkten bewertet. Die Christen in Turkmenistan erfahren es als schwierig, Zeiten der Anbetung zu leben, ihren Glauben mitzuteilen und mit anderen über ihren Glauben zu sprechen und andere Christen zu treffen.

Familienleben

- **Eltern werde daran gehindert, ihre Kinder gemäß ihrem christlichen Glauben zu erziehen:** Muslimische Angehörige versuchen, die Kinder von Christen muslimischer Herkunft im Islam zu halten und sie nach traditionellen Bräuchen zu erziehen. Es gibt keinen offiziellen Religionsunterricht in den öffentlichen Schulen; der private Religionsunterricht wird von der Regierung eingeschränkt.
- **Kinder aus christlichen Familien werden dazu gedrängt, islamischen Religionsunterricht oder anti-christlichen Unterricht zu besuchen:** Das muslimische Umfeld (Familie, Freunde, Gesellschaft) drängt besonders Kinder von Christen muslimischer Herkunft dazu, den Islamunterricht zu besuchen – manchmal sogar gegen den Willen der Eltern. Die Teilnahme an allen Aktivitäten, die von Schulen oder anderen Bildungseinrichtungen organisiert werden, ist für die Schüler verpflichtend.
- **Kinder von Christen werden wegen des Glaubens ihrer Eltern schikaniert oder diskriminiert:** Kinder von Christen muslimischer Herkunft und Christen aus protestantischen Kirchen sind in der Regel von der Gemeinschaft mit anderen Kindern isoliert. Oft werden sie in den Schulen vor allen anderen Kindern gedemütigt und verleumdet.
- **Christliche Taufen werden verhindert:** Für die Familie, Freunde und das weitere soziale Umfeld von Christen muslimischer Herkunft gilt die Taufe als endgültiger Abschied vom Glauben der Väter und stößt deshalb auf Widerstand. Taufen in nicht registrierten Kirchen sind untersagt. Sollte der Staat davon erfahren, führen die Behörden eine Razzia durch, die Christen werden verhört und mit einer Geldstrafe belegt.

Gesellschaftliches Leben

- **Christen werden wegen ihres Glaubens in ihrem Alltagsleben schikaniert, bedroht oder behindert:** Christen muslimischer Herkunft werden von der Familie, Freunden und dem sozialen Umfeld (einschließlich des örtlichen Imams) bedroht, um sie zur Aufgabe ihres Glaubens zu bewegen. Lokale muslimische Gemeinschaften schikanieren auch Christen aus protestantischen Kirchen, die sie der Evangelisation beschuldigen. (Nicht registrierte) protestantische Gemeinden werden von den Behörden schikaniert, bedroht, diskriminiert und behindert.
- **Christen werden von ihrem sozialen Umfeld oder von privaten Gruppen überwacht:** Christen muslimischer Herkunft werden von Mitgliedern ihrer Familie und der Kommune überwacht. Auch Christen aus protestantischen Kirchen werden von der muslimischen Gemeinschaft überwacht, da ihnen grundsätzlich unterstellt wird, sie würden evangelisieren. Der Staat überwacht fortwährend alle religiösen Aktivitäten, sogar indem er Spitzel in religiöse Gemeinschaften einschleust.

- **Christen wurden aus religiösen Gründen mit einer Geldstrafe belegt:** Die Erhebung von muslimischen Steuern (Dschizya) ist in Turkmenistan nicht erlaubt. Von staatlicher Stelle werden häufig Bußgelder verhängt. Christen werden für eine schier endlose Liste von Vergehen bestraft, wie z. B. illegale Treffen, Besitz von religiöser Literatur, christliche Lieder auf ihren Smartphones, etc.
- **Christen wurden wegen ihres Glaubens verhört oder genötigt, sich bei der örtlichen Polizei zu melden:** Christen muslimischer Herkunft, deren neuer Glaube bekannt geworden ist, werden von ihrer Familie und den Menschen in ihrem sozialen Umfeld bedrängt und regelrecht verhört. Der Staat führt regelmäßig Razzien in christlichen Versammlungen durch, auch in denen von registrierten Gruppen. Alle Anwesenden werden verhört, viele verhaftet, viele mit einer Geldstrafe belegt und alle gefundenen Materialien werden beschlagnahmt.

Christen erleben auch Schwierigkeiten beim Zugang zu kommunalen Einrichtungen; sie werden unter Druck gesetzt, ihrem Glauben abzuschwören und werden im Berufsleben diskriminiert.

Leben im Staat

- Staatliche Gesetze schränken die Religionsfreiheit, wie sie in Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte formuliert ist, ein: Das Religionsgesetz (von 2016) enthält viele Einschränkungen der Religionsfreiheit, darunter ein Verbot nicht registrierter religiöser Organisationen (obwohl es für eine Gemeinde praktisch unmöglich ist, eine offizielle Registrierung zu erhalten), ein Verbot des privaten Religionsunterrichts, die Forderung nach der Überprüfung religiöser Literatur durch die Behörden, etc.
- **Christen werden durch das Gesetz oder in der Praxis gezwungen, gegen ihr Gewissen zu handeln:** Der Militärdienst ist obligatorisch und Christen können den Dienst in der Armee nicht aus Gewissensgründen verweigern.
- **Christen werden daran gehindert, ihre Ansichten oder Meinungen in der Öffentlichkeit zu äußern:** Alle Medien werden staatlich kontrolliert und Christen wird der Zugang dazu, ihre Ansichten über die Medien in der Öffentlichkeit mitzuteilen, verweigert. Auch der Internetzugang wird kontrolliert und christliche Meinungsäußerungen werden blockiert. Muslime betrachten christliches Predigen/Evangelisieren als nicht wünschenswert und verhindern es deshalb mit allen verfügbaren Mitteln.
- **Christliche zivilgesellschaftliche Organisationen oder Parteien werden behindert oder verboten:** Der Staat lässt christliche Organisationen oder christliche politische Parteien nicht zu. Die Muslime würden christliche Organisationen außerdem als Versuch betrachten, Menschen zum christlichen Glauben zu bekehren, und ihnen Widerstand entgegenbringen.

Christen in Turkmenistan erleben außerdem immer wieder, dass sie im Kontakt mit Behörden diskriminiert und von öffentlichen Ämtern ausgeschlossen werden. Sie sind voreingenommenen Medien- und Verleumdungskampagnen ausgesetzt, dürfen keine religiösen Symbole zeigen und werden vor Gericht nicht gleichbehandelt; auch die Teilnahme internationaler Beobachter in Prozessen gegen Christen wird behindert.

Kirchliches Leben

- **Eine Registrierung oder einen Rechtsstatus zu erhalten, ist mit Schwierigkeiten verbunden:** Im Jahr 2016 wurde ein neues Religionsgesetz eingeführt, das die Anzahl der Mitglieder einer christlichen Gemeinde, die für die Registrierung einer Kirchengemeinde notwendig sind, von 5 auf 50 erhöht hat. Allerdings war es schon vorher praktisch unmöglich, eine Registrierung zu erhalten. Gleichzeitig sind nicht registrierte Kirchen und Hauskreise verboten. Alle registrierten Kirchen mussten bzw. müssen nach dem neuen Gesetz den Prozess der Neuregistrierung durchlaufen. Die Neuregistrierung ist für die vormals registrierten Kirchen alles andere als einfach. Ein großes Hindernis ist der Mangel an Gebäuden. Die Gemeinden müssen einen Nachweis vorlegen, dass sie Räumlichkeiten zum Gottesdienst entweder besitzen oder mieten. Es ist praktisch unmöglich, Räumlichkeiten zur Miete zu finden, zumal die Eigentümer möglicher Gebäude vom Staat davor gewarnt werden, an protestantische Gemeinden zu vermieten. Auch russisch-orthodoxe Gemeinden und andere traditionelle Kirchen müssen bzw. mussten sich neu registrieren lassen.
- **Die Arbeit unter Jugendlichen ist eingeschränkt:** Nur registrierten Kirchen sind Angebote für Jugendliche erlaubt – und auch nur dann, wenn sie das schriftliche Einverständnis beider Elternteile der jeweiligen Kinder vorweisen können. Allerdings werden alle Treffen, bei denen Kinder und Jugendliche anwesend sind (insbesondere Sommerlager), regelmäßig kontrolliert und Razzien durchgeführt. Einheimische Muslime bringen christlichen Aktivitäten, die sich an Jugendliche richten, Widerstand entgegen und sind dafür bekannt, dass sie Jugendveranstaltungen und Sommerlager blockieren.
- **Christen werden bei der Ausbildung ihrer eigenen Gemeindeleiter behindert:** Offiziell sollte die Ausbildung von Gemeindeleitern in speziellen religiösen Einrichtungen erfolgen, die eine staatliche Lizenz besitzen und die nur von den Behörden überprüfte Bildungsmittel verwenden. Allerdings gibt es in Turkmenistan keine einzige christliche Bildungseinrichtung – nicht einmal die Russisch-Orthodoxe Kirche hat ein Priesterseminar. Die religiöse Ausbildung auf privatem Weg ist ebenfalls verboten.
- **Kirchen werden daran gehindert, christliche Materialien zu importieren:** Alle importierten religiösen Materialien müssen die offizielle Prüfung durch den Rat für religiöse Angelegenheiten durchlaufen. In den meisten Fällen werden die Artikel beschlagnahmt und vernichtet. Aus diesem Grund versuchen Christen aus protestantischen Kirchen erst gar nicht, gedruckte Materialien nach Turkmenistan hineinzubringen. Muslime melden es den Behörden, wenn sie entdecken, dass Christen religiöse Materialien illegal importieren.

Christen werden zudem bei ihren Aktivitäten, beim Bau oder der Renovierung von Kirchengebäuden, bei der Organisation von Aktivitäten innerhalb oder außerhalb ihrer Gemeinderäumlichkeiten und bei der Integration von Konvertiten aus dem Islam überwacht, gestört oder behindert. Christliche Materialien werden kontrolliert und beschlagnahmt. Der Druck, der Verkauf und die Verteilung von religiösen Materialien ist verboten.

Auftreten von Gewalt

- Etwa 30 Christen wurden angegriffen; die meisten von ihnen wurden von (örtlichen) Regierungsbeamten schikaniert (Diktatorische Paranoia).
- Mindestens 10 Christen wurden im Berichtszeitraum von der Polizei festgenommen.
- 3 Häuser von Christen wurden angegriffen und beschädigt. Meistens richten sich die Angriffe gegen illegale Treffen in den Häusern von Christen.

Es gibt kaum Berichte von gewalttätigen Übergriffen, denn die Christen in Turkmenistan wagen es nicht, derartige Informationen an Ausländer weiterzugeben (aus Angst, dass man die Informationen zu ihnen zurückverfolgen könnte).

7. Verfolgungssituation für Frauen und Männer

Wie Frauen Verfolgung erfahren:

- Entführung
- Zwangsverheiratung
- (Haus-)Arrest durch Familie
- Körperliche Gewalt
- Psychische Gewalt
- Sexuelle Gewalt
- Verbale Gewalt

Laut einer Umfrage von GWANET, einem von der Asiatischen Entwicklungsbank eingerichteten Netzwerk, das sich unter anderem mit Aspekten der Geschlechtergleichstellung in den zentralasiatischen Ländern befasst, betrachtet nur etwa ein Viertel der Männer und Frauen in Turkmenistan die Stellung von Frauen als gleichwertig mit der von Männern. Die Vorherrschaft der islamischen Kultur weist Frauen eine gegenüber Männern untergeordnete Position zu. Von Frauen wird erwartet, dass sie sich ihren Eltern und, wenn sie verheiratet sind, ihren Männern völlig unterordnen.

Christinnen muslimischer Herkunft, die durch ihre Abkehr vom Islam die bestehende akzeptierte Gesellschaftsordnung in Frage stellen, sind daher besonders gefährdet, Verfolgung zu erfahren. Sie sind Schlägen, Hausarrest, verbaler und körperlicher Misshandlung, Drohungen, Enterbung und Ablehnung ausgesetzt. Zudem können sie Opfer von Entführung, Vergewaltigung und sexueller Belästigung werden. Sexuelle Übergriffe verursachen Schamgefühle bei den Opfern, die sie davon abhalten, Unterstützung zu suchen oder Anzeige zu erstatten. Fälle von Straftaten gegen Frauen kommen nur selten vor turkmenische Gerichte. Entführte Frauen werden – quasi als „Korrekturmaßnahme“ – manchmal mit Muslimen zwangsverheiratet. Christinnen muslimischer Herkunft können durch Entführungen zur Ehe gezwungen werden, allerdings auch aufgrund vorehelicher Vereinbarungen, die beide Familien vor der Bekehrung der Konvertitin bereits miteinander getroffen hatten.

Christliche Frauen werden auch im Berufsleben diskriminiert und verlieren manchmal ihren Arbeitsplatz ganz. Da viele junge Frauen finanziell stark von ihren Eltern abhängig sind, macht der Verlust der Arbeit sie noch abhängiger von ihrem Familienverbund, der wiederum oft selbst eine Quelle der Verfolgung ist.

Der Missbrauch von Frauen wird als Instrument der Verfolgung - gerichtet gegen die Ehemänner und andere Familienmitglieder – genutzt; so soll die gesamte christliche Gemeinschaft unter Druck gesetzt und in der turkmenischen Kirche Angst und Gefühle der Hilflosigkeit gefördert werden.

Wie Männer Verfolgung erfahren:

- Verweigerung des Zugangs zu christlichen Materialien
- Ausschluss aus der Kommune/Netzwerken
- Beschlagnahme von Erbschaft und Besitz
- Diskriminierung/Schikane im Bildungsbereich
- Diskriminierung/Schikane im Berufs-/Geschäftsleben
- Wirtschaftliche Schikane durch Geldstrafen
- (Haus-)Arrest durch die Familie
- Inhaftierung durch die Behörden
- Zwangsrekrutierung zum Militärdienst
- Körperliche Gewalt
- Psychische Gewalt
- Verbale Gewalt

Normalerweise haben Männer in Turkmenistan Führungsrollen inne, innerhalb der Familie als Familienoberhäupter und Hauptverdiener sowie innerhalb der Kirche. Wenn sie verfolgt werden, betrifft dies ganze Familien und Gemeinden und verursacht Angst, Aggression und finanzielle Not. Christen haben den Eindruck, dass Staatsbeamte nach jedem nur denkbaren Vorwand suchen, um Bußgelder gegen christliche Männer zu verhängen; zum Beispiel wegen des Abhaltens illegaler Versammlungen, des Besitzes religiöser Literatur oder sogar für das Herunterladen christlicher Lieder. Druck geht auch von dem örtlichen sozialen Umfeld aus; Muslime behindern die Geschäftsaktivitäten von Christen muslimischer Herkunft und Christen aus protestantischen Kirchen (die sie als Sekte betrachten), was viele christliche Geschäftsinhaber dazu zwingt, ihren Glauben geheim zu halten.

Gemeindeleiter in Turkmenistan sind in besonderem Maß von Verfolgung betroffen. Muslime sehen sie als Hauptverantwortliche für den Glaubenswechsel ihrer Leute an und greifen diejenigen an, die sie für die aktivsten Evangelisten halten. Für Gemeindeleiter ist es außerdem schwierig, theologische Aus- und Fortbildung zu erhalten. Die Behörden erwarten von Männern in Leitungspositionen ein gewisses Maß an Zusammenarbeit – sie sollen die Behörden über jeden informieren, der radikale oder „extremistische“ Ansichten hat. Vor diesem Hintergrund überrascht es nicht, dass die Behörden auch darauf Einfluss nehmen, wer eine Leitungsposition übernehmen soll. Religiöse Bildung und religiöse Institutionen sind in Turkmenistan stark eingeschränkt; die Ausbildung kann nur in speziellen, staatlich lizenzierten religiösen Institutionen durchgeführt werden. Solche Einrichtungen gibt es in Turkmenistan jedoch nicht.

Der Militärdienst ist in Turkmenistan nach wie vor obligatorisch und Einwände aus Gewissensgründen sind nicht zulässig, was für christliche Männer ebenfalls zu Verfolgung führen kann. Zudem werden männliche Konvertiten zum christlichen Glauben von ihren Familien und ihrem sozialen Umfeld schikaniert und verhört. Mitunter erleben sie auch Hausarrest, Enterbung, Erniedrigung und Schläge.

8. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Bei einigen schiitischen muslimischen Gemeinschaften wurden Anträge auf Registrierung abgelehnt. Für Zeugen Jehovas ist es derzeit unmöglich, einen Rechtsstatus zu erlangen. Viele religiöse Gemeinschaften haben ihre Anträge auf Registrierung eingestellt und beschlossen, still und leise ohne formalen Rechtsstatus zu arbeiten.

Die Regierung konzentriert sich nicht auf eine bestimmte religiöse Gruppe – Muslime, Christen, Juden, Bahais etc. erleben alle ein hohes Maß an staatlicher Überwachung und Unterdrückung.

Beispiele:

- Am 7. Januar 2019 verurteilte ein Gericht in der Region Lebap im Osten des Landes den 18-jährigen Azamatjan Narkulyev wegen Verweigerung der Wehrpflicht aus Gewissensgründen zur Höchststrafe von zwei Jahren Haft. Er ist einer von 12 Wehrdienstverweigerern aus Gewissensgründen – allesamt Zeugen Jehovas –, von denen bekannt ist, dass sie im Gefängnis sind.
- Im Jahr 2019 ging ein Muslim in der westlichen Stadt Balkanabad nicht mehr in die Moschee, nachdem er von der Polizei verhört worden war.
- Am 31. Juli 2019 verurteilte ein Gericht in Aschgabad den 20-jährigen Zeugen Jehovas Azat Ashirov zu zwei Jahren Gefängnis, weil er die Wehrpflicht aus Gewissensgründen verweigert hatte.

9. Der Ausblick für Christen

Im Hinblick auf Diktatorische Paranoia

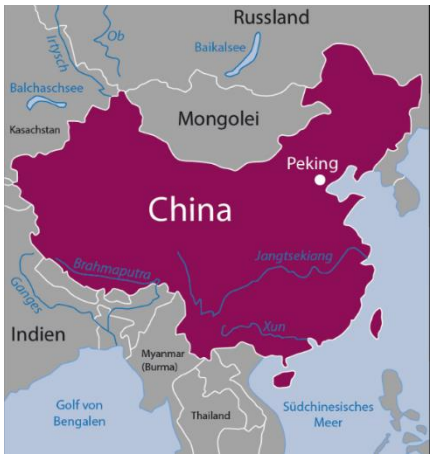
Die gegenwärtige Regierung übt ein sehr hohes Maß an Kontrolle über das Land aus. Regierungsbeamte auf allen Ebenen sind die stärksten Verfolger von Christen. Sie haben alle nur erdenklichen rechtlichen Einschränkungen verfügt, überwachen alle religiösen Aktivitäten, stürmen Versammlungen und blockieren die Verwendung religiöser Materialien. Die Chancen, dass sich diese Situation ändern wird, sind sehr gering.

Im Hinblick auf Islamische Unterdrückung

Der Islam ist nicht Staatsreligion und wird von den Behörden genauso behandelt wie die anderen Religionen. Dennoch ist der Islam die traditionelle Religion des Großteils der Bevölkerung und der durch Muslime auf Christen ausgeübte Druck im Land kommt vom weitreichenden Einfluss von Familie, Freunden und der Kommune, besonders auf christliche Konvertiten. Da dies eine in der Kultur verankerte Situation ist, sind Änderungen sehr unwahrscheinlich.

zurück zur Länderübersicht

China: Platz 23



Zusammenfassung

In Bezug auf die Kirchen wird die „Sinisierung“ (gezielte Förderung chinesischer Traditionen bei gleichzeitiger Schwächung anderer kultureller Einflüsse) landesweit durchgesetzt. Die Kommunistische Partei baut stark auf die kulturelle Identität Chinas, um an der Macht zu bleiben beziehungsweise um alles zu begrenzen, was ihren Machterhalt gefährden könnte. Die neuen Begrenzungen in Bezug auf das Internet, soziale Medien und Nichtregierungsorganisationen, sowie die neuen Religionsvorschriften von 2018 bedeuten ernstzunehmende Beschränkungen der Freiheit. Früher galt, dass nur gegen Kirchen nur vorgegangen wird, wenn sie als zu groß oder als zu politisch wahrgenommen werden oder wenn sie ausländische Gäste einladen. Dieser Grundsatz kann heute nur noch als Richtwert dienen. Auch viele andere Kirchen werden überwacht oder geschlossen, unabhängig davon, ob sie eigenständig sind oder zu der offiziell anerkannten Drei-Selbst-Bewegung gehören. Es werden jedoch nicht nur neue Gesetze verabschiedet, es lässt sich auch feststellen, dass bereits bestehende Gesetze strenger angewandt werden. Ein Beispiel dafür ist das Verbot des Online-Handels von Bibeln im Internet, das im März 2018 Schlagzeilen machte.

Wenn in muslimischen oder buddhistisch geprägten Teilen Chinas bekannt wird, dass jemand von der Mehrheitsreligion zum christlichen Glauben gewechselt ist, wird dieser Christ in der Regel bedroht oder körperlich angegriffen. All dies soll dazu führen, dass er zu seinem ursprünglichen Glauben zurückkehrt. Es kommt vor, dass Ehepartner zur Scheidung gezwungen werden oder dass Nachbarn und das soziale Umfeld christliche Tätigkeiten bei den lokalen Behörden melden, damit sie Maßnahmen ergreifen, um solche Aktivitäten zu unterbinden.

Beispiele aus dem aktuellen Berichtszeitraum

- Im Berichtszeitraum für den Weltverfolgungsindex 2020 wurden keine Ermordungen von Christen wegen ihres Glaubens gemeldet. Staatliche Maßnahmen gingen einher mit Verhören und manchmal Verhaftungen christlicher Leiter und mit der Bedrohung von Gemeindemitgliedern. Auch solche Kirchen wurden zerstört oder geschlossen, die im Fokus der Öffentlichkeit stehen. Derartige Vorfälle gab es in mehreren Provinzen, besonders aber in Henan, einer bevölkerungsreichen Provinz, in der es eine beachtliche christliche Minderheit gibt. Auch aus der Provinz Jiangxi gab es verstärkt Berichte über Vorfälle. Gottesdienste wurden zumeist durch Mitglieder der Sicherheitsdienste oder der Zentralabteilung Vereinigte Arbeitsfront der Kommunistischen Partei gestört. Manchmal werden vor Ort auch Mobs angeheuert.
- Es gab zahlreiche Vorfälle, in denen Kreuze an Kirchengebäuden zerstört wurden, sowohl von Hauskirchen als auch von Kirchen der offiziell anerkannten Drei-Selbst-Bewegung. Die Häufigkeit erinnerte an die Kampagne gegen Kreuze in Zhejiang von 2014 bis 2016. Es kam zudem häufig vor, dass Vermieter von den Behörden dazu gedrängt wurden, Mietverträge mit Kirchen aufzulösen. Zwei Fälle, die für großes Aufsehen sorgten, betrafen das Netzwerk „Hauskirche Zion“ in Peking und die Kirche „Goldener Leuchter“ in Shanxi. Beide wurden belästigt und geschlossen. Welches Ausmaß diese Kampagne einnimmt, kann auch an der

ungewöhnlichen Reaktion der nicht registrierten Hauskirchen in Peking ermessen werden, die eine gemeinsame Erklärung verfassten, in der sie die Behörden dazu aufriefen, die Religionsfreiheit zu respektieren, wie sie die chinesische Verfassung gewährt. Die Erklärung wurde im Juli 2018 veröffentlicht und von mehr als 600 Pastoren von Hauskirchen aus ganz China unterzeichnet.

---

1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 70 Punkten ist China auf dem Weltverfolgungsindex 2019 auf Platz 23 gesprungen. Im Jahr 2019 belegte das Land mit 65 Punkten noch Platz 27.

Die Wertung für Gewalt bleibt unverändert, da China bereits den Höchstwert bei zerstörten oder konfiszierten Kirchengebäuden erreicht. Allerdings weitet sich die Kampagne in ihrer geografischen Reichweite und Stärke aus. In den Bereichen „Privatleben“ und „Gesellschaftliches Leben“ ist die Punktzahl angestiegen. In diesem Anstieg zeigt sich, dass die kommunistische Ideologie noch stärker betont und Bürger benutzt werden, um Informationen über Christen und andere Minderheiten preiszugeben. Die Betonung der Ideologie und das übergreifende Ziel, den Machterhalt der Kommunistischen Partei zu sichern, sorgt für einen anhaltenden Punkteanstieg in den Bereichen „Kirchliches Leben“ und „Leben im Staat“. Darin spiegelt sich außerdem die strikte Anwendung der Religionsverordnung wider, die seit dem 1. Februar 2018 in immer mehr Provinzen in Kraft getreten ist. Christen berichten zunehmend von Schwierigkeiten mit den Behörden, insbesondere im Bereich des kirchlichen Lebens. In Bezug auf die Situation der Christen im gesamten Land muss man die enorme flächenmäßige Ausdehnung Chinas berücksichtigen; dadurch ist die Lage der Christen in verschiedenen Teilen des Landes sehr unterschiedlich. Es kann jedoch ohne Zweifel festgehalten werden, dass sich die Situation für Christen im gesamten Land verschlechtert hat, wie Berichte aus vielen verschiedenen Provinzen zeigen, und selbst Kirchen der Drei-Selbst-Bewegung stehen vor immer größeren Schwierigkeiten.

Nach einem Anstieg von sieben Punkten in diesem Bereich auf dem Weltverfolgungsindex 2019 stieg der Wert nun noch einmal um fast fünf Punkte. Daran verdeutlicht sich die anhaltende Verschlechterung der Situation und der enorme Druck, den landesweit die Kirchen zu spüren bekommen, ganz gleich, ob sie der Regierung nahestehen oder nicht. Die Kirche in China zeigt sich weiterhin widerstandskräftig gegenüber dem Druck der Kommunistischen Partei, beispielsweise beim Unterrichten von Kindern und Jugendlichen. Es wird jedoch immer schwieriger zu vermeiden, sich der offiziellen Ideologie zu fügen. Viele Kirchen sind nicht einfach verschwunden, nachdem sie Razzien und Schließung erlebten. Vielmehr organisierten sie sich neu und teilten sich bewusst in kleinere Gruppen auf, wenngleich auch diese Taktik sie nicht vor anhaltendem Druck schützt.

2. Triebkräfte der Verfolgung

Kommunistische Unterdrückung

Das übergeordnete Ziel der Kommunistischen Partei ist der Machterhalt, den sie durch nationale Einheit und die Minimierung ausländischer Einflüsse zu sichern versucht. Die Regierenden werden alles aus ihrer Sicht Nötige tun, um in diesem Bestreben Erfolg zu haben. In den vergangenen Jahren berief

sich China zunehmend auf seine ideologischen Wurzeln und betonte die kommunistische Herrschaft. Präsident Xi Jinping ist wohl der stärkste kommunistische Führer seit Mao Zedong. Der neunzehnte Parteikongress zeigte, wie sehr sich die Partei wieder stark auf die kommunistische Ideologie fokussiert. Dabei wurde unmissverständlich deutlich gemacht, dass die Partei diese Fokussierung auch von sämtlichen Regierungsvertretern und zivilgesellschaftlichen Akteuren erwartet. Gemäß den weiterentwickelten Regeln der Kommunistischen Partei werden alle Mitglieder, die sich selbst nach „verstärkter Ausbildung der Gedanken“ weiterhin an religiöse Überzeugungen klammern, „aufgefordert, die Partei zu verlassen“. Interessanterweise hält sich der Parteikongress zurück, einen designierten Nachfolger für die Regierungsführung zu nominieren.

Um seine eigene Macht und die gesellschaftliche Harmonie zu sichern, kontrolliert das Regime alle Religionen, da diese eine starke soziale Triebkraft darstellen. Von der Kontrolle betroffen ist auch die wachsende christliche Minderheit. Dies gilt vor allem für die instabilen Minderheitsregionen, das buddhistische Tibet und das muslimische Xinjiang. Die Regierung hat die Kontrolle in diesen Gebieten verstärkt, was nicht nur ethnische Gruppen zu spüren bekommen, die um die Unabhängigkeit kämpfen, sondern auch die jeweiligen Gruppen von christlichen Konvertiten und stärker noch die Han-Christen. In vielen Regionen Chinas werden christliche Aktivitäten immer stärker behindert. Auch wenn Hauskirchen in der Ausübung ihrer Aktivitäten am stärksten eingeschränkt sind, besonders im Bereich der Arbeit unter Kindern und Jugendlichen, müssen auch die der Regierung nahestehenden Kirchen restriktiver Kontrolle ins Auge sehen.

Diktatorische Paranoia

Präsident Xi Jinping hat seine Macht in einer Weise gefestigt, wie man es seit Mao Zedong nicht mehr erlebt hat. Unter seiner Führung wirkt die kommunistische Partei schon fast militant hinsichtlich ihrer Bemühungen, jegliche vermeintliche Bedrohung, welche die Autorität der Partei anzweifeln könnte, anzugreifen. Das Hauptziel der Partei ist der Machterhalt. In gewisser Hinsicht stellt die Ideologie ein Werkzeug dar, das eher als Mittel zum Zweck dient, statt das eigentliche Ziel zu sein. So wird zum Beispiel der christliche Glaube nicht unbedingt aufgrund seiner theologischen Inhalte als mögliche Bedrohung gesehen, sondern weil sich Menschen im Namen einer Sache versammeln und organisieren, die außerhalb der Kontrolle der Partei liegt.

Islamische Unterdrückung / Religiös motivierter Nationalismus

Die Provinzen Xinjiang und Tibet sind spärlich besiedelt; zusammen machen sie nur etwa zwei Prozent der chinesischen Bevölkerung aus. Deswegen sind die Triebkräfte „Islamische Unterdrückung“ und „Religiöser Nationalismus“ mit Sicht auf ganz China nicht stark ausgeprägt. Für die christlichen Konvertiten in den beiden Provinzen verschlechtert sie die Situation jedoch sehr deutlich.

Der nordwestliche Staat Xinjiang, in dem die muslimische Minderheit der Uiguren lebt, ist im Berichtszeitraum noch stärker kontrolliert worden. Beobachter sprechen bereits von einem Polizeistaat, vor allem, seitdem dort Umerziehungslager geschaffen wurden. Das Leben der wenigen Christen muslimischer Herkunft – höchstwahrscheinlich einige Tausend – ist extrem schwierig. Sie erleben den bereits beschriebenen allgemein erhöhten Druck vonseiten der Regierung und müssen zusätzlich mit Verfolgung durch die eigene Familie, Nachbarn und Freunde rechnen. Jedes Abweichen von der islamischen Glaubenstradition wird als Schande und sogar Verrat angesehen, da nach gängigem Verständnis jeder Uigure Muslim sein sollte. Auch wenn es schwierig ist, Berichte über die Situation von Christen muslimischer Herkunft zu erhalten, so weisen doch alle vorliegenden

Informationen auf eine Verschlechterung hin. Gelegentlich kommt es sogar zu körperlicher Gewalt durch Familienangehörige.

Ähnliche Entwicklungen wie im Einflussbereich der „Islamischen Unterdrückung“ betreffen auch die noch kleinere Gruppe tibetischer Christen buddhistischer Herkunft in der chinesischen Region Tibet (Westchina). Druck und Gewalt nehmen zu, und die Behörden tun alles in ihrer Macht Stehende, um die tibetischen Unabhängigkeitsbestrebungen zu unterbinden. Tibetische Christen sind starkem Widerstand vonseiten ihrer Familie, Freunde und ihres sozialen Umfelds ausgesetzt. In dieser Region einen „abweichenden“ Glauben zu haben, kostet einen hohen Preis, da ein christlicher Konvertit quasi von der Gemeinschaft ausgeschlossen wird.

Organisiertes Verbrechen und Korruption

Lokale Regierungsbeamte können korrupt sein. Unter den im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2020 bekannt gewordenen Verfolgungsfällen waren Streitigkeiten um Grundstücke, bei denen Christen betroffen waren. Allerdings hat die Kommunistische Partei eine große Anti-Korruptions-Kampagne ins Leben gerufen, sodass es möglich ist, dass diese Triebkraft der Verfolgung künftig in den Hintergrund tritt. Örtliche Behörden engagieren häufig Schlägertrupps, um unbeliebte oder illegale Maßnahmen durchzusetzen. Das betrifft auch religiöse Gruppen und insbesondere Hausgemeinden.

3. Verfolger

Ausgehend von Kommunistische Unterdrückung

- **Politische Parteien:** In ihrem Bestreben, religiöse Einrichtungen zu kontrollieren, sind die Kommunistische Partei und die Regierungsbehörden die stärksten Verfolger von Christen in China. In stark kommunistisch geprägten Familien können auch Familienmitglieder zu Verfolgern werden, da niemand, der Mitglied der Partei werden möchte oder eine Karriere im öffentlichen Dienst anstrebt, religiös sein darf. Die Kommunistische Partei schränkt Christen immer stärker ein, indem sie sie kontrolliert und gegen sie vorgeht. Das liegt vor allem daran, dass Christen die größte gemeinschaftliche Organisation in China sind, die nicht vom Staat kontrolliert wird.
- **Regierungsbeamte:** Wer Regierungsbeamter höheren Rangs werden will, muss zwingend der Kommunistischen Partei angehören und ihrer Ideologie und ihren Direktiven folgen. Wer diese Voraussetzung nicht erfüllt, dem bleibt eine Karriere als Regierungsbeamter verwehrt. Ob Beamte auf allen Ebenen von der Überlegenheit des Kommunismus völlig überzeugt sind, ist eine andere Frage. Doch um sich als ideologisch vertrauenswürdig zu erweisen, müssen auch sie die Religionsvorschriften durchsetzen, vor allem jetzt, da die Kommunistische Partei über deren Einhaltung wacht.
- **Nichtchristliche religiöse Leiter:** Muslimische und tibetische Leiter können von der Kommunistischen Partei in verantwortungsvolle Positionen berufen und eingebunden werden, um sie dadurch auf die offizielle Parteilinie zu bringen. Sofern sie dann als Parteifunktionäre agieren, werden sie meist zu Verfolgern.

Ausgehend von Diktatorischer Paranoia

- **Politische Parteien:** In ihrem Bestreben, an der Macht zu bleiben, haben die Kommunistische Partei und die Regierungsbehörden genau untersucht, was in anderen Ländern zum Niedergang des Kommunismus geführt hat. Ein Faktor dabei ist die Kontrolle gesellschaftlicher Gruppen wie Christen, die immer noch als ausländischer Einfluss gesehen werden, der mit ausländischen und vorwiegend westlichen Kräften in Kontakt steht.
- **Regierungsbeamte:** Ihre Position und Stellung beruht auf dem Machterhalt der Kommunistischen Partei. Daher werden die meisten Regierungsbeamten alles in ihrer Macht Stehende tun, um ihre Stellung zu sichern – unabhängig davon, ob sie persönlich von der kommunistischen Ideologie überzeugt sind oder nicht. Die Durchsetzung des nationalen politischen Kurses ist allein schon aufgrund der Größe des Landes herausfordernd. Doch die Kommunistische Partei übt hohen Druck auf ihre Beamten aus, und auch finanzielle Anreize werden angeboten, zumal es zu den höchsten Prioritäten der Partei zählt, mit religiösen Gruppierungen klarzukommen.

Ausgehend von Islamischer Unterdrückung und Religiös motiviertem Nationalismus

- **Nichtchristliche religiöse Leiter und Anführer ethnischer Gruppen:** Die kleine Gruppe von Christen muslimischer und buddhistischer Herkunft erfährt starke Verfolgung durch muslimische oder buddhistische religiöse Leiter. Diese sind nach wie vor in Xinjiang und Tibet äußerst einflussreich und haben dort in vielen Fällen auch offizielle Ämter inne. Manche von ihnen üben ihren Einfluss aus, indem sie Riten wie Hochzeiten oder Beerdigungen für die Einheimischen durchführen. Christen muslimischer oder buddhistischer Herkunft stoßen in all diesen Fällen auf Schwierigkeiten, wenn ihr Glaubenswechsel bekannt wird.
- **(Groß-)Familie und gewöhnliche Bürger:** Christen muslimischer und buddhistischer Herkunft erfahren durch ihr soziales Umfeld und ihre eigenen Eltern oder ihre Familie zusätzlich hohen Druck, zu ihrem alten Glauben zurückzukehren. Ein Glaubenswechsel ist mehr als nur ein Wechsel der Religion; er wird als Verrat an der Familie und dem näheren sozialen Umfeld angesehen.

Ausgehend von Organisiertem Verbrechen und Korruption

- **Politische Parteien und Regierungsbeamte:** Lokale Beamte und Parteikader heuern manchmal Mobs und Gangs an, um eine Kirche zu schließen, setzen Vermieter unter Druck oder vertreiben christliche Gemeinden von einem Stück Land. Wo Landraub von Regierungsbeamten durchgeführt wird, kann die Forderung im Hintergrund letztendlich auch von Firmen stammen, die Grundstücke erschließen wollen.

4. Regionale Brennpunkte der Verfolgung

Christen muslimischer und buddhistischer Herkunft, die zu einer ethnischen Minderheit gehören, erfahren in China wohl die stärkste Verfolgung, da diese auch vonseiten ihrer Familien und ihres sozialen Umfelds ausgeht. Geographisch gesehen ist die Verfolgung in Xinjiang, Tibet und Südwestchina am stärksten. Auch die Provinzen Henan und Zhejiang können als regionale Brennpunkte der Verfolgung gelten, da dort viele protestantische Christen leben, genauso Hebei, wo es eine große Anzahl katholischer Christen gibt. Gleichwohl sehen sich Christen und christliche Kirchen überall im Land mit Restriktionen und Überwachung konfrontiert. Aus allen Provinzen wird davon berichtet.

5. Betroffene Christen

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

Im Vergleich zu den unten genannten, von Verfolgung betroffenen Christen genießt diese Gruppe der ausländischen Christen mehr Freiheiten. Allerdings werden sie überwacht und unterliegen Einschränkungen bei ihren Kontakten zu lokalen chinesischen Kirchen. Chinesische Behörden versuchen jedoch ausländische christliche Missionare ausfindig zu machen, insbesondere aus Südkorea. Bis Dezember 2018 war eine beachtliche Anzahl ausländischer Missionare gezwungen worden, das Land aufgrund von nachgewiesener oder mutmaßlicher missionarischer Aktivitäten zu verlassen. Anderen wurden einfach eine Erneuerung ihres Visums ohne Erklärung verweigert.

Christen aus traditionellen Kirchen und von der Regierung kontrollierte Kirchen

Diese Kategorie lenkt die Aufmerksamkeit auf eine Besonderheit der chinesischen Christenheit. Es gibt einerseits registrierte und von der Regierung anerkannte Kirchen – die protestantische Drei-Selbst-Bewegung und die Katholisch-Patriotische Vereinigung – und andererseits nicht registrierte, unabhängige Kirchen.

Auf katholischer Seite sind dies die vatikantreuen Gemeinden. Kirchen der protestantischen Drei-Selbst-Bewegung und der Katholisch-Patriotischen Vereinigung werden von der Regierung kontrolliert. Obwohl es keine unmittelbare Zensur gibt, sind sie mit ihren Äußerungen sehr vorsichtig. Die Wahl der Kirchenleitung wird vom Staat beeinflusst. Die Kirchen haben jeweils einen 5-Jahres-Plan zur „Sinisierung“ veröffentlicht, d.h. wie sie sich der Kultur Chinas anpassen können. Dazu verfassen sie Diskussionspapiere, etwa zur Sinisierung im katholischen Kontext. In einer unerwarteten Entwicklung hat der Heilige Stuhl in Rom im September 2018 als kleinster souveräner Staat der Welt und offizielle Administration der Römisch-Katholischen Kirche eine „provisorische Vereinbarung“ mit China über die Ernennung Römisch-Katholischer Bischöfe geschlossen. Details wurden jedoch nicht veröffentlicht. Bezüglich des Drucks auf katholische Christen brachte diese Entwicklung keine spürbare Entspannung.

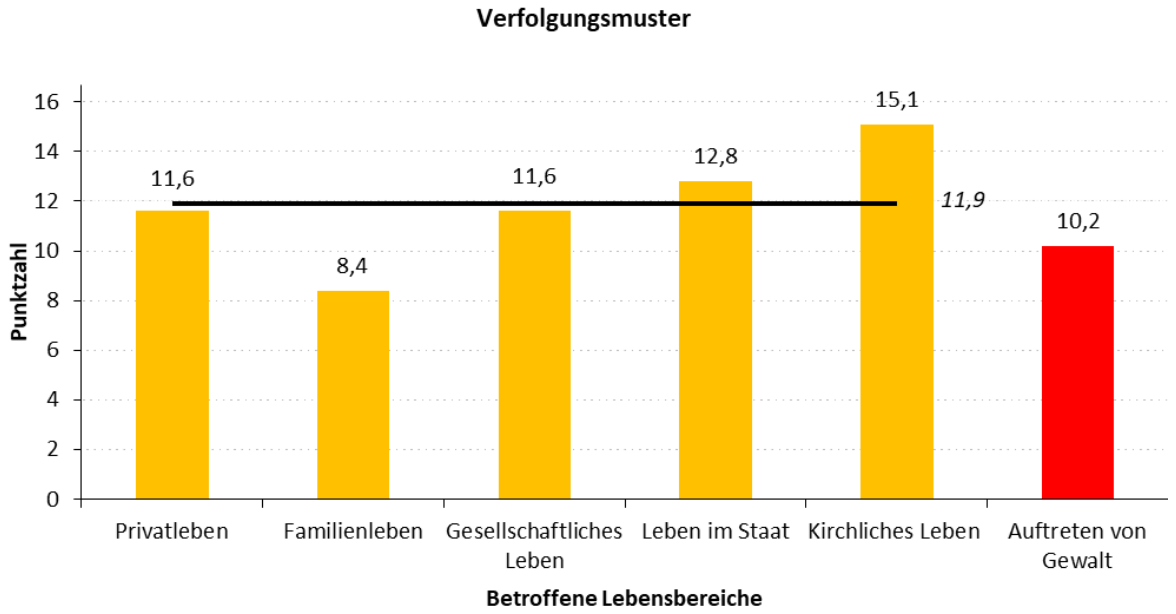
Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

Konvertiten haben entweder eine muslimische oder buddhistische (tibetische) Herkunft. Da sie in Regionen ethnischer Minderheiten leben, die aufgrund von Unabhängigkeitsbestrebungen immer instabiler werden, erleben christliche Konvertiten Druck aus zwei Richtungen: von der Regierung und der Familie bzw. dem sozialen Umfeld. Während die Regierung jegliche vermeintlich politischen oder gefährlichen Aktivitäten oder Versammlungen unterbindet, setzen Familienmitglieder, Freunde und Nachbarn diese Christen unter Druck, zum „wahren Glauben“ zurückzukehren, denn bei den fraglichen ethnischen Gruppen stellt die Religion einen wichtigen vereinenden Faktor dar.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Zu dieser Gruppe von Christen zählen evangelikale Christen, Baptisten und Pfingstgemeinden sowie eine Vielzahl von Gemeinden mit verschiedensten Namen. Auf der protestantischen Seite sind hier die sogenannten Hauskirchen zu nennen. Dieser Begriff ist jedoch missverständlich, denn einige dieser Gemeinden haben mehrere tausend Mitglieder und in manchen Provinzen treffen sie sich nicht heimlich, sondern offen in Geschäftsgebäuden. Diese Christen sind stark von der intensivierten Kontrolle der letzten Monate betroffen.

6. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster China

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Der durchschnittliche Wert für Druck auf Christen in China ist im Berichtszeitraum von 11,0 Punkten auf 11,9 Punkte gestiegen. Der Druck verstärkte sich in allen Lebensbereichen. Damit zeigt sich, dass das neue Religionsgesetz nun in allen Provinzen durchgesetzt wird, ganz nach dem Willen der Kommunistischen Partei, welche nun die Umsetzung vorantreibt und nicht mehr nur die Regierung. Die gesetzlichen und behördlichen Bedingungen wurden schwieriger für Christen, nicht nur für die sogenannten Hauskirchen, sondern auch für Kirchen, die zu der Drei-Selbst-Bewegung gehören. Der Druck, sich der vorherrschenden Ideologie des Lobs der Errungenschaften der Kommunistischen Partei anzuschließen, ist deutlich gestiegen und stellt langfristig die größte Gefahr für Christen dar.
- Am stärksten ist der Druck in den Bereichen „Kirchliches Leben“ und „Leben im Staat“ mit Werten von 15,1 und 12,8 Punkten, was einem Anstieg von 0,5 bzw. einem Punkt entspricht. Druck in diesen Bereichen ist typisch für Länder, in denen „Kommunistische Unterdrückung“ eine Triebkraft der Verfolgung ist. Der starke Druck im Bereich „Privatleben“ (11,6 Punkte) deutet auf die Probleme hin, die Christen mit muslimischem oder buddhistischem Hintergrund haben. Druck durch „Islamische Unterdrückung“ und „Religiös motivierten Nationalismus“ ist nicht nur im Privatleben, sondern auch in den Bereichen „Familienleben“ und „Gesellschaftliches Leben“ zu beobachten. Der Druck, der von der Kommunistischen Unterdrückung ausgeht, kann in diesen Lebensbereichen gespürt werden, etwa wenn es um Bildung oder Arbeitsplätze für Lehrer oder medizinisches Personal geht. Der Anstieg im Bereich „Leben im Staat“ (12,8 Punkte) beruht auf aufsteigendem Druck, hervorgerufen dadurch, dass die Ideologie der Kommunistischen Partei gelehrt wird und man ihr folgt.

- Der Wert für Gewalt gegen Christen ist nahezu gleichgeblieben und steigt von 10,0 im Weltverfolgungsindex 2019 auf 10,2 im Weltverfolgungsindex 2020. Überall im Land wurden noch mehr Kirchen geschlossen, darunter einige mit hohem Bekanntheitsgrad. Damit hat China erneut die Schwelle zur Höchstpunktzahl für die Schließung von Kirchen überschritten. Dies ist bereits seit vielen Jahren der Fall. Es gab keine Berichte über Morde an Christen, aber eine steigende Anzahl von Christen wurde verhaftet, zum Teil, um „umerzogen" zu werden. Die Behörden, insbesondere die Kommunistische Partei, scheinen sich nicht allzu sehr um negative internationale Schlagzeilen zu kümmern, wie deutlich an der Situation in Xinjiang abzulesen ist. Im Gegenteil, die Partei versucht, ihre eigenen Berichte über die Umerziehungslager oder „Berufsbildungszentren", wie sie offiziell genannt werden, zu verbreiten.

Zu jedem der Lebensbereiche sind im Folgenden jeweils ausgewählte Teilaspekte genannt, die im betreffenden Lebensbereich für die Christen zu den gravierendsten Schwierigkeiten gehören.

Privatleben

- **Es ist für Christen gefährlich, auf christliches Radio, Fernsehen oder christliches Material im Internet zuzugreifen:** Auch wenn es grundsätzlich möglich ist, christliche Inhalte im Internet abzurufen und über soziale Medien zu kommunizieren, geschieht dies unter genauster Beobachtung der Regierung. Außerdem blockiert die Regierung zunehmend Inhalte von Webseiten. Christliches Radio und Fernsehen sind verboten. Für Christen muslimischer oder buddhistischer Herkunft in Xinjiang und Tibet ist es mit besonderen Risiken behaftet, auf christliche Inhalte zuzugreifen, auch wenn sie nur wenige Tausend sind.
- **Es ist ein Risiko für Christen, über ihren Glauben mit anderen als mit ihren engsten Familienangehörigen zu sprechen:** Für christliche Konvertiten muslimischer und buddhistischer Herkunft, die zu einer ethnischen Minderheit gehören, ist es praktisch unmöglich, mit anderen über ihren Glauben zu sprechen. Falls ein Konvertit es dennoch wagt und den Behörden gemeldet wird, so wird er oder sie verwarnt und – je nach Lage des Falls – eventuell sogar für einige Tage in Haft genommen. Christen unter den Parteimitgliedern und dem Militärpersonal, selbst Christen unter den Regierungsbeamten oder Lehrern, die nicht der Kommunistischen Partei angehören, betreiben Selbstzensur, da es mit Risiken behaftet ist, als religiös angesehen zu werden.
- **Es ist für Christen riskant, christliche Bilder oder Symbole zu zeigen:** Für Christen muslimischer und buddhistischer Herkunft, die einer ethnischen Minderheit angehören, ist es unmöglich, durch christliche Symbole wie etwa ein Kreuz oder zu Hause aufgehängte Bibelverse ihren Glauben zu offenbaren. Aber es gibt auch Berichte anderer Christen in bestimmten Gebieten, deren Häuser von den Behörden durchsucht und christliche Gemälde oder Bibelverse zerstört wurden. Auch für Christen, die Mitglieder der Partei oder des Militärs sind, würden solche Symbole ein Risiko darstellen, da sie keiner Religion angehören, geschweige denn eine Zugehörigkeit offen zeigen sollten.
- **Eine Hinwendung zum christlichen Glauben wird abgelehnt, verboten oder bestraft:** Dies gilt für drei Gruppen von Christen, die Widerstand auf verschiedene Weise erfahren: 1) Angehörige ethnischer Minderheiten, vor allem der muslimischen und tibetischen, erfahren den stärksten Druck aufgrund eines Glaubenswechsels. 2) Mitglieder der Kommunistischen Partei und des Militärs erleben ebenfalls Druck, vor allem um ihren Glaubenswechsel geheim zu halten. Je nach Familie können sie jedoch zumindest zu Hause ihren Glaubenswechsel

offenlegen. 3) Schließlich sehen sich junge Menschen (unter 18 Jahren) mit Ablehnung angesichts ihres Glaubenswechsels konfrontiert. Sie dürfen eigentlich keinerlei religiösen Versammlung beiwohnen. Mit dieser Regelung wird versucht, junge Menschen davon abzubringen, sich einer Religion zuzuwenden, einschließlich des christlichen Glaubens.

Christen uigurisch-muslimischer oder tibetisch-buddhistischer Herkunft müssen ihren Glauben sehr vorsichtig praktizieren. Besonders davon betroffen sind diejenigen, die in ihrer Familie die einzigen Christen sind. Sie müssen Bibeln und andere christliche Literatur sorgfältig verstecken und können darin nur mit großer Vorsicht lesen, da strenggläubige muslimische oder buddhistische Familien dies nicht akzeptieren. Sich mit anderen Christen zu treffen, stellt unter diesen Umständen eine besondere Herausforderung dar: Es ist nicht nur für die Konvertiten selbst gefährlich, sondern kann auch ganze christliche Versammlungen in Gefahr bringen. Christliche Konvertiten, deren Glaubenswechsel bekannt wurde, werden genauestens überwacht, bedroht und erleben in einigen Fällen auch körperlichen oder psychischen Missbrauch.

Familienleben

- **Kinder christlicher Eltern werden dazu gedrängt, an nichtchristlichem Unterricht oder dem allgemeinen Religionsunterricht teilzunehmen:** Alle Kinder von Christen werden gezwungen, der Bibel widersprechende Inhalte zu lernen. Das atheistische Bildungssystem richtet sich gegen Glaubensinhalte (diese Kampagne wurde während im Jahr 2018 neu gestartet). In verschiedenen Teilen des Landes wurden Kinder von Christen von Behörden dazu gezwungen, Erklärungen zu unterschreiben, dass sie „nicht religiös“ seien. Zudem wurden sie unter Druck gesetzt, den Glauben ihrer Eltern aufzudecken.
- **Eltern werden daran gehindert, ihre Kinder gemäß ihrem christlichen Glauben aufzuziehen:** Wie bereits erwähnt, werden in einigen Landesteilen die Kinder unter Druck gesetzt, den Lehrern und Behörden mitzuteilen, wenn ihre Eltern religiös sind. Die Kommunistische Partei unternimmt größte Anstrengungen, um eine anti-religiöse Denkweise bei Kindern zu fördern. Sie warnt, religiöse Aktivitäten seien als kriminelles Verhalten zu erachten. Das führt dazu, dass viele Kinder angesichts des Glaubens ihrer Eltern verwirrt oder sogar wütend sind. Und Eltern kommen so in die schwierige Lage, sich fast ständig verteidigen zu müssen. Die Familie von Christen muslimischer oder buddhistischer Herkunft wird versuchen, sich in die Erziehung und Bildung der Kinder einzumischen.
- **Wegen des christlichen Glaubens ihrer Eltern werden Kinder diskriminiert oder schikaniert:** Falls Kinder in ihrem Glauben standhaft bleiben, obgleich ihnen ständig das Gegenteil beigebracht wird, werden Lehrer und gleichaltrige Schüler sie abzuhalten versuchen, an christlichen Aktivitäten teilzunehmen. Ihnen wird damit gedroht, sie würden ansonsten Widerstand von älteren Schülern erfahren, in einigen Regionen auch damit, ihnen würde verwehrt bleiben, die Schule abzuschließen oder weiterführende Schulen zu besuchen. Das gilt in besonderem Maße für Kinder von Christen muslimischer oder buddhistischer Herkunft, deren Glaubenswechsel bekannt geworden ist.
- **Christliche Taufen werden be- oder verhindert:** Konvertiten können nicht öffentlich getauft werden. Selbst Taufen, die geheim stattfinden, um den Glaubenswechsel eines Konvertiten zu verbergen, stellen ein gewisses Risiko dar. Desgleichen sind Taufen von Christen unter 18 Jahren nicht gestattet.

In Tibet und Xinjiang ist die Situation sehr angespannt. Je mehr Druck die Regierung auf die Gesellschaft in diesen Provinzen ausübt, desto stärker wird jeder Glaubenswechsel als Schande für die Familie und Verrat an dem eng verbundenen Gemeinschaftsleben angesehen. Daher sind Christen muslimischer oder buddhistischer Herkunft sehr darauf bedacht, ihren neu gewonnenen Glauben geheim zu halten. Wird jemand als Christ entdeckt, drohen Scheidung und der Verlust des Erbrechts. Christliche Trauungen oder Beerdigungen zu organisieren, erweist sich als äußerst schwierig. Von christlichen Konvertiten wird erwartet, dass sie traditionelle Hochzeitsriten befolgen. Deshalb kann eine christliche Trauung, wenn überhaupt, nur im Geheimen stattfinden. Der Wert im Bereich „Familienleben“ ist niedriger als der in anderen Lebensbereichen, da etwa die Geburtenregistrierung kein Problem darstellt.

Gesellschaftliches Leben

- **Christen stehen durch ihr soziales oder privates Umfeld unter Beobachtung:** Christen muslimischer und buddhistischer Herkunft, die einer ethnischen Minderheit angehören, werden durch ihre Familie, Freunde und Nachbarn unter Druck gesetzt, ihren christlichen Glauben aufzugeben. Ihre Kinder werden in der Schule diskriminiert und sind mit Vorurteilen von muslimischen oder buddhistischen Lehrern und Mitschülern konfrontiert. Überwachungsmaßnahmen (z. B. durch Schulbehörden und Nachbarschaftskomitees) sind im ganzen Land verbreitet; Christen sind davon ebenso betroffen wie alle anderen Bürger. Dennoch stehen Christen mit höherem Bekanntheitsgrad häufig unter besonderer Beobachtung.
- **Christen wird der Zugang zu kommunalen Institutionen aufgrund ihres Glaubens verwehrt:** Christen haben Schwierigkeiten, an Bürgerforen teilzunehmen, weil diese wie die meisten kommunalen Organisationsformen auch eine politische Komponente haben. In den ländlichen Gebieten Tibets haben Lamas (buddhistische Lehrer) einen großen Einfluss auf das alltägliche Leben der Menschen, da viele von ihnen Mitarbeiter lokaler Regierungsbehörden sind. In ihren Händen liegt die Verwaltung der Grundversorgung, einschließlich der Verteilung staatlicher Hilfsgüter an einzelne Familien. Dabei werden christliche Konvertiten häufig diskriminiert oder sogar ganz von der Versorgung ausgeschlossen.
- **Christen werden in der Erwerbstätigkeit, sei es im privaten oder öffentlichen Sektor, aufgrund ihres Glaubens diskriminiert:** Im öffentlichen Sektor ist Diskriminierung eher an der Tagesordnung als im privaten Sektor. Gleichwohl gab es Fälle, in denen die Regierung auch hier in die Beschäftigungsverhältnisse eingriff und private Arbeitgeber dazu drängte, Verträge mit religiösen Beschäftigten zu beenden. Private Arbeitgeber sind dazu verpflichtet, eine aktive Parteizelle zu haben. Religiöse Beschäftigte sind von allen öffentlichen Positionen, die eine Parteimitgliedschaft voraussetzen, ausgeschlossen.
- **Christen wurden wegen ihres Glaubens verhört oder dazu gezwungen, sich bei der Polizei zu melden:** Zwar sind Verhöre in Xinjiang und Tibet an der Tagesordnung, doch Christen geraten diesbezüglich besonders in den Fokus, da sie als „Störenfriede“ betrachtet werden. Dies gilt zudem für Han-Chinesen, die in diesen Regionen eine Gemeinde leiten. Aber auch in ganz China werden Kirchenleiter und -mitglieder zunehmend zu Verhören in Polizeistationen und Büros der Religionsbehörde vorgeladen.

Gelegentliche Einladungen von den Behörden, „gemeinsam eine Tasse Tee zu trinken“, wie es früher der Fall war, wurden durch unverschleierte Überwachung und zeitweise unmittelbare Verhöre abgelöst. Die Behörden vor Ort scheuen nicht davor zurück, ihre Arbeitsweise vom reinen Beobachten

auf hartes Durchgreifen umzustellen, um die neue Politik der Partei im Umgang mit Religionen umzusetzen. Das kann damit zu tun haben, dass sich nicht weiter die Regierung, sondern die Kommunistische Partei um alle religiösen Angelegenheiten kümmert. Im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2020 wurde Senioren und Eltern angedroht, ihre Staatszuschüsse würden gekürzt, sollten sie weiterhin religiös aktiv sein. Damit wird begünstigt, dass betagte Christen von ihrem sozialen Umfeld schikaniert und belästigt werden – denn man nimmt an, wer von den Behörden wie Kriminelle behandelt wird, muss irgendwie „schlecht" sein.

Leben im Staat

- **Die Verfassung oder eine vergleichbare nationale Gesetzgebung schränkt die Religionsfreiheit gemäß Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte ein:** Während China Religionsfreiheit in seiner Verfassung anerkennt, gibt es bei der Umsetzung dieser Freiheit große Defizite. Die Regierung propagiert weiterhin ihre kommunistische und atheistische Ideologie. Auf Ersuchen der chinesischen Behörden entschloss sich die Cambridge University Press (CUP) im August 2017 dazu, Hunderte akademische Papiere, die zur Veröffentlichung in China vorbereitet worden waren, zu zensieren, da viele dieser Dokumente als politisch brisant angesehen wurden.
  Obwohl die CUP nach einem internationalen Aufschrei diese Entscheidung wieder zurücknahm, zeigt dieser Vorfall, dass es im Bereich „Leben im Staat" eine Schlüsselrolle spielt, was gesagt und worüber berichtet wird – sei es in der akademischen Welt oder auf anderen Gebieten. Die Medien werden vom Staat gesteuert und sind allen Religionen gegenüber voreingenommen, was sich auch auf die Berichterstattung über Christen auswirkt. Der Zugang zu nicht vom Staat kontrollierten Nachrichten wird zunehmend unerreichbar.
- **Christliche zivilgesellschaftliche Organisationen oder politische Parteien werden behindert oder verboten.** Die Gesetze für einheimische oder ausländische Nichtregierungsorganisationen verbieten es ihnen, an religiösen Aktivitäten teilzunehmen. Der Spielraum, den christliche Nichtregierungsorganisationen haben, schrumpft damit. China erlaubt keine politischen Parteien mit Ausnahme der Kommunistischen Partei. Man nimmt sich Christen, die sich politisch organisieren, rasch an.
- **Wenn Christen sich vor Gericht verantworten mussten, wird eine internationale Beobachtung behindert.** Eine solche internationale Beobachtung von Gerichtsverhandlungen wird als Beispiel einer „Einmischung von außen" erachtet und damit untersagt.
- **Christen erleben Einschränkungen in der öffentlichen Meinungsäußerung:** Die Kommunistische Partei beschränkt und kontrolliert strengstens jeden öffentlichen Diskurs, einschließlich auf Online-Plattformen. Wie alle anderen Bürger sind auch Christen von diesen Einschränkungen betroffen. Wer wagt, seine Stimme zu erheben, wird rasch mundtot gemacht. Ein Beispiel aus jüngerer Vergangenheit ist Pastor Wang Yi, der erstmals im Dezember 2018 verhaftet und im Dezember 2019 zu 9 Jahren Haft verurteilt wurde.

Das Verbot von Religion im öffentlichen Leben in China hat sich auf Schulen und medizinisches Personal ausgeweitet. In einigen Teilen der ostchinesischen Provinz Zhejiang fordern die Behörden von Lehrern weiterführender Schulen eine schriftliche Erklärung, dass sie keine religiösen Überzeugungen haben. Laut Berichten aus anderen Regionen wurden Schulkinder, Studenten und medizinisches Personal in Krankenhäusern aufgefordert, ähnliche Erklärungen zu unterschreiben.

In den Provinzen Xinjiang und Tibet ist das öffentliche Zeigen religiöser Symbole für Christen problematisch. Ein im März 2018 veröffentlichtes Papier stellt klar: „Religionen aktiv zur Anpassung an die sozialistische Gesellschaft anzuleiten“ bedeute nicht nur, „gläubige Menschen anzuleiten, ihr Land und seine Patrioten zu lieben und die nationale Einheit und den ethnischen Zusammenhalt zu bewahren“. Ebenso werde von allen religiösen Gruppierungen erwartet, sich „unterzuordnen und den übergeordneten nationalen Interessen und dem chinesischen Volk zu dienen. Weiterhin sollen sie die führenden Parteimitglieder und das sozialistische System unterstützen; dem sozialistischen Pfad und dessen chinesischen Charakteristika folgen; Religionen auf chinesische Weise gestalten; die sozialistischen Kernwerte hochhalten; Chinas ausgezeichnete Traditionen fortführen; die chinesische Kultur in ihre religiösen Lehren und Grundsätze integrieren; der Rechtsstaatlichkeit gehorchen und die Landesverwaltung und deren Gesetze akzeptieren.“

Kirchliches Leben

- **Kirchliche Aktivitäten werden überwacht, ver- bzw. behindert oder gestört:** Die Regierung ist daran interessiert, eine „harmonische Gesellschaft“ aufrechtzuerhalten. In Bezug auf Religion bedeutet dies nicht mehr nur, Kirchen zu „verwalten“, sondern sie aktiv zu „leiten“. Die nie veröffentlichten und dennoch allseits wohlbekannten Regeln für christliche Kirchen sind: 1. Regelmäßige Berichterstattung an die Behörden über jüngste Aktivitäten, 2. Keine Teilhabe von ausländischen Christen, keine Finanzierung durch ausländische Geldmittel, 3. Keine öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten, 4. Nur „reguläre“ christliche Aktivitäten während heikler Phasen. Die Einhaltung dieser Regeln gibt jedoch keine Garantie dafür, dass Kirchen von den Behörden in Frieden gelassen werden. Es gibt Hinweise darauf, dass Behörden zur Steigerung ihrer finanziellen Mittel dem Vermögen von aufgelösten Kirchen nachstellen.
- **Es ist schwierig, als Kirche eine Registrierung oder einen Rechtsstatus zu bekommen:** Die Religionsvorschriften werden in sehr strikter Weise durchgesetzt, was dazu geführt hat, dass Kirchen streng kontrolliert und überwacht werden. Nicht-registrierte Kirchen werden noch immer von den örtlichen Behörden dazu gedrängt, sich staatlich registrierten Kirchen anzuschließen. Eine wachsende Anzahl von Hauskirchen hat zudem Schwierigkeiten, ihre Mietverträge zu verlängern, weil die Vermieter den Druck der Behörden zu spüren bekommen, vor allen Dingen nach der Veröffentlichung der Neufassung religiöser Verordnungen. Nicht registrierte Kirchen, aber auch einige Drei-Selbst-Kirchen, die schikaniert wurden und schließen mussten, finden sich in den Provinzen Anhui, Peking, Fujian, Gansu, Guangdong, Guizhou, Hebei, Henan, Hunan, Heilongjiang, Jiangxi, Jilin, Liaoning, Innere Mongolei, Qinghai, Shaanxi, Shandong, Shanghai, Shanxi, Sichuan, Xinjiang, Yunnan, und Zhejiang (in alphabetischer Reihenfolge). Die Behörden haben ihr besonderes Augenmerk auf die Provinz Henan, da es dort eine relativ hohe Anzahl von Christen gibt und drei große Netzwerke von Hauskirchen dort ihren Ursprung haben.
- **Kirchen werden daran gehindert, christliche Aktivitäten außerhalb von Kirchengebäuden zu organisieren:** Christliche Aktivitäten sind außerhalb speziell für religiöse Zwecke bestimmter Zonen nicht erlaubt. Auch religiöse Prozessionen, die auf eine lange Tradition zurückblicken, werden genau beobachtet und räumlich, zeitlich und in Bezug auf die Anzahl der Teilnehmer beschränkt.
- **Die Arbeit mit Jugendlichen wurde eingeschränkt:** Es ist Kindern unter 18 Jahren streng verboten, zur Kirche zu gehen. Dieses Verbot wird landesweit durchgesetzt, besonders streng aber in den Provinzen Henan und Gansu.

Die chinesischen Behörden haben im September 2018 Entwürfe für neue Richtlinien erstellt, um „chaotische“ Informationen im Internet zu Religionen einzudämmen. Online verfügbare Materialien waren immer eine der größten Quellen der Ermutigungen und der Lehre für Christen in ganz China, besonders in ländlichen und abgelegenen Gebieten. Der Onlineaustausch von Materialien ist nun seit September 2018 nur noch erlaubt, wenn die lokale Behörde für religiöse Angelegenheiten eine Lizenz dafür ausstellt. Einige Medien wie die Liveübertragung von Predigten sind gänzlich verboten. Berichten zufolge müssen Pfarrer und Priester eine Ideologie-Prüfung bestehen. Darin zeigt sich das Bestreben, sowohl katholische Kirchen als auch die der Drei-Selbst-Bewegung effektiver zu kontrollieren.

Es sollte erwähnt werden, dass die Umsetzung der neuen Verordnung hauptsächlich Sache der lokalen Behörden ist. Da nun die Kommunistische Partei die Verantwortung für religiöse Angelegenheiten hat, wird ein einheitlicherer und rigoroserer Ansatz verfolgt. Christen in China erleben zwar weiterhin Unterschiede in Bezug auf die gewährten Freiheiten in verschiedenen Landesteilen, doch die Mehrzahl der Beobachter stimmt darin überein, dass diese Freiheiten rapide abnehmen. Kirchen werden überwacht und geschlossen, wenn es als nötig angesehen wird – und dies gilt nicht mehr nur für große, einflussreiche Gemeinden, die häufig als politisch aktiv wahrgenommen werden.

Es schwebt ein Damoklesschwert über allen nichtregistrierten Kirchen Chinas, und der Faden, der dieses Schwert hält, wird immer dünner. Wenn Peking es fordert, wird man sie zur Registrierung unter dem Dach der Drei-Selbst-Bewegung auffordern und verlangen, dass sie entsprechend den oben genannten Richtlinien handeln; andernfalls müssen sie die Konsequenzen tragen. Sogar die Kirchen der Drei-Selbst-Bewegung stehen unter großem Druck, vor allem ihre Pastoren, wie der Selbstmord von Pastor Song Yongsheng in Shangqiu in der Provinz Henan zeigt.

Auftreten von Gewalt

- Die Verhaftungen christlicher Leiter, die dabei oft geschlagen wurden, gingen meist einher mit Angriffen auf Kirchen. Solche Vorfälle gab es in mehreren Provinzen, besonders jedoch in Henan, einer bevölkerungsreichen Provinz mit beachtlicher christlicher Minderheit, und beispielsweise in Jiangxi. Die Angriffe wurden zumeist durch Mitglieder des Sicherheitsdienstes oder der Zentralabteilung Vereinigte Arbeitsfront durchgeführt. Manchmal wurden auch Mobs lokal angeheuert.
- Wie bereits erwähnt, werden Kirchenleiter oft im Kontext weitreichender Maßnahmen gegen Kirchen verhaftet. Der Arrest kann sich nur über wenige Stunden, aber auch über Jahre erstrecken. Viele Pastoren werden immer wieder verhaftet.
- Angriffe auf Kirchen zu verifizieren, erweist sich als schwierig, da die Behörden große Anstrengungen unternehmen, Berichte darüber zu unterbinden. Das bedeutet, dass viele Vorfälle erst Monate später und die meisten vielleicht überhaupt nicht publik werden. Einer Schätzung zufolge könnten es 30.000 Kirchen sein, die im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2020 angegriffen wurden (15.000 allein in der Provinz Henan), doch diese Zahl lässt sich unmöglich überprüfen. Basierend auf den Berichten, die für den Weltverfolgungsindex 2020 gesammelt wurden, kann die Zahl bei zurückhaltender Berechnung auf 5576 festgelegt werden. Viele dieser Berichte verwiesen zudem auf weitere Fälle, entweder in anderen Regionen oder in Bezug auf andere betroffene Kirchen, nannten jedoch oftmals keine genauen Zahlen, sondern sprachen von „mehreren“ oder „dutzenden“ Vorfällen. Solche Verweise wurden bei der Berechnung nicht berücksichtigt. In vielen Fällen wurden Kreuze von Kirchen zerstört. Dies geschah sowohl bei Hauskirchen als auch bei Kirchen

der Drei-Selbst-Bewegung. Diese Fälle erinnerten an eine Kampagne, die in der Provinz Zhejiang von 2014 bis 2016 gefahren wurde. Tausende Kirchen wurden geschlossen. Es kam zudem häufig vor, dass Vermieter von den Behörden dazu gedrängt wurden, Mietverträge mit Kirchen aufzulösen.

- Vor allem, wo Razzien in Hauskirchen durchgeführt wurden, waren auch Wohnungen von Christen von den Durchsuchungen mitbetroffen. In anderen Fällen wurden direkt die Häuser von Christen durchsucht, christliche Bilder zerstört, die Elektrizität abgestellt und Mobiliar beschädigt.
- Außerdem wurden südkoreanische Christen ausgewiesen, die in der Grenzregion nahe Nordkorea lebten.

7. Verfolgungssituation für Männer und Frauen

Wie Frauen Verfolgung erfahren:

- Diskriminierung/Schikane im Bildungsbereich
- Wirtschaftliche Schikane im Berufs-/Geschäftsleben
- Erzwungene Flucht aus Stadt oder Land
- Verhaftung durch die Behörden
- Sexuelle Gewalt

Christliche Leiter werden zur Zielscheibe in China. Da viele Kirchen, vor allem Hauskirchen, von Frauen geleitet werden, sind Frauen ähnlich massiv von Verfolgung betroffen wie Männer. Doch im Gegensatz zu Männern werden manche Frauen während ihrer Haft vergewaltigt. Darüber hinaus berichten Quellen, dass es Frauen gibt, die sich allein ins Ausland retten konnten, aber gezwungen waren, ihre Kinder in China zurückzulassen. Sie tun das, weil sie wissen, dass sie inhaftiert und auf diese Weise genauso von ihren Kindern getrennt würden, wenn sie in China blieben. Eine Ausnahme der sozialistischen Regel der Gleichbehandlung in Bezug auf Verfolgung ist die Situation von Christinnen muslimischer oder tibetischer Herkunft. Diese Frauen sind nach ihrem Glaubenswechsel verletzlicher, da sie das Sorgerecht für ihre Kinder und das Erbrecht leichter verlieren können. Auch kann durch Androhung von Scheidung wegen ihres neuen Glaubens zusätzlicher Druck auf sie ausgeübt werden. Alle Bemühungen der Sinisierung haben bisher nur geringen Einfluss auf solche Traditionen gezeigt.

Wie Männer Verfolgung erfahren:

- Diskriminierung/Schikane im Bildungsbereich
- Wirtschaftliche Schikane im Berufs-/Geschäftsleben
- Verhaftung durch die Behörden
- Zwangsrekrutierung zum Militärdienst
- Körperliche Gewalt

Ähnlich der Situation von Christinnen, sind es besonders die christlichen Leiter unter den Männern, die ins Fadenkreuz geraten. Jedoch sind es vor allem die Jungen und Männer, die körperliche Gewalt erleiden, etwa indem sie von Polizeibeamten geschlagen werden. Außerdem sind Männer weiterhin meist die Hauptverdiener der Familie. Wenn sie festgenommen werden oder ihnen angedroht wird, sie würden ihre Arbeit verlieren, belastet das die finanzielle Situation der ganzen Familie. In vielen Fällen hinterlassen die Untersuchungshaft von mehreren Wochen oder Monaten und die harsche Behandlung körperliche Verletzungen. In manchen Fällen ist eine Rückkehr zur Arbeit für die Männer

unmöglich. In extremen Fällen brauchen diese Personen spezielle medizinische Behandlung. Dies trifft sowohl auf Frauen als auch auf Männer zu.

8. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Neben Christen werden auch Muslime in Xinjiang, tibetische Buddhisten und Anhänger des Falun Gong von der Regierung unterdrückt. Details dazu können im Spezialbericht „The Battle for China's Spirit“ (Der Kampf um Chinas Seele) der Nichtregierungsorganisation Freedom House vom Februar 2017 eingesehen werden. China verteidigt unterdessen öffentlich seine Politik der Festsetzung von bis zu einer Million muslimischer Uiguren und ethnischer Kasachen in Gefangenenlagern in Xinjiang mit dem Vorwand, der Kampf gegen den extremistischen Islam mache diese Maßnahmen nötig. Durchgesickerte Dokumente der Kommunistischen Partei, die im November 2019 veröffentlicht wurden, offenbaren, wie systematisch und strikt das Durchgreifen gegen die Uiguren ist und dass die Lager alles andere als „Berufsbildungszentren“, wie sie offiziell genannt werden, sind. Die Dokumente tragen den passenden Titel „Absolut keine Gnade“, einer Zeile aus einer durchgesickerten geheimen Ansprache von Präsident Xi. Ebenfalls im Fadenkreuz der Verfolgung durch die Regierung ist die „Kirche des Allmächtigen Gottes“, eine in den 1990er-Jahren in China gegründete Religionsgemeinschaft. Diese auch als „Östlicher Blitz“ bekannte Gruppierung, welche lehrt, dass Jesus Christus in Gestalt einer chinesischen Frau wiedergekommen sei, ist eine von mehreren in China verbreiteten Sekten, welche teilweise christliche Wurzeln haben mögen, aufgrund ihrer Sonderlehren jedoch stark vom christlichen Glauben abweichen. Von der chinesischen Regierung wird diese Religionsgemeinschaft als gefährlich betrachtet und verfolgt.

Es gibt Berichte, wonach Mitglieder religiöser Minderheiten wie etwa Uiguren oder Mitglieder der „Kirche des Allmächtigen Gottes“ in Arbeitslagern gefangen gehalten und getötet und schließlich ihre Organe entnommen werden. Um diese Behauptungen zu untersuchen, wurde ein privates internationales Tribunal einberufen. In seinem Bericht, der im Juni 2019 veröffentlicht wurde, befindet es diese Behauptungen für glaubwürdig. Es erwähnt außerdem die Möglichkeit, dass schon in früheren Jahren auch Christen, die Hauskirchen angehört hatten, Organe entnommen worden waren.

9. Der Ausblick für Christen

Kommunistische Unterdrückung

Dass die Religionsgesetze nicht durch die Regierung, sondern von der Partei selbst umgesetzt werden, bekommen Mitglieder aller Religionen zu spüren, insbesondere Christen. Die Partei zeigt größere Unerbittlichkeit bei der Umsetzung ihrer Ziele und der Bewahrung der nationalen Ideologie und wird alles tun, was sie dazu für notwendig erachtet. Es gibt Gründe anzunehmen, dass die Betonung der Ideologie Präsident Xis und ein wachsender Kult um seine Person die Kirche in der nahen Zukunft weiter unter Druck der Sinisierung setzen wird. Die Restriktionen nehmen immer offenere und direktere Formen an, wie an den Kirchenschließungen und dem Druck zu sehen ist, den kirchlichen Dienst in Predigt und Lehre entsprechend anzupassen. Zunehmend spielt auch Gewalt bei Kirchenschließungen eine Rolle. Auch die Beschränkungen des Zugangs zu Internet und Nachrichten weisen in dieselbe Richtung.

Diktatorische Paranoia

Es gibt Pläne zur Einführung eines chinesischen Sozialkredit-Systems („Social Credit System, SCS"). Die Behörden planen, jeden Bürger bis zum Jahr 2020 mit diesem System zu bewerten, wenngleich sich dieser Zeitplan als zu ambitioniert erwiesen hat. Während diese Entwicklung für ein Land, das Online- und Mobil-Bezahlsysteme entwickelt, logisch erscheinen mag, hat ein solches Bewertungssystem sehr ernsthafte Konsequenzen. Es ergeben sich nicht nur Fragen hinsichtlich möglichen Betrugs oder dem Erkaufen einer besseren Bewertung. Was geschieht, wenn Bürger ein gesellschaftlich unerwünschtes Verhalten an den Tag legen, wie etwa das Ausüben einer Religion – zum Beispiel des christlichen Glaubens? Wie werden die Konsequenzen aussehen?

Islamische Unterdrückung / Religiöser Nationalismus

Diese Triebkräfte der Verfolgung werden hauptsächlich ausgeübt durch Familie, Gesellschaft und religiöse Leiter. Sie beschränken sich auf die wenigen tausend Christen muslimischer und buddhistischer Herkunft. Der Druck auf diese christlichen Konvertiten wird weiterhin hoch bleiben und möglicherweise sogar ansteigen, da diese Minderheiten eine neue Dringlichkeit der inneren Einheit sehen, da auch sie immer stärker durch die Regierung unter Druck geraten.

zurück zur Länderübersicht

Mauretanien: Platz 24

Zusammenfassung

Gemeinschaftliche Vollzüge des christlichen Glaubens sind besonders schwierig aufgrund des restriktiven Umfelds, das es Christen (insbesondere Christen muslimischer Herkunft) unmöglich macht, sich offen zu treffen und Gottesdienste abzuhalten. Auch jede Glaubensäußerung von nichtmauretanischen Christen (zum Beispiel christlichen Arbeitsmigranten aus afrikanischen Ländern südlich der Sahara oder Entwicklungshelfern) birgt das Risiko, als versuchte Missionierung von Muslimen angesehen zu werden und kann zu strafrechtlicher Verfolgung führen.

Beispiele aus dem aktuellen Berichtszeitraum

- Taufen können nur im Geheimen durchgeführt werden, und viele Christen muslimischer Herkunft zögern, sich taufen zu lassen, da sie befürchten, entdeckt zu werden und wegen Glaubensabfalls (Apostasie) angeklagt zu werden.
- Christen muslimischer Herkunft, die von ihren Familien entdeckt werden, sehen sich oft dazu gedrängt, das Land zu verlassen.
- Die Katholische Kirche (als dominierende christliche Konfession) darf zwar das Innere von Kirchen renovieren, allerdings ist die Renovierung des Äußeren katholischer Kirchen und der Neubau von Kirchen anderer Konfessionen verboten.
- Alle Kirchen, auch die Katholische Kirche, müssen vorsichtig handeln, um den Vorwurf der Missionierung zu vermeiden.

---

1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit 68 Punkten liegt Mauretanien im Weltverfolgungsindex 2020 auf Platz 24.

Im Weltverfolgungsindex 2019 erreichte das Land 67 Punkte und lag auf Platz 25. Das Land steht dem christlichen Glauben weiterhin feindlich gegenüber. Neben dem erhöhten Druck durch die Verschärfung des Blasphemie- und Apostasiegesetzes im letzten Berichtszeitraum hat sich auch der Zugang zu detaillierteren Informationen auf die Punktzahl ausgewirkt. Andererseits könnte die geringe Wertung beim „Auftreten von Gewalt“ auf das Fehlen von Berichten über entsprechende Vorfälle, die ihren Weg aus dem Land gefunden haben, zurückzuführen sein und nicht auf eine Verbesserung der Situation.

2. Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung

Dies ist die stärkste Triebkraft der Verfolgung in Mauretanien. Mauretanien ist eine selbsternannte islamische Republik, und der Islamismus ist die vorherrschende politische Ideologie im Land. Nichtmuslime erfahren Einschüchterung und Verfolgung insbesondere durch islamistische Gruppen. Eine große Zahl von Mauretaniern hat sich sowohl in der nordafrikanischen Region als auch in Syrien und im Irak militanten islamistischen Gruppen angeschlossen. Während die Regierung auf der einen Seite versucht, islamistische Milizen zu bekämpfen, stellt sie gleichzeitig Mittel für wahhabitische und andere islamisch-extremistische Bewegungen wie die Muslimbruderschaft bereit. Konvertiten vom Islam zum Christentum tragen die Hauptlast der Verfolgung, da ihr neuer Glaube von ihren Familien und der Gesellschaft nicht toleriert wird.

Ethnisch oder traditionell begründete Anfeindungen

Ethnische Spannungen und Stammeskonflikte sind in diesem sehr konservativen und traditionellen Land, in dem die Verstädterung ein relativ modernes Phänomen ist, eng miteinander verflochten. Wenn ein Muslim Christ wird, lebt er oder sie nicht nur wegen des Drucks von Familie und Regierung in Angst, sondern auch weil er oder sie um das Gefühl der Schande weiß, das der gesamte Stamm oder die ethnische Gruppe empfindet. Dies führt unweigerlich zu einer umfassenderen Verfolgung. Auch die Frage der Sklaverei im Land, die mit der ethnischen Zugehörigkeit verbunden ist, hat zur Verfolgung beigetragen, da die Befürworter der Sklaverei argumentieren, dass sie vom Islam zugelassen wird. Die Kampagne gegen Sklaverei hat eine feindselige Reaktion der Islamisten im Land ausgelöst.

Organisiertes Verbrechen und Korruption

Stammeszugehörigkeit, religiöse und persönliche Beziehungen sind in der mauretanischen Gesellschaft sehr wichtig. Nepotismus, Klientelismus und andere Formen der Korruption sind weit verbreitet, auch innerhalb der Regierung. Die Antikorruptionskampagnen konzentrieren sich bisher nur auf unbedeutende Personen. Journalisten, die konkrete Fälle von Korruption bei staatlichen Behörden oder staatlichen Unternehmen untersuchten, wurden eingeschüchtert, inhaftiert und der Verleumdung beschuldigt. Einflussreiche Personen mit Verbindungen zur Armee und zum Präsidenten können sich bereichern und ungestraft handeln.

Diktatorische Paranoia

Die derzeitige Regierung ist entschlossen, an der Macht zu bleiben und versucht, ihre Legitimität bei islamistischen Gruppen durch Christenverfolgung zu stärken.

3. Verfolger

Ausgehend von Islamischer Unterdrückung

- **Regierungsbeamte:** Die Behörden auf allen Ebenen agieren als wesentliche Verfolger, da der Staat den Islam als Ideologie angenommen hat.
- **Nichtchristliche religiöse Leiter:** Extremistische Imame und islamische Lehrer schüren Vorurteile und Hass gegenüber Christen.
- **Anführer ethnischer Gruppen:** Stammesdenken ist in Mauretanien immer noch stark ausgeprägt und die Stammesführer werden keine Konvertiten in ihren Reihen zulassen.

- **Gewalttätige religiöse Gruppen:** Islamistische Milizen wie „Al Kaida im Maghreb“ sind besonders im Osten des Landes aktiv und stellen eine Bedrohung für alle Christen dar.
- **Familie:** Das ausgeprägte Stammesdenken und die familiären Bindungen der Mauretanier lassen wenig Raum für unterschiedliche Ansichten oder abweichende Einstellungen. Christen muslimischer Herkunft sind einem starken Druck ausgesetzt.
- **Normale Bürger:** Beeinflusst durch die Lehre der konservativen Imame, erlaubt die mauretanische Gesellschaft ihren Mitbürgern nicht, den Islam zu verlassen.

Ausgehend von ethnisch oder traditionell begründete Anfeindungen

- **Regierungsbeamte:** Mauretanier haben das starke Bedürfnis, die eigene Ethnie zu bewahren. Regierungsbeamte haben Anteil an dieser Tendenz und werden versuchen, ihre Volksgruppen vor westlichen bzw. christlichen Einflüssen zu schützen.
- **Anführer ethnischer Gruppen:** Im Zusammenhang mit Sklaverei und einer Art Kastensystem, die in Mauretanien vorherrscht, wird die gegenwärtige Situation durch die Religion verstärkt und abgesichert. Die konservativen Stammesführer sind darauf bedacht, die ethnische Hierarchie und die soziale Ordnung zu bewahren.
- **Nichtchristliche religiöse Leiter:** Stammesbräuche und islamische Praktiken werden miteinander vermischt. Islamische Prediger unterstützen das Kastensystem und ihre Volksgruppen sind entschlossen, ihre islamische Identität zu erhalten.
- **Familie:** Die familiären Bindungen sind sehr stark; die Abwendung eines Familienmitglieds vom Islam und die Hinwendung zum christlichen Glauben wird als immense Schande für die Familienehre angesehen. Daher werden die Familienmitglieder die Konvertiten aus ihrer Wohnung vertreiben oder sie zwingen, ihren neuen Glauben zu widerrufen.
- **Gewalttätige religiöse Gruppen:** Diese Gruppen sind oft nach Stammeszugehörigkeit organisiert. Sie versuchen, die islamische und ethnische Reinheit des Stammes aufrechtzuerhalten und lassen keinen Raum für christliche Konvertiten, die dem Islam den Rücken kehren.
- **Gewöhnliche Bürger:** Die Bindung an den Stamm und die ethnische Gruppe werden in der mauretanischen Gesellschaft als sehr wichtig angesehen. Der Glaubenswechsel vom Islam zum christlichen Glauben wird als Bruch dieser Bindungen angesehen und daher von der Gesellschaft abgelehnt.

Ausgehend von Diktatorischer Paranoia

- **Regierungsbeamte:** Die Regierung versucht, ihre Macht um jeden Preis zu erhalten, auch wenn das bedeutet, islamische Extremisten durch Christenverfolgung zu beschwichtigen. Das verschärfte Gesetz gegen Apostasie ist dafür ein gutes Beispiel.

Ausgehend von Organisiertem Verbrechen und Korruption

- **Regierungsbeamte:** Die Behörden und die Machthaber nutzen das System zur Selbstbereicherung.
- **Netzwerke des organisierten Verbrechens:** Kriminelle Netzwerke und die Rolle der Regierung sind manchmal schwer zu unterscheiden. Sie kontrollieren einen Großteil der Wirtschaft, verbreiten im Land ein Gefühl der Hoffnungslosigkeit und halten ein hohes Maß an Armut aufrecht. Diese Armut und die vorherrschende Korruption tragen insofern zur Verfolgung bei,

als die Durchsetzung des Rechts schwach bleibt und Christen nur wenig Hoffnung haben, stabile Anstellungsverhältnisse zu finden und ein ehrliches Einkommen zu haben.

- **Gewalttätige religiöse Gruppen:** Islamisch-extremistische Gruppen finanzieren sich auch durch kriminelle Aktivitäten wie Menschenhandel und Waffenschmuggel. Christen, insbesondere ausländische Christen, sind ein leichtes Ziel für Entführungen.

4. Regionale Brennpunkte der Verfolgung

Die Stammes- und Familienbeziehungen sind im ländlichen Teil des Landes besonders eng, aber auch in der Hauptstadt Nouakchott ist der Druck hoch. Gewaltbereite islamisch-extremistische Gruppen wie AQIM und die „Bewegung für Einheit und Dschihad in Westafrika“ (MUJAO) sind besonders in den östlichen Grenzregionen des Landes aktiv.

5. Betroffene Christen

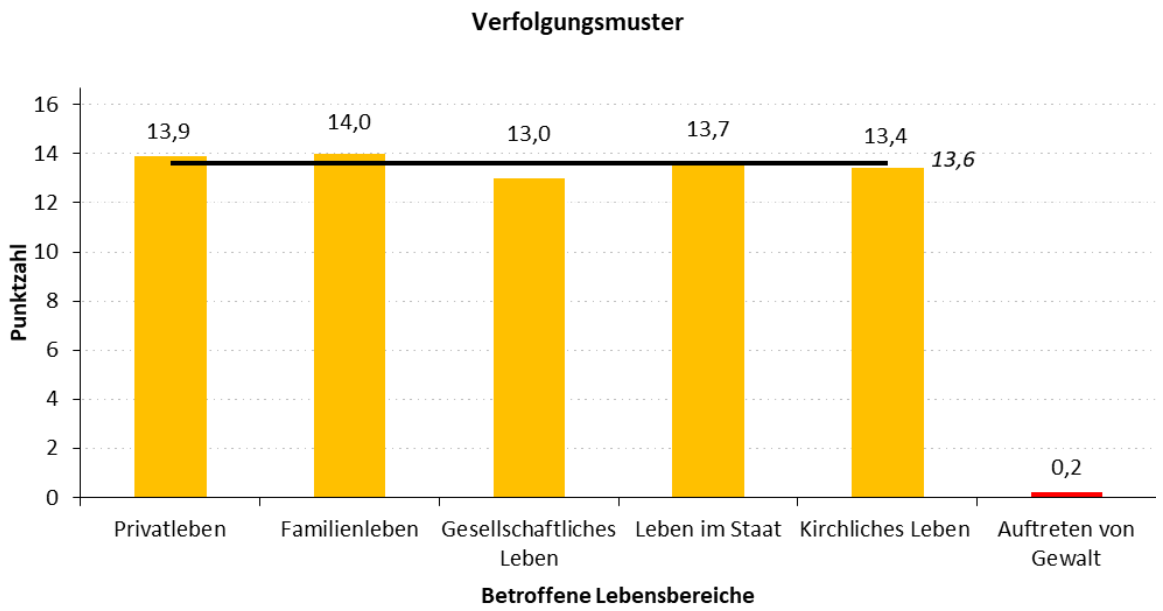
Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

Die größte Gruppe bilden römisch-katholische Arbeitsmigranten aus dem Afrika südlich der Sahara, gefolgt von Protestanten und Evangelikalen, ebenfalls aus Ländern südlich von Mauretanien. Es gibt auch eine geringe Zahl von Christen aus westlichen Ländern, doch sie machen einen nur sehr kleinen Prozentsatz der christlichen Bevölkerung des Landes aus. Ethnisch-afrikanische Christen, die als Arbeitsmigranten ins Land gekommen sind, führen ein unsicheres Dasein im Land. Sie sind gefährdet aufgrund der Verbreitung rassistischer Vorurteile ihnen gegenüber und auch wegen der Verfolgung, die mit dem zunehmenden Islamismus im Land verbunden ist.

Christen muslimischer Herkunft (Konvertiten)

Christen muslimischer Herkunft sind am stärksten der Verfolgung ausgesetzt und sehen sich einem enormen Druck ihrer unmittelbaren und erweiterten Familie gegenüber. In dieser nomadischen Gesellschaft, in der die gemeinschaftliche Abhängigkeit und die Großfamilie für das Überleben notwendig sind, stehen die Konvertiten vor der großen Herausforderung, ihren christlichen Glauben vor der Öffentlichkeit verborgen zu halten. Der Hass und die Zerrbilder, die von islamischen Gruppen gegen Christen propagiert werden, beeinträchtigen die meisten Konvertiten; wenn ihr christlicher Glaube öffentlich bekannt wird, verlieren sie nicht nur ihren Status in ihrer Gemeinschaft, sondern auch ihre Staatsbürgerschaft.

6. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Mauretanien

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Der durchschnittliche Druck auf Christen bleibt auf einem sehr hohen Niveau (13,6 Punkte) und steigt von 13,3 im Weltverfolgungsindex 2019. Der Grund für diesen Anstieg ist der insgesamt steigende Druck in allen Lebensbereichen durch die Auswirkungen des verschärften Blasphemie- und Apostasiegesetzes.
- Obwohl alle Lebensbereiche sehr hohen oder extremen Druck aufweisen, ist der Druck im Bereich „Privatleben“ und „Familienleben“ am höchsten. Dies spiegelt den enormen Druck wider, mit dem Konvertiten umgehen müssen. In der Stammeskultur Mauretaniens ist das Verlassen des Islam nicht nur religiöser Verrat, sondern auch Verrat an Stamm und Familie. Verständlicherweise gibt es in einer solchen Kultur keinen Platz für Taufen, christliche Eheschließungen oder Beerdigungen.
- Der Wert für „Auftreten von Gewalt“ ist von 0,5 Punkten im Weltverfolgungsindex 2019 auf 0,2 Punkte im Weltverfolgungsindex 2020 gesunken. Dieser sehr niedrige Wert könnte jedoch durchaus darauf zurückzuführen sein, dass die Berichte von Vorfällen nicht aus dem Land gelangen.

Zu jedem der Lebensbereiche sind im Folgenden jeweils ausgewählte Teilaspekte genannt, die im betreffenden Lebensbereich für die Christen zu den gravierendsten Schwierigkeiten gehören.

Privatleben

- **Es ist riskant für Christen, über ihren Glauben mit anderen als den unmittelbaren Familienmitgliedern (Großfamilie, andere) zu sprechen:** Mit Mitgliedern der Gesellschaft über den eigenen Glauben zu sprechen, ist für alle Christen gefährlich. Christen muslimischer Herkunft werden wahrscheinlich der Apostasie beschuldigt werden, während man ausländische Christen der Missionierung bezichtigen wird. Ausländische Christen können über ihren Glauben nur mit anderen ausländischen Christen zu Hause oder bei kirchlichen Treffen sprechen.
- **Bekehrungen werden angefochten, verboten oder sind strafbar, einschließlich des Wechsels von einer Art von Konfession zu einer anderen:** Der Glaubenswechsel weg vom Islam ist gesetzlich verboten, und jede als kritisch empfundene Haltung gegenüber dem Islam kann von Rechts wegen die Todesstrafe nach sich ziehen. Obwohl dieses Gesetz weitgehend als symbolisch angesehen wird, bleibt es dennoch eine bedeutende Bedrohung für Christen mit muslimischem Hintergrund.
- **Es ist für Christen riskant, sich über ihren persönlichen Glauben in schriftlicher Form auszudrücken (auch in Blogs und Facebook etc.):** Ausländische Christen haben in dieser Hinsicht mehr Freiheit als Christen muslimischer Herkunft, aber die Offenlegung ihres Glaubens kann für alle Christen zu Verfolgung führen.
- **Es ist für Christen riskant, christliche Bilder oder Symbole zur Schau zu stellen:** Dies ist hoch gefährlich für Christen muslimischer Herkunft, da es ein deutliches Zeichen des Glaubenswechsels ist. Ausländische Christen, insbesondere Christen aus dem Afrika südlich der Sahara, werden wahrscheinlich diskriminiert und beschimpft, wenn sie öffentlich als Christen erkennbar sind.

Nichtmauretanische Christen genießen relative Freiheit zum persönlichen Gebet und Glaubensausübung im privaten Kontext. Allerdings riskieren Christen muslimischer Herkunft erheblichen Druck und Verfolgung, wenn ihre Bekehrung durch private Glaubensausübung offenbar wird. Der Besitz christlicher Materialien und jeder Ausdruck ihres christlichen Glaubens kann eine feindliche Reaktion von Mitgliedern ihrer direkten Familie sowie des sozialen Umfeldes auslösen. Dies gilt insbesondere für Konvertiten, die außerhalb der Hauptstadt leben.

Familienleben

- **Babys und Kinder von Christen werden automatisch unter der Staats- oder Mehrheitsreligion registriert:** Alle Mauretanier gelten als Muslime.
- **Christliche Kinder werden dazu gedrängt, antichristlichen oder den Religionsunterricht der Mehrheitsreligion auf jeder Bildungsstufe zu besuchen:** Kinder christlicher Eltern müssen in der Schule islamischen Unterricht besuchen. Konvertiten finden es auch sehr schwierig, wichtige Meilensteine in ihrem Leben mit christlichen Zeremonien zu begehen und werden oft unter Druck gesetzt, an islamischen Riten teilzunehmen.
- **Ehepartner von Christen muslimischer Herkunft werden von anderen unter Druck gesetzt (erfolgreich oder erfolglos), sich scheiden zu lassen:** In Mauretanien lassen sich die Männer häufig von ihren Frauen scheiden, und eine Hinwendung zum christlichen Glauben ist mehr als Grund genug, sich scheiden zu lassen. Es ist wahrscheinlich, dass Familienmitglieder den Ehemann zwingen, die Scheidung einzureichen, wenn er den christlichen Glauben angenommen hat. Da Glaubenswechsel normalerweise jedoch geheim gehalten werden, kommt dies eher selten vor.

- **Kinder von Christen werden wegen des Glaubens ihrer Eltern schikaniert oder diskriminiert:** Kinder christlicher Eltern sind wahrscheinlich mit Diskriminierung und Belästigung durch Gleichaltrige konfrontiert. Diese Belästigungen haben auch rassistische und ethnische Konnotationen.

Christliche Eltern finden es schwierig, ihre Kinder gemäß ihren religiösen Überzeugungen zu erziehen. Dies ist ein Problem sowohl für einheimische Christen muslimischer Herkunft als auch für ausländische Christen vor allem aus anderen afrikanischen Ländern südlich der Sahara. Ausländische Christen haben in dieser Hinsicht allerdings relative Freiheit (im Vergleich zu Christen muslimischer Herkunft), da sie Hochzeiten, Taufen und Beerdigungen nach christlichen Riten durchführen können.

Gesellschaftliches Leben

- **Christen werden in ihrem täglichen Leben aus religiösen Gründen schikaniert, bedroht oder behindert (z.B. wegen Nichteinhaltung der Mehrheitsreligion oder der traditionellen Kleiderordnung, der Bartpflicht usw.):** Dies erfahren sowohl Christen muslimischer Herkunft als auch ausländischen Christen. Es gibt ein hohes Maß an sozialer Feindseligkeit gegenüber Christen.
- **Christen werden unter Druck gesetzt, an nichtchristlichen religiösen Zeremonien oder gemeinschaftlichen Veranstaltungen teilzunehmen:** Christen muslimischer Herkunft müssen ihren Glauben oft im Verborgenen leben und sind daher verpflichtet, an islamischen oder lokalen religiösen Praktiken (z.B. Ramadan) teilzunehmen.
- **Christen werden von ihrer Umgebung unter Druck gesetzt, ihrem Glauben abzuschwören:** Wenn der neue Glaube eines Christen muslimischer Herkunft bekannt wird, ist es sehr wahrscheinlich, dass er oder sie von ihrem sozialen Umfeld geächtet wird, sofern er oder sie nicht dem Glauben abschwört.
- **Christen werden aus religiösen Gründen an der Ausübung ihrer Tätigkeit gehindert (z.B. Zugang zu Krediten, Subventionen, staatlichen Aufträgen, Kundenboykotte):** Konvertiten, deren Glaubenswechsel bekannt wurde, werden höchstwahrscheinlich stark diskriminiert und nicht in der Lage sein, ein Unternehmen zu führen, zumal die mauretanische Gesellschaft von Korruption und Klientelismus durchdrungen ist. Ausländische Christen aus afrikanischen Ländern südlich der Sahara werden sowohl wegen ihrer Hautfarbe als auch wegen ihres Glaubens diskriminiert.

Christen muslimischer Herkunft sind häufig von den Vorteilen des Gemeinschaftslebens ausgeschlossen, die in Mauretanien, insbesondere in ländlichen Gebieten, überlebenswichtig sind. Ihnen wird bisweilen die Hilfe und Mitarbeit der Ortsgemeinschaft verweigert, sie sind vom Zugang zu den gemeinschaftlichen Ressourcen und Einrichtungen ausgeschlossen. Diese Situation wird noch verschlimmert, wenn sie mit einer im Land tief verwurzelten rassistischen und ethnischen Diskriminierung verbunden ist. Kinder von Arbeitsmigranten sind in dieser Hinsicht am stärksten betroffen, da ihnen der Zugang zu einigen Schulen verweigert wird. Da die meisten örtlichen Schulen islamisch sind, sind außerdem Kinder von christlichen Konvertiten grundsätzlich benachteiligt, sofern sie ihren Glauben preisgeben. Sowohl Konvertiten als auch christliche Migranten leiden zudem unter Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt und am Arbeitsplatz. Diese Verfolgung wird auch durch ethnisch oder traditionell begründete Anfeindungen und Vorurteile verschärft.

Leben im Staat

- **Die Verfassung (oder vergleichbare nationale oder staatliche Gesetze) schränkt die Religionsfreiheit, wie sie in Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte formuliert ist, ein:** Mauretanien ist eine islamische Republik; und obwohl das Land Vertragspartei wichtiger internationaler Menschenrechtsverträge ist, welche die Religionsfreiheit festschreiben, hat es immer noch ein Strafrecht, das die Todesstrafe für Apostasie vorsieht.
- **Christen werden daran gehindert, ihre Ansichten oder Meinungen in der Öffentlichkeit zu äußern:** Christen müssen in der mauretanischen Gesellschaft vorsichtig agieren. Kritik an der Regierung oder am Islam bleibt niemals straffrei.
- **Christen, Kirchen oder christliche Organisationen werden daran gehindert, religiöse Symbole öffentlich zur Schau zu stellen:** Es gibt nur wenige katholische Kirchengebäude in dem Land, und nur einige Kirchen zeigen ein Kreuz am Gebäude. Kirchen und christliche Organisationen müssen vorsichtig vorgehen und werden versuchen, keine negative Aufmerksamkeit zu erregen.
- **Beamte auf allen Ebenen weigern sich, den Glaubenswechsel einer Person, wie sie in den Systemen der Regierungsverwaltung, in Personalausweisen usw. erfasst ist, anzuerkennen:** Der Staat anerkennt (und toleriert) Konvertiten, die es wagen, ihre Bekehrung öffentlich zu machen, nicht.

Wer für die Regierung arbeitet, muss sich zum Islam bekennen und an staatlichen religiösen Veranstaltungen teilnehmen. Christliche Einwanderer werden häufig offen diskriminiert, in jüngster Zeit wurde eine starke Anti-Immigranten-Kampagne geführt. Rassistische und fremdenfeindliche Übergriffe nehmen oft auch antichristliche Themen auf. Das gesamte Klima im Staat ist so beschaffen, dass viele Konvertiten gezwungen sind, ihren Glauben geheim zu halten. Es ist praktisch unmöglich für Christen, sichtbar zu sein und an den nationalen Angelegenheiten des Landes teilzuhaben.

Kirchliches Leben

- **Die christlichen Gemeinschaften werden daran gehindert, Kirchengebäude zu bauen oder zu renovieren oder historische religiöse Räume und Kultstätten zu beanspruchen, die ihnen früher genommen worden waren:** Nur die Römisch-Katholische Kirche hat als solche erkennbare Kirchengebäude. Auch einige andere Konfessionen dürfen sich dort treffen; andere treffen sich in Wohnhäusern oder Sälen. Der Bau neuer Kirchengebäude ist nahezu unmöglich.
- **Es ist auf jeder Regierungsebene schwierig, die Registrierung oder den rechtlichen Status für Kirchen zu erhalten:** Als Teil der Hinterlassenschaft französischer Kolonialherrschaft hat nur die Römisch-Katholische Kirche einen Rechtsstatus. Alle anderen Kirchenformen wird ein solcher Status nicht gewährt. Doch die Katholische Kirche in der Diözese Nouakchott erlauben es evangelikalen Gemeinden, Hinterzimmer auf den Kirchengeländen für ihre Gottesdienste zu nutzen.
- **Die Kirchen werden daran gehindert, christliche Aktivitäten außerhalb der Kirchengebäude zu organisieren:** Alle Christen wissen, dass keine öffentlichen christlichen Aktivitäten außerhalb der sehr begrenzten Kirchengebäude erlaubt sind. Mit Ausnahme einiger weniger Veranstaltungen, wie etwa einem Ostermorgengottesdienst außerhalb der Stadt, sind keine kirchlichen Veranstaltungen außerhalb ihrer Mauern bekannt. Daher ist die Kirche in Mauretanien gezwungen, unsichtbar zu sein und im Schatten zu operieren.

- **Die Kirchen werden daran gehindert, Konvertiten offen zu integrieren:** Da Missionstätigkeit strengstens verboten ist, ist es den Kirchen ausländischer Christen nicht erlaubt, einen Muslim in ihren Räumlichkeiten zu empfangen, geschweige denn einen christlichen Konvertit in ihre Gemeinden zu integrieren.

Christen muslimischer Herkunft versammeln sich im Geheimen, aus Angst, sie könnten beobachtet werden. Ausländische Christen dürfen sich nur an bestimmten öffentlichen Orten zum Gottesdienst treffen – allerdings nutzen sie häufig Privathäuser, in denen sie niemand vom Gottesdienst abhält, es sei denn, die Musik und die Predigt sind zu laut.

Auftreten von Gewalt

Die Gewalt gegen Christen ist auf einem sehr niedrigen Niveau geblieben. Dafür gibt es zwei Gründe: Erstens kennen alle Konvertiten vom Islam zum christlichen Glauben die Folgen, wenn ihr Glaube entdeckt wird, und auch andere Christen, wenn sie nicht vorsichtig handeln und etwa nicht auf Missionstätigkeit verzichten. So vermeiden Christen, indem sie sich bedeckt halten, Gewalt gegen sie. Zweitens ist Mauretanien ein verschlossenes Land; es wird zwar vermutet, dass Konvertiten in Mauretanien unter gewaltsamer Verfolgung durch ihre (Groß-)Familienmitglieder, Nachbarn und die Gesellschaft leiden, aber es ist schwierig, bestätigte Berichte über solche Vorfälle außer Landes zu bekommen.

7. Verfolgungssituation für Frauen und Männer

Wie Frauen Verfolgung erfahren:

- Verweigerung von Nahrungsmitteln/Wasser
- Zwangsverheiratung
- Zwangsscheidung
- (Haus-)Arrest durch die Familie
- Menschenraub
- Körperliche Gewalt
- Sexuelle Gewalt
- Verbale Gewalt

Innerhalb der mauretanischen Stammesgesellschaft sind Frauen der Autorität ihrer Väter und Ehemänner unterworfen. Daher sind die verwundbarsten Christinnen diejenigen, die den Islam, die Hauptreligion, verlassen haben. Dies zu tun bedeutet, den Vater oder Ehemann zu missachten und Schande über die Ehre der Familie zu bringen. Ein Glaubenswechsel hat schwerwiegende Folgen, zumal die meisten Frauen und Mädchen (finanziell) völlig von ihren Familien abhängig sind.

Traditionelle Heiratspraktiken versetzen Konvertitinnen in eine besonders prekäre Lage. In Mauretanien wird der erste Ehepartner in der Regel von den Eltern ausgewählt, und diese Auswahl geschieht oft noch vor der Volljährigkeit des Mädchens. Unverheiratete Konvertitinnen können daher zu einer Ehe mit einem muslimischen Mann gezwungen werden, um sie unter dem Einfluss eines islamischen Familienlebens zu halten. Im Allgemeinen haben die meisten Frauen keine Wahl bei der Heirat. Wenn man herausfindet, dass eine Frau oder ein Mädchen Christin ist, wird man ihr möglicherweise die Nahrung entziehen, sie mit Prügelstrafe, übermäßiger Hausarbeit und qualvoller

Zwangsarbeit belegen und sie isolieren. In dieser Kultur bleibt ein Mädchen immer im Haus der Familie und verlässt die Familie nicht, bis sie verheiratet ist; sonst wird sie als Prostituierte abgestempelt.

Auf der anderen Seite können verheiratete Konvertitinnen problemlos verstoßen werden und am Ende keine Mittel zum Überleben haben. Grundsätzlich ist es sehr einfach, sich von einer Frau scheiden zu lassen, und Polygamie wird immer noch praktiziert. Die Tatsache, dass in Mauretanien moderne Sklaverei vorkommt, trotz der Gesetze dagegen, macht eine skrupellose Inhaftierung und Ausbeutung von Konvertitinnen wahrscheinlicher.

Wie Männer Verfolgung erfahren:

- Ausschluss aus der Gemeinschaft
- Wirtschaftliche Schikanierung im Berufs-/Geschäftsleben
- Vertreibung aus Wohnung/Wohnhaus
- Erzwungene Flucht aus Stadt oder Land
- Inhaftierung durch die Behörden
- Körperliche Gewalt

Christliche Männer in Mauretanien, die sich vom Islam ab- und dem christlichen Glauben zuwenden, bringen Schande über ihre (Groß-)Familie. Dies führt dazu, dass sie höchstwahrscheinlich geächtet werden und damit Respekt und Status in der Gesellschaft verlieren; es werden viele christliche Männer aus ihrer Heimat vertrieben. Manchmal sehen sich Konvertiten gezwungen, aus ihrer Stadt oder ihrem Land zu fliehen, um zu vermeiden, an muslimischen Riten teilnehmen zu müssen. Wenn sich ein Glaubenswechsel bestätigt, kann vor einem religiösen Gericht Anklage wegen Apostasie erhoben werden.

Andere nichtarabische christliche Männer im Land werden unter Druck gesetzt, Mauretanien zu verlassen, etwa indem man ethnische Afrikaner bei der Arbeitsplatzsuche ausschließt oder Arbeitsmigranten zwingt, hohe Gebühren für den Aufenthalt im Land zu zahlen. Viele Christen aus dem Afrika südlich der Sahara verlassen deshalb das Land oder führen ein äußerst missliches Leben.

8. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Abgesehen von der christlichen Minderheit gibt es in Mauretanien auch eine sehr kleine, aber wachsende Minderheit schiitischer Muslime. Während die Regierung gute Verbindungen zum Iran pflegt und diese Religionsgruppe in der Vergangenheit nicht ins Visier genommen hat, wurde 2018 ein schiitisches Religionszentrum geschlossen. Sunnitische Religionsführer brandmarken diese Minderheit und rufen zu restriktiven Maßnahmen gegen schiitische Muslime auf.

Laut Bericht des US-Außenministeriums zur internationalen Religionsfreiheit von 2018 „ wiederholte während des jährlichen Opferfestes Imam Ahmedou Ould Lemrabott Ould Habibou Rahman, der Imam der Großen Moschee von Nouakchott, erneut seine Warnung vor dem wachsenden Einfluss des schiitischen Islam im Land. Rahman erklärte zum dritten Mal in Folge, dass die Regierungsbehörden die Beziehungen zum Iran abbrechen sollten, um die Ausbreitung des iranischen schiitischen Islam zu stoppen."

Es gibt keinen Platz in der mauretanischen Gesellschaft für andere religiöse Gruppen oder Atheisten.

9. Der Ausblick für Christen

Islamische Unterdrückung

Die Islamische Unterdrückung wird wahrscheinlich weiterhin eine wesentliche Triebkraft der Verfolgung in Mauretanien bleiben. Es gibt keine Anzeichen dafür, dass sich dies in naher Zukunft verbessern wird. Die Verschärfung des Blasphemiegesetzes im Jahr 2018 deutet eher auf eine Verschlechterung hin, obwohl sich die Situation in der Praxis wahrscheinlich nicht ändern wird. Der Einfluss islamisch-extremistischer Gruppen wächst, und dies könnte die Situation langfristig ernsthaft verschlechtern.

Ethnisch oder traditionell begründete Anfeindungen

Obwohl das Land urbaner wird und die Ankunft des Internets und die sozialen Medien Veränderungen mit sich gebracht haben, ist es unwahrscheinlich, dass sich das Stammesdenken kurzfristig ändern wird. Rassismus und ethnisch oder traditionell begründete Anfeindungen werden höchstwahrscheinlich bestehen bleiben, besonders jetzt, wo die Regierung aktiv auf die Arabisierung der Arbeitskräfte hinarbeitet.

Organisiertes Verbrechen und Korruption

Christliche Arbeitsmigranten befinden sich in einer Krise. Neue Gesetze erschweren es, im Land zu bleiben; nur wenige christliche Arbeitsmigranten finden Arbeit und nur wenige haben auch die nötigen Mittel, um sich legal im Land aufzuhalten. Einige haben sich entschieden zu bleiben und zusätzliche Bestechungsgelder zu zahlen, während andere sich entschieden haben, das Land zu verlassen.

Diktatorische Paranoia

Die derzeitige Regierung ist entschlossen, an der Macht zu bleiben und versucht, ihre Legitimität unter den islamischen Gruppen durch Christenverfolgung zu untermauern. Diese Haltung wird sich wahrscheinlich nicht ändern.

zurück zur Länderübersicht

Zentralafrikanische Republik: Platz 25

Zusammenfassung

Die Zentralafrikanische Republik ist seit 2013 in Konflikte verwickelt und der größte Teil des Landes ist von bewaffneten Milizen besetzt, die für eine Reihe von Menschenrechtsverletzungen verantwortlich sind. Christliche Leiter, die die Gewalt öffentlich angeprangert haben, wurden bedroht, und Kirchengebäude wurden verbrannt und geplündert. Der Konflikt hat zur Vertreibung von Tausenden von Christen geführt, die dadurch ihre Häuser und ihre Lebensgrundlage verloren haben und nun gezwungen sind, in Lagern zu leben.

Neben der Unsicherheit und der Gewalt, unter der alle Christen leiden, sehen sich Christen muslimischer Herkunft auch der Verfolgung durch ihre unmittelbaren Familienmitglieder ausgesetzt. Auch das soziale Umfeld grenzt sie oftmals aus und versucht zum Teil, sie mit Gewalt dazu zu zwingen, ihren christlichen Glauben zu widerrufen.

Beispiele aus dem aktuellen Berichtszeitraum

- Am 15. November 2018 griff eine Miliz die katholische Kathedrale in Alindao und ein benachbartes Lager für Binnenflüchtlinge an, das vollständig zerstört wurde. Die Milizen setzten die Kathedrale in Brand; zwei katholische Geistliche, Bischof Blaise Mada und Pater Celestin Ngoumbango, wurden zusammen mit mehr als 40 Zivilisten getötet. Solche Angriffe gab es auch schon im Berichtszeitraum zum Weltverfolgungsindex 2019; sie sind somit eine Fortsetzung eines Musters.
- Wie schon seit Jahren werden Kinder entführt und gezwungen, für Rebellengruppen zu kämpfen. Wer sich weigert, wird getötet.
- Vergewaltigung, Plünderung und die Zerstörung von christlichen Häusern und Geschäften sind an der Tagesordnung.

---

1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit 68 Punkten liegt die Zentralafrikanische Republik auf Platz 25 des Weltverfolgungsindex 2020.

Auf dem Weltverfolgungsindex 2019 lag das Land mit 70 Punkten auf Platz 21, wobei der Rückgang um zwei Punkte mehr oder weniger darauf zurückzuführen ist, dass der Konflikt im Land viele Wendungen nimmt. Unter bestimmten Gegebenheiten haben diejenigen, die Christen verfolgten, angefangen, sich gegenseitig zu bekämpfen. Es gibt mehr als 15 Gruppierungen, die gegen die Regierung und gegeneinander kämpfen. Diese komplexen Umstände haben auch die Beobachtung von Verfolgung erschwert. Die Punktzahl für das Auftreten von Gewalt ist extrem hoch geblieben, was sich auf den Druck in allen Lebensbereichen ausgewirkt hat.

2. Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung

Neben der Gewalt gegen Christen, die vor allem durch die Ableger der Séléka-Miliz verübt wird, zeigt sich die Islamische Unterdrückung auch in der Verfolgung von Christen durch die allgemeine Bevölkerung in den überwiegend muslimischen Landesteilen.

Organisiertes Verbrechen und Korruption

Diese Triebkraft zeigt sich besonders dort, wo Anti-Balaka-Kämpfer Kirchen und Christen angreifen. Obwohl die Anti-Balaka als ein Zusammenschluss von Bürgerwehren begannen, sind daraus im Laufe der Zeit kriminelle Banden geworden.

Vor allem in Bangui geraten oft die Christen und Kirchenführer ins Visier, vor allem diejenigen, die nicht den Vorstellungen jener Gruppen folgen oder sich deren gewalttätigen Aktivitäten widersetzen. Während die Anti-Balaka behaupten, Christen zu beschützen, hat sich im Laufe der Jahre gezeigt, dass dies nicht stimmt, da sie Muslime und Christen gleichermaßen angreifen.

Ethnisch oder traditionell begründete Anfeindungen

Diese Triebkraft hat in der Zentralafrikanischen Republik zwei Dimensionen: Animismus bzw. traditionelle afrikanische Religionen (religiös und/oder kulturell) und Stammeskämpfe. Ein Experte für das Land schreibt dazu: „Beides ist in der Zentralafrikanischen Republik verbreitet, wobei ethnische und religiöse Motive häufig miteinander Hand in Hand gehen. Es wird Druck ausgeübt, an kulturellen religiösen Praktiken teilzunehmen, wie etwa Initiationsriten, Riten und Bräuchen bei Meilensteinen wie Geburt, Heirat und Tod, aber auch zum Schutz (wofür Anti-Balaka bekannt sind). Einige ethnische Minderheiten werden besonders ins Visier genommen, etwa die Baka-Pygmäen, die zur Zwangsarbeit rekrutiert werden. Die Anti-Balaka bestehen zum Großteil aus Animisten; sie greifen Muslime an, häufig aber auch Christen. Manchmal zwingen sie Christen dazu, sich ihnen anzuschließen.“

3. Verfolger

Ausgehend von Islamischer Unterdrückung

- **Gewalttätige religiöse Gruppen:** Muslimische Milizen und paramilitärische Gruppen (die man auch als Ex-Séléka-Gruppen bezeichnen könnte) sind wesentliche Verfolger. Zwei von ihnen sind die „Volksfront für die Renaissance der Zentralafrikanischen Republik“ (FPRC) und die „Union für den Frieden in der Zentralafrikanischen Republik“ (UPC). Obwohl viele dieser Gruppen als gewalttätige religiöse Gruppen kategorisiert werden können, ist es auch möglich, sie als politische Parteien und paramilitärische Organisationen zu betrachten. Diese Rebellengruppen haben zahlreiche Angriffe auf christliche Kirchen und christliches Privateigentum verübt.
- **Kartelle des organisierten Verbrechens:** Einige Fraktionen der oben genannten militanten Gruppen agieren als organisierte kriminelle Banden, plündern oft und nehmen häufig Kirchen und zur Kirche gehörende Einrichtungen ins Visier.
- **Nicht-christliche religiöse Leiter**: Islamische Anführer besetzen alle Plätze für Marktstände, kontrollieren den Handel und belegen christliche Geschäfte mit hohen Steuern. Oft plündern sie die Läden der Christen, um sie in die Armut zu treiben. Darüber hinaus haben auf nationaler

Ebene Persönlichkeiten wie Michel Djotodia, der Präsident des Landes war, Noureddine Adam, der unter Michel Djotodia der stellvertretende Befehlshaber war, und Ali Darassa, ein muslimischer Führer der UPC aus dem Volk der Fulanis und Ex-Séléka-Führer, die Verfolgung der Christen angeführt.

- **Anführer ethnischer Gruppen**: In den überwiegend muslimischen Teilen des Landes spielen auch Stammesälteste oder Anführer ethnischer Gruppen in dieser Hinsicht eine Rolle, da sie den Druck auf Christen muslimischer Herkunft verstärken.
- **Familienmitglieder**: Im nördlichen Teil des Landes und in den Grenzgebieten zum Sudan werden Christen muslimischer Herkunft von muslimischen Familienangehörigen verfolgt.
- **Gewöhnliche Bürger:** Im nördlichen Teil des Landes und in den Grenzgebieten zum Sudan werden Christen muslimischer Herkunft, deren Glaube bekannt ist, von dem muslimischen Umfeld verfolgt.

Ausgehend von Organisiertem Verbrechen und Korruption

- **Kartelle des organisierten Verbrechens:** Einige Fraktionen der oben genannten militanten Gruppen agieren als organisierte kriminelle Banden, plündern oft und nehmen häufig Kirchen und zur Kirche gehörende Einrichtungen ins Visier. Neben Kämpfern, die früher zur Séléka gehörten, sind auch Anti-Balaka-Kämpfer an solchen Aktionen beteiligt. Der Zustand der Gesetzlosigkeit und die Unfähigkeit des Staates, Recht und Ordnung durchzusetzen, bedeuten, dass die Christen und die allgemeine Bevölkerung vor den kriminellen Handlungen dieser Gruppen kaum geschützt sind.
- **Gewalttätige religiöse Gruppen:** Die gewalttätigen religiösen Gruppen betreiben auch kriminelle Organisationen und Syndikate zur Finanzierung ihrer Aktivitäten.
- **Paramilitärische Gruppen:** Im Zusammenhang mit dem Konflikt in der Zentralafrikanischen Republik werden Christen auch von paramilitärischen Gruppen wie den Anti-Balaka verfolgt.

Ausgehend von ethnisch oder traditionell begründete Anfeindungen

- **Anführer ethnischer Gruppen:** Die Hauptverfolger in diesem Bereich sind Anführer ethnischer Gruppen und einige Autoritäten und Mitglieder der lokalen Gemeinschaft. Im Kontext dieser Triebkraft der Verfolgung gibt es eine Überschneidung zwischen Anführern ethnischer Gruppen und nichtchristlichen religiösen Leitern. Einige islamische Leiter werden ebenfalls als Anführer ethnischer Gruppen angesehen und können eine Atmosphäre von Hass und Gewalt schaffen.

4. Regionale Brennpunkte der Verfolgung

Am stärksten ist die Verfolgung in den nördlichen und östlichen Teilen des Landes, die von der muslimischen Bevölkerung dominiert werden und in denen Séléka-Splittergruppen operieren. Besondere Schwierigkeiten haben auch Christen im östlichen Teil des Landes, der an den Sudan grenzt.

5. Betroffene Christen

Christen aus traditionellen Kirchen

Diese Kategorie umfasst die Römisch-Katholische Kirche und ältere protestantische Kirchen. Die Römisch-Katholische Kirche ist die größte Konfession des Landes mit dem größten Netzwerk von Kirchen, Kliniken und Schulen. Als die Séléka-Kämpfer im Aufstieg begriffen waren, wurden Autos, Computer und andere wertvolle Gegenstände aus Kirchengebäuden und anderen kirchlichen Besitztümern geplündert. Die Katholische Kirche und ihre Leitung in der Zentralafrikanischen Republik waren neben anderen religiösen Leitern eine starke Stimme, die zu Frieden und Versöhnung aufrief und auch Zufluchtsorte für Zivilisten, sowohl Muslime als auch Christen, die vor Angriffen flohen, zur Verfügung stellte. Infolgedessen wurden katholische Kirchen häufig zum Ziel von Angriffen.

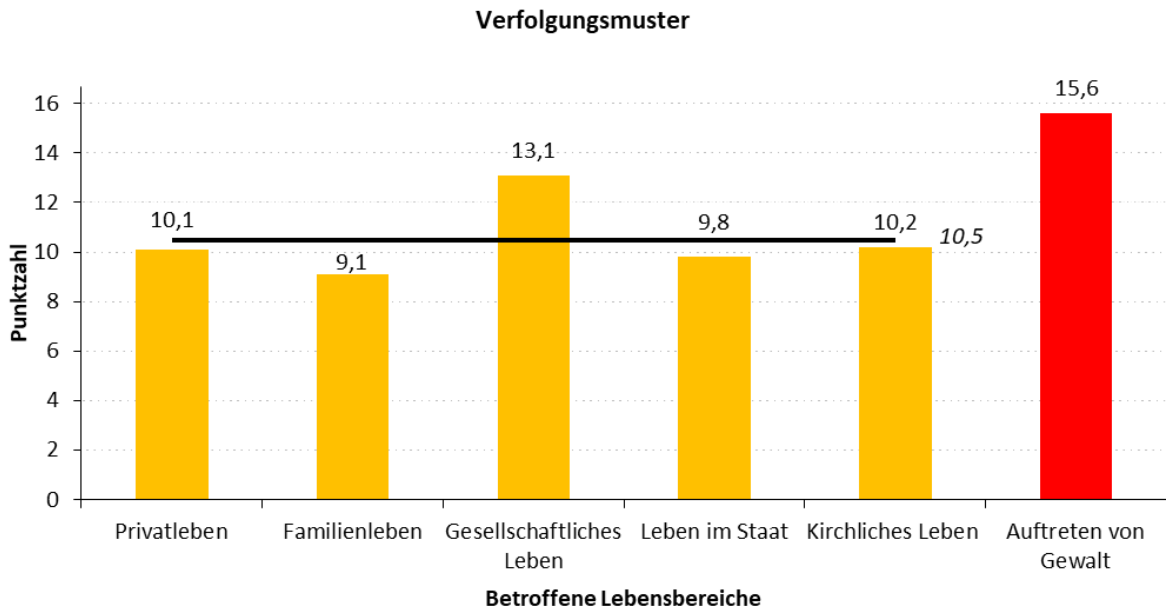
Christen muslimischer Herkunft

Wenn ihre Bekehrung bekannt wird, erleben Christen mit muslimischem Hintergrund Widerstand und Druck von Familienmitgliedern, dem christlichen Glauben abzuschwören. Sie haben auch nur sehr begrenzte Möglichkeiten, Gemeinschaft mit anderen Christen zu haben und gemeinsam Gottesdienst zu feiern. Die meisten Christen muslimischer Herkunft feiern aus Angst vor Angriffen muslimischer Aufrührer nicht in der Öffentlichkeit Gottesdienst. Dies ist besonders in den nördlichen, muslimisch dominierten Gebieten des Landes der Fall.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Christen aus Baptisten-, evangelikalen und Pfingstgemeinden waren (wie auch diejenigen, die den traditionellen Kirchen angehören) Angriffen von Ex-Séléka-Kämpfern ausgesetzt. In letzter Zeit hat die Zahl der Menschen, die diesen christlichen Gemeinden beitreten, stark zugenommen.

6. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Zentralafrikanische Republik

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Der durchschnittliche Druck auf die Christen in der Zentralafrikanischen Republik ist an der Grenze zwischen hoch und sehr hoch mit einer Wertung von 10,5 Punkten; das bedeutet eine Verringerung gegenüber dem Wert von 10,7 beim Weltverfolgungsindex 2019.
- Außer in den Lebensbereichen „Familienleben“ und „Leben im Staat“ wird der Druck durchgängig mit über 10,0 Punkten bewertet und ist im „Gesellschaftlichen Leben“ mit 13,1 Punkten mit Abstand am höchsten.
- Die Punktzahl für das „Auftreten von Gewalt“ bleibt mit 15,6 Punkten extrem hoch, auch wenn sie 0,5 Punkte weniger beträgt als beim Weltverfolgungsindex 2019.

Zu jedem der Lebensbereiche sind im Folgenden jeweils ausgewählte Teilaspekte genannt, die im betreffenden Lebensbereich für die Christen zu den gravierendsten Schwierigkeiten gehören.

Privatleben

Da die Zentralafrikanische Republik ein mehrheitlich christliches Land ist, genießen Katholiken und Christen aller protestantischen Kirchen relative Freiheit im Privatleben, insbesondere in den Landesteilen mit christlicher Bevölkerungsmehrheit.

- **Der Konversion zum christlichen Glauben wird Widerstand entgegengebracht:** Christen muslimischer Herkunft erleben Intervention vonseiten ihrer Familienmitglieder, wenn ihr Glaubenswechsel bekannt wird. Diese Gruppe von Christen ist die am meisten verfolgte von allen. Die Gegenreaktion der muslimischen Familien ist hart und die Familienangehörigen werden wahrscheinlich jede finanzielle Hilfe einstellen. Es gibt viele Familien, in denen die Frau Christin ist und der Mann nicht. Der Ehemann hindert gewöhnlich Frau und Kinder daran, an kirchlichen Aktivitäten teilzunehmen.
- **Es kann für Christen riskant sein, mit anderen über ihren Glauben zu sprechen:** Das Land ist entlang der Glaubensgrenzen geteilt. Wenn ein christlicher Gastgeber mit einem muslimischen Gast über den christlichen Glauben spricht, kann er in Schwierigkeiten geraten.
- **Es kann gefährlich sein, christliche Materialien privat zu besitzen oder aufzubewahren:** Im nördlichen Teil des Landes (der von der muslimischen Bevölkerung dominiert wird und in dem Séléka-Splittergruppen agieren) riskieren Christen muslimischer Herkunft wahrscheinlich ihr Leben, wenn sie christliche Materialien besitzen. Wenn Ex-Séléka-Kämpfer in ein Haus kommen und jemanden finden, der in der Bibel liest, töten sie ihn möglicherweise sofort.
- **Es ist für Christen teilweise riskant, christliche Radio- oder Fernsehsendungen zu hören bzw. zu sehen oder auf christliche Inhalte im Internet zuzugreifen:** Dies betrifft Christen muslimischer Herkunft und nicht konvertierte Christen gleichermaßen in den von Séléka-Kräften kontrollierten Gebieten. Ein Experte für das Land stellt fest: „Christen muslimischer Herkunft werden nichts tun, was sie als Christen erkennbar machen könnte, sie hören nicht einmal christliche Radiosender. In den Familien agieren Familienmitglieder als Spione; manchmal spionieren die Kinder ihre Eltern aus, um herauszufinden, ob diese konvertiert sind, sodass es für die Christen riskant ist, beim Zugriff auf christliche Medien gesehen zu werden.“

Familienleben

- **Christen haben Schwierigkeiten, eine christliche Hochzeit zu feiern:** Da die Situation im Land bei weitem nicht sicher ist, ist es für die Christen (insbesondere Christen muslimischer Herkunft) in den nordöstlichen Provinzen sehr schwierig, Geburten, Hochzeiten oder Todesfälle amtlich eintragen zu lassen, zumal dies unerwünschte Aufmerksamkeit auf sich ziehen würde.
- **Christliche Taufen werden verhindert:** In einem Land, in dem sich Gruppen aufgrund der Religion gegenseitig angreifen, ist es auch schwierig, neue Christen offen zu taufen.
- **Ehepartner von Christen muslimischer Herkunft werden von anderen (mit oder ohne Erfolg) unter Druck gesetzt, sich scheiden zu lassen:** Dies geschieht häufig, nachdem sich ein Ehepartner zu Jesus Christus bekehrt hat. Die Großfamilien und die örtliche Gemeinschaft üben dann oft Druck auf die muslimischen Ehepartner aus, sich scheiden zu lassen. Außerdem verlieren die Christen fast automatisch das Familienerbe.
- **Kinder von Christen werden wegen des Glaubens ihrer Eltern schikaniert oder diskriminiert:** In von Rebellengruppen kontrollierten Gebieten sind Kinder, deren Eltern getötet oder zur Flucht gezwungen wurden, den Angreifern ausgeliefert. Einige wurden brutal getötet.

Gesellschaftliches Leben

- **Christen werden wegen ihres Glaubens in ihrem täglichen Leben schikaniert, bedroht oder behindert:** Die Zentralafrikanische Republik wird von Kriegsparteien dominiert und die Regierung hat die effektive Kontrolle über viele Gebiete verloren. Christen werden oft direkt oder indirekt (d. h. als vermeintlich den Anti-Balaka zugehörig) ins Visier genommen. In muslimisch dominierten Gebieten werden Christen oft diskriminiert, insbesondere dort, wo die Scharia mehr oder weniger offiziell umgesetzt wird.
- **Christen werden überwacht:** Die Überwachung durch einige Rebellengruppen und ihre Unterstützer ist üblich.
- **Christen stehen unter der Bedrohung von Entführung:** Im Zusammenhang mit dem anhaltenden Konflikt leiden Christen unter Übergriffen und Entführungen. So werden beispielsweise in Dörfern, die von den ehemaligen Séléka angegriffen werden, oft junge Mädchen entführt. Christen mit muslimischem Hintergrund leiden am meisten unter solchen Übergriffen.
- **Christen wird aufgrund ihres Glaubens der Zugang zu gemeinschaftlich genutzten Ressourcen verwehrt:** Muslimische Bürger wollen in der Regel die gemeinschaftlich genutzten Ressourcen (wie z. B. die Gesundheitsversorgung) nicht mit Christen muslimischer Herkunft teilen, insbesondere im abgelegenen Norden des Landes.

Leben im Staat

- **Christen werden aus Glaubensgründen am Reisen gehindert:** In Gebieten, die von Ex-Séléka-Kämpfern kontrolliert werden, stehen alle Verkehrsmittel unter muslimischer Kontrolle, was die Mobilität der Christen erschwert. Wenn Gewalt aufflammt, sind Pastoren besonders gefährdet, wenn sie für ihren Dienst zwischen den Gemeinden hin und her reisen.
- **Christen werden im Kontakt mit Behörden (Kommunalverwaltung, Regierung, Armee etc.) aus Glaubensgründen diskriminiert:** Christen sind mit diesem Problem vor allem in Gebieten konfrontiert, in denen die muslimische Bevölkerung die Mehrheit bildet oder in denen Ex-

Séléka-Kämpfer die Kontrolle haben. Besonders schwierig ist es dort, wo Christen als Unterstützer der Anti-Balaka angesehen werden.

- **Christen werden daran gehindert, ihre Ansichten oder Meinungen in der Öffentlichkeit zu äußern:** Keine Friedensverhandlungen oder Versöhnungsinitiativen helfen dem Land derzeit bei der Rückkehr zur Stabilität. Die Christen im muslimisch geprägten Norden des Landes haben weder das Recht noch die Möglichkeit, ihre Meinung zu äußern. Würden sie doch sprechen, sähe man sie als Unterstützer der Anti-Balaka-Truppen an und sie würden vermutlich von Ex-Séléka-Kämpfern getötet.
- **Christen werden aus Glaubensgründen daran gehindert, ihr eigenes Unternehmen ohne Einmischung zu betreiben:** Es gibt keine effektive Kontrolle mehr durch die Regierung und in mehreren Regionen üben Rebellengruppen die Macht aus. Diese Gruppen diskriminieren häufig Christen und greifen sie manchmal an, was die Christen zur Flucht aus ihrem Zuhause und dem Land zwingt.

Kirchliches Leben

- **Die Aktivitäten der Kirchen werden überwacht, gestört, be- oder verhindert:** Obwohl es keine obrigkeitliche Überwachung durch staatliche Sicherheitsbeamte gibt, werden Zivilisten von verschiedenen Rebellengruppen beobachtet, um mögliche Sympathien für andere Gruppen oder Verbindungen zu diesen aufzudecken. Es wurden viele Angriffe gemeldet, bei denen Gottesdienste unterbrochen und Kirchen niedergebrannt wurden.
- **Christliche Gemeinschaften werden daran gehindert, Kirchengebäude zu bauen oder zu renovieren:** Die Lage im Land ist instabil, und dort, wo Kirchen schwer beschädigt wurden und wiederaufgebaut oder renoviert werden müssten, stoßen die christlichen Gemeinden auf Schwierigkeiten – vor allem dort, wo muslimische Rebellen das Sagen haben.
- **Die Kirchen werden daran gehindert, christliche Aktivitäten außerhalb der Kirchengebäude zu organisieren:** Die Durchführung religiöser Aktivitäten außerhalb von Kirchengebäuden ist sehr riskant, da dies unnötige Aufmerksamkeit erregen kann. Ein Experte für das Land stellt fest: „Vor allem in Gebieten mit muslimischer Mehrheit, die von Rebellengruppen kontrolliert werden, neigen die Kirchen dazu, sich zurückzuhalten. Selbst in Gebieten, in denen es keine direkte Krise gibt, werden Kirchen manchmal behindert, zum Beispiel in Regionen, in denen es viele Muslime oder Animisten gibt.“
- **Die Kirchen werden daran gehindert, christliche Aktivitäten in ihren Räumlichkeiten zu organisieren:** Die Religions-, Bewegungs- und Meinungsfreiheit und sogar das Recht auf Leben wird häufig grundlegend angefochten. Was die Behinderung kirchlicher Veranstaltungen innerhalb eines Kirchengeländes angeht, stellt ein Experte für das Land fest: „Indirekt geschieht dies in von Rebellen kontrollierten Gebieten durch die Angst und Unsicherheit, was passieren könnte, wenn die Veranstaltung gestört wird. Dort, an Orten wie Ndele, sind Gebetsabende verboten mit der Begründung, sie würden Lärm machen. Auf dem Höhepunkt der Krise besetzten Séléka-Kämpfer sogar Kirchen, sodass dort keine Aktivitäten stattfinden konnten.“

Auftreten von Gewalt

- Über die Tötung von Christen im Land wird oft nicht ausreichend berichtet. Bei einem Anschlag im November 2018 wurden zwei Priester und über 40 weitere Menschen getötet. Ein Experte für das Land berichtet: „Am 21. Mai 2019 wurden in der Präfektur Ouham-Pendé die Dörfer Koundili, Lemouna und Boyong von der bewaffneten Gruppe 3R heimgesucht, die gezielt Angriffe auf Christen durchführte. Die Angriffe haben mindestens 42 Todesopfer gefordert.“ Und er fügt hinzu: „Im Mai 2019 wurden in Sibut (Kemo) drei Christen von den ‚Mbororo‘-Fulanis nach einem bewaffneten Konflikt zwischen Bauern und Hirten getötet.“
- Neben den Angriffen auf Dörfer gab es in der Zentralafrikanischen Republik auch Fälle von Entführung, Zwangsverheiratung und anderen Misshandlungen. Die Situation wird noch dadurch verschlimmert, dass sich militante Gruppen an Christen für von den Anti-Balaka verübte Taten rächen. Einem Länderexperten zufolge wurden viele Christen angegriffen und starben infolgedessen. So starben zum Beispiel in Mboumou sieben Christen infolge eines Vergeltungsaktes nach einem Aufeinandertreffen mit Anti-Balaka.
- Zahlreiche Kirchen wurden in der Zentralafrikanischen Republik angegriffen, geplündert und zerstört. In einem der verheerendsten Angriffe, der im November 2018 stattfand, wurde die Herz-Jesu-Kathedrale in Alindao vollständig zerstört. Zudem war festzustellen, dass viele Kirchen, die als Flüchtlingslager dienten, gezielt angegriffen wurden. Ein Bericht der Katholischen Nachrichtenagentur vom 16. November 2018 besagt: „Viele katholische Kirchen im Land bieten Muslimen und Christen, die vor Gewalt fliehen, gleichermaßen Zuflucht, darunter auch Kirchen in der Diözese Bangassou, etwa 140 Meilen östlich von Alindao, wo mehrere katholische Einrichtungen vertriebene Muslime aufgenommen haben, die von der Gewalt durch die Anti-Balaka bedroht sind.“

7. Verfolgungssituation für Frauen und Männer

Wie Frauen Verfolgung erfahren:

- Entführung
- Verweigerung des Sorgerechts für Kinder
- Diskriminierung/Schikanierung im Bildungsbereich
- Wirtschaftliche Schikanierung durch Geldstrafen
- Erzwungene Einhaltung von Kleidungsvorschriften
- Zwangsverheiratung
- Vertreibung aus Wohnung/Wohnhaus
- Verführung mit dem Ziel der Zwangskonversion
- Sexuelle Gewalt
- Verbale Gewalt

In der Zentralafrikanischen Republik sind christliche Frauen und Mädchen in besonderem Maße von Vergewaltigung, Vertreibung, Entführung und Zwangsheirat als Formen der religiösen Verfolgung betroffen. Eltern werden manchmal gelockt, ihre christlichen Töchter im Tausch gegen beträchtliche Geschenke zu verheiraten. In anderen Fällen stellen christliche Mädchen, die dachten, sie könnten ihren Glauben frei ausleben, wenn sie einmal mit einem Muslim verheiratet sind, fest, dass sie stattdessen zur Konversion gezwungen werden. Schülerinnen sind auf dem Hinweg zu und dem Rückweg von der Schule dem Risiko von Entführung und sexueller Gewalt ausgesetzt. Dies hält Eltern,

die in Risikogebieten leben, davon ab, ihre Töchter zur Schule zu schicken. Mädchen, die missbraucht wurden und infolgedessen schwanger sind, brechen mit hoher Wahrscheinlichkeit die Schule ab.

Zudem nimmt die Taktik zur Islamisierung der Bevölkerung heute subtilere Formen an als in den vergangenen Jahren. In einigen Gegenden des Landes wird den Christen unter dem Deckmantel der Bekämpfung der sexuellen Freizügigkeit oder der Geburtenregistrierung keine andere Wahl gelassen, als sich von einem Imam verheiraten zu lassen, oder es wird ihnen die Registrierung einer Geburt verweigert, wenn kein Christ im Amt ist, um dies zu tun. Im Norden des Landes werden arme christliche Familien dazu gedrängt, ihre jungen Töchter als Hausmädchen in einer wohlhabenden nichtchristlichen Familie arbeiten zu lassen, was nur dazu führt, dass die Mädchen monatelang ohne Bezahlung in Knechtschaft leben. Es gibt auch Berichte über langfristige Strategien zum zahlenmäßigen Wachstum der islamischen Bevölkerung. Eine dieser Strategien besteht darin, christliche Frauen zu schwängern, sie im Stich zu lassen und dann zurückzukehren, wenn die Kinder bekannter muslimischer Väter groß geworden sind, um sie zurückzuholen.

In der Zentralafrikanischen Republik sind Frauen im Allgemeinen stärker von ihren Familien abhängig als Männer, sodass sie von der Verfolgung durch die Familie stärker betroffen sind. Da die Zentralafrikanische Republik eines der ärmsten Länder Afrikas ist und bei fast allen Kriterien am unteren Ende der Skala rangiert, kann die finanzielle Not christliche Frauen mit vielen Kindern dazu bewegen, zum Islam zu konvertieren, um zu überleben. Es gibt Berichte, dass manchmal eine christliche Mutter unter der Bedingung, dass ihre Kinder in die Moschee geschickt werden, Mitglied der Kirche bleiben darf.

Außerdem wurden in einem Bezirk von Bangui christliche Frauen mit einer Geldstrafe belegt, weil sie ihren Kopf nicht gemäß der Kleiderordnung bedeckt hatten.

Wie Männer Verfolgung erfahren:

- Entführung
- Falsche Anklagen
- Erzwungene Flucht aus Stadt oder Land
- Inhaftierung durch die Behörden
- Zwangsrekrutierung zum Militärdienst
- Ermordung
- Psychische Gewalt

Wenn christliche Familien von extremistischen Milizen angegriffen werden, werden christliche Frauen in der Zentralafrikanischen Republik in der Regel sexuell missbraucht und am Leben gelassen, während Männer wegen ihres Glaubens getötet oder von den Milizen gefangen genommen werden. In den letzten Monaten gab es Dutzende von Todesfällen in vielen verschiedenen Städten und Dörfern. Besonders die Pastoren werden ins Visier genommen und manchmal werden falsche Anschuldigungen, die sich um bestimmte Güter drehen, als Vorwand benutzt.

Jungen und Männer werden zeitweise gewaltsam von den militanten Rebellengruppen rekrutiert und sie werden auch zur Zielscheibe von Folter und Übergriffen. Entführung, Drohungen und gezielte Verarmung von Männern trifft christliche Familien sehr stark, zusammen mit der damit verbundenen Trennung oder dem Leben in Lagern.

8. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Muslimische Zivilisten in den südlichen Teilen des Landes (wo sie eine Minderheit sind) wurden von den überwiegend animistischen Anti-Balaka-Gruppen ins Visier genommen und angegriffen. Diese Milizen haben Gräueltaten begangen, welche die internationale Gemeinschaft erschüttert haben. Der Internationale Strafgerichtshof stellt derzeit zwei Kriegsverbrecher vor Gericht, die beide Anführer der Anti-Balaka-Truppen sind.

Im Kontext des anhaltenden Konflikts sind religiöse Minderheiten nicht die Hauptzielgruppe. Die Anhänger kleiner religiöser Minderheiten stehen jedoch in den Regionen, in denen sie leben, vor Herausforderungen.

9. Der Ausblick für Christen

Islamische Unterdrückung

Es gibt Berichte, die darauf hindeuten, dass auch ausländische islamische Kämpfer im Land sind, die die Ex-Séléka-Gruppen unterstützen. Solange die Ex-Séléka-Milizen bewaffnet sind und im Land operieren, wird die gewaltsame Unterdrückung weitergehen und die Chancen auf Frieden in der Zentralafrikanischen Republik sind nur gering. Was die durchschnittliche muslimische Bevölkerung des Landes betrifft (d. h. mit Ausnahme der dschihadistischen Gruppen), ist das Ausmaß der Islamischen Unterdrückung nur dort ein Problem, wo die Familie und das soziale Umfeld Druck auf Konvertiten zum christlichen Glauben ausüben.

Organisiertes Verbrechen und Korruption

Das Ausmaß von Korruption und Kriminalität im Land geht Hand in Hand mit dem Zusammenbruch von Recht und Ordnung. Daher hängt die Zukunft im Hinblick auf diese Triebkraft der Verfolgung davon ab, wie das Land seine Gesetze durchsetzen kann, wie es kriminelle Netzwerke und Regierungsbeamte, die ebenfalls Teil dieser Netzwerke sind, strafrechtlich verfolgt. Es ist wichtig zu beachten, dass kriminelle Netzwerke eng mit verschiedenen militanten Gruppen zusammenarbeiten.

Ethnisch oder traditionell begründete Anfeindungen

Auch hinsichtlich dieser Triebkraft der Verfolgung hängt die zukünftige Entwicklung davon ab, wie das Land aus der aktuellen Krise herauskommt. Wenn es dem Land gelingt, durch Initiativen für Wahrheit, Versöhnung und Gerechtigkeit wirklichen Frieden zu schaffen, wird der Einfluss dieser Triebkraft der Verfolgung abnehmen. Es ist auch wichtig zu erwähnen, dass es – bis zu einem gewissen Grad – eine Verbindung zwischen Religion und ethnischer Zugehörigkeit im Land gibt; daher wird die Entwicklung der Islamischen Unterdrückung auch die Entwicklung Ethnisch oder traditionell begründeter Anfeindungen prägen.

zurück zur Länderübersicht

Marokko: Platz 26

Zusammenfassung

Ein immer wiederkehrendes Problem für Christen, die offen über ihren Glauben sprechen, betrifft Artikel 220 des Strafgesetzbuches, der das „Erschüttern des Glaubens eines Muslims“ kriminalisiert. Dies bringt viele Christen, die mit anderen über ihren Glauben sprechen, in Gefahr, strafrechtlich verfolgt und verhaftet zu werden. Fürsprecher für die Rechte von Christen sind auch zur Zielscheibe von gewalttätigen Angriffen islamistischer Kämpfer geworden. Während das Gesetz nur die Evangelisationstätigkeit bestraft, können Muslime, die den christlichen Glauben annehmen, auf andere Weise bestraft werden, zum Beispiel durch den Verlust des Erbrechts und des Sorgerechts für ihre Kinder.

Beispiele aus dem aktuellen Berichtszeitraum

- Mehrere Christen muslimischer Herkunft wurden verhaftet und von den Sicherheitsbehörden zu ihrem Besitz von Bibeln und ihrem Kontakt zu ausländischen Christen befragt.
- Christen muslimischer Herkunft sind häufig Opfer von körperlicher Misshandlung oder sogar sexuellen Missbrauchs durch Mitglieder ihrer (Groß-)Familie. Mindestens vier Christinnen muslimischer Herkunft wurden gezwungen, einen muslimischen Mann zu heiraten.
- Im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2020 wurden mindestens zwei Kirchengebäude beschädigt. Die Zahl der Kirchengebäude in Marokko ist sehr klein.
- Mindestens einem Christen muslimischer Herkunft wurde seine Wohnung von seiner eigenen Familie demoliert.

---

1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit 66 Punkten liegt Marokko auf dem Weltverfolgungsindex 2020 auf Platz 26.

Auf dem Weltverfolgungsindex 2019 hatte das Land eine Wertung von 63 Punkten und belegte Platz 35. Der Hauptgrund für diesen Anstieg um drei Punkte ist die höhere Anzahl gemeldeter gewalttätiger Übergriffe. In der Folge stieg die Wertung für Gewalt von 1,5 auf 4,1 Punkte stark an.

2. Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung

Marokko zeigt eine gemäßigtere Form von „Islamischer Unterdrückung“ als andere Länder der Region. Zu den von den islamischen Behörden auferlegten Einschränkungen gehören die Beschlagnahmung von – wenn sie entdeckt wird – christlicher Literatur in arabischer Sprache (einschließlich Bibeln), das Verbot der Zusammenarbeit mit Christen aus dem Ausland (insbesondere wenn eine Evangelisierungsaktion geplant ist) und ernsthafte Probleme bei der Anerkennung von Gottesdienststätten für Christen mit muslimischem Hintergrund. Christen muslimischer Herkunft

sehen sich aufgrund ihres neuen Glaubens dem Druck von Familie und Freunden und der örtlichen Gemeinschaft ausgesetzt, wenn ihr Glaubensbekenntnis als Evangelisierungsversuch verstanden wird.

Diktatorische Paranoia

Die marokkanische Regierung steht Kirchen, insbesondere Gemeinden von Christen muslimischer Herkunft, misstrauisch gegenüber. Von Marokkanern wird erwartet, dass sie dem Islam, dem König und dem Land treu sind; das Christentum könnte diese Herrschaftsverhältnisse bedrohen. In den vergangenen Jahren haben marokkanische Behörden Christen Untreue gegenüber dem König vorgeworfen und viele ausländische Christen ohne ordentliches Verfahren abgeschoben. Einer der Gründe für diese Maßnahmen könnte die Angst vor Gruppen extremistischer Muslime sein. Die Regierung versucht, Unruhen zu verhindern, indem sie diese Gruppen beschwichtigt. In der Praxis bedeutet dies, dass Christen muslimischer Herkunft oft festgenommen und zu ihren Motiven und Kontakten verhört werden.

3. Verfolger

Ausgehend von Islamischer Unterdrückung

- **Regierungsbeamte und politische Parteien:** Regierungsbeamte und Führer politischer Parteien gehören zu den Hauptakteuren der Islamischen Unterdrückung in Marokko. Die „Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung“ (PJD) ist neben der Königsfamilie der wohl wichtigste politische Akteur im Land. Obwohl sie sich nicht für ein Verbot des christlichen Glaubens ausspricht, hat ihre Parteiführung doch gezeigt, dass sie dem christlichen Glauben nicht tolerant gegenübersteht. Sie erkennt das Recht auf Glaubens- und Religionsfreiheit für Christen nicht vollständig an. Staatsbeamte sind zudem nicht bereit, Christen mit muslimischem Hintergrund zu registrieren und ihnen zu erlauben, sich frei zu versammeln, anerkannt zu werden und zu evangelisieren.
- **Gewöhnliche Bürger:** Die marokkanische Gesellschaft betrachtet den christlichen Glauben meist als etwas Negatives und Christen muslimischer Herkunft werden als Schande für Familie und Gemeinschaft angesehen.
- **Großfamilie:** Vor allem in ländlichen Gebieten werden Christen muslimischer Herkunft von ihrer Großfamilie unter Druck gesetzt, dem Glauben an Jesus Christus abzuschwören.
- **Nichtchristliche religiöse Leiter:** Extremistisch-islamisches Gedankengut, das im Land präsent ist und gepredigt wird, verstärkt den Druck auf Christen.
- **Gewalttätige religiöse Gruppen:** Die Ermordung zweier skandinavischer Frauen im Dezember 2018 hat gezeigt, dass der Einfluss des „Islamischen Staats“ (IS) auch in Marokko eine Bedrohung darstellt. Berichten zufolge wächst der Einfluss der Salafisten in Marokko.

Ausgehend von Diktatorischer Paranoia

- **Regierungsbeamte:** Die marokkanischen Behörden und Sicherheitsdienste überwachen das gesamte kirchliche Leben. Christen muslimischer Herkunft werden aktiv beobachtet und manchmal verhört. Außerdem besteht die Furcht, dass die Sicherheitsdienste Treffen ehemaliger Muslime infiltrieren.

4. Regionale Brennpunkte der Verfolgung

Die islamische Bevölkerung in ländlichen Gebieten ist bekanntermaßen konservativ. Die meisten Christen muslimischer Herkunft leben in den Städten, wo es leichter ist, dem sozialen und familiären Druck zu entgehen.

5. Betroffene Christen

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

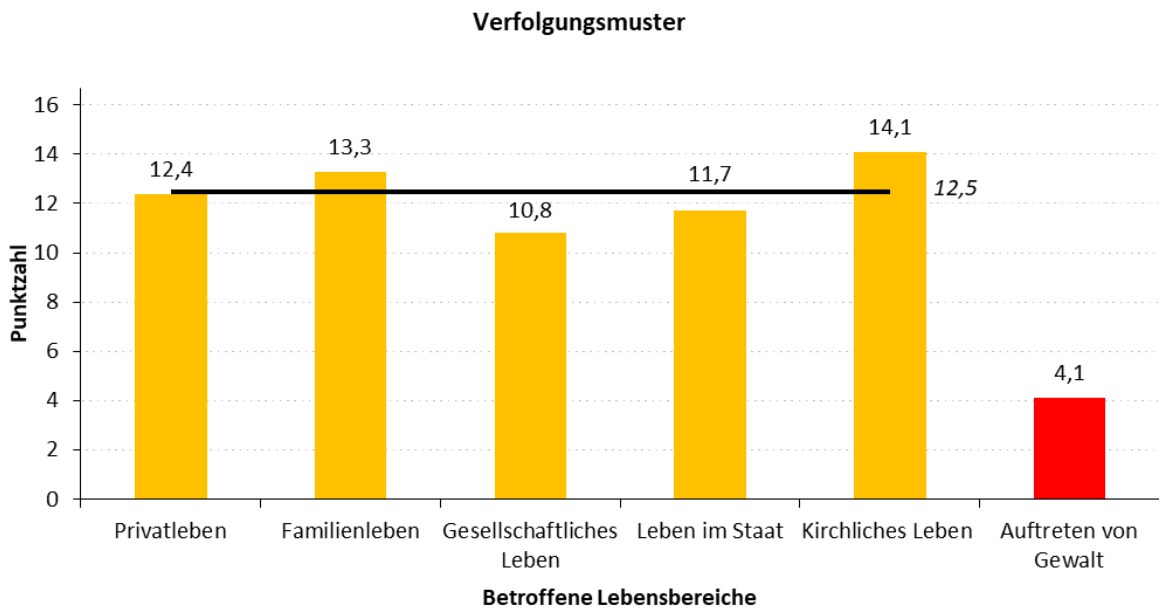
Ausländische Christen, von denen die meisten aus beruflichen Gründen in Marokko sind, stehen oft unter Überwachung und riskieren eine Abschiebung, wenn man annimmt, dass sie das Evangelium weitergeben. Allerdings genießen ausländische Christen aus dem Westen im Vergleich zu anderen Gruppen – insbesondere zu marokkanischen Christen muslimischer Herkunft – relative Religionsfreiheit. Anerkannte Kirchen für ausländische Christen gibt es nur in den Großstädten. Zu den Konfessionen, die bereits vor der Unabhängigkeit 1956 existierten, gehören die Römisch-Katholische Kirche, die Koptisch-Orthodoxe Kirche, die Anglikanische Kirche und die Französisch-Protestantische Kirche. Die meisten dieser Kirchen besitzen Kirchengebäude, aber die Regierung besitzt die Grundstücke. Solange das Gebäude regelmäßig für Gottesdienste genutzt wird, behält die Kirche die Kontrolle über das Gebäude; wenn es jedoch nicht genutzt wird, übernimmt die Regierung das Gebäude und nutzt es für andere Zwecke. Angesichts der Schwierigkeit für diese Kirchen, neue Mitglieder zu gewinnen, und der Tatsache, dass es für marokkanische Christen mit muslimischem Hintergrund unmöglich ist, diesen Kirchen beizutreten, finden es die traditionellen Kirchen schwierig, aktiv und präsent im Land zu bleiben.

Aus den Ländern Afrikas südlich der Sahara eingewanderte ausländische Christen, die oft aus Pfingstgemeinden kommen, werden in der Regel ausgegrenzt und diskriminiert.

Christen muslimischer Herkunft

Marokkanische Christen muslimischer Herkunft treffen sich in Hauskirchen, weil sie keine Erlaubnis und offizielle Genehmigung erhalten, sich öffentlich zu versammeln. Sie wechseln regelmäßig den Ort und haben nicht die Geschichte oder Struktur, aufgrund welcher man sie als eigenständige Denomination bezeichnen könnte. Auch wenn die Gesellschaft und die öffentlichen Behörden in den Städten Christen muslimischer Herkunft allgemein toleranter gegenüberstehen als in den meisten anderen Ländern der Region, sind diese Christen doch dem Druck der Gesellschaft und ihrer Familie ausgesetzt, ihren neuen Glauben aufzugeben. Sie stehen zudem häufig unter Überwachung und riskieren Verfolgung, besonders wenn sie aktiv evangelisieren.

6. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Marokko

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Der durchschnittliche Druck auf Christen hat ein sehr hohes Ausmaß (12,5 Punkte) und ist im Vergleich zum Weltverfolgungsindex 2019 (12,3 Punkte) gestiegen. Der Druck auf Christen, insbesondere auf Christen muslimischer Herkunft, bleibt sehr hoch.
- Der Druck im kirchlichen Leben hat ein extremes Maß (14,1 Punkte). Darin spiegeln sich die Einschränkungen wider, mit denen ausländische Kirchen konfrontiert sind, wenn sie versuchen, anderen das Evangelium weiterzugeben. Außerdem zeigt sich an der Wertung, wie die Regierung die Gemeinschaften und Treffen von Christen muslimischer Herkunft effektiv unterdrückt. Die nächsthöchste Punktzahl findet sich im Bereich „Familienleben“ (13,3 Punkte), worin sich der Druck widerspiegelt, dem Christen muslimischer Herkunft ausgesetzt sind, wenn sie ihren neuen Glauben in der Öffentlichkeit ausüben wollen: Getauft oder christlich verheiratet und begraben zu werden, ist für sie schwierig; sie sind dem Druck von Familie, Gesellschaft und sogar der Regierung ausgesetzt, besonders in ländlichen Gebieten.
- Der Wert für Gewalt stieg von 1,5 auf dem Weltverfolgungsindex 2019 auf 4,1 auf dem Weltverfolgungsindex 2020. Der Grund für diesen Anstieg ist auf die gemeldete Zerstörung kirchlichen Eigentums, eine höhere Anzahl von Christen, die inhaftiert wurden, sowie eine höhere Anzahl von Christen, die zur Heirat mit Muslimen gezwungen wurden, zurückzuführen.

Zu jedem der Lebensbereiche sind im Folgenden jeweils ausgewählte Teilaspekte genannt, die im betreffenden Lebensbereich für die Christen zu den gravierendsten Schwierigkeiten gehören.

Privatleben

- **Es ist für Christen riskant, über ihren Glauben mit anderen als ihren direkten Familienmitgliedern oder Mitgliedern ihrer Großfamilie zu sprechen:** Sowohl einheimische als auch ausländische Christen können nach marokkanischem Recht angeklagt werden, „den Glauben eines Muslims erschüttert“ zu haben.
- **Es ist riskant für Christen, mit nahen Familienmitgliedern über ihren Glauben zu sprechen:** Viele Christen muslimischer Herkunft haben Angst, ihren Familien von ihrem neuen Glauben zu erzählen. Es sind viele Fälle von Konvertiten bekannt, die deshalb geächtet oder misshandelt wurden. Daher sprechen Christen muslimischer Herkunft oft erst im Laufe der Zeit mit ihrer Familie über ihren Glauben. Dennoch ist die erste Reaktion der Familie oft heftig.
- **Es ist für Christen riskant, christliche Bilder oder Symbole zu zeigen:** Sowohl Familien- als auch Gesellschaftsmitglieder können heftig oder sogar gewalttätig reagieren, wenn sie einen ehemaligen Muslim sehen, der ein Kreuz oder ein christliches Symbol trägt. Einige Christen muslimischer Herkunft offenbaren ihren neuen Glauben in sozialen Netzwerken, benutzen dafür aber falsche Identitäten, um ihre echten Namen zu verbergen.
- **Der Glaubenswechsel wird bekämpft, verboten oder unter Strafe gestellt, einschließlich der Übertritt von einer Denomination zu einer anderen:** Obwohl der Wechsel vom islamischen zum christlichen Glauben nach marokkanischem Recht strafbar ist (und obwohl die marokkanischen islamischen Religionsführer oft darüber gestritten haben, ob ein Glaubenswechsel mit dem Tod bestraft werden soll), ist die Durchsetzung dieses Gesetzes sehr schwach, fast nicht existent. Im Allgemeinen sehen sich Christen muslimischer Herkunft jedoch dem Druck von Verwandten, Familienmitgliedern und des sozialen Umfelds insgesamt ausgesetzt, insbesondere in ländlichen Gebieten. Daher ist es für sie riskant, ihren neuen Glauben zu offenbaren. Auch private Glaubenshandlungen (etwa Bibellese und Andacht), die die Hinwendung zum christlichen Glauben offenbaren könnten, bergen ein Risiko.

Familienleben

- **Christliche Ehepaare werden wegen ihres Glaubens daran gehindert, Kinder zu adoptieren oder Pflegekinder aufzunehmen:** Um ein Kind in Marokko zu adoptieren, muss man Muslim sein. Im Rahmen des Adoptionsverfahrens findet ein Treffen mit einem Imam statt, der die Adoptiveltern über die Grundsätze des sunnitischen Islam befragt.
- **Babys und Kinder von Christen werden automatisch unter der Staats- oder Mehrheitsreligion registriert:** Mit Ausnahme der jüdischen Bevölkerung werden alle Marokkaner nach ihrer Geburt als Muslime betrachtet.
- **Die Registrierung von Geburt, Hochzeit oder Tod von Christen wird behindert oder unmöglich gemacht:** Dies ist vor allem für Christinnen muslimischer Herkunft ein Problem, da sie keine christlichen Männer heiraten dürfen.
- **Christliche Taufen werden verhindert:** Die Taufe von Christen muslimischer Herkunft findet im Verborgenen statt, da eine Taufe ein sehr deutliches Zeichen sowohl für den Glaubenswechsel als auch für die Weitergabe des Evangeliums ist.

Die Hinwendung zu Jesus Christus kann eine feindselige Reaktion der engeren und entfernteren Familie eines Konvertiten auslösen. Der Staat betrachtet alle Marokkaner als Muslime, weshalb marokkanische Christen muslimischer Herkunft mit Muslimen verheiratet werden können (ohne gefragt zu werden, ob sie Muslime sind, weil man davon ausgeht, dass sie es sind). Ausländische christliche Männer, die eine marokkanische Frau heiraten wollen, müssten jedoch sagen, dass sie

Muslime sind, weil ihnen diese Frage gestellt wird. Islamkunde ist ein Pflichtfach in den Schulen, wird jedoch in einer moderaten Form unterrichtet. Einige Privatschulen erlauben es Kindern marokkanisch-christlicher Eltern, die einer traditionellen Kirche angehören, den Islamunterricht auszulassen, aber das ist nicht die Norm.

Gesellschaftliches Leben

- **Christen werden aus Glaubensgründen an der Teilnahme an kommunalen Einrichtungen, Foren oder Ähnlichem gehindert:** Der christliche Glaube wird als eine fremde Religion angesehen, und Christen gelten nicht als Teil der marokkanischen Gesellschaft. Daher gibt es keinen Platz für sie innerhalb etwa von kommunalen Gruppen.
- **Christen werden von ihrem sozialen Umfeld oder von privaten Gruppen überwacht (dies beinhaltet die Anzeige bei der Polizei, Beschattung, das Abhören von Telefonleitungen, das Lesen/Zensieren von E-Mails und mehr):** Einheimische und ausländische Christen werden von den marokkanischen Sicherheitsdiensten überwacht. Die Mitglieder der lokalen Bevölkerung informieren oft die Polizei, wenn sie davon Kenntnis erhalten, dass jemand das Evangelium weitergibt.
- **Christen werden unter Druck gesetzt, an nichtchristlichen religiösen Zeremonien oder Gemeinschaftsveranstaltungen teilzunehmen:** Christen, insbesondere Christen muslimischer Herkunft, empfinden einen großen gesellschaftlichen Druck, sich an islamischen religiösen Aktivitäten und Ritualen zu beteiligen.
- **Christen werden verhört oder aus Glaubensgründen gezwungen, sich bei der örtlichen Bürgerwehr/Polizei zu melden:** Christen muslimischer Herkunft, insbesondere diejenigen, die sich aktiv in ihre (Haus-)Gemeinden einbringen, werden überwacht und häufig zu Befragungen vorgeladen.

Christen muslimischer Herkunft werden vor allem in ländlichen Gebieten mit Ausgrenzung konfrontiert. Ihnen erschwert der gesellschaftliche Druck auch die christliche Erziehung ihrer Kinder. Dieser Druck kann in Form von Mobbing in der Schule oder durch Islamunterricht ohne elterliche Zustimmung erfolgen. In städtischen Gebieten haben Christen mehr Freiheiten, aber eine öffentliche Bekundung des christlichen Glaubens könnte als Evangelisationsversuch empfunden werden und negative Auswirkungen haben.

Leben im Staat

- **Die Verfassung (oder ein vergleichbares nationales oder staatliches Gesetz) schränkt die Religionsfreiheit, wie sie in Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte formuliert ist, ein:** Die Verfassung erklärt den Islam zur Staatsreligion. Obwohl sie die „freie Ausübung des Glaubens“ garantiert, bedeutet dies in der Praxis, dass ein Muslim nur den Islam praktizieren darf und nicht etwa den christlichen Glauben annehmen kann.
- **Christliche zivilgesellschaftliche Organisationen oder politische Parteien werden aufgrund ihrer christlichen Überzeugung in ihrer Arbeit behindert oder verboten:** Zivilgesellschaftliche Organisationen mit klaren christlichen Überzeugungen oder mit dem Ziel, die Rechte der marokkanischen Christen muslimischer Herkunft zu verteidigen, werden von der Regierung aktiv bekämpft.
- **Beamte auf lokaler wie nationaler Ebene weigern sich, den Glaubenswechsel einer Person anzuerkennen und dementsprechend im Personalausweis oder staatlichen**

Personenverzeichnis zu dokumentieren: Christen mit muslimischem Hintergrund wird die Anerkennung durch den Staat verweigert.

- **Christen werden daran gehindert, ihre Ansichten oder Meinungen in der Öffentlichkeit zu äußern:** Christliche Evangelisation ist verboten; das Weitergeben von christlicher Literatur an andere und die Mission sind illegal. Christen, die evangelisieren, könnten beschuldigt werden, „den islamischen Glauben zu erschüttern", was strafrechtliche Konsequenzen nach sich ziehen würde.

Man könnte behaupten, dass es in Marokko relative Religionsfreiheit gibt. So hat Marokkos höchste religiöse Instanz ihre Entscheidung von 2012 zurückgezogen, die besagte, der Glaubensabfall vom Islam sei mit dem Tod zu bestrafen, und sie scheint somit beschlossen zu haben, Muslimen einen Glaubenswechsel zu erlauben. Nichtsdestotrotz unterliegen Christen in der Öffentlichkeit beachtlichen Einschränkungen. Beispielsweise gilt das Essen in der Öffentlichkeit während des Ramadans als illegal. Außerdem überwachen Staatsbeamte Christen und kontrollieren ihre Aktivitäten, um das Evangelisationsverbot durchzusetzen.

Kirchliches Leben

- **Es ist auf jeder Verwaltungsebene schwierig, eine Registrierung oder eine rechtliche Anerkennung für Kirchen zu erhalten:** Nur die Römisch-Katholische, Russisch-Orthodoxe, Griechisch-Orthodoxe und Anglikanische Kirche sind anerkannt. Andere Kirchen müssen sich als Verein registrieren und dürfen keine Aktivitäten ausüben, die den Islam untergraben. Daher können marokkanische Christen vor Ort keine eigenen Kirchen gründen, sie können aber auch nicht Teil ausländischer Kirchen werden.
- **Die Kirchen werden daran gehindert, christliche Aktivitäten außerhalb der Kirchengebäude zu organisieren:** Christliche Aktivitäten außerhalb der Kirchengebäude könnten als Evangelisationsversuche ausgelegt werden. Dies gilt sowohl für Christen mit muslimischem Hintergrund als auch für andere Christen.
- **Die Kirchen werden daran gehindert, offen Christen muslimischer Herkunft einzubeziehen:** Die Kirchen ausländischer Christen werden stets überwacht, um sicherzustellen, dass marokkanische Staatsangehörige nicht an ihren Gottesdiensten teilnehmen. Die Beschränkung der Gemeinschaft zwischen ausländischen christlichen Gemeinschaften und anderen Kirchen betrifft beide Gruppen.
- **Der öffentliche Verkauf oder die Verteilung von Bibeln und anderen christlichen Materialien wird behindert:** Die Regierung erlaubt zwar weiterhin die Ausstellung und den Verkauf von Bibeln in Französisch, Englisch und Spanisch, auch ist eine begrenzte Anzahl von arabischen Bibelübersetzungen in einigen wenigen Buchläden für den Gebrauch in universitären Religionskursen erhältlich, die Behörden konfiszieren jedoch Bibeln, von denen sie glauben, sie dienten zu Evangelisationszwecken.

Kirchen werden nicht daran gehindert, Schulen, Krankenhäuser oder karitative, humanitäre, soziale oder kulturelle Organisationen zu gründen und zu leiten, doch müssen sich diese Organisationen jeder Tätigkeit enthalten, die als Evangelisationsversuch ausgelegt werden könnte. Jede Annahme, sie seien evangelistisch tätig, führt zu Problemen. Auch wenn sie also mehr Freiheit genießen als die Kirchen in anderen Ländern in der Region, sind die Kirchen in Marokko bedeutenden Einschränkungen ausgesetzt.

Auftreten von Gewalt

- Mehrere Christen wurden misshandelt, wobei besonders Christinnen muslimischer Herkunft in Gefahr stehen, sexuell belästigt zu werden. Zusätzlich zu den angezeigten Fällen bleiben viele andere Vorfälle unbekannt, da sie sich oft im häuslichen Bereich ereignen und mit großer Scham und dem Gefühl von Schande verknüpft sind.
- Mehrere Christen wurden verhaftet und befragt, weil sie eine Bibel oder christliche Schriften besaßen oder an Evangelisation beteiligt waren.
- Mindestens zwei Kirchengebäude wurden verwüstet.
- Der Besitz von mindestens einem Christen muslimischer Herkunft wurde von dessen Familie zerstört.

Immer wieder werden Christen muslimischer Herkunft von ihren eigenen Familienmitgliedern misshandelt. Außerdem laufen sie Gefahr, von der Regierung verhaftet und verhört zu werden. Besonders Christinnen muslimischer Herkunft sind dem Risiko des sexuellen Missbrauchs und in einigen Fällen der Zwangsheirat ausgesetzt. Ausländische Christen wurden ausgewiesen oder ihnen wurde die Einreise in das Land verweigert, wenn sie der Evangelisation verdächtigt wurden.

7. Verfolgungssituation für Frauen und Männer

Wie Frauen Verfolgung erfahren:

- Ausschluss aus der Gemeinschaft
- Beschlagnahme von Erbschaft und Besitz
- Erzwungene Einhaltung von Kleidungsvorschriften
- Zwangsscheidung
- Zwangsverheiratung
- Vertreibung aus Wohnung/Wohnhaus
- (Haus-)Arrest durch die Familie
- Ermordung
- Körperliche Gewalt
- Verbale Gewalt

Berichten zufolge sind die meisten Menschen in Marokko, die sich offen zum christlichen Glauben bekennen, Männer, weil sie weniger durch Verfolgung gefährdet sind als Frauen. Obwohl sich die Rechte der Frauen in Marokko in den letzten fünfzehn Jahren positiv entwickelt haben und sie mehr rechtliche Gleichstellung erleben, befinden sich Frauen in Marokko nach wie vor in einer weniger vorteilhaften Position als Männer. Marokkanische Frauen haben weniger Freiheiten als Männer und es wird erwartet, dass ihr Platz der Haushalt ist – dies gilt insbesondere in ländlichen Gebieten.

Allen Christen mit muslimischem Hintergrund kann in der Praxis das Recht auf Erbschaft oder Familienzugehörigkeit abgesprochen werden. Christinnen muslimischer Herkunft sind im häuslichen Umfeld am stärksten gefährdet. Religiöse Verfolgung nimmt typischerweise die Form von häuslicher Gewalt, Hausarrest und Zwangsheirat mit einem Nichtchristen an. Eltern und Brüder einer Christin muslimischer Herkunft können sie kontrollieren, unterdrücken und schließlich dazu zwingen, die Familie zu verlassen. Letzteres gilt als sozial nicht akzeptabel und stellt die Frau als Rebellin gegen die Gesellschaft bloß. Die Angst vor einem Skandal, weil eine Tochter den christlichen Glauben angenommen hat, führt dazu, dass die Familie von Christinnen muslimischer Herkunft diese oft zuhause festhält und später verheiratet – in dem Glauben, dass die Ehe sie wieder zum Islam zurückbringen werde. Manchmal ist der Druck so stark, dass die Frau nachgibt und einer Heirat mit einem Mann, der ihren Glauben nicht teilt, zustimmt, um dem Druck ihrer Familie zu entgehen.

Ist eine muslimische Frau zu dem Zeitpunkt, da sie den christlichen Glauben annimmt, bereits verheiratet, kommt es häufig vor, dass sie von ihrem Ehemann unter Druck gesetzt und ihr mit der Scheidung gedroht wird, wenn dieser ihren neuen Glauben entdeckt. Einige Christinnen muslimischer Herkunft wurden gezwungen, sich scheiden zu lassen. Das Personenstandsrecht folgt der malikitischen Auslegung der Scharia. (Die Malikiten sind eine der vier traditionellen Rechtsschulen des sunnitischen Islam). Ein Experte für das Land schreibt: „Solange das Personenstandsrecht nicht geändert wird, wird sich diese Art der Verfolgung fortsetzen.“ Im Extremfall wendet die Familie tödliche Gewalt gegen eine Christin muslimischer Herkunft an, in anderen Fällen werden Christinnen aus dem Elternhaus vertrieben.

Christinnen, die das Internet als einen Weg nutzen, um ihre Isolation zu durchbrechen, riskieren, dass sie wegen ihres Glaubens und ihrer Glaubensbekundung im Internet schikaniert werden.

Obwohl die marokkanische Gesellschaft in mancher Hinsicht relativ liberal ist, müssen sich Christen muslimischer Herkunft in ländlichen Gebieten an die religiöse Form der Kleidung und Lebensweise halten und können unter Umständen tyrannisiert werden, wenn sie diese Bräuche aufgeben, insbesondere während des Ramadans.

Außerdem ist Vergewaltigung oder die Androhung von Vergewaltigung ein Tabubereich, der gesellschaftlich mit der persönlichen Ehre einer Frau verbunden ist. Da eine Vergewaltigung Schande und ein großer Makel für eine Frau bedeutet, ist dies ein mächtiges Werkzeug für religiösen Zwang. Dies gilt sowohl für marokkanische Frauen als auch für die zahlreichen durch Afrika reisenden Migrantinnen, von denen ein Teil Christinnen sind; ihre Vergewaltigung ist nicht nur durch Ausbeutung, sondern auch durch religiöse Intoleranz motiviert.

Wie Männer Verfolgung erfahren:

- Verweigerung des Zugangs zu christlichen Materialien
- Beschlagnahme von Erbschaft und Besitz
- Diskriminierung/Schikanierung im Bildungsbereich
- Wirtschaftliche Schikanierung im Berufs-/Geschäftsleben
- Vertreibung aus Wohnung/Wohnhaus
- Erzwungene Flucht aus Stadt oder Land
- Inhaftierung durch die Behörden
- Körperliche Gewalt
- Psychische Gewalt

Christen muslimischer Herkunft sind im Allgemeinen am meisten gefährdet in der marokkanischen Gesellschaft, und männliche Christen sind am häufigsten von Vertreibung aus ihren Familien, Diskriminierung im Bildungsbereich, Problemen im Arbeitsleben und Todesdrohungen betroffen. Sie sind auch weitaus häufiger als Frauen Ziel von Verhören durch die Regierung, Schlägen oder Haftstrafen. Die Schwere der Reaktion auf ihren Glaubenswechsel hängt jedoch von ihrer sozialen Stellung und ihrem politischen Status innerhalb der Gesellschaft ab.

Im häuslichen Bereich werden männliche Christen muslimischer Herkunft als Schande für ihre Familien empfunden, weil sie den Islam verlassen haben. Sie werden daher nach ihrer Hinwendung zum christlichen Glauben im Allgemeinen geächtet. Wenn Christen muslimischer Herkunft noch jung sind und bei ihren Eltern leben, können sie die finanzielle Unterstützung ihrer Familien verlieren. Wenn der Mann bereits verheiratet ist, riskiert er, von seiner Frau verlassen zu werden, deren Familie ebenfalls Druck auf das Paar ausübt und die Frau zurückholt. In der Praxis kann ein Christ muslimischer Herkunft auch um sein Erbe gebracht werden.

Die Erwerbstätigkeit ist ein zentraler Bereich, in dem Männer Druck erfahren, da sie die Hauptverdiener in ihren Familien sind. Ihre Bekehrung zu Jesus Christus kann dazu führen, dass sie ihre Arbeit verlieren. Umgekehrt werden Christen manchmal beschuldigt, sich aus finanziellen Gründen bekehrt zu haben, da das Christentum mit der opulenten westlichen Gesellschaft verbunden wird.

Jedes Jahr gibt es Berichte über eine Handvoll Verhaftungen von christlichen Männern. Diese Verhaftungen erfolgen schon aus Gründen wie den Besitz einer Bibel oder weil jemand mit einem Muslim über den christlichen Glauben gesprochen hat. Außerdem können Bußgelder mit Schikane einhergehen.

Der Druck durch die Gesellschaft kann so stark und anhaltend sein, dass man annimmt, die meisten männlichen Christen muslimischer Herkunft würden das Land bzw. ihren Heimatort verlassen, wenn sie dazu die Möglichkeit hätten.

8. Verfolgung religiöser Minderheiten

Das Judentum ist die einzige in der Verfassung offiziell anerkannte Minderheitenreligion, und Juden haben ihre eigenen religiösen Gerichte für Familienangelegenheiten. Obwohl der Islam die offizielle Staatsreligion ist, ist de facto nur der sunnitische Islam nach der malikitischen Rechtsschule gesellschaftsfähig. Schiiten, Ahmadiyya-Muslime und Bahai sind religiöse Minderheiten in Marokko, denen von der Regierung Beschränkungen auferlegt werden, die es ihnen nahezu unmöglich machen, öffentlich ihren Glauben zu leben. So heißt es in dem „Internationalen Bericht zur Religionsfreiheit 2018“ des US-Außenministeriums zu Marokko: „Lokale christliche und schiitische Führer berichteten, dass die Regierung einige christliche und schiitische Bürger festgenommen und zu ihren Überzeugungen und Kontakten mit anderen Christen und Schiiten befragt habe. Christliche und schiitisch-muslimische Bürger gaben auch an, dass die Angst vor der Regierung und sozialen Schikanen zu ihrer Entscheidung geführt habe, ihren Glauben diskret zu leben.“

9. Der Ausblick für Christen

Islamische Unterdrückung

Christen muslimischer Herkunft werden höchstwahrscheinlich weiterhin Druck ausgesetzt sein, meist vonseiten ihrer Familien und der Gesellschaft. Die fortschreitende Modernisierung in den Städten könnte aber langfristig die Einstellung der Gesellschaft diesen Christen gegenüber verändern. Es ist jedoch unwahrscheinlich, dass die Regierung ihre Haltung ihnen gegenüber ändern wird, besonders solange der König „der Befehlshaber der Gläubigen“ bleibt, „der dafür sorgt, dass der Islam respektiert wird“ (Verfassung von Marokko, Art. 41).

Diktatorische Paranoia

Marokko blieb während der Aufstände des „Arabischen Frühlings“ 2011 eines der friedlicheren Länder. Der starke Sicherheitsapparat Marokkos spielt eine wichtige Rolle bei der Wahrung des Friedens. Er wird weiterhin alle Aktivitäten überwachen, die zu Unruhen führen könnten, und besonders auf alle Evangelisationsversuche von Christen achten. In der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass der Sicherheitsapparat das Gemeindeleben von Christen muslimischer Herkunft wirksam lähmen kann. Sehr wahrscheinlich wird er dies weiterhin tun, auch um Islamisten zu besänftigen, die sonst Unruhe stiften könnten.

zurück zur Länderübersicht

Katar: Platz 27

Zusammenfassung

Es gibt zwei Gruppen von Christen in Katar, die voneinander getrennt sind und sehr vorsichtig sein müssen, wenn sie Kontakt miteinander haben. Die größere Gruppe stellen die Gemeinschaften ausländischer christlicher Gastarbeiter dar. Muslimen das Evangelium zu verkünden, ist streng verboten und kann zu Strafverfolgung und Ausweisung aus dem Land führen. Es wurde ihnen jedoch in der jüngeren Vergangenheit erlaubt, Gottesdienste mit vielen Teilnehmern zu feiern. Viele dieser Gastarbeiter leben und arbeiten unter ärmlichen Bedingungen. Ihr christlicher Glaube macht sie zusätzlich verletzlich. Trotz dieser Lebensbedingungen wachsen diese christlichen Gemeinschaften.

Die andere Gruppe besteht aus Christen mit muslimischem Hintergrund. Diese Konvertiten tragen die Hauptlast der Verfolgung, egal, ob sie aus Katar stammen oder eingewandert sind. Einheimische Konvertiten sind sehr hohem Druck von ihren muslimischen Familien ausgesetzt. Konvertiten mit Migrationshintergrund werden hauptsächlich von ihrem sozialen Umfeld in den Arbeitsunterkünften, in denen sie leben, kontrolliert. Oftmals gelten für sie eher die gesellschaftlichen Normen ihrer Heimatländer als die Normen der katarischen Kultur. In manchen Fällen können sie dem Druck entgehen, indem sie in einem internationalen Umfeld leben anstatt unter ihren Landsleuten. Dennoch können selbst ihre Arbeitgeber als Verfolger auftreten. Sowohl einheimische als auch ausländische Christen muslimischer Herkunft riskieren Diskriminierung, Belästigung und polizeiliche Überwachung. Ein Religionswechsel weg vom Islam wird zudem nicht offiziell anerkannt und führt sehr wahrscheinlich zu rechtlichen Problemen in Personenstands- und Eigentumsfragen.

Es gibt kaum Berichte darüber, dass Christen wegen ihres Glaubens verhaftet, verletzt oder getötet wurden, weil die Zahl der Konvertiten gering ist und sie ihren Glauben geheim halten.

Beispiele aus dem aktuellen Berichtszeitraum

- In dem Berichtszeitraum für den Weltverfolgungsindex 2020 wurde von mindestens einem Vorfall berichtet, bei dem gegen eine Gemeinde ausländischer Christen vorgegangen wurde, weil sie der Evangelisation beschuldigt wurden. Zu ihrer Sicherheit können keine weiteren Details veröffentlicht werden.
- Da die Zahl der katarischen Konvertiten sehr gering ist, sind Berichte über gewalttätige Zwischenfälle gegen sie sehr selten.
- Über gewalttätige Ereignisse gegen Christen wird ohnehin wenig berichtet. Das Land wird gut kontrolliert und im Allgemeinen geht es friedlich zu. Allerdings wird über Vorfälle, in denen gegen christliche Arbeitsmigranten vorgegangen wird, in der Regel ohnehin nicht berichtet, denn niemand ist daran interessiert, mit irgendwelchen Details an die Öffentlichkeit zu gehen: Das Opfer möchte seine Arbeitsstelle behalten und andere Akteure (wie die Regierung) sind nicht daran interessiert, solche Vorkommnisse zu dokumentieren. Des Weiteren ist es manchmal schwierig festzustellen, ob die schlechte Behandlung eines christlichen Arbeiters auf seinen Glauben zurückzuführen ist.

Es wird jedoch generell angenommen, dass der Glaube der nichtmuslimischen Gastarbeiter, Christen eingeschlossen, zu einer besonderen Verletzlichkeit führt. Bezugnehmend auf den jüngsten Bericht von Amnesty International (AI) aus dem Jahr 2019, leiden tausende Gastarbeiter – entgegen der Versprechen, die Arbeitsbedingungen zu verbessern – unter Missbrauch am Arbeitsplatz. In einem früheren Bericht (2014) zeigte AI auf, dass vor allem Gastarbeiterinnen, von denen viele Christinnen sind, unter (sexuellem) Missbrauch litten.

---

1. Position auf dem Weltverfolgungsindex (WVI)

Mit einer Wertung von 66 Punkten belegt Katar Platz 27 auf dem Weltverfolgungsindex 2020.

Katar hatte mit 62 Punkten im Weltverfolgungsindex 2019 Platz 38 belegt. Der Anstieg um 4 Punkte wird teils durch die höhere Anzahl der Berichte über gewalttätige Vorfälle, teils durch die höhere Punktzahl in der Bedrängung in einigen Lebensbereichen verursacht. Christen in Katar, vor allem Konvertiten vom Islam zum Christentum, sind weiterhin sehr hohem Druck durch die katarische Regierung und besonders die katarische Gesellschaft ausgesetzt.

2. Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung

Staatsreligion ist der strikt konservative wahhabitische Islam. Während Muslime die Freiheit haben, ihren Glauben öffentlich zu leben, dürfen nichtmuslimische Gruppen - wie Christen - ihren Glauben nur in Privathäusern oder auf einem dafür ausgewiesenen Grundstück ausüben. Evangelisation ist gesetzlich verboten und wird mit bis zu zehn Jahren Haft geahndet. Kritik am Islam wird bestraft. Die Abwendung vom Islam zu einer anderen Religion wird als Abfall vom Islam verstanden, was verboten und gesellschaftlich nicht akzeptabel ist. Das Familienrecht wird durch die Scharia, die islamische Gesetzgebung, bestimmt. Nahezu alle Staatsbürger Katars sind per Definition entweder sunnitische oder schiitische Muslime.

Abhängig vom Hintergrund der Konvertiten vom Islam zum Christentum nimmt die Verfolgung unterschiedliche Ausmaße an. Diejenigen mit katarischem Hintergrund erleiden die größte Bedrängnis. Bei Konvertiten vom Islam mit anderen Hintergründen, wie zum Beispiel Menschen aus Pakistan oder der Levante (z. B. Jordanien, Libanon, den Palästinensergebieten, Syrien und andere Länder), kommt es oft auf die Reaktion ihres Umfelds in Katar an. So lange sie keine Unruhe stiften, müssen sie wenig von der katarischen Regierung befürchten, obwohl die Gefahr besteht, dass ihre katarischen Arbeitgeber sie entlassen, was zu Ausweisung führen kann, wenn sie keine andere Arbeit finden. In diesen Gemeinschaften von Arbeitsmigranten hängen die Konsequenzen für Konvertiten mehr von den kulturellen Normen ihrer Heimatländer ab als von den kulturellen Bräuchen Katars. Für Arbeitsmigranten ist der Übertritt zum Christentum manchmal leichter als in ihrem Heimatland, denn Familie und Verwandtschaft sind oft weit weg und der soziale Druck ist weniger stark.

Ethnisch oder traditionell begründete Anfeindungen

Die Stammeskultur spielt in der katarischen Gesellschaft trotz moderner Technologien und Architektur noch immer eine sehr große Rolle. Alte Normen und Werte haben weiterhin großen Einfluss und

werden strikt durchgesetzt. Diese Stammeskultur ist stark mit dem Islam vermischt und Anfeindungen betreffen besonders Christen mit muslimischem Hintergrund. Wie im gesamten Nahen Osten ist die Religion stark mit der Familienidentität verknüpft. Daher wird es als Verrat an der Familie betrachtet, wenn jemand den Islam verlässt. Generell üben Familien starken sozialen Druck auf Christen muslimischer Herkunft aus, um sie dazu zu bewegen, zum Islam zurückzukehren, die Region zu verlassen oder nicht über ihren neuen Glauben zu sprechen. In vielen Fällen entfremden sich christliche Konvertiten durch ihren neuen Glauben von ihrer Familie.

Diktatorische Paranoia

Katar ist eine absolute Monarchie und wird von einem Emir regiert. Die Regierung hat einen Wohlfahrtsstaat mit vielen finanziellen Vorteilen für katarische Staatsbürger geschaffen. Im Gegenzug erwartet sie Gehorsam und duldet keinen Widerspruch. Außerdem macht sie es wegen der geringen Zahl von Katarern im Vergleich zu einer sehr hohen Zahl von ausländischen Gastarbeitern zur Priorität, das Land streng islamisch zu halten. Obwohl ausländische Christen relativ frei darin sind, ihren Glauben auszuüben, überwacht die Regierung all ihre Aktivitäten. Das Land wird streng kontrolliert; die vielen Gastarbeiter müssen sich vorsichtig verhalten, da sie leicht des Landes verwiesen werden können.

3. Verfolger

Ausgehend von islamischer Unterdrückung

- **Die eigene (Groß-)Familie:** Zusammen mit dem Aspekt der Familienehre sind die streng aufrecht erhaltenen islamischen Überzeugungen ein signifikanter Grund für Familienmitglieder, gegen Verwandte vorzugehen, die sich zu Jesus Christus bekehren. Der Übertritt vom Islam zum christlichen Glauben ist in der Gesellschaft Katars inakzeptabel.
- **Regierungsbeamte:** Die Regierung geht gegen jeden Christen vor, der versucht, das Evangelium mit Muslimen zu teilen, da Missionierung illegal ist und strafrechtlich verfolgt werden kann. Es wurden zwar keine Christen offiziell wegen Missionierung belangt, aber einige wurden in den vergangenen Jahren ohne ordentliches Verfahren des Landes verwiesen.
- **Nichtchristliche religiöse Leiter:** Der Nachrichtensender Al Jazeera ist in Katar angesiedelt. Konservative islamische Prediger wie Yusuf al-Qaradawi haben über Al Jazeera ein Millionenpublikum. Auch wenn al-Qaradawi nicht den Wahhabismus vertritt, wird er als wichtige intellektuelle Stimme der Muslimbruderschaft angesehen und hat klar ausgedrückt, dass Apostasie (der Abfall vom Islam) seiner Meinung nach mit dem Tod bestraft werden sollte.
- **Anführer ethnischer Gruppen:** Familien- und Stammesoberhäupter sorgen dafür, dass der Islam in ihrem Stamm oder in der Sippe respektiert wird. Sie beeinflussen Familienmitglieder, Druck auf Konvertiten auszuüben, damit diese wieder zum Islam zurückkehren.
- **Gewöhnliche Bürger:** Die konservative islamische Gesellschaft ist die größte Gefahr für Christen in Katar. Arbeitnehmer sind an ihre Arbeitgeber gebunden und daher wehrlos gegenüber den Forderungen ihrer Chefs. Diese können ausländische Christen leicht diskriminieren, demütigen oder missbrauchen, insbesondere die armen und nicht gut ausgebildeten Arbeiter aus Südostasien und Nordafrika. Christliche Gastarbeiter sind außerdem Diskriminierungen und Misshandlungen durch ihre muslimischen Mitarbeiter ausgesetzt.

Katar ist bekannt dafür, den Wahhabismus ausbreiten zu wollen, der eine ultrakonservative Form des Islam darstellt. Auch wenn das Land versucht, offen und modern zu sein, hat diese strikte Interpretation des Islam Katar fest im Griff. Sowohl die Gesellschaft als auch die Regierung setzen die Lehren des Wahhabismus in der Öffentlichkeit durch, indem beispielsweise Kleiderordnungen festgelegt werden, der Konsum von Alkohol verboten ist, die Meinungsfreiheit eingeschränkt wird (um Kritik am Islam zu verhindern) und andere Religionsgemeinschaften dazu gezwungen werden, ihren Glauben nur privat zu leben.

Ausgehend von Ethnisch oder traditionell begründeten Anfeindungen

- **Die eigene (Groß-)Familie:** Obwohl es klar ist, dass die islamische Strafe für den Glaubensabfall – die Todesstrafe – ein Hauptgrund für die Verfolgung eines konvertierten Familienmitgliedes ist, kann dies nicht separat vom Konzept der „Familienehre“ betrachtet werden. Uralte Normen (wie der Schutz der Familienehre) sind immer noch intakt und der Übertritt vom Islam zum christlichen Glauben ist ein Verrat dessen, wofür eine muslimische Familie steht und bringt Schande auf den Familiennamen. Konvertiten laufen Gefahr, von ihren Familien verbannt oder sogar getötet zu werden.
- **Anführer ethnischer Gruppen:** Familien- und Stammesoberhäupter sorgen dafür, dass die Ehre ihrer Gruppe nicht durch ein Mitglied besudelt wird, das vom Islam zum christlichen Glauben übertritt. Eine Konversion ist eine wirkliche Schande für sie, da es ihnen (nur) darum geht, das Ansehen und die Ehre der Familie aufrechtzuerhalten.
- **Regierungsbeamte:** Die Regierung trägt zum Einfluss von Ethnisch oder traditionell begründeten Anfeindungen bei, indem sie den Status quo in der Gesellschaft beibehält und an ihren kulturellen Praktiken festhält. Das heißt, die Regierung wird einen Konvertiten nicht vor seiner eigenen Familie beschützen, sondern dies als eine „Familienangelegenheit“ ansehen.
- **Nichtchristliche religiöse Leiter:** Lokale Imame etc. ermutigen ihre Gruppen, die kulturellen Normen aufrechtzuerhalten, die fest mit den islamischen Prinzipien verwoben sind.
- **Gewöhnliche Bürger:** Die gesellschaftliche Stellung ist für Katarer sehr wichtig. Es besteht also ein ausgeprägter Druck, die gesellschaftlichen Normen zu wahren, um keine Schande über den guten Namen der Familie zu bringen.

Ausgehend von Diktatorischer Paranoia

- **Regierungsbeamte:** Die Regierung Katars erlaubt keine Kritik von Staatsangelegenheiten. Das Land ist gut überwacht und Sicherheitskräfte kontrollieren alle Aktivitäten im Land. Gastarbeiter, die sich negativ gegenüber der Regierung äußern, werden sehr wahrscheinlich abgeschoben.

4. Regionale Brennpunkte der Verfolgung

Katar ist ein sehr kleines Land, die Hauptstadt Doha bildet hier das Zentrum aller Aktivitäten. Die Risiken, mit denen Christen – und vor allem Konvertiten vom Islam zum Christentum – rechnen müssen, sind von der Gruppe abhängig, zu der die Christen gehören. Katarische Konvertiten sind den größten Risiken ausgesetzt, weil die Gesellschaft konservativ und Familienbande sehr stark sind. Westliche christliche Einwanderer haben meistens die Freiheit, ihren Glauben zu praktizieren, solange sie nicht evangelisieren. Nichtwestliche Christen, beispielsweise von den Philippinen, müssen eher mit Diskriminierung und Misshandlung rechnen, vor allem weibliche Hausangestellte. Es wird immer noch diskutiert, wie sehr ihr nichtmuslimischer Glaube zu ihrer Verletzlichkeit beiträgt.

5. Betroffene Christen

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

In dieser Kategorie variiert das Maß der Verfolgung. Weniger gebildete Arbeiter (z. B. Bauarbeiter) aus Ländern mit niedrigem oder mittlerem Einkommen haben einen geringen sozialen Status und werden generell schlechter behandelt als Arbeitsmigranten aus der westlichen Welt, die in qualifizierteren Berufen arbeiten. Deshalb werden Arbeiter aus Asien und Afrika – unabhängig von ihrer Religion – schlecht behandelt. Wenn solche Arbeiter Christen sind, trägt dies zu ihrer Verletzlichkeit bei und sie sind einem starken Druck ausgesetzt, Muslime zu werden. Sie sind nicht frei, ihren Glauben öffentlich zu praktizieren und viele von ihnen haben in den auf dem Areal, das die Behörden ihnen außerhalb der Hauptstadt Doha zugewiesen haben, eigens errichteten Lagern kaum die Möglichkeit, Gottesdienste zu besuchen.

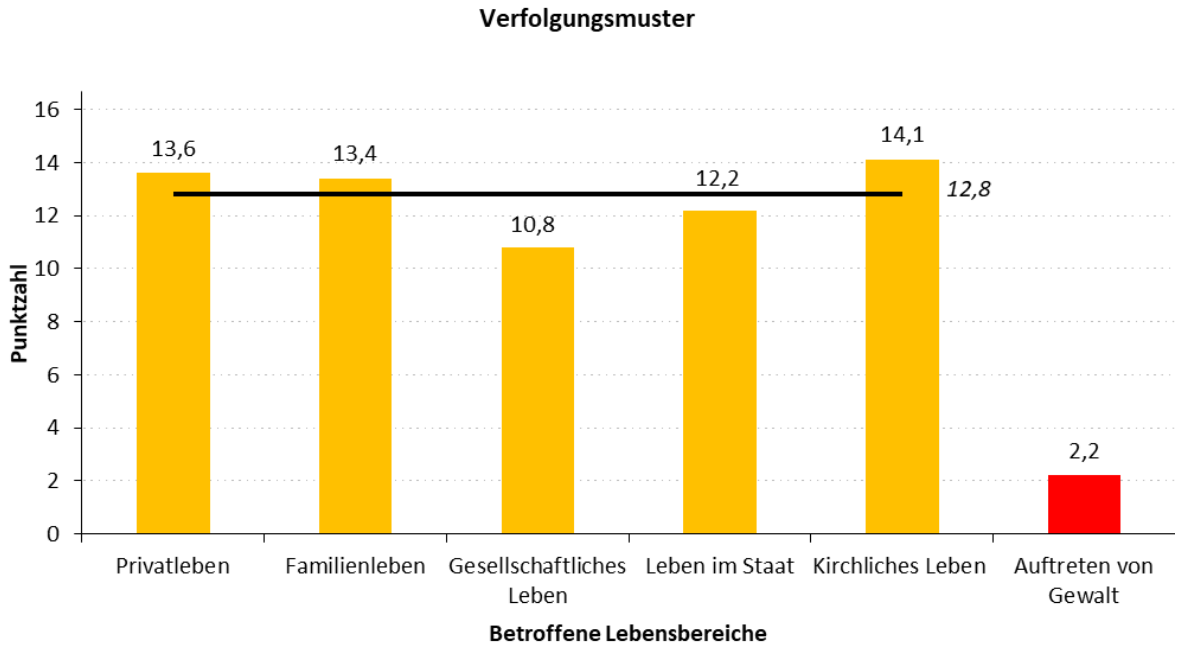
Es gibt Verkehrs- und Parkplatzprobleme bei dem Kirchenkomplex und viele Christen denken, dass der Komplex bald zu klein sein wird, um alle Christen Katars, die sich zum Gottesdienst versammeln, aufzunehmen. Eine positive Entwicklung im Jahr 2015 war die Zuteilung von Land für die kurz zuvor registrierte libanesische maronitische Kirche und die philippinische evangelische Gemeinde, damit sie Kirchen bauen konnten. Es wird erwartet, dass die maronitische Kirche in naher Zukunft ihre Türen öffnen kann.

Christen muslimischer Herkunft

Christen mit muslimischem Hintergrund werden in Katar stark verfolgt. Sie gelten als vom Islam Abgefallene, sind Diskriminierungen und Belästigungen vonseiten der Gesellschaft ausgesetzt und riskieren sogar, für ihren Glauben von ihrer Familie getötet zu werden. Apostasie ist zudem laut Strafgesetz ein Verbrechen. Seit der Unabhängigkeit des Landes im Jahr 1971 wurden allerdings keine Exekutionen oder andere offizielle Strafen für die Abkehr vom islamischen Glauben registriert. Fast alle christlichen Katarer haben sich im Ausland für den christlichen Glauben entschieden. Die meisten kehren aus Furcht nicht in ihr Land zurück. Einheimische christliche Konvertiten stehen stark unter der Kontrolle ihrer Familien. Sie sind sowohl Druck von Familienmitgliedern als auch von ihrem sozialen Umfeld ausgesetzt, ihren christlichen Glauben zu widerrufen. Den Großteil der Christen mit muslimischem Hintergrund bilden jedoch Arbeitsmigranten. Der Druck auf beide Gruppen (einheimische und ausländische Christen muslimischer Herkunft) ist sehr hoch. Konvertiten mit Migrationshintergrund sind hohem Druck von ihrem sozialen Umfeld in den Unterkünften für Gastarbeiter ausgesetzt und werden von diesem Umfeld kontrolliert. Auch ihre muslimischen Arbeitgeber können als Verfolger auftreten.

Diese harte Reaktion auf christliche Konvertiten muss im Kontext der Stammeskultur gesehen werden. Der Zusammenhalt von Familie und Stamm ist sehr stark. Religion ist dabei keine Privatsache. Sie ist Teil der Identität der (Groß-)Familie und des Stammes. Den Islam zu verlassen und einen anderen Glauben anzunehmen, ist damit nicht nur ein Glaubenswechsel, sondern bedeutet auch, die Familie zu verlassen. Das stellt eine Bedrohung für die Loyalität der Gruppe dar. Als schwach angesehen zu werden, ist eine große Schande für die Familie. Das erklärt die Strenge, mit der Familien mit Konvertiten umgehen.

6. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Katar

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Der durchschnittliche Druck auf Christen ist sehr hoch (12,8 Punkte), und von 12,2 Punkten im Weltverfolgungsindex 2019 gestiegen. Der Druck auf Christen, besonders auf Konvertiten vom Islam zum Christentum, verbleibt auf einem hohen Maß. Der Anstieg resultiert aus einer Neubewertung der Situation im Land im Vergleich mit Nachbarstaaten.
- Obwohl alle Lebensbereiche ein hohes oder sehr hohes Maß an Druck aufweisen, ist die Verfolgung im Bereich „Kirchliches Leben“ und „Privatleben“ am höchsten. Das spiegelt die Schwierigkeiten wider, die Christen muslimischer Herkunft erleben, ihren Glauben zu praktizieren und mit ihren Familienmitgliedern zu teilen. Der extrem hohe Wert für das kirchliche Leben zeigt, wie schwierig es für Kirchen ist, etwa ein neues Gebäude zu bauen, und wie sie darin eingeschränkt sind, Muslimen das Evangelium zu verkünden.
- Die Punktzahl für Gewalt stieg von 1,1 im Weltverfolgungsindex 2019 auf 2,2 im Weltverfolgungsindex 2020. Dieser Anstieg resultiert aus den Vorfällen, die christliche Arbeitsmigranten betreffen, allerdings können aus Sicherheitsgründen keine Details genannt werden.

Zu jedem der Lebensbereiche sind im Folgenden jeweils ausgewählte Teilaspekte genannt, die im betreffenden Lebensbereich für die Christen zu den gravierendsten Schwierigkeiten gehören.

Privatleben

- **Für Christen ist es riskant, ihren Glauben in schriftlicher Form oder persönlichen Äußerung zu zeigen (etwa auf Blogs oder Facebook):** Hier sehen sich Konvertiten vom Islam zum Christentum dem höchsten Risiko ausgesetzt, da sie durch glaubensbezogene Posts entdeckt werden könnten. Christen dürfen nicht evangelisieren oder den Islam öffentlich kritisieren.
- **Für Christen ist es riskant, christliche Bilder oder Symbole zu zeigen:** Konvertiten können keine christlichen Symbole tragen, denn auch das könnte zur Entdeckung ihres Glaubens führen. Ausländische Christen sind ebenfalls vorsichtig, denn ein Kreuz öffentlich zu zeigen kann zu negativen Bemerkungen und anderen Belästigungen führen, vor allem wenn sie in einem katarischen Haushalt arbeiten (z. B. als Hausangestellte).
- **Für Christen ist es riskant, über ihren Glauben zu sprechen:** Das Risiko ist für katarische Konvertiten am höchsten, während es bei nichtkatarischen Konvertiten auf die speziellen Normen ihrer eigenen Gemeinschaft ankommt. Ausländische Christen können der Evangelisation beschuldigt werden, was zur Ausweisung führt.
- **Konversion ist verboten:** Einheimische und ausländische Christen muslimischer Herkunft können ihren Glauben nicht offen ausüben. Jeder Hinweis, dass sie Christen sein könnten, kann ernste Konsequenzen haben.

Ausländische Christen aus westlichen Ländern sind generell hochgebildet und haben relativ gesehen mehr Freiheit, ihren Glauben privat auszuüben, so lange sie nicht mit Muslimen über den christlichen Glauben sprechen. Weniger gebildete ausländische christliche Arbeiter müssen sich vorsichtig verhalten, und ihre Freiheit im Privatleben hängt von der Einstellung und Religion der Gastarbeiter ab, die mit ihnen in den Arbeiterunterkünften wohnen, wo es oft kaum Privatsphäre gibt. Im Fall der Hausangestellten, welche meist Frauen sind, ist die Gefahr auch von der Einstellung ihrer Arbeitgeber abhängig.

Familienleben

- **Registrierung von Geburt, Hochzeit oder Tod etc. eines Christen wird verhindert:** Eine Konversion wird nicht anerkannt, folglich ist es unmöglich für Christen muslimischer Herkunft, eine christliche Hochzeit registrieren zu lassen oder ihre Kinder als Christen registrieren zu lassen.
- **Beerdigungen von Christen wurden verhindert oder zwangsweise mit nichtchristlichen Riten durchgeführt:** Konvertiten müssen ihren Glauben meist verbergen. In dem unwahrscheinlichen Fall, dass ihre Familie von ihrem Glaubenswechsel weiß, werden sie wahrscheinlich trotzdem gemäß den islamischen Riten beerdigt.
- **Eltern werden daran gehindert, ihre Kinder dem christlichen Glauben entsprechend zu erziehen:** In einer vom Islam durchtränkten Gesellschaft ist es für Christen muslimischer Herkunft sehr schwer, ihre Kinder christlich zu erziehen.
- **Christliche Kinder werden dazu gedrängt, anti-christlichen oder islamischen Unterricht in allen Bildungsniveaus zu besuchen:** Dies gilt vor allem für Konvertiten vom Islam zum Christentum. Da ihr neuer Glaube keine Anerkennung erfährt, können ihre Kinder nicht von der islamischen Bildung freigestellt werden. Islamische Unterweisung ist sowohl in staatlichen als auch in privaten Schulen verpflichtend; die Bereitstellung nicht-islamischer religiöser Unterweisung ist verboten.

Alle Katarer gelten als Muslime. Für eine muslimische Familie ist es eine große Schande, wenn einer ihrer Angehörigen den Islam verlässt. Christen muslimischer Herkunft stehen in erheblicher Gefahr, zur Wiederherstellung der Familienehre ermordet zu werden. Wenn ihre Familien oder ihr soziales Umfeld ihren Glauben entdecken, drohen ihnen körperliche Gewalt oder die Verbannung. Daher bleiben viele Christen muslimischer Herkunft aus Angst vor Gerüchten oder Verrat anonym. Für ausländische Christen ist es schwierig, in einem zum Großteil islamisch geprägten Umfeld in Übereinstimmung mit ihrem Glauben zu leben und ihre Kinder aufzuziehen.

Gesellschaftliches Leben

- **Christen werden wegen ihres Glaubens schikaniert, bedroht oder in ihrem täglichen Leben behindert:** Dies gilt vor allem für Christen muslimischer Herkunft. Sowohl katarische als auch nichtkatarische Konvertiten sind Belästigungen ausgesetzt, wenn ihre Konversion bekannt ist. Ausländische Christen können ebenfalls Belästigungen und Diskriminierung erleben, wobei es oft auf ihre Herkunft ankommt (westliche ausländische Christen werden weit weniger belästigt als afrikanische Christen).
- **Christen werden von ihren örtlichen Gemeinschaften oder privaten Gruppen überwacht (z. B. in Form von Mitteilungen an die Polizei, Beschattung, Überwachung von Telefongesprächen und E-Mails etc.):** Jede Form der Kommunikation wird in Katar überwacht, aber vor allem einzelne Christen, die über ihren Glauben sprechen, werden streng beobachtet.
- **Christen werden unter Druck gesetzt, an nichtchristlichen Riten oder Feierlichkeiten teilzunehmen:** Alle Menschen in Katar müssen den Ramadan in der Öffentlichkeit einhalten, ausgenommen sind ausgewählte Orte (wie manche Einkaufszentren oder Restaurants). Konvertiten müssen alle islamischen Riten einhalten, aus Angst entdeckt zu werden.
- **Christen werden von ihrer Gemeinschaft unter Druck gesetzt, ihrem Glauben abzuschwören:** Die gesamte Gesellschaft übt einen hohen Druck auf Konvertiten aus, ihren Glauben zu widerrufen, während ausländische Christen gelegentlich dazu gedrängt werden, zum Islam zu konvertieren. Manche haben eine äußerlich islamische Erscheinung, um Diskriminierung aus dem Weg zu gehen, vor allem, wenn sie eng mit Katarern zusammenarbeiten (z. B. Hausangestellte).

Christliche Arbeitsmigranten mit geringer Bildung können Schikanen und Diskriminierung an ihrem Arbeitsplatz und in ihren Gemeinschaften erleben – bei Konvertiten wird dies definitiv geschehen, wenn ihr Glaube bekannt ist. Bei Kontakt mit den Behörden sind alle Christen von Diskriminierung betroffen. Christlichen Eltern ist es zwar erlaubt, ihre Kinder zuhause religiös zu erziehen, jedoch ist nichtmuslimische Erziehung sowohl in öffentlichen als auch privaten Schulen verboten.

Leben im Staat

- **Die Verfassung (bzw. vergleichbare staatliche Gesetze) schränkt die Religionsfreiheit, wie sie in Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte formuliert ist, ein:** Das Rechtssystem basiert auf der Scharia und die Konversion zu einer anderen Religion als dem Islam ist illegal.
- **Christliche zivilgesellschaftliche Organisationen oder politische Parteien sind verboten:** Die katarische Regierung erlaubt keiner nichtstaatlichen Organisation mit klaren christlichen Überzeugungen, in Katar tätig zu sein.

- **Christen werden daran gehindert, ihre Ansichten oder Meinungen in der Öffentlichkeit auszudrücken:** Es ist unmöglich, die Regierung oder den Islam zu kritisieren. Bei ausländischen Christen führt dies zur Ausweisung. In einer Gesellschaft, die durch und durch vom Islam geprägt ist, müssen Christen sehr vorsichtig sprechen, wenn sie ihre Ansichten aus christlicher Sicht wiedergeben.
- **Christen, Gemeinden oder christliche Organisationen werden daran gehindert, christliche Symbole in der Öffentlichkeit zu zeigen:** Christliche Symbole dürfen in der Öffentlichkeit nur im „religiösen Komplex“ gezeigt werden, der sich außerhalb von Doha befindet und wo alle Gemeinden angesiedelt sind.

Nichtmuslime stehen bei Fällen, in denen es um das Sorgerecht geht, unter dem Recht der Scharia. Andere Fälle, die den Personenstand betreffen, wie Scheidungen und Erbfälle, werden jedoch gemäß Zivilrecht behandelt. Muslime haben mehr Rechte als Anhänger anderer Religionen. Besonders Christen muslimischer Herkunft erleben starken Druck seitens der Behörden, wenn ihr christlicher Glaube bekannt wird. Ausländische Christen bekommen Probleme, wenn sie aktiv das Evangelium mit Muslimen teilen. Dies kann zu ihrer Verhaftung und Ausweisung führen.

Die Regierung hat ein Zentrum für interreligiösen Dialog finanziert, das aktiv religiöse Toleranz fördert. Diese Politik scheint jedoch keinen wirklichen Unterschied für Christen in Katar zu machen. Während des Ramadan betont die Regierung die Wichtigkeit des Fastens und anderer religiöser Pflichten, auch für Nichtmuslime. Jeder, der dabei gesehen wird, wie er am Tag isst oder trinkt, kann verhaftet werden.

Kirchliches Leben

- **Aktivitäten der Kirchen werden überwacht:** Der „religiöse Komplex“ verfügt über ein Sicherheitssystem nach Art eines Flughafens und kann von Nichtchristen nicht besucht werden. Alle Kirchen und ihre Aktivitäten werden überwacht und es ist schwer, irgendwelche (christlichen) Aktivitäten außerhalb des Geländes zu organisieren.
- **Kirchen werden daran gehindert, Konvertiten öffentlich zu integrieren:** Es ist unmöglich, Konvertiten zu integrieren, da sie den „religiösen Komplex“ nicht betreten, geschweige denn, Teil einer christlichen Gemeinschaft sein dürfen.
- **Das öffentliche Verkaufen und Verteilen von Bibeln oder anderem christlichen Material wird behindert:** Veröffentlichung, Import und Verbreitung religiösen Materials ist strikt reguliert. Kirchen ist es nicht länger erlaubt, ihre eigenen Möglichkeiten zu nutzen, um Bibeln zu importieren und sie sind gezwungen, säkulare Buchhandlungen zu nutzen.
- **Sich gegen Verfolger auszusprechen, ist für Kirchen riskant:** Die Kirchen sind sehr darauf bedacht, nicht die Gunst ihrer katarischen Gastgeber zu verlieren. Kritik an der Regierung wird nicht geschätzt und die meisten Kirchen betreiben diesbezüglich eine Selbstzensur. Kirchen sprechen allenfalls möglicherweise bestimmte Punkte an (z. B. Missbrauch am Arbeitsplatz), wenn sie eine gute Beziehung zu einer machthabenden Person haben.

Ausländische Christen dürfen nur privat oder an dafür festgelegten Orten Gottesdienste feiern. Äußerliche Symbole für den Glauben, wie Kreuze und Kirchen, sind illegal. Es gibt acht registrierte und viele nicht registrierte Gemeinden in Katar, denen vor allem die große Gruppe der Arbeitsmigranten angehört. Eine offizielle Kirchenregistrierung ist schwierig zu erhalten. Die Kirchen konzentrieren sich auf einen Bezirk außerhalb der Hauptstadt Doha. Daraus resultiert die Gefahr der Ghettobildung und der Überwachung, was durch die Behörden unter dem Vorwand der Sicherheitsgarantie auch geschieht. Berichten zufolge kontrollieren die Sicherheitsbeamten, die die Kirchen beschützen sollen,

auch, ob es Muslime gibt, die versuchen, die Gottesdienste zu besuchen. Positiv ist zu verzeichnen, dass die katarischen Behörden 2015 Land für die libanesisch-maronitische Kirche und für die philippinische evangelische Gemeinde zur Verfügung gestellt hat, um Kirchengebäude zu bauen. Auch wurden nicht registrierte Gemeinden nicht daran gehindert, zum Gottesdienst zusammenzukommen.

Auftreten von Gewalt

- Es ist weithin bekannt, dass weibliche Hausangestellte leicht Opfer von (sexuellem) Missbrauch werden können. Die OECD berichtet: „Hausangestellte werden nicht durch das Arbeitergesetz geschützt. Weibliche Hausangestellte werden oft spät oder gar nicht bezahlt, müssen sehr viele Stunden arbeiten ohne freie Tage und erhalten nur unzureichende Unterkünfte. Außerdem berichtet Amnesty International (2014), dass Hausangestellte in Katar unter Einschränkung der Bewegungsfreiheit und der Kommunikation, demütigender Behandlung und Zwangsarbeit leiden."
- Es sind jedoch kaum Statistiken verfügbar, da keine der involvierten Personen, Organisationen und Staaten Interesse daran haben, die Realität offenzulegen: Katar braucht die Hausangestellten, hat aber eine Schamkultur und will keinen schlechten Ruf riskieren. Die Heimatländer der Hausangestellten brauchen das Geld, das von den tausenden Arbeitsmigranten in den Golfstaaten kommt und wollen ihre ökonomischen Interessen nicht gefährden (obwohl der philippinische Präsident Duterte eine temporäre Reisesperre nach Kuwait verhängt hat, nachdem die Leiche eines philippinischen Hausmädchens im Februar 2018 in einer Gefriertruhe entdeckt worden war). Die Arbeitgeber missbrauchter Hausmädchen sind entweder selbst die Täter oder haben kein wahres Interesse an ihrem Wohlergehen. Die Hausmädchen schämen sich häufig aufgrund des Missbrauchs und wollen nicht als „schmutzig" angesehen werden, sowohl in Katar als auch von ihrer Familie in der Heimat. Zudem versorgen viele ihre Familien mit dringend benötigtem Einkommen. Diese sind stolz auf ihre Arbeit in Katar und die Hausmädchen wollen ihre Familien nicht enttäuschen.
- Aus den genannten Gründen wurde nur eine vorsichtige Schätzung der Zahl der christlichen Hausmädchen vorgenommen, die im Berichtszeitraum zum Weltverfolgungsindex 2020 wegen ihres Glaubens (sexuell) missbraucht wurden.

7. Verfolgungssituation für Männer und Frauen

Wie Frauen Verfolgung erfahren:

- Entführung
- Ausschluss aus der Gemeinschaft
- Verweigerung des Sorgerechts für Kinder
- Verweigerung der Möglichkeit, einen christlichen Partner zu heiraten
- Zwangsscheidung
- Zwangsheirat
- Vertreibung aus Wohnung/Wohnhaus
- (Haus-)Arrest durch die Familie
- Menschenraub
- Reiseverbot/Einschränkung der Reisefreiheit
- Ermordung

- Körperliche Gewalt
- Sexuelle Gewalt
- Verbale Gewalt

Da in Katar die Scharia gilt und die wahhabitische Interpretation des Islam vorherrscht, erleben Frauen generell Einschränkungen und Begrenzungen ihrer Menschenrechte. Diese Einschränkungen machen christliche Frauen besonders verwundbar für religiöse Verfolgung. Zu diesen Einschränkungen gehört unter anderem, dass die Frau ihrem Ehemann gehorchen muss, was häusliche Gewalt legalisiert. Ebenfalls ist es legal, dass Frauen nur die Hälfte von dem erben, was ein männliches Mitglied der Verwandtschaft erhalten würde. Katarische Frauen und Mädchen stehen unter der Vormundschaft ihrer männlichen Familienmitglieder. Das bedeutet, dass es in der Kultur akzeptierte Standards der Privatsphäre gibt: die Behörden mischen sich nicht in das ein, was im Heim der Familie geschieht.

Dies macht es Christinnen muslimischer Herkunft besonders schwer, denn ihre Familien besitzen die Autorität, ihnen das Recht zu reisen zu verweigern, sie unter Hausarrest zu stellen, den Zugriff auf das Geld zuhause zu verweigern, oder sie aus der Familie auszuschließen in einer Gesellschaft, in der eine Frau nicht einfach allein leben kann. Der Übertritt vom Islam zu einer anderen Religion ist verboten, und wer es doch wagt, muss die neuen religiösen Ansichten verheimlichen. Wenn sie entdeckt werden, riskieren weibliche Konvertiten, von ihren Familien oder Gemeinschaften verbannt zu werden. Ihnen droht auch körperliche Gewalt oder sogar der Ehrenmord, wenn ihr neuer Glaube entdeckt wird. Daher müssen christliche Konvertiten über ihren Glaubenswechsel Stillschweigen bewahren.

Zusätzlich sind Frauen mit muslimischem Hintergrund gesetzlich darin beschränkt, einen Nichtmuslim zu heiraten. Eine oft erwähnte Form der religiösen Verfolgung, die Christinnen muslimischer Herkunft erleben, ist die Zwangsheirat mit einem religiösen Mann. Von diesem Mann wird erwartet, dass er seine Frau demütigt, damit sie wieder zum Islam übertritt; er hat die Macht, ihr die Freiheit auf Lebenszeit zu nehmen. Manche werden sogar an den strengsten religiösen Onkel oder Neffen als Zweitfrau verheiratet, bei dem sie im Prinzip das Leben einer Sexsklavin führen müssen, jeder Gemeinschaft und jeden Respekts beraubt. Laut dem Koran darf ein muslimischer Mann mit jeder Frau schlafen, „die seine rechte Hand besitzt“. Dies schließt seine Frauen und Sklavinnen mit ein. Frauen, die in Katar als Hausangestellte arbeiten, werden oft als Teil dieser Kategorie gesehen, was zu sexueller Belästigung oder sklavenähnlichem Umgang führt. Die Misshandlung von Gastarbeitern – sexueller Missbrauch inbegriffen – ist als Thema mittlerweile ins Blickfeld der Weltöffentlichkeit gerückt. Auch wenn es nicht hauptsächlich glaubensbezogen ist, gibt es Aussagen, dass nichtmuslimische Gastarbeiter, die in Haushalten arbeiten – von denen fast alle Frauen sind – verwundbarer für solchen Missbrauch sind als Muslime.

Unter der geringen Zahl irakischer Christen (Kriegsflüchtlinge) kommen Druck und Gewalt hauptsächlich von Familie und sozialem Umfeld – und dies bekommen typischerweise am stärksten die Frauen und Mädchen zu spüren, gefolgt von jungen Männern und zuletzt von älteren Männern (was den Status und ihre Freiheit in ihrer Kultur im Allgemeinen widerspiegelt). Verheiratete Christinnen muslimischer Herkunft werden sehr wahrscheinlich zur Scheidung gezwungen, denn Frauen sind diejenigen, die Glaubenswerte an die Kinder weitergeben. Also sind sie bedeutsam für die Familienehre. Jede Schande für die ganze Familie erfordert eine harte Antwort, und es ist fast sicher, dass die Konvertitin das Sorgerecht für alle Kinder verliert.

Wie Männer Verfolgung erfahren:

- Ausschluss aus der Gemeinschaft
- Beschlagnahme von Erbschaft und Besitz
- Wirtschaftliche Schikanierung im Berufs-/Geschäftsleben
- Falsche Anschuldigungen
- Erzwungene Flucht aus der Stadt oder Land
- Vertreibung aus Wohnung/Wohnhaus
- Inhaftierung durch die Behörden
- Ermordung
- Körperliche Gewalt
- Psychische Gewalt

Durch die Selbstzensur der Christen werden alle nicht-islamischen religiösen Äußerungen begrenzt. Wenn Christen von den Behörden überprüft werden, sind es meistens und vor allem die Männer, denn hauptsächlich sie sind in der Öffentlichkeit unterwegs und somit an vorderster Front, wenn es um Kontakte mit den Behörden geht. Von den christlichen Leitern (grundsätzlich Männer) wird erwartet, dass sie detailliert über Kirchenaktivitäten berichten; die Leiter sind im Besonderen Ziel von Untersuchungen.

Kirchengelände für Ausländer werden ebenfalls streng überwacht. Die Ausweisung eines philippinischen christlichen Pastors 2014-2015 unter dem Vorwand der Spionage gilt immer noch als eine Warnung für christliche Leiter. Menschen, die als Muslime bekannt sind (sowohl in- als auch ausländische) ist es von der Regierung nicht gestattet, den offiziell genehmigten „religiösen Komplex“ zu betreten und Nichteinheimische würden damit die Ausweisung riskieren.

Männliche Konvertiten sind nicht immun gegen häusliche Gewalt; wenn ihr Glaubenswechsel bekannt wird, kann die Großfamilie ihnen damit drohen, ihre Frauen und Kinder wegzunehmen und bei anderen Familien unterzubringen. Im „besten“ Fall stimmen die Ehefrauen zu, mit ihren Männern zusammenzubleiben unter der Voraussetzung, dass die Kinder nicht über den Glauben des Vaters informiert werden. Solche Konvertiten können vielleicht im persönlichen Bereich ihren Glauben leben, dürfen ihren Glauben jedoch nicht ihren Kindern mitteilen. Diese kombinierten Restriktionen zeigen, dass katarische Männer quasi isoliert werden und es ihnen sehr schwer gemacht wird, andere Christen zu treffen oder im christlichen Glauben unterrichtet zu werden und wachsen zu können.

Des Weiteren befinden sich christliche Männer auch in der Arbeitswelt unter Druck, denn der Verlust des Status eines Mannes und seiner Arbeit würde große Auswirkungen auf die Familie haben. Es würde zum Verlust des Einkommens, der Zukunftsaussichten und zu sozialer Isolation führen.

8. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Nur der Islam, das Christentum und das Judentum sind in Katar als Religionen anerkannt. Laut dem Bericht zur internationalen Religionsfreiheit 2018 des US-Außenministeriums sind nur sunnitische und schiitische Muslime und acht christliche Denominationen als religiöse Gruppen offiziell registriert. Andere religiöse Gemeinschaften, wie die zahlenmäßig beträchtliche hinduistische und buddhistische Gemeinschaft, sind nicht offiziell anerkannt. Ihre Treffen werden jedoch üblicherweise toleriert und es

gibt mindestens drei Hindutempel im Land. Es kann angenommen werden, dass die kleine schiitische Gemeinschaft im Alltag ebenfalls mit Diskriminierungen leben muss.

9. Ausblick

Islamische Unterdrückung

Auch wenn Katar an der Oberfläche sehr modern aussieht, bleibt es ein wahhabitisches Land mit einer strengen Auslegung der Scharia. Es ist nicht wahrscheinlich, dass sich dies in naher Zukunft grundlegend ändert, auch wenn Materialismus und Modernisierung auf lange Sicht zu mehr Offenheit und Freiheit führen könnten. Zudem könnte der politische Bruch mit Saudi-Arabien, das sich als wichtigstes wahhabitisches Land sieht, Katar dazu bringen, sich vom Wahhabismus abzuwenden. Das wiederum könnte zum Nachlassen des Drucks auf Christen führen. Die wachsenden Verbindungen zum Iran und zur Türkei könnten allerdings den politischen Islam und das islamistische Denken noch verstärken.

Ethnisch oder traditionell begründete Anfeindungen

Es ist eine große Herausforderung für das Land, seine kulturellen und religiösen Standards inmitten rapider Modernisierung aufrechtzuerhalten. Auch wenn der Einfluss der Stammeskultur noch sehr dominant ist, wird sich die junge Generation in einer globalisierten Gesellschaft, mit mehr individuellen Entscheidungen als noch vor einem Jahrzehnt, wohl nicht diesen Regeln unterwerfen wollen. Katar hat sich in den vergangenen 15 Jahren stark verändert von einer Gesellschaft ähnlich der Saudi-Arabiens hin zu einer Gesellschaft, die eher vergleichbar ist mit der Dubais. Es bleibt jedoch unklar, ob sich solche Entwicklungen hin zu einem Individualismus wirklich positiv auf die Situation der Christen im Land auswirken. Es könnte auch bedeuten, dass konservative Elemente der Gesellschaft dagegen protestieren und fordern, dass der katarische Lebensstil zu einer reinen Form des Islam zurückkehrt.

Diktatorische Paranoia

Während der Vorbereitungen für die Fußballweltmeisterschaft 2022 hat die beklagenswerte Behandlung von Arbeitsmigranten in Katar mehr und mehr die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit erregt. Durch Druck aus dem Westen führt das Land kleine Reformen in den Arbeitsbedingungen für ausländische Arbeiter durch. Es werden jedoch keine bedeutenden Verbesserungen in dem streng islamischen Land erwartet, das für die umfassende Kontrolle seiner Gesellschaft bekannt ist. Demnach können in naher Zukunft auch keine bedeutenden Veränderungen in der Religionsfreiheit für Christen erwartet werden.

zurück zur Länderübersicht

Burkina Faso: Platz 28

Zusammenfassung

Im Berichtszeitraum für den Weltverfolgungsindex 2020 wurden Christen angegriffen und getötet und Kirchen zerstört. Christen muslimischer Herkunft erleben die stärkste Verfolgung im Land. Ihre eigenen Familien und ihr soziales Umfeld lehnen sie ab und versuchen, sie dazu zu zwingen, ihren christlichen Glauben aufzugeben. Aufgrund solcher Drohungen haben sie Angst, ihren Glauben in der Öffentlichkeit zu bekennen.

Beispiele aus dem aktuellen Berichtszeitraum

- Im April 2019 töteten bewaffnete Angreifer einen protestantischen Pastor und fünf weitere Christen in einer Kirche im Norden des Landes. Die Angreifer kamen auf Motorrädern und eröffneten das Feuer, als die Christen den Sonntagsgottesdienst verließen.
- Am 12. Mai 2019 wurden ein katholischer Priester und fünf weitere Christen in Dablo getötet. Die Angreifer stürmten zunächst die Kirche während des Sonntagsgottesdienstes und setzten im Anschluss die Kirche und umliegende Gebäude in Brand.
- Im Juni 2019 gab es einen Angriff auf ein Dorf im Norden Burkina Fasos, bei dem den Menschen, die sich im Freien aufhielten, befohlen wurde, sich auf den Boden zu legen. Die bewaffnete Gruppe prüfte die Nacken der Menschen. Sie fanden vier Männer, die Ketten mit Kreuzen trugen, was darauf hindeutete, dass sie Christen waren, und töteten sie.
- Im September 2019 wurden ein Christ und vier seiner Söhne in den Dörfern Pissele und Boulkiba von bewaffneten Männern erschossen.

---

1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 66 Punkten belegt Burkina Faso Platz 28 auf dem Weltverfolgungsindex 2020. Das ist ein Anstieg von 18 Punkten im Vergleich zum Weltverfolgungsindex 2019, als das Land 48 Punkte erreichte und nicht unter die 50 Länder mit der stärksten Christenverfolgung fiel, die im Weltverfolgungsindex aufgeführt werden.

Dieser starke Anstieg von 18 Punkten ist zum Großteil auf die steigende Gewalt im Land zurückzuführen, die wiederum auch den Druck auf Christen hat steigen lassen. Christen wurden gezielt angegriffen und insgesamt wurden mehr als 50 Christen im Berichtszeitraum getötet. Dadurch ist ein Klima der Angst entstanden, in dem viele Christen sich zu sehr fürchten, um an Gottesdiensten teilzunehmen oder ihre Kinder zur Schule zu schicken. Schulen und christliche Nichtregierungsorganisationen werden besonders ins Visier genommen und haben es schwer, im Land tätig zu sein. Einige Menschen, besonders in ländlichen Gegenden, sind zudem konservativer geworden und werden zu Informanten über ihre Nachbarn für die Dschihadisten. Eine Gesellschaft, die in der Vergangenheit sehr tolerant war, ist Menschen anderer Religion gegenüber sehr intolerant geworden. Dazu trägt auch der Fakt bei, dass es ethnische Konflikte gibt, die auch religiöse

Dimensionen haben. Das Ergebnis ist, dass Konvertiten und andere Christen extremen Druck erleben. Die Kombination aus all diesen Faktoren hat zu dem derart starken Anstieg der Wertung geführt.

2. Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung

Burkina Faso hat in den vergangenen Jahren mehrere islamistische Angriffe erlebt, vor allem im Norden des Landes und gelegentlich auch in der Hauptstadt Ouagadougou. Diese können als gewalttätige Versuche gesehen werden, das Land zu „islamisieren". Die militante Gruppe „Ansar al-Islam" wurde 2016 gegründet und versucht, ihre eigenen Gesetze im Norden des Landes einzuführen – durch gewaltsame und andere Mittel. Auch die Gruppe „Dschamaat Nusrat al-Islam wal-Muslimin" (übersetzt „Gruppe für die Unterstützung des Islam und der Muslime") agiert im Land und hat Verbindungen zu lokalen militanten Gruppen. Derzeit scheinen sie sich jedoch mehr auf den Kampf gegen die französischen Truppen und ihre Verbündeten zu fokussieren. Ihre Prediger beeinflussen die Jugend dahingehend, dass sie die Franzosen und den Verfall der Moral durch westlichen Einfluss für negative Umstände verantwortlich machen. Militante Islamisten haben im Berichtszeitraum Kirchen und einzelne Christen angegriffen und einige Kirchen haben aus Sorge vor weiteren Angriffen ihre Sicherheitsbemühungen verstärkt.

Ethnisch oder traditionell begründete Anfeindungen

Diese Triebkraft der Verfolgung ist eng verbunden mit „Islamischer Unterdrückung". Ein Experte für das Land schreibt: „Allgemein sind die ethnischen Gruppen in Burkina Faso tolerant, aber mit dem steigenden Einfluss des Islamismus werden muslimische Leiter verschiedener Stämme zu Verfolgern. Religiöse Leiter traditioneller Religionen werden inzwischen auch zu Verfolgern der Kirche. Drei Kirchen in Bobo-Dioulasso wurden von Anhängern traditioneller Religionen zerstört, nachdem einige Menschen den christlichen Glauben angenommen hatten."

Organisiertes Verbrechen und Korruption

In vielen Ländern der Sahelregion ermöglicht das organisierte Verbrechen Dschihadisten, Menschen anzuwerben, Waffen zu kaufen und allgemein agieren zu können, ohne Strafverfolgung fürchten zu müssen. Ein Experte für das Land weist auf Folgendes hin: „Auch in der Regierung gibt es viel Korruption. Raubüberfälle und Entführungen sind in verschiedenen Regionen des Landes ein Problem. Doch die Regierung tut wenig oder nichts, um solcher Verbrechen Herr zu werden, selbst in der Hauptstadt Ouagadougou."

3. Verfolger

Ausgehend von Islamischer Unterdrückung

- **Gewalttätige religiöse Gruppen:** Mehrere islamisch-extremistische Gruppen operieren im Land. Einige von ihnen haben Verbindungen zum „Islamischen Staat", Al Kaida oder Boko Haram. Diese Gruppen sind für verschiedene Angriffe verantwortlich.
- **Gewöhnliche Bürger:** Gewöhnliche Bürger in Dorfgemeinschaften und Mobs üben Druck auf Christen muslimischer Herkunft aus. Aus diesem Grund üben diese christlichen Konvertiten ihren Glauben nicht in der Öffentlichkeit aus.

- **Die eigene (Groß-)Familie:** Christen muslimischer Herkunft erleben starken Druck vonseiten ihrer Familien, zum Islam zurückzukehren.
- **Anführer ethnischer Gruppen**: In Regionen, in denen die meisten Menschen traditionellen afrikanischen Religionen angehören, agieren Anführer ethnischer Gruppen als Verfolger. Sie stellen sich besonders gegen christliche Gruppen, die aktiv auf Menschen mit anderem Glauben zugehen. Viele Anführer ethnischer Gruppen in muslimisch geprägten Regionen bedrängen ebenfalls Christen, wenn diese an der Hinwendung eines Muslims zum christlichen Glauben beteiligt sind.
- **Nichtchristliche religiöse Leiter:** In abgelegenen Regionen animieren Prediger aktiv zu Gewalt und verbreiten Hass gegen Christen.
- **Netzwerke des organisierten Verbrechens:** Kriminelle Netzwerke stellen eine Umgebung her, in der Dschihadisten aufblühen können, denn diese benötigen Straffreiheit für ihre Taten. So wächst die Rolle des organisierten Verbrechens im Land, was die Anwendung der Gesetze schwächt.

Ausgehend von Organisiertem Verbrechen und Korruption

- **Gewalttätige religiöse Gruppen:** Militante Gruppen haben in der Vergangenheit Gräueltaten an ausländischen Christen begangen und werden dies voraussichtlich weiterhin tun, wenn sich die Gelegenheiten bieten. Im aktuellen Berichtszeitraum haben Angriffe dieser Gruppen eine hohe Zahl an Toten und Vertriebenen gefordert.
- **Netzwerke des organisierten Verbrechens:** Die Verbrechen dieser Netzwerke reichen von Diebstahl bis zu Entführungen und werden von den verschiedensten Gruppen in verschiedenen Teilen des Landes begangen. Dies wird immer mehr zu einem Problem, besonders da ausländische Hilfsarbeiter ein beliebtes Ziel sind. Es scheint, als habe sich eine Parallelstruktur außerhalb des Staatsapparats entwickelt.

Ausgehend von Ethnisch oder traditionell begründeten Anfeindungen

- **Anführer ethnischer Gruppen:** Im Kontext der aktuellen Krise im Land gab es Vorfälle, bei denen ethnische christliche Gruppen von ethnischen muslimischen Gruppen angegriffen wurden.

4. Regionale Brennpunkte der Verfolgung

Die nördlichen und östlichen Teile des Landes sind die Brennpunkte für Verfolgung, vor allem außerhalb der größeren Städte.

5. Betroffene Christen

Christen aus traditionellen Kirchen

Die römisch-katholische Kirche ist die am stärksten vertretene christliche Denomination im Land. Katholiken sind augrund ihrer großen Zahl im Vergleich zu anderen christlichen Gruppen weniger Verfolgung ausgesetzt.

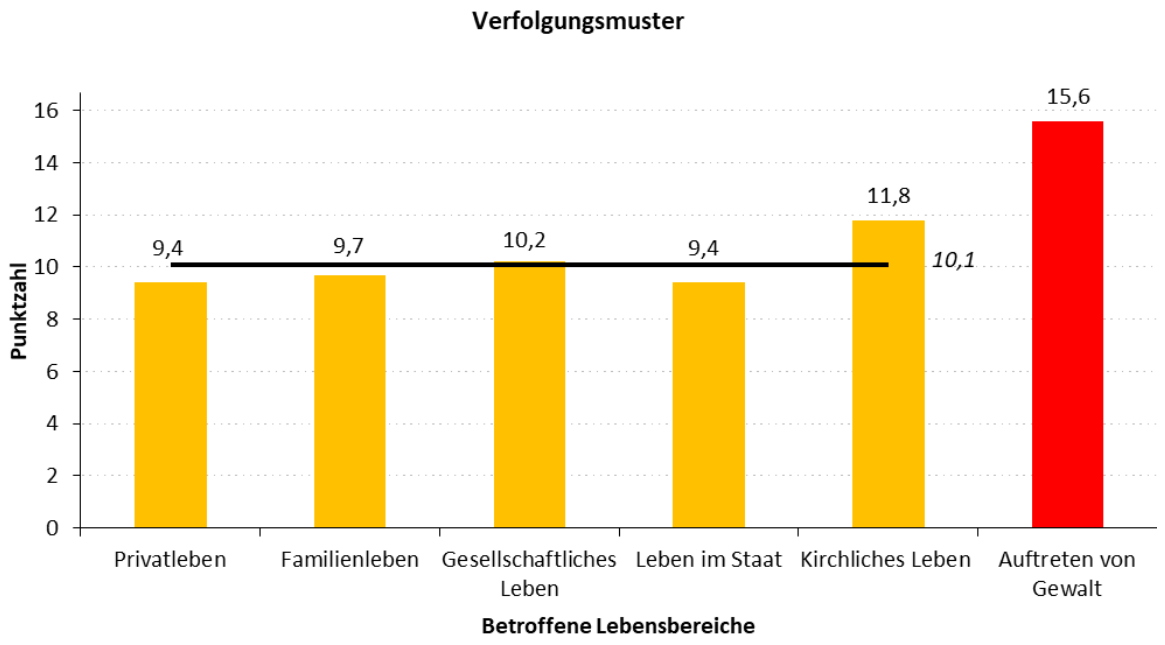
Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

In diese Kategorie fallen sowohl Christen muslimischer Herkunft als auch Christen mit Hintergrund in einer traditionellen afrikanischen Religion. Auch Christen, die zu einer anderen Denomination übergetreten sind, werden hier erfasst. Christen muslimischer Herkunft erleben durch ihre Familien und ihr soziales Umfeld die stärkste Verfolgung.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Baptisten, Evangelikale und Pfingstgemeinden gibt es vor allem in den größeren Städten des Landes. Sie sind häufiger als traditionelle Kirchen Ziel der Angriffe von militanten Islamisten.

6. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Burkina Faso

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Der durchschnittliche Druck auf Christen ist von 8,1 Punkten im Vorjahr auf 10,1 Punkte gestiegen.
- Am stärksten ist der Druck im Bereich „Kirchliches Leben“, gefolgt vom Bereich „Gesellschaftliches Leben“ – damit wird der Druck auf Kirchen und auf Christen in ihrem sozialen Umfeld aufgrund der Aktivitäten von militanten Islamisten widergespiegelt.
- Der Wert für Gewalt hat sich im Vergleich zum Vorjahr mehr als verdoppelt und ist von 7,2 Punkten auf 15,6 Punkte angestiegen. Damit wird das extreme Maß an Gewalt ausgedrückt, das Christen in Burkina Faso erleiden.

Zu jedem der Lebensbereiche sind im Folgenden jeweils ausgewählte Teilaspekte genannt, die im betreffenden Lebensbereich für die Christen zu den gravierendsten Schwierigkeiten gehören.

Privatleben

- **Es ist ein Risiko für Christen, über ihren Glauben zu sprechen:** Christen, insbesondere mit muslimischem Hintergrund, erleben feindselige Reaktionen, wenn sie mit anderen über ihren Glauben reden. In einigen abgelegenen Regionen können Christen nicht einmal zuhause christliches Material haben, da bewaffnete Kämpfer einfach kommen und das Haus durchsuchen könnten. Den Glauben zu wechseln, ist nicht gesetzlich verboten, doch viele Muslime lehnen einen Glaubenswechsel ab und es ist für Christen muslimischer Herkunft riskant, mit Familienangehörigen über ihren neuen Glauben zu sprechen, da sie Angst haben, stigmatisiert und ausgestoßen zu werden.
- **Für Christen ist es gefährlich, sich mit anderen Christen zu treffen:** Für Christen muslimischer Herkunft oder mit Hintergrund in einer traditionellen afrikanischen Religion ist es häufig gefährlich, sich mit anderen Christen zu treffen. Ihre Familien könnten mit Gewalt darauf reagieren, dass sie mit Menschen eines anderen Glaubens zu tun haben.
- **Es ist für Christen riskant, christliche Bilder oder Symbole zu zeigen:** Einige Christen muslimischer Herkunft oder mit Hintergrund in einer traditionellen afrikanischen Religion vermeiden es, christliche Bilder oder Symbole zu zeigen, um nicht angegriffen, verspottet oder abgelehnt zu werden.
- **Es ist für Christen riskant, selbst mit ihrer direkten Familie über den Glauben zu reden:** In muslimischen Familien verstecken meist sowohl männliche als auch weibliche junge Erwachsene ihre Überlegungen, den christlichen Glauben anzunehmen, weil sie Angst haben, ihre Eltern zu enttäuschen und möglicherweise enterbt zu werden. Entscheidet sich jemand, den christlichen Glauben anzunehmen, vermeidet er es zumeist, mit Angehörigen darüber zu reden.

Familienleben

- **Kinder christlicher Eltern werden dazu gedrängt, an nichtchristlichem Unterricht oder dem allgemeinen Religionsunterricht teilzunehmen:** In einigen Schulen, in denen die Oberlehrer (und teilweise auch die Gründer der Schule) zum großen Teil Muslime sind, werden alle Schüler dazu gedrängt, islamischen Unterricht zu erhalten – auch christliche Kinder. Dies passiert selbst in Ouagadougou, Bobo Dioulasso und anderen Städten. Für Eltern aus protestantischen Freikirchen ist es zudem schwierig, ihre Kinder gemäß ihren religiösen Überzeugungen zu erziehen. Berichten zufolge haben militante Islamisten Lehrer getötet, die nicht über den Islam gelehrt hatten, und gedroht, weitere Lehrer zu töten, sollte nicht für alle Schüler Islamunterricht eingeführt werden, auch für christliche Schüler.
- **Eltern werden daran gehindert, ihre Kinder gemäß ihrem christlichen Glauben aufzuziehen:** Dies ist besonders ernst für Christen anderer religiöser Herkunft. Diese werden daran gehindert, ihre Kinder gemäß ihrem christlichen Glauben aufzuziehen. Christen müssen gut aufpassen, dass sie nicht die Aufmerksamkeit von lokalen Anführern oder Dschihadisten auf sich ziehen, die in vielen Regionen des Landes (und sogar außerhalb des Landes) agieren. Dazu gehört, den Kindern so vom christlichen Glauben zu erzählen, dass sie nicht entlarvt werden.
- **Christen werden aus religiösen Gründen daran gehindert, eine christliche Hochzeit zu feiern:** Alle Christen müssen aufpassen, dass sie christliche Hochzeiten oder Feiertage nicht in Regionen feiern, die anfällig für Angriffe von Dschihadisten sind. Deswegen werden christliche

Hochzeiten häufig heimlich gefeiert. Viele muslimische Eltern, deren Kinder Christen geworden sind und planen, einen Christen zu heiraten, sind gegen die Ehe, da sie Schande über die Familie bringen würde.

- **Wegen des christlichen Glaubens ihrer Eltern werden Kinder diskriminiert oder schikaniert:** Auch Kinder werden Ziel der Angriffe gegen Christen und erleben Diskriminierung im alltäglichen Leben in den nördlichen, östlichen und westlichen Grenzregionen des Landes.

Gesellschaftliches Leben

- **Christen werden im Alltag belästigt, bedroht oder behindert wegen glaubensbedingter Gründe, zum Beispiel weil sie nicht den Vorschriften für Kleidung oder Bärte entsprechen:** In vielen Teilen des Landes (außer in der Hauptstadt, in der es viele Christen gibt) werden Christen regelmäßig Ziel von Angriffen, besonders im Norden des Landes an der Grenze zu Mali. In dieser Region, besonders in der Provinz Soum, die ein Zentrum der islamistischen Aktivitäten zu sein scheint, entführen militante Islamisten Christen, führen Angriffe gegen Sicherheitskräfte durch und verbreiten so immer mehr Angst. Die Bewegung Ansar al-Islam von Malam Ibrahim Dicko agiert von ihrer Basis an der Grenze im Foulsaré-Wald aus, führt Angriffe aus und setzt Lehrer unter Druck, Französisch als Unterrichtssprache durch Arabisch zu ersetzen. Schulen, die keinen Islamunterricht anbieten, sind niedergebrannt worden. Viele Christen sind geflohen; das Rote Kreuz schätzt die Zahl der Flüchtlinge aus Soum (Christen und Muslime) auf mindestens 15.000 Menschen.
- **Christen stehen in Gefahr, entführt und zwangsverheiratet zu werden:** Dies geschieht sowohl in muslimischen als auch in animistischen Familien. Auch aufgrund der hohen Armutsrate sind Mädchen häufig Opfer von Kinderehen und Zwangsehen. Entführungen durch militante Islamisten kommen vor allem im Norden des Landes vor. Zwangsehen werden zudem auch als Waffe benutzt, um Christinnen muslimischer Herkunft dazu zu zwingen, zum Islam zurückzukehren.
- **Christen wird wegen ihres Glaubens der Zugang zu gemeinschaftlich genutzten Ressourcen erschwert:** Durch die sich verschlechternde Sicherheitssituation und Angriffe auf soziale Dienste und Einrichtungen, städtische Einrichtungen und religiöse Leiter wurde das Land destabilisiert und soziale Dienste können nicht mehr ohne Probleme zur Verfügung gestellt werden. Sind Christen in der Minderheit, werden sie häufig daran gehindert, gemeinschaftliche Ressourcen zu nutzen.
- **Christen wird der Zugang zu kommunalen Institutionen aufgrund ihres Glaubens verwehrt:** In Regionen mit vielen Anhängern traditioneller afrikanischer Religionen wird von Christen erwartet, an kulturellen Praktiken wie Initiationsritualen teilzunehmen. Sie haben kein Recht, an kommunalen Institutionen mitzuwirken, und werden bei der Nutzung gemeinschaftlicher Ressourcen häufig ausgegrenzt. Die Ausgrenzung aus dem sozialen Leben betrifft besonders christliche Konvertiten. Christen muslimischer Herkunft haben in diesem Lebensbereich mehr Probleme als andere Christen.

Leben im Staat

- **Christen, Kirchen oder christliche Organisationen werden daran gehindert, öffentlich religiöse Symbole zu zeigen:** Teilweise ist es für Christen gefährlich, in stark muslimisch geprägten Regionen in der Öffentlichkeit christliche Symbole zu zeigen.
- **Christen werden aufgrund ihres Glaubens in der Reise- und Bewegungsfreiheit eingeschränkt:** Auch wenn die Regierung die Religionsfreiheit anerkennt, werden die meisten Christen muslimischer Herkunft und Christen aus protestantischen Freikirchen von muslimischen Beamten diskriminiert.
- **Christen sind Opfer von Hetzkampagnen:** Die Regierung kämpft seit Jahren dagegen an. Die Verbreitung von christenfeindlichen Gedanken hat dazu beigetragen, bei einigen Bürgern eine dschihadistische Einstellung zu schaffen, die Christen als Feinde ansieht. Dies geschieht insbesondere im Norden, Osten und Westen des Landes, wo der Islam stark verbreitet ist.
- **Christen werden wegen ihres Glaubens beim Kontakt mit Behörden (lokale Verwaltungen, Regierung, Armee und andere) diskriminiert:** Es ist für Kirchen schwer, Bewilligungen zum Kauf von Land oder für andere Angelegenheiten von Behörden zu erhalten.

Kirchliches Leben

- **Kirchliche Aktivitäten werden überwacht, ver- bzw. behindert oder gestört:** Obwohl das Land offiziell säkular ist und über 25 % der Bevölkerung Christen sind, leben Kirchen in vielen Teilen des Landes in Angst vor unberechenbaren Angriffen und sozialen Einschränkungen. Sie werden von militanten Gruppierungen und lokalen Anführern im Norden, Osten und Westen des Landes genau beobachtet.
- **Kirchen werden daran gehindert, christliche Aktivitäten außerhalb von Kirchengebäuden zu organisieren:** Einige evangelistische Aktivitäten in der Öffentlichkeit wurden verboten. Lokale Behörden, die dem christlichen Glauben feindselig gegenüberstehen, tun alles, was in ihrer Macht steht, um solche Aktivitäten von Kirchen in der Öffentlichkeit zu unterbinden. Christliche Leiter werden zum Ziel von Belästigungen, besonders wenn protestantische Freikirchen nicht unter dem Dach der protestantischen Vereinigung arbeiten.
- **Der Verkauf oder das Bereitstellen von Bibeln oder anderen christlichen Materialien wird verhindert:** Der Verkauf oder die Verteilung von Bibeln oder christlichen Materialien wird vom Staat zwar nicht verhindert, aber Christen muslimischer Herkunft oder Christen mit Hintergrund in einer traditionellen afrikanischen Religion riskieren dabei ernsthafte Schwierigkeiten. Dies betrifft besonders Christen in Gegenden, in denen militante Gruppen aktiv sind, und könnte zu ihrer Ermordung führen.

Auftreten von Gewalt

- Mehr als 50 Christen wurden im Berichtszeitraum getötet. Beispiele: Im April 2019 töteten bewaffnete Angreifer einen protestantischen Pastor und fünf weitere Christen in einer Kirche im Norden des Landes. Die Angreifer kamen auf Motorrädern und eröffneten das Feuer, als die Christen den Sonntagsgottesdienst verließen.
- Am 12. Mai 2019 wurden ein katholischer Priester und fünf weitere Christen in Dablo getötet. Die Angreifer stürmten zunächst die Kirche während des Sonntagsgottesdienstes und setzten im Anschluss die Kirche und umliegende Gebäude in Brand. Im Juni 2019 gab es einen Angriff auf ein Dorf im Norden Burkina Fasos, bei dem gezielt Männer herausgesucht und umgebracht

wurden, die Ketten mit Kreuzanhängern trugen. Im September 2019 wurden ein Christ und vier seiner Söhne in den Dörfern Pissele und Boulkiba von bewaffneten Männern erschossen.

- Mehr als 1.000 Christen wurden im Berichtszeitraum angegriffen und verwundet. Dabei wurden gezielt Christen angegriffen. Die Nichtregierungsorganisation „International Christian Concern“ (ICC) berichtet, dass im Berichtszeitraum des aktuellen Weltverfolgungsindex geschätzt 82 Pastoren und 11.245 Christen durch Gewalt vertrieben wurden. ICC berichtet weiter von zwei Angriffen, bei denen 29 Christen starben: „Die zusammengehörigen Angriffe vom 9. und 10. Juni richteten sich gezielt gegen Christen. Sie folgten direkt auf eine Serie von Angriffen auf Kirchen in dem westafrikanischen Land.“ Diese Angriffe sind systematisch, gut vorbereitet und oft so umgesetzt, dass nur Christen getroffen werden.
- Mehr als 50 Kirchen wurden im Berichtszeitraum angegriffen. Die meisten Angriffe in Burkina Faso richten sich gegen Kirchen und christliche Treffen. Das geschieht aus zwei Gründen: Einerseits erreichen die Angriffe so eine maximale Wirkung auf die christliche Gemeinde und andererseits ist die Berichterstattung größer als bei Angriffen auf Einzelpersonen.
- Mindestens 20 christliche Grundstücke und Läden wurden geplündert und zerstört. Dschihadisten im Land greifen gezielt Kirchen und christliche Dörfer an, plündern Grundstücke und zerstören sie oder brennen sie nieder.

7. Verfolgungssituation für Frauen und Männer

Wie Frauen Verfolgung erfahren:

- Ausschluss aus der Gemeinschaft
- Beschlagnahme von Erbschaft und Besitz
- Diskriminierung/Schikanierung im Bildungsbereich
- Erzwungene Einhaltung von Kleidungsvorschriften
- Zwangsverheiratung
- Vertreibung aus Wohnung/Wohnhaus
- Erzwungene Flucht aus Stadt oder Land
- Verführung mit dem Ziel der Zwangskonversion
- Körperliche Gewalt
- Sexuelle Gewalt

Burkina Faso liegt in einer Region, in der islamistische Gruppierungen einen großen Einfluss besitzen. Die Regierung des Landes ist sehr schwach. Deswegen gibt es immer ein großes Risiko für Mädchen und Frauen, entführt und zwangsverheiratet zu werden. Außerdem sind sie meist gezwungen, der Religion ihrer Familie anzugehören, zumindest bis sie verheiratet sind. Christliche Mädchen werden unter Druck gesetzt (und teilweise gezwungen), zum Islam zu konvertieren, wenn ihr zukünftiger Ehemann Muslim ist. Es ist möglich, dass mit der Radikalisierung der Bevölkerung im Norden des Landes der Wunsch aufkommt, Familien von Kämpfern zu formen, womit sich der Druck auf Mädchen erhöhen würde, sich solchen Plänen zur Verfügung zu stellen.

Obwohl Burkina Faso die UN-Frauenrechtskonvention unterzeichnet hat und sich dazu verpflichtet hat, Kinderheirat und Zwangsheirat bis 2030 zu beenden, werden 52 % der Mädchen im Land vor ihrem 18. Geburtstag verheiratet. In vielen Gegenden gibt es ein sehr geringes Verständnis von Frauenrechten und viele Menschen empfinden den sexuellen Missbrauch einer Frau als normal. Mädchen und Frauen, die missbraucht wurden, denken wiederum, dass sie Schande auf die Familie gebracht haben. Das

Gefühl der Wertlosigkeit kann die ganze Familie geistlich schwächen, wenn es nicht angesprochen wird.

Eine der Strategien von extremistischen Muslimen ist es, christliche Mädchen zu heiraten. Im Berichtszeitraum wurde die Tochter eines Pastors entführt und an einen muslimischen Mann in Ouagadougou verheiratet. In anderen Situationen werden Mädchen systematisch verführt, um anschließend zwangskonvertiert zu werden.

Wie Männer Verfolgung erfahren:

- Entführung
- Diskriminierung/Schikanierung im Bildungsbereich
- Vertreibung aus Stadt oder Land
- Körperliche Gewalt
- Psychische Gewalt

Militante islamistische Gruppen in der Sahelregion rekrutieren ihre Mitglieder häufig aus Ländern wie Niger und Burkina Faso. Christliche Männer und Jungen können ein Ziel davon werden. Außerdem werden viele gegen ihren Willen dazu gezwungen, Koranschulen zu besuchen, und werden von ihren Betreuern ausgenutzt.

Es ist möglich, dass mit der Radikalisierung von immer mehr Menschen im Norden des Landes deren Familienmitglieder wie etwa Brüder oder Onkel von ihnen unter Druck gesetzt werden, sich ebenfalls den Islamisten anzuschließen. In Konfliktregionen sind Männer Opfer von körperlichen Angriffen von militanten Islamisten. Werden christliche Männer und Jungen für ihren Glauben aus ihren Häusern und Dörfern vertrieben, leidet darunter auch die gesamte Familie. Außerdem bekommen diese Männer und Jungen dadurch oft keine ausreichende Bildung, was sie daran hindert, sich voll in die Gesellschaft und Wirtschaft zu integrieren.

8. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

In Burkina Faso nimmt die islamische Radikalisierung zu. Die Grenzgebiete des Landes stehen unter dem Einfluss militanter Islamisten und Moscheen und Koranschulen lehren extremistische Formen des sunnitischen Islam. Davon werden selbst Sufis bedroht. In diesen Regionen gibt es keinen Platz für religiöse Minderheiten. Es wurde sogar berichtet, dass Lehrer an Schulen bedroht wurden, Koranstunden zu halten oder sie hätten mit Konsequenzen zu rechnen. Das macht das Leben auch für moderate Muslime schwer. Im Oktober 2019 gab es einen bewaffneten Angriff auf eine Moschee in Salmossi in der nördlich gelegenen Provinz Oudalan.

9. Der Ausblick für Christen

Islamische Unterdrückung

Das Land verliert die religiöse Toleranz, die es in seiner Geschichte ausgezeichnet hat. Christen leben aufgrund des Wiederauflebens der Angriffe militanter Islamisten in einigen Teilen des Landes in Angst vor Entführungen und Angriffen. Christen wissen, dass sie ein potenzielles Ziel für islamistische Gruppen sind, und ihre Angst zeigt sich an den verstärkten Sicherheitsvorkehrungen in Kirchen.

Organisiertes Verbrechen und Korruption

In Ermangelung von Rechtsstaatlichkeit und Ordnung nimmt die organisierte Kriminalität zu. Dies ist auch das wichtigste Mittel für islamistische Kämpfer, um Waffen über die Grenzen zu schmuggeln und im Land aktiv zu bleiben.

Ethnisch oder traditionell begründete Anfeindungen

Früher haben die ethnischen Gruppen in Burkina Faso einander toleriert. Die ständige Aufhetzung durch Dschihadisten hat jedoch eine Situation geschaffen, in der einige ethnische Gruppen angefangen haben, Christen ins Visier zu nehmen. Das wird sich weiter fortsetzen, sollten keine Initiativen geschaffen werden, um die Situation zu entschärfen.

zurück zur Länderübersicht

Mali: Platz 29

Kurze Zusammenfassung

Im Jahr 2012 brachten islamisch-extremistische Gruppen weite Teile des Nordens von Mali unter ihre Kontrolle, dabei brannten sie Kirchen nieder und zwangen Christen zur Flucht. Die Auswirkungen der Vertreibung sowie der Verlust ihrer Häuser und Kirchen beeinträchtigen die Christen noch heute. Obwohl einige Christen und Gemeinden in den Norden zurückgekehrt sind und Polizeischutz erhalten, leben sie doch mit der ständigen Bedrohung von Angriffen durch militante Islamisten. Evangelistische Aktivitäten sind im Norden besonders riskant, sie können zu Angriffen extremistischer Muslime führen. Christliche Missionare in Mali leben in ständiger Gefahr, von Dschihadisten entführt zu werden, was bereits mehrmals geschehen ist. Christen muslimischer Herkunft droht Gewalt (besonders im Norden) sowie Druck von Familie und Verwandten, wenn ihr Glaubenswechsel entdeckt wird. Im Norden ist es auch für Nichtregierungsorganisationen nicht sicher.

Beispiele aus dem aktuellen Berichtszeitraum

Islamistische Milizen führten zahlreiche Angriffe gegen Christen aus. Hierbei ist wichtig festzuhalten, dass über die meisten Angriffe auf Christen nicht spezifisch berichtet wurde. Entweder wurde ihr Glaube nicht erwähnt, weil die ethnische Komponente der Zusammenstöße hervorgehoben wurde, oder weil Medien Konflikte bewusst als rein ethnische oder als allgemeine Sicherheitsprobleme darstellen wollten, um gezielte Angriffe auf Christen zu verschleiern.

CBN News berichtete über einen Fall vom Juni 2019: „Bewaffnete muslimische Fulani-Kämpfer fielen in ein christlich geprägtes Dorf in Sobame Da ein und töteten Männer, Frauen und Kinder.“ Es wird davon ausgegangen, dass die meisten Opfer Christen waren.

---

1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 66 Punkten belegt Mali Platz 29 auf dem Weltverfolgungsindex 2020.

Im vergangenen Jahr belegte das westafrikanische Land mit 68 Punkten Platz 24. Der Rückgang in der Wertung ist auf einen niedrigeren Wert im Bereich Gewalt zurückzuführen. Das bedeutet jedoch nicht, dass es weniger gegen Christen gerichtete Gewalt gab. Vielmehr ist die Situation komplexer geworden und damit eine Unterscheidung zwischen eindeutig religiös motivierter Gewalt und Gewalt aufgrund ethnischer Unterschiede schwieriger.

2. Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung

Mali wurde, wie auch für andere westafrikanische Länder typisch, über Jahrhunderte von einem Islam zumeist gemäßigter Ausprägung dominiert und hatte ein säkulares politisches System, das religiöse

Parteien verbot. Abgesehen vom nördlichen Teil des Landes, der schon immer problematisch für Christen war, genossen diese in der malischen Gesellschaft relativ große Freiheit. Auch ausländische christliche Missionare konnten in Mali arbeiten. Die Situation veränderte sich, als im April 2012 der unabhängige Staat Azawad im Norden Malis ausgerufen wurde. Die zumeist wahhabitisch geprägten Islamisten führten sehr bald im Norden das System eines islamischen Staates mit strenger Durchsetzung der Scharia ein. Die meisten Christen flohen aus dem Gebiet, bevor es von den Islamisten eingenommen wurde. Während der Besetzung zerstörten diese Kirchen und andere Gebäude von Christen. Auch die Kirche im Süden Malis war von der zunehmenden Präsenz verschiedener wahhabitischer Gruppierungen betroffen. Obwohl Rebellen und die Regierung einen Friedensvertrag unterzeichnet haben und auch internationale Friedenstruppen vor Ort sind, hat der Druck auf Christen aufgrund der islamischen Radikalisierung der malischen Bevölkerung zugenommen; es kam zu gewaltsamen Angriffen auf Kirchen und Christen.

Organisiertes Verbrechen und Korruption

Das Land befindet sich in der Sahelzone Westafrikas, wo eine große Wüste und Trockengebiete die Kontrolle der Region erschweren. Kriminelle Banden nutzen dies als Gelegenheit, ihre Aktivitäten auszuweiten und Drogen nach Westeuropa zu transportieren. Die meisten kriminellen Organisationen sind Bündnisse mit islamisch-extremistischen Gruppen eingegangen und verfolgen Christen. Auch die ehemaligen Rebellentruppen der Tuareg haben sich zu kriminellen Gruppen entwickelt.

Ethnisch oder traditionell begründete Anfeindungen

Der Großteil der malischen Bevölkerung folgt zwar dem Islam, jedoch werden verschiedene Formen von Zauberei mit dem Islam vermischt. Die wahhabitische Bewegung versucht, den Islam von solchen traditionellen Praktiken zu „reinigen“. Auch bei malischen Christen ist die Vermischung dieser Stammesbräuche mit ihrem Glauben verbreitet. Die meisten Stammes- oder ethnischen Anführer in den abgelegenen Teilen des Landes stehen Muslimen und Christen, die solche Praktiken ablehnen, feindselig gegenüber. Aus diesem Grund hat es bereits Zusammenstöße zwischen Stammesführern und Christen gegeben.

3. Verfolger

Ausgehend von Islamischer Unterdrückung

- **Gewalttätige religiöse Gruppen:** Am stärksten wird die „Islamische Unterdrückung“ von militanten islamistischen Gruppen wie „Al Kaida im Maghreb“ (AQIM) vorangetrieben. Sie sind vor allem im nördlichen Teil des Landes aktiv, aber auch in südlichen Regionen für Angriffe und Entführungen verantwortlich. Auch Teile der Bevölkerung wurden von den extremistischen und intoleranten Lehren des Wahhabismus beeinflusst und treiben die Verfolgung von Christen voran, insbesondere wenn diese einen muslimischen Hintergrund haben.
- **Nichtchristliche religiöse Leiter:** In manchen Gegenden, in denen Dschihadisten aktiv sind, verbreiten auch muslimische religiöse Lehrer extremistische Meinungen. Diese religiösen Leiter geben Dschihadisten eine Plattform für eine starke Präsenz in der Gesellschaft.
- **Anführer ethnischer Gruppen:** Islamische Unterdrückung ist in Mali auch ethnisch motiviert. So zählen die Stammesführer der Tuareg und Fulani sowie „arabische“ Anführer zu den Verfolgern. Araber und Fulani stellen sich gegen jede Ausbreitung des christlichen Glaubens in Mali. Ein Experte für das Land sagt dazu: „Einheimische ethnische Gruppen mit christlichen

Minderheiten beklagen Verfolgung durch Fulani- und Tuareg-Hirten. Sie legen ihnen zur Last, ihre Höfe und Lebensgrundlagen zu zerstören, ihre Lebensmittelgeschäfte zu plündern sowie Menschen zu verstümmeln, zu töten und ihre Häuser niederzubrennen."

- **Bürger aus der Gesellschaft:** Die Gesellschaft hat kein positives Bild von Christen. Dies gilt besonders für Christen muslimischer Herkunft.
- **Die eigene (Groß-)Familie:** Dies ist von Familie zu Familie unterschiedlich. Es kommt jedoch häufig vor, dass entfernte Verwandte andere Familienangehörige verfolgen, wenn sie den christlichen Glauben annehmen (oder den Islam in anderer Form verlassen).

Ausgehend von Organisiertem Verbrechen und Korruption

- **Netzwerke des organisierten Verbrechens:** Es gibt mehrere in Mali aktive kriminelle Organisationen. Die geografischen Gegebenheiten des Landes mit der weitläufigen Wüste und den Trockengebieten haben die Ausbreitung dieser Organisationen begünstigt. Sie sind mit extremistischen Gruppierungen wie AQIM verbündet und verfolgen Christen. Korrupte Regierungsbeamte tragen ebenfalls zur Verfolgung bei, indem sie Angriffe auf Christen ignorieren.
- **Gewalttätige religiöse Gruppen:** Militante islamistische Gruppen wie AQIM sind vor allem im Norden des Landes aktiv. Diese Dschihadisten haben kriminelle Netzwerke aufgebaut oder sich bestehenden angeschlossen. Mittels dieser Netzwerke können sie Waffen kaufen, Entführungen durchführen und sich der Strafverfolgung entziehen.

Ausgehend von Ethnisch oder traditionell begründeten Anfeindungen

- **Anführer ethnischer Gruppen:** Die meisten Anführer ethnischer Gruppen, wie etwa die Stammesführer der Tuareg, sind an der Verfolgung von Christen beteiligt. Auch Anführer von traditionell animistischen Stämmen im Süden sind Christen gegenüber feindselig eingestellt und versuchen, eine Ausbreitung des christlichen Glaubens zu verhindern. Sie haben vor allem jene Gruppen im Visier, die traditionelle afrikanische Glaubensvorstellungen aus dem christlichen Glauben entfernen wollen.

4. Regionale Brennpunkte der Verfolgung

Die Brennpunkte der Verfolgung befinden sich im Norden und Nordosten des Landes, in denen Dschihadisten und Fulani-Hirten aktiv sind. Auch im Süden gibt es stellenweise kleine Gebiete mit starker Verfolgung.

5. Betroffene Christen

Christen aus traditionellen Kirchen

Die knapp 5 % Christen in der malischen Bevölkerung gehören größtenteils traditionellen Kirchen an. Dazu gehören römisch-katholische und zahlreiche verschiedene protestantische Kirchen. Christen in den südlichen Landesteilen erfreuen sich, verglichen mit dem Norden, einer relativen Glaubensfreiheit. Die Schwere und Intensität der Bedrohung durch Angriffe auf Christen ist im Norden wesentlich höher, doch auch im Süden sind Christen der Gefahr durch Angriffe und Entführungen ausgesetzt.

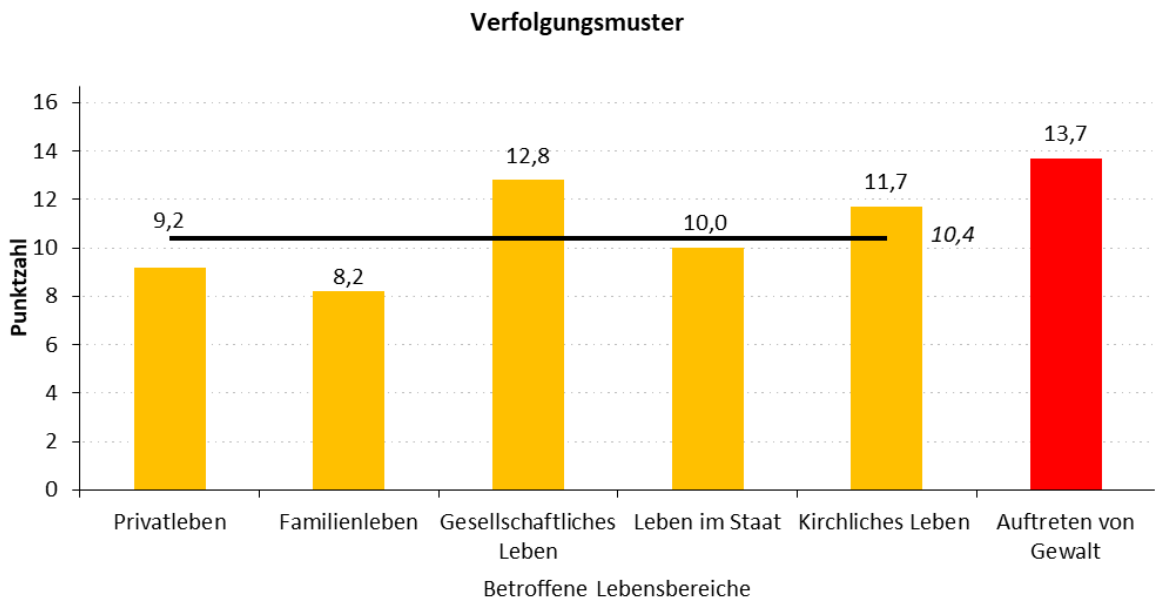
Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

Vor allem unter den Volksgruppen der Bozo und Dogon gibt es Christen mit muslimischem Hintergrund, doch auch in anderen Teilen des Landes leben christliche Konvertiten. Zusätzlich zur Gefahr, die von islamistischen Kämpfern ausgeht und alle Christen im Land betrifft, werden sie durch ihre Familien, Verwandten und Nachbarn unterschiedlich stark unter Druck gesetzt, ihrem christlichen Glauben abzuschwören.

Christen aus protestantischen Freikirchen

In Mali gibt es überwiegend im Süden eine kleine Anzahl charismatischer und pfingstlicher Gemeinden. Wegen ihrer Art, Gottesdienst zu feiern, und ihrem größeren Engagement in Evangelisation ziehen diese Gemeinschaften eher den Zorn und die Feindseligkeit der Gesellschaft auf sich.

6. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Mali

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Der durchschnittliche Druck auf Christen in Mali hat ein hohes Ausmaß und weist mit 10,4 Punkten den gleichen Wert auf wie im vergangenen Jahr.
- Alle Lebensbereiche weisen ein hohes oder sehr hohes Ausmaß an Druck auf. Am stärksten ist der Druck im gesellschaftlichen Leben (12,8 Punkte), gefolgt vom kirchlichen Leben und dem Leben im Staat.
- Die Wertung für Gewalt ist von 15,4 Punkten auf 13,7 Punkte gesunken, hat aber immer noch extremes Ausmaß.

Zu jedem der Lebensbereiche sind im Folgenden jeweils ausgewählte Teilaspekte genannt, die im betreffenden Lebensbereich für die Christen zu den gravierendsten Schwierigkeiten gehören.

Privatleben

- **Die Hinwendung zum christlichen Glauben, darunter auch der Übertritt zu einer anderen christlichen Denomination, wird stark abgelehnt, verboten oder auch bestraft:** Christen muslimischer Herkunft erleben verglichen mit anderen Christen in diesem Lebensbereich die größten Herausforderungen. Familienmitglieder und soziales Umfeld üben Druck aus, den christlichen Glauben aufzugeben.
- **Es ist für Christen riskant, ihren Glauben privat zu leben (z. B. Gebet, Bibellesen, etc.):** Christen im Norden des Landes haben große Schwierigkeiten, ihren Glauben überhaupt – sei es privat oder öffentlich – zu praktizieren. Aufgrund des engen Zusammenlebens in einem Haushalt wird jede Abweichung von islamischen Riten leicht entdeckt und führt zu Verfolgung.
- **Es ist gefährlich für Christen, ihren persönlichen Glauben in schriftlicher Form mitzuteilen, etwa in Internetblogs oder auf Facebook:** Im Norden Malis werden auch Christen, die keinen muslimischen Hintergrund haben, in ihrem täglichen Leben stark behindert. Sie sind zunehmend der Gefahr von Angriffen ausgesetzt, selbst wenn sie ihren Glauben nur auf privater Ebene mitteilen. Ein Experte für das Land berichtet, dass der Hass auf Christen besonders in Dobara und Bodwall zunimmt, wo es im September 2018 zu Angriffen auf katholische Kirchen kam.
- **Es ist für Christen riskant, christliche Bilder oder Symbole zu zeigen:** Im Norden des Landes ist das sehr riskant. Im Süden wurde Christen Land für den Bau neuer Kirchengebäude verwehrt sowie Genehmigungen verweigert, um Gebäude für Gottesdienste zu mieten. In Gegenden, in denen Christen offen Bilder und Symbole wie Kreuze oder Statuen zeigen, tritt dies stärker auf.

Familienleben

- **Christen werden aufgrund ihres Glaubens daran gehindert, eine christliche Hochzeit zu feiern:** Dabei stehen nicht Verbote, sondern Sicherheitsbedenken im Vordergrund. Im Norden würde so eine Feier die Aufmerksamkeit von Dschihadisten auf sich ziehen.
- **Wegen des christlichen Glaubens ihrer Eltern werden Kinder diskriminiert oder schikaniert:** Im Kontext der anhaltenden Krise im Land stehen Christen an Schulen, öffentlichen Orten und bei gesellschaftlichen Treffen im Visier. Kinder von Christen müssen dabei häufig die Hauptlast der Belästigungen und des Mobbings tragen: Besonders im Norden wird Kindern das Gefühl gegeben, Bürger zweiter Klasse zu sein und sie werden häufig als „Ungläubige“ bezeichnet.

- **Kinder christlicher Eltern werden dazu gedrängt, an christenfeindlichem Unterricht oder dem allgemeinen Religionsunterricht teilzunehmen:** Lehrer wurden eingeschüchtert und Kinder dazu gezwungen, am Koranunterricht teilzunehmen. Ein Experte für das Land berichtet: „In vielen Teilen Malis versuchen die islamistischen Kämpfer durchzusetzen, dass an Schulen nicht mehr auf Französisch gelehrt wird, sondern auf Arabisch. Sie verlangen, dass diese Schulen, von denen viele von christlichen Organisationen geführt werden, in islamische Schulen umgewandelt werden."
- **Ehepartner von Christen muslimischer Herkunft werden (mit und ohne Erfolg) unter Druck gesetzt, sich scheiden zu lassen:** Muslimische Familien tolerieren den Glaubenswechsel eines Familienmitglieds nicht, auch nicht bei angeheirateten Partnern. Gemäß ihrem Verständnis von Familienehre könnte die Hinwendung eines Familienmitglieds zum christlichen Glauben zur Ausgrenzung der gesamten Großfamilie aus der Gemeinschaft führen. Besonders im Norden des Landes werden Angehörige der Großfamilie einen Christen muslimischer Herkunft sehr wahrscheinlich unter Druck setzen, seinen Glauben wieder aufzugeben.

Gesellschaftliches Leben

- **Christen werden im Alltag wegen ihres Glaubens belästigt, bedroht oder behindert (weil sie den religiösen Vorschriften für Kleidung oder Bärte nicht folgen):** Dies tritt von Region zu Region unterschiedlich stark auf. Im Norden ist es am schlimmsten, doch auch in den zentralen Teilen Malis nehmen die Belästigungen zu. Die Regierung hat zwar religiöse Propaganda verboten, doch im Radio und bei Predigten in Moscheen nimmt der Widerstand gegen christliche Gebräuche und den christlichen Glauben immer extremistischere Züge an. Kommunen in den zentralen Regionen Malis werden unter Druck gesetzt, die Scharia einzuführen, obwohl das dem Gesetz widerspricht. Auch wenn Christen an Orten wie der Hauptstadt Bamako mehr Freiheiten haben, berichten auch sie von Diskriminierung.
- **Christen werden durch ihr gesellschaftliches Umfeld oder private Gruppen überwacht. Dazu gehören Anzeigen bei der Polizei, Beschattung, das Abhören von Telefonaten, das Lesen und die Zensur von E-Mails:** In einigen Gegenden (besonders im Norden) überwachen islamische Gruppen Kirchengemeinden und auch einzelne Christen. Bürger und Anführer dieser Gruppen wollen erfahren, wo christliche Gemeinschaften planen, neue Kirchen, Schulen und Krankenhäuser zu bauen. Außerdem wollen sie in Erfahrung bringen, wer den Glauben gewechselt (den Islam verlassen) hat.
- **Christen stehen in Gefahr, entführt und zwangsverheiratet zu werden:** In den vergangenen Jahren wurden mehrere Christen für Lösegeld entführt. Von einigen wird angenommen, dass sie sich immer noch in Gefangenschaft befinden. Wegen der zunehmenden Ausbreitung des extremistischen Islam und mangelnder Sicherheit wird in vielen Gebieten eine hohe Anzahl an christlichen Mädchen mit muslimischen Männern zwangsverheiratet.
- **Christen werden von ihrem sozialen Umfeld unter Druck gesetzt, ihrem Glauben abzusagen:** Ein Experte für das Land berichtet: „Christen in Mali werden ständig bedroht, sie sollten ihren Glauben aufgeben. Dazu wird im ganzen Land das Narrativ gepflegt, Christen würden der falschen Religion angehören. Ihr Leben ist schwer, da sie weder Toleranz noch Achtung und Rücksicht auf ihre christlichen Überzeugungen erleben. Die Regierung ist grundsätzlich dem Islam zugeneigt."

Leben im Staat

- **Christen werden durch das Gesetz oder in der Praxis dazu gezwungen, gegen ihr Gewissen zu handeln, beispielsweise durch den Militärdienst oder im Rahmen ihrer beruflichen Tätigkeit:** Christen werden häufig dazu gedrängt, zum Islam zu konvertieren oder im Rahmen ihrer beruflichen Tätigkeit gegen ihr Gewissen zu handeln. Dieser Druck herrscht besonders in der malischen Armee und in anderen Sicherheitsdiensten sowie im öffentlichen Gesundheitswesen, im Bankensektor und einigen anderen Dienstleistungsbereichen.
- **Christen werden aufgrund ihres Glaubens in der Bewegungs- und Reisefreiheit eingeschränkt:** Dies ist eine der größten Herausforderungen für Christen im Land. Sie werden nicht durch das Gesetz am Reisen gehindert, sondern durch die Gefahr, die von islamistischen Gruppen ausgeht. Besonders Missionare müssen enorm vorsichtig sein, wenn sie in den Norden Malis reisen. So wurden im Mai 2018 mindestens 17 Christen – darunter auch ältere Menschen – durch Kämpfer getötet, die dem „Islamischen Staat“ (IS) nahestehen. Die Christen aus Tindinbawen und Taylalene in der Region Ménaka wurden bei lebendigem Leib in ihren Häusern verbrannt, während sie sich für eine Reise vorbereiteten.
- **Christen werden in der öffentlichen Meinungsäußerung eingeschränkt:** Im Kontext der andauernden Konflikte erfahren Christen schwere Vergeltungsschläge, wenn sie sich öffentlich zu islamistischen Aktivitäten und den Gräueltaten der Milizen äußern.
- **Christliche zivilgesellschaftliche Organisationen oder politische Parteien werden aufgrund ihrer christlichen Überzeugungen in ihrer Arbeit behindert oder verboten:** Es gibt in Mali keine politische Partei, die auf der Basis des christlichen Glaubens gegründet wurde. Die wenigen christlichen Nichtregierungsorganisationen, die es gibt, werden genauestens überwacht, da sie verdächtigt werden, aktiv den Glaubenswechsel vom Islam zum christlichen Glauben zu fördern. Eine christliche Gruppe unter ständiger Beobachtung ist die „Christian Evangelical Church“ in Niamakoro, einem Vorort von Bamako, wo Muslime von Medikamenten und Behandlungen durch medizinisches Personal verschiedener US-Kirchen profitiert haben.

Christen im Norden des Landes fühlen sich durch den anhaltenden Einfluss islamistischer Gruppen bedroht und zeigen christliche Symbole aus Furcht nicht öffentlich. Regierungsbeamte sympathisieren im Norden stellenweise mit dem extremistischen Islam und gehen nicht gegen Täter vor, die zur Gewalt gegen Christen anstacheln. Dabei sind Christen muslimischer Herkunft am stärksten betroffen und werden von den Behörden ungerecht behandelt, obwohl es laut Gesetz Muslimen nicht verboten ist, den Glauben zu wechseln.

Kirchliches Leben

- **Kirchliche Aktivitäten werden überwacht, behindert, gestört oder blockiert:** Im Norden werden Christen und Kirchen von islamistischen Gruppen überwacht und westliche Nichtregierungsorganisationen und selbst UN-Friedenswächter werden der „Missionierung“ beschuldigt, weil Kontakt mit der westlichen Kultur mit der Verbreitung des christlichen Glaubens gleichgesetzt wird. Im Rest des Landes benötigen Kirchen die Erlaubnis der Regierung, um Aktivitäten im Freien, wie evangelistische Veranstaltungen, durchzuführen. In vielen Gegenden ist dies jedoch möglich und es kann beispielsweise der Jesus-Film gezeigt werden.
- **Christliche Gemeinschaften werden daran gehindert, Kirchen zu bauen oder zu renovieren oder ihre historischen Versammlungs- und Kultstätten zurückzufordern, die ihnen früher genommen worden sind:** Christen im Norden haben große Probleme, wenn sie Kirchen bauen

oder reparieren wollen. Im Mai 2018 etwa wurde eine Gruppe christlicher Flüchtlinge aus dem Niger angegriffen, als sie eine provisorische Kirche in einem Flüchtlingscamp nahe der Grenze zum Niger errichten wollten.

- **Organisation christlicher Aktivitäten außerhalb von Kirchengebäuden ist eingeschränkt:** In Teilen des Landes, in denen es gefährlich ist, sich als Christ zu bekennen oder zu evangelisieren, können aufgrund fehlender Sicherheit keine Veranstaltungen im Freien durchgeführt werden.
- **Christliche Predigten, Publikationen und/oder christlicher Unterricht werden überwacht:** Islamistische Gruppen überwachen häufig christliches Lehrmaterial und Lehrinhalte. So besuchen Kämpfer der Milizen Schulen und schüchtern Lehrer ein, sie sollten nichts lehren, was mit dem christlichen Glauben oder Säkularismus zu tun habe. Auch die Regierung ist bestrebt, jede angebliche „Hassrede“ aus Schulen und Kirchen zu verbannen.

Das Kirchenleben im südlichen Teil des Landes ist stabiler, die muslimische Gemeinschaft ist Christen gegenüber toleranter eingestellt. Da jedoch in jüngster Zeit wahhabitische Lehren auch Muslime im Süden erreichen, nimmt die Toleranz ab. Im Norden dagegen ist die Teilnahme am kirchlichen Leben gefährlich, da verschiedene islamisch-extremistische Gruppierungen den Alltag der Gesellschaft kontrollieren. Die meisten Christen im Norden feiern keine öffentlichen Gottesdienste.

Auftreten von Gewalt

- Islamistische Kämpfer greifen weiterhin Sicherheitskräfte und Christen im Land an. Christliche Dörfer wurden angegriffen und zerstört. Dabei waren die Angriffe manchmal sowohl religiös als auch ethnisch motiviert.
- Laut einem Experten für das Land „wurden mit den zunehmenden Angriffen in Mopti und anderen Regionen Kirchen und von Kirchen betriebene Schulen niedergebrannt. Hunderte Schulen, einschließlich christlich geführter, mussten 2019 geschlossen werden.“
- Mindestens zehn Häuser und vier Geschäfte von Christen wurden zerstört. Unbestätigte Berichte geben deutlich höhere Zahlen an.

7. Verfolgungssituation für Männer und Frauen

Wie Frauen Verfolgung erfahren:

- Entführung
- Ausschluss aus der Gemeinschaft
- Zwangsscheidung
- Zwangsverheiratung
- Erzwungene Einhaltung von Kleidungsvorschriften
- Körperliche Gewalt
- Sexuelle Gewalt

Christen muslimischer Herkunft sind in Mali die verletzlichste Gruppe Christen. Unter ihnen wiederum sind Christinnen besonders gefährdet durch sexuellen Missbrauch, Zwangsscheidungen und – fast schon systematisch – Zwangsehen. Dies gilt besonders für den Norden. Obwohl die nationale Gesetzgebung Mädchen und Frauen im Allgemeinen schützt, sind sie aufgrund traditioneller und kultureller Praktiken sowie geschlechtsspezifischer Normen besonders gefährdet.

Christliche Mädchen zu entführen und zur Ehe mit einem Muslim zu zwingen, ist eine von islamischen Milizen häufig angewandte Taktik zur Verbreitung des Islam. Christliche Frauen leben in einem Umfeld geprägt von islamischer Kultur und erzwungenen Kleidervorschriften. Sie erfahren gesellschaftliche Ablehnung und wenn sie verfolgt werden, erleben ihre Kinder die Auswirkungen der Verfolgung. Wenn Eltern voneinander getrennt werden, der Vater getötet wird oder der Lebensunterhalt verloren geht, sehen manche christliche Mädchen die Prostitution als einzige Möglichkeit des Überlebens. Auch Witwen sind diesbezüglich sehr gefährdet.

Aufgrund dieser Situation sind einige Christinnen traumatisiert und verlieren jedes Vertrauen in den Schutz durch die Behörden. Auch ihr Glaube kann dabei Schaden nehmen.

Wie Männer Verfolgung erfahren:

- Entführung
- Ausschluss aus der Gemeinschaft
- Verweigerung von Erbschaft und Besitz
- Diskriminierung/Schikane im Bildungsbereich
- Wirtschaftliche Schikane im Berufs- und Geschäftsleben sowie beim Zugang zum Arbeitsmarkt
- Zwangsscheidung
- Erzwungene Flucht aus Stadt oder Land
- Zwangsrekrutierung zum Militärdienst oder durch Milizen
- Gewalt – Ermordung
- Körperliche Gewalt

Christliche Männer und Jungen in Mali sind aufgrund ihres Glaubens vor allem Gewalt und körperlichen Angriffen ausgesetzt. Gezielte Angriffe auf die Häuser und Geschäfte von Christen sollen ihre Familien in die Armut treiben, sie Hunger und anderen Nöten aussetzen. Diese fatale Situation für Christen wird noch verstärkt durch die Verweigerung von Erbrechten, gesellschaftlichen Ausschluss oder die Verhinderung von Zugang zu verantwortungsvollen Positionen oder Stipendien.

Die weitverbreitete und vorherrschende Armut in einem der ärmsten Länder Afrikas kann viele Menschen, besonders Männer und Jungen, der Zwangsrekrutierung islamisch-extremistischer Gruppen schutzlos ausliefern. Wer in ländlichen und entlegenen Gebieten lebt, ist besonders gefährdet für die Zwangsrekrutierung durch gewalttätige Gruppen.

Im Norden des Landes sind junge christliche Männer oft Opfer von Entführung, Zwangsbekehrung sowie von Zwangsrekrutierung durch Milizen. Dies hat eine zerstörerische Auswirkung auf ihre Familien und christlichen Freunde; Traumata sind häufig die Folge. Um sie zu beschützen, werden einige von ihren Eltern getrennt und in sicherere Gegenden gebracht – was jedoch wiederum andere Herausforderungen mit sich bringt.

8. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Neben Christen sind auch Anhänger einheimischer traditioneller Religionen religiöse Minderheiten in Mali. Auch wenn diese Glaubensvorstellungen historisch neben dem Islam existiert haben, wurden Animisten mit dem Aufstieg eines militanteren und intoleranteren Islam im Norden des Landes zum Ziel gewalttätiger Angriffe. Mit dem Aufstieg militanter Islamisten in der Sahelregion ist keine andere religiöse Gruppe außerhalb ihrer Interpretation des Islam sicher vor Verfolgung.

9. Der Ausblick für Christen

Islamische Unterdrückung

Christen in Mali leiden unter dem Chaos und der Instabilität im Land, die von gewalttätigen islamistischen Gruppen hervorgerufen werden. Islamistische Milizen wollen jegliche christliche Präsenz im nördlichen Teil Malis auslöschen. Die Wiederherstellung von Recht und Gesetz sowie Autorität der Regierungsbehörden im Norden sind Voraussetzung für die Verbesserung der Lage der Christen.

Im Berichtszeitraum für den Weltverfolgungsindex 2020 intensivierten die Dschihadisten ihre Angriffe noch einmal und machten das Land unsicher für Christen – sogar in Bamako. Auch die Gewalt auf kommunaler Ebene nahm zu. Internationale Friedenstruppen kämpfen darum, die Gewalt einzudämmen, doch es gibt keine Anzeichen dafür, dass sie die Situation schnell unter Kontrolle bekommen werden. Die Präsenz internationaler Soldaten wird von den islamistischen Milizen zur Rechtfertigung für eigene Rekrutierung genutzt. Nach derzeitigem Stand wird Islamische Unterdrückung Christen im Land und in der Region weiterhin und noch auf Jahre hinaus beeinträchtigen.

Ethnisch oder traditionell begründete Anfeindungen

Ethnische Zugehörigkeit, Religion und Politik greifen bisweilen ineinander. Dschihadisten und religiöse Leiter nutzen sowohl Volkszugehörigkeit als auch Religion (Islam), um ihre Unterstützer zu beeinflussen und zu kontrollieren. Aufgrund ethnischer Konflikte gibt es auch auf kommunaler Ebene gegen Christen gerichtete Gewalt. Diese Situation wird wahrscheinlich andauern.

Organisiertes Verbrechen und Korruption

Islamistische Milizen im Land sichern ihr Überleben durch kriminelle Netzwerke und Entführungen mit Lösegeldforderungen, durch die sie Einkommen generieren. Es gibt zudem Berichte, dass islamistische Kämpfer am Drogenschmuggel beteiligt sind und Verbindungen zu Kartellen in Lateinamerika besitzen. Aufgrund fehlender Rechtstaatlichkeit wird sich diese Situation höchstwahrscheinlich nicht ändern.

zurück zur Länderübersicht

Sri Lanka: Platz 30

Zusammenfassung

Christen buddhistischer oder hinduistischer Herkunft leiden unter der stärksten Verfolgung. Von ihrer Familie und ihrem sozialen Umfeld werden sie schikaniert, diskriminiert und ausgegrenzt. Sie werden unter Druck gesetzt, ihren christlichen Glauben zu widerrufen, da ihr Glaubenswechsel als Verrat betrachtet wird: Von allen Singhalesen (der Mehrheit der Bevölkerung in Sri Lanka) wird erwartet, dass sie Buddhisten sind. Ebenso wird unter der tamilischen Minderheit im Nordosten des Landes erwartet, dass jeder Tamile Hindu ist. Ausgenommen sind hiervon die Mitglieder der traditionellen Kirchen. Die christliche Minderheit wird teilweise toleriert, christliche Konvertiten jedoch nicht. Zudem geraten protestantische Freikirchen häufig ins Visier von Nachbarn – oftmals vereint mit buddhistischen Mönchen und lokalen Beamten –, die sie auffordern, Kirchengebäude, die sie als illegal ansehen, zu schließen. Immer wieder führt dies dazu, dass sich Mobs bilden, die gegen Kirchen protestieren und sie angreifen, besonders in ländlichen Gebieten. Solche Berichte gibt es aus allen Regionen des Inselstaats. Dieses seit langem bestehende Verfolgungsmuster wurde erschüttert, als eine kaum bekannte islamisch-extremistische Gruppe am Ostersonntag 2019 schwere Anschläge verübte. Die Selbstmordanschläge richteten sich gegen drei christliche Kirchen und drei internationale Hotels und kosteten 259 Menschen das Leben, die meisten davon Christen.

Beispiele aus dem aktuellen Berichtszeitraum

- Am 21. April 2019 griffen Selbstmordattentäter einer kaum bekannten islamisch-extremistischen Gruppe zwei katholische und eine protestantische Kirche sowie drei Luxushotels in Colombo, Negombo und dem an der Ostküste gelegenen Batticaloa an. Sie planten ihre Anschläge so, dass sie auf die Ostergottesdienste fielen. 259 Menschen starben, der Großteil von ihnen waren Christen. Das macht den Vorfall zu einem der größten koordinierten Terroranschläge seit dem 11. September 2001. Diese Selbstmordanschläge sind in Sri Lanka beispiellos.
- Am 24. März 2019 fand während des Sonntagnachmittag-Gottesdienstes außerhalb des Geländes der Christ Gospel Church in Ja-Ela im Distrikt Gampaha in der Westprovinz ein Massenprotest statt. Etwa 2.000 Einwohner der Stadt, angeführt von einer Vereinigung von Händlern, verteilten Flugblätter und sammelten Unterschriften für eine Petition, in der sie für die Beseitigung der Kirche warben. Dies ist ein typischeres Beispiel für Christenverfolgung in Sri Lanka, in die häufig kleinere Mobs involviert sind.
- An den meisten staatlichen Schulen gibt es keinen christlichen Religionsunterricht und so sind christliche Schüler gezwungen, am buddhistischen oder hinduistischen Unterricht teilzunehmen. Es gab zudem Berichte, nach denen Kinder gezwungen wurden, an buddhistischen Ritualen teilzunehmen.

1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 65 Punkten belegt Sri Lanka den 30. Platz auf dem Weltverfolgungsindex 2020.

Dies ist ein Anstieg von sieben Punkten gegenüber den 58 Punkten des vorigen Jahres. Dabei stieg allein die Punktzahl im Bereich „Auftreten von Gewalt“ um rund sechs Punkte gegenüber dem Vorjahr; aufgrund der Anschläge am Ostersonntag 2019 wurde die Maximalpunktzahl für die Frage nach den für ihren Glauben getöteten Christen erreicht. Außerdem erhöhte sich der Druck auf Christen in den Bereichen „Privatleben“ und „Familienleben“ (insbesondere für Christen mit buddhistischem, muslimischem und hinduistischem Hintergrund).

2. Triebkräfte der Verfolgung

Religiös motivierter Nationalismus

Die Demokratische Sozialistische Republik Sri Lanka ist ein säkularer Staat. Dennoch räumt die Verfassung dem Buddhismus den ersten Platz ein und sieht ihn augenscheinlich als Staatsreligion an. Kapitel 2 der Verfassung erklärt: „Die Republik Sri Lanka soll dem Buddhismus den obersten Platz einräumen und dementsprechend soll es die Pflicht des Staates sein, die Buddha Sasana (buddhistische Lehre) zu schützen und zu fördern, während gleichzeitig sichergestellt wird, dass allen Religionen die Rechte der Artikel 10 und 14 (1) (e) zugestanden werden.“ Diese Vorschrift aus Artikel 9 wurde sowohl in der 19. Verfassungsänderung von 2015 als auch in der 2017 vorgeschlagenen 20. Verfassungsänderung unverändert stehen gelassen. Die Rechte in Bezug auf Religions- und Glaubensfreiheit, die in den Artikeln 10 und 14 zugesichert werden, können allerdings eingeschränkt werden, was auch auf subtile Weise geschieht, wie im Abschnitt „Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt“ aufgezeigt wird.

Die Idee einer Vorherrschaft des Buddhismus ist immer noch eine weitverbreitete Vorstellung im Land. Von allen Singhalesen wird erwartet, dass sie Buddhisten sind. Deswegen werden nicht nur tamilische Christen als Bürger zweiter Klasse behandelt, sondern auch singhalesische Christen misstrauisch beäugt und regelmäßig beleidigt und angegriffen. Täter sind nicht nur, was schon der Name „Ministerium für Buddha Sasana, kulturelle und religiöse Angelegenheiten“ vermuten lässt, staatliche Behörden, sondern auch buddhistische Mönche und lokale Behörden.

Um den Buddhismus Sri Lankas zu verstehen, ist es hilfreich, das traditionelle Dreieck Sri Lankas zu verstehen: Das singhalesische Leben hat drei Bezugspunkte, nämlich den Tempel, das Dorf und den See (als Symbol für Bewässerung und Landwirtschaft). Nichts sollte in dieses Dreieck eindringen; daher wird alles, was von außerhalb kommt, mit Misstrauen betrachtet. Die buddhistischen Gruppen Sri Lankas beschäftigen sich daher weniger mit den philosophischen Themen des Buddhismus, die im Westen so populär sind, sondern eher mit dem Kampf darum, dieses traditionelle Dreieck zu bewahren. Alle Aktivitäten, an denen extremistische Gruppen und einheimische Mönche beteiligt sind, können als Versuche gesehen werden, alles abzuwehren, was aus dieser Sicht die Gesellschaft bedroht. Alle gewalttätigen Zusammenstöße und Ausschreitungen gegen die muslimische Minderheit (wie sie sich im Jahr 2014 ereigneten und, in geringerem Maße, im März 2018) sowie alle Angriffe gegen Christen liegen in diesem Beharren auf den Erhalt des Dreiecks begründet.

Islamische Unterdrückung

Das Verfolgungsmuster in vorangegangenen Berichtszeiträumen zeigt, dass die Triebkraft „Islamische Unterdrückung“ schwach war und am stärksten von der eher geringen Anzahl von Christen muslimischer Herkunft wahrgenommen wurde. Seitdem jedoch islamisch-extremistische Randgruppen im April 2019 Selbstmordanschläge gegen drei Kirchen verübten, hat diese Triebkraft der Verfolgung an Einfluss gewonnen. Die Haupttriebkraft der Verfolgung in Sri Lanka ist aber nach wie vor „Religiös motivierter Nationalismus“ und die muslimische Gemeinschaft steht aufgrund des scharfen Vorgehens gegen extremistische Muslime und jeden, der mit militanten islamischen Gruppen in Verbindung steht, unter hohem Druck. Es bleibt abzuwarten, ob sich das Verfolgungsmuster im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2021 wieder zum vorherigen Stand zurückbewegt oder ob es sich dauerhaft ändert.

3. Verfolger

Ausgehend von Religiös motiviertem Nationalismus

- **Regierungsbeamte:** Regierungsbeamte (meist lokale Beamte, Polizisten und Provinzräte), insbesondere in überwiegend buddhistisch geprägten Orten, sind weiterhin stark an der Verfolgung von Christen beteiligt, sei es durch aktives Handeln oder durch Unterlassung von Schutzmaßnahmen. Häufig stoßen Regierungsbeamte Christenverfolgung an, indem sie einfach auf die Forderungen lokaler buddhistischer Mönche und Mobs eingehen. Es gab jedoch auch Fälle, in denen Regierungsbeamte das verfassungsmäßige Recht bekräftigten, dass Christen Gottesdienste feiern dürfen. Das kam aber eher selten vor.
- **Anführer ethnischer Gruppen und nichtchristliche religiöse Leiter:** Die Hauptverfolger sind extremistische buddhistische Bewegungen, häufig auf der lokalen Ebene. Im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2020 sind diese Bewegungen wieder in Erscheinung getreten, nachdem sie seit den Wahlen im Jahr 2015 weniger sichtbar gewesen waren. Sie beanspruchen Sri Lanka als buddhistische, singhalesische Nation und konzentrieren sich derzeit vor allem auf ihren Kampf gegen die muslimische Minderheit. Die Bodu-Bala-Sena-Bewegung (BBS; „buddhistische Streitmacht“) hat sich in eine politische Partei umgewandelt, die bis jetzt aber auf politischem Gebiet nicht viel Einfluss erlangen konnte. Anführer singhalesischer Gruppen, die in vielen Fällen mit der extremistischen Gruppe in Kontakt stehen, fordern den Schutz der singhalesischen Mehrheit. Buddhistische Mönche treten ebenfalls als Verfolger auf. Junge buddhistische Leiter nutzen soziale Medien, um den Hass auf religiöse Minderheiten im Land zu schüren. Zudem gewinnen extremistische buddhistische Gruppen wie etwa „Mahason Balakaya“ (die aus Mönchen besteht) an Bedeutung. In jüngster Zeit gewinnen zudem in den hauptsächlich von Hindus bewohnten Gebieten im Nordosten des Landes extremistische hinduistische Gruppen an Einfluss, welche sich der RSS-Bewegung zurechnen, die in Indien als starker Verfolger von Christen bekannt ist.
- **Die eigene (Groß-)Familie und gewöhnliche Bürger:** Familienangehörige sowie Dorfvorsteher und das soziale Umfeld in ländlichen Gegenden beschimpfen christliche Konvertiten oftmals und verlangen von ihnen, ihre Dörfer zu verlassen. Christliche Konvertiten werden stark unter Druck gesetzt, zu ihrem früheren Glauben zurückzukehren. Auf Christen, die keinen anderen religiösen Hintergrund haben, wird Druck ausgeübt, das Dorf zu verlassen oder sich zumindest nicht mehr mit anderen Christen zu treffen. Solche Berichte gibt es auch aus der hinduistischen (tamilischen) Minderheitsregion im Nordosten Sri Lankas.

- **Politische Parteien:** Politische Parteien neigen dazu, sich Rufen nach dem Schutz des buddhistischen Erbes des Landes anzuschließen, da dies Stimmen sichert. Die Triebkraft Religiös motivierter Nationalismus erstarkte im Berichtszeitraum 2020; im Wahlkampf nahmen die politischen Parteien nationalistische und ausschließende Positionen ein. Dies wird höchstwahrscheinlich auch bei den bevorstehenden Parlamentswahlen so sein.
- **Gewalttätige religiöse Gruppen:** In ihren Bemühungen um eine reine Form des Buddhismus in Sri Lanka und besonders in den Dörfern rufen Gruppen wie BBS ebenfalls zu Gewalt auf. Dies geschieht manchmal direkt und manchmal verschleiert.

Ausgehend von Islamischer Unterdrückung

- **Gewalttätige religiöse Gruppen:** Eine islamisch-extremistische Randgruppe beging am Ostersonntag 2019 Selbstmordattentate auf drei Kirchen und drei Hotels. Zwar gingen die Behörden unmittelbar danach hart gegen die Gruppe vor, dennoch wurden weitere Drohungen gegen Kirchen ausgesprochen. Es ist nicht völlig klar, ob es in Sri Lanka weitere islamisch-extremistische Gruppen oder vor allem Einzeltäter gibt.

4. Regionale Brennpunkte der Verfolgung

Es gibt keine erkennbaren regionalen Brennpunkte, da Angriffe und Schikanen gegen Christen über das ganze Land verteilt sind, wie eine von der Nationalen Christlichen Evangelischen Allianz von Sri Lanka (NCEASL) erstellte Karte zeigt. Schwierigkeiten für Christen hinduistischer Herkunft sind jedoch auf die nördlichen und östlichen Provinzen Sri Lankas beschränkt, in der die hinduistische Minderheit lebt.

5. Betroffene Christen

Christen aus traditionellen Kirchen

Dies sind Gruppen wie die Römisch-Katholische Kirche und die acht Denominationen, die zum Nationalrat der Christen gehören. Sie erleben weniger Verfolgung oder Gewalt, sind aber von der Gesamtatmosphäre der buddhistischen Vorherrschaft betroffen und werden manchmal daran gehindert, Kirchengebäude zu errichten.

Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

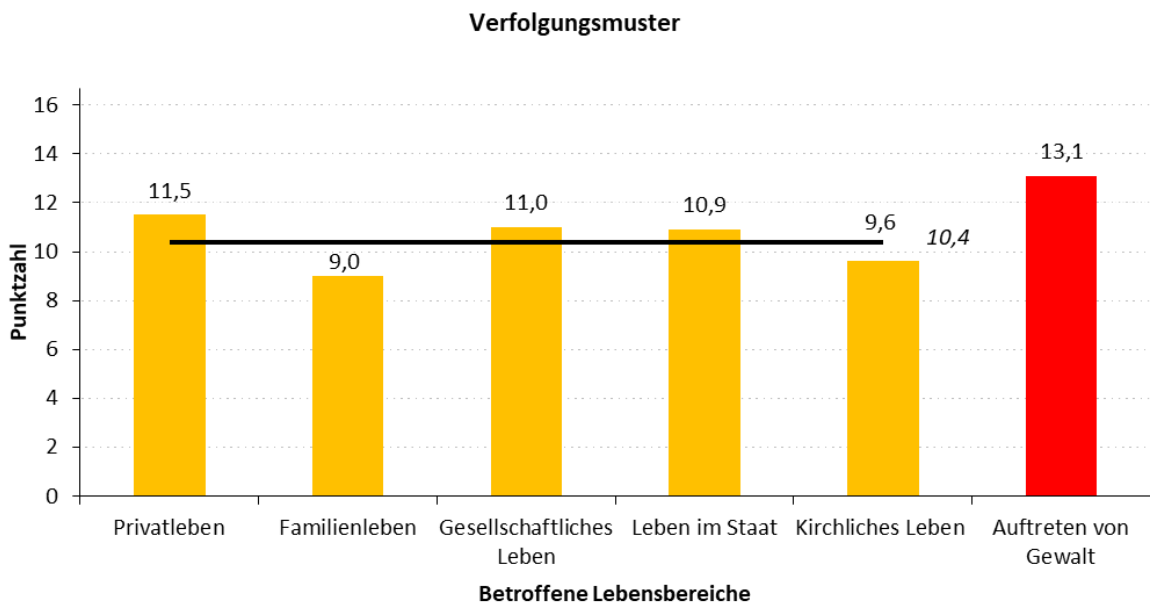
Dabei handelt es sich um Christen mit buddhistischem, muslimischem oder hinduistischem Hintergrund. Sie sind mit Feindseligkeit und auch gewalttätigen Angriffen konfrontiert. Konvertiten, die erst vor kurzer Zeit Christen geworden sind, werden von den Menschen in ihrem sozialen Umfeld und ihren Familien meist als Verräter angesehen und daher bedrängt, verbal und körperlich angegriffen und isoliert. Dies passiert zumeist in ländlichen Gebieten und zeigte sich in der Vergangenheit vor allem in den südlichen Provinzen und in den nördlichen Zentralprovinzen des Landes, seit dem Ende des Bürgerkriegs zunehmend auch in den nördlichen und östlichen Provinzen Sri Lankas.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Evangelikale, Baptisten- und Pfingstgemeinden sind oft von gewalttätigen Angriffen betroffen, doch seit den Wahlen von 2015 gehen diese von anderen Tätern aus. Während zuvor die meisten Angriffe von den großen buddhistisch-extremistischen Gruppen ausgingen, werden die Angriffe jetzt meist von

buddhistischen Mönchen in Dörfern angeführt und von lokalen Regierungsbeamten, die Christen rechtliche Beschränkungen auferlegen oder gewalttätige Vorfälle gegen sie vertuschen. Zwar haben sich die Verfolger geändert, aber die grundsätzliche Situation bleibt im Großen und Ganzen dieselbe.

6. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Sri Lanka

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Insgesamt ist der Druck auf Christen in Sri Lanka hoch geblieben und von durchschnittlich 10,3 Punkten im vergangenen Jahr auf 10,4 Punkte angestiegen.
- Am stärksten ist der Druck in den Bereichen „Privatleben“, „Gesellschaftliches Leben“ und „Leben im Staat“. Während der Druck im Leben im Staat typisch für Länder ist, die von der Triebkraft Religiös motivierter Nationalismus betroffen sind, weist der Druck im Privatleben und gesellschaftlichen Leben auf die Schwierigkeiten hin, die Christen mit anderem religiösen Hintergrund erleben. Auch im Bereich des kirchlichen Lebens ist die Wertung hoch, was mehrere Vorfälle widerspiegelt, bei denen Mobs (häufig angeführt von buddhistischen Mönchen und oft unterstützt von lokalen Beamten) vor Kirchen auftauchten, Gottesdienste störten und verlangten, dass Kirchen geschlossen werden sollten.
- Die Punktzahl für Gewalt gegen Christen erhöhte sich von 7,0 Punkten im Vorjahr auf 13,1 Punkte im aktuellen Berichtszeitraum, was auf die Attentate des Ostersonntags 2019 zurückzuführen ist.

Zu jedem der Lebensbereiche sind im Folgenden jeweils ausgewählte Teilaspekte genannt, die im betreffenden Lebensbereich für die Christen zu den gravierendsten Schwierigkeiten gehören.

Privatleben

- **Eine Hinwendung zum christlichen Glauben wird abgelehnt:** Christen buddhistischer Herkunft erleben Widerstand von ihren Familien und Verwandten. Auch andere Menschen aus ihrem sozialen Umfeld wenden sich gegen sie. Christen muslimischer und hinduistischer Herkunft erleben ebenfalls diese Art von Widerstand.
- **Es ist ein Risiko für Christen, über ihren Glauben mit anderen als mit ihren engsten Familienangehörigen zu sprechen:** Für christliche Konvertiten, besonders solche mit muslimischem Hintergrund, ist es riskant, über ihren neuen Glauben zu sprechen. Aber auch andere Christen und Konvertiten mit anderem religiösem Hintergrund, die in überwiegend von Buddhisten und Hindus bewohnten Dörfern leben, haben es sehr schwer, ihren Glauben in ihrem sozialen Umfeld zu teilen. Ein Grund dafür ist die Angst, der „unethischen Konversion" beschuldigt zu werden. Dieser Begriff ist nicht klar definiert und kann daher missbraucht werden. Extremistische Buddhisten und Hindus werfen dies protestantischen Christen und Christen hinduistischer und buddhistischer Herkunft schnell vor und reichen Petitionen gegen sie ein. Außerdem mobilisieren sie andere Dorfbewohner dazu, gegen Christen vorzugehen. Dies spiegelt sich im Vorwurf von BBS wider, dass Christen „Menschen bekehren und die Nation zugrunde richten".
- **Es ist für Christen riskant, christliche Bilder oder Symbole zu zeigen:** Aufgrund der eben genannten Anschuldigungen sind Christen vor allem in ländlichen Gebieten zurückhaltend, ihren Glauben zu offen zu zeigen, und vermeiden es beispielsweise, Ketten mit Kreuzanhängern zu tragen. Christliche Konvertiten müssen sich in dieser Hinsicht einer noch stärkeren Selbstzensur unterwerfen.
- **Es ist riskant für Christen, ihrem Glauben in schriftlicher Form auf persönliche Weise Ausdruck zu verleihen:** Sich zum christlichen Glauben zu bekennen, kann als unethischer Evangelisationsversuch interpretiert werden. Deshalb sind Christen vorsichtig hinsichtlich der Art und Weise, wie sie ihren Glauben weitergeben. Christliche Konvertiten sind in ihren Möglichkeiten diesbezüglich noch eingeschränkter und ziehen es vor, ihren Glauben nicht sichtbar zu leben.

Selbst die persönliche Anbetung stellt ein Risiko für christliche Konvertiten dar; viele fürchten Anfeindungen aus der eigenen Familie. Es kann für Christen, die mit nichtchristlichen Familienangehörigen zusammenleben, gefährlich sein, christliche Materialien zu besitzen, besonders wenn sie in Gebieten leben, in denen Buddhisten sehr auf den Schutz ihrer Religion bedacht sind. Treffen christlicher Konvertiten (und auch anderer Christen) stehen in der Gefahr, gestört zu werden. Dorfbewohner, Polizeibeamte und lokale buddhistische Mönche überwachen die Aktivitäten der Christen in ihren Dörfern, um herauszufinden, wann sie Angriffe gegen sie anzetteln können, oder um Fehler zu finden, die sie den Christen vorwerfen können.

Familienleben

- **Kinder christlicher Eltern werden dazu gedrängt, am Religionsunterricht der Mehrheitsreligion teilzunehmen:** Christliche Kinder an staatlichen Schulen werden üblicherweise dazu gezwungen, buddhistischen und hinduistischen Ritualen beizuwohnen. In manchen Fällen wurden christliche Schüler sogar mit einer Geldstrafe belegt, wenn sie nicht an Ritualen der Mehrheitsreligion teilnahmen. An den Schulen ist Religion ein Pflichtfach. Es ist per Gesetz vorgeschrieben, dass Schulen für jede Religion, der mehr als 15 Schüler angehören, einen Lehrer einstellen müssen, um diese Schüler in ihrem Glauben zu

unterweisen. Dies wird von staatlichen Schulen jedoch nicht umgesetzt. Teilweise dem Grund geschuldet, dass es wenige christliche Lehrer und kaum Mittel für deren Bezahlung gibt, sind christliche Kinder meist gezwungen, am Buddhismus- oder Hinduismus-Unterricht teilzunehmen, was zu Schikanen, Mobbing und schlechten Noten führt.

- **Wegen des christlichen Glaubens ihrer Eltern werden Kinder diskriminiert oder schikaniert:** Es kommt auch vor, dass christliche Kinder von Lehrern bestraft werden. In einem Fall verweigerte ein Direktor einem protestantischen Schüler die Aufnahme in seine Schule – obwohl die Eltern ihm sagten, dass es sonst keine andere staatliche Schule in der Nähe ihres Dorfes gebe – und gab den Eltern den Rat, ihr Kind zu Hause zu behalten. Es gab noch einige weitere Fälle, in denen protestantischen Kindern die Aufnahme an Schulen verweigert wurde. Christliche Schüler werden zudem oft von ihren Mitschülern gemobbt.
- **Beerdigungen von Christen werden verhindert oder zwangsweise nach nichtchristlichen Riten durchgeführt:** Christen dürfen nicht auf einem öffentlichen Friedhof beigesetzt werden. Christliche Bestattungen wurden im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2020 von buddhistischen Mönchen, hinduistischen Dorfbewohnern und sogar von Regierungsbeamten verweigert. Angehörige von verstorbenen Christen werden gezwungen, ihre Lieben an entfernten Orten beizusetzen. Im Juli 2019 wurde berichtet, dass ein Pastor daran gehindert wurde, Beerdigungen auf einem Friedhof durchzuführen, was er seit 2004 getan hatte, ohne dass jemand daran Anstoß genommen hatte. Bei einem anderen Vorfall wurde das Versprechen örtlicher Behörden nicht eingehalten, Christen ein Stück Land für Begräbnisse zur Verfügung zu stellen.
- **Eltern werden daran gehindert, ihre Kinder gemäß ihrem christlichen Glauben aufzuziehen:** Christliche Konvertiten haben Schwierigkeiten, ihre Kinder zu Hause nach christlichen Werten zu erziehen, da Verwandte (insbesondere Groß- und Schwiegereltern) viel Einfluss in der Familie/im Klan besitzen. Auch Schulen nehmen Einfluss auf die Kinder. Schulkinder sind buddhistischen oder hinduistischen Traditionen ausgesetzt und in vielen Fällen werden sie gezwungen, an diesen Riten teilzunehmen. Es ist eine Herausforderung für die Eltern, ihren Kindern zu erklären, warum sie an Riten teilnehmen müssen, an die sie nicht glauben oder auf die sie nicht vertrauen.

Evangelikalen und unabhängigen Kirchen wird die Möglichkeit verweigert, Trauungen in ihren Kirchengebäuden abzuhalten und vor allem, diese zu registrieren – was den Kirchen Sri Lankas traditionell erlaubt ist. Christliche Konvertiten erleben Diskriminierung und Schikanierung, werden aber normalerweise nicht unter Druck gesetzt, sich scheiden zu lassen. In dem Versuch, Konvertiten zum christlichen Glauben zurück zu ihrem alten Glauben zu bringen, wird ihnen meist mit der Verweigerung oder dem Verlust der Erbrechte gedroht. Fruchtet die Drohung nicht, verlieren sie tatsächlich ihr Erbrecht und in einigen Fällen auch jegliche Verbindung zu ihren Familien. Trotz dieser Herausforderungen stellt die Änderung der Religion im Personalausweis oder im Reisepass meist kein Problem dar. Daher ist die Punktzahl für diesen Lebensbereich im Vergleich zu anderen Staaten niedriger. Taufen von Erwachsenen stoßen auf Widerstand, besonders wenn sie öffentlich abgehalten werden.

Gesellschaftliches Leben

- **Christen werden durch ihr soziales oder privates Umfeld überwacht:** Gewöhnlich sind es lokale buddhistische Mönche, die in der Gesellschaft die Ansicht fördern, dass Christen „nicht hierhergehören". Diese Mönche sind oft selbst von der Ideologie extremistischer Gruppen beeinflusst und wollen die Reinheit des lokalen buddhistischen Dreiecks bewahren (siehe Abschnitt „Religiös motivierter Nationalismus"). Besonders in Gebieten mit mehrheitlich hinduistischer oder buddhistischer Bevölkerung werden Christen scharf beobachtet, eingeschüchtert und sozial ausgegrenzt.
- **Christen werden unter Druck gesetzt, an nichtchristlichen religiösen Zeremonien oder Gemeinschaftsereignissen teilzunehmen:** Das soziale Umfeld erwartet von Christen, dass sie an allen einheimischen und nichtchristlichen Zeremonien teilnehmen. Weigern sie sich, werden sie von der Gemeinschaft ausgeschlossen und diskriminiert. Das ist eine besonders große Belastung für christliche Konvertiten, die Gefahr laufen, entdeckt zu werden. Zu Zeiten hinduistischer Feierlichkeiten werden Christen von Hindus geächtet, weil sie nicht an den Aktivitäten teilnehmen.
- **Christen werden von ihrem sozialen Umfeld unter Druck gesetzt, ihrem Glauben abzusagen:** Dies gilt insbesondere für christliche Konvertiten in Gebieten, in denen zuvor keine Christen lebten. Aber auch Christen, die keinen anderen religiösen Hintergrund haben, vor allem Protestanten, werden dazu aufgefordert, den buddhistischen Glauben anzunehmen.
- **Christen erfahren wegen ihres Glaubens Benachteiligungen im Bildungsbereich:** In einigen Orten wird christlichen Studenten damit gedroht, dass ihnen die Immatrikulation verweigert wird, da sie nicht der Mehrheitsreligion angehören. Einige Fälle von verweigerter Immatrikulation liegen den Gerichten noch unabgeschlossen vor. Um die Zulassung zu staatlichen Schulen und Hochschulen zu erhalten, müssen Kinder aus christlichen Familien bessere Noten haben als Kinder, die der Mehrheitsreligion angehören. Schulen bieten häufig keinen christlichen Religionsunterricht an, obwohl sie gesetzlich dazu verpflichtet sind. Wenn sie es doch tun, stellen sie keine angemessenen Räumlichkeiten zur Verfügung, um ihn durchzuführen.

Christlichen Konvertiten wird regelmäßig der Zugang zu gemeinschaftlich genutzten Ressourcen wie Brunnen und Strom verweigert (oder sie werden diesbezüglich zumindest benachteiligt). Wie bereits in vielen der vorangegangenen Jahre gab es im aktuellen Berichtszeitraum mehrere Vorfälle, bei denen sich Dorfbewohner, buddhistische Mönche oder Nachbarn bei der Polizei oder lokalen Regierungsbeamten über die Aktivitäten von Pastoren und Gemeinden in ländlichen Gebieten beschwerten. Meistens begannen dann die Polizisten damit, die Kirche für eine gewisse Zeit immer wieder zu besuchen oder die Pastoren über ihre Aktivitäten zu befragen. (Im Dezember 2017 fand in einer Stadt eine Posterkampagne gegen eine christliche Mitarbeiterin statt, in der sie und andere Christen mit dem Tod bedroht wurden, sollte sie ihren Dienst nicht einstellen.) Gelegentlich kommt es zu Boykotts gegen von Christen betriebene Geschäfte. Es wurde von mehreren Vorfällen berichtet, bei denen Christen in ländlichen Gegenden die Mitgliedschaft in Bestattungsgesellschaften entzogen wurde. Diese Gesellschaften werden auf Dorfebene gebildet und sind wichtig, um Beerdigungen durchzuführen. Nach den Anschlägen vom Ostersonntag im April 2019 wurden mehrere Pastoren von Polizei und Geheimdienst aufgesucht und auf das Polizeirevier gebeten. Unter dem Vorwand, Schutz für die Gemeinden zu bieten, wurden dann Einzelheiten über die Gemeindemitglieder abgefragt. Der versprochene Polizeischutz kam jedoch in den meisten Fällen nicht zustande.

Leben im Staat

- **Die Verfassung schränkt die Religionsfreiheit, wie sie in Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte formuliert ist, ein:** Während die Verfassung Sri Lankas in Artikel 10 die Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit und in Artikel 14 (1) (e) die Freiheit der Glaubensausübung verankert, heißt es in Artikel 15 (7), dass die Freiheit der Religionsausübung aus Gründen der nationalen Sicherheit, der öffentlichen Moral und der Gesundheit eingeschränkt werden kann. Des Weiteren besagt Artikel 9 der Verfassung, dass der Buddhismus an erster Stelle stehen soll. Artikel 9 und 15 (7) werden weithin in willkürlicher und voreingenommener Weise gegen Christen eingesetzt. Darüber hinaus fällt die Justiz in Sri Lanka weiterhin einseitige Urteile in Fällen, in denen es um Religionsfreiheit geht – mit diesen beiden Artikeln als Grundlage ihrer Argumentation. Im Juli 2018 entschied das Oberste Gericht in Fall 241/14: „Dieses Gericht muss in jedem Fall die Verfassung des Landes aufrechterhalten und ihr Wirkung verleihen, und wie unsere Verfassung besagt, haben die Bürger des Landes kein von der Verfassung geschütztes Recht, ihre Religion oder ihre Glaubensüberzeugungen zu ‚propagieren'." Dies scheint eine langjährige Praxis rechtlich zu stützen, die internationale Rechtsstandards missachtet.
- **Wer Christen schadet, bleibt absichtlich unbestraft:** Täter, die Angriffe gegen Christen anführten, wurden bisher nicht ordnungsgemäß verurteilt. Die Justiz ist sehr voreingenommen: Fälle, bei denen es um Religionsfreiheit geht, haben keine Priorität. In den meisten Fällen drängt die Justiz das christliche Opfer, den Fall beizulegen. Die rasche Freilassung des Generalsekretärs von Bodu Bala Sena nach nur wenigen Monaten Haft (der nicht wegen eines Angriffs auf religiöse Minderheiten, sondern wegen Missachtung des Gerichts verurteilt wurde) schuf im Mai 2019 einen Präzedenzfall und zeigt die vorherrschende Mentalität.
- **Vor Gericht angeklagten Christen wird eine Gleichbehandlung verweigert:** In der Regel werden solche Fälle mit einem Zwangsausgleich, einem Bußgeld oder einer Kaution abgeschlossen. Im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2020 gab es dazu Berichte aus dem Bezirk Puttalam.
- **Christen wurden beim Kontakt mit Behörden (lokalen Verwaltungen, Regierung, Armee, etc.) wegen ihres Glaubens diskriminiert:** Christen werden regelmäßig von Regierungsbeamten benachteiligt. Werden Christen Opfer eines Angriffs von Buddhisten, werden sie auf der Polizeiwache diskriminiert. In den meisten Fällen geben die Polizeibeamten den Christen die Schuld an dem Angriff und schreiben einen Bericht über „Ruhestörung", in dem sowohl Buddhisten als auch Christen gleichermaßen als Verursacher des Vorfalls festgehalten werden. Viele örtliche Beamte sind ebenfalls voreingenommen: Möchten Christen beispielsweise ein Haus bauen, wird oft die Genehmigung verweigert – selbst wenn alle gesetzlichen Anforderungen erfüllt sind. Es gibt Berichte darüber, dass örtliche Regierungsbeamte sich Mobs anschlossen, die Proteste und Angriffe gegen christliche Gemeindehäuser führten.

Der Druck auf Christen in diesem Lebensbereich ist nach wie vor beträchtlich, zumal die Regierung dazu tendiert, den Buddhismus und den buddhistischen Nationalismus zu unterstützen. Die wenigen Christen, die Regierungsposten innehaben oder mit der Regierung zusammenarbeiten, erleben Diskriminierung von Nationalisten.

In den Medien werden Christen negativ dargestellt. Es gibt ein übliches Muster vor gewaltsamen Angriffen: Der Angreifer veröffentlicht falsche Anschuldigungen in den Medien (z. B. die Behauptung, ein Pastor erzwinge Glaubenswechsel), welche wiederum den Angriff rechtfertigen. In vielen Fällen werden Christen und christliche Menschenrechtsorganisationen beschuldigt, „soziale Unruhe“ zu stiften (man erinnere sich zum besseren Verständnis an das „buddhistische Dreieck“). Positiv ist, dass Pastoren sich weiterhin trauen, Klagen einzureichen und ihre verfassungsmäßigen Rechte einzufordern. Das Ergebnis hat jedoch meist keinen großen Wert.

Kirchliches Leben

- **Kirchliche Aktivitäten werden überwacht, ver- bzw. behindert oder gestört:** Mobs, Mönche, Dorfbewohner, Polizei und lokale Behörden unterbrechen weiterhin die Treffen von Christen, stellen die Rechtmäßigkeit ihrer Aktivitäten infrage und bringen diese Fälle vor die höheren Autoritäten. Oft werden christliche Dorfbewohner aufgefordert, all ihre Aktivitäten einzustellen und/oder das Dorf zu verlassen.
- **Es ist schwierig, als Kirche eine Registrierung oder einen Rechtsstatus zu bekommen:** Die Registrierung wird oft als Druckmittel gegen christliche Kirchen benutzt. Ein 2008 veröffentlichtes Rundschreiben des Ministeriums für Buddha Sasana, kulturelle und religiöse Angelegenheiten findet immer noch Anwendung. Es verlangt von religiösen Gemeinschaften, Gotteshäuser registrieren zu lassen, und fordert eine vorherige Genehmigung für alle Neubauten. Obwohl dieses Rundschreiben keine Rechtsgültigkeit besitzt und sowieso nur für Kirchen gelten würde, die nach 2008 eröffnet wurden, benutzen lokale Behörden, buddhistische Mönche und Mobs dieses Schreiben, um ihre manchmal sehr gewalttätigen Aktionen gegen Christen zu rechtfertigen. In der derzeitigen Situation schenken lokale Behörden und Gerichte Pastoren auch dann kein Gehör, wenn diese sich über die Anwendung des Rundschreibens beschweren. Der Oberste Gerichtshof schränkte die Religionsfreiheit (im Fall Nr. SCFR 92/2016 vom Juni 2017) zudem ein, als er bezüglich des Rundschreibens entschied: „Es kann als Gesetz angesehen und daher auf alle Gemeinschaften angewendet werden.“ Das US-Außenministerium erklärt in seinem Bericht von 2018 zur internationalen Religionsfreiheit auf Seite 7: „Die Abteilung für christliche religiöse Angelegenheiten startete im Jahr 2016 eine öffentliche Aufklärungskampagne, um lokale Gemeinden nicht konfessionsgebundener Gruppen zu ermutigen, sich als religiöse Organisationen eintragen zu lassen. Doch bis zum Jahresende hatte die Regierung keine neuen Gruppen registriert, weil laut Beamten eine politische Entscheidung darüber noch ausstand, ob das Ministerium diese Gruppen registrieren würde oder nicht. Stattdessen fuhren nichtregistrierte, freie christliche Gruppen damit fort, kommerzielle Stiftungen, Rechtsgesellschaften oder Nichtregierungsorganisationen zu gründen, um am Geschäftsverkehr teilnehmen zu können, Bankkonten zu eröffnen und Land zu erwerben. Ohne formale Anerkennung über das Registrierungsverfahren konnten nicht konfessionsgebundene Kirchen nach eigener Aussage jedoch keine Visa für religiöse Mitarbeiter für den Besuch von Geistlichen finanzieren und sahen sich Einschränkungen beim Abhalten von Versammlungen oder dem Bau neuer Kirchengebäude gegenüber.“ Nachdem 2015 eine neue Regierung gewählt worden war, richtete sie im Ministerium für religiöse Angelegenheiten eine Abteilung für christliche Angelegenheiten ein. Damit erkannte die Regierung zum ersten Mal an, dass Christen eine eigenständige Einheit sind. Evangelikale Christen werden jedoch von dieser Regierungsstelle nicht anerkannt und systematisch diskriminiert.

- **Christliche Gemeinschaften werden daran gehindert, Kirchengebäude zu bauen oder zu renovieren, oder Ansprüche auf historische Kirchengebäude geltend zu machen, die ihnen zuvor genommen worden waren:** Es bleibt sehr schwierig, ein Kirchengebäude in einer ländlichen Gegend zu bauen oder zu renovieren, da es das sri-lankische Dreieck stört (welches im Abschnitt „Religiös motivierter Nationalismus“ beschrieben wurde). Auch wenn die Pastoren und die Kirche alle gesetzlichen Bestimmungen und Abläufe befolgen, werden Baupläne häufig nicht genehmigt. In den meisten Fällen informiert der Regierungsbeamte den lokalen buddhistischen Tempel oder die Dorfältesten über den vorgelegten Bauplan. Daraufhin reichen die Dörfer bei der Regierung Petitionen ein, in denen sie fordern, dass der Bauplan nicht genehmigt werden solle. Im Gegenzug nutzen die Regierungsbeamten diese Petitionen als Vorwand und verweigern die Genehmigung mit der Begründung, dass sie durch ihre Genehmigung Disharmonie innerhalb der Gemeinschaft schaffen würden. Sie handeln damit über ihre Befugnisse hinaus, doch die Genehmigung wird trotzdem verweigert. Daher sind eine Mehrzahl der neueren, meist protestantischen Freikirchen Hauskirchen. Wie das US-Außenministerium in seinem Bericht von 2018 zur internationalen Religionsfreiheit verzeichnet, wächst die Zahl dieser Gruppen.
- **Es ist für Kirchen und christliche Organisationen riskant, ihre Stimme gegen Verfolger zu erheben:** Dies führt in der Regel nur zu mehr Diskriminierung und/oder weiteren Angriffen. Es gab sogar Fälle, in denen Christen das Land für einige Zeit verlassen mussten, weil sie sich zu deutlich geäußert hatten.

Auftreten von Gewalt

- Die Selbstmordanschläge gegen drei christliche Kirchen und drei Hotels am Ostersonntag, dem 21. April 2019, kosteten 259 Menschen das Leben, was sie zu einem der größten islamistischen Anschläge auf Zivilisten seit dem 11. September 2001 macht. Die betroffenen Kirchen waren die katholische Kirche St. Sebastian in Negombo, die katholische Kirche St. Antonius in Colombo und die protestantische Zionskirche in der an der Ostküste gelegenen Stadt Batticaloa. (Die Hotels, die während eines „Osterfrühstücks“ angegriffen wurden, waren das „Shangri-La“, das „Cinnamon Grand“ und „The Kingsbury“.) Alle Angriffe wurden abgestimmt und morgens gegen 8:45 Uhr durchgeführt. Zwei kaum bekannte islamisch-extremistische Gruppen übernahmen die Verantwortung. Das Ausmaß der Verwüstung und des Chaos zeigt sich darin, dass die Behörden die ursprünglich von ihnen angegebene Zahl der Todesopfer nachträglich um mehr als hundert reduzierten.
- Die drei oben genannten Kirchen wurden von islamistischen Kämpfern angegriffen. Doch was „normale, alltägliche“ Angriffe angeht (insofern man davon sprechen kann), gerieten andere Kirchen auch ins Visier von buddhistischen Mönchen und Mobs.
- Aus den Distrikten Hambantota und Gampaha wurde davon berichtet, dass Häuser von Pastoren und anderen Christen angegriffen wurden. In den meisten Fällen wurden die Angriffe von Mobs verübt. In einem Fall mussten Christen ihr Dorf verlassen und wagten es für mehrere Monate nicht, zurückzukehren.

7. Verfolgungssituation für Frauen und Männer

Wie Frauen Verfolgung erfahren:

- Verweigerung des Zugangs zu christlichen Materialien
- Ausschluss aus der Gemeinschaft
- Diskriminierung/Schikanierung im Bildungsbereich
- Zwangsscheidung
- Zwangsverheiratung
- Körperliche Gewalt
- Sexuelle Gewalt
- Verbale Gewalt

Das Büro des UN-Sonderbeauftragten des Generalsekretärs zu sexueller Gewalt in Konflikten rief die sri-lankische Regierung am 29. Mai 2019 dazu auf, sich angemessen mit Straffreiheit und Verbreitung sexueller Gewalt auseinanderzusetzen: Sexuelle Übergriffe sind eine Waffe, die häufig gegen Frauen eingesetzt wird, unabhängig von ihrer Religion. Christinnen sind aufgrund ihres Glaubens doppelt gefährdet. Verfolgung mit sexuellen Übergriffen in jeglicher Form wird meist als Schande für die gesamte Familie gesehen und beeinflusst auch die Heiratsaussichten im Dorf.

Ist eine christliche Frau oder ein christliches Mädchen bereits Opfer von Verfolgung dieser Art geworden (egal, ob Konvertitin oder nicht), wird ihre Familie ihr nur zögerlich erlauben, weiter in der Gemeinde zu dienen.

Aus kulturellen Gründen ist es für christliche Konvertitinnen schwieriger, ihren Glauben zu leben, als für männliche Konvertiten. Gesetze, welche die muslimische Gemeinschaft betreffen, machen Christinnen muslimischer Herkunft angreifbarer – zum Beispiel das Gesetz zur muslimischen Ehe, das Männern eine bessere Position zuweist. Wenn eine Christin einen muslimischen Hintergrund hat und an ihrem neugefundenen Glauben festhält, ist es wahrscheinlicher, dass sie zur Ehe mit einem Muslim gezwungen wird; insbesondere in malaiischen Familien, in denen arrangierte Ehen weitverbreitet sind. Dass bereits in jungem Alter geheiratet wird, trägt dazu bei, dass ein Glaubenswechsel solche Konsequenzen haben kann.

Frauen und Mädchen unterliegen zudem häufig einer Kleiderordnung und bestimmten Traditionen (beispielsweise dem Tragen religiöser Symbole in hinduistischen Gemeinschaften). Sie sind auch mit verbaler Gewalt konfrontiert, besonders durch buddhistische Mönche und Dorfbewohner.

Wie Männer Verfolgung erfahren:

- Entführung
- Ausschluss aus der Gemeinschaft
- Wirtschaftliche Schikanierung im Berufs-/Geschäftsleben
- Falsche Anklagen
- Erzwungene Flucht aus Stadt oder Land
- Inhaftierung durch die Behörden
- Körperliche Gewalt
- Psychische Gewalt
- Verbale Gewalt

Christliche Leiter tragen oft die Hauptlast bei Angriffen auf Kirchen. Da oft Männer leitende Positionen innehaben, werden sie am häufigsten Opfer körperlicher Gewalt. Vor allem Männer, besonders Pastoren und Gemeindeleiter, werden Ziel von Einschüchterung und Gewalt, weshalb sie häufig gezwungen sind, zu fliehen oder in andere Gebiete umzuziehen. Manche müssen sich auch verstecken, was manchmal zu einer langen Zeit der Trennung von ihrer Familie führt. Christliche Männer und Jungen sind zudem ständig von Entführung und Folter aufgrund ihres Glaubens bedroht. Weil Sri Lanka eine von Männern dominierte, patriarchalische Gesellschaft ist, erzeugt es in ländlichen, geschlossenen Gemeinschaften ein Gefühl von Scham, wenn ein Mann körperlich angegriffen wird.

Die Verfolgung von Männern und Jungen beeinflusst vor allem den Lebensunterhalt christlicher Familien. Besonders in ländlichen Gebieten sind Männer die Hauptverdiener der Familie – die Arbeitsstelle oder die Lebensgrundlage zu verlieren, trifft die gesamte Familie. Die Auswirkungen können selbst Jahre nach dem eigentlichen Vorfall noch spürbar sein.

8. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Buddhistisch-nationalistische Mönche gehen nicht nur stark gegen Christen vor, sondern auch gegen die muslimische Minderheit des Landes. Im März 2018 kam es in der zentral gelegenen Stadt Kandy zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Buddhisten und Muslimen. Die religiöse Komponente dieser Gewalt ist besorgniserregend. Extremistische singhalesisch-buddhistische Mobs führten eine Welle von gewalttätigen Angriffen an, bei denen 49 Geschäfte von Muslimen, 132 Privathäuser und 4 Moscheen beschädigt oder zerstört wurden. 51 Menschen wurden verletzt und zwei Todesopfer gemeldet. Nach den Anschlägen vom Ostersonntag 2019 kam es zu zahlreichen Übergriffen gegen die muslimische Minderheit im Land.

Die hinduistische Minderheit wird ebenfalls weiterhin mit Misstrauen beobachtet. Dies liegt zum Teil an religiösen Vorurteilen, zum Teil an der schmerzlichen Kriegsgeschichte des Landes, in der die hauptsächlich hinduistische Minderheit der Tamilen in den nördlichen und östlichen Provinzen des Landes um Unabhängigkeit kämpfte. (Diese hinduistischen Gemeinschaften werden jedoch auch zunehmend selbst zu Verfolgern – sie verfolgen Christen mit hinduistischem Hintergrund und greifen Kirchen in ihrer Mitte an.)

9. Der Ausblick für Christen

Religiös motivierten Nationalismus

Diese Triebkraft der Verfolgung wird weiterhin eine große Rolle spielen – nicht nur in der Politik Sri Lankas, sondern auch in der Gesellschaft und in Familien. Die Regierung steht vor der immensen Herausforderung, die Wirtschaft am Laufen zu halten. Das Land wählte im November 2019 erneut die Rajapaksa-Familie an die Macht. Ein sichtbares Warnzeichen war bereits der erdrutschartige Sieg der neuen Partei des früheren Präsidenten Rajapaksa („Sri Lanka Podujana Peramuna“, SLPP) bei den lokalen Wahlen im März 2018. Dies zeigt, wie frustriert die Wähler von der Politik der Regierung sind.

Die Selbstmordattentate vom April 2019 verhalfen der Familie Rajapaksa zur Rückkehr an die Macht. Die Menschen sehnen sich nach Sicherheit; viele haben sich daran erinnert, dass das harte Vorgehen der Rajapaksas den Bürgerkrieg im Jahr 2009 beendet hat, und glauben, dass ein solches Durchgreifen das ist, was das Land jetzt braucht. Nach Angaben von Experten für Religionsfreiheit verdoppelten sich

die Angriffe auf religiöse Minderheiten während der zehnjährigen Amtszeit des früheren Präsidenten Mahinda Rajapaksa, der nun Premierminister ist, dabei jedoch fast. Früher unterstützte er extremistische buddhistische Gruppen wie BBS und trug zu ihrer Blüte bei. Somit scheint es, als bliebe Versöhnung und ein friedliches Miteinander aller Bürger (einschließlich Minderheiten wie Christen) weiter ein ferner Traum.

Es ist wahrscheinlich, dass Religiös motivierter Nationalismus zunimmt und „Diktatorische Paranoia" als Triebkraft der Verfolgung erneut auftritt. Ein frühes Zeichen für ein sich bereits wandelndes Klima in der Gesellschaft ist, dass der Chefermittler für organisierte Kriminalität, Nishantha Silva, der auch mit der Untersuchung des Mordes an einem christlichen Journalisten im Jahr 2009 beauftragt wurde, im November 2019 aufgrund von Drohungen aus dem Land floh und in der Schweiz Asyl suchte.

Islamische Unterdrückung

Die Bombenanschläge von Ostern 2019 erinnerten daran, dass Religiös motivierter Nationalismus nicht die einzige Triebkraft der Verfolgung in Sri Lanka ist. Die Behörden reagierten schnell mit einem harten Vorgehen gegen verdächtige Netzwerke islamisch-extremistischer Gruppen und mutmaßliche Unterstützer der Angreifer. Es bleibt abzuwarten, ob es noch mehr Angriffe islamistischer Gruppen oder Einzeltäter geben wird und ob sie sich gegen die christliche Minderheit richten werden. Es könnte passieren, dass sich die muslimische Jugend radikalisiert, wenn die Angriffe auf Muslime andauern und ihnen in der Gesellschaft keine Zukunftsperspektive geboten wird. Wenn das Jahr 2019 Beobachter etwas lehrt, dann die Tatsache, dass man mit Vorhersagen sehr vorsichtig sein muss.

zurück zur Länderübersicht

Tadschikistan: Platz 31

Zusammenfassung

Die Regierung übt starken Druck auf alle „abweichlerischen“ Gruppen aus, indem sie existierende Gesetze verschärft und strikt durchsetzt. Einheimische Christen muslimischer Herkunft erleiden die stärkste Verfolgung sowohl durch den Staat als auch durch ihre Familie, Freunde und ihr soziales Umfeld. Am wenigsten Probleme haben russisch-orthodoxe Kirchen, da sie selten versuchen, in Kontakt mit der tadschikischen Bevölkerung zu treten. Besonders das Jugendgesetz hat Christen (und andere religiöse Minderheiten) in eine rechtliche Grauzone gedrängt, da nicht klar daraus hervorgeht, was noch erlaubt ist.

Beispiele aus dem aktuellen Berichtszeitraum

Es ist zu beachten, dass keine einzige Quelle Beispiele von Verfolgung in Tadschikistan berichten kann – selbst nicht die Menschenrechtsorganisation Forum 18. Dies bedeutet aber nicht, dass es keine Verfolgung gibt, sondern dass tadschikische Christen sich nicht bei ausländischen Organisationen melden, um diese veröffentlichen zu lassen.

Im aktuellen Berichtszeitraum wurden elf Mitglieder einer geheimen Hauskirche bei einer Polizeirazzia festgenommen.

---

1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Tadschikistan belegt mit 65 Punkten den 31. Platz auf dem Weltverfolgungsindex 2020.

Im Weltverfolgungsindex 2019 belegte das Land Platz 29 bei ebenfalls 65 Punkten. Nachdem sich im Berichtszeitraum zum Weltverfolgungsindex 2018 die Situation für Christen deutlich verschlechtert hatte, gab es im aktuellen Berichtszeitraum keine größeren Veränderungen.

2. Triebkräfte der Verfolgung

Diktatorische Paranoia

Außerhalb der vom Staat genehmigten und überwachten Einrichtungen ist keine religiöse Aktivität erlaubt. Seit 2015 haben die Behörden den Druck noch weiter erhöht; es gab mehr Razzien bei Versammlungen und Verhöre von Christen. Mitglieder protestantischer Kirchen werden nach landläufiger Meinung als Anhänger einer fremdartigen Sekte betrachtet, deren einziges Ziel darin besteht, das gegenwärtige politische System auszuspionieren und zu zerstören. Sie gelten als gefährlich und müssen daher nicht nur kontrolliert, sondern nötigenfalls ausgerottet werden. Die Überwachung betrifft auch den Religionsunterricht, ungeachtet der Religion.

Islamische Unterdrückung

Wenn Einheimische (in der Regel Muslime) den christlichen Glauben annehmen, erfahren sie nahezu immer Druck und gelegentlich auch körperliche Gewalt durch ihre Familien, Freunde und das soziale Umfeld. Man versucht, ihre Rückkehr zum ursprünglichen Glauben zu erzwingen. Einige Christen muslimischer Herkunft werden von ihren Familien für lange Zeit eingesperrt, geschlagen und schließlich in vielen Fällen von der örtlichen Gemeinschaft ausgeschlossen. Lokale Mullahs predigen gegen Christen, was den Druck noch verstärkt. Deshalb setzten Christen muslimischer Herkunft alles daran, ihren Glauben geheim zu halten. Sie werden zu sogenannten „geheimen Christen".

3. Verfolger

Ausgehend von Diktatorischer Paranoia

- **Regierungsbeamte:** Die Polizei durchsucht Häuser und Kirchen und beschlagnahmt christliche Bücher, DVDs und Computer. Es folgen Verhaftungen, Verhöre und Bußgelder für Christen. Kirchenleiter werden regelmäßig zum Verhör vorgeladen und unter Druck gesetzt, Informanten zu werden. Dieser Druck richtet sich vor allem gegen tadschikische Gemeindeleiter.
- **Politische Parteien:** In Tadschikistan sind nur wenige politische Parteien erlaubt. Die Partei des amtierenden Präsidenten Rahmon ist an der Verfolgung beteiligt, da sie in vielen Fällen das Vorgehen gegen Christen unterstützt.
- **Bürger:** Gewöhnliche Bürger gehören der muslimischen Mehrheit an; auch sie melden christliche Aktivitäten an die Behörden.

Ausgehend von Islamischer Unterdrückung

- **Familie:** Muslimische Familienangehörige, insbesondere auf dem Land, üben hohen Druck auf Christen muslimischer Herkunft aus. Damit gehen häufig Drohungen, Schläge, Hausarrest und Ausgrenzung einher.
- **Anführer ethnischer Gruppen:** Die Anführer ethnisch-tadschikischer Gruppen sehen im Wechsel zum christlichen Glauben einen Angriff auf die tadschikische Identität und reagieren mit Anfeindung.
- **Nichtchristliche religiöse Leiter:** Muslimische Geistliche greifen teilweise zu körperlicher Gewalt, um Christen muslimischer Herkunft dazu zu bringen, ihren neuen Glauben zu widerrufen.
- **Bürger:** Wenn sich Tadschiken dem christlichen Glauben zuwenden, müssen sie mit gravierender Verfolgung durch ihr lokales Umfeld und die religiösen Anführer rechnen. Gewöhnliche Bürger auf kommunaler Ebene üben zusätzlichen Druck auf ehemalige Muslime aus, zum Islam zurückzukehren.
- **Regierungsbeamte:** Auf lokaler Ebene haben Regierungsbeamte Verbindungen zur muslimischen Gemeinschaft. Dies führt zu Problemen für Christen muslimischer Herkunft und Protestanten.

4. Regionale Brennpunkte der Verfolgung

In Tadschikistan gibt es keine geografischen Brennpunkte von Verfolgung; generell ist jedoch der Druck vonseiten des muslimischen Umfeldes außerhalb der großen Städte stärker.

5. Betroffene Christen

Christen aus traditionellen Kirchen

Diese Gemeinschaften, von denen die größte die Russisch-Orthodoxe Kirche bildet, verbreiten das Evangelium nicht unter Tadschiken. Sie werden kaum behelligt, da sie von der Regierung nicht für bedrohlich gehalten werden. Darüber hinaus hat die tadschikische Regierung kein Interesse daran, Russland zu provozieren, indem sie die Russisch-Orthodoxe Kirche angreift.

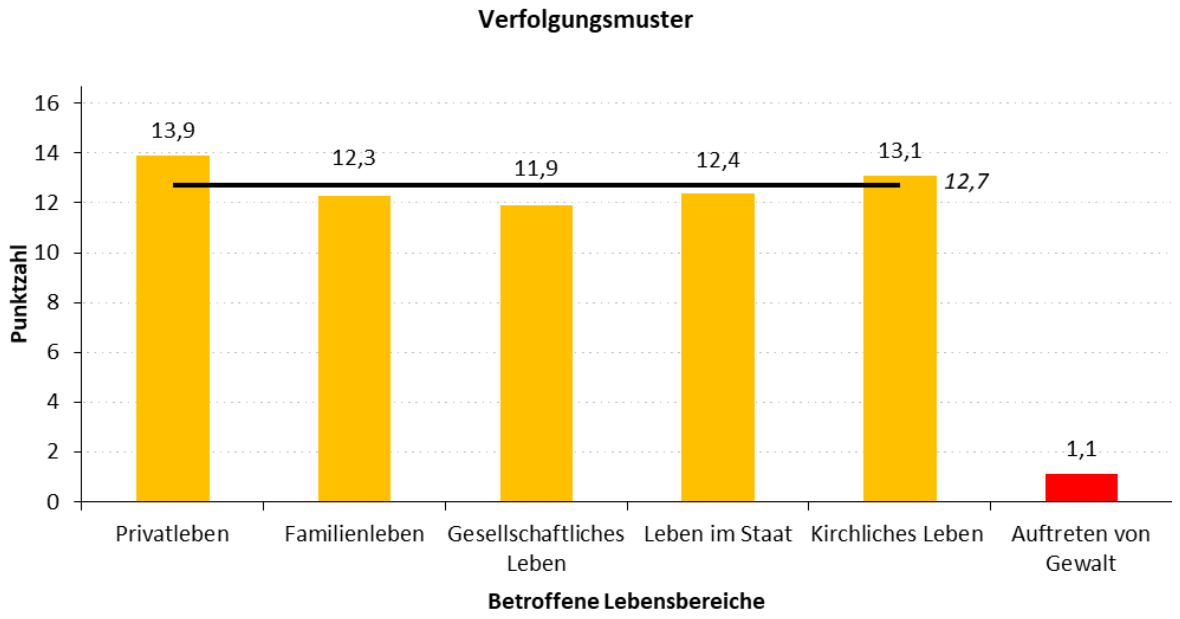
Christen mit muslimischem Hintergrund

Christen muslimischer Herkunft tragen die Hauptlast der Verfolgung in Tadschikistan. Neben einigen staatlichen Einschränkungen stehen sie zusätzlich unter enormem Druck durch Familie, Freunde und ihr Umfeld, wobei der gesellschaftliche Druck die größte Rolle spielt. Übertritte zum christlichen Glauben werden als Verrat am Volk, am Staat und an der Religion angesehen und gelten als Schande für die Familie.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Nach Christen muslimischer Herkunft ist diese Gruppe die am zweitstärksten verfolgte, besonders, weil sie aktiv das Evangelium weitergibt. Baptisten, evangelikale und pfingstkirchliche Gemeinschaften leiden unter häufigen Razzien, Bedrohungen, Inhaftierungen und Geldstrafen durch die Behörden.

6. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Tadschikistan

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Der durchschnittliche Druck auf Christen liegt auf sehr hohem Niveau, die Punktzahl (12,7 Punkte) ist gegenüber dem Weltverfolgungsindex 2019 (12,4) noch leicht angestiegen. Diese Tendenz gilt für alle fünf Lebensbereiche.
- Vier Lebensbereiche weisen sehr hohen Druck auf, der Druck im Privatleben ist sogar extrem hoch. Dies zeigt, dass sowohl das muslimische Umfeld als auch die tadschikische Regierung Christen (muslimischer Herkunft) viele Einschränkungen auferlegt.
- Der Wert für Gewalt sank von 2,4 Punkten im Vorjahr auf 1,1 Punkte. Nur sehr wenige gewaltsame Zwischenfälle wurden gemeldet.

Zu jedem der Lebensbereiche sind im Folgenden jeweils ausgewählte Teilaspekte genannt, die im betreffenden Lebensbereich für die Christen zu den gravierendsten Schwierigkeiten gehören.

Privatleben

- **Es ist gefährlich für Christen, mit Menschen außerhalb ihrer Familie über ihren Glauben zu sprechen:** Christen muslimischer Herkunft geben ihren Glauben normalerweise nicht an Menschen aus ihrem sozialen Umfeld weiter. Für alle Christen kann es gefährlich sein, mit Muslimen über religiöse Fragen zu diskutieren. Den eigenen Glauben mit anderen zu teilen, wird als Aufruf zu religiösem Hass interpretiert und führt dazu, dass der Staat sich einschaltet.
- **Ein Wechsel der Religion wird abgelehnt, verboten oder mit einer Strafe belegt:** Eine Konversion wird als Verrat an der Familie, der Kultur und auch am Islam betrachtet. Wenn sich Menschen zum christlichen Glauben bekehren, entscheiden sie sich bewusst gegen ihr soziales Umfeld. Familie, Freunde und viele andere versuchen dann, den Konvertiten dazu zu bringen, wieder zu seinem alten Glauben zurückzukehren. Dies kann auch zu körperlicher Gewalt führen. Offiziell ist ein Glaubenswechsel nicht verboten – Tadschikistan ist ein säkularer Staat. Die Regierung sieht Religionswechsel jedoch kritisch, da sie zu Spannungen in der Bevölkerung führen können.
- **Es ist für Christen riskant, ihren Glauben im persönlichen Rahmen zu praktizieren (z.B. Gebet, Lesen der Bibel, etc.):** Dies ist sehr gefährlich für Christen aus muslimischem Hintergrund. Selbst in ihrem Privatleben ist die Verfolgung sehr hart, auch wenn sie ganz allein ihrem Glauben nachgehen. Es gibt Berichte von Familien, die Konvertiten schlagen, um sie zu zwingen, ihrem Glauben abzuschwören. Auch wenn der Staat versucht, religiöse Aktivitäten so gut es geht zu regulieren, so hat dies wenig Einfluss auf den ganz privaten Bereich.
- **Es ist für Christen riskant, christliche Bilder oder Symbole zu zeigen:** Ihren neuen Glauben offen zu zeigen, ist für Konvertiten sehr problematisch. Dies würde negative Reaktionen vonseiten ihrer Familien, Freunde und ihres sozialen Umfeldes nach sich ziehen. Wenn ein Christ christliche Symbole trägt, wird dies jedoch unweigerlich die Aufmerksamkeit der Muslime in seiner Umgebung sowie staatlicher Stellen auf ihn lenken.

Christen in Tadschikistan geraten in Schwierigkeiten, wenn sie ihren Glauben bekannt geben, innerhalb der Familie über ihren Glauben sprechen oder wenn sie sich mit anderen Christen treffen. Besonders Konvertiten sind in Tadschikistan demnach im Bereich des Privatlebens in hohem Maß gefährdet.

Familienleben

- **Christliche Kinder werden unter Druck gesetzt, an antichristlichem oder die Mehrheitsreligion propagierendem Unterricht teilzunehmen:** Das muslimische Umfeld (Familie, Freunde, Bekannte) übt besonders auf die Kinder von Konvertiten Druck aus, islamische Glaubensinhalte zu erlernen – manchmal sogar gegen den Willen der Eltern. „Geschichte der Religionen“ ist ein schulisches Pflichtfach, das aus sunnitischer Perspektive unterrichtet wird.
- **Eltern werden daran gehindert, ihre Kinder nach ihrem christlichen Glauben zu erziehen:** Die Familienmitglieder von Konvertiten sind strikt dagegen, dass diese ihre Kinder nach ihrem christlichen Glauben und Werten erziehen. Sie versuchen, die Kinder unter ihre Obhut zu nehmen, um sie nach islamischen Prinzipien erziehen zu können. Die religiöse Erziehung von Kindern unterliegt sehr restriktiven Gesetzen. Demzufolge dürfen Eltern ihre Kinder zwar nach ihrem Glauben erziehen, gleichzeitig sollten sie aber nicht zulassen, dass ihre Kinder (bis zum Alter von 18 Jahren) an Aktivitäten von religiösen Organisationen (z.B. Kirchen oder Moscheen) teilnehmen.
- **Christliche Taufen wurden verhindert:** Die Taufe gilt als finaler Schritt hin zum christlichen und weg vom ursprünglichen Glauben. Familie, Freunde und das soziale Umfeld lehnen dies ab. Auch der Staat sieht Taufen sehr kritisch, da sie automatisch mit Evangelisation und Konversion in Verbindung gebracht werden – beides wird vom Staat abgelehnt.
- **Kinder von Christen werden wegen des Glaubens ihrer Eltern schikaniert oder diskriminiert:** Christliche Kinder werden beleidigt und muslimische Kinder werden dazu angehalten, nicht mit christlichen Kindern zu kommunizieren. Christliche Kinder werden als Außenseiter gesehen und daher oft von anderen Kindern schikaniert.

Gesellschaftliches Leben

- **Christen werden von ihrem Umfeld unter Druck gesetzt, ihren Glauben zu widerrufen:** Der Druck auf Christen muslimischer Herkunft vonseiten ihres sozialen Umfeldes, ihren neuen Glauben wieder aufzugeben, ist meist sehr stark. Dabei werden verschiedene Taktiken angewandt – Drohungen, Schläge, Hausarrest, Zwangsverheiratungen und Verbannung. Dahinter steht auch die Wahrnehmung, dass Protestanten eine gefährliche Sekte darstellen. Wenn dies geschieht, dann geht es vom muslimischen Umfeld aus.
- **Christen werden in ihrem Alltag aus religiösen Gründen belästigt, bedroht oder schikaniert:** Konvertiten werden von ihren Familien, Freunden und ihrem Umfeld schikaniert und bedroht (etwa auch vom örtlichen Imam). Christen, die zu nicht-registrierten kirchlichen Gruppen gehören, werden durch lokale Beamte belästigt.
- **Christen werden von ihrem lokalen Umfeld oder von privaten Gruppen überwacht:** Wenn bekannt wird, dass jemand zum christlichen Glauben konvertiert ist, wird er von seinen Familienmitgliedern und seinem Umfeld überwacht. Auch lokale Beamte überwachen alle Aktivitäten von nicht-orthodoxen Christen sehr genau. Die strenge Überwachung von nicht-orthodoxen Christen ist eine der stärksten Formen der Verfolgung im Land und beinhaltet auch das Abhören von Telefonen. Im aktuellen Berichtszeitraum gab es zahlreiche Vorfälle, bei denen Christen bei den Behörden gemeldet wurden.
- **Christen werden aus religiösen Gründen verhört oder gezwungen, sich bei der örtlichen Bürgerwehr/Polizei zu melden:** Wenn bekannt wird, dass jemand zum christlichen Glauben konvertiert ist, wird er von seiner Familie und seinem Umfeld schikaniert und intensiv befragt.

Immer wieder unterbricht die Polizei kirchliche Versammlungen und verhört die anwesenden Christen.

Leben im Staat

- **Christliche zivilgesellschaftliche Organisationen oder politische Parteien werden aufgrund ihrer christlichen Überzeugung in ihrer Arbeit behindert oder verboten:** Es ist für Christen unmöglich, solche Organisationen oder Parteien in Tadschikistan zu gründen; dies wird durch die tadschikische Verfassung verboten. Muslime betrachten christliche Organisationen sofort als Versuch, Menschen zum christlichen Glauben zu bekehren.
- **Die Verfassung (oder vergleichbare nationale oder staatliche Gesetze) schränkt die Religionsfreiheit ein, basierend auf der Formulierung in Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte:** Offiziell schützt die tadschikische Verfassung die Religionsfreiheit. Gleichzeitig führen andere Gesetze und Vorschriften jedoch zu Einschränkungen der Religionsfreiheit die von der Regierung auch durchgesetzt werden. Das Religionsgesetz von 2009/2011 (mit seinen Ergänzungen vom Januar 2018) schreibt die Registrierung aller religiöser Organisationen vor. Jegliche kirchlichen Aktivitäten von nicht-registrierten Gruppen sind illegal. Gleichzeitig ist es sehr schwer, eine staatliche Registrierung zu bekommen. Nicht-lizenzierte religiöse Bildung ist verboten und alles religiöse Material unterliegt der staatlichen Zensur. Das Gesetz über elterliche Verantwortung verbietet Menschen unter 18 Jahren die Teilnahme an Aktivitäten religiöser Organisationen.
- **Christen werden durch das Gesetz oder in der Praxis gezwungen gegen ihr Gewissen zu handeln:** Der Militärdienst in Tadschikistan ist verpflichtend. Den Militärdienst zu verweigern, wird durch das Gesetz bestraft.
- **Personen, die Christen Schaden zufügen, werden bewusst von der Strafverfolgung ausgenommen:** Behörden, die Christen bestrafen, tun dies mit Rückendeckung des Gesetzes und wenden dies bei ihrem Vorgehen nach eigenem Ermessen an. Dabei können sie generell sicher sein, dass ihnen auch dann keine Konsequenzen drohen, wenn sie über das vorgesehene Maß hinausschießen. Die Regierung macht bislang keine Anstalten, den Täter in einem derartigen Fall zu bestrafen, um die Verfolgung von Christen einzudämmen. Erschwerend kommt hinzu, dass jegliches Vorgehen gegen Konvertiten die volle Zustimmung des muslimischen Umfeldes hat.

Kirchliches Leben

- **Die Arbeit mit Jugendlichen wird gezielt eingeschränkt:** Die Gesetze vom August 2011 verbieten jegliche Art von Arbeit unter Jugendlichen. Das Gesetz wird regelmäßig von Beamten angewandt, indem sie Razzien in Kirchen durchführen. Zur Begründung der Razzien berufen sich die beteiligten Beamten auf das Gesetz und die Notwendigkeit, Kinder zu schützen. Da ca. 50 Prozent aller Christen in Tadschikistan Jugendliche sind, hat dies weitreichende Konsequenzen. Muslime lehnen christliche Jugendarbeit ab, blockieren vorsätzlich Veranstaltungen und Sommercamps und berichten alles, was ihnen auffällt, der Polizei.
- **Kirchen dürfen weder Schulen gründen, verwalten, unterhalten oder führen noch wohltätige, humanitäre, medizinische oder kulturelle Organisationen, Institutionen oder Vereine:** Wenn Christen erwägen, derartige Institutionen oder Vereine zu gründen, erhalten sie zum einen keine behördliche Genehmigung. Zudem würden Muslime diese Art von Aktivitäten mit Evangelisation in Verbindung bringen und sie blockieren.

- **Kirchen werden daran gehindert, christliches Material zu drucken oder Druckmaschinen zu besitzen:** Die Regierung muss der Produktion, dem Import und Export, dem Verkauf und der Verteilung von religiösem Material von registrierten religiösen Gruppen zustimmen. Damit sind faktisch alle Materialien verboten, die nicht-registrierte religiöse Gruppen benutzen. Auch registrierte Gruppen erhalten selten eine Erlaubnis. Das muslimische Umfeld lehnt die Produktion und die öffentliche Verteilung von jeglichem christlichen Material ab (besonders, wenn es in ihrer eigenen Sprache ist), da es davon ausgeht, dass es für evangelistische Zwecke genutzt wird.
- **Kirchen werden an der Interaktion mit der weltweiten Kirche gehindert:** Besuche von Christen aus dem Ausland sind stark eingeschränkt. Man benötigt ein besonderes Visum, das sehr schwer zu bekommen ist. Tadschikische Christen können nur dann andere Länder besuchen und an Konferenzen teilnehmen, wenn sie die Erlaubnis dafür erhalten. Der Staat überwacht genau, wer solche Reisen beantragt. Die muslimische Gemeinschaft lehnt das Auftreten ausländischer christlicher Prediger in Tadschikistan ab, besonders, wenn die Sprache von Muslimen verstanden werden kann.

Auftreten von Gewalt

- Acht Christen mit muslimischem Hintergrund wurden von ihren Verwandten angegriffen.
- Elf Mitglieder einer nicht-registrierten Kirche wurden gefangen genommen. Pastor Bakhrom Kholmatov in Khudzhand wurde am 18. Dezember 2019 (also nach Ende des Berichtszeitraums des Weltverfolgungsindex 2020) überraschend aus dem Gefängnis, entlassen nachdem er im Juli 2017 zu drei Jahren Haft wegen „Anstiftung zu religiösem Hass“ verurteilt worden war. Seine reguläre Haft sollte bis zum April 2020 dauern.

7. Verfolgungssituation für Frauen und Männer

Wie Frauen Verfolgung erfahren:

- Entführung
- Beschlagnahme von Erbschaft und Besitz
- Wirtschaftliche Schikanierung im Berufsleben
- Zwangsverheiratung
- Zwangsscheidung
- (Haus-)Arrest durch die Familie
- Körperliche Gewalt
- Verbale Gewalt

Auch wenn Frauen und Männer in Tadschikistan vom Gesetz her gleichberechtigt sind, so haben Frauen in der traditionellen Kultur einen geringeren Stellenwert als Männer. Von ihnen wird erwartet, dass sie den Männern in ihren Familien gehorsam sind. Ein UNICEF Projektdirektor schrieb 2004: „Die Rolle der Geschlechter wird in Tadschikistan einerseits von dem alten Sowjetsystem mit seiner starken Betonung der Geschlechtergleichheit im öffentlichen Leben beeinflusst, und andererseits von den traditionellen tadschikischen Werten, bei denen Frauen eine zentrale Rolle im Privaten, im Familienleben spielen…“ Und weiter: „Im Zentrum des Familienlebens zu stehen heißt aber nicht, dass Frauen damit auch die gleichen Rechte hätten wie ihre männlichen Familienmitglieder. Sie stehen unter der Autorität ihrer Ehemänner, Väter oder Brüder, die die Entscheidungsmacht besitzen.“

Daher können Frauen ihre Religion nicht frei wählen und werden verfolgt, wenn sie vom Islam zum christlichen Glauben wechseln. Wird ihr Glaubenswechsel bekannt, so drohen ihnen Hausarrest, Schläge, Ablehnung, Schikanen, erzwungene Scheidung und Enterbung. Sie stehen unter immensem Druck, ihren neuen Glauben zu widerrufen.

Die staatlichen Behörden Tadschikistans verbieten den Gebrauch von religiöser Kleidung oder Symbolen, auch solche, die christliche Frauen tragen. Bei Baptisten und Pfingstlern bedecken verheiratete Frauen traditionell ihren Kopf mit einem Tuch. Dieses Kopftuch sieht anders aus als das bei muslimischen Frauen übliche; unter Christen herrscht jedoch die Sorge, dass dies in der Zukunft zu einem Haftgrund wird.

Wie Männer Verfolgung erfahren:

- Entführung
- Verweigerung des Zugangs zu christlichen Materialien
- Schikanierung im Berufsleben
- Wirtschaftliche Schikanierung durch Geldstrafen
- Inhaftierung durch die Behörden
- (Haus-)Arrest durch die Familie
- Zwangsrekrutierung zum Militärdienst
- Einschränkung der Reisefreiheit
- Körperliche Gewalt
- Verbale Gewalt

Wie auch in anderen Teilen Zentralasiens haben Männer normalerweise in ihren Familien und Gemeinden die Führungsrolle inne. Aus diesem Grund übt die Polizei mehr Druck auf Männer aus. Immer wieder unterbrechen Polizeibeamte Versammlungen und verhören die anwesenden Christen. Die örtlichen Behörden verhängen oft Geldstrafen gegen Christen wegen ihres Glaubens und damit zusammenhängenden Tatbeständen wie z.B. unerlaubte Versammlungen, unerlaubter Besitz und Druck von religiösem Material oder Missionierung. Verfolgung vonseiten des Staates beinhaltet Durchsuchungen, Festnahmen, Verhöre, Beschlagnahmungen, Geldstrafen und Gefängnisstrafen. Wenn christliche Männer von der Polizei festgenommen werden, erleiden sie verbalen und körperlichen Missbrauch, Drohungen und Schläge. Häufig werden sie unter Druck gesetzt, als Informant zu arbeiten. Wenn Kirchenleiter betroffen sind, hat ihre Verfolgung auch Auswirkungen auf ihre Kirche und führt dazu, dass die Angst bei den Christen wächst.

Durch den Druck der örtlichen Gemeinschaft können christliche Männer ihren Arbeitsplatz verlieren. Hinzu kommt die Gefahr von Schlägen, Drohungen, Beschimpfungen und körperliche Misshandlungen, Diskriminierung, Ausgrenzung und Druck auf ihre Familienmitglieder. Wenn ein Mann als Hauptverdiener seine Arbeit verliert, spürt das die ganze Familie. Christen muslimischer Herkunft werden von ihren nicht-christlichen Familienmitgliedern und Menschen in ihrem Umfeld schikaniert und intensiv ausgefragt. Christen muslimischer Herkunft erleiden häufig durch die eigene Familie Schläge, Demütigungen, Hausarrest, Ablehnung und Enterbung. Bei jungen Männern, die als Studenten finanziell auf ihre Eltern angewiesen sind, wird diese Abhängigkeit immer wieder als Druckmittel genutzt, um zu verhindern, dass es zu einem Glaubenswechsel kommt.

8. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Tadschikistan ist seit langem für Verletzungen der Religions- und Glaubensfreiheit und damit verbundener Menschenrechte wie der Meinungs- und Vereinigungsfreiheit bekannt. Es gibt keinen Fokus auf eine bestimmte religiöse Gruppe – alle (Muslime, Christen, Zeugen Jehovas, Juden, Bahais usw.) leiden unter einem hohen Maß an staatlicher Überwachung und Unterdrückung.

Zu den von der Menschenrechtsorganisation Forum 18 dokumentierten Verstößen gehören: ein Verbot jeglicher Ausübung der Religions- oder Glaubensfreiheit ohne explizite staatliche Genehmigung; eine starke Beschränkung der Anzahl genehmigter Moscheen und Veranstaltungen in diesen Moscheen; willkürliche behördliche Maßnahmen, einschließlich der Verhaftung von Zeugen Jehovas und der Verbote der Zeugen Jehovas sowie einiger islamischer Bewegungen; das Verbot der einzigen legal gegründeten politischen Partei Zentralasiens, der Partei der islamischen Wiedergeburt sowie die Verhaftung ihrer leitenden Funktionsträger; die Vorgabe für Imame, nur in staatlich kontrollierten Moscheen (die als einzige erlaubt sind), vom Staat verfasste Predigten zu halten; die erzwungene Schließung aller Koranschulen; ein Verbot der öffentlichen Ausübung der Religions- oder Glaubensfreiheit für Menschen unter 18 Jahren (einzige Ausnahme: Beerdigungen); und staatliche Zensur und Verbote einiger religiöser Literatur und Webseiten.

Beispiele:

- November 2018: Muslimische Gefangene wurden in der Nacht vom 7. auf den 8. November 2018 getötet, als Beamte und Spezialkräfte einen Aufstand in einem Hochsicherheitslager in Khujand in der nördlichen Sogd Region zu unterbinden versuchten. Sie durften nicht nach ihrer muslimischen Tradition beerdigt werden.
- September 2019: Ein Gericht in der Stadt Khujand in Nordost Tadschikistan verurteilte einen Jehovas Zeugen zu 7 ½ Jahren Haft, nachdem sie ihn der Anstiftung zu religiösem Hass für schuldig befunden hatten. Das Gericht legte fest, dass Shamil Hakimov auch nach seiner Haftstrafe drei Jahre lang nicht in religiösen Organisationen mitarbeiten darf.

9. Der Ausblick für Christen

Diktatorische Paranoia

Die derzeitige Regierung übt ein sehr hohes Maß an Kontrolle über das Land aus. Regierungsvertreter auf allen Ebenen sind die stärksten Verfolger von Christen in Tadschikistan. Sie erlassen alle Arten von gesetzlichen Beschränkungen, überwachen alle religiösen Aktivitäten, führen Razzien in Versammlungen durch und verbieten religiöse Literatur. Dies wird sich voraussichtlich fortsetzen.

Islamische Unterdrückung

Der Islam ist nicht die Staatsreligion, er ist jedoch die traditionelle Religion des Großteils der Bevölkerung. Der von Muslimen ausgehende Druck auf Christen in Tadschikistan geht nicht von islamisch-extremistischen Bewegungen aus, sondern entspringt dem weitreichenden Einfluss von Familie, Freunden und sozialem Umfeld auf Christen muslimischer Herkunft. Es ist so gut wie aussichtslos, dass sich diese islamische Kultur ändert.

zurück zur Länderübersicht

Nepal: Platz 32

Zusammenfassung

Christen hinduistischer Herkunft (Konvertiten) werden am stärksten unter Druck gesetzt, da sie als „Abweichler“ vom traditionellen Glauben angesehen werden. Konvertiten zum christlichen Glauben (und Mitglieder protestantischer Kirchen) erfahren Druck von der Familie, von Freunden, der Gemeinde und den örtlichen Behörden. Die römisch-katholischen Kirchen sowie Gemeinden, in denen Ausländer zusammenkommen, haben am wenigsten Probleme. Von Zeit zu Zeit nutzen Hindu-Extremisten die anhaltende politische Instabilität aus, indem sie Christen angreifen. Meist kommen sie ungestraft davon. Es gibt Berichte über Angriffe auf Kirchen sowie über Christen, die geschlagen, verhaftet und zu Haftstrafen verurteilt wurden. Es wurde auch von Christen berichtet, die aufgrund von Drohungen aus ihren Häusern und Dörfern fliehen mussten. Auf nationaler Ebene gibt es zudem einige gesetzliche Einschränkungen.

Beispiele aus dem aktuellen Berichtszeitraum

- Am 4. November 2018 wurden in Nepal vier christliche Frauen, darunter zwei Japanerinnen, unter dem Vorwurf verhaftet, Dalits und Nomaden ohne Land mit Gewalt zum Christentum zu bekehren. Nach Angaben einiger Einwohner versuchten sie, von Tür zu Tür zu gehen und zu missionieren. Deshalb wurden sie verfolgt und ihre Aktivitäten gefilmt. Die Filme wurden dann der Polizei übergeben, die ihre Verhaftung vornahm.
- Am 15. März 2019 wurde Pastor Dhruk Kumar von einer Gruppe unbekannter Männer entführt, die sich ihm auf Motorrädern genähert hatten. Er wurde an einen abgelegenen Ort im Dschungel gebracht und zusammengeschlagen.
- Ein 73-jähriger Christ, Cho Yusang, wurde am 6. August 2019 aus dem Gefängnis entlassen, nachdem er zwei Wochen inhaftiert gewesen war, weil er angeblich nepalesische Einheimische gewaltsam bekehrte. Er wurde am 23. Juli 2019 verhaftet und zahlte Wochen später eine Kaution von 1.300 USD (150.000 nepalesischen Rupien). Er wurde auch wegen Missbrauchs seines Visums verhaftet, da er sich mit einem Geschäftsvisum im Land aufhielt.

---

1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit 64 Punkten belegt Nepal im Weltverfolgungsindex 2020 Rang 32.

Dies ist der gleiche Punktestand und Rang wie im Weltverfolgungsindex 2019. Die Verfolgung geht hauptsächlich von extremistischen Hindus aus, wobei ethnische Spannungen den Druck im Hintergrund verstärken. Auch die Zahl der gewalttätigen Zwischenfälle lag auf dem gleichen Niveau wie im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2019.

2. Triebkräfte der Verfolgung

Religiös motivierter Nationalismus

Die Christenverfolgung in Nepal geht hauptsächlich von hindu-extremistischen Gruppen aus, die Nepal wieder zu einem hinduistischen Staat machen wollen. Diese hindu-extremistischen Gruppen haben enge Verbindungen zu „Hindutva"-Gruppen im benachbarten Indien. Früher ging von der Regierung keine Verfolgung aus, aber 2015 wurde eine neue Verfassung verabschiedet, welche die Religionsfreiheit einschränkt. Am 8. August 2017 verabschiedete das nepalesische Parlament zudem ein Anti-Bekehrungs-Gesetz, das am 16. Oktober 2017 vom Präsidenten unterzeichnet wurde: ein weiterer Hinweis, dass sich die Situation der Christen verschlechtert.

Ethnisch oder traditionell begründete Anfeindungen

Anführer ethnischer Gruppen, vor allem in den nördlichen Regionen und dem äußersten Süden Nepals, zeigen immer wieder religiöse Intoleranz. Es gab auch Fälle, in denen hindu-extremistische Gruppen Christen angriffen, weil sie ihnen vorwarfen, eine Religion zu verbreiten, die nicht nach Nepal gehöre. Dies führte zu mehreren Vorfällen, die sich gegen christliche Evangelisten, Pastoren oder neu gegründete Gemeinden richteten. In den meisten Fällen ist dies mit „Religiös motiviertem Nationalismus" verbunden.

3. Verfolger

Ausgehend von Religiös motiviertem Nationalismus

- **Nichtchristliche religiöse Leiter:** Hinduistische Führer versuchen auf jeder Ebene (Kommune, Provinz und Staat), andere Religionen zu beeinflussen und einzuschränken. Als Folge davon ist das Ausmaß von Gewalt in Nepal in den letzten Jahren angestiegen.
- **Die eigene (Groß-)Familie:** Christen hinduistischer Herkunft stehen oft unter großem Druck von ihren Familien, zum traditionellen Glauben zurückzukehren.
- **Regierungsbeamte:** Verfolgung durch Regierungsbeamte findet weniger auf nationaler Ebene, sondern auf lokaler (und vielleicht auch auf Provinzebene) statt. Dort haben Regierungsbeamte Verbindungen zur hinduistischen Gemeinschaft. Sie können die Religionsfreiheit einschränken, was zur Verhaftung und Schikanierung von Christen führen kann.
- **Anführer ethnischer Gruppen:** Besonders im Norden und im äußersten Süden Nepals zeigen Anführer ethnischer Gruppen immer wieder Intoleranz gegenüber anderen Religionen. Dies hat zu mehreren Vorfällen geführt, bei denen christliche Evangelisten, Pastoren oder neugegründete christliche Gemeinden Verfolgung erfuhren.
- **Gewöhnliche Bürger:** Besonders auf der lokalen Ebene üben Hindus Druck auf Bekehrte und andere Christen aus.
- **Politische Parteien:** Es gibt mindestens zwei hinduistische politische Parteien im nationalen Parlament, die befürworten, Nepal wieder zu einer Hindu-Nation zu machen.

Ausgehend von Ethnisch oder traditionell begründeten Anfeindungen

- **Anführer ethnischer Gruppen:** Besonders im Norden und im äußersten Süden Nepals zeigen diese Anführer immer wieder religiöse Intoleranz. Dies hat zu mehreren Vorfällen geführt, die darauf abzielten, christliche Evangelisten, Pastoren oder neu gegründete Gemeinden zu verfolgen.
- **Gewalttätige religiöse Gruppen:** Es gibt mehrere hindu-nationalistische Gruppen und Parteien, die durch die Taktik ihrer Gesinnungsgenossen in Indien beeinflusst werden. Ihre Aktivitäten und ihr Einfluss nehmen zu.

4. Regionale Brennpunkte der Verfolgung

Es gibt in Nepal keine spezifischen Brennpunkte von Christenverfolgung, aber der Druck auf Christen hinduistischer Herkunft ist auf dem Land stärker als in den Städten.

5. Betroffene Christen

Ausländische Christen

Ausländische Christen in Nepal halten überwiegend ihre eigenen, isolierten Versammlungen ab. Sie sind kaum darin aktiv, das Evangelium zu verkünden. Diese Kirchen wurden in der Vergangenheit weniger durch Hindu-Nationalismus beeinträchtigt, aber wenn die neue Verfassung des Landes umgesetzt wird, werden sie Einschränkungen erfahren, zum Beispiel im Dienst unter Nichtchristen.

Christen aus traditionellen Kirchen

Die bei Weitem größte und wichtigste von ihnen ist die römisch-katholische Kirche sowie einige wenige orthodoxe Gemeinden. Sie neigen dazu, nicht evangelistisch aktiv zu sein. Daher sind diese Gemeinschaften kaum Anfeindungen durch extremistische Hindus ausgesetzt.

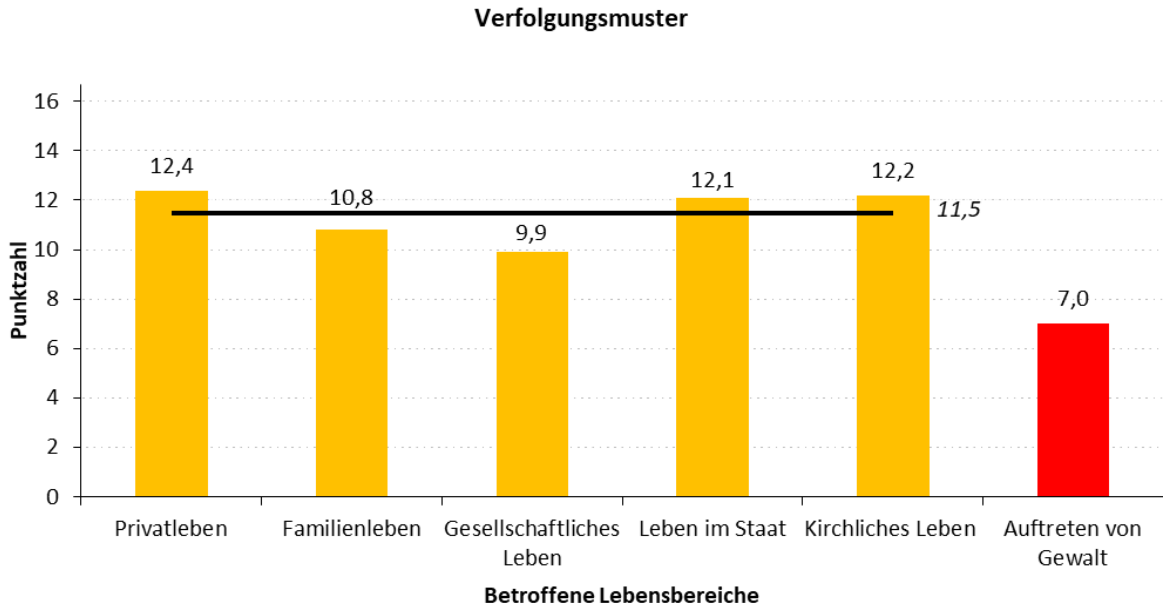
Christen hinduistischer Herkunft

Christen mit hinduistischem Hintergrund sind die größte Gruppe von Christen in Nepal und ihre Zahl ist über die Jahre hinweg spektakulär gewachsen. Sie sehen sich der größten Verfolgung aller Christen in Nepal ausgesetzt, wobei viel Druck von lokalen Regierungsbeamten, Hindupriestern, ihren eigenen Familien und ihrem sozialen Umfeld ausgeht.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Diese Gemeinden sind meist konfessionell unabhängig. Christen hinduistischer Herkunft besuchen in der Regel Gemeinden, die zu dieser Kategorie gehören. Da solche Gemeinden auch am aktivsten in der Evangelisation sind, erleben sie ein hohes Maß an Verfolgung.

6. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Nepal

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Der durchschnittliche Druck auf Christen ist sehr hoch. Mit 11,5 Punkten ist er gegenüber dem Vorjahr (11,4 Punkte) leicht gestiegen.
- In allen Lebensbereichen ist der Druck sehr hoch, außer im gesellschaftlichen Leben, wo die Wertung knapp unter dem Schwellenwert für sehr hohen Druck liegt. Der Druck ist im Privatleben am höchsten, was die Tatsache widerspiegelt, dass die hinduistische Umgebung besonders christliche Konvertiten auf vielerlei Weise einschränkt.
- Der Wert für Gewalt bleibt sehr hoch und erreicht die gleiche Punktzahl (7,0) wie im Weltverfolgungsindex 2019.

Zu jedem der Lebensbereiche sind im Folgenden jeweils ausgewählte Teilaspekte genannt, die im betreffenden Lebensbereich für die Christen zu den gravierendsten Schwierigkeiten gehören.

Privatleben

- **Es ist für Christen riskant, ihren Glauben in schriftlicher Form zu offenbaren:** In den Augen von Hindu-Extremisten ist das Bekennen des christlichen Glaubens gleichbedeutend mit Missionierung. Diese wird mitunter mit Gewalt unterbunden. Anfangs war dies auf Familienverbände auf dem Land beschränkt, aber durch die sozialen Medien ist das Problem inzwischen in ganz Nepal verbreitet. Früher wurden nur Christen hinduistischer Herkunft in dieser Hinsicht angegriffen, inzwischen wird gegen glaubensbezogene Aussagen und Posts von allen Christen vorgegangen. Die sozialen Medien spielen eine große Rolle bei dem steigenden Druck auf Christen.

- **Der Glaubenswechsel wird bekämpft, verboten oder strafbar gemacht:** In Nepal wächst die Abneigung der Hindus gegen Evangelisation. Unter dem Einfluss von Hindu-Extremisten in Indien werden Hindus in Nepal immer gewalttätiger gegen Christen hinduistischer Herkunft und evangelistisch tätige Christen. Aufgrund dieser wachsenden Abneigung wurde die Verfassung Nepals 2015 angepasst, wobei Artikel 26 Mission per Gesetz faktisch verbietet.
- **Es ist gefährlich, christliche Materialien privat zu besitzen oder aufzubewahren:** Familie, Freunde und das soziale Umfeld reagieren inzwischen heftiger, wenn sie feststellen, dass ein Christ religiöses Material besitzt. Zunächst geschah dies vor allem auf dem Land und betraf vor allem Christen hinduistischer Herkunft, aber in den letzten Jahren sind in dieser Hinsicht immer mehr Vorfälle bekannt geworden. Inzwischen sind auch andere Christen in ganz Nepal betroffen, da diese Materialien von Hindu-Extremisten meist als Missionsmaterial angesehen werden. Die einzigen Christen, die kaum betroffen sind, sind die aus dem Ausland.
- **Es ist für Christen riskant, mit ihrer Kernfamilie über ihren Glauben zu sprechen:** Früher war dieses Problem auf Christen hinduistischer Herkunft beschränkt. Wenn nur ein Mitglied der Familie den christlichen Glauben annimmt, während die anderen ihren ursprünglichen Glauben behalten, kann dies zu allerlei Konfrontationen und Konflikten führen. Die meisten Christen hinduistischer Herkunft, ziehen es vor – wenn sie fern von ihren Familien leben – ihren Verwandten nichts von ihrem Glauben zu erzählen, aus Angst, sie zu verärgern. Da die Abneigung unter den Hindus gegen alle Christen in Nepal in den letzten Jahren zugenommen hat, ist es auch für die anderen Christen im ganzen Land riskant geworden, über ihren Glauben zu reden und ihn zu leben. Einzig die Christen aus dem Ausland scheinen nicht betroffen zu sein.

Familienleben

- **Beerdigungen von Christen werden behindert oder mit nichtchristlichen Riten durchgeführt:** Entsprechend der hinduistischen und buddhistischen Tradition in Nepal werden Verstorbene eingeäschert. Es gibt keine gemeinsamen Begräbnisstätten, so dass Christen nur an einigen wenigen, im Privatbesitz befindlichen Orten begraben werden können, aber selbst hier ist mit Widerstand der Lokalbevölkerung zu rechnen. Einige Familien reisten nach Indien, um die Bestattung von Katholiken, die in Nepal gestorben waren, durchzuführen.
- **Christliche Taufen werden behindert:** Die Taufe gilt als das letzte Zeichen dafür, dass man den Hinduismus verlassen hat, um den christlichen Glauben anzunehmen. Viele Christen sind sich bewusst, dass Taufen zu starken Reaktionen in der Familie und dem sozialen Umfeld führen können, und lassen sich entweder gar nicht oder aber heimlich taufen. Der Druck auf die Christen ist so stark gewachsen, dass die Taufgottesdienste in den Gemeinden im Geheimen stattfinden.
- **Christliche Kinder werden unter Druck gesetzt, christenfeindlichen Unterricht oder hinduistischen Religionsunterricht zu besuchen:** Auch wenn das Land nun offiziell säkular ist, sind hinduistische Praktiken und Bräuche tief im Bildungssystem verankert. Kinder nichthinduistischer Glaubensrichtungen nehmen routinemäßig an hinduistischen Bräuchen im Rahmen von Schulaktivitäten teil. So werden zum Beispiel die täglichen Gebete in den Schulen an Saraswati gerichtet, eine hinduistische Göttin des Lernens. Der Lehrplan beinhaltet hinduistische Feste und kulturelle Praktiken.

Es gibt keinen Druck, an diesen Aktivitäten teilzunehmen, und es gibt auch keine Regierungsagenda, die darauf abzielt, durch diese Aktivitäten ein Hindu-Monopol zu errichten. Die Allgegenwärtigkeit der Mehrheitsreligion oder -kultur im täglichen Leben und die Unfähigkeit der Schulen, eine integrative Sichtweise zu entwickeln, kann jedoch dazu führen, dass sich Kinder aus religiösen Minderheiten als Außenseiter fühlen.

- **Christliche Paare werden daran gehindert, Kinder zu adoptieren oder sich als Pflegeeltern zur Verfügung zu stellen:** Christliche Familien – ob sie Kinder adoptieren oder sich als Pflegeeltern zur Verfügung stellen – werden der Zwangsbekehrung beschuldigt, wenn sie ihnen biblische Geschichten und christliche Gebete beibrachten. Es wurde berichtet, dass eine christliche Sozialarbeiterin verhaftet wurde, die Kinder in einem Pflegeheim betreute.

Gesellschaftliches Leben

- **Christen werden von ihrem sozialen Umfeld oder privaten Gruppen überwacht:** Alle christlichen Aktivitäten auf kommunaler Ebene werden überwacht – meistens durch Mitglieder der Ortsgemeinde, aber manchmal sind auch hinduistische oder buddhistische Extremisten in dieser Hinsicht aktiv. Sogar lokale Regierungsbeamte überwachen kirchliche Aktivitäten und schicken Polizisten in Kirchen, um Informationen zu sammeln.
- **Christen werden im Alltag aus religiösen Gründen schikaniert, bedroht oder behindert:** Innerhalb ihres sozialen Umfelds werden Christen (insbesondere Konvertiten) oft von ihrer Familie oder Menschen aus ihrem Umfeld bedroht. Christliche Hausversammlungen werden regelmäßig gestört und behindert. Einzelne Christen werden oft emotional belästigt, weil sie sich nicht an die Tradition und die Rituale halten.
- **Christen werden verhört oder aus religiösen Gründen gezwungen, sich bei der örtlichen Polizei zu melden:** Die örtliche Polizei und Gemeinderäte zwingen Christen oft dazu, für Befragungen in ihre Büros zu kommen. Sie werden gebeten, über ihre kirchlichen Aktivitäten zu berichten.
- **Christen werden daran gehindert, an kommunalen Einrichtungen, Foren oder Ähnlichem teilzunehmen:** In ländlichen Gegenden verhindern Hindus die Teilnahme von Christen an kommunalen und anderen öffentlichen Foren. Dies kann als eine Form der Ausgrenzung von Christen aus der lokalen Gesellschaft angesehen werden.

Leben im Staat

- **Die Verfassung (oder vergleichbare nationale oder staatliche Gesetze) schränkt die Religionsfreiheit ein, wie sie in Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte formuliert ist:** Nepal ist ein säkularer Staat und seine Verfassung garantiert Religionsfreiheit, was bedeutet, dass die Menschen ihre Religion und Kultur frei ausüben können. Der Wechsel von einer Religion zu einer anderen ist jedoch verboten. Das neue Strafgesetzbuch Nepals, das im August 2017 in Kraft getreten ist, verbietet auch religiöses Verhalten, das die öffentliche Ordnung stört oder gegen die öffentliche Moral verstößt. Während es also generell positiv ist, dass die Verfassung die freie Religionsausübung garantiert, besteht die Möglichkeit, dass diese neuen Bestimmungen dazu genutzt werden, gezielt Mitglieder von Minderheitengruppen zu bestrafen.
- **Die Berichterstattung in den Medien ist unkorrekt oder voreingenommen gegenüber Christen:** Die meisten nationalen Medien in Nepal sind gegen Christen voreingenommen. Es gibt jedoch keine offenkundige Medienpropaganda und anders als in einigen anderen Ländern wird auch auf das Schüren von Hass und Paranoia gegen Christen verzichtet. Es gibt jedoch die

Tendenz, evangelikale Gruppen so darzustellen, als würden sie unschuldige Dorfbewohner mit Geld und falschen Versprechungen ködern. Mission wird in einem sehr negativen Licht dargestellt. Eine solche ungünstige Darstellung trägt dazu bei, Christen zu stereotypisieren und eine negative Haltung ihnen gegenüber hervorzurufen. (Solche negativen Darstellungen haben auch in den internationalen Medien Einzug gehalten. Zwar mögen einige solcher Geschichten auf Fakten beruhen, aber eine solche selektive Berichterstattung vermittelt ein stark verzerrtes Bild).

- **Christliche zivilgesellschaftliche Organisationen oder politische Parteien werden in ihrer Arbeit behindert:** Christliche Nichtregierungsorganisationen werden von den lokalen Behörden schikaniert, die oft behaupten, sie würden auf unethische Weise evangelisieren. Außerdem wurden neue Regelungen für Nichtregierungsorganisationen eingeführt. Danach benötigen sie für jedes Projekt, das sie durchführen, eine Genehmigung. Lokale Behörden werden verpflichtet, alle Projekte zu verbieten, die den Anschein erwecken, dass sie auf Missionierung abzielen. Beispielsweise sind christliche Organisationen gezwungen worden, vor der Antragstellung biblische oder christliche Wörter und Formulierungen aus ihren Unterlagen zu entfernen. Denjenigen, die dazu nicht bereit waren, wurde die Registrierung verweigert.
- **Christen sind Verleumdungskampagnen oder Hassreden ausgesetzt:** Christliche Sozialarbeiter werden oft beschuldigt, durch ihre Arbeit in unethischer Weise zu missionieren. Auch Pastoren werden in Hassreden ins Visier genommen, weil sie christliche Aktivitäten durchführen, die als Versuche angesehen werden, auf unethische Weise zu missionieren.

Für Christen in Nepal ist es außerdem schwierig, ihre Meinung in der Öffentlichkeit zu äußern, da sie der Blasphemie beschuldigt werden könnten.

Kirchliches Leben

- **Es ist schwierig, eine Registrierung oder eine rechtliche Anerkennung zu erhalten:** Rechtlich sind Kirchen in Nepal nicht anerkannt. Kirchliches Eigentum wird unter dem Namen von Privatpersonen oder Nichtregierungsorganisationen registriert. Es gibt keine Bestimmungen für die Registrierung von Kirchen.
- **Kirchen werden daran gehindert, christliche Aktivitäten außerhalb der Kirchengebäude zu organisieren:** In den letzten Jahren hat die zunehmend feindselige hinduistische Umgebung viele Kirchen und Gruppen daran gehindert, Aktivitäten unter freiem Himmel zu organisieren, was vor einigen Jahren noch möglich war. In der aktuellen Situation empfiehlt die Polizei den Kirchen, aus Sicherheitsgründen keine Aktivitäten außerhalb der Kirchengebäude zu organisieren.
- **Kirchen werden an der Gründung, Verwaltung, Instandhaltung und Durchführung von Schulen oder karitativen, humanitären, medizinischen, sozialen oder kulturellen Organisationen, Einrichtungen und Vereinen gehindert:** Christliche Nichtregierungsorganisationen und andere soziale Einrichtungen sind stark eingeschränkt worden. Der Druck konzentriert sich besonders auf die karitative Arbeit, da immer der Verdacht besteht, dass aktiv evangelisiert wird. Es gibt Beispiele von Organisationen, die aufgefordert wurden, christliche Begriffe aus ihren Dokumenten zu entfernen, einschließlich der Vorworte, in denen angegeben wird, von welchen christlichen Gemeinschaften die betreffende Wohltätigkeitsorganisation ursprünglich gegründet wurde.

- **Kirchen werden daran gehindert, Christen hinduistischer Herkunft offen zu integrieren:** Evangelisation ist strengstens verboten. Die Integration von Christen hinduistischer Herkunft in eine Kirchengemeinde ist daher ebenfalls verboten. Neben diesem rechtlichen Aspekt gibt es auch familiären und gemeinschaftlichen Druck gegen Konvertiten und die Kirchengemeinden, die sie aufnehmen.

Christen in Nepal stoßen außerdem auf Schwierigkeiten, weil der Import und/oder der Verkauf von christlichen Materialien sowie Kontakte zur weltweiten Kirche überwacht werden.

Auftreten von Gewalt

- Eine ältere Christin hinduistischer Herkunft wurde in Sindhupalchok ermordet. Sie hatte in ihrem Dorf offen evangelisiert und wurde von allen abgelehnt. Ihre Familienmitglieder hatten sie bedroht.
- Es sind zwölf Fälle bekannt, in denen Christen angegriffen wurden. Die meisten Angriffe wurden von extremistischen Hindus durchgeführt.
- Mindestens elf Christen wurden verhaftet, vier wurden nach einem Gerichtsverfahren zu einer Gefängnisstrafe verurteilt.
- Sechs Gebäude einer Kirche in Daunne im Distrikt Nawalparasi wurden von der Polizei und der Forstverwaltung zerstört oder geschlossen. Das Grundstück gehört seit Mai 2019 technisch gesehen der Forstbehörde. Mindestens eine Schule wurde ebenfalls angegriffen.
- In mindestens zwei Häusern wurden Razzien durchgeführt.

7. Verfolgungssituation für Frauen und Männer

Wie Frauen Verfolgung erfahren:

- Ausschluss aus der Gemeinschaft
- Verweigerung der Staatsbürgerschaft
- Verweigerung von Nahrungsmitteln/Wasser
- Diskriminierung/Schikanierung im Bildungsbereich
- Zwangsverheiratung
- Erzwungene Flucht aus Stadt oder Land
- Inhaftierung durch die Behörden
- Körperliche Gewalt
- Psychische Gewalt
- Sexuelle Gewalt

Die meisten christlichen Frauen und Mädchen hinduistischer Herkunft haben sich zum christlichen Glauben bekehrt, nachdem sie in ihrem eigenen Leben oder dem eines engen Familienmitglieds Heilung oder Wunder erlebt hatten. Es ist jedoch gefährlich für sie, ihren Glauben zu offenbaren, deshalb nehmen sie unauffällig oder heimlich an den Gottesdiensten teil.

Wenn ihre Bekehrung bekannt wird, werden sie von ihrem Umfeld diskriminiert, sozial geächtet und von Familienmitgliedern zusammengeschlagen. Von ihrer Kernfamilie werden Christinnen mitunter eingesperrt. Zusätzlich zur Isolation werden oft ihre grundlegenden Bedürfnisse missachtet; beispielsweise wird ihnen die Schulbildung vorenthalten oder der Zugang zum Besitz ihrer Eltern verweigert. Außerdem werden sie grundlegender Menschenrechte wie der Staatsbürgerschaft

beraubt. Auf emotionale und psychische Misshandlung folgt körperliche Gewalt: In der Anfangsphase werden sie von den unmittelbaren Familienmitgliedern (Ehemann, Schwiegereltern, Eltern) emotional misshandelt. Nach und nach folgen die seelische und körperliche Misshandlung, bis die Mädchen und Frauen schließlich zu Ausgestoßenen werden und somit ihren gesellschaftlichen Schutz verlieren. In sehr seltenen Fällen trifft die Familie Vereinbarungen, um das Mädchen mit einem nichtchristlichen Mann zu verheiraten. Es sind Fälle bekannt, in denen die Familie Morddrohungen ausgesprochen hat.

In der zutiefst patriarchalischen Gesellschaft Nepals sind Frauen und Mädchen kaum in der Lage, ihre Rechte in Anspruch zu nehmen, und sie haben auch nur begrenzte Möglichkeiten, sich zu bilden oder ein größeres soziales Umfeld aufzubauen, da sie meist innerhalb der Grenzen ihres Zuhauses eingeschränkt und in hohem Maß mit Hausarbeiten und Kindererziehung beschäftigt sind. Wenn christliche Frauen verfolgt werden, leidet die Familie, in erster Linie ihre Kinder. Wenn der Ehemann kein Christ ist und ihren Glauben nicht unterstützt, ist es unwahrscheinlich, dass die Frau Kenntnis von ihren rechtlichen Möglichkeiten erhält, um sich selbst und ihre Kinder zu verteidigen.

In einigen ländlichen Gebieten werden Christen sozial boykottiert und dürfen die Ressourcen der Gemeinschaft nicht nutzen. In einem Fall verweigerten die Buddhisten, die nach einem Erdbeben in einem Vertriebenenlager lebten, den Christen im Lager das Recht, dasselbe Versorgungssystem für Wasser zu nutzen. So mussten zwei getrennte Versorgungssysteme installiert werden. Da Frauen gemeinschaftliche Ressourcen häufiger nutzen als Männer, betrifft diese Verweigerung von Ressourcen sie stärker.

Wie Männer Verfolgung erfahren:

- Entführung
- Ausschluss aus der Gemeinschaft
- Verweigerung der Staatsbürgerschaft
- Beschlagnahme von Erbschaft und Besitz
- Wirtschaftliche Schikanierung im Berufs-/Geschäftsleben
- Vertreibung aus Wohnung/Wohnhaus
- Erzwungene Flucht aus Stadt/Gemeinde
- Körperliche Gewalt
- Psychische Gewalt
- Verbale Gewalt

Christliche Männer und Jungen, die sich erst kürzlich zum christlichen Glauben bekehrt haben, sind besonders anfällig für körperliche und seelische Misshandlungen durch Familie und Gesellschaft sowie Ausschluss aus der Gemeinschaft. Oft wird ihnen der Zugang zum Familienbesitz durch unmittelbare Familienangehörige verweigert. Außerdem werden ihnen gesetzliche Grundrechte wie das Recht auf eine Geburtsurkunde oder Staatsbürgerschaft durch Mitarbeiter der Kommunalverwaltungen verweigert. Darüber hinaus werden bekannte Konvertiten an öffentlichen Orten wie Märkten sowie am Arbeitsplatz schikaniert.

Nach nepalesischem Recht können Bürger nicht aufgrund ihrer religiösen Überzeugung von öffentlichen Ämtern ausgeschlossen werden. Christen im öffentlichen Dienst, insbesondere in den Streitkräften, beklagen jedoch, dass ihnen in der Praxis eine Beförderung aufgrund ihres Glaubens verweigert werde.

In ländlichen Gebieten wird berichtet, dass Hindus Christen daran hinderten, an kommunalen und anderen öffentlichen Foren teilzunehmen. In der nepalesischen Armee, in Regierungspositionen und bei der Polizei werden Christen gezwungen, hinduistische Götter anzubeten und hinduistische Feste zu feiern. Dazu gehört das Essen von Speisen, die hinduistischen Gottheiten als Opfer dargeboten werden, oder das Auftragen von Zinnoberpulver auf Kopf und Gesicht während der hinduistischen Feste. Christliche Männer wandern gewöhnlich in neue Städte oder Gebiete aus, um neu anfangen zu können und wirtschaftliche Entbehrungen zu vermeiden.

Pastoren und Leiter von unabhängigen lokalen Gemeinden sind die Hauptziele von religiös begründeter Schikane. Hinduistische Extremisten konzentrieren ihre Angriffe auf Gemeindeleiter, erstens als warnendes Beispiel für andere Christen in der Gegend, und weil sie zweitens als Hauptakteure hinter der zunehmenden Zahl von christlichen Bekehrungen angesehen werden. Im März 2019 wurde ein solcher Pastor von einer Gruppe unbekannter Männer entführt und an einem abgelegenen Ort im Dschungel schwer verprügelt.

Wenn Männer und Jungen schwer geschlagen und sozial geächtet werden, haben sie weniger Möglichkeiten, ihre Familie wirtschaftlich zu unterstützen. Die meisten Männer und älteren Jungen sind die Hauptverdiener der Familie, so dass diese Form der Diskriminierung dazu führt, dass die ganze Familie sowohl mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten als auch mit sozialer Unsicherheit konfrontiert ist.

8. Verfolgung anderer religiöser Minderheiten

Angehörige aller Religionen außer dem Hinduismus erleben zu einem gewissen Grad Verfolgung – etwa Buddhisten, Muslime, Bahai, Zeugen Jehovas und Sikhs. Alle diese Gruppen haben sich zusammengeschlossen, um in einer Bewegung namens „Dharmik Chautari“ für Religionsfreiheit zu werben. Aber es gibt auch Diskriminierungen gegenüber Hindus der niedrigen Kasten.

9. Der Ausblick für Christen

Religiös motivierter Nationalismus

Der Druck durch diejenigen, die das Rad der Geschichte zurückdrehen und Nepal wieder zu einem hinduistischen Land machen wollen, wächst. Unter der derzeitigen Regierung trat bereits ein Anti-Bekehrungs-Gesetz in Kraft. In den letzten zwei Jahren haben extremistische Hindus ihre Aktivitäten gegen Nichthindus verstärkt – auch mit der Unterstützung von extremistischen Hindu-Bewegungen aus Indien. Es ist zu erwarten, dass diese ihre Aktivitäten in Nepal noch verstärken. Der Einfluss dieser Triebkraft der Verfolgung wird daher wachsen.

Ethnisch oder traditionell begründete Anfeindungen

Es ist zu erwarten, dass die ethnischen Spannungen in Nepal (eng verbunden mit Religiös motiviertem Nationalismus) weiterhin die nationale Politik beeinflussen werden.

zurück zur Länderübersicht

Jordanien: Platz 33

Zusammenfassung

Die meisten Christen in Jordanien gehören orthodoxen und der Römisch-Katholischen Kirche an. Sie genießen insgesamt ein relativ hohes Maß an Religionsfreiheit, erleben allerdings auch Diskriminierung im Berufsleben, sowie Einschränkungen bei öffentlichen Predigten. Das offene Glaubenszeugnis eines Christen mit muslimischem Hintergrund kann zu körperlichen Angriffen, Verhaftung und Mord führen. Christen, die aktiv das Evangelium weitergeben, sowie Christen, die Konvertiten helfen, können im täglichen Leben Bedrohungen und Unterdrückung ausgesetzt sein.

Im Vergleich zu den Christen in anderen Ländern des Nahen Ostens leben die meisten Christen in Jordanien ein sicheres und stabiles Leben. König Abdallah und sein Staatsapparat scheinen anerkannte Kirchen zu tolerieren und bis zu einem gewissen Grad zu unterstützen. Nicht anerkannte Kirchen können Schikanen durch öffentliche Behörden ausgesetzt sein, insbesondere solche, die aktiv evangelisieren. Obwohl Jordanien sich gerne als Leuchtturm der Toleranz und des interreligiösen Dialogs präsentiert, stellen radikalisierte Sunniten und zurückkehrende Dschihadisten aus Syrien und dem Irak weiterhin eine Bedrohung für die christliche Gemeinschaft dar.

Jordanien hat eine unverhältnismäßig hohe Zahl salafistischer Muslime, die eine potentielle Gefahr für Christen und andere nicht-konforme Gruppen im Land darstellen. Der Staat kontrolliert weiterhin die Predigten in den Moscheen und verlangt von den Predigern, nicht über Politik zu sprechen, um soziale und politische Unruhen zu vermeiden und so den Radikalismus einzudämmen.

Beispiele aus dem aktuellen Berichtszeitraum

Vor allem Christen muslimischer Herkunft wurden Opfer von gewaltsamen Übergriffen, obwohl auch Christen, die aktiv evangelisierten, betroffen waren. Aus Sicherheitsgründen können keine detaillierteren Angaben gemacht werden.

- Mehrere Christen mussten aus religiösen Gründen ihre Häuser verlassen und einen anderen Wohnort innerhalb oder außerhalb des Landes finden.
- Ein christlicher Friedhof wurde verwüstet und geschändet. Der Vorfall wurde als Einschüchterung der Christen verstanden, die auch besorgt darüber sind, dass die Behörden wenig Mühe gezeigt haben, die Hintermänner dieser kriminellen Handlung zu finden und vor Gericht zu bringen.

---

1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 64 Punkten belegt Jordanien Platz 33 auf dem Weltverfolgungsindex (WVI) 2020. Das ist ein Punkt weniger und zwei Positionen niedriger als im Weltverfolgungsindex 2019. Der durchschnittliche Druck für Christen in Jordanien hat sich nicht sehr verändert (ein Anstieg von 12,3

im Weltverfolgungsindex 2019 auf 12,4 Punkte), aber es gab einen sichtbareren Rückgang der Punktzahl für Gewalt (1,7 im Weltverfolgungsindex 2020 gegenüber 3,0 im Weltverfolgungsindex 2019). Gewalttaten ereigneten sich vor allem gegen Christen mit muslimischem Hintergrund, aber auch andere, evangelistisch aktive Christen waren betroffen.

2. Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung

Islamische Unterdrückung ist eine der Haupttriebkräfte der Verfolgung in Jordanien, äußert sich aber größtenteils gewaltfrei. Die Regierung hat der Gesellschaft zwar verstärkt islamische Werte und Gesetze auferlegt, fördert jedoch noch immer Toleranz und das friedliche Zusammenleben mit anderen Religionen. In ihrem Privatleben sind Christen muslimischer Herkunft mit der stärksten Verfolgung konfrontiert. Ihre Familien und ihr soziales Umfeld grenzen sie unter Umständen aus oder begehen sogar Gewalttaten gegen sie.

Christen aus allen Kategorien der christlichen Gemeinschaft können der staatlichen Überwachung unterliegen – oder sogar der Scharia, wenn ein Christ mit einem Muslim verheiratet ist oder sich in einem Gerichtsstreit mit einem Muslim befindet. Die Islamische Unterdrückung zeigt sich auch durch gewalttätige Aktionen, die von islamischen Kämpfern ausgeführt werden. Die Unterdrückung durch extremistische Muslime ist dabei viel schwerwiegender als Unterdrückung durch den Staat. Immer mehr Jordanier werden durch die Ideologie des “Islamischen Staates” (IS) radikalisiert, was die Christen einem größeren Risiko aussetzt.

Ethnisch oder traditionell begründete Anfeindungen

Diese Triebkraft zeigt, wie die innerhalb einer Stammesgesellschaft geformten uralten Normen und Werte durchgesetzt werden und durch die traditionelle Religion geformt werden. Im Falle Jordaniens ist dies der Islam, und es betrifft vor allem Christen mit muslimischem Hintergrund. Die Gesellschaft Jordaniens ist von Stammesstrukturen geprägt. Diese sind vor allem außerhalb der Großstädte zu finden und in den jordanischen Nationalismus integriert. Nach dem Massenzustrom von Palästinensern nach dem Israel-Krieg 1967 unterteilte sich Jordanien in eigentliche Jordanier („Eastbanker"), die aus der Region östlich des Jordan stammen und palästinensische Jordanier („Westbanker"), die ihre Wurzeln westlich des Jordan haben. Diese ethnische Spaltung tritt durch das Stammesdenken deutlicher hervor und fungiert als sozioökonomisches Sicherheitsnetz. Familien-, Clan- und Stammesverbindungen ermöglichen es den „Eastbankern“ weiterhin, erfolgreich in Regierungs-, Wirtschafts- und Sozialbereichen zu agieren, wozu automatisch auch Erwerbstätigkeit und die politische und soziale Stellung gehören. Durch diesen gesellschaftlichen Vorteil der eigentlichen oder „reinen“ Jordanier hat das Stammesdenken einen noch größeren Stellenwert im jordanischen Konzept des Nationalismus erlangt. So hat ein Christ mit palästinensischem Hintergrund in der Regel nicht so viele Vorteile wie ein jordanischer Christ, der zu den „Eastbankern“ gezählt wird. Dieses Thema erfordert weitere detailliertere Recherche.

3. Verfolger

Ausgehend von Islamischer Unterdrückung

- **Anführer ethnischer Gruppen:** Ethnische Führer üben Druck auf Christen muslimischer Herkunft aus, weil sie die Ehre des Stammes bewahren wollen.
- **Nichtchristliche religiöse Leiter:** Diese Christen muslimischer Herkunft fürchten außerdem feindselige Äußerungen oder Handlungen islamischer Führer. Diese Angst trägt zu dem Gefühl der Unterdrückung und Ausgrenzung bei, das von jordanischen Christen empfunden wird, wodurch sich wiederum Christen muslimischer Herkunft zu einem hohen Maß an Vorsicht gezwungen sehen. Einheimische christliche Gemeinschaften sind besonders beunruhigt über nicht geahndete Hassreden, die ein einflussreicher islamischer Führer in den sozialen Medien verbreitet hat.
- **Die eigene (Groß-)Familie:** Feindschaft vonseiten ihrer Familie ist die Hauptquelle, von der Druck auf Christen muslimischer Herkunft ausgeht. Die Angst vor einer gewalttätigen Reaktion der (Groß-)Familie spielt hierbei eine bedeutsame Rolle. Christen muslimischer Herkunft stehen in der Gefahr, mit Ächtung und Diskriminierung durch ihre Familien konfrontiert zu werden – und eventuell sogar mit Gewalt, einschließlich Mord. In einigen Fällen informierten die Familien der Konvertiten Regierungsbeamte, die dann Druck auf die Konvertiten ausübten, um sie zur Rückkehr zum Islam zu bewegen.
- **Regierungsbeamte:** Die Regierung scheint aufrichtig zu sein, wenn sie die traditionellen Kirchen Jordaniens bejaht und versucht, die Sicherheit aller Kirchen zu gewährleisten, um soziale Unruhen zu vermeiden. Dennoch sind die Vorschriften und das Personal der Regierung die Ursache für großen Druck auf die Christen aller Kategorien der christlichen Gemeinschaft, insbesondere aber auf die Christen muslimischer Herkunft. Dieser Druck wird formell durch das spezielle Gerichtssystem (siehe unten) ausgeübt.
- **Gewöhnliche Bürger:** Gewöhnliche Bürger handeln, um das christliche Zeugnis gegenüber Nichtchristen zu unterdrücken (was vor allem Christen muslimischer Herkunft betrifft), insbesondere in islamisch konservativeren Gebieten wie im Süden. Soziale Medien bieten eine zusätzliche Plattform, um Christen mit Hassreden zu schaden.

Ausgehend von Ethnisch oder traditionell begründeten Anfeindungen

- **Anführer ethnischer Gruppen:** Ethnisch begründete Anfeindungen betrifft die Auferlegung jahrhundertealter Normen und Werte, die im Stammeskontext geformt wurden; diese Anfeindungen vermischen sich häufig mit Islamischer Unterdrückung. In diesem Fall sind die Verfolger vor allem Familien von Konvertiten und Stammesführer. Der massive Druck der Familie kann sogar zu schwerer Gewalt und Mord führen. Stammesdenken ist in Jordanien sehr ausgeprägt; auch die Anführer der ethnischen Gruppen werden mit großer Wahrscheinlichkeit die Christen mit muslimischem Hintergrund beeinflussen, ihren neuen Glauben zu widerrufen, um die Ehre des Stammes zu schützen. Dasselbe gilt für islamische Führer, die diese Christen immer noch als Muslime betrachten.

4. Regionale Brennpunkte der Verfolgung

Nicht auf Jordanien anwendbar.

5. Betroffene Christen

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

Es gibt in Jordanien christliche Arbeitsmigranten, aber nicht als Gruppe, die unfreiwillig von anderen Kategorien christlicher Gemeinschaften isoliert ist. Diese Kategorie ist daher nicht in der Bewertung und Analyse des Weltverfolgungsindex enthalten.

Christen aus traditionellen Kirchen

Diese Kategorie bildet die größte Gruppe von Christen in Jordanien, von denen die meisten der orthodoxen und der römisch-katholischen Konfession angehören. Es gibt aber auch anglikanische und lutherische Kirchen. Insgesamt genießen sie ein relativ hohes Maß an Religionsfreiheit, können aber diskriminiert werden, zum Beispiel im Berufsleben.

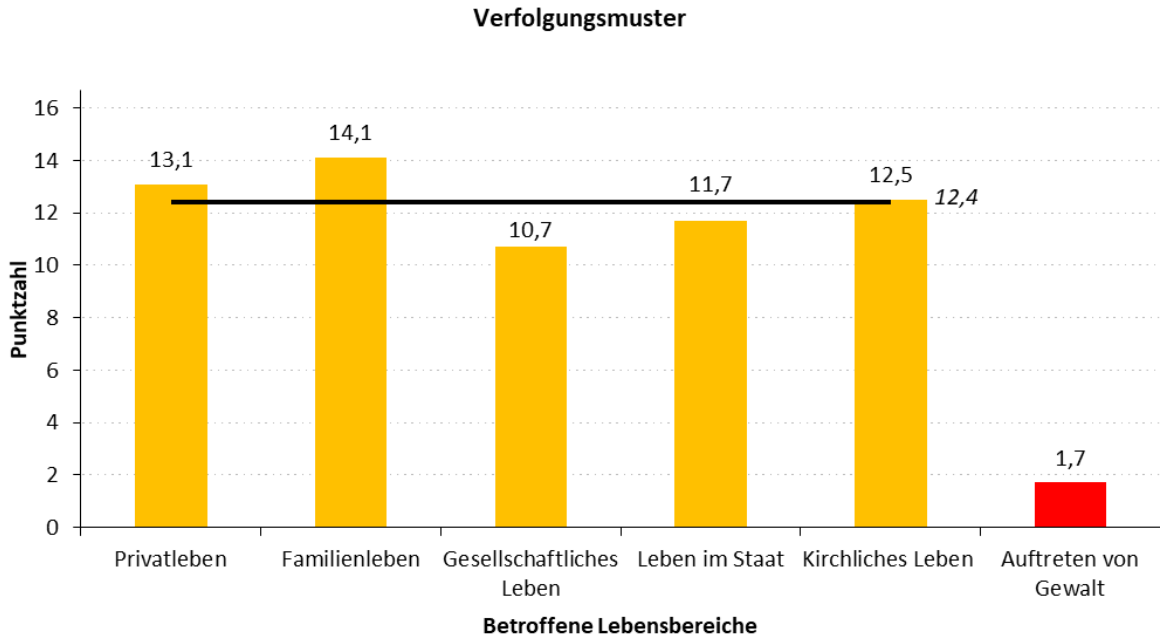
Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

Von allen Christen in Jordanien werden Konvertiten am meisten für ihren Glauben verfolgt. Wenn ihr neuer Glaube bekannt ist, werden sie häufig mit Unterdrückung aus einer ganzen Reihe von Quellen zu kämpfen haben: Regierungsbeamte, Anführer ethnischer Gruppen, nichtchristliche religiöse Leiter, gewalttätige religiöse Gruppen, gewöhnliche Bürger und die eigene (Groß-)Familie. Die Situation für Christen muslimischer Herkunft, deren Zahl nur gering ist, hat sich in den letzten Jahren verschärft, vor allem aufgrund des Drucks durch ihre Familien und der zunehmenden Aktivität islamisch-extremistischer Gruppen.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Nach den Konvertiten stoßen Christen aus evangelikalen, baptistischen und pfingstkirchlichen Gemeinden auf den größten Widerstand, vor allem durch Regierungsbeamte. Evangelikale Kirchen werden von der jordanischen Regierung nicht anerkannt. In einigen Fällen kann die Regierung als Akteur der Verfolgung angesehen werden, da Gewalt gegen diese Christen meist ungestraft bleibt.

6. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Jordanien

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Insgesamt ist der Druck auf die Christen in Jordanien, vor allem auf Christen muslimischer Herkunft, sehr hoch; der Durchschnittswert (12,4) stieg gegenüber dem Weltverfolgungsindex 2019 mit 12,3 leicht an.
- Der Druck ist in allen Lebensbereichen sehr hoch, mit der Ausnahme des Familienlebens, wo er ein extremes Ausmaß erreichte und besonders Christen muslimischer Herkunft betrifft. Abgesehen vom Familienleben, sind die Punktzahlen im Bereich des Privat- und kirchlichen Lebens am höchsten. Dies ist typisch für eine Situation, in der die Islamische Unterdrückung in Kombination mit Ethnisch oder traditionell begründeten Anfeindungen die Haupttriebkraft der Verfolgung darstellt.
- Der Wert für „Auftreten von Gewalt“ ist von 3,0 Punkten im Vorjahr auf 1,7 im Weltverfolgungsindex 2020 gesunken.

Zu jedem der Lebensbereiche sind im Folgenden jeweils ausgewählte Teilaspekte genannt, die im betreffenden Lebensbereich für die Christen zu den gravierendsten Schwierigkeiten gehören.

Privatleben

- **Die Hinwendung zum christlichen Glauben, darunter auch der Übertritt zu einer anderen christlichen Denomination, wird stark abgelehnt, verboten oder auch bestraft:** Obwohl nicht strafbar, ist es nicht erlaubt, den Islam zu verlassen. Jeder, der den Islam verlässt und sich dazu äußert, kann vor das islamische Scharia-Gericht gestellt werden, wo man ihn als „ohne Religion“ befindet und damit als rechtsunfähig betrachtet. Alle seine Rechtsbeziehungen würden dann annulliert werden (einschließlich der Ehe) und er/sie wäre schlechter gestellt als jemand, der geistig unfähig ist. Christliche Konvertiten muslimischer Herkunft werden häufig zum Ziel von Überwachung und können von der Geheimpolizei schikaniert und auf eine schwarze Liste gesetzt werden. Sie werden dann daran gehindert, eine Beschäftigung bei den Streitkräften oder Stellen in der Regierung oder der Privatwirtschaft wie beispielsweise in Bauunternehmen aufzunehmen. Auf gesellschaftlicher Ebene werden Konvertiten geächtet und sehen sich Feindseligkeiten von Familien- oder Stammesmitgliedern gegenüber; sie könnten auch mit Gewalt und Polizeiverhören konfrontiert werden. Besonders Frauen sind Opfer von Hausarrest, Zwangsehen und andere Maßnahmen zur Wiederherstellung der „Familienehre“. Auch Christen, die von einer traditionellen Kirche zu einer nicht-traditionellen evangelikalen Kirche wechseln, sind einem erheblichen Druck von Familie und Umfeld ausgesetzt.
- **Es ist ein Risiko für Christen, über ihren Glauben zu sprechen:** Hiervon sind vor allem Christen muslimischer Herkunft betroffen. Da Hauptquelle des Drucks Familie und Gemeinschaft sind, üben die meisten Konvertiten äußerste Vorsicht, wenn sie mit Familienmitgliedern und Menschen in ihrem Umfeld über Glaubensfragen diskutieren, da dies zu gewalttätigen Reaktionen führen kann. Auch wenn traditionelle Christen mit Muslimen oder Anhängern anderer Religionen über den christlichen Glauben sprechen, kann dies leicht als ein Versuch der Missionierung (die in Jordanien verboten ist) und als eine Bedrohung der nationalen Sicherheit verstanden werden. Sie können dem Geheimdienst gemeldet und auf eine schwarze Liste gesetzt werden.
- **Es ist gefährlich für Christen, ihrem Glauben in schriftlicher Form persönlich Ausdruck zu geben, etwa in Internetblogs oder auf Facebook:** Wenn ein Christ mit muslimischer Herkunft z. B. beim Zugriff auf christliche Online-Inhalte von einem missbilligenden Familien- oder Gemeinschaftsmitglied ertappt wird, kann dies zu negativen Auswirkungen führen. Solche sind erst recht dann zu erwarten, wenn ein Konvertit über seine Entscheidung, Christ zu werden, schreibt oder sie anderweitig öffentlich macht. Dies wäre in der Tat eine Selbstbeschuldigung, die den Beweis für den eigenen Glaubensabfall liefert. Ihr Glaubenswechsel könnte auch von Familie, Gesellschaft und Beamten als Beweis gegen sie verwendet werden.
- **Für Christen ist es gefährlich, sich mit anderen Christen zu treffen:** Dies gilt vor allem für Christen mit muslimischem Hintergrund, die aus Familien stammen, die ihren Umgang mit anderen aufgrund von Misstrauen oder Missbilligung einschränken. Eine solche Interaktion könnte als Verrat an der Gemeinschaft, der Familie und dem Glauben der Vorväter verstanden werden.

Familienleben

- **Christliche Paare werden aufgrund ihres Glaubens daran gehindert, Kinder zu adoptieren oder Pflegekinder aufzunehmen:** Die Adoption bleibt nach islamischer Lehre illegal. Ein Pflegekind aufzunehmen ist kompliziert und es ist für Christen fast unmöglich, ein muslimisches Pflegekind aufzunehmen. Vor einigen Jahren versuchte ein christlicher Dienst, ein christliches Waisenhaus zu eröffnen, und ihnen wurde aus ähnlichen Gründen eine Lizenz verweigert.
- **Christlichen Ehepartnern wird im Falle einer Scheidung das Recht abgesprochen, das Sorgerecht für die Kinder in Anspruch nehmen zu können:** Dieser Druck ist nicht ungewöhnlich bei Christen muslimischer Herkunft, die einen nicht christlichen Ehepartner haben und/oder deren (Groß-)Familienmitglieder eine bedeutende Kontrolle ausüben. Da diejenigen, die den Islam verlassen, nach islamischem Recht das Sorgerecht für Kinder verlieren, wurde einigen Personen das Sorgerecht durch die Scharia-Personenstandsgerichte zwangsweise entzogen.
- **Kinder von Christen muslimischer Herkunft werden automatisch unter der Mehrheitsreligion registriert:** Die Kinder von Christen muslimischer Herkunft gelten von Geburt an als Muslime. Auch Kinder einer christlichen Mutter und eines muslimischen Vaters gelten von Geburt an als muslimisch. Da die Eltern ihren Glauben in offiziellen Dokumenten nicht ändern können, werden ihre Kinder als Muslime registriert, wobei das Kind im täglichen Leben eine Reihe von Schwierigkeiten hat (etwa die Teilnahme am islamischen Unterricht in der Schule).
- **Muslime verlieren nach ihrer Hinwendung zum christlichen Glauben ihren Erbschaftsanspruch:** Aufgrund der Scharia verlieren Christen muslimischer Herkunft bei Glaubenswechsel ihr Erbrecht, insbesondere wenn ihre (Groß-)Familienmitglieder eine erhebliche Kontrolle ausüben.

Gesellschaftliches Leben

- **Christen werden in der Erwerbstätigkeit, sei es im privaten oder öffentlichen Sektor, aufgrund ihres Glaubens diskriminiert:** Dies gilt vor allem für Konvertiten aus dem Islam, deren christlicher Glaube bekannt geworden ist. Es wurden Fälle berichtet, in denen Christen aufgrund ihres Glaubenswechsels wiederholt die Möglichkeit einer Beschäftigung verloren haben oder ihnen diese verweigert wurde.
  In einigen Bereichen kann dieser Druck auch auf traditionelle Christen ausgeübt werden, insbesondere im Hinblick auf die Beförderung in leitende Positionen. Auch die Sicherheitsüberprüfung kann problematisch sein. Es gab Berichte über Christen, denen Praktika, Arbeit und sogar Plätze an der medizinischen Fakultät in Militärkrankenhäusern verweigert wurden. Bei der Beförderung im öffentlichen Dienst und den Streitkräften werden Muslime bevorzugt, obwohl neun Parlamentssitze für Christen reserviert sind und immer wieder christliche Minister ernannt wurden.
- **Christen werden von ihrem sozialen Umfeld unter Druck gesetzt, ihrem Glauben abzusagen:** Es ist mit Druck auf Konvertiten aus dem Islam zu rechnen, deren christlicher Glaube bekannt geworden ist, insbesondere wenn die lokale Gemeinschaft aus konservativen muslimischen Familien besteht. Sie setzen dadurch die Bestimmungen des islamischen Rechts um, die bezüglich Apostasie besagen, dass jemand, der sich vom Islam lossagt, die Möglichkeit bekommen soll, umzukehren. Auch für andere Christen gibt es einen „gut gemeinten“ Aufruf, zum Islam zu kommen.

- **Christen stehen unter Beobachtung durch ihr soziales oder privates Umfeld:** Besonders intensiv ist die Überwachung bei bekannten Konvertiten aus dem Islam. Für traditionelle Christen wird routinemäßig eine informelle Überwachung durchgeführt (oft unter Einsatz von Informanten der Gemeinschaft), die besonders diejenigen betrifft, die evangelistisch tätig sind. Allerdings führt der jordanische Nachrichtendienst (GID) Überwachungsoperationen mit einem breiten Spektrum von Zielen durch, was bedeutet, dass die Überwachung keineswegs ausschließlich auf christliche Gemeinschaften angewandt wird. Die Überwachung umfasst auch Telefonanrufe und die Nutzung von sozialen Medien.
- **Christen werden im Alltag belästigt, bedroht oder behindert wegen glaubensbedingter Gründe:** Dies gilt vor allem für Konvertiten aus dem Islam, deren christlicher Glaube bekannt geworden ist. Obwohl traditionelle christliche Gemeinschaften im Allgemeinen Respekt und ein gutes Ansehen genießen, werden sie von Zeit zu Zeit von konservativeren Elementen innerhalb der jordanischen Gesellschaft, insbesondere in den ländlichen Gebieten, belästigt, wenn auch in einem geringen Maße. Da die meisten jordanischen Frauen den Hidschab tragen, sind christliche Frauen in der Öffentlichkeit leicht zu erkennen und werden oft als unangemessen gekleidet angesehen und können so Belästigungen ausgesetzt sein. In der Gesellschaft gibt es generell weniger Toleranz gegenüber Christen und in der Geschäftswelt können sich Lieferanten dafür entscheiden, nicht mehr an jemanden zu verkaufen, der als Christ bekannt ist. Außerdem bevorzugen muslimische Kunden den Kauf bei muslimischen Ladenbesitzern.

Leben im Staat

- **Die Verfassung oder eine vergleichbare nationale Gesetzgebung schränkt die Religionsfreiheit gemäß Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte ein:** Die jordanische Verfassung erklärt den Islam zur Staatsreligion und bestimmt die Scharia als Rechtsgrundlage. In diesem Zusammenhang ist es illegal, den Islam offiziell zu verlassen, um zu einer anderen Religion zu konvertieren (ebenso wie nicht-islamische Missionierung). Dies verstößt gegen Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. Die Verfassung bekräftigt zwar den Grundsatz der Nichtdiskriminierung (einschließlich der Diskriminierung aufgrund der Religion) und legt fest, dass die freie Ausübung des Gottesdienstes und der religiösen Riten zu gewährleisten ist, doch müssen diese mit der „öffentlichen Ordnung und Moral“ in Einklang stehen. Anerkannte nichtmuslimische Gemeinschaften erhalten die Freiheit, die meisten Fragen des Personenstands nach ihren eigenen Bräuchen durch ein religiöses Gerichtssystem zu regeln. Jedoch verfügen einige Gemeinschaften, viele von ihnen nichttraditionelle kirchliche Gruppen, derzeit nicht über den für die Einrichtung ihrer eigenen Gerichte erforderlichen Rechtsstatus.
- **Beamte auf lokaler wie nationaler Ebene weigern sich, den Glaubenswechsel einer Person anzuerkennen und dementsprechend im Personalausweis oder staatlichen Personenverzeichnis zu dokumentieren:** Es gibt keinen rechtlichen Mechanismus für den Wechsel der offiziellen Religionszugehörigkeit vom Islam zu einer anderen (oder keiner) Religion, begründet durch die Apostasiebestimmungen des islamischen Rechts. Obwohl Apostasie nicht kriminalisiert wird, können Personenstandsgerichte schwere Sanktionen verhängen. Es ist zu beachten, dass die Religionszugehörigkeit zwar nicht mehr in den nationalen Ausweisen erscheint, diese aber aus den offiziellen Akten ersichtlich ist, da die Zuständigkeit des Personenstandsgerichts durch die Religionszugehörigkeit bestimmt wird.

Es ist kein Versuch eines Christen muslimischer Herkunft bekannt, im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2020 den Wechsel seiner offiziellen Religionszugehörigkeit vom Islam zu beantragen. Einen solchen Antrag zu stellen würde sie den Behörden aussetzen und wäre daher potenziell gefährlich. Einige haben dies (vor dem aktuellen Berichtszeitraum) über den Rechtsweg versucht und sind gescheitert.

- **Christen werden aufgrund ihres Glaubens von öffentlichen Ämtern oder Beförderungen ausgeschlossen:** Traditionelle christliche Gemeinschaften (insbesondere die historischen Kirchengemeinden) genießen in der jordanischen Gesellschaft und in einigen Bereichen des öffentlichen Lebens im Allgemeinen ein gutes Ansehen. Die neun Quotensitze, die für Christen im Parlament reserviert sind, sind angesichts der aktuellen Demographie unverhältnismäßig hoch, so dass Christen technisch gesehen überrepräsentiert sind. Es gibt zwar gelegentliche Ausnahmen, aber es ist ungewöhnlich, dass Christen in sehr hohe Positionen aufsteigen, besonders im öffentlichen Leben und besonders für Christen mit palästinensischem Hintergrund. Christen können nicht Premierminister werden oder leitende Mitarbeiter der Streitkräfte sein. Christen muslimischer Herkunft werden mit Behinderungen in der Arbeitswelt, auch in öffentlichen Ämtern, konfrontiert, wenn ihr Glaube bekannt wird.
- **Personen, die Christen Schaden zugefügt haben, wurden bewusst von der Strafverfolgung ausgenommen:** Für Konvertiten aus dem Islam, die aufgrund ihres Glaubens Opfer von Verbrechen werden, ist es sehr wahrscheinlich, dass die Täter (einschließlich der so genannten „Ehrenverbrechen“) ein hohes Maß an Straffreiheit genießen. Innerhalb der traditionellen christlichen Gemeinschaften wurde auch Frustration über den Grad der Straflosigkeit von Tätern geäußert, die Gewalttaten oder Hassreden verübt hatten.

Kirchliches Leben

- **Kirchen werden davon abgehalten, Christen muslimischer Herkunft öffentlich aufzunehmen:** Die Eingliederung von Konvertiten in anerkannte Kirchengemeinden ist ein äußerst sensibles Thema. Die routinemäßige Überwachung durch staatliche Geheimdienstbeamte bedeutet, dass die meisten Kirchenführer sich davor hüten, Konvertiten muslimischer Herkunft offen zu empfangen und zu akzeptieren, da sie negative Auswirkungen, einschließlich einer möglichen Schließung der Kirche, befürchten. Außerdem wären sie misstrauisch gegenüber Leuten, die sich offen als Konvertiten ausgeben, da dies eine Falle sein könnte.
- **Auf allen Ebenen der Verwaltung ist es schwierig, als Kirche eine Registrierung zu bekommen:** Neben den offiziell anerkannten Kirchen gibt es andere Konfessionen, die einen niedrigeren rechtlichen Status haben und meist als „Gesellschaften“ eingestuft werden; dazu gehören die Baptisten, die Freie Evangelische Kirche, die Kirche des Nazareners, die Assemblies of God und die Alliance-Gemeinden. Langjährige Anträge der Evangelikalen Synode (im Namen von fünf evangelikalen Denominationen) und der Nazarener-Kirche (als einzelne Entität) auf Erteilung des vollen offiziellen Status (durch Aufnahme in die Liste im Anhang der Kirchengerichtsgesetzgebung, die die Kirchen nennt, die Personenstandsgerichte betreiben können) wurden konsequent abgelehnt und es gibt weiterhin keine Entscheidung.
- **Kirchen werden daran gehindert, christliche Aktivitäten außerhalb von Kirchengebäuden zu organisieren:** Jede Form von Gottesdienst oder christlichem Dienst außerhalb des ausgewiesenen Kirchengebäudes muss mit Diskretion durchgeführt werden, um feindliche Reaktionen und den Vorwurf der Missionierung zu vermeiden.
- **Der Verkauf oder das Bereitstellen von Bibeln oder anderen christlichen Materialien wird verhindert:** Der Verkauf von Bibeln und die Verteilung christlicher Materialien ist nur an dafür

vorgesehenen Orten erlaubt, wie z.B. in anerkannten Kirchen und deren Buchläden, nicht aber auf gewöhnlichen Märkten oder in Buchhandlungen. Die Verteilung von christlichem Material darf nicht als Missionierung wahrgenommen werden, und die meisten Christen üben in dieser Hinsicht Selbstzensur aus. Viele historische Kirchen neigen dazu, von der öffentlichen Verteilung von Bibeln abzusehen, aus Angst, soziale Unruhen zu schüren und Feindseligkeiten gegenüber zu stehen.

Auftreten von Gewalt

- Mindestens fünf Christen wurden Berichten zufolge körperlich missbraucht oder erhielten Morddrohungen, meist von Familienmitgliedern.
- Ein christlicher Friedhof wurde verwüstet und geschändet. Die Christen vor Ort verstanden dies als einen Akt der Einschüchterung.

7. Verfolgungssituation für Männer und Frauen

Wie Frauen Verfolgung erfahren:

- Verweigerung des Sorgerechts für Kinder
- Verweigerung des Rechts, einen christlichen Ehepartner zu heiraten (gilt für Christinnen muslimischer Herkunft)
- Zwangsverheiratung
- Zwangsscheidung
- (Haus-)Arrest durch die Familie
- Reiseverbote/Einschränkung der Reisefreiheit
- Ermordung
- Körperliche Gewalt

In Jordanien sind von allen Kategorien von Christen Frauen, die früher Muslimas waren, am stärksten von Verfolgung wegen ihres Glaubens betroffen. Aber auch andere christliche Frauen sind mit Ungleichbehandlung konfrontiert, zum Beispiel, wenn ihre Männer zum Islam übertreten. Bei Christinnen muslimischer Herkunft kommt der Druck am häufigsten vonseiten der eigenen (Groß-)Familie. Wenn sie noch bei ihrer Familie lebt, riskiert eine Christin muslimischer Herkunft Hausarrest und sogar sexuelle Übergriffe oder Vergewaltigung, wenn ihr Glaube bekannt wird. Obwohl arrangierte Ehen in Jordanien keine Seltenheit sind, droht ihnen darüber hinaus wegen ihrer Hinwendung zum christlichen Glauben eine Zwangsheirat, damit die Familienehre erhalten und die Tochter wieder auf den „rechten Weg“ gebracht wird. Dies kann sich auch auf Ehrenmorde erstrecken, die für Konvertitinnen in ländlichen Gebieten ein Risiko darstellen.

Christinnen muslimischer Herkunft dürfen offiziell keine christlichen Männer heiraten. Selbst wenn sie im Ausland heiraten, erkennt der Staat die Ehe nicht an. Christliche Frauen können im Allgemeinen erst dann muslimische Männer heiraten, wenn sie zum Islam konvertieren, wie es das religiöse Meldewesen vorschreibt. Dies ist faktisch unmöglich für gebürtige christliche Frauen, die einen Konvertiten heiraten wollen, da ihre zukünftigen Ehemänner immer noch als Muslime gelten. Wenn sie mit nichtchristlichen Ehemännern verheiratet sind, stehen Christinnen muslimischer Herkunft in der Gefahr, missbraucht und mit dem Tod bedroht zu werden, was einige zur Flucht zwingt. Sie sind auch mit Reisebeschränkungen konfrontiert. Reiseverbote können von den Behörden, aber auch von Familienmitgliedern verhängt werden, um etwa zu verhindern, dass die Christin muslimischer Herkunft

das Land verlässt. Wird gegen dieses Verbot verstoßen, kann ein Gerichtsverfahren wegen „Reisen ohne Genehmigung“ eingeleitet werden. Auch sind Christinnen muslimischer Herkunft von Zwangsscheidungen bedroht. Entscheidend ist in diesem Zusammenhang die Einstellung der Familie des Ehepartners.

Die anerkannten Kirchen in Jordanien arbeiten derzeit an der Überarbeitung der Personenstandsgesetze, um die Stellung der Frauen in Bezug auf Scheidung und Erbrecht zu verbessern. Die jordanische Kultur ist sehr konservativ; politische Debatten über das Personenstandsgesetz und gescheiterte Versuche, das Mindestheiratsalter (von 15 Jahren für Mädchen) anzuheben, haben dies deutlich gemacht. Diese Gesetze erleichtern auch den Hausarrest und die Zwangsheirat, für die junge Konvertitinnen besonders anfällig sind.

Im „International Religious Freedom Report 2018“ des US-Außenministeriums heißt es: „Jedes Mitglied der Gesellschaft kann eine Glaubensabfall-Klage gegen diese Personen vor der neu gegründeten Scharia-Staatsanwaltschaft einreichen.“ In Fällen, die von einem Scharia-Gericht entschieden werden, können Richter die Ehe einer Christin muslimischer Herkunft annullieren, das Sorgerecht an ein nichtelterliches muslimisches Familienmitglied übertragen oder die Kinder zu „Staatsmündeln“ erklären und die Eigentumsrechte einer Person an muslimische Familienmitglieder übertragen. Wenn ein muslimischer Ehemann und eine nichtmuslimische Frau geschieden werden, verliert die Ehefrau im Gegensatz zu muslimischen Frauen (wie von Al-Jazeera im Dezember 2015 berichtet) automatisch das Sorgerecht für die Kinder, wenn sie sieben Jahre alt sind. Wenn eine geschiedene Christin Muslima wird, kann sie das Sorgerecht für die Kinder und von ihrem Mann ein Erbe erhalten. Dies übt großen Druck auf geschiedene christliche Frauen aus, zum Islam zu konvertieren.

Wie Männer Verfolgung erfahren:

- Verweigerung des Rechts, einen christlichen Ehepartner zu heiraten
- Wirtschaftliche Schikane im Berufs-/Geschäftsleben
- Vertreibung aus Wohnung/Wohnhaus
- Erzwungene Flucht aus Stadt oder Land

Diskriminierung am Arbeitsplatz betrifft alle Christen, insbesondere wenn sie im öffentlichen Sektor arbeiten. Die allgemeine Arbeitslosenquote für alle Männer in Jordanien ist im 3. Quartal 2019 auf 17,1% gestiegen, was den Druck auf alle Männer, die ihren Arbeitsplatz aufgrund ihres christlichen Glaubens verloren haben, erhöht. In der zumeist traditionell und von Stammesstrukturen geprägten jordanischen Gesellschaft gelten Männer als „Ernährer der Familie“. Dies kann erhebliche Auswirkungen auf christliche Familien haben.

Nach dem Scharia-Gesetz sind Ehen zwischen muslimischen Frauen und nichtmuslimischen Männern verboten. Damit die Ehe legal ist, muss der Mann zum Islam konvertieren. Eine Eheschließung zwischen einem christlichen Mann (ohne muslimischen Hintergrund) und einer christlichen Frau (mit muslimischem Hintergrund) ist rechtlich nicht möglich. Die Scharia legt auch fest, dass, wenn eine christliche Frau zum Islam konvertiert, auch ihr Mann konvertieren muss, damit ihre Ehe legal bleibt.

Christliche Männer, die aus dem Islam konvertiert sind, sehen sich in einer Schamkultur weiteren Schwierigkeiten gegenüber, wenn ihre Familien sie wegen ihres Glaubenswechsels ablehnen und aus ihren Häusern vertreiben.

Das Ergebnis ist, dass solche Schwierigkeiten sie allzu oft dazu veranlassen, in einer scheinbaren Wirtschaftsmigration auszuwandern, die aber in Wirklichkeit in der durch ihren christlichen Glauben verursachten Situation begründet liegt. Wenn der Druck auf christliche Familien zur Auswanderung führt, hat dies potenziell negative Auswirkungen auf zukünftige Kirchen- und Gemeindeleitungen, da den Kirchen dann weniger Erwachsene für die Ausbildung und Übernahme von Führungsaufgaben zur Verfügung stehen.

8. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Andere Religionen, die in Jordanien Einschränkungen unterliegen, sind Schiiten, Drusen, Bahai und irakische Mandäer. Es ist Berichten zufolge schwieriger für einen Sunniten, sich zum schiitischen Islam zu bekehren, als zum Christentum. Die meisten Bahai-Anhänger dürfen zwar ihre Religion ausüben, die Bahai-Religion ist jedoch nicht offiziell anerkannt, und daher können Aktivitäten ihrer Anhänger verboten werden. Heiratsurkunden der Bahai werden von der Behörde für Familienstand und Passwesen nicht anerkannt. Ein Beispiel: Der „International Religious Freedom Report 2017“ des US-Außenministeriums nennt einen Vorfall, nach dem der Gouverneur von Amman eine von den Bahai ausgerichtete Veranstaltung zur Würdigung der „Harmonie der Religionen“ im Oktober 2017 abgesagt hat, weil er befürchtete, dass die Veranstaltung zu einem islamisch-extremistischen Angriff führen könnte.

Drusen erleben soziale Ausgrenzung und leben in bestimmten Gebieten. Wie die Bahai-Religion ist auch die drusische Religion nicht offiziell von der jordanischen Regierung anerkannt, und da sie keine eigenen religiösen Gebäude haben, beten sie weiterhin in den Moscheen der Sunniten.

Des Weiteren gab es unter den irakischen Flüchtlingen, die in das Land kamen, einige Mandäer. Auch diese werden nicht anerkannt; sie üben ihre Bräuche ohne offizielle Genehmigung aus, was ihnen manchmal deshalb untersagt wird.

9. Der Ausblick für Christen

Islamische Unterdrückung

Es ist bekannt, dass der Salafismus in Jordanien stetig zunimmt, und mittelfristig könnte dies zu einem bedeutenden Wandel der religiösen Einstellung in der Gesellschaft führen. Eine strengere Auslegung des Islam könnte das öffentliche Leben der Christen ernsthaft beeinträchtigen. Zudem wird die Arbeitslosigkeit laut der Prognose der Economist Intelligence Unit für Jordanien in den nächsten Jahren voraussichtlich hoch bleiben. Eine hohe Arbeitslosenquote, insbesondere unter Jugendlichen, ist ein fruchtbarer Boden für die Rekrutierung durch islamisch-extremistische Gruppen. Außerdem könnten kampferprobte jordanische Extremisten bald nach Hause zurückkehren, da der Krieg in Syrien anscheinend kurz vor seinem Ende steht. Ihre Präsenz könnte eine massive Gefahr für die Bevölkerung, und insbesondere für gefährdete Minderheiten wie Christen, darstellen. Diese Entwicklungen deuten darauf hin, dass Islamische Unterdrückung als Triebkraft der Verfolgung in Zukunft an Einfluss gewinnen könnte.

Ethnisch oder traditionell begründete Anfeindungen

Diese Triebkraft der Verfolgung steht derzeit nicht vor größeren Veränderungen. Laut dem „Arab Youth Survey 2018“ werden jordanische Jugendliche jedoch mehr von ihren Altersgenossen und den Medien beeinflusst, als von ihren Familien oder religiösen Autoritäten. Infolgedessen versucht die Regierung, den Einfluss islamisch-extremistischer Gruppen abzuwehren und zu verhindern. Wenn diese Lockerung der Verbundenheit von Jugendlichen zu Familien oder Religionsführern anhält, könnte dies langfristig zu einer Schwächung der ethnisch begründeten Anfeindungen führen. Auf der anderen Seite betrifft diese Triebkraft vor allem Konvertiten aus dem Islam. Wenn die Zahl der Konvertiten und der am christlichen Glauben interessierten Muslime wächst, könnte dies in Zukunft zu einer erhöhten Anzahl von Verfolgungsfällen gegen Konvertiten führen.

zurück zur Länderübersicht

Tunesien: Platz 34

Zusammenfassung

Eine Journalistin, die die Situation der tunesischen Christen detailliert untersucht hat, zog folgendes Fazit: „Tunesische Christen werden auf eine Weise diskriminiert und angegriffen, die oft undurchsichtig ist und vor den Augen der Öffentlichkeit verborgen bleibt. Es beeinträchtigt ihr tägliches Leben. Aufgrund ihrer Identität als Christen leben viele von ihnen in unsicheren Arbeitsverhältnissen, werden von Familie, Freunden und sogar Verlobten verlassen; sie sind Opfer verbaler, psychischer und körperlicher Misshandlungen."

Aufgrund der oben genannten Faktoren entscheiden sich die meisten tunesischen Christen muslimischer Herkunft dafür, ihren Glauben zu verbergen. Sie können nicht offen Jesus anbeten und ihr Leben als Christen führen. Die Feindseligkeit und der Druck, dem sie von der gesamten Gesellschaft ausgesetzt sind, machen es gefährlich, ihren Glauben mit ihren Familienangehörigen, weiteren Verwandten, Nachbarn, Freunden oder Kollegen zu teilen. Es ist auch schwierig für sie, sich zu treffen, um gemeinsam Gottesdienst zu feiern und Gemeinschaft zu haben, da sie von den tunesischen Sicherheitsdiensten überwacht werden und jede mögliche Entdeckung Risiken birgt.

Beispiele aus dem aktuellen Berichtszeitraum

- Kirchliche Einrichtungen und Gebäude werden überwacht, angeblich aus Sicherheitsgründen, aber auch zum Zweck der Überwachung.
- Während des Berichtszeitraums zum Weltverfolgungsindex 2020 wurden einige einheimische Christen festgenommen und wegen ihrer Aktivitäten und dem Besitz christlicher Literatur verhört. Ihnen wurde Missionierung vorgeworfen.
- Während des Berichtszeitraums zum Weltverfolgungsindex 2020 mussten mehrere Christen, insbesondere Konvertitinnen, aufgrund des Drucks und der Bedrohung durch ihre Familien innerhalb des Landes umziehen. Es wurde auch berichtet, dass mehrere Christen muslimischer Herkunft körperlich misshandelt und/oder sexuell missbraucht wurden.

---

1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 64 Punkten belegt Tunesien Platz 34 auf dem Weltverfolgungsindex 2020.

Auf dem Weltverfolgungsindex 2019 lag das Land mit 63 Punkten auf Platz 37. Der Hauptgrund für den Anstieg der Punktzahl liegt darin, dass die Punktzahl für das Auftreten von Gewalt von 3,3 Punkten beim Weltverfolgungsindex 2019 auf 5,4 beim Weltverfolgungsindex 2020 gestiegen ist, was hauptsächlich auf eine größere Anzahl von christlichen Gebäuden, Wohnhäusern und Geschäften zurückzuführen ist, die angegriffen wurden.

2. Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung

Diese Triebkraft der Verfolgung wirkt auf unterschiedlichen Ebenen: Innerhalb der Familie erfahren Konvertiten vom Islam zum christlichen Glauben oftmals keinerlei Akzeptanz für ihre Entscheidung zum Glaubenswechsel. Manche Christen muslimischer Herkunft werden von ihren eigenen Familien zu Hause eingesperrt. Auf gesellschaftlicher Ebene verbreiten islamisch-extremistische Militante Angst im ganzen Land. Auf der politischen Ebene sind islamistische Parteien weiterhin einflussreich. Die Verbindungen zwischen einigen islamistischen Bewegungen und dem organisierten Verbrechen sollten nicht unterschätzt werden. Sie sorgen für viel Unruhe in der tunesischen Gesellschaft und tragen dazu bei, dass die ohnehin schon große Angst unter Christen zunimmt.

Ethnisch oder traditionell begründete Anfeindungen

Die Prägung der Gesellschaft durch Stammestraditionen hat besonders Auswirkungen auf Christen muslimischer Herkunft, vor allem außerhalb von Großstädten. Den Islam zu verlassen gilt nicht nur als Verrat an der Religion, sondern auch an der eigenen (Groß-)Familie. Trotzdem ist das Stammesdenken weniger stark ausgeprägt als in Tunesiens Nachbarstaaten, da eine Kampagne der Regierung den Einfluss dieses Denkens bereits in den 1950er- und 60er-Jahren bekämpfte.

3. Verfolger

Ausgehend von Islamischer Unterdrückung

- **Großfamilie:** Bei tunesischen Christen mit muslimischem Hintergrund geht die Verfolgung hauptsächlich von ihren eigenen (Groß-)Familien aus. Diese üben Druck auf das zum christlichen Glauben bekehrte Familienmitglied aus, seinen oder ihren neuen Glauben zu widerrufen, oder misshandeln ihn oder sie sogar. Ehepartner werden unter Druck gesetzt, sich von dem Konvertiten scheiden zu lassen, und gemeinsame Kinder werden den Konvertiten weggenommen.
- **Gewöhnliche Bürger:** Auch von der Nachbarschaft geht Verfolgung für Christen muslimischer Herkunft aus, vor allem außerhalb der großen Ballungszentren. So schließen Nachbarn Christen muslimischer Herkunft beispielsweise oft von gesellschaftlichen Zusammenkünften aus und können auch dafür verantwortlich sein, wenn Konvertiten ihre Arbeit verlieren.
- **Gewalttätige religiöse Gruppen:** Die Bedrohung durch Aktivitäten militanter islamischer Gruppen betrifft alle christlichen Gemeinschaften im Land. Extremistische Gruppen (deren Reihen durch Rückkehrer aus den Kriegen in Syrien und dem Irak verstärkt werden) stellen weiterhin eine erhebliche Bedrohung dar.
- **Nichtchristliche religiöse Leiter:** Obwohl Tunesien international den Ruf einer Erfolgsgeschichte des „Arabischen Frühlings“ genießt, sind extremistische islamische Lehren und Gewaltbereitschaft weit verbreitet.
- **Anführer ethnischer Gruppen:** Familienoberhäupter und andere wichtige Familienmitglieder üben Druck auf Christen muslimischer Herkunft aus, ihren Glauben zu widerrufen.
- **Regierungsbeamte:** Auch die Regierung und der Staatsapparat können als Verfolger angesehen werden, da sie Gemeinden von Christen muslimischer Herkunft die Registrierung und offizielle Anerkennung verweigern.

Ausgehend von Ethnisch oder traditionell begründeten Anfeindungen

- **Großfamilie:** Auch in Bezug auf Ethnisch oder traditionell begründete Anfeindungen geht die Verfolgung am stärksten von den (Groß-)Familien aus. Wie Katia Boissevain in ihrem Buch „Christianity in North Africa and West Asia“ über Tunesien schreibt (S. 47): „Wenn ein Glaubenswechsel mitgeteilt oder entdeckt wird, haben die Familien das Gefühl, betrogen oder verlassen worden zu sein. Auszuscheren und den christlichen Glauben anzunehmen ist nicht nur ein Bruch mit der Gemeinschaft, sondern auch ein Bruch mit dem gesellschaftlichen Lebensrhythmus, der von islamischen Traditionen bestimmt wird. Christ zu werden wird von den anderen als eine Entscheidung interpretiert, die allem entgegensteht, wozu man erzogen wurde.“
- **Gewöhnliche Bürger/nichtchristliche religiöse Leiter:** Vor allem in ländlichen Gebieten fördert die Gesellschaft die Aufrechterhaltung von traditionellen Werten und Bräuchen, welche Christen muslimischer Herkunft in Schwierigkeiten bringen, wenn sie sich vom Islam abwenden.
- **Anführer ethnischer Gruppen:** Familienoberhäupter und andere wichtige Familienmitglieder üben Druck auf Christen muslimischer Herkunft aus, zum Islam zurückzukehren, um die Familienehre wiederherzustellen.

4. Regionale Brennpunkte der Verfolgung

Christen muslimischer Herkunft haben am meisten Probleme vonseiten ihrer eigenen Familienangehörigen und der Gesellschaft zu fürchten. Dies gilt besonders im Süden des Landes, der eher konservativ geprägt ist. Städtische Gebiete und vor allem die Hauptstadt Tunis selbst bieten den Konvertiten zum christlichen Glauben Möglichkeiten, dem familiären Druck zu entkommen und ihren Glauben in der Anonymität der Großstadt zu leben.

Vor allem in den Grenzgebieten im Süden sind gewalttätige islamische Kämpfer aktiv. Sie nehmen jeden Christen, ob Ausländer oder Staatsbürger, ins Visier, sobald sich die Gelegenheit bietet.

5. Betroffene Christen

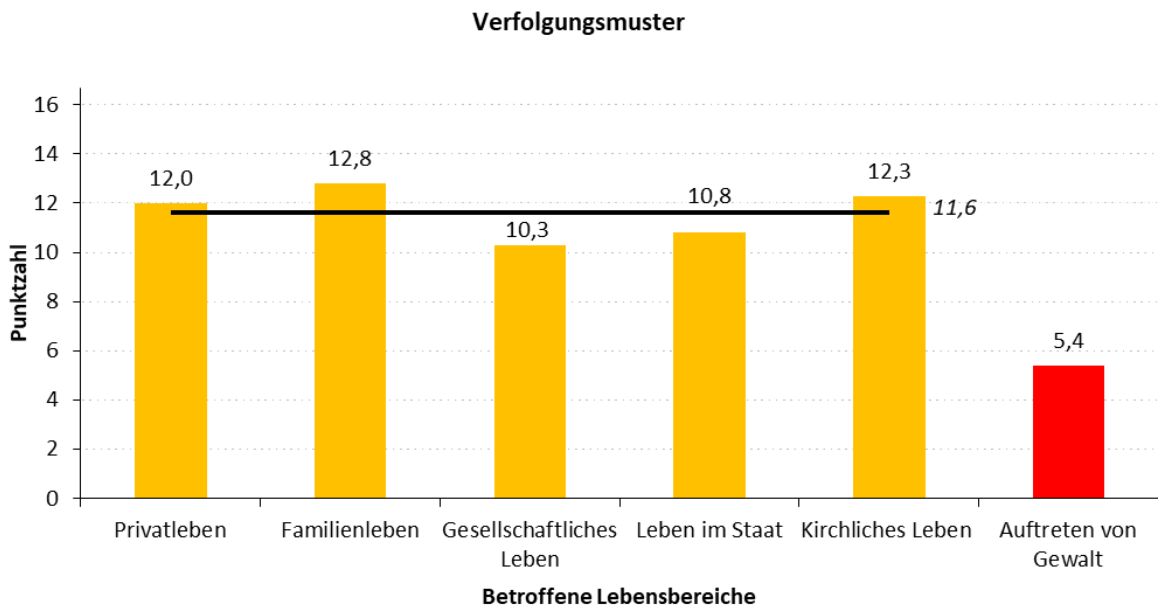
Ausländische Christen

Eingewanderte Christen haben relativ viel Freiheit; allerdings wird öffentliche Evangelisation nicht toleriert. Ausländische Christen, die in den wenigen internationalen Kirchen Gottesdienste feiern, haben kaum Probleme.

Christen muslimischer Herkunft

Christen mit muslimischem Hintergrund sehen sich verschiedenen Formen der Verfolgung ausgesetzt, z. B. durch ihre Familienmitglieder. Sie (und andere) sind jedoch mehr oder weniger frei, Informationen über den christlichen Glauben zu suchen und zu erhalten, insbesondere solche, die online zugänglich sind.

6. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Tunesien

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Der durchschnittliche Druck auf die Christen ist sehr hoch (11,6), aber um 0,2 Punkte niedriger als im Vorjahr.
- Obwohl alle Lebensbereiche ein sehr hohes Maß an Druck aufweisen, ist die Verfolgung in den Bereichen „Familienleben“ und „Kirchliches Leben“ am stärksten. Dies spiegelt die Schwierigkeiten wider, mit denen sich Christen muslimischer Herkunft sowohl innerhalb ihrer eigenen Familien als auch im öffentlichen Leben konfrontiert sehen, etwa wenn sie getauft werden wollen oder Kirchen registrieren lassen wollen.
- Die Wertung für das Auftreten von Gewalt ist im Vergleich zum Vorjahr von 3,3 auf nun 5,4 Punkte gestiegen. Der Hauptgrund für diesen Anstieg war eine erhöhte Anzahl von christlichen Gebäuden, Wohnhäusern und Geschäften, die angegriffen wurden.

Zu jedem der Lebensbereiche sind im Folgenden jeweils ausgewählte Teilaspekte genannt, die im betreffenden Lebensbereich für die Christen zu den gravierendsten Schwierigkeiten gehören.

Privatleben

- **Der Konversion zum christlichen Glauben wird Widerstand entgegengebracht:** Besonders Christen muslimischer Herkunft werden von ihren Familien unter Druck gesetzt, sofern ihr Glaubenswechsel dem privaten Umfeld bekannt ist. Allerdings gibt es dabei deutliche Unterschiede zwischen den ländlichen Gebieten und der Hauptstadt Tunis, wo die Situation vergleichsweise besser ist.

- **Es ist für Christen riskant, ihrem Glauben in schriftlicher Form persönlich Ausdruck zu verleihen (auch in Blogs und auf Facebook etc.):** Die Tatsache, dass es viele tunesische Christen für sicherer halten, ein Pseudonym zu verwenden, wenn sie christliche Botschaften in sozialen Medien posten, ist ein Hinweis auf den Druck, dem sie ausgesetzt sind.
- **Es ist für Christen riskant, mit Mitgliedern ihrer Kernfamilie über ihren Glauben zu sprechen:** Die meisten Christen muslimischer Herkunft (besonders junge Menschen) sehen sich infolge ihrer Bekehrung irgendeiner Art von Widerstand, Ablehnung und/oder schlimmerer Verfolgung ausgesetzt. Besonders für junge Konvertiten ist es riskant, beim Lesen der Bibel gesehen zu werden. Zudem ist es schwierig, einen Ort zu finden, wo sie in Ruhe beten können, ganz zu schweigen davon, mit Familienmitgliedern über ihren Glauben zu sprechen.
- **Es ist für Christen riskant, sich mit anderen Christen zu treffen:** Besonders problematisch ist dies außerhalb der Hauptstadt Tunis und anderer städtischer Gebiete. Treffen mit anderen Christen können ungewollte Aufmerksamkeit auf Christen muslimischer Herkunft ziehen und nach deren Entdeckung zu Druck seitens ihrer Familien führen.

Familienleben

- **Christliche Paare werden wegen ihres Glaubens daran gehindert, Kinder zu adoptieren:** Nur Muslime können in Tunesien ein Kind adoptieren.
- **Kinder von Christen werden automatisch unter der Staats-/Mehrheitsreligion registriert:** Es gibt keine Kategorie für „christliche Tunesier“ bei der Geburtenregistrierung. Die tunesische Verfassung trennt die tunesische Staatsbürgerschaft von der Religionszugehörigkeit, aber tatsächlich wird bei der Registrierung von Ereignissen wie Geburt, Eheschließung, Tod usw. davon ausgegangen, dass alle Tunesier Muslime sind.
- **Kinder aus christlichen Familien werden auf jeder Bildungsstufe dazu gedrängt, an nichtchristlichem Unterricht oder am Religionsunterricht der Mehrheitsreligion teilzunehmen:** Kinder von Christen muslimischer Herkunft müssen islamischen Unterricht besuchen, wenn sie in die Schule gehen, und sie müssen mit Schikanen rechnen, wenn der Glaube ihrer Eltern bekannt ist.
- **Christliche Ehepartner von Nichtchristen wurden vom Recht oder der Möglichkeit ausgeschlossen, in Scheidungsfällen das Sorgerecht für die Kinder zu beanspruchen:** Aufgrund ihres Glaubenswechsels haben mehrere Christen muslimischer Herkunft das Sorgerecht für ihre Kinder verloren.

Die Freiheit christlicher Familien, ihr Familienleben nach christlichen Werten zu gestalten, ist eingeschränkt. Jeder Tunesier wird automatisch als Muslim registriert. Ausländische Christen haben keine Probleme, wenn ihre Kinder ihre ausländische Nationalität behalten. Christen muslimischer Herkunft müssen akzeptieren, in offiziellen Dokumenten als Muslime ausgewiesen zu werden. Wenn sie versuchen, dies zu ändern, erweist sich dieser Versuch als unmöglich und hat Konsequenzen.

Gesellschaftliches Leben

- **Christen werden aus religiösen Gründen in ihrem täglichen Leben schikaniert, bedroht oder behindert:** Obwohl der meiste Druck von der Familie ausgeht, sind Belästigung und soziale Isolation bekannte Folgen des Übertritts vom Islam zum christlichen Glauben.
- **Christen werden von ihrem sozialen Umfeld überwacht (dazu gehören die Anzeige bei der Polizei, Beschattung, Abhören von Telefonleitungen, Lesen/Zensieren von E-Mails usw.):** Überwachung ist üblich und tunesische Christen sind sich darüber im Klaren, dass ihre

Nachrichten und Anrufe abgehört werden. Polizeibeamte befragen tunesische Christen regelmäßig über ihre Aktivitäten, und selbst ein einfacher Antrag auf einen neuen Pass kann in einem Verhör enden.

- **Christen werden von ihrem sozialen Umfeld unter Druck gesetzt, ihrem Glauben abzuschwören:** Christen muslimischer Herkunft erhalten Drohungen von ihren Familien oder aus ihrem sozialen Umfeld, wenn ihr Glaubenswechsel bekannt ist. Besonders in ländlichen Gegenden haben junge Christinnen mit muslimischem Hintergrund Angst davor, zur Ehe mit einem Muslim gezwungen zu werden. Es gibt Fälle christlicher Konvertiten, die ihrer Universität verwiesen wurden oder nicht zur Schule gehen können, weil sie von zu Hause vertrieben wurden. Manchmal werden Kunden aufgefordert, nicht in Geschäften einzukaufen, die von Christen geführt werden. Daher ist der vom sozialen Umfeld ausgehende Druck auf tunesische Christen, ihren neuen Glauben zu widerrufen, hoch.
- **Christen werden in öffentlichen oder privaten Arbeitsverhältnissen aus religiösen Gründen diskriminiert:** Das Berufsleben ist für die meisten tunesischen Christen ein großer Kampf. Als Konvertiten verlieren sie entweder ihre Arbeit oder werden erst gar nicht eingestellt, weil sie alle sozialen Verbindungen verlieren und niemand mit ihnen zusammenarbeiten will. Tunesische Christen neigen dazu, eine Beschäftigung bei ausländischen Einrichtungen zu suchen, um eine solche Diskriminierung zu vermeiden.

Leben im Staat

- **Die Verfassung (oder ein vergleichbares nationales oder staatliches Gesetz) schränkt die Religionsfreiheit, wie sie in Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte formuliert ist, ein:** Die Scharia ist nicht wie in vielen anderen arabischen Ländern die „Hauptquelle der Gesetzgebung“, aber der Islam ist immer noch Staatsreligion und der Staat ist der Hüter der Religion. Das bedeutet, dass andere Religionen (und ihre Anhänger) nicht den gleichen Status wie der Islam und die Muslime haben.
- **Beamte auf lokaler wie nationaler Ebene weigern sich, den Glaubenswechsel einer Person anzuerkennen und dementsprechend im Personalausweis oder staatlichen Personenverzeichnis zu dokumentieren:** Ein Religionswechsel wird nicht offiziell anerkannt. Tunesier werden grundsätzlich als Muslime angesehen.
- **Christen, Kirchen oder christliche Organisationen werden daran gehindert, religiöse Symbole öffentlich zu zeigen:** Christen versuchen zu vermeiden, unerwünschte Aufmerksamkeit zu erregen, insbesondere von extremistischen Muslimen. Daher zeigen nur anerkannte (ausländische) Kirchen christliche Symbole.
- **Die Berichterstattung in den Medien ist falsch oder voreingenommen gegenüber Christen:** Medien (Zeitungen und Fernsehsendungen) verbreiten falsche Informationen über Christen und zeichnen ein falsches Bild von der christlichen Gemeinschaft. Christen werden beschuldigt, sich für Geld zu bekehren – reiche ausländische Christen versprächen armen und daher dafür empfänglichen Tunesiern Reichtum und die Möglichkeit zur Auswanderung in ein westliches Land. Christen werden auch beschuldigt, minderjährige Jugendliche zu beeinflussen, damit sie sich für den christlichen Glauben interessieren.

Im Umgang mit den Behörden sind Christen meist in einer benachteiligten Position. Die Tatsache, dass Konvertiten zum christlichen Glauben vor Gericht wahrscheinlich nicht gleichbehandelt werden (insbesondere in Fällen, die das Familienrecht betreffen), unterstreicht ihre verwundbare Position. Sie

sind auch Missbrauch schutzlos ausgesetzt, da ihre Familien in bestimmten Fällen ungestraft gegen sie vorgehen können, besonders in ländlichen Gebieten.

Kirchliches Leben

- **Es ist schwierig, eine Registrierung oder einen Rechtsstatus für eine Kirche zu erhalten:** Tunesische Christen muslimischer Herkunft können ihre Gemeinden nicht registrieren lassen. Seit Tunesien im Jahr 1956 die Unabhängigkeit erlangte, wurde keine neue Kirche mehr offiziell registriert. Dies steht in krassem Gegensatz zu dem Gesetz, das den Bau und den Betrieb von Moscheen reguliert. Registrierte Gemeinden können frei agieren, sehen sich aber mit praktischen Problemen konfrontiert, besonders hinsichtlich der Instandhaltung ihrer Immobilien, der Einstellung von Mitarbeitern sowie des Erhalts von Genehmigungen für die Veröffentlichung und Verbreitung christlicher Texte in arabischer Sprache.
- **Es ist für Kirchen oder christliche Organisationen riskant, sich gegen Verfolger auszusprechen:** Die registrierten Kirchen wollen nicht, dass sich ihre ohnehin schon gefährdeten Beziehungen zur Regierung verschlechtern. Daher ziehen sie es vor, sich mit Äußerungen zu Verletzungen ihrer Religions- und Glaubensfreiheit zurückzuhalten.
- **Die offene Verteilung von Bibeln und anderen christlichen Materialien wird behindert:** Der Verkauf von christlichen Materialien ist nicht verboten und Bibeln können in säkularen Buchhandlungen gekauft werden. Die kostenlose Verteilung von christlichen Materialien wird jedoch als Missionierung angesehen und ist deshalb verboten. In Tunesien gibt es keine christlichen Buchläden.
- **Die Kirchen werden daran gehindert, Christen muslimischer Herkunft offen zu integrieren:** Aufgrund des Widerstands in der Gesellschaft sind ausländische Kirchen (wie römisch-katholische Gemeinden) sehr zurückhaltend, wenn es darum geht, tunesische Christen in ihrer Mitte aufzunehmen.

Obwohl die Verfassung Tunesiens derzeit Religionsfreiheit anerkennt und ein Übertritt vom Islam hin zu einer anderen Religion nicht verboten ist, weicht das Verhalten der Regierungsvertreter in der Praxis oft stark von dieser offiziellen Linie ab.

Auftreten von Gewalt

- Mehrere Christen wurden Opfer von (körperlicher) Misshandlung, Zwangsverheiratung, Vergewaltigung und sexueller Belästigung. Darüber hinaus mussten mehrere Christen innerhalb des Landes umziehen, weil sie von ihren Familien unter Druck gesetzt worden waren.
- Einige Christen muslimischer Herkunft wurden festgenommen und über ihre Aktivitäten und wegen des Besitzes christlicher Literatur verhört. Sie wurden beschuldigt, zu missionieren und Kontakte zu ausländischen Organisationen zu pflegen.
- Mindestens zwei Grundstücke in Kirchenbesitz wurden durch Vandalismus geschädigt.
- Mehrere Christen muslimischer Herkunft wurden innerhalb ihrer Häuser angegriffen, oft von Familienmitgliedern. In anderen Fällen wurden Ladenbesitzer gezwungen, ihr Geschäft zu schließen, oder ihre Läden wurden demoliert, nachdem das soziale Umfeld entdeckt hatte, dass sie zum christlichen Glauben übergetreten waren.

7. Verfolgungssituation für Frauen und Männer

Wie Frauen Verfolgung erfahren:

- Entführung
- Ausschluss aus der Gemeinschaft
- Verweigerung des Zugangs zu christlichen Materialien
- Verweigerung des Sorgerechts für Kinder
- Zwangsscheidung
- Zwangsverheiratung
- Vertreibung aus Wohnung/ Wohnhaus
- (Haus-)Arrest durch die Familie
- Inhaftierung durch die Behörden
- Ermordung
- Körperliche Gewalt
- Psychische Gewalt
- Sexuelle Gewalt

Christliche Frauen und Mädchen sind in Tunesien besonders von den folgenden Formen religiöser Verfolgung betroffen: sexueller Belästigung, häuslicher Gewalt, Vertreibung aus der Familie und Zwangsverheiratung. Der Länderbericht des „Bertelsmann Transformation Index“ zu Tunesien von 2018 attestiert (S. 24): „Tunesien kann auf eine Erfolgsgeschichte im Streben nach Gleichstellung der Geschlechter zurückblicken. Doch die Diskriminierung von Frauen hält an. Auf dem ‚Index der Geschlechterungleichheit‘ von 2014 belegt Tunesien Platz 48 unter 188 Ländern.“ Diese Platzierung stellt nichtsdestoweniger eine gewichtige Verbesserung im Vergleich zu anderen Ländern in der Region dar, da „Nachbarländer wie Algerien auf Platz 83, Libyen auf Platz 94 und Marokko auf Platz 126 schlechter abschnitten“.

Trotz Bemühungen um Gleichberechtigung der Geschlechter ist die Kultur in der Praxis weder generell respektvoll gegenüber Frauen noch erkennt sie Frauen als Führungspersönlichkeiten an. Schon kleinen Mädchen werden typischerweise weniger Freiheiten gewährt als Jungen und sie dürfen das Haus nicht einfach verlassen.

Der Großteil der Verfolgung geht für Christinnen in Tunesien von den dominierenden Männern in der Familie aus: Für alleinstehende Frauen wäre das der Vater, der Bruder oder ein anderes Familienmitglied, welches diesen im Rang nachfolgt (etwa ein Onkel); für eine verheiratete Frau wäre das ihr Ehemann oder zuvor sogar ihr Verlobter. Der Glaubenswechsel weg vom Islam ist verboten und Christinnen muslimischer Herkunft riskieren, von ihren Familien und Gemeinschaften geächtet zu werden, körperliche Gewalt zu erleiden oder sogar einem Ehrenmord zum Opfer zu fallen, wenn ihr neuer Glaube entdeckt wird. Frauen sind im traditionellen familiären Kontext stärker gefährdet, einem Ehrenmord zum Opfer zu fallen, da Männer mehr Freiheit haben, ihre eigene Meinung zu äußern. Das bedeutet, dass Christinnen muslimischer Herkunft ihre neuen religiösen Überzeugungen vor ihrer Familie verbergen müssen. Viele Christinnen, die die einzigen Christen in der Familie sind, haben keine Bibel zu Hause und werden bedroht, falls eine Bibel gefunden wird. Besonders in den ländlichen Gebieten des Landes haben junge Mädchen Angst, zur Heirat gezwungen und – in einigen Fällen – entführt zu werden. Der Druck, einen Muslim zu heiraten, wird hauptsächlich vom kulturellen Umfeld und der Familie ausgeübt.

Darüber hinaus können Christinnen muslimischer Herkunft in ihren eigenen Häusern eingesperrt und vergewaltigt werden, sogar von Familienmitgliedern. Verheiratete Konvertitinnen können zwangsweise geschieden werden und verlieren das Sorgerecht für ihre Kinder. Dies lässt sie schutzlos und verletzlich zurück, da es gesellschaftlich nicht akzeptabel ist, dass Frauen allein leben und unabhängig sind. Wenn eine Mutter zum Glauben an Jesus kommt, hat sie Angst, dass die Kinder (versehentlich) der Großfamilie davon erzählen, die dann den Ehemann unter Druck setzt, sich scheiden zu lassen. Einige christliche Frauen sind aufgrund von Streitigkeiten wegen ihres neuen christlichen Glaubens für längere Zeit von ihren Kindern getrennt worden.

Wie Männer Verfolgung erfahren:

- Wirtschaftliche Schikanierung im Berufs-/Geschäftsleben
- Zwangsscheidung
- Vertreibung aus Wohnung/Wohnhaus
- Inhaftierung durch die Behörden
- Körperliche Gewalt
- Psychische Gewalt

Neubekehrte zum christlichen Glauben – sowohl Männer als auch Frauen – sind bei weitem die gefährdetsten Christen in Tunesien. Männliche Konvertiten zum christlichen Glauben sind Einschüchterung, Schlägen und Morddrohungen ausgesetzt. Sie bringen Schande über ihre Familien, indem sie den Islam verlassen, und werden deshalb häufig geächtet. Unter dem Druck der Familie verlassen muslimische Ehefrauen ihre Männer, die Christen geworden sind, und es kann sein, dass dem Konvertiten das Erbe oder sogar der Zugang zu seinem Besitz verweigert wird. Wie schwer die Gegenreaktionen auf seinen Glaubenswechsel ausfallen, hängt jedoch von seiner sozialen Stellung und seinem gesellschaftlichen Ansehen ab. Während Christen aus ihrem Zuhause vertrieben worden sein mögen, als die Familie zum ersten Mal von ihrer Bekehrung hörte, haben viele erlebt, dass ihre Familien den Glaubenswechsel zu einem späteren Zeitpunkt stillschweigend akzeptieren.

Männliche Konvertiten müssen auch mit dem Verlust ihres Arbeitsplatzes und der Verweigerung des Zugangs zur sozialen Gemeinschaft/sozialen Netzwerken rechnen. Zusätzlich können sie aus religiösen Gründen von der Polizei inhaftiert werden. Wird ein Mann als Christ verfolgt, gerät seine ganze Familie in Gefahr und hat keinen Schutz.

8. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Dem vom US-Außenministerium 2017 herausgegebenen Bericht zur internationalen Religionsfreiheit zufolge berichteten Bahais von Schwierigkeiten, ihren Glauben auszuüben, weil sie nicht offiziell registriert sind und keine eigenen Kultstätten errichten können. Sie hätten in jüngster Vergangenheit jedoch konstruktive Gespräche mit Regierungsbeamten.

Bezüglich jüdischer Gemeinschaften wird ausgeführt: „Die Regierung erlaubt der jüdischen Gemeinde, frei Gottesdienste zu feiern, und bezahlte das Gehalt des Großrabbiners. Außerdem sorgte sie für die Sicherheit von Synagogen und bezuschusste teilweise Kosten für Restaurierung und Instandhaltung. Angestellte der Regierung unterhielten den jüdischen Friedhof in Tunis. Die Regierung erlaubte der jüdischen Gemeinde den Betrieb privater religiöser Schulen und gestattete es jüdischen Kindern, ihren Schultag zwischen öffentlichen und privaten religiösen Schulen aufzuteilen.“

Hinsichtlich der Spaltung zwischen Sunniten und Schiiten wurden im Berichtszeitraum zum Weltverfolgungsindex 2020 keine Probleme gemeldet; allerdings werden schiitische Muslime in der Regel diskriminiert und Personen des öffentlichen Lebens sprachen sich in der Vergangenheit gegen den schiitischen Islam aus.

9. Der Ausblick für Christen

Islamische Unterdrückung

Gesellschaft und Kultur, insbesondere in ländlichen Gebieten, sind nach wie vor gegen Christen eingestellt; die politischen Veränderungen seit 2011 hatten darauf bisher keinen Einfluss. Die Verfassung Tunesiens mag als Schritt nach vorn erscheinen, allerdings ist ihre Formulierung allgemein genug gehalten, um restriktive Interpretationen zu ermöglichen. Die Interpretation wird stark von der Art der Regierung, die an der Macht ist, und ihrer Haltung gegenüber religiösen Minderheiten abhängen. Würden die Hardliner mehr Einfluss im Land gewinnen, könnte dies das Leben der Christen sehr viel schwerer machen. Zusätzlich sieht sich Tunesien einer echten Bedrohung durch Instabilität und Konflikte ausgesetzt, die aus der zunehmenden Aktivität militanter islamischer Gruppen im Land resultieren. Die Situation wird noch beunruhigender, da viele tunesische islamische Kämpfer, die an der Seite des IS in Libyen gekämpft haben, nach dem Niedergang des IS in Libyen nach Hause zurückkehren. Falls Gruppen wie Hizb-ut-Tahrir mehr Einfluss in Tunesien gewinnen, wird sich die Situation für Christen im Land wesentlich verschlechtern, was verbunden mit noch stärkerer und gewalttätigerer Verfolgung.

Ethnisch oder traditionell begründete Anfeindungen

Die positiven Entwicklungen in puncto Frauenrechte und die positivere Einstellung gegenüber religiösen Minderheiten unter den gemäßigten Liberalen könnten eine Gegenbewegung konservativerer Teile der Gesellschaft hervorrufen, die ihre traditionellen islamischen Bräuche und Praktiken aufrechterhalten wollen.

zurück zur Länderübersicht

Kasachstan: Platz 35

Zusammenfassung

Die Religionsfreiheit wird bereits durch Gesetze aus dem September 2011 beschnitten, und die Regierung in Kasachstan arbeitet beständig daran, noch mehr Kontrolle über die gesamte Gesellschaft zu erlangen. Dies äußert sich in einer Zunahme der Überwachung, Razzien bei Veranstaltungen und Festnahmen von Christen. Die Regierung nutzt die Bedrohung durch islamische Extremisten als Vorwand, um immer mehr Freiheiten einzuschränken. Mitglieder der Russisch-Orthodoxen Kirche erfahren vonseiten der Regierung die wenigsten Schwierigkeiten, da sie normalerweise nicht versuchen, Kontakt mit der ethnisch kasachischen Bevölkerung aufzunehmen. Christen muslimischer Herkunft (vor allem Kasachen und Angehörige anderer muslimisch geprägter Völker) tragen die Hauptlast der Verfolgung sowohl vonseiten des Staates als auch durch Familie, Freunde und die Gesellschaft. Manche Christen werden von ihren Familien für längere Zeit eingesperrt und geschlagen. Es kommt auch vor, dass sie aus der Gemeinschaft ausgeschlossen werden. Lokale Mullahs wenden sich in ihren Predigten gegen diese Christen.

Beispiele aus dem aktuellen Berichtszeitraum

- Im April 2019 wurde eine Gruppe von Christen an einem Flughafen in Kasachstan festgenommen, weil sie beschuldigt wurden, christliche Literatur ins Land schmuggeln zu wollen. Sie wurden auf ein Polizeirevier gebracht, dort befragt und mit einer Geldstrafe belegt, nachdem die staatliche Religionsbehörde das Material so eingestuft hatte, dass es keine terroristische Prägung habe. Hätte die staatliche Religionsbehörde das Material als terroristisch eingestuft, hätten die Christen mit Gefängnisstrafen rechnen müssen.
- Ende Juli 2019 wurde Pastor Maximov zu fünf Jahren und seine Frau zu vier Jahren Gefängnis verurteilt. Auch Pastor Sergei Zaikin wurde zu vier Jahren Gefängnisstrafe verurteilt. Die drei leben inzwischen in den USA, weshalb die Verurteilung in Abwesenheit erfolgte. Ihr gesamter Besitz wurde beschlagnahmt.
- Am 29. April 2019 erhielt eine US-amerikanische Staatsbürgerin eine Ausweisungsverfügung, nachdem die Einwanderungsbehörde ihr vorgeworfen hatte, irreführende Informationen zu verbreiten. Ihr wurde die zeitlich unbeschränkte Aufenthalts- und Arbeitsbewilligung entzogen.

1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit 64 Punkten steht Kasachstan auf Platz 35 des Weltverfolgungsindex 2020.

Im Vorjahr belegte Kasachstan mit 63 Punkten Platz 34 des Weltverfolgungsindex. Es gibt einen leichten Anstieg des Drucks in den Bereichen „Familienleben“, „Gesellschaftliches Leben“, „Leben im Staat“ und „Kirchliches Leben“. Dies ist ein Zeichen, dass sich die Situation der Christen in Kasachstan verschlechtert hat.

2. Triebkräfte der Verfolgung

Diktatorische Paranoia

Außerhalb der staatlich geleiteten und vom Regime kontrollierten Institutionen sind keine religiösen Aktivitäten erlaubt. Seit dem Jahr 2015 hat sich der Druck der Behörden verstärkt, und es gab weiterhin Razzien bei Veranstaltungen sowie Befragungen und Festnahmen von Christen. Besonders Mitglieder protestantischer Kirchen werden zum Ziel, da sie als ausländischer Einfluss betrachtet werden, mit dem Ziel, das gegenwärtige politische System zu zerstören. Diese Sichtweise erklärt, warum sie streng kontrolliert werden.

Islamische Unterdrückung

Wenn Kasachen oder Angehörige anderer muslimisch geprägter Völker sich dem Glauben an Jesus Christus zuwenden, erfahren sie vonseiten ihrer Familie, Freunde und Nachbarschaft in der Regel starken Druck bis hin zu körperlicher Gewalt. Damit sollen sie gezwungen werden, zu ihrem früheren Glauben zurückzukehren. Manche Christen werden von ihren Familien für längere Zeit eingesperrt und geschlagen. Es kommt auch vor, dass sie aus der Gemeinschaft ausgeschlossen werden. Lokale Mullahs wenden sich in ihren Predigten gegen diese Christen und üben so zusätzlichen Druck auf sie aus. Dies alles führt dazu, dass Christen muslimischer Herkunft ihren Glauben möglichst geheim halten.

3. Verfolger

Ausgehend von Diktatorischer Paranoia

- **Regierungsbeamte:** Die Regierung unterdrückt alle religiösen Aktivitäten, die keiner staatlichen Kontrolle unterliegen. Mitglieder protestantischer Kirchen wurden mit Geldstrafen belegt, verhaftet und in ihren Kirchen wurden Razzien durchgeführt. Seit Jahren wird einigen christlichen Gruppen die Registrierung verweigert, jedoch ist es nichtregistrierten Kirchen verboten, Versammlungen abzuhalten. Dies führt dazu, dass sie sich im Geheimen treffen und dass während ihrer Gottesdienste Razzien stattfinden. Religiöse Literatur muss von der Regierung genehmigt werden. Nicht genehmigte Treffen religiöser Art können zu Geldstrafen, Verhaftungen und Verhören führen.
- **Politische Parteien:** Die Regierungspartei treibt die Christenverfolgung voran, indem die Verfolgung zum großen Teil von der Regierung zugelassen wird.
- **Gewöhnliche Bürger:** 71 Prozent der Bewohner Kasachstans sind muslimischen Glaubens. Sie protestieren gegen Konversionen zum christlichen Glauben und melden den Behörden vor Ort christliche Aktivitäten.

Ausgehend von Islamischer Unterdrückung

- **Die eigene Großfamilie:** Wenn muslimische Kasachen sich dem Glauben an Jesus Christus zuwenden, erfahren sie vonseiten ihrer Familie, Freunde und Nachbarschaft starken Druck bis hin zu körperlicher Gewalt. Damit sollen sie gezwungen werden, zu ihrem früheren Glauben zurückzukehren.
- **Regierungsbeamte:** Regierungsbeamte vor Ort haben Verbindungen zur muslimischen Gemeinschaft, das beeinflusst ihr Verhalten gegenüber Christen.
- **Anführer ethnischer Gruppen:** Leiter kasachischer Gruppen betrachten eine Hinwendung zum christlichen Glauben als Angriff auf die kasachische Identität; die Behörden unterstützen diese Sichtweise.
- **Nichtchristliche religiöse Leiter:** Muslimische Geistliche äußern offen ihre Feindseligkeit gegenüber Christen, die nicht der Russisch-Orthodoxen Kirche angehören und besonders gegen Christen, die einen muslimischen Hintergrund haben.
- **Gewöhnliche Bürger:** Auf lokaler Ebene sind die meisten Bürger Muslime. Sie lehnen die Hinwendung zu einem anderen Glauben ab und haben eine negative Einstellung gegenüber christlichen Aktivitäten.

4. Regionale Brennpunkte der Verfolgung

Es gibt in Kasachstan keine regionalen Brennpunkte der Verfolgung von Christen, jedoch ist der Druck auf Christen mit muslimischer Herkunft außerhalb der großen Städte stärker.

5. Betroffene Christen

Christen aus traditionellen Kirchen

Diese Gruppen, von denen die Russisch-Orthodoxe Kirche mit Abstand die größte Gruppe darstellt, sind nicht an Missionsaktivitäten unter Kasachen beteiligt. Da das kasachische Regime sie nicht als Gefahr einstuft, können sie weitgehend ungestört agieren. Darüber hinaus hat die Regierung Kasachstans kein Interesse daran, Russland zu provozieren, indem sie gegen die Russisch-Orthodoxe Kirche vorgeht. Die Vorkommnisse im Osten der Ukraine dienen als warnendes Beispiel.

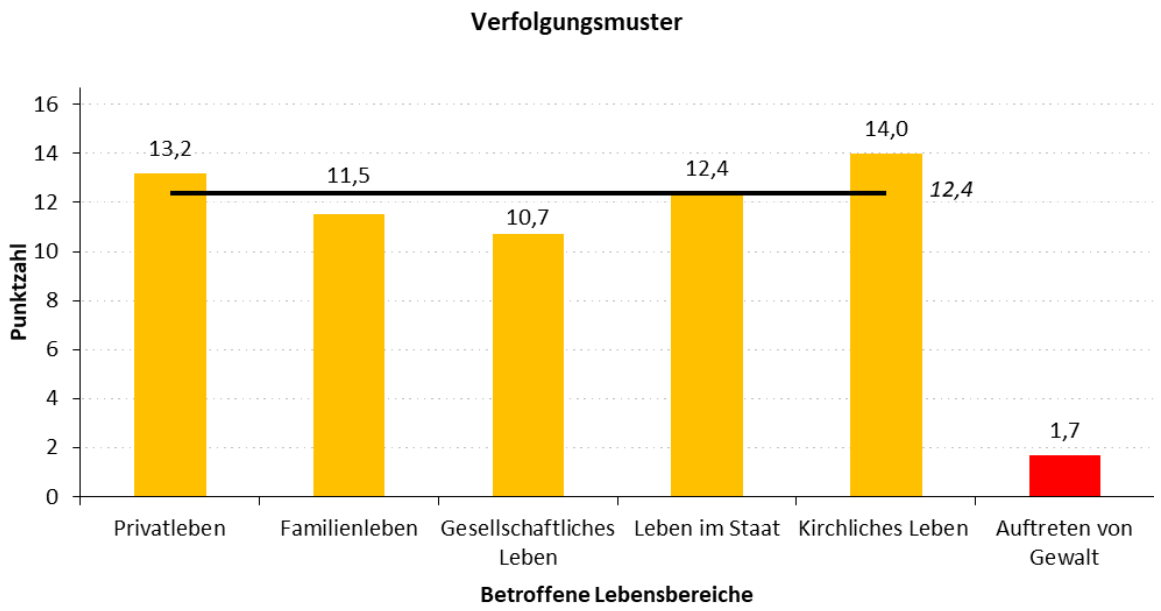
Christen muslimischer Herkunft

Christen mit muslimischem Hintergrund tragen die Hauptlast der Verfolgung in Kasachstan. Abgesehen von Beeinträchtigungen seitens des Staates werden sie auch von Familie, Freunden und Gesellschaft unter starken Druck gesetzt, was für sie bei weitem das Schlimmere ist.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Besonders Mitglieder protestantischer Freikirchen (beispielsweise Baptisten, evangelikale Christen und Pfingstgemeinden) erleben eine stärker werdende Verfolgung. Vor allem die nichtregistrierten Gruppen, die aktiv das Evangelium verbreiten, sind betroffen; doch alle Christen aus dieser Kategorie leiden unter Razzien, Drohungen, Inhaftierungen und Geldstrafen durch die Behörden.

6. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Kasachstan

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Der durchschnittliche Druck auf Christen erreicht ein sehr hohes Maß (12,4 Punkte) und ist im Vergleich zum Wert auf dem Weltverfolgungsindex 2019 (12,0) angestiegen. Der Anstieg betrifft besonders die Lebensbereiche „Familienleben“, „Gesellschaftliches Leben“, „Leben im Staat“ und „Kirchliches Leben“.
- In allen Lebensbereichen ist der Druck sehr hoch. Die höchste Wertung findet sich im Bereich „Kirchliches Leben“. Danach folgen die Bereiche „Privatleben“ und „Leben im Staat“. Dies deutet darauf hin, dass der Druck auf Christen in Kasachstan hauptsächlich zwei Hauptquellen hat: Im Privatleben ist es die „Islamische Unterdrückung“ und in den Bereichen „Leben im Staat“ und „Kirchliches Leben“ sind die Gründe für den Druck „Diktatorische Paranoia“.
- Die Punktzahl für „Auftreten von Gewalt“ ist niedrig; sie sank von 3,2 Punkten im Weltverfolgungsindex 2019 auf 1,7 Punkte im Weltverfolgungsindex 2020. So wie in allen anderen Ländern Zentralasiens gibt es nur wenige Berichte über gewaltsame Zwischenfälle.

Zu jedem der Lebensbereiche sind im Folgenden jeweils ausgewählte Teilaspekte genannt, die im betreffenden Lebensbereich für die Christen zu den gravierendsten Schwierigkeiten gehören.

Privatleben

- **Es ist gefährlich, als Privatperson christliche Materialien zu besitzen:** Der Besitz christlicher Materialien wird als eindeutiger Beweis für eine Hinwendung zum christlichen Glauben gewertet. Für Christen in ländlichen Gegenden resultiert die Entdeckung christlicher Materialien in Verfolgung durch die eigene Familie und die örtliche Gemeinschaft. Die Regierung Kasachstans unterscheidet zwischen genehmigten und nicht genehmigten Materialien sowie zwischen registrierten und nichtregistrierten Christen. Die Russisch-Orthodoxe Kirche scheint in dieser Hinsicht keine Probleme zu haben.
- **Die Hinwendung zum christlichen Glauben wird abgelehnt, verboten oder unter Strafe gestellt:** Die Hinwendung von Menschen zum christlichen Glauben löst in Kasachstan oft heftige Reaktionen von Familie, Freunden und der Gemeinde vor Ort aus. Wenn muslimische Kasachen sich dem Glauben an Jesus Christus zuwenden, wird ihnen das als Verrat an Familie, Kultur und Islam vorgeworfen, und sie erfahren starken Druck bis hin zu körperlicher Gewalt. Hiervon sind nur Christen mit muslimischer Herkunft in ländlichen Gegenden betroffen. Offiziell gibt es keine Hinderungsgründe für eine Hinwendung zum christlichen Glauben – das Rechtswesen ist säkular. Allerdings ist die Regierung besorgt, dass die Konversion zum christlichen Glauben von Menschen mit muslimischem Hintergrund zu Spannungen unter der Bevölkerung führen könnte.
- **Es ist riskant für Christen, christliche Bilder oder Symbole zu zeigen:** Christen mit muslimischer Herkunft in ländlichen Gegenden haben in dieser Hinsicht Schwierigkeiten. Wenn sie ihren Glauben oder christliche Symbole öffentlich zeigen, reagieren ihre Familien, Freunde und die Gemeinschaft vor Ort negativ. Jeder Christ, der christliche Symbole trägt oder zeigt, lenkt die Aufmerksamkeit der muslimischen Umwelt auf sich. Jeder Christ, der nicht der orthodoxen Kirche angehört, aber christliche Symbole trägt, zieht zudem die Aufmerksamkeit des Staates auf sich.
- **Es ist für Christen gefährlich, mit anderen Menschen über ihren Glauben zu sprechen:** In ländlichen Gegenden vermeiden Christen mit muslimischem Hintergrund Gespräche über ihren neuen Glauben mit Menschen aus ihrem sozialem Umfeld, da solche Gespräche als eine Form der Evangelisation angesehen werden könnten. Christen aus protestantischen Freikirchen könnten auch schnell von den staatlichen Behörden beschuldigt werden, Evangelisation zu betreiben.

Christen in Kasachstan erleben Schwierigkeiten, wenn sie ihren Glauben offenbaren, über ihren Glauben mit der Familie sprechen oder sich mit anderen Christen treffen. Dies deutet darauf hin, dass das Leben für Christen mit muslimischer Herkunft im Privatleben besonders schwierig ist.

Familienleben

- **Kinder christlicher Eltern werden bedrängt, an christenfeindlichen Unterweisungen teilzunehmen:** Das muslimische Umfeld (Familie, Freunde, soziales Umfeld) übt insbesondere Druck auf Kinder protestantischer Christen aus. Sie werden dazu gedrängt, Islamunterricht zu besuchen – manchmal auch gegen den ausdrücklichen Wunsch der Eltern. In regelmäßigen Abständen verwenden Schulen und Institutionen staatliche Gelder für die Organisation von öffentlichen Veranstaltungen zur Bekämpfung von „Sekten“. Dort wird negative Propaganda über religiöse Minderheiten einschließlich evangelikaler Gemeinden verbreitet. Offiziell ist die Teilnahme an diesen Veranstaltungen freiwillig, allerdings wird jeder Bürger nachdrücklich zur Teilnahme aufgefordert.

- **Christliche Taufen werden verhindert:** Die Taufe wird als letzter Schritt zum Abschied vom Glauben der Väter angesehen, als endgültiges Zeichen zur Hinwendung zum christlichen Glauben. Deshalb versuchen Familien, Freunde und das soziale Umfeld, Taufen zu verhindern. Auch der Staat betrachtet Taufen mit Feindseligkeit, denn sie werden automatisch mit Evangelisation und Hinwendung zum christlichen Glauben in Verbindung gebracht.
- **Christliche Paare werden an der Adoption oder der Aufnahme von Pflegekindern gehindert:** Muslimische Familien und Gemeinschaften blockieren die bürokratischen Abläufe für Adoptions- oder Pflegefamilien, wenn bekannt ist, dass es sich um Christen handelt. Die Adoption von kasachischen Kindern ist für christliche Familien verboten.
- **Kinder von Christen werden belästigt oder diskriminiert:** Christliche Kinder werden diskriminiert und muslimische Kinder werden daran gehindert, engen Kontakt mit ihnen zu haben. Kinder von Christen muslimischer Herkunft werden als Außenseiter angesehen und aufgrund dessen oftmals von muslimischen Gleichaltrigen belästigt oder diskriminiert.

Gesellschaftliches Leben

- **In ihrem Alltagsleben werden Christen schikaniert, bedroht oder behindert:** Drohungen sind weit verbreitet. Christen mit muslimischem Hintergrund werden von Familie, Freunden und dem sozialen Umfeld (einschließlich des Imams vor Ort) bedroht. Nichtregistrierte christliche Gruppen werden regelmäßig von lokalen Staatsbeamten bedroht.
- **Christen werden von ihrem sozialem Umfeld oder privaten Gruppen beobachtet:** Christen mit muslimischem Hintergrund werden von ihren Familien und den Menschen aus ihrer Umgebung beobachtet. Die Behörden vor Ort überwachen die nichtregistrierten christlichen Kirchen.
- **Christen werden aus Gründen, die mit ihrem Glauben zusammenhängen, mit Geldstrafen belegt:** Dies geschieht häufig und landesweit. Aufgrund illegaler religiöser Aktivitäten, wie z.B. der Teilnahme am Gottesdienst einer nichtregistrierten Kirche, dem Verteilen christlicher Literatur oder Gesprächen über ihren Glauben, werden Christen mit Geldstrafen belegt. Am stärksten betroffen sind Christen muslimischer Herkunft und nichtregistrierte Kirchen.
- **Christen werden verhört oder aus Gründen, die mit ihrem Glauben zusammenhängen, gezwungen, bei der örtlichen Polizei Bericht zu erstatten:** Im Umfeld bekannte Christen mit muslimischem Hintergrund werden schikaniert und streng von ihren Familien und dem sozialem Umfeld befragt. Wenn während eines Treffens eine Razzia stattfindet, werden die anwesenden Personen befragt und erhalten eine Geldstrafe, manchmal werden sie auch festgenommen. Alle Materialien, die vor Ort gefunden werden, werden konfisziert. Wenn Christen einmal im Polizeibericht aufgetaucht sind, müssen sie sich regelmäßig bei der Polizei melden.

Leben im Staat

- **Die Verfassung (oder vergleichbare nationale oder staatliche Gesetze) schränken die Religionsfreiheit, wie sie in Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte formuliert ist, ein:** Ein Zusatzartikel zur bestehenden Verfassung erkennt zwei religiöse Organisationen an, bei denen nicht vorgeschrieben ist, dass sie sich nochmals registrieren lassen müssen: Zum einen die vom Staat unterstützte Organisation „Muslim Board“ und damit verbundene religiöse Gemeinschaften, und zum anderen die Russisch-Orthodoxe Kirche als kultureller Vertreter der Russischen Föderation.

Andere religiöse Organisationen und Gemeinschaften müssen sich neu registrieren lassen. Die Prozedur zur Registrierung ist kompliziert und schränkt die Möglichkeiten, auf einer offiziellen Grundlage zu arbeiten, für nichttraditionelle religiöse Organisationen ein. Der Islam hat keine Auswirkungen auf die Gesetzgebung in Kasachstan. Die Rolle der muslimischen Gemeinschaft reicht nicht bis auf diese Ebene.

- **Christen werden per Gesetz oder in der Praxis dazu gezwungen, gegen ihr Gewissen zu handeln:** Der Militärdienst ist verpflichtend und Christen, die aus religiösen Gründen keinen Dienst an der Waffe leisten wollen, werden trotzdem gezwungen, der Armee beizutreten.
- **Christen werden daran gehindert, ihre Ansichten oder Meinungen in der Öffentlichkeit auszusprechen:** Gemäß der Gesetzgebung, die das religiöse Leben regelt, ist es verboten, ohne offizielle Autorisierung religiöse Ansichten in der Öffentlichkeit zu äußern. In der Praxis wird eine solche offizielle Genehmigung nur an vom Staat unterstützte religiöse Organisationen vergeben.
- **Christen sind von Diffamierungskampagnen oder Hassreden betroffen:** Gelegentlich gibt es von Seiten der Medien (sowohl von staatlichen als auch von privaten Sendern) negative Berichterstattung über Christen. Die muslimische Mehrheit hegt eine feinselige Haltung gegenüber dem christlichen Glauben. Christen mit muslimischem Hintergrund und Protestanten, die evangelisieren, sind von Hassreden durch Muslime betroffen.

Kirchliches Leben

- **Kirchen werden daran gehindert, Schulen, karitative, humanitäre, medizinische, soziale oder kulturelle Organisationen, Institutionen und Verbindungen zu gründen:** Nach dem Gesetz dürfen Organisationen, Einrichtungen oder Schulen nicht auf religiöser Grundlage agieren. Die muslimische Gemeinschaft sieht jegliche soziale Arbeit von Christen als Missionierung und blockiert diese.
- **Es ist für Kirchen oder christliche Organisationen riskant, ihre Stimme gegen die Verfolger zu erheben:** Wenn die Anstifter der Verfolgung Repräsentanten des Staates sind – gleich auf welcher Ebene – ist es gefährlich, sich gegen sie auszusprechen, denn sie können mehr oder weniger straffrei agieren. Da das Rechtswesen in Kasachstan nicht unabhängig ist, führen Beschwerden stets zu Geldstrafen oder Festnahmen. Auch Äußerungen gegen Verfolgung, die von traditionellen Muslimen in ländlichen Gegenden ausgeht, sind riskant und vergeblich.
- **Christliche Lehrtätigkeiten, Predigten und/oder veröffentlichte Materialien werden überwacht:** Die Religionsgesetze sind sehr strikt in Bezug auf Literatur, denn die Verteilung von Literatur darf nur in registrierten Kirchengebäuden, in anerkannten religiösen Bildungseinrichtungen oder an ausdrücklich vom Staat festgesetzten Orten erfolgen. Im Dezember 2016 unterschrieb Präsident Nasarbajew Gesetzesänderungen hinsichtlich neuer Rechtsvorschriften gegen Terrorismus. Diese betreffen die Produktion und Verteilung von religiöser Literatur und ordnen die verpflichtende Zensur aller religiösen Literatur an, die in Kasachstan hergestellt oder verteilt wird. Momentan stehen im Parlament weitere einschränkende Änderungen zur Diskussion. Muslime betrachten die meisten christlichen Materialien als Hilfsmittel zur Evangelisation.

- **Kirchen werden daran gehindert, christliche Materialien zu drucken oder Druckerpressen zu besitzen:** Die Religionsgesetze schränken das Drucken und Verteilen von religiöser Literatur ein. Seit Januar 2017 traten im Zusammenhang mit dem Gesetz gegen terroristische Aktivitäten weitere Einschränkungen in Kraft. Registrierte Organisationen, die religiöse Literatur herstellen, müssen diese zwingend zensieren lassen. Nichtregistrierten Organisationen ist es verboten, religiöse Materialien zu drucken und zu verteilen. Momentan stehen im Parlament weitere einschränkende Gesetzesänderungen zur Diskussion.

Christen in Kasachstan erfahren auch Schwierigkeiten bei Registrierungen, bei der Organisation von Aktivitäten außerhalb von Kirchengebäuden, bei der Integration von Christen mit muslimischer Herkunft und beim Importieren, Verteilen oder Verkaufen und der Nutzung von Medien.

Auftreten von Gewalt

- Zwei gehörlose christliche Frauen wurden geschlagen.
- Mindestens 19 Christen wurden inhaftiert. Unter ihnen eine Gruppe von Christen, die im April 2019 an einem Flughafen in Kasachstan festgehalten wurde, und zwei Pastoren sowie die Ehefrau eines Pastors, die im Juli 2019 inhaftiert wurden.

7. Verfolgungssituation für Frauen und Männer

Wie Frauen Verfolgung erfahren:

- Entführung
- Erzwungene Flucht aus Stadt oder Land
- (Haus-)Arrest durch die Familie
- Körperliche Gewalt

Obwohl das Rechtswesen in Kasachstan Männern und Frauen gleiche Rechte zugesteht, lehnen Traditionalisten die Idee der Gleichberechtigung der Geschlechter nach wie vor ab. Ein Bericht des zuständigen UN-Komittees (Committee on the Elimination of Discrimination against Women – CEDAW) vom 11. November 2019 hebt Kasachstans Fortschritt in Bezug auf die Senkung der Müttersterblichkeit und die Verbesserung des Zugangs von Mädchen zu Bildung hervor. Allerdings wird in dem Bericht auch erwähnt, dass es keine effektiven Maßnahmen gegen die geschlechtsspezifische Gewalt gegenüber Frauen gibt. Zudem herrschen nach wie vor Polygamie sowie Kinderehen, Zwangsverheiratungen und Brautraub vor. Die traditionellen islamischen und kulturellen Praktiken, die Frauen im Vergleich zu Männern eine untergeordnete Position zuweisen, werden als Hauptgrund dafür angesehen, dass Frauen und Mädchen, die sich dem christlichen Glauben zuwenden, verwundbarer für Verfolgung sind.

Frauen, die zum christlichen Glauben konvertieren, stehen in größerer Gefahr, körperliche und verbale Übergriffe sowie Belästigungen, Drohungen und Hausarrest zu erfahren. Eine Christin muslimischer Herkunft kann von ihrer Familie unter Hausarrest gestellt werden, da das Bekanntwerden ihres Glaubenswechsels in der Familie in den Augen des muslimischen Umfeldes eine große Schande für die Gesamtfamilie bedeuten würde. Diese Art der Verfolgung betrifft besonders Frauen mit muslimischem Hintergrund, dies könnte aber auch anderen Christinnen, die mit nichtchristlichen Männern verheiratet sind, passieren.

Zwangsverheiratungen mit muslimischen Männern sind nicht unüblich und stehen manchmal auch im Zusammenhang mit Verschleppungen von Frauen. Auch Ehegatten und Kinder von Christen mit muslimischer Herkunft in ländlichen Gegenden erleben den Druck, den ihre Familien auf sie ausüben. Einige Christinnen empfinden den Druck als so stark, dass sie sich gezwungen fühlen, ihr Zuhause zu verlassen und sich zu verstecken. Frauen haben fast keine Möglichkeit, ihren Lebensunterhalt selbst zu bestreiten, meistens sind sie nicht ausgebildet, die Arbeitslosenrate im Land ist hoch, und es gibt keine Unterstützung durch die staatlichen Behörden.

Wie Männer Verfolgung erfahren:

- Verweigerung des Zugangs zu christlichen Materialien
- Beschlagnahme von Erbschaft oder Besitz
- Diskriminierung/Schikanierung im Bildungsbereich
- Wirtschaftliche Schikanierung durch Geldstrafen
- Wirtschaftliche Schikanierung im Berufs-/Geschäftsleben
- (Haus-)Arrest durch die Familie
- Zwangsrekrutierung zum Militärdienst
- Körperliche Gewalt
- Psychische Gewalt
- Verbale Gewalt

In der Regel haben Männer im öffentlichen Leben Positionen mit höherer Verantwortung als Frauen. Die religiöse Verfolgung, von der christliche Männer betroffen sind, spiegelt sich in dieser soziokulturellen Struktur wider. Christliche Jungen und Männer erfahren körperliche und verbale Übergriffe sowie Anschuldigungen, Drohungen, Diskriminierung, Hausarrest und Ablehnung durch die Familie sowie den Verlust ihres Erbes.

Die vom Staat ausgehende Verfolgung beinhaltet Verhöre, Geldstrafen, Festnahmen und Inhaftierungen. Wenn ein christliches Treffen von einer Razzia betroffen ist, haben die Leiter (in der Regel Männer) die Hauptlast zu tragen. Weiterhin bedeutet der verpflichtende Militärdienst für junge Männer in einem stark kontrollierten Umfeld in einem Land mit muslimischer Mehrheit ein besonders hohes Risiko für Verfolgung. Abgesehen davon werden Christen, die aus religiösen Gründen den Dienst an der Waffe verweigern würden, dazu gezwungen, den Militärdienst anzutreten.

In Kasachstan sind normalerweise Männer die Leiter von Kirchen; ebenso das Familienoberhaupt und Hauptverdiener der Familie. Wenn ein christlicher Mann von Verfolgung betroffen ist und zum Beispiel eine Geldstrafe erhält oder inhaftiert wird, leidet darunter seine ganze Familie. Auch der Verlust des Arbeitsplatzes und des Einkommens betrifft immer die gesamte Familie. Das Bestreiten des Lebensunterhalts ist für christliche Geschäftsmänner kompliziert, denn sie sind direkt davon betroffen, Bestechungsgelder zahlen zu müssen, die üblicherweise von Protestanten verlangt werden, wenn sie ein Geschäft betreiben. Hiervon sind insbesondere christliche Männer mit muslimischem Hintergrund in ländlichen Gegenden betroffen. Aus diesem Grund halten manchmal Geschäftsinhaber ihren christlichen Glauben geheim. Es gibt Berichte, die nahelegen, dass protestantische Christen von dieser Art der Verfolgung betroffen sind, jedoch nicht Christen, die der orthodoxen Kirche angehören. Auf jeden Fall sind es besonders Christen mit muslimischer Herkunft, die durch die lokalen Behörden und das soziale Umfeld im Geschäftsleben unter Druck gesetzt werden.

Aufgrund ihres christlichen Glaubens riskieren besonders Christen mit muslimischem Hintergrund und Kirchenleiter den Verlust ihrer Arbeitsstelle. Wenn ein Mann Leiter einer Kirche ist, hat seine Verfolgung ebenfalls Auswirkungen auf die Kirche und verursacht unter den Mitgliedern Angst.

Männer, die zum christlichen Glauben konvertieren, riskieren auch Verfolgung durch ihre eigene Familie. Junge Männer, die noch Studenten sind und finanzielle Unterstützung benötigen, setzen durch ihren Glaubenswechsel den Verlust der Unterstützung durch die Familie aufs Spiel. Im diesem Zusammenhang erschwert eine neuerliche Regelung nun das Reisen für junge männliche Christen mit muslimischem Hintergrund, die eine christliche Ausbildung wünschen. Dieses neue Gesetz schränkt die Möglichkeiten für Bürger Kasachstans ins Ausland zu reisen, um in christlichen Einrichtungen zu studieren, stark ein. Da Männer mehr reisen als Frauen, sind Männer hiervon stärker betroffen.

8. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Gemäß Forum 18, einer norwegischen Menschenrechtsorganisation, die sich für Religionsfreiheit einsetzt, wurden im Jahr 2017 von den kasachischen Behörden Verwaltungsklagen gegen 279 Personen, religiöse Gemeinschaften, Hilfsorganisationen und Unternehmen eingereicht. Gründe dafür waren die Teilnahme an Gottesdiensten, das Anbieten oder Importieren religiöser Literatur oder Bilder, Gespräche über den Glauben oder Glaubensunterweisung, die Bereitstellung von religiösen Inhalten im Internet, das Beten in nicht gebilligter Art und Weise in Moscheen, die Mitnahme von Kindern zu religiösen Veranstaltungen, unzulängliche Sicherheitsmaßnahmen in Gotteshäusern oder Gebetstätten oder die Nichtbezahlung vorheriger Geldstrafen. Die Strafen beinhalteten Geldstrafen, Freiheitsstrafen, Verbote religiöser Tätigkeiten, Abschiebungen und Beschlagnahmung religiöser Literatur. Die Regierung verurteilte 23 Personen aufgrund der Ausübung ihrer Religion. Von diesen Personen waren 20 sunnitische Muslime, zwei Zeugen Jehovas, und eine Person Baptist.

Beispiele:

- Ein 28-jähriger Einwohner aus Balkhash ist seit dem Jahre 2015 der 73. bekannte Muslim, der verurteilt und bestraft wurde, da er angeblich Mitglied der muslimischen Missionsbewegung Tabligh Jamaat ist. Das Gericht in Balkhash verurteilte Abilai Bokbasarov am 9. Januar 2019 zu drei Jahren Gefängnis und untersagte ihm für weitere fünf Jahre (nach seiner Freilassung) das Recht auf freie Ausübung seiner Religion.
- Im April 2019 berichtete Forum 18 darüber, dass 18 sunnitische Muslime aus religiösen Gründen im Gefängnis seien. Weiterhin ist bekannt, dass weitere zehn sunnitische Muslime aus religiösen Gründen Freiheitsstrafen abbüßen.
- Am 2. Juli 2019 wies das Landgericht Aktobe die eingelegte Berufung von Bolat Isabayev gegen eine Geldstrafe von drei Wochenlöhnen aufgrund des Leitens einer Versammlung der Zeugen Jehovas ab. Am 19. April (Karfreitag) hatte die Polizei eine Razzia bei einem Treffen in Kandyagash durchgeführt – angeblich, nachdem sich Nachbarn darüber beschwert hatten.

9. Der Ausblick für Christen

Diktatorische Paranoia

Die gegenwärtige Regierung übt ein hohes Maß an Überwachung im Land aus. Regierungsbeamte auf allen Ebenen sind die stärksten Verfolger von Christen in Kasachstan. Sie legen ihnen alle Arten gesetzlicher Beschränkungen auf, kontrollieren alle religiösen Tätigkeiten, stürmen Versammlungen und blockieren die Verbreitung religiöser Materialien. Dies wird sich vermutlich auch nicht in unmittelbarer Zukunft ändern.

Islamische Unterdrückung

Der Islam ist nicht die Staatsreligion, allerdings ist er die traditionelle Religion eines Großteils der Bevölkerung. Muslime werden auf die gleiche Art behandelt wie andere Religionszugehörige. Der Druck von Muslimen auf Christen in Kasachstan wird nicht von extremistischen muslimischen Gruppen ausgeübt, sondern er resultiert vielmehr aus dem weitreichenden Einfluss von Familie, Freunden und der Gesellschaft. Chancen, dass sich dies bald ändern wird, sind praktisch nicht vorhanden.

Aufgrund der sehr hohen Beständigkeit der zwei Haupttriebkräfte der Verfolgung in Kasachstan wird die Kirche weiterhin unter einem beträchtlichen Ausmaß von Druck und Überwachung leben müssen.

zurück zur Länderübersicht

Türkei: Platz 36

Zusammenfassung

Der sehr starke religiöse Nationalismus in der Gesellschaft sorgt für hohen Druck auf die Christen. Die Regierung wendet sich nicht speziell gegen Christen, aber der Nationalismus in der Gesellschaft lässt den Christen fast keinen Raum, eine andere Botschaft zu verbreiten. Insbesondere jene, die sich vom Islam zu Jesus Christus bekehrt haben, werden in der Gesellschaft abgelehnt, obwohl ein Glaubenswechsel vom Islam zum Christentum nicht gesetzlich verboten ist. Ehemalige Muslime werden von ihren Familien und ihrem Lebensumfeld unter Druck gesetzt, zum Islam zurückzukehren. Selbst der Wechsel von einer christlichen Konfession zu einer anderen kann problematisch sein. Daher führen Christen manchmal ein Doppelleben und halten ihre Bekehrung geheim. Obwohl ehemalige Muslime ihre Religionszugehörigkeit auf dem Personalausweis legal zum Christentum ändern können, kann dies ein schwieriger und belastender Vorgang sein. Einmal entdeckt, können Christen mit muslimischem Hintergrund von Familienmitgliedern mit Scheidung und dem Entzug von Erbrechten bedroht werden.

Die Mischung aus Islam und Nationalismus betrifft auch Christen, die keinen muslimischen Hintergrund haben. Diese gehören meist ethnischen Minderheiten an (z.B. Griechen, Armenier, Syrer). Sie werden kaum als Vollmitglieder der türkischen Gesellschaft angesehen und stoßen auf alle möglichen rechtlichen und bürokratischen Hindernisse. Christen bekommen keine Anstellung im öffentlichen Dienst und werden in der privaten Wirtschaft diskriminiert, insbesondere wenn Arbeitgeber Verbindungen zur Regierung haben. Da die Religionszugehörigkeit auf jedem alten Personalausweis und im elektronischen Chip der neuen Ausweise vermerkt ist, ist es sehr einfach, christliche Bewerber zu diskriminieren.

Beispiele aus dem aktuellen Berichtszeitraum

- Im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2020 wurden mindestens 23 ausländische Christen mit einer Einreisesperre belegt oder wurden anderweitig gezwungen, das Land mit ihren Familien zu verlassen. Dies ist ein großer Schlag für die türkischen Kirchen, da viele dieser Christen seit Jahren in den Gemeinden aktiv waren. Es wird befürchtet, dass diese Welle von Ausweisungen von Ausländern ein Vorbote für weitere Einschränkungen der einheimischen türkischen Kirche ist.
- Mehrere Kirchen berichteten, wie sie Ziel von Hassreden und Vandalismus wurden. Besonders Weihnachten ist oft eine Zeit intensivierten gesellschaftlichen Hasses auf die Kirchen.
- Einige Christen erhielten Morddrohungen, während andere auf der Straße belästigt wurden. Besonders jene, die an (Straßen-) Evangelisation beteiligt sind, stehen in Gefahr.
- Im Mai 2019 „konvertierte“ der populäre Theologe Nihat Hatipoğlu einen 13-jährigen armenischen Jungen in einer Fernsehshow zum Islam, obwohl er nicht das Einverständnis der Mutter des Jungen hatte.
- Im Oktober 2019 zeigten Plakate in Konya einen Vers aus dem Koran, der Muslime dazu aufruft, nicht Freunde mit Christen und Juden zu sein. Die Plakate wurden nach öffentlichem Protest entfernt.

- Der folgende Vorfall – ein Mord – geschah nur wenige Tage außerhalb des Berichtszeitraums des Weltverfolgungsindex 2020 und wird hier wegen der Schwere seiner Bedeutung bereits erwähnt, aber erst in der Analyse des Weltverfolgungsindex 2021 gewertet: Am 19. November 2019 wurde der südkoreanische Evangelist Jinwook Kim in Diyarbakir erstochen. Ein 16 Jahre alter Junge wurde verhaftet, in diesem Zusammenhang wurde berichtet, dass der Vorfall ein „versuchter Raub" gewesen sei, aber viele bezweifeln, dass der Junge allein gehandelt hat. Der Mord erinnerte viele Christen an die Malatya-Morde aus dem Jahr 2007, bei denen zwei türkische Christen muslimischer Herkunft und ein deutscher Christ gefoltert und ermordet wurden.

---

1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit 63 Punkten belegt die Türkei Platz 36 auf dem Weltverfolgungsindex 2020.

Damit sank die Wertung um 3 Punkte gegenüber dem Weltverfolgungsindex 2019. Obwohl der durchschnittliche Druck auf Christen angestiegen ist, liegt der Rückgang der Gesamtpunktzahl an einem starken Abfall der Punktzahl für Gewalt: von 7,2 auf 3,7 Punkte. Es gab weniger Angriffe auf Kirchengebäude im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2020. Die scharfe Rhetorik der Regierung hat weniger Spielraum für andere Stimmen gelassen, einschließlich der christlichen. Es gibt mehr Misstrauen gegen Christen, was die Verkündigung des Evangeliums erschwert und zu hohem Widerstand durch die Gesellschaft führt. In der Türkei ist die Hauptreligion, der Islam, vollständig mit einem starken Nationalismus vermischt.

2. Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung / Religiöser Nationalismus

Der starke und oftmals fanatische Nationalismus beeinträchtigt alle Christen in der Türkei. Dem größten Druck sind ehemalige Muslime ausgesetzt. Familie, Freunde und Gemeinschaft üben oft starken Druck auf sie aus, damit sie zum Islam, dem Glauben der Väter, zurückkehren. Allgemein herrscht die Meinung, dass ein wahrer Türke ein Muslim ist. Eine Bekehrung zu Jesus Christus verletzt nicht nur die Familienehre, sondern wird als Beleidigung des Türkentums verstanden. Dies kann Gerichtsverfahren und Haftstrafen nach sich ziehen. Die Mischung aus Islam und Nationalismus betrifft auch Christen, die überwiegend ethnischen Minderheiten angehören (z.B. Griechen, Armenier, Syrer). Sie werden kaum als vollwertige Mitglieder der türkischen Gesellschaft angesehen und stoßen auf alle möglichen rechtlichen und bürokratischen Hindernisse.

Ethnisch oder traditionell begründete Anfeindungen

Diese Triebkraft der Verfolgung hat sich im vorherigen Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex (WVI 2019) im Zusammenhang mit dem Kurdenkonflikt weiter verstärkt. Syrische Christen in der südöstlichen Region spüren besonders den Druck des syrischen Bürgerkriegs und sind zwischen den kurdischen Clans, der Regierung und der kurdischen militanten Gruppe PKK gefangen.

Die Stammesführer nutzen ihre Macht, um die Syrer aus ihrer Heimat im Südosten zu vertreiben. Dies betrifft jedoch nur die christliche Landbevölkerung. Die meisten Christen in der Türkei leben in Großstädten und sind nicht stark von Clans und ethnisch begründeten Anfeindungen betroffen. Darüber hinaus spielen Stammesrecht und -bräuche nach wie vor eine wichtige Rolle, insbesondere in den östlichen Provinzen der Türkei. Christen muslimischer Herkunft droht dort noch härtere Verfolgung, da die Bekehrung zum Christentum nicht nur als Verrat am Islam, sondern auch an der Familie und dem Clan angesehen wird. Nicht zuletzt ist die Geschichte der Türkei von der Betonung auf Volkszugehörigkeit und Religion geprägt. Diese Ausrichtung führte zunächst zum Völkermord an Armeniern, Syrern und griechisch-orthodoxen Christen, der vom Ersten Weltkrieg bis in die 1920er-Jahre andauerte, und hat seither die weitere Ausgrenzung von Minderheiten bewirkt.

Diktatorische Paranoia

Seit dem gescheiterten Putsch vom Juli 2016 hat die Regierung von Präsident Erdogan ihre Maske der Unterstützung der Demokratie fallen lassen und beschneidet unverblümt die Freiheit in der gesamten türkischen Gesellschaft. Die Medien wurden eingeschränkt und alle Formen der Opposition werden verfolgt. Erdogan hat außerdem erklärt, dass „Demokratie und freie Presse unvereinbar sind“, was angesichts der vielen inhaftierten Journalisten nicht verwundert. Obwohl Christen im Moment nicht direkt von der Regierung angegriffen werden, hat das Regime den sunnitischen Islam offen zur religiösen Norm im Land erklärt und damit das Christentum klar ausgegrenzt.

3. Verfolger

Ausgehend von Islamischer Unterdrückung und religiös motiviertem Nationalismus

- **Regierungsbeamte:** Präsident Erdogan scheint die Türkei von einem säkularen zu einem sunnitisch-muslimischen Staat umwandeln zu wollen. Bisher wurden die Änderungen nur schrittweise umgesetzt. Einer dieser Schritte war die Verfassungsänderung nach dem Referendum im April 2017, die dem Präsidenten mehr Macht gab und ihm den Weg für zwei weitere Wahlen ebnete. Abgesehen von den ausländischen Christen hat die Regierung türkische Christen noch nicht speziell ins Visier genommen. Allerdings gab es Probleme mit kirchlichem Eigentum, insbesondere in der unruhigen südöstlichen Region. Dort schloss und beschlagnahmte die Regierung aus verschiedenen Gründen Kirchengebäude. In einigen Fällen sagte die Regierung, dass dies wegen des reformierten Grundbuchrechts und der Reorganisation der Stadtverwaltung geschehen sei, in anderen Fällen ergriff die Regierung aus Sicherheitsgründen die Kontrolle über die Kirchen. Obwohl es schwierig zu beweisen ist, ob die Regierung absichtlich christliche Gemeinschaften behindert oder nicht, ist ein Experte für das Land überzeugt, dass die Regierung versucht, die bereits geschwächten traditionellen christlichen Gemeinschaften aus der Türkei zu vertreiben.
- **Anführer ethnischer Gruppen:** Kurdische Führer sind eine Quelle des Drucks für die traditionellen christlichen Gemeinschaften im Südosten der Türkei.
- **(Groß-)Familie und gewöhnliche Bürger:** Christen muslimischer Herkunft werden von ihren Familien und Gemeinschaften unter Druck gesetzt, zum Islam zurückzukehren. Einmal entdeckt, kann ein Christ mit muslimischem Hintergrund von Scheidung und dem Verlust von Erbrechten bedroht sein.
- **Gewalttätige religiöse Gruppen:** Die türkischen Grauen Wölfe sind eine Gruppe, deren Einfluss in der Türkei gewachsen ist, unter anderem bedingt durch die nationalistische Rhetorik von

Präsident Erdogan. In ihrem strengen Nationalismus vermischen sie die türkische Identität mit dem Islam. Die Grauen Wölfe schrecken nicht davor zurück, Gewalt anzuwenden, und es wird vermutet, dass ihre Mitglieder hinter mehreren Angriffen auf Christen stehen, insbesondere auf christliche Gemeinschaften von Flüchtlingen.

- **Politische Parteien:** Im Juli 2017 organisierte die Opposition, die republikanische Volkspartei (CHP), einen „Marsch für die Gerechtigkeit" gegen die Regierung, an dem Hunderttausende teilnahmen. Nichtsdestoweniger sieht es so aus, als ob keine der Oppositionsparteien wirklich die Stimme für die traditionellen und andere christlichen Gemeinschaften erhebt, was diese damit weiter verwundbar macht für den Druck durch die Regierung.

Ausgehend von ethnisch oder traditionell begründeten Anfeindungen

- **Anführer ethnischer Gruppen:** In den ländlicheren Gebieten werden konservative Normen und Werte von ethnischen Führern aufrechterhalten. Im Südosten scheint es, dass kurdische Oberhäupter versuchen, die historisch verwurzelte syrische Gemeinschaft aus dem traditionell christlichen Gebiet zu verdrängen. Die kurdische PKK versucht zudem, die Syrer aus nationalistischen Gründen bewusst in ihren Konflikt mit der türkischen Regierung hineinzuziehen.
- **Gewöhnliche Bürger und die eigene (Groß-)Familie:** Die Familienbande in der Türkei können sehr eng sein und die Gesellschaft ist der Meinung, dass ein wahrer Türke ein sunnitischer Muslim sein muss. Christen, selbst solche aus den traditionellen christlichen Gemeinschaften, werden als Fremde angesehen und ein Übertritt vom Islam zum christlichen Glauben wird oft als Schande für die Familie erachtet.

Ausgehend von Diktatorischer Paranoia

- **Regierungsbeamte:** Die Gegenreaktion auf den Putschversuch vom Juli 2016 hat zu einer verstärkten Polarisierung geführt und jeder wurde öffentlich zum Sündenbock gemacht, der (angeblich) die Türkei oder Erdogans Vision für die Türkei nicht unterstützt. Die Tatsache, dass der vermeintliche Urheber des Putschs, Fethullah Gülen, in Pennsylvania ansässig ist und dass die USA ihn bisher nicht ausgeliefert haben (mangels Beweisen, den besagten Staatsstreich in die Wege geleitet zu haben), hat die Spannungen zwischen der Türkei und den USA verstärkt. Vor allem die evangelischen Christen haben die Verschlechterung der Beziehungen gespürt. Da die USA als christlich angesehen werden, stellt man Christen in der Türkei als Spione des Westens dar. Hassreden und Drohungen gegen evangelische Kirchen haben zugenommen. Die allgemeine Atmosphäre ist angespannt und der Mord an dem südkoreanischen Evangelisten Jinwook Kim im November 2019 hat Ängste geschürt.

4. Regionale Brennpunkte der Verfolgung

Traditionelle christliche Gruppen wie die armenischen und assyrischen (syrischen) Kirchen stehen im Südosten der Türkei hohem Druck und Feindseligkeiten gegenüber. Seit Jahrzehnten sind sie in Auseinandersetzungen zwischen der türkischen Armee und kurdischen Widerstandsgruppen gefangen. Die meisten dieser Christen leben nicht mehr in den Gebieten ihrer Vorfahren und sind in den Westen der Türkei umgezogen.

Christen muslimischer Herkunft bevorzugen es, eher in städtischen Regionen zu leben als in ländlichen, da die soziale Kontrolle in städtischen Regionen deutlich geringer ausfällt.

5. Betroffene Christen

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

Es gibt ausländische Christen im Land, aber sie werden nicht unfreiwillig von anderen christlichen Gemeinschaften isoliert. Da diese ausländischen Christen frei mit anderen christlichen Gemeinschaften in Verbindung treten können, werden sie bei den Analysen zum Weltverfolgungsindex nicht als eine separate Kategorie betrachtet.

Christen aus traditionellen Kirchen

Christen aus traditionellen Kirchen: Dazu gehören armenisch-apostolisch-orthodoxe und griechisch-orthodoxe Kirchen (die einzigen Kirchen, die 1923 im Vertrag von Lausanne „anerkannt“ wurden) sowie die assyrische, syrisch-orthodoxe und syrisch-katholische Kirche, die alle regelmäßig überwacht und von der Regierung kontrolliert und eingeschränkt werden; ihre Mitglieder gelten in vielen offiziellen Angelegenheiten sowie in der Öffentlichkeit als „fremdländisch“. Sie werden kaum als Vollmitglieder der türkischen Gesellschaft angesehen und stoßen auf alle möglichen rechtlichen und bürokratischen Hindernisse. So benötigen zum Beispiel die armenische und griechisch-orthodoxe Kirche die Erlaubnis der türkischen Regierung, neue Kirchenleiter zu bestimmen.

Es gibt auch ausländische Christen, die traditionellen Kirchen angehören. Es gibt russisch-orthodoxe Christen, die eine Aufenthaltsgenehmigung haben, und auch römisch-katholische Christen, hauptsächlich Einwanderer aus Afrika und den Philippinen. In den letzten Jahren ist ihre Zahl um Zehntausende von christlichen Flüchtlingen gewachsen, die aus Syrien und dem Irak kamen, um dem Krieg in ihren Heimatländern zu entkommen.

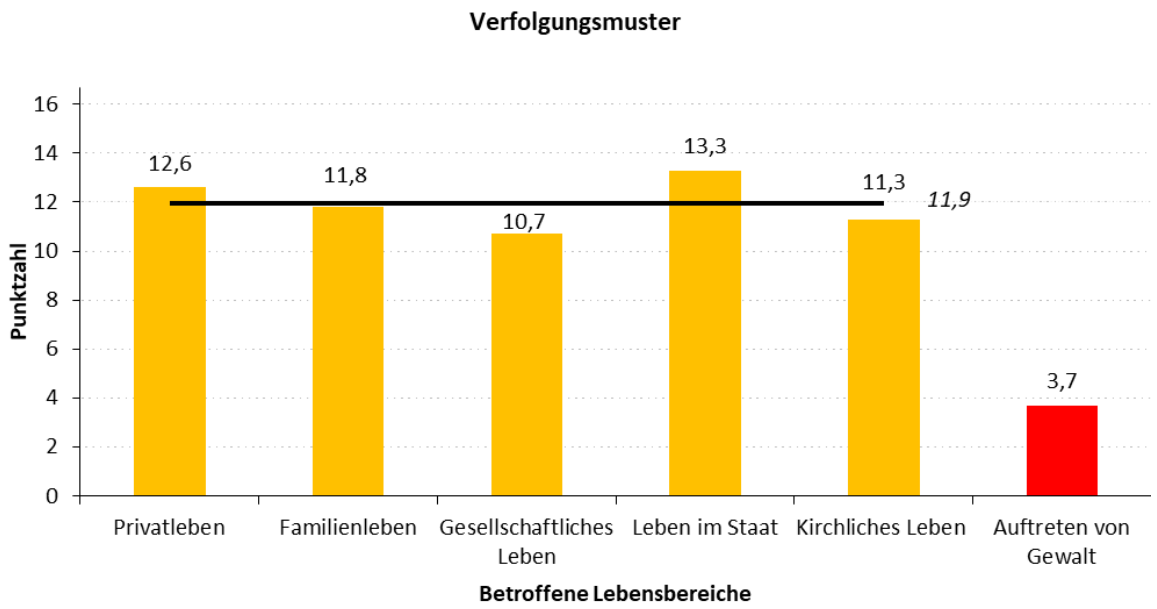
Christen muslimischer Herkunft

Christen mit muslimischem Hintergrund tragen in der Türkei die Hauptlast der Verfolgung. Der Druck kommt von Familie, Freunden, dem Lebensumfeld und sogar von den lokalen Behörden. Sie gelten als Verräter der türkischen Identität. Neben Christen muslimischer Herkunft, die aus der Türkei stammen, gibt es auch Gemeinschaften von ehemaligen Muslimen, die aus anderen Ländern, wie Iran, stammen.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Baptistengemeinden, evangelikale und Pfingstgemeinden bestehen meist aus kleinen Gruppen und einige können es sich nicht leisten, Räumlichkeiten für Gottesdienste zu mieten. Viele von ihnen treffen sich in Privathäusern, was zu Widerstand bei den Nachbarn führen kann.

6. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Türkei

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Der durchschnittliche Druck auf Christen beträgt ein sehr hohes Maß; der Wert stieg von 11,7 Punkten im Vorjahr auf 11,9 Punkte im aktuellen Berichtszeitraum. Grund für den Anstieg ist, dass der Druck insgesamt zugenommen hat, besonders in den Lebensbereichen „Leben im Staat“, „Gesellschaftliches Leben“ und „Familienleben“. Dies steht in direktem Zusammenhang mit der wachsenden Feindseligkeit gegen Christen (verursacht sowohl durch nationalistische Gefühle als auch den wachsenden Widerstand der Gesellschaft gegen Christen).
- Obwohl alle Lebensbereiche sehr hohen Druck aufweisen, ist der Druck in den Bereichen „Privatleben“ und „Leben im Staat“ am größten. Die Punktzahl für das Privatleben spiegelt sowohl die Schwierigkeit für ehemalige Muslime wider, ihren Glauben inmitten ihrer Familienmitglieder offen zu leben, als auch den wachsenden Druck auf alle Christen, vorsichtig zu sein, wie und mit wem man in einem dem christlichen Glauben gegenüber feindlichen Klima über seinen Glauben sprechen kann. Die sehr hohe Punktzahl für das Leben im Staat zeigt, wie schwierig es für Christen und christliche Organisationen ist, in der Türkei zu arbeiten. Die Medienberichterstattung über Christen ist sehr voreingenommen und Christen erfahren regelmäßig Diskriminierung, wenn sie mit den Behörden zu tun haben.
- Der Wert für das Auftreten von Gewalt ist im Vergleich zum Vorjahr von 7,2 auf nun 3,7 Punkte gesunken. Im Berichtszeitraum des WVI 2020 wurden keine Morde gemeldet und die Anzahl der Angriffe auf Kirchen war niedriger als im Weltverfolgungsindex 2019. Dies hielt den Punktwert für Gewalt niedrig, trotz der erzwungenen Ausweisung von mindestens 23 Ausländern und ihren Familien, die mit verschiedenen Kirchen arbeiteten.

Zu jedem der Lebensbereiche sind im Folgenden jeweils ausgewählte Teilaspekte genannt, die im betreffenden Lebensbereich für die Christen zu den gravierendsten Schwierigkeiten gehören.

Privatleben

- **Die Hinwendung zum christlichen Glauben wird stark abgelehnt:** Die Konversion zum christlichen Glauben ist nicht gesetzlich verboten. Doch ist es wahrscheinlich, dass ein Übertritt vom muslimischen zum christlichen Glauben familiär und gesellschaftlich Auswirkungen hat. Wenn sich auch das Ausmaß und die Art der Unterdrückung je nach Hintergrund der Familie erheblich unterscheiden können, wird die Bekehrung zum Christentum weithin als unannehmbar angesehen.
- **Es ist gefährlich für Christen, ihrem Glauben in schriftlicher Form persönlich Ausdruck zu geben, etwa in Internetblogs oder auf Facebook:** Der öffentliche Ausdruck des Glaubens in schriftlicher Form kann in gewissem Maß Verfolgung nach sich ziehen. Besonders Christen muslimischer Herkunft können manchmal ihre Arbeit verlieren, Belästigungen von Familie und Freunden ausgesetzt sein oder bedroht werden, nachdem sie ihren neuen Glauben öffentlich gemacht haben.
- **Es ist ein Risiko für Christen, über ihren Glauben mit anderen als mit ihren engsten Familienangehörigen zu sprechen:** Das Maß der gesellschaftlichen Feindschaft gegen den christlichen Glauben ist hoch in der Türkei und ein Übertritt zum christlichen Glauben gilt weithin als inakzeptabel. Über den eigenen christlichen Glauben mit Mitbürgern zu diskutieren, kann zu Schikane und sozialer Ausgrenzung führen.
- **Es ist für Christen riskant, christliche Bilder oder Symbole zu zeigen:** Die Schikane von Christen ist in der Türkei weitverbreitet und das Zeigen von christlichen Symbolen kann zu (körperlicher) Gewalt führen.

Christen führen manchmal ein Doppelleben und verbergen ihre Bekehrung, was bedeutet, dass sie nur versteckt beten, Bibel lesen und christliche Webseiten besuchen. Diese Art von Unterdrückung wird als „normal“ angesehen und kaum berichtet oder dokumentiert, es sei denn, es kommt zu körperlicher Gewalt. Diejenigen, die ihre christliche Identität verbergen, haben oft zu große Angst, sich mit anderen Christen zu treffen.

Familienleben

- **Wegen des christlichen Glaubens ihrer Eltern werden Kinder diskriminiert oder schikaniert:** Es gab in den letzten Jahren mehrere Berichte, dass Kinder christlicher Eltern schikaniert wurden. Kinder von Christen, und insbesondere von Christen muslimischer Herkunft, werden oft schikaniert, entweder wegen der religiösen Intoleranz der Gesellschaft oder aus nationalistischem Eifer.
- **Kinder christlicher Eltern werden dazu gedrängt, an nichtchristlichem Unterricht oder dem allgemeinen Religionsunterricht teilzunehmen:** Wenn im Ausweis „Muslim“ eingetragen ist, sind die Kinder von Christen muslimischer Herkunft verpflichtet, in der Schule Islamkurse zu besuchen. Obwohl es in letzter Zeit einfacher geworden ist, eine Freistellung vom Islamunterricht zu erwirken, haben viele Christen muslimischer Herkunft ihre religiöse Zugehörigkeit nicht ändern lassen, da es für sie und ihre Kinder ein soziales Stigma darstellt. Zudem ist der türkische Lehrplan generell vom türkischen Nationalismus und der Idee beeinflusst, dass das Christentum etwas der türkischen Gesellschaft Fremdes ist.

- **Christliche Paare werden aufgrund ihres Glaubens daran gehindert, Kinder zu adoptieren oder Pflegekinder aufzunehmen:** Adoption ist in der Türkei nicht weitverbreitet und für Christen ist es noch außergewöhnlicher, ein Kind zu adoptieren. Erdogan teilte im Jahr 2013 mit, dass türkische Kinder, die von christlichen Paaren im Ausland adoptiert wurden, in die Türkei zurückgebracht werden sollten. Daher ist es für Christen fast unmöglich, ein muslimisches Kind zu adoptieren.
- **Eltern werden daran gehindert, ihre Kinder gemäß ihrem christlichen Glauben aufzuziehen:** Die feindlich gesinnte Umgebung erschwert es Christen, ihre Kinder auf christliche Weise großzuziehen, besonders da es auch Druck durch die eigene (Groß-)Familie gibt.

Obwohl ehemalige Muslime ihre Religionszugehörigkeit auf dem Personalausweis legal zum Christentum ändern können, kann dies ein schwieriger und belastender Vorgang sein. Sofern Konvertiten zum christlichen Glauben nicht die Religionszugehörigkeit in ihren Ausweisen geändert haben, werden ihre Kinder automatisch als sunnitische Muslime registriert. Sobald ihre Konversion zum christlichen Glauben bekannt wird, kann Christen die Scheidung und der Verlust ihrer Erbrechte drohen. Sie können auch Schwierigkeiten bei der Organisation einer christlichen Hochzeit oder Beerdigung haben (z.B. in Fällen, wo die letzten Wünsche eines ehemaligen Muslims nicht respektiert werden und die Beerdigung nach islamischem Ritus durchgeführt wird). Anträge auf christliche Friedhöfe wurden in einigen Teilen des Landes abgelehnt. Wo dies geschehen ist, können Christen nur in Bereichen, die allen Nichtmuslimen vorbehalten sind, nach christlichen Riten begraben werden, oder auf einem historisch christlichen Friedhof.

Ehepartner von Christen muslimischer Herkunft werden gelegentlich unter Druck gesetzt, sich scheiden zu lassen.

Gesellschaftliches Leben

- **Christen werden in der Erwerbstätigkeit aufgrund ihres Glaubens diskriminiert:** Christen haben keinen Zugang zu staatlichen Arbeitsstellen und erfahren Diskriminierung in der Privatwirtschaft, insbesondere wenn Arbeitgeber Verbindungen zur Regierung haben.
- **Christen erfahren wegen ihres Glaubens Benachteiligungen im Bereich der Bildung:** Im Schulsystem gibt es verbindlichen Islamunterricht, allerdings können nichtmuslimische Kinder sich davon abmelden. Es gibt jedoch Berichte über Diskriminierung der Kinder, die sich abgemeldet haben, seitens der Gesellschaft und der Lehrer. Christliche Schulkinder werden im Unterricht regelmäßig diskriminiert, sowohl von Lehrern als auch von anderen Schülern. Es gibt Christen, die an türkischen Universitäten studieren, aber es ist ihnen nicht möglich, höhere Positionen oder Professuren auf Universitätsniveau zu erreichen. Zudem wurden in den letzten Monaten Hunderte neuer Imam-Hatip-Schulen eröffnet, was die Zahl dieser islamischen Schulen auf über 5000 anhebt. Hatip-Schulen spielen eine immer wichtiger werdende Rolle im türkischen Bildungssystem und sind für Christen nicht zugänglich.
- **Christen werden im Alltag aufgrund ihres Glaubens belästigt, bedroht oder behindert:** Viele Christen in der Türkei erleben Beschimpfungen, Todesdrohungen oder andere Schikanen.
- **Christen stehen unter Beobachtung durch ihr soziales oder privates Umfeld:** Christen werden sowohl durch die Regierung als auch durch die Gesellschaft überwacht. Türkische Christen wissen, dass all ihre Kommunikation von der Regierung überwacht wird und dass eine Unterwanderung nicht selten ist. Selbst Zeitungen sind hier eine Gefahr, da einige Medien

negative Artikel (inklusive Namen und Bildern) über verschiedene Christen veröffentlicht haben.

Leben im Staat

- **Die Verfassung schränkt die Religionsfreiheit gemäß Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte ein:** Die türkische Verfassung ist in ihrer Haltung gegenüber den Rechten religiöser Minderheiten sehr restriktiv. Die Verfassung schränkt die Freiheit von Christen zwar nicht ein, aber sie bevorzugt das „Türkentum“ gegenüber allen anderen Ideologien.
- **Christen werden aufgrund ihres Glaubens von öffentlichen Ämtern ausgeschlossen:** Der Zugang zu Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst, dem Sicherheitsapparat des Staates und den Ordnungskräften wird den Christen verweigert, ebenso wie die Beförderung in der Armee, trotz Wehrpflicht. Obwohl die eigene Religionszugehörigkeit auf den neuen Personalausweisen nicht mehr sichtbar vermerkt wird, ist sie dennoch auf dem Chip in der Karte registriert.
- **Medienberichte über Christen sind inkorrekt oder voreingenommen:** Vor allem die lokalen Medien und Kolumnisten sind gegenüber Christen voreingenommen. Es gibt mehrere Berichte über Intoleranz und Vorurteile gegen Christen.
- **Christen erleben Einschränkungen in der öffentlichen Meinungsäußerung:** Christen müssen sehr vorsichtig sein, wenn sie sich in der Öffentlichkeit äußern. Gesellschaftliche Vorurteile machen es schwierig, Dinge anzusprechen und die türkische Regierung akzeptiert keine Kritik.

Christen muslimischer Herkunft (insbesondere solche, die im Südosten oder in ländlichen Gebieten Gemeinden leiten) werden von Polizei und Sicherheitskräften wegen ihrer offen christlichen Identität mitunter entwürdigend behandelt. Christen haben Schwierigkeiten, Genehmigungen für den Bau von Kirchen oder die Registrierung eines Versammlungsorts als Gotteshaus zu erhalten. Der Aufstieg des Nationalismus im Land verursacht Probleme für nichtmuslimische Geschäftsleute, da Berichten zufolge Vetternwirtschaft unter der regierenden Partei AKP weit verbreitet ist. Es bestehen Bedenken hinsichtlich der Unparteilichkeit der Justiz in Gerichtsverfahren, an denen christliche Minderheiten beteiligt sind, insbesondere nachdem die Regierung mehr als 4000 Mitglieder der Justiz wegen angeblicher Verbindungen zur Gülen-Bewegung entlassen hat.

Kirchliches Leben

- **Auf allen Ebenen der Verwaltung ist es schwierig, als Kirche eine Registrierung zu bekommen:** Es ist nicht möglich, sich als Religionsgemeinschaft neu zu registrieren. Obwohl sich Kirchen als „Verein“ registrieren können, ist dies ebenfalls ein schwieriger Prozess und einige Anträge wurden abgelehnt. Auch die Gründung von Stiftungen zur Unterstützung einer neuen Religionsgemeinschaft ist verboten.
- **Christliche Gemeinschaften wurden daran gehindert, Kirchengebäude zu bauen oder zu renovieren oder historisch-religiöse Stätten zu beanspruchen, die ihnen früher genommen wurden:** Es ist sehr schwierig, behördliche Genehmigungen für die Reparatur oder Renovierung von Kirchengebäuden zu erhalten. Viele Kirchengebäude, Seminare oder Schulen, die in der Vergangenheit beschlagnahmt wurden, wurden nicht zurückgegeben. Eine neue Kirche zu bauen ist nahezu unmöglich.
- **Kirchen werden daran gehindert, Schulen, wohltätige, humanitäre, medizinische, soziale oder kulturelle Organisationen, Einrichtungen oder Vereine zu gründen und zu führen:** Es bleibt sehr schwierig, einen Verein mit einem klar christlichen Profil zu gründen und zu

betreiben. Alle Aktivitäten in dieser Richtung werden überwacht und Christen leiden in diesem Bereich sogar noch mehr, da sie oft durch ausländische Kirchen unterstützt werden, was mit Argwohn beobachtet wird.

- **Christen werden daran gehindert, eigene Kirchenleiter auszubilden:** Die Ausbildung von christlichen Leitern ist rechtlich unmöglich. Die Ausbildungsstätten der traditionellen Gemeinschaften wurden in den 1970ern geschlossen und seitdem nicht mehr geöffnet, trotz einer Kampagne der griechisch-orthodoxen Kirche zur Wiedereröffnung ihres Seminars in Halki. Es kann nur eine inoffizielle Ausbildung stattfinden. Viele Kirchenleiter werden für ihre Ausbildung ins Ausland geschickt.

Der türkische Geheimdienst (MIT) beobachtet christliche Gruppen und ihre Aktivitäten aufmerksam, obwohl Kirchen auch von den Sicherheitsdiensten während der Gottesdienste (sichtbar) geschützt werden, insbesondere nach Drohungen durch den „Islamischen Staat“ (IS).

Die Durchführung von Aktivitäten außerhalb der dafür vorgesehenen kirchlichen Einrichtungen wird allgemein als Missionierung angesehen und daher sowohl von den örtlichen Amtsträgern als auch von der Bevölkerung behindert. Besonders schwierig ist dies nach dem Putsch und dem anschließenden Ausnahmezustand geworden, weil jedes vermeintlich verdächtige Verhalten zu Verhaftungen führen kann. Die offene Integration von ehemaligen Muslimen in bestehende Kirchen wird erschwert, hauptsächlich durch das soziale Umfeld.

Leitungswechsel in der griechisch-orthodoxen und armenisch-apostolischen Kirche müssen von der Regierung genehmigt werden, auch wenn es sich dabei um Leiter von Religionsgemeinschaften handelt, die es dem Gesetz zufolge nicht gibt und deren persönliche Positionen im Gesetz nicht anerkannt sind. Christliche Materialien sind auf Türkisch verfügbar, aber ihre Verbreitung bleibt schwierig, da sie automatisch mit Missionierung in Verbindung gebracht werden.

Es ist für Kirchenleiter schwierig, ein Visum zu erhalten. Vielen ausländischen Mitarbeitern religiöser Organisationen wird entweder ein Visum verweigert oder ihre Aufenthaltserlaubnis wird einfach nicht verlängert.

Auftreten von Gewalt

- Es wurden keine Christen wegen ihres Glaubens getötet (allerdings gab es den Mord an einem christlichen Evangelisten im November 2019, außerhalb des Berichtszeitraums des Weltverfolgungsindex 2020).
- Mehrere Christen wurden belästigt und tyrannisiert.
- Es wurden keine Christen verhaftet, aber mindestens 23 ausländische Christen wurden mit Einreiseverboten belegt oder wurden auf andere Weise gezwungen, das Land mit ihren Familien zu verlassen.
- Eine Kirche wurde von der Polizei gestürmt, während andere Kirchen durch Vandalismus beschädigt wurden. Ein Kloster meldete eine Brandstiftung, die 800 Olivenbäume zerstörte.
- Es gab Berichte, wonach im Südosten der Türkei Felder, die syrischen Christen gehörten, in Brand gesteckt wurden.

7. Verfolgungssituation für Männer und Frauen

Wie Frauen Verfolgung erfahren:

- Ausschluss aus der Gemeinschaft
- Wirtschaftliche Schikane im Berufs-/Geschäftsleben
- Vertreibung aus Wohnung/Wohnhaus
- (Haus-)Arrest durch die Familie
- Körperliche Gewalt
- Psychische Gewalt
- Verbale Gewalt

Obwohl das Rechtssystem der Türkei generell keine Religion in ihren Freiheiten benachteiligt und es außerdem gleiche Rechte für Frauen und Männer zusichert, sind die vorherrschende Kultur und die Umsetzung der Gesetze oft Gründe für Verfolgung. Die Bekehrung zu Jesus Christus ist für Frauen wahrscheinlich schwieriger, besonders in ländlichen Gegenden, da sie in einer islamischen Gesellschaft, in der sie eine untergeordnete Stellung einnehmen und der Kontrolle der Familie unterstehen, stärker von Verfolgung bedroht sind. Angesichts des derzeitigen Wiedererstarkens des Islam werden Frauen wahrscheinlich wachsendem Druck ausgesetzt sein, die islamischen Erwartungen an Kleidung und Verhalten zu erfüllen.

Generell wird von Frauen erwartet, dass sie ihre Familien mit ihrer Berufswahl, ihren Freundschaften und der Wahl des Ehepartners ehren. Die Verfolgung von Frauen und Mädchen betrifft auch ihre Familien, sie weckt Wut, Angst und Sorge bei anderen Familienangehörigen.

Christin zu werden oder einen Christen zu heiraten, gilt als Bedrohung der Erwartung, der Familie Ehre zu bringen. Manchmal werden Christinnen muslimischer Herkunft von ihren Familien verstoßen oder daran gehindert, sich mit anderen Christen in den östlichen Provinzen zu treffen, oder durch Dorfbewohner, die in die Stadt gezogen sind.

Wie Männer Verfolgung erfahren:

- Beschlagnahme von Erbschaft und Besitz
- Diskriminierung/Schikane im Bildungsbereich
- Wirtschaftliche Schikane im Berufs-/Geschäftsleben
- Vertreibung aus Wohnung/Wohnhaus
- Zwangsrekrutierung zum Militärdienst
- Ermordung
- Körperliche Gewalt
- Psychische Gewalt
- Verbale Gewalt

Der Druck auf Christen durch Medien, Polizei, Behörden und das gesellschaftliche Umfeld richtet sich sowohl gegen Männer als auch gegen Frauen. Dennoch stehen Männer zusätzlichem Druck durch die Verflechtung von religiösen und kulturellen Erwartungen gegenüber: Von ihnen wird erwartet, Verteidiger des Islam und des Türkentums zu sein, Konzepte, die in der öffentlichen Wahrnehmung eng miteinander verbunden sind. Die Nichterfüllung dieser Erwartung baut Druck auf die Männer auf, der sie daran hindern kann, jemals in eine Kirche zu gehen.

Quellen zufolge können Jungen und Männer von den Behörden verhaftet und misshandelt werden; sie stehen in der Gefahr, ihre Arbeit oder ihr Erbe zu verlieren oder von der Familie verstoßen zu werden. Während des Militärdienstes befinden sich die Männer in einer Umgebung, in der sie, wenn ihre christliche Konfession in ihrem Ausweis vermerkt ist, von ihren Vorgesetzten mit Argwohn betrachtet und von ihren Altersgenossen tyrannisiert werden. Trotz Wehrpflicht ist es sehr unwahrscheinlich, dass Christen in der Armee Karriere machen. Außerdem haben Christen Schwierigkeiten, eine Arbeit im öffentlichen Dienst zu finden.

8. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Sowohl Regierung als auch Gesellschaft greifen religiöse Gruppen wie Aleviten und Juden und ethnische Gruppen wie die Kurden verbal an. Dieser Trend wird sich voraussichtlich fortsetzen. Die Türkei ist ein Unterstützer von Einrichtungen der Muslimbruderschaft wie der Hamas und ist daher zum Gegner Israels geworden. Die öffentliche Einstellung ist infolgedessen zunehmend anti-israelisch und antisemitisch geworden. Dies hat natürlich Ängste bei der kleinen jüdischen Gemeinschaft in der Türkei geschürt und einige Hundert von ihnen sind vor Kurzem nach Israel ausgewandert, was die Verbleibenden noch verwundbarer macht.

In der Türkei können junge nationalistische Türken schnell mit hasserfüllter Propaganda gewonnen werden und sie führen in der Folge Gewalttaten aus, in der Überzeugung, die Zustimmung des Staates und der Gesellschaft zu haben. Darüber hinaus wurde die Gülen-Bewegung seit dem Putsch 2016 schwer verfolgt. Die Jesiden im Südosten der Türkei stehen vor ähnlichen Problemen wie die syrischen Christen. Nusayri-Flüchtlinge (Alawiten) aus Syrien stehen unter enormem Druck, das Land zu verlassen. Auch die Aleviten werden diskriminiert (offiziell existieren sie nicht als eigene Gruppe und können keine Gotteshäuser unterhalten), sowie allgemein die Kurden.

Das US-Außenministerium berichtet in seinem International Religous Freedom Report for Turkey 2017 (S. 1): „Die Regierung hat die Rechte nichtmuslimischer Minderheiten weiter eingeschränkt, besonders derjenigen, die sie nicht im Lausanner Vertrag von 1923 als geschützt anerkannt hat, welcher nur armenisch-apostolisch-orthodoxe Christen, Juden und griechisch-orthodoxe Christen umfasst. Sie bezeichnet das Alevitentum weiterhin als eine heterodoxe muslimische Gruppe und erkennt weiterhin keine alevitischen Gotteshäuser (Cemevis) an, trotz eines Richterspruchs durch das oberste Berufungsgericht im November, das Cemevis als Gotteshäuser anerkennt. Die Regierung erkennt das Recht zur Verweigerung des Militärdienstes aus Gewissensgründen nicht an. Religiöse Minderheiten berichten, dass bürokratische und administrative Hürden weiterhin bestehen, inklusive der Verhinderung von Vorstandswahlen für religiöse Stiftungen, die viele Aktivitäten von religiösen Gemeinschaften verwalten."

Im Dezember 2018 entschied das Berufungsgericht, dass die Regierung die Stromkosten für Cemevis (alevitische Gotteshäuser) übernehmen sollte, wie die Regierung es auch für Moscheen tut. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EMRK) hatte bereits 2016 ein ähnliches Urteil gefällt, das aber von der Regierung ignoriert wurde. Wenn die Regierung diesem Urteil folgt, könnte das den Kirchen die Möglichkeit eröffnen, ebenfalls Gleichbehandlung zu fordern.

9. Der Ausblick für Christen

Islamische Unterdrückung / Religiös motivierter Nationalismus

Es ist ein Anstieg von Hassreden in der Presse (oft in der Lokalpresse) zu verzeichnen, die sich gegen Kirchen und ausländische christliche Kirchenmitarbeiter richten. Dies hat dazu geführt, dass Stadtverwaltungen und Kommunalbeamte versuchen, Kirchen zu schließen. Die allgemeine Atmosphäre bleibt angespannt. Christliche Flüchtlinge erfahren immer mehr Einschränkungen durch die Behörden und werden mit Abschiebung bedroht. Es ist unwahrscheinlich, dass sich diese Situation verbessern wird. Die Islamisierung des Landes setzt sich fort und der Druck auf die christliche Gemeinschaft hat seit dem Putschversuch 2016 massiv zugenommen – und wächst weiter.

Ethnisch oder traditionell begründete Anfeindungen

Der Anteil der christlichen Bevölkerung ist winzig, sie macht gerade einmal 0,2% der Gesamtbevölkerung aus. In Anbetracht der Tatsache, dass noch vor einem Jahrhundert die Christen 20% ausmachten, ist die Angst vor einem völligen Aussterben nicht unbegründet, insbesondere nicht für die traditionellen christlichen Gemeinschaften. Die allgemeine Atmosphäre ist Christen gegenüber feindselig, weil das Christentum als etwas Fremdes angesehen wird. Solange „Armenier“ als Beleidigung benutzt wird, anstatt eine respektierte und legitime Minderheit zu bezeichnen, ist es unwahrscheinlich, dass sich die Einstellung gegenüber Christen ändern wird.

Diktatorische Paranoia

Die Verhaftung und bis 2018 andauernde Inhaftierung von Pastor Andrew Brunson hat dazu geführt, dass viele ausländische Familien das Land verlassen haben und weniger neue Arbeitnehmer erwägen, eine Stelle in der Türkei anzunehmen. Zudem hat die Regierung im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2020 mindestens 23 ausländische Christen und ihre Familien des Landes verwiesen. Es besteht die Angst, dass die türkische Regierung als nächstes die einheimischen türkischen Christen ins Visier nehmen wird, nachdem alle ausländischen Christen vertrieben wurden. Darüber hinaus braucht Erdogan, nachdem er den Notstand im Juli 2018 nach zwei Jahren beendete, dank seiner neuen präsidialen Vollmachten den Notstand nicht mehr, um das Land mit eiserner Hand zu kontrollieren.

zurück zur Länderübersicht

Brunei: Platz 37

Zusammenfassung

Christen muslimischer Herkunft leiden unter Verfolgung, da der Glaubenswechsel weg vom Islam durch das Strafgesetz verboten ist und alles unternommen wird, um diese Personen zurück zu ihrem ursprünglichen Glauben zu bringen. Protestantische Freikirchen können nicht als Kirchen registriert werden, sondern müssen als Firmen, Gesellschaften oder Familienzentren angemeldet werden. Daher werden sie auch wie säkulare Organisationen behandelt und müssen jedes Jahr Finanz- und Geschäftsberichte an die Regierung übermitteln. Die gesamte Gesellschaft (Christen eingeschlossen) ist von der schrittweisen Einführung der Scharia betroffen. Auch wird die Gesellschaft von der sich verschlechternden wirtschaftlichen Lage beeinträchtigt, da sie die Behörden darin einschränkt, großzügig mit Zuwendungen zu sein, die die Unzufriedenheit in der Bevölkerung kleinhalten sollen.

Beispiele aus dem aktuellen Berichtszeitraum

- Da die Abwendung vom Islam durch die Gesetze Bruneis streng verboten ist, werden Christen muslimischer Herkunft, deren Glaubenswechsel bekannt geworden ist, von ihren Partnern und Kindern getrennt und der/die Partner/in wird dazu gezwungen, sich scheiden zu lassen. Wenn die Abteilung für innere Sicherheit, der inländische Geheimdienst Bruneis, Konvertiten zum christlichen Glauben ausfindig macht, werden diese bedroht, damit sie ihren Glauben widerrufen.
- Einigen Christen und Angehörigen anderer Minderheiten wird die Staatsbürgerschaft vorenthalten. Dies führt dazu, dass in Brunei eine große Anzahl staatenloser Einwohner lebt, die in vielerlei Hinsicht benachteiligt werden.
- Besonders junge Leute verlassen das Land, da sie keine Perspektive für die Zukunft sehen. Dies betrifft auch die Kirchen: Die Generation potenziell nachkommender Leiter wird zahlenmäßig immer kleiner.

---

1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 63 Punkten belegt Brunei Platz 37 auf dem Weltverfolgungsindex 2020.

Die Punktzahl ist gegenüber dem Weltverfolgungsindex 2019 gleich geblieben, worin sich die stabile, aber immer noch schwierige Situation für Christen im Land widerspiegelt. Die Einführung des Scharia-Strafgesetzes hat sich noch nicht in der Punktzahl niedergeschlagen. Es bleibt abzuwarten, was diese Entwicklung für die Christen in Brunei bedeuten wird, abgesehen von Verunsicherung und Sorge. Der durchschnittliche Druck ist sehr hoch, die Punktzahl für köperliche Gewalt aber niedriger als im Weltverfolgungsindex 2019. Die Kontrolle, Überwachung und das Ausspionieren von Christen werden von den Behörden als wichtiger angesehen als das Ausüben von Gewalt.

2. Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung

Brunei ist eine islamische Nation, die auf der Ideologie der „Malaiisch-Islamischen Monarchie“ oder „Melayu Islam Beraja“ (MIB) basiert. Diese Regierungsform wird im Land als die für alle Menschen gerechteste Form bezeichnet, für Muslime genauso wie für Nichtmuslime. Der Sultan hat eine gewisse Demokratisierung der Regierung gefördert, wobei Brunei von einer wirklichen Demokratie noch weit entfernt ist, und hat sich selbst zum Premierminister und Präsidenten ernannt.

Brunei will ein Vorbild und Zentrum des Islam sein: Das Scharia-Recht wurde für zivile und religiöse Angelegenheiten schon vor der Unabhängigkeit 1984 für alle Muslime eingeführt; die Regierung verfolgt außerdem eine Strategie der Islamisierung unter der teils christlichen, teils animistischen Stammesbevölkerung, indem sie die sogenannte „Dawa“-Bewegung (eine islamische Missionsbewegung) unterstützt. Eine Aussage aus dem Länderbericht zur Religionsfreiheit des US-Außenministeriums für das Jahr 2018 lautet wie folgt (S. 11): „Die Regierung bot denjenigen, die sich für eine Konversion zum Islam (zur schafiitischen Rechtsschule) interessierten, gewisse Anreize – besonders, wenn diese Personen aus den indigenen Stammesgemeinschaften in ländlichen Gegenden stammten. Dazu gehörten Hilfen in Bezug auf Wohnraum, Sozialleistungen oder Hilfe bei der Durchführung des Hadsch, der Pilgerfahrt nach Mekka. Im Laufe des Jahres erhielten diejenigen, die zum Hadsch aufbrachen, Designer-Reisegepäck von der Regierung. In den staatlich beeinflussten Medien gab es eine umfangreiche Berichterstattung über die Vorteile einer Konversion zum Islam, die von der Regierung präsentiert wurden. Laut den Statistiken der Regierung traten innerhalb eines Jahres 500 Personen zum islamischen Glauben über, was in etwa den Zahlen der Vorjahre entspricht. Unter den Konvertiten befanden sich Bürger Bruneis, Personen mit Bleiberecht, aber auch Ausländer. Die offizielle Regierungspolitik unterstützt den Islam sowohl mithilfe der nationalen MIB-Ideologie als auch dem Versprechen, das Land zu einer ‚Dhikr‘-Nation (einer Nation, die sich an Allah erinnert und ihm gehorcht) zu machen.“ Durch einen Erlass sind der Import von Bibeln und das öffentliche Feiern von Weihnachten verboten. Bedingt durch die Islamisierung und die vorherrschende MIB-Ideologie stehen christliche Pastoren und Mitarbeiter einer Vielzahl von Beschränkungen gegenüber. Sowohl einheimische als auch ausländische Christen wurden zum Ziel aggressiver Islamisierungsbemühungen.

Diktatorische Paranoia

Seit über 600 Jahren liegt die absolute Macht im Land bei den Sultanen. Alle wichtigen politischen Posten werden vom regierenden Sultan selbst bekleidet. Da die Bürger Bruneis ihn sehr schätzen, wird er für die momentan schwierige wirtschaftliche Lage nicht verantwortlich gemacht. Seine Regentschaft hat bisher keine Gefahr für die Christen dargestellt. Doch seine konservative islamische Einstellung zeigte sich 2016, als er die Behörden kritisierte, die zweite Phase der Einführung der Scharia, etwa im Bereich der Strafprozessordnung, immer noch nicht umgesetzt zu haben. Die Umsetzung der Strafprozessordnung erfolgte erst im Jahr 2019. Daher dient der konservative Islam als eine Art Staatsideologie, die vom Herrscher gestützt wird, und als Mittel, um die Bevölkerung unter Kontrolle zu halten. Das lässt Christen bestenfalls als Bürger zweiter Klasse und mit Unsicherheit in Bezug auf ihre Zukunft zurück. Diese Triebkraft der „Diktatorischen Paranoia“ ist eng verbunden mit der Triebkraft „Islamische Unterdrückung“.

3. Verfolger

Ausgehend von Islamischer Unterdrückung

- **Die eigene (Groß-)Familie:** Ein Glaubenswechsel entehrt die Familie. Da es für gewöhnlich die Familie ist, die den Glaubenswechsel zuerst bemerkt, ist es auch die Familie, die großen Druck auf die betreffende Person ausübt, wieder zum Glauben der Familie zurückzukehren, unter anderem um Strafen durch die Regierung zu entgehen. Familienmitglieder und Nachbarn können Christen muslimischer Herkunft und Kirchen leicht in Schwierigkeiten bringen, indem sie dem staatlichen Geheimdienst KDN beziehungsweise der Abteilung für innere Sicherheit über sie Meldung erstatten. Meldungen dieser Art kommen häufig vor.
- **Regierungsbeamte:** Regierungsbeamte sind die Hauptverfolger, denn es sind die Behörden, welche die MIB-Grundsätze in allen Bereichen des Landes umsetzen und welche so Muslime gegenüber Angehörigen anderer Religionen bevorzugen. MIB ist ein Pflichtfach für alle Schüler sowohl an öffentlichen und privaten Schulen als auch für Studenten an den Universitäten.
- **Nichtchristliche religiöse Leiter:** Islamische Leiter setzen auf indirektem Wege die Christen in Brunei unter Druck, nämlich im Zuge der fortschreitenden Islamisierung. Durch diese Leiter geschieht ein Großteil der „Dawa“, der islamischen Mission, und ihre Bemühungen erweisen sich als zum Teil erfolgreich. Dies hat zu Spaltungen in Familien von Christen geführt. Dawa erfolgt, indem islamische Behörden eine Reihe von Missionierungsaktivitäten organisieren und sie finanzielle Anreize bieten, um den Islam zu verbreiten. Sowohl Muslime als auch Nichtmuslime stehen unter großem sozialem Druck, sich entsprechend islamischer Regeln zu verhalten.
- **Anführer ethnischer Gruppen:** Das „M“ in MIB steht für „Malaiisch“. Darauf aufbauend betonen die Anführer ethnischer Gruppen die privilegierte Stellung der Malaien in Brunei. Die islamische Mission nimmt speziell die ethnischen Minderheiten in Brunei ins Visier.

Ausgehend von Diktatorischer Paranoia

- **Regierungsbeamte und nichtchristliche religiöse Leiter:** Die Regierung gibt als offizielle nationale Philosophie die „Melayu Islam Beraja“ (MIB) oder „Malaiisch-Islamische Monarchie“ an. Diese ist, so definiert die Regierung, „ein System, das starke malaiische Kultureinflüsse in sich birgt, den Stellenwert des Islam für das tägliche Leben und die Herrschaft betont und gegenüber der Monarchie und ihrem Repräsentanten, Seiner Majestät dem Sultan, Respekt erweist.“ Der Oberste Rat der „Malaiisch-Islamischen Monarchie“ sucht als Regierungsorgan die MIB-Philosophie zu verbreiten, zu festigen und sicherzustellen, dass sie in Politik und Gesetzgebung verankert ist. Religiöse muslimische und malaiische Leiter üben einen großen Einfluss auf den Sultan aus, der als der Beschützer des Islam und des malaiischen Volkes gesehen wird, und setzen die christliche Minderheit so unter Druck.
- **Anführer ethnischer Gruppen:** Anführer ethnischer Gruppen haben ein großes Interesse daran, die Regierung an der Macht zu halten und die Vorherrschaft der Malaien sicherzustellen. Daher setzen sie alles daran, den Herrscher zu unterstützen und wenn nötig Druck auf Minderheiten auszuüben, einschließlich Christen.

4. Regionale Brennpunkte der Verfolgung

Das Land ist geografisch gesehen klein, weshalb keine besonderen lokalen Brennpunkte der Verfolgung zu nennen sind.

5. Betroffene Christen

Christen aus traditionellen Kirchen

Diese Gemeinschaften wie etwa die Römisch-Katholische Kirche und die Anglikanische Kirche stehen zunehmenden Anfeindungen gegenüber und müssen mehr und mehr Vorsicht walten lassen, da sie streng überwacht werden. Dennoch sind sie immer noch weniger von Verfolgung betroffen als die neueren protestantischen Gemeinden und Gemeinschaften von Christen muslimischer Herkunft.

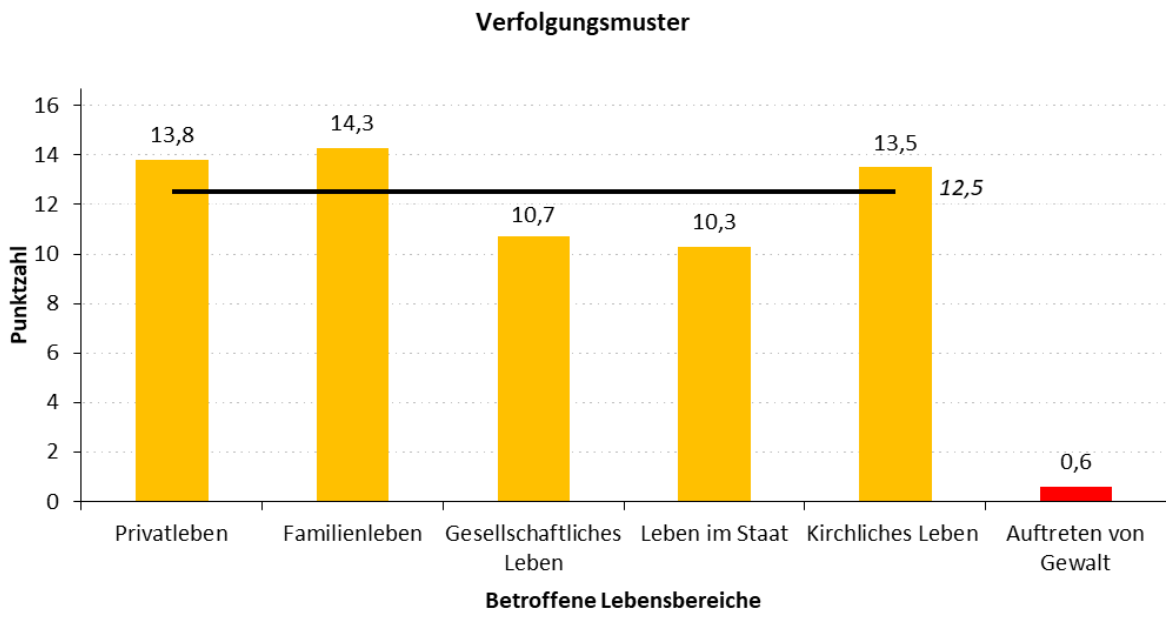
Christen muslimischer Herkunft

Christen muslimischer Herkunft leiden unter starkem Druck durch Familie und Freunde, da die Abwendung vom Islam als illegal angesehen wird.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Mitglieder evangelikaler und Pfingstgemeinden wissen, dass sie sowohl in ihrem Privatleben als auch bei ihren Treffen und im kirchlichen Leben von den Behörden und ihrem Umfeld genau beobachtet werden. Dementsprechend sehen sie sich gezwungen, ihren christlichen Glauben nur vorsichtig zu leben.

6. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Brunei

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Der durchschnittliche Druck auf Christen in Brunei hat weiterhin ein sehr hohes Ausmaß. Im Weltverfolgungsindex 2020 erreicht er 12,5 Punkte, im Vorjahr waren es 12,4.
- Im Bereich „Familienleben“ ist der Druck extrem, aber auch in den Bereichen „Privatleben“ und „Kirchliches Lebens“ ist er sehr hoch. Christen muslimischer Herkunft bekommen den Druck besonders im Privat- und Familienleben zu spüren, zusätzlich zu dem Druck im Bereich „Leben im Staat“ und „Kirchliches Leben“, dem alle Christen in Brunei ausgesetzt sind. Dieser Druck wird verschärft durch die Einführung der Scharia. Da nun die rechtlichen Voraussetzungen für eine umfassende Umsetzung der Scharia auch im Strafrecht geschaffen wurden, spitzt sich die Problematik zu.
- Die Punktzahl für das „Auftreten von Gewalt“ gegen Christen verringerte sich von 0,7 Punkten im Vorjahr weiter auf 0,6 Punkte. Die Verfolgung von Christen in Brunei war noch nie sehr gewalttätig.

Zu jedem der Lebensbereiche sind im Folgenden jeweils ausgewählte Teilaspekte genannt, die im betreffenden Lebensbereich für die Christen zu den gravierendsten Schwierigkeiten gehören.

Privatleben

- **Es ist gefährlich, christliches Material zu besitzen oder aufzubewahren:** Für einen Christen muslimischer Herkunft ist es sehr riskant, christliche Literatur und Materialien zu besitzen, da dies seine christliche Identität offenlegen könnte. Das Scharia-Strafgesetzbuch enthält eine Liste von Wörtern und Ausdrücken, deren Gebrauch nur Muslimen oder in Bezug auf den Islam vorbehalten ist. Dazu gehört auch das Wort „Allah“, was den Gebrauch der Bahasa-Indonesia-Bibelübersetzung, die unter Christen dieser Region sehr verbreitet ist, verbietet.
- **Es ist für Christen riskant, christliche Bilder oder Symbole zu zeigen:** Jedwede private Aussage über den christlichen Glauben kann als Missionsversuch ausgelegt werden. Aufgrund dessen wird inzwischen selbst das Tragen eines Kreuzes um den Hals viel vorsichtiger gehandhabt als früher. Berichten zufolge ist es sogar üblich, die Logos von Autos der Marke Chevrolet (die einem Kreuz ähneln) mit schwarzer Farbe zu übermalen. Gemeinhin vermeiden es Christen, an ihren Autos christliche Aufkleber oder Kreuze anzubringen und so ihren Glauben zu offenbaren. Man versucht, möglichst keine Aufmerksamkeit zu erregen. Jeder Bezug zu Weihnachten, ob christlich verstanden oder nicht, ist in der Öffentlichkeit verboten.
- **Es ist ein Risiko für Christen, über ihren Glauben mit anderen als mit ihren engsten Familienangehörigen zu sprechen:** Für Christen muslimischer Herkunft ist es sogar gefährlich, mit den engsten Familienangehörigen über ihren Glauben zu sprechen, geschweige denn mit entfernten Verwandten oder anderen Personen. Da die Gesetze Bruneis es malaiischen Muslimen nicht gestatten, sich vom Islam abzukehren, und da diejenigen streng bestraft werden, die sich dennoch abwenden, kann jedes Gespräch über den christlichen Glauben als Bruch mit der Scharia verstanden werden. Abschnitt 112(1) der Scharia-Strafgesetzordnung Bruneis besagt, dass ein Muslim, der dem Islam den Rücken kehrt, je nach Beweislage mit dem Tode bestraft werden, eine Gefängnisstrafe von bis zu 30 Jahren oder eine Prügelstrafe erhält. Wenn das Scharia-Gericht überzeugt ist, dass der Beschuldigte sein „Vergehen“ bereut, muss das Gericht eine Freilassung anordnen.

Es bleibt abzuwarten, wie das Scharia-Strafgesetzbuch und die neue Strafprozessordnung umgesetzt werden und inwieweit dies die Rechtspraxis verändern wird. Nichtsdestoweniger müssen Christen äußerst vorsichtig sein, mit wem sie sich unterhalten und über welche Themen sie sprechen. Unter Andersgläubigen oder Stammesangehörigen, die meist einer Stammesreligion folgen, sogenannte „christliche Propaganda" zu verbreiten, ist verboten und kann mit einer Gefängnisstrafe bis zu fünf Jahren oder einer Geldstrafe bis zu 20.000 Brunei-Dollar oder beidem geahndet werden. Christen und besonders Gemeindeleiter sind unter permanenter Überwachung der Behörden.

- **Für Christen ist es gefährlich, sich mit anderen Christen zu treffen:** Ganz besonders schwierig ist es für Christen muslimischer Herkunft (aber auch für andere Christen, da auch sie überwacht werden), sich mit anderen Christen zu treffen – zum einen ist es gefährlich für die christlichen Konvertiten selbst, zum anderen könnte so das christliche Treffen verraten und gefährdet werden. Zudem bleibt zu erwähnen, dass es ein Gesetz in Brunei gibt, das jede nichtautorisierte Versammlung von mehr als fünf Personen verbietet, auch wenn dieses Gesetz selten gegen religiöse Versammlungen angewandt wird.

Familienleben

- **Christliche Paare werden aufgrund ihres Glaubens daran gehindert, Kinder zu adoptieren oder Pflegekinder aufzunehmen:** Das Gesetz verbietet einem Muslim, sein Sorgerecht für ein minderjähriges Kind oder seine Vormundschaft für eine von ihm abhängige Person an einen Nichtmuslim abzugeben. Daher können Nichtmuslime keine muslimischen wohl aber nichtmuslimische Kinder adoptieren. Auch Kinder, deren Eltern unbekannt sind, können Nichtmuslime nicht adoptieren. Zudem bleibt es ihnen verwehrt, Pflegeeltern zu werden, so eine Webseite der Regierung.
- **Kinder christlicher Eltern werden dazu gedrängt, an nichtchristlichem Unterricht oder dem allgemeinen Religionsunterricht teilzunehmen:** Keine Schule, weder privat noch öffentlich, darf christliche Themen unterrichten, und alle Schüler in Primär- und Sekundarschulen müssen per Gesetz den Islam (oder genauer die MIB-Philosophie) lernen. Ein Pastor merkte an, dass einige Schüler besser die MIB-Prinzipien wiedergeben könnten als die Zehn Gebote. Abgesehen von MIB- und anderem islamischem Religionsunterricht, erklärte der Sultan in einer Ansprache im Juli 2018, islamische Geschichte solle zu einem Pflichtfach in allen Schulen und Bildungszentren werden. Weiter sagte er: „Das Bildungssystem darf die Religion nicht außer Acht lassen und Religion muss die Achse des Bildungssystems sein. Verstehe unsere Religion gut, so dass du sie lieben lernst. Der Weg zum Verständnis der Religion ist natürlich das Studium der Religion, insbesondere ihrer Geschichte." In Schulen und Berufsbildungsstätten sind Mädchen dazu angehalten, ein Kopftuch zu tragen.
- **Wegen des christlichen Glaubens ihrer Eltern werden Kinder diskriminiert oder schikaniert:** Der Druck ist besonders hoch auf Kinder von Christen muslimischer Herkunft, sobald aufgedeckt wird, dass ihre Eltern „Abtrünnige" sind. Mädchen aus christlichen Familien werden gezwungen, den Hidschab zur Arbeit oder Schule zu tragen. Lehrer setzen Kinder unter Druck, zum Islam zu konvertieren und Muslime zu werden.
- **Christliche Taufen werden be- oder verhindert:** Christen muslimischer Herkunft können nicht in der Öffentlichkeit getauft werden. Daher finden Taufen generell selten oder nur im Ausland statt.

Christliche Eltern mit muslimischem Hintergrund befinden sich in einem Dilemma, da sie nicht wagen, ihre Kinder in ihrem Glauben zu erziehen, weil die Kinder aus Versehen den christlichen Glauben der Familie offenbaren könnten. Wenn Christen muslimischer Herkunft entdeckt werden, isoliert man sie und setzt sie unter Druck, ihren Glauben zu widerrufen. Wenn ein Christ muslimischer Herkunft verheiratet ist, wird er von seiner Partnerin getrennt, die wiederum dazu gezwungen wird, die Scheidung einzureichen.

Gesellschaftliches Leben

- **Christen werden von ihrem sozialen Umfeld unter Druck gesetzt, ihrem Glauben abzusagen:** Christen mit muslimischem Hintergrund stehen immer unter dem starken Druck von Familie, Freunden und Nachbarn, ihren christlichen Glauben aufzugeben. Doch ein ebenso starker Druck geht auch von den Islamisierungsbemühungen der Regierung aus. Die Kirchen erleben einen allmählichen Schwund ihrer Mitgliederzahlen. Ein Mitglied nach dem anderen ergibt sich den islamischen Missionsbemühungen, vor allem um dem sozialen Druck zu entkommen, aber auch um die finanziellen Begünstigungen von jährlich 1.000 Brunei-Dollar für die nächsten zehn Jahre zu erhalten. Da in Brunei viele Gemeinden sehr klein sind, kann es ernsthafte Auswirkungen auf die verbleibende Versammlung haben, wenn „nur“ zwei oder drei Mitglieder die Kirche verlassen.
- **Christen werden unter Druck gesetzt, an nicht-christlichen religiösen Zeremonien oder Gemeinschaftsereignissen teilzunehmen:** Mithilfe der nationalen MIB-Philosophie hat der Islam jeden Aspekt des gesellschaftlichen Lebens durchdrungen. MIB ist ein System, das starke malaiische Kultureinflüsse in sich trägt, den Stellenwert des Islam für das tägliche Leben und die Regentschaft betont und Respekt gegenüber der Monarchie des Sultans erweist. Daher stehen Christen unter Druck, an islamischen Riten und Zeremonien teilzunehmen. Zudem gibt es strikte Vorgaben und Strafen für und über das Einhalten der muslimischen Gebetszeiten während des Ramadan, sowohl für Muslime als auch für Nichtmuslime.
- **Christen stehen durch ihr soziales oder privates Umfeld unter Beobachtung:** Besonders die Malaiisch sprechenden Gemeinden sind ernsthaft bedroht und werden unablässig überwacht, was zu einem hohen Maß an Furcht unter den Gemeindeleitern und Gemeindemitgliedern führt. Jeder weiß von dieser Überwachung. Immer wieder befinden sich selbst in den Kirchen Informanten (manchmal sogar andere Christen), die von den Behörden geschickt werden. Die Behörden besorgen sich zudem von Ortskundigen und Anwohnern Informationen über die Aktivitäten der Kirchen.
- **Christen erfahren wegen ihres Glaubens Benachteiligungen im Bereich der Bildung:** Der Islam- und MIB-Unterricht ist verpflichtend an allen Schulen. Obwohl Nichtmuslime von einigen religiösen Pflichten befreit sind, hätten sich viele nichtmuslimische Kinder dazu entschlossen, Islamkurse zu belegen, so die Aussage der Regierung. Gemäß dem bereits erwähnten Länderberichtes des US-Außenministeriums glaubten diejenigen, die sich für staatlich geförderte Stipendien bewarben, dass die Belegung der Islamkurse ihnen Vorteile bei der Vergabe der Stipendien verschaffen könnte. Aufgrund wirtschaftlicher Einschränkungen hat sich die Anzahl der Stipendien für Universitäten verringert. Dieser Rückgang der Stipendienplätze bewirkt, dass viele Christen den Eindruck gewinnen, nun noch weniger Chancen auf einen Studienplatz an einer Universität in Brunei zu haben.

Christen werden im geschäftlichen Leben diskriminiert. Mit der eingeführten Scharia-Gesetzgebung fängt die Regierung an, mehr und mehr Regeln und Restriktionen einzuführen. Seit 2014 ist das öffentliche Feiern von Weihnachten verboten. Muslime und Nichtmuslime stehen unter großem sozialem Druck, sich entsprechend islamischer Regeln zu verhalten, sich zum Beispiel dementsprechend zu kleiden. Mädchen betrifft dies in besonderer Weise – von ihnen wird erwartet, den Hidschab zur Arbeit oder Schule zu tragen. Das Scharia-Gesetzbuch betrifft nicht nur Muslime, es enthält auch Regeln für Nichtmuslime und Ausländer. Während des Ramadan werden Razzien in Restaurants durchgeführt, die Speisen und Getränke anbieten, welche von der Scharia als nicht „halal", also als nicht erlaubt gelten. Das wirkt sich für die Läden geschäftsschädigend aus, stört das Alltagsleben von Nichtmuslimen und schafft eine Atmosphäre der Angst. Ein Imbissstand in der Mensa einer chinesischen Schule musste während des Ramadan schließen, nachdem es das Bildungsministerium so angeordnet hatte.

Etwa 50 % der Glaubenswechsel zum Islam ereignen sich unter Arbeitsmigranten. Solche Fälle werden von nationalen Zeitungen gerne gefeiert. Dabei ist der Grund für einen Glaubenswechsel oft der Wunsch, materielle Begünstigungen zu erhalten; in vielen Fällen wird zudem Druck ausgeübt. So wenden sich beispielsweise katholische Filipinos dem Islam zu, um eine Arbeitserlaubnis zu erhalten; indische Fabrikarbeiter werden dazu gedrängt, Muslime zu werden, um ebenfalls Arbeitserlaubnisse und Lohnzulagen zu bekommen. Aufgrund der schwierigen wirtschaftlichen Situation gibt es nun mehr Einschränkungen für Firmeninhaber, die nicht aus Brunei stammen.

Leben im Staat

- **Die Verfassung oder eine vergleichbare nationale Gesetzgebung schränkt die Religionsfreiheit gemäß Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte ein:** Wie bereits erwähnt verabschiedete Brunei das Scharia-Strafgesetzbuch im Mai 2014. Dieser Rechtskodex reglementiert nicht nur Straftaten wie Mord und Diebstahl, sondern unter anderem auch das öffentliche Zeigen christlicher Symbole, die Frage der Missionierung oder der Apostasie. Die Einführung einer neuen Strafprozessordnung wurde im April 2019 etwas verstohlen angekündigt, was zu einem internationalen Aufschrei und zur einer, sonst äußerst seltenen, öffentlichen Stellungnahme des Sultans führte. Unabhängig davon, wie genau die Scharia schließlich in Brunei ihre Anwendung findet, die Religionsfreiheit wird stark eingeschränkt sein.
- **Christen erleben Einschränkungen in der öffentlichen Meinungsäußerung:** Ein Gesetz gegen Volksverhetzung beschränkt die freie und öffentliche Äußerung von Meinungen und Glaubensansichten von Christen. Christen in Brunei halten sich sorgfältig an die Gesetze; sie betreiben Selbstzensur, um Ärger zu vermeiden und vor allem auch deshalb, weil es nicht völlig ersichtlich ist, welche glaubensbezogenen Aussagen als Volksverhetzung gelten können.
- **Christliche zivilgesellschaftliche Organisationen oder politische Parteien werden behindert oder verboten.** Obgleich es in Brunei politische Parteien gibt, folgen sie doch ganz dem Willen des Sultans, der alle Macht innehat. Weder gibt es christliche politische Parteien noch christliche zivilgesellschaftliche Organisationen, da diese im Land verboten sind. Christliche zivilgesellschaftliche Organisationen arbeiten nicht als solche, sondern als gewerbliche Unternehmen. Sie müssen so alle gesetzlichen Vorgaben für klassische Unternehmen erfüllen, etwa in Bezug auf das Berichts- oder Steuerwesen.
- **Christen werden aufgrund ihres Glaubens von öffentlichen Ämtern weitgehend ausgeschlossen:** Wenngleich ihnen ein öffentliches Amt nicht grundsätzlich verwehrt bleibt,

gibt es doch eine „gläserne Decke“, die begrenzt, wie weit Christen aufsteigen können. So wird die Beförderung von Christen behindert; diese und damit einhergehende Begünstigungen bleiben Malaien und Konvertiten zum Islam vorbehalten. Der Druck auf Christen, zum Islam zu konvertieren, wird in dieser Weise erhöht, indem man ihnen Aufstiegschancen und berufliche Vorteile in Aussicht stellt.

Einen Glaubenswechsel offiziell bestätigen zu lassen, ist undenkbar. Christen werden oft diskriminiert, wenn sie mit den Behörden zu tun haben. Wenn Einwohner mit Bleiberecht, die einen chinesischen, christlichen oder buddhistischen Hintergrund haben, einen Antrag auf Staatsbürgerschaft stellen, erleben sie in vielen Fällen eine Ablehnung oder Verzögerung, ohne eine offizielle Begründung der Behörden zu bekommen. Die Aktivitäten des Landes zur Islamisierung, besonders unter Christen, werden breit publiziert, und Übertritte vom christlichen Glauben zum Islam werden in den Medien in den höchsten Tönen gelobt. Jeden Donnerstagmorgen von 8:00 – 9:30 Uhr ist in allen Regierungsstellen Zeit für das islamische Gebet und Lesungen des Koran vorgesehen. Die Teilnahme ist verpflichtend.

Kirchliches Leben

- **Es ist schwierig, als Kirche eine Registrierung zu bekommen oder rechtlich anerkannt zu werden:** Die Kirchen, die einen offiziellen Status haben, wurden bereits während der Kolonialzeit registriert. Dies betrifft landesweit sechs Kirchen. Die Regierung erlaubt es jedoch nicht, dass weitere Kirchen registriert werden. Und selbst registrierte Kirchen stehen Problemen gegenüber: In der Hauptstadt Bandar Seri Begawan setzt die Regierung an Sonntagen Zugangsbeschränkungen um; alle Straßen, die zu der katholischen und der anglikanischen Kirche führen, werden zu „Erholungszwecken“ zwischen 6 Uhr morgens und 13 Uhr gesperrt. Nur Besitzer einer gültigen Bescheinigung dürfen das Gebiet um die beiden großen Kirchen betreten.
- **Christliche Predigten, Unterricht und/oder Publikationen werden überwacht:** Alle Aktivitäten von Kirchen und besonders die Predigten werden überwacht. Vor allem registrierte Gemeinden sind davon betroffen, dass sie von Informanten der Regierung bespitzelt werden. Diese Informanten sind teilweise selbst Christen, denen Bestechungsgeld angeboten wurde. Weil die sonntäglichen Gottesdienste so streng überwacht werden, sind Pastoren (besonders Malaiisch sprechende Pastoren) sehr darauf bedacht, die Regierung oder die königliche Familie in ihren wöchentlichen Predigten nicht zu beleidigen. Veröffentlichte Materialien unterliegen ebenfalls der Überprüfung der Behörden.
- **Kirchen werden daran gehindert, christliche Materialien zu importieren:** Es gibt ein dauerhaftes Verbot der Einführung gedruckten religiösen Materials. Elektronische Ausgaben der Bibel oder anderes religiöses Material sind leicht zugänglich, doch müssen Christen muslimischer Herkunft vorsichtig sein, wenn sie auf diese zugreifen.
- **Kirchen, christliche Organisationen oder Einrichtungen werden daran gehindert, ihre Überzeugungen in den Medien zu teilen:** Die Nutzung von Massenmedien zur Darstellung des eigenen Glaubens gilt in Brunei als „Verbreitung einer anderen Religion außer dem Islam“ und ist verboten. Darauf stehen Haftstrafen von bis zu fünf Jahren oder Geldstrafen bis zu 20.000 Brunei-Dollar.

Es gibt eine Fatwa, stillschweigend vom Sultan befürwortet, die es verbietet, dass nichtmuslimische religiöse Gebäude renoviert oder gebaut werden dürfen. Daher verfallen die Kirchen mehr und mehr.

Einige Gemeinden haben ihre Gebäude jedoch ohne Genehmigung renoviert. Trotz all dieser Herausforderungen stehen die Gemeinden fest in ihrem christlichen Glauben. Dabei bleibt das Problem, dass viele junge Christen das Land verlassen, und die Gemeinden sich darum sorgen, wer zukünftig ihre Leitung übernehmen wird.

Gemeinschaften von Christen muslimischer Herkunft und freikirchliche Gemeinschaften können sich nicht registrieren lassen und manchmal werden ihre Treffen von der Polizei unterbrochen. Die Verteilung von Bibeln und anderen christlichen Materialien ist nach den Gesetzen der Scharia strafbar. Personen, die an Muslime (oder Personen ohne Religion) Publikationen senden oder liefern, die andere Religionen als den Islam betreffen und nicht von derjenigen Person angefordert wurden, können zu einer Haftstrafe von bis zu sechs Monaten verurteilt und/oder mit einer Geldstrafe von bis zu 2.000 Brunei-Dollar belegt werden. Kirchen ist es erlaubt, christliche Materialien an Mitglieder ihrer Gemeinden privat zu verkaufen. Alle christlichen Aktivitäten in der Öffentlichkeit sind verboten. Im Dezember 2014 warnte die Regierung alle christlichen Gemeinschaften davor, öffentliche Weihnachtsfeierlichkeiten abzuhalten. Dieses Verbot von Weihnachtsfeiern ist immer noch in Kraft.

Auftreten von Gewalt

Die Verfolgung in Brunei war niemals sehr gewalttätig; und so wurden auch im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2020 keine Kirchengebäude beschädigt und keine Christen attackiert. Dennoch besteht Anlass genug, dass einige Christen das Land verlassen und christliche Konvertiten sich verstecken.

7. Verfolgungssituation für Männer und Frauen

Wie Frauen Verfolgung erfahren:

- Verweigerung des Sorgerechts für Kinder
- Erzwungene Einhaltung von Kleidungsvorschriften
- Zwangsverheiratung
- Vertreibung aus Wohnung/Wohnhaus
- Verbale Gewalt

Obwohl Brunei die „UN-Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau“ (CEDAW) unterzeichnet hat, berichtete Human Rights Watch im Mai 2019, das neue Scharia-Strafgesetzbuch stelle eine Gefahr für Frauen und religiöse Minderheiten dar.

Christen und Christinnen muslimischer Herkunft leiden unter der stärksten Verfolgung. Frauen werden aufgrund der immer strengeren Umsetzung der islamischen Gesetze gezwungen, einen Hidschab (Kopftuch) zu tragen und sie werden von den religiösen Obrigkeiten bestraft, wenn sie sich weigern, einen solchen zu tragen. Das gilt nicht für bekannte christliche Familien, jedoch für Christinnen muslimischer Herkunft. Es ist üblich, dass Frauen oder Mädchen von ihrer Familie verstoßen werden, wenn ihr Glaubenswechsel entdeckt wird. Ihre Familie isoliert sie daraufhin und Imame werden herbeigerufen, die sie dazu bringen sollen, ihren neuen Glauben zu widerrufen. Manchmal drohen die Familien auch, die Christinnen mit Muslimen, die sie kennen, zwangsweise zu verheiraten. Christlichen Frauen muslimischer Herkunft wird man wahrscheinlich die Kinder wegnehmen.

Wie Männer Verfolgung erfahren:

- Zwangsscheidung
- Vertreibung aus Wohnung/Wohnhaus
- Körperliche Gewalt

Wie bereits gesagt, leiden Christen und Christinnen muslimischer Herkunft unter der stärksten Verfolgung. Auch Männer und Jungen werden üblicherweise von ihren Familie verstoßen, wenn sie den christlichen Glauben annehmen; ihre Ehen werden anulliert und sie werden gezwungen, ihr Zuhause zu verlassen.

8. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Muslimische Gruppen, die als Abweichler gesehen werden, wie Schiiten und Ahmadiyya, sind verboten und werden verfolgt. Atheismus ist ebenfalls verboten. Die Tätigkeiten von Hindus sind eingeschränkt worden. Der einzige hinduistische Tempel im Land steht auf dem Gelände der britischen Kaserne des Gurkha-Regiments. Auch Sikhs und buddhistische Gemeinschaften besuchen diesen Tempel, um dort zu beten. Chinesischen Staatsangehörigen wurde untersagt, ihr Neujahrsfest mit dem Drachentanz zu feiern.

Im vermutlich ersten Fall seiner Art wurde am 15. Oktober 2019 ein Nichtmuslim nach dem Scharia-Gesetz für Diebstahl angeklagt. Viele reagierten auf Social Media überrascht und schockiert, dass die Scharia offensichtlich auch für Nichtmuslime gilt.

9. Der Ausblick für Christen

Islamische Unterdrückung / Diktatorische Paranoia

Der zunehmende wirtschaftliche Druck kann zu wachsender Unsicherheit und sogar Unruhen führen, besonders weil die Regierung kein weiteres Personal einstellt. Es sieht danach aus, dass der Sultan, indem er auf die Einführung der Scharia-Gesetzgebung pocht und christliche Feste verbietet, sich auf eine konservative Form des Islam verlässt – sicherlich einerseits aus Überzeugung, aber auch als ein Mittel, sein Volk unter Kontrolle zu halten. Dies wird zu einer Verstärkung der beiden Haupttriebkräfte der Verfolgung des Landes führen, der Islamischen Unterdrückung und der Diktatorischen Paranoia.

zurück zur Länderübersicht

Bangladesch: Platz 38

Zusammenfassung

Christen muslimischer, hinduistischer oder buddhistischer Herkunft oder Christen mit Hintergrund in einer Stammesreligion erleiden die schwerste Verfolgung in Bangladesch. Sie versammeln sich oft in kleinen Hausgemeinden oder in geheimen Gruppen aus Angst vor Angriffen. Evangelistisch gesinnte Gemeinden, viele von ihnen Pfingstgemeinden, die unter der muslimischen Mehrheit arbeiten, sind Verfolgung ausgesetzt; aber selbst Christen traditioneller Kirchen wie der Römisch-Katholischen Kirche erleben zunehmend Angriffe und Morddrohungen. Christen aus indigenen Volksgruppen wie den Santal sind doppelt verwundbar, da sie sowohl zu einer ethnischen als auch zu einer religiösen Minderheit gehören. Sie leiden unter Landraub und Gewalt. Christen unter den muslimischen Rohingya, die aus Myanmar nach Bangladesch geflohen sind, sind ebenfalls Schikanen und starkem Druck ihres sozialen Umfelds ausgesetzt.

Beispiele aus dem aktuellen Berichtszeitraum

- Es gab keine Morde an Christen im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2020, aber mehrere Christen – sowohl Mitglieder traditioneller Kirchen als auch Christen anderer religiöser Herkunft – erhielten Morddrohungen.
- 14 Kirchen oder andere Orte, an denen sich Christen versammeln wurden angegriffen. Im März 2019 beispielsweise wurden eine provisorische Kirche und eine Schule in einem Flüchtlingslager der Rohingya zerstört. Im April 2019 wurde die Kirche „Mohandi Assemblies of God“ im Verwaltungsdistrikt Satkhira niedergebrannt. In der Provinz Chittagong Hill Tracts wurden ebenfalls Kirchen zerstört.
- Mehrere Christen wurden im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2020 von der Polizei festgenommen, viele unter dem Vorwurf der „widerrechtlichen Konversion“.

---

1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 63 Punkten belegt Bangladesch Platz 38 auf dem Weltverfolgungsindex 2020.

Dies stellt einen Anstieg von fünf Punkten gegenüber dem Weltverfolgungsindex 2019 dar und spiegelt eine Situation wider, die als angespannt und erschreckend für die christliche Minderheit beschrieben werden kann, besonders für Konvertiten. Die Christen unter den Rohingya-Flüchtlingen aus Myanmar werden innerhalb der Lager unter wachsenden Druck gesetzt, sowohl von anderen Flüchtlingen als auch von aufständischen Gruppen wie der „Arakan Rohingya Salvation Army“ (ARSA).

Ein weiterer Grund für den Anstieg der Punktzahl ist die verbesserte Berichterstattung aus den Stammesregionen. Der Zugang ist immer noch eingeschränkt, aber im Berichtszeitraum des aktuellen Weltverfolgungsindex wurden mehr Berichte von Christen in dieser Region ausgewertet als im Vorjahr.

Die christliche Minderheit steht immer noch Diskriminierung, Ablehnung und Gewalt gegenüber.

2. Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung

Diese Triebkraft betrifft alle Christen in Bangladesch. Obwohl das Land gemäß seiner Verfassung sowohl ein säkulares als auch ein islamisches Land ist, wird es immer schwerer vorstellbar, wie dieses duale System in der Praxis funktionieren soll, besonders da die Regierung zunehmend den Forderungen einheimischer islamischer Gruppen, die keine Verbindungen zur Opposition pflegen, nachgibt. Diese Gruppen überwachen die Minderheiten, ganz besonders Christen muslimischer Herkunft. Sie verbreiten Angst und viele von ihnen sind inspiriert durch internationale islamistische Gruppen wie den sogenannten „Islamischen Staat“ (IS). Obwohl die Behörden und die Regierung derartige Verbindungen weiterhin bestreiten, werden diese weithin als real angesehen, was die Furcht in der Bevölkerung nur noch erhöht. Die Regierung reagierte, indem sie im Oktober 2017 die Kapitel über den Dschihad in Schulbüchern für die Sekundarstufe verbieten ließ.

Neben den islamistischen Gruppen sind es die Familien und das soziale Umfeld der Christen, von denen Verfolgung ausgeht. Besonders in den ländlichen Gegenden überwachen sie Christen muslimischer Herkunft. Dies beeinträchtigt den Alltag dieser Christen momentan mehr, als es die islamisch-extremistischen Gruppen tun. Die unsichere politische Situation im Land wird zusätzlich dadurch verschärft, dass die Regierung islamische Gruppen mit Verbindungen zur Oppositionspartei bekämpft.

Bangladeschs Grenzregion zu Myanmar ist durch den plötzlichen Anstieg der Zahlen von muslimischen Rohingya-Flüchtlingen aus Myanmar instabil geworden – Schätzungen gehen von 770.000 Menschen aus, die nach Bangladesch geflohen sind. Da bereits im Vorfeld etwa 300.000 Rohingya in Bangladesch gelebt hatten, wird ihre Zahl nun auf über eine Million geschätzt. Diese Menschen leben in desolaten Zuständen; dies stellt Bangladesch vor große Herausforderungen, da das Land immer noch zu den ärmsten Ländern der Welt gehört. Berichten zufolge ist die ARSA aus Myanmar, die dort Angriffe auf Grenzposten verübt hatte, auch in Flüchtlingslagern in Bangladesch aktiv. Somit könnte die Flüchtlingskrise zu verstärkter islamischer Radikalisierung in Bangladesch führen, was die Nervosität der Regierung noch steigert. Trotz aller Versprechungen ist es wenig wahrscheinlich, dass Myanmar die Flüchtlinge in naher Zukunft zurücknehmen wird, besonders da die Kämpfe im Bundesstaat Rakhaing in Myanmar weitergehen (obwohl die Regierung sich jetzt mehr darauf konzentriert, den Aufstand einer buddhistischen Minderheit zu bekämpfen) und die Diskriminierung und der Kampf gegen die muslimische Minderheit nicht aufgehört hat.

Religiös motivierter Nationalismus

In Bangladesch leben mehr als doppelt so viele Buddhisten wie Christen. Die meisten von ihnen gehören zur indigenen Stammesbevölkerung in der Provinz Chittagong Hill Tracts an der Grenze zu Indien und Myanmar. Unter diesen Volksgruppen sind die Chakma die bekannteste. In den letzten Jahren hat sich eine wachsende Zahl von Chakma dem christlichen Glauben zugewandt. Aus diesem Grund haben buddhistische Leiter und Stammesführer begonnen, verstärkt Druck auf diese christlichen Konvertiten auszuüben. Dies geschieht nicht nur durch die Familie, Freunde und das Umfeld, sondern auch durch extremistische Buddhisten, die Buddhisten und Stammesgruppen vor Ort stärken wollen, dem christlichen Glauben zu „widerstehen“.

Ethnisch oder traditionell begründete Anfeindungen

Da die Chakma, Tripura und Marma Stammesgruppen sind, vermischen sich die Triebkräfte „Religiös motivierter Nationalismus“ und „Ethnisch begründete Anfeindungen“. Das bedeutet, dass Christen mit Hintergrund in einer Stammesreligion dazu gezwungen werden, althergebrachten Normen und Werten ihrer Gemeinschaft zu folgen, gleichgültig ob diese religiöse Aspekte enthalten oder nicht.

Diktatorische Paranoia

In Bezug auf Politik geht es in Bangladesch wie in einem Familienbetrieb zu und im Moment herrscht ein Machtkampf zwischen zwei Frauen: Premierministerin Scheich Hasina Wajed von der „Awami-Liga“ (AL) machte deutlich, dass sie alles tun wird, um an der Macht zu bleiben; dazu gehört, ihre Rivalin Khaleda Zia von der „Bangladesh National Party“ (BNP) wegen Bestechung zu einer Gefängnisstrafe verurteilen zu lassen. Die Opposition hat sich dazu entschlossen, ein Bündnis einzugehen, mit welchem die Parteichefin der (größtenteils säkularen) BNP ihre Verbindung zu islamistischen Kräften gestärkt und damit begonnen hat, die islamischen Grundlagen des Landes zu betonen.

Letztendlich hat diese Koalition zu keinen greifbaren Ergebnissen in den Wahlen vom Dezember 2018 geführt, und als Ergebnis existiert derzeit in Bangladesch keine nennenswerte parlamentarische Opposition. Obwohl Christen und andere religiöse Minderheiten mehr Freiheit genießen als in vielen anderen islamischen Ländern, können sie ohne Weiteres zu Sündenböcken gemacht werden, insbesondere in der angespannten Situation, in der sich das Land derzeit befindet.

3. Verfolger

Ausgehend von Islamischer Unterdrückung

- **Nichtchristliche religiöse Leiter:** Muslimische religiöse Leiter in Bangladesch agieren oft als Verfolger von Christen. Dies tun sie besonders dann, wenn christliche Gemeinschaften als evangelistisch angesehen werden oder Gemeinden offen Christen muslimischer Herkunft willkommen heißen, da dies als Gefahr für die muslimische Mehrheit angesehen wird.
- **Die eigene (Groß-)Familie:** Für Familien ist es oft schwer zu akzeptieren, dass ihre Verwandten – oft Kinder – den Islam verlassen haben, um dem christlichen Glauben zu folgen. In ihren Augen entehrt dies öffentlich und gesellschaftlich die Familie und in vielen Fällen kappen die Familien alle Verbindungen zu konvertierten Angehörigen.
- **Gewalttätige religiöse Gruppen:** Einheimische islamisch-extremistische Gruppen, im Besonderen „Jamaat-ul-Mujahideen Bangladesh“ (JMB), „Jamaat-e-Islami“, „Hefazat-e-Islam“ und „Ahle Sunnat“ nehmen gezielt die christliche Minderheit ins Visier und konzentrieren sich auf Christen muslimischer Herkunft. Ein merklicher Trend ist die Zunahme von Angriffen des IS im Land, die sich hauptsächlich gegen Freidenker und religiöse Minderheiten richten, einschließlich Christen (besonders gegen christliche Leiter und Evangelisten) und christliche Konvertiten.
- **Regierungsbeamte:** Beamte sind oft Verfolger im Rahmen der Triebkraft der „Islamischen Unterdrückung“, kombiniert mit der Triebkraft der „Diktatorischen Paranoia“, da diese beiden Triebkräfte der aktuellen Regierung dienen. Besonders in der Provinz Chittagong Hill Tracts gehen Beamte mit Härte gegen Christen vor und behandeln sie beispielsweise bei Landstreitigkeiten ungerecht. Die Armee behandelt ethnische Minderheiten in dieser Region mit großem Argwohn.

- **Gewöhnliche Bürger:** Obwohl Vorfälle von Gewalt durch Mobs gegen Christen in den letzten Monaten abgenommen haben, nehmen viele Menschen den Übertritt zum christlichen Glauben als etwas wahr, das sozial unerwünscht ist und den Betroffenen aus der Gesellschaft ausschließt. Daher werden christliche Konvertiten besonders in ländlichen Gegenden geächtet. Mitglieder von ethnischen Minderheiten, viele von ihnen Christen, werden ebenfalls mit Argwohn beobachtet.
- **Politische Parteien:** In dem Versuch, ihre Macht zu festigen und wenn möglich auszuweiten, haben die politischen Parteien islamisch-extremistische Gruppen umworben, indem sie Druck auf Christen aufgebaut sowie den besonderen Status des Islam betont haben. Lokale politische Führer sind oft in Landstreitigkeiten involviert, die die christliche Minderheit betreffen. Einige politische Parteien arbeiten mit islamistischen Gruppierungen zusammen, wie beispielsweise mit Jamaat-e-Islami. Darüber hinaus setzt die Oppositionspartei, die BNP, religiöse Minderheiten (einschließlich Christen) unter Druck, da sie als Unterstützer des Lagers der Regierungspartei angesehen werden.

Ausgehend von Religiös motiviertem Nationalismus und Ethnisch begründeten Anfeindungen

- **Nichtchristliche religiöse Leiter:** Buddhistische und hinduistische Führer treiben die Verfolgung von Christen ihres jeweiligen religiösen Hintergrunds voran. Da ihre Gruppen ohnehin eine Minderheit in Bangladesch darstellen, fühlt sich für sie die Abwendung vom buddhistischen und hinduistischen Glauben von Angehörigen ihrer Gruppe wie eine weitere Schwächung an. Daher rufen sie dazu auf, Konvertiten unter erheblichen Druck zu setzen, damit sie ihren neuen Glauben aufgeben.
- **Die eigene (Groß-)Familie:** Was bereits oben über die religiösen Leiter gesagt wurde, gilt umso mehr im Falle der Familie eines christlichen Konvertiten: Diese erachtet die Abwendung vom ursprünglichen Glauben der Familie hin zum christlichen Glauben oft als eine Beschädigung der Familienehre und -würde innerhalb der örtlichen ländlichen Gesellschaft. Daher wird die Familie großen Druck auf Christen ausüben, um sie zurück zu ihrem ursprünglichen Glauben zu bringen, und sie eventuell sogar aus dem Dorf vertreiben, falls alles andere keinen Erfolg zeigt.
- **Gewöhnliche Bürger:** Im engen Verbund der Minderheitsgesellschaften in der Provinz Chittagong Hill Tracts unterdrückt nicht nur die Familie christliche Konvertiten; durch religiöse Führer ermuntert, setzen auch Nachbarn und Freunde die Christen unter Druck, ihren Glauben zu widerrufen. Der bloße Akt der Hinwendung zum christlichen Glauben wird nämlich als Austritt aus der Gemeinschaft und als Schwächung der ganzen religiösen Gruppe gesehen.
- **Gewalttätige religiöse Gruppen:** In der Provinz Chittagong Hill Tracts existieren gewaltbereite religiöse Gruppen wie die „Jana Sanghati Samity“. Sie bedrohen regelmäßig Pastoren und Kirchenleiter, die in ihrem Gebiet aktiv sind.
- **Anführer ethnischer Gruppen:** Diejenigen, die sich selbst außerhalb der Gesellschaft positionieren, werden oft von Anführern ethnischer Gruppen unter Druck gesetzt, zurückzukommen und wieder dem Kampf ums Überleben der Minderheit beizutreten. Dazu bedarf es einer gemeinsamen Identität, bei der Religion eine wichtige Rolle spielt.
- **Politische Parteien:** Anführer ethnischer Gruppen sind oft gleichzeitig auch politische Führer, und so nutzen sie auch die (Lokal-)Politik, um Druck auf Christen auszuüben.

- **Regierungsbeamte:** Neben dem, was bereits unter Islamischer Unterdrückung erwähnt wurde, machen lokale Beamte den Christen das Leben schwer, indem sie aktiv in Landstreitigkeiten eingreifen oder passiv bleiben, wenn es um die Ermittlungen von Angriffen gegen Christen geht. Auf diese Weise entmutigen sie die christliche Minderheit.
- **Organisiertes Verbrechen und Korruption:** Kirchen und Häuser von Christen, besonders von Christen, die ethnischen Minderheiten angehören, wurden in der Vergangenheit angegriffen und zerstört. Die Täter sind meist örtliche Schlägertrupps, oft mit guten Verbindungen zu lokalen und manchmal sogar nationalen Politikern und zur Landraub-Mafia.

Ausgehend von Diktatorischer Paranoia

- **Regierungsbeamte:** Wie bereits erwähnt wurde in den letzten Jahren deutlich, dass die Regierung von Premierministerin Scheich Hasina ihre Macht gestärkt hat. Sie geht gegen alle vor, die sie als Bedrohung ansieht. Obwohl Christen größtenteils als Unterstützer der Regierung gelten, stellen sie als Minderheit ein leichtes Ziel dar oder werden als Sündenböcke missbraucht.
- **Politische Parteien:** Während die regierende AL alles tut, um an der Macht zu bleiben, tendiert die oppositionelle BNP dazu, die Christen verantwortlich zu machen, da sie diese als verbündet mit der AL und der Regierung ansieht. Zwar handeln die Parteien in diesem angespannten politischen Klima nicht immer selbst gegen Christen, doch tolerieren oder unterstützen sie stillschweigend die mit ihnen verbundenen gewaltbereiten Gruppen oder Bürgerwehren.

4. Regionale Brennpunkte der Verfolgung

Bangladeschs nördliche Provinz Chittagong Hill Tracts mit ihren vielen ethnischen Minderheitengruppen ist ein häufig übersehener Brennpunkt. Die Christenverfolgung geht hier sowohl von der muslimischen Mehrheit als auch der buddhistischen Minderheit aus. In den letzten drei Jahren entwickelte sich ein weiterer Brennpunkt, als Bangladesch Zufluchtsort für mehr als 700.000 muslimische Flüchtlinge aus dem benachbarten Myanmar wurde. Bangladesch hat Probleme, sich um sie zu kümmern, selbst mit der Unterstützung der internationalen Gemeinschaft. Da Rückführungsversuche fortwährend gescheitert sind, wird das Risiko immer größer, dass Flüchtlinge für eine islamische Radikalisierung empfänglich werden, je länger sie in den Lagern bleiben müssen – was nicht ohne Folgen für Bangladesch bleiben wird. In den Lagern lebt zudem eine kleine Minderheit von Christen muslimischer Herkunft aus den Rohingya, die wachsenden Druck erfahren, ohne dass sie diesem entkommen oder Hilfe erwarten könnten.

5. Betroffene Christen

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten
Diese Gruppe beinhaltet Botschaftspersonal und ausländische Arbeiter im wichtigen Textilsektor. Sie sind Überwachungen und Drohungen durch islamistische Gruppen ausgesetzt.

Christen aus traditionellen Kirchen

Zu traditionellen Kirchen gehören die Römisch-Katholische Kirche und die Anglikanische Kirche von Bangladesch. Sie werden regelmäßig bedroht und überwacht.

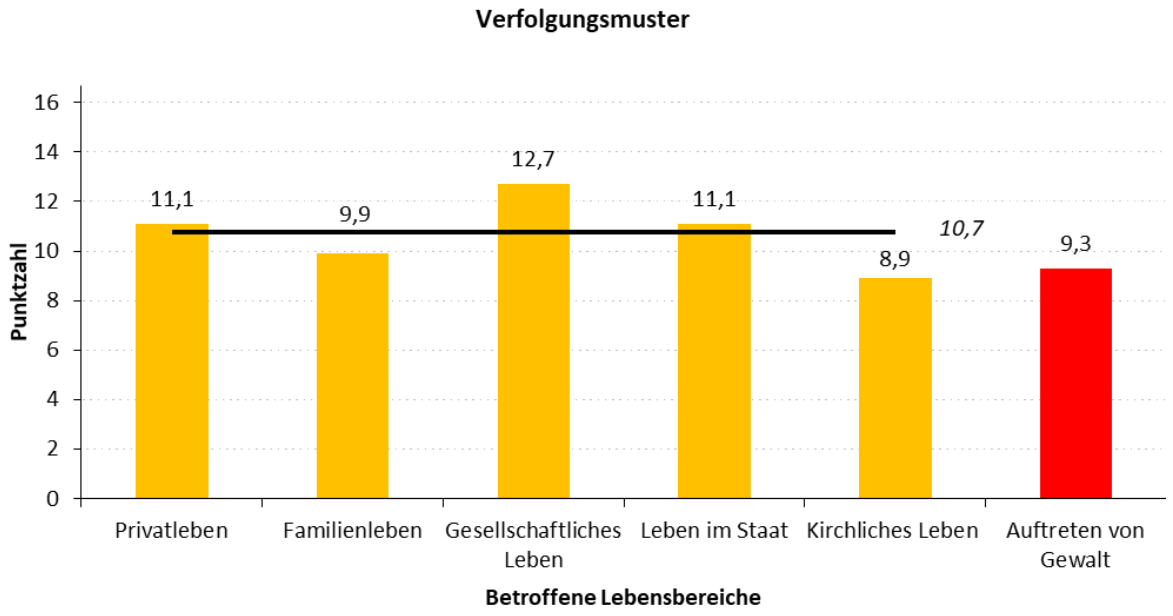
Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

Darunter sind Christen mit einer Vielzahl von religiösen Hintergründen zu verstehen, beispielsweise Christen muslimischer, hinduistischer und buddhistischer Herkunft. Sie erleiden die stärkste Verfolgung, nicht zuletzt durch ihre Familien und ihr Umfeld, und kommen aus Angst oft nur in geheimen Treffen zusammen.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Diese Gruppe beinhaltet evangelikale, baptistische und Pfingstgemeinden. Ein Beispiel dafür sind Gemeinden der „Assemblies of God“, deren Mitglieder sich für Gottesdienste hauptsächlich in Hauskirchen versammeln. Sie werden regelmäßig bedroht und immer wieder gewaltsam attackiert.

6. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Bangladesch

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Generell hat sich der Druck auf Christen in Bangladesch in allen Lebensbereichen leicht erhöht: Der durchschnittliche Wert von 10,0 Punkten im Vorjahr ist auf 10,7 Punkte für den aktuellen Berichtszeitraum angestiegen. Dies spiegelt den erhöhten Druck auf alle Christen wider, aber ganz besonders auf christliche Konvertiten. Die schwieriger werdende Situation von Christen muslimischer Herkunft unter den Rohingya-Flüchtlingen, die 2017 aus Myanmar geflohen sind, hat zum Anstieg der Punktzahlen beigetragen.
- Der stärkste Druck herrscht in den Bereichen „Privatleben“ und „Gesellschaftliches Leben“, wo christliche Konvertiten besonders betroffen sind. Generell sind jedoch alle Christen in den Bereichen „Leben im Staat“ und „Kirchliches Leben“ Verfolgung ausgesetzt.

- Die Punktzahl für Gewalt gegen Christen erhöhte sich von 7,8 Punkten im Vorjahr auf 9,4 Punkte im aktuellen Berichtszeitraum. Es gab zwar keine Morde an Christen, allerdings kam es zu mehr Angriffen auf Kirchen und es gab mehr Berichte über Festnahmen als im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2019.

Zu jedem der Lebensbereiche sind im Folgenden jeweils ausgewählte Teilaspekte genannt, die im betreffenden Lebensbereich für die Christen zu den gravierendsten Schwierigkeiten gehören.

Privatleben

- **Es ist ein Risiko für Christen, über ihren Glauben mit anderen als mit ihren engsten Familienangehörigen zu sprechen:** Vor dem Hintergrund des Drucks auf christliche Konvertiten wie auf die Christen, die aktiv von ihrem Glauben weitererzählen, bevorzugen es die meisten christlichen Konvertiten, so unsichtbar wie möglich zu bleiben, um nicht zum Ziel von Angriffen zu werden. Mit dem zunehmenden Einfluss des radikalen Islam versuchen die meisten Christen nicht aufzufallen und vermeiden den Kontakt mit Personen außerhalb ihrer eigenen Gruppe.
- **Es ist gefährlich für Christen, ihrem Glauben in schriftlicher Form persönlich Ausdruck zu geben:** Christen anderer religiöser Herkunft leben in Angst und bevorzugen es, ihre Hinwendung zum christlichen Glauben vor ihrer Familie geheim zu halten. Diejenigen, die sich dafür entscheiden, ihren Glauben offenzulegen, werden regelmäßig bedroht und gezwungen, ihre Internet-Blogs und Facebook-Seiten zu löschen. Unter dem Gesetz zur digitalen Sicherheit („Digital Security Act“), das im Oktober 2018 eingeführt wurde, kann Verleumdung, das Verletzen religiöser Gefühle, das Gefährden der öffentlichen Sicherheit und Hetze gegen jegliche Personen oder Organisationen durch die Veröffentlichung oder den Transfer von Material auf Webseiten oder in elektronischer Form mit bis zu vierzehn Jahren Gefängnis bestraft werden.
- **Eine Hinwendung zum christlichen Glauben wird abgelehnt, verboten oder bestraft:** Vom rechtlichen Standpunkt gesehen, scheint der Glaubenswechsel sehr einfach zu sein: Das Gesetz sieht vor, dass derjenige, der einen anderen Glauben annehmen möchte, zu einem Anwalt geht und diesem ein schriftliches, unterschriebenes Dokument vorlegt, in dem er oder sie angibt, den Glauben aus persönlichen Gründen, aus freiem Willen und nicht unter Druck gewechselt zu haben. Für jeden Christen, Buddhisten oder Hindu, der zum Islam übertreten will, ist diese Prozedur eine nahezu bloße Formalität. Im Gegensatz dazu ist es für einen Muslim, der den christlichen Glauben annehmen möchte, normal, dass er oder sie auf Gegenwehr des Anwalts stößt, der sich manchmal sogar (entgegen des Gesetzes) weigert, den Glaubenswechsel zu registrieren. Da der Islam die Staats- und Mehrheitsreligion ist, stehen Muslime, die den christlichen Glauben annehmen starkem Druck der Gesellschaft und der Familie gegenüber – zusätzlich zu all diesen rechtlichen Schwierigkeiten.
- **Es ist für Christen riskant, christliche Bilder oder Symbole zu zeigen:** Christen anderer religiöser Herkunft und Christen aus den Rohingya können keine christlichen Bilder oder Symbole zeigen, da dies zu gefährlich für ihre Sicherheit ist. Ein Pastor wurde schwer zusammengeschlagen, als christliche Bilder in seinem Besitz gefunden wurde. Besonders in ländlichen Gegenden sind Christen vorsichtig und versuchen aus Angst vor Angriffen nicht aufzufallen.

Obwohl die Verfassung Religionsfreiheit garantiert, trifft dies auf Christen nur in beschränktem Maß zu. Menschen, die im Verdacht stehen, das Evangelium weiterzugeben, werden mitunter festgenommen und krimineller Vergehen bezichtigt. Christliche Konvertiten werden von allen Seiten überwacht und mit teilweise großem Aufwand daran gehindert, Gemeinschaft mit anderen Christen zu haben. Das kann so weit gehen, dass Häuser und Straßen versperrt werden. Andere Christen haben dagegen mehr Freiheit in ihrem Privatleben.

Familienleben

- **Kinder christlicher Eltern werden dazu gedrängt, an christenfeindlichem Unterricht oder dem allgemeinen Religionsunterricht teilzunehmen:** Die islamische Religionserziehung wird an staatlichen Schulen klar bevorzugt, was nicht nur im Gesetz, sondern auch in der Praxis sichtbar wird, da es viel mehr Optionen für den islamischen Religionsunterricht gibt als für nichtislamischen. In vielen Fällen unterrichten Lehrer den christlichen Glauben schlichtweg nicht, sodass die Eltern dies zu Hause übernehmen müssen. Kinder von Christen muslimischer Herkunft erleben manchmal, dass der Glaubenswechsel ihrer Eltern nicht anerkannt wird und sie am Islamunterricht teilnehmen müssen. In vielen Fällen sind Kinder christlicher Eltern dazu gezwungen, nichtchristliche Inhalte zu lernen und islamische Schulbücher in der Schule zu nutzen.
- **Wegen des christlichen Glaubens ihrer Eltern werden Kinder diskriminiert oder schikaniert:** Oft werden Kinder von Christen muslimischer Herkunft von Lehrern und sogar Schuldirektoren beschimpft, die Druck auf die Kinder wie auch auf die Eltern ausüben, zum Islam zurückzukehren. Viele Kinder versuchen daher, die Schule zu meiden, da es schwierig ist, den Druck auszuhalten. Manchmal werden die Kinder bedroht, aber häufiger werden ihnen materielle und andere Vorteile für sie und ihre Familien versprochen, falls sie zum Islam zurückkehren. Weil sich die Mitschüler die Lehrer zum Vorbild nehmen, verspotten diese die christlichen Schüler, was dazu führen kann, dass jene sich weigern, zur Schule zu gehen oder überhaupt das Haus zu verlassen.
- **Eltern werden daran gehindert, ihre Kinder gemäß ihrem christlichen Glauben aufzuziehen:** Dies ist im Besonderen ein Problem für Christen muslimischer Herkunft. Wenn die Kinder dazu gezwungen werden, am Islamunterricht teilzunehmen und islamische Schulbücher zu benutzen, schränkt dies das Recht der Eltern ein, ihre Kinder gemäß ihrem christlichen Glauben zu erziehen. Doch noch größerer Druck und Einmischung geht häufig von der Großfamilie aus: Onkel, Tanten und Großeltern versuchen, die Bemühungen der Eltern, ihre Kinder gemäß ihrem christlichen Glauben zu erziehen, zu beeinflussen oder zu untergraben.
- **Christliche Taufen werden be- oder verhindert:** Es ist bekannt, dass Dorfbewohner Taufen stören und behindern. Manche Gemeindeleiter lehnen es aus Angst vor Vergeltungsmaßnahmen ab, Christen buddhistischer, hinduistischer oder muslimischer Herkunft in den örtlichen Gemeinden zu taufen; diese Christen werden normalerweise in andere Städte oder Regionen geschickt, um sich dort taufen zu lassen.

Sobald entdeckt wird, dass jemand den christlichen Glauben angenommen hat, droht ihm oder ihr – falls verheiratet – die Scheidung und der Verlust des Erbes. Das trifft besonders in ländlichen Gegenden zu. Die Durchführung einer Taufe, einer christlichen Hochzeit oder eines chirstlichen Begräbnisses kann für Christen anderer religiöser Herkunft schwierig oder sogar unmöglich werden. Außerdem werden diese Christen oft von ihren Familien isoliert und können sogar dazu gezwungen werden, ihr Zuhause zu verlassen.

Gesellschaftliches Leben

- **Christen stehen durch ihr soziales oder privates Umfeld unter Beobachtung:** Christen, besonders diejenigen anderer religiöser Herkunft, werden von lokalen Führern wie auch von gewaltbereiten Gruppen und Bürgerwehren überwacht. Es gab Fälle, in denen lokale Imame Demonstrationen gegen Christen organisiert und während des Freitagsgebets die Menge aufwiegelt hatten. Wo christliche Treffen als zu groß oder als evangelistisch angesehen werden, rufen Ortsansässige die Polizei, damit sie die christlichen Leiter verhört.
- **Christen werden wegen ihres Glaubens verhört oder dazu gezwungen, sich bei der Polizei zu melden:** Personen, bei denen man vermutet, dass sie den christlichen Glauben angenommen haben, werden von der Polizei bzw. von Bürgerwehren verhört und bedroht. Zum Beispiel wurden 45 christliche Familien muslimischer Herkunft von einem Mob ortsansässiger Muslime zur Moschee gebracht und zur „Tauba", der Umkehr zum Islam und der Verleugnung von Christus, gezwungen. Die religiösen Führer der Moschee belegten zudem jede Familie für die Hinwendung zum christlichen Glauben mit einer Strafe von 100 Taka. Die örtliche Polizei ist daran interessiert, den Frieden aufrechtzuerhalten und gibt daher meist den Forderungen der muslimischen Mehrheit nach.
- **Christen erfahren wegen ihres Glaubens Benachteiligungen im Bereich der Bildung:** Christen verschiedener Hintergründe werden in der Bildung benachteiligt. Nur wenige Christen bekommen die Gelegenheit, Bachelor- oder Masterkurse an einem College oder einer Universität zu belegen. Obwohl es Regeln der Regierung und sogar Quotenregelungen für benachteiligte Gemeinschaften und Minderheiten gibt, werden Christen nicht von Colleges und Universitäten aufgenommen oder müssen Gebühren bezahlen, obwohl laut Gesetz die Bildung kostenlos sein sollte.
- **Christen werden in der Erwerbstätigkeit, sei es im privaten oder öffentlichen Sektor, aufgrund ihres Glaubens diskriminiert:** Wegen ihres niedrigen sozialen Status ist es für Christen schwerer, Arbeit zu finden, als für Muslime. Wenn sie es endlich schaffen, zu einem Vorstellungsgespräch eingeladen zu werden, stellen sie fest, dass die Fragen sich weniger um ihre Fähigkeiten als um ihren Glauben drehen. Dies erleben besonders Christen muslimischer Herkunft. Wenn Christen eine Stelle erlangen, werden sie oftmals bei Beförderungen übergangen und ihnen werden Begünstigungen des Arbeitgebers vorenthalten. Obwohl es einige Christen zu hohen Positionen im Land gebracht haben, werden sie durch das Quotensystem des öffentlichen Dienstes, gegen das auch allgemein protestiert wird, benachteiligt.

Christen werden ebenfalls im geschäftlichen Leben diskriminiert. Manche Christen mussten wegen des Drucks der muslimischen Mehrheit und aufgrund von Boykotten ihre Läden oder Geschäfte aufgeben.

Leben im Staat

- **Christen werden aufgrund ihres Glaubens in der Bewegungsfreiheit stark eingeschränkt:** Jeder Besucher eines Dorfes in der Provinz Chittagong Hill Tracts muss sich bei den Militärbehörden registrieren. In der Anmeldung muss der Grund des Besuches angegeben werden. Sollte dieser Grund ein religiöser sein, wird der Besuch nicht gestattet. Dies betrifft alle Christen in dieser Region.
- **Christliche zivilgesellschaftliche Organisationen oder politische Parteien werden behindert oder verboten:** Nichtmuslimische religiöse Einrichtungen bedürfen keiner Registrierung bei der Regierung; allerdings müssen sich Nichtregierungsorganisationen, auch religiöse, beim

„NGO Affairs Bureau“ (NGOAB) der Regierung registrieren lassen, wenn sie finanzielle Unterstützung aus dem Ausland für soziale Projekte bekommen. Im November 2017 wies Premierministerin Scheich Hasina die Behörden an, die Aktivitäten von Nichtregierungsorganisationen zu überwachen. Das NGOAB überwacht regelmäßig Aktivitäten von Nichtregierungsorganisationen, die aus dem Ausland finanziert werden. Das Gesetz zur Regulierung von Spenden aus dem Ausland („Foreign Donations Regulation Bill“) hat die Schließung von vielen, besonders von kleinen christlichen Nichtregierungsorganisationen bewirkt und die Arbeit der verbliebenen komplizierter gemacht.

- **Personen, die Christen Schaden zufügen, werden bewusst von der Strafverfolgung ausgenommen:** In nahezu allen Fällen, bei denen Christen Opfer eines Vorfalls waren, werden die Täter nicht gefunden oder bestraft. Dies ist sogar dann der Fall, wenn es um gewalttätige Angriffe geht. Ein Beispiel hierfür ist die Brandstiftung an dem Haus eines Pastors, die sich im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2020 ereignete. In anderen Fällen, in denen Christen angegriffen wurden, erlebten sie oft in hohem Maße, dass die Behörden unwillig waren, eine ordnungsgemäße Ermittlung aufzunehmen.
- **Christen, Kirchen oder christliche Organisationen werden daran gehindert, öffentlich religiöse Symbole zu zeigen:** Viele christliche Schulen haben das Kreuz und andere christliche Symbole entfernt, um nicht „die Gefühle“ der örtlichen muslimischen Bevölkerung zu verletzen. Kirchen in bestimmten Gegenden vermeiden es ebenfalls, solche Symbole prominent zu zeigen. Auch christliche Konvertiten nutzen bei ihren Versammlungen keine sichtbaren christlichen Symbole.

Bangladesch hat eine säkulare Regierung. Der Säkularismus ist sogar in der Verfassung des Landes verankert, jedoch wird dort gleichzeitig der Islam als Staatsreligion festgeschrieben. Christen erleben regelmäßig Verleumdung, besonders in ländlichen Gegenden. Ein Beispiel ist ein Vorfall aus dem April 2019, als ein Imam eine Fatwa erließ, die besagt: „Wer einen Christen tötet, erhält den gleichen Lohn wie 100 muslimische Märtyrer.“ Solche Aussagen ermutigen die Menschen Christen anzugreifen, besonders Christen muslimischer Herkunft. Die Berichterstattung über Christen in den Medien ist oft einseitig, besonders von islamischen Fernsehsendern. Christen und andere (wie etwa säkulare Blogger) wurden beschuldigt, den Islam beleidigt zu haben; einige wurden sogar getötet. Es gab auch Fälle, bei denen christliche Konvertiten nicht zum Wehrdienst zugelassen wurden. Andere Christen muslimischer Herkunft hatten mit Problemen zu kämpfen, wenn sie ihre Personaldokumente nach ihrem Glaubenswechsel ändern lassen wollten. Da ihr Name weiterhin muslimisch ist, verweigern Beamte jeglichen Änderungsantrag.

Kirchliches Leben

- **Christliche Predigten, Unterricht und/oder Publikationen werden überwacht:** Die Überwachung geschieht normalerweise nicht durch den Staat, sondern durch lokale islamisch-extremistische Gruppen oder durch die Gesellschaft, die teilweise auch die Rechtsprechung selbst in die Hand nimmt und Christen verhört sowie bestraft. Da Christen immer im Verdacht stehen, zu missionieren, ist die Überwachung von Christen und Kirchen weitverbreitet, wobei die Intensität davon abhängt, wie aktiv die Kirchen sind.
- **Kirchen werden davon abgehalten, Christen muslimischer Herkunft öffentlich aufzunehmen:** Wie bereits erwähnt, lehnen es viele Pastoren und Gemeindeleiter aus Angst vor Vergeltungsmaßnahmen ab, Christen muslimischer Herkunft zu taufen. Diesen Christen wird geraten, in andere Landesteile zu reisen, um sich dort taufen zu lassen. Aber selbst dann

können sie als Christen muslimischer Herkunft nicht einfach in die Kirche aufgenommen werden. Sobald ihr Glaubenswechsel bekannt wird, bekommen sie und die Kirche Probleme.

- **Kirchliche Aktivitäten werden überwacht, ver- bzw. behindert oder gestört:** Christen berichten, dass sie besonders in der Provinz Chittagong Hill Tracts und in Gegenden, in denen sie der Evangelisation unter Muslimen, Hindus und Buddhisten verdächtigt werden, überwacht werden. Dort erhalten Bürgerwehren und Behörden anscheinend durch Informanten die Namen und weitere Angaben über alle Mitglieder und Schlüsselpersonen der Kirchen.
- **Pastoren oder andere christliche Leiter (oder ihre Familienmitglieder) erleben wegen ihres Glaubens Schikane:** Im Laufe der letzten Jahre sind überall im Land einheimische islamisch-extremistische Gruppen entstanden. Die christliche Minderheit gerät ins Fadenkreuz, da ihr missionarischer Eifer als gefährlich wahrgenommen wird. Ziele für Schikane und Einschüchterung sind Pastoren und Kirchenleiter, besonders wenn sie muslimischer Herkunft sind.

Im Großen und Ganzen ist kirchliches Leben zwar möglich, aber die Einschränkungen wachsen und Berichten zufolge ist es schwieriger geworden, christliche Leiter auszubilden. Diese mussten misstrauischen Dorfbewohnern Details über ihren Aufenthaltsort und die Schulungen geben. Das öffentliche Verteilen von Bibeln wird behindert und in einem Fall wurden drei Pastoren dafür verhaftet. Während die Arbeit unter Jugendlichen nicht verboten ist, wird die Bekehrung von Jugendlichen bestraft und wird allgemein als unethisch betrachtet. Im Berichtszeitraum wurde ein christlicher Pastor deswegen festgenommen; er wurde zwar auf Bewährung freigelassen, muss sich aber vor Gericht dafür verantworten.

Auftreten von Gewalt

- Im Berichtszeitraum für den Weltverfolgungsindex 2020 wurden keine Morde an Christen wegen ihres Glaubens gemeldet.
- Am 13. November 2018 wurden vier christliche Konvertiten in Jobarpar, nahe der Stadt Barishal, von einer Menschenmenge angegriffen und zusammengeschlagen. Es gab 2019 noch viel andere Angriffe, bei denen besonders, aber nicht ausschließlich Konvertiten ins Visier genommen wurden.
- Es gibt Berichte von mindestens 27 Christen, die festgehalten oder verhaftet und inhaftiert wurden. Aus Sicherheitsgründen können hierüber keine weiteren Details genannt werden.
- Vierzehn Kirchen oder andere Orte, an denen sich Christen versammeln wurden angegriffen, größtenteils von Personen aus der Ortsgemeinschaft.
- An verschiedenen Orten wurden die Häuser von Christen angegriffen; oft von Mitgliedern der Ortsgemeinschaft, manchmal auch von Landräubern. Einige Berichte beziehen sich auf die Distrikte Khagrachhari und Kurigram. Aus Sicherheitsgründen können keine detaillierteren Angaben gemacht werden.

7. Verfolgungssituation für Männer und Frauen

Wie Frauen Verfolgung erfahren:

- Entführung
- Diskriminierung/Schikane im Bildungsbereich
- Wirtschaftliche Schikane durch Geldstrafen

- Wirtschaftliche Schikane im Berufs-/Geschäftsleben
- Zwangsscheidung
- Zwangsverheiratung
- Ermordung
- Psychische Gewalt
- Sexuelle Gewalt

Die Kultur Bangladeschs ist klassenbasiert und patriarchal. Obwohl die politische Führung seit vielen Jahren in den Händen von Frauen liegt, sind Frauen in Bangladesch immer noch besonderen Gefahren und Schwierigkeiten ausgesetzt. Einem Bericht zur „Kinderrechtswoche 2018“ in Dhaka zufolge waren 2017 mehr als die Hälfte der Mädchen unter 18 Jahren verheiratet. Obwohl die Rate von Kinderehen in Bangladesch abgenommen hat, verbleibt der Anteil der Kinderehen einer der höchsten weltweit.

Vor diesem Hintergrund sind Frauen und Mädchen am gefährdetsten für Verfolgung durch ihre engste Familie, die Großfamilie, Freunde, Nachbarn und ihr örtliches Umfeld. Da Frauen und Mädchen größtenteils von Männern abhängig sind, sind sexuelle Übergriffe, Vergewaltigung und Zwangsheirat übliche Formen der religiösen Verfolgung. Die betroffenen Frauen und Mädchen werden nicht nur körperlich, sondern auch psychisch missbraucht.

Frauen und Mädchen stehen zudem in der besonderen Gefahr am Arbeitsplatz und in Schulen diskriminiert zu werden. In zunehmendem Maß gibt es Berichte über Vergewaltigungen und sexuelle Belästigung, sogar in staatlichen Schulen. Dabei dürfte die Dunkelziffer aufgrund des sozialen Stigmas sogar noch höher liegen.

Der Länderbericht zu Religionsfreiheit („International Religious Freedom Report“) des US-Außenministeriums aus dem Jahr 2018 stellt für Bangladesch fest, dass die Leiter der Dorfgemeinschaften (oft zusammen mit lokalen religiösen Leitern) trotz langjähriger gegenteiliger Anordnungen der Regierung weiterhin außergerichtliche Fatwas anwenden, um Personen, meist Frauen, für vermeintliche „moralische Übertretungen“ wie Ehebruch und andere verbotene sexuelle Beziehungen zu bestrafen.

Auf der anderen Seite wird es mehr und mehr Frauen möglich, berufstätig zu sein und so Stück für Stück mehr Unabhängigkeit zu erlangen. Darüber hinaus werden – selbst in diesem Land mit seinem sehr komplizierten Eherecht – einige Fortschritte bei der Gewährleistung von mehr Schutz für Frauen aller Religionen erzielt. Muslime, Hindus und Christen haben jeweils eigene Gesetze für Ehe, Trennung und Scheidung.

Wie Männer Verfolgung erfahren:

- Ausschluss aus der Gemeinschaft
- Verweigerung des Sorgerechts für Kinder
- Beschlagnahme von Erbschaft und Besitz
- Falsche Anklagen
- Verhaftung durch die Behörden
- Körperliche Gewalt
- Psychische Gewalt

Eine Folge der patriarchalen Kultur Bangladeschs ist es, dass es in einer Familie meist zuerst die Männer sind, die den christlichen Glauben annehmen. Als Familienoberhäupter sind Männer und Jungen oft zuerst der Verfolgung ausgesetzt. Zusätzlich sind christliche Ehepartner von Nichtchristen von der Beanspruchung des Sorgerechts für die Kinder ausgeschlossen, was dazu führt, dass christliche Männer von ihren Kindern getrennt werden.

Männer und Jungen sind mehr als Frauen allen Arten von körperlicher Gewalt, Folter, falschen Anschuldigungen und Verhaftungen aus Glaubensgründen ausgesetzt. Gewalt nimmt viele verschiedene Formen an: Prügel, Morddrohungen, Zerstörung und Konfiszierung von Häusern, Inhaftierung, Trennung, Überwachung und Schikane durch lokale und nationale Beamte.

Männer sind in den meisten Familien die Hauptverdiener. Wenn sie also aufgrund ihres Glaubens ihre Arbeit verlieren oder ihnen als Geschäftseigentümer durch soziale Boykotte ihre Lebensgrundlage entzogen wird, ist die ganze Familie davon betroffen.

8. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Alle religiösen Minderheiten werden diskriminiert und erleben Gewalt. Das betrifft islamische Glaubensgemeinschaften wie Schiiten und Ahmadiyya sowie hinduistische und buddhistische Minderheiten. Es gab zum Beispiel – immer noch unbeachtete – Aufrufe, Anhänger der Ahmadiyya zu Nichtmuslimen zu erklären. Nach den sunnitischen Muslimen sind Hindus die zweitgrößte religiöse Gruppe im Land. Sie sind von Diskriminierung und Gewalt betroffen; einige hinduistische Frauen und Mädchen sind gewaltsam dazu gezwungen worden, zum Islam zu konvertieren. Es ist vorgekommen, dass Muslime hinduistischen Familien ihren Grundbesitz genommen haben, was diese Familien zu Flüchtlingen gemacht hat. Angehörige von indigenen Volksgruppen und religiöse Minderheiten sind unverhältnismäßig stark von Gewalt betroffen, die sich aus Landraub und der damit verbundenen Vertreibung ergibt.

Ein Länderexperte erklärt zur Situation der Hindus: „Viele Hindus sind außer Stande, Landbesitz wiederzuerlangen, den sie durch ein Gesetz namens ‚Vested Property Act' verloren haben. Obwohl das Gesetz im Jahr 2001 durch die damals regierende Awami-Liga wieder abgeschafft wurde, ergriff die Regierung damals keine konkreten Maßnahmen, unter diesem Gesetz beschlagnahmten Grundbesitz zurückzugeben. Der Vested Property Act war ein Gesetz in Bangladesch aus der ostpakistanischen Zeit, das es der Regierung ermöglichte, Eigentum von Personen zu konfiszieren, die sie als Staatsfeinde betrachtete (hierbei handelte es sich in der Praxis meist um Hindus). Mit diesem Gesetz beschlagnahmte die Regierung so etwa 1,05 Millionen Hektar Land. Fast alle Hindus im Land waren davon betroffen. Nach der Untersuchung eines Professors der Universität von Dhaka verloren seit 2001 fast 200.000 hinduistische Familien etwa 16.400 Hektar Land, trotz der Aufhebung des Gesetzes im gleichen Jahr." Als eine Hindu-Aktivistin US-Präsident Donald Trump über die Situation der religiösen Minderheiten aufklärte und während des „Ministerial to Advance Religious Freedom" im Juli 2019 in Washington von „Verfolgung" sprach, löste sie zu Hause Empörung aus und wurde beschuldigt, das Bild Bangladeschs zu beschmutzen.

9. Der Ausblick für Christen

Islamische Unterdrückung

Solange Bangladesch mit einheimischen und aus dem Ausland eingesickerten islamisch-extremistischen Gruppen zu kämpfen hat, wird es die christliche Minderheit im Land weiterhin schwer haben. Besonders Christen muslimischer Herkunft werden leicht zum Ziel von Angriffen werden. Die Tatsache, dass die Regierung einerseits militante islamistische Bewegungen bekämpft und aber gleichzeitig auch islamistische Gruppen umwirbt, lässt die Christen in Bangladesch sorgenvoll in die Zukunft blicken. Ein weiteres Problem ist das Medressen-System: In offiziell registrierten Medressen werden ungefähr zwei Millionen Schüler unterrichtet, wohingegen man vermutet, dass die „privaten" Medressen von mehr als vier Millionen Schülern besucht werden. Ähnlich wie in Pakistan sind diese Medressen potenzielle Nährböden für Hass und Gewalt. Ein deutlicher Hinweis darauf war der tödliche Angriff auf ein Restaurant in Dhaka im Juli 2016, bei dem neun der Täter Medressen-Schüler waren. Extremistische Muslime nehmen Christen ins Visier, weil sie als Verbündete der Regierung gesehen werden, denn sie ziehen es vor, dass der Säkularismus des Landes, wie er in der Verfassung festgelegt wird, beibehalten wird. Die Politik bedient sich oftmals gewaltsamer Methoden, wobei immer wieder Unschuldige in Mitleidenschaft gezogen oder sogar getötet werden.

Religiös motivierter Nationalismus

Neben den Christen stellen Hindus und Buddhisten große Minderheiten in Bangladesch dar. In Zeiten des steigenden Drucks auf diese Minderheiten vonseiten der Mehrheitsgesellschaft gewinnt Religion als identitätsstiftender Faktor an Bedeutung. Deshalb werden Christen mit hinduistischem oder buddhistischem Hintergrund auch künftig großen Widerstand vonseiten ihrer Familien, Nachbarn und religiösen Leiter erleben.

Ethnisch oder traditionell begründete Anfeindungen

Was bereits oben bei Religiös motiviertem Nationalismus gesagt wurde, gilt auch für diese Triebkraft der Verfolgung, da die beiden sich vermischen.

Diktatorische Paranoia

Die Wahlen vom 30. Dezember 2018 ergaben einen überwältigenden Sieg für Scheich Hasinas Partei der AL; in der Geschichte Bangladeschs hat sie damit die längste Amtszeit im Premierministeramt. Die Tatsache, dass die Opposition (ebenso wie internationale Beobachter) die Rechtmäßigkeit der Wahlen anzweifeln, weist auf den Fortbestand der Triebkraft der Diktatorischen Paranoia hin. Als Minderheit finden sich die Christen schnell im Fadenkreuz politischer Machtkämpfe wieder. Der ehemalige oberste Richter des Landes, Surendra Kumar Sinha, berichtet in seiner Autobiographie („A broken dream: Human rights, rule of law and democracy") davon, dass Agenten des Staatsschutzes Richter beeinflusst und eingeschüchtert hätten, Urteile zugunsten der Regierung zu sprechen – ein weiteres Indiz dafür, wie angespannt die Politik in Bangladesch ist. Gegen ihn läuft nun ein Verfahren wegen angeblicher Korruption und er hat im Juli 2019 politisches Asyl in Kanada beantragt. Unabhängig davon, ob Surendra Kumar Sinhas Anschuldigungen nun der Wahrheit entsprechen oder nicht: Wer von den Machthabern als Bedrohung empfunden wird, wird zur Zielscheibe, egal wie hoch seine Position auch sein mag. Diktatorische Paranoia als Triebkraft der Verfolgung wird auch in Zukunft bestehen bleiben.

zurück zur Länderübersicht

Äthiopien: Platz 39

Zusammenfassung

In Äthiopien sind alle christlichen Gemeinschaften von Verfolgung betroffen, einige Denominationen mehr als andere. Christen aus protestantischen Freikirchen erleben die härteste Verfolgung, sowohl von der Regierung als auch von der Äthiopisch-Orthodoxen Kirche (EOC). Christen mit muslimischem Hintergrund (vor allem im Osten und Südosten des Landes) und Christen, die ihre orthodoxe Denomination verlassen und sich einer anderen zugewandt haben, haben mit schwerer Misshandlung durch ihre Familien und Gemeinschaften zu kämpfen. In manchen Gegenden wird Christen der Zugang zu gemeinschaftlich genutzten Ressourcen verweigert und/oder sie werden aus der Gesellschaft ausgestoßen. An manchen Orten – wie Ogaden – greifen islamische Mobs Kirchen an.

Beispiele aus dem aktuellen Berichtszeitraum

- 9. Februar 2019: Einheimische Muslime griffen in Alaba 10 Kirchengebäude an, zerstörten ein Gebäude ganz und verbrannten die Einrichtung in sämtlichen anderen.
- Die politische Instabilität im Land hat es einigen Gruppen ermöglicht, gegen Christen und Kirchen vorzugehen. Aufgrund dessen wurden 6 Christen in den Regionalstaaten Amhara, Oromia und SNNP (Southern Nations Nationalities and Peoples) getötet.

---

1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit 63 Punkten liegt Äthiopien auf dem Weltverfolgungsindex 2020 auf Platz 39.

Äthiopien erreichte im Vorjahr 65 Punkte und Rang 28, wobei der Rückgang um 2 Punkte vor allem auf einen Rückgang der Gewaltpunktzahl von 13,5 auf 11,9 Punkte zurückzuführen ist. Auch der Druck hat ganz leicht abgenommen. Dies hat mit einer Reihe von Faktoren zu tun, u. a. mit der Tatsache, dass die Regierung nicht mehr so restriktiv vorgeht wie früher, und dass die gesellschaftliche Situation eher ethnisch als religiös geprägt ist – wobei mitunter beides eine Rolle spielt.

2. Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung

Islamische Unterdrückung stellt eine echte Bedrohung für Christen dar, insbesondere in den von Muslimen dominierten Gebieten. Ein Experte für das Land berichtet: „Der islamische Extremismus ist in Äthiopien nach wie vor ein Problem. Da die islamischen Länder um die Vorherrschaft in Afrika wetteifern, investieren sie beträchtliche Mittel in die Ausbreitung des Islam. Die Gelder werden zur Errichtung von Schulen, für religiösen Unterricht sowie für direkte Hilfe an Bedürftige verwendet, wobei die Bekehrung zum Islam Bedingung ist.“ Mit dem Aufkommen des Extremismus in der Region und darüber hinaus nimmt der extremistische (oder politische) Islam auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene zu. Dabei sind verschiedene Gruppen von Christen in fast allen Lebensbereichen

zunehmendem Druck ausgesetzt. Vor allem in ländlichen Gebieten mit mehrheitlich muslimischer Bevölkerung werden Christen belästigt, ihnen wird auch häufig der Zugang zu kommunalen Ressourcen verweigert.

Darüber hinaus werden Christen Opfer von Gewalt. Konvertiten vom Islam zum Christentum werden geächtet, Familienrechte wie Erbrecht und Sorgerecht werden ihnen häufig verweigert. Es ist auch wichtig festzustellen, dass die Ausbreitung des extremistischen Islam in den Nachbarländern Somalia und Sudan auf Äthiopien übergreift. Ein Experte für das Land sagte: „Die Einfluss der Triebkräfte von Verfolgung variiert von Region zu Region, vor allem in Abhängigkeit von der Anzahl der Muslime in einer bestimmten Region. Der nordöstliche Teil des Landes, hauptsächlich die Afar-Region, die östlichen Regionen einschließlich Somali, Dire Adwa und Harer sowie bestimmte Teile der Oromia-Region, werden von Muslimen dominiert. Dazu kommt der zentral-urbane Teil des Landes, allerdings nicht beschränkt auf Addis Abeba. In diesen Gebieten herrscht ein höheres Niveau der Verfolgung als in anderen Landesteilen. Bei Konflikten, die durch die Übergriffe islamischer und extremistisch-islamischer Gruppen in bestimmten Teilen des Landes entstanden sind, wurden Christen getötet und viele weitere verletzt. Viele mussten aus ihrer Heimat fliehen. In den letzten Jahren ist die Verbreitung islamisch-extremistischer Ansichten zu einem wachsenden Trend geworden. Die Verhaftung einiger Führer der muslimischen Gemeinschaft durch die Regierung macht die Situation noch schlimmer."

Konfessioneller Protektionismus

Dies ist eine weitere Haupttriebkraft der Christenverfolgung im Land mit der Äthiopisch-Orthodoxen Kirche (EOC) als wichtigster Akteurin. Ein Landesexperte berichtet: „Die EOC sieht sich als die einzig ‚wahre' christliche Konfession. Sie wehrt sich insbesondere gegen evangelikale Christen; die EOC betrachtet sie als Anhänger einer westlichen Religion, die eine Bedrohung für den äthiopischen Nationalismus und die äthiopische Kultur darstellt; beides zu bewahren, sieht die EOC seit langer Zeit als wichtige Aufgabe. Predigten und Lieder, in denen evangelikale Christen stark kritisiert werden, sind weit verbreitet. Priester und andere Lehrer in der EOC verurteilen offen jeden, der Kontakt mit Evangelikalen pflegt. Sie gehen manchmal so weit, ihren Mitgliedern zu verbieten, mit ‚den Heiden' auch nur zu sprechen. Auf der anderen Seite nehmen die Anfeindungen vonseiten der evangelikalen Kirchen gegen die EOC ebenfalls zu. So findet zwischen beiden ein hasserfüllter Schlagabtausch statt." Von der EOC ging ernsthafte Christenverfolgung aus. In der Folge haben einige EOC-Mitglieder ihre Kirche verlassen, meistens um protestantischen Kirchen beizutreten oder um sich einer der Erneuerungsbewegungen innerhalb der EOC anzuschließen.

Diese Verfolgung hat unterschiedliche Gesichter. Eine Variante sind tätliche Angriffe auf Christen anderer Konfessionen. Die EOC nutzt auch ihre Beziehungen zur Regierung, um das Wachstum nichtorthodoxer Kirchen zu hemmen. Zudem nimmt sie Einfluss auf die Regierung, damit Gesetze gegen die Ausbreitung des protestantischen christlichen Glaubens verabschiedet werden. Ein Beispiel hierfür ist das Gesetz zur Registrierung aller Kirchen außerhalb der EOC. Ein anderes Mittel ist die Nutzung der einflussreichen EOC-eigenen Medien, um Protestanten und Unterstützer der Erneuerungsbewegung zu verteufeln.

Ein Experte für das Land fügt hinzu: „Wieder einmal kommt Verfolgung von der christlichen Mehrheitskonfession des Landes, der Orthodoxen Kirche. Dazu muss man auch erwähnen, dass nicht alle orthodoxen Gläubigen diese Meinung teilen. Von der Verfolgung betroffen sind hauptsächlich Anhänger christlicher Konfessionen, die erst seit relativ kurzer Zeit im Land existieren und vorwiegend protestantisch sind. Diese Form der Verfolgung ist am stärksten im Norden und Zentrum des Landes

verbreitet, wo die Mehrheit der Bevölkerung zur Orthodoxen Kirche gehört. In diesem Zusammenhang ist auch zu beachten, dass diese Verfolgung extremer wird, je weiter man sich aus städtischen in ländlichere Gebiete des Landes bewegt."

Diktatorische Paranoia

Unter der neuen Führung scheint zumindest bisher eine echte Bereitschaft zu bestehen, das Land in Richtung Demokratie zu reformieren. Die Maßnahmen des Landes veranlassten die US-Regierung sogar, Äthiopien für das Schwellenwertprogramm der Millennium Challenge Corporation (MCC) auszuwählen. So ist die Bewertung für diese Triebkraft in der Analytik des Weltverfolgungsindex 2020 von „stark" auf „durchschnittlich" gesunken.

In den Jahren vor der Wahl hatte die äthiopische Regierung immer stärkere autoritäre Züge entwickelt und dabei die Rechte der Zivilgesellschaft und religiöser Institutionen zunehmend eingeschränkt. Dahinter stand zum einen die Überzeugung, dass religiöse Gruppen die Menschen äußerst wirksam organisieren und sammeln können. Dies wiederum führte zur Sorge, derartige Aktivitäten könnten theoretisch auch für einen Umsturz genutzt werden. Zum anderen hielt die Regierung Protestanten im Allgemeinen und freikirchliche Protestanten im Besonderen für gefährlich. Sie unterstellte ihnen, diese seien ausländische Spione, die einen Regimewechsel anstrebten. Es existierten allerdings keinerlei Beweise, um diesen Verdacht zu stützen. Zum Dritten vermutete die Regierung in den Reihen der EOC eine beträchtliche Anzahl von Leitern, die oppositionelle Gruppen unterstützten. Demzufolge verabschiedete die Regierung diverse Gesetze, um die Betätigungsmöglichkeiten für religiöse Gruppen spürbar einzuschränken. Dazu zählen etwa das Verbot, Sendeanstalten für religiöse Zwecke zu betreiben, und das Verbot, Religionsunterricht oder andere Aktivitäten an Schulen anzubieten. Solche Verbote schränken die Freiheit der Christen ein, zu beten, zu predigen und zu unterrichten. Die US-amerikanische Menschenrechtsorganisation „Freedom House" stuft das Land in seinem Bericht von 2018 daher als „nicht frei" ein.

Ethnisch oder traditionell begründete Anfeindungen

Im letzten Vierteljahrhundert hat ethnisch orientierte Politik große Auswirkungen auf alle Bereiche des öffentlichen Lebens im Land nach sich gezogen. Dieser politische Diskurs propagierte die Suche nach „Wurzeln und Identität" und führte zu einer feindseligen Haltung einzelner wie auch ganzer Gruppierungen gegenüber Christen. Bis 1974 stand die EOC für die Staatsreligion. Ab 1974 befand sich das Land unter kommunistischer Herrschaft, die nach einem 17-jährigen Bürgerkrieg schließlich im Jahr 1991 von einem Bündnis mehrerer ethnischer Gruppen beendet wurde. Damals wurde den ethnischen Gruppen Anerkennung und Schutz ihrer eigenen Kultur und Identität zugesichert. Dies geschah im Rahmen der äthiopischen Übergangsverfassung, einer Reihe von Statuten, die nach dem Fall des kommunistischen Regimes 1991 verabschiedet wurden. Was anfangs politisch sinnvoll und richtig erschien, mündete schließlich darin, dass die Regierung unter einigen ethnischen Gruppen Ressentiments gegen Christen schürte. In Regionen wie Afar oder Somali (Ogaden) sind Islam und Stammeszugehörigkeit untrennbar miteinander verbunden. Manche Stämme verlangen zudem, dass Christen sich an Stammeskämpfen beteiligen und rächen sich, falls sie dies nicht tun.

So berichtet ein Experte für das Land: „Obwohl die Bevölkerung mehrheitlich einer der beiden Hauptreligionen (Christentum oder Islam) angehört, werden in manchen Landesteilen traditionelle Religionen praktiziert. Von hier lebenden Menschen wird erwartet, sich an allen religiösen und kulturellen Riten der Gemeinschaft zu beteiligen. Wer dem nicht nachkommt, wird vertrieben. Doch

auch unter Christen und Muslimen ist die Ausübung schwarzer Magie weit verbreitet. So werden Neugeborene üblicherweise dem örtlichen Zauberer geweiht."

3. Verfolger

Ausgehend von islamischer Unterdrückung

- **Nichtchristliche religiöse Leiter:** Viele muslimische religiöse Leiter stimmen stillschweigend oder ausdrücklich, etwa durch ihre Predigten, der Diskriminierung von Christen zu und rufen sogar zur Gewalt gegen Christen auf.
- **(Groß-)familie:** Die Familien von Christen muslimischer Herkunft nehmen es nicht hin, dass ein Familienmitglied den Islam verlässt und dem Christentum folgt. Deshalb meiden sie Konvertiten, schikanieren und verleugnen sie.
- **Regierungsbeamte:** In der Region Ogaden wurden mit der Zustimmung ehemaliger Regionalbeamten Gemeindeleiter ermordet und die Kirchen verbrannt.
- **Gewöhnliche Bürger:** In einigen muslimische dominierten Teilen des Landes lehnen normale Bürger den christlichen Glauben und jegliche Missionsbemühungen ab, besonders aber Konversion.

Ausgehend von Konfessionellem Protektionismus

- **Leiter anderer Kirchen:** Zu den Verfolgern gehören Priester, ultra-konservative Gruppen innerhalb der EOC, Familien und gewöhnliche Bürger. In Bezug auf die Rolle von orthodoxen Kirchenleitern und deren Mitgliedern berichtet ein Länderexperte: „Die religiöse Zusammensetzung des Landes erfährt einen deutlichen Wandel wegen des rapiden Wachstums neuer christlicher Glaubensrichtungen, besonders der protestantischen Gemeinden. Solch ein starkes Wachstum wird von den Leitern und Anhängern der Orthodoxen Kirche nicht gutgeheißen. Widerstand gegen diese neuen Formen des christlichen Glaubens zeigt sich auf verschiedenen Ebenen durch die Reaktionen sowohl von Leitern als auch von Mitgliedern der Orthodoxen Kirche. Die Vereinigung mit dem Namen 'Mahibere Kidusan' veröffentlicht seit Jahren Brandschriften und abfällige Artikel gegen protestantische Christen. In der Hauptstadt und in anderen großen Städten und Gebieten wie im Süden und Südwesten des Landes, wo die neuen Formen der christlichen Kirchen stärker wachsen, hat sich die Situation etwas gebessert."
- **Gewöhnliche Bürger:** Auch an der Verfolgung anderer kirchlicher Gruppen, insbesondere der protestantischen Kirche, haben sich einfache Bürgerinnen und Bürger beteiligt. Ein Experte für das Land fasst zusammen: „Trotz des Anspruchs auf ein friedliches Zusammenleben der verschiedenen Religionen im Land sprechen die Fakten vor Ort eine andere Sprache. Aus einer Reihe von Gründen, u.a. wegen der Lehren von religiösen Leitern und der mangelnden Auseinandersetzung mit religiöser Vielfalt, ist es sehr üblich, dass sich Privatpersonen an Gewalt- und Verfolgungshandlungen gegen Christen beteiligen. Angriffe von Teenagern auf protestantische Kirchen; die Weigerung, Gebäude zur Nutzung als Kirche zu vermieten; die Misshandlung von Christen, die versuchten, das Evangelium an öffentlichen Orten zu predigen (sowohl verbale als auch körperliche Misshandlungen) und viele andere Formen der Verfolgung werden von Einzelpersonen und Mobs verübt".
- **Familie:** Berichten zufolge werden Familienmitglieder, die konvertieren oder vom orthodoxen zum evangelischen Glauben übertreten, von anderen Mitgliedern unter Hausarrest gestellt, gemieden, verleugnet und vom Erbe ausgeschlossen.

Ausgehend von Diktatorischer Paranoia

- **Regierungsbeamte:** Verfolger in diesem Bereich sind die Regierung und Regierungsbeamte, wenngleich ihre Beteiligung an der Verfolgung von Region zu Region stark variiert. Besonders Beamte der mittleren und niedrigen Ebene gehen gegen die sogenannten neuen Formen des christlichen Glaubens vor. Örtliche Amtsträger haben besonders viel Einfluss auf Alltagsaktivitäten und sind somit stärker an der Verfolgung von Christen beteiligt. Dazu gehört unter anderem auch das Verweigern von Genehmigungen für Gottesdienste und andere christliche Treffen.

Ausgehend von Ethnisch oder traditionell begründeten Anfeindungen

- **Anführer ethnischer Gruppen**: Die Verfolgung geht hier von den Anführern der Gemeinschaften aus. Diese Triebkraft der Verfolgung entfaltet ihre Wirkung vor allem in ländlichen Gebieten und verbindet sich mit der Triebkraft der Islamischen Unterdrückung – einige Verfolger lassen sich daher beiden Triebkräften zuordnen. So ist in der Afar- oder Somali-Region beispielsweise der islamische Glaube Voraussetzung für die gesellschaftliche Zugehörigkeit. Ein Experte für das Land stellte fest: „Dies ist vor allem in relativ abgelegenen Teilen des Landes der Fall, wo die Anführer der ethnischen Gruppen großen Einfluss haben. In einigen mehrheitlich muslimischen Gebieten gibt es Fälle, in denen die Führer der ethnischen Gruppen aktiv für die Verfolgung der Christen in dem Gebiet eintreten. Dies führte in solchen Gebieten zu tätlichen Angriffen, Vertreibung und Ermordung von Christen. Die Spannungen zwischen den verschiedenen ethnischen Gruppen in verschiedenen Teilen des Landes haben negative Auswirkungen auf das Leben der Christen, die allein aufgrund ihres ethnischen und religiösen Hintergrunds von Angriffen bedroht sind. Es ist nicht abzusehen, dass sich daran bald etwas ändern wird.“

4. Regionale Brennpunkte der Verfolgung

In welchen Regionen Äthiopiens die Verfolgung am stärksten ist, hängt davon ab, welche Triebkräfte der Verfolgung jeweils dominieren. So liegt der Brennpunkt der Verfolgung als Folge von konfessionellem Protektionismus in der Region Amhara, in Tigray und in einigen Teilen von Oromia. Islamische Unterdrückung und die davon ausgehende Verfolgung sind in einigen Teilen von Ost-Oromia, in Afar und in der Ogaden-Region am stärksten ausgeprägt.

5. Betroffene Christen

Alle Christen, die in Äthiopien leben, sind von Verfolgung betroffen, doch das Ausmaß der Verfolgung variiert von Gruppe zu Gruppe.

Christen aus traditionellen Kirchen

Die EOC ist ein typisches Beispiel für diese Kategorie und ist überall im Land stark präsent. Sie ist einer der Faktoren, die zur Komplexität der Verfolgungsdynamik in Äthiopien beitragen; einerseits wird die EOC selbst verfolgt, andererseits spielt sie aber auch eine zentrale Rolle als Verfolger. Orthodoxe Christen werden vor allem von der Regierung und extremistischen Muslimen verfolgt. Auch in Gebieten, in denen das Stammessystem dominiert, herrscht Druck auf die EOC. Orthodoxe Christen leben vor allem in Nord- und Zentraläthiopien. Auch Christen, die in muslimisch dominierten Regionalstaaten (Harrari, Somalia, Afar) sowie in lokalen Gemeinschaften (z.B. unter den Silte) leben, haben mit Problemen zu kämpfen, wenn es darum geht, ihren christlichen Glauben zu leben.

Christen muslimischer Herkunft

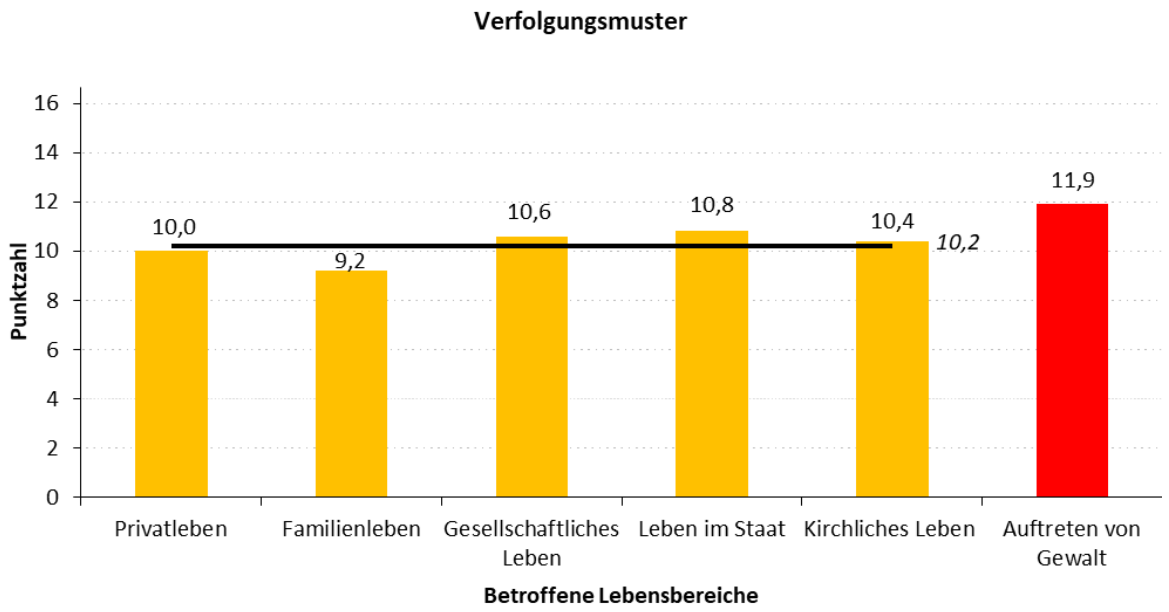
Konvertiten sind 1) ehemalige Muslime, 2) Christen, die sich von einer christlichen Konfession ab- und zu einer anderen hingewandt haben und 3) Menschen, die früher einer Stammesreligion angehörten und jetzt Jesus Christus nachfolgen. Diese Christen sind unterschiedlichen Triebkräften der Verfolgung ausgesetzt. In muslimisch dominierten Gebieten werden ehemalige Muslime besonders von Familie, Großfamilie, Leitern der örtlichen Gemeinschaft und nichtchristlichen religiösen Leitern verfolgt. In Gebieten, die stark von der EOC geprägt sind, geht die Verfolgung hauptsächlich von den Anhängern der EOC aus.

Diese Gruppe von Christen erfährt auch Verfolgung durch die Regierung, und zwar in allen Landesteilen. In Gebieten, in denen es verstärkt zu ethnisch begründeten Anfeindungen kommt, droht christlichen Konvertiten Verfolgung vonseiten der Anhänger traditioneller Glaubenssysteme; hinzu kommen Muslime, die versuchen, Konvertiten zur Teilnahme an verschiedenen religiösen Aktivitäten zu zwingen.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Zu dieser Kategorie gehören die in Äthiopien sehr stark vertretenen baptistischen, evangelikalen und Pfingstgemeinden. Solche Gemeinden sind starker Verfolgung ausgesetzt, vor allem durch die Regierung, die EOC und islamische Gruppen. Im Vergleich zu anderen Formen des Christentums wachsen diese Gemeinden sehr schnell. Ein Experte für das Land stellt fest: „Viele Gebiete des südlichen Äthiopiens, sowie Teile von Oromia, werden von Evangelikalen/Protestanten dominiert. Als die Mehrheit in diesen Kommunen sind sie keiner Verfolgung ausgesetzt. Aber Protestanten, die in Landesteilen leben, die vor allem von Muslimen und orthodoxen Christen bewohnt werden, haben mit verschiedenen Formen der Verfolgung zu kämpfen.“ Diese christlichen Denominationen werden von vielen als Bedrohung angesehen, da ihre Zahl und ihr Einfluss ständig wachsen. Infolgedessen werden sie von vielen Seiten verfolgt.

6. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Äthiopien

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Der durchschnittliche Druck auf Christen in Äthiopien liegt mit 10,2 Punkten auf einem hohen Niveau. Dieser Wert ist ähnlich dem des Weltverfolgungsindex 2019, als das Land 10,3 Punkte erreichte.
- Mit Ausnahme des Lebensbereichs Familie gibt es keinen Lebensbereich, in dem der Druck auf Christen weniger als 10 Punkte beträgt. Dies zeigt, dass – obwohl Äthiopien ein mehrheitlich christliches Land ist – äthiopische Christen in hohem Maße verfolgt werden.
- Die Punktzahl für das Auftreten von Gewalt sank um 1,6 Punkte, von 13,5 Punkten im Vorjahr auf 11,9 Punkte. Der Hauptgrund für diesen Rückgang ist, dass im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2020 weniger Christen getötet wurden.

Zu jedem der Lebensbereiche sind im Folgenden jeweils ausgewählte Teilaspekte genannt, die im betreffenden Lebensbereich für die Christen zu den gravierendsten Schwierigkeiten gehören.

Privatleben

- **Ein Religionswechsel (auch ein Wechsel der Denomination innerhalb des Christentums) wird abgelehnt, verboten oder mit einer Strafe belegt:** Familienmitglieder und das soziale Umfeld sehen die Bekehrung oft als Verrat am Glauben oder an den Vorfahren. Ein Experte für das Land stellt fest: „Der traditionelle und familienzentrierte Charakter des Landes spielt eine wichtige Rolle, wenn man verstehen will, warum Bekehrung zutiefst abgelehnt wird. Wenn es um die Anhänger der ältesten Religionen der Nation geht, sind Religion und Kultur infolge der jahrtausendealten Praxis sehr stark miteinander verflochten. In einigen Fällen ist es sehr schwierig zu unterscheiden, worum es sich im Einzelfall handelt. Gibt jemand seine Religion auf und wendet sich einer anderen Religion zu, sieht er sich daher einem immensen Druck vonseiten seiner Kernfamilie ausgesetzt. Bekehrung wird als Ablehnung der eigenen Identität und der Verbindung mit den Vorfahren angesehen. Auch die Familienmitglieder wollen ihren Ruf innerhalb ihres sozialen Umfelds schützen und nicht als Familie eines Abtrünnigen bezeichnet werden. Dies gilt nur für Familienmitglieder. Außerhalb ihres Familienverbandes wird es für Konvertiten oft dramatischer, wenn sie mit den Reaktionen der Anhänger der Religion konfrontiert werden, von der sie sich losgesagt haben.“
  Ein weiterer Experte für das Land stellt fest: „Ein entscheidender Faktor ist die Frage, ob es sich um ein städtisches oder ländliches Gebiet handelt. In den vereinzelten (relativ) großen Städten zieht der Wechsel von einer christlichen Konfession zur anderen weniger gravierende Folgen nach sich; häufig gibt es nur Widerstand von einigen Familienmitgliedern. Doch in ländlichen Gebieten ist die soziale Bindung so stark, dass ein Konfessionswechsel sehr wahrscheinlich große Empörung und Verfolgung auslöst.“ Die Situation unterscheidet sich zudem je nach Region: Der Norden Äthiopiens beispielsweise ist die Hochburg der EOC. Wenn dort jemand von der orthodoxen Konfession zu einer protestantischen übertritt, wird diese Person oft vom gesellschaftlichen Leben ausgegrenzt oder gar gezwungen, die Ortsgemeinschaft ganz zu verlassen. Wo aber der Protestantismus die Norm ist, wie in Südäthiopien und in Teilen von Oromia, müssen Konvertiten keine Verfolgung in diesem Ausmaß befürchten.

- **Es ist gefährlich, christliche Materialien privat zu besitzen oder aufzubewahren:** Für Menschen, welche die EOC oder den Islam verlassen haben, ist der Besitz von christlichem Material besonders gefährlich, da sie oft bei ihren Familien oder innerhalb ihres sozialen Umfeldes leben. Wenn solches Material entdeckt wird, werden Christen in einigen Fällen angegriffen und auf Schwierigkeiten stoßen, wenn sie zum Beispiel versuchen, ein Haus zu mieten. Ein Experte für das Land fügt hinzu: „Es gibt keine gesetzliche Beschränkung für Christen, christliche Materialien privat zu besitzen. Es gibt jedoch Vorfälle, bei denen Christen angegriffen wurden, weil sie ‚Versionen' der Bibel besaßen, die gemäß der Lehre der christlichen Mehrheitskirche unzulässig sind oder weil bei ihnen Kopien von modernen christlichen Liedern gefunden wurden."
- **Es ist für Christen riskant, ihrem persönlichen Glauben schriftlich Ausdruck zu verleihen (einschließlich in Blogs und Facebook usw.):** Öffentliche Glaubensäußerungen führen mit hoher Wahrscheinlichkeit zu Problemen. Ein Experte für das Land stellt fest: „Cyber-Mobbing gegen Christen, die sich im Internet über ihren Glauben äußern, nimmt zu. Die wachsende Zahl der Internetnutzer hat zur Verbreitung der christlichen Lehre beigetragen. Er hat allerdings auch dazu geführt, dass die Fälle sich häufen, in denen Christen, die religiöse Inhalte einstellen, anonym beschimpft werden."
- **Es ist für Christen riskant, christliche Bilder oder Symbole zu zeigen:** Das Zeigen von christlichen Symbolen (wie z.B. einem Kreuz) kann von einigen als Provokation angesehen werden. Ein Experte für das Land erklärt: „In Gebieten mit mehrheitlich christlicher Bevölkerung ist dies unproblematisch. Allerdings kann es in bestimmten abgelegenen, muslimisch dominierten Regionen gefährlich werden. In bestimmten Teilen des Landes ist es kaum damit zu rechnen, dass die Regierung Minderheitenchristen schützt. und es kann sehr gefährlich sein, anderen Personen christliches Material zu zeigen. Abgesehen von anderen Formen von Angriffen auf Christen wurden schon Autos verbrannt, Windschutzscheiben zertrümmert, Fenster und Türen von Häusern zerbrochen – nur aufgrund der Tatsache, dass Christen christliche Symbole gezeigt oder getragen haben."

Familienleben

- **Kinder von Christen werden wegen des Glaubens ihrer Eltern schikaniert oder diskriminiert:** In einigen Gegenden werden christliche Kinder oft ausgesondert und schikaniert, eingeschüchtert und manchmal angegriffen. In muslimisch geprägten Gebieten sind die Kinder verpflichtet, islamische Schulen zu besuchen.
- **Ehepartner von Konvertiten werden von anderen unter Druck gesetzt, sich scheiden zu lassen (mit oder ohne Erfolg):** Wenn ein Christ mit orthodoxem Hintergrund die EOC verlässt und sich einer protestantischen Gruppe (örtlich Pentay genannt) anschließt, üben Familienmitglieder, Priester und fanatische Gruppen innerhalb der EOC Druck auf diese Person aus, damit sie zu ihrem früheren Glauben zurückkehrt. Manchmal wurden Menschen, nachdem sie die orthodoxe Kirche verlassen hatten, vor Beitritt in eine protestantische Gemeinde gezwungen, sogenannt „heiliges Wasser" zu trinken, in der Annahme, dass der Bekehrte von einem Dämon besessen sei.
- **Beerdigungen von Christen werden behindert oder unter Zwang anhand nicht-christlicher Riten durchgeführt:** Es ist sehr schwierig, sowohl in muslimischen als auch in von den EOC dominierten Gebieten Bestattungsplätze zu erhalten. Ein Experte für das Land erklärt: „Es gibt Fälle, in denen Anhängern so genannter ‚neuer Formen des Christentums' die Bestattung ihrer Angehörigen auf christlich-orthodoxen Friedhöfen verweigert wurde, allein aufgrund ihrer anderen Konfession."
- **Christen werden aus religiösen Gründen daran gehindert, eine christliche Hochzeit zu feiern:** Ein Experte für das Land nennt dieses Beispiel: „Wenn ein Christ eine muslimische Partnerin

heiraten möchte oder die Brautleute aus unterschiedlichen christlichen Konfessionen stammen und die Hochzeit in seiner/ihrer Kirche stattfinden soll, kann es zu Protesten durch die Familie des Partners kommen. Ein weiteres Problem ist das Vortragen nichtchristlicher Musik auf Hochzeiten: Da die meisten Protestanten in Äthiopien nichtchristliche Musik für Sünde halten, kann es auch in diesem Bereich zu Konflikten zwischen den Familienmitgliedern kommen."

Gesellschaftliches Leben

- **Christen werden im Alltag aus religiösen Gründen belästigt, bedroht oder schikaniert (z. B. weil sie sich nicht an die Mehrheitsreligion oder traditionelle Kleiderordnungen, Bartregeln usw. halten):** Dieser Lebensbereich ist für Christen aufgrund von Konfessionellem Protektionismus und Islamischer Unterdrückung mit besonders schwerwiegenden Problemen behaftet. In einer durch dörfliche Strukturen geprägten Gesellschaft wie Äthiopien spielen religiöse Unterschiede in vielerlei Hinsicht eine entscheidende Rolle. In von der EOC geprägten Regionen üben Familie, Ortsgemeinschaft und Kirchenleiter erheblichen Druck auf Anhänger protestantischer Freikirchen und auf Christen aus, die die EOC verlassen haben. Belästigung ist eine der Herausforderungen, mit denen sehr viele Christen zu kämpfen haben. Ein Experte für das Land fügt hinzu: „Es ist nicht neu, dass in abgelegenen und mehrheitlich muslimischen Teilen des Landes (dazu zählen unter anderem die Regionen Somali, Afar und Oromia) Christen, die einer Minderheit angehören, Diskriminierungen und Schikanen ausgesetzt sind."
- **Christen werden aus religiösen Gründen daran gehindert, am öffentlichen Leben, Foren usw. teilzunehmen:** Die Teilnahme an gemeinschaftlichen Ereignissen setzt mitunter informelle Anforderungen voraus. So berichtet ein Experte für das Land: „In mehrheitlich orthodoxen Gebieten sind evangelikale Christen und Christen aus Pfingstgemeinden mit einer Vielzahl von Problemen konfrontiert. Sie dürfen nicht an gemeinschaftlichen Ereignissen oder gesellschaftlichen Zusammenkünften teilnehmen. Sie haben Probleme, für ihre Kinder sichere Schulen zu finden. Es kann auch zu weiteren Behinderungen des Alltags kommen, etwa bei Marktbesuchen; besonders während der großen Fastenzeiten der EOC ist es mitunter nahezu unmöglich, von den Fastenregeln ausgenommene Lebensmittel zu finden. In extremen Fällen bleibt ihnen nur die Möglichkeit, das Gebiet zu verlassen."
- **Christen drohen Entführung und/oder Zwangsheirat:** Äthiopien ist ein Land, in dem Brautentführung und Zwangsverheiratung üblich sind. Dies gewinnt noch an Brisanz, wenn zusätzlich religiöse Fragen eine Rolle spielen. Ein Experte für das Land berichtet: „Entführung und Zwangsheirat sind große Probleme im ganzen Land. Die Zwangsverheiratung von Kindern im zarten Alter von elf Jahren war und ist in den ländlichen Gebieten des Landes weit verbreitet. Dies hat zwar vor allem mit Kultur zu tun, doch sollte hier auch erwähnt werden, dass christliche Jugendliche nach Entführung oder aufgrund familiärer Arrangements bis heute gezwungen werden, einen Andersgläubigen zu heiraten und damit ihre eigene Religion aufzugeben."
- **Christen werden von ihren lokalen Gemeinschaften oder von privaten Gruppen überwacht (dazu gehören auch Meldungen an die Polizei, Beschattung, das Abhören von Telefonleitungen, das Lesen/Zensieren von E-Mails usw.):** In einigen Gebieten werden Christen von Mitgliedern ihrer Ortsgemeinde überwacht, die manchmal sogar Kinder zur Überwachung in Kirchen und in die Privathäuser von Christen schicken. Besonders Protestanten haben mit dieser Schwierigkeit zu kämpfen. Ein Experte für das Land stellt fest: „Das Misstrauen gegenüber ‚neuen Formen des Christentums' ist immer noch weit verbreitet. Dieses Misstrauen führt oft dazu, dass Ortsgemeinden die Aktivitäten von christlichen Gemeinden und ihren Mitgliedern überwachen. Dazu gehört auch der Einsatz von verdeckten Beobachtern, welche die Aktivitäten der Kirchen vor allem während der Gebetszeiten und

Gottesdienste ausspionieren. Obwohl die Mittel der Überwachung nicht sehr komplex sind, gelingt es Mitgliedern und Anführern der Ortsgemeinden immer wieder, christliche Gemeinden zu überwachen – besonders diejenigen, die als Neuankömmlinge betrachtet werden."

Imame, Lehrer aus Koranschulen und andere lokale Verantwortungsträger machen Christen muslimischer Herkunft das Leben beständig schwer. Mancherorts wird ihnen die Nutzung kommunaler Ressourcen verwehrt. In anderen Gegenden werden Christen an ihrem Arbeitsplatz bewusst übergangen oder diskriminiert. Christen dort sind daran gewöhnt, innerhalb ihres Lebensumfelds als unerwünscht wahrgenommen zu werden. Manchmal wird Christen, besonders Christen muslimischer Herkunft, in der Erntezeit jegliche Hilfe verweigert, während sich andere Dorfbewohner gegenseitig beim Einholen der Ernte unterstützen.

Leben im Staat

- **Christen werden daran gehindert, ihre Ansichten oder Meinungen in der Öffentlichkeit zu äußern:** Nationale Gesetze schränkten die Einrichtung von Rundfunkstationen für religiöse Zwecke ein. Auch ein Verbot religiöser Aktivitäten (einschließlich des gemeinschaftlichen Gottesdienstes) innerhalb von Bildungseinrichtungen wurde umgesetzt. Auch wenn es seit den Reformen der neuen Regierung inzwischen Verbesserungen gegeben hat, stellt freie Meinungsäußerung immer noch eine Herausforderung dar. Ein Experte für das Land fügt hinzu: „Konvertiten und Anhänger christlicher Minderheitengruppen haben es besonders schwer, ihre Meinung öffentlich zu äußern. Das trifft sowohl auf traditionell-christliche als auch auf muslimisch geprägte Teile des Landes zu. Verantwortlich für die Schikanen gegen Christen aufgrund solcher öffentlichen Meinungsäußerungen sind Privatleute, andere religiöse Gruppen und Strafverfolgungsbehörden." Angesichts des veränderten politischen Umfelds erwarten viele, dass alle christlichen Konfessionen (und andere Glaubensrichtungen) künftig dazu ermutigt werden, einander mehr Toleranz entgegenzubringen.
- **Christliche Organisationen der Zivilgesellschaft oder politische Parteien werden aufgrund ihrer christlichen Überzeugungen in ihrer Arbeit behindert oder verboten:** Seit vielen Jahren sind in Äthiopien keine neuen politischen Parteien mehr gegründet worden. Sollte es dazu kommen, würde dies unweigerlich Streitereien und Spaltungen auslösen. Zivilgesellschaftliche Organisationen stehen vor großen Herausforderungen, wenn sie in bestimmten Bereichen tätig werden wollen. Ein Experte für das Land fügt hinzu: „Dies ist vor dem Hintergrund des von der Bundesregierung erlassenen Gesetzes über zivilgesellschaftliche Organisationen zu sehen, welches – gelinde gesagt – sehr restriktiv ist. Solche Gesetze wurden von den Mitgliedern dieser Organisationen stark kritisiert und viele von ihnen mussten sich auflösen. Auch diejenigen, die noch handlungsfähig sind, sind aufgrund der verschiedenen durch die geltenden Gesetze geregelten Bestimmungen stark eingeschränkt. Es gibt jedoch einen Gesetzesentwurf, der die meisten Beschränkungen des aktuellen Gesetzes aufheben wird."
- **Christen werden bei der Zusammenarbeit mit den Behörden (Gemeindeverwaltung, Regierung, Armee usw.) aus religiösen Gründen diskriminiert:** Die Diskriminierung durch Behörden ist offensichtlich, besonders auf lokaler Ebene. In den von der EOC dominierten Gebieten gibt es Hinweise auf konfessionelle Diskriminierung, da nicht-orthodoxe Christen oft an den Rand gedrängt werden. In mehrheitlich muslimischen Regionen ist dies ebenfalls häufig der Fall.
  Ein Experte für das Land fügt hinzu: „Dies ist vor allem im Bereich der Kommunalverwaltungen der Fall, insbesondere in Regionen mit muslimischer Mehrheitsbevölkerung. In solchen Gebieten gibt es eine Tendenz, muslimische Einwohner auf Kosten der Christen zu bevorzugen.

Die ethnischen Spannungen, die in Äthiopien in letzter Zeit überhandgenommen haben, machen den Christen in muslimisch dominierten Landesteilen wie der Somali-Region das Leben schwer."

- **Christen werden zum Gegenstand von Hetzkampagnen oder Hassreden:** Dieses Problem ist in Äthiopien sehr verbreitet. Ein Experte für das Land berichtet: „Dies ist gängige Praxis, vor allem unter religiösen Leitern. Es wurden Lehren und Videos von einigen muslimischen Predigern in Umlauf gebracht, die Hassreden gegen Christen halten. Auch unter Christen ist es üblich, dass Priester der EOC Verleumdungskampagnen gegen Pfingstler/Evangelikale durchführen, indem sie diese mit abfälligen Begriffen bezeichnen und sie als Menschen darstellen, die ihren Glauben nur vortäuschen, um ausländische Hilfe zu erhalten. Einige Pfingstprediger machen auch Aussagen gegen die Orthodoxen und stellen sie als rückständig dar."

Kirchliches Leben

- **Pastoren, christliche Leiter oder deren Familienmitglieder werden wegen ihres Glaubens in besonderem Maß zum Ziel von Schikanen:** Dies ist in Äthiopien sehr verbreitet, besonders in Gebieten, die von islamischer Unterdrückung und konfessionellem Protektionismus geprägt sind. Andere können ihren Glauben verbergen, aber Pastoren können dies aufgrund der Art ihrer Arbeit nicht. Ein Experte für das Land stellt fest: „Pastoren und andere religiöse Leiter werden zu verschiedenen Zeiten sowohl verbal in den sozialen Medien als auch körperlich von extremistischen Gruppen angegriffen. Mitglieder der Äthiopisch-Orthodoxen Kirche sind davon weniger stark betroffen. Pastoren und Leiter von Pfingstgemeinden erleben solche Schikanen in der Regel in ihrer Kirche, auf der Straße und zu Hause."
- **Kirchliche Aktivitäten werden überwacht, behindert, gestört oder blockiert:** In der Vergangenheit war die Regierung die Hauptakteurin bei der Überwachung der Aktivitäten von Kirchen. Seit dem Führungswechsel auf Bundesebene sind es vor allem die regionalen Regierungen, die sich an solchen Aktionen beteiligen. Die Überwachung und Behinderung erfolgt durch andere nichtstaatliche Akteure, darunter auch radikal-islamische Gruppen, andere Kirchen und Mobs. An einigen Orten wurden Kirchen während der Gottesdienste angegriffen und Eigentum zerstört.
- **Kirchen werden daran gehindert, christliche Aktivitäten außerhalb der Kirchengebäude zu organisieren:** Für einige Gruppen von Pfingstlern und Evangelikalen sind die Aktivitäten außerhalb der Kirchengebäude eingeschränkt. Darüber hinaus ist es in muslimisch dominierten Gebieten am wahrscheinlichsten, dass Bekehrte ihren Glauben verbergen und Aktivitäten außerhalb ihrer Kirche aus Angst vor Angriffen vermeiden. Ein Länderexperte fügt hinzu: „In Gegenden, wo Christen (besonders Pfingstler) in der Minderheit sind, werden die jeweiligen Leiter als Hauptverantwortliche für das 'Verderben' gesellschaftlicher Werte angesehen und oft noch stärker verfolgt als die Konvertiten selbst. Die Mitglieder der Gemeinschaft würden zu verschiedenen Mitteln greifen, um solche Leiter dazu zu bringen, das Gebiet zu verlassen, bevor mehr Schaden angerichtet wird; sie müssen oft im Verborgenen leben." Die neue Regierung unter der Führung von Dr. Abiy Ahmed versucht, einige der Einschränkungen aufzuheben, die von der vorherigen Regierung auferlegt wurden. Zum Beispiel wird das restriktive Zivilgesellschaftsgesetz aufgehoben.
- **Es ist für Kirchen oder christliche Organisationen riskant, sich verbal gegen Anstifter von Verfolgung zur Wehr zu setzen:** Wenn der Anstifter die Regierung ist oder jemand, der eine starke Verbindung zur Regierung hat, ist es sehr riskant, sich gegen diese Person auszusprechen. Auch in muslimischen Mehrheitsgebieten ist es riskant, sich gegen Anstifter von Verfolgung zu äußern; daher sehen viele Gemeindeleitungen davon ab.

Auftreten von Gewalt

- In verschiedenen Teilen des Landes wurden Christen ermordet. Dies zeigt, dass die Instabilität, die im August 2018 zum Tod von über zwanzig Christen in der Region Ogaden führte, noch immer besteht. Laut Recherchen von Open Doors vor Ort wurden sechs Christen in Amhara, Oromia und dem Regionalstaat der südlichen Nationen, Nationalitäten und Völker (SNNP) getötet.
- Trotz der Hoffnung auf Veränderung im Land durch den neuen Premierminister wurden viele Christen von islamischen Gruppen und einigen ethnischen Gruppen wegen ihres Glaubens angegriffen. In Teilen der Ogaden-Region und in Süd- und Ost-Oromia wurden Hunderte von Christen wegen ihres Glaubens angegriffen. Dabei wurde Eigentum beschädigt, und einige mussten ihre Häuser verlassen.
- Ähnlich den Vorfällen in der Region Ogaden im August 2018 wurden im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2020 viele Kirchen angegriffen und zerstört. Viele orthodoxe Kirchen wurden während der ethnischen Spannungen im Oktober 2019 zur Projektionsfläche des Zorns.
  In einigen Teilen der östlichen und südlichen Oromia-Region besteht die Auffassung, dass Amhara orthodox und orthodox Amhara bedeutet; was nicht unbedingt stimmt. Daher wirkt sich jeder ethnische Konflikt in diesen Teilen Oromias oft auf die orthodoxe Kirche aus. So wurden aufgrund dieser Wahrnehmung viele Kirchen angegriffen und zerstört. Gerüchte führten auch zur Zerstörung von Kirchen und kirchlichem Eigentum im südlichen Teil Äthiopiens. Es wurde berichtet, dass am 9. Februar 2019 mindestens 10 Kirchen in der Stadt Alaba Kulito in Brand gesteckt wurden. Auslöser für dieser Angriffe war ein Gerücht, demzufolge eine oder mehrere Moscheen in der Gegend niedergebrannt worden waren. Dies entsprach jedoch nicht der Wahrheit.
- Bei den oben erwähnten Angriffen auf Kirchen wurde auch Eigentum von Christen beschädigt und zerstört, wie z. B. Geschäfte und Motorräder. Die Instabilität im Land hat die Christen in einigen Gebieten besonders verwundbar gemacht. In einigen Teilen der Regionen Oromo, SSNP und Amhara wurden auch christliche Häuser und Geschäfte überfallen, geplündert und bis auf die Grundmauern niedergebrannt.

7. Verfolgungssituation für Frauen und Männer

Wie Frauen Verfolgung erfahren:

- Entführung
- Ausschluss aus der Gemeinschaft
- Verweigerung des Sorgerechts für Kinder
- Beschlagnahme von Erbschaft und Besitz
- Diskriminierung/Schikanierung im Bildungsbereich
- Zwangsscheidung
- Zwangsverheiratung
- (Haus-)Arrest durch die Familie
- Körperliche Gewalt
- Sexuelle Gewalt

Die Verfolgung von christlichen Frauen in Äthiopien erfolgt oft in Form von Entführung und Zwangsheirat mit einem Nichtchristen. Aufgrund der Tatsache, dass Entführung und Zwangsheirat weiterhin gang und gäbe sind, obwohl sie 2016 per Gesetz verboten wurden, erregen solche Vorfälle allgemein kaum Aufsehen. Zwangsverheiratungen von Mädchen im Alter von nicht mehr als elf Jahren kommen nach wie vor relativ häufig vor, und Quellen belegen, dass dies besonders in ländlichen Gebieten geschieht. Vor allem in diesen Gebieten werden christliche Teenager (und insbesondere Konvertitinnen) gezwungen, einen andersgläubigen Mann zu heiraten. Das geschieht entweder nach einer Entführung oder im Rahmen einer von ihrer Familie arrangierten Heirat. Nach ihrer „Eheschließung“ wird von der christlichen Frau erwartet, dass sie die Religion ihres neuen Mannes annimmt.

Auch Vergewaltigung (ohne damit einhergehende Zwangsheirat) ist ein wirksames Mittel, um eine christliche Frau oder ein christliches Mädchen zu bestrafen. Die Folge ist, dass die Gemeinschaft sie isoliert, sie nicht mehr heiraten oder eine Ausbildung machen kann und ihre Familie unter der Schande leidet.

Eine der häufigsten Formen der Verfolgung von Konvertitinnen besteht darin, dass die Familienmitglieder sie vom Rest der Familie isolieren. Manchen Christinnen wird außerdem die Teilnahme an Gottesdiensten oder anderen christlichen Treffen untersagt. Das gilt besonders für bei den Eltern lebende Kinder (auch wenn sie bereits volljährig sind). Es kommt auch vor, dass Bekehrte häusliche Gewalt erleiden, aus dem Elternhaus vertrieben werden und Morddrohungen erhalten.

Wenn eine verheiratete muslimische Frau zum Christentum konvertiert, ist höchstwahrscheinlich Scheidung die Folge. Selbst wenn ihr Ehepartner keine Scheidung anstrebt, wird die Familie ihn dazu drängen, um den Familiennamen und ihre Kinder vor „verderblichen Einflüssen“ zu schützen.

In Gegenden, in denen das Christentum eine Minderheitsreligion ist, findet eine (de facto) Scheidung am ehesten außerhalb der Gerichtssäle statt; die Ältesten, die einem Stammesgericht vorstehen, sehen den christlichen Glauben als gefährliche Abweichung und sprechen das Sorgerecht in aller Regel dem anderen Ehepartner zu, um die Ausbreitung des christlichen Glaubens in der Gemeinschaft zu verhindern.

Christen haben oft Schwierigkeiten, nach ihrer Bekehrung ihre Erbansprüche geltend zu machen; Berichten zufolge betrifft dies hauptsächlich Frauen. Von den 79 % der Bevölkerung, die in ländlichen Gebieten leben, wird das Erbe als eine der wichtigsten Sicherungen des Lebensunterhalts angesehen. Über der Anwendung des Erbrechts wachen generell offizielle staatliche Institutionen, sodass bei diesen Vorgängen kaum religiöse Diskriminierung stattfindet. (Eine religiöse Bekehrung würde nicht als ausreichender Grund für Eltern angesehen, ihre Kinder zu enterben). In Gebieten, in denen noch traditionelle Systeme vorherrschen, oder in den vielen Fällen, die nicht den offiziellen staatlichen Prozess durchlaufen, ist der Ausschluss einer Person aus der Gemeinschaft unmittelbar mit der Enterbung verknüpft.

Wie Männer Verfolgung erfahren:

- Diskriminierung/Schikanierung im Bildungsbereich
- Vertreibung aus Wohnung/Wohnhaus
- Erzwungene Flucht aus Stadt oder Land
- Inhaftierung durch die Behörden
- Körperliche Gewalt

Christliche Männer in Äthiopien sind häufiger Opfer von körperlichen Übergriffen und Vertreibung als Frauen und Mädchen. Kulturell gesehen wird von den Familien erwartet, dass Jungen in schwierigen Zeiten helfen, daher wird es als strategisch sinnvoll angesehen, Männer und Jungen anzugreifen. Außerdem kommt es Berichten zufolge vor, dass Neubekehrte aufgrund ihres Glaubens aus ihren Häusern und Dörfern vertrieben und in ein anderes Gebiet verschleppt werden.

Auch die Regierung spielt eine Rolle bei der religiösen Verfolgung von Männern. Im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2020 wurden sieben Männer aus Hara wegen der Ausübung ihres christlichen Glaubens zu Gefängnisstrafen verurteilt. In anderen Fällen wurden Haftstrafen wegen Teilnahme an einer religiösen Ausbildung verhängt.

Darüber hinaus gibt es zahlreiche Fälle und Vorwürfe der Einmischung der Regierung in kirchliche Wahlen und Ernennungen. Da Gemeindeleitungen hauptsächlich aus Männern bestehen, betrifft diese Art von Verfolgung hauptsächlich bekannte christliche Männer. Die Anschuldigungen richten sich gegen fast alle Leiter der großen Kirchen des Landes, denen vorgeworfen wird, der Regierung nahe zu stehen und Ernennungen aufgrund von Regierungseinfluss zu erhalten. In letzter Zeit werden jedoch Reformen diskutiert, und es besteht die Hoffnung, dass dies in den kommenden Jahren weniger häufig vorkommen wird.

8. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Es gibt einige wenige religiöse Minderheiten im Land. Doch auch sie betrifft die Gesetzgebung bezüglich des Rundfunks, der Rolle von Religion in der Bildung und der Zivilgesellschaft. Im Allgemeinen verlangen die Regelungen zur Zivilgesellschaft einen Antrag auf Registrierung von jeder religiösen Gruppe mit Ausnahme orthodoxer, katholischer, muslimischer und jüdischer Gemeinschaften. Darüber hinaus sieht das Registrierungsgesetz eine Mindestzahl von 50 Personen für die Registrierung als Religionsgemeinschaft vor und mindestens fünfzehn Personen für die Registrierung eines Dienstes oder Vereins. Diese Anforderungen haben in ihrer jetzigen Form keine Auswirkungen auf christliche Konfessionen – im Gegensatz zu religiösen Minderheiten, vor allem der jüngeren Gemeinschaften: Mormonen und Zeugen Jehovas ringen in einigen Gegenden, wo ihre Zahl unter 50 bleibt, um einen eigenen Versammlungsort.

9. Der Ausblick für Christen

Islamische Unterdrückung

Die Herausforderung durch radikale Elemente in der muslimischen Gemeinschaft (z. B. die Zerstörung von Kirchen und die Tötung von Christen in der Ogaden-Region) wird wahrscheinlich auch in Zukunft eine Gefahr für die Christen bleiben.

Konfessioneller Protektionismus

Äthiopien hat fortlaufend Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Konfessionen erlebt. Das schmälert die Möglichkeit einer einheitlichen christlichen Antwort auf die Herausforderung der Verfolgung. In dieser Hinsicht beschuldigt und verfolgt die EOC rücksichtslos protestantische Christen. Nach Ansicht einiger Hardliner arbeitet der Protestantismus daran, die EOC zu demontieren. Einige ultrakonservative orthodoxe Christen sind auch gegen den neuen Premierminister, weil er Protestant ist. Es ist zu befürchten, dass der christliche konfessionelle Protektionismus eine immer größere Rolle spielen wird, da einige Mitglieder der EOC auch die Religion im Land politisieren.

Diktatorische Paranoia

Diese Verfolgungstriebkraft verliert rapide an Bedeutung. Der neue Premierminister hat einige der Beschränkungen aufgehoben, die der Zivilgesellschaft und den Kirchen auferlegt worden waren. Zumindest auf nationaler Ebene ist diese Triebkraft dadurch weniger offensichtlich. Auf regionaler Ebene ist die Entwicklung jedoch nicht so positiv wie viele gehofft hatten. In einigen Regionalstaaten sind wirksame Reformen ausgeblieben. Da die laufenden Reformen zudem durch ethnische Konflikte bedroht sind, ist es wahrscheinlich, dass der neue Premierminister hart durchgreifen wird. Sollte dies geschehen, könnte dies zu Beeinträchtigungen der Religionsfreiheit im Allgemeinen führen.

Ethnisch oder traditionell begründete Anfeindungen

In Gebieten, in denen die Mehrheit der Bevölkerung einer bestimmten ethnischen Gruppe angehört (z.B. Somali und Afar), bedeutet die Abkehr vom Islam auch, der eigenen ethnischen Gruppe, ihrer Kultur und ihren Werten den Rücken zu kehren. Diese Gruppen verfügen über großen politischen Einfluss. Wenn die Regierung also keinen Mechanismus entwickelt, mit dem sie den Schutz der Religionsfreiheit (insbesondere das Recht auf Verkündigung, Gottesdienst und Glaubenswechsel) durchsetzen kann, wird diese Triebkraft auch in Zukunft eine Ursache für Verfolgung sein.

zurück zur Länderübersicht

Malaysia: Platz 40

Zusammenfassung

Christen muslimischer Herkunft werden in Malaysia am stärksten verfolgt, da von jedem ethnischen Malaien erwartet wird, muslimisch zu sein. Wer davon abweicht, richtet sich nicht nur gegen die Verfassung, sondern auch gegen die Gesellschaft insgesamt und natürlich gegen Familie und Nachbarschaft. Katholiken und Methodisten werden von den Behörden und Nichtregierungsorganisationen beobachtet, aber gegen protestantische Freikirchen wird häufiger vorgegangen, da diese dazu neigen, ihren Glauben aktiver zu bezeugen.

Beispiele aus dem aktuellen Berichtszeitraum

- Am 3. April 2019 veröffentlichte die malaysische Menschenrechtskommission SUHAKAM ihren Bericht über das Verschwinden von Pastor Raymond Koh, der am 13. Februar 2017 am helllichten Tag von unbekannten Angreifern entführt wurde. Im Bericht wird die Sonderabteilung der Polizei beschuldigt, an der Entführung beteiligt gewesen zu sein. Diesem Vorwurf wird nun von einer Untersuchungskommission nachgegangen.
- Wenn ein Glaubenswechsel zum christlichen Glauben bekannt wird, wird der Christ in der Regel entweder bei den islamischen Behörden angezeigt oder einfach aus der Gemeinschaft ausgeschlossen. Konvertiten werden von der Erbschaft ausgeschlossen und die Inanspruchnahme des Sorgerechts ist für den nichtmuslimischen Ehepartner ein Problem. Es gibt jedoch auch Fälle, in denen Konvertiten von ihren Familien akzeptiert werden und diese ebenfalls Christen werden. Bei Christen mit hinduistischem oder buddhistischem Hintergrund geht der Druck eher von den Familien aus, da sich die Regierung ausschließlich mit der Konversion von Muslimen befasst.

---

1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit 62 Punkten belegt Malaysia im Weltverfolgungsindex 2020 Platz 40.

Im Weltverfolgungsindex 2019 erreichte das Land 60 Punkte und stand damit auf Platz 42. Das war ein Rückgang von 5 Punkten im Vergleich zum Weltverfolgungsindex 2018 und war dem überraschenden Ausgang der Wahlen zu verdanken. Am stärksten sanken damals die Wertungen für Druck in den Bereichen „Leben im Staat“ und „Kirchliches Leben“, es wurde aber auch weniger Gewalt gegen Christen gemeldet. Vor allem Minderheiten wie Christen, Hindus und Buddhisten setzten Hoffnung in die neue Regierung, doch diese musste viele ihrer Initiativen zurückstellen und behielt die Politik der Bevorzugung muslimischer Malaien bei.

Diese teilweise enttäuschten Hoffnungen spiegeln sich in der Erhöhung um zwei Punkte im Weltverfolgungsindex 2020 gegenüber dem Vorjahr wider. Christen und andere Minderheiten sind besonders enttäuscht und fühlen sich immer noch unsicher, seit drei christliche Mitarbeiter und ein

muslimischer Aktivist im November 2016 und Februar 2017 trotz aller Bemühungen der Regierung um Aufklärung spurlos verschwunden sind. Außerdem lassen sich Gesetze schneller ändern als Denkweisen, sodass eine echte Veränderung für Christen in der Gesellschaft nur langsam zu erkennen sein wird – wenn überhaupt. Die bereits bestehende Kluft zwischen Ost- und West-Malaysia hat sich vertieft, besonders im Fall des Staates Sarawak, der immer noch eine relative christliche Mehrheit hat.

2. Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung

Malaysia hat den Ruf, das wahrscheinlich beste Vorbild für ein liberales und tolerantes islamisches Land zu sein. Dieses Bild hat sich in den letzten Jahren jedoch verflüchtigt. Ein Beispiel dafür sind die fortgesetzten Bemühungen der Regierung, das Scharia-Strafrecht („Hudud“) im Bundesstaat Kelantan einzuführen. Die konservative muslimische „Islamische Partei Malaysias“ (PAS), die den Staat Kelantan regiert, forderte unmittelbar nach den Wahlen im Mai 2018 erneut die Einsetzung des Scharia-Strafrechts.

Nach der Verfassung ist das Scharia-Recht nicht dem Zivilrecht gleichgestellt, aber in der Praxis gilt dies nicht mehr. Dies zeigt sich vor allem in Fällen von Scheidung und Sorgerechtsstreit: Zivilgerichte entscheiden häufig zugunsten der nichtmuslimischen Mutter des Kindes, weshalb Väter manchmal zum Islam übertreten, denn wenn sie nun das Sorgerecht vor Scharia-Gerichten einfordern, wird es ihnen gewährt. Die Polizei zieht es vor, die Entscheidungen der Scharia-Gerichte umzusetzen, da dies weniger Probleme verursacht.

Es ist Christen verboten, das Wort „Allah“ (das normale Wort für „Gott“ auf Malaiisch) zu verwenden, nachdem das Oberste Gericht im Januar 2015 das Urteil gegen eine katholische Zeitung bestätigt hat. Dem folgen nun weitere Gerichtsverfahren, beispielsweise im Bundesstaat Sabah. Der Fall dort ist noch offen, da zuerst die Frage des Zugangs zu Regierungsdokumenten geklärt werden muss.

Verleumdungen aus religiösen Gründen sind nach wie vor üblich. Im Wahlkampf 2018 wurde einer christlichen Politikerin vorgeworfen, eine „rein missionarische Agenda“ zu verfolgen. Ein weiteres Zeichen dafür, dass die Gesellschaft immer stärker auf islamische Einflüsse reagiert, ist die Tatsache, dass viele Geschäfte beschlossen haben, keine Bilder von Hunden in Dekorationen zum chinesischen Neujahrsfest auszustellen. Nach dem chinesischen Kalender begann im Februar 2018 das Jahr des Hundes, das Tier gilt im Islam aber als unrein.

Diktatorische Paranoia

Während „Diktatorische Paranoia“ in Malaysia sicherlich nur eine sekundäre Triebkraft der Verfolgung ist, ist sie dennoch relevant für das Verständnis der Situation des Landes. Sie spielte auf jeden Fall eine Rolle bis zu den Wahlen 2018, also solange die Barisan-Nasional-Koalition das Land regierte. Diese Koalition bestand aus der großen muslimischen UMNO-Partei im Bündnis mit kleineren chinesischen und indischen Parteien und musste sich jahrelang mit keiner Opposition auseinandersetzen. So betonte die UMNO erneut ihre Politik der Bevorzugung der malaiischen Bevölkerung (statt einer Politik der Gleichberechtigung) und spielte zunehmend religiöse und rassistische Karten aus, um an der Macht zu bleiben. Diese Triebkraft der Verfolgung könnte jedoch durchaus fortbestehen, da Premierminister Mahathir ursprünglich für die Entwicklung der gesamten Idee der Vorzugsbehandlung verantwortlich war. Wenn seine aktuelle Politik nicht schnell genug die Ergebnisse liefert, die die Wähler sehen wollen,

könnte die Diktatorische Paranoia wiederaufleben, insbesondere nachdem die Parteien UMNO und PAS, die beide für malaiisch-muslimische Dominanz und Vorzugsbehandlung eintreten, ihre Zusammenarbeit angekündigt haben. Deshalb wird diese Triebkraft immer noch erwähnt.

3. Verfolger

Ausgehend von Islamischer Unterdrückung

- **Nichtchristliche religiöse Leiter und Anführer ethnischer Gruppen:** Verschiedene muslimische Nichtregierungsorganisationen sehen sich als „Helden des Islam“ und ihnen war die Unterstützung der ehemaligen Regierung sicher. Manchmal schüren sie mit ihren Aussagen und Handlungen ethnische Konflikte und religiöse Diskriminierung. Sie erinnern die Bürger immer wieder daran, dass Malaie zu sein, bedeutet, Muslim zu sein, und warnen manchmal vor angeblichen christlichen Missionsversuchen.
- **Die eigene (Groß-)Familie:** Bei Christen muslimischer Herkunft geht die stärkste Verfolgung nach wie vor von Familienangehörigen aus, da das Verlassen des ursprünglichen Glaubens als Schande empfunden wird und sie außerhalb der ethnischen und religiösen Gemeinschaft stellt. Der soziale Druck auf die Familie, den Konvertiten wieder zurück zum Islam zu bringen, ist ebenfalls hoch.
- **Regierungsbeamte:** Die Verfassung verbietet Malaien den Wechsel zu anderen Religionen und begrenzt die Verbreitung nichtmuslimischer Religionen. Regierungsbeamte streben daher danach, die islamischen Richtlinien zum Nachteil nichtmuslimischer Minderheiten aufrechtzuerhalten und wenn möglich auszubauen. Die neue Regierung hat noch keine Veränderungen in Bezug auf mehr Gleichheit für religiöse und ethnische Minderheiten gebracht**.**
- **Politische Parteien:** Politische Parteien wie UMNO und PAS verteidigen und schützen den Islam. Es war zum Beispiel die PAS, welche die Einführung des Hudud-Gesetzes in Kelantan vorschlug. Diese Parteien säen Zwietracht und Hass gegen Christen. UMNO und PAS nutzen Religion, um Unterstützung von den Malaien zu bekommen, jetzt noch mehr von den Oppositionsbänken. Es bleibt abzuwarten, was ihr Zusammenschluss gegen die amtierende Regierung der Pakatan-Harapan-Koalition für Christen und andere religiöse Minderheiten bedeutet. Es könnte sein, dass politische Parteien in Zukunft noch stärkere Verfolger werden.
- **Ideologische Interessengruppen:** Die meisten Lobbygruppen konzentrieren sich darauf, die ethnische Dominanz des malaiischen Volkes zu erhalten. Im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2020 war eine islamische Gruppe namens ISMA sehr aktiv, die sich ebenfalls für den Schutz des Islam einsetzte. Zwei Beispiele: a) Sie rief zu Maßnahmen gegen eine Briefmarkenserie der malaiischen Post auf, die Gotteshäuser, darunter ein historisches Kirchengebäude in Penang, zeigt. b) Sie warnte vor einer Agenda der Christianisierung durch die christliche Minderheit.

Ausgehend von Diktatorischer Paranoia

- **Regierungsbeamte:** Die islamistische Partei PAS hat in zwei Staaten Malaysias eine Mehrheit, und obwohl die Bundesverwaltung jetzt eine neue Regierung hat, bedeutet dies nicht, dass die Beamten schnell umdenken. Dies gilt insbesondere für die Verwaltung der religiösen Angelegenheiten**.**
- **Politische Parteien:** Die Punkte, die oben unter „Verfolger ausgehend von Islamischer Unterdrückung“ aufgeführt sind, gelten auch hier.

4. Regionale Brennpunkte der Verfolgung

Es gibt keine Brennpunkte der Verfolgung von Christen in Malaysia. Allerdings konzentriert sich die islamische Missionsarbeit unter Christen („dawah“) – vor allem unter den Bumiputra – auf Ostmalaysia. Begünstigt durch die Zahl der einwandernden Muslime ist die Religionszugehörigkeit im Staat Sabah bereits seit einigen Jahren nicht mehr überwiegend christlich.

5. Betroffene Christen

Um den christlichen Glauben in Malaysia besser zu verstehen, ist an dieser Stelle eine zusätzliche Erklärung erforderlich. Im Fall Malaysias kann es hilfreich sein, nach geografischer Verteilung und Herkunft zu unterscheiden. Die Mehrheit der Christen hat einen Bumiputra-Hintergrund, was wörtlich übersetzt „Söhne des Bodens“ bedeutet und meint, dass sie zum Land gehören und von den Ureinwohnern abstammen. Aus Sicht der Regierung kommen die Bumiputra für die Förderpolitik in Form von vergünstigten Häusern, Stipendien usw. infrage, aber in der Praxis gilt dies nur, solange sie keine Christen sind. Wenn sie Christen werden, werden ihnen ihre Privilegien schnell entzogen. Christen, die keine Bumiputra sind, kommen hauptsächlich aus den ethnischen Minderheiten der Chinesen und Inder und gehören zu einer Vielzahl verschiedener Konfessionen, deren Gemeinden von kleinen Hauskirchen bis hin zu Megakirchen reichen.

Schließlich ist auch die geografische Verteilung wichtig. Die meisten Bumiputra-Christen leben in den Bundesstaaten Sabah und Sarawak; letzterer hat immer noch eine relative christliche Bevölkerungsmehrheit. Diese Staaten bilden Ostmalaysia und befinden sich auf der Insel Borneo (die mit Brunei und Indonesien geteilt wird). Um diese Lage noch komplexer zu machen: Viele Bumiputra wandern aus Bildungsgründen oder wirtschaftlichen Gründen nach Westmalaysia ab, wo es für sie besonders schwer ist, ihrem christlichen Glauben treu zu bleiben. Christen mit muslimisch-malaiischem Hintergrund vervollständigen das Bild der malaysischen Kirche. Diese Christen sind einem hohen Maß an Verfolgung ausgesetzt, da sie nicht nur ihren Glauben verlassen haben, sondern diese Entscheidung auch als ein Handeln gegen ihre eigene Ethnie und Nation angesehen wird.

Ausländische Christen

Es gibt viele Nationalitäten, die ihre eigenen christlichen Gemeinschaften haben und sich selbst versorgen. Manchmal müssen sie sich einen legalen Status erkämpfen, aber im Grunde sind sie frei, ihren Glauben zu leben, solange sie innerhalb ihrer Mauern bleiben. Nepalesische und vietnamesische Christen schließen sich in den meisten Fällen den traditionellen christlichen Gemeinschaften an.

Christen aus traditionellen Kirchen

Beispiele sind römisch-katholische, anglikanische, methodistische oder lutherische Kirchen und die protestantische Kirche in Sabah. Diese sind weniger von Verfolgung betroffen als Christen aus protestantischen Freikirchen oder Konvertiten, aber sie leiden unter Diskriminierung.

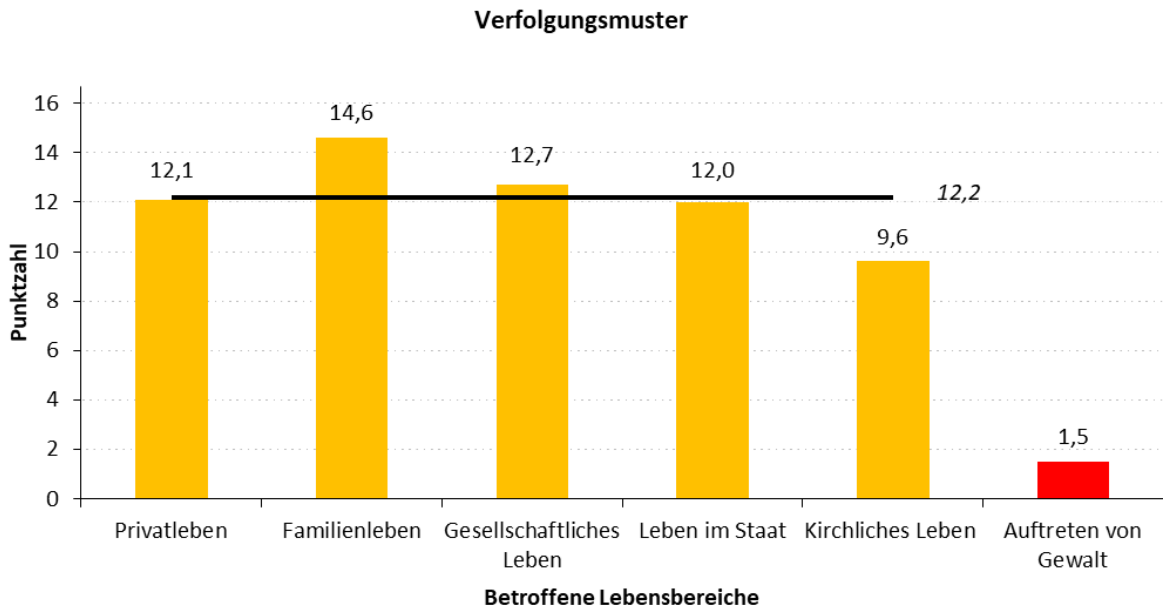
Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

Christen mit muslimischem Hintergrund leiden am meisten unter Verfolgung, nämlich durch Familie, Freunde, Nachbarn und Behörden.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Beispiele sind evangelikale, baptistische und Pfingstgemeinden, Assemblies of God, die Heilsarmee, Sabah Injil Borneo und andere. Oft haben diese Gemeinden mit Überwachung, Diskriminierung, Einschüchterung und Belästigung zu kämpfen.

6. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Malaysia

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Insgesamt nahm der Druck auf Christen in Malaysia in allen Lebensbereichen zu, sodass der durchschnittliche Druck von 11,7 Punkten im Weltverfolgungsindex 2019 auf 12,2 Punkte im Weltverfolgungsindex 2020 stieg.
- Der Druck ist extrem und am stärksten im Lebensbereich „Familienleben“ und hat ein sehr hohes Ausmaß in den Bereichen „Gesellschaftliches Leben“, „Privatleben“ und „Leben im Staat“. Der Druck im Familienleben, gesellschaftlichen Leben und Privatleben verdeutlicht die Probleme der Christen muslimischer Herkunft und mit anderem religiösen Hintergrund, die auch von der Islamisierungspolitik des Landes ausgehen. Der Druck durch die Triebkraft „Islamische Unterdrückung“ ist in allen Bereichen vorhanden. Konservative islamische Gruppen und Parteien sind in Malaysia nach wie vor stark vertreten.
- Der Wert für den Bereich „Auftreten von Gewalt“ blieb auf dem Stand des Vorjahrs (1,5 Punkte). Abgesehen von der Entführung einiger Christen in den letzten Jahren war die Verfolgung in Malaysia selten gewalttätig. Pastor Joshua Hilmy und seine Frau Ruth werden seit mehr als zwei Jahren vermisst, nachdem sie aus ihrem Haus im Bundesstaat Selangor verschwunden sind. Pastor Raymond Koh wurde während einer Fahrt auf einer viel befahrenen Straße in Petaling Jaya entführt und wird seit Februar 2017 vermisst. Sein Aufenthaltsort ist

noch immer unbekannt und nach den Erkenntnissen der Menschenrechtskommission des Landes war eine Spezialeinheit der Polizei an der Entführung beteiligt.

Zu jedem der Lebensbereiche sind im Folgenden jeweils ausgewählte Teilaspekte genannt, die im betreffenden Lebensbereich für die Christen zu den gravierendsten Schwierigkeiten gehören.

Privatleben

- **Glaubenswechsel wird abgelehnt, verboten oder strafbar gemacht:** Nach dem Gesetz dürfen sich malaiische Muslime in keinem Staat außer in Sarawak vom Islam abwenden, um einen anderen Glauben anzunehmen. Die „Islamische Partei Malaysias“ (PAS) will den Abfall vom Glauben mit dem Tod bestrafen, war aber bisher nicht erfolgreich. Im Februar 2018 gab es in Sarawak ein Gerichtsverfahren wegen Apostasie, das Christen und besonders Christen muslimischer Herkunft schwer enttäuschte. Das Gericht entschied, dass Apostasiefälle nicht vor Zivilgerichten, sondern nur vor Schariagerichten verhandelt werden können.
- **Es ist für Christen riskant, ihrem Glauben in schriftlicher Form persönlich Ausdruck zu verleihen:** Es hat Auswirkungen, wenn ein Christ mit muslimischem Hintergrund seinen Glauben in einem Blog oder auf Facebook offenbart. Die Familie ist in der Regel die erste, die handelt, indem sie alle familiären Bindungen löst. Manchmal bringen Beamte Christen mit muslimischem Hintergrund weg, um sie zum Islam zurückzuführen.
- **Es ist für Christen riskant, christliche Bilder oder Symbole zu zeigen:** Da Muslime, die den christlichen Glauben annehmen, als Abtrünnige angesehen werden, ist es für sie sehr riskant, ihren Glauben zu offenbaren. Sie können bestraft werden oder in ein islamisches Läuterungszentrum geschickt werden, wo sie unter Druck gesetzt werden, zum Islam zurückzukehren. Es ist bekannt, dass Konvertiten von einem Tag auf den anderen verschwinden und niemand ihren Aufenthaltsort kennt. Es gibt sogar eine Richtlinie der Fatwa-Abteilung, nach der Weihnachtsbäume und andere Dekorationen, die dazu dienen sollen, Weihnachtsfeiern auf der ganzen Welt zu symbolisieren, nicht verwendet werden sollten, wenn ein Muslim vorhat, an einer Weihnachtsveranstaltung teilzunehmen. Sie verbietet Muslimen auch, an Weihnachtsfeiern teilzunehmen, die religiöse Lieder oder die Verwendung des Kreuzes oder „Sprache oder Gesten in Form eines Lobes für die nichtmuslimische Religion“ enthalten. Es wurde jedoch nicht erwähnt, welche Folgen eine Nichtbeachtung der Vorschriften haben würde.
- **Es ist für Christen riskant, über ihren Glauben mit anderen als den engsten Familienmitgliedern zu sprechen:** Da kein Malaie vom Islam konvertieren darf, sind Diskussionen über den Glauben immer mit dem Risiko behaftet, als Evangelisation angesehen zu werden. Es ist auch möglich, dass Christen – oder sogar Atheisten – wegen eines solchen Themas der „Beleidigung des Islam“ beschuldigt werden. Für Christen muslimischer Herkunft sind Glaubensdiskussionen naturgemäß mit einem viel höheren Risiko verbunden, da sie dazu führen können, dass die eigene Konversion entdeckt wird.

Malaiische Konvertiten können an keinen öffentlichen kirchlichen Aktivitäten teilnehmen. Wenn sie dies tun, riskieren sie, von den Behörden gefasst zu werden, und die Gemeinde, die sie besucht haben, muss mit schwerwiegenden Folgen rechnen. Deshalb versammeln sich Christen muslimischer Herkunft heimlich in ihren Häusern zu all ihren christlichen Aktivitäten, fern von den neugierigen Augen der Regierung, des sozialen Umfelds und der registrierten Kirchen. Folglich müssen sie sich sehr gut überlegen, in welcher Weise sie Gott anbeten, besonders, wenn sie die einzigen Christen in ihrer

Familie sind. Bibeln und andere christliche Materialien müssen sorgfältig versteckt werden und können nur mit großer Vorsicht verwendet werden, da fromme muslimische Familien dies nicht tolerieren.

Familienleben

- **Christliche Kinder werden auf irgendeiner Bildungsstufe dazu gedrängt, christenfeindlichen oder Religionsunterricht der Mehrheitsreligion zu besuchen:** Es ist durchaus üblich, dass an staatlichen Schulen Pflichtfächer wie „Tamadun-Islam“ (Islamische Zivilisation), „Sejarah-Islam“ (Geschichte des Islam) oder „Sastera Melayu“ (Malaiische Literatur) unterrichtet werden. Nichtmuslimische Kinder müssen diese Fächer als Pflichtfächer belegen. Es ist auch üblich, dass Kinder der indigenen Stämme in Malaysia („Orang Asli“) zum Besuch des religiösen/arabischen Unterrichts gedrängt werden. Pläne, malaiisch-arabische Kalligrafiekurse namens „Khat“ – und damit das Schreiben von Koranversen – in allen Schulen verpflichtend vorzuschreiben, sorgten für Unruhe in den Gemeinschaften der Minderheiten. Nach heftigen Protesten wurde „Khat“ zum Wahlfach erklärt.
- **Bestattungen von Christen werden behindert oder zwangsweise mit nichtchristlichen Riten durchgeführt:** Da die Meldebehörde auch Sterbeurkunden ausstellt, sind Beerdigungen ein Problem für Christen muslimischer Herkunft. Wenn Aufzeichnungen zeigen, dass die verstorbene Person als Muslim registriert war, informieren die Behörden die islamische Religionsbehörde. Wenn die Bestattungsrituale nicht gemäß dem Islam gefeiert werden, hat diese islamische Behörde das Recht, der nichtmuslimischen Familie den Leichnam wegzunehmen, damit islamische Riten für den Verstorbenen durchgeführt werden können.
- **Kinder von Christen werden wegen des Glaubens ihrer Eltern belästigt oder diskriminiert:** Kinder von Christen muslimischer Herkunft müssen in Schulen den islamischen Unterricht besuchen und es gibt Berichte, dass christliche Kinder unter Druck gesetzt werden, zum Islam zu konvertieren. Manchmal müssen Eltern, die den christlichen Glauben angenommen haben, ihre Kinder aus der Schule nehmen, da sie versehentlich über den Glauben ihrer Eltern sprechen könnten. Kinder von Christen werden häufig wegen des Glaubens ihrer Eltern schikaniert und diskriminiert.
- **Christliche Ehepartner von Nichtchristen werden von dem Recht oder der Möglichkeit ausgeschlossen, das Sorgerecht für die Kinder in Scheidungsfällen zu beanspruchen:** Nach dem Gesetz werden Kinder von Paaren mit einem muslimischen Elternteil (entweder durch Geburt oder Bekehrung) automatisch als Muslime registriert. Es gab in Sabah viele solcher Fälle unter indigenen Christen. Als Bumiputras haben die meisten von ihnen das Wort „bin“ oder „binti“ in ihrem Namen, was die Beamten dazu veranlasst, zu glauben, sie seien Muslime. So tragen sie den Islam als Religionszugehörigkeit in die „MyKads“ (Ausweispapiere) ein. Dies war eines der Hauptprobleme, mit denen Bumiputra-Christen konfrontiert waren, aber einige von ihnen entschieden sich, nicht darum zu kämpfen, da solche Prozesse langwierig und mühsam sind und bisher nur selten zum gewünschten Ergebnis geführt haben. Jeder Malaysier hat einen Personalausweis und seine Religion wird von der bundesstaatlichen Registrierungsstelle auf dieser Karte vermerkt. Ist ein Bürger einmal als Muslim registriert, kann dies nur nach langen Gerichtsverfahren geändert werden – ohne große Erfolgsaussichten. In einem richtungsweisenden Urteil vom Januar 2018 erklärte das Bundesgericht, dass für den Glaubenswechsel eines Minderjährigen die Zustimmung beider Elternteile erforderlich sei, sodass der einseitige Glaubenswechsel von Kindern nicht mehr zulässig sei. Diese Entscheidung wurde im Oktober 2018 in einem weiteren Fall bekräftigt und erhöht den Druck auf die neue Regierung, Gesetzeslücken trotz des Drucks islamisch-extremistischer Gruppen

und Parteien zu schließen. Allerdings gibt es auf regionaler Ebene Bestrebungen, dieses Gerichtsurteil aufzuheben, beispielsweise im Bundesstaat Selangor.

Malaysia scheint das einzige Land der Welt zu sein, in dem ein Glaubenswechsel auch die ethnische Zugehörigkeit verändert. Es gibt Berichte über Fälle, in denen Kinder von konvertierten Einheimischen plötzlich behaupteten, muslimische Malaien zu sein, obwohl ihre tatsächliche Ethnie Iban ist. Auf die Frage, warum, antworteten sie: „Weil unsere (muslimischen) Lehrer es uns gesagt haben!“

Einige Christen aus indigenen Stämmen, besonders in Sabah, werden durch Betrug dazu gebracht, zum Islam zu konvertieren. Um finanzielle Hilfe von der Regierung anzunehmen, gaben einige von ihnen ihren Personalausweis ab und unterschrieben ein Formular, ohne zu wissen, dass dies eine Übertrittserklärung zum Islam war. Als sie ihren Ausweis zurückbekamen, stellten sie fest, dass ihre Religionszugehörigkeit zu „muslimisch“ geändert worden war. Als sie versuchten, dies rückgängig zu machen, wurde ihnen von der Bundesregistrierungsbehörde gesagt, dass ihr religiöser Status nur geändert werden kann, wenn die Scharia-Gerichte eine Genehmigung erteilen. Das ist jedoch unmöglich zu erreichen.

Verheiratete Christen mit muslimischem Hintergrund können auch zur Scheidung gezwungen werden und ihr Erbrecht verlieren, sobald sie entdeckt werden. Die Organisation einer Taufe, einer christlichen Hochzeit oder einer Beerdigung kann schwierig oder sogar unmöglich werden. Christen muslimischer Herkunft können von ihren Familien isoliert oder aus dem Haus ihrer Familie vertrieben werden oder sogar in islamische Läuterungslager (d. h. Umerziehungslager) geschickt werden, obwohl dies selten geschieht.

Gesellschaftliches Leben

- **Christen müssen aus religiösen Gründen mit finanziellen Nachteilen oder Geldstrafen rechnen:** Zur malaysischen Politik der Bevorzugung indigener Malaien gehört, dass diese einen Preisnachlass von zehn Prozent erhalten, wenn sie Immobilien kaufen, während andere den vollen Preis zahlen müssen. Dies kann als indirekte Dschizya-Steuer angesehen werden, soweit chinesische und indische Christen betroffen sind, da sie keinen Anspruch auf solche Leistungen haben. Muslime sind auch von bestimmten Steuern befreit, weil sie die Zakat und eine reduzierte Einkommenssteuer zahlen, während andere die volle Einkommenssteuer zahlen müssen**.**
- **Christen werden in der öffentlichen oder privaten Arbeitswelt aus religiösen Gründen diskriminiert:** Es hat immer eine Diskriminierung von Nichtmalaien und eine Bevorzugung von Malaien in der öffentlichen Arbeitswelt gegeben, aber die neue Regierung hat Hoffnungen auf einen möglichen Wandel geweckt, indem sie einige Christen trotz heftigen Widerstands der islamisch-malaiischen Parteien und Organisationen in höhere Staatspositionen berufen hat. Beispiele für diesen Ansatz waren die Berufungen von Nichtmalaien und Nichtmuslimen, als Justizminister, Generalstaatsanwalt und Oberster Richter zu fungieren. Dies hat zu dem Vorwurf geführt, dass die muslimische Sache verloren ist und Malaysia nun „christianisiert“ wird. Was private Unternehmen (beispielsweise im Besitz chinesischer Christen) betrifft, so ist gesetzlich vorgeschrieben, dass die Eigentümer Bumiputra-Partner haben müssen, um staatliche Aufträge zu erhalten. Um das zu umgehen, haben einige Unternehmen „Bumiputra-Partner“ nur auf dem Papier.

- **Christen werden im Alltag aus religiösen Gründen schikaniert, bedroht oder behindert:** Christen in Malaysia werden oft aus religiösen Gründen schikaniert und bedroht. Die Diskriminierung findet häufig aufgrund von Kleidungsvorschriften statt. In Staaten wie Kelantan, die von der PAS regiert werden, hat es Razzien gegeben, die sich auf die richtige islamische Kleidung für Frauen konzentrierten. Das setzt auch Christen unter Druck.
- **Christen werden in ihrer Ausbildung auf irgendeiner Ebene aus religiösen Gründen benachteiligt:** Für Nichtmalaien ist der Zugang zu einer Reihe von Universitäten eingeschränkt. In einem Presseartikel vom Februar 2018 unterstützte nur ein einziger Student der UiTM (eine staatliche Universität, die Bumiputras vorbehalten ist) in einem Diskussionsforum offen die Idee, die Universitäten für Nicht-Bumiputras zu öffnen. Er äußerte die Meinung, dass auch Nicht-Bumiputras ein Recht auf Bildung hätten, wurde aber von seinen Klassenkameraden mit wütenden und rassistischen Bemerkungen konfrontiert. Der Leiter der Klasse sagte sogar: „Glaubst du, dass du hier wärst, wenn die UiTM seine Türen für Nicht-Bumiputras öffnen würde? Wenn die Inder und Chinesen in die UiTM einsteigen, werdet ihr euer Studium nie abschließen können.“ Um sich für eine höhere Ausbildung und Stipendien zu qualifizieren, müssen Christen aufgrund der Politik der Bevorzugung zugunsten der Malaien weit höhere Hürden überwinden als Muslime**.**

Christen werden von staatlichen Behörden sowie von lokalen muslimischen Gemeinschaften und Vereinigungen zur Wahrung malaiischer und islamischer Rechte (beispielsweise Perkasa und ISMA) überwacht. In abgelegenen Gebieten in Sabah und Sarawak haben malaiische Gemeinden Zugang zu Wasser und Strom, aber einigen bekannten christlichen einheimischen Gemeinschaften wird dieser Zugang verweigert. Konvertiten sehen sich starkem Druck von Familie, Freunden und Nachbarn ausgesetzt, ihren christlichen Glauben zu widerrufen.

Leben im Staat

- **Die Verfassung (oder vergleichbare nationale oder staatliche Gesetze) schränkt die Religionsfreiheit ein, wie sie in Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte formuliert ist:** Die Verfassung definiert ethnische Malaien als Muslime. Deshalb haben Malaien nicht die Freiheit, den Islam zu verlassen und eine andere Religion anzunehmen. Im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2019 entschied das Bundesgericht, dass die Zuständigkeit für die Rechtmäßigkeit einer Konversion bei den Schariagerichten und nicht bei den Zivilgerichten liegt, sodass Konvertiten zum christlichen Glauben vorerst keine rechtliche Unterstützung erhalten. Die Verfassung verbietet es auch Anhängern anderer Religionen, ihre Religion unter malaiischen Muslimen zu verbreiten. Demgegenüber ist es Muslimen gestattet, den Islam im ganzen Land zu verbreiten. Darüber hinaus gilt die Scharia in Verbindung mit dem Zivilrecht und das vorgeschlagene Hudud-Gesetz, das eine islamische Prügelstrafe im Bundesstaat Kelantan vorsieht, steht im Parlament noch aus.
- **Christen werden aus religiösen Gründen diskriminiert, wenn sie mit den Behörden (lokale Verwaltung, Regierung, Armee usw.) zu tun haben:** Religion gehört in Malaysia zu jedem Lebensbereich. Die Diskriminierung von Christen (und allen Nichtmalaien und Nichtmuslimen) findet auf allen Ebenen der Gesellschaft statt, einschließlich der lokalen Verwaltung und der Regierung. Die Behörden gewähren Malaien eine Sonderbehandlung, und beispielsweise müssen Unternehmen, die sich nicht in malaiischem Besitz befinden, mindestens ein malaiisches Vorstandsmitglied haben.

- **Christen sind Verleumdungskampagnen oder Hassreden ausgesetzt:** Auf Websites malaiischer islamischer Interessengruppen und in staatlichen Medien werden Christen häufig verleumdet, indem beispielsweise Gerüchte verbreitet werden, dass Christen und Juden Malaysia übernehmen wollten. „Christliche Missionare“ werden beschuldigt, soziale Unruhen zu schüren, und der prominenten christlichen Politikerin Hannah Yeoh wurde öffentlich vorgeworfen, bei Wahlen den christlichen Glauben verbreiten zu wollen. Sie wurde trotzdem gewählt und ist nun stellvertretende Ministerin.
  Der ehemalige Minister für Bundesgebiete, Tengku Adnan Tengku Mansor, forderte Kirchen auf, in ihren Predigten keine Unwahrheiten zu verkünden. Er behauptete auch, dass Christen ein „Kastensystem“ praktizieren würden, in dem der Geistliche als heilig angesehen wird**.** Ein Mitglied der Opposition behauptete sogar, dass Premierminister Mohamed Mahathir „in den Händen der DAP“ (einer christlichen Regierungspartei) sei. Auch die islamische Nichtregierungsorganisation ISMA behauptete auf einem Kongress im August 2019, dass christliche evangelistische Aktivitäten die Umma – die muslimische Mehrheit – bedrohen würden und dass die „Christliche Föderation von Malaysia“ – ein christlicher Dachverband – eine Agenda verfolge, möglichst viele Christen in Führungspositionen zu bringen.
- **Beamte auf lokaler wie nationaler Ebene weigern sich, den Glaubenswechsel einer Person anzuerkennen und dementsprechend im Personalausweis oder staatlichen Personenverzeichnis zu dokumentieren:** Beamte weigern sich, das Recht eines Menschen auf einen Glaubenswechsel anzuerkennen, besonders für Muslime, seien sie nun Malaien oder Nichtmalaien. Muslime, die dem Islam abschwören wollen, müssen ein langwieriges Gerichtsverfahren durchlaufen und werden oft des Glaubensabfalls angeklagt. Die Behörden gewähren denjenigen, die zum Islam konvertieren wollen, finanzielle Hilfe. Für ethnische Malaien ist es praktisch unmöglich, legal zum christlichen Glauben zu konvertieren, da selbst die Verfassung dagegensteht. Der religiöse Status eines Bürgers ist im Personalausweis vermerkt und es ist ein harter Kampf, wenn jemand den Islam verlassen will. Als Folge davon werden viele Bumiputra in ihren Ausweisen fälschlicherweise als Muslime eingestuft.

Die harten Gesetze des Landes gegen Volksverhetzung („sedition laws“) haben bei internationalen Beobachtern heftige Kritik ausgelöst. Obwohl das Gesetz jede Handlung, Rede oder Veröffentlichung verbietet, die Verachtung gegenüber der Regierung oder den neun Sultanen Malaysias hervorruft, und Menschen verbietet, Hass zwischen verschiedenen Rassen und Religionen zu schüren, wird es einseitig umgesetzt. Diejenigen, die Hass und rassistische oder religiöse Stimmung gegen Christen schüren, werden niemals wegen Aufruhr angeklagt. Die besondere Stellung der Mehrheit der ethnischen Malaien und der Einheimischen in Sabah und Sarawak zu hinterfragen, fällt jedoch unter den Strafbestand der Volksverhetzung. Wer sich gegen die Regierung ausspricht, muss meist auch mit Anklagen wegen Aufruhr rechnen. Die neue Regierung versuchte, diese Gesetze aufzuheben, wurde aber in einem ersten Anlauf von der Opposition gestoppt, die immer noch die Mehrheit in der zweiten Kammer des Parlaments hält. Erst im Oktober 2019 gelang die Aufhebung des Gesetzes. Indigene Völker werden mit aggressiven Mitteln zur Annahme des Islam gedrängt, insbesondere diejenigen, die nach Westmalaysia abwandern, da sich ihre soziale Entwurzelung und ihre wirtschaftliche Verwundbarkeit leicht nutzen lassen. Langfristig könnte die christliche Bevölkerung dadurch schrumpfen, insbesondere in Ostmalaysia.

Kirchliches Leben

- **Kirchen werden daran gehindert, Konvertiten offen zu integrieren:** Die meisten Kirchen – auch die großen und gut etablierten – sind sehr vorsichtig, wenn es darum geht, Konvertiten aufzunehmen. Es ist sehr riskant für Kirchen, malaiische Christen muslimischer Herkunft zu integrieren, und diese treffen sich deshalb im Geheimen, getrennt von anderen christlichen Gruppen. Aus Sicherheitsgründen können Kirchen keine malaiischen Konvertiten offen integrieren, da sie mit den Behörden in Schwierigkeiten geraten würden. Manchmal haben Kirchen sogar solche Christen abgewiesen oder sogar den Behörden gemeldet, um Schwierigkeiten zu vermeiden. Das Risiko, dass Konvertiten beim Gottesdienstbesuch ertappt werden, ist in West-Malaysia viel höher.
- **Pastoren oder andere christliche Leiter oder ihre Familienmitglieder sind in besonderem Maß Schikanen ausgesetzt:** Pastoren und Gemeindeleiter sind natürliche Ziele für Feindseligkeiten von religiösen oder ethnischen Gruppen, besonders wenn bekannt wird, dass sie oder ihre Gemeinde sich evangelistisch betätigt haben. Die Entführung von Pastor Raymond Koh am helllichten Tag im Februar 2017 hat Schockwellen durch die christliche Gemeinde und Leitung geschickt, die noch heute zu spüren sind. Besonders beunruhigend ist, dass Pastor Kohs Aufenthaltsort noch immer unbekannt ist, die Täter nicht gefunden (geschweige denn bestraft) wurden und die Ergebnisse einer Untersuchung auf eine Beteiligung der Sondereinheit der Polizei hinweisen.
- **Kirchen, christliche Organisationen, Institutionen oder Gruppen werden daran gehindert, die Massenmedien zur Darstellung ihres Glaubens zu nutzen:** In Malaysia gibt es einen christlichen Radiosender, aber abgesehen davon verzichten die Kirchen aus verschiedenen Gründen auf die Nutzung von Massenmedien, unter anderem wegen des Risikos, der unethischen Konversion beschuldigt zu werden.
- **Kirchen werden daran gehindert, christliche Aktivitäten außerhalb der Kirchengebäude zu organisieren:** Es steht Kirchen frei, Freizeiten und andere Aktivitäten außerhalb der Kirchengebäude zu organisieren. Evangelistische und interreligiöse Veranstaltungen, die die Nutzung öffentlicher Einrichtungen wie Stadien und Hallen erfordern, müssen jedoch von den Behörden genehmigt werden. Solche Treffen werden überwacht, aber es gab keine Fälle von absichtlicher Behinderung. Dies gilt jedoch definitiv nicht für Christen mit muslimischem Hintergrund, die alles vor neugierigen Augen verbergen müssen.

Die meisten protestantischen Freikirchen sind nicht als Kirchen registriert, sondern arbeiten als Organisationen oder Gemeindezentren, die Laden- oder Fabrikgelände kaufen, um von dort aus zu operieren. Die meisten Gemeinden werden zwar überwacht, aber es gibt für sie keine Einschränkungen bezüglich ihrer Treffen. Im Bericht des US-Außenministeriums für 2018 heißt es auf Seite 13: „Im Dezember sagte die Ministerin für Wohnungswesen und Kommunalverwaltung Zuraida Kamaruddin, dass die Regierung die Registrierung aller bestehenden Gottesdiensthäuser und ihrer Standorte vorbereitet. Laut einem Bericht der singapurischen Zeitung ‚The Straits Times' sagte die Ministerin, dass Gemeinden aus Gotteshäusern, die sich nicht auf ihrem eigenen Land befinden, ausziehen müssen. Das Ministerium entwirft derzeit Vorschriften, die es für alle vorgeschlagenen Gemeinden zur Pflicht machen, vor dem Bau eines Gotteshauses die Genehmigung der Regierung einzuholen."

Jeder Druck von christlichen Materialien erfordert eine Genehmigung der Regierung. Der Import von Bahasa-Malaysia-Material wird eingeschränkt und die Bibel und christlich-malaiische Bücher aus Indonesien sind verboten. Im Jahr 2015 hat die Regierung eine Verfahrensvorschrift herausgegeben,

nach der alle importierten christlichen Publikationen (einschließlich der malaiischen Bibel) von der Koran-Abteilung des Innenministeriums kontrolliert werden sollen. Trotz der Einwände von Gemeindeleitern führte die Regierung die Umsetzung fort. Darüber hinaus ist Christen die Verwendung des Wortes „Allah“ praktisch verboten, nachdem das Oberste Gericht in einem Urteil gegen eine katholische Zeitung die christliche Verwendung des Begriffs „Allah“ für Gott verboten hat (ungeachtet der Tatsache, dass dieser Begriff seit Hunderten von Jahren in Bibeln und anderen christlichen Publikationen verwendet wird und ohne Probleme auch in der indonesischen Bibel verwendet wird). Ein Antrag, der während der Jill-Ireland-Verhandlung im November 2017 gestellt wurde, forderte das (islamische) Sprachinstitut des Landes auf, eine neue Bibelübersetzung ohne das Wort „Allah“ herauszugeben. Auch die Denkweise der islamischen Behörden wurde aufgezeigt, als sie vorschlugen, die staatlichen Behörden damit zu beauftragen, die Übersetzung der Bibel zu übernehmen – statt der Christen. Ein weiterer „Allah-Fall“, der von der Kirche in Sabah eingebracht wurde, ist vor Gericht noch anhängig und wurde im August 2019 zum sechsten Mal vertagt.

Auftreten von Gewalt

- Pastor Raymond Koh und Pastor Joshua Hilmy und seine Frau Ruth werden nach ihrer Entführung im Februar 2017 bzw. November 2016 immer noch vermisst. Die Chancen, dass sie nach so langer Zeit noch am Leben sind, sind gering.
- Neben einigen malaysischen Christen wurden fünf nigerianische und vier finnische Staatsbürger verhaftet, weil sie christliches Material mit dem Wort „Allah“ an Malaien verteilt haben.

7. Verfolgungssituation für Frauen und Männer

Wie Frauen Verfolgung erleben:

- Erzwungene Einhaltung von Kleidungsvorschriften
- Zwangsscheidung
- Zwangsheirat
- Erzwungene Flucht aus Stadt oder Land
- Psychische Gewalt
- Sexuelle Gewalt

In Malaysia sind die Rechte für Frauen von Bestimmungen beschnitten, die Ausnahmen für das Scharia-Recht machen. In einem Bericht der UN-Frauenrechtskonvention vom Februar 2018 schreiben zivilgesellschaftliche Organisationen: „Muslimische Frauen haben heute weitaus weniger Rechte bei Ehe, Scheidung, Vormundschaft für ihre Kinder und Erbschaft als nichtmuslimische Frauen.“ In dem Bericht heißt es auch: „Andere Bereiche der schwerwiegenden Diskriminierung von Frauen nach dem islamischen Familienrecht sind Scheidung, Polygamie und Kinderehe.“

Dieses Gesetz kann Christinnen muslimischer Herkunft angreifbarer machen. Wenn ihr christlicher Glaube entdeckt wird, können sie zur Ehe mit einem Muslim gezwungen werden, oder vergewaltigt werden. Da das gesetzliche Mindestheiratsalter nach den islamischen Familiengesetzen (16 Jahre für Frauen) mit der Zustimmung eines Scharia-Richters herabgesetzt werden kann, können bereits Mädchen verheiratet werden. Dieses Gesetz kann Mädchen, die den christlichen Glauben annehmen, viel verletzlicher machen. Die Bundesregierung versuchte, gegen Kinderehen vorzugehen, stieß aber

auf den erbitterten Widerstand der konservativen muslimischen Bundesstaaten. In einigen Fällen wurden junge christliche Frauen entführt, von denen danach nie wieder etwas gehört wurde.

Diese Entführungen sind eine effektive Taktik, da es für christliche Frauen, die nach einer Zwangskonversion und Zwangsehe einmal als Muslime registriert sind, keinen Mechanismus gibt, um dies rückgängig zu machen, auch nicht im Falle einer Scheidung. Außerdem werden alle Kinder, die aus der so genannten „Ehe“ geboren werden, auch rechtlich als Muslime betrachtet.

Wie Männer Verfolgung erleben:

- Körperliche Gewalt
- Psychische Gewalt
- Verbale Gewalt

Trotz der Abschaffung der Verordnung zur Inneren Sicherheit von 1960 im Jahr 2012 läuft jeder, der der Gefährdung der inneren Sicherheit verdächtigt wird, Gefahr, verhört zu werden, unabhängig von Rasse oder Religion. Dieses Risiko ist jedoch besonders für Christen hoch, da eine latente Angst herrscht, dass sich Christen auf einer Mission zur „Christianisierung Malaysias“ befinden – eine Behauptung, die in interessierten Kreisen dauerhaft kursiert. Dieses Risiko, verhört zu werden, betrifft Männer stärker als Frauen, da Frauen in der malaysischen Gesellschaft in der Regel nicht als Führungspersönlichkeiten angesehen werden. Die Verfolgung, von der christliche Männer typischerweise betroffen sind, erfolgt in Form von Mobbing durch Selbstjustiz oder Überwachung durch islamische Behörden.

8. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Die muslimische Minderheit der Schiiten wird in Malaysia schwer verfolgt, wie die Entführung eines ihrer Aktivisten im April 2017 gezeigt hat. Die Denunziation der Schiiten durch die religiösen Behörden des Staates Selangor im September 2019 zeigt, dass sie weiterhin als Bedrohung angesehen werden.

Hindus, Anhänger traditioneller chinesischer Religionen und Buddhisten sind ebenfalls von der Vorzugsbehandlung der Regierung gegenüber indigenen Malaien betroffen. Die hinduistische Minderheit erlebte einen Angriff auf einen ihrer Tempel. Der IRF-Bericht des US-Außenministeriums für 2018 fasst den Angriff (auf Seite 16) wie folgt zusammen: „Am 26. November brach in der Nähe des Sri-Maha-Mariamman-Hindu-Tempels in Subang Jaya, Selangor, Gewalt aus, nachdem bis zu 200 maskierte Personen – von denen Tempelanhänger sagten, sie seien von einem Immobilienmakler angeheuert worden, der den Besitz des Grundstücks beanspruchte – den Tempel betraten und versuchten, die Anhänger gewaltsam zu vertreiben. Laut ‚The Straits Times‘ wurden mindestens ein Dutzend Menschen verletzt und 20 Fahrzeuge angezündet. Ein Feuerwehrmann starb später an den Folgen der Verletzungen, die er bei dem Vorfall erlitt. Insgesamt wurden 83 Personen verhaftet. Als das Video des Ereignisses online ging, entstanden Spekulationen über einen Aufstand zwischen den beiden Gruppen, aber Polizei und Regierungsbeamte bezeichneten die Angelegenheit später als einen territorialen Streit und leiteten rechtliche Schritte gegen die Verantwortlichen ein.“ Der Tod des Feuerwehrmannes weckte die Besorgnis extremistischer Muslime und führte zu Verschwörungstheorien und einem zunehmend herausfordernden Umfeld für Minderheiten.

9. Der Ausblick für Christen

Islamische Unterdrückung

Die unendliche Geschichte der Einführung des Scharia-Rechts im Bundesstaat Kelantan zeigt, dass der von der UMNO eingeschlagene Weg gescheitert ist. Die UMNO warb um konservative Muslime, überbrückte die Kluft zur konservativen muslimischen PAS und versuchte, die bereits große ethnische und religiöse Kluft auszunutzen, unter der das Land leidet. Bei den Wahlen 2018 wurde die UMNO abgewählt und PAS erzielte nur moderate Gewinne. Dennoch bedeutet die Niederlage der UMNO nicht, dass konservative islamische Parteien für immer aus dem Spiel sind. Das Spannungsfeld, in dem sich die neue Regierung bewegt, wird durch die folgenden Punkte deutlich: Auf der 73. UN-Generalversammlung im Oktober 2018 verpflichtete sich der Premierminister, „alle verbleibenden grundlegenden UN-Verträge im Zusammenhang mit dem Schutz der Menschenrechte zu ratifizieren". Dies ist das erste Mal, dass ein „Versprechen" bezüglich der Verpflichtung Malaysias zur Unterzeichnung internationaler Menschenrechtsabkommen gegeben wurde, zu denen unter anderem das Abkommen über bürgerliche und politische Rechte gehören würde. Konservative muslimische Politiker erinnerten die Regierung jedoch an den Artikel 153 der Bundesverfassung, der einer ethnischen Gruppe (nämlich den Malaien und den Bumiputra) den Vorzug gibt, was im Widerspruch zu Artikel 2 der UN-Konvention stehen könnte, welche volle und gleiche Rechte und Freiheiten fordert.

In einem ersten Rückschritt kündigte die Regierung am 23. November 2018 an, dass sie das Internationale Übereinkommen zur Beseitigung von Rassendiskriminierung nicht ratifizieren werde – mit den Worten: „Die Regierung wird die Bundesverfassung mit dem Sozialvertrag, der von Vertretern aller Rassen bei der Gründung dieses Landes vereinbart wurde, weiterhin verteidigen."

Ein Wandel hin zu einer rigoroseren und politischeren Praxis des Islam vollzieht sich mit dem Zustrom von extremistischen islamischen Gelehrten, die aus Ägypten und Saudi-Arabien zurückkehren. Viele dieser malaiischen Gelehrten haben sich der alten Regierung als Mitglieder des „Ministeriums für die Islamische Fortentwicklung Malaysias" angeschlossen, um in Moscheen zu predigen und den Islam zu verbreiten. Die Islamisierung der einheimischen Christen aus Sabah und Sarawak (Ostmalaysia) erfolgt in rasantem Tempo. Sarawak genießt noch immer ein höheres Maß an Religionsfreiheit als Westmalaysia (es ist der einzige Ort, an dem der Islam nicht Staatsreligion ist). Aber sobald sich die demografischen Verhältnisse dem Islam zuneigen, werden zweifellos mehr islamische Gesetze erlassen. Es gibt Berichte aus abgelegenen Gebieten, nach denen ungebildete indigene Einwohner in Sabah und Sarawak „unter Drogen gesetzt" oder Menschen betrunken gemacht und gezwungen werden, Dokumente zu unterschreiben, durch die sie Muslime werden. Ob sich diese Praxis bald ändern wird, muss sich erst zeigen.

Ein Bericht aus Kelantan auf der malaysischen Halbinsel zeigte, dass die einheimischen Orang Asli weder über die staatlich geförderte Islamisierung (die offiziell ihre Religionszugehörigkeit ändert) noch über christliche Missionsbemühungen erfreut sind. Der malaysische Anführer der südostasiatischen Einheit des sogenannten „Islamischen Staats" (IS) in Syrien wurde im April 2017 durch einen Drohnenangriff getötet, wodurch die Rekrutierungsbemühungen des IS gebremst wurden. Die militante Gruppe führte im Juni 2016 einen ersten Angriff in Malaysia durch, indem sie eine Granate in Selangor zündete und acht Menschen verletzte. Es gibt jedoch Dutzende und vielleicht Hunderte von anderen Verdächtigen mit Verbindungen zum IS.

Die Tatsache, dass es in den benachbarten Philippinen IS-nahen Gruppen gelang, im Mai 2017 die Stadt Marawi zu erobern, sandte Schockwellen durch die Region und setzte alle Sicherheitskräfte in Alarmbereitschaft. Einer der Anführer des Aufstands, der bei den Kämpfen getötet wurde, war malaysischer Staatsbürger. Malaysia startete gemeinsame Seepatrouillen mit Indonesien und den Philippinen, um Aktivitäten militanter Islamisten in der Sulusee entgegenzuwirken, aber die Bedrohung wächst, und es muss mehr getan werden. Folglich wird die Situation in Malaysia unbeständig bleiben, da die Haupttriebkraft der Verfolgung, Islamische Unterdrückung, weiterhin besteht, was zu anhaltenden Problemen und Bedrohungen für die christliche Minderheit führt.

Diktatorische Paranoia

Obwohl im Mai 2018 eine teilweise brandneue Koalition von Parteien die Regierung übernommen hat, gibt es auch viele alte Gesichter. Sowohl Premierminister Dr. Mahathir bin Mohamad als auch sein Vize Anwar Ibrahim haben eine Erfolgsgeschichte mit Merkmalen, die gut in die Definition von Diktatorischer Paranoia passen. Die ersten Anzeichen, die die Regierung sendet, sind positiv, und deshalb ist zu hoffen, dass die Geschichte des Festhaltens an der Macht um jeden Preis vorbei ist. Dies wird sich jedoch erst langfristig zeigen. Die Minderheiten werden die Ankündigungen und die Politik der neuen Regierung genau beobachten, insbesondere deren Umsetzung.

zurück zur Länderübersicht

Kolumbien: Platz 41

Zusammenfassung

Guerillakämpfern und andere kriminelle Gruppen sind in Kolumbien für zahlreiche gewaltsame Übergriffe gegen Christen verantwortlich. Dadurch werden besonders Gemeindeleiter bedroht, belästigt, erpresst und sogar ermordet, gerade in den am meisten vernachlässigten Regionen des Landes. Diese Gewalt ist in den meisten Fällen eine unmittelbare Folge davon, dass Christen Korruption und Gewalt anprangern, sich für den Naturschutz und Menschenrechte einsetzen, in der Jugendarbeit aktiv sind oder in irgendeiner Weise an Aktivitäten beteiligt sind, die der Wiederherstellung des Friedens dienen sollen. Dadurch sehen sich die die kriminellen Gruppen bei ihren illegalen Aktivitäten bedroht. Auch innerhalb indigener Gemeinschaften gibt es erheblichen Widerstand gegen christliche Missionare und Christen aus den eigenen Reihen – mit der Konsequenz, dass diese mit Haft, körperlichem Missbrauch, Konfiszierung ihres Besitzes sowie anderen Formen der Strafe rechnen müssen. Zusätzlich führt die Radikalisierung des Säkularismus zu einer zunehmenden Intoleranz gegenüber christlich begründeten Standpunkten und religiösen Meinungen im öffentlichen Raum. Dies gilt besonders bei Themen die den Lebensschutz, Familie, Ehe und Religionsfreiheit betreffen. In diesem Zusammenhang wird Christen vorgeworfen, andere zu diskriminieren und beschuldigt, Hass zu verbreiten.

Beispiele aus dem aktuellen Berichtszeitraum

- August 2019: Das Verfassungsgericht urteilte, dass die Wahrung des Respekts vor christlichen Personen des öffentlichen Lebens weniger schützenswert ist, als Personen, die diese Menschen auf Basis der Meinungsfreiheit kritisieren. Gemäß dem Urteil muss die Meinungsfreiheit geschützt werden, selbst wenn die veröffentlichten Meinungen die Reputation von Christen schädigen, nur weil sie öffentlich bekannt sind. Dieses Urteil betraf einen christlichen YouTuber und einen Pastor.
- März 2019, Nordkolumbien: Gemäß Recherchen von Open Doors stellte eine indigene Gemeinschaft im Norden Kolumbiens eine junge Frau unter Arrest wegen ihres christlichen Glaubens. Die Stammesführer wollten sie zwingen, einen indigenen Mann zu heiraten, um die Ausbreitung des christlichen Glaubens in der Gemeinschaft zu verhindern.
- Dezember 2018, Antioquia: Ein Priester der Diözese von Santa Rosa de Osos wurde in der ländlichen Stadt Cuturú mit dem Tode bedroht, weil er sich weigerte, einer bewaffneten Gruppe der Region Schutzgeld zu bezahlen. Der Priester musste zu seiner eigenen Sicherheit versetzt werden.

1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 62 Punkten belegt Kolumbien Platz 41 auf dem Weltverfolgungsindex 2020.

Damit stieg das Land um 4 Punkte im Vergleich zum Weltverfolgungsindex 2019. Es setzt somit seinen Trend der letzten drei Berichtszeiträume fort. Die bedeutsamsten Faktoren sind die Präsenz der „Nationalen Befreiungsarmee“ (spanisch ELN), der Neugruppierung der „Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens“ (spanisch FARC) und die Anwesenheit anderer krimineller Gruppen in einem instabilen soziopolitischen Umfeld. Diese Faktoren sorgten für eine Erhöhung sowohl des Drucks als auch der Gewalt. Ethnisch begründete Anfeindungen und säkulare Intoleranz spielten bei diesem Anstieg ebenfalls eine Rolle.

2. Triebkräfte der Verfolgung

Organisiertes Verbrechen und Korruption

Der „Corruption Perception Index“ 2018 platziert Kolumbien auf dem 99. Rang von 180, mit einer Punktzahl von 36/100 (0 = maximal korrupt und 100 = absolut integer). Trotz eines gewissen Fortschritts bei der Umsetzung des Friedensabkommens mit der FARC, kämpfen abtrünnige FARC-Rebellen, Mitglieder der ELN und andere Guerillagruppen (auch als „organisierte bewaffnete Gruppen“ bezeichnet) um die Kontrolle ganzer Landesteile, um dort ihre illegalen Aktivitäten fortzuführen. Diese Umstände haben dazu geführt, dass christliche Leiter und Gruppen zu Opfern fortwährender Belästigungen, Entführungen, Drohungen, Erpressungen und Morden wurden; zudem werden christliche Gebäude angegriffen. Derartige Maßnahmen richten sich besonders gegen Personen, die aktiv den Praktiken der organisierten bewaffneten Gruppen widersprechen, die Menschenrechte einfordern, zu Kämpfern und Zivilisten predigen, Gebetstage in besonders gewalttätigen Regionen durchführen und Jugendliche davon abhalten, diesen Gruppen beitreten. Solche Gruppen rächen sich auch an früheren Mitgliedern, die sich aufgrund ihrer Hinwendung zum christlichen Glauben entschieden haben, das kriminelle Leben hinter sich zu lassen. All das wird durch die herrschende Korruption und die Straffreiheit begünstigt, die aufgrund von Allianzen zwischen den Guerillaführern und Behörden entstehen.

Während indigene Gemeinschaften oft am meisten vom organisierten Verbrechen betroffen sind, weil Drogenschmuggler und Guerillakämpfer häufig deren Gebiete für ihre Aktivitäten nutzen, schließen sich manche indigenen Führer mit Gangmitgliedern zusammen, um Christen aus ihrer Gemeinschaft einzuschüchtern und dazu zu bringen, zu den synkretistischen Praktiken ihrer Gemeinschaft zurückkehren. Darüber hinaus ist das Ausmaß der Gewalt an solchen Orten sehr hoch, auch bedingt durch Zusammenstöße zwischen Regierungstruppen und kriminellen Gruppen oder aufgrund von Kämpfen krimineller Gruppen untereinander.

Ethnisch oder traditionell begründete Anfeindungen

In den indigenen Gemeinschaften ist Religion eine wichtige Komponente ihrer Kultur und ihrer Identität und bestimmt ihre Beziehungen zu anderen Menschen und selbst den Umgang mit natürlichen Ressourcen. Wie in den meisten indigenen Gemeinschaften Lateinamerikas besteht ihr Glauben zumeist aus einer Vermischung des katholischen Glaubens mit synkretistischen Elementen. Obwohl die Indigene Bevölkerung daher nicht als römisch-katholisch (im eigentlichen Sinne) bezeichnet werden kann, sind die Führer dieser indigenen Gemeinschaften gegenüber der Römisch-

Katholischen Kirche toleranter als gegenüber Christen anderer Kirchen. Dennoch sind auch indigene Katholiken, die aufgrund ihres Glaubens synkretistische Praktiken aufgeben, Verfolgung und „Ethnisch begründeten Anfeindungen“ ausgesetzt.

Die Religion ist in diesen Gemeinschaften sehr präsent, bedingt durch den Einfluss der indigenen Weltanschauung auf das tägliche Leben sowohl im privaten als auch im gesellschaftlichen Bereich. Deshalb wird die Einführung einer Idee oder eines Brauchs, der diesen althergebrachten Ansichten widerspricht, als Bedrohung der (kulturellen oder religiösen) Traditionen aufgefasst und folglich von den örtlichen Behörden und den meisten indigenen Führern verboten. Maßnahmen gegen Christen indigener Herkunft (wie auch gegen ihre Familien und gegen Missionare) reichen von der Inhaftierung, körperlichem Missbrauch oder dem Ausschluss von der Grundversorgung bis zur Beschlagnahmung von Besitz. Es ist für indigene Christen kaum möglich, die Regierung um Schutz zu bitten, da die indigenen Behörden – die nahezu immer gegen Christen eingestellt sind – die einzigen Behörden in den Stammesgebieten sind, welche das Recht durchsetzen können.

Säkulare Intoleranz

Der Faktor Religion wird als wichtiges unterstützendes Element bei der Umsetzung des Friedensabkommens mit der FARC gesehen. Trotzdem werden Christen wegen ihrer christlichen Überzeugungen und Handlungen verbal attackiert, etwa wenn es um Themen wie Abtreibung, homosexuelle Ehe oder Adoption, Gewissensfreiheit oder die Teilnahme von Christen am öffentlichen Leben geht. Attacken folgen besonders dann, wenn die Meinungen von Christen den Forderungen von Interessenverbänden wie die der LGBTI und radikaler feministischer Bewegungen widersprechen. Zudem bleibt religiöse Intoleranz in privaten Institutionen und bei gewöhnlichen Bürgern ein Problem: Jeder, der seinen christlichen Glauben zum Ausdruck bringt, steht in der Gefahr beschimpft, diskriminiert und der Intoleranz beschuldigt zu werden, besonders, wenn diese Person eine öffentliche Funktion innehat.

3. Verfolger

Ausgehend von Organisiertem Verbrechen und Korruption

- **Kartelle oder Netzwerke des organisierten Verbrechens:** Es gibt eine starke Verbindung zwischen kriminellen Kartellen und revolutionären bzw. paramilitärischen Gruppen: Sie agieren größtenteils in ländlichen Gegenden, wo der Staat kaum präsent ist, und ihre Gründe, Christen ins Visier zu nehmen, sind sehr ähnlich. Diese Gruppen greifen Christen und christliche Organisationen wegen ihrer friedensfördernden Aktivitäten an. Christen stellen eine Bedrohung dar für die Interessen krimineller Netzwerke wie den „Los Rastrojos“, „Los Paisas“, „Los Urabeños“, „Caparrapos“ oder dem „Golf Clan“.
- **Regierungsbeamte:** Einige Behörden arbeiten mit kriminellen Kartellen zusammen und erlauben direkt oder indirekt kriminelle Aktivitäten gegen christliche Leiter und Kirchen in Gegenden unter der Kontrolle der Gangs. Sowohl die Behörden wie auch die Kriminellen können in diesen Fällen straffrei agieren.
- **Revolutionäre oder paramilitärische Gruppen:** Beispiele dafür sind abtrünnige Kämpfer der FARC, die ELN oder die „Vereinigten Selbstverteidigungskräfte Kolumbiens“. Diese Gruppen bedrohen, vertreiben und greifen religiöse Leiter an weil sie das FARC-Friedensabkommen befürworten, sich für Menschenrechte einsetzen, Vertriebene und Landrückgabeansprüche unterstützen sowie den Kokaanbau zu verhindern suchen.

- **Politische Parteien:** Die Vertuschung von Aktivitäten krimineller Gruppen wird durch Korruption in den Reihen der Politiker gefördert. Ihre Entscheidungen begünstigen die Straffreiheit, die es Kartellen des organisierten Verbrechens ermöglicht, mit ihren illegalen Aktivitäten fortzufahren und Gewalt gegen Christen in den am meisten vernachlässigten Gegenden des Landes auszuüben.

Ausgehend von Ethnisch oder traditionell begründeten Anfeindungen

- **Anführer ethnischer Gruppen:** Diese Anführer bleiben meist dem Glauben ihrer Ahnen treu und verbieten jegliche Verbreitung des christlichen Glaubens in ihren Stämmen. Dabei kommt es zu Belästigungen, Drohungen, Gewalt oder zur Denunzierung von Christen bei den örtlichen Behörden. Manchmal stellen Anführer ethnischer Gruppen die Christen als beleidigend dar.
- **Nichtchristliche religiöse Leiter:** Schamanismus, ethnisch-religiöse und ähnliche Kulte sind zwar nicht strikt als Religionen zu verstehen, doch sind sie Ausdruck einer bestimmten Art von „Spiritualität“, welche den christlichen Glauben ablehnt. Ihre Anhänger versuchen in manchen Gegenden, christliche Aktivitäten zu verhindern.
- **Die eigene (Groß-)Familie:** Auch vonseiten der Familie wird erwartet, dass der Zugehörigkeit zur indigenen Gemeinschaft die höchste Priorität eingeräumt wird. Daher kann jede Person, die den christlichen Glauben annimmt und sich deshalb von den religiösen Praktiken der Gemeinschaft abwendet, als Verräter gebrandmarkt werden und der Ablehnung der Großfamilie gegenüberstehen.
- **Gewöhnliche Bürger:** Mitglieder indigener Gemeinschaften müssen ihrem Stamm und den Gebräuchen treu sein. Daher sind sie verpflichtet, alle Praktiken abzulehnen, die die Stabilität der Gemeinschaft gefährden, einschließlich Praktiken und Aktivitäten christlicher Konvertiten.
- **Regierungsbeamte:** Die Behörden haben Anteil an der Verfolgung, indem sie Diskriminierung und Gewalt gegen Christen, die sich weigern, den synkretistischen Praktiken ihrer Gemeinschaft zu folgen, erlauben oder ignorieren. Die Behörden betrachten Pastoren als Feinde der kulturellen Traditionen.
- **Revolutionäre oder paramilitärische Gruppen:** Guerillakämpfer haben sich mit indigenen Anführern zusammengeschlossen, um Christen indigener Herkunft zu bedrängen. Dieser Zusammenschluss hat das Ziel, die Interessen der Anführer ethnischen Gruppen zu verteidigen und Christen davon abzuhalten, ihren Glauben in der indigenen Gemeinschaft zu praktizieren.
- **Kartelle oder Netzwerke des organisierten Verbrechens:** Kartelle des organisierten Verbrechens handeln gelegentlich als Komplizen der indigenen Führer, um Christen in den Gemeinschaften einzuschüchtern. Ähnlich wie bei den Aktivitäten revolutionärer oder paramilitärischer Gruppen geht es hierbei um die Interessen der Anführer ethnischer Gruppen und den Versuch, die Christen an der Ausübung ihres Glaubens zu hindern.

Ausgehend von Säkularer Intoleranz

- **Ideologische Interessengruppen:** LGBTI-Gruppen und radikale feministische Verbindungen streben unter dem Vorwand der Trennung von Staat und Kirche danach, Religion aus dem öffentlichen Raum zu verdrängen. Sie belästigen, zensieren und verhöhnen Christen, wenn sie öffentlich christliche Standpunkte vertreten, die den Interessen dieser Gruppen widersprechen. Bei einigen Gelegenheiten haben sie mit den Medien zusammengearbeitet, um einseitige Informationen über Christen zu verbreiten. Einige dieser Gruppen versuchen, religiöse Gruppen und Kirchen zu infiltrieren, um eine theologische Öffnung gegenüber der LGBTI-Community zu fördern.
- **Regierungsbeamte:** Generell unterstützen die staatlichen Behörden, einschließlich mancher Ministerien und des Verfassungsgerichts, die Interessen ideologischer Interessengruppen (wie LGBTI, radikale Feministengruppen und säkularistische Gruppen). Sie sind dafür bekannt, sich für die Verbreitung der Standpunkte dieser Gruppen einzusetzen und sich gegen die Ansichten von christlichen Leitern, Eltern und denjenigen zu wehren, die ihrer Meinung wiedersprechen. Christen sind im Nachteil, wenn sie ihre glaubensbedingten Ansichten zum Ausdruck bringen, da die Justizbehörden dazu tendieren, im Bereich der Meinungsfreiheit Christen weniger Schutz zu gewähren als anderen Gruppen.
- **Politische Parteien:** Politische Parteien (wie die „Demokratische Alternative Achse“, die „Kolumbianische Liberale Partei“, das „Grüne Bündnis“ oder die „Progressive Partei“) behindern Initiativen von christlichen Politikern oder solchen, die durch christliche Gruppen unterstützt werden. Sie fördern Antidiskriminierung und Anti-Hass-Initiativen, was zu Konflikten mit der freien Meinungsäußerung aufseiten der Christen führen könnte.
- **Gewöhnliche Bürger:** Viele Bürger sind intolerant und lehnen die Teilnahme von Christen am öffentlichen Leben ab; sie neigen oft dazu, Christen zu verhöhnen, zu beleidigen und zu diskreditieren.

4. Regionale Brennpunkte der Verfolgung

Brennpunkte hinsichtlich Organisiertem Verbrechen und Korruption

Der „Stiftung für Frieden und Wiedergutmachung“ (Pares) zufolge können fünf Regionen definiert werden, in denen sich kriminelle Organisationen und illegale bewaffnete Gruppen aufhalten, wo sich ihr Einfluss konzentriert oder es Konflikte zwischen ihnen gibt (Stand: August 2019): Dies sind erstens die Bergregion Nudo de Paramillo, welche auch südliche Teile des Departamento de Córdoba, die Region Bajo Cauca sowie den Norden und Nordosten des Departamento de Antioquia einschließt; zweitens, die Region Catatumbo und Teile der Metropolregion von Cúcuta; drittens, die pazifischen Departamentos de Nariño und del Cauca; viertens, der Süden des Departamento del Meta, del Guaviare sowie Teile von Caquetá; fünftens, die Sierra Nevada de Santa Marta.

Brennpunkte hinsichtlich Ethnisch begründeter Anfeindungen

Christen, die den synkretistischen Praktiken ihres Stammes den Rücken kehren, werden besonders in den traditionellsten indigenen Gemeinschaften verfolgt; dort werden keine westliche Sitten, sondern nur Bräuche des eigenen Stamms akzeptiert. Dabei gibt es allerdings Unterschiede zwischen den Regionen: Die durchschnittlich jüngste indigene Bevölkerung ist überwiegend in Departamentos wie Arauca, Chocó, Magdalena, Vaupés, Vichada und Guainía anzutreffen. Während die älteste indigene

Bevölkerung lebt in den Departamentos in der Andenregion: Bogotá, Cundinamarca, Caldas, Santander, Tolima and Nariño.

Brennpunkte der Säkularen Intoleranz

Diese Art der Verfolgung hängt mit der Umsetzung öffentlicher Vorschriften der Landesregierung und gesellschaftlichen Einstellungen zusammen. So ist sie überall im Land vorzufinden, besonders in den städtischen Departamentos wie Bogotá, Antioquia, Caldas, Risaralda, Quindío, Nariño, Valle del Cauca, Boyacá, Santander, Cundinamarca, Tolima und Huila. Stück für Stück betrifft diese Verfolgung auch die stärker indigenen Gebiete, abhängig davon, wieviel Akzeptanz jede einzelne ethnische Gruppe gegenüber westlichen Sitten zeigt.

5. Betroffene Christen

Christen aus traditionellen Kirchen

Unter diese Kategorie fallen zumeist römisch-katholischen Kirchen und kleine orthodoxe sowie evangelische Gemeinschaften. In Regionen, die von Drogenkartellen und anderen organisierten Kriminellen kontrolliert werden, stehen sie in der Gefahr angegriffen zu werden. Sie haben außerdem mit dem wachsenden Säkularismus und der religiösen Intoleranz der Gesellschaft zu kämpfen. Hinzu kommen die Risiken und Hindernisse, die mit der Gemeindearbeit in indigenen Gemeinschaften einhergehen (von denen besonders evangelische Christen betroffen sind). In Einzelfällen erfahren evangelische Christen auch die Zurückweisung anderer traditioneller Kirchen, wie der Katholischen Kirche.

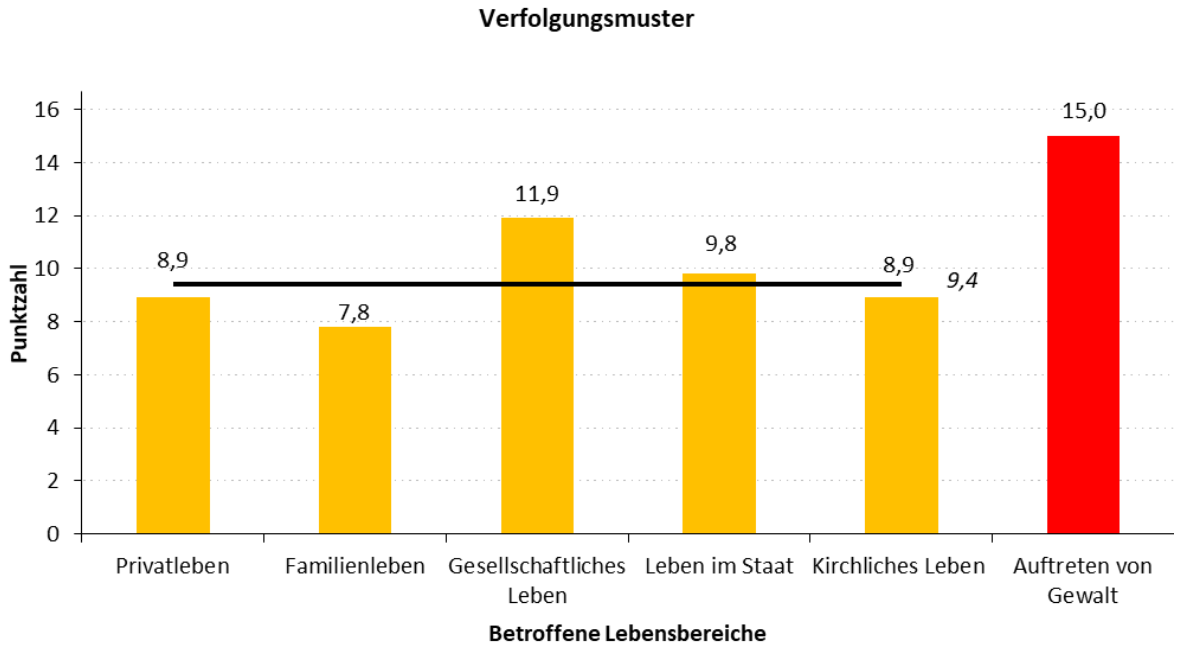
Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

Dazu gehören Konvertiten, die sich von einer Denominationen ab- und einer anderen zuwenden (zum Beispiel solche, die so genannte „Megachurches“ verlassen, um kleineren christlichen Gemeinden beizutreten und umgekehrt). Außerdem sind Konvertiten in Kolumbien auch Christen, die einer indigenen Gemeinschaft entstammen oder früher einer Guerillagruppe oder kriminellen Organisation angehörten. Besonders im indigenen Kontext werden Konvertiten belästigt, vertrieben, erhalten Todesdrohungen und erleiden körperliche und seelische Formen von Gewalt, weil sie das Glaubenssystem der Mehrheit ihrer ursprünglichen Gemeinschaft verlassen haben. Die Aktivitäten krimineller Netzwerke betreffen sie ebenso wie die Christen aus den traditionellen Kirchen.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Dazu gehören zumeist Christen aus evangelikalen, baptistischen und Pfingstgemeinden. Die Aktivitäten von Guerillakämpfern und kriminellen Netzwerken betreffen sie ebenso wie die Christen aus den traditionellen Kirchen. Obwohl die Regierung erkannt hat, dass sie in den am meisten benachteiligten Regionen eine entscheidende Rolle bei der Umsetzung des Friedensabkommens spielen, gewährt die Regierung diesen Denominationen nicht die gleichen Vergünstigungen wie den traditionellen Kirchen des Landes und solchen, die einen Vertrag mit dem Staat geschlossen haben.

6. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Kolumbien

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Der durchschnittliche Druck auf Christen in Kolumbien bleibt hoch und stieg von 9,0 Punkten im Weltverfolgungsindex 2019 auf 9,4 Punkte im Weltverfolgungsindex 2020. Dieser Anstieg ist vor allem auf den erhöhten Druck vonseiten der kriminellen und ethnischen Gruppen zurückzuführen.
- Die Wertung zeigt in allen Lebensbereichen ein hohes Niveau von Verfolgung. Sie liegt in jedem Bereich bei 7,8 Punkten oder mehr von maximal erreichbaren 16,7. Am stärksten ist der Druck im Bereich „Gesellschaftliches Leben“ (11,9 Punkte).
- Der Wert für Gewalt liegt auf extremem Niveau. Er erhöhte sich von 12,5 Punkten im Weltverfolgungsindex 2019 auf 15,0 Punkte. Das liegt an den gestiegenen Zahlen getöteter Christen und Angriffe auf Kirchengebäude – eine Folge des gescheiterten Friedensabkommens mit der FARC.

Für jeden der Lebensbereiche sind im Folgenden jeweils ausgewählte Teilaspekte genannt, die im betreffenden Lebensbereich für die Christen zu den gravierendsten Schwierigkeiten gehören.

Privatleben

- **Für Christen ist es gefährlich, sich mit anderen Christen zu treffen:** Dies ist der Fall, wenn einzelne Personen in indigenen Gruppen oder in Gegenden, die vom organisierten Verbrechen kontrolliert werden, als Christen identifiziert werden. Solchen Christen wird schnell vorgeworfen, nicht den Normen der Gemeinschaft zu entsprechen, zum Beispiel aufgrund ihrer Abkehr von synkretistischen Praktiken oder der Nichteinhaltung von Ausgangssperren oder anderen Regeln der Gangs. Solche Einschränkungen verhindern Treffen und damit Gebet und Gemeinschaft mit anderen Christen, selbst wenn es sich nicht um ein gottesdienstliches Treffen handelt.
- **Es ist gefährlich, christliches Material zu besitzen oder aufzubewahren:** Im indigenen Gebieten verbieten die lokalen Behörden den Besitz von christlichem Material, das zur Verbreitung des Evangeliums eingesetzt werden könnte. Dennoch wird der wirtschaftliche Wert bestimmter christlicher Materialen als hoch eingeschätzt; kriminelle Gruppen führen Überfälle aus, um in den Besitz des Materials zu kommen und versuchen so, evangelistische Arbeit in der Gegend zu verhindern.
- **Es ist für Christen riskant, ihren christlichen Glauben im persönlichen Rahmen zu leben (z.B. Gebet, Bibellesen, etc.):** In einem indigenen Umfeld stellt für Konvertiten jede Ausübung ihres christlichen Glaubens ein persönliches und körperliches Risiko dar. Der neue Glaube wird weder von der Gemeinschaft noch von den Stammesführern toleriert. Auch in Gegenden, wo kriminelle Gruppen operieren, bedeuten privates christliches Gebet und Bibellese ein Risiko. Alle Christen und insbesondere Christen indigener Herkunft, die als solche an ihrem Verhalten erkannt worden sind, geraten ins Visier der Verfolger. Sie stehen im Verdacht, die Gruppe zu verlassen oder Anzeige zu erstatten, was die illegalen Aktivitäten der Gruppen bedrohen könnte.
- **Es ist für Christen gefährlich, auf christliches Radio und Fernsehen oder christliches Material im Internet zuzugreifen:** In indigenen Gemeinschaften ist es schwierig, Zugang zu christlichen Medien zu erhalten. Sollte dies doch möglich sein und ein Christ nutzt die Gelegenheit, um den christlichen Glauben weiterzugeben, folgen Strafen. In Gegenden, wo kriminelle Gruppen operieren, wird der Zugriff auf und die Benutzung von christlichem Material bestraft. Es wird befürchtet, dass dadurch die Interessen dieser Gruppen tangiert werden, sei es weil es zur Anprangerung ihrer illegalen Aktivitäten verwendet wird oder zur Bekehrung ihrer Gruppenmitglieder führt.

Allgemein erzeugt die Hinwendung zum christlichen Glauben in den indigenen Gemeinschaften (teils auch gewalttätigen) Widerstand von Stammesführern und der direkten Familie bzw. der Großfamilie. Christen dürfen keine religiösen Symbole tragen, da sie sich sonst der Gefahr von Drohungen, Belästigungen, körperlicher Folter, Verhaftung, Isolation und Verstoßung aussetzen. Christliche Konvertiten werden als „natürliche Feinde“ der kriminellen Gruppen angesehen; einige dieser Gruppen bieten den Stammesführern ihre Unterstützung dabei an, Christen indigener Herkunft zu unterdrücken. Obwohl dies mittlerweile seltener vorkommt, gibt es immer noch Widerstand oder Kritik aus den Reihen der Familie, wenn Mitglieder einer katholischen Gemeinde oder einer „Megachurch“ in eine kleinere Gemeinde wechseln. Hinzu kommt eine wachsenden Intoleranz der Gesellschaft gegenüber Religion. So gibt es eine Tendenz, dass Christen, die ihre christlichen Überzeugungen öffentlich zum Ausdruck bringen, kritisiert, beleidigt oder schikaniert werden. Diese Situation verleitet zur Selbstzensur.

Familienleben

- **Eltern werden daran gehindert, ihre Kinder gemäß ihrem christlichen Glauben aufzuziehen:** Um jeglicher „Destabilisierung der indigenen Identität“ vorzubeugen, setzen Stammesführer christliche Eltern mit Drohungen unter Druck, ihren Glauben nicht an ihre Kinder weiterzugeben. Hin und wieder veranlassen lokale Behörden in den Stammesgebieten, dass Kinder christlicher Eltern von anderen Familienangehörigen oder Stammesmitgliedern aufgezogen werden, die die Bräuche des Stammes befolgen. In den Gegenden, die von kriminellen Netzwerken kontrolliert werden, können christliche Eltern kaum verhindern, dass ihre Kinder von der ELN und Abtrünnigen der FARC indoktriniert werden, da jedwede Gegenwehr zu ihrer Ermordung führen würde. Das Ziel dieser Gruppen ist, die Jugend zu beeinflussen, sodass eine kriminelle Einstellung fest in der Gesellschaft verankert wird. In anderen Gebieten Kolumbiens haben christliche Eltern Schwierigkeiten, ihre Kinder gemäß christlichen Überzeugungen aufzuziehen, selbst wenn sie eine christliche Schule für ihre Kinder auswählen; das gilt besonders bei Themen der Sexualerziehung in der Bildung.
- **Kinder christlicher Eltern werden dazu gedrängt, an nichtchristlichem Unterricht oder dem allgemeinen Religionsunterricht teilzunehmen:** Die Bildung in den indigenen Gemeinschaften zielt darauf ab, die kulturelle Identität der ethnischen Gruppe zu bewahren. In diesem Kontext wird der Glaube der Gemeinschaft unterrichtet, auch wenn dieser klar antichristlich ist und den religiösen Überzeugungen der christlichen Kinder und ihren Eltern widerspricht. Die einzige Möglichkeit für christliche Eltern ihre Kinder davor zu schützen, besteht darin, sie aus der Gemeinschaft heraus oder von der Schule zu nehmen. Das führt jedoch in den meisten Fällen zur Erhöhung der Analphabetenrate der Gemeinschaft. In anderen Teilen Kolumbiens steht der öffentliche Lehrplan unter beträchtlichem säkularistischem Einfluss und vermittelt Einstellungen, die religiöse Ansichten als diskriminierend und intolerant betrachten. Es wird Druck auf christliche Kinder und Eltern ausgeübt, Bildungsinhalte zur sexuellen Vielfalt etc. hinzunehmen, die ihrem christlichen Glauben und ihren Werten widersprechen. Staatliche Schulen bieten nicht immer alternativen Religionsunterricht für diejenigen Christen an, die nicht katholisch sind.
- **Kinder und Ehepartner von Christen sind langen Zeiten der Trennung von ihren Eltern oder Partnern ausgesetzt, wenn diese aufgrund ihres Glaubens verfolgt werden:** Christen, die aus indigenen Gemeinschaften ausgeschlossen wurden, werden zur Trennung von ihren Familien gezwungen (das heißt von ihren Frauen und Kinder). Dies ist eine Bestrafung dafür, dass sie sich geweigert haben ihren Glauben aufzugeben. Gleichzeitig nimmt insgesamt die Zahl der Binnenflüchtlinge zu, bedingt durch die Gewalt in den Gegenden, die von kriminellen Gruppen und Guerillakämpfern kontrolliert werden. Christen und besonders Gemeindeleiter werden zum Ziel krimineller Gruppen, da sie als eine Gefahr angesehen werden. Sie sehen sich gezwungen, ohne ihre Familien zu flüchten, damit sie keinen Verdacht erregen und die Zurückgebliebenen nicht unnötig gefährden.
- **Wegen des christlichen Glaubens ihrer Eltern werden Kinder diskriminiert oder schikaniert:** Kinder von Christen indigener Herkunft werden unter Druck gesetzt, nicht dem Glauben ihrer Eltern zu folgen. Manchmal werden sie gezwungen, an indigenen Riten teilzunehmen, sie werden bestraft oder weggeschickt, um bei anderen (traditionellen) indigenen Familienmitgliedern zu leben, damit sie nicht von ihren christlichen Eltern großgezogen werden; bisweilen werden sie von gemeinschaftlichen Aktivitäten ausgeschlossen, um zu verhindern, dass sie christlichen Einfluss ausüben. In Gegenden, in denen kriminelle Netzwerke

agieren, ist es üblich, dass Kinder schon früh von den Guerillas rekrutiert werden, besonders Kinder christlicher Familien. Dies geschieht, um Christen dazu zu zwingen, ihre christlichen Aktivitäten und ihren Widerstand gegen die lokalen kriminellen „Autoritäten“ aufzugeben. Andernorts in Kolumbien (besonders in den städtischen Regionen) werden durch die wachsende Intoleranz der Gesellschaft gegenüber dem christlichen Glauben manche Kinder christlicher Eltern kritisiert oder verspottet. Der christliche Glaube gilt als radikal. Für Unverständnis sorgt auch, wenn christliche Kinder es ablehnen, an säkularen Feierlichkeiten oder an Aktivitäten zur Unterstützung von ideologischen Interessengruppen teilzunehmen. Manche Kinder aus christlichen Familien, die zu bestimmten Denominationen gehören, erfahren Mobbing wegen der Kleidung, die sie tragen.

Besonders in indigenen Gemeinschaften wird jedwede religiöse Praxis und die Nutzung von öffentlichem Raum dafür verboten, wenn die Praktiken von den traditionellen Gebräuchen abweichen. Folglich wird es für christliche Familien und Christen indigener Herkunft schwierig, Taufen, christliche Hochzeiten und Beerdigungen durchzuführen. Manchmal können diese nur außerhalb des Stammesgebietes abgehalten werden und werden normalerweise durch die Gemeinschaft nicht anerkannt.

Gesellschaftliches Leben

- **Christen werden unter Druck gesetzt, an nichtchristlichen religiösen Zeremonien oder Gemeinschaftsereignissen teilzunehmen:** Von Christen wird erwartet, dass sie an gemeinschaftlichen Veranstaltungen und religiösen Zeremonien der indigenen Gemeinschaften teilnehmen, andernfalls werden sie bestraft. In ähnlicher Weise können Anführer krimineller Gruppen die Ortsgemeinschaft dazu aufrufen, Ankündigungen zu verbreiten oder „neue Regeln“ aufzustellen – und von Christen wird erwartet, dass sie daran teilnehmen; wenn sie sich weigern, werden sie rasch Opfer von Vergeltungsmaßnahmen. An anderen Orten in Kolumbien werden christliche Arbeitnehmer dazu gezwungen, an Aktivitäten ihrer Firmen teilzunehmen, die einen Bezug zu Geschlechts- und Diskriminierungsfragen haben, selbst wenn sie angeben, dass diese Aktivitäten ihrem Glauben widersprechen.
- **Christen wird wegen ihres Glaubens der Zugang zur öffentlichen Grundversorgung ihrer Gemeinschaft und gemeinsam genutzten Ressourcen erschwert:** In einigen indigenen Gemeinschaften oder ländlichen Gegenden, in denen kriminelle Gruppen aktiv sind, werden Christen von der Grundversorgung wie der Gesundheitsfürsorge oder finanzieller Unterstützung ausgeschlossen. Dadurch soll Druck auf sie aufgebaut werden, ihre Aktivitäten einzustellen.
- **Christen wurden Geldstrafen wegen ihres Glaubens auferlegt – beispielsweise die Zahlung von Gemeinschaftssteuern oder Schutzgeld:** Indigene Gemeinschaften nutzen oft ein System von Strafzahlungen (entweder Geld oder Ernteprodukte), die sie Christen auferlegen, wenn diese sich wegen ihres Glaubens weigern, an Riten oder Festivitäten der Gemeinschaft mitzuwirken. Kriminelle Gruppen fordern Schutzgeld von Pastoren, Priestern und anderen Christen, damit sie im Gegenzug auf Gewalt gegen sie verzichten und es ihnen erlauben, einige ihrer religiösen Aktivitäten fortzusetzen.
- **Christen wurden wegen ihres Glaubens verhört oder dazu gezwungen, sich bei der Polizei zu melden:** Behörden in den Stammesgebieten nutzen Kontrollmechanismen innerhalb der indigenen Gemeinschaften, um die Aktivitäten von Christen zu überwachen. Oft funktionieren

kriminelle Gruppen als de facto Behörden in Gegenden, in denen der Staat kaum präsent ist. Sie zwingen die Christen, ihre Gruppen über christliche Aktivitäten zu informieren.

Im indigenen Umfeld werden Christen indigener Herkunft in der Regel überwacht, bedroht, von gemeinschaftlichen Aktivitäten ausgeschlossen, durch Zwangsehe bestraft (besonders Mädchen) und von Geschäften mit anderen Teilen der Gemeinschaft ausgeschlossen. In Gegenden, in denen kriminelle Netzwerke operieren, überwachen und belästigen diese Netzwerke Christen. Sie entführen jeden, der in ihren Augen eine Gefahr darstellt, da sie die entsprechende Macht und Autorität besitzen. An anderen Orten in Kolumbien infiltrieren LGBTI-Gruppen und radikale feministische Verbände Treffen oder Veranstaltungen von Christen, mit dem Ziel, verzerrte Berichte von den Vorträgen zu geben, um Christen als intolerant erscheinen zu lassen.

Leben im Staat

- **Christen sind Opfer von Hetzkampagnen:** Da der Staat den indigenen Gemeinschaften Autonomie und Selbstbestimmung verliehen hat, regeln die indigenen Volksgruppen ihr Zusammenlebens eigenverantwortlich. Daher versuchen die Stammesführer, die als Autorität in diesen Landesteilen agieren, einen Lebensstil zu etablieren, der durch die Bräuche ihrer Vorfahren bestimmt ist. Vor diesem Hintergrund fördern diese Stammesführer die Verstoßung aller Personen, die sich dem christlichen Glauben zugewandt und deshalb die Stammesbräuche aufgegeben haben. Christen werden außerdem für alles Negative verantwortlich gemacht, was in den Gemeinschaften passiert. Andernorts in Kolumbien kommt es immer wieder zu sozialer Stigmatisierung und Diffamierung von Christen durch die Medien oder die Zivilgesellschaft, besonders dann, wenn die Kirche es wagt, sich zu Fragen des Lebensschutzes, der Familie, der Wahlverfahren oder des Friedensabkommens zu äußern. Das Ziel ist, Spaltungen innerhalb der Kirche herbeizuführen, damit sie in den Augen der Gesellschaft an Glaubwürdigkeit verliert. Im jüngsten Wahlkampf kritisierten Bürger mit harschen Worten die Verbindungen einiger christlicher Gruppen zu politischen Kandidaten.
- **Christen werden durch das Gesetz und in der Praxis dazu gezwungen, gegen ihr Gewissen zu handeln, beispielsweise durch den Militärdienst oder andere Tätigkeiten:** In indigenen Gemeinschaften sind die Bräuche der ethnischen Gruppe das „Gesetz“. Dieser Umstand wird dazu genutzt, Christen zu zwingen, gegen ihre religiösen Überzeugungen zu handeln. Wehrdienstverweigerungen aus religiösen Gründen werden nicht immer akzeptiert. Medizinisches Personal wird mitunter dazu gezwungen, in Bezug auf Abtreibungen und Euthanasie gegen das eigene Gewissen zu handeln; beides wurde durch das Verfassungsgericht erlaubt. Andere Berufsgruppen wie Lehrer und Anwälte werden im Rahmen ihres Dienstes mitunter dazu gezwungen, gegen ihre christliche Überzeugung zu handeln.
- **Christen erleben Einschränkungen in der öffentlichen Meinungsäußerung:** Gemäß indigener Bräuche hat niemand, dessen Glauben von dem der Gemeinschaft abweicht, das Recht, sich vor der Gemeinschaft zu äußern. Denn diese Menschen könnten andere Mitglieder der indigenen Gemeinschaft dazu ermutigen, ihren religiösen Überzeugungen zu folgen. Auch Christen in Gegenden, in denen kriminelle Gruppen oder Guerillakämpfer agieren, sind nicht frei, christliche Überzeugungen zu äußern, sofern diese der Philosophie der jeweiligen Gruppe widersprechen, die Umsetzung des Friedensabkommens betreffen oder Menschenrechte und Umweltschutz verteidigen. In den letzten regionalen Wahlen kam es zur Belästigung von Christen, die Kandidaten unterstützen, welche eine Gefahr für die Interessen der kriminellen

Gruppen darstellten. Bei öffentlichen Debatten zu sensiblen Themen (wie zum Friedensabkommen mit der FARC, Wahlen, dem Lebensschutz und der Regulierung von Ehen und Adoption, etc.) werden bekannte Christen oder diejenigen, die christliche Kandidaten unterstützen, verhöhnt und beschuldigt, die Trennung von Staat und Kirche aufzuheben.

- **Personen, die Christen Schaden zufügen, werden bewusst von der Strafverfolgung ausgenommen:** In indigenen Gemeinschaften bleibt die Diskriminierung und Misshandlung von Christen ungestraft, da die Stammesführer und lokalen Behörden hinter solchen Taten stehen. Andernorts ist Straffreiheit ein weitverbreitetes Phänomen, weil kriminelle Anführer und korrupte Beamte miteinander vernetzt agieren. Falls eine Ermittlung eingeleitet wird, berücksichtigen die Behörden in der Regel nicht, dass Christen für kriminelle Angriffe viel anfälliger sind, da ihre religiösen Überzeugungen von den kriminellen Gruppen als eine Bedrohung angesehen werden. Im Zusammenhang des radikalen Säkularismus wird Hinweisen auf Intoleranz als Ursache für Angriffe gegen Christen und Kirchen nicht ernsthaft nachgegangen oder diese angemessen eingedämmt. Die Behörden verweigern Gemeindeleitern Schutz, weil sie diese als Personen des öffentlichen Lebens einstufen und daher meinen, das Recht eines Kritikers zur freien Meinungsäußerung sei maßgebend.

In einigen Landesteilen agieren kriminelle Gruppen als die einzige Autorität. Sie bedrängen christliche Organisationen, die Drogenrehabilitationszentren betreiben, wegen ihres Einsatzes für den Schutz der Menschenrechte oder für die Umsetzung des Friedensabkommens. In indigenen Gemeinschaften verbieten Stammesführer Christen, die Gegend zu verlassen; Missionare dürfen bestimmte Gebiete nicht betreten. Es ist für indigene Christen kaum möglich, die Regierung um Schutz zu bitten, da die indigenen lokalen Behörden – die nahezu immer gegen Christen eingestellt sind – die einzigen autorisierten Behörden in den Stammesgebieten sind. Zudem kann es in einigen Fällen für Christen in öffentlichen Ämtern schwierig werden, ihren Dienst entsprechend ihrem Glauben auszuüben: Sie stehen in der Gefahr zum Ziel von Kritik und Hetzkampagnen durch Bürger und Medien zu werden können, was ihre Beförderungsmöglichkeiten einschränken könnte. Christliche zivilgesellschaftliche Organisationen, die sich bezüglich Themen von öffentlichem Interesse engagieren, wird vorgeworfen, gegen die säkularen Prinzipien des Staates zu verstoßen.

Kirchliches Leben

- **Pastoren und andere christliche Leiter (oder ihre Familienmitglieder) werden wegen ihres Glaubens schikaniert:** Christliche Leiter und ihre Familien geraten besonders ins Fadenkreuz, wenn sie in indigenen Gemeinschaften oder Gebieten leben und arbeiten, wo gleichzeitig kriminelle Gruppen agieren. Niemand sonst wird so häufig mit Strafzahlungen und speziellen Steuern belangt. Dies gilt besonders dann, wenn ihre Aktivitäten in Bezug zu Menschenrechten, dem Umweltschutz und der Umsetzung des Friedensabkommens stehen und sie sich weigern, mit den kriminellen Gruppen zusammenzuarbeiten. Gemeindeleiter erleiden zudem öffentliche Beschimpfungen und manchmal körperliche Misshandlungen, insbesondere wenn es um Themen wie Ehe, Familie und den Lebensschutz geht.
- **Kirchen werden daran gehindert, Schulen, wohltätige, humanitäre, medizinische, soziale oder kulturelle Organisationen, Einrichtungen oder Vereine zu gründen und zu führen:** Aktivitäten christlicher Organisationen sind in indigenen Gemeinschaften nicht gestattet. Christliche indigene Schulen zu betreiben, ist sowohl von den indigenen Behörden als auch der kolumbianischen Regierung verboten; in den Gemeinschaften ist nur eine traditionelle indigene Bildung erlaubt. Organisationen, die christlichen Kirchen nahestehen und dabei

helfen, junge Drogensüchtige wieder zu integrieren, werden regelmäßig von kriminellen Gruppen ins Visier genommen (da sie solche Jugendarbeit als „Angriff“ auf ihre wirtschaftlichen Interessen sehen). Außerdem können manche christliche Organisationen, bedingt durch die schlechte Sicherheitslage, in den Grenzregionen nicht aktiv sein. Andernorts werden kirchliche Bildungseinrichtungen und andere christliche Organisationen zuweilen unter Druck gesetzt, die Richtlinien des Bildungsministeriums hinsichtlich der Sexualerziehung umzusetzen, indem man ihnen mit Schließung oder Strafzahlungen droht.

- **Christliche Gemeinschaften werden daran gehindert, Kirchengebäude zu bauen oder zu renovieren oder historische religiöse Stätten zu beanspruchen, die ihnen früher genommen wurden:** Um eine Zunahme der Zahl von Christen in indigenen Gemeinschaften und den Regionen zu verhindern, die unter der Kontrolle von Gangs stehen, wird der Bau von Kirchen oder Versammlungsräumen untersagt. In Gegenden, in denen kriminelle Netzwerke aktiv sind, werden christliche Leiter dazu gezwungen, einen Kirchenbau oder -umbau als Tarnung zur Geldwäsche zu missbrauchen. Wer dies nicht hinnehmen will, wird schikaniert. Als Rechtsnorm fungiert der Behördliche Bebauungserlass, der häufig zur Einschränkung des Baus neuer Kirchen in städtischen Gebieten verwendet wird.
- **Kirchen, christliche Organisationen oder Einrichtungen werden daran gehindert, ihre Überzeugungen hinsichtlich Hochzeiten und Familienangelegenheiten auszudrücken oder umzusetzen:** Christliche Organisationen haben regelmäßig mit Kritik, Zurückweisung und Stigmatisierung zu kämpfen. Mit dem Argument, man wolle den säkularen Staat schützen, wird Kirchen (oder Organisationen mit christlichem Ethos) das Recht abgesprochen, sich öffentlich zu sensiblen Themen zu äußern. Wenn christliche Organisationen sich zu Fragen der Unantastbarkeit des Lebens, der Sexualität oder der Familie äußern oder ihre Sichtweisen vertreten, werden ihre Meinungen und Handlungen bisweilen von ideologischen Interessengruppen verzerrt und gegenüber der Gesellschaft als diskriminierend dargestellt. Indigene Gemeinschaften verweigern christlichen Organisationen das Recht , sich für eheliche bzw. familiäre Ordnungen auszusprechen, die denen ihrer Bräuche widersprechen. Sie argumentieren, dass dies den Kindern und der Identität des Stammes schaden würde; sie befürchten eine Aushöhlung ihrer synkretistischen Glaubensvorstellungen durch die Ablehnung von Ehen zwischen Minderjährigen und das Bestreben nach Gleichwertigkeit von Mann und Frau innerhalb der Familie (entsprechend der christlichen Lehre).

Innerhalb indigener Gemeinschaften und in Landesteilen, die von kriminellen Netzwerken kontrolliert werden, wird die Interaktion mit ausländischen christlichen Besuchern oft als zu riskant eingestuft; kirchliche Predigten, Lehren und Aktivitäten werden sowohl innerhalb als auch außerhalb der Gemeinden überwacht und eingeschränkt. Dies beinhaltet die Arbeit mit Jugend und Kindern, sowie den Verkauf und das Verteilen von christlichem Material. Kriminelle Anführer hindern Christen daran, lokale Radiostationen und andere Medien als Plattform zu nutzen, um eine Ausbreitung christlichen Einflusses zu verhindern. In allen Fällen stehen Christen, die diesen Einschränkungen zuwiderhandeln, in der Gefahr, Opfer von verbaler bzw. physischer Gewalt zu werden.

Auftreten von Gewalt

- 16 Christen, unter ihnen Pastoren und christliche Leiter mit indigener Herkunft, wurden durch kriminelle Gruppen an Orten wie Cauca, Meta, Antioquia, Valle del Cauca, und Chocó getötet. Diese Christen waren für ihren Widerstand gegen die kriminellen Aktivitäten dieser Gruppen bekannt.

- Viele Angriffe auf Christen wurden genutzt, um Druck auf die Kirche aufzubauen. Derartige Vorfälle ereigneten sich in Antioquia, Huila, Bogotá, Cármen de Bolívar, Arauca, und Nariño. In Gegenden mit geringer oder gar keiner staatlichen Präsenz stehen Christen in der Gefahr, eingeschüchtert oder mit dem Tode bedroht zu werden, wenn sie ihre Stimme gegen Menschenrechtsverletzungen oder umweltgefährdende Aktivitäten erheben oder auf Korruption und kriminelle Gruppen hinweisen.
- Aus den Stammesgebieten Kolumbiens wurden sechs Fälle bekannt, bei denen indigene Behörden Christen indigener Herkunft bestraften, weil sie den Riten des Stammes den Rücken gekehrt hatten. Solche Berichte kamen zumeist aus der ethnischen Gruppe der Ika.
- Ungefähr 40 Kirchen und christliche Gebäude wurden angegriffen. Diese Vorfälle ereigneten sich in Bundesstaaten wie Bogotá, Arauca, Antioquía, Tumaco, Nariño und Chocó. Mit derlei Angriffen versucht man, Christen davon abzubringen, sich in Gegenden mit geringer oder gar keiner staatlichen Präsenz für den Schutz der Menschenrechte oder für Gewaltprävention einzusetzen. In ähnlicher Weise wurden einige zum Ziel von Vandalismus, ein weiterer Beleg für die herrschende säkularer Intoleranz gegenüber dem christlichen Glauben.
- Sechs gewaltsame Übergriffe gegen Christen wurden gemeldet, die hauptsächlich auf die Handlungen organisierter krimineller Gruppen zurückzuführen sind. Diese Vorfälle passierten im Norden Kolumbiens.
- In etwa 295 Fälle wurden Christen gezwungen, ihre Heimat zu verlassen oder sich im In- und Ausland zu verstecken. Dies geschah im Zusammenhang mit Ethnisch begründeten Anfeindungen sowie Organisiertem Verbrechen und Kriminalität. Vertreibungen gab es in Matapiña, Rio Molino, Antioquía, Uraba, San Sebastian, Guaviare, Córdoba und Chocó. Es ist wichtig zu bedenken, dass Kolumbien die größte Anzahl von Binnenvertriebenen in der Region hat; allerdings sind keine separaten Daten über die Anzahl christlicher Binnenvertriebener verfügbar und es ist von einer hohen Dunkelziffer auszugehen.

7. Verfolgungssituation für Männer und Frauen

Wie Frauen Verfolgung erfahren:

- Entführung
- Zwangsverheiratung
- Erzwungene Flucht aus Stadt oder Land
- Menschenhandel
- Körperliche Gewalt
- Sexuelle Gewalt

Christliche Frauen und Mädchen werden zwar durch keinerlei spezielle Gesetze besonders in Gefahr gebracht, dennoch kommt es in der Praxis immer wieder zu herausfordernden Situationen für Christinnen, die es ihnen erschweren, ihren Glauben ohne Angst zu leben. So ist es zum Beispiel in indigenen Gemeinschaften üblich, dass die Stammesführer den christlichen Glauben nicht akzeptieren. Deshalb werden Christinnen indigener Herkunft entweder zur Ehe mit einem nichtchristlichen indigenen Mann gezwungen oder von ihren Männern verlassen. Das hat die Trennung von ihren Kindern und die Ausgrenzung aus der Gemeinschaft zur Folge.

In einer solchen Situation sind Christinnen indigener Herkunft sehr verletzlich, da sie möglicherweise zum Umzug gezwungen sind und der Willkür krimineller Gruppen zum Opfer fallen, die in Menschenhandel und sexuelle Ausbeutung involviert sind. In Fällen, wo diese Christinnen in der Gemeinschaft bleiben können, sind sie gezwungen, trotz ihres Glaubens an den Praktiken der Gemeinschaft teilnehmen.

In Gegenden unter Kontrolle krimineller Gruppen sind alle Kinder von der Indoktrinierung durch Guerillas betroffen, einschließlich Mädchen. Diese müssen nicht nur die gewaltsamen Ideologien akzeptieren, die ihrem Glauben widersprechen, sondern sie werden auch sehr wahrscheinlich Opfer von Vergewaltigung und sexueller Belästigung. Ein weiterer Aspekt sind von multilateralen Organisationen gesponserte Regierungsprogramme, die in den vernachlässigten Regionen des Landes durchgeführt werden. Häufig beinhalten sie die Verpflichtung, Methoden zur „Familienplanung“ zu nutzen, was auch Verhütungsmittel und Abtreibungen umfasst. Besonders beunruhigend ist dabei, dass mancherorts Hilfsleistungen der Regierung und der volle Zugang zu medizinischer Versorgung nur unter der Bedingung gewährt werden, dass diese Methoden angewendet werden. Besonders aggressiv wird dieser Druck in den Schulen in ländlichen Gegenden ausgeübt. Hier werden Schüler dazu gezwungen, trotz fehlender Zustimmung ihrer Eltern Empfängnisverhütungsmittel zu benutzen. Dies beeinträchtigt das Recht der Eltern, ihre Kinder gemäß ihren Prinzipien und ihrem Glauben zu erziehen. Der einfache Zugang zu Verhütungsmethoden und deren weitverbreitete Nutzung erhöhen besonders in Gegenden, wo kriminelle Netzwerke agieren, für Frauen die Gefahr, Opfer von Vergewaltigungen zu werden. Das liegt daran, dass dadurch eine Vergewaltigung seltener zu einer Schwangerschaft führt, was sowohl die Hemmschwelle senkt als auch eine Straffreiheit des Täters begünstigt.

Mit Blick auf die Situation der Frauen im Land, herrscht in Kolumbien ein sehr niedriges Maß an Diskriminierung. Zu diesem Schluss kommt der „Social Institutions and Gender Index 2019 Global Report“, der von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) erarbeitet wird. Diese Studie konzentriert sich größtenteils auf juristische Rahmenbedingungen und soziale Normen in Bezug auf Gesundheit, Bildung und wirtschaftlicher Teilhabe. In ähnlicher Weise stellt der „SDG Gender Index“ fest, dass Kolumbien 67,9 Punkte im globalen Ranking erzielt (eine Punktewertung von 100 spiegelt das Erreichen von völliger Gleichberechtigung wieder) – damit ist die Situation der Frauen vergleichsweise weniger ungleich als in der Demokratischen Republik Kongo, dem Jemen oder Tschad. Auf der anderen Seite zeigen die Abschlussworte des UN-Reports von 2019 des „Committee on the Elimination of Discrimination against Women“ (CEDAW) viele Herausforderungen auf, denen Frauen in Kolumbien gegenüber stehen. Beispiele sind: Rekrutierung junger Frauen in Konfliktgebieten; Angriffe gegen weibliche Leiter, die an der Umsetzung des Friedensvertrags mit der FARC auf lokaler Ebene arbeiten; mangelnde Inklusion von Frauen in Politik, Bildung bzw. am Arbeitsplatz; weibliche Genitalverstümmelung in manchen indigenen Gemeinschaften, Feminizide (gezielte Abtreibung weiblicher Föten) und Gewalt gegen Frauen sowie Menschenhandel und sexuelle Ausbeutung.

Wie Männer Verfolgung erfahren:

- Entführung
- Diskriminierung/Schikane im Bildungsbereich
- Erzwungene Flucht aus Stadt oder Land
- Verhaftung durch die Behörden
- Zwangsrekrutierung zum Militärdienst

- Ermordung
- Körperliche Gewalt
- Psychische Gewalt
- Verbale Gewalt

Christliche Männer waren schon immer stärker gefährdet und von Verfolgung betroffen – zum Teil, wegen ihrer Rolle als Oberhaupt der Familie (oder der Kirche, im Fall von Pastoren oder Priestern). Dies gilt besonders für Männer und Jungen in Regionen mit bewaffneten Konflikten: Als Familienoberhäupter werden sie erpresst, bewaffnete Gruppen zu finanzieren; als Leiter im nichtkirchlichen Kontext stehen sie in der Gefahr, getötet zu werden; und als Pastoren und Priester werden sie möglicherweise angegriffen oder aus ihren Regionen vertrieben.

Kinder und Jugendliche sind der Rekrutierung und Gewalt von bewaffneten Gruppen ausgesetzt. In den Landesteilen, die von kriminellen Gruppen und Drogenkartellen kontrolliert werden, sind junge Männer das Hauptziel für deren Rekrutierungen. Sie werden indoktriniert und zur Teilnahme an Aktivitäten dieser Gruppen verpflichtet, was Entführungen, sexuellen Missbrauch, Schmuggel, etc. bedeuten kann. Die Organisation „Special Jurisdiction for Peace“ untersuchte Rekrutierungsversuche und sexuelle Gewalt gegen Jungen und Mädchen im Kontext bewaffneter Konflikte und kam zu dem Ergebnis: Von 8839 Opfern im Kindesalter (von 1971 bis heute gezählt), waren 32 Prozent weiblich und 67 Prozent männlich. Bedingt durch den ökonomischen und sozialen Kontext, geben einige der jungen Männer dem Druck nach und schließen sich den Gruppen an. Andere weigern sich jedoch, entweder wegen ihres Glaubens oder aus anderen Gründen. Sie werden häufig bedroht, verfolgt und zusammen mit ihren Familien entführt.

Es gibt einen starken Mangel an Traumatherapie und Resozialisierungsprogrammen für Männer. Geschlechterspezifische Politik, wie sie von der Regierung unterstützt wird, gibt Männern nicht dieselben Möglichkeiten wie Frauen, sich fortzubilden oder an Programmen teilzunehmen, die ihnen helfen, mit ihrer eigenen Verwundbarkeit umzugehen oder zunächst einmal heil zu werden. Statistisch gesehen richtet sich die Mehrheit der Resozialisierungs- und Vorsorgeprogramme an Frauen.

Weil die Hinwendung zum christlichen Glauben grundsätzlich abgelehnt wird, werden Kinder konvertierter Christen indigener Herkunft von Mitgliedern ihrer indigenen Gemeinschaften gezwungen, ältere Frauen derselben Ethnie zu heiraten, um die Ausbreitung des christlichen Glaubens unter den Mitgliedern der Gemeinschaft zu verhindern.

8. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Dem „International Religious Freedom Report“ des US-Außenministeriums zufolge, berichtet die jüdische Gemeinschaft von einem Aufleben des Antisemitismus in den sozialen Medien; dazu gehört auch das aggressive Vorgehen der BDS-Bewegung, einer antiisraelischen Protestbewegung, die antisemitische Slogans wie „Juden kontrollieren die Medien“ benutzt.

Der „Kolumbianische Jüdische Gemeindeverband“ (CJCC) berichtete außerdem von Demonstrationen vor der israelischen Botschaft, die manchmal von antisemitischen Kommentaren in den sozialen Medien begleitet wurden. Insbesondere äußerte sich der CJCC besorgt über die aggressive Förderung des Boykotts israelischer Produkte, Künstler, Kultur und Reisen durch die BDS-Bewegung.

9. Der Ausblick für Christen

Organisiertes Verbrechen und Korruption

Der erneute Griff zu den Waffen zweier früherer FARC-Kommandeure ist ein Rückschritt, der sicherlich Einfluss auf die Sicherheitslage des Landes haben wird und die Schwierigkeit erhöht, das Friedensabkommen mit der FARC umzusetzen. Diese besorgniserregende Entwicklung wird es noch schwerer machen, die Macht bewaffneter Gruppen einzuschränken, die diese de facto in vielen Landesteilen ausüben. Das gilt besonders dann, wenn man das hohe Maß an Korruption und Straffreiheit mitberücksichtigt. Für Christen bedeutet dies, dass der Einsatz für Frieden und die Wahrung der Menschenrechte sie auch künftig in erhöhte Gefahr bringen wird, Opfer von Angriffen zu werden. Diese Situation könnte sich noch weiter verschlechtern, wenn die Proteste gegen die aktuelle politische Situation in Gewalt umschlagen.

Ethnisch oder traditionell begründete Anfeindungen

Derzeit bietet der Staat keine wirksame Lösung zum Schutz der Religionsfreiheit des Einzelnen in Bezug auf Mitglieder indigener Gemeinschaften, die Christen werden und nicht mehr den traditionellen ethnischen Riten folgen wollen. Wenn sich dies nicht ändert, wird die Verfolgung dieser Christen noch weiter zunehmen. Dies ist besonders dort der Fall, wo kriminelle Gruppen bereits Allianzen mit Stammesführern eingegangen sind, um Übertritte zum christlichen Glauben zu verhindern.

Säkulare Intoleranz

Nichts deutet darauf hin, dass die Intoleranz gegenüber der politischen Teilhabe von Christen und gegenüber öffentlichen Glaubensbekundungen in naher Zukunft abzunehmen könnten. Obwohl der religiöse Bereich als ein wichtiges Element der Gesellschaft anerkannt wird, werden christliche Leiter weiterhin von der Regierung und von Interessensgruppen ignoriert werden – gerade dann, wenn es um Entscheidungen bezüglich des Lebensschutzes, der Ehe und der Familie geht. Die jüngste Wahl lokaler Beamter, deren politische Agenda sich an ideologischen Gruppen orientiert, wird wahrscheinlich den Schutz der Religionsfreiheit der Bürger negativ beeinflussen.

zurück zur Länderübersicht

Oman: Platz 42

Zusammenfassung

Christen mit muslimischem Hintergrund werden von Familie und Gesellschaft unter Druck gesetzt, ihren Glauben zu widerrufen. Sie können aus dem Elternhaus und von ihrem Arbeitsplatz vertrieben werden und haben mit Problemen hinsichtlich des Sorgerechts für ihre Kinder und ihrer Erbschaft zu kämpfen. Ausländische Christen werden toleriert, sind aber beim Bau oder Erwerb ihrer Einrichtungen eingeschränkt. Christliche Versammlungen werden überwacht, um eventuelle politische Aussagen aufzuzeichnen und um festzustellen, ob omanische Staatsangehörige daran teilnehmen. Jede religiöse Organisation muss bei den Behörden registriert werden.

Beispiele aus dem aktuellen Berichtszeitraum

- Öffentliches Evangelisieren ist verboten und kann nur im Privaten erfolgen. Mehreren Aussagen zufolge wurden im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2020 einige Christen muslimischer Herkunft und ausländische Christen, die über ihren Glauben sprachen, zu Befragungen vorgeladen.
- Nichtmuslimische Gruppen müssen sich bei der Regierung registrieren lassen, welche dann die Vermietung von Gebäuden an diese Gruppen genehmigt und überwacht.
- Im Internationalen Bericht des US-Außenministeriums zur Religionsfreiheit 2018 heißt es zum Oman: „Im April starb Hassan Al-Basham, der wegen seiner Kommentare in sozialen Medien im Jahr 2016 wegen Blasphemie und Verletzung religiöser Werte in den sozialen Medien zu drei Jahren Haft verurteilt worden war, im Gefängnis.“ Dies zeigt das politische Klima, in dem sich die Christen im Oman bewegen müssen.
- Weibliche christliche Hausangestellte sind wegen ihres Glaubens in größerer Gefahr, Opfer von (sexuellem) Missbrauch zu werden.

---

1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 62 Punkten belegt Oman Platz 42 auf dem Weltverfolgungsindex 2020.

Im Weltverfolgungsindex 2019 lag Oman mit 59 Punkten auf Rang 44. Der Anstieg um 3 Punkte ist zum Teil auf eine größere Anzahl an Berichten über Gewalt gegen Christen zurückzuführen. Darüber hinaus gerieten die Christen unter stärkeren Druck, nachdem die omanische Regierung die Überwachung der Christen und ihrer Aktivitäten intensivierte. Eine Neubewertung der Situation im Land im Vergleich zu den Nachbarländern trug ebenfalls zu einem Anstieg der Punktzahl bei.

2. Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung

Der Islam ist die Staatsreligion, und die Rechtsprechung basiert überwiegend auf dem islamischen Recht. Der Lehrplan aller staatlichen Schulen beinhaltet den islamischen Religionsunterricht. Der Abfall vom Islam ist kein strafbares Vergehen, ist vom Rechtssystem aber nicht vorgesehen, da dieses alle Bürger als Muslime einstuft. Christen muslimischer Herkunft sind in familienrechtlicher Hinsicht benachteiligt, da das Gesetz zum Beispiel dem Vater das Sorgerecht für seine Kinder verwehrt, wenn er den Islam verlässt.

Das Ausmaß der Verfolgung ist für ehemalige Muslime, die sich zum christlichen Glauben bekehren, unterschiedlich. Diejenigen, die aus dem Oman stammen, sehen sich höchstem Druck ausgesetzt. Für Konvertiten aus dem Islam anderer Herkunft, wie etwa aus Pakistan oder der Levante (z.B. Jordanien, Libanon, den palästinensischen Gebieten und Syrien, neben anderen Ländern), hängt viel von der Reaktion innerhalb der Gemeinschaft ab, der sie im Oman angehören. Solange sie keine Unruhe stiften, haben sie von der omanischen Regierung weniger zu befürchten. Allerdings können ihre omanischen Arbeitgeber sie entlassen, was zu einer Abschiebung führen würde, wenn sie keine andere Arbeit fänden. Innerhalb dieser Gemeinschaften von Arbeitsmigranten hängen die Folgen für die Konvertiten mehr von den kulturellen Normen ihrer Heimatländer ab als von den kulturellen Praktiken im Oman. Für Arbeitsmigranten ist die Bekehrung zu Jesus Christus manchmal leichter als in ihrem Heimatland, weil Familie und Verwandte oft weit entfernt sind und der gesellschaftliche Druck weniger stark ist.

Ethnisch oder traditionell begründete Anfeindungen

Stammeswerte, bei denen die Familienehre eine sehr wichtige Rolle spielt, werden mit islamischen Werten vermischt. Omani zu sein bedeutet Muslim zu sein. Es liegt Stolz darin, Omani zu sein, und oft ist die Feier der Tradition wichtiger als deren Bedeutung. Mit der Tradition zu brechen oder die Gründe dafür in Frage zu stellen, ist für die Bevölkerung undenkbar. Die Gesellschaft meidet diejenigen, die den Islam verlassen, auch wenn nicht zur Gewalt ermutigt wird.

Diktatorische Paranoia

Oman wird von einer Dynastie regiert, die den Willen der Bevölkerung nicht respektiert. Es gibt Unzufriedenheit unter den Omanis, die ihre Regierung generell als autoritär ansehen, auch wenn sie anerkennen, dass kürzlich erfolgte Wirtschaftsreformen vorteilhaft waren. In ihrem Bericht von 2019 stufte die Nichtregierungsorganisation „Freedom House“ das Land als „nicht frei“ ein. Der Bericht hält fest: „Das Regime beschränkt nahezu alle politischen Rechte und bürgerlichen Freiheiten und reagiert besonders harsch auf Kritik und Widerspruch.“ Auch die Medien haben mit Schikane und Einschüchterungen zu kämpfen.

3. Verfolger

Ausgehend von islamischer Unterdrückung

- **Die eigene (Groß-)Familie:** Obwohl sie eindeutig mit Fragen der Familienehre vermischt sind, sind die stark vertretenen islamischen Überzeugungen ein wichtiger Grund für Familien, sich gegen Familienmitglieder zu wenden, die den christlichen Glauben annehmen. Der Übertritt vom Islam zum Christentum ist in Oman gesellschaftlich inakzeptabel. Die Familien werden die Konvertiten mit Sicherheit aus ihrem Zuhause vertreiben, da sie die Bekehrung nicht nur als einen Angriff auf den Islam, sondern auch auf die Familienehre sehen.
- **Regierungsbeamte:** Obwohl Konversion nicht unter Strafe steht, ist sie gesellschaftlich inakzeptabel und ein Glaubenswechsel (weg vom Islam) wird offiziell nicht anerkannt. Omanische Christen (meist Konvertiten vom Islam zum christlichen Glauben) wurden von Regierungsbeamten verhört; ihnen wurde befohlen, Treffen einzustellen und gedroht, sie würden ihre Arbeitsstellen und Häuser verlieren. Die Wahrscheinlichkeit ist groß, dass der Glaubenswechsel zu rechtlichen Problemen in Fragen des Familienstandes führt. Zum Beispiel verlieren Väter, die den Islam verlassen, wahrscheinlich das Sorgerecht für ihre Kinder. Ausländische Christen müssen ihren Glauben mit Bedacht praktizieren, da die Regierung gegen jeden Christen vorgeht, der versucht, öffentlich über den christlichen Glauben zu sprechen; Evangelisation ist illegal und wird nach dem Gesetz bestraft. Ausländische christliche Mitarbeiter wurden verhört und angewiesen, nicht über ihren Glauben zu reden. Andernfalls drohe ihnen der Verlust ihrer Visa. Es sind keine Fälle bekannt, in denen Christen offiziell wegen Evangelisierung strafrechtlich verfolgt wurden, aber einige wurden in den letzten Jahren ohne ordentliches Verfahren aus dem Land ausgewiesen.
- **Nichtchristliche religiöse Leiter:** Die Furcht vor feindseligen Äußerungen oder Handlungen islamischer Führer trägt zu dem hohen Maß an Vorsicht bei, zu der sich die Konvertiten gezwungen sehen.
- **Bürger (Menschen aus der breiteren Gesellschaft):** Die omanische Gesellschaft ist konservativ und stolz darauf, islamisch zu sein. Die Gesellschaft wird sowohl auf die Regierung als auch auf die Familienmitglieder Druck ausüben, um die islamischen religiösen Normen aufrechtzuerhalten.
- **Anführer ethnischer Gruppen:** Familien- und Stammesoberhäupter sorgen dafür, dass der Islam innerhalb ihres Stammes oder ihrer Großfamilie respektiert wird. Sie beeinflussen Familienmitglieder, um Konvertiten dazu zu drängen, ihren Glauben zu widerrufen.

Ausgehend von ethnisch oder traditionell begründeten Anfeindungen

- **Die eigene (Groß-)Familie:** Obwohl die islamische Strafe für den Glaubensabfall – die Todesstrafe – eindeutig einer der Hauptgründe für eine Familie ist, ein zum Christentum bekehrtes Familienmitglied zu verfolgen, kann dies nicht getrennt vom Konzept der „Familienehre“ betrachtet werden. Die alten Normen (wie der Schutz der Familienehre) sind noch immer intakt. Der Übertritt vom Islam zum christlichen Glauben ist der Verrat an allem, wofür eine konservative muslimische Familie steht, und eine Schande für den Namen der Familie. Konvertiten laufen Gefahr, von ihren Familien verbannt zu werden, weil diese sich für sie schämen.
- **Anführer ethnischer Gruppen:** Stammes- und Familienoberhäupter sorgen dafür, dass die Ehre ihrer Gruppe nicht durch ein Mitglied beschmutzt wird, das zum christlichen Glauben

konvertiert, was als große Beleidigung angesehen wird. Für Omanis ist das Omanisch-sein ihre Nationalität, doch ihre wahre Identität liegt in ihrer Stammeszugehörigkeit. Da die Gesellschaft in lokalen Gemeinschaften organisiert ist, bringt ein christlicher Konvertit große Schande über seinen ganzen Stamm. Die Stammesführer und Familienoberhäupter tragen dann die Last, die Ehre des Stammes wiederherzustellen. Dies kann nur geschehen, wenn die Person zum Islam zurückkehrt, die Gemeinschaft verlässt oder stirbt. Die Verfolgung erfolgt meist durch beständigen Druck, zum Islam zurückzukehren, oder durch den vollständigen Ausschluss des Einzelnen durch die Gemeinschaft.

- **Gewöhnliche Bürger:** Die Stammeskultur hat immer noch einen weit verbreiteten Einfluss innerhalb der omanischen Gesellschaft, und der gesellschaftliche Status von Stamm und Familie ist für Omanis sehr wichtig. Daher besteht sozialer Druck, gesellschaftliche Normen aufrechtzuerhalten, um den guten Namen des Stammes und der Familie nicht zu beschämen.
- **Nichtchristliche religiöse Leiter:** Lokale Imame fördern die Aufrechterhaltung der kulturellen Normen, die mit islamischen Prinzipien verflochten sind.

Ausgehend von Diktatorischer Paranoia

- **Regierungsbeamte:** Auch wenn der Sultan wegen des Fortschritts und des Wohlstands, die sein Land unter seiner Herrschaft erlangt hat, sehr beliebt ist, ist er doch gleichzeitig ein Diktator. Die omanische Regierung erlaubt keine Kritik bezüglich Staatsangelegenheiten, ihren Umgang mit religiösen Fragen eingeschlossen. Ausländische Christen, die sich gegen die Regierung aussprechen, werden mit hoher Wahrscheinlichkeit abgeschoben. Viele Christen fürchten zwar die Überwachung ihrer Telefone und ihrer Aktivitäten in den sozialen Medien, doch wird die Technik hauptsächlich gegen Omanis eingesetzt und benutzt, um jedes Anzeichen von Widerspruch und Kritik an der Regierung zu unterbinden.

4. Regionale Brennpunkte der Verfolgung

Die omanische Gesellschaft ist immer noch sehr stammesorientiert, jedoch ist der Druck in städtischen Räumen wie Muskat und ländlichen Gebieten unterschiedlich hoch. Die soziale und familiäre Kontrolle und damit der Druck ist in ländlichen Gebieten generell höher, während die städtischen Gebiete Christen mit muslimischem Hintergrund ein anonymeres Leben ermöglichen.

5. Betroffene Christen

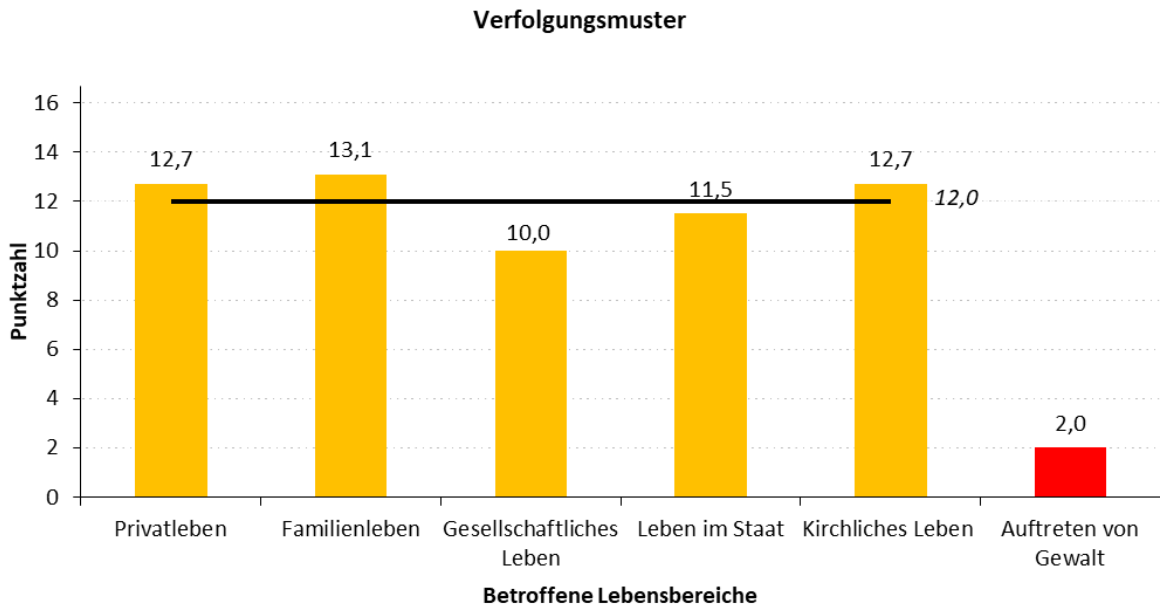
Ausländische Christen

Es gibt eine gewisse Anzahl von ausländischen Gemeinschaften in Oman, die sich hauptsächlich in den großen städtischen Gebieten Muskat und Sohar im Norden und Salalah im Süden befinden. Dazu gehören römisch-katholische, orthodoxe und protestantische Gemeinden. Es gibt mehr als 60 verschiedene christliche Gruppen, Gemeinden und Versammlungen, die in der Hauptstadt Muskat aktiv sind. Jede religiöse Organisation muss bei den Behörden registriert werden, und christliche Treffen werden überwacht. Es ist ausländischen Christen erlaubt, diskret in Privathäusern und auf Geschäftsgeländen Gottesdienste zu feiern. Bei der Ausrichtung von Veranstaltungen in ihren Einrichtungen sind sie eingeschränkt, damit Einheimische nicht verärgert werden.

Christen muslimischer Herkunft

Christliche Konvertiten riskieren Verfolgung durch Familie und Gesellschaft, zumeist in Form von Druck, ihren Glauben zu widerrufen sowie dem Ausschluss aus der Gemeinschaft. Sie können ihre Familie verlieren, da das Gesetz Vätern, die den Islam verlassen, verbietet, das Sorgerecht für ihre Kinder zu behalten.

6. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Oman

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Der durchschnittliche Druck auf Christen ist sehr hoch und stieg von 11,5 Punkten im Weltverfolgungsindex 2019 auf 12,0 Punkte im Weltverfolgungsindex 2020.
- Obwohl alle Lebensbereiche ein hohes oder sehr hohes Maß an Druck aufweisen, ist die Verfolgung in den Bereichen „Privatleben“, „Familienleben“ und „Kirchliches Leben“ am höchsten. Dies spiegelt auf der einen Seite die schwierige Situation der Christen muslimischer Herkunft wider, die einem sehr hohen Druck durch ihre eigene (Groß-)Familie ausgesetzt sind; auf der anderen Seite ist das kirchliche Leben sowohl für Christen muslimischer Herkunft als auch für ausländische Christen schwierig, da die Verkündigung des Evangeliums und die Integration von Christen muslimischer Herkunft gesellschaftlich inakzeptabel sind.
- Der Wert für das Auftreten von Gewalt bleibt niedrig, trotz eines Anstiegs von 1,7 Punkten im Vorjahr auf 2,0 Punkte im aktuellen Berichtszeitraum. Dieser Anstieg ist vor allem auf eine höhere Anzahl von gewalttätigen Vorfällen zurückzuführen.

Zu jedem der Lebensbereiche sind im Folgenden jeweils ausgewählte Teilaspekte genannt, die im betreffenden Lebensbereich für die Christen zu den gravierendsten Schwierigkeiten gehören.

Privatleben

- **Konversion wird bekämpft, verboten oder strafbar – selbst innerhalb christlicher Glaubensrichtungen:** Oman ist eines der wenigen Länder, in denen der Islam Staatsreligion ist, in denen aber der Glaubenswechsel kein Verbrechen ist, solange er nicht öffentlich erfolgt. Dennoch gibt es Konsequenzen, vor allem bei Fragen, die mit Familienangelegenheiten zu tun haben, und besonders Konvertiten sehen sich in ihrem Privatleben Verfolgung ausgesetzt. Es folgt ein Auszug aus dem Bericht zur internationalen Religionsfreiheit für 2018 des US-Außenministeriums: „Angehörige religiöser Minderheiten berichteten, dass die Bekehrung vom Islam innerhalb der muslimischen Gemeinschaft äußerst negativ gesehen wird." Dies erklärt, warum ein Christ muslimischer Herkunft von seiner Familie geächtet wird. Angesichts der Stammeskultur bedeutet die Ächtung, dass ein Konvertit alle sozialen Sicherheiten verliert, die normalerweise von der Familie gewährt werden.
- **Es ist für Christen riskant, offen christliche Bilder oder Symbole zu zeigen:** Christen muslimischer Herkunft können keine christlichen Symbole tragen, da sie zur Entdeckung ihres Glaubenswechsels führen könnten. Auch ausländische Christen sind manchmal vorsichtig, da das öffentliche Tragen eines Kreuzes zu negativen Bemerkungen oder anderen Arten von Schikanen führen kann, besonders wenn sie in einem omanischen Haushalt arbeiten (z.B. als Hausangestellte).
- **Es ist für Christen riskant, mit unmittelbaren Familienmitgliedern über ihren Glauben zu sprechen:** Dies gilt vor allem für omanische Christen muslimischer Herkunft, da die Familien von Arbeitsmigranten oft im Heimatland bleiben. Die Omanis reagieren auf die Bekehrung eines Familienmitglieds ausgesprochen feindselig, daher gehen omanische Konvertiten hohe Risiken ein, wenn sie mit Familienmitgliedern über ihren neuen Glauben sprechen.
- **Es ist für Christen riskant, ihren Glauben mit anderen als den unmittelbaren Familienmitgliedern (Großfamilie, andere) zu besprechen:** Die Risiken sind für omanische Christen muslimischer Herkunft am höchsten; für nicht-omanische Konvertiten hängt das Risiko von den Normen ihrer eigenen Gemeinschaft ab. Ausländische Christen, die öffentlich über den christlichen Glauben sprechen, können der Missionierung beschuldigt werden, was zur Abschiebung führen kann.

Familienleben

- **Kinder von Christen werden automatisch unter der Staats- oder Mehrheitsreligion registriert:** Alle Kinder von Omanis werden als Muslime betrachtet. Dieses Prinzip gilt auch für die Kinder omanischer Konvertiten.
- **Die Registrierung von Geburt, Hochzeit, Tod usw. von Christen wird behindert oder unmöglich gemacht:** Es gibt keine Anerkennung des Glaubenswechsels, daher ist es für Konvertiten unmöglich, nach einer christlichen Trauung eine Ehe als „christlich" zu registrieren, ebenso wenig können ihre gemeinsamen Kinder als Christen registriert werden.
- **Christliche Kinder wurden dazu gedrängt, christenfeindlichen Religionsunterricht oder den der Mehrheitsreligion zu besuchen:** Dies gilt insbesondere für Konvertiten vom Islam zum christlichen Glauben. Da ihr neuer Glaube nicht anerkannt wird, können ihre Kinder nicht von der islamischen Bildung ausgenommen werden wie die Kinder nichtmuslimischer Arbeitsmigranten. Der Islamunterricht ist in den staatlichen Schulen obligatorisch. Privatschulen können Unterricht für Angehörige anderer Religionen anbieten.

- **Christliche Ehepartner von Nichtchristen sind vom Recht oder der Möglichkeit ausgeschlossen, das Sorgerecht für die Kinder in Scheidungsfällen zu beanspruchen:** Nach omanischem Recht verliert ein christlicher Ehemann mit muslimischem Hintergrund bei der Scheidung sein Sorgerecht (dies wäre bei einer konvertierten Ehefrau nicht anders, aber Frauen haben im Allgemeinen kein Sorgerecht).

Christen muslimischer Herkunft gelten rechtlich immer noch als Muslime. Sie können nur nach islamischen Riten heiraten. Eine christliche Hochzeit oder Beerdigung ist schwierig. Außerdem werden die jeweiligen Ehepartner unter Druck gesetzt, sich von einem Konvertiten scheiden zu lassen.

Gesellschaftliches Leben

- **Christen werden von ihrem sozialen Umfeld oder von privaten Gruppen überwacht (dazu gehören die Anzeige bei der Polizei, Beschattung, Abhören von Telefonleitungen, Lesen/Zensieren von E-Mails usw.):** Christen werden im Allgemeinen nicht nur von der Regierung, sondern auch von der Gesellschaft überwacht, welche die Sicherheitsdienste informiert, wenn sie von „verdächtigen Umständen“ erfahren. Besonders einheimische Omanis und ausländische Christen, die der Evangelisation verdächtigt werden, werden von den Sicherheitsdiensten überwacht.
- **Christen werden verhört oder aus religiösen Gründen gezwungen, sich bei der Polizei zu melden:** Zusätzlich zur Überwachung werden Christen, die der Evangelisation verdächtigt werden (sowohl ausländische Christen als auch Staatsbürger), regelmäßig von der Polizei verhört. Die Verhöre finden in der Regel ohne Anwendung von körperlicher Gewalt statt, doch der Druck auf die Kirche wird hochgehalten.
- **Christen werden unter Druck gesetzt, an nichtchristlichen religiösen Feierlichkeiten teilzunehmen:** Omanische Christen muslimischer Herkunft müssen oft an islamischen Feierlichkeiten teilnehmen, um die Entdeckung ihres neuen Glaubens zu vermeiden oder um sicherzustellen, dass sie ihre Familie nicht durch ihre Abwesenheit beschämen.
- **Christen werden in der öffentlichen oder privaten Arbeitswelt aus religiösen Gründen diskriminiert:** In einer Stammesgesellschaft wie dem Oman wird die Beschäftigung oft über (Familien-) Beziehungen vermittelt. Bekannte omanische Christen muslimischer Herkunft werden geächtet und können daher keine Arbeit mehr finden. Es ist eine anerkannte Tatsache, dass ausländische Christen mitunter am Arbeitsplatz diskriminiert werden. Ihr christlicher Glaube stellt in dieser Hinsicht eine zusätzliche Verwundbarkeit dar, obwohl auch Rassismus oft eine Rolle spielt.

In ihrem sozialen Umfeld – und insbesondere in den Schulen – sind es vor allem die Christen muslimischer Herkunft, die Vorkehrungen treffen müssen, um Diskriminierung, Belästigung und Mobbing zu vermeiden. Ein Experte für das Land stellt fest: „Der Lehrplan öffentlicher Schulen beinhaltet islamische Lehren. Es ist Pflicht für muslimische Schüler, den Islamunterricht zu besuchen. Christen und andere Nichtmuslime müssen diesen Unterricht nicht besuchen. Allerdings müssen Christen muslimischer Herkunft, die aus Sicherheitsgründen ihren christlichen Glauben nicht offenbaren wollen, weiter am Islamunterricht teilnehmen. Darüber hinaus gibt es keinen gleichwertigen christlichen Religionsunterricht im Lehrplan für christliche Schüler".

Christen werden generell nicht nur durch die Regierung, sondern auch durch die Gesellschaft überwacht. Christliche Symbole wie das Tragen eines Kreuzes kann zu Fragen führen. Auch in diesem Bereich erleben christliche Konvertiten den stärksten Druck, da sie generell durch die Gesellschaft

ausgegrenzt werden, wenn ihr Glaube bekannt wird. Ein Christ muslimischer Herkunft kann beispielsweise sehr leicht seine Arbeitsstelle verlieren.

Leben im Staat

- **Die Verfassung schränkt die Religionsfreiheit ein, wie sie in Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte formuliert ist:** In Oman ist der Islam die Staatsreligion und die Scharia die Grundlage für die Gesetzgebung (Artikel 2). Die Verfassung (Artikel 28) garantiert die „Freiheit zur Ausübung religiöser Riten“ nur unter der Bedingung, dass sie „nicht ... im Widerspruch zur Moral stehen“. Daher besteht keine Freiheit, vom Islam zum Christentum zu konvertieren.
- **Christen wurden daran gehindert, ihre Ansichten oder Meinungen in der Öffentlichkeit zu äußern:** Christen versuchen generell, nicht aufzufallen um Verfolgung zu vermeiden. Eine Kritik an der omanischen Regierung oder am Islam würde wahrscheinlich zu einer Abschiebung von Arbeitsmigranten führen. Daher ist es in Oman notwendig, sich aus christlicher Perspektive etwa über soziale Gerechtigkeit zurückhaltend zu äußern.
- **Christliche zivilgesellschaftliche Organisationen oder politische Parteien werden aufgrund ihrer christlichen Überzeugung in ihrer Arbeit behindert oder verboten:** Nur christliche Organisationen mit einem klaren Nutzen für die omanische Gesellschaft, wie z.B. Krankenhäuser, sind willkommen. Es ist unmöglich, eine christliche Organisation mit Missionsabsicht zu gründen. Organisationen mit einem klaren christlichen Profil werden der Missionierung verdächtigt und bekämpft.
- **Christen, Kirchen oder christliche Organisationen werden daran gehindert, religiöse Symbole öffentlich zur Schau zu stellen:** Die Kirchen stellen auf ihren eigenen Grundstücken keine Kreuze oder andere christliche Symbole zur Schau, die für die Öffentlichkeit außerhalb des Grundstücks sichtbar sein könnten. Diejenigen, die sich außerhalb eines Kirchengeländes treffen, und besonders Christen mit muslimischem Hintergrund, müssen äußerst vorsichtig sein um zu vermeiden, dass Einheimische sich provoziert fühlen.

Christen müssen unter Richtlinien und Gesetzen leben, die in Übereinstimmung mit dem Islam erlassen werden. Ein Experte für das Land schreibt jedoch: „In den letzten Jahren haben die omanischen Behörden den lokalen Christen mitgeteilt, dass es ihnen erlaubt ist, zu glauben, was immer sie wollen, vorausgesetzt, dass sie sich nicht an unbefugten Orten treffen oder ihre christlichen Überzeugungen in irgendeiner Weise bekannt machen. Dies zeigt, dass die Regierung nicht gegen Christen muslimischer Herkunft vorgeht, solange sie keine öffentlichen Unruhen verursachen.

Kirchliches Leben

- **Kirchen werden daran gehindert, christliche Aktivitäten außerhalb der Kirchengebäude zu organisieren:** Da öffentliche christliche Aktivitäten oft als Missionierung interpretiert werden, besteht für Kirchen keine Erlaubnis, diese zu organisieren. Die meisten Kirchen wenden in dieser Hinsicht Selbstzensur an, um Probleme mit der Regierung oder der Gesellschaft zu vermeiden.
- **Kirchen werden daran gehindert, Christen muslimischer Herkunft offen zu integrieren:** Aufgrund des gesellschaftlichen Drucks sind die Gemeinden bei der Integration von Christen muslimischer Herkunft sehr vorsichtig. Darüber hinaus würde die Regierung höchstwahrscheinlich gegen jede Kirche vorgehen, die aktiv Konvertiten in ihre Gemeinde integriert.

- **Der offene Verkauf oder die Verteilung von Bibeln und anderen christlichen Materialien sind eingeschränkt:** Die Veröffentlichung, Einfuhr und Verteilung von religiösem Material werden stark reguliert. Die Kirchen dürfen ihre eigenen Kanäle für den Import von Bibeln nicht mehr nutzen und sind gezwungen, auf säkulare Buchhandlungen zurückzugreifen.
- **Kirchen oder christliche Organisationen wurden daran gehindert, christliche Literatur zu drucken oder Druckmaschinen zu besitzen:** Kirchen können Materialien für den eigenen Gebrauch drucken, doch das Drucken großer Mengen christlicher Materialien würde als ein Akt der Missionierung interpretiert werden. Die Gründung eines christlichen Verlags wäre im Oman nicht möglich.

Es gibt viele offiziell anerkannte Gemeinden und Kirchen im Oman. Dennoch ist es schwierig, ein Kirchengebäude zu registrieren und zu bauen. Zudem muss die Regierung der Vermietung von Gebäuden an religiöse Gruppen zustimmen. Das Gesetz verbietet allen religiösen Gruppen öffentliche Missionierung, allerdings toleriert die Regierung private Evangelisation innerhalb der rechtmäßig registrierten Gebäude. Diese Toleranz gegenüber privater Evangelisation ist charakteristisch für den Oman, denn diese ist in den Nachbarländern unmöglich und sogar gefährlich. Auf diesem Weg will die Regierung ihr Land gegenüber seinen Nachbarn als islamisch darstellen, während sie sich gleichzeitig tolerant gegenüber den Minderheiten zeigt.

Auftreten von Gewalt

Es wird vermutet, dass wenigstens 100 christliche Hausmädchen im Berichtszeitraum (sexuelle) Gewalt erlebt haben. Es ist allgemein bekannt, dass Dienstmädchen, die im häuslichen Bereich arbeiten, häufig (sexuellem) Missbrauch ausgesetzt sind. Statistiken sind jedoch rar, da nur ein sehr geringer Anteil der beteiligten Personen, Organisationen und Staaten ein Interesse daran hat, die wahre Situation aufzudecken: Oman ist für die in den Privathaushalten anfallenden Arbeiten auf diese Hausmädchen angewiesen, aber aufgrund der dort herrschenden Schamkultur sorgt man sich um seinen Ruf. Auch die Heimatländer der Hausmädchen brauchen das Geld, das von den Tausenden von Migranten, die in den Golfstaaten arbeiten, einfließt, und wollen ihre wirtschaftlichen Interessen nicht aufs Spiel setzen (wenngleich der philippinische Präsident Duterte ein vorübergehendes Reiseverbot nach Kuwait verhängte, nachdem im Februar 2018 die Leiche eines philippinischen Hausmädchens in der Kühltruhe eines kuwaitischen Hauses gefunden wurde).

- Die Arbeitgeber der misshandelten Hausmädchen sind entweder selbst die Täter oder haben kein echtes Interesse an ihrem Wohlergehen. Die Hausmädchen selbst schämen sich oft wegen des Missbrauchs und wollen nicht als „schmutzig“ angesehen werden, weder von ihrem Umfeld in Oman noch von ihrer Familie zu Hause. Außerdem stellen viele von ihnen eine dringend benötigte Einkommensquelle für ihre Familien in ihren Heimatländern dar. Ihre Familien zu Hause sind stolz auf die Arbeit, die im Oman geleistet wird, und die Hausmädchen wollen ihre Familien nicht enttäuschen. Daher sind Statistiken und Beweise für sexuellen Missbrauch sehr schwer zu erbringen. Es ist auch schwierig zu beweisen, dass jeglicher sexuelle Missbrauch darauf zurückzuführen ist, dass das Hausmädchen keine Muslimin ist. Dennoch stimmen konservative Schätzungen angesichts der hohen Zahl ausländischer Christen im Land überein, dass im Berichtszeitraum mindestens 100 christliche Hausmädchen wegen ihres Glaubens (sexuell) missbraucht wurden.

7. Verfolgungssituation für Frauen und Männer

Wie Frauen Verfolgung erfahren:

- Verweigerung des Rechts, einen christlichen Partner zu heiraten
- Zwangsverheiratung
- (Haus-)Arrest durch die Familie
- Verbale Gewalt
- Sexuelle Gewalt

Trotz der gesetzlichen Erklärung, dass alle Bürger gleich sind, erhält das omanische Personenstandsgesetz zahlreiche Ungleichheiten aufrecht, etwa in den Bereichen Scheidung, Erbschaft und Sorgerecht für Kinder, wie aus einem Bericht der Nichtregierungsorganisation „Human Rights Watch“ von 2017 hervorgeht. Generell sind Frauen im Oman in einer verwundbaren Position. Die Gesellschaft ist sehr konservativ und das Leben von Frauen und Mädchen wird von ihrem Vater, Ehemann oder Vormund kontrolliert. Innerhalb der omanisch-muslimischen Kultur werden Frauen als weniger wertvoll als Männer betrachtet, selbst in Gerichtsverhandlungen. Meistens bleiben Frauen zuhause bei ihren Kindern. Dies schafft eine Denkweise, in der Frauen in vielerlei Hinsicht als weniger fähig betrachtet werden. Das hat auch einen Einfluss auf ihren Glauben, da von Frauen nicht erwartet wird, eine religiöse Meinung zu haben. Diese Umgebung macht es besonders für Frauen schwierig, den Islam für den christlichen Glauben zu verlassen. Normalerweise erleben Frauen und Mädchen den Druck vonseiten der Familie am stärksten, gefolgt von jüngeren und älteren Männern, was die unterschiedlichen Status- und Freiheitsebenen innerhalb der Kultur widerspiegelt. Zusammen mit der sozialen Kontrolle innerhalb dieses Systems wird offenbar, wie viele Barrieren Frauen davon abhalten, ihren Glauben zu wechseln und sich mit Christen zu treffen.

Die Misshandlung von Arbeitsmigranten, einschließlich deren sexueller Missbrauch, bleibt ein wichtiges Thema. Obwohl dies nicht in erster Linie ein religiöses Problem ist, gibt es Anzeichen, dass nichtmuslimische Arbeitsmigranten, von denen fast alle weiblich sind, in größerer Gefahr stehen, Opfer eines solchen Missbrauchs zu werden als Muslime.

Wie Männer Verfolgung erfahren:

- Ausschluss aus der Gemeinschaft
- Beschlagnahmung von Erbschaft und Besitz
- Diskriminierung/ Schikanierung im Bildungsbereich
- Wirtschaftliche Schikanierung im Berufs-/ Geschäftsleben
- (Haus-)Arrest durch Familie
- Inhaftierung durch die Behörden
- Verbale Gewalt

Es ist sehr schwierig für muslimische Männer, in Oman zum christlichen Glauben zu konvertieren. Wahrscheinlich ist, dass Christen muslimischer Herkunft unter den Auswirkungen der sozialen Ächtung leiden, sowohl durch die unmittelbaren und erweiterten Familien als auch durch das weitere soziale Umfeld. Männliche Konvertiten verlieren wahrscheinlich die finanzielle Unterstützung ihrer Familien sowie die notwendigen Verbindungen, um in der netzwerkbasierten Gesellschaft des Oman einen Arbeitsplatz zu finden oder zu erhalten. Außerdem wird keine omanische Familie ihrer Tochter

erlauben, einen Mann zu heiraten, der seine eigene Familie nicht respektiert, indem er sie und alles, was sie ihm beigebracht haben, ablehnt.

Wenn ein Konvertit zum Zeitpunkt seiner Bekehrung Familie und Arbeit hat, riskiert er, alles zu verlieren. Wenn ein Mann den Islam verlässt, verliert er per Gesetz automatisch das Sorgerecht für die Kinder; seine Frau könnte sich scheiden lassen und er kann leicht seine Arbeit verlieren, was große Auswirkungen auf alle seine Familienmitglieder hat, da Männer traditionell der Ernährer ihrer Familie sind.

Was männliche christliche Arbeitsmigranten betrifft, so wird jeglicher Druck, den sie aufgrund ihres Glaubens erfahren, höchstwahrscheinlich am Arbeitsplatz ausgeübt.

8. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Hindus, Buddhisten und Nicht-Ibadi-Muslime sind relativ frei darin, ihren Glauben zu praktizieren. Im Bericht des US-Außenministeriums über die internationale Religionsfreiheit für 2018 wird angeführt, dass andere nicht-muslimische Gruppen relativ frei sind, sich in bestimmten Gebieten zu versammeln, dass aber die Überfüllung der Versammlungsorte als Problem bestehen bleibt. Darüber hinaus wird es diesen Gruppen auch erschwert, sich bei der Regierung zu registrieren, da die Verfahren nicht klar sind.

9. Der Ausblick für Christen

Islamische Unterdrückung

Obwohl die Gefahr einer künftigen Islamisierung durchaus besteht, gibt es auch den positiven Trend: Die Regierung versucht, eine Kultur der religiösen Harmonie zu entwickeln. Das al-Amana-Zentrum, eine von der Regierung unterstützte protestantische Initiative, setzt sich für den Dialog und die Verständigung zwischen Muslimen und Christen ein unter der Prämisse: „Kein Frieden zwischen den Nationen ohne Frieden zwischen den Religionen“ und „Kein Frieden zwischen den Religionen ohne Dialog zwischen den Religionen“. Dennoch wird der Glaubenswechsel ein sehr sensibles und umstrittenes Thema bleiben und die Kirchen werden in ihren Aktivitäten, insbesondere bei der Evangelisierung, eingeschränkt bleiben.

Ethnisch oder traditionell begründete Anfeindungen

Obwohl die Verstädterung und Modernisierung jede neue Generation beeinflusst, werden Familie und Stammesdenken höchstwahrscheinlich wichtige Faktoren in der Gesellschaft bleiben. Solange religiöse Identität und Stammesidentität miteinander verwoben bleiben, wird die Bekehrung zum Christentum als Verrat an Familie und Stamm angesehen werden, was eine solche Entscheidung schwierig macht.

Diktatorische Paranoia

Solange der Sultan an der Macht ist, werden ausländische Christen höchstwahrscheinlich ihre relative Freiheit der Religionsausübung behalten. Die Regierung wird die Christen weiterhin wegen „verbotener Aktivitäten“ (Evangelisierung) überwachen, die öffentliche Unruhe verursachen können, aber wahrscheinlich werden Christen nicht aggressiver verfolgt werden. Dies kann sich jedoch leicht ändern, wenn der Sultan stirbt oder abdankt.

zurück zur Länderübersicht

Kuwait: Platz 43

Zusammenfassung

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten können sich relativ frei zu Gottesdiensten versammeln. Allerdings sind die vorhandenen Räumlichkeiten, die als Orte für gottesdienstliche Versammlungen registriert sind, im Verhältnis zur Anzahl der Gottesdienstbesucher sehr klein, was zu Spannungen zwischen den einzelnen christlichen Gruppen führen kann. Es ist äußerst schwierig, Räumlichkeiten für eine christliche Versammlung zu erhalten.

Christen muslimischer Herkunft tragen die Hauptlast der Verfolgung, da sie sowohl von Familienmitgliedern als auch vom sozialen Umfeld unter Druck gesetzt werden, ihrem christlichen Glauben abzusagen. Christen muslimischer Herkunft stehen in der Gefahr, diskriminiert, belästigt, von der Polizei überwacht und von gewalttätigen Gruppen auf verschiedene Arten eingeschüchtert zu werden. Eine Abkehr vom Islam wird zudem nicht offiziell anerkannt und führt meist zu rechtlichen Problemen in Belangen des persönlichen Standes und Besitzes. Ausländische Muslime, die zum christlichen Glauben konvertieren, sind ähnlichem Druck ausgesetzt wie in ihren Heimatländern, da sie häufig in ihren eigenen nationalen oder ethnischen Gemeinschaften leben. Abgesehen davon gibt es verschwindend wenige Berichte darüber, dass Christen wegen ihres Glaubens verhaftet, verletzt oder getötet wurden.

Beispiele aus dem aktuellen Berichtszeitraum

- Mehrere Christen mussten innerhalb des Landes umziehen, weil sie von der Gesellschaft unter Druck gesetzt worden waren.
- Missbrauch ausländischer (Haus-) Angestellter ist ein weitverbreitetes Phänomen. Der Fall einer philippinischen Hausangestellten, die im Februar 2018 tot in einer Gefriertruhe aufgefunden wurde, ist dabei nur die Spitze des Eisberges. Angesichts der hohen Anzahl von Christen unter den Arbeitsmigranten ist davon auszugehen, dass die zahlreichen Fälle von sexuellem Missbrauch bei Hausangestellten nicht nur mit ihrem ethnischen Hintergrund, sondern auch mit ihrem Glauben zu tun haben. Mit anderen Worten: Es ist wahrscheinlich, dass ihr christlicher Glaube (sie gelten als Ungläubige) zu ihrer Gefährdung beiträgt.
- Die Regierung gibt islamischen Religionsunterricht für alle Schüler in staatlichen und privaten Schulen vor. Christlicher Unterricht ist in öffentlichen Sekundarschulen verboten – selbst wenn die Schüler anerkannten christlichen Gruppen angehören.
- Laut aktuellem Jahresbericht 2017/18 der Menschenrechtsorganisation „Amnesty International“ „haben die Behörden das Recht auf Meinungsfreiheit weiterhin übermäßig eingeschränkt. Sie verfolgen und inhaftieren Regierungskritiker und Onlineaktivisten aufgrund von Äußerungen, die mittels strafrechtlicher Bestimmungen kriminalisiert wurden; sie seien beleidigend gegen den Emir oder für die Beziehung zu Nachbarstaaten schädlich gewesen.“ Das zeigt, in welch restriktivem Umfeld die Christen in Kuwait leben müssen.

1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 62 Punkten belegt Kuwait Platz 43 auf dem Weltverfolgungsindex 2020.

Die Punktzahl für Kuwait ist um zwei Punkte gegenüber dem Weltverfolgungsindex 2019 angestiegen, das Land bleibt aber auf Rang 43. Der Anstieg der Punktzahl ist vor allem auf den Zugang zu neuen Quellen sowie auf die Tatsache zurückzuführen, dass mehrere Länderexperten zu der Frage konsultiert wurden: Wie groß ist der Druck, dem die Christen in Kuwait im Vergleich zu den benachbarten Golfstaaten ausgesetzt sind? Dies führte zu einer leicht höheren Punktzahl für den Druck in einigen Lebensbereichen. Der Druck bleibt auf einem sehr hohen Niveau, wobei die Christen muslimischer Herkunft die Hauptlast der Verfolgung tragen, da sie sich dem Widerstand sowohl von Familienmitgliedern als auch von der lokalen Gemeinschaft ausgesetzt sehen.

2. Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung

Wie in vielen Ländern der Region ist „Islamische Unterdrückung" die Haupttriebkraft der Verfolgung von Christen in Kuwait. Sie wirkt sowohl auf nationaler wie auch auf lokaler gesellschaftlicher Ebene. Die gesamte Region befindet sich in einer unsicheren Lage. Gleichzeitig wird die Gesellschaft zunehmend konservativer. Vor dem Hintergrund dieser Situation entsprechen Gesetze und Verfassung dem konservativen Charakter der kuwaitischen Gesellschaft.

Laut Verfassung ist der Islam Staatsreligion, und das islamische Recht (Scharia) ist eine wichtige Quelle der Gesetzgebung. Die Regierung schreibt für alle Schüler die Teilnahme am islamischen Religionsunterricht vor, sowohl in staatlichen als auch in privaten Schulen. Christlicher Unterricht ist in öffentlichen Sekundarschulen verboten – selbst wenn die Schüler anerkannten christlichen Gruppen angehören. In der Vergangenheit waren viele Kuwaitis gegenüber nichtmuslimischen Einwohnern tolerant eingestellt; aufgrund des wachsenden Einflusses extremistischer Muslime, die keine Christen im Land tolerieren wollen, hat sich dies jedoch merklich geändert. Auch wenn der „Islamische Staat" (IS) militärisch geschwächt worden ist, wirkt sein Einfluss weiter fort und ist unter der beachtlichen Zahl sunnitischer Extremisten auf nennenswerte Resonanz gestoßen. Kuwaitische Bürger haben im Irak und in Syrien für den IS gekämpft.

Christen muslimischer Herkunft, besonders solche kuwaitischer Herkunft, sind dem größten Druck ausgesetzt. Für die Konvertiten aus Pakistan oder der Levante (z.B. Jordanien, Libanon, den Palästinensergebieten, Syrien u.a.) hängt viel von der Reaktion der sie umgebenden Gemeinschaft in Kuwait ab. Solange sie keine Unruhe stiften, haben sie von der kuwaitischen Regierung weniger zu befürchten – auch wenn ihre kuwaitischen Arbeitgeber sich dazu entschließen könnten, ihren Arbeitsvertrag zu beenden; dies wiederum könnte zu einer Abschiebung führen, wenn sie keine andere Arbeit finden. Innerhalb dieser ausländischen Gemeinschaften hängen die Folgen für die Konvertiten mehr von den kulturellen Normen des Heimatlandes als von den kulturellen Praktiken Kuwaits ab. Für in Kuwait lebende Ausländer ist die Hinwendung zum christlichen Glauben manchmal leichter als in ihrem Heimatland, weil Familie und Verwandte oft weit entfernt sind und damit der soziale Druck schwächer ist.

Diktatorische Paranoia

Die Regierung Kuwaits ist in vieler Hinsicht sehr restriktiv. So ist zum Beispiel die Registrierung einer Kirche eine äußerst komplizierte und langwierige Prozedur. Hinter den meisten Einschränkungen durch die Regierung steht die Triebkraft der „Diktatorischen Paranoia". Der Regent des Landes lässt keinerlei Bedrohung seiner Macht zu. Meinungsfreiheit, Pressefreiheit und Versammlungsfreiheit sind eingeschränkt. Obwohl das Land eines der stärksten Parlamente in der Region hat, wird das tägliche Leben immer noch durch die herrschende königliche sunnitische Familie bestimmt. (Im Jahr 2016 wurden zwei ehemalige Parlamentsmitglieder, die der Regierung und ihren Verbündeten kritisch gegenüberstanden, zu Gefängnisstrafen verurteilt.)

Ethnisch oder traditionell begründete Anfeindungen

Typisch für diese Triebkraft der Verfolgung sind Situationen, in denen jahrhundertealte Normen und Werte, die sich in einem Stammeskontext herausgebildet haben (beispielsweise die Familienehre), auch Christen aufgezwungen werden. In Kuwait verbinden sich „Ethnisch begründete Anfeindungen" zweifelsfrei mit dem Islam. Das betrifft im Besonderen kuwaitische Konvertiten, also Christen muslimischer Herkunft, da sie starke familiäre Bindungen haben. Den Islam zu verlassen, gilt nicht nur als Verrat an der Religion, sondern zugleich an der Familie und am Stamm. Ein solcher Schritt gilt als Respektlosigkeit gegenüber den eigenen Vorvätern und ist gesellschaftlich absolut inakzeptabel. Im Allgemeinen üben Familien starken sozialen Druck auf ehemalige Muslime aus, damit sie zum Islam zurückkehren, die Region verlassen oder den neuen Glauben geheim halten. In vielen Fällen entfremden sich christliche Konvertiten durch ihren neuen Glauben von ihren Familien.

3. Verfolger

Ausgehend von Islamischer Unterdrückung

- **Die eigene (Groß-)Familie:** Offenkundig sind stark vertretene islamische Überzeugungen mit Fragen der Familienehre vermischt. Beide liefern triftige Gründe, Familienmitglieder ins Visier zu nehmen, die den christlichen Glauben annehmen. Als Muslim den christlichen Glauben anzunehmen, ist in Kuwait gesellschaftlich inakzeptabel. Wer sich dem christlichen Glauben zuwendet, wird durch Familienmitglieder höchstwahrscheinlich aus dem Haus vertrieben – den Glaubenswechsel sieht man nicht nur als Angriff auf den Islam, sondern auch auf die Familienehre.
- **Regierungsbeamte:** Zwar gibt es keine strafrechtliche Sanktion für einen Glaubenswechsel, aber er ist gesellschaftlich inakzeptabel. Ein Glaubenswechsel weg vom Islam wird offiziell nicht anerkannt. Einige kuwaitische Christen (zumeist Christen muslimischer Herkunft) wurden von Regierungsbeamten verhört, angewiesen, sich nicht mehr zu treffen, und damit bedroht, ihre Arbeit und ihr Zuhause zu verlieren. Ein Glaubenswechsel wird wahrscheinlich zu rechtlichen Problemen in Personenstandsangelegenheiten führen. Zum Beispiel werden Väter, die den Islam verlassen, aller Wahrscheinlichkeit nach das Sorgerecht für ihre Kinder verlieren. Ausländische Christen müssen ihren Glauben vorsichtig leben, da die Regierung gegen jeden Christen vorgeht, der den Versuch unternimmt, öffentlich über den christlichen Glauben zu sprechen; Evangelisation ist illegal und wird nach dem Gesetz bestraft. Ausländische Christen wurden verhört und angewiesen, nicht über ihren Glauben zu sprechen, oder sie würden riskieren, ihre Visa zu verlieren. Es wurden zwar keine Christen offiziell wegen Missionierung

belangt, aber einige wurden in den vergangenen Jahren ohne ordentliche Verfahren des Landes verwiesen.

- **Nichtchristliche religiöse Leiter:** Die Angst vor feindseligen Äußerungen oder Handlungen islamischer Leiter trägt dazu bei, dass sich Christen muslimischer Herkunft zu großer Vorsicht gezwungen sehen.
- **Allgemeine Gesellschaft:** Die konservative islamische Gesellschaft ist der größte Verfolger von Christen in Kuwait. Arbeitnehmer sind an ihre Arbeitgeber gebunden und somit wehrlos gegenüber den Forderungen ihrer Chefs. Diese können ausländische Christen leicht diskriminieren, demütigen oder missbrauchen, insbesondere die armen und nicht gut ausgebildeten Arbeiter aus Südostasien und Nordafrika. Christliche Gastarbeiter sind außerdem Diskriminierungen und Misshandlungen durch muslimische Gastarbeiter ausgesetzt.
- **Anführer ethnischer Gruppen:** Familien- und Stammesoberhäupter sorgen unablässig dafür, dass der Islam innerhalb ihres Stammes oder ihrer Großfamilie respektiert wird. Sie üben Druck auf die Familienmitglieder aus, um sicherzustellen, dass Konvertiten ihren Glauben widerrufen.
- **Politische Parteien:** Kuwait unterhält eines der stärksten Parlamente des Nahen Ostens. Einige der gewählten Politiker sind strenge Islamisten und ermutigen die Regierung unverblümt dazu, gegen Christen, insbesondere Konvertiten, vorzugehen.

Auch wenn sich das Land offen und modern geben will, hat diese strikte Interpretation des Islam die Gesellschaft fest im Griff. Gesellschaft und Regierung setzen konservative islamische Bräuche in der Öffentlichkeit durch, z.B. mittels Durchsetzung öffentlicher Kleidungsvorschriften, Verbot des Alkoholkonsums, Einschränkung der Meinungsfreiheit (d.h. der Kritik am Islam) sowie Einschränkung, andere Religionen nur im privaten Rahmen zu praktizieren.

Ausgehend von Ethnisch oder traditionell begründeten Anfeindungen

- **Die eigene (Groß-)Familie:** Auf den Abfall vom Glauben steht im Islam die Todesstrafe. Zugleich haben alte Normen wie der Schutz der Familienehre nichts von ihrer Bedeutung eingebüßt. Der Übertritt vom Islam zum christlichen Glauben ist Verrat an allem, wofür eine konservative muslimische Familie steht und bringt Schande über den Familiennamen. Wer als Muslim dennoch den christlichen Glauben annimmt, riskiert, von der Familie ausgestoßen oder sogar getötet zu werden, weil er Schande über sie gebracht hat.
- **Anführer ethnischer Gruppen:** Stammes- und Familienoberhäupter werden sicherstellen, dass die Ehre ihrer Gruppe nicht durch ein Mitglied „beschmutzt" wird, das vom Islam zum christlichen Glauben wechselt, weil dies als große Schande empfunden wird.
- **Regierungsbeamte:** Die Regierung verstärkt den Einfluss der ethnischen Anfeindungen, indem sie sich für die Aufrechterhaltung des Status quo in der Gesellschaft und ihrer kulturellen Praktiken einsetzt. Die Regierung wird einen Konvertiten nicht vor der eigenen Familie schützen, sondern jede Bestrafung als „Familienangelegenheit" betrachten.
- **Nichtchristliche religiöse Leiter:** Lokale Imame werden die Einhaltung kultureller Normen, die mit islamischen Prinzipien verflochten sind, fördern.
- **Allgemeine Gesellschaft:** Dem Stammessystem wird innerhalb der kuwaitischen Gesellschaft anhaltend ein weit verbreiteter Einfluss beigemessen, und die soziale Stellung von Stamm und Familie ist für Kuwaitis immens wichtig. Folglich besteht sozialer Druck, die gesellschaftlichen

Normen aufrechtzuerhalten, um den guten Namen des Stammes und der Familie nicht zu beschämen.

Ausgehend von Diktatorischer Paranoia

- **Regierungsbeamte:** Die kuwaitische Regierung lässt keine Kritik an den staatlichen Angelegenheiten zu, auch nicht an der Art und Weise, wie sie religiöse Angelegenheiten regelt. Das Land ist gut überwacht, und die Sicherheitskräfte beobachten Aktivitäten im Land sehr genau. Ausländer, die sich gegen die Regierung aussprechen, werden höchstwahrscheinlich abgeschoben. Die US-amerikanische Menschenrechtsorganisation „Freedom House" berichtete 2019: „Journalisten und Social-Media-Nutzer, die den Emir oder Saudi-Arabien beleidigt haben sollen, werden oft strafrechtlich verfolgt, und die Regierung unternimmt weiterhin Anstrengungen, um Kritik an ihren Handlungen und ihrer Politik zu unterdrücken." Trotz ihrer restriktiven Politik geht der Hauptdruck auf die Christen nicht in erster Linie von der Regierung aus. Christen müssen vielmehr Mitglieder der konservativen kuwaitischen Gesellschaft fürchten. Es gibt im Land eine deutliche Trennung zwischen Kuwaitis (die per definitionem Muslime sind) und den vielen Arbeitsmigranten – umso mehr, wenn letztere Christen sind. Dementsprechend sind Christen angesichts der bereits bestehenden Diskriminierung und Schikane seitens der Gesellschaft häufig aus Sicherheitsgründen sehr zurückhaltend.

4. Regionale Brennpunkte der Verfolgung

Kuwait ist ein sehr kleines Land mit der Hauptstadt (Kuwait-Stadt), die das Zentrum aller Aktivitäten bildet. Die Risiken, denen Christen ausgesetzt sind – insbesondere Christen muslimischer Herkunft – hängen eher von der Art der Gemeinschaft ab, zu der die Christen gehören, als von der geografischen Region, in der sie leben. Kuwaitische Christen muslimischer Herkunft sind den höchsten Risiken ausgesetzt, da Kuwaitis konservativ und die Familienbande stark ausgeprägt sind. Westliche Christen können meistens frei ihren Glauben leben, solange sie nicht missionieren. Nichtwestliche Christen mit geringerer Qualifikation sind eher mit Diskriminierung und Missbrauch konfrontiert, insbesondere weibliche Hausangestellte. Viele davon kommen von den Philippinen. Unklar ist, inwieweit ihr nicht-muslimischer Glaube ihre Verletzlichkeit im Falle von Missbrauch erhöht.

5. Betroffene Christen

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

Von der Gesamtzahl der Christen in Kuwait sind die meisten ausländische Arbeiter. Sie haben gewisse Freiheiten, Gottesdienste zu feiern. Allerdings sind die Räumlichkeiten, die für gottesdienstliche Versammlungen zur Verfügung stehen, zu klein für die Anzahl der Gottesdienstbesucher. Eigene Räumlichkeiten für Gottesdienstzwecke stehen zum Kauf kaum zur Verfügung.

Laut Seite vier des Berichts des US-Außenministeriums über die internationale Religionsfreiheit für 2018 gibt es sieben offiziell anerkannte christliche Kirchen: Die Nationale Evangelische Kirche, die Römisch-Katholische Kirche, die Griechisch-Katholische (Melkitische) Kirche, die Koptisch-Orthodoxe Kirche, die Armenisch-Orthodoxe Kirche, die Griechisch-Orthodoxe Kirche und die Anglikanische Kirche. Einige religiöse Gruppen können Gottesdienste ohne Regierungsinterventionen abhalten, solange sie nicht die Nachbarn stören oder Gesetze bezüglich des Versammlungsrechts und der

Evangelisation verletzen. Die Regierung duldet, dass solche Gruppen in gemieteten Villen, Privathäusern oder Einrichtungen genehmigter Kirchen arbeiten.

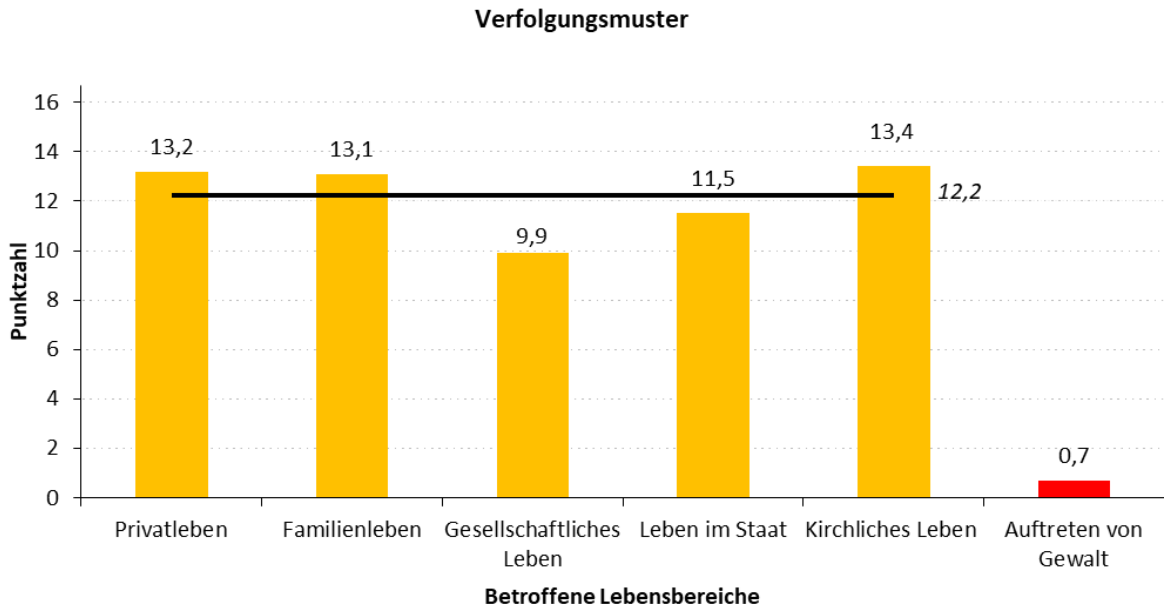
Christen aus traditionellen Kirchen

Es gibt eine kleine Anzahl von einheimischen kuwaitischen Christen, die im Land leben. Berichten zufolge gibt es 12 christliche Familien und eine Gesamtzahl von 250 Christen. Diese werden nicht als separate Kategorie für die Bewertung in der Weltverfolgungsindex-Analyse aufgeführt; sie sind in der oben genannten Kategorie für ausländische Christen enthalten.

Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

Christen muslimischer Herkunft stehen vielen bedrohlichen Herausforderungen gegenüber. Die Hauptverfolger dieser Gruppe sind die eigene Familie, Mitglieder der örtlichen Kommune, extremistische Muslime und – zu einem geringeren Anteil – die Behörden. Christen muslimischer Herkunft stehen in der Gefahr, diskriminiert, belästigt, von der Polizei überwacht und von gewalttätigen Gruppen auf verschiedene Arten eingeschüchtert zu werden. Eine Abkehr vom Islam wird zudem nicht offiziell anerkannt und führt sehr wahrscheinlich zu rechtlichen Problemen in Belangen des persönlichen Standes und des Besitzes.

6. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Kuwait

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Der durchschnittliche Druck auf Christen bleibt weiterhin auf einem sehr hohen Niveau (12,2 Punkte), angestiegen von 11,7 im Weltverfolgungsindex 2019. (Dieser Punktezuwachs ist vor

allem auf neue Berichte und eine Neubewertung der Situation im Land im Vergleich zu den benachbarten Golfstaaten zurückzuführen.)

- Obwohl Christen in allen Lebensbereichen hohem oder sehr hohem Druck ausgesetzt sind, ist der Druck in den Bereichen „Privatleben", „Familienleben“ und „Kirchliches Leben“ am größten. Dies spiegelt zum einen die schwierige Situation für Christen muslimischer Herkunft wider, die einem sehr hohen Druck ihrer (Groß-)Familie ausgesetzt sind und weder eine offizielle christliche Ehe eingehen noch ein christliches Begräbnis haben können. Zum anderen ist es sowohl für Konvertiten als auch für ausländische Christen schwierig, kirchliches Leben zu gestalten. Missionstätigkeiten und die Integration von Christen muslimischer Herkunft sind gesellschaftlich inakzeptabel.
- Der Wert für das „Auftreten von Gewalt“ ist im Vergleich zum Vorjahr von 1,5 auf nun 0,7 Punkte gesunken. Der Rückgang der Punktzahl ist vor allem darauf zurückzuführen, dass weniger Gewaltmeldungen registriert wurden.

Zu jedem der Lebensbereiche sind im Folgenden jeweils ausgewählte Teilaspekte genannt, die im betreffenden Lebensbereich für die Christen zu den gravierendsten Schwierigkeiten gehören.

Privatleben

- **Es ist riskant für Christen, außerhalb ihres engsten Familienkreises über ihren Glauben zu sprechen:** Kuwaitische Konvertiten gehen die höchsten Risiken ein, während nichtkuwaitische Konvertiten abhängig von den jeweiligen Normen ihrer eigenen Gemeinschaft sind. Ausländische Christen können der Missionierung beschuldigt werden, wenn sie mit Muslimen über ihren Glauben sprechen – was wiederum zur Abschiebung führt.
- **Die Hinwendung zum christlichen Glauben, darunter auch der Übertritt zu einer anderen christlichen Denomination, wird unmissverständlich abgelehnt, verboten oder auch bestraft:** In einer äußerst konservativen Gesellschaft, die das Verlassen des Islam als Verrat an den Familienwerten betrachtet, ist eine Hinwendung zum christlichen Glauben grundsätzlich schwierig. Obwohl das Gesetz den Glaubenswechsel formell nicht verbietet, legen sowohl die Gesellschaft als auch die Regierung denjenigen, die konvertieren möchten, Steine in den Weg. So werden sie etwa kein offizielles Dokument erhalten, in dem ihr neuer Glaube eingetragen ist.
- **Es ist für Christen riskant, christliche Bilder oder Symbole zu zeigen:** Christen muslimischer Herkunft können kein christliches Symbol tragen, da es zur Entdeckung ihres Glaubens führen kann. Ausländische Christen sind hiermit manchmal vorsichtig, da das öffentliche Zeigen eines Kreuzes zu negativen Bemerkungen oder anderen Arten von Belästigungen führen kann, besonders wenn sie in einem kuwaitischen Haushalt arbeiten (z.B. als Hausangestellte).
- **Es ist gefährlich für Christen, ihrem Glauben in schriftlicher Form persönlich Ausdruck zu geben, etwa in Internetblogs oder auf Facebook:** Christen muslimischer Herkunft sind am stärksten gefährdet, da die Veröffentlichung von Posts, die mit dem Glauben zusammenhängen, zur Entdeckung ihrer Konversion führen könnte. Genauso wenig können ausländischen Christen offen den Islam kritisieren oder Mission betreiben.

Darüber hinaus wird sämtliche (religiöse) Literatur verboten, die als beleidigend gegenüber dem Islam erachtet wird. Für Konvertiten zum christlichen Glauben, die mit ihren Familien zusammenleben, sei es die Kernfamilie oder die erweiterte Familie, ist es schwierig zu beten oder christliche Gegenstände zu besitzen – sie müssen darauf achten, dass solche Materialien nicht entdeckt werden.

Familienleben

- **Kinder von Christen muslimischer Herkunft werden automatisch unter der Mehrheitsreligion registriert.** Sämtliche Kinder, die in kuwaitischen Familien geboren werden, gelten als Muslime. Dieser Grundsatz gilt auch für die Kinder kuwaitischer Konvertiten.
- **Christen können aus religiösen Gründen keine christliche Hochzeit feiern:** Eine kuwaitische Christin mit muslimischer Herkunft darf per Gesetz nur einen Mann heiraten, der ebenfalls als Muslim geboren wurde; ein Mann hätte zwar die Freiheit, eine Nichtmuslima zu heiraten – doch in beiden Fällen gelten islamische Verfahren. Daher wäre eine kirchliche Eheschließung zwischen einem Christen und einem kuwaitischen Konvertiten undenkbar.
- **Christliche Taufen werden be- oder verhindert:** Taufen müssen sehr diskret durchgeführt werden, da öffentliche Taufen schwere Beschimpfungen und Belästigungen sowohl vonseiten der Familie als auch des gesellschaftlichen Umfeldes nach sich ziehen können.

Besonders für Christen muslimischer Herkunft ist es sehr herausfordernd, als christliche Familie zu leben. Den Familien von ausländischen Christen und Arbeitsmigranten werden im Land viele Einschränkungen auferlegt; sie müssen in der Öffentlichkeit sehr vorsichtig agieren. Es ist für sie schwierig und sogar gefährlich, über ihren Glauben zu sprechen, da jegliche missionarische Tätigkeit streng verboten ist. Christen muslimischer Herkunft tragen in Bezug auf das familiäre Leben die Hauptlast der Verfolgung. Verstorbene Konvertiten werden oft nach islamischem Ritus auf muslimischen Friedhöfen beigesetzt, ausländische Christen haben hier nur sehr begrenzte Möglichkeiten. Das Gesetz schränkt auch die Heirat ein – eine muslimische Frau darf keinen nicht-muslimischen Mann heiraten, es sei denn, er konvertiert zum Islam. Diese Gesetze haben bedeutende Auswirkungen auf Fragen des Sorgerechts und des Erbrechts.

Gesellschaftliches Leben

- **Christen stehen in ihrem sozialen oder privaten Umfeld unter Beobachtung. Sie werden beispielsweise bei der Polizei angezeigt, beschattet, ihre Telefongespräche werden mitgehört, E-Mails gelesen oder zensiert:** Christen werden im Allgemeinen nicht nur von der Regierung, sondern auch von der Gesellschaft überwacht, die die Sicherheitsdienste informiert, wenn „verdächtige Umstände" vorliegen. Besonders Ausländer, die der Evangelisation verdächtigt werden, werden von den Sicherheitsdiensten verfolgt.
- **Christen werden unter Druck gesetzt, an nichtchristlichen religiösen Zeremonien oder Gemeinschaftsereignissen teilzunehmen:** Während des Fastenmonats Ramadan fällt es Christen schwer, mit der von der Regierung und der Gemeinde auferlegten De-facto-Forderung zum Fasten zurechtzukommen. Außerdem müssen Christen muslimischer Herkunft an sämtlichen islamischen religiösen Zeremonien teilnehmen, um ihren neuen Glauben geheim zu halten.
- **Christen werden von ihrem sozialen Umfeld unter Druck gesetzt, ihrem Glauben abzusagen:** Christen muslimischer Herkunft werden ständig unter Druck gesetzt, ihren Glauben zu widerrufen, auch im sozialen Umfeld. Offensichtlich Bekehrte werden geächtet, verlieren wahrscheinlich ihre Arbeitsstelle und werden nicht mehr als Teil der Gemeinschaft gesehen.
- **Christen werden in der Erwerbstätigkeit, sei es im privaten oder öffentlichen Sektor, aufgrund ihres Glaubens diskriminiert:** Kuwaitis, deren Glaubenswechsel bekannt würde, würden definitiv diskriminiert und hätten große Schwierigkeiten, eine Beschäftigung zu finden. Es ist eine Tatsache, dass christliche Arbeiter aus dem Ausland auf dem Arbeitsmarkt

diskriminiert werden. Ihr christlicher Glaube bietet hier eine große Angriffsfläche, obwohl Rassismus oft auch eine sehr negative Rolle spielt.

In kuwaitischen Kommunen werden Christen als Fremde und Ungläubige angesehen und oft direkt oder indirekt von gemeinschaftlichen Aktivitäten ausgeschlossen. Auch im Bildungsbereich sind Christen herausgefordert: Die Regierung schreibt für alle Schüler die Teilnahme am islamischen Religionsunterricht vor, sowohl in staatlichen als auch in privaten Schulen (sofern sie einen oder mehrere muslimische Schüler haben). Gleichzeitig verbietet das Gesetz jedoch Religionsunterricht an öffentlichen Schulen für andere Glaubensrichtungen als dem Islam.

Leben im Staat

- **Die Verfassung oder eine vergleichbare nationale Gesetzgebung schränkt die Religionsfreiheit gemäß Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte ein:** Laut Verfassung ist der Islam Staatsreligion. Die Religionsfreiheit, wie sie in der Verfassung verankert ist, entspricht nicht den internationalen Standards: Sie konzentriert sich allein auf die Beachtung religiöser Riten, die nicht im Widerspruch zu kuwaitischen Sitten und damit dem Islam stehen, siehe Artikel 35. Daher garantiert die Verfassung nicht die Freiheit, vom Islam zum christlichen Glauben zu konvertieren.
- **Christliche zivilgesellschaftliche Organisationen oder politische Parteien werden aufgrund ihrer christlichen Überzeugungen in ihrer Arbeit behindert oder verboten:** Nur christliche Organisationen mit einem klaren Nutzen für die kuwaitische Gesellschaft, wie z.B. Betreiber von Krankenhäusern, werden willkommen geheißen. Es ist unmöglich, eine christliche Organisation mit der Absicht der Missionierung zu gründen, und Organisationen mit einem klaren christlichen Profil werden unablässig verdächtigt und bekämpft.
- **Beamte auf lokaler und nationaler Ebene weigern sich, den Glaubenswechsel einer Person anzuerkennen und dementsprechend im Personalausweis oder staatlichen Personenverzeichnis zu dokumentieren:** Kein Christ muslimischer Herkunft würde einen Antrag auf offizielle Anerkennung seines Glaubenswechsels stellen, weil er weiß, dass ihm dies nicht gewährt werden kann (aufgrund von Apostasie-Bestimmungen des islamischen Rechts), und weil ein solcher Antrag ihn den Behörden aussetzen und somit extrem gefährden würde.
- **Christen werden in der öffentlichen Meinungsäußerung behindert:** Jeder Christ wird unauffällig leben, um Druck aus dem Weg zu gehen. Kritik an der kuwaitischen Regierung oder am Islam ist unmöglich und würde wahrscheinlich zu einer Abschiebung von ausländischen Migranten führen. So kann zum Beispiel über soziale Gerechtigkeit aus christlicher Perspektive nur mit großer Vorsicht gesprochen werden.

Es gibt Gesetze gegen Missionierung, die von der Regierung entsprechend durchgesetzt werden. Die Regierung folgt dem Kurs, den sunnitischen Islam zu fördern, indem sie sunnitische Moscheen und Imame sowie sunnitische Ausbildung und Lehre finanziert. Auch wenn Kuwait demokratische Wahlen abhält, ist es undenkbar, dass ein Nichtmuslim sich um ein öffentliches Amt bewerben könnte. Verschiedene extremistische Gruppen sowie streng konservative Parlamentsmitglieder wollen jeden nichtmuslimischen Einfluss im Land unterbinden – wie etwa Weihnachtsfeiern ausländischer Christen.

Kirchliches Leben

- **Kirchen werden daran gehindert, christliche Aktivitäten außerhalb von Kirchengebäuden zu organisieren:** Da das Abhalten öffentlicher christlicher Aktivitäten oft als Missionierung interpretiert wird, wird es den Kirchen nicht erlaubt, diese zu organisieren. Die meisten Kirchen betreiben in dieser Hinsicht Selbstzensur, um Probleme mit der Regierung oder der Gesellschaft zu vermeiden. Viele Gemeinden müssen sich in Häusern versammeln, da es an Kirchenraum fehlt, und sie sorgen dafür, dass sie nicht auffallen.
- **Die Arbeit mit Jugendlichen wurde besonders eingeschränkt:** Es ist möglich, Aktivitäten für christliche Jugendliche zu organisieren. Zugleich ist es undenkbar, Aktivitäten zu organisieren, die sich an muslimische Jugendliche richten, da diese als Missionierung interpretiert werden.
- **Kirchen werden davon abgehalten, Christen muslimischer Herkunft öffentlich aufzunehmen:** Die Regierung verbietet Missionaren, im Land zu arbeiten und ihren Glauben an Muslime weiterzugeben. Die offene Integration von Christen muslimischer Herkunft in die kirchlichen Gemeinschaften würde als ein klares Zeichen für Missionierung angesehen werden.
- **Der Verkauf oder das Bereitstellen von Bibeln oder anderen christlichen Materialien wird verhindert:** Der Verkauf von christlichen Materialien ist nur an Verkaufsstellen innerhalb eines Kirchengeländes erlaubt. Die kostenlose Verteilung von christlichen Materialien ist außerhalb der kirchlichen Einrichtungen nicht erlaubt, da dies als ein Akt der Missionierung angesehen würde. In der Praxis lassen die meisten Christen äußerste Vorsicht bei der Verteilung christlicher Materialien walten und betreiben effektiv Selbstzensur. In den vergangenen Jahren hat die Verteilung von christlichem Material zu einer Abschiebung des ausländischen „Übeltäters" geführt.

Das kirchliche Leben in Kuwait ist eingeschränkt. Wer zum Beispiel ein Stück Land kaufen möchte, um dort eine Kirche zu errichten, muss ein Bürger Kuwaits sein. Für Christen muslimischer Herkunft wäre es sehr gefährlich, ein Stück Land zum Bau einer Kirche zu kaufen, da ihr Glaubenswechsel dadurch öffentlich bekannt werden würde. Gemeinden, die eine Baugenehmigung für eine Kirche beantragten, mussten meist Jahre darauf warten. Ein Experte für Kuwait konstatiert: „Die meisten der anerkannten christlichen Kirchen sehen ihre Gebäude als unzureichend für ihre Gemeinden an; gleichzeitig haben sie erhebliche Probleme, amtliche Baugenehmigungen der städtischen Behörden für ein neues Gebäude zu bekommen. Die städtischen Behörden haben in einigen Fällen religiöse Versammlungen in Privatgebäuden unterbunden und Vermieter unter Druck gesetzt, die Räumlichkeiten an nicht registrierte Kirchengemeinden vermietet hatten.“ Neben den Schwierigkeiten, kirchliche Räumlichkeiten zu erhalten, ist die Veröffentlichung von religiösem Material auf die eigene Kirchengemeinde beschränkt. Die Regierung gestattet Kirchen, religiöse Materialien zu importieren, doch nur unter der Bedingung, dass deren Inhalt den Islam nicht beleidigt. Christliche Zeichen und Symbole dürfen nicht von außen sichtbar an Kirchengebäuden angebracht werden.

Auftreten von Gewalt

In Kuwait, wie auch in anderen Golfstaaten, kommt es nur selten zu gewaltsamen Übergriffen gegen Christen. Die Regierung braucht dieses Mittel gegen Christen nicht, da der gesellschaftliche Druck sehr hoch ist, und die Christen Selbstzensur üben. Es ist nicht einfach, gesicherte Berichte über „Auftreten von Gewalt“ aus dem Land zu erhalten.

Es ist weithin bekannt, dass vor allem weibliche Hausangestellte leicht Opfer von (sexuellem) Missbrauch werden können. Es sind jedoch kaum Statistiken verfügbar, denn keine der involvierten

Personen, Organisationen und Staaten hat ein Interesse daran, die Realität abzubilden: Kuwait braucht die Hausangestellten, will aber aufgrund der Schamkultur keinen schlechten Ruf riskieren. Die Heimatländer der Hausangestellten brauchen das Geld, das von den tausenden Arbeitsmigranten aus den Golfstaaten kommt und wollen ihre ökonomischen Interessen nicht gefährden (obwohl der philippinische Präsident Duterte eine temporäre Reisesperre nach Kuwait verhängt hatte, nachdem die Leiche einer philippinischen Hausangestellten in einer Gefriertruhe entdeckt worden war).

Die Arbeitgeber missbrauchter Hausangestellter sind entweder die Täter, oder sie haben kein wahres Interesse am Wohlergehen ihrer Angestellten. Die betroffenen Hausangestellten schämen sich häufig aufgrund des Missbrauchs und wollen nicht als „beschmutzt" angesehen werden, sowohl in Kuwait als auch von ihrer Familie in ihrer Heimat. Zudem versorgen viele ihre Familien mit dringend benötigtem Einkommen. Die philippinischen Familien sind stolz auf die Arbeit ihrer Familienmitglieder in Kuwait, und die Hausangestellten wollen ihre Familien nicht enttäuschen.

Wie bereits erwähnt, ist es sehr schwer, Statistiken und Beweise für sexuellen Missbrauch zu erhalten. Es ist außerdem schwer nachvollziehbar, ob der sexuelle Missbrauch aufgrund der Religion des Opfers geschieht.

7. Verfolgungssituation für Männer und Frauen

Wie Frauen Verfolgung erfahren:

- Zwangsscheidung
- Erzwungene Flucht aus Stadt oder Land
- Sexuelle Gewalt

Christliche Frauen sind insgesamt gefährdeter als Männer, da Frauen in Kuwait generell ein niedrigeres Ansehen genießen als Männer. Obwohl es relativ wenige kuwaitische Christen gibt, sind viele der ausländischen Hausangestellten in Kuwait Christen. Dies ist von Bedeutung in einem Land, in dem die ausländische Bevölkerung die einheimische Bevölkerung übertrifft. Laut den kuwaitischen Delegierten, die 2017 an einer CEDAW-Überprüfung teilnahmen, ist die Misshandlung von Wanderarbeitern, einschließlich des sexuellen Missbrauchs, ein großes Problem. Statistiken zu diesem Thema sind rar, da die Arbeitgeber der misshandelten Hausangestellten oder die Täter kein Interesse daran haben, die Probleme zu melden. Die Hausangestellten selbst schämen sich oft wegen des Missbrauchs und wollen nicht als „unrein" innerhalb ihrer Gesellschaft in Kuwait oder von ihrer Heimatfamilie gesehen werden.

Obwohl es keinen Beweis dafür gibt, behaupten einige Länderexperten, dass die nahezu ausschließlich weiblichen, nichtmuslimischen Arbeitsmigranten in größerer Gefahr stehen, Opfer eines solchen Missbrauchs zu werden, als Muslimas. Es ist bekannt, dass innerhalb der islamischen Kultur viele auf Nichtmuslime (und selbst auf andere islamische Strömungen) herabsehen. Die islamische Doktrin über „dasjenige, was die rechte Hand besitzt" stärkt die Einstellung, dass christliche Hausangestellte für alles verfügbar sind, was man mit ihnen tun möchte. Nach Angaben des „Tahirih Justice Center“ ist häusliche Gewalt, insbesondere gegenüber Frauen, in Kuwait weit verbreitet. Häusliche Gewalt wird als Familienangelegenheit betrachtet; es gibt keine spezifischen Gesetze dazu, und es ist höchst unwahrscheinlich, dass die Behörden dagegen vorgehen. Außerdem ist die Rolle der Frau in der Gesellschaft sehr eingeschränkt, und Frauen dürfen ihren Ehepartner oft nicht selbst wählen.

Kuwaitische Christinnen muslimischer Herkunft stehen unter starkem familiären Druck, ihren neuen Glauben abzulehnen, was einige dazu veranlasst, auszuwandern. Das vielleicht schwierigste Gesetz für christliche Konvertiten, die hoffen, eine eigene christliche Familie zu gründen, ist, dass Frauen mit muslimischem Hintergrund gesetzlich daran gehindert werden, einen Nichtmuslim zu heiraten.

Wie Männer Verfolgung erfahren:

- Wirtschaftliche Schikane im Berufs- und Geschäftsleben
- Zwangsscheidung
- Vertreibung aus Wohnung/Wohnhaus

In Kuwait befürchten Männer, die zum christlichen Glauben konvertieren, die Ablehnung ihrer unmittelbaren und erweiterten Familien und die Auswirkungen, die dies auf ihren Lebensunterhalt hat. Männliche Christen muslimischer Herkunft werden häufig von ihren Familien verstoßen, womit sie den Respekt und die (finanzielle) Unterstützung ihrer Familien verlieren. Oft bedeutet dies, dass christliche Männer oder Jungen gezwungen sind, das Haus der Familie zu verlassen. Ohne Unterstützung durch die Familie ist es für Männer schwierig, eine Arbeit zu finden oder zu behalten, und eine Heirat wird fast unmöglich. Christliche Männer sind vor allem im Arbeitsleben Diskriminierung und Feindseligkeiten ausgesetzt. Verheiratete Muslime, die zum christlichen Glauben gewechselt sind, werden von ihren Ehepartnern geschieden. Die Isolierung durch den Glaubenswechsel wird dadurch verstärkt, dass Christen muslimischer Herkunft bei der Bildung tragfähiger kirchlicher Gruppen Steine in den Weg gelegt werden.

8. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Nicht nur Christen sind der Unterdrückung durch die Regierung ausgesetzt, auch andere Minderheiten wie Schiiten werden diskriminiert und müssen sich vorsichtig verhalten. Obwohl die große schiitische Gemeinde in Kuwait traditionell eine höhere Akzeptanz genießt als in anderen Ländern der Region, haben die Einschränkungen der Religionsfreiheit auch für sie zugenommen. Dies lässt sich vor allem auf die politisch veränderten Beziehungen zwischen Kuwait und Saudi-Arabien beziehungsweise dem Iran zurückführen.

Religiöse Gruppen wie Hindus, Buddhisten und Sikhs können ihren Glauben im privaten Umfeld relativ frei praktizieren; ihnen fehlen jedoch oft Versammlungs- und Gebetsräume. Konservative Gruppen im Parlament beäugen alle nichtmuslimischen religiösen Aktivitäten mit Argwohn und opponieren regelmäßig gegen sie.

Laut „International Religious Freedom Report 2018“ des US-Außenministeriums auf Seite 10 gaben Mitglieder nichtabrahamitischer Religionen und nichtregistrierter Gemeinden an, dass sie „ihre Religion privat ausüben konnten, aber mit Belästigungen und möglicher Strafverfolgung konfrontiert wurden, wenn sie ihre Nachbarn störten oder gegen das Versammlungsrecht und Missionsverbot verstießen. Sie ... vermeiden den Konflikt mit den Behörden, indem sie nicht missionieren und die Regierung oder andere Glaubensrichtungen nicht verunglimpfen. ... sie machten keine öffentliche Werbung für religiöse Veranstaltungen oder Versammlungen, um zu vermeiden, dass ihre Organisationen sowohl von der Öffentlichkeit als auch von den Regierungsbehörden unerwünschte Aufmerksamkeit auf sich ziehen. ... Fast einheitlich in diesen Gemeinschaften sagten die Mitglieder, es fehle ihnen an ausreichenden religiösen Einrichtungen und religiösen Leitern oder Klerikern, um

Gebete zu leiten, Geburten und Eheschließungen zu segnen und angemessene Beerdigungsrituale durchzuführen."

9. Der Ausblick für Christen

Islamische Unterdrückung

Falls die Behörden sich etwa aus politischen Erwägungen gezwungen sehen, sich gegenüber dem Iran abzugrenzen und Saudi-Arabien anzunähern, könnten sunnitische Konservative größeren politischen Einfluss gewinnen – möglicherweise mit der Folge, dass das politische Klima für Christen (und ausländische Kirchen) rauer und feindseliger werden könnte. Darüber hinaus hat der IS zwar aus militärischer Sicht eine schwere Niederlage erlitten, doch weiterhin Einfluss. Der Aufstieg des sunnitischen Extremismus hat nicht nur die Christen in der Region, sondern auch die einzelnen Staatsoberhäupter und die internationale Gemeinschaft vor Probleme gestellt. Länder mit sunnitischer Bevölkerungsmehrheit, einschließlich Kuwait, wachen sorgfältig darüber, dass extremistische militante Gruppen keine Netzwerke in ihrem Land aufbauen.

Diktatorische Paranoia

Die kuwaitische Regierung wird auch in Zukunft alles daransetzen, jede abweichende Meinung auszulöschen und öffentliche Unruhen zu vermeiden.

Ethnisch oder traditionell begründete Anfeindungen

Obwohl Urbanisierung, Modernisierung und die Bedeutung des Internets die junge Generation massiv beeinflussen, werden voraussichtlich auch die Stammesstrukturen weiterhin großen Einfluss behalten. Die Globalisierung könnte das Stammesdenken noch weiter stärken, da sich Kuwaitis dadurch diese Entwicklung bedroht sehen und versuchen könnten, ihre Identität umso mehr zu schützen. In dieser Atmosphäre wird der Glaubenswechsel vom Islam zum christlichen Glauben ein heikles Thema bleiben.

zurück zur Länderübersicht

Kenia: Platz 44

Zusammenfassung

In Kenia sind alle Kategorien von Christen von Verfolgung betroffen. Besonders Christen mit muslimischem Hintergrund im Nordosten und in den Küstenregionen leben unter ständiger Gefahr von Angriffen, auch von ihren engsten Verwandten. Im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2020 wurden Christen angegriffen und zur Flucht aus ihren Dörfern gezwungen. Es wurde berichtet, dass Al Shabaab die lokale Bevölkerung infiltriert hat, um die Aktivitäten der Christen in diesen Gebieten zu überwachen. Aber auch organisiertes Verbrechen und Korruption sind ein ernstes Problem. Korrupte Beamte ergreifen keine Maßnahmen gegen jene, die Christen verfolgen, was wiederum weitere Verfolgungshandlungen nach sich zieht.

Beispiele aus dem aktuellen Berichtszeitraum

- In einigen Teilen des Nordostens und der Küstenregionen werden Christen oft ausgegrenzt und ihnen wird der Zugang zu gemeinschaftlich genutzten Ressourcen verwehrt.
- Am 19. Januar 2019 wurde ein Christ muslimischer Herkunft von muslimischen Polizisten am Stadtrand von Nairobi geschlagen und anschließend verhaftet, nachdem er sich geweigert hatte, dem christlichen Glauben abzuschwören.
- Am 17. Mai 2019 wurden vier Kirchen in Kiamaiko, Nairobi, von einem muslimischen Mob angegriffen. Eine muslimische Gruppe hielt am 16. Mai 2019 eine Debatte unter freiem Himmel ab und einige Einheimische aus dem Umfeld beschwerten sich über den Lärm und die große Menschenmenge, die sich gebildet hatte, und riefen die Polizei. Die Polizei kam, beschlagnahmte die Tonanlage der Gruppe und zerstreute die Menge. Die lokale somalisch-muslimische Bevölkerung versammelte sich dann zu einem Mob und zerstörte am folgenden Tag einen Großteil des Eigentums von vier Kirchen: der Kingdom Gospel for All Nations Ministry Church, der Evangelical Victory Church International, der End Time Army Church und der Kale Heywot Church. Bewaffnet mit Steinen, Macheten und Benzin zerstörten sie alles, von den Stühlen bis zur Tonanlage. Mehrere Christen wurden dabei verletzt.

---

1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit 61 Punkten liegt Kenia auf dem Weltverfolgungsindex 2020 auf Platz 44.

Kenia hatte auf dem Weltverfolgungsindex 2019 ebenfalls 61 Punkte und belegte damit Platz 40. Die Christenverfolgung in Kenia beträgt ein sehr hohes Maß und ist in den letzten drei Berichtszeiträumen mehr oder weniger konstant geblieben.

2. Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung

Auch wenn Kenia ein mehrheitlich christliches Land ist (ca. 82 % der Bevölkerung sind Christen), ist die „Islamische Unterdrückung“ die Haupttriebkraft der Verfolgung. Schätzungsweise 7,9 % der kenianischen Bevölkerung sind laut der World Christian Database (WCD) Muslime, von denen die Mehrheit Sunniten sind. Die muslimische Bevölkerung lebt im Nordosten und in den Küstengebieten Kenias, hat sich aber auch in anderen Teilen des Landes ausgebreitet und begonnen, auf die empfundene Benachteiligung in der kenianischen Gesellschaft zu reagieren. Inspiriert von extremistischen islamischen Einflüssen, die von Somalia ausgehen, folgen muslimische Politiker, die muslimisch dominierte Wahlkreise in Kenia repräsentieren, einer Agenda, die Kirche aus ihren Wahlkreisen zu eliminieren.

Auch der Nordosten des Landes ist stark von Islamischer Unterdrückung betroffen. Extremistische Muslime, die in Kenia leben, sowie Militante, die die Grenze von Somalia aus überqueren, verfolgen Christen massiv und waren in den letzten Jahren für die Ermordung von Hunderten von Christen verantwortlich.

Um die Herausforderung zu verdeutlichen, vor der die Christen im Nordosten und an der Küste stehen, berichtet ein Experte für das Land: „Die östlichen Bezirke an der Küste sind aus historischen Gründen seit langer Zeit unter starkem islamischen Einfluss – hier sind Muslime zuerst gelandet (lange vor den christlichen Missionaren in Kenia), wie generell entlang der Ostküste Afrikas. Zu den Bezirken, in denen mittlere bis sehr schwere durch diese Triebkraft der Verfolgung [Islamische Unterdrückung] motivierte Übergriffe verübt werden, gehören Mandera, Wajir, Garissa, Lamu, Kilifi und Kwale.“

Auch wenn das Problem der Islamischen Unterdrückung und der islamischen Militanz in Kenia eine neuere Entwicklung darstellt, so hat es doch bereits seit den 1990er-Jahren zugenommen. Im Jahr 1992 wurde die Islamische Partei Kenias (IPK) gegründet, aber 1994 wurde ihr die Zulassung verweigert. In einem Bericht vom Juli 2019 heißt es: „Das Verbot der IPK führte zu einer Phase des Protests und politischen Unruhen, gefolgt von einer Zersplitterung des islamistischen Aktivismus an der Küste. Neue islamistische Vereinigungen und Organisationen wuchsen, einige versuchten, den neuen politischen Raum für Aktivismus zu nutzen, während andere sich statt an eine offizielle politische Plattform an Moscheen, inoffizielle Gruppierungen und Medien wandten, um militantere, populistische Botschaften zu verbreiten.“

Organisiertes Verbrechen und Korruption

In Kenia ist Korruption weit verbreitet und betrifft sowohl das öffentliche als auch das Privatleben. Laut Korruptionsindex von Transparency International von 2019 rangiert Kenia auf Platz 144 von 180 Ländern, also auf Platz 36 der Liste der korruptesten Länder. Die Korruption in Kenia führt zu einer unzureichenden Bestrafung von Verfolgern. Viele Institutionen, darunter Parlament, Justiz und insbesondere die Exekutive, sind betroffen. Dies wiederum beeinträchtigt den Zugang der christlichen Gemeinschaften zur Justiz und zum Schutz durch die Polizei, wenn dies erforderlich ist. Berichte deuten auch darauf hin, dass es Al Shabaab gelang, tödliche Angriffe durchzuführen, indem die Gruppe Bestechungsgelder an Sicherheitsbeamte für die Einfuhr von Waffen und Munition zahlte. In diesem Zusammenhang muss die Verfolgung von Christen gesehen werden. Korrupte Beamte ergreifen keine Maßnahmen gegen diejenigen, die Christen verfolgen, was wiederum weitere Verfolgungshandlungen begünstigt.

3. Verfolger

Ausgehend von Islamischer Unterdrückung

- **Gewalttätige religiöse Gruppen:** Die islamisch-militante Gruppe Al Shabaab ist der Hauptakteur der Verfolgung in Kenia. Die Gruppe stammt aus Somalia; ihr Hauptziel ist die Errichtung eines islamischen Staates in Somalia. Ihre Anwesenheit in Kenia resultiert aus einem Vergeltungsschlag gegen die bewaffnete Intervention Kenias – Kenia stellte Truppen für die Afrikanische Union zur Unterdrückung des Aufstands in Somalia bereit. Die Gruppe führt Selbstmordattentate und andere gewaltsame Aktionen gegen alle durch, die sie als Feinde des Islam betrachtet. Die Gruppe soll Verbindungen zu militanten Gruppen in Algerien und Nigeria haben.
- **Nichtchristliche religiöse Leiter:** Die Lehrer an den Medressen und Moscheen sind dafür bekannt, dass sie eine subtile Botschaft des Hasses gegenüber Christen verbreiten. Ein Experte für das Land erklärte: „Von islamischen Führungspersonen geht hauptsächlich Verfolgung aus. Sie haben das Ausmaß der Verfolgung geschürt, besonders gegen Christen muslimischer Herkunft. Dies zeigt sich in verschiedenen Fällen, in denen sie gezielt Konvertiten zum christlichen Glauben gezwungen haben, ihrem Glauben abzuschwören, und dann mit dem Tod gedroht haben, wenn dies nicht geschah. Das ist in den Küstengebieten und im nordöstlichen Teil Kenias weit verbreitet."
- **Gewöhnliche Bürger:** In muslimisch dominierten Gebieten werden die Christen von den Einheimischen als Ausländer und sogar als Eindringlinge angesehen. Ein Experte für das Land stellte fest: „Bürger aus der breiteren Gesellschaft und in Gebieten mit muslimischer Bevölkerungsmehrheit wie dem Nordosten Kenias und in den Küstenregionen des Landes sind Quellen der Verfolgung von Christen, hauptsächlich durch die Triebkraft Islamische Unterdrückung. Davon sind in diesen Gebieten besonders Christen muslimischer Herkunft betroffen, die der extremen Gefahr von Tod oder Körperverletzung ausgesetzt sind, da sie ständig von Personen aus ihrem eigenen sozialen Umfeld bedroht werden. Andere Christen in diesen Gebieten sind ebenfalls gefährdet, Ziel dieser Angriffe zu werden, da sich die Rhetorik von der Minderwertigkeit und Eliminierung von Christen, die von den gewalttätigen religiösen Gruppen wie Al Shabaab verbreitet wird, auf die breitere Bevölkerung in diesen Gebieten übertragen hat."
- **Familienmitglieder:** Den Islam zu verlassen, wird als eine Bedrohung für Familie, Gemeinschaft und Klan/ethnische Gruppe angesehen. Ein Experte für das Land erklärte: „Die Großfamilie ist eine Quelle der Verfolgung für Christen in Kenia, dies gilt besonders für christliche Konvertiten aus einer mehrheitlich muslimischen Familie. Sogar Familienmitglieder sind bereit, Gewalt gegen ihre Angehörigen auszuüben."

Ausgehend von Organisiertem Verbrechen und Korruption

- **Netzwerke des organisierten Verbrechens:** Das Auftreten von organisierter Korruption im Land hat die Durchsetzung der Rechtsstaatlichkeit erschwert, so dass Christen, wenn sie Opfer von Verfolgung werden, nur begrenzte Möglichkeiten haben, sich zu wehren.
- **Regierungsbeamte:** Beamte werden bestochen, um gegen die Interessen der Christen zu handeln. Dies geschieht besonders im Bereich der Strafverfolgung, wo gegen Christen erfundene Anklagen erhoben werden, nur weil sie Christen sind. Beamte verschließen auch

die Augen vor den Aktivitäten der Verfolger, was dann weitere Verfolgungshandlungen begünstigt.

- **Gewalttätige religiöse Gruppen:** Es gibt Anzeichen dafür, dass Al Shabaab die tödlichen Anschläge an der Universität von Garissa im April 2015 durch die Zahlung von Bestechungsgeldern an Sicherheitsbeamte für die Einfuhr von Waffen und Munition durchführen konnte. Darüber hinaus gibt es Berichte, dass Al Shabaab und seine Unterstützer im Nordosten Einnahmen für Aktionen erzielen, indem sie hohe Bestechungsgelder an Beamte zahlen, um den illegalen Handel über den Hafen von Kismayo zu ermöglichen.

4. Regionale Brennpunkte der Verfolgung

Die Christen, die im und um den Nordosten des Landes leben, müssen mit der Angst leben, dass sie jederzeit angegriffen werden können. Brennpunkte für Angriffe von Al Shabaab sind Mombasa, Mandera, Garissa, Wajir, Lamu und Tana River. In diesen Gebieten gibt es viele ortsansässige Informanten, die bei der Organisation von Angriffen auf Kirchen und Christen helfen. Daher haben viele Christen beschlossen, aus diesen Gebieten in die Mitte des Landes umzuziehen.

5. Betroffene Christen

Alle Arten von christlichen Gruppen im Land werden verfolgt, auch wenn das Ausmaß der Verfolgung davon abhängt, wo sie leben und welchen christlichen Gruppen sie angehören.

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

Ausländische Christen in Kenia sind nicht von unfreiwilliger Isolation betroffen und werden deshalb für die Bewertung und Analyse im Rahmen der Erstellung des Weltverfolgungsindex nicht als eigenständige Kategorie betrachtet.

Christen aus traditionellen Kirchen

Kirchen dieser Kategorie sind in vielen Teilen des Landes zu finden. Die Art und Intensität der Verfolgung, der sie ausgesetzt sind, variieren von Region zu Region. In islamisch dominierten Gebieten ist die vorherrschende Triebkraft der Verfolgung Islamische Unterdrückung und die Intensität der Verfolgung ist sehr hoch.

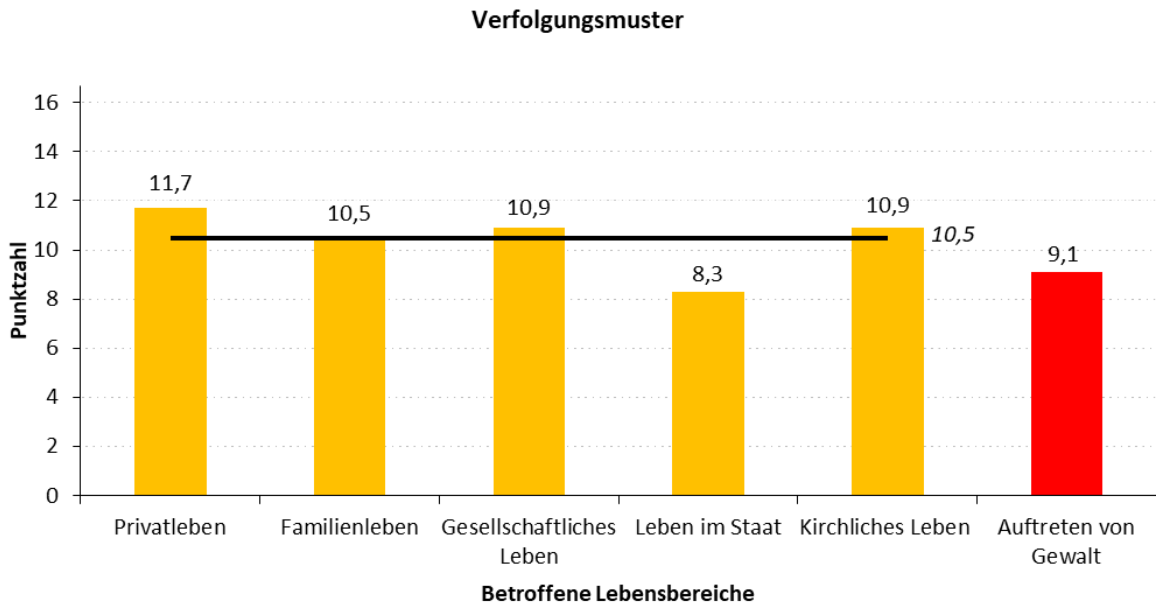
Christen muslimischer Herkunft

Christen mit muslimischem Hintergrund finden sich hauptsächlich in den muslimisch dominierten Gebieten im Nordosten und entlang der Küste (einschließlich Mombasa). Im Allgemeinen sind diese Christen einer anderen Verfolgungsdynamik ausgesetzt als Christen ohne muslimischen Hintergrund. Sie sehen sich intensivem Druck durch Familie und Freunde ausgesetzt und können, wenn sie von Gruppen wie Al Shabaab entdeckt werden, auch getötet werden. Christen muslimischer Herkunft werden auch von Mobs oder kleineren Gruppen aus den lokalen islamischen Gemeinschaften ins Visier genommen.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Zu dieser Kategorie gehören Gruppen wie Baptisten, Evangelikale, Pfingstgemeinden und charismatische Gemeinden. Sie sind im ganzen Land zu finden. Christen aus protestantischen Freikirchen leben ihren christlichen Glauben am aktivsten und sind daher starker Verfolgung ausgesetzt.

6. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Kenia

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Der durchschnittliche Druck auf die Christen in Kenia bleibt mit 10,5 Punkten hoch und hat sich von 10,4 Punkten beim Weltverfolgungsindex 2019 leicht erhöht.
- Mit Ausnahme des Bereichs „Leben im Staat“ gibt es keinen Lebensbereich, in dem der Druck auf die Christen weniger als 10 Punkte beträgt. Im Bereich „Privatleben“ ist er am höchsten (11,7), was den sehr hohen Druck auf die Christen muslimischer Herkunft in der nordöstlichen Region reflektiert. Am zweitstärksten ist der Druck in den Bereichen „Kirchliches Leben“ und „Gesellschaftliches Leben“ (jeweils 10,9). Dies ist ein Hinweis darauf, dass das kirchliche und gesellschaftliche Leben im Nordosten aufgrund von Drohungen von Al Shabaab und deren Anhängern sehr schwierig ist.
- Die Punktzahl für das Auftreten von Gewalt ist sehr hoch und von 8,3 im Weltverfolgungsindex 2019 auf 9,1 Punkte gestiegen.

Zu jedem der Lebensbereiche sind im Folgenden jeweils ausgewählte Teilaspekte genannt, die im betreffenden Lebensbereich für die Christen zu den gravierendsten Schwierigkeiten gehören.

Privatleben

Im Kontext der Islamischen Unterdrückung stehen vor allem (wenn auch nicht ausschließlich) Christen muslimischer Herkunft in ihrem Privatleben unter Druck.

- **Es ist für Christen riskant, ihren Glauben in schriftlicher Form persönlich zu äußern (auch in Blogs und Facebook etc.):** In muslimisch dominierten Gebieten führt es zu schwerwiegenden Gegenreaktionen, wenn Christen muslimischer Herkunft über Glaubensfragen reden. Ein Experte für das Land verglich die Situation anderer christlicher Gruppen mit der von Konvertiten zum christlichen Glauben: „Es ist für Christen im Allgemeinen nicht riskant, ihren Glauben in schriftlicher Form persönlich zu offenbaren, da die Mehrheit der christlichen Bevölkerung sich in öffentlichen Foren frei äußert. Für Christen muslimischer Herkunft in muslimischen Mehrheitsgebieten ist es jedoch riskant, ihren Glauben zu offenbaren, aus Angst vor Gegenreaktionen ihrer ehemaligen Leiter und Mitglieder ihrer Gemeinschaft."
- **Es ist riskant für Christen, über ihren Glauben mit unmittelbaren Familienmitgliedern zu sprechen:** Wie ein Experte für das Land feststellte: „Es ist im Allgemeinen nicht riskant für Christen, mit unmittelbaren Familienmitgliedern über ihren Glauben zu sprechen, jedoch besteht ein Risiko in Gebieten mit extremistisch-muslimischem Einfluss, und das gilt besonders für Christen muslimischer Herkunft. Christliche Konvertiten sind sehr gefährdet, wenn sie mit ihren muslimischen Familienmitgliedern über ihren Glauben sprechen."
- **Einer Konversion wird Widerstand entgegengebracht:** In den überwiegend muslimischen Nordost- und Küstenregionen Kenias besteht für Christen muslimischer Herkunft die Gefahr tödlicher Angriffe, wenn sie ihren Glaubenswechsel offenbaren. Diese Angriffe können von Familienmitgliedern oder von Teilen der lokalen Bevölkerung durchgeführt werden. Ein Experte für das Land stellte fest: „Der Wechsel zum christlichen Glauben wird von den muslimischen Anführern und der gesamten muslimischen Bevölkerung im Nordosten Kenias und in den Küstengebieten massiv bekämpft. Christen muslimischer Herkunft sind in großer Gefahr, entweder getötet oder verprügelt zu werden. Es gibt Berichte über ehemalige Muslime, die zum christlichen Glauben konvertiert sind, die verprügelt wurden oder Morddrohungen erhalten haben und gezwungen wurden, aus ihren Häusern zu fliehen, wo sie in Gefahr waren. Dies wird in hohem Maße durch die Anwesenheit von Al Shabaab in diesen Gebieten befeuert, wo die Gruppe mit ihrer Propaganda gegen die Christen versucht, die Unterstützung der muslimischen Bevölkerung zu gewinnen."
- **Es ist gefährlich, christliche Materialien privat zu besitzen oder aufzubewahren:** Für Christen muslimischer Herkunft ist der Besitz von christlichen Materialien sehr riskant. Für andere Christen ist der Besitz von christlichen Materialien in einigen Gebieten riskant, weil Al-Shabaab-Kämpfer manchmal von Haus zu Haus gehen, um Christen zu finden.

Familienleben

Dies ist ein weiterer Lebensbereich, in dem vor allem Christen muslimischer Herkunft vor gravierenden Problemen stehen.

- **Kinder von Christen werden wegen des Glaubens ihrer Eltern schikaniert oder diskriminiert:** In muslimisch dominierten Gebieten sind christliche Kinder mit Schikanen, Mobbing und anderen Formen der Verfolgung konfrontiert. In Schulen werden sie oft dazu gezwungen, sich wie muslimische Schüler zu kleiden. Dieses Problem hat in christlichen Familien Ängste ausgelöst.

- **Christliche Ehepartner und/oder Kinder von Christen sind aufgrund von Umständen, die mit Verfolgung zusammenhängen, über längere Zeiträume hinweg getrennt:** Christen muslimischer Herkunft wird oft der Kontakt zu ihren Kindern verweigert, um sie zur Rückkehr zum Islam zu drängen. Ein Experte für das Land stellte fest: „Christliche Familien, am meisten die von Christen muslimischer Herkunft, sind gezwungen, sich aus Sicherheitsgründen von Familienmitgliedern zu trennen. Eine dieser Familien ist die von Abu-Bakr, eine vierköpfige, ehemals muslimische Familie (eine Ehefrau und zwei Kinder im Alter von vier und fünf Jahren), die sich im November 2018 zum christlichen Glauben bekehrte. Als die örtliche Moschee von ihrem Glaubenswechsel erfuhr, wurde das Leben der vier bedroht und sie waren gezwungen zu fliehen, zogen von einem christlichen Haus zum anderen und mussten ihr gemietetes Haus und das zwei Hektar große Land zurücklassen, auf dem sie Feldfrüchte angebaut hatten. Unterwegs war die Familie gezwungen, ihre Kinder zu ihrer Sicherheit bei ‚Guten Samaritern' zu lassen."
- **Christen haben durch ihre Konversion zum christlichen Glauben ihr Erbrecht verloren:** Dies ist ein weiterer Bereich, in dem Christen Schwierigkeiten haben. Christen muslimischer Herkunft werden aus der Gemeinschaft ausgestoßen und verlieren den Erbteil, der ihnen rechtlich zusteht. Ein Experte für das Land stellte fest: „Christen, besonders diejenigen, die im Nordosten und an der Küste Kenias wohnen, wo der Islam vorherrscht, haben durch ihre Konversion zum christlichen Glauben ihr Erbrecht verloren. Einige mussten sogar von ihrem Land fliehen, weil ihre Sicherheit bedroht war, auch dies war ein Erbschaftsverlust. Christen muslimischer Herkunft wurden auch von Familienangehörigen enterbt."
  Da der Großteil der Erbschaftsfragen von den Ältesten der Gemeinschaft gelöst wird, gibt es keine Verhandlungen für diejenigen, die den Islam verlassen. Dies wird als eine Warnung für andere angesehen, die vielleicht erwägen, den Islam zu verlassen und einer anderen Religion, zum Beispiel dem christlichen Glauben, zu folgen.

Gesellschaftliches Leben

Christen, die im Nordosten und in den Küstenregionen leben, leiden unter großem Druck. In letzter Zeit besteht ernsthafte Besorgnis darüber, dass Al Shabaab die lokale Bevölkerung infiltriert, was es den islamischen Extremisten leicht macht, christliche Familien zu identifizieren.

- **Christen werden aus Glaubensgründen in ihrem täglichen Leben schikaniert, bedroht oder behindert:** In Gebieten, in denen mehrheitlich Muslime leben, stehen die Christen vor vielen Herausforderungen: Beispielsweise ist es allgemein üblich, dass das Weideland oder Trinkwasser gemeinschaftlich genutzt wird, doch in Gebieten, in denen die muslimische Bevölkerung in der Mehrheit ist, haben Christen diesbezüglich Probleme. Verfolger in dieser Hinsicht sind zumeist Mitglieder der Kern- oder Großfamilie (im Fall von Konvertiten), aber auch nichtchristliche religiöse Leiter und Leiter ethnischer Gruppen.
- **Christen werden von ihrem sozialen Umfeld überwacht:** Einige Beobachter glauben, dass Al-Shabaab-Informanten in den lokalen Gemeinschaften jede einzelne christliche Bewegung überwachen. Wie ein Experte für das Land feststellte: „Christen mit muslimischem Hintergrund werden entweder von nahen Familienangehörigen oder von ihrem sozialen Umfeld überwacht. Dies ist auf den Einfluss von Al Shabaab zurückzuführen, deren eines von vielen Zielen die Ausrottung des Christentums ist.

Sie haben die Bevölkerung indoktriniert zu glauben, dass das Christentum böse sei und ausgerottet werden müsse, um eine breite Unterstützung in der Bevölkerung zu gewinnen. Die Christen werden in ihren täglichen Bewegungen beobachtet, was unter den Christen muslimischer Herkunft in den nordöstlichen Gebieten Kenias Angst auslöst."

- **Christen stehen unter der Bedrohung von Entführung und/oder Zwangsheirat:** Im Nordosten und an der Küste droht den Christen die Entführung durch Al Shabaab. Auch ein italienischer Entwicklungshelfer wurde im November 2018 entführt.
- **Christen werden von ihrem sozialen Umfeld unter Druck gesetzt, ihrem Glauben abzuschwören:** Für Christen muslimischer Herkunft ist dieses Problem sehr schwerwiegend. Jeder bekannte Konvertit zum christlichen Glauben wird unter Druck gesetzt, dem christlichen Glauben abzuschwören oder den Folgen ins Auge zu sehen, die bis hin zu Angriffen von Mobs und Ermordung reichen können.

Leben im Staat

Der Druck im Bereich „Leben im Staat" gilt allen Kategorien von Christen gleichermaßen. Verfolger sind Regierungsbeamte, politische Parteien muslimischer Prägung und religiöse Leiter in Verbindung mit ihrer Anhängerschaft (d. h. islamisch-extremistische Bewegungen, denen sich gewöhnliche Bürger anschließen). Die Rolle von Organisiertem Verbrechen und Korruption zeigt sich auch in diesem Lebensbereich. Die in den letzten sieben Jahren unternommenen Schritte zur Dezentralisierung wirken sich auch auf die Christen aus. Viele muslimische Politiker betrachten Christen als für ihre politischen Zwecke unwichtig.

- **Christen werden beim Umgang mit Behörden (Kommunalverwaltung, Regierung, Armee etc.) aus Glaubensgründen diskriminiert:** Korruption, Ethnie und Religionszugehörigkeit spielen im Umgang mit den Behörden eine wichtige Rolle. Im Nordosten und in den Küstengebieten spielt die Religion eine Schlüsselrolle, und Christen in diesen Gebieten werden auf vielen Ebenen diskriminiert.
- **Christen werden daran gehindert, ihre Ansichten oder Meinungen in der Öffentlichkeit zu äußern:** Auch wenn die Religions- und Meinungsfreiheit auf nationaler Ebene respektiert wird, ist dieses Thema auf Bezirksebene problematisch. Ein Experte für das Land berichtete: „Eine Befragte sagte: ‚Es ist nur der gesunde Menschenverstand. Man spricht nicht über Religion oder über die Kirche in der Nähe von Muslimen, wenn man sicher sein will. Das lernt man sehr schnell, wenn man an die Küste kommt. Es ist eines der ersten Dinge, die einem die Leute sagen. Aber sie dürfen über Mohammed sprechen und so weiter. Man lebt damit.' Das war eine NGO-Mitarbeiterin, die von ihren Erfahrungen in Mombasa sowie den Bezirken Kwale, Tana River und Lamu sprach."
- **Christen werden aus Glaubensgründen am Reisen gehindert:** Christen, die im Nordosten sowie in den Bezirken Tana River und Lamu reisen, sind weiterhin der ständigen Bedrohung durch Angriffe ausgesetzt. Bei früheren Angriffen wurden Christen von Muslimen getrennt und hingerichtet. Dies hat die Reisemöglichkeiten für Christen stark eingeschränkt, besonders für diejenigen, die evangelisieren.
- **Christen werden aus Glaubensgründen von öffentlichen Ämtern ausgeschlossen oder ihre Beförderung wird behindert:** Beförderung, Wahlen und andere Privilegien und Vergünstigungen gehen in Kenia Hand in Hand mit der ethnischen und religiösen Zugehörigkeit. In Gebieten, die von einer muslimischen Bevölkerung dominiert werden, ist es für Christen schwieriger, eine Arbeitsstelle zu bekommen, befördert oder in ein öffentliches

Amt gewählt zu werden. Ein Experte für das Land stellte fest: „Christen oder diejenigen, die nicht als einheimisch/muslimisch gelten, können in diesen Regionen nicht gewählt werden; jeder, der es versucht, wird automatisch disqualifiziert, diffamiert und verfolgt, weil er nicht die ‚richtige' Religion hat und nicht vom ‚richtigen' Stamm ist. Die Muslime in diesen Gebieten lassen sich nicht von jemandem leiten, den sie als ‚Kafir' betrachten."

Kirchliches Leben

Der Druck in diesem Bereich hängt mit den Auswirkungen der Gewalt zusammen, die von islamischen Kämpfern in der Region ausgeübt wird. Die gezielte Gewalt hat ein Klima der Angst unter den Christen geschaffen. Infolgedessen ist der Bau einer Kirche oder die Versammlung zu Aktivitäten in einer Kirche an einigen Orten gefährlich geworden. Der kombinierte Einfluss von Islamischer Unterdrückung und Organisiertem Verbrechen und Korruption hat das kirchliche Leben komplizierter gemacht als in den vergangenen Jahren. Korruption hat die Behörden in ihrer Pflicht behindert, alle Bürger zu schützen; in den meisten Fällen, in denen es zu Gewalttätigkeiten gegen Christen kam, wurden von der Polizei keine ordnungsgemäßen Ermittlungen durchgeführt.

- **Die Aktivitäten von Kirchen werden überwacht, gestört, be- oder verhindert:** Im Nordosten und an der Küste ist dieses Problem schon seit Jahren wahrnehmbar, aber es hat sich nun durch die Infiltration durch Al Shabaab noch verschärft. Viele Christen vermeiden es aus Angst vor Angriffen, in die Kirche zu gehen, und es gibt wenig Vertrauen in die Regierung, dass diese für Schutz sorgt. Daher ist es üblich, dass die Gemeinden in der Region, die früher sonntags Hunderte von Besuchern hatten, nun nur noch wenige Zusammenkünfte haben. Ein Experte für das Land stellte fest: „In dem Maße, in dem fast alle Kirchen in Kenia aufgrund der anhaltenden Terroranschlagsdrohungen nun einen bewaffneten Sicherheitsdienst treffen müssen, ist dies eine Behinderung ihrer Aktivitäten. In einigen Gegenden, insbesondere im muslimisch dominierten Wajir, Marsabit, Mandera, Garissa und Lamu, können die Kirchen keine Abendgottesdienste abhalten, und in vielen Fällen wird ihnen die Genehmigung für Evangelisationsveranstaltungen unter freiem Himmel verweigert. Muslime haben keine vergleichbaren Einschränkungen und können ihre religiösen Aktivitäten frei ausüben."
- **Die christlichen Gemeinden werden daran gehindert, Kirchengebäude zu bauen oder zu renovieren:** Im Nordosten und an der Küste renovieren die Christen keine Kirchen und bauen auch keine neuen, vor allem wegen der Bedrohung durch Angriffe lokaler Extremisten und Al Shabaab.
- **Die Kirchen werden daran gehindert, christliche Aktivitäten außerhalb der Kirchengebäude zu organisieren:** Jede Form der Versammlung außerhalb der Kirchen wird im Nordosten und an der Küste wahrscheinlich zu Angriffen führen, besonders in Wajir, Mandera und Lamu.
- **Bibeln und andere christliche Materialien offen zu verkaufen oder zu verteilen wird behindert:** In Gebieten, die von der muslimischen Bevölkerung dominiert werden, ist es wahrscheinlich, dass solche Aktivitäten Angriffe eines lokalen Mobs provozieren. Die Namen der beteiligten Christen können an Al Shabaab und ihre Unterstützer weitergegeben werden. Ein Experte für das Land stellte fest: „Bibeln und andere christliche Materialien in den Bezirken Garissa, Wajir und Lamu offen zu verkaufen oder zu verteilen, wird die falsche Art von Aufmerksamkeit auf sich ziehen. Es ist nicht offiziell verboten oder unterbunden worden, aber die Gewalt von Al Shabaab hat die Christen abgeschreckt."

Auftreten von Gewalt

- Die Christen in Kenia leiden unter der enormen Verfolgung durch Al Shabaab und ihre Unterstützer. Viele Christen wurden getötet, als Al Shabaab im Januar 2019 ein Hotel in Nairobi angriff. Im Nordosten und in der Küstenregion wurden Christen zeitweise mit Steinen beworfen oder mit Messern attackiert. Ein Experte für das Land stellte zum Beispiel fest: „Ein 48-jähriger verheirateter Mann mit fünf Kindern wurde von einer Gruppe Muslime erstochen, die von einer Beerdigung kamen."
- Angriffe auf Christen sind in Kenia alltäglich geworden. Dies ist seit mindestens acht Jahren der Fall. Nach Angaben der International Crisis Group (ICG) vom April 2019 hat Al Shabaab von 2011–2018 über 247 Angriffe in Kenia durchgeführt, hauptsächlich im Nordosten und an der Küste des Landes.
  Der ICG-Bericht fügt außerdem hinzu, dass die Angriffe die gesamte Bevölkerung in Mitleidenschaft gezogen haben: „Seit 2015 hat Al Shabaab mehr als hundert kleine Angriffe im Nordosten verübt, bei denen Dutzende von Soldaten und Polizisten getötet wurden, meist durch Bomben am Straßenrand. Diese Angriffe waren auch für die Zivilbevölkerung verheerend, insbesondere für nichtmuslimische Fachkräfte, die aus anderen Teilen Kenias in den Nordosten entsandt wurden. Eine Reihe von Al-Shabaab-Angriffen auf diese Fachkräfte, die einen erheblichen Teil der Arbeitskräfte ausmachen, hat Hunderte von Lehrern, Krankenschwestern, Verwaltungsangestellten und Bauarbeitern zur Flucht aus der Region getrieben. Die Abwanderung so vieler ausgebildeter Fachkräfte aus einem verarmten Teil Kenias hat die sozioökonomischen Probleme vertieft und die Errungenschaften der letzten zwei Jahrzehnte zunichte gemacht."
  Im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2020 wurden über 30 Christen angegriffen, von denen mehr als zehn getötet wurden. Es ist auch erwähnenswert, dass der Angriff auf das DusitD2-Hotel ein Angriff auf Christen war, wie Al Shabaab selbst erklärte. Im Mai 2019 wurden viele Christen verletzt, als sie von muslimischen Jugendlichen angegriffen wurden.
- Kirchen werden in Kenia oft angegriffen, besonders im Nordosten und in den Küstenregionen. Es werden Steine auf Kirchen geworfen, dabei wurden oft Fenster zerbrochen und Zäune zerstört. Selbst in Nairobi können Christen und ihre Kirchen ins Visier genommen werden. Die Kingdom Gospel for All Nations Ministry Church, die Evangelical Victory Church International, die End Time Army Church und die Kale Heywot Church sind allesamt Beispiele für Kirchen, die von einem Mob angegriffen und schwer beschädigt wurden.
- Im Laufe der Jahre wurden immer wieder christliche Besitztümer in Nairobi, Mombasa und im Nordosten ins Visier genommen. Im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2020 wurden in den an Somalia angrenzenden Bezirken mindestens zwei christliche Geschäfte von einem Mob angegriffen.

7. Verfolgungssituation für Frauen und Männer

Wie Frauen Verfolgung erfahren:

- Entführung
- Ausschluss aus der Gemeinschaft
- Verweigerung gemeinschaftlich genutzter Ressourcen
- Verweigerung des Sorgerechts für Kinder
- Verweigerung von Nahrungsmitteln/Wasser

- Beschlagnahme von Erbschaft und Besitz
- Verweigerte/eingeschränkte Gesundheitsversorgung
- Diskriminierung/Schikanierung im Bildungsbereich
- Zwangsscheidung
- Zwangsverheiratung
- Vertreibung aus Wohnung/Wohnhaus
- Erzwungene Flucht aus Stadt oder Land
- (Haus-)Arrest durch die Familie
- Ermordung
- Sexuelle Gewalt
- Verbale Gewalt

In den mehrheitlich muslimischen Regionen Kenias werden Christinnen in vielfältiger Weise verfolgt. Obwohl die Gleichstellung der Geschlechter in der Verfassung verankert ist, sind durch die kulturellen Praktiken einiger Stämme (wie Begräbnisriten, Genitalverstümmelung, frühe Heirat und Polygamie) christliche Frauen einem größeren Risiko der Verfolgung ausgesetzt, wenn sie sich diesen Praktiken widersetzen.

In den nördlichen Regionen sind christliche Frauen und Mädchen vermehrt mit Beschimpfungen und sozialer Ablehnung konfrontiert. Darüber hinaus berichten Christinnen, dass sie aufpassen müssen, dass ihnen nicht Mitglieder der muslimischen Gemeinschaft auflauern und sie vergewaltigen. Christliche Lehrerinnen in muslimisch dominierten Gebieten klagten über ständige sexuelle Belästigung durch männliche muslimische Schüler und andere muslimische Männer in der Gesellschaft. Zudem sind sie mit dem Tod bedroht, wenn sie von Al Shabaab gefunden werden.

Frauen und Mädchen, die sich aus einem muslimischen Hintergrund Jesus Christus zuwenden, riskieren, dass sie zur Scheidung bzw. zu einer Heirat gezwungen werden und ihnen gegebenenfalls das Sorgerecht für ihre Kinder entzogen wird. Die negativen Auswirkungen sind jedoch geringer, wenn das Einkommens- und Bildungsniveau der Frau hoch genug ist.

Unter extremen Umständen wurden nordkenianische Frauen von Al-Shabaab-Kämpfern entführt und zwangsweise zu Sexsklavinnen oder Ehefrauen gemacht. Berichten zufolge werden diesen Frauen Verhütungsmittel verabreicht, damit sie wiederholt gruppenvergewaltigt werden können, ohne schwanger zu werden; nur diejenigen, die zum Islam konvertieren und Befehlshaber heiraten, dürfen Kinder bekommen.

Wie Männer Verfolgung erfahren:

- Verweigerung gemeinschaftlich genutzter Ressourcen
- Beschlagnahme von Erbschaft und Besitz
- Ermordung
- Körperliche Gewalt

Christliche Jungen und Männer vor allem im Nordosten sind am stärksten gefährdet, durch extremistische Muslime und Al Shabaab körperlich angegriffen und getötet zu werden. So kam es in der Vergangenheit zu gezielten Angriffen auf Christen in Dörfern, bei denen ausschließlich Männer getötet wurden. Darüber hinaus leiden auch Männer und Jungen, die sich den negativen kulturellen Praktiken einiger Stämme (wie Begräbnisriten, weibliche Genitalverstümmelung, früher Heirat und

Polygamie) widersetzen, in unterschiedlichem Maße unter Verfolgung. Ihre Familien werden in der Bevölkerung nicht akzeptiert, da sie als „verflucht“ oder „nicht echte Männer“ (wenn sie sich für die Beschneidung im Krankenhaus entscheiden) angesehen werden.

8. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Berichte über die Verfolgung anderer religiöser Gruppen im Land liegen nicht vor. Einige Analysten vermuten, dass Al Shabaab alle Gruppen außer sunnitischen Muslimen im Visier hat, ihr Hauptziel sind jedoch Christen.

Im Bericht zur internationalen Religionsfreiheit des US-Außenministeriums von 2017 heißt es: „Muslimische Minderheitengruppen, insbesondere solche somalischer Abstammung, wurden Berichten zufolge weiterhin von Nichtmuslimen schikaniert. [...] Nach Angaben religiöser Leiter reagierten einige muslimische Jugendliche auf angebliche Misshandlungen durch nichtmuslimische Polizisten (die aus anderen Regionen kamen), indem sie die Besitztümer lokaler Christen verwüsteten.“ Im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2020 gibt es keine Hinweise, dass sich diese Praktiken geändert haben.

9. Der Ausblick für Christen

Kenia hat bedeutende politische, strukturelle und wirtschaftliche Reformen erlebt, die im letzten Jahrzehnt weitgehend zu nachhaltigem Wirtschaftswachstum, sozialer Entwicklung und politischen Errungenschaften geführt haben. Zu den wichtigsten Herausforderungen für die Entwicklung gehören jedoch nach wie vor Armut, Ungleichheit und die Anfälligkeit der Wirtschaft für interne und externe Erschütterungen.

Das Land ist immer noch anfällig für Sicherheitsbedrohungen, solange die kenianischen Streitkräfte in den Konflikt in Somalia verwickelt bleiben, da Al Shabaab Kenia hauptsächlich als Vergeltung für sein Engagement in Somalia angreift.

Islamische Unterdrückung

Dies ist seit vielen Jahren die Haupttriebkraft der Verfolgung in Kenia. Die Bedrohung durch Al Shabaab hat dem Land im Allgemeinen und den Christen im Besonderen permanent schwerwiegende Probleme bereitet. Regelmäßig kommt es zu Morden, Entführungen und Angriffen auf Kirchen, insbesondere in den Küstengebieten und im Nordosten des Landes. Solange Al Shabaab nicht besiegt wird, wird diese militante Gruppe wahrscheinlich weiterhin junge kenianische Muslime in ihre Reihen rekrutieren. Darüber hinaus wird die Verfolgung weitergehen, die von Familienmitgliedern und dem sozialen Umfeld ausgeht (ungeachtet dessen, was mit Al Shabaab geschehen würde), denn in den muslimisch dominierten Gebieten sind Religion und ethnische Identität miteinander verflochten.

Organisiertes Verbrechen und Korruption

Als eine der korruptesten Nationen weltweit (Rang 144 von 180 Ländern) toleriert Kenias politische Kultur Korruption auf allen Ebenen. Diese Toleranz hat einige Analysten sogar zu der Annahme veranlasst, dass dieser Zustand Al Shabaab geholfen hat, einige der tödlichen Angriffe im Land durchzuführen. Es gab sogar einen von der kenianischen Armee zurückgewiesenen Bericht, der diese beschuldigte, einen Teil des Erlöses aus illegalem Zucker- und Holzkohlehandel in Somalia einzustreichen, der den Großteil der Finanzierung der Terrorgruppe Al Shabaab ausmacht, welche die Armee eigentlich bekämpfen soll. Die Korruption auf der Ebene der lokalen Behörden wird vor allem für Kirchen eine Herausforderung bleiben.

zurück zur Länderübersicht

Bhutan: Platz 45

Zusammenfassung

Es wird von allen Bhutanern erwartet, dem Buddhismus zu folgen. Wer sich dem christlichen Glauben zuwendet, wird misstrauisch beobachtet. In den meisten Fällen wird versucht, die Person dazu zu bewegen, wieder ihrer alten Religion zu folgen. Religiöse Leiter, das soziale Umfeld und Familienangehörige wirken hier häufig zusammen. Abgesehen von Christen anderer religiöser Herkunft kommen viele Christen aus der nepalesischen Minderheit. Es gibt keine Kirche, die offiziell vom Staat anerkannt ist. Das bedeutet, dass Christen sich eigentlich immer im Bereich der Illegalität bewegen, wenn sie sich zum Gottesdienst versammeln. Örtliche Behörden verweigern Christen häufig sogenannte „Unbedenklichkeitsbescheinigungen“. Diese werden für Kredite, die Registrierung von Besitztümern, Bewerbungen und die Erneuerung von Ausweisen benötigt.

Beispiele aus dem aktuellen Berichtszeitraum

- Jede Hinwendung zum christlichen Glauben stößt auf den Widerstand der Gesellschaft und der Behörden. „Zwangskonversion“ gilt als Straftat, wobei der Begriff „Zwang“ Interpretationsspielraum bietet. In der Praxis sind Glaubenswechsel in den meisten Fällen einfach verboten. In Abschnitt 463 (B) des Strafgesetzbuchs heißt es: „Das Vergehen, andere zu einem anderen Glauben zu zwingen, wird als Ordnungswidrigkeit behandelt.“ Das kann in Bhutan mit bis zu drei Jahren Gefängnis bestraft werden.
- Das Thema Registrierung bleibt für Christen in Bhutan das größte Problem. Ohne offizielle Registrierung sind christliche Gemeinden faktisch illegal. Bis heute wird keine christliche Gemeinschaft im Land offiziell anerkannt.
- Traditionell werden in Bhutan Aussaat und Ernte als Dorfgemeinschaft durchgeführt; mehrere Landwirte teilen sich die Arbeitslast und helfen einander. Christliche Landwirte werden von dieser Praxis üblicherweise ausgeschlossen.
- Die Verfolgung war in Bhutan nie besonders gewalttätig. Im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2020 gab es keine Berichte über Gewalt. Es muss aber festgehalten werden, dass es schwierig ist, Berichte über Vorfälle im Land zu bekommen.

---

1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 61 Punkten belegt Bhutan Platz 45 auf dem Weltverfolgungsindex 2020.

Dieser Wert ist um drei Punkte niedriger als auf dem Weltverfolgungsindex 2019. Unter anderem ist diese Entwicklung darauf zurückzuführen, dass der Wert für Gewalt auf null fiel, da keine Berichte über gewalttätige Vorfälle vorliegen. Allerdings ist der Druck in praktisch allen Lebensbereichen nach wie vor sehr hoch, was insbesondere die anhaltenden Schwierigkeiten widerspiegelt, denen sich christliche Konvertiten aus dem Buddhismus oder ethnisch-animistischen Religionen gegenübersehen. Sie

werden in der Gesellschaft nicht anerkannt und daher abgelehnt, oft von anderen Bauern gemieden und von den Behörden werden ihnen offizielle Dokumente vorenthalten. Kinder von Christen werden oft von Lehrern und Mitschülern in der Schule diskriminiert.

2. Triebkräfte der Verfolgung

Religiös motivierter Nationalismus

Die beständige Betonung des Buddhismus in der Form des Mahayana als geistliches Erbe des Landes macht der christlichen Minderheit das Leben schwer. Bhutan ist seit Jahrhunderten ein buddhistisches Königreich. Selbst nach der Bildung einer konstitutionellen Monarchie im Jahr 2001 und der Einführung demokratischer Wahlen im Zuge der neuen Verfassung im Jahr 2008 wird dem Buddhismus weiterhin eine dominierende Rolle im Land eingeräumt. Gemäß Artikel 3(1) der Verfassung ist der Buddhismus „das spirituelle Erbe Bhutans“, das unter anderem „die Grundsätze und Werte des Friedens, der Gewaltlosigkeit, des Mitgefühls und der Toleranz“ fördert. Zusätzlich ist es „die Verantwortung aller religiösen Institutionen und Persönlichkeiten, das spirituelle Erbe des Landes zu fördern“.

Folglich ist der Buddhismus offiziell nicht ausdrücklich als Staatsreligion definiert. Stattdessen definiert die Verfassung Bhutan als säkularen Staat und bejaht religiöse Toleranz. Dies sieht in der Realität jedoch oft anders aus. Der Buddhismus ist stark in den Alltag der Menschen eingeflochten und in politischen, gesellschaftlichen, kulturellen und sogar wirtschaftlichen Aktivitäten des Landes deutlich sichtbar. Dies wird beispielsweise an den sogenannten „Dzongs“ deutlich. Diese sind administrative Zentren mit einer Abteilung für politische Verwaltung und einer weiteren für religiöse Autoritäten, zu der häufig auch buddhistische Tempel und Unterkünfte für Mönche gehören.

Bis heute wurde es keiner einzigen Kirche erlaubt, eine ortsgemeindliche Struktur aufzubauen. Alle christlichen Gemeinschaften bleiben im Geheimen. Besonders in ländlichen Gegenden stellen sich buddhistische Mönche gegen die Anwesenheit von Christen, während die Behörden nichts unternehmen, um Christen zu schützen. Stattdessen stehen sie meist eher auf der Seite der Mönche.

Ethnisch oder traditionell begründete Anfeindungen

Auch Schamanen des traditionellen animistischen Bön-Glaubens üben Druck auf Christen aus. Obwohl die meisten Bürger nicht ausschließlich diesem Glauben anhängen, halten sie besonders in ländlichen Gebieten an bestimmten Riten und Traditionen fest. Christliche Konvertiten, die sich weigern, daran teilzunehmen, werden unter Druck gesetzt und ausgegrenzt. Auch die Vermischung von Stammesglauben und Buddhismus führt besonders in den zentralen und östlichen Teilen des Landes zur Verfolgung von Christen.

3. Verfolger

Ausgehend von Religiösem Nationalismus

- **Die eigene (Groß-)Familie:** Christen mit anderem religiösen Hintergrund werden von Familienangehörigen bei Weitem am stärksten verfolgt. Die Hinwendung zum christlichen Glauben ist inakzeptabel und bringt Schande über die Familie, sodass sie große Mühe auf sich nimmt, den Konvertiten zu seinem ursprünglichen Glauben zurückzubringen. Wenn nichts mehr hilft, wird der Konvertit durch die Familie enteignet. Da das Leben in Bhutan immer noch

sehr gemeinschaftlich orientiert ist und die Nähe und der Schutz der Familie wichtig ist, hat der Ausschluss von der Familie für Konvertiten ganz entscheidende Auswirkungen.

- **Regierungsbeamte:** Regierungsbeamte werden alles tun, was sie zur Erhaltung des buddhistischen Erbes des Landes für notwendig erachten. Viele Beamte sind stark von Mönchen beeinflusst und es ist üblich, dass Mönche für und in der Regierung arbeiten. Christen haben Schwierigkeiten, überhaupt eine Anhörung zu erhalten, wenn sie Anträge an die Behörden stellen.
- **Nichtchristliche religiöse Leiter:** Buddhistische und teilweise auch hinduistische Leiter treten ebenfalls als Verfolger auf. Sie sehen sich in erster Linie als Bewahrer der buddhistischen Kultur und des buddhistischen Erbes Bhutans. Christen werden als „Neulinge“ und Unruhestifter betrachtet.
- **Anführer ethnischer Gruppen:** Religion ist eng mit der ethnischen Identität verbunden, sodass es die Gruppe schwächt, wenn sich ein Einzelner für einen Glaubenswechsel entscheidet. Deshalb stellen sich Führer ethnischer Gruppen gegen christliche Einflüsse und sprechen sich so stark wie möglich gegen sie aus.
- **Gewöhnliche Bürger:** Besonders in den ländlichen Gebieten gibt es einen engen gemeinschaftlichen Zusammenhalt; jede Abweichung wird als falsch und für die Harmonie störend empfunden. Daher üben nicht nur Familienangehörige Druck auf Konvertiten aus, sondern auch Freunde, Nachbarn und Arbeitskollegen.

Ausgehend von Ethnisch oder traditionell begründeten Anfeindungen

- **Die eigene (Groß-)Familie:** Die Verschmelzung ethnischer Überzeugungen mit dem Buddhismus kann zu weiterer Verfolgung führen. Christen, die sich sowohl dem buddhistischen Glauben als auch traditionellen Riten verweigern, geraten wahrscheinlich noch leichter in Schwierigkeiten. Dies gilt besonders innerhalb der eigenen Familie, die alles versuchen wird, um einen Konvertiten zu den alten Überzeugungen zurückzubringen. Wenn das nicht funktioniert, wird der Konvertit vertrieben.
- **Anführer ethnischer Gruppen:** Der Animismus ist besonders in den zentralen und östlichen Landesteilen stark verbreitet und wie die Hauptreligion eng mit der Ethnie verbunden. Wer aufhört, an animistischen Ritualen teilzunehmen (etwa ein Christ), schließt sich nicht nur von der Ortsgemeinschaft aus, sondern wird auch als potenzielle Gefahr für das ganze Dorf gesehen (weil dadurch die Geister verärgert werden).
- **Gewöhnliche Bürger:** Nicht nur Familienmitglieder üben Druck auf christliche Konvertiten aus, um sie dazu zu bewegen, den christlichen Glauben zu widerrufen; dies geschieht auch durch Freunde, Nachbarn und Arbeitskollegen.

4. Regionale Brennpunkte der Verfolgung

In Bhutan gibt es keine spezifischen geographischen Brennpunkte der Verfolgung.

5. Betroffene Christen

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

Die sehr wenigen ausländischen Christen können nur ein begrenztes Visum erhalten und können sich nicht den bestehenden Hauskirchen anschließen. Sie sind daher unfreiwillig isoliert und werden im Weltverfolgungsindex als eigene Kategorie bewertet.

Christen aus traditionellen Kirchen

Im 19. Jahrhundert gab es kleine römisch-katholische Gemeinden in Bhutan unter der indischen Diözese von Darjeeling, und auch heute gibt es einige dieser Gemeinden noch. Sie werden zu einem gewissen Grad toleriert, da sie eher unter sich bleiben. Doch auch sie haben keine offizielle Anerkennung und sind Diskriminierungen ausgesetzt, wie alle anderen christlichen Denominationen.

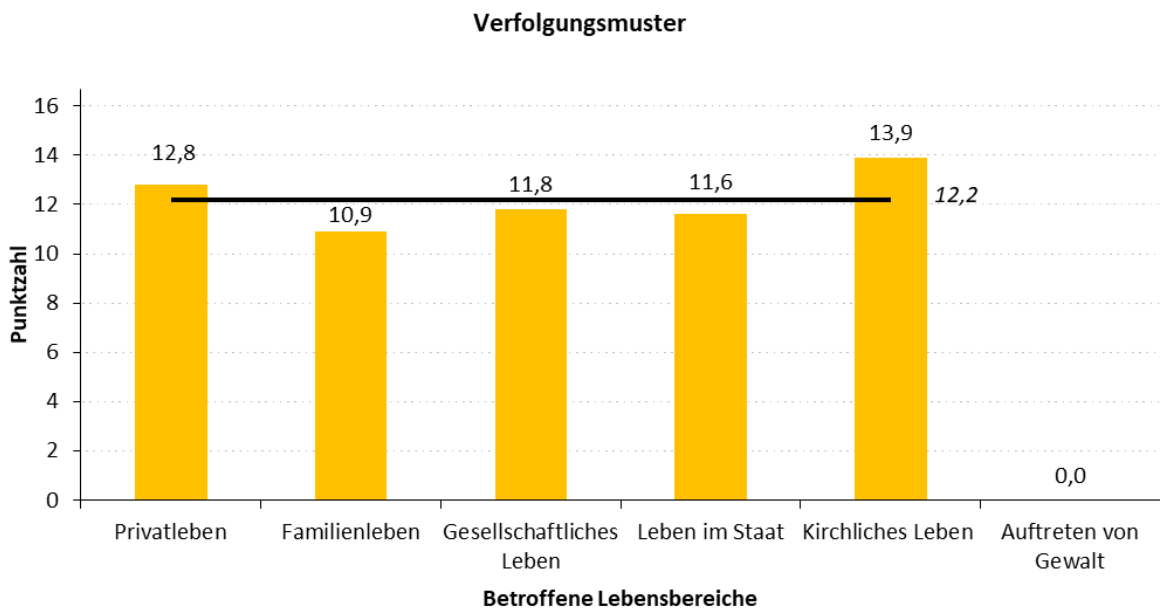
Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

Christen mit buddhistischem, hinduistischem oder ethnischem Hintergrund erleben starken Druck vonseiten ihrer Familie, Freunde und Nachbarn, zu ihrem jeweiligen alten Glauben zurückzukehren. Sie sind nicht nur der gleichen Diskriminierung ausgesetzt wie alle Christen im Land, sondern müssen zudem mit dem konstanten Druck umgehen, der auf sie ausgeübt wird, damit sie zu dem Glauben ihrer Familie zurückkehren.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Zu dieser Gruppe gehören evangelikale Kirchen und Pfingstgemeinden sowie Gemeinschaften wie Brüdergemeinden und „El Shaddai“. Sie alle sind nicht anerkannt und können daher von den Behörden unter Druck gesetzt werden. Dies kann sich in Überwachung, Durchsuchungen oder gelegentlich sogar Festnahmen äußern.

6. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Bhutan

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Insgesamt blieb das Ausmaß des Drucks auf Christen in Bhutan sehr hoch. Der durchschnittliche Wert fiel leicht von 12,5 Punkten im Vorjahr auf 12,2 Punkte.
- Der Druck ist am stärksten in den Bereichen „Kirchliches Leben“ und „Privatleben“, doch auch in den anderen drei Lebensbereichen ist das Ausmaß sehr hoch. Christliche Konvertiten bekommen den Druck besonders stark im Privat- und Familienleben zu spüren, während der Druck in den Bereichen „Leben im Staat“ und „Kirchliches Leben“ sich auf alle Christen auswirkt. Das rührt daher, dass die christliche Minderheit weiterhin im alltäglichen Leben ausgegrenzt und nicht offiziell anerkannt wird.
- Der Wert für Gewalt gegen Christen fiel von 0,9 Punkten im Weltverfolgungsindex 2019 auf 0 Punkte im Weltverfolgungsindex 2020. Obwohl keine Berichte über Vorfälle an Beobachter außerhalb des Landes weitergeleitet wurden, sollte dies nicht mit der Aussage gleichgesetzt werden, dass es überhaupt keine Gewalt gegeben hat.

Zu jedem der Lebensbereiche sind im Folgenden jeweils ausgewählte Teilaspekte genannt, die im betreffenden Lebensbereich für die Christen zu den gravierendsten Schwierigkeiten gehören.

Privatleben

- **Es ist ein Risiko für Christen, über ihren Glauben mit anderen als mit ihren engsten Familienangehörigen zu sprechen:** In Abschnitt 463 (A) des Strafgesetzbuchs wird festgelegt, dass ein Glaubenswechsel aus Nötigung oder anderen Anreizen eine Straftat darstellt. „Nötigung“ und „andere Anreize“ sind dabei jedoch nicht eindeutig definiert. Der Übertritt zu einer anderen Religion wird sowohl von der Familie und dem sozialen Umfeld als auch von religiösen Obrigkeiten und dem Staat strikt abgelehnt. Sogar das bloße Verteilen von Traktaten mit dem Evangelium, ohne darüber zu sprechen oder jemanden in die Gemeinde einzuladen, kann zu einer Verhaftung führen. Aufgrund des Anti-Konversions-Gesetzes neigen Christen dazu, über ihren Glauben nur innerhalb der Gemeinde oder zu Hause zu sprechen. Wer den christlichen Glauben annimmt, versucht dies für gewöhnlich in der Öffentlichkeit zu verbergen und sich diskret mit christlichen Freunden zu treffen, um Gemeinschaft zu haben und zu lernen.
- **Es ist gefährlich für Christen, ihrem Glauben in schriftlicher Form persönlich Ausdruck zu geben:** Da der Druck von Familie und Gesellschaft so hoch ist und das Risiko immer besteht, aufgrund des Strafgesetzbuchs verhaftet zu werden, ziehen es Christen vor, ihren persönlichen Glauben nicht einer größeren Gruppe von Menschen offenzulegen (etwa auf Facebook) und sorgfältig auszuwählen, wem sie ihren Glauben offenbaren.
- **Es ist für Christen riskant, christliche Bilder oder Symbole zu zeigen:** Christen vermeiden es, christliche Symbole in der Öffentlichkeit zu zeigen. Hauskirchen können keine christlichen Symbole in der Öffentlichkeit zeigen, da sie im Geheimen operieren und solche Symbole eine negative Reaktion von Nationalisten und radikalen Buddhisten provozieren würden. Christen tragen oder zeigen zudem sehr selten zuhause christliche Symbole.

- **Für Christen ist es gefährlich, sich mit anderen Christen zu treffen:** Christen treffen sich meist in gemieteten Räumlichkeiten – hier christliche Symbole zu zeigen, kann zu Schwierigkeiten führen, wenn der Hausbesitzer Buddhist ist. Es kann dazu führen, dass der Mietvertrag aufgelöst wird. Es wurde berichtet, dass Mitglieder des Geheimdienstes Christen bekannterweise überwachen und notieren, wer an Treffen teilnimmt.

Familienleben

- **Christliche Taufen werden be- oder verhindert:** Im Licht des Anti-Konversions-Gesetzes kann jede Taufe als ultimativer Beweis für eine „Beeinflussung" verstanden werden. Taufen werden daher immer im Geheimen durchgeführt, fern von den Augen der Obrigkeit und der nichtchristlichen religiösen Führer.
- **Beerdigungen von Christen wurden verhindert oder zwangsweise nach nichtchristlichen Riten durchgeführt:** Christliche Beerdigungen sind sehr schwierig zu arrangieren und oft unmöglich, da sie von nichtchristlichen Familienmitgliedern, Verwandten, der Gesellschaft und den Behörden behindert werden. Selbst ein Begräbnis auf dem eigenen Grundbesitz ist nicht möglich; es wird von den religiösen Führern und der Ortsgemeinschaft stark abgelehnt und in vielen Fällen müssen die Verstorbenen an abgelegenen Orten fernab des Dorfes bestattet werden. Wer es sich leisten kann, begräbt seine Verstorbenen im Nachbarland Indien. Aber selbst wenn eine Beerdigung auf einem privaten Grundstück stattfinden dürfte, würde sodann jedes Problem, jeder Schaden oder jede Katastrophe, die über das Dorf kämen, den Christen angelastet werden.
- **Kinder christlicher Eltern werden dazu gedrängt, an nichtchristlichem Unterricht oder dem allgemeinen Religionsunterricht teilzunehmen:** Kinder von Christen müssen in der Schule die Lehren des Buddhismus lernen und praktizieren. Sie erleben Druck vonseiten der Lehrer und Mitschüler und werden häufig gemobbt. Sie werden sogar dazu gezwungen, unter strenger Aufsicht morgens und abends an den täglichen buddhistischen Gebeten und an bestimmten jährlichen Ritualen teilzunehmen. Oft wird ihnen Essen gegeben, das zuvor Götzenbildern geopfert wurde. Jede Schule und jede Universität in Bhutan hat einen buddhistischen Schrein, eine Gebetsmühle und einen Ort zum Gebet; Schulkinder christlicher Eltern können dazu gezwungen werden, den Schrein samt seiner Statuen zu säubern und sich vor ihnen zu verneigen.
- **Eltern werden daran gehindert, ihre Kinder gemäß ihrem christlichen Glauben aufzuziehen:** Jede Schule und jede Universität in Bhutan hat einen buddhistischen Schrein, eine Gebetsmühle und eine Gebetshalle, sodass die Schüler jeden Tag auf vielfältige Weise dem Buddhismus ausgesetzt sind. In Kombination mit dem ohnehin schon hohen Druck auf die Eltern, besonders wenn die Großfamilie den christlichen Glauben nicht teilt, macht dies die Erziehung der Kinder im christlichen Glauben sehr schwierig.

Im Falle einer Entdeckung ihres neuen Glaubens drohen Konvertiten die Scheidung (wenn sie verheiratet sind) und der Verlust des Erbrechts. Es kann auch vorkommen, dass sie ihre eigene Familie für geisteskrank erklärt. Vielen Christen wird aufgrund ihrer religiösen Zugehörigkeit die Ausstellung eines elektronischen Personalausweises verwehrt. Dieses Problem betrifft besonders Christen mit buddhistischem Hintergrund. Im Alltag benötigen alle Bürger eine sogenannte „Unbedenklichkeitsbescheinigung", die von den örtlichen Behörden ausgestellt wird, um zu zeigen, dass es vor Ort keine Probleme mit der Person gibt. Dieses Dokument wird benötigt, um Kredite zu beantragen, Besitz zu registrieren, sich auf Arbeitsplätze zu bewerben und Ausweise zu erneuern.

Christen haben Schwierigkeiten, diese Unbedenklichkeitsbescheinigung zu erhalten und werden mit der Löschung aus den Volkszählungsdaten bedroht. Das Volkszählungsformular verlangt von den Bürgern die Angabe ihrer Religionszugehörigkeit.

Gesellschaftliches Leben

- **Christen werden unter Druck gesetzt, an nichtchristlichen religiösen Zeremonien oder Gemeinschaftsereignissen teilzunehmen:** Besonders in Dörfern wird von Christen erwartet, dass sie wie jeder andere zu buddhistischen Aktivitäten beitragen. Die anderen Dorfbewohner machen es Christen ohnehin schwer; wenn sie nun nicht an religiösen Feierlichkeiten teilnehmen und zu ihnen beitragen, setzen sie sich damit noch größeren Schikanen aus. Der Buddhismus spielt eine integrale Rolle in der nationalen Identität und in jedem Aspekt des bhutanischen Lebens. Auch am Arbeitsplatz gibt es buddhistische Rituale und Gebete und eine Teilnahme daran wird von jedem erwartet.
- **Christen stehen durch ihr soziales oder privates Umfeld unter Beobachtung:** Besonders Christen, die im christlichen Dienst aktiv sind, werden überwacht. Dies kann sogar bedeuten, dass ihr Telefon angezapft wird und die Nutzung von sozialen Medien unter Beobachtung steht. Es kommt häufig vor, dass christliche Aktivitäten von der Ortsgemeinschaft bei den Behörden gemeldet werden. Es gibt Gerüchte, dass die Regierung Einheimische rekrutiert und bezahlt, um Christen auszuspionieren.
- **Christen werden in der Erwerbstätigkeit, sei es im privaten oder öffentlichen Sektor, aufgrund ihres Glaubens diskriminiert:** Die meisten Arbeitgeber sind gegen Christen voreingenommen und werden sie nicht einstellen bzw. übergehen, wenn sie sich um eine Beschäftigung oder Beförderung bewerben. Da viele Arbeitsplätze staatliche Lizenzen oder eine Unbedenklichkeitsbescheinigung (siehe oben im Bereich Familienleben) voraussetzen, halten Christen ihren Glauben oft geheim, um ihre Bewerbung nicht zu gefährden. Christen werden auch von den Subventionsprogrammen der Regierung ausgeschlossen.
- **Christen wurden wegen ihres Glaubens verhört oder dazu gezwungen, sich bei der Polizei zu melden:** Besonders wenn Christen aufgrund des Anti-Konversions-Gesetzes bei den Behörden angezeigt werden, werden sie auf die Polizeiwache gerufen und verhört. Selbst wenn man sie danach freispricht, werden sie von der Polizei und von misstrauischen Nachbarn genau beobachtet.

Traditionell werden in Bhutan Aussaat und Ernte als Dorfgemeinschaft durchgeführt. Christen sind von dieser Praxis allerdings ausgeschlossen und können mit keinerlei Hilfe rechnen. Um zur Schule zugelassen zu werden, benötigen Kinder ein Empfehlungsschreiben des Dorfoberhauptes oder der lokalen Regierungsbehörde; solch ein Schreiben zu erhalten, ist oft schwierig für Christen. Und falls sie es doch erhalten, werden die Kinder in der Schule diskriminiert: Sie erhalten schlechtere Noten, was ihnen wiederum den Zugang zu höherer Bildung erschwert.

Leben im Staat

- **Die Verfassung oder eine vergleichbare nationale Gesetzgebung schränkt die Religionsfreiheit gemäß Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte ein:** Die Verfassung schützt den Mahayana-Buddhismus als „spirituelles Erbe“ der Nation. So wird der Buddhismus als Staatsreligion behandelt und alle religiösen Institutionen haben die Pflicht, dieses spirituelle Erbe Bhutans zu fördern. Am 24. Mai 2011 erließ die Regierung einen Gesetzesnachtrag und fügte eine Anti-Konversions-Klausel in das Strafgesetzbuch ein, um

Artikel 7(4) der Verfassung des Königreichs Bhutan zu erfüllen. Dieser besagt, dass „ein bhutanischer Staatsbürger das Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit“ haben soll. „Niemand soll durch Nötigung oder Anreize dazu gezwungen werden, einem anderen Glauben anzugehören.“ Abschnitt 463 (A) des Strafgesetzbuches (Zusatz) von Bhutan sagt aus: „Ein Angeklagter ist schuldig des Vergehens, andere zu einem Glaubenswechsel bewegt zu haben, wenn er sich dabei der Nötigung oder einer anderen Art der Beeinflussung bedient hat, um die Bekehrung zu einem anderen Glauben zu erreichen.“ Abschnitt 463 (B) fügt hinzu: „Das Vergehen, andere zu einem anderen Glauben zu zwingen, wird als Ordnungswidrigkeit behandelt.“ Das kann in Bhutan mit bis zu drei Jahren Gefängnis bestraft werden.

- **Christen werden durch das Gesetz oder in der Praxis dazu gezwungen, gegen ihr Gewissen zu handeln:** Da der Buddhismus in jedem Aspekt des gesellschaftlichen Lebens tief verwurzelt ist, ist es für Christen praktisch unmöglich, in Bhutan zu leben, ohne gegen ihren Glauben und ihr Gewissen zu handeln. Alles ist verwoben mit buddhistischen Ritualen, Gebeten und Zeremonien.
- **Christliche zivilgesellschaftliche Organisationen oder politische Parteien werden behindert oder verboten:** Keine christlichen Organisationen der Zivilgesellschaft oder politische Parteien sind erlaubt; sowohl die Regierung als auch die Gesellschaft würden jeden Versuch, sie zu gründen, blockieren.
- **Christen, Kirchen oder christliche Organisationen werden daran gehindert, öffentlich religiöse Symbole zu zeigen:** Eine Kirche zu sein bedeutet in Bhutan fast ausschließlich eine Hauskirche zu sein. Als solche können Kirchen keine christlichen Symbole anbringen, die in der Öffentlichkeit gesehen werden können. Wie bereits erwähnt, treffen sich die Christen in den meisten Fällen in gemieteten Häusern, was ein zusätzlicher Grund dafür ist, dass keine religiösen Symbole angebracht werden können. Zudem hat Bhutan in seinem Baurecht Standards für den architektonischen Stil festgelegt, um Tradition und Tourismus zu schützen.

Auch in sozialen Medien wird der christliche Glaube verunglimpft. Ein langer Facebook-Post vom 25. März 2018 lautet wie folgt:

„Der christliche Glaube in Bhutan muss mit vereinten patriotischen Kräften zerquetscht werden: Externe Bedrohungen können erkannt und identifiziert werden. Anschließend ist es möglich, entsprechende Wege der Gegenwehr auf Regierungsebene auszuarbeiten. Versuche, unsere Kultur und Religion zu beschädigen, die bereits unsere Gesellschaft infiltriert haben, müssen identifiziert und über soziale Medien bekanntgemacht werden, insbesondere ihre Hochburgen und Stützpunkte für wöchentliche Treffen und ihre heiligen christlichen Tage. Das Heimat- und Kulturministerium, sowie die königliche Polizei müssen aktiv werden, sobald die Privathäuser, die für solche Treffen mit Gebeten und Gesängen wie Kirchen genutzt werden, der Regierung bekanntgemacht worden sind. Der individuelle Glaube darf laut Gesetz ausgelebt werden. Aber er darf nicht durch neue Einrichtungen wie Kirchen oder Moscheen praktiziert werden, die genutzt werden, um zu predigen, zu lehren, Gebete zu sprechen, Messen zu feiern oder Hymnen zu singen. Das war in unserer Geschichte noch nie erlaubt. Jeder Leser, der Wissen von solchen Treffen und Predigern hat, nenne in den Kommentaren bitte folgende Punkte: 1. Name des Ortes. 2. Name der Straße. 3. Hausnummer. 4. Name des Vermieters. 5. Name des Anführers / Priesters. Nennt nicht die Anhänger; diese sollten als unschuldig gelten, da sie nur hinter dem Geld her sind. Wenn wir die Haupttäter erst einmal dingfest gemacht haben, werden sie schon nach und nach zum Glauben der Väter zurückkommen. Wenn du deine Kultur und Religion liebst, werde jetzt aktiv, um das Gesetz unseres Landes zu aktivieren, damit es gegen diese illegalen

Treffen und Lehren vorgeht, in welcher Ecke des Landes sie auch sein mögen. Stoppt ihr Wachstum, bevor es zu spät ist. Jetzt oder nie."

Es gibt weitere Facebook-Gruppen wie diese und weitere Warnungen wurden im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2020 ausgegeben, was eine wachsende christenfeindliche Einstellung zeigt.

Kirchliches Leben

- **Es ist schwierig, als Kirche eine Registrierung oder einen Rechtsstatus zu bekommen:** Das Thema Registrierung bleibt für Christen in Bhutan das größte Problem. Ohne offizielle Registrierung sind christliche Gemeinden faktisch illegal. Zwar erklärt die nationale Regierung, dass Christen sich treffen dürfen, ihre Versammlungen werden jedoch zum Teil von Dorfbewohnern gestört oder ihre Legalität wird auf Dorf- oder Bezirksebene infrage gestellt. Christen, die sich in religiösen Angelegenheiten mit den Behörden in Verbindung setzen, werden regelmäßig diskriminiert. Christliche Gemeinschaften, die sich bei der „Kommission für religiöse Angelegenheiten" registrieren lassen wollen, bekommen zumeist keine Antwort. Bis heute wird keine christliche Gemeinschaft im Land offiziell anerkannt. Im Rahmen des „Allgemeinen Periodischen Überprüfungsverfahrens" beim UN-Menschenrechtsrat im September 2019 erklärte die Regierung allerdings: „Religiöse Gruppen haben die Freiheit, ohne Registrierung zu praktizieren." Es ist jedoch noch zu früh, um absehen zu können, ob dies zukünftig tatsächlich zu mehr Freiheit führen wird.
- **Kirchen werden davon abgehalten, Christen buddhistischer Herkunft offen aufzunehmen:** Familie und Verwandte der Konvertiten, zusammen mit der Ortsgemeinschaft und den Behörden, machen es für Konvertiten schwierig, in eine Gemeinde integriert zu werden, und dies kann nicht offen geschehen.
- **Kirchen werden daran gehindert, christliche Materialien zu importieren:** Bibeln und anderes christliches Material können nicht in Bhutan produziert werden. Der Import ist nicht erlaubt, außer er geschieht in kleinen Mengen und nur für den privaten Gebrauch.
- **Es ist für Kirchen und christliche Organisationen riskant, sich gegen Verfolger auszusprechen:** Die bhutanischen Bürger und die Regierung sehen es als ihre Pflicht an, die buddhistische Geschichte und Identität des Landes zu schützen, und aus ihrer Sicht lehnen Christen diese Identität bewusst ab. Daher wird es nicht akzeptiert, sich gegen Verfolgung auszusprechen.

Auftreten von Gewalt

Im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2020 wurden keine gewaltsamen Vorfälle registriert. Die Verfolgung war in Bhutan nie besonders gewalttätig, da die Behörden lieber andere, weniger sichtbare Mittel einsetzen.

7. Verfolgungssituation für Männer und Frauen

Wie Frauen Verfolgung erfahren:

- Verweigerung des Zugangs zu christlichen Materialien
- Beschlagnahmung von Erbschaft und Besitz
- Zwangsscheidung
- Vertreibung aus Wohnung/Wohnhaus
- Sexuelle Gewalt

Bhutan wurde zeitweise als „Insel der Frauenrechte in Asien“ betrachtet, und Männer und Frauen sind gesetzlich gleichberechtigt. Doch trotz der historisch bedingten Ungleichheit der Geschlechter, die Frauen begünstigt (Bhutan ist eine matrimonische Gesellschaft), ist der Frauenanteil im demokratischen System auf Parlamentsebene und in den lokalen Regierungen relativ gering. Dieses widersprüchliche Umfeld setzt Frauen unter großen familiären Druck, ohne dass ihnen viel Unabhängigkeit außerhalb der Familienstruktur ermöglicht würde.

Christinnen, die vom Buddhismus zum christlichen Glauben konvertieren, sind dem größten Risiko der Verfolgung ausgesetzt, typischerweise durch Enteignung und Enterbung durch ihre Familien oder durch Scheidung durch ihre Ehemänner. Eine Scheidung ist in Bhutan relativ einfach zu bewerkstelligen, was die Angst der weiblichen Konvertiten vor dem Verlassenwerden durch die Ehemänner verstärkt. Christinnen, die mit Nichtchristen verheiratet sind, stehen zudem gesellschaftlich unter dem Druck, trotz häuslicher Gewalt bei ihren Männern zu bleiben. Außerdem werden Christinnen, wenn sie mit einem Nichtchristen verheiratet sind und sich nicht von ihrem Glauben distanzieren wollen, oft von ihrem Ehemann bzw. der Familie ihres Mannes unter Druck gesetzt, ihren Glauben zu verlassen, um die Schande einer Scheidung zu vermeiden.

Wie Männer Verfolgung erfahren:

- Verweigerung der Staatsbürgerschaft
- Beschlagnahmung von Erbschaft und Besitz
- Wirtschaftliche Schikane im Berufs-/Geschäftsleben
- Vertreibung aus Wohnung/Wohnhaus
- Körperliche Gewalt

Obwohl Männer und Frauen gesetzlich gleichberechtigt sind, wird in der traditionell matriarchalischen Gesellschaft in der Praxis immer noch die weibliche Linie bevorzugt für Erbschaften und Landbesitz genutzt. In diesem Zusammenhang erleben christliche Männer und Jungen oft Verfolgung durch die Familie, indem sie von ihrer Familie verstoßen und enterbt werden. Andere berichten, dass sie aus der durch Volkszählung ermittelten Einwohnerliste entfernt wurden.

Wenn männliche Christen ihre Arbeit verlieren oder von der traditionellen Landwirtschaft ausgeschlossen werden, ist die gesamte Familie von dem wirtschaftlichen Verlust betroffen.

8. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Neben der christlichen Gemeinschaft wird auch die kleine muslimische Minderheit nicht anerkannt und es gibt keine offiziellen Moscheen in Bhutan. Muslime stehen vor ähnlichen Problemen wie die Christen im Land. Hindus, die der nepalesischen Ethnie angehören, genießen eine gewisse Form der Anerkennung, werden aber als Bürger zweiter Klasse behandelt und daher auch diskriminiert.

9. Der Ausblick für Christen

Religiös motivierter Nationalismus

In einer Situation, in der Bhutan seinen einzigartigen Platz in der Region beweisen muss, wird das Land dies sehr wahrscheinlich dadurch tun, dass es sich auf sein außergewöhnliches religiöses und kulturelles Erbe beruft. Dies gilt auch für die neue Regierung (gewählt im Oktober 2018). Was die

Bürgerrechte betrifft, so deutet die Verurteilung eines Journalisten im August 2018 nicht auf eine offenere Politik hin. Ob die Erklärung der Regierung in Genf im September 2019 bezüglich der Registrierung religiöser Organisationen (siehe „Kirchliches Leben“) eine politisch-strategische Äußerung war oder ob sie tatsächlich eine Veränderung vor Ort darstellt, bleibt abzuwarten.

zurück zur Länderübersicht

Russische Föderation: Platz 46

Zusammenfassung

Viele ethnische Russen aus den Republiken Dagestan, Tschetschenien, Kabardino-Balkarien und Karatschai-Tscherkessien verließen wegen der Kämpfe ihr Zuhause. Die Mitgliederzahlen der Kirchen sanken dementsprechend. Von allen christlichen Gemeinschaften bekommen die russisch-orthodoxen Kirchen die wenigsten Probleme vonseiten der Regierung. Die einheimischen Christen muslimischer Herkunft in den mehrheitlich muslimischen Regionen sind am stärksten von Verfolgung betroffen, durch Familie, Freunde und Gesellschaft. In einigen Gebieten müssen sie ihren Glauben aus Angst, getötet zu werden, geheim halten. Nichtregistrierte Kirchen, die das Evangelium aktiv weitergeben, müssen mit Hindernissen wie Überwachung und Verhören rechnen.

Beispiele aus dem aktuellen Berichtszeitraum

- Die Behörden der von Russland annektierten Krim-Halbinsel haben das Oberhaupt der Orthodoxen Kirche der Ukraine freigelassen, nachdem er dort kurzzeitig festgehalten worden war.
- Vier christliche Männer, die in einem christlichen Rehabilitationszentrum für Drogenabhängige arbeiteten, wurden zu Gefängnisstrafen von fünf bis acht Jahren verurteilt.
- Fünf Missionare, die in Tschetschenien mehrmals festgenommen worden sind, wurden schikaniert und anschließend des Landes verwiesen.

---

1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit 60 Punkten belegt die Russische Föderation im Weltverfolgungsindex 2020 Platz 46.

Mit der gleichen Punktzahl belegte das Land im Vorjahr noch Platz 41. Vor dem Berichtszeitraum 2019 war die Russische Föderation nicht unter den 50 Ländern, in denen Christen am stärksten verfolgt werden, sondern als „Land unter Beobachtung“ gelistet. Der Druck hat in allen Bereichen des Lebens im Durchschnitt nachgelassen. Dies wird im Weltverfolgungsindex 2020 durch einen Anstieg der Verfolgung im Bereich des kirchlichen Lebens und im Bereich „Auftreten von Gewalt“ jedoch ausgeglichen – teilweise aufgrund der vermehrten Kirchenschließungen.

2. Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung

Im Kaukasus ist dies die wichtigste Triebkraft der Verfolgung. In den verschiedenen Republiken in den nördlichen Ausläufern des Kaukasus (Dagestan, Tschetschenien, Inguschetien, Kabardino-Balkarien und Karatschai-Tscherkessien) kämpfen militante Muslime gegen das russische Militär, um ein muslimisches Emirat zu errichten. Viele ethnische Russen haben die Region aufgrund der Gewalt

verlassen. Die Mitgliederzahlen der Kirchen sanken entsprechend. Christen muslimischer Herkunft müssen ihren Glauben aus Angst, getötet zu werden, geheim halten. Auch in Tatarstan (deren Hauptstadt Kasan an der Wolga ist) findet islamische Unterdrückung statt. In dieser Region, etwa 800 Kilometer östlich von Moskau, wächst der Einfluss des Islams.

Diktatorische Paranoia

Die Gesetzgebung in der Russischen Föderation wird ständig angepasst und um weitere Einschränkungen ergänzt. Die Regierung begünstigt weiterhin die Russisch-Orthodoxe Kirche zulasten anderer christlicher Gruppen.

Ethnisch oder traditionell begründete Anfeindungen

In den mehrheitlich muslimischen Gebieten gibt es eine starke Verbindung zwischen Volkszugehörigkeit und Religion. Wer den Islam verlässt, wird nicht nur als Abtrünniger, sondern als Verräter an der Nation gesehen. Dies ist mit Islamischer Unterdrückung verbunden.

Konfessioneller Protektionismus

Die Russisch-Orthodoxe Kirche wird als ursprünglich russisch angesehen; wohingegen der römisch-katholische und besonders der protestantische Glaube als westlich und fremd gelten. Straßenevangelisation von nichtorthodoxen Konfessionen ist nicht willkommen. Besonders nichttraditionelle christliche Gemeinschaften gerieten wegen sogenannten „Schafe Stehlens“ (des Abwerbens von Mitgliedern der orthodoxen Kirche) und „falscher Lehre“ ins Visier der Russisch-Orthodoxen Kirche.

3. Verfolger

Ausgehend von Islamischer Unterdrückung (verbunden mit ethnisch oder traditionell begründeten Anfeindungen)

- **Die eigene (Groß-)Familie:** Diese tritt insbesondere in den muslimisch geprägten Gebieten (Nordkaukasus und an der mittleren Wolga) als Verfolger auf, wobei vor allem Konvertiten zum christlichen Glauben betroffen sind.
- **Anführer ethnischer Gruppen:** Es gibt eine enge Verbindung zwischen Religion und Nationalismus in den muslimisch geprägten Regionen Russlands; die Annahme des christlichen Glaubens wird ernsthaft bekämpft.
- **Nichtchristliche religiöse Leiter:** Muslimische Geistliche gehen gegen die Hinwendung zum christlichen Glauben vor.

Ausgehend von Diktatorischer Paranoia

- **Regierungsbeamte:** Staatliche Vertreter auf verschiedenen Ebenen überwachen bestimmte christliche Gruppen und erlegen Restriktionen auf. Die Gesetzgebung in der Russischen Föderation wird ständig angepasst und um weitere Einschränkungen ergänzt.
- **Gewöhnliche Bürger:** Ortsgemeinschaften in ganz Russland begegnen offen evangelistischen Aktivitäten protestantischer Christen mit Widerstand.
- **Politische Parteien:** Obwohl die Russische Föderation ein (gewähltes) Parlament hat, wird sie völlig von der Partei Einiges Russland von Präsident Putin beherrscht. Ihre Vertreter verschärfen die existierenden Gesetze und ergänzen diese um neue Restriktionen.

Ausgehend von Konfessionellem Protektionismus

- **Christliche Leiter:** Die Russisch-Orthodoxe Kirche hat eine negative Einstellung gegenüber anderen Denominationen und beschuldigt sie des „Schafe Stehlens". Jedoch hat sie nicht den Status einer Staatskirche.
- **Gewöhnliche Bürger:** Bisweilen ermutigen orthodoxe Priester die Bürger, gegen Protestanten vorzugehen.
- **Die eigene (Groß-)Familie:** Russisch-orthodoxe Christen begegnen einer Hinwendung zum protestantischen Glauben mit Widerstand.
- **Politische Parteien:** Die Russisch-Orthodoxe Kirche hat eine bevorzugte Stellung bei den Politikern in der Russischen Föderation.

4. Regionale Brennpunkte der Verfolgung

Während Christenverfolgung landesweit nicht besonders stark ist (und nur durch Einschränkungen der Regierung verursacht wird), sieht die Situation im nördlichen Kaukasus anders aus. Dort befindet sich eine Hochburg des konservativen Islam (Wahhabismus). Der Druck auf Christen ist hier sehr hoch, besonders in den Regionen Tschetschenien und Dagestan. Infolgedessen haben fast alle russischen Christen diese Gebiete verlassen. Christen muslimischer Herkunft stehen unter einem so enormen Druck, ihren christlichen Glauben zu widerrufen, dass die meisten ihren neuen Glauben verstecken müssen. Einige waren gezwungen zu fliehen oder Schutz in sogenannten Zufluchtshäusern zu suchen.

5. Betroffene Christen

Christen aus traditionellen Kirchen

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion 1991 verlor das Land seinen atheistischen Eifer und Christen wurden nicht mehr so massiv verfolgt. Häftlinge, die aufgrund ihres Glaubens im Gefängnis waren, wurden entlassen und die meisten Gemeinden, die traditionellen christlichen Kirchen angehören, konnten mehr oder weniger frei agieren. Das hatte ein Aufleben des christlichen Glaubens in Russland zur Folge, wobei der Staat die Russisch-Orthodoxe Kirche bevorzugte. Andere christliche Denominationen erfahren größere Schwierigkeiten. Beispielsweise erfordert es im Vergleich mehr Energie, Mittel und Zeit, eine protestantische Kirche zu registrieren, da Christen durch den Geheimdienst auf mögliche Kontakte zum Westen überprüft werden. Wenn Beziehungen zum Westen entdeckt werden, kann der Registrierungsantrag einer protestantischen Kirche durchaus abgelehnt werden.

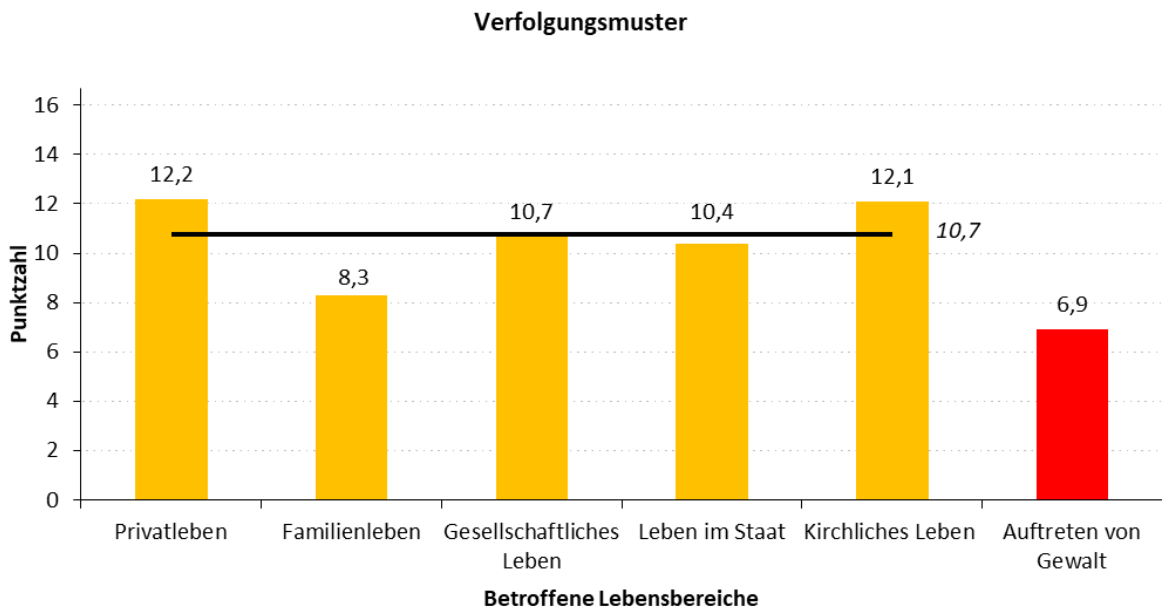
Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

Christen muslimischer Herkunft werden von Muslimen im Kaukasus am meisten unterdrückt. In dieser Gegend sind alle Christen mit Gewalt und Druck konfrontiert, doch ehemalige Muslime tragen die Hauptlast. Christen muslimischer Herkunft aus Tschetschenien oder Dagestan beispielsweise werden als Verräter der nationalen Identität betrachtet. Der christliche Glaube wird mit den russischen Besetzern verbunden, die in dem Guerilla-Krieg bekämpft werden, der nun schon Jahrzehnte anhält. In den vergangenen Jahren mussten Dutzende Christen muslimischer Herkunft ihre Häuser verlassen und in sogenannten Zufluchtshäusern unterkommen. Es gestaltet sich sehr schwierig für sie, nach Hause zurückzukehren.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Nicht-traditionelle christliche Gruppierungen gerieten häufig wegen des Abwerbens von Mitgliedern ins Visier der Russisch-Orthodoxen Kirche. Jene betrachtet protestantische Gemeinschaften oft als Sekten, die falsche Lehren verbreiten. Der Staat sieht diese Gruppen als nichtrussische, westliche Spione an. In muslimischen Gegenden werden Christen häufig Ziel von Anfeindungen, da sie verdächtigt werden, das Evangelium aktiv weiterzugeben.

6. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Russische Föderation

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Der durchschnittliche Druck auf Christen ist sehr hoch, sank jedoch von 10,8 Punkten im Weltverfolgungsindex 2019 auf 10,7 Punkte im Weltverfolgungsindex 2020. Der geringfügige Rückgang betrifft alle Lebensbereiche außer den Bereich des kirchlichen Lebens. Dies weist darauf hin, dass der Druck durch Diktatorische Paranoia in der Russischen Föderation gestiegen ist, während der Druck durch Islamische Unterdrückung leicht gesunken ist.
- Der Lebensbereich mit dem größten Druck ist das Privatleben, was den sehr hohen Druck auf Christen muslimischer Herkunft widerspiegelt, der durch ihr muslimisches Umfeld ausgeübt wird. Dicht dahinter folgt die Punktzahl im kirchlichen Leben, die den Druck durch den Staat wiedergibt.
- Die Wertung für das Auftreten von Gewalt hat nun die Kategorie „sehr hoch“ erreicht, nachdem sie von 5,7 Punkten im Weltverfolgungsindex 2019 auf 6,9 Punkte im Weltverfolgungsindex 2020 gestiegen ist. Zwar wurden im aktuellen Berichtszeitraum keine Christen getötet, die Anzahl von Kirchenschließungen ist jedoch sprunghaft angestiegen. Abgesehen davon wurden mehr Christen festgenommen und verurteilt.

Zu jedem der Lebensbereiche sind im Folgenden jeweils ausgewählte Teilaspekte genannt, die im betreffenden Lebensbereich für die Christen zu den gravierendsten Schwierigkeiten gehören.

Privatleben

- **Es ist gefährlich, christliches Material zu besitzen oder aufzubewahren:** Im Nordkaukasus, und in geringerem Ausmaß auch im Bereich um den Mittellauf der Wolga, setzen Christen muslimischer Herkunft alles daran, dass kein christliches Material von ihrer Familie oder Gemeinschaft entdeckt wird. Der Besitz christlicher Materialien wird als klarer Beweis eines Glaubenswechsels gesehen. Die Gesetzgebung schreibt Beschränkungen für religiöses Material vor – so können Christen wegen des Besitzes von christlichem Material, das nicht den staatlichen Kriterien entspricht, zu einer Geldstrafe verurteilt werden. Bestimmten nichtregistrierten Gruppen (wie den Zeugen Jehovas) ist es verboten, religiöses Material zu besitzen.
- **Es ist gefährlich für Christen, ihrem Glauben in schriftlicher Form persönlich Ausdruck zu geben:** Im Nordkaukasus, und in geringerem Ausmaß auch im Bereich um den Mittellauf der Wolga, vermeiden es Christen muslimischer Herkunft aus Angst vor den Konsequenzen, ihren neuen Glauben zu zeigen. Aus diesem Grund leben viele Christen verdeckt. Auch protestantische Christen zögern, ihren Glauben in diesen Regionen zu zeigen. Die Religionsgesetze erlauben es nicht, Informationen über kirchliche und Glaubensthemen auf sozialen Netzwerken zu veröffentlichen. Christen aus registrierten Kirchen in Russland teilen ihren Glauben offen, obwohl der Zugang zu ihren Webseiten auf eine Gruppe von Freunden beschränkt ist. Christen aus nicht registrierten Kirchen neigen jedoch dazu, Facebook nicht zu nutzen, vor allem, weil sie befürchten, wegen illegaler missionarischer Aktivitäten angeklagt zu werden.
- **Eine Hinwendung zum christlichen Glauben wird abgelehnt, verboten oder bestraft:** Ein Glaubenswechsel wird vom muslimischen sozialen Umfeld (Familie, Freunde, lokale Imame) im Nordkaukasus stark und in der mittleren Wolga-Region (Tatarstan und Baschkortostan) etwas weniger stark abgelehnt. Es gibt kein durch den Staat errichtetes Hindernis, den Glauben zu wechseln – die Gesetzgebung ist säkular. Im europäischen Teil der Russischen Föderation wird ein Glaubenswechsel hin zum katholischen und anderen nicht russisch-orthodoxen Konfessionen von der Russisch-Orthodoxen Kirche und den (örtlichen) Behörden, die diese unterstützen, abgelehnt. In kaukasischen, sibirischen und fernöstlichen Teilen wird eine Hinwendung zu protestantischen, katholischen und anderen nicht russisch-orthodoxen Konfessionen von den örtlichen islamischen oder buddhistischen Leitern oder der Russisch-Orthodoxen Kirche und den (örtlichen) Behörden bekämpft, die die mehrheitliche Religion vor Ort unterstützen. Im Allgemeinen wird die Aufteilung gemäß der Grundsätze „Alle Russen sind russisch-orthodox“ und „Alle Einheimischen sind Muslime oder Buddhisten“ von allen örtlichen säkularen Behörden und religiösen Leitern respektiert.
- **Es ist ein Risiko für Christen, über ihren Glauben mit anderen als mit ihren engsten Familienangehörigen zu sprechen:** Im Nordkaukasus, und in geringerem Ausmaß auch im Bereich um den Mittellauf der Wolga, zwingt der Druck durch Familie, Freunde und das soziale Umfeld Christen muslimischer Herkunft dazu, ihren Glauben unerkannt zu leben. Die Hürde ist noch größer, Fremden den neuen Glauben zu zeigen, als der eigenen Familie. Dies würde die Familie unweigerlich beschämen. Protestantische Christen achten sorgfältig darauf, in diesen Regionen nicht über ihren Glauben zu reden, da dies automatisch als eine Form der

Evangelisation betrachtet wird. Allgemein erregen Menschen, die in Russland über ihren Glauben diskutieren, unerwünschte Aufmerksamkeit. Der Staat verhindert dies nicht.

Familienleben

- **Christen wird eine christliche Hochzeit verweigert:** Für Christen muslimischer Herkunft aus dem Nordkaukasus, und in geringerem Ausmaß auch im Bereich um den Mittellauf der Wolga, ist das ein Problem. Muslimische Familien tolerieren keinerlei christlichen Einfluss. Einheimische Muslime erlauben auch keine öffentlichen christlichen Feiern, die von protestantischen Christen veranstaltet werden. Hochzeiten im Kreise der Familie werden meist nicht gestört.
- **Christliche Taufen werden be- oder verhindert:** Im Nordkaukasus, und in geringerem Ausmaß auch im Bereich um den Mittellauf der Wolga, werden Taufen als „endgültiger Abschied“ vom Glauben der Väter betrachtet – als endgültiges Symbol der Bekehrung. Die Familie, Freunde und das soziale Umfeld lehnen sie erbittert ab. Der Staat verbietet Taufen nicht, doch wenn eine nicht registrierte Gruppe eine Taufe zu öffentlich feiert, muss sie mit Überwachung und möglichen Störungen rechnen.
- **Eltern werden daran gehindert, ihre Kinder gemäß ihrem christlichen Glauben aufzuziehen:** Im Nordkaukasus, und in geringerem Ausmaß auch im Bereich um den Mittellauf der Wolga, werden Kinder von Christen muslimischer Herkunft ihren Eltern zeitweise und manchmal dauerhaft von der erweiterten Familie weggenommen. Offiziell ist Russland jedoch ein säkulares Land und hindert Christen nicht daran, ihre Kinder nach ihrem Glauben zu erziehen.
- **Wegen des christlichen Glaubens ihrer Eltern werden Kinder diskriminiert oder schikaniert:** Wenn die Kinder von Christen muslimischer Herkunft im Nordkaukasus und im Bereich um den Mittellauf der Wolga bleiben, werden sie von der eigenen Familie, Freunden und Nachbarn schlecht behandelt. Sie müssen normalerweise einen Prozess der „Umerziehung“ durch die erweiterte Verwandtschaft durchlaufen, damit sie den „richtigen“ Weg, ein Muslim zu sein, kennenlernen. Kinder von protestantischen Christen können schikaniert oder aus ihrem sozialen Umfeld ausgeschlossen werden.

Gesellschaftliches Leben

- **Christen stehen durch ihr soziales oder privates Umfeld unter Beobachtung:** Christen muslimischer Herkunft und protestantische Christen werden im Nordkaukasus, und in geringerem Ausmaß auch im Bereich um den Mittellauf der Wolga, permanent durch ihr muslimisches Umfeld beobachtet. Nach dem Jarowaja-Gesetz ist es die Pflicht jedes russischen Bürgers, die Polizei über jedes religiöse Treffen, jeden Fall von Missionierung usw. zu informieren. Telefon- und Internetanbieter sind verpflichtet, Aufzeichnungen über Inhalte von Gesprächen und Nachrichten vorzuhalten und sie bei Bedarf der Polizei zur Verfügung zu stellen. Dieser gesetzlichen Forderung nicht nachzukommen ist eine Straftat.
- **Christen wurden wegen ihres Glaubens verhört oder dazu gezwungen, sich bei der Polizei zu melden:** Im Nordkaukasus, und in geringerem Ausmaß auch im Bereich um den Mittellauf der Wolga, stehen Christen unter permanenter Bobachtung durch ihr muslimisches Umfeld. Nachdem das Jarowaja-Gesetz verabschiedet wurde, wurden hunderte Christen verhört. Die meisten von ihnen waren protestantische Christen. Wenn Gemeindemitglieder illegaler missionarischer Aktivitäten bezichtigt werden, können ihre Gemeindepastoren verhört und zu einer Geldstrafe verurteilt werden.

- **Christen werden wegen ihres Glaubens belästigt, bedroht oder im Alltagsleben gestört.** Christen muslimischer Herkunft werden im Nordkaukasus, und in geringerem Ausmaß auch im Bereich um den Mittellauf der Wolga, durch ihre muslimischen Familien, Freunde, ihr Umfeld und ansässige Imame schikaniert und bedroht. Protestantische Christen, die ihren Glauben öffentlich ausleben und dazu das Evangelium weitergeben, werden ebenso von ihrem muslimischen Umfeld schikaniert. Nichtregistrierte protestantische Christen stehen in der Gefahr, vom Staat eingeschüchtert zu werden. Außerdem übt das orthodoxe Umfeld zusätzlichen Druck aus. Für sie sind alle nichtorthodoxen russischen Christen Verräter ihrer Kultur und Identität.
- **Christen werden aufgrund ihres Glaubens zu Geldstrafen verurteilt:** Diese werden in der Regel durch den Staat verhängt. Lokale Behörden in ganz Russland können Gemeinden mit Strafen belegen, wenn diese ohne offizielle Genehmigung betrieben werden. Nach Verabschiedung des Jarowaja-Gesetzes wurden hunderte Christen verhört und zu hohen Geldstrafen verurteilt. Die meisten von ihnen waren protestantische Christen. Gründe für die Verurteilungen: illegale missionarische Aktivitäten, wie z.B. das Einladen zum Gottesdienst, der Besitz von christlicher Literatur (wenn keine vollständigen Angaben des Verlags vorliegen) und das Abhalten illegaler religiöser Treffen, wie Gebetstreffen oder Bibelunterricht.

Leben im Staat

- **Die Verfassung oder eine vergleichbare nationale Gesetzgebung schränkt die Religionsfreiheit gemäß Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte ein:** Die Verfassung garantiert Religionsfreiheit, gleiche Rechte unabhängig von der religiösen Überzeugung, sowie das Recht, seine Religion auszuüben und zu bekennen. Das Gesetz erklärt, dass Regierungsbeamte die Aktivitäten einer religiösen Vereinigung verbieten können, wenn diese die öffentliche Ordnung verletzt oder an „extremistischen Aktivitäten“ beteiligt ist. Das Gesetz bezeichnet das Christentum, den Islam, das Judentum und den Buddhismus als die vier „traditionellen“ Religionen des Landes und erkennt die besondere Rolle der Russisch-Orthodoxen Kirche an. Es unterscheidet zwischen „religiösen Gruppen“, welche zwar das Recht haben Gottesdienste abzuhalten, aber einige andere Aktivitäten nicht durchführen dürfen, und zwei Kategorien von „religiösen Organisationen“, die durch die Registrierung bei der Regierung einen legalen Status erlangen, der ihnen die Erfüllung verschiedener religiöser und ziviler Funktionen gewährt. Die Umsetzung des Jarowaja-Gesetzes untergräbt die Grundsätze der in der Verfassung verankerten Religionsfreiheit vollständig. Der Islam hat keinen Einfluss auf die russische Gesetzgebung.
- **Christen werden in der Bewegungsfreiheit stark eingeschränkt:** Mit den Visa-Regelungen hat die Regierung die Möglichkeiten für nicht-russische Bürger, religiöse Aktivitäten auszuüben, zunehmend eingeschränkt. Mit einem Missions- oder humanitären Visum dürfen keine religiösen Dienste mehr getan werden. Diejenigen, die religiöse Dienste leisten möchten, benötigen nun sowohl einen Vertrag mit einer gesetzlich registrierten religiösen Organisation als auch ein Arbeitsvisum (wie dem US-amerikanischen Bericht zur internationalen Religionsfreiheit vom Jahr 2017 entnommen werden kann). Russische Christen können innerhalb Russlands und im Ausland frei reisen. Die muslimische Bevölkerung schränkt die Bewegungsfreiheit der Konvertiten auf ihren lokalen Rahmen begrenzt ein.
- **Im Umgang mit den Behörden werden Christen oft diskriminiert:** Protestantische Christen wurden schon vor Inkrafttreten des Jarowaja-Gesetzes benachteiligt; nun, da dieses Gesetz umgesetzt wird, ist die Diskriminierung ausgeprägter geworden. Die Regierung weist der

Russisch-Orthodoxen Kirche eine bevorzugte Stellung zu. Protestantische Kirchengemeinden werden als Sekten angesehen und dementsprechend anders behandelt.

- **Christen erleben Einschränkungen in der öffentlichen Meinungsäußerung:** Seit dem Inkrafttreten des Jarowaja-Gesetzes wird Christen davon abgeraten, ihre Ansichten oder Meinungen in der Öffentlichkeit oder in sozialen Netzwerken zum Ausdruck zu bringen. Sie können dafür zu einer Geldstrafe verurteilt werden. Ohne schriftliche Genehmigung über Gott zu sprechen, kann mit Bußgeldern oder Haft bestraft werden. Christen muslimischer Herkunft und protestantische Christen haben im Nordkaukasus, und in geringerem Ausmaß auch im Bereich um den Mittellauf der Wolga, mit Problemen zu rechnen, wenn sie ihre Ansichten und ihren Glauben in der Öffentlichkeit zum Ausdruck zu bringen. Auf Landesebene hat der Islam jedoch keinen Einfluss.

Kirchliches Leben

- **Kirchliche Aktivitäten werden überwacht, behindert, gestört oder verhindert:** Seit dem Inkrafttreten des Jarowaja-Gesetzes zur Bekämpfung des Terrorismus wurden nichtorthodoxe Kirchen häufiger unter Beobachtung gestellt. Bei zahlreichen Treffen wurden Razzien durchgeführt. Christliche Leiter mussten Bußgelder zahlen. Aus Angst vor Vergeltung durch das muslimische Umfeld vermeiden Christen muslimischer Herkunft im Nordkaukasus den Besuch von Gottesdiensten.
- **Kirchen, christliche Organisationen oder Einrichtungen werden daran gehindert, ihre Überzeugungen in den Medien zu teilen:** Der Zugang von protestantischen und evangelikalen Kirchen zu lokalen oder nationalen Radio- und TV-Stationen wird verhindert. Laut Gesetz ist es im Internet verboten, das Evangelium weiterzugeben. Seit dem Inkrafttreten des Jarowaja-Gesetzes ist es Christen und christlichen Organisationen verboten, ihren Glauben mit Nichtchristen zu teilen.
- **Kirchen oder christliche Organisationen werden daran gehindert, christliche Materialien zu drucken oder Druckmaschinen zu besitzen:** Seit dem Inkrafttreten des Jarowaja-Gesetzes müssen Verlage alle Informationen über die Organisation angeben, die christliche Materialien druckt. Wenn diese Informationen nicht vollständig zur Verfügung gestellt werden, können christliche Materialien beschlagnahmt und vernichtet, sowie Pastoren und Christen dazu aufgefordert werden, Bußgelder zu zahlen. Diese Einschränkung gilt auch für christliche Materialien, die vor der Verabschiedung des Jarowaja-Gesetzes veröffentlicht und gedruckt wurden. Häufig ist dies sehr schwierig, da Materialien solcher Art ohne diese Informationen verteilt wurden. Die Besitzer solcher Materialien müssen damit rechnen, Bußgelder zu zahlen, wenn diese entdeckt werden. Im Nordkaukasus, und in geringerem Ausmaß auch im Bereich um den Mittellauf der Wolga, verbieten Muslime das Drucken christlicher Materialien.
- **Kirchen werden daran gehindert, christliche Materialien zu importieren:** Der Import religiöser Literatur aus dem Ausland setzt den Kontakt zu (religiösen) Organisationen im Ausland voraus. Alle Einrichtungen, die (nicht geschäftliche) Beziehungen zu ausländischen Organisationen unterhalten, werden von der Regierung als ausländische Akteure bezeichnet. Offiziell ist es nicht verboten, religiöse Literatur aus dem Ausland zu importieren, aber in der Praxis erweist es sich als Problem. Im Nordkaukasus, und in geringerem Ausmaß auch im Bereich um den Mittellauf der Wolga, lehnen die muslimischen Leiter jegliche eingeführten christlichen Materialien ab (insbesondere, wenn sie in ihrer eigenen Sprache vorliegen). Für sie hat das Material einen evangelistischen Zweck.

Auftreten von Gewalt

- Fünf Missionare wurden während des aktuellen Berichtszeitraums schikaniert und anschließend des Landes verwiesen.
- Mindestens 14 Christen wurden festgenommen. Darunter sind vier christliche Männer, die in einem christlichen Rehabilitationszentrum für Drogenabhängige arbeiteten und zu Gefängnisstrafen von fünf bis acht Jahren verurteilt wurden.
- Mindestens zehn Kirchen wurden angegriffen und/oder gewaltsam geschlossen.

7. Verfolgungssituation für Männer und Frauen

Wie Frauen Verfolgung erfahren:

- Entführung
- Ausschluss aus der Gemeinschaft
- Beschlagnahme von Erbschaft und Besitz
- Wirtschaftliche Schikane im Berufs-/Geschäftsleben
- Zwangsscheidung
- Zwangsverheiratung
- (Haus-)Arrest durch die Familie
- Verhaftung durch die Behörden
- Körperliche Gewalt
- Psychische Gewalt
- Sexuelle Gewalt
- Verbale Gewalt

Die verwundbarsten christlichen Frauen in Russland sind Christinnen muslimischer Herkunft. In den muslimischen Regionen Russlands basiert der Alltag auf der islamischen Kultur, die Frauen einen untergeordneten Status zuweist. Von Frauen wird erwartet, dass sie sich ihren Eltern und, wenn sie verheiratet sind, ihren Ehemännern vollständig unterordnen. Dadurch sind sie verwundbarer für Verfolgung in Form von verbaler und körperlicher Gewalt, Anschuldigungen, Schlägen, Hausarrest, Ablehnung, Verlust des Erbrechts, Drohungen und dem Verlust von Arbeitsplätzen. Aus diesem Grund kann eine Frau ihre eigene Religion nicht frei wählen und wird verfolgt, wenn sie den christlichen Glauben annimmt. Junge Frauen, die von finanzieller Unterstützung abhängig sind, können von ihren Eltern zurückgehalten werden. Körperliche Gewalt und Vergewaltigungen können vorkommen – Frauen reden jedoch nicht darüber, nicht einmal mit ihren engsten Familienangehörigen. Weil dies als Schande angesehen wird, finden sie dort keine Unterstützung. Eine verheiratete Christin kann von ihrem Mann geschlagen werden; er kann sich wegen ihres Glaubens von ihr scheiden lassen. Laut Gesetz haben Männer und Frauen die gleichen Rechte; die Gesetze, die häusliche Gewalt betreffen, sind für Frauen jedoch zum Nachteil.

Im Nordkaukasus, und in geringerem Ausmaß auch im Bereich um den Mittellauf der Wolga, leben Christinnen muslimischer Herkunft in der Gefahr, entführt und mit einem Muslim verheiratet zu werden. Häufig wurden voreheliche Vereinbarungen getroffen, bevor ein Glaubenswechsel stattfand. In diesen Fällen sind Frauen auf folgende zwei Arten isoliert: Auf der einen Seite durch ihren nicht-christlichen Partner, der ihren neuen Glauben nicht teilt; auf der anderen Seite durch die örtliche

Russisch-Orthodoxe Kirchengemeinde, die für gewöhnlich diejenigen exkommunizieren, die einen Nicht-Christen heiraten. Dieser soziale Druck kann die Zukunft betroffener Christinnen erschüttern.

Wie Männer Verfolgung erfahren:

- Entführung
- Verweigerung des Zugangs zu christlicher Literatur
- Verweigerung gemeinschaftlich genutzter Ressourcen
- Beschlagnahme von Erbschaft und Besitz
- Diskriminierung/Schikane im Bildungsbereich
- Wirtschaftliche Schikanierung durch Geldstrafen
- Wirtschaftliche Schikane im Berufs-/Geschäftsleben
- Körperliche Gewalt
- Psychische Gewalt
- Verbale Gewalt

Die vielschichtigen Formen der Christenverfolgung in Russland betreffen vor allem Christen mit muslimischem Hintergrund in den überwiegend muslimischen Regionen.

Männer werden als Familienoberhaupt betrachtet und sind in der Regel die Hauptversorger. Wenn ein Christ auf Grund seines Glaubens seinen Arbeitsplatz verliert (weil er zu einer Geld- oder Haftstrafe verurteilt wird), leidet die ganze Familie. Unternehmen haben vereinzelt mit Problemen zu kämpfen, wenn ihre Eigentümer Christen sind. Beeinträchtigungen durch Kontrollen der Feuerwehr, Gesundheitsbehörde etc. sind nicht ungewöhnlich.

Die in diesem Kontext meist männlichen Kirchenleiter sind häufig Ziel von Drohungen, verbaler und körperlicher Gewalt, Ablehnung und Arbeitslosigkeit. Wenn diese Kirchenleiter auf irgendeine Weise verfolgt werden, hat dies oft eine negative Auswirkung auf die Kirche und verbreitet Angst unter den Kirchenmitgliedern.

Aufgrund des wachsenden Patriotismus in Russland (der zum Teil auf dem Militarismus und der Erinnerung an den „Großen Vaterländischen Krieg“ aufbaut – das ist die russische Bezeichnung für den Zweiten Weltkrieg) wird es für junge Männer immer populärer, in der Armee zu dienen. Christen, die sich anstelle des Militärdienstes für einen Zivildienst entscheiden, riskieren es, diskriminiert zu werden.

8. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Die Verfassung garantiert Religionsfreiheit, gleiche Rechte unabhängig von der religiösen Überzeugung, sowie das Recht seine Religion auszuüben und zu bekennen. Das Gesetz erklärt, dass Regierungsbeamte die Aktivitäten einer religiösen Vereinigung verbieten können, wenn diese die öffentliche Ordnung verletzt oder an „extremistischen Aktivitäten“ beteiligt ist. Der Oberste Gerichtshof entschied, die Aktivitäten der Zeugen Jehovas als „extremistisch“ zu kriminalisieren, wodurch er ihre Aktivitäten und Schriften faktisch verbot, und ordnete die Auflösung ihres Hauptsitzes an. Die Behörden setzen ihre Praxis fort, Menschen, die kleineren religiösen Gruppen oder Organisationen angehören, wegen angeblichem „Extremismus“ zu verhaften und mit Geldstrafen zu belegen.

Beispiele:

- Der Oberste Gerichtshof der von der Russischen Föderation annektierten Krim verurteilte den 49-jährigen Muslim Renat Suleimanov zu vier Jahren Haft. Er saß zuvor mehr als 15 Monate in Untersuchungshaft, nachdem er im Oktober 2017 durch den russischen Geheimdienst FSB verhaftet worden war. Er wurde aufgrund von Vorwürfen extremistischen Verhaltens und angeblicher Leitung der muslimischen Missionsbewegung „Tabligh Jamaat“, die durch die Russische Föderation verboten wurde, bestraft. Er wies alle Vorwürfe extremistischen Verhaltens zurück.
- Der dänische Staatsbürger Dennis Ole Christensen ist der erste Zeuge Jehovas, der in der Russischen Föderation seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion zu Freiheitsentzug verurteilt wurde, weil er sein Recht auf Religions- und Glaubensfreiheit in Anspruch nahm. Am 6. Februar 2019 erklärte Richter Aleksej Rudnev vom Railway-Bezirksgericht in der Stadt Oryol (südlich von Moskau) Christensen nach einem fast zwölfmonatigen Prozess für schuldig, da er laut Strafgesetzbuch Artikel 282.2, Paragraph 1 „Aktivitäten einer verbotenen extremistischen Organisation organisiert habe“. Der Richter verhängte eine Haftstrafe von sechs Jahren in einem Arbeitslager des Regimes.
- Im Mai 2019 demolierten von Behörden zur Verfügung gestellte Bulldozer eine auf privatem Ackerland errichtete Moschee in der Nähe der Stadt Tschernjakhovs (Oblast Kaliningrad). Sie behaupteten, die Moschee und drei weitere Gebäude auf dem Gelände verstießen gegen die Bauvorschriften.

9. Der Ausblick für Christen

Islamische Unterdrückung

Es besteht die Gefahr, dass sich die Aktivitäten militanter Islamisten in Tschetschenien und Dagestan, den Republiken des nördlichen Kaukasus, fortsetzen.

Diktatorische Paranoia

Da es keinen Regierungswechsel geben wird, kann das, was in den vergangenen fünf Jahren geschehen ist, als Richtschnur dafür betrachtet werden, was in Zukunft erwartet werden kann: nämlich weitere gesetzliche Restriktionen und ein wachsender Nationalismus.

Konfessioneller Protektionismus

Die Russisch-Orthodoxe Kirche hat unter der gegenwärtigen Gesetzgebung eine bevorzugte Stellung inne. Die jüngsten Auseinandersetzungen zwischen dem Moskauer Patriarchat und dem Patriarchat von Konstantinopel über die Autorität über die orthodoxe Kirche in der Ukraine scheinen die Russisch-Orthodoxe Kirche noch näher zur Regierung von Präsident Putin zu treiben. Die Abneigung gegen alle nichtorthodoxen religiösen Aktivitäten in der Russischen Föderation wird wahrscheinlich zunehmen.

zurück zur Länderübersicht

Vereinigte Arabische Emirate: Platz 47

Zusammenfassung

Auch wenn ausländische Christen und Arbeitsmigranten frei in der privaten Ausübung ihres Glaubens sind, erlaubt die Regierung ihnen nicht, zu evangelisieren oder in der Öffentlichkeit zu beten. Weil die Gesellschaft konservativ ist, sind Christen vorsichtig darin, was sie in der Öffentlichkeit sagen und tun. Christen muslimischer Herkunft tragen die Hauptlast der Verfolgung, da sie sowohl von Familienmitgliedern als auch vom weiteren sozialen Umfeld unter Druck gesetzt werden, ihrem christlichen Glauben abzuschwören. Ausländische Muslime, die zum christlichen Glauben konvertieren, sind einem ähnlichen Druck ausgesetzt wie in ihren Heimatländern, da sie häufig in ihren eigenen nationalen oder ethnischen Gemeinschaften leben. Wegen der potenziell schwerwiegenden Folgen ist es für die Konvertiten fast unmöglich, ihren Glaubenswechsel zu offenbaren, weshalb es kaum Berichte gibt, dass Christen wegen ihres Glaubens getötet oder geschädigt wurden.

Beispiele aus dem aktuellen Berichtszeitraum

- Christen muslimischer Herkunft, sowohl einheimische als auch ausländische Arbeiter, erleben hohen Druck vonseiten ihrer (Groß-)Familien, Arbeitgeber und der Gesellschaft. Wenn ihr Glaubenswechsel bekannt wird, drohen ihnen der Verlust des Erbes und der elterlichen Rechte, die Zwangsheirat, der Verlust des Arbeitsplatzes oder der Druck, „umsonst“ zu arbeiten. Daher suchen viele von ihnen Asyl in anderen Ländern.
- Christliche Arbeitsmigranten, insbesondere diejenigen, die als Hausangestellte in emiratischen Haushalten arbeiten, blieben anfällig für (sexuellen) Missbrauch. Obwohl Rassismus eine noch größere Rolle spielt, ist es wahrscheinlich, dass ihr christlicher Glaube ihre Verwundbarkeit noch verstärkt.

---

1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 60 Punkten belegen die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) Platz 47 auf dem Weltverfolgungsindex 2020. Der Wert stieg gegenüber dem vorherigen Berichtszeitraum, als die VAE mit 58 Punkten im Weltverfolgungsindex 2019 Rang 45 belegten, um 2 Punkte an. Der durchschnittliche Druck auf Christen ist sehr hoch (11,8 Punkte). Das bedeutet im Vergleich zum Vorjahr (11,3) einen Anstieg um 0,5 Punkte. Der Hauptgrund für diesen Anstieg ist ein höherer Druck auf die Konvertiten emiratischer Herkunft.

2. Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung / Ethnisch begründete Anfeindungen

Der Islam beherrscht das private und öffentliche Leben genauso wie den politischen Diskurs in den sieben Emiraten. Folglich werden alle Bürger als Muslime gesehen. Das Gesetz erkennt einen Glaubenswechsel vom Islam zum christlichen Glauben nicht an und offiziell ist die gesetzliche Strafe dafür der Tod. Christen muslimischer Herkunft sehen sich manchmal dazu genötigt, sich wie Muslime zu verhalten und ihren Glauben zu verbergen. Auch wenn es keine Berichte gibt, dass die Todesstrafe gegen christliche Konvertiten je vollzogen wurde, ist allein die Existenz des Gesetzes eine wirkungsvolle Methode der Abschreckung.

Die Stammeskultur ist stark mit dem Islam vermischt und so wird das Verlassen des Islam als Verrat an der Familie verstanden. Im Allgemeinen üben Familien starken sozialen Druck auf ehemalige Muslime aus, damit sie zum Islam zurückkehren, die Region verlassen oder ihren neuen Glauben geheim halten. Außerdem betrachten einige ethnische Araber ausländische Christen als eine Bedrohung für ihre Religion, Kultur und Sprache.

Das Ausmaß der Verfolgung ist für Christen muslimischer Herkunft unterschiedlich. Diejenigen emiratischer Herkunft stehen unter dem höchstem Druck. Für Konvertiten aus dem Islam mit anderen Hintergründen (z.B. aus Pakistan, Indonesien, dem Sudan, Mali sowie aus anderen asiatischen, afrikanischen oder arabischen Ländern) hängt viel von der Reaktion innerhalb der sie umgebenden Gemeinschaft in den VAE ab. Solange sie keine Unruhe stiften, haben sie von der emiratischen Regierung wenig zu befürchten, obwohl ihre emiratischen Arbeitgeber sich dazu entschließen könnten, ihren Arbeitsvertrag zu beenden, was zu einer Abschiebung führen könnte, wenn sie keine andere Arbeit finden. Innerhalb dieser ausländischen Gemeinschaften hängen die Folgen für die Konvertiten mehr von den kulturellen Normen des Heimatlandes als von den kulturellen Praktiken der VAE ab. Für Ausländer ist die Hinwendung zum christlichen Glauben manchmal leichter als in ihrem Heimatland, weil Familie und Verwandte oft weit entfernt sind und der soziale Druck weniger stark ist.

Diktatorische Paranoia

Die Vereinigten Arabischen Emirate sind keine Demokratie. Das Land wird von einer Dynastie regiert, die verschiedene grundlegende Menschenrechte nicht anerkennt. Die Machthaber üben Druck auf die Gesellschaft aus und lassen keine abweichende Meinung zu. Da sich die Triebkräfte Islamische Unterdrückung und Diktatorische Paranoia zu einem gewissen Grad überschneiden, weist das Regime auch Merkmale Islamischer Unterdrückung auf, indem es die Rechte von Christen gegenüber Muslimen einschränkt, insbesondere was das kirchliche Leben angeht.

3. Verfolger

Ausgehend von Islamischer Unterdrückung (verbunden mit ethnisch oder traditionell begründeten Anfeindungen)

- **Die eigene (Groß-)Familie:** Obwohl sie eindeutig mit Fragen der Familienehre vermischt sind, sind stark vertretene islamische Überzeugungen ein wichtiger Grund für Familien, Mitglieder, die den christlichen Glauben annehmen, ins Visier zu nehmen. Der Glaubenswechsel vom Islam zum christlichen Glauben ist gesellschaftlich völlig inakzeptabel. Wer als Muslim dennoch den christlichen Glauben annimmt, riskiert von der Familie ausgestoßen oder sogar getötet zu werden, weil er Schande über sie gebracht hat.
- **Regierungsbeamte:** Die Regierung geht gegen jeden Christen vor, der versucht, offen über seinen Glauben zu sprechen, da Missionierung illegal ist und strafrechtlich verfolgt werden kann. Der Glaubenswechsel vom Islam zum christlichen Glauben wird klar abgelehnt, und laut dem Bericht zur internationalen Religionsfreiheit des US-Außenministeriums 2018 „verweist das Strafgesetz an die Scharia in Angelegenheiten, die in der islamischen Lehre als Verbrechen definiert sind, was nach vielen Auslegungen den Glaubensabfall verbietet".
- **Anführer ethnischer Gruppen:** Die Stammesführer, zumeist die ältesten Söhne ihrer Familie, haben die Pflicht, die (Groß-)Familie zu schützen, für deren Wohlergehen zu sorgen und die Familienehre zu erhalten. Sie sehen es als ihre Pflicht an, Druck auf Christen muslimischer Herkunft auszuüben, damit diese ihren neuen christlichen Glauben widerrufen, oder sie spornen die Familie an, gegen abtrünnige Mitglieder vorzugehen. Im Falle der ausländischen Gemeinschaften werden deren Leiter Druck gemäß den kulturellen Normen des Heimatlandes ausüben.
- **Gewöhnliche Bürger:** Die konservative islamische Gesellschaft ist die größte Gefahr für Christen in den VAE. Die Bürger erwarten von ihren Machthabern eine islamische Regierungsführung, wobei die Scharia die Grundlage der Gesetzgebung ist.
- **Nichtchristliche religiöse Leiter:** Obwohl die Regierung der VAE alle Predigten in Moscheen streng kontrolliert und eine Politik gegen religiöse Hassreden verfolgt, prägen die muslimischen Religionsführer die Gesellschaft konservativ und ermutigen Familie und Gesellschaft, gegen Konvertiten vorzugehen.

Darüber hinaus bilden die Bürger arabischer Herkunft die oberste soziale Schicht und schauen auf Ausländer herab, vor allem auf die armen und gering qualifizierten Arbeitskräfte aus Südostasien und Afrika. Arbeitnehmer sind an ihre Arbeitgeber gebunden und daher wehrlos gegenüber den Forderungen ihrer Chefs. Diese können niedrig qualifizierte Christen leicht diskriminieren, demütigen oder missbrauchen. Christliche Gastarbeiter werden zum Teil auch von ihren muslimischen Gastarbeiter-Kollegen diskriminiert und schlecht behandelt.

Ausgehend von Diktatorischer Paranoia

- **Regierungsbeamte:** Die Regierung der Emirate duldet keine Kritik, vor allem nicht von (ausländischen) Christen. Ein Bericht der Nichtregierungsorganisation Freedom House aus dem Jahr 2019 hält fest: „Eine Reihe von Gesetzen, die in den letzten Jahren verabschiedet wurden, geben den Behörden einen weiten Ermessensspielraum, um die Äußerungen von Einzelpersonen zu sensiblen Themen zu bestrafen. Das Cyberkriminalitätsgesetz von 2012 [...] führte lange Gefängnisstrafen für vage formulierte Vergehen ein, wie z.B. die Schädigung ‚des Ansehens des Staates oder irgendeiner seiner Institutionen'. Ein Gesetz zur Terrorismusbekämpfung aus dem Jahr 2014 sieht Strafen einschließlich der Todesstrafe für Vergehen wie ‚Untergraben der nationalen Sicherheit' und den Besitz von Material, das sich gegen den Islam wendet oder ihn verunglimpft, vor. Ein Gesetz gegen Hassreden und Diskriminierung aus dem Jahr 2015 enthielt vage formulierte Definitionen und kriminalisierte eine Vielzahl von Aktivitäten zur freien Meinungsäußerung. Diese und andere Strafgesetze wurden aktiv durchgesetzt, auch gegen gewöhnliche Social-Media-Nutzer." In dieser Situation müssen Christen jederzeit vorsichtig agieren.

4. Regionale Brennpunkte der Verfolgung

Die Emirate von Abu Dhabi, Dubai und Sharjah beherbergen die meisten der in den VAE lebenden Christen und wenden ein ähnliches Maß an Einschränkungen für Christen und Kirchen an. Sie lassen den ausländischen Christen relativen Freiraum, ihren Glauben zu praktizieren. Die anderen vier Staaten der VAE sind weniger dicht besiedelt und haben einen höheren Anteil an Emiratis; daher sind diese Staaten konservativer. So sind die Emirate Ajman und Umm Al Quwain die einzigen Emirate ohne ausgewiesene Kirchengebäude.

5. Betroffene Christen

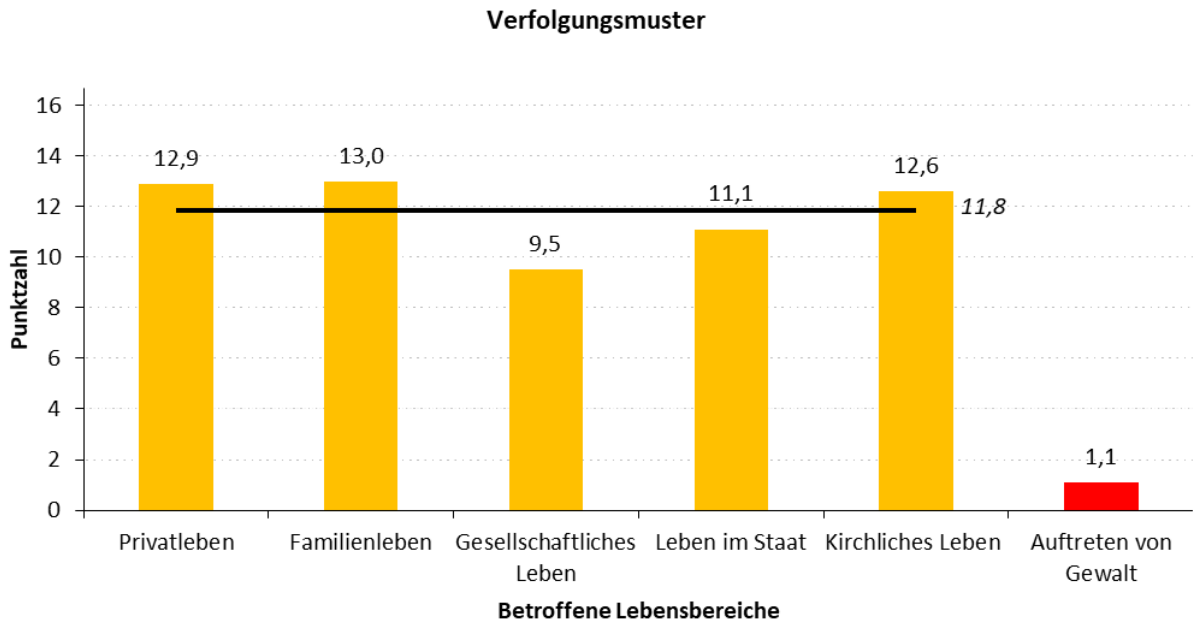
Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

Die Mehrheit der Christen in den Vereinigten Arabischen Emiraten gehört dieser Gruppe an, welche einige Freiheiten genießt, aber auch mit gewissen Einschränkungen konfrontiert ist. Afrikanische und asiatische Migranten haben vergleichsweise weniger Freiheit als westliche, aber mehr Freiheit als christliche Konvertiten, solange sie nicht unter Muslimen evangelisieren.

Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

Christliche Konvertiten aus dem Islam sind die Gruppe im Land, die gegen Verfolgung am schutzlosesten ist. Sie stehen unter starkem Druck von Verwandten, Familie und der muslimischen Gesellschaft, da Regierung, Gesetze und Kultur islamisch geprägt sind.

6. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Vereinigte Arabische Emirate

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Der durchschnittliche Druck auf Christen ist sehr hoch (11,8 Punkte). Das bedeutet im Vergleich zum Vorjahr (11,3) einen Anstieg um 0,5 Punkte. Der Hauptgrund für diesen Anstieg ist, dass der Druck auf Konvertiten mit emiratischem Hintergrund etwas zugenommen hat.
- Obwohl alle Lebensbereiche hohen und sehr hohen Druck aufweisen, ist dieser am stärksten in den Bereichen „Privatleben“, „Familienleben“ und „Kirchliches Leben“, wo er überall bei 12,0 Punkten oder mehr liegt. Dies spiegelt auf der einen Seite die schwierige Situation der christlichen Konvertiten wider, die einem sehr hohen Druck durch ihre (Groß-)Familien ausgesetzt sind. Zum anderen ist es sowohl für solche Konvertiten als auch für ausländische Christen schwierig, kirchliches Leben zu gestalten, da Missionstätigkeit und die Integration von Christen muslimischer Herkunft in die Gemeinde gesellschaftlich nicht akzeptiert sind.
- Der Wert für das Auftreten von Gewalt ist im Vergleich zum Vorjahr von 1,9 auf nun 1,1 Punkte gesunken. Das geringe Ausmaß der Gewalt gegen Christen ist typisch für die Golfstaaten. Die Regierung braucht nicht gewaltsam gegen Christen vorzugehen, da der gesellschaftliche Druck so hoch ist und Christen Selbstzensur üben. Es gab weniger Berichte über Vorfälle während des Berichtszeitraums zum Weltverfolgungsindex 2020, aber es ist wahrscheinlich, dass es eine Dunkelziffer gibt.

Zu jedem der Lebensbereiche sind im Folgenden jeweils ausgewählte Teilaspekte genannt, die im betreffenden Lebensbereich für die Christen zu den gravierendsten Schwierigkeiten gehören.

Privatleben

- **Es ist ein Risiko für Christen, über ihren Glauben mit anderen als mit ihren engsten Familienangehörigen zu sprechen:** Die Hauptquellen des Drucks für Christen mit muslimischem Hintergrund sind Familie und Gemeinschaft. Die meisten einheimischen Christen üben sich in der Diskussion von Glaubensfragen mit Familien- und Gemeinschaftsmitgliedern in äußerster Vorsicht. Die Regierung verbietet die Missionierung für eine andere Religion als den Islam; das bedeutet, dass alle Kategorien von Christen vorsichtig sein müssen, wenn sie mit emiratischen Bürgern oder anderen Muslimen über den Glauben sprechen. Widerspruch zum oder Kritik am Islam ist ebenfalls gesetzlich verboten, daher ist die Wahl der richtigen Formulierung bei der Diskussion von Glaubensfragen wichtig.
- **Die Hinwendung zum christlichen Glauben wird stark abgelehnt bzw. ist verboten:** Die emiratischen Christen sind einem sehr hohen Druck ausgesetzt und ihre Zahl ist in der Folge sehr gering. Die Ablehnung des Glaubenswechsels ist in den Apostasiebestimmungen des islamischen Rechts verwurzelt und stellt als solche einen permanenten Druck dar. Für nicht-emiratische Konvertiten hängt der Druck von ihrer Gemeinschaft und der Anwesenheit von Familienmitgliedern ab, die oft die gleichen kulturellen Normen wie in ihrem Heimatland anwenden. Da die Familienmitglieder oft weit weg im Heimatland sind, haben einige Konvertiten in den VAE mehr Freiheit als in ihrem Heimatland. Dennoch stehen sie in den meisten Fällen noch immer unter großem Druck.
- **Es ist gefährlich für Christen, ihrem Glauben in schriftlicher Form persönlich Ausdruck zu geben, etwa in Internetblogs oder auf Facebook:** Dies ist vor allem ein Risiko für Konvertiten vom Islam zum christlichen Glauben, da eine öffentliche Enthüllung ihres Glaubens zu negativen Auswirkungen durch missbilligende Familien- oder Gemeinschaftsmitglieder führen könnte. Ausländische Christen sind frei, ihren Glauben online auszudrücken, können aber nicht offen missionarisch aktiv sein.
- **Es ist für Christen riskant, christliche Bilder oder Symbole zu zeigen:** Christen muslimischer Herkunft sehen sich den größten Risiken gegenüber, da das Zurschaustellen christlicher Symbole zur Entdeckung ihres Glaubens mit entsprechenden Folgen führen könnte. Für die meisten Arbeitsmigranten ist die private Zurschaustellung religiöser Symbole (z.B. als Schmuck) kein Problem – obwohl viele dies aus Respekt vor der lokalen Kultur nur diskret tun würden.

Aufgrund der gravierenden gesellschaftlichen Diskriminierung und Stigmatisierung von Christen ist der Besitz von christlichen Materialien besonders für Muslime gefährlich, die sich für den christlichen Glauben interessieren oder sich bereits zu Jesus Christus bekehrt haben, aber aus Sicherheitsgründen ihren Glauben geheim halten.

Familienleben

- **Kinder christlicher Eltern werden dazu gedrängt, an nichtchristlichem Unterricht oder dem allgemeinen Religionsunterricht teilzunehmen:** Islamischer Unterricht ist für alle Schüler an staatlichen Schulen und für muslimische Schüler an Privatschulen obligatorisch. Das bedeutet, dass Kinder von Konvertiten den Islamunterricht besuchen müssen. In den staatlichen Schulen wird für Nichtmuslime kein alternativer Religionsunterricht angeboten. Privatschulen können eine Genehmigung für die Durchführung von nichtislamischem Religionsunterricht für nichtmuslimische Schüler beantragen.

Die meisten ausländischen Kinder besuchen Privatschulen, in denen sie vom Islamunterricht befreit sind. Wer sich jedoch keine private Bildung leisten kann, muss den Islamunterricht in den staatlichen Schulen besuchen. Die Beantragung einer Ausnahmegenehmigung könnte, wenn sie gewährt wird, zu sozialer Ausgrenzung durch andere führen.

- **Muslime verlieren nach ihrer Hinwendung zum christlichen Glauben ihren Erbschaftsanspruch:** Dies ist ein echtes Risiko für Christen mit muslimischem Hintergrund, da Familienmitglieder sie üblicherweise auf diese Weise bestrafen. In Erbschaftsfällen wird die Scharia angewandt, was bedeutet, dass ein Nichtmuslim nicht von einem Muslim erben kann. Konvertiten mit ausländischer Herkunft können jedoch beantragen, die Gesetze ihres Heimatlandes anzuwenden (das im Falle eines muslimischen Landes auch die Scharia anwenden kann).
- **Christlichen Ehepartnern wird im Falle einer Scheidung das Recht abgesprochen, das Sorgerecht für die Kinder in Anspruch nehmen zu können:** Laut dem Bericht des US-Außenministeriums zur Internationalen Religionsfreiheit von 2018 „gilt im Falle einer Scheidung zwischen einem muslimischen Vater und einer nichtmuslimischen Mutter in der Regel die Scharia. Die strenge Auslegung der Scharia – die oft den Vater begünstigt – gilt nicht für das Sorgerecht. Der Vater, der als Vormund gilt, sorgt für das Kind finanziell, während die Mutter […] für die tägliche Betreuung des Kindes sorgt“. Bekannte Konvertiten, ob Ehemann oder Ehefrau, werden jedoch in der Regel nicht als „Nichtmuslim“, sondern als „abtrünniger Muslim“ angesehen und gelten daher nicht als sorgeberechtigt.
- **Christliche Taufen werden be- oder verhindert:** Für ausländische Christen steht es den Kirchen frei, Taufen durchzuführen. Für Christen muslimischer Herkunft muss die Taufe im Geheimen durchgeführt werden. Die Taufe ist der ultimative Beweis des Glaubenswechsels. Dieser definitive Religionswechsel ist ein sehr sensibles Thema, besonders für emiratische Konvertiten. Ausländische Konvertiten haben mehr Freiheiten, je nach der Gemeinschaft, der sie angehören.

Der Druck im Familienleben ist derzeit der höchste von allen Lebensbereichen und zeigt sich besonders deutlich in Fällen, die sich um Ehe, Kindererziehung, Erbschaft und Sorgerecht drehen. Interreligiöse Ehen sind nur zwischen einem muslimischen Mann und einer nichtmuslimischen Frau erlaubt. Im Falle einer Scheidung gewährt das Gesetz das Sorgerecht für alle Kinder nichtmuslimischer Frauen, die nicht zum Islam konvertieren, dem muslimischen Vater. Nach dem Gesetz ist eine nichtmuslimische Frau, die nicht konvertiert, auch nicht zum Erwerb der Staatsbürgerschaft berechtigt und kann das Eigentum ihres Mannes nicht erben, es sei denn, sie wird in seinem Testament als Begünstigte genannt.

Gesellschaftliches Leben

- **Christen stehen unter Beobachtung durch ihr soziales oder privates Umfeld. Sie werden beispielsweise bei der Polizei angezeigt, beschattet, ihre Telefongespräche werden mitgehört, E-Mails gelesen oder zensiert:** Es gibt eine starke Überwachung in den VAE, was es wahrscheinlich macht, dass einzelne Christen überwacht werden. Christen ist sehr wohl bewusst, dass ihre (Online-)Aktivitäten beobachtet werden. Dieses Bewusstsein veranlasst Christen, ihr Verhalten anzupassen, insbesondere Konvertiten und diejenigen unter den ausländischen Christen, die über ihren Glauben sprechen möchten.

- **Christen werden unter Druck gesetzt, an nichtchristlichen religiösen Zeremonien oder Gemeinschaftsereignissen teilzunehmen:** Von Christen muslimischer Herkunft wird routinemäßig erwartet, dass sie an islamischen Praktiken und Traditionen, insbesondere im familiären Bereich, teilnehmen. Der Monat Ramadan ist das wichtigste religiöse Ereignis, das alle Christen in dieser Hinsicht betrifft. Während Nichtmuslime in bestimmten Restaurants, Einkaufszentren und Hotels essen oder trinken dürfen, müssen christliche Arbeitsmigranten, insbesondere diejenigen, die in geringer bezahlten Jobs arbeiten, tagsüber auf Essen und Trinken verzichten.
- **Christen wird der Zugang zu kommunalen Institutionen aufgrund ihres Glaubens verwehrt:** Bekannte Konvertiten emiratischer Herkunft werden von der Gesellschaft gemieden und daher von der Teilnahme an gemeinschaftlichen Aktivitäten und Institutionen ausgeschlossen.
- **Christen werden von ihrem sozialen Umfeld unter Druck gesetzt, sich von ihrem Glauben loszusagen:** Christen muslimischer Herkunft werden von ihren spezifischen Gemeinschaften unter Druck gesetzt, ihren Glauben zu widerrufen und zum Islam zurückzukehren. Sie werden aller Voraussicht nach aus der Gesellschaft ausgeschlossen, wenn ihr Glaube bekannt wird. Das Ausmaß des Drucks, dem ein Konvertit ausgesetzt ist, hängt von seiner Umgebung ab. Emiratische Konvertiten sind dem höchsten Druck ausgesetzt, während nichtemiratische Konvertiten sich mit den kulturellen Normen ihrer jeweiligen Gemeinschaft auseinandersetzen müssen. Da viele von ihnen jedoch weit weg von zu Hause sind und keine Unruhe stiften wollen (was leicht zu einer Abschiebung durch die Behörden führen könnte), können die Reaktionen weniger heftig ausfallen als in den Heimatländern.

Für Christen in den VAE kann das Gemeinschaftsleben schwierig sein, obwohl der ethnische Hintergrund ebenso wichtig sein kann wie die religiösen Überzeugungen, da im Land ethnische Vorurteile und Rassismus vorherrschend sind.

Leben im Staat

- **Die Verfassung oder eine vergleichbare nationale Gesetzgebung schränkt die Religionsfreiheit gemäß Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte ein:** In der Verfassung der VAE sind der Islam als Staatsreligion und das islamische Recht als Hauptquelle der Gesetzgebung verankert. Sie hält die Freiheit aufrecht, religiöse Zeremonien in Übereinstimmung mit etablierten Bräuchen durchzuführen, vorausgesetzt, dass die religiöse Praxis mit der öffentlichen Ordnung und der Moral übereinstimmt (was bedeutet, dass der Islam oder islamische Lehren nicht kritisiert werden dürfen). Blasphemie und Diffamierung aller Religionen sind verboten, aber nur die islamische Missionierung ist erlaubt. Nach geltendem islamischen Recht ist es Muslimen verboten, ihre Religion zu wechseln. Darüber hinaus gelten für emiratische Staatsbürger islamische Personenstandsgesetze, einschließlich eines Verbots für muslimische Frauen, Nichtmuslime zu heiraten.
- **Christen, Kirchen oder christliche Organisationen werden daran gehindert, öffentlich religiöse Symbole zu zeigen:** Die meisten anerkannten Kirchen sind vorsichtig, wenn es darum geht, Symbole, Hinweise und andere Zeichen öffentlich zu zeigen, und vermeiden provokative Botschaften. Unerwünschte Aufmerksamkeit vonseiten der Behörden kann negative Auswirkungen haben, wie z.B. den Verlust der Genehmigung zur Durchführung von Gottesdiensten oder die Erschwerung der Beschaffung von Visa für Gemeindeleiter in der Zukunft. Nicht anerkannte Kirchen, und besonders diejenigen mit Konvertiten unter ihnen, üben sich in noch größerer Vorsicht.

- **Beamte auf lokaler wie nationaler Ebene weigern sich, den Glaubenswechsel einer Person anzuerkennen und dementsprechend im Personalausweis oder staatlichen Personenverzeichnis zu dokumentieren:** Der Glaubenswechsel vom Islam zum christlichen Glauben ist verboten. Die Regierung der VAE kann eine Abkehr vom Islam nicht akzeptieren und wird sich daher weigern, den Glaubenswechsel eines emiratischen Staatsbürgers offiziell anzuerkennen. Dies gilt nicht für Konvertiten ausländischer Herkunft, da sie Ausländer sind und sich mit den Vorschriften ihrer eigenen Herkunftsstaaten auseinandersetzen müssen.
- **Christen erleben Einschränkungen in der öffentlichen Meinungsäußerung:** Die VAE sind keine Demokratie und die Regierung unterdrückt jeden Widerspruch. Die meisten Christen in den VAE üben vorsichtshalber eine Selbstzensur aus und vermeiden Provokationen, insbesondere in Bezug auf Kritik am Islam oder die Diskussion über Glaubensthemen. Die Regierung wird diejenigen abschieben, die ihrer Meinung nach „Unruhe“ stiften.

Kirchliches Leben

- **Kirchliche Aktivitäten werden überwacht, ver- bzw. behindert oder gestört:** Es gibt eine routinemäßige Überwachung der Kirchengrundstücke, manchmal auf sichtbare Weise. Es wird davon ausgegangen, dass dies in erster Linie dem Schutz der Kirchen dient und die Kirchen sind für diesen Schutz dankbar. Dennoch kann die Überwachung auch negativ genutzt werden (z.B. um zu ermitteln, ob Muslime an kirchlichen Aktivitäten teilnehmen). Im Jahr 2018 führte die Behörde zur kommunalen Entwicklung von Dubai eine Kampagne zur strengeren Durchsetzung von Gesetzen durch, die religiöse Versammlungen an nicht genehmigten Orten verbieten. Diese Maßnahme sollte in erster Linie dazu dienen, mögliche radikale muslimische oder politische Gruppen zu kontrollieren. Da jedoch eine sehr große Anzahl von christlichen Gruppen in Dubai entstanden ist, die sich in Schulen, Hotels und anderen Versammlungsorten treffen, hatte dieser Schritt bedeutende Auswirkungen. Viele dieser Gruppen mussten ihre Aktivitäten einstellen.
- **Es ist für Kirchen und christliche Organisationen riskant, gegen Verfolger die Stimme zu erheben:** Anerkannte Kirchen müssen vorsichtig sein, weil gute Beziehungen zur Regierung wichtig sind (z.B. für die Beschaffung von Visa für Kirchenleiter). Die Regierungen der Emirate sehen sich selbst als großzügige islamische Gastgeber und jede Kritik wird als respektlos empfunden. Christen muslimischer Herkunft werden von der Regierung als Muslime angesehen, und jede öffentliche Diskussion über ihre schwierige Situation wird als unangemessener Eingriff in die Angelegenheiten einer anderen Religionsgemeinschaft angesehen.
- **Christliche Gemeinschaften werden daran gehindert, Kirchengebäude zu bauen:** Der Mangel an Kirchengebäuden (der viele Gemeinschaften dazu zwingt, ein Kirchengebäude mit teilweise mehr als fünfzig anderen Gruppen zu teilen oder einen Konferenzraum in einem Hotel oder einer anderen Versammlungshalle zu nutzen) ist eines der größten Probleme, mit denen ausländische Christen konfrontiert sind. Die Kirchen können selbst kein Land kaufen und müssen die Regierung bitten, ihnen ein Grundstück zuzuweisen. Die Genehmigung zum Bau von Kirchen wird nur in Ausnahmefällen erteilt. Die christlichen Gemeinden in den VAE sind sehr aktiv und viele Kirchen zu haben, könnte den Emiratis unangenehm sein, da sie die Kirchen als eine Bedrohung für den islamischen Charakter des Landes wahrnehmen.

- **Auf allen Ebenen der Verwaltung ist es schwierig, als Kirche eine Registrierung zu bekommen:** Es gibt kein einheitliches System der Kirchenregistrierung in den VAE und jedes Emirat bestimmt seine eigenen Verfahren zur Bearbeitung von Anträgen religiöser Organisationen auf Bildung rechtlich anerkannter Körperschaften. Im Allgemeinen braucht eine Kirche ein Kirchengebäude, um Anerkennung zu erhalten. Allerdings werden nur selten neue Baugenehmigungen erteilt. Jede Gruppe, die einen gewissen Grad an Anerkennung wünscht, muss sich daher an eine der bereits etablierten Kirchen wenden, um unter ihrem Dach Unterschlupf zu finden. Einige der anerkannten Kirchen haben mehr als fünfzig verschiedene Gemeinschaften in ihren Gebäuden. Es kommt manchmal vor, dass anerkannte Kirchen sich weigern, neue Gemeinden zu unterstützen, wenn sie befürchten, dass ein Neuankömmling zu freimütig ist oder auf andere Weise Probleme verursachen könnte. Dies stellt eine zusätzliche Herausforderung dar, da die Leiter von Kirchengruppen in den meisten Fällen ein von einer der anerkannten kirchlichen Einrichtungen gesponsertes Visum haben müssen. Dennoch scheint es so zu sein, dass, solange eine registrierte Kirche Kapazitäten hat, es keine Einschränkungen gibt, wen eine registrierte Kirche sonst noch unterstützen darf. Auch die Anzahl der Visa, die für Kirchenleiter erteilt werden, ist großzügig.

Auftreten von Gewalt

Es werden nur selten Fälle von Gewalt gegen Christen berichtet. Das Land wird polizeilich gut überwacht und ist im Allgemeinen friedlich. Zwischenfälle, von denen christliche Arbeitsmigranten betroffen sind, werden jedoch meist nicht berichtet, da niemand ein Interesse daran hat, dass diese an die Öffentlichkeit geraten: Das Opfer will seine Arbeit behalten und die anderen Akteure (etwa die Regierung) zeigen kein Interesse an solchen Angelegenheiten. Zudem ist es manchmal schwer zu erkennen, ob eine Misshandlung allein aufgrund des Glaubens des christlichen Arbeiters geschieht. Im Allgemeinen kann jedoch angenommen werden, dass der Glaube nichtmuslimischer Arbeitsmigranten zu größerer Gefährdung führt.

Es ist weithin bekannt, dass vor allem weibliche Hausangestellte leicht Opfer von (sexuellem) Missbrauch werden können. Es sind jedoch kaum Statistiken verfügbar, da alle involvierten Personen, Organisationen und Staaten kein Interesse daran haben, die Realität abzubilden: Die VAE brauchen die Hausangestellten, haben aber eine Schamkultur und wollen keinen schlechten Ruf riskieren. Die Heimatländer der Hausangestellten brauchen das Geld, das von den tausenden Arbeitsmigranten in den Golfstaaten kommt und wollen ihre ökonomischen Interessen nicht gefährden (obwohl der philippinische Präsident Duterte eine temporäre Reisesperre nach Kuwait verhängt hat, nachdem die Leiche eines philippinischen Hausmädchens in einer Gefriertruhe entdeckt worden war).

Die Arbeitgeber missbrauchter Hausmädchen sind entweder selbst die Täter oder haben kein wahres Interesse an deren Wohlergehen. Die Hausmädchen schämen sich häufig aufgrund des Missbrauchs und wollen nicht als „schmutzig“ angesehen werden, sowohl in den VAE als auch von ihrer Familie in ihrer Heimat. Zudem versorgen viele ihre Familien mit dringend benötigtem Einkommen. Diese sind stolz auf ihre Arbeit in den VAE und die Hausangestellten wollen ihre Familien nicht enttäuschen. Daher ist es sehr schwer, Statistiken und Beweise für sexuellen Missbrauch zu erhalten. Es ist zudem schwierig, zu beweisen, ob der sexuelle Missbrauch aufgrund der Religion des Opfers geschieht.

7. Verfolgungssituation für Männer und Frauen

Wie Frauen Verfolgung erfahren:

- Verweigerung des Sorgerechts für Kinder
- Verweigerung der Staatsbürgerschaft
- Beschlagnahme von Erbschaft und Besitz
- Verweigerung des Rechts, einen christlichen Ehepartner zu heiraten (gilt für Christinnen muslimischer Herkunft)
- (Haus-)Arrest durch die Familie
- Verhaftung durch die Behörden
- Einweisung in eine psychiatrische Anstalt
- Verbale Gewalt
- Sexuelle Gewalt

Generell sind Frauen in den VAE verwundbar, da häusliche Gewalt und Vergewaltigung in der Ehe ohne rechtliche Konsequenzen erlaubt sind. Die Stammesgesellschaft betrachtet Frauen als „minderwertige“ Mitglieder der Gemeinschaft, die eine männliche Vormundschaft benötigen, und dies wirkt sich auch auf das Ausmaß der Verfolgung aus, die Christinnen muslimischer Herkunft erfahren.

Eine Frau, die zum christlichen Glauben konvertiert, wird sich einem immensen Druck ihrer Familie ausgesetzt sehen, wieder zum Islam zu konvertieren. Wenn sie das nicht tut, kann ein Imam gerufen werden, um sie von ihrer Sünde zu überzeugen, oder sie kann unter Hausarrest gestellt oder in eine psychiatrische Klinik eingewiesen werden. Selbst wenn ein christlicher Mann bereit wäre, sie zu heiraten, ist es Frauen, die aus einem muslimischen Hintergrund kommen, gesetzlich untersagt, einen Nichtmuslim zu heiraten. Außerdem können ein christlicher Mann und eine Christin muslimischer Herkunft nicht einfach eine christliche Trauung außerhalb des Gesetzes durchführen. Da der Islam die Ehe zwischen einem nichtmuslimischen Mann und einer muslimischen Frau nicht für gültig hält, würden beide Parteien einer solchen Verbindung wegen der Aufnahme einer außerehelichen Beziehung verhaftet, vor Gericht gestellt und mit einer Gefängnisstrafe von mindestens einem Jahr belegt werden.

Darüber hinaus gewährt das Gesetz bei christlichen Frauen, die mit einem muslimischen Mann verheiratet sind, im Fall einer Scheidung das Sorgerecht für die Kinder dem muslimischen Vater. Nach dem Gesetz ist eine nichtmuslimische Frau, die nicht zum Islam konvertiert, auch nicht zum Erwerb der Staatsbürgerschaft berechtigt und kann das Eigentum ihres Mannes nicht erben, es sei denn, sie wird in seinem Testament als Begünstigte genannt.

Amnesty International hat darüber hinaus berichtet, dass einige Gesetze zur Verbesserung der Rechte ausländischer Arbeitnehmer ausdrücklich Hausangestellte, von denen viele christliche Frauen sind, ausgeschlossen haben (Amnesty International, Annual Report 2016/17, S. 381). Die Misshandlung von Arbeitsmigranten, einschließlich des sexuellen Missbrauchs, ist ein Anlass zu großer Sorge geworden. Obwohl nicht unbedingt religiös motiviert, gibt es Anzeichen dafür, dass nichtmuslimische Arbeitsmigranten, von denen sehr viele weiblich sind, in größerer Gefahr stehen, Opfer eines solchen Missbrauchs zu werden, als Muslime.

Wie Männer Verfolgung erfahren:

- Ausschluss aus der Gemeinschaft
- Wirtschaftliche Schikane im Berufs-/Geschäftsleben
- Vertreibung aus Wohnung/Wohnhaus
- Erzwungene Flucht aus Stadt oder Land

In den Vereinigten Arabischen Emiraten werden Männer, die zum christlichen Glauben konvertieren, wahrscheinlich von ihren Familien verlassen und als schandbare soziale Ausgestoßene behandelt. Die familiäre Ablehnung ist nicht nur ein emotionaler Schlag für die Konvertiten, sondern bedeutet auch einen Verlust an sozialem Ansehen. Ohne die finanzielle Unterstützung ihrer Familien oder die notwendigen Verbindungen, um einen Arbeitsplatz zu finden oder zu behalten, ist es äußerst schwierig, in dieser netzwerkbasierten Gesellschaft eine Beschäftigung zu finden. Außerdem wird ein Mann ohne Familie und den damit verbundenen sozialen Status keine Familie finden, die bereit ist, ihrer Tochter die Erlaubnis zu geben, ihn zu heiraten.

Wenn ein Christ muslimischer Herkunft zum Zeitpunkt seines Glaubensübertritts Familie und Arbeit hat, riskiert er, alles zu verlieren: Er verliert per Gesetz automatisch das Sorgerecht für seine Kinder, seine Frau kann sich von ihm scheiden lassen und er kann leicht seine Arbeit verlieren, was schwere Folgen für alle seine Familienmitglieder hat, da Männer traditionell die Versorger in ihren Familien sind.

Für männliche ausländische Christen wird der Druck, den sie aufgrund ihres Glaubens erfahren, höchstwahrscheinlich am Arbeitsplatz erfolgen.

8. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Unter den Gemeinschaften von Ausländern haben andere religiöse Minderheiten ein ähnlich hohes Maß an Freiheit wie ausländische Christen.

Schiitische Muslime sind sowohl aus politischen als auch aus religiösen Gründen mit Herausforderungen konfrontiert. Sie erhalten keine vergleichbare Unterstützung durch den Staat wie die Gemeinschaften der sunnitischen Mehrheit (etwa in Form von Zahlung der Gehälter ihrer religiösen Leiter). Der Bericht zur Internationalen Religionsfreiheit 2018 des US-Außenministeriums stellt fest: „Die Regierung ernannte keine Scheichs für die schiitischen Moscheen. Schiitische Gläubige unterhielten und beteten in ihren eigenen Moscheen. Die Regierung betrachtete alle schiitischen Moscheen als privat; sie waren jedoch berechtigt, auf Anfrage einige Gelder von der Regierung zu erhalten.“ [VAE IRFR 2018, S. 9]

9. Der Ausblick für Christen

Islamische Unterdrückung

Die Behandlung von nichtautorisierten Kirchen durch die Behörden in Dubai war in der Vergangenheit sehr hart, und der anhaltende Mangel an Bereitschaft der Regierung von Dubai, Anträge für neue Kirchengebäude zu prüfen, ist ein Grund zur Besorgnis und wird wahrscheinlich auch in anderen Emiraten ein Thema bleiben. Die emiratische Gesellschaft dürfte in den kommenden Jahren konservativ bleiben, und Christen muslimischer Herkunft, sowohl emiratische Staatsangehörige als

auch ausländische Arbeitnehmer, werden wahrscheinlich weiterhin einem hohen Druck seitens ihrer (Groß-)Familien, Arbeitgeber und der Gesellschaft ausgesetzt sein.

Diktatorische Paranoia

Es ist nicht wahrscheinlich, dass die Regierung der Vereinigten Arabischen Emirate ihre misstrauische Haltung gegenüber allen Arten von Vereinigungen und Versammlungen, einschließlich Gottesdiensten, ändert. Es wird weiterhin Überwachungen geben und die Regierung wird voraussichtlich auch in Zukunft alles, was öffentliche Unruhe verursachen könnte, einschließlich der Weitergabe des Evangeliums, streng kontrollieren.

zurück zur Länderübersicht

Kamerun: Platz 48

Zusammenfassung

Muslime werden in Kamerun stark behindert, wenn sie den christlichen Glauben annehmen wollen. In überwiegend muslimisch geprägten Teilen des Landes vollzieht sich ein Prozess der Radikalisierung der Bevölkerung. Christen muslimischer Herkunft werden bedroht, wenn eine Bibel oder andere christliche Literatur bei ihnen gefunden wird. Sie sind nicht frei darin, ihrem christlichen Glauben oder christlichen Meinungen Ausdruck zu verleihen, egal ob gegenüber engen Familienmitgliedern oder Anderen. Dies würde sie großen Risiken aussetzen. Im Norden des Landes gab es Fälle, in denen Kinder von Christen muslimischer Herkunft von ihren nichtchristlichen Verwandten dazu gezwungen wurden, an islamischem Unterricht teilzunehmen. In den ländlichen Gebieten im Norden des Landes bekommen viele Christen mit muslimischem Hintergrund Probleme durch ihr soziales Umfeld. Christinnen muslimischer Herkunft werden in Ehen mit Nichtchristen gezwungen und sind der Gefahr einer Entführung durch Boko Haram ausgesetzt. In Gegenden, in denen Boko Haram aktiv ist, wurden kirchliche Aktivitäten behindert oder gestört. Durch die Vertreibung der Bevölkerung können Kirchen in diesen Teilen des Landes nicht normal funktionieren. In anderen Gegenden sind kirchliche Aktivitäten durch Sicherheitsverfügungen stark eingeschränkt.

Beispiele aus dem aktuellen Berichtszeitraum

- Im Oktober 2019 wurde ein Bibelübersetzer in seinem Haus in der Region Wum durch mutmaßliche militante Kämpfer ermordet. Das war der zweite Bibelübersetzer, der innerhalb von zwei Monaten angegriffen und getötet wurde.
- Verschiedenen Quellen zufolge, unter anderem der christlichen Nichtregierungsorganisation „Barnabas Fund“, entführten Kämpfer von Boko Haram am 29. Juli 2019 drei christliche Frauen bei einem nächtlichen Angriff auf ihr mehrheitlich christliches Dorf im Norden Kameruns aus ihren Häusern und schnitten ihnen die Ohren ab.

---

1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 60 Punkten belegt Kamerun Platz 48 auf dem Weltverfolgungsindex 2020.

2019 wurde das Land mit 54 Punkten nicht auf dem Weltverfolgungsindex aufgeführt. Der Anstieg von sechs Punkten ist vor allem auf den wachsenden Einfluss zurückzuführen, den verschiedene Triebkräfte der Verfolgung auf Christen im Land ausüben. Boko Haram hat seine Angriffe im Land verstärkt, unterwandert das Land und rekrutiert mehr Kämpfer im Land. Die Krise in den englischsprachigen Regionen des Landes hat Christen einer Vielzahl von Gruppen gegenüber wehrlos gemacht. Christen sind Einschüchterungen und Angriffen ausgesetzt, wenn sie gegen die Gräueltaten vorgehen, die im Land verübt werden (sowohl durch die Regierung als auch durch separatistische Kräfte). Die Regierung hat außerdem einigen Christen verboten, im Land zu arbeiten. Zudem verfolgen

etablierte Kirchen Christen anderer Denominationen, weil die steigende Zahl protestantischer Freikirchen als Bedrohung gesehen wird. Die Korruption im Land nimmt überhand und sorgt dafür, dass Sicherheit und Gesetzmäßigkeit in vielen Teilen des Landes quasi nicht mehr existieren. Die Kombination aus all diesen Themen hat Kamerun unter die 50 Länder geführt, in denen Christen am stärksten verfolgt werden.

2. Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung

Diese Triebkraft der Verfolgung ist besonders im Norden, in Adamaoua, anzutreffen, sowie in einigen Regionen im Osten. Sie betrifft hauptsächlich Christen muslimischer Herkunft, die Verfolgung durch ihre eigene Familie erleben. Die durch Boko Haram hervorgerufene Unruhe stellt zudem eine konstante Bedrohung für Leben und Sicherheit von Christen dar und hat zur Vertreibung vieler Christen aus den Regionen Adamaoua, Nord und Extrême-Nord geführt. In den entlegenen Gebieten dieser Regionen gibt es einige muslimische Leiter, die glauben, der Islam sollte der einzige Glaube in ihrem Gebiet sein. Auch wenn Kamerun allgemein ein Land ist, in dem religiöse Toleranz gelebt wird, sind die Folgen des von Fulanis geführten Dschihad in vergangenen Jahrhunderten in den nördlichen Regionen noch zu spüren. Durch den Dschihad wurde die einheimische Bevölkerung gezwungen, zum Islam zu konvertieren. Die Gewalt von Boko Haram macht diese Erinnerungen wieder lebendig und untergräbt die Geschichte friedvoller Beziehungen zwischen Christen und Muslimen im modernen Kamerun.

Diktatorische Paranoia

Während der vergangenen drei Jahrzehnte unter der Herrschaft von Paul Biya war das Regime verantwortlich für eine Serie von politischen Verhaftungen, Morden und der Verfolgung von Christen. Die englischsprachigen Regionen des Landes waren davon aufgrund ihrer Unabhängigkeitsbestrebungen besonders betroffen.

Organisiertes Verbrechen und Korruption

Kamerun ist eines der korruptesten Länder der Welt. Das diktatorische Regime von Paul Biya ist dafür verantwortlich, dass ungezügelte Korruption die politische Struktur des Landes schwächt. Das Land ist, obwohl es Ölvorhaben besitzt, weit abgeschlagen hinter den meisten afrikanischen Ländern, was die ökonomische Entwicklung angeht. Korrupte Beamte im Norden sind ebenfalls für Verfolgung verantwortlich, da sie nicht die notwendigen Schritte unternehmen, um Christen vor Angriffen islamisch-extremistischer Gruppen zu schützen. Sie verfolgen zudem Christen, die Meinungen vertreten, die der Regierung widersprechen.

Ethnisch oder traditionell begründete Anfeindungen

Ein bedeutender Teil der Bevölkerung hängt traditionellen Religionen an. Es gibt auch Christen, die traditionelle Religionen mit dem christlichen Glauben vermischen. Wenn Christen sich aufgrund ihres christlichen Glaubens diesen traditionellen Religionen verweigern, erleben sie Verfolgung.

Konfessioneller Protektionismus

Etablierte Kirchen heißen die Aktivitäten neuerer Gemeinden im Land nicht willkommen. Die protestantischen, baptistischen und katholischen Kirchen des Landes riefen 2018 etwa die Regierung dazu auf, mehrere Pfingstgemeinden zu verbieten.

3. Verfolger

Ausgehend von Islamischer Unterdrückung

- **Gewalttätige religiöse Gruppen:** Dies sind militante Gruppierungen wie Boko Haram, die gewalttätige Angriffe auf Christen ausführen, genauso wie auf Muslime, die nicht der gleichen Interpretation des Islam folgen wie sie. Zudem tragen auch Regierungsbeamte auf lokaler Ebene, die mit diesen Gruppen sympathisieren, zur Verfolgung von Christen bei.
- **Familienmitglieder:** Familienmitglieder und Nachbarn üben Druck auf Christen muslimischer Herkunft aus, zum Islam zurückzukehren.
- **Nichtchristliche religiöse Leiter:** Einige islamische Prediger unterstützen die Verfolgung von christlichen Konvertiten durch ihre Lehren. Dadurch werden auch die Aktivitäten von Boko Haram gefördert.
- **Gewöhnliche Bürger:** Im Norden des Landes üben auch Bürger aus der weiteren Gesellschaft Druck auf Christen muslimischer Herkunft aus.

Ausgehend von Diktatorischer Paranoia

- **Regierungsbeamte:** Das diktatorische Regime von Paul Biya regiert das Land seit 1982. Seit Kurzem gibt es eine wachsende Oppositionsbewegung im Land gegen das Regime. Da Kamerun ein mehrheitlich christliches Land ist, sind die meisten Oppositionellen Christen. Mehrere christliche Leiter wurden von der Regierung verhaftet, gefoltert und getötet, weil sie die unmenschliche Behandlung politischer Gegner durch die Regierung anprangerten.

Ausgehend von Organisiertem Verbrechen und Korruption

- **Regierungsbeamte:** Paul Biyas Regime unterstützt korrupte Beamte, um an der Macht zu bleiben. Diese haben in den muslimisch geprägten Regionen des Landes Teil an der Verfolgung. Es gibt zudem mehrere Fälle, in denen korrupte Beamte christliche politische Gegner der Regierung verhaftet und getötet haben.
- **Gewalttätige religiöse Gruppen:** Boko Haram hat Verbindungen zu kriminellen Netzwerken, um Beamte zu bestechen und Menschen und Waffen zu schmuggeln.

Ausgehend von Ethnisch oder traditionell begründeten Anfeindungen

- **Anführer ethnischer Gruppen:** Zu dieser Kategorie gehören Anführer ethnischer Gruppen, Anhänger traditioneller Religionen, Familienangehörige und manchmal sogar Christen, die traditionelle Religionen mit dem christlichen Glauben vermischen.

Ausgehend von Konfessionellem Protektionismus

- **Christliche Leiter:** Die Leiter etablierter Kirchen versuchen manchmal, die Behörden zu beeinflussen, hart gegen kleinere Denominationen vorzugehen.

4. Regionale Brennpunkte der Verfolgung

Staatsführung und Sicherheit sind große Probleme in Kamerun. Das Land sieht Gewalt in drei Regionen ausbrechen: In Extrême-Nord, wo Boko Haram seine Angriffe ausweitet, und in Nord-Ouest und Sud-Ouest, den beiden englischsprachigen Regionen, wo der Aufstand zunimmt.

5. Betroffene Christen

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

Ausländische Christen werden nicht als eigene Kategorie gewertet, da sie frei mit anderen christlichen Gruppen interagieren können.

Christen aus traditionellen Kirchen

Laut „World Christian Database“ besteht der christliche Teil der Bevölkerung zu 42,2 % aus römisch-katholischen Christen. Es gibt zudem mehrere evangelische Denominationen wie Presbyterianer, die auch in diese Kategorie fallen. Diese Gruppen leiden nicht so stark unter Verfolgung wie Christen muslimischer Herkunft, aber einige Gemeinden sind durch die von Boko Haram verübte Gewalt betroffen. Dazu kommt, dass die Diktatorische Paranoia der Regierung die Selbstständigkeit der traditionellen Kirchen untergräbt.

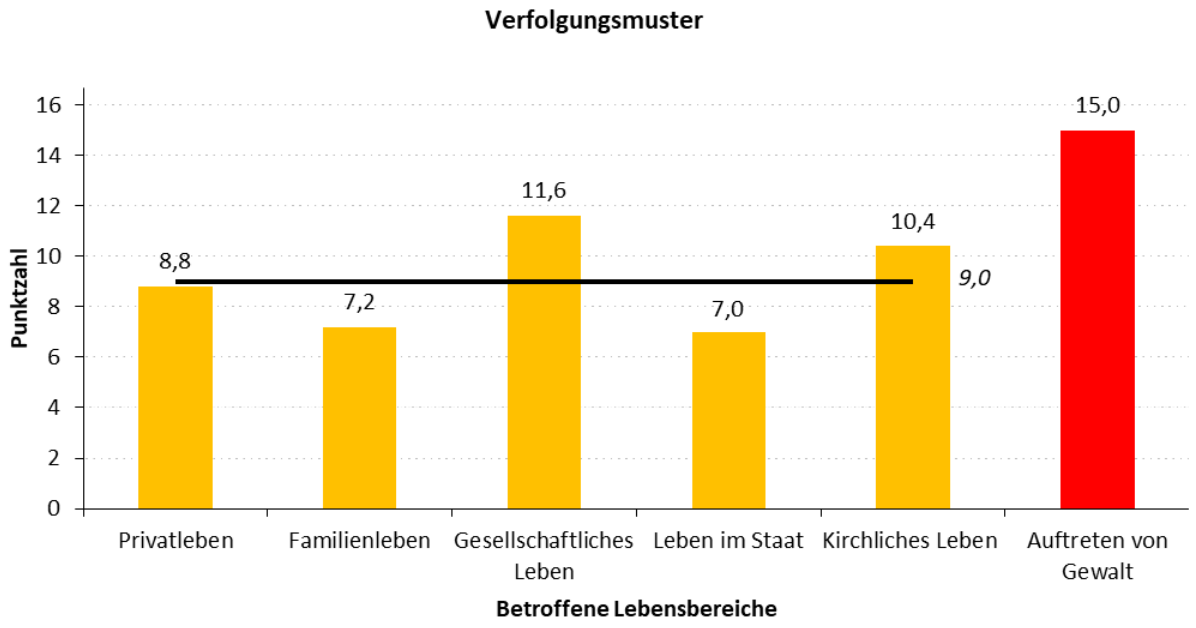
Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

Christen muslimischer Herkunft sind die am stärksten verfolgte Gruppe von Christen im Land, egal, ob sie sich im Geheimen treffen oder es riskieren, offen Gemeinschaft mit anderen Christen zu haben. Christliche Konvertiten in protestantischen Gemeinden werden in den nördlichen Regionen, Adamaoua und in den östlichen und westlichen Regionen häufig durch ihre Familie und ihr Umfeld verfolgt. Einige Christen muslimischer Herkunft wurden Berichten zufolge während Angriffen von Boko Haram aufgefordert, zum Islam zurückzukehren. Diese Christen riskieren zudem Ausgrenzung und Gewalt. Das führt häufig dazu, dass sie in sicherere Teile des Landes fliehen müssen. Wer von einer traditionellen Religion zum christlichen Glauben konvertiert, ist ebenfalls Druck von seinem Umfeld und seiner Familie ausgesetzt, seinen neuen Glauben wieder aufzugeben. Der Druck ist jedoch weniger stark.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Zu dieser Kategorie gehören etwa Baptisten und Pfingstgemeinden. Sie wächst in Kamerun. Während einige Pfingstgemeinden die Regierung kritisiert haben und dafür mit Schließung bedroht wurden, versuchen andere, sich mit der Regierung zu arrangieren, machen Wahlkampf für die Regierungspartei und sammeln Spenden für sie. Der Druck, der von der Regierung ausgeübt wird, untergräbt die Freiheit dieser Kirchen. Im Norden sind sie zudem Drohungen und Gewalt von Gruppen wie Boko Haram ausgesetzt. Islamische Unterdrückung macht im Norden zudem evangelistische Bemühungen dieser Gemeinden, genauso wie die Integration von Christen muslimischer Herkunft, riskant.

6. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Kamerun

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Der durchschnittliche Druck auf Christen in Kamerun weist mit 9,0 Punkten ein hohes Ausmaß auf. Damit ist er von durchschnittlich 8,5 Punkten im Vergleich zum Vorjahr gestiegen.
- Am stärksten ist der Druck im Bereich „Gesellschaftliches Leben“ (11,6 Punkte), gefolgt vom Bereich des kirchlichen Lebens (10,4).
- Der Wert für das Auftreten von Gewalt ist extrem hoch. Der Anstieg von 11,3 Punkten im Vorjahr auf 15,0 Punkte im aktuellen Berichtszeitraum ist vor allem auf Angriffe von islamisch-extremistischen Gruppen zurückzuführen.

Zu jedem der Lebensbereiche sind im Folgenden jeweils ausgewählte Teilaspekte genannt, die im betreffenden Lebensbereich für die Christen zu den gravierendsten Schwierigkeiten gehören.

Privatleben

- **Es ist ein Risiko für Christen, über ihren Glauben mit anderen als mit ihren engsten Familienangehörigen zu sprechen:** Christen sehen sich oft dem Widerstand der weiteren Familie und der direkten Familienmitglieder gegenüber, wenn sie über ihren Glauben sprechen. Sie werden beleidigt und zurückgewiesen. Dies betrifft vor allem den Norden des Landes, wo die erweiterte Familie üblicherweise Muslime sind. Deshalb ist es unter Christen muslimischer Herkunft sehr üblich, den Glaubenswechsel geheim zu halten.
- **Für Christen ist es gefährlich, sich mit anderen Christen zu treffen:** Es ist für Christen generell sehr riskant, sich mit anderen Christen zu treffen, besonders aber für Christen muslimischer Herkunft im Norden des Landes. Versuchen sie dennoch sich zu treffen, interpretiert ihr

Umfeld es sehr wahrscheinlich als Versuch, andere ebenfalls zur Konversion zu bewegen. Die Präsenz von Boko Haram bringt zusätzliche Schwierigkeiten mit sich.

- **Es ist gefährlich, christliches Material zu besitzen oder aufzubewahren:** Christen muslimischer Herkunft werden bedroht, wenn eine Bibel oder andere christliche Literatur bei ihnen gefunden wird. In den Gebieten, in denen Boko Haram aktiv ist, gilt das sogar für fast alle Christen. Dort gibt es Christen, die ihre Bibeln nicht mit nach Hause nehmen, sondern sie in der Kirche lassen. Am stärksten ist die Gefahr jedoch für Christen muslimischer Herkunft.
- **Es ist für Christen riskant, mit ihrer direkten Familie über den christlichen Glauben zu reden:** Christen muslimischer Herkunft können ihrem Glauben nicht frei Ausdruck verleihen, egal ob engen Familienmitgliedern oder Anderen gegenüber. In einigen Fällen, besonders im Norden Kameruns, wo die Familie aus Muslimen bestehen kann, erleben Christen Belästigungen, wenn sie mit ihnen über ihren Glauben sprechen. Dies wird durch die Aktivitäten von Boko Haram in der Region nur erschwert.

Familienleben

- **Kinder und Ehepartner von Christen sind langen Zeiten der Trennung von ihren Eltern oder Partnern ausgesetzt, wenn diese aufgrund ihres Glaubens verfolgt werden:** Für die meisten Christen im Land gibt es in dieser Hinsicht nur wenig Verfolgung. Christen muslimischer Herkunft im Norden des Landes haben damit jedoch Probleme. Einige christliche Konvertiten halten ihren Glauben geheim, damit sie nicht gezwungen werden, ihre Familien zu verlassen. Wird ihr Glaubenswechsel der Familien oder dem Umfeld bekannt, ist die Konsequenz die Trennung von ihrer Familie.
- **Ehepartner von Christen muslimischer Herkunft werden (erfolgreich oder nicht erfolgreich) von anderen unter Druck gesetzt, sich scheiden zu lassen:** Auch diese Schwierigkeit betrifft Christen muslimischer Herkunft im Norden des Landes. Es gab mehrere Fälle, in denen Christinnen muslimischer Herkunft sich zwischen ihrem Ehemann und ihrem christlichen Glauben entscheiden mussten. Ein Festhalten an ihrem Glauben würde zur Scheidung führen. Der Druck, den Glauben aufzugeben, ist zudem ein Teil der Strategie der Gesellschaft und extremistischer Gruppen, um potenziellen Konvertiten zu zeigen, was sie erwartet, sollten sie den christlichen Glauben annehmen.
- **Christlichen Ehepartnern wird im Falle einer Scheidung das Recht abgesprochen, das Sorgerecht für die Kinder in Anspruch nehmen zu können:** Für die meisten Christen im Land gibt es in dieser Hinsicht nur wenig oder gar keine Verfolgung. Christen muslimischer Herkunft im Norden des Landes haben damit jedoch Probleme. Ein Experte für das Land berichtet: "In einigen Teilen des Landes, besonders im Norden, wie in Touboro, wurde christlichen Ehepartnern das Sorgerecht für ihre Kinder von ihren nichtchristlichen Ehepartnern entzogen. Eine offizielle Scheidung ist selten, aber die Paare trennen sich. Besonders im Norden wird christlichen Ehepartnern verweigert, ihre Kinder aufzuziehen oder gar das Sorgerecht für sie zu bekommen. Das betrifft vor allem Frauen. Auch kulturelle Elemente spielen hierbei eine Rolle."
- **Muslime verlieren nach ihrer Hinwendung zum christlichen Glauben ihren Erbschaftsanspruch - dasselbe gilt für Christen, die zu einer anderen Denomination übertreten.** Dies betrifft vor allem Konvertiten. Ein Experte für das Land sagt dazu: "In einigen Teilen des Landes, besonders im Norden, gab es Fälle, bei denen Christen muslimischer Herkunft ihr Land und ihr Haus verloren haben. Laut islamischem Recht verliert man das Recht auf das Erbe seiner Eltern, wenn man Christ wird. Der Koran wird so verstanden, dass er es

nicht erlaubt, dass ein Muslim sein Vermögen einem Christen vermacht. Wenn also jemand Muslim ist und sein Kind wendet sich dem christlichen Glauben zu, bekommt es nichts."

Gesellschaftliches Leben

- **Christen stehen unter Beobachtung durch ihr soziales oder privates Umfeld. Sie werden beispielsweise bei der Polizei angezeigt, beschattet, ihre Telefongespräche werden mitgehört, E-Mails gelesen oder zensiert:** Bestimmte Pastoren, Kirchen und Missionsgruppen werden teilweise von Mitarbeitern des Geheimdienstes beobachtet, da sie als regierungskritisch eingestuft werden. In den ländlichen Gebieten im Norden des Landes bekommen viele Christen mit muslimischem Hintergrund Probleme durch ihr soziales Umfeld. Aus Angst vor Vergeltung üben Christen zudem Selbstzensur, besonders bei Treffen oder in sozialen Medien. Dies gilt vor allem im Norden des Landes.
- **Christen werden im Alltag belästigt, bedroht oder behindert wegen glaubensbedingter Gründe, zum Beispiel weil sie nicht den Vorschriften für Kleidung oder Bärte entsprechen:** In den ländlichen Gebieten im Norden des Landes bekommen viele Christen mit muslimischem Hintergrund Probleme durch ihr soziales Umfeld. Wenn sie als Christen erkannt werden, werden sie nur wegen ihres Glaubens diskriminiert und verachtet. Auch Bildungsmöglichkeiten sind für Christen beschränkt. Viele christliche Schulleiter in der Region um Bamenda sahen sich dazu gezwungen, ihre Schulen zu schließen, da sie Angriffe von Boko Haram befürchteten.
- **Christen werden von ihrem sozialen Umfeld unter Druck gesetzt, ihrem Glauben abzusagen:** Dies gilt für alle Christen im Norden des Landes. Christen muslimischer Herkunft sind jedoch am stärksten betroffen. Wird der Glaubenswechsel eines Christen muslimischer Herkunft bekannt, muss er damit rechnen, seine Arbeit zu verlieren oder keine Möglichkeiten zur weiteren Bildung zu erhalten, sollte er seinen christlichen Glauben nicht widerrufen.
- **Christen werden in der Erwerbstätigkeit, sei es im privaten oder öffentlichen Sektor, aufgrund ihres Glaubens diskriminiert:** Dies passiert in öffentlichen Einrichtungen und in Firmen, in denen die Mehrheit der Angestellten Muslime sind. Es kann jedoch auch ein Problem in öffentlichen oder privaten Institutionen werden, wo Konfessioneller Protektionismus eine Rolle spielt.

Leben im Staat

- **Christen erleben Einschränkungen in der öffentlichen Meinungsäußerung:** Die Regierung ist aufgrund ihrer diktatorischen Natur sehr sensibel und feindselig gegenüber tatsächlicher oder auch nur vermuteter Kritik. Deswegen müssen Kirchen und Christen sehr vorsichtig sein, wenn sie ihre Meinung über öffentliche Angelegenheiten aus Sicht ihres Glaubens ausdrücken. Ein Experte für das Land beschreibt es so: „Insbesondere in den englischsprachigen Regionen wurde die Meinungsfreiheit noch weiter eingeschränkt. Das Internet wurde mehrfach abgeschaltet und Menschen wurden verhaftet. In Extrême-Nord sind die Menschen durch die Präsenz von Boko Haram eingeschränkt.“
- **Wer Christen schadet, bleibt unbestraft:** Dies ist besonders im Norden alltäglich. Ein Experte für das Land sagt dazu: „Sicherheitskräfte oder das Militär müssen mit keiner Strafe rechnen, wenn sie willkürlich Bürger verhaften, sie missbrauchen, foltern oder töten (etwa vermutete Unterstützer von Boko Haram im Norden oder angebliche Separatisten in den englischsprachigen Regionen)“. Da Muslime in den meisten nördlichen Provinzen die Gerichte dominieren, enden Fälle vor unteren Gerichten meist zugunsten der muslimischen Partei.

- **Christen werden durch das Gesetz und in der Praxis dazu gezwungen, gegen ihr Gewissen zu handeln, beispielsweise durch den Militärdienst oder andere Tätigkeiten:** Es gibt kein Gesetz, das nur auf Christen abzielt oder nur Christen dazu zwingt, gegen ihr Gewissen zu handeln. Es bereitet jedoch einigen Christen Schwierigkeiten, wenn das Gesetz die Menschen verpflichtet, einen Eid zu leisten, sie sich jedoch aus Glaubensgründen daran gehindert sehen. Die Korruption betrifft alle Bürger, einschließlich Christen, die dazu gezwungen werden, sich in öffentlichen oder gesellschaftlichen Institutionen und Unternehmen an unethischen Praktiken zu beteiligen.
- **Christen werden aufgrund ihres Glaubens in der Bewegungsfreiheit eingeschränkt:** Es gibt keine Gesetze, die Christen davon abhalten, sich frei im Land zu bewegen. Sie erleben jedoch systematische Diskriminierung, die sie auf Reisen behindert. Zudem haben die Angriffe von Boko Haram im Norden des Landes eine so unsichere Situation entstehen lassen, dass Reisen ohnehin riskant ist.

Kirchliches Leben

- **Auf allen Ebenen der Verwaltung ist es schwierig, als Kirche eine Registrierung zu bekommen:** Dies ist zu einem der größten Probleme für Christen in Kamerun geworden. Die Regierung hat seit 2010 keine neuen religiösen Gruppen genehmigt. Obwohl viele Kirchen ohne Registrierung agieren und dafür nur selten bestraft werden, kann die fehlende Registrierung jederzeit als Drohmittel gegen eine Kirche eingesetzt werden. Die Regierung kann diese Kirchen somit jederzeit schließen, wenn sie politisch nicht auf ihrer Seite stehen.
- **Kirchen werden daran gehindert, christliche Aktivitäten außerhalb von Kirchengebäuden zu organisieren:** In muslimisch geprägten Gebieten werden Aktivitäten im Freien oft nicht genehmigt. Mit solchen Aktivitäten würde man einen Angriff von Boko Haram riskieren.
- **Kirchliche Aktivitäten werden überwacht, behindert, gestört oder verhindert:** In Gegenden, in denen Boko Haram aktiv ist, werden kirchliche Aktivitäten behindert und manchmal auch angegriffen. Aufgrund der Vertreibung tausender Menschen können einige Kirchen zudem nicht normal operieren. Zusammenstöße zwischen Regierungstruppen und Aufständischen haben christliche Aktivitäten in den englischsprachigen Provinzen unterbrochen.
- **Christliche Gemeinschaften werden daran gehindert, Kirchengebäude zu bauen oder zu renovieren oder historische religiöse Stätten zu beanspruchen, die ihnen früher genommen wurden:** In Extrême-Nord, wo Boko Haram aktiv ist, würden Christen einen Angriff provozieren, wenn sie eine Kirche bauen würden. Zudem lässt die Regierung einige christliche Gruppen nicht zu, die somit nicht im Land tätig werden können, und dadurch auch daran gehindert werden, neue Kirchen zu bauen.

Auftreten von Gewalt

- Mindestens zehn Christen wurden im Berichtszeitraum von Boko-Haram-Kämpfern getötet. Da dies in den entlegenen Gebieten des Landes geschieht, wird oft wenig oder gar nicht darüber berichtet.
- Mehr als 1.000 Christen wurden von Kämpfern von Boko Haram oder im Kontext der Krise in den englischsprachigen Regionen angegriffen. Im Juli 2019 entführten Kämpfer von Boko Haram laut Medienberichten drei christliche Frauen bei einem nächtlichen Angriff auf ihr mehrheitlich christliches Dorf im Norden Kameruns aus ihren Häusern und schnitten ihnen die Ohren ab.

- Mindestens zwei Christen wurden von Sicherheitskräften der Regierung festgenommen. Einer davon war laut Berichten der katholischen Onlinezeitung „Crux“ ein katholischer Priester.
- Mindestens 15 Kirchen wurden angegriffen, einschließlich einer Kirche in Guitsena, vier Kirchen in Gossi und einer katholischen Schule und einem Krankenhaus in Toufou. Ein Bericht von „Barnabas Fund“ erwähnt zwei weitere Kirchen, die im christlich geprägten Dorf Gossi im Norden Kameruns am 11. Mai 2019 niedergebrannt wurden. Laut Berichten hat zudem die Armee Kirchen beschlagnahmt, um sie zu Baracken umfunktionieren.
- Weit über 300 christliche Privathäuser und Läden wurden angegriffen und beschädigt. Sie waren häufig Opfer von gezielten Angriffen von Boko Haram. Im Mai 2019 wurde beispielsweise berichtet: „In einer Gewaltorgie endete der Überfall von Boko-Haram-Kämpfern, die das Dorf plünderten, 67 Häuser und zwei Geschäfte beschädigten, Vieh töteten, Motorräder stahlen und gelagertes Getreide beschädigten.“ Im Januar 2019 griffen Kämpfer von Boko Haram zudem zwei christlich geprägte Dörfer an, beschädigten Kirchen und rissen 190 Häuser nieder.

7. Verfolgungssituation für Männer und Frauen

Wie Frauen Verfolgung erfahren:

- Entführung
- Ausschluss aus der Gemeinschaft
- Verweigerung des Sorgerechts für Kinder
- Beschlagnahme von Erbschaft und Besitz
- Diskriminierung/Schikane im Bildungsbereich
- Zwangsscheidung
- Zwangsverheiratung
- Vertreibung aus Wohnung/Wohnhaus
- (Haus-)Arrest durch die Familie
- Menschenhandel
- Körperliche Gewalt
- Verbale Gewalt

Christinnen im Norden Kameruns sind einer Vielzahl von Formen der Verfolgung ausgesetzt, die mit ihrem Status als Frau in der Gesellschaft zu tun haben. Boko Haram entführt häufig Frauen und Mädchen und zwingt sie, für sich zu arbeiten und Kämpfer zu heiraten. Wo Schulen noch geöffnet haben, schicken einige christliche Eltern ihre Töchter nicht mehr zur Schule, da sie um ihre Sicherheit fürchten müssen.

Wenn eine Christin einen Muslim heiratet und sie sich später trennen, besteht die Familie häufig darauf, dass die Kinder beim muslimischen Vater bleiben, damit sie muslimisch erzogen werden können.

Armut und finanzielle Abhängigkeit machen christliche Mädchen verletzlich. Zum Teil auch aufgrund der mangelnden Bildung sind Frauen in Kamerun häufig von ihren Ehemännern oder Vätern abhängig. Entscheiden sie sich, den christlichen Glauben anzunehmen, wird dies manchmal als offener Ungehorsam angesehen. Mädchen in dieser Situation werden dann manchmal in eine Ehe mit einem Nichtchristen gezwungen.

Viele Christen muslimischer Herkunft werden von ihren Familien isoliert oder gezwungen, umzuziehen. Damit wird versucht, sie dazu zu bewegen, ihre Haltung zu ändern. In einem Fall wurde eine junge christliche Mutter muslimischer Herkunft von ihrem Ehemann getrennt und dazu gezwungen, ihr ältestes Kind zurückzulassen. Aufgrund der Verfolgungssituation musste sie ihr zweites Kind bei ihrem muslimischen Bruder lassen, der es einem anderen muslimischen Nachbarn anvertraute.

Wie Männer Verfolgung erfahren:

- Entführung
- Ausschluss aus der Gemeinschaft
- Verweigerung des Sorgerechts für Kinder
- Beschlagnahme von Erbschaft und Besitz
- Wirtschaftliche Schikane im Berufs-/Geschäftsleben
- Falsche Anklagen
- Verhaftung durch die Behörden
- Zwangsrekrutierung zum Militärdienst oder durch Milizen
- Körperliche Gewalt
- Psychische Gewalt
- Verbale Gewalt

Generell betrifft männliche Christen die Diskriminierung in den Bereichen von Möglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt und Beförderungen. Sie erleben zudem Druck von Regierungsbeamten, wenn sie sich gegen Korruption stellen. Wenn sich ein Mann weigert, aufgrund seines christlichen Glaubens an unethischen Methoden teilzuhaben, wird er verspottet und als Feigling bezeichnet. Bekommt ein Mann aufgrund von Diskriminierung keine Arbeitsstelle, kann seine Familie nicht aufblühen. Für christliche Jungen gibt es nicht genügend Möglichkeiten zur Bildung. Boykotte treffen christliche Familien ökonomisch, finanziell und haben auch psychische Auswirkungen. In mehreren Fällen wurden Christen außerdem fälschlicherweise angeklagt und bekamen ein ungerechtes Gerichtsverfahren, wenn die gegnerische Partei muslimisch war.

Opfer von Entführungen sind meistens Männer oder Jungen, was ihre Familie ohne Familienoberhaupt und Versorger zurücklässt. Durch solche Angriffe haben sich die Gemeinschaften verkleinert und viele fliehen in sicherere Gebiete.

Junge Männer sind dem Druck ausgesetzt, an traditionellen Initiationsriten und anderen nichtchristlichen religiösen Ritualen teilzunehmen. Gewalt und Druck von außerhalb beeinträchtigen die Generationen innerhalb der Kirche unterschiedlich: Junge Männer etwa könnten dem Wort der Eltern und Gemeindeleiter weniger Gewicht zumessen und ihre Betonung der Gewaltlosigkeit ignorieren. Sie könnten versucht werden, sich zu rächen (wenn sie im Norden oder den englischsprachigen Regionen leben) oder sich gewalttätigen Demonstranten auf den Straßen anzuschließen.

8. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Laut dem Internationalen Bericht zur Religionsfreiheit von 2016 vom US-Außenministerium sind muslimische Kameruner gelegentlich Diskriminierungen ausgesetzt und werden von der Gesellschaft stigmatisiert, weil sie angeblich Boko Haram unterstützen würden.

9. Der Ausblick für Christen

Diktatorische Paranoia

Der amtierende Präsident ist seit Jahrzehnten im Amt. Er wird beschuldigt, die Rechte der Bürger zu verletzen. Seine Regierung hat die Meinungsfreiheit, Religionsfreiheit und Versammlungsfreiheit eingeschränkt. Einigen christlichen Gruppen wird die Genehmigung verweigert, im Land zu agieren. Nach derzeitigem Stand gibt es keine Anzeichen dafür, dass sich die Haltung der Regierung dazu ändert.

Islamische Unterdrückung

Der Norden des Landes leidet unter verheerenden Angriffen von Boko Haram. Die militante Gruppe hat sich neu formiert während die kamerunische Regierung mit dem Konflikt in den englischsprachigen Regionen beschäftigt war. Angriffe von Boko Haram sind zwar ein regional begrenztes Thema, werden aber sehr wahrscheinlich 2020 und darüber hinaus eine Herausforderung für Christen im Land bleiben.

Organisiertes Verbrechen und Korruption

Die außer Kontrolle geratene Korruption macht das Leben für fast alle Kameruner schwer und hilft zudem Boko Haram. Dieses Thema wird wahrscheinlich weiterhin für das ganze Land eine Herausforderung bleiben und besonders für Christen, wenn sie sich dagegenstellen.

Ethnisch oder traditionell begründete Anfeindungen

Diese Triebkraft der Verfolgung scheint weniger wichtig zu werden, da Anführer ethnischer Gruppen eine bessere Bildung genießen und auch vermehrt anderen religiösen Überzeugungen begegnen.

Konfessioneller Protektionismus

Diese Triebkraft der Verfolgung könnte in Kamerun in Zukunft noch eine größere Rolle spielen. Die Unterschiede zwischen den verschiedenen Kirchen betreffen nicht unbedingt theologische Fragen, sondern, wer mehr Mitglieder und die besseren Kirchengebäude hat. Sollte die Regierung protestantischen Freikirchen (häufig Pfingstgemeinden) erlauben, ohne Einschränkungen zu agieren, wird der Konfessionelle Protektionismus stark zunehmen.

zurück zur Länderübersicht

Indonesien: Platz 49

Zusammenfassung

Viele Christen muslimischer Herkunft erleben Verfolgung durch ihre Familie. Die Intensität der Verfolgung variiert jedoch und besteht meist aus Isolation, verbalen Angriffen usw. Nur ein kleiner Teil der Konvertiten muss körperliche Gewalt für seinen christlichen Glauben erleiden. Außerdem hängt der Grad der Verfolgung davon ab, in welcher Region Indonesiens sich all dies abspielt. Es gibt bestimmte Brennpunkte wie Westjava oder Aceh, in denen radikalislamische Gruppen stark sind und einen starken Einfluss auf Gesellschaft und Politik ausüben.

Sobald entdeckt wird, dass eine Kirche das Evangelium verkündigt, wie es viele evangelikale und Pfingstgemeinden tun, bekommt diese Probleme mit extremistischen islamischen Gruppen. Üblicherweise haben freikirchliche Gruppen auch Probleme bei der Beantragung von Baugenehmigungen für Kirchengebäude. Selbst wenn sie es schaffen, alle rechtlichen Vorgaben zu erfüllen (inklusive gewonnener Gerichtsprozesse), ignorieren lokale Behörden sie. Es gab Berichte von katholischen Kirchen, die ebenfalls Schwierigkeiten hatten, Baugenehmigungen zu erhalten. Trotz einer Abnahme von 5 Punkten im Weltverfolgungsindex 2020, ist die Punktzahl immer noch höher als in den Berichtszeiträumen von 2016 - 2018. Die Situation der Christen hat sich in den letzten Jahren verschlechtert, die indonesische Gesellschaft ist hinsichtlich des Islam konservativer geworden.

Beispiele aus dem aktuellen Berichtszeitraum

- Es gab mehrere Berichte aus verschiedenen Teilen des Landes, bei denen christliche Konvertiten von ihrer Familie festgehalten und ihre Mobiltelefone weggenommen wurden. Die meisten werden für mehrere Wochen isoliert und stehen einem Ausschluss aus dem Elternhaus gegenüber, sobald klar ist, dass ihr Glaubensübertritt ernst ist.
- Kinder von Christen werden oft ausgegrenzt und beschimpft. In einigen Regionen verbieten muslimische Familien ihren Kindern regelmäßig, mit christlichen Freunden zu spielen. Sie werden als Ungläubige bezeichnet und werden manchmal von muslimischen Religionslehrern lächerlich gemacht und gezwungen, im Klassenraum in der hintersten Reihe zu sitzen.
- Im Dezember 2018 wurden mindestens 11 Kreuze auf dem öffentlichen Friedhof von Giriloyo in Magelang/Zentraljava von unbekannten Tätern geschändet. Dies geschah kurz nach einem anderen Vorfall, bei dem Dorfbewohner in der Nähe der Stadt Yogyakarta die Entfernung eines Kreuzes von einem katholischen Grab forderten.

1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 60 Punkten belegt Indonesien Platz 49 auf dem Weltverfolgungsindex 2020.

Im vergangenen Jahr stand das Land auf Platz 30 mit einer Punktzahl von 65 Punkten. Der Rückgang um fünf Punkte im Vergleich zum Weltverfolgungsindex 2019 ist vor allem darauf zurückzuführen, dass im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2020 keine Tötungen von Christen und vor allem keine Selbstmordanschläge auf christliche Kirchen gemeldet wurden, obwohl nach Angaben der Behörden Anschläge vereitelt wurden. Dies führte zu einem Rückgang der Punktzahl für Gewalt auf 5,5 Punkte. Der Druck auf Christen hingegen ist in allen Lebensbereichen stärker geworden und betrifft alle Kategorien von Christen. Die Nachwirkungen der Selbstmordanschläge auf die Kirchen in Surabaya im Mai 2018 sind für die Christen im Land immer noch spürbar.

2. Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung

Indonesien ist ein Land, das durch seine Vielfalt sowohl gesegnet als auch herausgefordert ist. Es beheimatet die größte muslimische Bevölkerung der Welt, deren vorherrschende Ausprägung des Glaubens traditionell eher tolerant ist, was Minderheiten gewisse Freiheiten einräumt. Oft wird der Glaube als „Islam Nusantara“ oder „Inselislam“ bezeichnet, ein Begriff, der von der größten muslimischen Organisation „Nahdlatul Ulama“ geprägt wurde und sich auf die einmalige Topographie des Archipels mit seinen 17.000 Inseln und seine Vielfalt bezieht.

Sowohl hinsichtlich seiner Geografie als auch seiner Religion ist Indonesien eines der am stärksten dezentralisierten Länder der Erde. Obwohl die Verfassung Indonesiens Religionsfreiheit zusichert, gelten in verschiedenen Regionen und Territorien des Landes unterschiedlichste islamische Gesetzesergänzungen, inklusive der Scharia in der Provinz Aceh. Obwohl einige radikale und sogar gewalttätige islamische Gruppen offiziell verboten wurden, üben sie weiterhin einen erheblichen Einfluss aus. Die Behörden lernen eine Lektion, die Regierungen auf der ganzen Welt gerade lernen: Ein einfaches Verbot radikal-islamischer Gruppen lässt sie nicht verschwinden. Oft tauchen sie einfach unter einem anderen Namen wieder auf.

Indonesiens Universitäten sind bekanntermaßen Brutstätten der islamischen Radikalisierung, und so ist es nicht verwunderlich, dass eine im Mai 2018 von der indonesischen Regierung veröffentlichte Studie ergab, dass eine wachsende Zahl von Studenten islamistische Ansichten vertritt. Geld aus Saudi-Arabien fließt zu Bildungszwecken nach Indonesien und bewirkt, dass die wahhabitische Ideologie ins Land gebracht wird. Die schwere Aufgabe, intoleranten und manchmal absolut christenfeindlichen Einstellungen zu begegnen, wurde zuletzt durch eine Forschungsarbeit deutlich, die die Unterschiede der 34 Provinzen Indonesiens diskutiert. Sie wurde am 1. Juni 2018 von der Online-Plattform „New Mandala“ vorgestellt. In der Studie wurden Stellungnahmen zu fünf Aussagen erfragt wie

1. „Christen sind oft unehrlich und selbstsüchtig“.
2. „Indonesien wäre ein besserer Ort, wenn es keine Christen im Land gäbe“ oder
3. „Christen haben das Recht, als Verwaltungschef, Bürgermeister oder Gouverneur gewählt zu werden, auch in Regionen, in denen Muslime die Mehrheit bilden“.
4. „Ich wäre dagegen, dass in meiner Nachbarschaft eine Kirche gebaut wird“.

5. „Christen muss es erlaubt sein, Demonstrationen gegen die Diskriminierung ihrer Religion zu organisieren“.

Trotz einiger Bedenken hinsichtlich der verwendeten Methodik sind die Resultate deutlich genug: „Generell gesprochen, ist Aceh am wenigsten tolerant, am tolerantesten ist Nordkalimantan. Unter den Provinzen auf Java ist Banten die am wenigsten tolerante, gefolgt von Jakarta, Jawa Barat, Jawa Timur und Yogyakarta. Die radikale Ideologie breitet ihre Wurzeln aus, und nicht nur Christen sind davon betroffen; auch muslimische Minderheitengruppen wie die Ahmadis leiden darunter.

Religiös motivierter Nationalismus

Wie bereits erwähnt, ist Indonesien eines der vielfältigsten Länder der Erde, was Sprache, Ethnie oder Religion betrifft. Ein weiteres Beispiel dafür ist die vorwiegend hinduistische Insel Bali. Wenn ein Hindu Christ wird, steht er oder sie unter einem starken Druck von Familie, Freunden und Nachbarn, zum Glauben der Vorväter zurückzukehren.

3. Verfolger

Ausgehend von Islamischer Unterdrückung

- **Gewalttätige religiöse Gruppen:** Es gibt eine Vielzahl von gewalttätigen und teilweise terroristischen Gruppen, von denen zwei von der Regierung verboten wurden: Hizb-ut Tahrir Indonesien im Mai 2017 und Jemaah Anshorut Daulah im Juli 2018. Im Alltag wirken Gruppen wie die Islamic Defender Front (FPI), das Islamic Community Forum (FUI), die Islamic Jihad Front (FJI) und der Indonesische Mudschahedin-Rat (MMI) viel stärker auf die christlichen Gemeinden ein und stehen beispielsweise hinter Aktionen gegen die Kirchen. Diese Organisationen üben einen zunehmenden Einfluss auf Gesellschaft und Politik aus. Sie verwenden öffentlich strenge religiöse Interpretationen, um die Umsetzung der Scharia und die Verletzung der Rechte religiöser Minderheiten zu rechtfertigen. Sie sind in der Lage, hunderttausende Menschen für Demonstrationen auf die Straßen zu bringen, zudem werden sie von manchen Politikern und Parteien benutzt, um einen Vorteil in den Wahlen zu erlangen.
- **Gewöhnliche Bürger:** Lokale Gemeinschaften werden immer aktiver, Kirchengemeinden daran zu hindern, sich zu treffen. Sie beschweren sich über deren Präsenz, beispielsweise mit dem Argument, dass sie ihren islamischen Glauben rein halten müssen, und die Präsenz einer christlichen Kirche erschwere dies. Auch die steigende Popularität sehr konservativer islamischer Prediger im Internet trägt zu dieser Haltung bei. Dies kann manchmal zu Mobgewalt und zur erzwungenen Schließung von Gotteshäusern führen, oft vorangetrieben durch die genannten gewalttätigen religiösen Gruppen. Mit der Einführung einer Reporting-App namens "Smart Pakem" wurde es für die Bürger noch einfacher, über religiöse Minderheiten zu berichten.
- **Regierungsbeamte:** Die Regierung an sich ist auf der nationalen Ebene kein Verfolger, obwohl sie sich auch nicht zu sehr um die Situation der religiösen Minderheiten bemüht. Alle Regierungsbeamten haben geschworen, der nationalen Ideologie des Landes, Pancasila, zu folgen und sie zu verteidigen. In der Praxis jedoch machen es Regierungsbeamte (vor allem auf lokaler Ebene) den Christen schwer, Genehmigungen für Kirchen zu erhalten und versäumen absichtlich, Täter, die Verbrechen gegen Christen begangen haben, vor Gericht zu bringen. In vielen Fällen sind die Beamten mehr darauf bedacht, die Harmonie in einer Gemeinschaft zu bewahren, als die Rechte der Minderheit zu schützen. Dies ist von Region zu Region

unterschiedlich, aber im Allgemeinen gilt auch hier die Liste der Provinzen, die oben im Abschnitt Triebkräfte der Verfolgung genannt wurden.

- **Nichtchristliche religiöse Leiter:** Verfolgung geht von extremistischen islamischen Leitern aus, die durch ihre Predigten in Moscheen und auch in Massenmedien Hass gegen Christen und andere religiöse Minderheiten schüren, besonders im Internet und in den sozialen Medien. Manche waren in der Vergangenheit auch schon bei der Planung von Anschlägen beteiligt. Wenn normale Bürger aufgewiegelt werden, um gegen eine Minderheit vorzugehen, werden sie oft von (ihren) religiösen Leitern angeführt. Dies können Leiter aus der örtlichen Moschee sein, aber ebenso Anführer von außerhalb der Ortschaft.
- **Die eigene (Groß-)Familie:** In vielen Fällen werden die christlichen Konvertiten von ihren eigenen Familien dazu gedrängt, zu ihrem ursprünglichen Glauben zurückzukehren. Manchmal kappt die Familie einfach alle Verbindungen. Im Allgemeinen ist soziale Ächtung und verbaler Missbrauch eine alltägliche Erfahrung für Konvertiten. Obwohl körperliche Gewalt selten ist, ziehen viele Christen anderer Herkunft es vor, wenn möglich, in größere Städte zu ziehen.
- **Politische Parteien:** Einige politische Parteien haben eine islamische Agenda. Mehrere konservative muslimische Parteien, z.B. die PKS, sind dafür bekannt, dass sie ihr Ziel, eine rein islamische Nation zu gründen, vorantreiben. Oft sind es ihre Vertreter, die hinter den Entwürfen und der Verabschiedung Scharia-inspirierter Vorschriften, auch im Bereich der Bildung, stehen, obwohl sie auf nationaler Ebene nur relativ wenig Unterstützung durch Wählerstimmen erhalten. Sie stehen im Verdacht, Verbindungen zu einigen der gewalttätigen Selbstschutzgruppen zu haben, vermeiden aber sorgfältig jede sichtbare Verbindung.

Ausgehend von Religiösem Nationalismus

- **Die eigene (Groß-)Familie:** Der stärkste Druck für Christen anderer Herkunft kommt von ihrer eigenen Familie. Sie versuchen konstant, den Konvertiten zu überzeugen, zu seinem traditionellen Glauben zurückzukehren. Die Intensität des Drucks variiert von Familie zu Familie.
- **Nichtchristliche religiöse Leiter:** Christen aus dem Hinduismus stehen unter dem Druck ihrer religiösen Leiter, die den Austritt aus dem Hinduismus als eine ernsthafte Schwächung ihrer Gemeinschaft sehen, die sich bereits in einer Minderheitsposition befindet. Sie werden ihren Einfluss in der Gemeinschaft nutzen, um sich Glaubensübertritten zu widersetzen und, wenn möglich, die Konvertiten wieder zum Hinduglauben zu bringen.
- **Gewöhnliche Bürger:** Zusätzlich zu dem bereits oben erwähnten Druck zeigen Freunde, Nachbarn und Gemeindemitglieder den Konvertiten oft, dass sie sich selbst aus der Gesellschaft ausgeschlossen haben. Das gilt besonders für ländliche Gegenden.

4. Regionale Brennpunkte der Verfolgung

Die hauptsächliche Brutstätte der Verfolgung in Indonesien ist die Provinz Aceh an der Nordwestspitze von Sumatra, die einzige Provinz, die der Scharia unterliegt. Dort wurden im Oktober 2015 Kirchen in großem Stil geschlossen und der Bau neuer Kirchen ist dort viel schwieriger als in anderen Provinzen - ja fast unmöglich. Christen muslimischer Herkunft laufen Gefahr, in vielen Teilen Indonesiens auf heftigen Widerstand zu stoßen, aber die Konvertiten in Aceh sehen sich wahrscheinlich dem stärksten Druck ausgesetzt.

Weitere Hotspots sind Regionen innerhalb der Provinzen West-Sumatra (Sumatera Barat), Banten und Westjava (Jawa Barat). Die Anti-Terror-Einheit der Polizei, Densus 88, geht gegen potenziell gewalttätige extremistisch-islamische Aktivitäten im ganzen Land wirkungsvoll vor.

5. Betroffene Christen

Christen aus traditionellen Kirchen

Dies sind Gruppen wie die römisch-katholische Kirche, aber auch Kirchen, die in Verbindung mit verschiedenen Ethnien stehen (wie die „Batak Christian Protestant Church"). Sie werden überwacht und erleben Verfolgung, wenn festgestellt wird, dass sie wachsen. Die traditionellen Kirchen in ärmeren Regionen wie Papua, Nusa Tenggara Timur und Mentawai erleben aggressive Islamisierungsversuche, besonders unter Kindern.

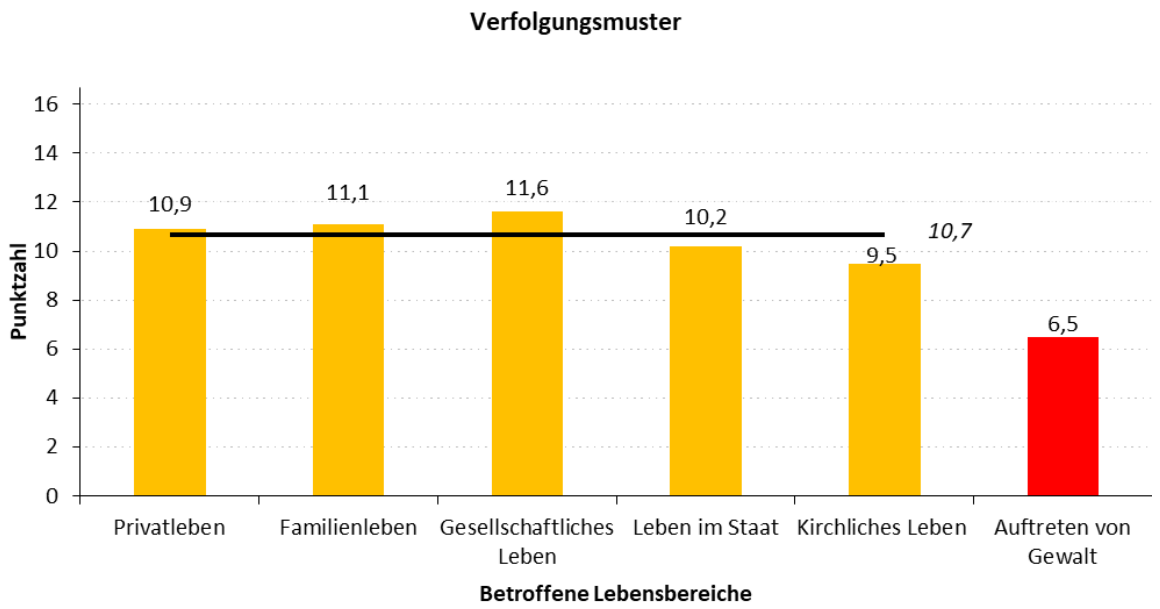
Christen muslimischer Herkunft

Die meisten Konvertiten kommen aus einem muslimischen Hintergrund und stehen der schwersten Verfolgung gegenüber, besonders in den Brennpunkten. Dort werden sie streng überwacht und versuchen, in ihrem Umfeld nicht aufzufallen. Wenn ihr Glaubenswechsel bekannt wird, werden sie unter Druck gesetzt, ihren neuen Glauben aufzugeben. Ähnlich verhält es sich auf der überwiegend hinduistischen Insel Bali: Wenn ein Hindu Christ wird, steht er/sie unter starkem Druck. Der Druck auf die Konvertiten kommt hauptsächlich von der Familie, von Freunden, dem Umfeld und den lokalen Behörden.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Die Hauptgemeinden in dieser Kategorie sind baptistische, evangelikale und pfingstliche Gemeinden. Sie fallen zumeist durch ihre oft leidenschaftliche Verkündigung der christlichen Botschaft auf, was dazu führt, dass sie sowohl ins Fadenkreuz ihres sozialen Umfelds, als auch extremistisch-islamischer Gruppierungen geraten. Eine Kirche zu bauen oder zu renovieren, kann sehr kompliziert sein: Die Behörden müssen eine Genehmigung erteilen und islamistische Gruppen und Nachbarn versuchen oft, den eigentlichen Bauprozess zu behindern. Dies kann alle Konfessionen betreffen, wie sich in Jambi zeigte, wo eine Methodisten-, eine Pfingst- und eine Huria-Kristen-Kirche (lutherische Kirche) geschlossen wurden. Zu diesem Problem ist anzumerken, dass katholische Kirchen denselben Problemen gegenüberstehen können, wenn es um Neubau oder Renovierung von Kirchengebäuden geht.

6. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Indonesien

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Der durchschnittliche Druck auf Christen in Indonesien weist ein hohes Maß auf und stieg von 10,5 Punkten im Weltverfolgungsindex 2019 auf 10,7 im dem Weltverfolgungsindex 2020.
- Der Druck ist im Bereich des gesellschaftlichen Lebens und des Familienlebens am höchsten, gefolgt vom Privatleben. Dieses Muster ist typisch für eine Situation, in der Christen muslimischer Herkunft die stärkste Verfolgung erleben.
- Im Weltverfolgungsindex 2020 hat sich der Wert für Gewalt gegen Christen fast halbiert und ist wieder auf sein "normales" Niveau um die 6,5-Punkte-Marke zurückgegangen. Der Wert hatte im Weltverfolgungsindex 2019 aufgrund des dreifachen Selbstmordanschlags auf Kirchen in Surabaya im Mai 2018 12,0 Punkte betragen. Die Mitteilung der Polizei, dass im Berichtszeitraum für den Weltverfolgungsindex 2020 weitere Angriffe auf Kirchen vereitelt wurden, erinnert daran, wie brisant die Situation nach wie vor ist.

Zu jedem der Lebensbereiche sind im Folgenden jeweils ausgewählte Teilaspekte genannt, die im betreffenden Lebensbereich für die Christen zu den gravierendsten Schwierigkeiten gehören.

Privatleben

- **Eine Hinwendung zum christlichen Glauben wird abgelehnt, verboten oder bestraft:** Während es legal ist, von einer Religion zur anderen zu konvertieren, zumindest was die sechs offiziell anerkannten Religionen betrifft, wird die Hinwendung zum christlichen Glauben von vielen Familien verachtet und sogar strikt abgelehnt. Es gibt Fälle, in denen Konvertiten aus ihren Familien ausgeschlossen wurden und mit weiteren Problemen rechnen müssen, z.B. wenn sie versuchen, die Religion auf ihrem Ausweis umschreiben zu lassen. Mit diesem Wissen

ziehen es die meisten Konvertiten vor, nicht aufzufallen und ihren neu gewonnenen Glauben für sich zu behalten.

- **Es ist ein Risiko für Christen, über ihren Glauben mit anderen als mit ihren engsten Familienangehörigen zu sprechen:** Da die Hinwendung zum christlichen Glauben nicht als Privatsache angesehen wird, werden die Mitglieder der Familie und der Gesellschaft nicht stillschweigend zuhören, wenn die Bekehrten über ihren Glauben sprechen. Aber auch andere Christen müssen weise sein in dem, was sie sagen und zu wem. Dies gilt insbesondere in den Brennpunkten wie Aceh, Ostjava, Banten, Westjava und West-Sumatra, aber auch zunehmend an anderen Orten.
- **Es ist für Christen riskant, christliche Bilder oder Symbole zu zeigen:** Während es normalerweise kein Problem ist, christliche Symbole zu Hause zu tragen oder zu zeigen, ist dies bei Konvertiten oft anders, da es auf ihren neuen Glauben hinweist und daher unerwünschte Aufmerksamkeit auf sich zieht. In Regionen, in denen der Islam immer strenger wird, ziehen es selbst Christen aus traditionellen Kirchen und protestantischen Freikirchen oft vor, kein sichtbares christliches Symbol zu tragen, um keinen Ärger in ihrem sozialen Umfeld zu provozieren.
- **Es ist gefährlich für Christen, ihrem Glauben in schriftlicher Form persönlich Ausdruck zu geben:** Für Christen, die aus einem muslimischen oder hinduistischen Hintergrund kommen, ist es gefährlich, ihre Identität auf diese Weise zu offenbaren, und deshalb drücken sie ihren Glauben selten in schriftlicher Form aus. Besonders seit dem Fall des Ex-Gouverneurs Ahok sind die Christen zunehmend vorsichtig, um nicht den Zorn der Öffentlichkeit zu provozieren. Zur Erinnerung an das, was passieren kann, wurde ein Prediger, ein Konvertit, 2018 zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt, weil sein Video über den christlichen Glauben über Facebook verbreitet wurde, was die Öffentlichkeit verärgert hat.

Konvertiten sind nicht nur auf die oben beschriebene Weise eingeschränkt. Sie müssen jederzeit vorsichtig sein, wie sie ihren Glauben leben, besonders dann, wenn sie die einzigen Christen in ihrer Familie sind. Bibeln und andere christliche Literatur müssen sorgfältig versteckt werden und können nur im Geheimen gelesen werden, um Konflikte zu vermeiden. Gemeinschaft mit anderen Christen kann unter diesen Umständen herausfordernd werden, da sie sich und andere in Gefahr bringen.

Es gibt auch ein wachsendes Interesse an der Überwachung der Religion der Menschen. Der IRF-Bericht des US-Außenministeriums 2018 vermerkt auf Seite 8: "Im Dezember 2018 berichteten Medien und Menschenrechtsgruppen, dass die Regierung eine Smartphone-App namens Smart Pakem veröffentlicht hat, die es den Bürgern erlaubt, Ketzerei- oder Blasphemie-Berichte gegen Gruppen mit, nach Ansicht der Regierung, inoffiziellen oder unorthodoxen religiösen Praktiken einzureichen. Jakartas Staatsanwaltschaft startete die App, die, wie sie erklärte, darauf abzielte, das Meldesystem für Ketzerei und Blasphemie zu vereinfachen". Obwohl diese App nicht speziell gegen Christen gerichtet ist, zeigt sie die Einstellung gegenüber Minderheiten.

Familienleben

- **Wegen des christlichen Glaubens ihrer Eltern werden Kinder diskriminiert oder schikaniert:** Viele christliche Kinder werden wegen ihres Glaubens in der Schule schikaniert; sie werden manchmal "kafir" (Ungläubige) genannt, ihnen wird gesagt, dass Gott nur den Islam anerkennt und dass die Christen in die Hölle kommen werden. Es gibt Berichte, dass Mobbing aus Glaubensgründen auch auf höheren Bildungsebenen vorkommen kann, wie z.B. an

Universitäten, wo sogar einige Dozenten Studenten, die Christen sind, offen verspotten. In einigen Regionen kann sich das Mobbing zu Einschüchterung oder Druck entwickeln, den christlichen Glauben zu verleugnen. Viele muslimische Familien verbieten ihren Kindern, mit christlichen Kindern zu spielen.

- **Kinder christlicher Eltern werden dazu gedrängt, an nichtchristlichem Unterricht oder dem allgemeinen Religionsunterricht teilzunehmen:** Die Regierung hat eine Verordnung erlassen, nach welcher Schulen christliche Lehrer für den Religionsunterricht zur Verfügung stellen müssen. Viele Schulen auf der Distrikts-/Provinzebene wie in Aceh, Madura, Nusa Tenggara Barat oder West-Sumatra haben jedoch Schwierigkeiten, christliche Lehrer zu finden. Das bedeutet, dass viele christliche Kinder den Islamunterricht besuchen müssen, oder sie werden in eine Kirche außerhalb der Schule geschickt, um christlichen Unterricht zu erhalten. Obwohl die Christen, die den islamischen Unterricht besuchen, in der Regel die Prüfungen bestehen, ist es sehr schwer für sie, gute Noten zu bekommen. Um solchen Druck zu vermeiden, schicken christliche Eltern, die es sich leisten können, ihre Kinder auf eine Privatschule.
- **Christliche Paare werden aufgrund ihres Glaubens daran gehindert, Kinder zu adoptieren oder Pflegekinder aufzunehmen:** Rechtlich gesehen müssen die Ehegatten, die ein Kind adoptieren, demselben Glauben oder derselben Religion angehören wie die biologischen Eltern des Kindes. Wenn die Religion der biologischen Eltern des Kindes nicht bekannt ist, wird die Religion der Mehrheit der Bevölkerung in der Region als Grundlage verwendet.
- **Christliche Taufen werden be- oder verhindert:** Die Taufe war schon immer ein Problem für Christen anderer Herkunft. Christen im Bima-Distrikt der NTB-Provinz müssen etwa jedes Mal, wenn sie jemanden taufen wollen, die Stadt verlassen. Das kann eine sechsstündige Fahrt bedeuten. Auch aus Aceh, West- und Ostjava, wo Christen ihre Nachbarschaft verlassen mussten, um sich taufen zu lassen, wird von Behinderungen berichtet. Einige Konvertiten bekommen Angst, wenn ihre Mentoren oder Leiter sie ermutigen, sich taufen zu lassen.

Im Bereich der Familie sind die Bekehrten mit einer größeren Vielfalt von Problemen konfrontiert als andere Christen. Wenn der Glaube der Konvertiten entdeckt wird, verlieren sie nicht nur ihr Erbrecht, sondern werden oft auch geschieden und verlieren das Sorgerecht für ihre Kinder. Das Organisieren einer Taufe, einer christlichen Hochzeit oder Beerdigung kann in den Brennpunkten schwierig bis unmöglich sein, besonders für Konvertiten. Nach dem traditionellen islamischen Recht verliert ein Christ muslimischer Herkunft alle Erbrechte. Oftmals geschieht dies nicht durch eine formale Entscheidung, sondern einfach dadurch, dass alle Verbindungen zur Familie gekappt werden. Auch Christen hinduistischer Herkunft verlieren häufig ihr Erbrecht, da die Familien nichts mehr mit ihnen zu tun haben wollen.

Gesellschaftliches Leben

- **Christen erfahren wegen ihres Glaubens Benachteiligungen im Bereich der Bildung:** Bildung ist der hauptsächliche Bereich, in dem die Diskriminierung von Christen in Indonesien stattfindet. Es gibt Berichte aus vielen Provinzen wie Aceh, West-Sumatra, West- und Ostjava, Nusa Tenggara Barat und Gorontalo, die darauf hinweisen, dass Diskriminierung häufig vorkommt und die Zahl der Christen, die an angesehenen öffentlichen Universitäten studieren dürfen, sehr begrenzt ist. Viele christliche Studenten, die begabt sind, entscheiden sich für ein Studium im Ausland, wenn ihre Eltern wohlhabend genug sind, oder für ein Studium an christlichen Universitäten, die ebenfalls teuer sind und deren Qualität im Vergleich zu öffentlichen Universitäten oft schlechter ist. Es gibt einige Stipendien, die von der Regierung

für indonesische Studenten bereitgestellt werden, um an angesehenen Universitäten im In- und Ausland zu studieren, aber sie werden hauptsächlich an muslimische Studenten vergeben.

- **Christen werden von ihrem sozialen Umfeld unter Druck gesetzt, ihrem Glauben abzusagen:** Dieser Druck wird stark auf Christen mit muslimischem Hintergrund ausgeübt und kann dazu führen, dass Konvertiten dem Druck nicht mehr standhalten und zum Islam zurückkehren. Dieser Druck kann aber auch auf Christen ohne Konversionshintergrund ausgeübt werden, besonders an Orten wie Aceh, West-Sumatra, Bima (NTB) und Madura (Ostjava). Dieser Druck zeigt sich normalerweise in subtilen Formen wie "Witzen" oder hilfreichen Ratschlägen. In anderen Orten wie Mentawai (West-Sumatra), Papua, Nusa Tenggara Timur oder Jambi (beim Stamm der Anak Dalam) ist der Druck, zum Islam zu konvertieren, mit der Verpflichtung verbunden, etwas über den Islam zu lernen, wenn sie finanzielle und pädagogische Unterstützung und medizinische Versorgung erhalten wollen.
- **Christen wird wegen ihres Glaubens der Zugang zu gemeinschaftlich genutzten Ressourcen erschwert:** Es wurde über Fälle berichtet, in denen Christen Zugang zu öffentlichen Diensten (wie Gesundheit und Bildung) suchten, aber nur einen minderwertigen Service erhielten. Es gab Berichte von Fällen, in denen es Christen nicht erlaubt wurde, in Komitees der Schule ihrer Kinder aktiv zu werden oder Positionen in sozialen Organisationen einzunehmen. In ganz Indonesien gibt es einen wachsenden Trend zu ausschließlich muslimischen Wohngebieten ("Scharia-Wohnkomplexe"), in denen einige Bauträger Wohnkomplexe nur für muslimische Bewohner bauen und es Nichtmuslimen verboten ist, dort ein Haus zu mieten/zu kaufen. Die ausschließlich von Muslimen bewohnten Komplexe in und um Jakarta schießen wie Pilze aus dem Boden. 81 solcher Gebiete wurden in den letzten Jahren eröffnet und weitere sind geplant, um die steigende Nachfrage zu befriedigen. Dieser Trend wird es Regierungspolitikern erschweren, Indonesien als eine multikulturelle, mehrsprachige und multireligiöse Gesellschaft zu bewahren, die auch die Rechte von Minderheiten respektiert.
- **Christen werden in der Erwerbstätigkeit, sei es im privaten oder öffentlichen Sektor, aufgrund ihres Glaubens diskriminiert:** Die Diskriminierung von Christen an der Arbeitsstelle, besonders in der öffentlichen Verwaltung und auf der regionalen Ebene ist normal, aber nicht auf der nationalen Ebene. Natürlich ist es schwer zu beweisen, dass Diskriminierung religiöse Motive hat, aber es gibt viele Berichte darüber. In Zentraljava, NTB und Aceh finden es viele Christen schwer (oder sogar unmöglich), befördert zu werden. Konvertiten sehen sich mit diskriminierendem Verhalten ihrer Arbeitgeber und Kollegen konfrontiert, wenn diese von ihrem christlichen Glauben erfahren. Schülern schlechte Noten im Religionsunterricht zu geben soll verhindern, dass die Schüler die Mindestvoraussetzungen für eine Beamtenlaufbahn erfüllen. Folglich schaffen es nur wenige Christen in den öffentlichen Dienst. Im Juni 2019 bezog sich der indonesische Verteidigungsminister öffentlich auf eine unveröffentlichte Studie, die zeigte, dass 3% der Soldaten - rund 12.000 Angehörige der Streitkräfte - extremistischen islamischen Ansichten gegenüber positiv eingestellt sind. Ebenfalls im Juni 2019 zeigte ein Bericht, dass sich die extremistische islamische Ideologie im öffentlichen Dienst und in verschiedenen Ministerien ausbreitet. Aus diesem Grund sollen in Zukunft hochrangige Beamte überprüft werden.

Einige Kirchen in Zentraljava berichten, dass sie weiterhin gezwungen sind, "uang keamanan" (Schutzgeld) an radikale Gruppen zu zahlen, damit sie im Gegenzug Sonntagsgottesdienste abhalten dürfen, eine Praxis, die auch das US-Außenministerium in seinem IRF-Bericht 2018 feststellt (Seite 12). Die allgemeine Voreingenommenheit gegenüber Christen in der Gesellschaft wurde in einer im Mai

2018 veröffentlichten Forschungsarbeit hervorgehoben, die zeigte, wie intolerant (und manchmal auch wie total anti-christlich) die Haltung in allen 34 Provinzen Indonesiens sein kann.

Leben im Staat

- **Christen sind Opfer von Hetzkampagnen:** Hassreden gegen Christen und christliche Führer sind fast überall in Indonesien zu finden, sogar in den sogenannten christlichen Gebieten wie Nord-Sumatra. In vielen Predigten und Vorträgen in Moscheen und anderen Orten werden Christen oft verleumdet und als Sündenböcke hingestellt. Verleumdungskampagnen finden aber auch in schriftlicher Form statt, zum Beispiel als Plakate und Transparente, die Anschuldigungen gegen Christen erheben oder die Präsenz von Kirchen ablehnen. Dies geschah im öffentlichen Raum in Gebieten in Aceh, West-Sumatra, Zentraljava, Ostjava, NTB und Westjava.
- **Christen erleben Einschränkungen in der öffentlichen Meinungsäußerung:** In den letzten drei Jahren - ein Auslöser war der Fall Ahok - sind Christen sehr vorsichtig geworden, ihre Ansichten in der Öffentlichkeit mitzuteilen, besonders wenn es um Religion geht. Selbst viele gemäßigte Muslime werden immer vorsichtiger. Aussagen, die als gegen den Islam gerichtet wahrgenommen werden, enden schnell mit einer Anklage wegen Blasphemie, ein Vorfall bezüglich der Politikerin Grace Natalie wird weiter unten (am Ende dieses Abschnitts "Leben im Staat") wiedergegeben.
- **Christen werden aufgrund ihres Glaubens von öffentlichen Ämtern weitgehend ausgeschlossen** Wenngleich ein öffentliches Amt ihnen nicht grundsätzlich verwehrt wird, gibt es doch eine „gläserne Decke“, die begrenzt, wie weit Christen aufsteigen können. So wird die Beförderung von Christen behindert. Dies ist gängige Praxis und viele Christen in ganz Indonesien sind hiervon betroffen. Im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2020 wurden Fälle aus Aceh, West-Sumatra, West- und Ostjava und NTB gemeldet. Eine besondere Kampagne ist ein Beispiel für die wachsende Denkweise dahinter: Sure 51 des Korans ("al Maidah") wurde hervorgehoben, um die Muslime zu ermutigen, nur muslimische Kandidaten zu bestimmen und zu wählen. Dieses Denken gilt vor allem für die politische Führung, aber auch für administrative Positionen. Die Einstellung gegenüber Christen ist oft negativ und selbst in toleranteren Städten wie Jakarta werden nicht-muslimische Beamte regelmäßig wegen ihres Glaubens diskriminiert.
- **Die Verfassung oder eine vergleichbare nationale Gesetzgebung schränkt die Religionsfreiheit gemäß Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte ein:** Die Verfassung schränkt die Freiheit von Christen nicht direkt ein, aber sie erkennt nur sechs Glaubensrichtungen an: Islam, Katholizismus, Protestantismus, Hinduismus, Buddhismus und den Konfuzianismus. Das Verfassungsgericht hat in einem Urteil vom 7. November 2017 klar entschieden, dass alle Religionen gleich zu behandeln sind, auch die indigenen Religionen. Die Umsetzung ist jedoch noch lückenhaft und nur wenige Kommunen wenden sie tatsächlich an. Angesichts des Widerstandes, mit dem sie konfrontiert ist, ist es unwahrscheinlich, dass diese Entscheidung in naher Zukunft landesweit umgesetzt wird. Die Gesetzgebung auf lokaler Ebene schränkt die Religionsfreiheit oft ein. Auch die Freiheit der Christen, ihre Religion zu zeigen, wird durch einen "Präsidialerlass über religiöse Harmonie, die Ermächtigung von Foren für religiöse Harmonie und den Bau von Gotteshäusern" aus dem Jahr 2006 behindert, der es schwierig macht, Baugenehmigungen für Kirchengebäude zu erhalten. Mehrere Provinzen haben schariakonforme Zusatzgesetze eingeführt, die auch die Christen betreffen.

Ein Beispiel für den Missbrauch von Blasphemiegesetzen ist die strafrechtliche Ermittlung gegen die Gründerin einer neuen politischen Partei, der ethnischen Chinesin und protestantischen Christin Grace Natalie. (Ihre Partei hat bei den Wahlen im April 2019 die 4 %-Stimmenschwelle nicht überschritten.) Das US-Außenministerium schildert in seinem IRF-Bericht 2018: "Im November 2018 versprach Grace Natalie, ein ethnisch chinesisches protestantisches Mitglied der Indonesischen Solidaritätspartei, dass die Partei keine diskriminierenden lokalen Gesetze unterstützen würde, die auf 'der Bibel oder der Scharia' basieren, und forderte ein Ende der Zwangsschließung von Gotteshäusern. Eggi Sudjana, ein Mitglied der rivalisierenden Nationalen Mandatspartei, meldete ihre Kommentare als potentiell blasphemisch. Die Polizei hat sie zu einem siebenstündigen Verhör vorgeladen". Obwohl der Fall anscheinend nicht weiter verfolgt wird, zeigt er, wie bereitwillig die Behörden auf den Vorwurf der Blasphemie reagieren.

Kirchliches Leben

- **Es ist schwierig, als Kirche eine Registrierung oder einen Rechtsstatus zu bekommen:** Kirchen kämpfen mit massiven Problemen bei der Registrierung von Kirchengemeinden und beim Bau von Kirchengebäuden. Auf der Grundlage des revidierten Gemeinsamen Ministerialerlasses von 2006 kann eine Kirche nur dann tätig werden, wenn: 1) ihre Kongregation mindestens 90 Mitglieder hat, 2) sie die Zustimmung von 60 Nachbarn eines anderen Glaubens erhielt und 3) sie die Zustimmung sowohl des Verwaltungschefs einer Provinz als auch des interreligiösen Harmonieforums hat. Viele Kirchen haben Schwierigkeiten, diese Genehmigung zu bekommen, auch wenn sie alle Auflagen erfüllen. Und selbst wenn sie eine Genehmigung erhalten, haben sie keine Garantie, dass die Regierung oder die lokale Polizei sie schützen oder die Genehmigung durchsetzen wird.
  In einem Fall übermittelte eine Gemeinde ihren Antrag auf Anerkennung bereits vor fünf Jahren und hat seitdem nie wieder etwas von den Behörden gehört. In anderen Fällen blockieren extremistische Gruppierungen einfach die Eingänge der Kirchengebäude: Die Behörden setzen dann das Gesetz nicht um, selbst wenn die Gerichte im Sinne der Kirchen entschieden haben. Wegen der Schwierigkeiten, mit denen sie zu rechnen haben, versuchen viele Kirchen gar nicht erst, eine Genehmigung zu erhalten. Basierend auf einer Studie der Nationalen Kommission für Menschenrechte (Komnas HAM) haben 85% aller für Religionszwecke genutzten Gebäude in Indonesien keine korrekte Genehmigung, besonders in ländlichen Gebieten. Das beinhaltet Moscheen, Kirchen und die Gebäude anderer Religionen. Bevor eine Kirche gebaut werden darf, verlangt die Lokalregierung von Aceh, dass die Gemeinde 150 Unterschriften von Nachbarn eines anderen Glaubens einsammelt. In der Provinz Banten gibt es eine vom Gouverneur erlassene Landesverordnung, welche die Präsenz von Kirchen auf bestimmte Städte beschränkt.
- **Kirchliche Aktivitäten werden überwacht, ver- bzw. behindert oder gestört:** An vielen Orten werden die Gemeinden überwacht, besonders wenn sie evangelistisch aktiv sind oder im Verdacht stehen, Konvertiten zu integrieren. Dies gilt für ländliche Gebiete, aber auch in den Städten überwachen radikale Gruppen christliche Gottesdienste, und wenn es für notwendig erachten, greifen sie zu Mitteln der Einschüchterung. Sie sind bekannt dafür, Protestkundgebungen gegen Kirchen anzustiften und die Einheimischen zu mobilisieren. In anderen Fällen werden Transparente aufgestellt, die vor den Kirchen warnen und falsche und beleidigende Behauptungen aufstellen. Manchmal werden Kirchengebäude einfach von radikal-islamischen Gruppen, die auch vor Gewaltanwendung nicht zurückschrecken, blockiert oder geschlossen. Wo sich Kirchen in der Nähe von Moscheen befinden - oft dort, wo das

Kirchengebäude schon lange vor der Moschee existierte - drehen die Moscheen die Lautstärke ihrer Lautsprecher so hoch, dass Koranrezitationen einen stattfindenden Gottesdienst stören und übertönen.

- **Kirchen werden daran gehindert, christliche Aktivitäten außerhalb von Kirchengebäuden zu organisieren:** An verschiedenen Orten in den Provinzen Aceh, West-Sumatra und NTB ist es den Kirchen nicht erlaubt, große Versammlungen außerhalb der Kirche abzuhalten. Vor allem evangelistische Versammlungen sind nicht erlaubt. Im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2020 gab es mehrere Fälle in Yogyakarta, in denen muslimische Bürger Beschwerden gegen kirchliche Aktivitäten vorbrachten. Es ist ein Zeichen der zunehmenden Intoleranz, dass es einige Fälle gibt, in denen Kirchen verboten wurden. Im Jahr 2017 musste eine geplante Veranstaltung im Stadion von Yogyakarta zur Feier von 500 Jahren protestantischer Reformation aufgrund von Protesten der lokalen Bevölkerung und des radikalen MUI abgesagt werden.
- **Kirchen werden davon abgehalten, Christen muslimischer Herkunft öffentlich aufzunehmen:** Wie bereits oben erwähnt, verbietet die Verfassung den Wechsel der Religionszugehörigkeit nicht, sofern er innerhalb der sechs anerkannten Religionen stattfindet. Folglich gibt es in Indonesien keine schriftliche Regelung, die den Kirchen die Aufnahme von Konvertiten verbietet. Deshalb sind viele Kirchen in den großen Städten zuversichtlich genug, neue Christen mit muslimischer oder anderer Herkunft aufzunehmen. Dies ist in Dörfern und ländlichen Gebieten im Allgemeinen anders, da die Kirchen schnell der Evangelisation und der "Christianisierung" beschuldigt werden können. Deshalb sind viele Kirchen vorsichtig und werden davon absehen, Konvertiten aufzunehmen und zu integrieren.

Was oben über die Integration der Konvertiten gesagt wurde, gilt auch für viele andere Fragen in diesem Lebensbereich. Nach den Gesetzen ist die Herstellung oder Verteilung von religiösem Material und Bibeln kein Problem, aber die Verteilung in den Brennpunktgebieten ist dennoch riskant, da sie als Missionierung angesehen wird. In ähnlicher Weise haben Christen das gleiche Recht auf Zugang zu den Medien und das Recht, per Gesetz Wohltätigkeitsorganisationen zu gründen, aber aufgrund des wachsenden Einflusses des konservativen Islam stoßen solche Dienste in stark islamisch geprägten Gebieten auf heftigen Widerstand, wenn sie offen durch den christlichen Glauben motiviert sind.

Auftreten von Gewalt

- Der ehemalige Gouverneur von Jakarta wurde nach Beendigung seiner Haftstrafe wegen Blasphemie im Januar 2019 aus dem Gefängnis entlassen. Eine weitere christliche Frau wurde wegen angeblicher Blasphemie verhaftet und steht vor Gericht; sie leidet Berichten zufolge an einer psychischen Krankheit.
- Mehrere Kirchen in Jakarta, Zentraljava, Nord-Sumatra, Riau und Südsulawesi mussten aufgrund von Protesten radikaler Gruppen, die die Nachbarschaften aufwiegeln, geschlossen werden. Bei mehreren Vorfällen wurden christliche Gräber in einer Gegend von Yogyakarta zerstört.

7. Verfolgungssituation für Männer und Frauen

Wie Frauen Verfolgung erfahren:

- Erzwungene Einhaltung von Kleidungsvorschriften
- Zwangsscheidung
- Verhaftung durch die Behörden

Die ungleiche Behandlung der Geschlechter in Indonesien ist ein anhaltendes Problem, das von der Regierung anerkannt wird; allerdings bleiben die Herausforderungen patriarchalischer Geschlechternormen, Kinderheirat und hohe Müttersterblichkeitsraten weitgehend unangesprochen, und es wird geschätzt, dass ein Drittel der indonesischen Frauen körperlichen oder sexuellen Missbrauch erlitten hat.

In diesem Zusammenhang haben die meisten Berichte über die Verfolgung von christlichen Frauen und Mädchen mit der Drohung der Scheidung zu tun, die den Verlust ihrer physischen und wirtschaftlichen Sicherheit bedeutet, vor allem in den ländlichen Gebieten. Frauen, die sich als erste in ihrem Haushalt zum christlichen Glauben bekehren, sind am stärksten von einer Zwangsscheidung bedroht. In einem patriarchalischen System ist es für die Frau schwieriger, den Ehemann zu beeinflussen.

Darüber hinaus werden christliche Frauen durch aufgezwungene religiöse Kleidungsvorschriften an den Rand gedrängt. In Provinzen wie Aceh müssen Frauen einen Hidschab tragen, vor allem in den Regierungsbüros. Im Schuljahr 2019/2020 ist ein neuer Streitpunkt um eine verschärfte Kleiderordnung entstanden, die vor allem christliche Mädchen betrifft: Einige staatliche Schulen wollen nun Regelungen einführen, die weibliche Schülerinnen zum Tragen eines Hidjab zwingen.

Wie Männer Verfolgung erfahren:

- Verhaftung durch die Behörden
- Körperliche Gewalt

In Indonesien wird viel Verfolgung von Frauen und Männern gleichermaßen ertragen, allerdings werden im Privatleben Männer in der Regel weniger verfolgt als Frauen. Berichte weisen darauf hin, dass prominente männliche Persönlichkeiten - wie christliche Pastoren - die Hauptziele der öffentlichen religiösen Diskriminierung sind. Sie müssen mit physischer Gewalt und Regierungshaft für Anklagen wie "Anstiftung zum religiösen Hass" rechnen.

8. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Andere religiöse Gruppen, die unter Verfolgung leiden, sind die Minderheiten der Ahmadiyya und der Schiiten. Sie stehen unter genauer Überwachung sowohl der Behörden als auch sunnitischer Gruppen. Anhänger traditioneller einheimischer Religionen wurden bisher von den Behörden nicht anerkannt. Das Urteil des Verfassungsgerichts vom November 2017 wurde immer noch nicht umgesetzt, da Gruppen wie der indonesische „Ulama Council“ nicht wollen, dass die traditionellen Religionen auf die gleiche Stufe gestellt werden wie der Islam, z.B. wenn es um den Vermerk der Religion auf dem Ausweis geht.

Die Stadt Bandung war landesweit die sechste Kommune, die beschlossen hat, neue Ausweise und Familienausweise für Anhänger der einheimischen Religionen auszustellen. Auch wenn es noch

gewisse Schwierigkeiten zu überwinden gilt (und die Anhänger der einheimischen Religionen - ebenso wie die anderer Minderheitsreligionen - immer noch beträchtlich diskriminiert werden), ist dies ein bedeutender Schritt nach einem Urteil des Verfassungsgerichts vom November 2017.

Laut einer am 11. November 2019 veröffentlichten Studie des Setara Instituts wurden in den letzten 12 Jahren 554 Vorfälle gegen die Ahmadiyya und 324 gegen die "Aliran Keagaman" (lokale traditionelle Religionen) gezählt. Bei 379 Vorfällen waren Christen betroffen (Protestanten bei 328 und Katholiken bei 51). Von allen in dieser Zeitspanne betroffenen religiösen Gebäuden waren jedoch die Hälfte (199) christliche Kirchen.

9. Der Ausblick für Christen

Islamische Unterdrückung

Eine genauere Analyse der Wahlergebnisse vom April 2019 hat ergeben, dass sie die seit langem bestehenden Gräben innerhalb der muslimischen Gesellschaft, zwischen radikaleren Muslimen und Minderheiten sowie zwischen javanischen und nicht-javanischen Bürgern, widerspiegeln. Die Herausforderung der neuen Regierung wird es sein, diese Lücken zu schließen und allen gesellschaftlichen Gruppen gerecht zu werden. Inwieweit sich diese Gräben im Alltag niederschlagen, ist die große Frage. Die sozialen Medien malen wahrscheinlich ein zu extremes Bild dieser Spaltungen zwischen den verschiedenen Fraktionen. Wie ein Länderexperte bemerkte, ist die Wiederwahl von Präsident Widodo keine Garantie dafür, dass der konservative Islam nicht mehr Einfluss gewinnt, vor allem in stärker urbanisierten Gebieten. Auf jeden Fall sollten alle Bürger, auch die Christen, für die friedlichen Wahlen dankbar sein, aber es liegen sicherlich noch weitere Herausforderungen vor ihnen.

Präsident Widodo hatte einen Überraschungs-Vizepräsidentenkandidaten ausgewählt: den 76-jährigen Ma'ruf Amin, einen islamischen Geistlichen, der sowohl den indonesischen Ulema-Rat (MUI) als auch das Beratungsgremium von Nahdlatul Ulama (NU) leitete. Dieser äußerst konservative, aber berühmte Geistliche mag eine clevere Wahl sein, wird religiösen Minderheiten wie Christen aber vermutlich mehr Probleme bereiten, wenn man seine Vergangenheit betrachtet. Amin hat nicht nur Aktionen gegen muslimische Minderheiten wie Ahmadis und Schiiten befürwortet, sondern er veröffentlichte auch eine Stellungnahme, in der er ausführte, der christliche Ex-Gouverneur von Jakarta, Ahok, habe tatsächlich Blasphemie begangen. Zudem hat er alle Vorhaben unterstützt, den Bau von nichtmuslimischen Gotteshäusern in ganz Indonesien einzuschränken.

Dies scheint zur zunehmend konservativen Haltung der Gesellschaft zu passen, wie zwei Umfragen von 2018 zeigten:

1. Die großen Proteste gegen Ahok haben zu einer vermehrt intoleranten Einstellung in der Gesellschaft geführt, wie eine Forschungsareit zeigte. Während 2016 in einer Umfrage des „Indonesia Survey Institute“ noch 48% der Befragten angaben, sie wären gegen einen nichtmuslimischen Präsidenten, stieg diese Zahl 2018 auf 59%. Ein ähnlicher Anstieg wurde verzeichnet, wenn die Frage hinsichtlich des Vizepräsidenten, der Gouverneure und der Bürgermeister gestellt wird. Auf der anderen Seite zeigt die Befragung, dass die Anzahl der Personen, die den Bau eines nichtmuslimischen Gotteshauses in ihrer Nachbarschaft ablehnen, von 64% auf 52% gefallen ist. Das stellt jedoch immer noch mehr als die Hälfte der Befragten dar.

2. Eine im Oktober 2018 veröffentlichte Studie ergab, dass 57% aller Lehrer anderen Religionen intolerant gegenüberstehen. Das Zentrum für Studien des Islam und der Gesellschaft an der staatlichen islamischen Universität „Syarif Hidayatullah“ fand in seiner Studie heraus, dass mehr als 37% seiner Lehrer angaben, dass sie Intoleranz ausgeübt haben oder dies planten. 56% von ihnen missfiel die Errichtung von Gotteshäusern durch Nichtmuslime in ihrer Nachbarschaft und 21% lehnten religiöse Feste andersgläubiger Nachbarn ab. Angesichts der Tatsache, dass diese Personengruppe den Auftrag hat, Indonesiens nächste Generation zu unterrichten und auszubilden, sieht dies für die Zukunft des Landes nicht sehr vielversprechend aus und die Triebkraft Islamische Unterdrückung wird weiterhin an Kraft gewinnen.

Es bleibt abzuwarten, ob die Regierung in der zweiten Amtszeit von Präsident Widodo dem Gründungsmotto des Landes "Einheit in Vielfalt" und der damit verbundenen Ideologie Pancasila für alle Bürger treu bleibt und damit den oben genannten exklusiven und radikal-islamischen Tendenzen entgegenwirkt. Die Messerattacke gegen einen Regierungsminister im Oktober 2019 dient als Erinnerung daran, dass radikale muslimische Gruppen aktiv sind und vor allem Einzelkämpfer-Angriffe gegen Minderheiten (wie Christen) und Symbole der Regierung (wie Polizei und Politiker) immer möglich sind.

Religiös motivierter Nationalismus

An der Situation für Christen hinduistischer Herkunft wird sich wahrscheinlich nichts Wesentliches ändern. Sie werden weiterhin Druck von ihrer Familie, von Kollegen und dem sozialen Umfeld erfahren, zum Hinduismus zurückzukehren.

zurück zur Länderübersicht

Niger: Platz 50

Zusammenfassung

Familien von Christen muslimischer Herkunft üben Druck aus oder wenden Gewalt an, um sie dazu zu bringen, den christlichen Glauben aufzugeben. Andere Christen sind dieser Art von Verfolgung nicht ausgesetzt und können ihren Glauben im Allgemeinen privat relativ frei ausleben. In den Grenzregionen, die unter islamistischer Kontrolle sind, wurden Christen daran gehindert, christliche Hochzeiten zu feiern. In diesen Gebieten müssen aufgrund der Gefahr durch militante Gruppierungen auch Gottesdienste und andere Treffen von Christen sehr vorsichtig durchgeführt werden. Christen werden im öffentlichen Dienst nicht gleichberechtigt behandelt, haben nur selten die Chance, eine Arbeitsstelle in lokalen Behörden zu erhalten, und werden häufig bei Beförderungen übergangen. Gelegentlich wurden Christen auch daran gehindert, sich zu treffen. Der rechtliche Prozess zur Registrierung einer Kirche ist sehr langwierig und schwierig.

Beispiele aus dem aktuellen Berichtszeitraum

- Im Juni 2019 wurde eine evangelische Kirche von Demonstranten angezündet, die gegen die Inhaftierung eines Imam protestierten.
- Im Oktober 2019 wurde eine Missionsschule von Dschihadisten verwüstet, die in der Region aktiv sind.

---

1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Der Niger ist 2020 neu auf dem Weltverfolgungsindex. Mit einer Wertung von 60 Punkten belegt er Platz 50.

Im vergangenen Jahr wurde der Niger mit 53 Punkten nicht unter den 50 Ländern auf dem Weltverfolgungsindex gelistet. Der Anstieg von sieben Punkten ist größtenteils auf den Druck und die Gewalt zurückzuführen, die von den islamistischen Milizen in der Sahelregion ausgehen. In der Vergangenheit blieb der Niger mehr oder weniger von Angriffen islamisch-extremistischer Gruppierungen verschont und die Kirche war zudem nicht deren primäres Ziel. Doch im Berichtszeitraum für den Weltverfolgungsindex 2020 hat das Land eine Reihe von Angriffen islamistischer Kämpfer erleben müssen und auch Demonstranten zündeten bisweilen Kirchen zur Vergeltung an. Zudem gibt es Konflikte, die sowohl religiöse als auch ethnische Dimensionen haben. Aufgrund der Aktivitäten der islamistischen Milizen hat der nigrische Präsident um internationale militärische Hilfe gebeten. Die unberechenbare Situation im Land ist gefährlich für Christen.

2. Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung

Laut „World Christian Database“ besteht die nigrische Bevölkerung zu über 96 Prozent aus Muslimen. Dennoch wird Religion als Privatangelegenheit verstanden und nicht vom Staat politisiert. Staat und Religion werden voneinander getrennt – diese Trennung ist jedoch immer stärker unter Druck. Muslimische Leiter der „Izala“-Bewegung, einer islamisch-extremistischen Gruppe, die ihren Ursprung im Norden Nigerias hat, sind im Niger aktiv und bedrohen die Freiheit von Christen. Andere islamische Interessengruppen wie etwa „Tariqa“ (Arabisch für „Der Weg“ – der sufistische Weg, Allah zu begegnen) sind in bestimmten Teilen des Landes aktiv (beispielsweise in Maradi und der Hauptstadt Niamey). Izala und Tariqa üben Druck auf Angehörige von Minderheitsreligionen sowie auf Muslime aus, die sie als abweichend von ihrer Auslegung des Islam sehen. In der Geschichte des Niger gab es gute Beziehungen zwischen der mehrheitlich muslimischen Bevölkerung und Angehörigen anderer, sich zahlenmäßig stark in der Minderheit befindenden, Religionen. Trotzdem hat der Kampf des Niger gegen Boko Haram in einigen Regionen Spannungen zwischen den verschiedenen Gruppierungen geschürt und die Sicherheit und Freiheit von Christen im Land ausgehöhlt.

Organisiertes Verbrechen und Korruption

Präsident Issoufou hat den Kampf gegen Korruption innerhalb seiner Regierungszeit zu einem seiner wichtigsten Anliegen gemacht. Antikorruptionsmaßnahmen, die auf Regierungsbeamte, ihre Familien und alle politischen Parteien abzielen, sind inzwischen Gesetz. Ebenso wurden Gesetze eingeführt, die Interessenskonflikte bei der Auftragsvergabe bekämpfen sollen. Die Bestechung von Beamten durch private Firmen ist nun offiziell illegal. Korruption bleibt trotzdem besonders im Gerichtswesen ein Problem und Straffreiheit ist weiterhin eine Herausforderung für das Land. Amtsträger, die das Gesetz brechen und sich durch Korruption bereichern, geraten zwar dafür in die Negativschlagzeilen, müssen aber keine dementsprechende Strafverfolgung fürchten. Das beeinträchtigt die Gesellschaft, einschließlich der christlichen Bevölkerung.

Ethnisch oder traditionell begründete Anfeindungen

Für die meisten Nigrer ist der Islam Teil ihrer ethnischen Identität: Wer Nigrer ist, ist Muslim. Alles andere wird als Verrat betrachtet, weshalb Christen muslimischer Herkunft und andere einheimische Christen Verfolgung erleiden.

3. Verfolger

Ausgehend von Islamischer Unterdrückung

- **Gewalttätige religiöse Gruppen:** Von ihnen geht vermutlich die stärkste Verfolgung für Christen im Niger aus. Islamisch-extremistische Gruppen wie Boko Haram und andere, mit Al Kaida verbundene, Milizen greifen Menschen aus dem Westen an, Institutionen, die mit dem Westen verbunden sind, Touristen, Soldaten und UN-Friedenstruppen. Auch von der Gesellschaft im weiteren Sinne und von Mobs gewöhnlicher Bürger geht Verfolgung für Christen aus. Diese Verfolger haben im Berichtszeitraum für den Weltverfolgungsindex Christen getötet und Kirchen und christliche Schulen angegriffen. Wahhabiten, eine streng konservative Form des Islam aus Saudi-Arabien, predigen regelmäßig in der Öffentlichkeit und über Massenmedien wie Radio und Fernsehen gegen den christlichen Glauben.

- **Netzwerke des organisierten Verbrechens:** Es gibt in der Sahelregion eine starke Verbindung zwischen „Organisiertem Verbrechen und Korruption“ und „Gewalttätigen religiösen Gruppen“. Von den dadurch entstandenen Netzwerken geht Verfolgung für Christen aus, da sie eine wichtige Rolle dabei spielen, die Aktivitäten von Dschihadisten zu finanzieren und sie es ihnen erleichtern, in der Umgebung ihre Operationen durchzuführen.
- **Nichtchristliche religiöse Leiter:** Dazu gehören Islamisten und militärische Leiter von Boko Haram, Al Kaida und der „Bewegung für Einheit und Dschihad in Westafrika“ (MUJAO). Sie alle bedrohen Christen im Niger, schüchtern sie ein und verfolgen sie.
- **(Groß-)Familie und gewöhnliche Bürger:** Angehörige der erweiterten Familie stellen sich gegen Christen, die früher Muslime waren, und verstoßen sie häufig sogar.
- **Regierungsbeamte:** Die meisten nigrischen Regierungsbeamten sind Muslime. Einige von ihnen streben politische Programme an, die Christen diskriminieren und sie aus dem öffentlichen Leben ausschließen würden. Präsident Issoufou hat im Wahlkampf vor seiner Wiederwahl im Februar 2016 versprochen, gegen die Ausbreitung extremistischer islamischer Lehren, die Gewalt fördern, vorzugehen. Seine Regierung hat bis jetzt jedoch noch keine konkreten Schritte hierzu unternommen. Ferner haben sich einige Regierungsbeamte an manchen Orten sogar der dschihadistischen Ideologie angeschlossen.

Ausgehend von Organisiertem Verbrechen und Korruption

- **Netzwerke des organisierten Verbrechens:** Verschiedene kriminelle Netzwerke operieren im Niger. Gesetzlosigkeit und kriminelle Aktivitäten sind in den großen unbewohnten Gegenden des Landes häufig anzufinden. Einige kriminelle Netzwerke arbeiten mit militanten Gruppen zusammen und verfolgen Christen.
- **Gewalttätige religiöse Gruppen:** Islamisch-extremistische Gruppen verdienen Geld mit Drogenhandel und Entführungen, um Waffen zu kaufen. So fördern diese Gruppen das organisierte Verbrechen und die Korruption und werden auch auf diesem Wege zu Verfolgern.

Ausgehend von Ethnisch oder traditionell begründeten Anfeindungen

- **Anführer ethnischer Gruppen:** Anführer ethnischer Gruppen wie der Fulani versuchen, die historisch gesehen islamische Herkunft ihrer ethnischen Gruppe zu betonen, indem sie sie von Christen säubern. In Tunga in der Region Dosso wird von den Religions- und Stammesführern, die einen enormen Einfluss haben, keine christliche Präsenz geduldet.

4. Regionale Brennpunkte der Verfolgung

Die Gebiete, in denen Christen am stärksten Verfolgung erleiden, befinden sich außerhalb der großen Städte, besonders außerhalb der Hauptstadt Niamey.

5. Betroffene Christen

Christen aus traditionellen Kirchen

Dazu gehören sowohl protestantische als auch katholische Kirchen, die von amerikanischen Missionaren aufgebaut wurden. Sie gibt es in allen sieben Regionen des Landes: Agadez, Diffa, Dosso, Maradi, Tahoua, Tillabéri, Zinder. Dazu kommt die Hauptstadt Niamey, die den Status einer Region hat. Diese Kirchen leiden unter dem Aufschwung der islamistischen Milizen im Niger und mussten in den

vergangenen Jahren Angriffe von bewaffneten Gruppen wie Boko Haram in Diffa, nahe der Grenze zu Nigeria, erleiden.

Pastoren und Kirchenleiter aus den Dörfern dort mussten aus Angst um ihr Leben in größere Städte fliehen. Auch in Tillabéri gab es solche Vorfälle. Gerade in den Regionen nahe Nigeria leben viele traditionelle christliche Gemeinschaften in Angst vor gewalttätigen Angriffen.

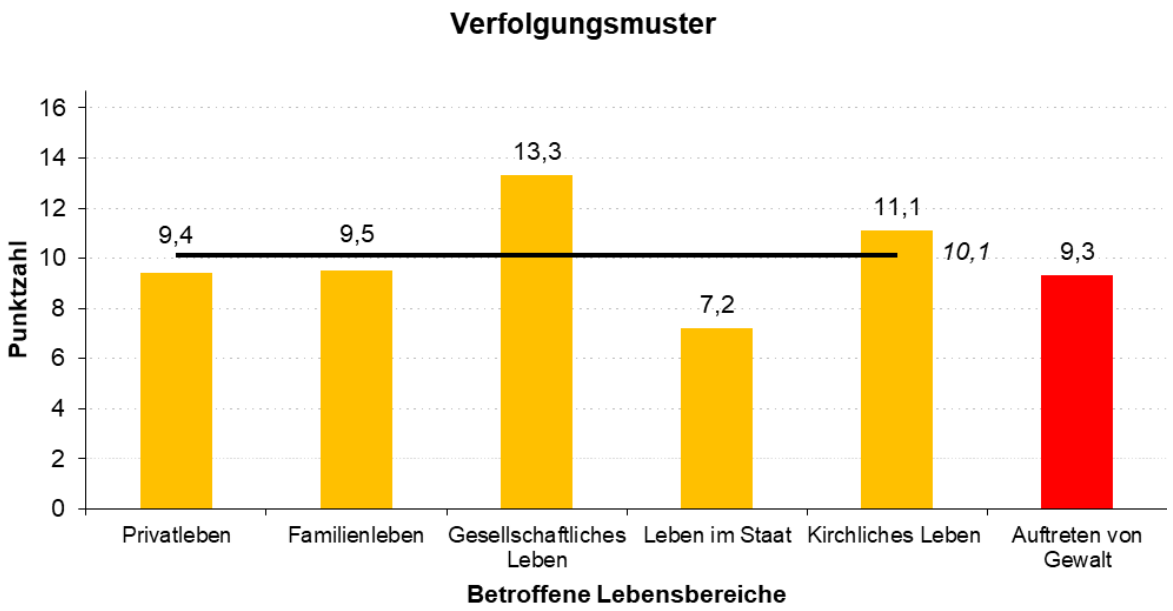
Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

In einigen Fällen ist der Druck auf Christen muslimischer Herkunft besonders ausgeprägt, vor allem in den Lebensbereichen „Privatleben“, „Familienleben“ und „Gesellschaftliches Leben“. Eltern und Verwandte stellen sich eher gegen den Glaubenswechsel eines Christen muslimischer Herkunft als die Regierung. Extremistische Imame und islamische Lehrer beeinflussen Muslime und bringen sie dazu, Konvertiten anzugreifen und wegzujagen, genauso wie jeden Christen, der mit Konvertiten arbeitet. Außerhalb der größeren Städte und in Gegenden nahe der südlichen Grenze des Landes werden Christen muslimischer Herkunft als Ausgestoßene behandelt und sind teilweise sogar gewalttätigen Angriffen ausgesetzt.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Im Niger gibt es Baptisten, Evangelikale und Pfingstgemeinden sowie mehrere Freikirchen, die aus Nigeria stammen, besonders in Niamey und in Maradi und Zinder. Sie alle sind mehr oder weniger einem ähnlich starken Druck ausgesetzt wie traditionelle Kirchen, stehen aber im Vergleich zu Christen muslimischer Herkunft nicht so sehr unter dem Druck der Gesellschaft.

6. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Niger

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Der durchschnittliche Druck auf Christen im Niger ist mit 10,1 Punkten hoch. Im Vergleich zum Vorjahr ist er um 0,6 Punkte gestiegen.
- Am stärksten ist der Druck im Bereich „Gesellschaftliches Leben“ (13,3 Punkte), gefolgt vom Bereich „Kirchliches Leben“ (11,2). Das weist darauf hin, dass Christen von ihrem islamisch geprägten Umfeld bedrängt werden, sich dessen Werten anzupassen. Der hohe Wert im Bereich „Kirchliches Leben“ zeigt zudem, dass kirchliche Aktivitäten im Land aufgrund der Gefahr durch militante islamistische Gruppen eingeschränkt sind.
- Der Wert für das „Auftreten von Gewalt“ ist von 4,8 Punkten auf 9,3 Punkte gestiegen. Das liegt vor allem an der starken Aktivität gewalttätiger islamistischer Gruppen im Land und der umliegenden Sahelregion. Die Präsenz von Dschihadisten im Land steigt weiter an.

Zu jedem der Lebensbereiche sind im Folgenden jeweils ausgewählte Teilaspekte genannt, die im betreffenden Lebensbereich für die Christen zu den gravierendsten Schwierigkeiten gehören.

Privatleben

- **Es ist für Christen riskant, allein ihren Glauben auszuüben – etwa zu beten, die Bibel zu lesen oder Ähnliches:** Dies betrifft Christen muslimischer Herkunft. Familienangehörige und das soziale Umfeld setzen Konvertiten der Verfolgung aus, da ein Glaubenswechsel dämonisiert wird. Andere Christen sind mit dieser Art von Verfolgung nicht konfrontiert und können ihren Glauben im Allgemeinen privat relativ frei ausleben. Christliche Konvertiten tauchen üblicherweise unter, wollen nicht erkannt werden und leben ihren neuen Glauben im Geheimen. Einige entscheiden sich auch dazu, das Land zu verlassen.
- **Es ist gefährlich, christliches Material zu besitzen oder aufzubewahren:** Auch dies ist ein Problem für Christen muslimischer Herkunft und ist in den Grenzregionen besonders gefährlich.
- **Es ist gefährlich für Christen, ihrem Glauben in schriftlicher Form persönlich Ausdruck zu geben, etwa in Internetblogs oder auf Facebook:** An Orten, an denen der extremistische Islam schneller zunimmt, müssen Christen sehr vorsichtig sein, wie sie ihrem Glauben Ausdruck verleihen. Das gilt besonders für Christen muslimischer Herkunft.
- **Es ist für Christen riskant, christliche Bilder oder Symbole zu zeigen:** Dies gilt derzeit für alle Christen im gesamten Land. Besonders gefährlich ist es in Regionen wie Tahoua, Agadez und Zinder. In der Hauptstadt sind nur Christen muslimischer Herkunft betroffen. Durch die stärker werdenden gewalttätigen islamistischen Gruppen wird es gefährlich für Christen, christliche Bilder oder Symbole zu zeigen, besonders in den Grenzregionen zum Tschad, in der Nähe des Tschadsees. In diesen Regionen ist Sicherheit ein gefährdetes Gut und Christen sind schutzlos.

Familienleben

- **Ehepartner von Christen muslimischer Herkunft werden (erfolgreich oder nicht erfolgreich) von Anderen unter Druck gesetzt, sich scheiden zu lassen:** Das Drohen mit Scheidung ist eines der stärksten Mittel, um Konvertiten dazu zu bringen, den christlichen Glauben aufzugeben.

- **Christlichen Ehepartnern wird im Falle einer Scheidung das Recht abgesprochen, das Sorgerecht für die Kinder in Anspruch nehmen zu können:** Die Großfamilie betrachtet die Kinder von Christen muslimischer Herkunft als Muslime und versucht, das Sorgerecht im Fall einer Scheidung oder eines Todesfalls zu erhalten.
- **Ehemalige Muslime verlieren nach ihrer Hinwendung zum christlichen Glauben ihren Erbschaftsanspruch:** Familienmitglieder und Angehörige des sozialen Umfelds versuchen alles, damit ein Konvertit kein Erbe erhält.
- **Wegen des christlichen Glaubens ihrer Eltern werden Kinder diskriminiert oder schikaniert:** Christliche Kinder werden in der Schule oder beim Spielen auf der Straße als Bürger zweiter Klasse angesehen und oft diskriminiert – sie neigen weniger dazu, dem Vorbild ihrer Eltern zu folgen und am christlichen Glauben festzuhalten.

Gesellschaftliches Leben

- **Christen werden im Alltag belästigt, bedroht oder behindert wegen glaubensbedingter Gründe, zum Beispiel weil sie nicht den Vorschriften für Kleidung oder Bärte entsprechen:** Die Feindseligkeit gegen Christen geht stärker von der Gesellschaft aus, etwa von der Großfamilie und Stammesführern, als von der Regierung. Zudem steht die christliche Kirche im Niger unter der Überwachung von Einzelnen und extremistischen Gruppen.
- **Christen stehen in Gefahr, entführt und zwangsverheiratet zu werden:** Entführungen kommen in der Sahelregion sehr häufig vor, da sie ein lukratives Geschäft sind. Um nicht die Aufmerksamkeit militanter Gruppierungen auf sich zu ziehen, müssen gemeinschaftliche Treffen von Christen und Gottesdienste in einigen Regionen sehr vorsichtig durchgeführt werden.
- **Christen wird wegen ihres Glaubens der Zugang zu gemeinschaftlich genutzten Ressourcen erschwert:** In vielen Orten werden Christen durch ihr soziales Umfeld ausgegrenzt. In der Region Alambare in Makalondy wird Christen der Zugang zu Trinkwasser und Bildung verweigert. Auch in Tashar Ibrahim, im Norden Maradis, haben christliche Fulanis aufgrund ihres Glaubens keinen Zugang zu Trinkwasser.
- **Christen werden von ihrem sozialen Umfeld unter Druck gesetzt, ihrem Glauben abzusagen:** Dies betrifft alle Christen, besonders aber Christen muslimischer Herkunft. Extremistische Muslime im Land und der ganzen Sahelregion geben Christen eigentlich nur die Wahl zwischen Konvertieren, Fliehen oder Sterben.

Leben im Staat

- **Christen werden aufgrund ihres Glaubens in der Bewegungsfreiheit eingeschränkt:** Weil die Sicherheitslage so besorgniserregend ist, müssen Christen sehr vorsichtig sein, wenn sie reisen. Selbst das Militär ist nicht sicher. Mit dem sogenannten Islamischen Staat (IS) verbundene Kämpfer sind dafür bekannt, Hinterhalte vorzubereiten und nigrische und internationale Soldaten zu töten.
- **Christen werden wegen ihres Glaubens beim Kontakt mit Behörden (lokale Verwaltungen, Regierung, Armee, etc.) diskriminiert:** Muslime werden bei der Besetzung von Arbeitsstellen bevorzugt. Christen werden im öffentlichen Dienst nicht gleichberechtigt behandelt, haben nur selten die Chance, eine Anstellung bei lokalen Behörden zu erhalten, und eine Beförderung wird ihnen häufig verweigert.

- **Christliche zivilgesellschaftliche Organisationen oder politische Parteien werden aufgrund ihrer christlichen Überzeugungen in ihrer Arbeit behindert oder verboten:** Die nigrische Verfassung und die Gesetze des Landes respektieren Religionsfreiheit in der Theorie. In der Praxis haben christliche Nichtregierungsorganisationen jedoch Schwierigkeiten erlebt. Pluralismus und Zivilgesellschaft sind im Niger quasi unbekannte Konzepte und es gibt keine christlichen zivilgesellschaftlichen Gruppen oder Parteien.
- **Christen sind Opfer von Hetzkampagnen:** Islamistische Gruppen machen sich über Christen lustig und starten Hetzkampagnen gegen sie. Dies gilt vor allem für die Anhänger von Boko Haram. Der Einfluss der Gruppe umfasst die Grenzregion zum Tschad und dem Tschadsee. Der christliche Glaube wird im Niger als fremde Religion von Ungläubigen gesehen, islamisch-extremistische Leiter fördern ungehindert Hass und Intoleranz.

Kirchliches Leben

- **Kirchliche Aktivitäten werden überwacht, ver- bzw. behindert oder gestört:** Die Sahelregion ist zur Brutstätte für gewalttätige islamisch-extremistische Gruppen geworden. Insbesondere Mali wird von ihnen als Sprungbrett für Angriffe im Niger genutzt. Doch auch Kämpfer von Boko Haram können problemlos die Grenze überqueren und Mitglieder rekrutieren. Christen werden beobachtet und sind Angriffen in Kirchen sowie Entführungen und Überfällen ausgeliefert.
- **Kirchen werden daran gehindert, christliche Aktivitäten außerhalb von Kirchengebäuden zu organisieren:** In vielen Teilen des Landes sind Veranstaltungen im Freien aufgrund der gewalttätigen Gruppen sehr gefährlich.
- **Der Verkauf oder das Bereitstellen von Bibeln oder anderen christlichen Materialien wird verhindert:** In Niamey ist es möglich, christliches Material zu verteilen, in vielen anderen Orten rufen solche Aktionen jedoch schnell Angriffe von extremistischen Gruppen hervor.
- **Auf allen Ebenen der Verwaltung ist es schwierig, als Kirche eine Registrierung zu bekommen:** Der rechtliche Prozess zur Registrierung einer Kirche ist sehr langwierig und schwierig. Es wird immer schwieriger, Genehmigungen zum Bau neuer Kirchen zu erhalten, oder Land zu kaufen, um dort neue Kirchen oder christliche Schulen zu bauen. Kirchen wird immer geraten, in den Außenbezirken von Städten und Dörfern zu bleiben. Einige Beamte in Behörden sind radikale Muslime, die es Kirchen mit Absicht schwer machen, Genehmigungen zum Bau neuer Gebäude zu erhalten. Außerdem kontrolliert die Regierung alle religiösen Ausdrucksformen, die sie als potenziell gefährlich für die öffentliche Sicherheit oder nationale Einheit sieht.

Auftreten von Gewalt

Für die gewalttätige Verfolgung im Niger sind hauptsächlich militante islamistische Gruppen verantwortlich sowie Einzelpersonen und Teile der Gesellschaft, die von den Lehren extremistischer Imame beeinflusst sind. Militante Kämpfer haben im Berichtszeitraum Kirchen, Pastoren und Christen muslimischer Herkunft angegriffen.

- Viele Christen wurden im Berichtszeitraum getötet. Da der Zusammenhang dieser Vorfälle jedoch unklar war, wurden für den Weltverfolgungsindex keine Morde an Christen gewertet.
- Mindestens 130 Christen wurden angegriffen oder entführt. Die Angriffe fanden teilweise während eines Gottesdienstes in einer Kirche statt.

- Ein Christ wurde im Berichtszeitraum für seinen Glauben anderthalb Monate inhaftiert, jedoch schließlich wieder freigelassen.
- Mehr als zehn Kirchen wurden angegriffen. Beispielsweise gab es im Mai 2019 einen Angriff auf eine Kirche in Dolbel. Dabei wurde laut Quellen auch ein Priester verwundet.
- Im Kontext anhaltender dschihadistischer Angriffe wurden mindestens elf Läden und Häuser von Christen ins Visier genommen. Beispielsweise wurde im Oktober 2019 eine Missionsschule von einer Gruppe bewaffneter Männer angegriffen. Von solchen Angriffen auf Missionsschulen sind viele nigrische Kinder betroffen, nicht nur Christen. Ein Priester der „Gesellschaft der Afrikamissionen“ sagte Medien, diese Angriffe würden „heute die Ärmsten im Land treffen und nur bestätigen, wie instabil die Grenzregion zu Burkina Faso ist. Die Zahl der Kinder, die in diesem Land ihres Rechts auf Bildung beraubt werden, geht inzwischen in die Tausende.“

7. Verfolgungssituation für Männer und Frauen

Wie Frauen Verfolgung erfahren:

- Verweigerung des Sorgerechts für Kinder
- Beschlagnahme von Erbschaft und Besitz
- Zwangsverheiratung
- Zwangsscheidung
- Vertreibung aus Wohnung/Wohnhaus
- Psychische Gewalt
- Sexuelle Gewalt

Wie in anderen afrikanischen Ländern mit ähnlicher sozioökonomischer und demografischer Struktur stehen Christinnen in der Gefahr, vergewaltigt zu werden. Im Niger steigt die Gewalt zudem an und laut einem Bericht wurde ein christliches Mädchen in einem Dorf im Westen vergewaltigt. Zudem sind Christinnen davon beeinträchtigt, unter der Scharia zu leben. Laut der Scharia hat eine christliche Frau beispielsweise kein Recht, das Sorgerecht für ihre Kinder im Fall einer Scheidung zu beanspruchen. Das gilt, obwohl der Niger ein säkularer Staat ist. Christliche Elternteile können per Gesetz das Sorgerecht für ihre Kinder beantragen, doch in der Realität werden sie damit scheitern. Viele Christen muslimischer Herkunft verlieren aufgrund ihres Glaubenswechsels jeden Erbanspruch. Sie kennen ihre Rechte nicht, doch wenn sie ihren Fall vor ein Gericht bringen, endet er häufig zu ihrer Zufriedenheit.

Wie Männer Verfolgung erfahren:

- Wirtschaftliche Schikane im Berufs-/Geschäftsleben
- Vertreibung aus Wohnung/Wohnhaus
- (Haus-)Arrest durch die Familie
- Verhaftung durch die Behörden

Christliche Männer können aufgrund ihres Glaubens entlassen werden. Diese und andere Formen von Schikanen aufgrund des Glaubens sind für die christliche Männer und Jungen irritierend, die noch nicht daran gewöhnt sind, ihren Glauben in einer feindseligen Umgebung zu leben. Christen muslimischer Herkunft erleben mit die stärkste Verfolgung; einige von ihnen wurden inhaftiert, um sie zur Rückkehr zum Islam zu bewegen. Weigern sie sich, werden sie von Zuhause fortgejagt.

Ein anderes Phänomen hat einen starken negativen Einfluss auf christliche Familien, auch wenn es keine gezielte, religiös motivierte Verfolgung darstellt: Laut der „Child Soldiers Prevention Act List“, die jährlich von den USA herausgegeben wird und sich auf Organisationen wie Human Rights Watch bezieht, sind Jungen im Niger Zwangsrekrutierungen als Kindersoldaten ausgesetzt. Der Niger belegt auf dieser Liste den sechsten Rang. Da das soziale Gefüge im Niger sehr gemeinschaftsorientiert ist, betrifft dies alle Familien einer Ortsgemeinschaft.

8. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Es gibt im Niger auch Zeugen Jehovas und Bahai – insbesondere in den großen urbanen Gegenden. Auch diese Gruppen leben unter der Bedrohung durch Angriffe von islamisch-extremistischen Gruppen und müssen vorsichtig auftreten, um keine unerwünschte Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen.

9. Der Ausblick für Christen

Islamische Unterdrückung

Mit Blick auf die Vergangenheit und die gegenwärtige Situation ist es keine Übertreibung, davon auszugehen, dass die Verfolgung von Christen durch Islamische Unterdrückung weiter ansteigen wird. Dschihadistische Bewegungen wachsen schnell und die Regierung hat scheinbar nicht die Kraft, gegen sie anzukämpfen. Viele Kirchen scheinen nicht vorbereitet auf stärker werdenden Druck durch einen extremistischen Islam.

Organisiertes Verbrechen und Korruption

Die Existenz des organisierten Verbrechens ist mit der Schwäche der Regierung und der Präsenz dschihadistischer Gruppen im Land verknüpft. Es gibt keinerlei Anzeichen, dass sich das in naher Zukunft ändern könnte.

Ethnisch oder traditionell begründete Anfeindungen

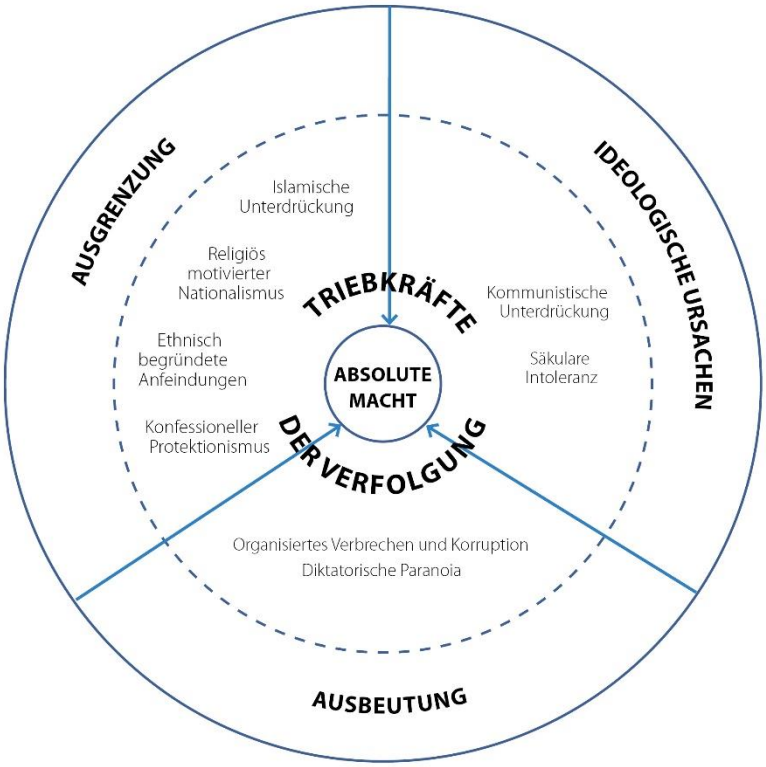
Diese Anfeindungen stehen in Verbindung zum Islam. Für viele Nigrer ist ihre Religion sehr stark mit ihrer Ethnie verknüpft. Damit ist es unvereinbar, Nigrer und gleichzeitig Christ zu sein. Auch wenn sich diese Einstellung durch Dialog und Kooperationen ändern könnte, dürfte dies in der nahen Zukunft nicht der Fall sein.

zurück zur Länderübersicht

5. Die Methodik hinter dem Index

5.1. Grundannahmen hinter dem WVI

Verfolgungssituationen sind in der Regel sehr komplex. Nicht immer ist dabei eindeutig, ob der (so empfundene) Druck auf oder die konkrete Gewalt gegen Christen durch ihren christlichen Glauben bedingt ist. Die Ursachen für Verfolgung sind generell verknüpft mit zerstörerischen Denkweisen, Religionen oder Ideologien, bei denen der Wunsch nach exklusiver Machtausübung eine große Rolle spielt. Die WVI-Methodik betrachtet diese grundlegenden Motive als Quellen, aus denen sich die acht verschiedenen „Triebkräfte“ speisen (vgl. Anhang 5).



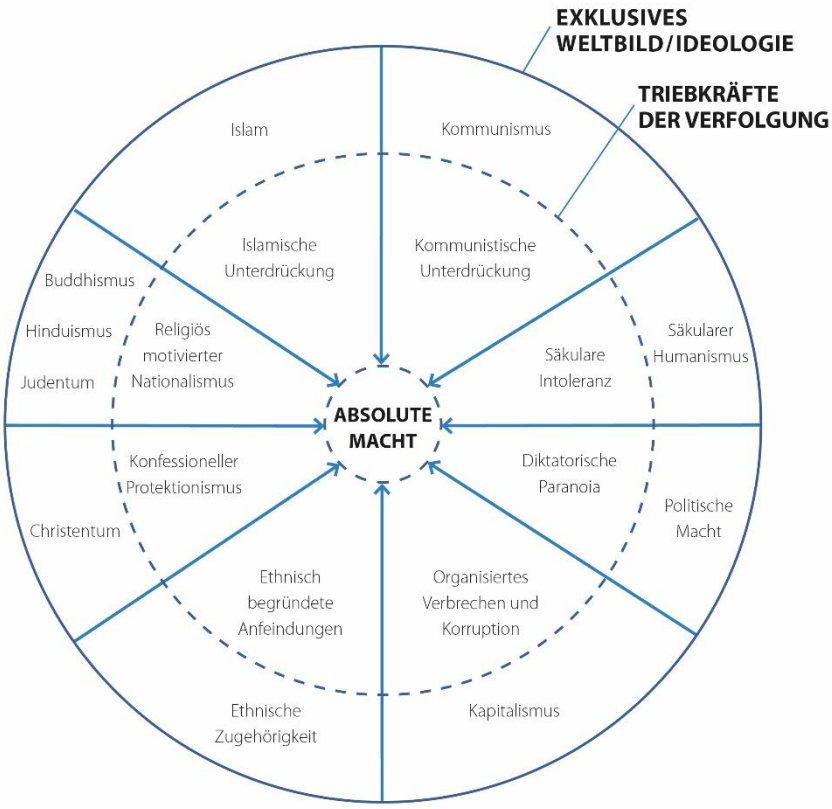
Grafik © Open Doors

Grafik 1: Die Grafik verdeutlicht das Zusammenspiel der zugrunde liegenden menschlichen Leitmotive mit den verschiedenen Triebkräften bei dem Streben nach absoluter Macht.

Die Open Doors Forschungsabteilung „World Watch Research“ (WWR) verwendet den Begriff „Triebkräfte der Verfolgung“ zur Beschreibung bestimmter Situationen, die zur gewaltsamen oder gewaltlosen Verfolgung von Christen führen. Eine solche Verfolgungssituation kann auf ein exklusives Weltbild bzw. eine exklusive Ideologie der Gesellschaft zurückgeführt werden. Ein solches exklusives Weltbild repräsentiert in der Regel eine Weltsicht, die sich selbst als überlegen gegenüber anderen Sichtweisen betrachtet. Das ist an sich kein Problem, solange diese Wahrnehmung mit einem wirklichen Pluralismus einhergeht. Fehlt dieser Aspekt jedoch, so werden Vertreter des jeweiligen exklusiven Weltbildes die Unterwerfung der ganzen Gesellschaft unter ihre Sichtweise anstreben.

Die handelnden Kräfte sind dabei oftmals kleinere (extremistische) Gruppen innerhalb der großen Gruppe von Anhängern, die diese Weltsicht teilen. Sie stehen in der Regel nicht repräsentativ für die ganze Gruppe, ihnen wird jedoch ausreichend Raum gegeben, ihre Ziele auf ihre Art zu verfolgen. Beispiele für solche exklusiven Weltbilder und Ideologien sind säkularer Humanismus, der Islam und der Kommunismus.

Insgesamt hat WWR acht verschiedene Triebkräfte definiert, jeweils in Entsprechung zu den zugrundliegenden exklusiven Weltbildern bzw. Ideologien (vgl. Grafik 2). Jede dieser Triebkräfte entwickelt ihre eigene Art von Aggression gegen Christen und spielt damit eine zentrale Rolle bei der Bewertung anhand der WVI-Fragebögen sowie für die Analyse der herrschenden Verfolgungssituation von Christen und ihren Gemeinschaften.



Grafik © Open Doors

Grafik 2: Die acht Triebkräfte der Verfolgung und die zugrunde liegenden exklusiven Weltbilder bzw. Ideologien

5.2. Definition von Verfolgung

Es existiert keine allgemein anerkannte rechtliche Definition des Begriffes Verfolgung. Bestimmte Situationen können als Verfolgung eingeordnet werden, wenn zum Beispiel Personen das Menschenrecht auf Religionsfreiheit nach Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte verwehrt wird. Die WVI-Methodik folgt eher einer theologischen als einer soziologischen oder juristischen Definition. Nach diesem Ansatz ist Verfolgung definiert als „jegliche Art von erlebter Anfeindung aufgrund der Identifikation einer Person mit Christus. Dies kann feindselige Haltungen, Worte und Handlungen gegenüber Christen umfassen."

Diese weit gefasste Definition beinhaltet (ohne darauf begrenzt zu sein) Einschränkungen, Druck, Diskriminierung, Opposition, Desinformation, Ungerechtigkeit, Einschüchterung, Misshandlung, Marginalisierung, Unterdrückung, Intoleranz, Verletzung, Verstoßung, Ächtung, Feindseligkeiten, Belästigung, Missbrauch, Gewalt, ethnische Säuberung und Völkermord.

Die von World Watch Research verwendete Definition von „Christ" und den „Kategorien von Christen" sind in Anhang 3 nachzulesen.

5.3. Erstellung des Weltverfolgungsindex

World Watch Research sammelt und veröffentlicht seit 1992 detaillierte Daten über die Christenverfolgung. Die WVI-Methodik wurde während der 1990er-Jahre beständig weiterentwickelt und im Jahr 2012 umfassend überarbeitet. Ziel dieses Prozesses war eine Steigerung der Glaubwürdigkeit, Transparenz, Objektivität und wissenschaftlichen Qualität. Weitere Verfeinerungen werden regelmäßig vorgenommen.

Die WVI-Methodik unterscheidet zwischen zwei Haupterscheinungsformen von Verfolgung: „squeeze" (dem konstanten Druck, unter dem Christen in allen Lebensbereichen stehen) und „smash" (gewaltsame Übergriffe). Während smash durch das Registrieren gewaltsamer Übergriffe relativ gut erfassbar ist, wird das Ausmaß von squeeze auf andere Art ermittelt: Hierfür wird der Druck untersucht, der auf das alltägliche und das religiöse Leben von Christen in fünf ausgewählten Lebensbereichen ausgeübt wird (siehe Anhang 4). Nach Klärung einiger Grundsatzfragen wird ein 84 Punkte umfassender Fragebogen von ortsansässigen Forschern und externen Länderexperten über die von Verfolgung betroffenen Länder ausgefüllt (bezogen auf den Berichtszeitraum 1. November – 31. Oktober).

Alle für die verschiedenen Lebensbereiche sowie den Bereich „Auftreten von Gewalt" verwendeten Fragen (Blöcke 1-6) sind in Anhang 1 zu finden. Weitere 16 Fragen (die durch einen beschreibenden Textabschnitt mit Hintergrundinformationen zu beantworten sind) bilden Block 7 des Fragebogens. Die Antworten auf die Fragen in Block 7 fließen nicht in die Punktwertung ein, sondern dienen zur Analyse der Länderdossiers.

Die ausgefüllten Fragebögen werden mit den Einschätzungen externer Experten[1] abgeglichen. Anschließend werden die Punktzahlen für jeden Lebensbereich unter Berücksichtigung möglicher Abweichungen ermittelt.[2] So können beispielsweise unterschiedliche Kategorien von Christen oder Regionen innerhalb eines Landes existieren, zwischen denen große Unterschiede hinsichtlich der auftretenden Verfolgung bestehen. Auch die Intensität und Häufigkeit von Verfolgung fließt in die Bewertung ein. Verschiedene Triebkräfte von Verfolgung (s. Anhang 5), Verfolger (s. Anhang 6) und ein spezifisches Verfolgungsmuster (s. Anhang 7) werden im Rahmen dieser Analyse ermittelt.

Zusätzlich wird das Internationale Institut für Religionsfreiheit (IIRF)[3] für ein Audit hinzugezogen, um zu überprüfen, ob die Ergebnisse in Übereinstimmung mit der WVI-Methodik erarbeitet wurden.

Aus den so ermittelten Wertungen ergeben sich die Gesamtpunktzahlen für jedes einzelne Land. Aus allen Ländern mit 41 oder mehr Punkten (d. h. Länder mit hoher, sehr hoher oder extremer Verfolgung) in den wird die Rangfolge der Länder für den jährlich veröffentlichten Open Doors Weltverfolgungsindex gebildet, siehe Grafik 3.

Entwickelt von World Watch Research

Grafik 3: Verfolgungskategorien mit den zugehörigen Bewertungsintervallen

[1] Externe Experten sind unter anderem in oder für das jeweilige Land tätige christliche Journalisten, Anwälte, Menschenrechtler oder auch langjährige Missionare.

[2] Ein detailliertes Wertungsbeispiel ist als Anhang 2 beigefügt. Die ausführliche Version der WVI-Methodik (englisch) liefert weitere Einzelheiten zu diesem Thema.

[3] International Institute for Religious Freedom, http://www.iirf.eu

Die WVI-Gesamtwertungen ermöglichen einen detaillierten Vergleich der Lage der Christen in den aufgeführten Ländern. Die nachfolgende Tabelle zeigt beispielhaft die Gesamtwertung der Länder mit der stärksten Verfolgung vom WVI 2019.

WVI 2019		**Privat-leben**	**Familien-leben**	**Gesellschaft-liches Leben**	**Leben im Staat**	**Kirchliches Leben**	**Auftreten von Gewalt**	**SUMME PUNKTE**	SUMME PUNKTE bis zu 3 Dezimalstellen
Platz	**Land**	**(max. Punktzahl pro Bereich liegt bei 16,7)**							
1	Nordkorea	16,7	16,7	16,7	16,7	16,7	10,9	**94**	94,261
2	Afghanistan	16,7	16,7	16,7	16,7	16,7	10,6	**94**	93,891
3	Somalia	16,3	16,7	16,6	16,5	16,4	8,9	**91**	91,218
4	Libyen	15,3	15,0	15,1	16,0	16,3	9,6	**87**	87,369
5	Pakistan	14,3	14,1	13,9	15,0	13,2	16,7	**87**	87,186

Grafik 4: Der Ausschnitt aus der Rangliste des WVI 2019 zeigt Wertungen für einzelne Bereiche sowie die Gesamtwertung

Der wichtigste Grund für das Erstellen einer Rangfolge von Ländern ist der Wunsch, eine komplexe Realität der breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Der Vergleich einzelner Länder anhand ihrer WVI-Platzierung ist jedoch nur innerhalb desselben Erfassungszeitraumes möglich; will man die Situation von Ländern aus unterschiedlichen Zeiträumen vergleichen, so kann dies nur anhand der Punktwertung geschehen. Sowohl die WVI-Platzierungen als auch die Gesamtpunktzahl sind nur in Zusammenhang mit den jeweiligen Länderprofilen[4] zu verstehen, in denen die Besonderheiten der Verfolgungssituationen dargelegt werden.

[4] https://www.opendoors.de/laenderprofile

Anhang 1: WVI-Fragebogen – Fragen für die Blöcke 1-6

Block 1: Privatleben	
1.1	Wurde ein Wechsel der Religion (auch der Wechsel der Denomination innerhalb des Christentums) abgelehnt, verboten oder mit einer Strafe belegt?
1.2	War es für Christen riskant, ihren Glauben im persönlichen Rahmen zu praktizieren (z.B. Gebet, Lesen der Bibel, etc.)?
1.3	War es gefährlich, privat christliche Materialien zu besitzen oder aufzubewahren?
1.4	War es für Christen riskant, ihren Glauben in schriftlicher Form persönlich zu bekunden (auch Bekundungen auf Blogs oder Facebook, etc.)?
1.5	War es für Christen riskant, christliche Bilder oder Symbole zu zeigen?
1.6	War es riskant für Christen, auf christliche Radiostationen, TV-Sender oder christliches Material im Internet zuzugreifen?
1.7	War es für Christen riskant, mit ihren *engsten* Familienmitgliedern über ihren Glauben zu reden?
1.8	War es für Christen riskant, mit Familienmitgliedern über ihren Glauben zu reden, die nicht zum engsten Kreis gehören (erweiterte Familie, andere)?
1.9	War es für Christen riskant, sich mit anderen Christen zu treffen?
1.10	Wurden Christen von anderen Familienmitgliedern oder gleich gesinnten Christen isoliert (beispielsweise durch Hausarrest?)

Block 2: Familienleben	
2.1	Sind Kinder von Christen automatisch unter der Staats- oder Mehrheitsreligion registriert worden?
2.2	Wurde die Registrierung von Geburt, Hochzeit, Tod usw. von Christen behindert oder unmöglich gemacht?
2.3	Sind Christen aus religiösen Gründen daran gehindert worden, eine christliche Hochzeit zu feiern?
2.4	Wurden christliche Taufen behindert?
2.5	Wurden Beerdigungen von Christen behindert oder unter Zwang anhand nicht-christlicher Riten durchgeführt?
2.6	Sind christliche Paare aufgrund ihres Glaubens daran gehindert worden, Kinder zu adoptieren oder sie als Pflegeeltern aufzunehmen?
2.7	Wurden Eltern daran gehindert, ihre Kinder nach ihrem christlichen Glauben zu erziehen?
2.8	Wurden christliche Kinder unter Druck gesetzt, auf irgendeiner Bildungsebene an antichristlichem oder die Mehrheitsreligion propagierenden Unterricht teilzunehmen?
2.9	Sind Kinder von Christen wegen des Glaubens ihrer Eltern schikaniert oder diskriminiert worden?
2.10	Haben christliche Ehepartner und/oder Kinder von Christen bedingt durch Verfolgung über einen längeren Zeitraum Trennung erlitten?
2.11	Wurden Ehepartner von Konvertiten von Dritten unter Druck gesetzt, sich scheiden zu lassen (gleichgültig ob erfolgreich oder nicht)?
2.12	Wurden christliche Ehepartner von Nichtchristen in Scheidungsfällen vom Recht oder der Möglichkeit ausgeschlossen, das Sorgerecht für die Kinder zu beantragen?
2.13	Haben Christen ihre Erbrechte aufgrund ihrer Bekehrung zum Christentum oder (wenn die Person bereits Christ war) einer anderen Form des christlichen Glaubens verloren?

Block 3: Gesellschaftliches Leben	
3.1	Wurden Christen im Alltag aus religiösen Gründen belästigt, bedroht oder behindert (z.B. weil sie sich nicht an durch die Mehrheitsreligion oder die Tradition vorgeschriebene Kleiderordnungen usw. halten)?
3.2	Wurden Christen von ihren lokalen Gemeinschaften oder von privaten Gruppen überwacht (dazu gehören auch Meldungen an die Polizei, Beschattung, das Abhören von Telefonleitungen, das Lesen/Zensieren von E-Mails usw.)?
3.3	Waren Christen von Entführung und/oder Zwangsheirat bedroht?
3.4	Wurden Christen wegen ihres Glaubens daran gehindert, öffentliche Ressourcen zu nutzen (z.B. sauberes Trinkwasser)?
3.5	Wurden Christen unter Druck gesetzt, an nicht-christlichen religiösen Zeremonien oder Gemeinschaftsveranstaltungen teilzunehmen?
3.6	Wurden Christen aus religiösen Gründen daran gehindert, am öffentlichen Leben, Foren usw. teilzunehmen?
3.7	Wurden Christen von ihrem Umfeld unter Druck gesetzt, ihren Glauben zu widerrufen?
3.8	Hatten Christen aufgrund ihres Glaubens schlechteren Zugang zur Gesundheitsversorgung?
3.9	Haben Christen auf irgendeiner Ebene im Bereich ihrer Bildung (z.B. Einschränkungen des Zugangs zur Bildung) aus religiösen Gründen Nachteile erlitten?
3.10	Wurden Christen am Arbeitsplatz im öffentlichen oder privaten Bereich aus religiösen Gründen diskriminiert?
3.11	Wurden Christen beim Betreiben ihres Geschäfts aus religiösen Gründen behindert (z.B. Zugang zu Krediten, Subventionen, Regierungsverträge, Kundenboykotte)?
3.12	Wurden Christen aus religiösen Gründen mit Geldstrafen belegt (z.B. Dschizya-Steuer, Gemeindesteuer, Schutzgeld)?
3.13	Wurden Christen aus religiösen Gründen verhört oder gezwungen, sich bei der örtlichen Bürgerwehr/Polizei zu melden?

Block 4: Leben im Staat	
4.1	Schränkt die Verfassung (oder vergleichbare nationale oder staatliche Gesetze) die Religionsfreiheit, basierend auf der Formulierung in Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, ein? Bitte beachten Sie, dass es durchaus Widersprüche in den Gesetzen geben kann.
4.2	Haben sich Beamte auf irgendeiner Ebene geweigert, die Bekehrung einer Person in den Systemen der Regierungsverwaltung, in Ausweisen usw. offiziell anzuerkennen?
4.3	Wurden Christen durch das Gesetz oder in der Praxis gezwungen, gegen ihr Gewissen zu handeln, z.B. beim Militärdienst oder in bestimmten Berufen?
4.4	Wurden Christen aus religiösen Gründen am Reisen gehindert?
4.5	Sind Christen bei der Zusammenarbeit mit den Behörden (Gemeindeverwaltung, Regierung, Armee usw.) aus religiösen Gründen diskriminiert worden?
4.6	Wurden Christen von öffentlichen Ämtern ausgeschlossen, oder wurde ihre Beförderung aus religiösen Gründen behindert?
4.7	Wurden christliche Unternehmer wegen ihres Glaubens durch Einmischung von außen in ihrem Geschäftsleben beeinträchtigt (z.B. Personalpolitik, Kundenauswahl)?
4.8	Wurden die Christen daran gehindert, ihre Ansichten oder Meinungen in der Öffentlichkeit zu äußern?
4.9	Sind christliche Organisationen der Zivilgesellschaft oder politische Parteien aufgrund ihrer christlichen Überzeugung in ihrer Arbeit behindert oder verboten worden?
4.10	War die Berichterstattung in den Medien falsch oder voreingenommen gegenüber Christen?
4.11	Sind Christen zum Gegenstand von Hetzkampagnen oder Hassreden geworden?
4.12	Sind Christen, Kirchen oder christliche Organisationen daran gehindert worden, religiöse Symbole öffentlich zu zeigen?

4.13	Wurden Christen der Blasphemie oder der Beleidigung der Mehrheitsreligion beschuldigt, entweder von staatlichen Behörden oder von Interessengruppen?
4.14	Gingen Personen, die Christen absichtlich Schaden zugefügt haben, straffrei aus?
4.15	Wurde angeklagten Christen die Gleichbehandlung vor Gericht verwehrt?
4.16	Wurde internationalen Prozessbeobachtern der Zugang zu Verhandlungen gegen Christen erschwert oder verweigert?

Block 5: Kirchliches Leben	
5.1	Wurden kirchliche Aktivitäten überwacht, behindert, gestört oder blockiert?
5.2	War es für Kirchen schwierig, von behördlichen Stellen eine Registrierung oder einen offiziellen Status zu erhalten?
5.3	Wurden christliche Gemeinden beim Bau oder der Renovierung von Kirchengebäuden oder bei der Zurückforderung bzw. erneuten Nutzung historischer religiöser Gebäude und Gotteshäusern behindert, die ihnen früher genommen wurden?
5.4	Wurden die Kirchen daran gehindert, christliche Aktivitäten in ihrem Gotteshaus zu organisieren?
5.5	Wurden Kirchen daran gehindert, christliche Aktivitäten außerhalb der Kirchengebäude zu organisieren?
5.6	Wurde die Arbeit mit Jugendlichen gezielt eingeschränkt?
5.7	Wurden die Kirchen daran gehindert, neu zum Glauben Bekehrte offen zu integrieren?
5.8	Wurde veröffentlichtes Predigt- und/oder Lehrmaterial überwacht?
5.9	Kam es bei Wahlen von religiösen Leitern innerhalb christlicher Gemeinschaften zu Einmischungen von außen?
5.10	Wurden die Christen bei der Ausbildung ihrer eigenen religiösen Leiter behindert?
5.11	Sind Pastoren, christliche Leiter oder deren Familienmitglieder wegen ihres Glaubens in besonderem Maß zum Ziel von Schikanen geworden?
5.12	Wurden Kirchen oder christliche Organisationen daran gehindert, christliche Materialien zu drucken oder Druckmaschinen zu besitzen?
5.13	Wurden die Kirchen daran gehindert, christliches Material aus dem Ausland zu importieren?
5.14	Ist der offene Verkauf oder die Verteilung von Bibeln und anderen christlichen Materialien behindert worden?
5.15	Wurden Bibeln und andere religiöse Materialien im Besitz der Kirchen beschlagnahmt oder ihr Besitz bestraft?
5.16	Sind Kirchen, christliche Organisationen, Institutionen oder Gruppen daran gehindert worden, Massenmedien zur Präsentation ihres Glaubens zu nutzen (z.B. über lokales oder nationales Radio, via Fernsehen, Internet, soziale Medien, Mobiltelefone)?
5.17	Sind Kirchen, christliche Organisationen oder Institutionen daran gehindert worden, ihre Überzeugungen über Ehe- und Familienordnung zum Ausdruck zu bringen oder in die Tat umzusetzen?
5.18	Wurden Kirchen bei der Gründung, Verwaltung, Instandhaltung und Leitung von Schulen oder karitativen, humanitären, medizinischen, sozialen oder kulturellen Organisationen, Einrichtungen und Verbänden behindert?
5.19	Wurden die Kirchen in ihrer Interaktion mit der globalen Kirche behindert (Empfang ausländischer Gäste, Besuche bei Christen in anderen Ländern, Teilnahme an Konferenzen usw.)?
5.20	War es für Kirchen oder christliche Organisationen riskant, sich verbal gegen Anstifter von Verfolgung zur Wehr zu setzen?

Block 6: Auftreten von Gewalt Gewalt ist definiert als der Entzug der physischen Freiheit oder als körperliche Verletzung von Christen oder Beschädigung ihres Eigentums. Dazu gehören auch schwere Bedrohungen (psychischer Missbrauch).	
6.1	Wie viele Christen wurden aus religiösen Gründen getötet (staatliche Exekutionen eingerechnet)?
6.2	Wie viele Kirchen oder christliche Gebäude (Schulen, Krankenhäuser, Friedhöfe usw.) wurden angegriffen, beschädigt, bombardiert, geplündert, zerstört, abgebrannt, geschlossen oder aus religiösen Gründen beschlagnahmt?
6.3	Wie viele Christen wurden aus Glaubensgründen ohne Prozess inhaftiert?
6.4	Wie viele Christen sind aus religiösen Gründen zu Aufenthalten im Gefängnis, Arbeitslager, in einer psychiatrischen Einrichtung oder ähnlichem verurteilt worden?
6.5	Wie viele Christen sind aus religiösen Gründen entführt worden?
6.6	Wie viele Christen sind aus religiösen Gründen vergewaltigt oder anderweitig sexuell belästigt worden?
6.7	In wie vielen Fällen sind Christen zur Eheschließung mit Nichtchristen gezwungen worden?
6.8	Wie viele Christen sind in anderer Form aus religiösen Gründen körperlich oder geistig misshandelt worden (einschließlich Schläge und Morddrohungen)?
6.9	Wie viele Häuser oder anderes Eigentum von Christen (ausgenommen Geschäfte) wurden aus religiösen Gründen angegriffen, beschädigt, bombardiert, geplündert, zerstört, abgebrannt oder beschlagnahmt?
6.10	Wie viele Läden oder Geschäfte von Christen wurden aus religiösen Gründen angegriffen, beschädigt, bombardiert, geplündert, zerstört, niedergebrannt, geschlossen oder beschlagnahmt?
6.11	Wie viele Christen sind aus religiösen Gründen gezwungen worden, ihre gewohnte Umgebung zu verlassen oder sich im Land zu verstecken?
6.12	Wie viele Christen wurden aus religiösen Gründen gezwungen, ihr Land zu verlassen?

Anhang 2: WVI-Wertungsbeispiel

Wie die Länderwertungen und -platzierungen für die jährliche Neuauflage des Weltverfolgungsindex errechnet werden

Inhalt

1. Hintergrundinformationen als Voraussetzung für die Wertung

2. Sechs Frageblöcke pro Land – Anwendung und Auswertung

3. Beispiel für Vorüberlegungen zur Beantwortung und Bewertung EINER Frage aus den Blöcken 1-5

4. Beispiel für die Vorüberlegungen zur Ermittlung der Punktzahl für EINEN Gesamtblock

5. Summierung der Schlusswertungen für die Blöcke 1-5 (Bereich „squeeze“)

6. Ermittlung der Wertung im Bereich Physische Gewalt für Block 6

7. Summierung der Blöcke 1-5 und 6

1. Hintergrundinformationen als Voraussetzung für die Wertung

Zu Beginn werden für jedes Land die vorliegenden Triebkräfte sowie die Verfolger von Christen und christlichen Gemeinschaften ermittelt.

2. Sechs Frageblöcke pro Land – Anwendung und Auswertung

Ein Analyst von World Watch Research wertet alle Informationen der vorliegenden Fragebögen aus, die von Mitarbeitern, Kontaktpersonen und externen Experten ausgefüllt wurden. Auf dieser Basis erstellt er für jedes Land Antworten und Wertungen für die sechs Frageblöcke. Insgesamt sind für 84 Fragen Antworten und Punktzahlen zu ermitteln. (16 weitere Fragen in Block 7 helfen dabei, Hintergrundinformationen zu gewinnen; diese fließen allerdings nicht in den Wertungsprozess ein.)

Block 1: Privatleben (10 Fragen)

Block 2: Familienleben (13 Fragen)

Block 3: Gesellschaftliches Leben (13 Fragen)

Block 4: Leben im Staat (16 Fragen)

Block 5: Kirchliches Leben (20 Fragen)

Block 6: Physische Gewalt (12 Fragen)

3. Beispiel für Vorüberlegungen zur Beantwortung und Bewertung EINER Frage aus den Blöcken 1-5

Die Wertung für jede Frage bewegt sich zwischen 0 und 16 Punkten. Für Erklärungszwecke haben wir die dritte Frage aus Block 1 (Privatleben) ausgewählt:

„1.3 Waren der private Besitz oder die Aufbewahrung von christlichen Materialien gefährlich?“
Bitte die zutreffendste Antwort anklicken

◉ Ja ○ Nein ○ N/A ○ Nicht bekannt

„Nein“ = 0 Punkte.

„Ja“ = diese Antwort führt zu einer Punktwertung, für deren Ermittlung vier weitere Bereiche in Betracht gezogen werden müssen[5]. In jedem Bereich werden maximal vier Punkte vergeben, wie der nachstehenden Tabelle zu entnehmen ist:

	0 Punkte	1 Punkt	2 Punkte	3 Punkte	4 Punkte
(1) Anzahl der betroffenen Kategorien von Christen	Nicht zutreffend	1 von 4	2 von 4	3 von 4	4 von 4
(2) Betroffener Bevölkerungsanteil im untersuchten Gebiet	Nicht zutreffend	Über 0% – 25%	26% – 50%	51% - 75%	76% - 100%
(3) Intensität	Nicht zutreffend	Gering	Mittel	Hoch	Sehr hoch
(4) Häufigkeit	Nicht zutreffend	Sporadisch	Relativ häufig	Häufig	Dauerhaft

In diesem fiktiven Musterland setzen wir als Antwort „Ja“ ein – ergänzt durch die folgenden Wertungen:

(1) Anzahl der von Verfolgung betroffenen Kategorien von Christlichen Gemeinschaften

In dem gegebenen Musterland sind der private Besitz oder die Aufbewahrung von christlichen Materialien besonders für drei Kategorien von christlichen Gemeinschaften gefährlich: Christen aus traditionellen Kirchen, Gemeinschaften von christlichen Konvertiten und protestantische Freikirchen:

„3 von 4 Kategorien betroffen“ = 3 Punkte.

(2) Betroffener Bevölkerungsanteil im untersuchten Gebiet

In dem angenommenen Musterland besteht die Gefahr für alle im Gebiet lebenden Christen, daher liegt der betroffene Bevölkerungsanteil hier bei 100%:

“76-100% der christlichen Bevölkerung” = 4 Punkte.

[5] Ein fünfter Faktor, der geschlechtsspezifische Informationen liefert, wird ebenfalls für jede der 84 Fragen in den Blöcken 1-6 beantwortet. Dies beeinflusst jedoch nicht die Punktzahl. Für jede Frage muss der Forscher angeben, ob es sich um eine bestimmte Situation handelt: Nur Männer / meistens Männer / beide gleich / meistens Frauen / nur Frauen / unbekannt / n. a.

(3) Intensität = der Grad der Verfolgung (oder das Maß des Drucks), der von den Verfolgern ausgeht.

1 Punkt - gering:	Die vorliegende Problematik kann leicht behoben oder bewältigt werden
2 Punkte - mittel:	Die vorliegende Problematik kann behoben oder bewältigt werden, allerdings mit mehr Aufwand als bei geringer Intensität
3 Punkte - hoch:	Die vorliegende Problematik kann behoben oder bewältigt werden, allerdings nur mit einigen Schwierigkeiten.
4 Punkte - sehr hoch:	Die vorliegende Problematik kann behoben oder bewältigt werden, dafür sind jedoch immense Schwierigkeiten zu bewältigen.

Die Konsequenzen einer Entdeckung in dem gegebenen Musterland des WVI sind schwerwiegend:

“hohe Intensität” = 3 Punkte.

(4) Häufigkeit = die Häufigkeit von Vorfällen, die dem Bereich Verfolgung zuzuordnen sind.

1 Punkt - sporadisch:	Die vorliegende Problematik tritt nur vereinzelt auf.
2 Punkte - regelmäßig:	Die vorliegende Problematik ist eher die Ausnahme als die Regel, tritt jedoch erkennbar häufiger auf als im Bereich „sporadisch“.
3 Punkte - häufig:	Die vorliegende Problematik ist eher die Regel als eine Ausnahme, tritt jedoch nicht in allen Fällen auf.
4 Punkte - permanent:	Die vorliegende Problematik tritt generell auf mit Ausnahme weniger Einzelfälle.

In dem WVI-Musterland tritt die Gefahr häufig auf, ist jedoch nicht als permanent einzustufen.

„häufig“ = 3 Punkte.

Die Gesamtpunktzahl für diese Frage setzt sich damit wie folgt zusammen: 3 + 4 + 3 + 3 = 13 (von maximal 16 Punkten).

Die Durchschnittswertung für diese Frage ist = $\frac{13}{4}$ = 3,250. (Ergebnisse werden auf drei Nachkommastellen gerundet)

4. Beispiel für die Vorüberlegungen zur Ermittlung der Punktzahl für EINEN Gesamtblock

Der oben beispielhaft dargestellte Prozess wird auf alle Fragen des Frageblocks angewendet, wobei jeweils die Punktzahl und Durchschnittswertung festgehalten werden. Die untenstehende Tabelle zeigt die daraus resultierenden Ergebnisse für unser fiktives WVI-Musterland.

Fragen	Punkte	Durchschnittswertung je Frage	Gesamtwertung für den Frageblock (maximal 16,667 Punkte)
1.1	13	3,250	
1.2	13	3,250	
1.3	13	3,250	
1.4	11	2,750	
1.5	11	2,750	
1.6	10	2,500	
1.7	12	3,000	
1.8	15	3,750	
1.9	13	3,250	
1.10	10	2,500	
Total	**121**	**30,250**	**12,604**

In dem oben dargestellten Beispiel beträgt die Durchschnittswertung für alle zehn Fragen des Blocks 1 = 30,250 Punkte (von maximal 40,000).

Block 1 ist einer von sechs Frageblöcken, aus deren Beantwortung sich eine maximale Gesamtwertung von 100 Punkten für die Summe aller Blöcke ergibt. Um jeden Block gleich zu gewichten, werden in jedem Block maximal 16,667 Punkte vergeben (100:6). Da die Anzahl von Fragen pro Block variiert, wird die Gesamtwertung jedes Blocks mit Hilfe der folgenden Rechnung ermittelt:

$$\text{GESAMTWERTUNG EINES BLOCKS} = \frac{\text{Summe der Durchschnittswertungen pro Frage}}{\text{maximal mögliche Durchschnittswertung pro Frage}} \times \frac{100}{6}$$

Für unsere oben angeführte Beispielrechnung für Block 1 ergibt sich daher folgende Rechnung:

$$\frac{30{,}250}{40{,}000} \times \frac{100}{6} = 12{,}604$$

5. Summierung der Schlusswertungen für die Blöcke 1-5 (Bereich „squeeze“)

Die Blöcke 1 bis 5 betreffen den ´squeeze‘-Bereich des Fragebogens. Derselbe Bewertungsprozess wie oben für Block 1 dargestellt wird für die Blöcke 2 bis 5 durchgeführt. Die daraus resultierende Ergebnistabelle für unser fiktives WVI-Musterland sieht wie folgt aus:

Fragen	Wertungen der Blöcke
Block 1	12,604
Block 2	10,337
Block 3	9,696
Block 4	10,547
Block 5	12,552
Gesamtwertung Blöcke 1-5	**55,736**

Das Maß der Verfolgung in unserem WVI-Musterland im Bereich „squeeze“ (gleichbedeutend mit dem herrschenden Druck in den fünf untersuchten Lebensbereichen) beträgt damit = 55,736 Punkte

Als nächstes muss der Bereich „smash“ (physische Gewalt) dazu addiert werden.

6. Ermittlung der Wertung im Bereich Physische Gewalt für Block 6 im Berichtszeitraum

Die Länderwertung wird komplettiert durch das Hinzuaddieren der Punktzahl aus Block 6, in dem es um die zahlreichen Formen physischer Gewalt geht, die im Berichtszeitraum (1. November bis 31. Oktober) vorgefallen sind. Um die verschiedenen Formen physischer Gewalt zu ermitteln, ist ein anderer Bewertungsansatz als in den Blöcken 1-5 erforderlich.

Die ersten beiden Fragen behandeln Morde und Angriffe auf Kirchen. Jede Antwort erhält maximal 30 Punkte; jeder Mord und jeder Angriff auf eine Kirche werden mit 3 Punkten bewertet. Sind mindestens 10 Christen wegen ihres Glaubens ermordet worden, wird die Maximalwertung von 30 Punkten vergeben.

Die anderen zehn Fragen betreffen andere Formen physischer Gewalt und werden jeweils mit maximal drei Punkten bewertet. Die Punkte werden wie folgt vergeben: 1 Vorfall = 1 Punkt; 2-9 Vorfälle = 2 Punkte; 10 oder mehr Vorfälle = 3 Punkte. Daraus ergibt sich eine maximale Punktzahl von 90 für alle 12 Fragen.

In unserem WVI-Musterland sind folgende Vorfälle berichtet und entsprechend bewertet worden:

	Art der physischen Gewalt nach den Kategorien des WVI-Fragebogens	Vorfälle	Punkte	Gesamtwertung (max. 16,667 Punkte)
6.1	Morde an Christen	0	0	
6.2	Angriffe auf Kirchen	0	0	
6.3	Christen ohne Prozess inhaftiert	0	0	
6.4	Christen zu Gefängnisstrafen bzw. Lagerhaft etc. verurteilt	0	0	
6.5	Christen entführt	0	0	
6.6	Christen vergewaltigt / sexuell belästigt	15	3	
6.7	Zwangsheirat mit Nichtchristen	12	3	
6.8	Christen physisch oder mental misshandelt	4	2	
6.9	Angriffe auf Häuser oder sonstiges Eigentum von Christen	0	0	
6.10	Angriffe auf Firmen oder Geschäfte von Christen	0	0	
6.11	Vertreibung von Christen innerhalb des Heimatlandes (in den Untergrund)	5	2	
6.12	Vertreibung von Christen aus ihrem Heimatland	0	0	
	Gesamtzahlen	**36**	**10**	**1,852**

Im oben dargestellten Beispiel ergibt sich aus allen 12 Fragen von Block 6 eine Gesamtwertung von 10 Punkten (von maximal 90).

Block 6 ist nur einer von sechs Frageblöcken, der in die WVI-Gesamtwertung von maximal möglichen 100 Punkten einfließt. Um alle Blöcke gleichmäßig zu gewichten, werden pro Block maximal 16,667 Punkte vergeben (100:6). Die Schlusswertung für Block 6 wird mithilfe der folgenden Rechnung ermittelt:

$$\text{GESAMTWERTUNG BLOCK 6} = \frac{\text{erreichte Punktzahl}}{\text{maximal mögliche Punktzahl in diesem Block}} \cdot \frac{100}{6}$$

Für unsere oben angeführte Beispielrechnung für Block 1 ergibt sich daher folgende Rechnung:

$$\frac{10}{90} \text{ x } \frac{100}{6} = 1{,}852.$$

7. Summierung der Blöcke 1-5 und 6

Um die abschließende WVI-Wertung für ein Land zu errechnen, werden die Ergebnisse aller Blöcke addiert. Die maximale Punktzahl für jeden Block beträgt 16,667. Die maximal erreichbare Wertung beträgt damit 100 Punkte.

Fragen	Wertungen der Blöcke
Block 1	12,604
Block 2	10,337
Block 3	9,696
Block 4	10,547
Block 5	12,552
Block 6	1,852
Gesamt-wertung	**57,588**

Unser fiktives WVI-Musterland kommt damit auf eine gerundete Gesamtwertung von 58 Punkten. Seine Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex ist abhängig von der Anzahl anderer Länder, die eine höhere bzw. niedrigere Punktzahl aufweisen.

Platz WVI	**Land**	**Privatleben**	**Familienleben**	**Soziales Leben**	**Leben im Staat**	**Kirchliches Leben**	**Physische Gewalt**	Gesamt-punktzahl (auf eine Nachkommastelle gerundet)	**Summe Punkte WVI**
?	Muster-land	12,6	10,3	9,7	10,5	12,6	1,9	**57,6**	**58**

Anhang 3: Definition von „Christ“ und Kategorien von Christen

Der WVI ist ein Hilfsmittel, um die Verfolgung zu dokumentieren, die Christen um ihres Glaubens willen erleben. Die WVI-Methodik definiert Christen (soziologisch) als „jede Person, die sich selbst als Christ identifiziert und/oder einer christlichen Gemeinschaft nach dem Verständnis der historischen kirchlichen Glaubensbekenntnisse angehört.“ Auf Basis dieser Definition ordnet die WVI-Methodik Christen in vier Kategorien ein:

1. **Gemeinschaften von ausländischen Christen und Arbeitsmigranten:** In diese Kategorie fallen ausländische Christen (Einwanderer wie auch Arbeitsmigranten), denen ein gewisses Maß an Freiheit bei der Ausübung ihres Glaubens gewährt wird. Der Kontakt zu einheimischen Christen ist ihnen jedoch untersagt.

2. **Traditionelle Kirchen:** Diese Kategorie bezeichnet die historisch gewachsenen christlichen Gemeinschaften wie katholische, orthodoxe und traditionelle protestantische Kirchen. Sie existieren häufig schon seit vielen Jahrhunderten in den betreffenden Ländern. Ihre Situation sowie das jeweilige Maß an gewährter Freiheit variieren von Land zu Land.

3. **Gemeinschaften christlicher Konvertiten:** Diese Kategorie umfasst Christen, die früher einer anderen Hauptreligion oder -ideologie, traditionellen Religionen, dem organisierten Verbrechen oder einer anderen Gruppe mit starker Identität angehörten. Sie haben ihre alte Identität abgelegt, um Christen zu werden. Konvertiten schließen sich teilweise einer anderen bestehenden Kirche an, oft schließen sie sich jedoch in eigenen „Haus-“ oder „Untergrundkirchen“ zusammen. („Interkonfessionelle Konvertiten“ - d. h. Christen, die eine Konfession verlassen, um sich einer anderen anzuschließen – werden ebenfalls dieser Kategorie zugeordnet).

4. **Mitglieder von protestantischen Freikirchen** (z.B. Baptisten, Evangelikale und Pfingstgemeinden) und/oder andere christliche Gemeinschaften, die nicht Teil der oben genannten drei Gruppen sind. Diese Kategorie fasst die große Bandbreite unterschiedlicher protestantischer Ausdrucksformen zusammen, zu denen auch die unabhängigen Kirchen in vielen Ländern gehören. Einigen von ihnen wird von anderen Christen ein Mangel an theologischer Orthodoxie vorgeworfen, doch solange sie sich selbst als Christen identifizieren (vgl. Definition von „Christ“), fallen sie unter diese Kategorie.

Anhang 4: Erläuterungen zu den Lebensbereichen der Verfolgung

Das „Konzept der fünf Lebensbereiche“ wurde entwickelt, um die unterschiedlichen Ausprägungen von Verfolgung in den einzelnen Lebensbereichen eines Christen zu erfassen. Der WVI-Fragebogen enthält spezifische Fragen für jeden Bereich, durch die eine entsprechende Punktzahl ermittelt werden kann. Die maximale Wertung für jeden der fünf Lebensbereiche sowie den sechsten Bereich „Auftreten von Gewalt“ beträgt 16,667 Punkte. Aus der Summe all dieser Einzelwertungen ergibt sich eine maximale Gesamtwertung von 100 Punkten.

1. Privatleben	Der Leitgedanke des WVI in diesem Bereich lautet: „Wie frei ist ein Christ, sein persönliches Glaubensleben im privaten Rahmen vor Gott auszuleben?“ Der WVI-Fragebogen spricht in diesem Zusammenhang unter anderem folgende Themen an: Bekehrung, persönliche Anbetung, Besitz religiöser Materialien, Bekenntnisfreiheit (beispielsweise die Freiheit, seinen Glauben mündlich oder schriftlich unter Verwendung von Bildern und Symbolen zu äußern, Zugang zu Informationen und Medien, das Weitergeben des eigenen Glaubens im privaten Rahmen), die Freiheit sich privat zu versammeln oder die Isolierung von Christen.
2. Familienleben	Der Leitgedanke des WVI in diesem Bereich lautet: „Wie frei ist ein Christ, seine Glaubensüberzeugungen im Rahmen der eigenen Familie auszuleben und wie frei sind christliche Familien, ihr Familienleben gemäß ihrer religiösen Überzeugung zu gestalten?“ Der WVI-Fragebogen spricht in diesem Zusammenhang Themen wie die folgenden an: Zwangsweise Zuweisung einer religiösen Identität, zivilrechtliche Registrierungen, Eheschließungen, Taufen, Beerdigungen, Adoptionen, Kindererziehung, Indoktrinierung von Kindern, Schikanen oder Diskriminierung von Kindern, Trennung von Familien, Isolierung von Konvertiten, erzwungene Scheidungen, Sorgerecht und Erbrecht.

3. Gesellschaftliches Leben	Das gesellschaftliche Leben schließt den Arbeitsplatz, die Geschäftswelt, das Gesundheitswesen, die Bildung, das öffentliche Leben und die öffentliche Ordnung ein. Der Leitgedanke des WVI in diesem Bereich lautet: „Wie frei sind Christen als Einzelpersonen und als Gemeinschaft, ihre Glaubensüberzeugungen in ihrem gesellschaftlichen Umfeld öffentlich auszuleben (jenseits des kirchlichen Lebens), und wie viel Druck übt die Gesellschaft auf Christen aus in Form von konkreter Diskriminierung, Schikanen oder anderen Formen von Verfolgung?“ Der WVI-Fragebogen spricht in diesem Zusammenhang unter anderem folgende Themen an: Drohungen, Hürden im Alltagsleben, Kleidungsvorschriften, Beobachtung von Christen, Entführung und Zwangsheirat, Zugang zur öffentlichen Grundversorgung und gesellschaftlichen Anlässen, Teilhabe an kommunalen Einrichtungen und Foren, Druck den Glauben zu widerrufen, Zugang zur Gesundheitsversorgung, Zugang zu bzw. Benachteiligung im Bildungsbereich, Diskriminierung am Arbeitsmarkt und im Geschäftsleben, Schikanen durch Behörden (Strafen, Verhöre, erzwungene Berichterstattung).
4. Leben im Staat	Das Verhältnis von Christen zu dem Staat, in dem sie leben, wird geprägt durch Rechte und Gesetze, das Justizwesen, die öffentliche Verwaltung und das öffentliche Leben. Der Leitgedanke des WVI in diesem Bereich lautet: „Wie frei sind Christen als Einzelpersonen und als Gemeinschaft, ihre Glaubensüberzeugungen über ihre lokale Umgebung hinaus auszuüben; wieviel Druck erlegt das Rechtssystem Christen auf; wieviel Druck üben Vertreter übergeordneter öffentlicher Stellen auf Christen aus, etwa durch die Verbreitung von Fehlinformationen, Diskriminierung, Schikanen oder andere Formen von Verfolgung?“ Der WVI-Fragebogen spricht in diesem Zusammenhang Themen wie die folgenden an: nationale Ideologien, die geltende Verfassung, Erfassung der Religionszugehörigkeit in Ausweispapieren, Wehrdienstverweigerung, Reisefreiheit im eigenen Land und ins Ausland, behördliche Diskriminierung, Ausgrenzung von öffentlichen Ämtern oder beruflichen Aufstiegsmöglichkeiten, politische Einmischung in das Geschäftsleben, Meinungsfreiheit, christliche zivilgesellschaftliche Organisationen und Parteien, Berichte von religiösen oder sozialen Konflikten, Verleumdungskampagnen, Duldung öffentlicher Verunglimpfung, religiöse Symbole, Blasphemieanschuldigungen, Straflosigkeit, rechtliche Gleichbehandlung, Prozessbeobachtung.

5. Kirchliches Leben	Als kirchliches Leben gilt die kollektive Glaubenspraxis von Christen unter Ausübung ihrer Meinungs- und Gewissensfreiheit, insbesondere in Form von gemeinschaftlicher Anbetung, gemeinschaftlichem Leben, Dienst und dem öffentlichen Bekenntnis ihres Glaubens ohne unangemessene Störung. Dies schließt auch jegliches Eigentum der Christen ein, das in diesem Zusammenhang verwendet wird. Der Leitgedanke des WVI in diesem Bereich lautet: „In welchem Maß haben Einschränkungen, Diskriminierungen, Schikanen oder andere Formen von Verfolgung die Rechte und das gemeinschaftliche Leben von christlichen Kirchen, Organisationen und Institutionen beeinträchtigt?“ Der WVI-Fragebogen spricht in diesem Zusammenhang Themen wie die folgenden an: Einschränkungen der Versammlungsfreiheit von Christen, Registrierung von Kirchen, Beobachtung oder Schließung unregistrierter Kirchen, Kirchenneubau und -renovierung, Zwangsenteignung, Störung oder Unterbrechung von Gottesdiensten, Verhinderung kirchlicher Aktivitäten innerhalb oder außerhalb der Kirche oder im Blick auf Jugendliche, Umgang mit Konvertiten, Überprüfung von Predigten und veröffentlichtem Material, Wahl und Ausbildung von Leitern, Schikanen gegen Leiter oder ihre Familien, Herstellung, Import, Verkauf und Verbreitung oder Konfiszierung von Bibeln und anderem religiösen Material, Nutzung von Fernsehen und Internet, Einmischung in ethische Überzeugungen (bezüglich Ehe und Familie) und die Personalpolitik christlicher Einrichtungen, zivilgesellschaftliche christliche Organisationen und soziale Aktivitäten, Zusammenarbeit mit der globalen Kirche und das Anprangern von Verfolgung durch die Regierung.

Gewalt wird definiert als die Beraubung äußerer Freiheit oder als massiver physischer oder mentaler Angriff auf Christen oder ihren Besitz. Gewalt kann in allen Lebensbereichen auftreten, wie das untenstehende Diagramm illustriert.

Grafik 5: Diagramm zur Illustration der Auswirkungen von Gewalt auf alle Lebensbereiche (© Christof Sauer, IIRF)

Anhang 5: Erläuterungen zu den Triebkräften der Verfolgung

Es existieren verschiedene Triebkräfte von Verfolgung, die alle ihre eigene Art von Aggression gegen Christen entwickeln. World Watch Research hat im Rahmen seiner Methodik acht verschiedene Triebkräfte identifiziert – siehe die nachfolgenden Erläuterungen. Der WWR-Experte bewertet, welchen Einfluss jede Triebkraft auf die Gesellschaft des analysierten Landes hat.

Beschreibung der einzelnen *Triebkräfte:*

1. Islamische Unterdrückung

Diese Triebkraft wirkt in einer Verfolgungssituation, wo innerhalb eines Haushalts, einer gesellschaftlichen Gruppe (z.B. Dorfgemeinschaft) oder eines ganzen Landes allen Mitgliedern bzw. Bürgern die Herrschaft des Islam aufgezwungen werden soll. Das kann allmählich geschehen durch einen Prozess der systematischen Islamisierung (bei dem stetig Druck aufgebaut wird) oder plötzlich durch den Einsatz physischer Gewalt; auch eine Kombination aus beidem kommt vor.

- Beispiele für die allmähliche Islamisierung sind in vielen Ländern zu finden, wo die Muslimbruderschaft, Islamische NGOs (Nichtregierungsorganisationen) oder vergleichbare Gruppen eine ganzheitliche missionarische Strategie verfolgen. Dies geht in der Regel einher mit dem Verbot einer Abkehr vom Islam, das auf der Familienebene oder im Bereich des unmittelbaren gesellschaftlichen Umfelds durchgesetzt wird.
- Beispiele für den Einsatz physischer Gewalt zum Ziel der Islamisierung finden sich im Einflussbereich von Gruppen wie dem Islamischen Staat (IS), Boko Haram oder Al Shabaab.

Diese „Islamische Bewegung“ tritt weltweit in Erscheinung.

2. Religiös motivierter Nationalismus

Diese Triebkraft wirkt in einer Verfolgungssituation, wo innerhalb eines Haushalts, einer gesellschaftlichen Gruppe (z.B. Dorfgemeinschaft) oder eines ganzen Landes allen Mitgliedern bzw. Bürgern die Herrschaft einer bestimmten (nicht-islamischen) Religion aufgezwungen werden soll. Bei der Religion kann es sich um den Hinduismus, Buddhismus, das Judentum oder etwas anderes handeln. Dieser Prozess kann allmählich und systematisch verlaufen (durch den stetigen Aufbau von Druck) oder abrupt durch den Einsatz physischer Gewalt. Häufig erschwert auch eine Kombination aus beiden Elementen den Christen das Leben nachhaltig.

- Ein Beispiel für diese Triebkraft ist die Situation in Indien. Hier verüben Mobs aus extremistischen Hindu-Nationalisten immer wieder gewaltsame Angriffe auf Christen, die ihren Glauben öffentlich bezeugen. Parallel dazu werden immer mehr Gesetze eingeführt, die eine Einschränkung der Religionsfreiheit bewirken (z.B. Anti-Bekehrungs-Gesetze).

Die Aktivitäten derartiger „national-religiöser Bewegungen“ sind in der Regel auf einzelne Länder beschränkt.

3. Ethnisch oder traditionell begründete Anfeindungen

Diese Triebkraft wirkt in einer Verfolgungssituation, wo innerhalb eines Haushalts oder einer gesellschaftlichen Gruppe (z.B. der Dorfgemeinschaft) von allen Mitgliedern verlangt wird, althergebrachte Werte und Normen zu befolgen, die in der Regel im Stammeskontext oder im Rahmen ethnischer Gruppen etabliert wurden. In diesem Bereich existiert eine sehr große Bandbreite an Gruppen. Die Wirkungsweise dieser Triebkraft ist vergleichbar mit Islamischer Unterdrückung und Religiös motiviertem Nationalismus: Oftmals kommt es zu einer Kombination aus dem allmählichen Aufbau von Druck und einzelnen Ausbrüchen physischer Gewalt. Diese Triebkraft der Verfolgung bezieht sich nicht auf Konflikte zwischen Stämmen oder ethnischen Gruppen.

- Beispiele für den subtilen Druck finden sich etwa in Mexiko und Myanmar, wo Anführer innerhalb indigener Gruppen Kindern aus christlichen Familien den Schulbesuch verweigern.
- Zu Ausbrüchen physischer Gewalt kommt es, wenn christliche Familien aus Dörfern vertrieben werden, etwa weil sie sich weigern, an traditionellen Zeremonien teilzunehmen.

Das Auftreten derartiger „ethnischer Bewegungen“ ist hauptsächlich regional begrenzt (in Teilgebieten einer Region oder eines Landes), kann aber auch nationale Grenzen überschreiten – je nach geographischer Ausbreitung bestimmter ethnischer Gruppen.

4. Konfessioneller Protektionismus

Diese Triebkraft wirkt in einer Verfolgungssituation, wo Christen von Glaubensgenossen verfolgt werden, die einer bestimmten Mehrheitskonfession angehören. Die Verfolger werden von der Überzeugung geleitet, ihre Denomination sei die einzig legitime Vertretung des christlichen Glaubens, deren Autorität und Dominanz auch künftig gewahrt bleiben muss. Diese Triebkraft weist Ähnlichkeiten mit anderen Triebkräften auf, die ebenfalls auf religiösen Überzeugungen basieren: Sie ist gekennzeichnet von einer Kombination aus subtilem Druck und physischer Gewalt, wenngleich in der Praxis der subtile Druck überwiegt.

- Dass es durchaus zu gewaltsamen Übergriffen in diesem Bereich kommt, zeigt inzwischen seit mehreren Jahren das Beispiel der Reformgegner in der Äthiopisch-Orthodoxen Kirche. Aus ihren Reihen kommt es immer wieder zu Angriffen auf andere Christen ihrer eigenen Konfession, die eine Reform der Äthiopisch-Orthodoxen Kirche anstreben.

Das Auftreten dieser „kirchlichen Bewegung“ beschränkt sich auf einzelne Länder. Sie ist besonders dort anzutreffen, wo enge Bindungen zwischen Staat und der involvierten Konfession existieren.

5. Kommunistische Unterdrückung

Diese Triebkraft wirkt in einer Verfolgungssituation, wo ein staatliches System auf Basis kommunistischer Werte Christen verfolgt und Kirchen kontrolliert. Eine Schlüsselrolle für die Kontrolle der Kirchen kommt dabei einem rigiden System staatlicher Registrierung und Beobachtung zu. Dieses System entstammt teilweise der Zeit vor dem historischen Zusammenbruch des Kommunismus, so etwa in einigen Ländern Zentralasiens. Obwohl das System auf einer Kombination aus Druck und Gewalt basiert, ist der Aspekt der Gewalt häufig kaum erkennbar, da der Zugriff des Staates auf die Kirche umfassend ist und den Christen kaum Handlungsräume gewährt.

- Ein Beispiel hierfür ist die autoritäre Herrschaft von Präsident Berdymukhamedov in Turkmenistan, wo außerhalb der staatlich betriebenen und kontrollierten Institutionen keinerlei religiöse Aktivität gestattet ist.
- Ein Extremfall wie Nordkorea mit seinen Konzentrationslagern weist jedoch gleichzeitig ein hohes Maß an physischer Gewalt gegen Christen auf.

Diese ideologische Bewegung tritt aktuell nur auf Länderebene in Erscheinung, in der Vergangenheit hatte sie jedoch globalen Charakter.

6. Säkulare Intoleranz

Diese Triebkraft wirkt in einer Verfolgungssituation, wo der christliche Glaube aus dem öffentlichen Raum, möglichst sogar aus dem Bewusstsein der Menschen verdrängt werden soll. Die Verfechter dieser Agenda streben eine gesellschaftliche Transformation an mit dem Ziel, eine neue, umfassend säkulare Ethik zu etablieren. Diese Ethik ist (teilweise) verbunden mit einer radikal neuen sexuellen Agenda, deren Werte und Normen in Bezug auf Sexualität, Ehe und ähnliche Themen unvereinbar sind mit biblischen Leitlinien. Dem Widerspruch einzelner Christen oder christlicher Institutionen gegen diese neue Ethik wird begegnet mit (1) Antidiskriminierungsgesetzen, (2) der Einschränkung von Elternrechten im Bildungsbereich, (3) einer Zensur im Blick auf Kreuze und andere christliche Symbole im öffentlichen Raum, (4) gesetzlichen Regelungen zu sogenanntem „hate speech“ (dt.: Hassreden), die häufig das Recht auf freie Meinungsäußerung einschränken und (5) Gesetzen zur Registrierung von Kirchen. Die meisten dieser Maßnahmen sind gewaltloser Natur, obwohl es teilweise auch zu Verhaftungen von Pastoren und Laienchristen gekommen ist.

- Ein Beispiel für diese Triebkraft ist der verpflichtende Sexualkundeunterricht auf Basis der Gender-Ideologie (einschließlich LGBTI-Sichtweisen) in Kindertagesstätten und Grundschulen in einigen Ländern, verbunden mit Strafandrohungen gegen Eltern, die sich gegen eine Teilnahme ihrer Kinder an diesen Unterweisungen stellen.

Diese „Säkularistische Bewegung“ tritt weltweit in Erscheinung.

7. Diktatorische Paranoia

Diese Triebkraft wirkt in einer Verfolgungssituation, wo eine autoritäre Regierung in verschiedenen Bereichen der Gesellschaft alles unternimmt, um sich den Machterhalt zu sichern. Unterstützt wird sie darin von verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen, die selbst Teil des Systems sind. Dabei wird nicht notwendigerweise ein ideologisches Ziel verfolgt; offenkundig stehen das Streben nach Macht und die damit verbundenen Privilegien im Vordergrund. Hinsichtlich ihrer Wirkungsweise ist diese Triebkraft vergleichbar mit Kommunistischer Unterdrückung: Obwohl sie auf einer Kombination aus permanentem Druck und physischer Gewalt basiert, genügt oftmals bereits die Androhung von Gewalt, um alle nicht vom Staat kontrollierten Kirchen in den Untergrund zu drängen.

- Ein Beispiel für diese Triebkraft ist das seit Jahren zunehmende Maß an Kontrolle, das die Regierung von Eritrea über die dortigen Kirchen ausübt. Am Anfang stand das massive Vorgehen gegen neue protestantische Bewegungen (einschließlich der Inhaftierung von Christen in Schiffscontainern), mittlerweile übt die Regierung jedoch auch immer stärkeren Druck auf die Eritreisch-Orthodoxe Kirche aus (etwa durch einschränkende Maßnahmen gegen die geistlichen Würdenträger).

Diese Triebkraft tritt in der Regel auf einzelne Länder beschränkt in Erscheinung.

8. Organisiertes Verbrechen und Korruption

Diese Triebkraft wirkt in einer Verfolgungssituation, wo Gruppen oder Einzelpersonen ein Klima der Gesetzlosigkeit, Anarchie und Korruption erzeugen, um sich selbst zu bereichern. Diese Triebkraft existiert in zwei Ausprägungen: (1) Korruption innerhalb staatlicher Strukturen und (2) gesellschaftliche Korruption durch das organisierte Verbrechen. Bei dieser Triebkraft geschieht ein Zusammenspiel aus systematischem Druck, basierend auf der Furcht vor gewaltsamen Übergriffen gegen alle, die sich der Korruption verweigern, und tatsächlich ausgeübter physischer Gewalt.

- Ein Beispiel für Korruption innerhalb staatlicher Strukturen ist Saudi-Arabien, wo die Prinzen oftmals tun und lassen können, was sie wollen. Das Land gehört ihnen. Eine Kehrseite davon ist das Erstarken islamistischer Gruppierungen innerhalb und außerhalb des Landes. Die negativen Folgen auf die weltweite Christenheit sind immens, namentlich durch die Ausbreitung des Wahhabismus (einer besonders strengen Form des Islam) in vormals moderaten islamischen Ländern.
- Beispiele für das organisierte Verbrechen finden sich in Lateinamerika. So üben kriminelle Banden (Drogen, Menschenhandel etc.) in Kolumbien und Mexiko mit brutaler Gewalt Kontrolle über die Kirchen aus, besonders auf der lokalen Ebene. Auf der staatlichen Ebene erhalten derartige Gruppen Unterstützung durch korrupte Politiker und Bedienstete der staatlichen Sicherheitsbehörden.

Diese Triebkraft tritt weltweit in Erscheinung.

Anhang 6: Auflistung der Verfolger

Der Begriff „Verfolger“ wird verwendet, um Personen oder Gruppierungen zu beschreiben, die Christen in einem bestimmten Land unter Druck setzen. Die Forschungsabteilung von Open Doors, World Watch Research, benennt in ihren Publikationen 12 solcher Verfolger bzw. Verfolgergruppen – siehe die nachfolgenden Erläuterungen zu den einzelnen Verfolgern. Der WWR-Experte bewertet, welchen Einfluss die beteiligten Verfolger in dem analysierten Land ausüben, jeweils in Bezug zu den verschiedenen Triebkräften der Verfolgung.

1. **Regierungsbeamte von der lokalen bis zur nationalen Ebene:**
   Beispielsweise Lehrer, Polizisten, lokale Beamte, Präsidenten (z.B. Kim Jong Un/Nordkorea)

2. **Anführer ethnischer Gruppierungen:**
   Beispielsweise Stammesführer

3. **Nichtchristliche Religionsführer von der lokalen bis zur nationalen Ebene:**
   Beispielsweise Imame, Rabbis, buddhistische Mönche in Leitungsfunktionen

4. **Leiter anderer Kirchen von der lokalen bis zur nationalen Ebene:**
   Beispielsweise Patriarchen, Bischöfe, Priester, Pastoren

5. **Gewaltbereite religiöse Gruppierungen:**
   Beispielsweise Boko Haram (Nigeria), Hamas (Palästinensergebiete), Bodu Bala Sena (BBS) und Sinhala Ravaya (SR) (beide in Sri Lanka)

6. **Ideologische Lobbygruppen**
   Beispielsweise einige LGBTI-Gruppierungen, säkulare oder humanistische Lobbygruppen

7. **Gewöhnliche Bürger (Menschen aus der Mitte der Gesellschaft), einschließlich Mobs**
   Beispielsweise Studenten, Nachbarn, Ladenbesitzer, Mobs

8. **Mitglieder der erweiterten Familie**
   Enge oder auch entfernte Verwandte

9. **Politische Parteien von der lokalen bis zur nationalen Ebene**
   Beispielsweise die Bharatiya Janata Partei (BJP) in Indien oder die AKP in der Türkei

10. **Revolutionäre oder paramilitärische Gruppen**
    Beispielsweise die FARC in Kolumbien

11. **Netzwerke oder Kartelle des organisierten Verbrechens**
    In Lateinamerika existieren beispielsweise mehrere solcher Kartelle, ebenso in Italien oder anderen Teilen der Welt

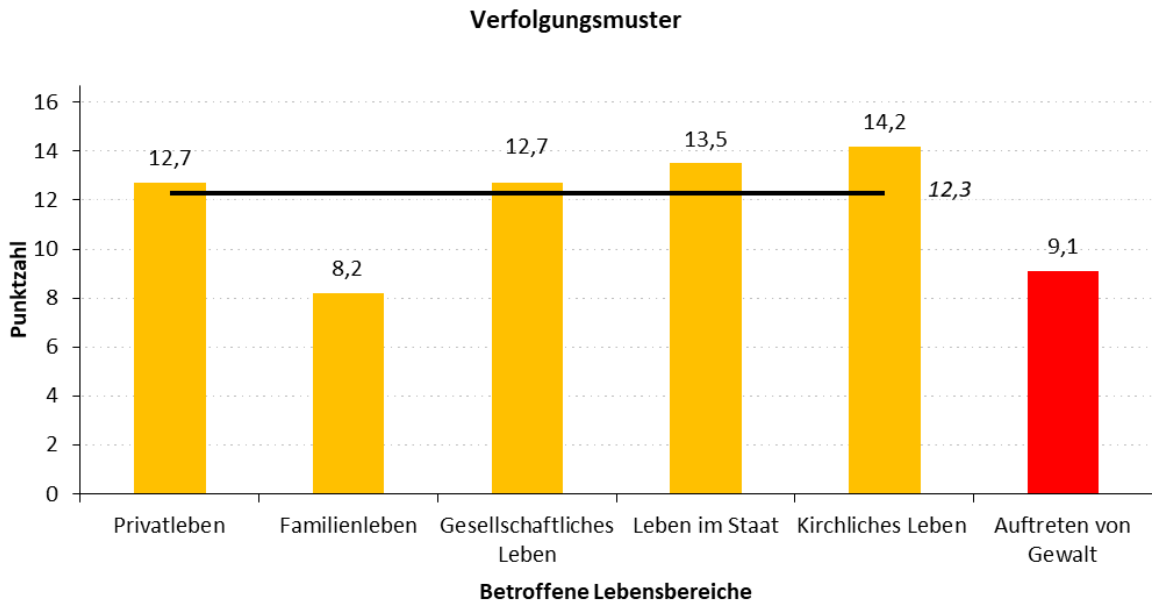
12. **Multilaterale Organisationen**
    Beispielsweise der UN angegliederte Organisationen, die eine Ausbreitung von Ausbildungsprogrammen im Bereich der Sexualerziehung vorantreiben, die biblischen Werten widerspricht; ebenso die OIC mit ihrer Agenda einer Islamisierung des afrikanischen Kontinents.

Anhang 7: Erläuterungen zum „Verfolgungsmuster“

Die detaillierten Länderwertungen, resultierend aus den sechs Frageblöcken des WVI-Fragebogens, ergeben ein so genanntes „Verfolgungsmuster“. Es besteht aus den folgenden Elementen:

- Der Durchschnittswertung aus den Blöcken 1-5
- Die Abweichung von der Durchschnittswertung in jedem Lebensbereich
- Das Ausmaß physischer Gewalt, dem Christen in dem Land ausgesetzt sind

Das nachfolgende Beispiel zeigt das Verfolgungsmuster von Vietnam (WVI 2019)



Grafik: Verfolgungsmuster Vietnam 2019

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Der Druck auf Christen in Vietnam bleibt in allen Lebensbereichen sehr hoch, so bleibt der durchschnittliche Wert für Druck bei 12,3 Punkten.
- Der höchste Druck ist im Bereich „Leben im Staat“ zu finden (extrem hoch), gefolgt von „Kirchliches Leben“ und „Gesellschaftliches Leben“. Der Druck auf christliche Konvertiten ist besonders in den Bereichen „Privatleben“ und „Familienleben“ präsent; aber alle Christen stehen einem wachsenden Druck in den Bereichen „Leben im Staat“ und „Kirchliches Leben“ gegenüber. Dieser Druck wird durch eine vermehrte Verwendung der kommunistischen Rhetorik bestärkt, durch das neue Religionsgesetz mit seinen umständlichen Auflagen und das fortgesetzte Misstrauen gegenüber Konvertiten sowie allen ethnischen und religiösen Minderheiten.
- Die Punktzahl für das „Auftreten von Gewalt“ gegen Christen erhöhte sich von 7,4 Punkten im Vorjahr auf 9,1 Punkte im aktuellen Berichtszeitraum. Es wurden zwar keine Ermordungen von Christen gemeldet, aber viele Kirchen wurden angegriffen. Im Berichtszeitraum setzte Vietnam seine Methode des Verhaftens und Deportierens christlicher Andersdenkender in die USA und nach Deutschland fort.

Ein besonderer Nutzen des Verfolgungsmusters besteht nach Auffassung von World Watch Research in der Möglichkeit, es zur Prüfung der ausgefüllten Fragebögen auf ihre Konsistenz heranzuziehen. Darüber hinaus liefert es wichtige Anhaltspunkte, um künftige Weiterentwicklungen herrschender Verfolgungssituation in einzelnen Ländern einzuschätzen. Drittens kann es als Indikator helfen, neue Aufbrüche von Verfolgung in Ländern außerhalb des Weltverfolgungsindex vorherzusehen.

zurück zum Inhaltsverzeichnis

6. Open Doors in Kürze

Im Einsatz für verfolgte Christen

Open Doors ist als überkonfessionelles christliches Hilfswerk seit über 60 Jahren in mittlerweile rund 60 Ländern im Einsatz für verfolgte Christen. Jährlich veröffentlicht das Werk den Weltverfolgungsindex, eine Rangliste der 50 Länder, in denen Christen am stärksten verfolgt werden. Dort sind derzeit rund 260 Millionen Christen einem hohen bis extremen Maß an Verfolgung ausgesetzt. „Open Doors existiert nur aus einem Grund: weil es verfolgte Christen gibt“, so der Gründer des Hilfswerks, der Holländer Anne van der Bijl, auch bekannt als „Bruder Andrew“.

Projekte von Open Doors umfassen Hilfe zur Selbsthilfe, Ausbildung von christlichen Leitern, Engagement für Gefangene, Nothilfe und Trauma-Arbeit, die Bereitstellung von Bibeln und christlicher Literatur sowie die Unterstützung von Familien ermordeter Christen. Mit einer breiten Öffentlichkeitsarbeit informiert das Werk in Publikationen und mit Vorträgen über Christenverfolgung und ruft zu Gebet und Hilfe für verfolgte Christen auf.

Die Arbeit von Open Doors Deutschland e.V. wird durch Spenden finanziert. Das Werk trägt das Spendenprüfzertifikat der Deutschen Evangelischen Allianz.

Hilfe in rund 60 Ländern – Gewalt und Hass entgegenwirken

Die Stärkung der „Kirche im Untergrund“ kennzeichnet die Tätigkeit von Open Doors bis heute. Unterstützt wird das Hilfswerk dabei von Christen und Kirchen aus aller Welt. So werden jährlich etwa 570.000 Christen vor Ort geschult – darunter viele Leiter – und beispielsweise darin unterstützt, in gewaltbeladenen Situationen deeskalierend zu agieren. Aufgrund des hohen Gewaltaufkommens wurde in jüngerer Zeit die Ausbildung von Trauma-Beratern verstärkt. Gleichzeitig bietet Open Doors Hilfe für traumatisierte vergewaltigte Frauen und Mädchen sowie für Hinterbliebene von ermordeten Christen an. Nach dem jüngsten Tätigkeitsbericht wurden mehr als 2 Millionen Bibeln und christliche Materialien verteilt, etwa 375.000 Empfänger haben Hilfe zur Selbsthilfe erhalten. Alle Bemühungen zielen darauf ab, die Kirche inmitten von Verfolgung zu stärken. „Unser weltweiter Dienst für verfolgte Christen kann nur gelingen, wenn alle Christen sich als Ganzes verstehen und füreinander einstehen“, sagt Markus Rode, der Leiter von Open Doors Deutschland.

Open Doors Deutschland e.V.
Postfach 11 42 **|** 65761 Kelkheim
T 06195 6767-0 **|** **F** 06195 6767-20
E info@opendoors.de **|** **I** www.opendoors.de